

98-84447 - 5

Schäffle, Albert

Das gesellschaftliche
System der menschlichen...

Tübingen

1867

98-84447-5
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

330 Schl	Schäffle, Albert 1831-1903. Das gesellschaftliche system der menschlichen wirthschaft; ein lehr- und handbuch der nationalökonomie ... 2 ^{te} ... verm. aufl. 370664 Tübingen 1867. 0.31 + 583 p.
-------------	---

RESTRICTIONS ON USE: Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm

REDUCTION RATIO: 11:1

IMAGE PLACEMENT: IA ☒ IIA IB IIB

DATE FILMED: 11/16/98

INITIALS: WW

TRACKING #:

33335

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Schäffle, Albert

Das gesellschaftliche System der menschlichen
Wirtschaft

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

_____ Page(s) missing/not available: _____

_____ Volume(s) missing/not available: _____

_____ Illegible and/or damaged page(s) _____

_____ Page(s) or volume(s) misnumbered: _____

_____ Bound out of sequence: _____

_____ Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: _____

☒ Other: stains throughout title

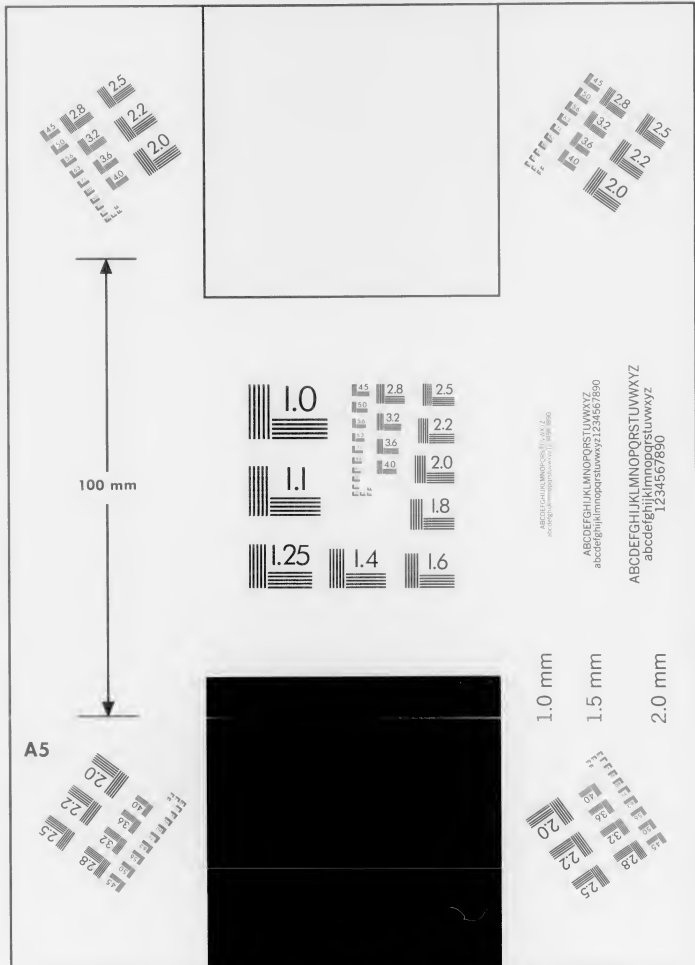
_____ Inserted material: _____

TRACKING #: MSH33335

PM-MGP METRIC GENERAL PURPOSE TARGET PHOTOGRAPHIC



A4

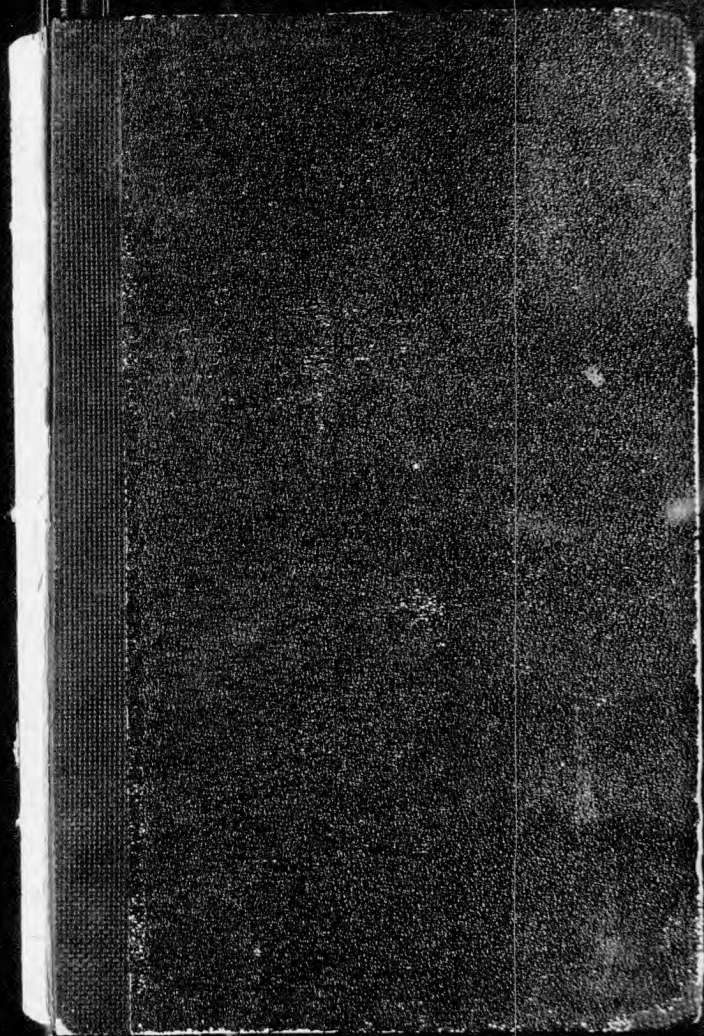


PRECISIONSM RESOLUTION TARGETS



A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425





10.1
Seite Ausgabe

330

Sch I

Columbia University
in the City of New York

Library



Special Fund

1898

Given anonymously

COLUMBIA
UNIVERSITY
LIBRARY
NEW YORK

Das
gesellschaftliche System

der
menschlichen Wirthschaft

ein Lehr- und Handbuch

der
Nationalökonomie

für höhere Unterrichtsanstalten und Gebildete jeden Standes

von

Dr. Albert Eberhard Friedrich Schäffle,
ordentlichem Professor der Staatswissenschaften an der Universität Tübingen.

Zweite, durchaus neu bearbeitete und bedeutend vermehrte Auflage.

Tübingen, 1867.

Verlag der **H. Laupp'schen** Buchhandlung.

— Laupp & Siebeck. —

COLUMBIA
UNIVERSITY
LIBRARY

Verfasser und Verleger behalten sich das Uebersetzungsrecht ausdrücklich vor.

Druck von G. Kaupp in Tübingen.

Dr. 8 Sept 96

Dem Königl. sächs. Hofrathe

Dr. Wilhelm Roscher

Professor der Staats- und Cameralwissenschaften an der Universität Leipzig, Ritter etc.

in achtungsvoller Verehrung für seine ausgezeichneten Verdienste
um die Volkswirtschaftslehre und in besonderer Dankbarkeit für
die aus seinen Werken gewonnene Förderung dieses Buches

zugeeignet

vom Verfasser.

Dr. Roscher 120

240071

Aus dem Vorwort der ersten Auflage.

Das Buch, welches ich hiermit der Oeffentlichkeit übergebe, bedarf in mehrfacher Beziehung, namentlich Fachgenossen gegenüber, eines erläuternden Vorwortes, um es vor Mißdeutungen und unbilligen Anforderungen zu wahren.

Vor Allem bemerke ich, daß es zunächst die Bedeutung eines den besonderen Zwecken der Otto Spamer'schen Encyclopädie für Kaufleute angepaßten Versuches hat, die Nationalökonomie für den auf dem Titelblatt bezeichneten Gebrauch wissenschaftlich darzustellen.

In der Natur dieses Versuches selbst liegen, wie jeder Sachverständige zugeben wird, mancherlei Mängel im Voraus begründet. Der Verfasser mußte sich mit der Entwicklung der Begriffe auf das Knappste einschränken, nicht selten mit Andeutungen sich begnügen, wo für die volle Klarheit breite und belohnende Excurse nöthig gewesen wären; auf der anderen Seite konnte er, mit Rücksicht auf die stete Erhaltung des Zusammenhanges für sein Publikum, auch Wiederholungen und die Einschaltung magerer, nicht weiter ausgeführter Umrisse nicht vermeiden; die schulmäßige Sprachweise war ihm verwehrt, — wenn er kaum erst mit Feststellung der Schulbegriffe sich beschäftigt hatte, mußte er wieder dem gemeinen Sprachgebrauch Conzessionen machen; auf engstem Raume mußte jene Fülle von Materien dargestellt und beurtheilt werden, für welche die akademische Nationalökonomie über dicke Bände und Compendien verfügt. Ich durfte mich weder des oft so bequemen Aus- und Unterkunfts mittels der Anmerkungen bedienen, noch den Stoff auf zwei Wagen — Nationalökonomie und Volkswirtschaftspolitik — theilen; ich glaubte, aus allen Gebieten der Staats- und Kulturwissenschaften angrenzende Gesichtspunkte herbeiziehen zu müssen, weil gerade vom Gebiete der Nationalökonomie, dieser — Philosophie des Geschäftslebens, aus — dem Geschäftsmanne das Verständniß allgemeinerer Fragen am fruchtbringendsten eröffnet werden kann. Dazu kam, daß der Verfasser seinen Standpunkt in Auffassung der Wirtschaftslehre,

welcher sich bei keiner der bisherigen Darstellungsweisen der Nationalökonomie ganz zu beruhigen vermag, nicht verleugnen, aber in einem Buch, wie das vorliegende ist, doch wieder nur beläufig zur Geltung bringen durfte. Daß unter diesen Voraussetzungen eine Darstellung in leicht gefälligem Styl sehr schwer, ja kaum möglich war, wird dem Verfasser auch die strengere Kritik zugeben, und sie wird bei der Beurtheilung des Einzelnen billig die Mannigfaltigkeit fast unversöhnlicher Rücksichten, welche für ihn zusammenstrafen, in Anschlag bringen. — —

Es gab einen Weg, die Aufgabe ziemlich leicht zu fassen. Ich konnte eine Reihe volks- und staatswirtschaftlicher Fragen, welche besonders dem kaufmännischen Gesichtskreis nahe liegen, gruppenweise herausgreifen und im volksthümlichen Tone des *Raisonnements* und *pitanter* Darstellung lösen. Einzelne Stellen des vorliegenden Buches geben dem Leser vielleicht sogar die Uebersetzung, daß ich der so gefassten Aufgabe leidlich und mit viel geringerer Mühe hätte Meister werden mögen. Allein ich konnte mich zu dieser Behandlung nicht verstehen; erstens, weil ich der Nationalökonomie, wenn sie als vulgäre Nippssache behandelt wird, schlechterdings keinen Werth beilegen kann und noch weniger dazu beitragen möchte, sie auf dieses Niveau herabzudrücken; sodann, weil schon die Spezialwerke der Bibliothek, welcher dieses Buch angehört, die nächstliegenden praktischen Probleme der Handelswissenschaft im Anschluß an eine eingehend behandelte Technik viel passender erörtern. Mir blieb nur übrig, den Spezialgebieten der Handlungswissenschaft ihre Stelle im großen Wirtschaftsorganismus anzudeuten, im Uebrigen aber nach einer höheren allgemeinen Auffassung mit strengerer Gedankeneinheit, unter Herbeiziehung der angrenzenden Fragen anderer Gebiete und Kulturwissenschaften und unter unverrückter Hinweisung auf die höheren Ziele des ökonomischen Lebens, zu tragen. Ich bin mir bewußt, daß ich dies redlich, in wissenschaftlichem Sinne und mit dem warmen, fast begeisterten Streben gethan habe, zur Verbreitung tieferer Bildung für das öffentliche Leben auf einem der fruchtbarsten und wichtigsten Gebiete beizutragen; dieses Streben hat mir in der sehr trüben Zeit (Jahr 1859), in welcher das Buch entstand, und bei meinem in dieser Zeit sehr erschöpfenden journalistischen Berufe innere Befriedigung gewährt. —

Stuttgart, Juni 1860.

A. G. Fr. Schäffle.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die zweite Auflage, welche hiemit in die Oeffentlichkeit hinausgeht, enthält fast in jedem Paragraphen eine Aenderung der ersten Auflage, so daß das Buch größtentheils eine ganz neue Gestalt gewonnen hat.

Zwar ist die Grundfassung, wie die Art der Darstellung im Wesentlichen dieselbe geblieben, — die Darstellung insofern, als für die Lehrfuge wo immer möglich eine sofortige Illustrirung durch Beispiele und durch die bedeutendsten praktischen Anwendungen beizubehalten und hiedurch der Charakter sowohl eines *Handb.* als eines Lehrbuches erstrebt worden ist.

Dagegen haben mir sechs Jahre akademischer Thätigkeit, in welche ich seit Abfassung der ersten Auflage eingetreten bin, eine viel schärfere Durchbildung jener Grundfassung verschafft und mich folgerichtig viele Mängel der ersten Auflage in sachlicher und formeller Beziehung erkennen lassen, welche nun verbessert sind. Manche Ergebnisse nationalökonomischer Forschung, die ich mir seitdem selbstständig errungen habe, mußten in die zweite Auflage niedergelegt werden, so insbesondere was die Lehren vom Begriff der Wirtschaftlichkeit, vom Kapital, vom Werth, vom Kredit, von den Dienleistungen*), von der volkswirtschaftlichen Stellung des Staates, der Familie und anderer gemeinwirtschaftlicher Formen der bürgerlichen Gesellschaft, vom Verkehr und vom Transportwesen betrifft.

In Folge hiervon ist das Buch nicht bloß im Einzelnen vielfach umgestaltet, in den Lehrfugen scharfer präcisirt, in strengerer

*) § 16, ferner pag. 325 ff., 379—381, 388 ff.

Scheidung der Theoreme und der zugehörigen Begründungen übersichtlicher gestaltet, sondern es ist auch fast um das Doppelte vermehrt worden.

Die Systematik des Buches hat bedeutende Erweiterung dadurch erfahren, daß nun neben das auf individuell freier Tauchconcurrenz beruhende privatwirthschaftliche System der bürgerlichen Gesellschaft — als zweiter Haupttheil, methodischer und in schärferer Durchbestimmung als bisher, ein Abriss des gemeinwirthschaftlichen Systems der Menschheit gestellt ist, wodurch Familie, Staat, Völkerrechtsleben u. s. w. ihre streng nationalökonomische Würdigung erfahren sollten.

Bei letzterem Vermögen hatte ich fast ganz aus dem Nothen zu arbeiten, da ich nicht wie Storch eine allgemein culturwissenschaftliche Theorie der inneren Güter, sondern streng eine nationalökonomische Analyse der gemeinwirthschaftlichen Organismen der bürgerlichen Gesellschaft geben wollte. Dieser eigenthümliche Versuch welcher bei dem gegebenen Rahmen des Buches auf die Darlegung der entscheidenden Grundverhältnisse sich beschränken mußte, möge — neu, wie er ist — mit nachsichtiger Aufmerksamkeit gewürdigt werden. Herr J. Fröbel wird, wie ich hoffe, anerkennen, daß seine Bemerkung in einer Märznummer der A. Allg. Zeitg (1866), wonach ich die in der Tübinger Zeitschrift (1864) vorgenommene ökonomische Analyse des Staates nicht für das System verworthe, völlig grundlos ist.

Nach bei der Darstellung des privatwirthschaftlichen Systems der bürgerlichen Gesellschaft habe ich einige Veränderungen in der Anordnung des Stoffes getroffen, wie eine Vergleichung der Inhaltsübersicht beider Auflagen ergeben wird; die Veränderungen haben den Zweck größerer Durchsichtigkeit und sind nicht von Veränderungen der Meinung in den privatwirthschaftlichen Grundbegriffen ausgegangen.

Der veränderte Titel des Buches zc.: „Das gesellschaftliche *) System der menschlichen Wirthschaft“ entspricht dem nunmehrigen Inhalt besser.

*) Die Hervorhebung des gesellschaftlichen Momentes in der Wirthschaft der Menschen zieht sich — eine Wissenschaft der Nationalökonomie rechtseritzend — herrschend durch die Entwicklung des ganzen Buches hindurch. Schon in § 1 ist es itrenig betont, und wäre dort noch mehr betont worden, wenn nicht durch ein Druckversehen folgender Schlussatz des Paragraphen ausgefallen wäre:

Ausdrücklich bemerke ich, daß die eingehende und theilweise veränderte Darstellung der Lehren vom Werthe, vom Kredit und vom gemeinwirthschaftlichen System der bürgerlichen Gesellschaft älteren

„5) Die gesellschaftliche Einheit der Wirthschaft ist thatsächlich und nach allgemeinen Denkgesetzen eine doppelte: nämlich eine räumliche und eine zeitliche, ein zusammenhängendes Nebeneinander und ein geschichtliches Nacheinander.

„Die Volkswirthschaft ist eine Einheit vieler, welche neben- und miteinander wirthschaftlich thätig sind; der Bauer ist den Handwerker, der Bürger den Beamten, der Kaufmann den Industriellen, die eine Provinz die andere, ja ein Erdtheil den anderen als gleichzeitig wirthschaftend voraus, man könnte sagen: das gesellschaftliche Wirthschaftssystem der Menschen ist im Kleinen und als Volkswirthschaft im Großen eine geographische Einheit im Raum.

„Sie ist aber auch eine geschichtliche Einheit in der Zeit. Schon der Einzelne führt seine Wirthschaft planmäßig, er spart die Ertragschaften des einen Zeitmomentes in andere Zeitmomente über, wendet die in ihm angesamelte Arbeitskraft in zeitlicher Aufeinanderfolge an, läßt sich in der Jugend bilden, um im späteren Alter erwerben und das Arbeitsvermögen einer neuen Generation erziehen zu können, sammelt Kapital als Grundstock später auszuzeitigender Güter oder verkauft jetzt existirendes Vermögen um künftige Gegenleistungen (im Kredit). Noch mehr bildet ein Volk oder gar die menschliche Gesellschaft eine geschichtliche Einheit. Unsere Vorfahren haben uns den Boden als eine wohl cultivirte Maschine zur Pflanzenerzeugung hinterlassen, ein kolossales Familienvermögen vererbt sich von Generation auf Generation; der Staat früherer Jahrhunderte machte große Ausgaben für die Gegenwart und die Staatsausgaben der Gegenwart erfolgen größtentheils für Interessen, deren volle Zeitigung nach dem geschichtlichen Wirthschaftsplan eines Volkes erst der Zukunft angehören wird (Ausgaben für Wissenschaft, Sammlungen, Straßen u. s. w.).

„Obne daß die Individuen, Länder, Völker, sowie sie gleichzeitig nebeneinander sind, je die ihnen gegebenen natürlichen und persönlichen Kräfte für einander in Bewegung setzen und Alle je mit dem ihnen anvertrauten Fund für die Uebrigen wuchern würden, ohne daß in Staat, Gemeinde, Familie, Eritungen, Vereinen, Testamentsübertragungen, in der Anhäufung des Volkskapitals und des dauernden Volksvermögens überhaupt eine auch zeitlich und geschichtlich zusammenhängende Wirthschaft von der bürgerlichen Gesellschaft geführt würde, — wäre gar nicht daran zu denken, daß ebenso wirthschaftlich, d. h. mit so geringen Opfern, eine ebenso vollständige und gleichmäßige Güterversorgung und mittelst der letzteren eine ebenso hohe Culturentwicklung vieler Völkerstände könnte, als es jetzt schon erreicht ist und in immer höherem Maße weiterhin zu erreichen sein wird“.

eigenen Arbeiten aus den Jahren 1862—64 entnommen ist und nicht in der geringsten Gedankenmance auffallend ähnlichen neueren Arbeiten Anderer entkammt, von welchen ich — da sie meine dießfälligen Ausführungen ignoriren — dahingestellt sein lassen will, ob sie meine Arbeiten nicht gekannt haben oder nicht kennen wollen.

Was den Werthbegriff und die ethische Hervorhebung des Menschen als Ausgangspunktes und Zielpunktes aller Wirtschaft betrifft, so hatte ich die Freude, hierin schon länger in den späteren Ausgaben des ersten Bandes von Roscher Anerkennung zu finden; im Reime enthielt schon die erste Ausgabe dießfalls meinen jetzigen Standpunkt.

Die Lehre von der Grundrente ist in allem Wesentlichen unverändert geblieben; gegenüber der Recension des neueren Werkes eines anderen Autors, welche meine Grundrentenlehre diesem anderen Autor zuschrieb, bemerkte ich hier ausdrücklich, daß ich schon in der ersten 1859 verfaßten Auflage nicht bloß die Allgemeinheit der Rentenerscheinung, sondern auch die eigenthümliche Function der Wirtschaftlichkeit, die in der Rente liegt, aufs Prägnanteste hervorgehoben habe.

Die Charakteristik der speciellen Erwerbszweige habe ich im Interesse geschlossener Systematik der allgemeinen Lehren in den Anhang verwiesen. Die noch so brachliegende Lehre von den Verkehrsanstalten glaubte ich hiebei besonders ins Auge fassen zu sollen.

Eine Skizze der Geschichte und der Verfassung des Zollvereins bis zum neuesten Stande ist neu beigelegt.

Eine genaue dogmengeschichtliche Ausführung der Hauptlehren war in diesem Buche unmöglich. Gleichwohl glaube ich die Hoffnung nähren zu dürfen, daß diese zweite Auflage nicht bloß für Gebildete aller Stände, sondern auch für die Lehrzwecke an höheren Bildungsanstalten jeder Art viel brauchbarer geworden sei. Daß sie im System und in den einzelnen Lehren manches Neue enthält, habe ich schon angegeben.

Lübingen, Frühjahr 1866.

Der Verfasser.

Nach Abfassung des Manuscriptes der folgenden zweiten Auflage ist das Verlagsrecht von der auf dem Titel genannten Verlagshandlung erworben worden.

Inhaltsverzeichnis.

I. Einleitung.

- § 1. Gegenstand, Nothwendigkeit, allgemeines Gesetz und gesellschaftlicher Character der menschlichen Wirtschaft, insbesondere: einleitende Schilderung des menschlichen Bedürfnisses im Verhältnis zur Natur, — der menschlichen Entwicklung durch den Kampf mit der Natur, — der Steigerung der wirtschaftlichen Kraft durch das Zureinanderwirtschaften Aller.
- § 2. Die Wirtschaftswissenschaft eine Gesellschaftswissenschaft. Erklärung, weshalb sie eine moderne Wissenschaft ist.
- § 3. Ueberblick der Hauptlehren der Nationalökonomie. Zuerst die Begriffe: der Mensch und die Außenwelt als Elemente aller Wirtschaft. Bedürfnis. Güter, freie und ökonomische (Tauschwerthe). Der Werth vorläufig bestimmt als „Bedeutung eines Gutes um der dafür zu bringenden Opfer willen“. — Systematische Gliederung:
 - A) Das von der Concurrenz regulirte privatwirtschaftliche Güterleben der menschlichen Gesellschaft. I. Production. Erste Grundlegung der Lehre vom Kapital. Erhebendes und umlaufendes Kapital. II. Güterumlauf. Der Handel eine Art von Production. Regulirende Kraft des Werthes. Tausch. Geld. Preis. III. Rente und Einfluß, Concurrenz als Triebförm des privatwirtschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft. Ihr Einfluß auf und durch die Unternehmer. IV. Die Gütervertheilung. Einkommen. Vermögen. Dienstmieth und Lohn. Darlehen und Zins. Unternehmernutzen. Wirtschaftliche Klassen. V. Die Werthvernichtung oder Consumtion. Sie setzt ökonomische Werthe in Culturoerthe oder persönliche Werthe um, gleichwie die Production persönliche Kräfte in ökonomische Werthe umschafft. — Das Privatinteresse als die das privatwirtschaftliche Gesellschaftssystem beherrschende Kraft.
 - B) Das gemeinwirtschaftliche System, im äusseren Umriß angedeutet.
 - C) Die Menschheitswirtschaft als höchste Stufe privat- und gemeinwirtschaftlicher Gesellschaft der Menschen.
- § 4. Zur Geschichte der Nationalökonomie. Vor A. Smith. Mercantilismus, Physiocratismus, Industrielheismus charakterisirt und kulturgeschichtlich erklärt. Hauptnamen der nationalökonomischen Litteratur.

- § 5. Verhältniß der Nationalökonomie zu den übrigen Wissenschaften vom menschlichen Leben, sowie zu den Naturwissenschaften; zu den Naturwissenschaften; zu den Wissenschaften von den menschlichen Vereinigungen, insbesondere zu den Rechts- und Staatswissenschaften; — zu Technologie, Land- und Forstwirtschaftslehre, Handelslehre. Verhältniß der Technik zur Volkswirtschaft.

II. Die Grundelemente aller Wirthschaft und die Grundbegriffe der Nationalökonomie.

- § 6. Begriff der wirtschaftlichen Persönlichkeit und der wirtschaftlichen Sache.
- § 7. Die wirtschaftliche Persönlichkeit. Die Bevölkerung als erstes wirtschaftliches Grundelement. Deutschemännliche Antropologie. Beispiele. Bedeutung von Alter und Geschlecht, Stand, Bildungsgrad. Das gesellschaftliche Element als konstitutiv von Bedeutung. Wirtschaft und Naturleben. Bedeutung der Gesellschaftlichkeit des Menschen für die Wirtschaft, z. B. im Kredit. Zeitliche Entfaltung der wirtschaftlichen Bildung. Entdecken, Erfinden.
- § 8. Die wirtschaftliche Sache oder die Außenwelt in wirtschaftlicher Beziehung. — Bedeutung für die Ökonomie der Genüssen wie der Produktion. Erfindungen. Naturfunktionen. Bedeutung des Klimas, der Lage und der Verteilung der Raumnähe. — Verschiedene Verhältnisse der drei Naturreiche in wirtschaftlicher Hinsicht. — Bedeutung natürlicher Eigenschaften, wie Dauerhaftigkeit, Gleichmäßigkeit der Kraft, Transportabilität für Abzug und für Preise.
- § 9. Bedürfnis und unbefriedigter anreizungsfähige und vermögensgegenständige Sachen. Freie Güter. Wirtschaftlicher Sättigungspunkt der Angenegenstände. Den letzteren gegen alle Naturgegenstände ihrem Wesen nach der ökonomischen Verwertung entgegen, nicht bloß Grund und Boden. Unerbitterliche Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses bei Befriedigung. Der ökonomische Sättigungspunkt ein veränderliches Verhältnis. Bedeutung seines Vorhandenseins für Ein- und Ausfuhr, für Auswanderung und weltwirtschaftliche Verzeigung.
- § 10. Der eine Mensch im wirtschaftlichen Dienste des Anderen. Der Mensch auch als Vermögensgegenstand für einen Andern frei. Daher die besondere Natur der Befriedigung: gegenüber den Sachgütern. Unwirtschaftlichkeit unfreier Leistungen (Sklaverei). Wirtschaftlichkeit der interessierten freien Leistungen (Einkauf, Tauschverhältnisse).
- § 11. Das sogenannte „persönliche Kapital“. Forderungen auf productive Handlungen gebenden zum Kapitalverwandten, werden aber durch Erfüllung ϵ Kapital. Wert von Dienstleistungen, Verlagsverträge, Engagements. Das sog immaterielle Vollz- und persönliche Fähigkeiten: Kapital eine uneigentliche Benennung.

- § 12. **Der Elementarcharakter der Nationalökonomie.** Ihre Bestimmung im Einzelnen und ihr Verhältnis zu einander.
- § 13. **I. Das Bedürfnis.** Begriff. Bedürfnistypen. Charakter. Vieltheitsseit. — A) Nothwendigkeit des Bedarfs und der Begründung der Bedürfnisse. — B) Arten der Bedürfnisse. Nothwendige und freie; Kunst im Gewerbe. Nützlichkeit, ethische; Einfluß dieses Unterschiedes auf die Preisbewegung. Individuelle und Gemeinbedürfnisse. — C) Gesellschaftlicher Charakter der Bedürfnisse. Mode. Eliteseit. Gese.
- § 14. **II. Güter im wirtschaftlichen Sinn.** Jüngere und ältere Güter. Nur ein Theil der letzteren ökonomisch. Tauschwertheitscharakter nicht das entscheidende Merkmal der ökonomischen Güter, insbesondere nicht bei ökonomischen Gemeingütern aufweisend.
- § 15. **Einigkeit der Neigungen.** „Verhältniß“ als Güter. Forderung der Güter. — Zugäbter und Verhältnißgüter. (S. §§ 175, 221, 249). Nach gegen die Anerkennung der letzteren. — Verhältniß als Güter sind voraus fastallzeitl. Renten der Zukunft. — Die Güter in ihrem Verthe. Gegenwärtige und Zukunftsgegenstände. Die Kapitalien sind als kein künstlicher Verhältnißgüter. —
- § 16. **Weitere Gattungseinteilung der Güter.** Entschädige, vertheilbare, comere, einfache, bedürftige, Affektionsgüter, Tauschgüter, öffentliche Güter.
- § 17. **III. Der Werth.** Definition. — Zwei Elemente des Werthes. Der Werth eine subjective Beziehung aller Güter, daher Vergleichbarkeit aller in — und Tauschbarkeit nach dem Verthe. Der Werth als der gegen die Gesellschaft bestimmte Größe. Der Gebrauchswerth; ökonomische Preisfindung dieses nach gebrauchten Wortes. Der Werth in der Zeit. — Die Höhe des Werthes. Bestimmungsgründe des Werthes sowohl bei der Erzeugung, als beim Tausch und beim Gebrauch. — Die Kosten und der Werth. — Tauschwerth und Preis.
- § 18. **IV. Das Vermögen.** Was ist ein Vermögen. — 1) Begriff des Vermögen und Arbeitsvermögen. 2) Das Vermögen. 3) Begriff des Volkswermögens. 4) Der ökonomische und der freie Reichthum. 5) Die drei Verhältnisse des Gütervermögens; Kapitalvermögen und Gewerksvermögen. 6) Stiefendes und umfangendes Vermögen. a) stiefendes; a) stiefendes Kapitalvermögen. b) Stiefendes Gewerksvermögen (Kaufkraft). — b) umfangendes; aa) umfangendes Kap., sein Rolle. — b) umfangendes Gewerksvermögen, unmittelbarer Berechtigungswert. — 7) Das Unternehmensvermögen. Sein Verhältnis zur Arbeit und Arbeitsteilung. Nicht Feind der Arbeit. Seine Vermittlung bei Vereitelung der Arbeit.

III. Der gesellschaftliche Organismus menschlicher Wirthschaft.

- § 19. Die Kräfte der wirtschaftlichen Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Das privatwirtschaftliche System der letzteren; bestimmt von der Concurrenz freiwilligen Tauschens. Das gemeinwirtschaftliche System. Dr-

ganßes Zusammenwirken beider. Begrenzung des Kreises der Wirksamkeit der Concurrenz. — Einteilung des privatwirtschaftlichen Stoffes. In der Consumtion durchdringen sich das privat- und das gemeinwirtschaftliche System.

A. Das privatwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft.

I. Kap. Eingang:

- § 20. **Bedeutung der Concurrenz.** Sie ist die sociale Kraft der höchsten Wirtschaftlichkeit der frei lebenden Privatwirtschaften, indem sie die geringsten gesellschaftlich möglichen Produktionskosten allgemein zur Herrschaft bringt. Kein böses Jatum, keine antisociale Macht. (Der Tausch nur Eine der Verlebensformen, vgl. § 248—253.)
- § 21. **Die Production.** Die drei Factoren der Production. Abhängigkeit der Werthentscheidung durch gesellschaftliche Organisation wird immer mehr vorherrschend und ist Object der Nationalökonomie. Die Production als gesellschaftliches System ist theils privatwirtschaftlich und von Unternehmern geleitet, theils gemeinwirtschaftlich.
- § 22. **Die drei Factoren der Production, insbesondere Arbeit und Kapital als die menschlichen Grundvermögen der Production.** Die verschiedenartige Wirksamkeit der drei Factoren. Geschichtlicher Wechsel in ihrem Verhältnis; Fortschritt von der „extensiven“ zu der „intensiven“ Wirtschaft. Allgemeine Bemerkungen über das Arbeits- und das Kapitalvermögen. Ihre productive Wechselwirkung. Beide als Fonds oder Vorrath. Verschiedenheiten beider hinsichtlich ihrer productiven Verwerthung, insbesondere die Eigentümlichkeiten des Arbeitsvermögens. Fortschreitende Steigerung beider der Größe und dem Grade nach.

a) Lehre vom Arbeitsvermögen.

II. Kap. Die Arbeitskraft.

- § 23. **Begriff der Arbeit.** Die sittliche Zucht der Arbeit. Definition. Die Arbeit allgemeines Vermögen und allgemeine Bestimmung der Menschen.
- § 24. **Die Art der Wirkung der Arbeitskraft.**
- § 25. **Verhältnis der Arbeit zum Stoff.** Oekonomischer Begriff des Stoffes. Statt der Stoffe. Statt der dienenden Arbeitskräfte; Einfluß der Nationalität hiebei, deutsche und englische Arbeiter.
- § 26. **Die persönliche Arbeitskraft.** Ist körperlich und geistig. Bestere Seite überwiegend.
- § 27. **Die Bedingungen der Productivität der Arbeit.** Bildung der Arbeitskraft und Interesse an dem Arbeitsverdienst. — Freiheit. Volksschulbildung. Religion. Elend. Glückseligkeit und Tantiemen. Patronage.
- § 28. **Der nationalökonomische Streit über die Productivität verschiedener**

Arbeitsgattungen. Verschiedene Ansichten. Praktische Bedeutung des Streites. Grundsätzliche Lösung. Productivität in technischem und in ökonomischem Sinn. Materialität der Produkte entscheidet nicht. Eigenschaftigkeit der Dienstleistungen.

- § 29. **Eingige Urtheile von Mißverständnissen über die Productivität der Arbeit.**

III. Kap. Die äußeren Mittel der Arbeit.

- § 30. **Die Arbeitsmittel im Allgemeinen.** Das Werkzeug und die Maschine. Die Bewegungsmaschine und die Werkzeugmaschine.
- § 31. **Anwendungsgebiet der Maschine.** Hauptächlich in der Massenindustrie, nicht in der Erzeugung künstlich geariteter Güter. Eigenschaften der Maschinenerzeugnisse.
- § 32. **Kulturwirkung der Maschine.** Beziehungen zur Freiheit. Eine Prophezeiung des Aristoteles. Beispiele.
- § 33. **Folgen der Maschineneinführung für den Arbeiterstand.** Ergreifung der künstlichen Production.
- § 34. **Die Maschine bei hohen Löhnen eingeführt.**

IV. Kap. Die gesellschaftliche Ordnung der privatwirtschaftlichen Arbeit: Arbeitsteilung und Arbeitsverteilung.

- § 35. **Ordnung der Arbeit.** Nothwendigkeit der Einheit in der Theilung der Arbeit.
- § 36. **Vorteile der Arbeitsteilung.** Allgemein. Einzelaufzählung. Beispiele ihrer Vorteilhaftigkeit.
- § 37. **Anwendung der Arbeitsteilung.** Großer Markt. Transport. Mehr in der Industrie, als in der Landwirtschaft, mehr in den Städten als auf den Dörfern. Der Handel ihr Bindemittel.
- § 38. **Kulturelle Entwicklung der Arbeitsteilung.** Letztere schreitet fort. Territoriale, internationale Arbeitsteilung. Die Art ihrer Erweiterung im Fortschreiten.
- § 39. **Schattenseiten der Arbeitsteilung.** Ungenauigkeit. Einseitigkeit der Bildung. Sittliche Schäden innerhalb der städtischen Industrie, angebliche precäre Lage der Arbeiter. Socialistische Angriffe auf die Arbeitsteilung.
- § 40. **Verhältnis der Arbeitseinteilung zum Kapital.** Zum Umlaufenden —, zum fixen Kapital. Arbeitsteilung und Kapitalwirtschaft sind unzer trennlich und stellen die beiden productiven Grundkräfte in ihrer gesellschaftlichen Ausbreitung dar.
- § 41. **Das gesellschaftliche Princip in der Arbeitsteilung.**
- § 42. **Politische und sociale Bedeutung der Arbeitsteilung.**
- § 43. **Die Arbeit im Handel.** Eine Erklärung der populären Vorurtheile gegen den Handel.

b) Lehre vom Kapitalvermögen.

V. Kapitel. Begriff und Nutzen des Kapitals.

- § 44. Uebergang. Begriff und Nutzen des Kapitals. Das letztere liegt nicht in der Naturbeschaffenheit des Kapitalgegenstandes, noch in seiner Beweglichkeit. Kulturleben ebenfalls Kapital. Wichtigkeit des Unterschiedes von beweglichem und unbeweglichem Kapital. Geld lebendes Kapital. — Leibkapital. — Das Unternehmungskapital und die Löhne.
- § 45. Der Nutzen des Kapitals — des umlaufenden und des stehenden.
- § 46. Betriebs- und Anlagekapital. 1) Regeln für richtige Disposition beider Kapitalarten. 2) Das Betriebskapital und die Löhne.

VI. Kapitel. Die Bildung des Kapitals.

- § 47. Bildung durch Sparfamkeit. Letztere lediglich der Ausdruck der Wirtschaftlichkeit für zeitlich nachhaltige und gleichmäßige Bedürfnisbefriedigung.
- § 48. Fergang bei der Kapitalbildung. Im Allgemeinen. Insbesondere Bildung des stehenden und des umlaufenden Kapitals auseinander.
- § 49. Weitere Erklärungen über Bildung und Erhaltung des Kapitals. Einzelne Ursachen der Kapitalbildung. Abszant und relative Kapitalbildung. — Fernverwandlungen des Kapitals. Tragfähigkeit in Beziehung auf Hof- und Staatsverschwendung, Einkommensvertheilung, Krieg. Erklärung des volkswirtschaftlichen Heilungsprocesses in und nach Kriegen.

VII. Kapitel. Das Kapital und die Fortbildung des Vermögens in die Zukunft.

- § 50. Kapital und Kredit. Das ökonomische Wesen des Kredites. Begründung des letzteren auf Anlegung der Darlehen zu Arbeits- oder zu Kapitalvermögen.

Anhang.

- § 51. Das Handelskapital insbesondere. Wirtschaftlichkeit der Waarenverträge des Handels. Das umlaufende Kapital vorherrschend. Viel stehendes Handelskapital hat öffentlichen Charakter.

VIII. Kapitel. Production. Schutz und Erhaltung.

- § 52. Begriff und Arten der Erzeugung. Verewechselung der Production mit der Konsumtion vom privatwirtschaftlichen Standpunkte. Verhältnis zur Naturkonsumtion. Die Erhaltung „eine fortgesetzte Erzeugung.“ Unfälle und Schaden, sowohl aus sozialen als aus natürlichen Ursachen. Schutz, öffentliche Anstalten des letzteren.

2. Theil: Der privatwirtschaftliche Güterumlauf in der bürgerlichen Gesellschaft, seine gesellschaftlichen Erscheinungsformen und Anstalten.

IX. Kapitel. Tausch und Tauschwerth.

- § 53. Der Güterumlauf. Folge der Gesellschaftlichkeit menschlicher Wirtschaft. Markt. Grösse des Werthbetrags und seines Egoismus beim Tausch; daher vorwiegende Bedeutung des Tauschwerthes und des Marktpreises für das privatwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft. Geld. Krediturrogate des Geldes.
- § 54. Der Tauschwerth und der Gebrauchwerth. Wesen und praktische Bedeutung. Wertharten. Werth und Brauchbarkeit. Keine Antinomie zwischen Gebrauchwerth und Tauschwerth. Verhältnis von Tauschwerth und Preis. Gebpreis und Sachpreis.
- § 55. Werth als Regulator von Production und Consumption. Oekonomischer und sittlicher Werth.
- § 56. Fortschreitende Verarminderung des ökonomischen Werthes ein Ziel der Wirtschaftlichkeit. Ideal; letzteres nicht vollständig erreichbar. Sinken des Gebrauchwerthes und Steigen der Brauchbarkeit.
- § 57. Ist ein constantes Verhältniß möglich? Ansichten Ricardo's und Smith's. Praktische Zielpunkte und Unklarheiten in dieser Frage.

X. Kapitel. Maß und Gewicht.

- § 58. Maß und Gewicht. Oekonomischer Nutzen. Tendenz zu öffentlichen, rechtlichen Gestaltungen. Allgemeine Erfordernisse. Fortschritt.
- § 59. Maßsystem, insbesondere das metrische.

XI. Kapitel. Die Lehre vom Geld.

- § 60. Der Begriff und der sociale Character des Geldes. Geldwirtschaft.
- § 61. Der geldlose Tauschhandel.
- § 62. Verschiedene Geldgüter. Geldfähigkeit überhaupt. Bedeutung der natürlichen Zerkleinertheit der Selbmetalle über die Welt.
- § 63. Voraussetzungen der Geldfähigkeit: Allgemeiner, hoher, zeitlich räumlich gleichmäßiger Werth. Bestimmungsgründe des Geldbedarfes. Technische Eigenschaften der Selbmetalle.
- § 64. Maß und Gewicht im Geld. Münzvollei.
- § 65. Der Münzfuß. Deutliche Münzfüße. Gleichförmigkeit der Münzfüße.
- § 66. Einige Hauptgrundsätze der Münzverwaltung. Erfolg der Prägekosten (Schlagzahl).
- § 67. Scheidemünze und Kurantmünze.
- § 68. Die Währung.
- § 69. Die Doppelwährung und die einfache Währung.
- § 70. Der Werth des Geldes.
- § 71. Der Proceß der Geldwerthveränderung. Allgemeine, dauernde — locale,

- momentane Geldvertheilung. Disconto und Wechselkurs im Zusammenhang mit localen und momentanen Geldwerthschwankungen.
- § 72. Wirkungen einer durch Werthveränderung des allgemeinen Werthmasses herbeigeführten allgemeinen Preisrevolution.
- § 73. Einflüsse auf den Geldwerth. I. Das Angebot, daneben und vorübergehendes, A. von Metallgeld, B. von Geldsurrogaten; verschiedene Formen der Geldsurrogate, Darstellung des modernen Concurrent-, Credit- und Clearinghaussystems, der Compensations; moderne Ausbeutung im Gebrauch des Credits zur Zahlung nach den Angaben Lombard's.
- § 74. Fortsetzung. II. Die Nachfrage, daneben und vorübergehend nach Metallgeld und nach Geldsurrogaten. III. Anhang. Unterschied von eigentlichem Papiergeld und von reinen Geldsurrogaten. Verschiedener Einfluß beider auf den Geldwerth.
- § 75. Zur Werthgeschichte der Edelmetalle. Vom 16—18. Jahrhundert. In der Gegenwart.
- § 76. Das gegenseitige Verhältniß von Gold und Silber.
- § 77. Stellvertretung des Metallgeldes. Einlösbarkeit und Zwangskurs der Stellvertreter. Agiotage, Devisenspeculation.
- § 78. Volkswirtschaftliche Nachteile eines entwertheten Papiergeldes. Lotteriemäßige Vertheilung des Volksvermögens. Einfluß auf den Handel. Münz-Agio und Depreciation in Waarenpreisen. Rücksicht zur Baarzahlung. Devaluierung. Maßstab der Entwerthung.
- § 79. Papiergeldsicherung. Durch Kredit im Allgemeinen. Baareinlösbarkeit. Steuerfundation. Banknote und Staatspapiergeld verglichen. Zettelbankfreiheit. Amerikanisches Zahlungssystem. Mechanismus der Banknote. Currency theory. Notenüberdrehung? Specifische Bedeutung der einzelnen Geldsurrogate. Anpölnung der letzteren.
- § 80. Mißbrauch und echter Gebrauch der Geldsurrogate. Bank's Schweinbel. Waffnatenwirtschaft.
- § 81. Das Papiergeld eine unverzinsliche Schuld.
- § 82. Die Angriffe auf den Gebrauch des Geldes. Mißbrauch des Geldgebrauchs.

XII. Kapitel. Markt und Marktpreis.

- § 83. Der Markt. Als gesellschaftliche Erscheinung des Tausches.
- § 84. Verschiedene Märkte. Der Zahl und der Art nach. Locale Preisdifferenz. Grad des Impulses zum auswärtigen Handel.
- § 85. Preis und Arten des Preises. Geldpreis, Sachpreis, Marktpreis, natürlicher Preis. Freier Preis, Laren. Der ökonomische, nicht der ideale Werth maßgebend für den Preis.
- § 86. Die Bedeutung des Marktpreises. Macht der Weltmarktpreise.
- § 87. Die Bildung des jederzeitigen Marktpreises. Preisheorie. Angebot und Nachfrage. Leistungen, Kapital- und Genusgüter liefern für die Marktsconjunction in Wechselwirkung. Germain's Preisheorie.
- § 88. Die Produktionskosten als dauernder Schwerpunkt der Marktpreise. Unterscheidung von vier Fällen.
- § 89. Einige besondere Formeln der Preisheorie.
- § 90. Nothwendigkeit des Preiswechsels. Speculation. Agiotage. Einfluß der Mode. Reclamawesen. Continnere und vertretbare Güter.

- § 91. Wülbungen und Schroffheiten im Preiswechsel. Letztere insbesondere bei Nahrungsmitteln, z. B. beim Häuser- und Maschinenkapital.
- § 92. Geschichte des Preises einiger der hauptsächlichsten Güterarten. Urproducte. Gewerbezweignisse. Dienstleistungen; zur Erklärung der verschiedenen Formen der Unfreiheit arbeitender Klassen.

3. Theil: Die regulirende Kraft des Werthes in der privatwirthschaftlichen Gütererzeugung und Gütercirculation der bürgerlichen Gesellschaft, und die Unternehmer als Organe der Werthgesetze.

XIII. Kapitel. Lehre von den Kosten, der Rente und der Einbuße.

- § 93. Die Regulierung der Bewegung des gesellschaftlichen Güterlebens durch Kosten und Gewinn, Verlustgefahr und Rente.
- § 94. Die ununterbrochene Concentration der Güterwelt und die hierbei stattfindende Geldentwertung der Werthgesetze.
- § 95. Der Werth als Regulator der Reproduction.

A) Das Gesetz des natürlichen Werthes (Kostenpreises).

- § 96. Das Gesetz selbst.
- § 97. Abweichungen vom Gesetze des natürlichen Werthes.
- § 98. Die Kosten. Elemente derselben bei Sachgütern und bei Leistungen; Unterhaltskosten.

B) Das Rentengesetz.

- § 99. Begriff, allgemeines Vorkommen.
- § 100. Volkswirtschaftliche Function der Rente. Unternehmerrente, Arbeitsrente, Lehrente, Rente aus Privilegien und ihren Kapitalien.
- § 101. Ricardo und Carey in der Grundrententheorie. Oekonomische Productivität, nicht natürliche Fertilität ist entscheidend.
- § 102. Grundrenten- und Kulturhöhe — Maßstab selbst für den Gesichtsschreiber.
- § 103. Bewegungen der Grundrente.
- § 104. Das Rentenverhältniß nach der Lage gegen den Markt.
- § 105. Die Grundrente kein Privilegium.
- § 106. Die Bedeutung der Renten als freier Ueberflüsse für die wirthschaftliche Gestaltung.

XIV. Kapitel. Die Unternehmer als Hauptorgane der Gesetze des natürlichen Werthes und der Rente.

- § 107. Die Stellung des Unternehmers in der Volkswirtschaft überhaupt.

- Inbetracht der das Verhältnis zur Lohnarbeit, zum Reiskapital und zur Verteilung des National Einkommens.
- § 108. Die gesonderte Ausbildung des Unternehmehandes. Heutige Entwicklung. Eigenschaften des Unternehmers. Freiheit und Teilung der Unternehmungen.

XV. Kapitel. Verschiedene Formen der Unternehmung.

- § 109. Die einfache Privatunternehmung.
- § 110. Die Kollektivunternehmung (Societät, Associateschaft, offene Gesellschaft).
- § 111. Die Kommandit- oder (und) stille Gesellschaft. Kommanditgesellschaft.
- § 112. Die Aktiengesellschaft. Schattenseiten und Lichtseiten. Kredit mobiler. Handelskompagnien. Gesetzgebung. Verhältnis zum Erbrecht. Beispiele des Aktienschwindels. Regulirte Gesellschaft.
- § 113. Die Produktionsgenossenschaft der Arbeiter. Wesen. Gite der Arbeiter in ihr. Für zerstreute Arbeit. In der Landwirtschaft. Verhältnis zur Bourgeoisie. Nicht die Universalunternehmensform der Zukunft. Schule der politischen Berechnung.
- § 114. Relative Bedeutung der verschiedenen Unternehmungsformen.
- § 115. Große und kleine Unternehmung. Wirtschaftliche Voraussetzungen einer jeden. Ethisch-politische Charakteristik beider.

XVI. Kapitel. Störungen im Gange der Unternehmungen. Volkswirtschaftliche Krisen.

- § 116. Die Entstehung von Krisen. Symptome der Handelskrisen.
- § 117. Verlauf der Handelskrisen.
- § 118. Regelmäßige Wiederkehr der Krisen. Behandlung derselben.
- § 119. Kreditkrisen.
- § 120. Auswirkungen der volkswirtschaftlichen Krisen.

4. Theil: Von der privatwirtschaftlichen Verteilung der Güter an die Einzelvermögen der bürgerlichen Gesellschaft.

XVII. Kapitel. Näheres über Vermögen und Einkommen.

- § 121. Uebergang zur Lehre von der Verteilung des Volkseinkommens. Begriff des Einkommens, — des Volkseinkommens. Letzteres aus den Einkommensarten oder aus den Kapitalerträgen summiert. Berechnung des Reinertrages. Erhaltung des Kapitalstammes nicht unter allen Umständen geboten.
- § 122. Unverwundliches und abgeleitetes Einkommen.
- § 123. Das Auseinandergehen des Volkseinkommens in Einkommensarten. Einkommensgrade: Auskommen, Armut, Wohlstand, Reichthum.
- § 124. Weitere Fragen der Vermögenslehre. Arbeitsvermögen und Güter-

vermögen. Verbrauchs- und Verbrauchervermögen. Kapital- und Genußvermögen.

- § 125. Der Geldverrath im Privatvermögen. Gesellschaftliches Bindeglied der Einzelvermögen. Kasse.
- § 126. Größe des Vermögens. Das Einkommen als Maßstab des Kapitalvermögens.
- § 127. Kapitalisirung des Vermögens.
- § 128. Vermögenswechsel. Beharrliche Neuerzeugung des Vermögens.
- § 129. Vermögensrecht. a) Eigentumsrecht. Oekonomische Grenzen seiner Berechnung. Dingliche Rechte, Servituten, Expropriation. b) Obligationenrecht. c) Erbrecht.

XVIII. Kapitel. Die wirkliche Vertheilung des Volkseinkommens.

- § 130. Zweierlei Vertheilungsklassen des Volkseinkommens. Privatwirtschaftlicher und gemeinwirtschaftlicher. — Das abgeleitete und das unmittelbar eigene Einkommen nicht Gegenstand der Nationalökonomie — Spaltung der privatwirtschaftlichen Einkommensvertheilung in Zins- Lohn- und Unternehmergewinn, mit Reuten innerhalb jeder Einkommensgattung. (vgl. § 164.)

XIX. Kapitel. a) Das Sachgütervermögen in fremder Verwendung, Kredit und Zins.

aa) Lehre vom Kredit.

- § 131. Das Reiskapital.
- § 132. Arten des Reiskapitals.
- § 133. Sachgüter.
- § 134. Kreditkapitalien oder fungible Reiskapitalien. Kredit und Geld.
- § 135. Die Dienste des Kredites.
- § 136. Die Grenzen des Kredites.
- § 137. Die Gewähren des Kredites. Privatwirtschaftliche — gemeinwirtschaftliche (Rechts kredit). Personal-, Realcredit. Zahlungs- oder Geschäftskredit. Exstruktion. Wechselstrenge.
- § 138. Die bankmäßige Organisation des Kredites. Kredithandel.

bb) Lehre vom Zins.

- § 139. Begriff des Zinses. Fremdbartige Elemente im Zins. Risiko.
- § 140. I. Der laufende Marktpreis der überlassenen Kapitalanwendung.
- § 141. Fortsetzung. Fluktuationen des Geldmarktes.
- § 142. II. Die Marktpunkte des Zinses auf die Dauer. Tendenz des Zinses zum Sinken.
- § 143. Ausgleichung des Zinsfußes.
- § 144. Wuchererzeugung.

- § 145. Der Kurs verzinslicher Forderungen, insbesondere der Wechselkurs. Die näheren, den Wechselkurs bedingenden Umstände, insbesondere der Diskontsatz.

XX. Kapitel. b) Das Arbeitsvermögen in fremder Verwendung. Die Dienstmiete und der Lohn.

aa) Die Dienstmiete.

- § 146. Wesen der Dienstmiete. Unfreie Formen. Amerikanische Sklavenfrage.
 § 147. Verschiedene Arten freier Dienstmiete. Pächter, händige. Zusammenhang mit der Wohnungsfrage. Grundverhältniß. Arbeitsmarkt. Genossenschaftswesen.
 § 148. Erbzinsen.

bb) Lehre vom Lohn.

- § 149. Begriff des Lohnes. Elemente des bedingenen Lohnes. Besondere Lohnberechnungsweisen.
 § 150. Minimallohn des Lohnes — standesmäßiger Unterhalt. Nähere Nachweisung des letzteren.
 § 151. Fluctuationen des Lohnes und des Arbeitsmarktes.
 § 152. Der laufende Marktpreis der Arbeit. Verhältniß zum umlaufenden Nationalkapital.
 § 153. Ausgleichungsstreben der Löhne.
 § 154. Lohncoalitionen. Standesmäßige Organisation der Arbeiter für den Lohnkampf.
 § 155. Lohnfragen.
 § 156. Pauperismus. Heilmittel. Sociale Frage. Ursachen des P. Der P. als Entwicklungskrankheit. Freie Patronage über die Arbeiter. Selbstpatronage im Genossenschaftswesen.
 § 157. Armenpflege. Öffentliche Arbeiten zur Vervorzugung und zur Erhaltung des nationalen Arbeitsvermögens. Pflege der arbeitsfähigen und der arbeitsunfähigen Armen.

XXI. Kapitel. c) Lehre vom Unternehmervergewinn.

- § 158. Wesen des Unternehmervermögens.
 § 159. Begriff des Unternehmungsgewinnes.
 § 160. Wirtschaftlicher Grundcharakter des Unternehmervergewinnes.
 § 161. Unternehmervergewinn bei zusammengefügter Unternehmerpersönlichkeit. Die Lohntheorie als Vergeltung der selbstverdienenden Unternehmervergewinntheorie spiegelt die Einheit von Arbeits- und Kapitalvermögen, von Lohn und Kapitalprofit ab.
 § 162. Bestimmungsgründe des Unternehmervergewinnes. Tendenz zum Sinken.
 § 163. Gewinnungleichung.

XXII. Kapitel. d) Wechselseitiges Verhältniß der privatwirtschaftlichen Einkommensquellen. Die wirtschaftlichen Klassen.

- § 164. Das Verhältniß von Lohn, Zins, Gewinn, Miete. Absolute Zunahme aller, relative Abnahme der drei letzten. Bedeutung dieses geschichtlichen Entwicklungsgeheißes für den Fortschritt von aristo-kra-tischen zu demokratischen Zuständen des Gemeinwesens. Analyse Carey's über dieses Gesetz.
 § 165. Die wirtschaftlichen Klassen. Begriff. Wirtschaftliche Bedeutung der Klassenstufe. Klassenwechsel. Abwärtswand der Klassenunterschiede.

5. Theil: Lehre von der privatwirtschaftlichen Consumtion oder Güterzerstörung in der bürgerlichen Gesellschaft.

XXIII. Kapitel. Unabsichtliche Werthzerstörung.

- § 166. Fälle der unabsichtlichen Werthzerstörung. Private und öffentliche Schutzvorrichtungen. Versicherungswesen.
 § 167. Das Versicherungswesen insbesondere. Voraussetzung des Versicherungswesens. Unannehmbarkeit bei allgemeinerwirksamen Schadensursachen; öffentliche Intervention in solchen Fälle. Verschiedene organische Formen und Gegenstände des Versicherungswesens im Einzelnen.

XXIV. Kapitel. Wirtschaftliche (absichtliche) Werthzerstörung für menschliche Zwecke oder Consumtion im engeren Sinn.

- § 168. Absichtliche Werthzerstörung. Oekonomischer Begriff der Consumtion. Höherer Einfluß wirtschaftlicher und sittlicher Beurteilung derselben.
 § 169. „Schädliche“, „unproductive“, wirtschaftliche Consumtion. Die regulative Kraft der Wirtschaftlichkeit in der Consumtion liegt nicht in der Concurrenz. Andere Motive der Wirtschaftlichkeit.
 § 170. Gesellschaftliche Gestaltung der Consumtion.
 § 171. Kurzconsumtion. Kurz. Wirtschaftliche Gestaltung. Entwicklungsgang der letzteren.
 § 172. Stufenangang der Consumtion. Trübsalverkehr.

XXV. Kapitel. Zweck der Consumtion.

- § 173. Bezeichnung dieses Zweckes. Reproduktivität eine indirecte Wirkung. Begriff der wirtschaftlichen Reproduktivität (Bildung des Arbeitsvermögens).
 § 174. Bildung des Arbeitsvermögens durch die Familienconsumtion.
 § 175. Die Consumtion persönlicher Dienstleistungen. Der Unterhalt, der Haushalt und die Erziehung. — Der spezifische Charakter der Dienst-

leistungen näher entwickelt. Production und Consumption derselben hauptsächlich im Hausfalt. — Aufgabe des Haushaltes. Wirtschaftlicher Frauenberuf. — Die Wohnungsreformbestrebungen der Gegenwart.

B. Das gemeinwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft.

1. Theil. Allgemeine Charakteristik des gemeinwirtschaftlichen Systems.

XXVI. Kapitel. Die Nothwendigkeit von Gemeinwirtschaften.

- § 176. Zusammengehörigkeit des gemeinwirtschaftlichen und des privatwirtschaftlichen Systems. Staatswirtschaftslehre. Finanzwissenschaft.
- § 177. Die Grenzen wirklicher Gemeinwirtschaften. Beispiele. Als Organe der Wirtschaftlichkeit. Art der von ihnen erzeugten Güter und der Vergeltung der letzteren.
- § 178. Die nationalökonomische Berechtigung der Gemeinwirtschaft. Oberster Grundsatz. Gesetze der geschichtlichen Entwicklung der Gemeinwirtschaft, insbesondere des massiven Corporations- und des leichtgebauten Associationswesens.
- § 179. Unentbehrlichkeit gemeinwirtschaftlicher Organe. Insbesondere des Staates. Ueber die Grenzen der Staatsfähigkeit.

XXVII. Kapitel. Berechtigte und verwerfliche Gemeinwirtschaft: Socialismus und Communismus.

- § 180. Nationalökonomischer Maßstab für die Beurtheilung des Socialismus und Kommunismus.
- § 181. Fortsetzung. Ihre Verwerflichkeit reicht so weit als ihre Unwirtschaftlichkeit.
- § 182. Die socialen Theorien als eine Mahnung.

XXVIII. Kapitel. Oeconomik und Technik der Gemeinwirtschaft. Insbesondere das Verhältniß der Nationalökonomie zu den Staats- und Rechtswissenschaften.

- § 183. Die ökonomische und die technische Seite des gemeinwirtschaftlichen Systems.
- § 184. Die Staats- und Rechtswissenschaften.

XXIX. Kapitel. Gewähren der Gemeinwirtschaftlichkeit.

- § 185. Die Kräfte der Gemeinwirtschaftlichkeit. Die verschiedenen Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit.

- § 186. Fortsetzung. Negativer Beweis.
- § 187. Der positive Beweis. In Beziehung auf Familie, Vereine, Kirche, Wirtschaft, Staat. — Uebersicht über die Gefahr der Unwirtschaftlichkeit in Gemeinwirtschaften durch hohe Generalsteuern; Beispiele.
- § 188. Egoismus und Gemeinnut. Der letztere eine Nothwendigkeit von Triebfedern.
- § 189. Privatwirtschaftlichkeit und Gemeinwirtschaftlichkeit in Wechselwirkung.

2. Theil: Besondere Arten der Gemeinwirtschaft.

I. Die Familienwirtschaft.

XXX. Kapitel.

- § 190. Grundlage derselben.
- § 191. Die wirtschaftliche Einheit der Familie in der Zeit.
- § 192. Insbesondere das Verhältniß von Kapital und Kredit in der Familie.
- § 193. Das Familienerbrecht. Das große Privatvermögen und die Alliengefellchaft.
- § 194. Die verschiedenen Systeme des Familienerbrechts.
- § 195. Die Verschwägerung.
- § 196. Die Familie im wirtschaftlichen Gesamtsystem der bürgerlichen Gesellschaft.
- § 197. Verschiedene wirtschaftliche Typen der Familie. Mit besonderer Rücksicht auf die Wohnverhältnisse, Patronage, Erziehung, Armenversorgung, Colonisation u. s. w.

II. Die Staatswirtschaft.

XXXI. Kapitel. Der Staat ein Organ der Wirtschaftlichkeit.

- § 198. Innere Nothwendigkeit der Staatswirtschaft. Nachgewiesen aus dem Wesen des Rechts und aus dem räumlich-zeitlichen Ordnungsbedürfnisse.
- § 199. Die Wirtschaftlichkeit in Lösung der Staatsaufgaben.

XXXII. Kapitel. Nähere nationalökonomische Analyse des Staates.

- § 200. Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten der Staatswirtschaft mit und von dem privatwirtschaftlichen System der bürgerlichen Gesellschaft. Ihre Elemente. Oeffentliche Bedürfnisse. Gemeingüter. Verwiegung der Leistungsgüter.
- § 201. Staatsvermögen^{*)}. Staatskapital. Staatskredit.
- § 202. 1) Staatskapital als Glied des privatwirtschaftlichen Kapitalienstems (Domänen).

^{*)} Durch einen Druckfehler ist auf S. 389 vor der Ueberschrift: „d. das Staatsvermögen“ die Bezeichnung § 201 (nicht 200, wie im Druckfehlerverzeichnis steht) weggelassen.

XXIV

Inhaltsverzeichnis.

Leistungen näher entwickelt. Production und Consumption derselben hauptsächlich im Haushalt. — Aufgabe des Haushaltes. Wirtschaftlicher Frauenberuf. — Die Wohnungsreformbestrebungen der Neuzeit.

B. Das gemeinwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft.

1. Theil. Allgemeine Charakteristik des gemeinwirtschaftlichen Systems.

XXVI. Kapitel. Die Nothwendigkeit von Gemeinwirtschaften.

- § 176. Zusammengehörigkeit des gemeinwirtschaftlichen und des privatwirtschaftlichen Systems. Staatswirtschaftslehre. Finanzwissenschaft.
- § 177. Die Erfindung wirklicher Gemeinwirtschaften. Beispiele. Als Organe der Wirtschaftlichkeit. Art der von ihnen erzeugten Güter und der Vergeltung der letzteren.
- § 178. Die nationalökonomische Berechtigung der Gemeinwirtschaft. Oberster Grundsatz. Gesetz der geschichtlichen Entwicklung der Gemeinwirtschaft, insbesondere des massiven Corporations- und des leichtgebauten Associationswesens.
- § 179. Unentbehrlichkeit gemeinwirtschaftlicher Organe. Insbesondere des Staates. Ueber die Grenzen der Staatsfähigkeit.

XXVII. Kapitel. Berechtigte und verwerfliche Gemeinwirtschaft: Socialismus und Communismus.

- § 180. Rationalökonomischer Maßstab für die Beurtheilung des Socialismus und Communismus.
- § 181. Fortsetzung. Ihre Verwerflichkeit reicht so weit als ihre Unwirtschaftlichkeit.
- § 182. Die socialen Theorien als eine Wahnung.

XXVIII. Kapitel. Deconomie und Technik der Gemeinwirtschaft. Insbesondere das Verhältnis der Rationalökonomie zu den Staats- und Rechtswissenschaften.

- § 183. Die ökonomische und die technische Seite des gemeinwirtschaftlichen Systems.
- § 184. Die Staats- und Rechtswissenschaften.

XXIX. Kapitel. Gewähren der Gemeinwirtschaftlichkeit.

- § 185. Die Kräfte der Gemeinwirtschaftlichkeit. Die verschiedenen Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit.

Inhaltsverzeichnis.

XXV

- § 186. Fortsetzung. Negativer Beweis.
- § 187. Der positive Beweis. In Beziehung auf Familie, Vereine, Kirche, Wissenschaft, Staat. — Beweis über die Gefahr der Unwirtschaftlichkeit in Gemeinwirtschaften durch hohe Generalkosten; Beispiele.
- § 188. Egoismus und Gemeinnutzen. Der letztere eine Nothwendigkeit von Triebfedern.
- § 189. Privatwirtschaftlichkeit und Gemeinwirtschaftlichkeit in Wechselwirkung.

2. Theil: Besondere Arten der Gemeinwirtschaft.

I. Die Familienwirtschaft.

XXX. Kapitel.

- § 190. Grundlage derselben.
- § 191. Die wirtschaftliche Einheit der Familie in der Zeit.
- § 192. Insbesondere das Verhältnis von Kapital und Kredit in der Familie.
- § 193. Das Familienerbrecht. Das große Privatvermögen und die Aktiengesellschaft.
- § 194. Die verschiedenen Systeme des Familienerbrechtes.
- § 195. Die Verwahrungserung.
- § 196. Die Familie im wirtschaftlichen Gesamtsystem der bürgerlichen Gesellschaft.
- § 197. Verschiedene wirtschaftliche Typen der Familie. Mit besonderer Rücksicht auf die Wohnverhältnisse, Patrimonie, Erziehung, Armenversorgung, Colonisation u. s. w.

II. Die Staatswirtschaft.

XXXI. Kapitel. Der Staat ein Organ der Wirtschaftlichkeit.

- § 198. Innere Nothwendigkeit der Staatswirtschaft. Nachgewiesen aus dem Wesen des Rechts und aus dem räumlich-zeitlichen Ordnungsbedürfnisse.
- § 199. Die Wirtschaftlichkeit in Lösung der Staatsaufgaben.

XXXII. Kapitel. Nähere nationalökonomische Analyse des Staates.

- § 200. Aehnlichkeiten und Verschiedenheiten der Staatswirtschaft mit und von dem privatwirtschaftlichen System der bürgerlichen Gesellschaft. Ihre Elemente. Deutliche Bedürfnisse. Gemeingüter. Vorräthe der Leistungsgüter.
- § 201. Staatsvermögen^{*)}, Staatskapital. Staatskredit.
- § 202. 1) Staatskapital als Glied des privatwirtschaftlichen Kapitaliensystems (Domänen).

^{*)} Durch einen Druckfehler ist auf S. 389 vor der Ueberschrift: „d. das Staatsvermögen“ die Bezeichnung § 201 (nicht 200, wie im Druckfehlerverzeichnis nicht) weggelassen.

- § 203. 2) Das Kapitalvermögen des Staates als Ergänzung der Privat-Kapitalvermögen.
 § 204. 3) Kapitalgüter des Staates als Grundlage der Production von Gemeingütern.
 § 205. Der Werth der staatlichen Gemeingüter. Konstitutionelle Finanzwirtschaft.

XXXIII. Kapitel. Weitere Analyse der Staatswirtschaft.

- § 206. Die staatswirtschaftliche Güterproduction.
 § 207. Insbesondere vom Kapitalvermögen des Staates.
 § 208. Die Gehaltung und die Verrechnung des eigentlichen Staatskapitalvermögens. Staatskredit.
 § 209. Das Arbeitsvermögen in der Staatswirtschaft. Der Staatsdienst.
 I. Beamtendienst.
 § 210. Fortsetzung. Arbeitsstellung im ständigen Staatsdienst.
 § 211. Fortsetzung. Wirtschaftlichkeit in der staatlichen Arbeitsstellung.
 § 212. II. Der öffentliche Dienst der Selbstverwaltung von der wirtschaftlichen Seite. Allgemeine Bedeutung.
 § 213. Nähere Ausführung über Selbstverwaltung.
 § 214. Die Centralisation.
 § 215. Decentralisation.

XXXIV. Kapitel. Weitere Fortsetzung. Staatswirtschaftliche Concurrenz der konstitutionellen Factoren.

- § 216. Die Volksvertretung als Organ der Wirtschaftlichkeit in der Staatsökonomie. Wirtschaftliche Bestimmung der staatlichen Bedürfnisse und Vertheil.
 § 217. Keine Gewinnspeculation. Staatscinnahmen und Staatskosten sollen zusammenfallen. Vertheilungen dieses Grundfuges.
 § 218. Die Steuern.
 § 219. Unmöglichkeit der Besteuerung nach dem Nutzen der Einzelnen aus dem Staate.
 § 220. Schlussbemerkungen über Staatswirtschaft.

3. Theil. Die Wechselwirkungen des privat- und des gemeinwirtschaftlichen Systems der bürgerlichen Gesellschaft.

XXXV. Kapitel.

- § 221. Verhältnis beider Systeme und der Grundbegriffe derselben. Letzteres Verhältnis ähnlich dem Verhältnis der Begriffe des Privatrechtes und des öffentlichen Rechtes.
 § 222. Geschichtlicher Wechsel des Verhältnisses.
 § 223. Zusammenhang dieser Bewegung mit der Zunahme der individuellen Freiheit in der bürgerlichen Gesellschaft.

C. Welthandel und Völkerrechtsleben

oder

das weltprivatwirtschaftliche und das weltgemeinwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft.

XXXVI. Kapitel. Allgemeines.

- § 224. Uebergang. Weltwirtschaft genau genommen nicht bloß durch den Handel und den Staat vermittelt.

I. Der weltprivatwirtschaftliche Verkehr der menschlichen Gesellschaft.

XXXVII. Kapitel.

- § 225. Der Freihandel.
 § 226. Nähere Ausführung über Schutzzoll und Freihandel.
 § 227. Auswanderung des Arbeits- und des Kapitalvermögens. Weltkredit.

II. Der weltstaatswirtschaftliche Verkehr.

XXXVIII. Kapitel.

- § 228. Die weltstaatswirtschaftliche Verkehr der menschlichen Gesellschaft.
 § 229. Internationaler Staatskredit.

III. Harmonie der Weltprivat- und der Weltstaatswirtschaft.

XXXIX. Kapitel.

- § 230. Betrachtungen über diese Harmonie.
 § 231. Das Ideal einer Menschheitswirtschaft.

IV. Bevölkerungslehre.

XL. Kapitel.

- § 232. Die Bevölkerung als Ziel und Produkt der Wirtschaft.
 § 233. Theorie der Malthusianer.
 § 234. Kritik des Malthusianismus. Bedeutung der Sitte und des Familienlebens für eine harmonische Bewegung der Bevölkerung.
 § 235. Die Bevölkerungsbewegung nicht bloß von dem wirtschaftlichen Leben bedingt.

A n h a n g.

V. Zur Nationalökonomie der einzelnen Haupterwerbszweige.

1) Die Urproduction.

- § 236. Im Allgemeinen. Fortschritt vom extensiven zum intensiven Betrieb. Charakter der Urproduction.
 § 237. Fortwirthschaft. Zusammenhang mit den Hüttenwerken.
 § 238. Bergbau. Kostenfrage in England.

2) Landwirthschaft.

- § 239. Ihre Elemente.
 § 240. Die landwirthschaftlichen Systeme.
 § 241. Die Anwendbarkeit der verschiedenen Systeme.
 § 242. Einfluß der Erträge.
 § 243. Groß- und Kleinwirthschaft.
 § 244. Agrarische Gesetzgebung. Grundbesitzgebundenheit. Freiheit der Veräußerung. Statistik der Verteilung des Grundeigentums, insbesondere in Preußen 1816–1859.
 § 245. Wahl der Culturen und der Thierproduction.

3) Der Gewerbfleiß.

- § 246. Begriff und Stufenfolge. Industrie. Fabrik- und Hausindustrie.
 § 247. Gewerbeschi. Gewerbförderung. Zunftwesen. Gewerbetätigkeit. Patente und Musterrecht. Garantieanstalten. Industrieausstellungen.

4) Verkehr und Verkehrsmittel.

- § 248. Wesen derselben Einteilung.

I. Die verschiedenen Arten des Verkehrs.

- § 249. Gliederung der Arten des wirthschaftlichen Verkehrs.
 § 250. Der entgeltliche Verkehr. a) nach den Objecten. b) seine Vermittlung durch Geld. c) Tauschvergeltung — Vergeltung in der Gemeinschaft. d) Freiwilligkeit und Zwang in der Vergeltung. e) Beweggründe des entgeltlichen Verkehrs.
 § 251. Fortsetzung. f) Die Zeit der beiderseitigen Leistung. Waargeschiß, Lieferungsgechiß, Leibe.
 § 252. Fortsetzung. g) Insbesondere der Leibeverkehr. Kreditverkehr.
 § 253. Fortsetzung. h) Die Zeit der Gegenseitigkeit bedingt vom Zweck und

Inhalt der Leistung. i) Gegenseitigkeit desselben Gutes. — Anhang: Waarenhandel, Kredithandel praktisch Hauptobjecte nationalökonomischer Betrachtung.

II. Die Mittel des Verkehrs.

- § 254. Allgemeines. Classification der Verkehrsmittel. Hilfsanstalten der Verkehrsmittel, insbesondere die Presse.

III. Insbesondere: Waarenhandel, Bankwesen und Transportwesen.

A) Der Waarenhandel.

- § 255. Wesen und Arten des Waarenhandels.

B) Der Handel in Kredit oder das Bankwesen.

- § 256. Begriff des Kredithandels und Veranlassungsgründe. Zwei Hauptgattungen.
 § 257. Nutzen des Kredithandels. Insbesondere am Hypothekendarbankwesen nachzuweisen. Die Börse als Markt des Kredithandels.
 § 258. Die Bankgeschäfte im Einzelnen.
 § 259. Bankgleichgewicht.
 § 260. Regeln der Bankführung.
 § 261. Zur Bankgeschichte.

C) Das Transportwesen. Insbesondere die Eisenbahnen.

- § 262. Das Transportwesen im Allgemeinen. Zusammenfallen von technischer Hervorbringung, Abzug und z. Th. auch Consumption in demselben.
 § 263. Genauere nationalökonomische Charakteristik des Transportwesens. I. Mittel des Transportes: A. Der Weg. B. Die Fahrzeuge. C. Die bewegenden Kräfte: äußere und menschliche. D. Verhältnis der drei Elemente des Transportes. E. Der Character der Verkehrsanstalten in verschiedenen Ländern.
 § 264. II. Die Wirtschaftlichkeit der gewerbmäßigen Organisation des Transportes.
 § 265. III. Der öffentliche Character der großen Verkehrsanstalten.
 § 266. IV. Die Stellung des Staates zu den Eisenbahnen. Zinsengarantie. Tarifpolitik.
 § 267. A) Insbesondere die Frage der Zinsengarantie. Arten derselben. Mißgriffe.
 § 268. B) Die Eisenbahntariffrage. Begriff und wirtschaftliches Wesen des Tarifs. Tarifarten; insbesondere der Differentialtarif. Gradclassification der Güter.
 a) Der Personentarif. Neuere Literatur.
 b) Der Gütertarif.

- Eingreifen des Staates in die Tariffrage.
 § 269. Freiheit der Differentialtarifirung unterhalb eines möglichst mäßigen Maximumtarifes. Englische Verhältnisse.
 § 270. Allgemeine Charakteristik der Industrie, des Handels und der Transportgewerbe.

6) Die liberalen Berufsarten.

- § 271. Freie Erwerbsarten.
 § 272. Charakteristik der liberalen Berufsarten.

a) Verhältniß der verschiedenen Zweige der wirtschaftlichen Volksgesellschaft.

- § 273. Beidseitige Bedingung. Statistische Darstellung. Einfluß auf das Staatsleben.

VI. Kurzer Abriss der Finanzwissenschaft.

I. Die Staatsausgaben.

- § 274. Allgemeines.

II. Die Staatseinnahmen.

- § 275. Einteilung.
 § 276. I. Staatsdomänen-einkommen.
 § 277. II. Einkommen aus nutzbaren Hoheitsrechten.
 § 278. III. Gebühren.
 § 279. IV. Steuern.
 § 280. Steuerarten.
 § 281. a) Schatzungssteuern.
 § 282. b) Aufwandssteuern. Meisen. Bälle.

III. Das Finanzgleichgewicht.

- § 283. Staatshaush. Staatsschulden.
 § 284. Die Staatsschulden insbesondere. Bedingungen und Behandlung des Staatskredits. Stehende — schwelende Staatsschuld. Schatzkammerseine.

VII. Beilagen über Geld- und Bankwesen.

- § 285. I. Geschäftsbewegung der englischen Nationalbank während der Kriegen.
 § 286. II. Die Baarenspeicherung.
 § 287. III. Zur Statistik der Kreditbewegung in Frankreich.
 § 288. IV. Vortrag des Wechselumlaufes in England.
 § 289. V. Deutsche Bittel- und Discontobanken in der Zeit des deutschen Bürgerkrieges von 1866. Allgemeines.
 § 290. Die Statistik deutscher Bittel- und Discontobanken 1866.

VIII. Zur Geschichte des Zollwesens, insbesondere des deutschen Zollvereins.

- § 291. 1) Steuernölle und Schutzzölle.
 2) Geschichte und Verfassung des Zollvereins.
 § 292. Entstehung und Umfang.
 § 293. Erneuerungen des Vereins 1841, 1853, 1865.
 § 294. Das Verhältniß zu Oesterreich.
 § 295. Inhalt des Zollvereinsvertrages von 1865.
 § 296. Fortsetzung. Grundsätze der inneren Besteuerung.
 § 297. Fortsetzung. Revennentheilung.
 § 298. Fortsetzung. Zollgesetz und Zollverfahren.
 § 299. Fortsetzung. Centralverwaltung.
 § 300. Der Zollverein als Rübenzuckerzollverein.

Register S. 573.
 Druckfehlerverzeichnis S. 584.

wirtschaften; und Gemeinwirtschaften (Familie, Gemeinde, Staat) durchdringen und ergänzen sich in unendlicher Mannigfaltigkeit. Vereinzelt und verbunden, machen die Menschen ihre Herrschaft über die Außenwelt geltend.

Diese gestaltenvolle selbstthätige Unterwerfung der Außenwelt zum wirklichen Dienst für menschliche Bedürfnisse und für den menschlichen Lebenszweck, welchem die Bedürfnisbefriedigung dient, ist es, was

1) den Inhalt oder Gegenstand des Wirtschaftens ausmacht. Wirtschaften ist das Schaffen einer zweiten persönlich bewegten und persönlich bestimmten Außenwelt aus dem und in dem ursprünglich in sich ruhenden Naturdasein.

Die Gegenstände dieser unterworfenen Außenwelt sind dem Menschen werth (werthe, ökonomische Güter), weil sie nützlich bereitet werden.

Im Einzelnen sind sie theils unpersönliche Sachen (Sachgüter), theils nützliche, dienende Handlungen Anderer (Dienstleistungen).

2) Das Wirtschaften, wie es so eben vorläufig bezeichnet worden ist, stellt sich als eine mit dem jetzigen Wesen des Menschen selbst gegebene Nothwendigkeit dar.

Der Mensch ist endliches Wesen und steht als solches in der Verfassung des Weltzusammenhangs. Er berührt sich mit und ergänzt sich aus der Außenwelt. Freilich nicht wie das Mineral, nicht wie Pflanze und Thier, d. h. nicht unwillkürlich, sondern indem er in vernunftbewußter, planmäßiger Thätigkeit die Außenwelt sich dienstbar macht; denn der Mensch ist ja nicht bloß endliches, sinnliches, er ist auch freies vernünftiges Wesen.

Diese planmäßige Unterwerfung durch Arbeit ist ihm unerläßlich. Ohne diese Nothwendigkeit würde er weder sein sittliches Gleichgewicht bewahren, noch seine geistigen Anlagen entfalten.

Woh! wiegt sich das Innerste unseres Gemüthes sehnuchtsvoll in den Traum eines Zustandes, wo die Natur von selbst dem Menschen, ihrem Herrn, sich zu Füßen legt, ihm alle Mühe und Anstrengung zur Befriedigung seines Bedürfnisses ersparen würde. Aber der Mensch ist aus diesem Glaubensparadiese vertrieben und „im Schweisse seines Angesichtes soll er sein Brod essen.“ Mößige Arbeit ist ihm nicht mehr ein Fluch, sondern ein Segen. Seine sinnlich gebundenen geistigen Anlagen kommen erst in dem Kampfe mit der Außenwelt zur Entwicklung. Die fortschreitende Unterwerfung der Natur half ihm erst allmählich zu einem Dasein, in welchem er auch sein inneres geistiges Leben zu innerer höherer Stufe und größerer Freiheit entfalten konnte. Der molassische Widder der Süddein, welchem die Banane ihre Brodfrucht so zu sagen in den Mund reicht, lebt wahrlich nicht im Paradieseszustand; er ist wild, frisst seinen Lebensmenschen, betet einen Holzkloß an, fröhnt dießhalb vielstimmigen Sinnenrausch, schlägt bei Sonnenfinsternis seinen Pfeil nach der Sonne, weil er sie von einem bösen Thier angegriffen glaubt. Dagegen haben die Völker, welche, aus dem Kampf mit den Elementen angewiesen, karglicher von der Natur

bedacht waren, die Keime der Kultur für sich befruchtet und sie im Weltverkehr von Land zu Land getragen, es in mehr oder weniger hohem Grade zur Harmonie vielfältigen und feinen Sinnenrausches mit menschenwürdigem Geistesleben in Religion, Kunst und Wissenschaft gebracht und zur Erhebung des Menschengeschlechtes durch Verbreitung der Gesittung beigetragen; die Phönizier und Griechen, welche von der Kargheit ihres Küstenlandes in die weite See getrieben wurden, in alter Zeit, in der neueren die Völker der nordeuropäischen Zone: Deutsche, Holländer, Nordfranzosen und Engländer sind hierfür allbekannte Beispiele*). Dies ist die Frucht auch des Wirtschaftens.

Aber allerdings soll die Unterwerfung der Außenwelt zum Dienste des Menschen

3) mit geringstem Aufwand an persönlichen Opfern geschehen, sie soll möglichst wirtschaftlich stattfinden.

Kein Schweigepfeifen soll in unnützer Arbeit vergeudet, kein mit Arbeit gewonnenes Gut soll nutzlos durch Verzehrung zerstört werden. Ohne Wirtschaftlichkeit geht aus jenem Unterwerfungskampfe mit der Außenwelt keine Herrschaft über dieselbe, nicht Wohlstand und Glück hervor. Das Grundgesetz der Wirtschaft, die Wirtschaftlichkeit, lautet: Um möglichst wenig Arbeit möglichst viele Güter der Natur in der Production abzurufen, und in der Consumption (Güterverzehrer) aus möglichst geringem Güteraufwande den höchsten Nutzen für die Zwecke des Menschen zu ziehen. (Wirtschaftlichkeit in der Production — Wirtschaftlichkeit in der Consumption.)

Auch der gemeine Sprachgebrauch versteht unter Wirtschaft und Haushalt (Ökonomie griechisch = Haushalt) vollkommenste, planmäßigste, nachhaltigste Bedürfnisbefriedigung mit geringsten Opfern.

4) Der höchste Grad der Wirtschaftlichkeit wird aber gesellschaftlich erreicht, indem die Menschen nicht vereinzelt für sich Güter erzeugen und verwenden, vielmehr indem Alle in einem großen zusammenhängenden gesellschaftlichen Wirtschaftssystem für einander und mit einander wirtschaften. Diese Gesellschaftlichkeit erscheint z. B. in der Arbeitsteilung; die Lehre von der Arbeitsteilung hat denn schon A. Smith, der Grün der der Nationalökonomie, an die Spitze seines Buches gestellt.

Der Chinese baut den Thee für den Engländer, der Engländer fabricirt Gewebe für den Chinese; der Landwirth schafft dem Handwerker das Brod, der Handwerker dem Landwirth Bekleidung und Handgeräte. Der Engländer würde in England mit hundertfacher Arbeit nicht denselben Thee, der Chinese in China vielleicht mit zehnfacher Arbeit nicht das gleiche Gewebe fertigen. Dadurch, daß die Menschen als Gesellschaft (Socialökonomie), mindestens als Volksgesellschaft (Volkso- oder Na-

*) Vgl. Engelmann, Geschichte des Handels und Weltverkehrs. Leipzig 1859.

tionalwirtschaft) ein gemeinsames Wirtschaftssystem führen, erreichen sie mit geringster Mühe den größten Genuß, mit geringstem Kampf den vollkommensten Sieg über die Natur. Die gemeinsame Volkswirtschaft von 10 Millionen erwachsenen Menschen erzeugt mit der gleichen Summe von persönlichen Opfern wohl zehntausendmal mehr Güter, als wenn 10 Millionen in sich ganz abgeschlossene, also einander nicht in die Hände arbeitende Einzelwirtschaften nebeneinander stünden.

Die Gesellschafts-, die Volkswirtschaft verwirklicht den höchsten Grad der Wirtschaftlichkeit.

§ 2. Die Wirtschaftswissenschaft eine Gesellschaftswissenschaft. Die Wissenschaft von der menschlichen Wirtschaft muß deshalb (§ 1, 3, 4) als „Volkswirtschaftslehre“, Nationalökonomie“, „allgemeine Wirtschaftswissenschaft“ auftreten; denn die wahre Ökonomie verwirklicht sich nur als Volks- ja nur als Menschheitsökonomie.

Als solche ist sie ein großes, in tausendfältigen, bunten Einzelercheinungen sich bewegendes Netzsystem, welches zu seiner Erklärung eine eigene Wissenschaft fordert. Die Betrachtung der vereinigten Wirtschaft aller Einzelnen würde eine besondere Wissenschaft nicht nötig gemacht haben. Diese Wissenschaft mußte aber entstehen, sobald in der Wirklichkeit ein gesellschaftliches System des Wirtschaftens, ein wahrhaft volks- und weltwirtschaftlicher Verkehr sich gebildet hatte.

Als der Mann, welcher die Nationalökonomie auf Grund sehr bedeutender Vorarbeiten schuf, gilt der Schotte Adam Smith (vgl. § 6). Seinem Werke: *Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations*, 1776 (Untersuchung über Natur und Ursachen des Nationalreichthums) wird ziemlich allgemein das große Verdienst der Gründung der Wissenschaft von der Gesellschafts-, von der Nationalökonomie zugeschrieben.

Die Nationalökonomie hat sich in neuerer Zeit wieder schnell eine allgemeine Anerkennung errungen. Jede Zeitung und jeder Ständesaal beweist es. Die meisten und wichtigsten politischen und sozialen Fragen: Handelsverträge, Freihandel und Zollschuß, Handelsströme und Zunftfragen, Eisenbahnen und Telegraphen, Vörmietungsabreden und Productgenossenschaften, Schulse und Laßalle, Bauernemanzipation und Gewerbefreiheit — und wie Vieles ließe sich noch nennen, — alle diese Interessen kommen fragend zur Nationalökonomie. Als wirtschaftliche Gesellschaftswissenschaft konnte sie entstehen und sich geltend machen, sobald die Menschen aus ihrer früheren Isolation herausstraten, sobald die Einzelwirtschaften zu einem volks- und menschheitsgesellschaftlichen System sich vereinigten, eine für alle, alle für eine arbeitend.

Dies ist seit der Reformation, seit der Entfaltung des Welthandels nach Entdeckung Amerikas, insbesondere aber seit den den naturwissenschaftlichen Fortschritt zu verdankenden Entdeckungen und Erfindungen in hohem Grade der Fall. Nun wurden die Märkte immer weiter, der vom Dampf bewegte Verkehr immer reger, die Theilung der Arbeit immer

specieller, der Großbetrieb immer größerer, mit Einem Wort das menschliche Wirtschaften immer gesellschaftlicher. Es war die Zeit der — wirtschaftlichen Gesellschaftswissenschaft, der Nationalökonomie auch in Deutschland gekommen, wo der politisch verfallene Geist der Nation mittels des Zollvereins seine Glieder wieder zusammenwachsen sah und die schnelle Kraft eines neuen Bürgerthums über die engen Anschauungen des alten Spießbürgerthums hinaustrieb.

Nicht mehr um ihre Anerkennung hat die Nationalökonomie zu ringen, wenn sie auch von Manchen noch ischel als vermeintliche Mammonwissenschaft angesehen wird. Weil mehr hat sie selbst sich zu halten, daß ihre Popularität ihr nicht den Verwässerungsgrad bringe.

§ 3. Uebersicht der Hauptlehren der Nationalökonomie. Bevor wir in die einzelnen Lehren eingehen, erscheint es geeignet, das Gesamtgebiet, wenigstens nach den allgemeinsten Umrissen, vor den Augen des Lesers abzuzeichnen und einen Hauptüberblick zu entwerfen. Jede Wissenschaft wird allerdings erst durch gründliche Kenntniß des Einzelnen vollständig angeeignet, aber umgekehrt wird Lust und Liebe zur Erkennung des Einzelnen gefördert, wenn der Leser das große Gesamtgebiet mit einem allgemeinen Leitfaden in der Hand, mit einem mehr oder weniger klaren Durchblick zu betreten vermag.

Vorbegriffe. Außer werden unten der Mensch in seiner wirtschaftlichen Anlage und die Natur in ihrem Verhalten zur menschlichen Wirtschaft (wirtschaftliche Sachen) besprochen. In sonstigen Büchern der Nationalökonomie kommen diese Grundelemente aller Wirtschaft hauptsächlich in der Lehre von den sogenannten Factoren der Production (Natur, Arbeit, Kapital) in Betracht. Zudem sollte man wohl in größeren Lehrgebäuden der Nationalökonomie gleichsam zum Eingang diesen beiden Elementen eine umfassendere Beachtung schenken; denn aus der wirtschaftlichen Persönlichkeit und aus den wirtschaftlichen Sachen weht sich, wie aus Laufzug und Einschlag, in tausend Verknüpfungen das wirtschaftliche Leben zusammen. Beide erfordern daher, jedes für sich zuerst eine kurze Betrachtung.

Im Bedürfnis nimmt der Mensch die Nöthigung auf die Außenwelt. Die Außengegenstände als Mittel der Befriedigung der Bedürfnisse heißen Güter. Sind diese frei, ohne Zutun, dem Menschen verfügbar, so heißen sie freie Güter (z. B. Luft). Nur die nicht freien Güter regen eine wirtschaftliche Thätigkeit des Menschen an, sind ökonomische Güter und werth (Werthe). Letztere sind die Güter der Nationalökonomie; der Nationalökonomie hat, wenn er ohne nähere Bezeichnung von Gütern spricht, nur ökonomische oder wirtschaftliche Güter im Auge.

Nur ökonomische Güter werden im Tausch werth geschätzt und finden einen Preis. Die ökonomischen Güter werden daher, und von Gütern des Privatverkehrs ist dies richtig, auch als Güter von „Tauschwerth“ bezeichnet. Freie Güter dagegen, z. B. die Luft, besagt Niemand;

ihr legt, so unentbehrlich sie ist, kein Mensch wirtschaftlichen Werth, beziehungsweise Tauschwerth bei.

Der wirtschaftliche Werth selbst, oder die Bedeutung eines Gutes um der dafür zu bringenden Opfer willen, ist nächst Bedürfnis und Gut ein weiterer Grundbegriff der Nationalökonomie.

Ebenso das Vermögen oder die Summe der einem Menschen zur Verfügung stehenden ökonomischen Güter.

Nach Erledigung dieser Vorbegriffe werden wir uns in die verschlungene Sickerung des wirtschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft zu vertiefen haben, und hierbei zwei Theile auseinanderhalten: das System des privaten Tauschverkehrs und das System der schon in § 1 bezeichneten Gemeinwirtschaften (Familie, Staat, Gemeinde, Vereine).

A) Das privatwirtschaftliche Güterleben der menschlichen Gesellschaft.

I. **Produktion.** Die Schaffung von Gütern mit ökonomischem Werth ist die Produktion (wirtschaftliche Werterzeugung).

Den Anreiz zur Produktion giebt das **Bedürfnis**. Dieses veranlaßt zur **Arbeit**, welche die Aufsegegenstände für das Bedürfnis aneignet und zubereitet.

Das Arbeitsvermögen ist Quelle des Gütervermögens.

Die Arbeit selbst aber vollzieht sich nicht isolirt, sondern als ein verzweigtes **gesellschaftliches** System (Lehre von der Arbeitstheilung,) und — mit besonderen Gütern als Arbeitshilfsmitteln (Maschinen u. s. w.). Um nämlich die Produktion überhaupt als ein gesellschaftliches System, mit jenem schon in § 1 hervorgehobenen Vortheil höchster Wirtschaftlichkeit betreiben zu können, müssen nach Ueberwindung der Anfänge der Cultur besondere Güter im Vermögen der Produzierenden sein, welche der Erzeugung dienen: — die gesellschaftliche, arbeitstheilig betriebene Produktion bedarf — **Kapitalien**, theils stehende, wie Maschinen, Werkzeuge, Feuerungsanlagen u. s. w., theils solche, welche wie Rohstoffe, Farbstoffe, Brennmaterialien auf einmal ihre Nutzung an das werdende Produkt abgeben und von einer Stufe der Produktion der anderen ganz übergeben werden (umlaufende, flüssige, circulirende Kapitalien).

Die flüssigen Kapitalien sind, indem sie von einem an der Produktion betheiligten Establishment zum anderen übergeben, gleichsam der Strom, welcher auf jeder Stufe der gesellschaftlich getheilten Produktion die Nutzungen der stehenden Kapitalien und neue Arbeitseffekte so lange aufnimmt, bis endlich die fortschreitende Abdrückung und Zusammenfügung von Kapitalnutzungen und Arbeitseffekten zum fertigen Genußgute herangereift ist.

So ermöglicht es das Kapital in seiner Vertheilung durch die ganze produzierende Gesellschaft hindurch, daß jede Stufe der Produktion stets ihre produktive Zuthat ununterbrochen leisten kann.

Kapital ist, den bildenden (plastischen) Bestandtheilen des

Stutes vergleichbar — **werdendes** Genußvermögen, ein Stamm, an dessen tausend Aeste sich die produktiven Kräfte nach ihrer gesellschaftlichen Theilung geordnet und fortlaufend ansetzen können, bis immer wieder die Genußgüter als fruchtweise gereifte Früchte der gesellschaftlichen Gesamtarbeit abfallen.

Hiebei trägt das flüssige Kapital stets die bereits addirte Summe schon gezeigter Nutzungen des stehenden Kapitals, sowie der schon geschehenen Arbeiten weiter, damit neue Kapitalnutzungen und Arbeitseffekte hingutreten. Der Bergknappe fügt der Erststufe seinen Arbeitseffekt bei, während zugleich die stehenden Bergwerksanlagen benutzt werden; der Hohenarbeiter fügt seine Arbeit und die Nutzung des stehenden Hohenkapitals hinzu. Nun geht diese Summe von Arbeiten und Kapitalnutzungen in einer neuen flüssigen Form als Rohstoffen weiterer Vollendung zu reifen Genußgütern unter fortgesetzter Anwendung weiterer Arbeitsleistungen, unter weiterer Nutzung stehenden Kapitals, unter Aufnahme der in anderen Beeten gesammelten Umlaufkapitalien — entgegen.

Dies ist die wichtige Rolle einerseits des flüssigen Kapitals für die gesellschaftliche Produktion.

Andererseits erweist sich die Bedeutung des stehenden Kapitals für eine Produktion, die in Werkzeugen, Häusern, Werkanlagen die Resultate früherer Arbeit der menschlichen Gesellschaft als einen Fonds von Nutzungen verdischt hat, damit dieser aller ferneren Erzeugung, je auf der betreffenden Stufe in der wirksamsten Form, eine Reihe fortlaufender wohlthätiger Hilseleistungen bringe.

Die Lehre vom Arbeits- und diejenige vom Kapitalvermögen sind die wichtigsten Kapitel der Lehre von der Produktion.

II. **Güterumlauf.** Da die Produktion in gesellschaftlichem Stufen-gang geschieht, so muß sowohl das werdende Vermögen (Kapital) als das fertige Genußvermögen umlaufen, übertragen werden (Lehre vom Güterumlauf).

Dieser Umlauf wird vom Handel und den Transportgewerben besorgt.

Indessen ist die Thätigkeit des Handels derjenigen der Landwirtschaft und der Fabrikation darin vollkommen gleich, daß auch sie Arbeiten, stehende und umlaufende Kapitalien anwendet, um die menschliche Gesellschaft aufs wirtschaftlichste, am rechten Ort und zur rechten Zeit mit Gütern zu versorgen. Das Gut ist fertig, zu Ende productirt erst, wenn es der Consumant zum sofortigen Genuß übernimmt. Der Handel ist daher nur Einer der Produktionszweige, nur technisch, nicht ökonomisch von Ackerbau und Gewerben unterschieden; er ist, wie diese, für die Regel produktiv (vgl. § 28). Er kann daher mit diesen zusammen in einem speziellen Abhange des Buches betrachtet werden, so bald die allgemeinen Lehren erledigt sind.

Zu diesen aber gehören, als für die Erklärung des Güterumlaufes insbesondere wichtig, die Kapitel vom **Werth**, sowie vom **Geld**, **Markt**

und **Preis**, durch welche im gesellschaftlichen System des Güterlebens der unlaufende Werth zur Erscheinung kommt.

Der **Werth** — das in der menschlichen Schätzung vorhandene Nützlickeitsmaß, die Bedeutung der Güter für das wirtschaftliche Bewußtsein bestimmt sich jeder Zeit nach dem Verhältniß des Bedürfnisgrades und der verfügbaren Gütermenge, — auf die Dauer aber bei allen vermehrbaren Gütern nach dem Maß der wirtschaftlichen Opfer an Arbeit und an Kapital als Ergebnis früherer Arbeit. Güter, z. B. Luft, die keine wirtschaftlichen Opfer erfordern, haben auch keinen ökonomischen Werth.

Der Werth wird die Triebfeder und der Regulator des ganzen wirtschaftlichen Güterlebens insbesondere der gesellschaftlichen Güterhervorbringung und des vom Handel besorgten Güterumlaufes.

Es wird nämlich die Lust zu erzeugen, stets derjenigen Güterart sich zuwenden, welche bei gleichen Opfern den höchsten Werth, im Verhältniß zu den anderen Güterarten hat, und dieses Streben wird in der wirtschaftlichen Gesellschaft (Volkswirtschaft) so lange fortbauern, als die neuen Güter in ihrem Werthe den Werth der auf ihre Herstellung verwendeten Leistungen und Sachgüter ersetzen. Der Werth, der bei gesellschaftlichen Wirtschaftssystemen in jedem einzelnen Falle von Angebot und Nachfrage abhängt, strebt daher auf die Dauer gegen das Niveau der Produktionskosten (des sog. natürlichen Werthes).

Dies ist das Gesetz der Bewegung des Werthes, zugleich das Gesetz der Richtung in der Produktion; denn die Erzeugung sucht stets dasjenige Gut hervorzubringen, welches bei gleichen Kosten am meisten Werth hat; der Werth ist in diesem Sinn Regulator der Erzeugung.

Der Werth wechselt stets, indem theils Art, Maß und Grad der Bedürfnisse, theils die Masse der ihnen entsprechenden Befriedigungsmittel wechselt.

Durch richtige Berechnung des Werthwechsels erreicht der Privatwirth seine größten Erfolge. Wir werden den ersteren näher in seinen Elementen betrachten.

Der Werth hat verschiedene Arten.

Die Hauptunterscheidung der Wirtschaft ist die in Gebrauchszweck und Tauschwerth.

Da im gesellschaftlichen System der Wirtschaft nicht jeder Mensch alle erforderlichen Nützlichkeiten selbst erzeugt, sondern Jeder Nützlichkeitvorräthe zum Gebrauch der Anderen schafft, so tauscht man Quantitäten dieser verschiedenen Vorräthe gegen einander aus und setzt im **Tausch** verschiedene Quantitäten verschiedener Nützlichkeiten einander gleich. So empfängt der Werth der einen Güterquantität einen äußeren Ausdruck in der dafür im Tausche zu gewinnenden Quantität eines anderen Gutes. Im Tauschäquivalent (*Sacprieis*) findet der Werth eine äußere Erscheinung.

Der Tauschverkehr bleibt so lange ein äußerst schwermüthiger, solange

nicht für die Messung der im Werthe gleichgesetzten Tauschquanten ein einheitliches, sicheres Maß- und Gewichtssystem und solange nicht für die Vergleichung des Tauschwerthes, der tausenderlei Nützlichkeiten und ihrer tausenderlei Quantitätsverhältnisse ein einziger Werthhauptnennner, auf welchen der Werth aller Güterarten zurückgeführt wird, nämlich der Werth der allgemein werthgeschätzten edlen Metalle, das allgemeine „gültige“ Geld, in Gebrauch kommt.

So gelangen wir zum Maß- und Gewichtsz- und zum Geldsystem, bei letzterem zur Erörterung der verschiedenen Geldarten, des Münzfußes, der Kurant- und der Scheidemünze, der wichtigsten Grundzüge der Münzverwaltung, des Papiergeldes, der ein- oder mehrfachen Währung, der Sachwerthveränderungen des Geldes oder der Geldpreisveränderung aller in Geldwerth gemessenen anderen Waaren, des Geldbedarfes des Verkehrs u. s. w.

Der in Geld ausgedrückte Tauschwerth heißt **Preis**. Der Preis muß sich daher nach denselben Gesetzen bewegen, wie der Tauschwerth, nur kommt noch die Werthveränderung der edlen Metalle, welche als Geld oder allgemeiner Werthmesser gebraucht werden, als besonderer Einfluß bei der Preisbildung mit ins Spiel. Die Geschichte und die Bewegungsgesetze des Preises und Preiswechsels der hauptsächlichsten Güterarten, die Stellung des Privatwirths zum Preiswechsel, betrachten wir besondert.

Die Erzeugung und der Umlauf aller Güter ist nach dem Bisherigen Nichts als Combination von Arbeitskräften und Vermögensanwendungen zur quantitativen und qualitativen möglichst vollkommenen Versorgung der menschlichen Gesellschaft. Jeder wirft den größten Theil seiner Arbeitseffekte und seiner produktiven Vermögensanwendungen gleichsam in die gesellschaftliche Masse ein, um sie endlich mittelst der im Geld liegenden Anweisung in den den Bedürfnissen entsprechenden Formen, in Gestalt der tauglichsten Genußgüter zurückzuentfangen.

III. Rente und Einbuße. Was nun aber ist jene mächtige Kraft, welche diese milliionenfältigen Elementargüter die Effekte der täglichen Arbeitsleistung Aller und die Effekte der täglichen produktiven Vermögensanwendung (Kapitalnutzungen) so combinirt, daß dieselben nach Art, Umfang, Ort und Zeit die dem Volksbedarf entsprechenden Gütergattungen überhaupt hervorbringen, insbesondere aber nach dem Gesetz der Wirtschaftlichkeit (größten Erfolges bei geringsten Opfern) hervorbringen?

Die Antwort ist folgende:

Nicht für alle Güter erfolgt in gleicher Weise die Regulirung der Erzeugung und des Umlaufes.

Die gemeinnützigen Güter, wie sie z. B. der Staat in den Leistungen seiner Beamten und in den von ihm dargebotenen öffentlichen Anstalten erzeugt und dem Verband der Staatsbürger zukommen läßt, werden nach dem Willen Einer oder nach der Verabredung (constitutionelle Staats-

wirtschaft, Finanzverabschiedung) mehrerer Staatsgewalten, erzeugt und der Volksgemeinschaft gegen eine zwangsweise Vergütung eigenthümlicher Art (Besteuerung, Einkommen aus den für Staatszwecke ausgeschiedenen Domänen u. s. w.) dargeboten. Von diesen besonderen Fälle wird jedoch erst im zweiten Haupttheil näher die Rede sein können.

Weitaus die meisten Güter entfließen und circuliren nicht unter öffentlicher Direction, sondern nach dem persönlichen und verträglichem Willen der einzelnen Menschen, welche dem Volke angehören. Der Arbeiter giebt seinen Arbeitskraft, wenn er will, dergleichen der Leihkapitalist sein Leihkapital, auf dessen eigene Anwendung er verzichtet. Der Unternehmer kann sowohl der Korn- als der Schnupftabakserzeugung sich zuwenden; dieselben Arbeitskräfte und dieselben Kapitalien können von einem Unternehmer in Leder, von dem andern in Tuch umgewandelt, und so vom Einen nach Amerika, vom andern nach Ostasien in Umlauf gebracht werden.

Die Volkswirtschaft (im engeren Sinne des privatwirtschaftlichen Systems der bürgerlichen Gesellschaft) ist nicht wie der Staat (die Rechtsgesellschaft des Volkes) von einem einzigen oder wenigen herrschenden Mittelpunkten aus geleitet. Jeder Einzelne macht sich in der Volkswirtschaft selbst zum Mittelpunkt, wirkt täglich auf eigene Faust für sich und für Andere.

Und warum gleichwohl kein Chaos, keine Verwirrung, kein babylonischer Thurmbar auf diesem Gebiete? Welche unsichtbare, allgegenwärtige Kraft leitet diese Millionen Willen und Güterelemente auf diejenigen Erzeugungen und in diejenigen Circulationskanäle, durch welche und zwar in wirtschaftlichster Weise, der so mannigfaltige und wechselvolle Bedarf der ganzen menschlichen Gesellschaft quantitativ und qualitativ jederzeit befriedigt wird?

Diese in den wirtschaftstenden Menschen allgegenwärtige Kraft ist das Streben nach dem höchsten Gewinn (Rente) und die Furcht vor der Einbuße.

Gewinnstreben und Verlustgefahr bewirken in dem wirtschaftlichen Thun und Lassen der Menschen die dem jeweiligen Güterbedarf der menschlichen Gesellschaft entsprechende, wirtschaftlichste Klassifikation und Combination der Arbeitsleistungen und Vermögensnutzungen.

Wer die Bedürfnisse der Nebenmenschen am besten berechnet, wird für sein Angebot die höchsten Preise erzielen; wer der richtig voranschreitendsten Nachfrage der Gesellschaft die wohlfeilsten producirt Güter entgegenzubringen vermag, wird den Abzug an sich ziehen.

So ist es die Concurrenz um die höchsten Gewinne, welche die wirtschaftlichste Vertheilung der jeweiligen Bedürfnisse nach Art und Umfang jederzeit bewirkt, und es ist ebenso die Furcht vor Verlust, was regelmäßig den Wegtritt von solchen Gütererzeugungen herbeiführt, welche keiner Werthschätzung mehr bezeugen und die Anschaffungskosten nicht decken würden.

Oftentbar wird derjenige die größten Gewinne machen, welcher dieselbe

Güterart am wohlfeilsten herstellt und darbietet. Verlangt z. B. eine Stadt wöchentlich 1000 Centner Korn, und A kann 500 Ctr. zu $\frac{1}{2}$ Thaler, B nur zu 1 Thaler liefern, so wird zwar der Preis aller 1000 Centner 1 Thlr. sein, A jedoch in Folge seiner niedrigeren Anschaffungskosten an jedem Centner Kern $\frac{1}{2}$ Thlr. Ertragsgewinn, einen Ertragsgewinn, welcher ähnlich überall wiederkehrt und von der Nationalökonomie in bestimmten Sinn Rente genannt wird.

Dieser Ertragsgewinn ist das Reizmittel, die niedrigsten Kosten einer Güterart aufzuspüren, und indem dieser Reiz überall wirkt, veranlaßt er die wirtschaftlichste Versorgung der menschlichen Gesellschaft mit jeder Gütergattung. Die Concurrenz um die Rente (außerordentlichen Gewinn) ist es, was immer und überall in dem auf freiem Tausch beruhenden Güterleben den Geist der Wirtschaftlichkeit allen Theilnehmern des gesellschaftlichen Güterverorgungssystems aufhört. Die Rente, der außerordentliche Gewinn ist die Prämie der wirtschaftlichen, regelmäßigen rechtzeitigen und harmonischen Versorgung der bürgerlichen Gesellschaft in ihren nach Art und Umfang wechselnden Bedürfnissen. Der Verlust ist die Strafe des Gegentheils. Die Rente ist ein kleiner Preis, welchen die Gesellschaft für einen großen Gesamtvorteil zahlt. Dieser Vorteil könnte entfernt nicht ebenso und nicht so wohlfeil erreicht werden, wenn eine öffentliche Regulirung der Güter-Production und Circulation stattfände.

Das ist die Bedeutung der Lehre von der Rente, welche bisher von der Nationalökonomie mehr geahnt als klar erkannt worden ist. Die wichtigste Art der Rente ist die Grundrente. Allgemeine Mißachtung des Kosten- und Rentengesetzes bestraft sich in den Krisen (Lehre von den Handelskrisen).

Mittelpunkte der durch Gewinnreiz und Verlustgefahr vor sich gehenden wirtschaftlichen Klassifikation der productiven Kräfte der Gesellschaft sind die — Unternehmer.

Die Unternehmung geschieht in verschiedenen Formen: Privatunternehmung, Actiengesellschaft, Genossenschaft u. s. w.

Auch diesen Gegenständen (Krisen, Stellung der Unternehmer, Unternehmungsgestaltungen) ist das Augenmerk zuzulenken.

IV. **Die Gütervertheilung.** Die im gesellschaftlichen System der menschlichen Wirtschaft hervorgebrachten und circulirenden Güter, seien sie schon fertig oder erst in die Halme schließend (Kapital), vertheilen sich nun eben mittelst des Güterumlaufes unter die Einzelnen, theils um aufgewendetes Kapital zu ersetzen, theils um als Einkommen, d. h. als ein über den Ersatz des Kapitals hinausgehender frei verwendbarer Ueberschuß entweder der Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse zu dienen, oder zur Vermehrung des Kapitalstammes verwendet zu werden.

Hiedurch kehren die aus dem Kapital- und aus dem Arbeitsvermögen ausgegangenen Güterelemente als Werth, jedoch in anderer geeigneterer Güterform ins Vermögen (Güter- und Arbeitsvermögen) zurück, theils

als Kapitalerfab, theils als das Arbeitsvermögen näherndes Einkommen. Die Arbeits- und Kapitaleffekte des Schusters, welche als Schuhe aus dem Vermögen des Schusters wegzugehen sind, kehren als Arbeitseffekte und Kapitalanhebungen des Landwirths, Müllers, Bäckers in Probforn zum Schuster zurück, und so in allen anderen Fällen.

Dieser ganze Tausch vollzieht sich, indem sich die Arbeitseffekte und Kapitalanhebungen an einzelne krysalisirende Mittelpunkte aufschließen, welche den ganzen Prozeß der Erzeugung und Circulation der Güter leiten. Diese Mittelpunkte sind die schon erwähnten Unternehmer. Sie kaufen im Lohn die Arbeitseffekte, im Zins die überlassenen Kapitalanhebungen voraus ab, und sind bestrebt, im Gewinne als dem Ueberschuß der Absatzpreise über sämmtliche Lohn- und Kapitalauslagen sich selbst für ihre Unternehmerrhätigkeit bezahlt zu machen.

So findet, so weit nicht zwangsweise (Steuern) oder liberaler Weise (freiwillige Beiträge, Geschenke) andere Einwirkungen Platz greifen, die Vertheilung des Volkseinkommens sammt dem Kapitalerfab im Wege der Lohn-, der Zins- und Schuldzahlung, sowie durch Berechnung und Bezug des Unternehmergewinnes statt.

Daher kann in diesem Theile der Nationalökonomie zuerst die Lehre von **Vermögen und Einkommen** näher ausgeführt werden. Hauptgegenstände der Gütervertheilungslehre sind aber: **Lohn und Dienstmiete, Zins und Kredit, Unternehmergewinn** beziehungsweise Unternehmerverlust.

Dem Lohn, Zins und Unternehmergewinn können als besonderes Element Renten (s. Abs. III. dieses §.) beigezählt sein.

Je nachdem die Einzelnen vorherrschend mit dem Factor der Arbeit oder mit dem des Kapitals an der Unternehmung theilnehmen, oder sie leiten und die Vermögensgefabr derselben tragen, bekommt die ganze Lebensweise des Einzelnen eine mehr oder weniger bestimmte Richtung, sämmtliche Privatwirtschaften theilen sich in Klassen (nach der gesellschaftlichen und politischen Seite gewöhnlich Stände genannt). Die wirtschaftlichen Klassen der neueren Zeit sind: Arbeiter- Rentner- Unternehmerklasse (letztere in den niedrigeren und höheren Mittelstand sich spaltend, nach dem Unterschied der Grob- und der Kleinunternehmung). Die Klassenunterschiede sind in politischer Beziehung noch wichtiger als in wirtschaftlicher Beziehung. Wie wichtig sie indessen auch wirtschaftlich sind, beweist die ganze moderne Arbeiterbewegung, in Deutschland das neueste Feldgeschrei: Die Schulae, die Lassalle. (Lassalles Buch: Vassiat-Schulae Delichs, 1864, und Schulzes Arbeiterfatschismus). Wir werden daher auch diesem Gegenstand Aufmerksamkeit zu schenken haben.

V. Die Vermittlung ökonomischer Werthe, insbesondere die Conjunction.

Die producierten und als Einkommen vertheilten Güter dienen, soweit sie nicht der Kapitalvermehrung zugeführt oder unthos zerstört werden, für persönliche Freude, unter schneller oder langsame Fortsetzung ihrer

Brauchbarkeit und ihres Werthes. Diese Verwendung ist die Conjunction.

Mit ihr endigt das Güterleben, um einen neuen Kreislauf zu beginnen. Dieser kann immer wieder eröffnet werden, da die Conjunction des Gütervermögens der Vermehrung, Erhaltung und Ausbildung der Bevölkerung (des Arbeitsvermögens) dient. Die durch Conjunction zerstörten ökonomischen Werthe werden **Culturarwerthe, persönliche Kräfte**, in welchen die ökonomischen Güter gleichsam nur latent werden, um mittelst des Arbeitsvermögens das Saatgut neuer ökonomischer Werthe auszufrucen.

Dies eben ist der Kreislauf der ökonomischen und der sonstigen Cultur, in welchem immer mehr todte Stoffe und tiefere organische Gebilde des Pflanzen- und Thierreiches der höchsten diesseitigen Lebensform, nämlich einer an Zahl und Bildung zunehmenden menschlichen Bevölkerung einverleibt werden.

Hiermit sind die Hauptgegenstände der gewöhnlichen Nationalökonomie bezeichnet.

Doch werden in der Regel die verschiedenen Hauptformen der Wertherzeugung: Landwirthschaft, Gewerbe, Industrie, Waarenhandel und Kredithandel (Bankwesen), einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Wir geben diese in einem besondern Anhang (§. 236—265), um den Gang der systematischen Erörterung nicht zu unterbrechen.

Im Vorherigen (I—V) ist nun aber nur das privatwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft berührt, wie es sich durch den Trieb der Privatinteressen im freien Tauschleben regulirt. Jedem einzelnen der Millionen Menschen ist nämlich der eigenschäftliche Trieb eingeimpft, sich selbst der Mächte zu sein, vor Allen dem eigenen Vortheil, dem Privatinteresse nachzugehen. Der Menschheit ist hierdurch der millionenfache Sporn des wirtschaftlichen Fortschrittes eingeplant; denn Jeder sucht aus Interesse, durch die beste Art der Wirtschaft allen Andern den Vortheil abzugewinnen, und reißt dadurch Alle zum Fortschritt fort. Das Privatinteresse ist die unentbehrliche Triebfeder zum ökonomischen Fortschritt der Menschheit; sein freies Walten, das System der freien Konkurrenz ist Interesse der Gesamtheit und Recht jeder einzelnen menschlichen Persönlichkeit. Allerdings ringt sich dieses Recht und dieses Interesse eines Jeden, sich selbst zum Zweck der Wirtschaft zu machen, nur allmählich von Stand zu Stand, von Ort zu Ort, von Land zu Land fort. In der Sklaverei, Leibeigenschaft, Fröhmerei, Abgabenpflichtigkeit an Grundherren, in der Beschränkung der Arbeitsgebiete (Zunftzwang), der Erwerbsniederlassung (Beschränkung der Freizügigkeit zwischen Orten desselben Landes und zwischen verschiedenen Ländern), in dem Verbot des Ineinandergetreibens und des Vermögensverkehrs (communiabium — commercium) zwischen verschiedenen Ständen, in der Beschränkung des freien

Mitwettbewerb zwischen Völkern (Verbotzölle, Schutzzölle, Differentialabgaben, Beschränkung des Zutritts fremdländischer Kaufkraftverhältnisse durch Navigationsakten, Ausfuhrbeschränkungen) liegt aber als der mütterlichen Pflege von Kolonialbesitz liegt eine vielgestaltige privatwirtschaftliche Unfreiheit, welche nur allmählich — und noch lange nicht ganz — überwunden worden ist und nur allmählich überwunden werden konnte. Siets hat das Privatinteresse Lust, zum Sonderinteresse, zur Beeinträchtigung gleichberechtigter Privatinteressen zu werden und den freien Kampf der Konkurrenz unter den wirtschaftlichen Kräften auszuschießen.

B) Das gemeinwirtschaftliche System.

VI. Die Formen gemeinsamer Wirtschaft. Die so eben genannten Abweichungen vom System des freien Waltens der Privatinteressen müssen wir verwerfen. Sie haben zwar eigenthümliche geschichtliche Veranlassungs- und Erklärungsgründe, sind aber zumeist Auslässe der staatlichen Rechtsgewalt, wie sie heute wenigstens nicht mehr haltbar sind.

Es giebt jedoch andere öffentliche Eingriffe in das gewöhnliche privatwirtschaftliche System, welche vollkommen gerechtfertigt sind und eine besondere Förderung heischen.

Gewisse nachhaltige, gemeinsame, dem Privategoismus an sich ferne liegende Interessen können überhaupt, und insbesondere auf die wirtschaftliche Weise, nur durch Gemeinwirtschaft befriedigt werden.

Wir müssen hiernach auch dem gemeinwirtschaftlichen System der menschlichen Gesellschaft, welches in seiner Wechselwirkung mit dem privatwirtschaftlichen freien Konkurrenzsystem erst die volle und ganze Volkswirtschaft ergibt, unser Augenmerk zuwenden.

Wir begegnen hier z. B. dem modernen Genossenschaftswesen, welches zwischen beiden genannten Polen, bald mehr dem einen, bald mehr dem andern zureichend, — in der Mitte liegt; sodann der Familien- und der Staatswirtschaft, bei letzterer insbesondere der sogenannten Volkswirtschaftspflege und dem Staatshaushalt (Finanzwesen).

Mancherlei interessante Einzelfragen z. B. die Vertretung der Staatswirtschaftlichkeit durch die Volksvertretung werden uns hier beschäftigen. Wir verweisen auf die Inhaltsübersicht zu §. 176—223. Auch werden wir zu zeigen vermögen, daß da, wo gemeinsame Versorgung die wirtschaftlichere ist, dieselbe nicht auf den modernen Kommunismus und Sozialismus gewartet hat, um in's Leben zu treten.

C) Weltwirtschaft.

VII. Auch durch das Eintreten des Staates in den wirtschaftlichen Organismus eines Volkes vollendet sich das wirtschaftliche System der großen menschlichen Familie nur nicht.

Der Staat selbst verfallt, da er als Organ der Ordnung und des

Rechtes nach einheitlichem Abschluß der Gewalt naturgemäß strebt; sogar leicht in eine nationale Ausschließlichkeit. Die Wirtschaft der Menschen dagegen vollendet sich erst in einem System öffentlichen und privaten Zusammenwirtschafteus aller Völker, erst in der Weltwirtschaft.

Zu der letzteren drängt unabweislich das Prinzip der Wirtschaftlichkeit selbst (s. § 1) hin; denn jede Nation kennt eine Reihe von Gütern, worin sie andere theils wirtschaftlicher versorgt, theils von anderen Nationen wirtschaftlicher versorgt wird, als jene es vermögen oder sie es kann. Das Wirtschaftsleben führt gebieterisch zur internationalen Anschließung selbst da hin, wo der nationale Staat als eine erloschene Gemeinwirtschaft sich gerne abschließt. Die Staaten müssen in die völkerrrechtliche Gemeinwirtschaft eintreten.

Die weltwirtschaftliche Bewegung vollzieht sich aber hauptsächlich im Wege des Handelsverkehrs, also privat, nicht gemeinwirtschaftlich.

Durch den Welthandel übertragen sich die Völker gegenseitig die Mittel der Civilisation, fügen sie ihr äußeres wirtschaftliches Zwedleben zu einem großen, nach der verschiedenen wirtschaftlichen Völkerveränderung (wirtschaftliche Ethnographie) geordneten gegenseitigen Berufsleben zusammen, um mit ihm und in ihm die gemeinsame Entwicklung zur Gestaltung, zur höchsten Stufe sittlicher und geistiger Bildung in einer Menschheitsfamilie zu finden.

Noch ist unsere von Völkerverein und Völkerverein erfüllte Zeit weit von diesem letzten Ziele der weltwirtschaftlichen Völkercultur, von jenem „ewigen Frieden“ allgemeinen Völkerglücks entfernt, von welchem Philosophen und Menschenfreunde seit Jahrhunderten träumen. Aber in der Wissenschaft, in der Kunst, der Literatur, in der religiösen Gesittung, in den sittlichen und rechtlichen Anschauungen, selbst in der Sprache fliehen doch neuerdings die Völker mit progressiver Schnelligkeit zu einer eilenden und fruchtbareren Lebensgemeinschaft zusammen, und die Zeit wird kommen, wann diese internationale Gemeinschaft wenigstens so vollständig gefunden sein wird, als sie jetzt schon national, d. h. für die Volksteile in der modernen Staats- und Volksgemeinschaft, gefunden zu sein scheint.

Der Geschäftsmann aber, welcher von jeder im Bunde mit der Wissenschaft und der Religion, mit dem Naturforscher und dem Missionär, die Gesittung verbreitet hat, wird nicht am wenigsten Verdienst an einer Gestaltung weltwirtschaftlicher Gesittung haben, deren höchstes freilich nie ganz erreichbares Ideal bleiben wird: daß der Erdball bevölkert werde mit einer Menschengemeinschaft, in welcher jeder Einzelne jedes Land und jedes Volk je nach der ihm beigemessenen Gabe — das ihm anvertraute wirtschaftliche Pfund je umtreibt, daß die ganze und eine möglichst zahlreiche Menschheit (Bevölkerung, Lehre von der Bevölkerung) auf Grund des Wirtschaftslebens in vollkommenster und allgemeinsten Weise ihre höhere diesseitige Bestimmung erfülle. Wird man dieses Ziel auch nie vollständig erreichen, wird man auch durch Vertretungen stets wieder von ihm ablenken, wie das Tugendziel durch die

Sünde, das Recht durch Vergehen, die Wissenschaft durch Irrthümer verdunkelt wird, so wird man ihm doch stufenweise näher kommen können. Seine diebischen Betrachtungen wird der Kaufmann schließen können mit den Worten des Dichters:

Euch, Ihr Götter, gehört der Kaufmann, Güter zu suchen,
 Hebt er; doch an sein Schiff knüpset das Gute sich an.

Den im Vorstehenden gegebenen Umriss, dessen Linien der Kürze des Ueberblicks wegen nicht überall scharf gezogen werden konnten, hat nun das Folgende auszufüllen, nachdem zuvor noch ein kurzer Blick auf die Geschichte der Nationalökonomie geworfen sein wird.

Auch die Inhaltsübersicht zu diesem Buche gestattet, die innere Fülle obigen Umrisses in einem Blick schnell zu erfassen.

§ 4. Zur Geschichte der Nationalökonomie. — In § 2 sind die Voraussetzungen bezeichnet, unter welchen eine besondere Wissenschaft vom wirtschaftlichen System der menschlichen Gesellschaft, die Nationalökonomie, unabweisbar sich Bahn brechen muß.

Diese Voraussetzungen traten, wie schon bemerkt ist, seit der Reformation, der Entdeckung Amerikas, dem Durchbruch der Geld- und Kreditwirtschaft an Stelle der abgeschlossenen mittelalterlichen Naturalwirtschaft, mit der Entwicklung der Naturwissenschaften, der Technik und des Verkehrs mehr und mehr ins Leben.

So haben denn auch bevor A. Smith sein berühmtes Werk herausgab, die verschiedenen westeuropäischen Nationen, außer den commercieell früher entwickelten Italienern hauptsächlich die Engländer, Holländer, Franzosen, theilweise die Deutschen wichtige Bausteine zu unserer Wissenschaft beigetragen, und A. Smith steht weit mehr, als gewöhnlich angegeben wird, auf den Schultern bedeutend vorarbeitender Vorgänger.

Diese frühere Periode der nationalökonomischen Literatur befaßte sich zumeist mit einzelnen Gegenständen, wie sie nach Zeit und Ort ein besonderes praktisches Interesse darbieten; bald mit dem im Argen liegenden Münz- und Geldwesen, bald mit der Ausfuhr, bald mit dem Kornhandel, bald mit den Colonien, bald mit dem Zollwesen, mit den Steuern und mit den Genservprivilegien.

Indessen bald sammelte sich die Erörterung mancher, nicht aller Schriften der vorwissenschaftlichen Nationalökonomie, um gewisse beherrschende Gedanken. Einseitig und verkehrt aufgefaßt, wie diese Systeme waren, halfen doch auch sie zum Durchbruch des wissenschaftlichen Lichtes; denn selbst die Wissenschaft kommt meist nicht geraden Weges, sondern auf dem Umweg entgegengesetzter Einseitigkeiten zur Wahrheit.

Dieser Art waren die zwei „nationalökonomischen Systeme“, welche unter den Namen Mercantilismus und Physiokratismus dem „Industrieisystem“ A. Smiths vorausgegangen sind.

1) Der Mercantilismus (Sperrsystem, Colbertismus). Dieses nationalökonomische System, weit verbreitet im 17. Jahrhundert, praktisch

vertheilt von Ludwig's XIV. großem Minister Colbert (geb. 1619, gest. 1683), in den unfernen Zeitaltern bis auf die neueste Zeit nachwirkend, gieng von dem Grundsatz aus, daß der Reichthum eines Landes hauptsächlich in Geld bestehe; ein deutscher Mercantilist bezeichnet Gold und Silber als „unser bestes Geklüß“; „das Land, sagt er 1686, wird um so viel reicher, als entweder aus der Erden oder anderswoher Geld oder Gold ins Land gebracht wird, und so viel ärmer, als Geld hinausläuft. Man muß den Reichthum eines Landes nach der Menge des Goldes und Silbers in demselben ästimiren.“

Daraus leitete man in der Handelspolitik eine sehr erkünstelte Regulirung des Handels (Mercantil-System) ab; man solle, wurde gefolgert, die Bilanz des auswärtigen Handels so reguliren, daß alljährlich eine beträchtliche Mehreinfuhr an edlen Metallen (eine sogenannte „günstige“ Handelsbilanz) stattfinde. Dies geschehe durch Steigerung der exportirenden Luxusgewerbe, Beschränkung der Ausfuhr der Roh- und Nahrungsstoffe, welche der inländischen Fabrication dienen und wohlfeil sein müßten, ferner durch Beschränkung der Einfuhr fremder Fabricate, durch Erwerbung edelmetallreicher Colonien.

So diente die mercantilistische Theorie zum Rechtfertigungsgrund eines Systems künstlicher Steigerung der nationalen Industrie und des nationalen Handels. Sie wurde schon von Colbert zu einem nationalen „Sperrsystem“ verworrtet, welches erst in neuerer Zeit vor dem Triumphe der Freihandelsideen zusammenbricht, nachdem es trotz des Wechsels in seiner theoretischen Rechtfertigung eine 200jährige Herrschaft (Colbert's zweiter Sperrtarif von 1667) in den meisten westeuropäischen Staaten behauptet hat.

Diese praktische Wirkung der mercantilistischen Ideen und ihre weite Verbreitung würden freilich ganz unbegrifflich sein, wenn nicht die Anschauung des gemeinen Lebens dabei Vorhand geleistet hätte, wenn nicht eine Zeit des Aufstiegs der Silberfäße aus der neuen Welt der mercantilistischen Ueberhöhung des Geldes förderlich gewesen wäre, wenn nicht ebendamals die neuere Geldwirtschaft an Stelle der mittelalterlichen Naturalaustausch sich durchgerungen hätte, wenn endlich nicht das Sperrsystem, welchem der Mercantilismus als theoretische Grundlage diente, ganz im Sinne der europäischen Politik von damals gelegen gewesen wäre; denn das 17. und 18. Jahrhundert ist bezeichnet durch das Streben verschiedener Staaten, zu Land und zur See ihre Nation zur Uebermacht zu erheben und die Industrie und Handelsconcurrenz anderer Völker niederzuhalten. „Colbert, — sagt Ranke, — mag, aus einer Kaufmannsfamilie herkommend, den Werth des Geldes und dessen effectiven Werth zu hoch angeschlagen haben, aber er brachte sein mercantiles Bestreben mit den Zwecken des Staates und dessen großen Interessen, dem Emporkommen des dritten Standes (Bourgeoisie), der Einheit der Nation, ihrer Stellung in der Welt überhaupt in Verbindung.“

Theoretisch ist der Mercantilismus durchaus verkehrt. Geld ist wohl
 ④ affile, Nationalökonomie. 2. Aufl. 2

das Tauschinstrument aller Waaren und ist unentbehrlich. Es kann aber auch viel zu viel werden; denn, wenn man durchaus mit 40 Mill. Thälern umsehen will, was man mittelst 20 Mill. an Handelsgeeschäften umsehen könnte, so begehrt man denselben ökonomischen Fehler, als wenn man 40 Pferde zum Transport benötigen würde, wo 20 genügen. Geld ist allgemeines Tauschmittel, aber nicht das alle Genußgüter erwerbende Gut.

2) Der Physiokratismus. Auch bei diesem System sind der theoretische Gehalt einerseits, andererseits der praktische Ausgangspunkt und Zweck wohl zu unterscheiden.

Der Leibarg Ludwigs XV, François Duessnay, begründete durch Schriften, an deren Correctur der König selbst Theil genommen haben soll, eine volkswirtschaftliche Schule, welche aufs entschiedenste in ihren theoretischen Sätzen, wie in ihren praktischen Schlussfolgerungen gegen den Mercantilismus und das Colbert'sche Sperrsystem Front machte.

Nicht das Geld macht bei diesem „System“ den Reichtum aus, sondern „Grund und Boden ist die einzige Quelle des Reichtums.“ Die Landwirthe sind die allein „produktive“ Klasse, Industrie und Handel wurden von diesem System „steril“ genannt, da sie nur Formwerthe, also keine neuen Güter in der Zeit hervorbringen, während welcher sie die Ueberschüsse der Landwirtschaft an Bodenprodukten verzehren.

In der Mitte zwischen der produktiven und der sterilen Klasse stehen kein Physiokratismus die Grundeigentümer, auf deren reines Einkommen aus Grund und Boden (produit net) alle Steuer (impôt unique, einzige Grundsteuer) zu wälzen sei, und welche denn auch die Meliorationen des Bodens zu leisten hätten.

Alle künstliche Regulierung des Handels und der Industrie, insbesondere durch Niederdrückung der Getreidepreise mittelst Ausfuhrbeschränkung sei höchst verwerflich. Der Staat solle den Handel gehen lassen, wie er wolle (Grundsatz: laissez faire, laissez passer); die Natur soll herrschen (physiocratie) in volkswirtschaftlichen Dingen *).

Praktische Folgerungen dieser theoretischen Sätze waren Befreiung des tiefgedrückten Bauernstandes von wiederdrückenden Steuern und Lasten, Abschaffung der Privilegien, der Aus- und Einfuhrverbote, und Freilegung des Handels, insbesondere des Getreidehandels.

So stimmte das „ökonomische System“ (système économique) des Königl. Leibargen mit den bereits gäbrenden Ideen der ersten französischen Revolution auf wirtschaftsständem Gebiete zusammen. Es fand begeisterte Anhänger unter den ersten Männern Frankreichs, wie denn Turgot es in seinem kurzen Ministerium in die Staatspraxis übersehen wollte. Die Ideen der persönlichen Freiheit und der Handelsfreiheit waren hier klar formuliert, sowie auch der Grund zu einigen Grundtheorien der Nationalökonomie (z. B. zu dem Unterschied stehenden und umlaufenden Kapitals)

*) Ein Werk „physiocratie“ betitelt, von einem Hauptvertreter der Richtung, Dupont de Nemours, war 1768 erschienen.

gelegt wurde. Insbesondere sind viele Ideen der Physiokraten (auch im engeren Sinne „Déonomisten“ genannt) geläutert in das Werk Ad. Smith's übergegangen, welcher mit den Hauptvertretern der Physiokratie auf einer Reise persönlich bekannt geworden war.

Versteht ist nur freilich die physiokratische Grundidee. Stoffe, wie sie aus der Bodenwirtschaft kommen, sind nicht das einzige Mittel, womit menschliche Bedürfnisse wirtschaftlich zu befriedigen sind; der Mensch lebt nicht vom Brod allein. Und auch der Landwirth schafft nicht Stoffe, sondern leitet nur mittelst seiner eigenthümlichen Maschine (Boden) schon vorhandene Naturkräfte und Elemente auf die Vereinigung zu Nahrungsmitteln hin, gerade so wie der Fabrikant sie auf Entschlung von Formwerthen hinführt. Der letztere ist gerade so, wie der erstere productiv, und beide tauschen die Producte von Arbeitsleistungen und Vermögensnutzungen gegeneinander aus, indem der eine Korn, der andere Tuch verkauft.

Gleichwohl kann dem Obigen zufolge der Physiokratismus eine dauernde Erziehung in der Geschichte unserer Wissenschaft beanspruchen.

3) Das Industriesystem. Höher als beide vorangegangenen Systeme steht dasjenige, welches der Schotte A. Smith durch sein in §. 2 genanntes Werk begründet hat. Dieses System ist auch unter dem Namen des Industriesystems bekannt (industry = Arbeit).

Smith fand nämlich den Nationalreichtum weder vorwiegend im Geld, noch im Grund und Boden, sondern in der Arbeit; sein Werk beginnt mit den Worten: „Das, was ein Volk im Jahr erarbeitet, das ist die Quelle, woraus es das Nöthige für die Lebensbedürfnisse und Gewinne schöpft, die es jährlich zu befriedigen hat.“

Smith's Wealth of nations von 1776 war bald weltberühmt und in viele Sprachen übersetzt. Tragt auch das Werk, wie schon bemerkt, auf bedeutenden Vorarbeiten von Fremden und von Landeuten (z. B. J. Stewart), so war sein eigenes Verdienst doch sehr groß. Die überaus klare Begründung der theoretischen Hauptlehren, die treffliche und kenntnisreiche Kritik der unfreien wirtschaftlichen Zustände waren von schlagender Wirkung im Interesse ökonomischer Freiheit des innern und des auswärtigen Verkehrs, und im Interesse der Begründung und Pflege der Wirtschaftslehren als selbstständiger Wissenschaft.

4) Seit Smith ist die nationalökonomische Litteratur bei allen gebildeten Völkern massenhaft angeschwollen. Es fällt schwer, hier auch nur die Spitzen derselben namhaft zu machen.

Wir nennen für England: Ricardo, Macculloch, Malthus, Torrens, Senior, J. S. Mill; — Frankreich: Say, Blanqui, Storch, Rossi, Sismondi, M. Chevalier, Bastiat; — Deutschland: Krauß, Loh, Fueseland, Rau, v. Thünen, Hermann, Roscher; — Vereinigte Staaten: Carey.

Welsch hat sich die Literaturbewegung an einzelne praktische Zeiten fragen (socialistische, schutztheoretische, freihändlerische Literatur) angegeschlossen. Sehr schwer aber fällt es, die ganze seit Smith erwachsene

Literatur Klassenweise zu rubriciren. Ueber das Einzelne s. Rauch, die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomie und ihrer Literatur, Wien 1860, 792 Seiten.)

§ 5. **Verhältniß der Nationalökonomie zu den übrigen Wissenschaften vom menschlichen Leben, sowie zu den Naturwissenschaften.** — Nehmen wir den Menschen, wie er mit seiner gegebenen sinnlich-geliebten Anlage als Einzelner und als Gesellschaftswesen, auf der jetzigen Erde mit ihrem Inbegriff wirklichen natürlichen Daseins die äußeren Mittel seiner sinnlichen Existenz und seiner sittlich-geistigen Entwicklung schafft, — als Herrn und König der Schöpfung oder als schweißbeladenen Kärner für seine Bedürfnisse, wie man dies nun ansehen will, — so haben wir alsdann das gegebene Gebiet des Wirtschaftslebens (vgl. § 1).

Die zwei großen Voraussetzungen der Wirtschaftslehre sind daher die Wissenschaften vom Menschen und diejenigen von der äußeren Natur, d. h. von der wirtschaftlich handelnden Persönlichkeit und von dem wirtschaftlich zu behandelnden Gegenstande.

Das Verhalten der Naturwissenschaft zu der und ihre Wichtigkeit für die Wirtschaftslehre ist hienach so klar, daß dies kaum einer ausdrücklichen Bezeichnung bedarf. Der Mensch weiß die Natur umso mehr sich dienstbar zu machen, je mehr er ihre Ordnung kennt. Schon der Wilde auf der niederen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe des Jägersvolkes muß die Natur des Thieres belauscht haben und kennen, wenn er glücklich in der Beute sein will. Um zu fären und zu bleichen, um den Dampf in die Maschine als Zugthier einzustellen, um den Dampfhämmer von 200 Centnern für die Armstrong'sche Geschüßanfertigung durch Zingebdruck so zu leiten, daß er 4 oder daß er 200 Schläge pr. Minute thut, Eisen-Luppen von vielen Centnern wie von etlichen Pfunden gleich gefällig fuetet, — um dem Steinbohlenbeer die feenhaften Anflinkfarben zu entlocken, um 144 Dugend Porcellanhemdenköpfe um 7 Silbergroschen zu fabriciren, — dazu gehört ein Einblick in die Kräfte der Natur. Die Fortschritte des menschlichen Wirtschaftslebens sind daher immer und werden immer von dem Fortschritte und der Verbreitung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bedingt sein. Die Anwendung dieser Wahrheit auf den ökonomischen Fortschritt des letzten Menschengalters ergibt sich von selbst.

Die andere Voraussetzung der Wirtschaftslehre ist die Kenntniß der menschlichen Persönlichkeit.

Und zwar nicht bloß die Wissenschaft vom Menschen als Einzelem oder als Gattungsbegriff, sondern auch von den Vereinigungen und Gemeinseinsritzen (Familie, Gemeinde, Verein, Staat, Kirche, Schule u. s. w.), vermöge welcher das ganze Menschengeschlecht seine Bestimmung lebendig vollzieht. Auch diese Vereinigungen sind Glieder des großen gesellschaftlichen Systems der menschlichen Wirtschaft. Es ist bekannt, wie die sparsame Hausfrau und

forgfältige Mutter den Grundjahrs haushälterischer Wirtschaftlichkeit in Leitung der Verzehrungen einer Familie am Familienkisch, in der Erziehung der Kinder, in der Erhaltung des Mobiliars vertritt. Es ist ferner keine Frage, daß der Staat als ein Organ gemeinsamer Wirtschaftszwecke eines Volkes den allgemeinen Sicherheitsdienst durch Justiz, Polizei und Gendarmarie wirtschaftlicher und vollkommener zugleich versteht, als es die Einzelnen, jeder für sich, thun würden. Eine Kirche stellt zugleich eine kunstvollere und eine wirtschaftlichere Vertheidigung des Bedarfes an Mitteln des religiösen Kultus dar, als wenn jeder Kirchengenosse einen vollkommenen Gottesdienst einrichten wollte, was die wirtschaftliche Kraft der meisten Einzelnen übersteigen würde. Bedarf es weiterer Beispiele um zu zeigen, daß Staat, Kirchen, Gemeinden, Familien auch der Nationalökonomie anheimfallen? Sie sind Organe der Wirtschaftlichkeit, Glieder des wirtschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft.

Freilich ihr inneres, so zu sagen technisches Leben gehört der Nationalökonomie ebenso wenig an, als die specielle Technik der Kornproduction, oder der Spinnerei, oder des Colonialwaarenhandels der Nationalökonomie zufällt. Letztere macht für das gesellschaftliche System die Grundfäße der Wirtschaftlichkeit (vgl. § 1), nicht die Lehren der Technologie geltend. Der Staat z. B. fällt als Organ wirtschaftlicher Vollziehung gewisser Bedürfnisse, wofür er den Preis der Wirtschaft erhält, in die allgemeine Volkswirtschaft hinein; aber die Technik seiner Thätigkeit wird nicht von der Nationalökonomie, sondern von der Staats- und Rechtswissenschaft wissenschaftlich behandelt (vgl. Genauerer § 184).

Indessen kehren wir von dieser Abschweifung über den wirtschaftlichen Charakter der menschlichen Vereine zurück und besprechen die allgemeine Frage, in welchem Verhältnisse die Wissenschaften vom Menschen überhaupt zur Nationalökonomie stehen.

Die einfachste Betrachtung weist dieses Verhältnisse nach. Immer und überall geht die wirkliche Wirtschaft aus dem inneren Leben der Persönlichkeit hervor und führt als Mittel menschlicher Entwicklung auf dasselbe zurück; Aufgabe der Wirtschaft ist es ja nicht, Güter um ihrer selbst willen anzuhäufen, Männen zu sammeln, für die Metten und den Most, sondern dem Menschen die äußeren Mittel seiner irdischen Entfaltung zu bringen. Die Wirtschaft empfängt Triebkraft und Ziel von dem Wesen und Lebenszweck des Menschen als Individuums und als Gesellschaftsgliedes.

Die Wissenschaft von den Gesetzen des Wirtschaftslebens kann also weder das höhere, geistige Sein und Sollen des Menschen selbst, noch die Wissenschaften davon verachten wollen, sie dient jenem und muß mit diesen im Einklang sein. Die ganze folgende Aufassung wird dies beweisen. Wenige Beispiele freilich genügen schon, dies darzutun.

3. B. das Bedürfnis, welches, indem es den Menschen auf die

Natur hintreibt, der Querschnitt aller Wirthschaft und der Sporn zu aller Erweiterung derselben ist, wird, sobald es über die Befriedigung der nothwendigsten Triebe hinausgeht, in der geheimen Werkstätte des unendlich mannigfaltigen, innerlich persönlichen Lebens erzeugt und immer neu gestaltet. Die Richtung der Religionsanschauung, des Kunstsinnes, des sittlichen Wollens, aller höheren und edleren Triebe bestimmt jenes innerliche Leben und daher in allen Theilen die Volkswirthschaft, sie bedingt Entstehen und Untergang ganzer Erwerbszweige (religiöse Bilder, Amulette, die Christlich-Produktion und Konsumtion). Der mohammedanische Glaube an das Fatum hält die Masse der Mohammedaner in Armuth, wogegen ein lebendiges Bewußtsein sittlicher Selbstverantwortlichkeit bei den christlichen Konfessionen zur herrlichsten wirthschaftlichen Entfaltung beigetragen hat. Große begeisterte Religionslehrer, welche die Herzen ihrer Zeitgenossen veredelten, ihnen neue höhere und edlere Gefühle einimpften, große Staatsmänner, Dichter und Denker haben immer auch eine völlige Umwälzung und weiteren Aufschwung in die wirthschaftlichen Verhältnisse ihrer Zeitperioden und Nationen gebracht. Je höher, edler und allgemeiner das sittliche Fühlen und geistige Denken, das gesellschaftliche und politische Streben ist, desto höher ist auch die wirthschaftliche Blüthe und Gesundheit, und ebenso läßt sich das Umgekehrte sagen.

Die Naturwissenschaften einerseits und die Wissenschaften vom Menschen andererseits sind aber bei aller Wichtigkeit und trotz ihrer Verwandtschaft mit der Wirthschaftslehre nicht Theile, sondern nur Voraussetzungen der letzteren.

Der Wirthschaftslehrer muß technisch die Erkenntniß der Pflanze, des Thieres, der Elemente, des Geheßes der Schwere dem Botaniker, Zoologen, Chemiker und Physiker, er muß die Erkenntniß der reinen Geistesbewegung im Denken dem Logiker, die Kenntniß des Verhaltens des Menschen zum göttlichen Ursprung aller Dinge dem Gottesgelehrten und Philosophen, die Lehre vom Staat dem Staatsgelehrten, überlassen — sein eigenes Gebiet ist überall da, wo der Mensch in thätiger Beziehung zur Außenwelt steht, mit dem Zwecke, die vollste Befriedigung seiner Bedürfnisse unter geringsten Opfern in gesellschaftlichem Zusammenwirken zu verwirklichen.

Für den Volkswirth kommt z. B. die geistige Anlage des Einzelnen und der Völker in Betracht als geistige Arbeitskraft, d. h. in ihrer Fähigkeit, die Außenwelt dem menschlichen Bedürfnis zu unterwerfen, andererseits kommt z. B. das Meer als Handelsweg oder Fischereiplatz, der Fluß als Triebkraft oder mit Bezug auf Bevölkerung und Feldbebrütung u. f. w., unter den Schwinde des Volkswirthes. Der letztere setzt also die Naturwissenschaften und die moralisch-politischen Wissenschaften überall voraus, wie letztere auf die Wirthschaftslehre sich stützen müssen.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß Adam Smith (s. § 2) Lehrer der

moralisch-politischen Wissenschaften an der schottischen Universität Glasgow gewesen ist.

Die Art und Weise an sich, wie die Außenwelt nutzbar gemacht wird, gehört nicht der Oekonomie, sondern der Technik an. Technologie, Land- und Forstwirthschaftslehre, Handelslehre zeigen, wie man die Objecte der privatwirthschaftlichen Thätigkeit zweckmäßig behandelt. In aller Oekonomie muß dagegen ein zweiter Gesichtspunkt hinzutreten: Die Technik muß mit möglichst geringem Aufwand den vollen, bequerten Erfolg erzielen, um Oekonomie zu sein; ökonomische Betrachtungen können, müssen aber nicht jenen Fächern der Technologie, Land- und Forstwirthschafts- und Handelslehre beigegeben sein. Vollkommenste Technik ist nicht notwendig ökonomisch; Meisterstücke z. B. machen sich nicht immer bezahlt. Nationalökonomisch kommen die einzelnen Haupterwerbszweige nur insofern in Betracht, als es sich um die Betrachtung der Bedingungen handelt, welche im volksgesellschaftlichen Wirthschaftssystem die wirthschaftliche Gestaltung jener Erwerbszweige bestimmen; z. B.: die Frage, was in einem Volke die wirthschaftliche Gestaltung der Bodenvertheilung herbeiführt, was zuerst eine extensive, dann eine intensive Landwirtschaft bedinge, was zur Großindustrie führe und ihr Verhältnis zur Kleinindustrie bestimme u. f. w.

Hienach ergibt sich von selbst, daß die sog. technischen Fächer der Privatwirthschaftsbetriebe (Land- Forstwirthschaftslehre, Handelslehre, Technologie) und die technischen Fächer der Gemeinwirthschaft (z. B. Staats- und Rechtswissenschaft) für die Regel der Volkswirthschaftslehre nicht angehören. Sie ziehen jedoch vielfach nationalökonomische Betrachtungen herbei, z. B. die Landwirtschaftslehre. Insofern sind sie lehrenweise nationalökonomischen Characters.

II. Die Grundelemente aller Wirthschaft und die Grundbegriffe der Nationalökonomie.

§ 6. Mensch und Außenwelt haben eine dauernde wirthschaftliche Richtung gegen einander.

In dieser Richtung des äußeren Zwecklebens aufgefacht kann der Mensch als die wirthschaftliche Persönlichkeit, das dem wirthschaftlichen Handeln des Menschen aufgesetzte Ding außer ihm als wirthschaftliche Sache bezeichnet werden. Diese beiden Grundelemente fordern daher zuerst, jedes für sich, eine kurze Betrachtung.

§ 7. Die Bevölkerung als Ausgangspunkt aller Wirthschaft. Das physisch-geistig-sittliche Vermögen (Kraft) die wirthschaftliche Elementkraft.

Es kann zwar nicht der Zweck eines Buches, wie des vorliegenden sein, eine vollständige wirthschaftliche Persönlichkeitslehre, — um den gelehrtsten Ausdruck zu gebrauchen, eine Art wirthschaftlicher Anthropologie

und ökonomischer Psychologie, — zu schreiben, obwohl es uns scheint, daß die streng gelehrte Volkswirtschaftslehre einer solchen Voraufgabe sich unterziehen sollte. Dagegen dürfen wir einige dießfällige gemeinverständliche Andeutungen nicht unterlassen.

Der Mensch ist, wie der Zielpunkt, so der Ausgangspunkt aller Wirtschaft. In letzterer Beziehung ist er an dieser Stelle, in ersterer Hinsicht am Schlusse dieses Werkes (§ 232) ins Auge zu fassen.

Die Zustände der Bevölkerung in sittlicher geistiger und physischer Hinsicht kommen, da der Mensch die bewegende Grundkraft der Wirtschaft ist, für die ganze Volkswirtschaft entscheidend in Betracht.

1) Einmal ist nach der Seite der Güterherverbringung die Produktivkraft des Volkes von seiner persönlichen Lage, seinem Bildungsgrad, seiner allgemeinen Kultur im Ganzen wie im Einzelnen bedingt. Die Bevölkerung stellt selbst die erste wirtschaftliche Grundkraft der Produktion, das Arbeitsvermögen dar, dessen ausgebildeter und hochgebildeter Bestand ebenso wichtig ist als der Bestand des Kapitalvermögens.

Nicht als ob das ganze persönliche Leben und Wehen der Bevölkerung nur Deßhalb des Arbeitsvermögens zu sein hätte; der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben. Gleichwohl ist es ein von den übrigen Folgen der Conjunction untrennbarer Zweck, auch das Arbeitsvermögen des Volkes zu erhalten und zu stärken. Das nationale Arbeitsvermögen ist nicht das einzige, aber es ist auch ein Ziel des Volkslebens, eine wesentliche Seite der persönlichen Lebenshaltung des Volkes. Von dem jeweiligen physisch-geistlichen Zustand der Bevölkerung ist daher schon das productive Grundvermögen der Volkswirtschaft abhängig.

2) Die Wirtschaftlichkeit umfaßt jedoch (§ 1, 3. 3) nicht bloß das Gebiet der Production, sondern auch dasjenige der Consumtion, sie ist nicht bloß Productivität, sondern auch Oekonomie im Güterverbrauch.

Wie gewichtig in dieser Hinsicht namentlich die sittlichen Zustände eines Volkes ins Gewicht fallen, wie viel hierin z. B. von dem Grade der Selbstbeherrschung oder der Sinnlichkeit der Männer, von einem sparsamen oder üppigen Sinn der Frauen abhängt, bedarf nur einer Andeutung.

3) Nicht bloß die Wirtschaftlichkeit im privatrekonomischen, sondern auch die im staatsökonomischen Gebiet ist von der ganzen sittlich-geistlich-physischen Lebenshaltung der Bevölkerung, ihren Sitten, ihrem Standewesen abhängig. Verarmung durch Despotismus ist einem gesund gebildeten Volke unentzählich.

Indessen statt allgemeiner Sätze wenden wir uns zunächst lieber Beispielen und Thatfachen zu. Thatfachen sprechen!

Wie verschieden ist die Wirtschaft des Dinococcindianers vom Comfört des Engländers! Der Unterschied führt auf die Bevölkerung zurück.

In welche Wüste hat der fatalistische Muselman die einstige Cultur der Mittelmeerländer verwandelt, während die Puritaner Englands und der Neuenländerstaaten zu höchstem Reichtum in nördlichem Klima emporgestiegen sind. Wo vor 200 Jahren kaum eine Million Indianer hauste, leben jetzt 39 Millionen Nordamerikaner, welche freilich halsüberkopf vorwärts gehen (goahead), in glücklichem Wohlstand.

Vor 300 Jahren konnte ein Minister seidene Strümpfe bei seinem König borzen; heute fabricirt man mit Maschinenwesen ausgerüstet 12 Tugend baumwollene Socken zu 1/4—2 Frank. Das ist die Wirkung der bürgerlichen Technik, der Volksbildung, der geistig-personlichen Kraft.

Wie wichtig ist für die volkswirtschaftliche Gliederung der Menschen der Geschlechtsunterschied! Er weist dem Weibe den Heerd, dem Manne die Werkstätte als Pforten der Wirtschaftlichkeit an, und leitet die Frauenarbeit, soweit sie außer dem Hause stattfindet, in besondere Industriezweige. In den Fabrikspinnereien des Zellvereins waren 1862 neben 40,226 Männern 50,585 Weiber, in den vulcanischen Eisengewerken dagegen neben 123,000 Männern nur 2,500 Weiber beschäftigt. Wird man da die volkswirtschaftliche Bedeutung rein physischer Verhältnisse persönlichen Volkslebens läugnen!?

Die größten Unterschiede des wirtschaftlichen Befindens begründet ferner die Verschiedenheit der Altersklassen eines Volkes. Haben die arbeitsfähigen Altersklassen einen großen oder einen kleinen Antheil an der Volkszusammensetzung, so ist der Nahrungsstand Aller zusammen bald ein leichter, bald ein schwerer; denn nun werden bald Wenige von Vielen, bald Viele von Wenigen versorgt.

Wie gewaltig wirkt die sociale und politische Stellung der Masse, wie sehr freizieht der Person oder Unfreiheit, wie Privilegium und Gebundenheit auf der einen, ungesesselte Concurrenz und „Salbung Aller mit dem Tropfen demokratischen Oels“ (Wpland) auf der anderen Seite auch auf die wirtschaftlichen Zustände ein. Der Stiefbürger von 1766 schuf nicht, was die Erwerbsfähigkeit des deutschen Bürgerthums 1866 schafft. Wie würden 2 Millionen russische Leibeigene haben schaffen können, was eine Million Franzosen producirt!

Diese beispielweisen Andeutungen über die maßgebende Bedeutung der persönlichen Zustände für das ganze ökonomische Guterleben eines Volkes würden sich sehr stark vermehren lassen.

Wir fassen indessen nur noch einige der bedeutendsten Gesichtspunkte, die sich hier aufdrängen, methobisch ins Auge und stellen hiebei die geistige Kraft des Menschen, die Bildung des Verstandes und der Sitten, in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung besonders ans Licht.

a) Auch von der ökonomischen Welt gilt: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut.“

Wohin die menschlichen Bedürfnisse gehen, dahin geht auch die Öko-

nomische Richtung. Religiöse Zeitalter bauen Dome, kriegerische Festungen. Die Druckerpresse dient der Frömmigkeit, wie dem zweideutigen Liede. Dem Eisenbahnbau dient das Eisengewerbe, wie es der Versorgung mit Kriegsmunition dient. Die gleichen Arbeiten und Vermögensnutzungen können den Ansätzen der Erziehung und der Erzeugung von Champagner zugewendet werden. Der Geschmack und die Lebensrichtung der Menschen entscheidet, in welchem Stolz das Vermögensgebäude der Gesellschaft zu errichten und umzubauen ist. Wer daher das ökonomische Güterleben sittlich bessern will, muß die menschlichen Herzen bessern, und diese sind schon verderben, wenn jenes corumpirt wird.

Die maßgebende Stellung des Menschen äußert sich ferner in der Bedeutung des wichtigsten nationalökonomischen Begriffes, in der Baubermacht

b) des Wertes. Der Werth regiert alle Production, Circulation und Consumption der Güter. Er ist der Compaß aller wirtschaftlichen Bewegung; Niemand kann sein ökonomisches Schiff glücklich steuern, ohne auf ihn zu sehen. Werth aber ist ein mit Arbeit errungenes Gut nur dann, wenn es in dem jeweiligen ökonomischen Bewußtsein geschätzt wird. Durch den Werth kommt also die Herrschaft der bewußten Bedürfnisse über die Richtung des ökonomischen Güterlebens zum Ausdruck. Er ist die dem Gute angeheftete Signatur des menschlichen Zweckes, die bewußte Rücksicht auf die Opfer, welche das Gut kostet. Wir werden in der Lehre vom Werth dieß im Einzelnen erfahren.

c) Sittlich-vernünftiger Charakter der menschlichen Wirtschaft. Auch die Mineralien, Pflanzen, Thiere stehen mit der Außenwelt in Wechselwirkung; der Stein verwittert in Verührung mit Wasser und Luft, die Pflanze saugt den Kohlenstoff aus der Kohlensäure der Luft, Kalz- und Phosphorsalze aus dem Boden; das Thier nährt sich von außen her. Insekten sind sie dem wirtschaftenden Menschen ähnlich; denn, wie dieser sind sie Glieder in der Reihe der endlichen Wesen, und diese müssen zusammenstreben, um das Eingelassene zum Gesamtzusammen zu verketten.

Alein nur der Mensch wirtschaftet. Der innere Charakter des Wirtschaftslebens führt auf die (vernünftige) Natur des Menschen zurück. Hierüber sind wohl einige nähere Betrachtungen am Plage.

Der menschlichen Persönlichkeit ist gegenüber der Welt äußerer Mittel das Selbstbewußtsein eigen. Dies befhätigt sich so, daß die menschliche Persönlichkeit frei, d. h. ohne Anerkennung einer anderen als der selbstgesetzten Schranke, und einheitlich alle äußeren Mittel auf die Zwecke ihres Lebens (für Religion, Kunst, Wissenschaft, Staat u. s. w.) bezieht.

Gegenüber der wirtschaftlich zu unterwerfenden Außenwelt hat der Mensch den Fortschrittstrieb freihelichen und den Ordnungstrieb einheitlichen Schaffens. Die Willensfreiheit und Willenseinheit, die dem Men-

schen als dem irdischen Vernunftwesen eigen sind, bezeichnen auch seine wirtschaftliche Persönlichkeit und begründen ihre wirtschaftlichen Existenzfolge.

Dank dem vernünftigen Freiheitstriebe, diesem Streben, die ganze Außenwelt zum Mittel der menschlichen Entwicklung zu machen, die Begrenzung durch die Außenwelt immer von Neuem wieder aufzuheben und diese immer mehr für die Zwecke des persönlichen Lebens zu unterwerfen, geht der Mensch rastlos fort vom Naturzustand bis zur höchsten Stufe wirtschaftlicher Geseftung, auf welcher die höheren Ideen des Schönen, Guten, Wahren in Form und Geschmack selbst ihre wirtschaftlichen Mittel durchdringen. Nach jeder Verschüttung dieser höheren Cultur durch menschliche Entartung oder äußere Zufälle wird aus jenem Quell die Geseftung stets aufs Neue emporquellen.

Der Ordnungstrieb der Einheit, welcher ebenfalls im Wesen der Persönlichkeit und des Selbstbewußtseins liegt, sichert dem Freiheitstrieb, welcher gleichsam den Pionier des wirtschaftlichen Fortschrittes macht, die Erfolge. Wenn der Mensch ohne Ordnung des Planes, ohne Berechnung, ohne Einsicht und Vorsicht, ohne Fürsorge für dauernde Befriedigung wirtschaftlich sich behaltigte, dann wären seine wirtschaftlichen Erfolge gering, ohne Nachhaltigkeit; an sich das hilfloseste Wesen hätte er zwar unendliches Verlangen nach, aber keine Hoffnung auf Entwicklung.

Freiheit des Willens und Einheit des thätigen Selbstbewußtseins, die acht menschlichen Seiten des Menschen, bilden so zwei einander ergänzende Seiten auch der wirtschaftlichen Persönlichkeit.

Kein Thier entwickelt eine Wirtschaft, selbst der gelehrige Affe und der schlaue Fuchs nicht; zwar fristen beide ihr Leben aus der Natur, die sie auf ihren bloß sinnlichen Lebenszweck beziehen. Der Affe pflückt die Frucht, der Fuchs erschnappt das Fuhn, aber sie haben nicht die Eigenschaft des freien und vernünftigen Willens, sie haben keine Persönlichkeit, sie handeln und wirtschaften daher nicht, ihr Wille ist nicht frei, sondern in die Form der sogenannten Naturnothwendigkeit gebannt (Instinkt). Auch dem Treiben des Bienenstaates und Ameisenhaufens fehlt zum Begriff der Wirtschaft die Freiheit und Bewußtheit der Geseftigkeit. Das sinnliche Leben der Thiere hat begrenzte Bedürfnisse und dafür zureichende, sich natürlich entwickende begrenzte Organe und Kräfte der Befriedigung. Sie machen frei keinen Fortschritt und keinen Rückschritt.

Die Schwalbe baut ihr Nest, heute wie vor tausend Jahren, die Spinne spannt ihr Netz jetzt noch gerade wie vor Jahrtausenden aus. Haus und Geräthe des Menschen dagegen waren anfänglich verhältnismäßig unendlich ärmlicher, aber er hat sie unendlich vervollkommen gelernt. Jene Thiergebilde sind Wirkung unpersönlicher Naturkraft, in sich zwar verhältnismäßig vollkommen und harmlos wie alle Produkte der in der Natur niedergelegten schaffenden Gesehe, aber unbewußte Werte. Die Menschenwerke sind oft un schön und ungewohnmäßig, sie

erreichen niemals die Einheit der organischen Naturgebilde, aber es sind doch bewusste, freie Ergebnisse einer Persönlichkeit.

d) Die wirtschaftliche Persönlichkeit ist eine werdende: für den Einzelnen sowohl als für die ganze Menschheit. Ihre den wirtschaftlichen Erfolg bedingenden Eigenschaften entwickeln sich allmählich als — Bildung.

Daher entspricht es auch der menschlichen Wirtschaft und ist ihr thätigst eigenständig, daß in ihr der Mensch seines eigenen und eines fortschreitenden Glückes Schmelz ist.

Jeder Mensch und die Menschheit im Ganzen bildet die wirtschaftliche Persönlichkeit und die wirtschaftliche Kraft selbstthätig aus.

Jwar sagen uns neuere Naturforscher, und gewiß haben sie im Grunde Recht, daß auch die Natur kein unveränderliches Dasein hat. Nach Darwin wären alle vegetabilischen und thierischen Gebilde aus einer einzigen oder wenigen Urzellen im Laufe der Jahrhundertaufende — „die Natur hat Zeit“ — hervorgegangen. Auch die Natur strebe immer höheren Daseinsformen zu.

Mag es mit diesen Vermuthungen wie immer beschaffen sein, jedenfalls steht der Mensch mit dampfschneller Entwicklung seiner Bildung neben oder über dem Schwindengang der Naturbildung, — wenn man will, an der Spitze der letzteren. Seine Entwicklung selbst nimmt in geometrischer Progression, wie die Geschwindigkeit fallender Körper zu. Daher gewinnt er im Wirtschaften die Herrschaft auf dieser Welt.

Das Kind wirtschaftet noch gar nicht, weil es nicht vernünftig frei, sondern nur planlos oder muthwillig auf die Außenwelt einwirkt. Welcher Abstand in der wirtschaftlichen Persönlichkeit, ihrer Einsicht und Voraussetzt, und daher auch im wirtschaftlichen Erfolg herrscht zwischen dem wilden Indianer und dem Europäer, zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer, zwischen dem Knaben und dem Mann u. s. w.! Der Wilde denkt nicht über das Bedürfnis der Stunde hinaus: ein amerikanischer Indianerstamm vertritt an einem Nachmittage den Erlös von 1400 Büffeln und läßt, obwohl der Büffel seine Hauptnahrungsquelle ist, alles Uebrig liegen; ein Antillenindianer verkauft frühen Morgens um einen Speitpreis die Hängematte, die er Abends um keinen Preis hergeben würde. Wie ganz anders der Europäer, sein Sinn zur Sparsamkeit, seine Einsicht zur Benützung aller Vortheile, sein Geist der Fürsorge! Wie viel angenehmer, glücklicher, menschenwürdiger ist auch seine Lage, weil seine Bildung eine Fortschrittsstufe ist!

Freilich wird auch der Mensch nie zu ungetrübtem Vernunftbesitz gelangen, seine wirtschaftliche Ausbildung wird gebunden bleiben, sonst müßte er göttliche Schöpferkraft erlangen: es ist dafür gefordert, daß die Räume nicht in den Himmel wachsen. Ihm ist nur „der Schein des Himmelreichs gegeben“ (Göthe).

Auch ist ein umgekehrtes Verhalten zwischen dem geistigen und sittlichen Bildungsengang der Menschen wahrzunehmen. Die moralischen

Wahrheiten sind einfache, 1800 Jahre sind nicht über die christliche Moral hinausgeschritten; die Naturwissenschaften und die Technik dagegen zählen seitdem ihre Entdeckungen nach Tausenden. Der gewonnene intellektuelle Fortschritt bleibt; die moralischen Grundwahrheiten haben der Leidenschaft jeder Generation aufs Neue den Sieg abzugewinnen. Das intellektuelle Kapital schreitet fort im Wechsel, das moralische in der Erhaltung.

Beide sind der Volkswirtschaft gleich unentbehrlich. Anderseits wirkt die wirtschaftliche Arbeit, indem sie bei allem von ihr angewendeten Fortschritt der Technik stets eine Zugst des Willens ist, selbst verstillend.

Wo in einem Volke die zur sittlichen Hebung ihrer Nebenmenschen Berufenen ihren Beruf nicht erfüllen, nicht dahin wirken, der Masse das Gefühl der Pflicht gegen Gott, die Familie und das Vaterland einzuprägen und sie zu veredeln, thun sie weniger für die dauernde Macht ihres Landes, als wenn sie seinen Reichthum durch Arbeit, sein Gebiet durch Eroberung vergrößern.

e) Die höchste Bildung des Menschen ist die in planmäßiger Gesellschaftlichkeit. Ein wirtschaftlich grundwichtiges Personalverhältniß! Erst die Menschheit ist der ganze Mensch. Aus der gesellschaftlichen Händereicheit Aller gegen Alle, aus der Volks-Wirtschaft zieht man den höchsten ökonomischen Erfolg (I. S. 1).

Die Menschen stellen sich in der Gesellschaft als eine unendliche Abstufung verschiedenartiger wirtschaftlicher Kräfte einer ebenso mannigfaltigen Naturwelt gegenüber. Jede besondere Kraft faßt die Objecte, denen sie am meisten gewachsen ist. In höchster Wirtschaftlichkeit findet so durch die Gesellschaft die vielseitigste Versorgung Aller statt.

Die Gesellschaftlichkeit ist aber eine Solidarität Aller nicht bloß im Raume, sondern auch in der Zeit.

Wir leben von Urbarungen fernher Ahen. „Kein Nagel in England, welcher nicht auf eine Arbeit zur Zeit Wilhelm des Eroberers sich zurückführen ließe.“ Vollends in den Milliarden Werthen, welche gegenwärtig im Kredit umgelegt werden, tauscht eine Generation ihre Güter mit der andern, ein Jahr und Jahrzehnt mit dem andern. Der Familienvater giebt in der Lebensversorgungsprämie vorhandene Werthe hin, um sie von einer späteren Zeit durch die Hand einer Bank den Enkeligen zurückbezahlen zu lassen. In den letzten 30 Jahren wurden gewiß 40 Milliarden Werthe für Eisenbahnen geerbt, welche erst von Eltern und Urenteln der jetzigen Generation den Nachkommen heutiger Gläubiger werden vergolten werden.

Erfinder, Entdecker, Forscher arbeiten gar für die Gesellschaft der Jahrtausende.

Das Entdecken und Erfinden geht täglich und stündlich vor sich. Die Geschichte der Entdeckungen wird für den Freund der Menschencultur dadurch besonders anziehend, daß sie zeigt, wie Entdeckungen vom kleinsten Anfang zur weltumgestaltenden Bedeutung emporringen. Der Ursprung des Telegraphen hängt an dem Froschschentel, welchen der

Physiker Galvani am Kupferdraht aufhing, die heutige Dampfmaschine an einem Theeseldeckel, welchen der dampfende Thee emporhob.

Noch vor 40 Jahren hatte England nach Egen nur 300,000 Pferdekräfte Dampfkraft, jetzt 3,700,000, was 80 Millionen Arbeiter erspart. Durch den Amerikaner Maury haben wir für die Schiffsahrt Windkarten, durch die Meteorologie und den Telegraphen Wetterprophезierungen, welche wenigstens auf einige Tage voraus „Witterung“ geben, auch so für Ernten und Gärtner wichtig.

Die Bildung zeigt sich selbst als eine gesellschaftliche Kraft. Sie überträgt die hervorgearbeiteten persönlichen Wirtschaftskräfte der Menschheit hundertsätig von einer Person zur andern und pflanzt sie von Geschlecht zu Geschlecht, von Stand zu Stand, von Volk zu Volk fort, ohne daß diejenigen, welche sie abgeben, sie verlieren. Es ist das Wesen der Bildung, unbegrenzt übertragbar zu sein, ihre Bestimmung ist es, unbegrenzt übertragen zu werden, und darauf beruht die unendliche wirtschaftliche Expansivkraft der Menschheit, die Fähigkeit, die wirtschaftliche Persönlichkeit ins Ungemessene zu potenzieren, jeden Fortschritt in den wirtschaftlichen Fähigkeiten allgemein zu machen. Neue, bisher verborgene Zentren der wirtschaftlichen Persönlichkeit werden zwar nur von Wenigen ihrer Gebundenheit entrisen, aber sie zünden schnell und überall werden und bleiben sie Gemeingut.

— entfaltele sich nur Einer, Einer allein streut
Eine lebendige Welt ewiger Vibrationen aus. (Schiller.)

Auch dies ist volkswirtschaftlich wichtig. Wissenschaft, Schule, Kirchen können nicht privat; sondern müssen hauptsächlich gemeinwirtschaftlich Platz im gesellschaftlichen System menschlicher Wirtschaft finden; denn sie befriedigen Gemeinbedürfnisse aufeinanderfolgender Generationen.

Mit diesen Bruchstücken aus dem reichen Beobachtungsgebiet über das persönliche Element aller Wirtschaft müssen wir uns hier begnügen. § 8. **Die Außenwelt in wirtschaftlicher Beziehung.** Das Object der Wirtschaft ist die Außenwelt, oder, wenn der Ausdruck geläufiger klingt, die Natur.^{*)}

Sie soll durch die Wirtschaft in den Dienst des Menschen gezogen werden.

Diesem Dienste einmal wirtschaftlich unterworfen ist sie theils in den Genußgütern das Mittel der persönlichen Entwicklung des Menschen, theils in den Kapitalgütern das zweitwichtigste productive Grundvermögen, wie z. B. das Eisen an der Karosse dem Genuße, im Hammer oder der Bohrmaschine dagegen der Hervorbringung von Genußgütern dient.

*) Wir unterscheiden Naturstoffe und Naturkräfte nicht. Nach den Ergebnissen der neueren Naturforschung ergibt sich dieser Unterschied immer mehr als ein flüchtiger, auf welchen am wenigsten die Nationalökonomie wesentliche Begriffe stützen sollte.

Viele productive Dienste leistet die Natur auch ganz frei, z. B. der Wind indem er das Segel schwellt.

Allein nicht bloß in der Production stellt sich die Natur neben die Bevölkerung, das Kapitalvermögen neben das Arbeitsvermögen, sondern auch in der Consumtion wird die Natur wirtschaftlich bedeutung. Hauptsächlich in feindlicher Richtung; sie zerstört vom verderbenden Elementarereignis bis zum Aufstehen Schaden viele Güterverthe ohne Rufen für den Menschen, und der Mensch tritt dieser „Naturconsumtion“ mit eigenhändigen wirtschaftlichen Vorkehrungen des Schutzes und der Erhaltung entgegen (§. 52 Näheres).

Weiter zeigt sich die Natur für den Umfang der Consumtion eines Volkes insofern maßgebend, als Unterschiede der Naturumgebung bald große Güterverzehrungen nöthig (Heizung, Spirituosenenuss dem Norden zu), bald entkehrlich machen (vergl. § 17, A, d).

Auch die Natur kommt demgemäß nicht bloß als Productivfactor in Betracht, wie der Mensch nicht bloß als productives Arbeitsvermögen Bedeutung für die Volkswirtschaft hat.

Noch ist kein natürliches Ding (Stoff oder Kraft) gefunden, welches nicht als fähiger Träger einer Nützlichkeit für den Menschen, als wirtschaftliche Sache gedacht werden könnte. Weshalb aber sind viele Stoffe und Kräfte in ihren nutzbar zu machenden Eigenschaften noch nicht gehörig aufgedeckt. Die Aufdeckung derselben ergibt das Gebiet der Entdeckungen und Erfindungen.

Das verschiedene natürliche Verhalten der wirtschaftlich zu bemeistern den Gegenstände der Außenwelt bietet Anlaß zu sehr wichtigen ökonomischen Betrachtungen. Die ökonomische Gestaltung der gesellschaftlichen Hervorbringung und Verzehrung ist von jenem Verhalten sehr wesentlich bedingt. Doch können wir den Kreis der Betrachtungen auch hierüber nicht entfernt erschöpfen, und verhältnismäßig wenige Andeutungen müssen genügen, die Wichtigkeit dieser zweiten Gattung nationalökonomischer Elementarbetrachtungen ins Licht zu stellen.

1) Die erste Bemerkung ist: Die Sachwelt bleibt auch, nachdem sie eine Bestimmung für den Menschen erhalten, wenigstens insofern Naturwelt, als sie die feste Ordnung, das Maß, die Beschränktheit, die Gesetze beibehält, welche ihr die Natur anerschaffen hat. Sie strebt daher, wenn die Sache wirklich durch Arbeit auf den menschlichen Zweck bezogen (Nützlichkeit, Gut) wird, immer wieder auf ihr Natürliches zurück zu gehen und dem Zwang durch die Persönlichkeit zu entziehen. Die Elemente haßen das Gebild von Menschhand. Diese Bemerkung ist sehr wichtig, sowohl wegen Kräfteersparnis in der Production als wegen der Werthzerstörungen (Consumtion im weiteren Sinn) durch Feuer, Wasser, Hagel, schädliche Thiere. Sie erklärt, wie so die Einzelnen und für die Einzelnen der Staat, die Gemeinde u. s. w. bemüht sein müssen, Schaden durch Schutzvorrichtungen abzuwenden (Verpackung, Zitrissen, Bedachung, Gyanisirung der Eisenbahnen

schwellen, Steinbau, öffentliche Wegeunterhaltung, Stromregulirungen, Leuchttürme, Weien etc.).

Der Mensch wird daher für den wirtschaftlichen Zweck der Sache in der Regel ihr natürliches Leben abgeben müssen; dem dadurch erhält er am meisten Nutzen mit der geringsten Anstrengung. Mit Rücksicht auf die Schwerkraft z. B. baut er senkrecht.

Je mehr der Mensch das natürliche Wesen der Dinge in seinem Dienste walten zu lassen vermag, desto wirtschaftlichere Sachen sind sie für ihn. Die Anwendung dieses Satzes ist eine tausendfältige, meist unbewusste.

2) Für die Oekonomie der Konsumtion, wie der Produktion, für die Gestaltung der Bedürfnisse, wie der Arbeitsteilung höchst wichtig sind das Klima, die Lage und Verteilung der wirtschaftlich verwertbaren Aufsegengegenstände. Auch in dieser Beziehung ließen sich sehr umfassende Erörterungen anstellen; wir illustrieren sie nur durch einzelne Winde und durch Beispiele.

a) **Das Klima.** Das Gesamtverhältnis der Witterungszustände einer Gegend, insbesondere in Bezug auf Wärme und Feuchtigkeit wird unter dem Klima begriffen.

„Die sogenannten Isothermen, die geographischen Linien gleicher durchschnittlicher Jahreswärme, sind deshalb für die Volkswirtschaft von der größten Bedeutung, weil von ihnen vorzüglich die sogen. Produktengenen abhängen. Es kommt hier jedoch nicht bloß auf die mittlere Temperatur des ganzen Jahres an, sondern auch auf Verteilung der Wärme nach Tages- und Jahreszeiten, auf das Maximum der Sommerhize und Winterkälte (Isothermen — Isochimenen). Küstenlandschaften pflegen einen milderen Sommer und kühleren Winter zu haben, als Festlandsgegenden von gleicher Jahreswärme. Dies bewirkt einen großen Unterschied in der Flora und Fauna, dem Pflanzen- und Tierfortkommen.“ (Rohrer). „In beiden Welten liegt die Zone, in welcher die mittlere Temperatur am schnellsten abnimmt, zwischen den Breitengraden von 40 bis 50. Dieser Umfang muß einen günstigen Einfluß auf die Bildung und den Kunstfleiß der Völker haben, welche in der Nähe dieses Gürtels wohnen (Europäer, Nordamerikaner). Die große Verschiedenheit in den Erzeugnissen belebt den Austausch und vermehrt den Gewerbefleiß der ackerbauenden Völker.“ (Gumboldt). In der That bewegt sich gegenwärtig in diesem Gürtel das regste wirtschaftliche Leben.

b) **Die Verteilung.** Zumeist verdient die Verteilung der natürlichen Produktivkräfte Betrachtung, weil in dieser Verteilung die Gliederung der ganzen Menschheitswirtschaft mit ihrer unübersehbaren Mannigfaltigkeit von Schöpferhand vorgezeichnet ist. Der Volkswirt wird nachweisen, oder wenigstens im Allgemeinen darauf hindeuten, wie mit den natürlichen Verhältnissen eines Landes: Gebirgs-Fluß-Meeressverhältnissen, mit Lage, Klima, Temperatur, Bodenart, Vergleichen der besondere Charakter der Wirtschaft eines Volkes, vom Stand-

punkt der Verschiedenheit der Naturausstattung, zusammenhängt, warum z. B. die Phönicië Seefahrer wurden, Sheffield Eisenindustrie, Liverpool Handelsstadt geworden ist. „Steintoblen und Kanäle haben England zu dem gemacht, was es ist.“ (Grantlin) Englands glückliche Handelslage! Die Bedeutung der Ströme und Seen als natürlicher Handelsstraßen für den Massentransport und für den Anfang der Kultur! Die geringeren Bedürfnisse der heißen, die größeren der gemäßigten Zone! Die rheinische Industrie auf Grundlage des Erz- und Kohlenreichtums gegenüber derjenigen flacher Sandgegenden Dispersens! Das Wachsen halbtropischer Pflanzen an der englischen Südküste und der Einfluß polarer Winterfälle im viel südlicheren Astrachan auf die Flora! Wichtigste guten Wassers für gewisse Gewerbe, wie Brauerei, Färberei, Papierfabrikation! Der Wind als täglicher Beweg von vielen Millionen Gütercentnern in der Schifffahrt, in der niederländischen Windmühle als Entwässerer des Landes! Das Wasser als Träger der Lasten und als Triebkraft der Mühlen und Fabriken!

Derjenige, welcher das Weltwirtschaftsleben, die Oekonomie aller Völker als ein ganzes betrachtet, wird aus der Geographie das wirtschaftliche Knochengeriüst der Erde nachweisen und die jetzige Wirtschaftsgliederung der Welt erklären, die künftige ahnen können. So heißt es bei Rohrer (I. Bd. S. 36—37): „Wie leicht ist doch die Wirtschaft eines Tropenlandes! Ein Bananensfeld ernährt 25 Mal so viel Menschen, als ein Weizenfeld. Am Fuße des merikanischen Gebirges kam der Familienvater in zwei Tagen wöchentlich Arbeit den Unterhalt der Seinen beschaffen. Aber freilich jene irdischen Paradiese, wo das Brod selbst nur als Frucht gepflückt wird, lassen die menschliche Kraft ebenso leicht erschaffen, wie die kalten Wästen der Polarwelt sie erstarren lassen. Achen wurde, obwohl Attika eine der unfruchtbarsten Landschaften ist, Griechenlands Hauptstadt in jeder Hinsicht. Holland hat die größten Feldherren, Staatsmänner, Gelehrten hervorgebracht, obgleich seine sicheren Gegenden ebenso unfruchtbar, als die fruchtbaren vom Meere umgeben sind.“

Der Nationalcharakter selbst das persönliche Element der Wirtschaft (S. 7) hängt mit Verteilung der Naturgaben zusammen, das Klima aber wird wiederum von dem Menschen bestimmt. Hierüber sagt Rohrer: „Der Einfluß des Menschen auf die Natur ist nicht weniger bedeutend als der umgekehrte. Die überwiegende Mehrzahl der Hausthiere und Kulturpflanzen, welche Europa gegenwärtig besitzt, hat es von fremden Weltteilen einführen müssen; in inneren Gallien, wo jetzt der Champagner wächst, wurden noch in Christi Zeiten die Trauben selten reif. Auf der anderen Seite gedachte ich Mesopotamiens: vordem der Garten der Welt, noch jetzt voll treckener Kanälen, von Trümmern der intensivsten Kultur bedeckt, ein ehemals fetter Alluvialboden, ist es jetzt beinahe verbrannt und läßt nur noch spärliche Salztrüter, Mimosen u. f. w. gedeihen.“

3) **Die drei Naturkreise.** Welch tiefe Spuren läßt in der menschl-

lichen Wirtschaftsentwicklung das verschiedene wirtschaftliche Verhalten des Thier, Pflanzens und Mineralreichs zurück.

Pflanzliche und thierische Produkte werden von der Natur fertiger dargeboten als die Mineralien. Mit Früchtegenuss (Paradies), Jagerei, Fischei, Nomadenleben werden die Menschen beginnen. Schon in der heiligen Schrift wird Jubal als Vater derer, die in Hütten wohnen und Vieh zogen (Nomaden), vor Tubalkain als dem Vater der „Meister in Eisenwert“ genannt. (1 Buch Mos. Kap. 4.)

Neue fertigeren Naturstoffe sind dagegen viel vergänglich. Erst die Kunst, die Minerale anzuwenden, — Stein und Eisen geben dem Menschen eine nachhaltig gesicherte Lage, seiner ökonomischen Existenz auch in unparadiesischen Gegenden einen festen Halt. Welche Festigkeit vertiehen die 150 Millionen Gentner jährlich produzierten Eisens der wirtschaftlichen Existenz des heutigen Geschlechtes. Nun kann man mit ehernen Werkzeugen auf Eisensienen transportieren, mit eisernen Fingern spinnen, mit Eisen den Boden bearbeiten, mit Maschinen säen und dreschen.

4) Die natürlichen Eigenschaften der wirtschaftlichen Sachen sind überhaupt von größter Bedeutung. Einige Beispiele:

Sperrierte Güter sind nicht transportabel; der russische Wald wurde lange als Pottasche in den Handel gebracht; die Waldbäume des Schwarzwaldes gehen als Schnittwaare in den Handel.

Vergängliche und schwer transportable Güter können oft gar nicht, oft nur durch Ueberführung in dauerhafte Form verwertet werden: Alpenmilch als Käse, amerikanische Schweine als Pötelfleisch und Schmalz, der Viebreichthum der La Platastaaten als Wildbäut und bald vielleicht als Viebzüchter Fleischtract, das australische Schafvieh als Wolle, der Rüben- und Kartoffelreichthum der norddeutschen landbögigen Großgüter als Spiritus, Schlempe, Zucker u. s. w. Während Geld und Silber im Werthe höchst gleichmäßig sind, schwankt Hopfen binnen Jahresfrist leicht um das 2—3fache der niedrigsten Preise, weil er nicht lange aufbewahrt werden kann; ähnlich verhält es sich mit Obst.

Die Gleichmäßigkeit, Ununterbrochenheit, überallige Verwendbarkeit des Dampfes als Triekraft gegenüber der Beschränktheit, Unregelmäßigkeit und örtlichen Gekundenheit der Wasser- und zum Theil der Thierkräfte hat überall im Großbetrieb, selbst in den Transportgewerben, Revolutionen herbeigeführt, eine concentrirte großstädtische Fabrikindustrie mit ihren Vortheilen und ihren theilweisen tiefen sittlichen Schattenheiten erst ermöglicht.

Vorstehende Andeutungen 1—4 dürften das Gewicht der nationalökonomischen Beobachtungen auf diesen Elementargebiete bezeichnen.

Zwei sich anschließende besondere Fragen erörtern wir in den zwei folgenden §§ besonders.

Es fragt sich nämlich 1): ob die ganze Natur erst wirtschaftlich zu erobern sei oder ob sie theilweise frei der Bedürfnisbefriedigung zur Ver-

fügung stehende, sowie ob die Außenbedinge der wirtschaftlichen Verwertung eine Grenze setzen (§ 9), und 2): ob und wie auch ein Mensch für den Andern nutzbares Object, wirtschaftliche Sache werden könne (§ 10), und ob die persönlichen Zustände und Kräfte als Kapital anzusehen seien (§ 11).

Der Anfänger kann diese Fragen (§ 9, 2, § 10, 11) erstmals übergehen.

§ 9. **Beschränkt und unbeschränkt aneignungsfähige und vermehrungsfähige Sachen.** Wirtschaftlicher Sättigungspunkt der Wirtschaftssubjekte. — 1) Die erste Untercheidung wird für die Wirtschaftslehre von Bedeutung, namentlich mit Rücksicht auf den Werth und Tauschwerth, da nur dann die Güter dem Menschen werth sind und im Verkehr Tauschwerth erlangen, wenn sie dem einzelnen Bedürfnis gegenüber nicht in unendlicher Fülle, nicht in unbeschränktem Maße, frei verfügbar sind.

Wasser, Luft, Licht gehören in den meisten Fällen zu den unbeschränkt erreichbaren Sachen. Sie heißen als solche, wenn wirklich für die Persönlichkeit angeeignet, freie Güter.

Festzuhalten ist jedoch, daß auch die nach der beschränkten Schmeiche des Menschen unendlichen Naturstoffe und Kräfte nicht nur im Ganzen ein bestimmtes Maß haben, sondern daß sie als wirtschaftliche Sachen und Güter nur in einem bestimmten Theile ihrer Masse in Betracht kommen. Nicht Licht, Luft, Wasser im Allgemeinen, sondern bestimmte Quantitäten davon an bestimmten Orten, zu bestimmter Zeit, mit bestimmter Temperatur u. s. w. sind wirtschaftliche Sachen (und Güter). Daher kommt es auch, daß Luft, Wasser, Licht, je nach Umständen beschränkte wirtschaftliche Sache, nichtfreies Gut sein und Tauschwerth erhalten können. In Ländern, die erst kürzlich bevölkert sind, sind Holz, Wald, Ackerboden im praktischen Sinne unbeschränkt vorhanden; günstig gelegene können dagegen für Märkte, Transportmittel, Verkaufsläden sehr beschränkt da sein. Wasser zum Trinken kann an Flüssen unbeschränkt geschöpft werden, zu Verwässerungen reicht es vielleicht nicht aus.

Im Anfange der Sittung nimmt man deshalb Wald, Weideland, Feldboden u. s. w. noch nicht in's Privateigenthum. Sie sind Gemeinwald, Gemeinweide, wie die Jagd „freie Büsche“ ist; erst mit der Zunahme der Bevölkerung erhalten sie steigenden Werth, und bezieht sich auch hier sie immer mehr das Privateigenthum, wie dies die Rechts-geschichte aller Völker andeist.

2) **Wirtschaftlicher Sättigungspunkt der Gegenstände der Außenwelt.** Wie in der menschlichen Verbindung mehrerer Elemente ein Sättigungspunkt in der Art vorhanden ist, daß die Quantität des einen nur mit einer bestimmten Quantität des anderen in Verbindung tritt (stöchiometrische Äquivalente), so ist auch in der Verbindung der wirtschaftlichen Elemente durch die Production ein ähnlicher Sättigungspunkt zu bemerken. Man kann einer natürlichen Sache durch fortgesetzten Arbeits- und Kapitalzusaß nicht ein ungemessenes Quantum Nutzen abgewinnen. Von einem

bestimmten Punkte an nimmt der Effect der Werthsteigerung durch Arbeit und Kapital an einem solchen Gegenstand immer stärker ab.

Die englische Nationalökonomie (s. B. Senior) hat dies Verhältniß hauptsächlich hervorgehoben; sie hat, indem sie hiebei die Bodenproduktion allein ins Auge faßte, eine ihr eigenthümliche Lehre (die Lehre von der Grundrente, s. §§ 100. 101) daraus abgeleitet und düstere Befürchtungen an das beschränkte Vorhandensein productiven Bodens geknüpft (vergl. §§ 101. 233).

Die Sache selbst drückt Mosher so aus: „Manche der mit einzelnen Grundflächen verbundenen Naturkräfte haben nur ein für alle Mal gewirkt: so die unwillkürlichen Kräfte, wodurch unsere Erzdäner, Steinkohlenschiefe, Salzlager im Schooß der Erde gebildet wurden; hier muß der fortgeleitete Gebrauch eine gänzliche Verzehrerung der Substanz herbeiführen. Viele andere Naturkräfte, welche dieser Klasse angehören, wirken fort und fort, ihre Benutzung aber ist entweder nur in einer bestimmten Ausdehnung möglich, wie z. B. die mechanische Kraft eines gegebenen Wasserfalles nur eine bestimmte Anzahl Mühlen treibt; oder die wachsende Benutzung ist mit Schwierigkeiten verknüpft, welche in noch rascherer Progression wachsen. Dies letztere findet namentlich statt bei Benutzung der Grundstücke zu Ackerbau und Viehzucht. Nach Senior gehört es zu den vier Hauptgrundbegriffen der Nationalökonomie, daß — unter der Voraussetzung unveränderter landwirtschaftlicher Technik — vermehrter Arbeits- und Kapitalaufwand auf einer gegebenen Ackerfläche verhältnismäßig geringeren Ertrag liefert. Wo aber in der Landwirtschaft der Punkt liegt, von welchem an jede Vermehrung gleichartigen Kapitalaufwandes eine Verminderung des verhältnismäßigen Ertrages zur Folge hat, läßt sich weder im Allgemeinen bestimmen, noch im Einzelnen auf unerrückbare Weise. Verbesserungen in der Technik, der Düngung, Erhöhung der Einsaat und des Interesses s. v. durch verbesserten Volksunterricht, durch Eigenmachung der Leben (Moralisation), durch Grundentlastung von Abgaben und Steuern, werden jenen Punkt bedeutend hinausschieben. Daß jedoch überhaupt ein solcher Punkt existirt, ist nicht zu bezweifeln. Kein Mensch wird glauben, daß mit Hülfe — endlich vielen Saatfernes und Düngers ein Morgen Acker Getreide für ganz Europa erzeugen könnte.“ Auch im Viehzuwachs bei der Mastung und im Holzzuwachs bei der Forstwirtschaft giebt es solche Punkte.“

Im Grunde genommen gilt dies Alles nicht bloß vom Boden, sondern auch von der Summe natürlicher Kräfte, die in einer Quantität irgend welcher beweglichen Waare enthalten ist. Ueber ein gewisses Maß hinaus läßt sich auch einem Pfund Baumwolle, einer Mark Geld, einer Maschine bei gleichem und gleichartigem Arbeits- und Kapitalaufwand nur noch progressiv abnehmende Nützlichkeit abgewinnen; d. h. die ganze Vermehrung führt darauf hinaus, daß die Eigenschaft alles Natürlichen, festes Maß zu haben, auch dem maßbemaßenden Streben der Persönlichkeit als Gesetz sich aufstellt.

Beim Boden tritt nur dieses Gesetz mit steigender Bevölkerung des halb fühlbarer hervor, weil bei der örtlichen Beschränktheit des Bodenumfanges eine immer künstlichere Ausnützung versucht werden muß. Auswärts gelegener Boden ist nicht wie bewegliches Gut durch Transport zu gewinnen.

Indessen wandern die Menschen dem entfernteren Boden zu und führen von da den letzteren in Form von Korn, Vieh nach demjenigen Lande aus, welches den wirtschaftlichen Sättigungspunkt der eigenen Bodenergiebigkeit bereits erreicht hat. Der Uebergang kam da allerdings ein schwieriger sein. Das Verhältniß bringt dagegen auf die Dauer die Bevölkerung der ganzen Erde (s. § 227) und durch Anreizung gesteigerter landwirtschaftlicher Technik eine stärkere Bevölkerung aller Länder mit sich.

Steigende Technik kann den wirtschaftlichen Sättigungspunkt der Wirtschaftsobjecte verdrängen; er ist nicht unveränderlich. Andererseits kann die Bevölkerungszunahme dem gegebenen Nahrungsspielraume sich anbequemen. Die Zukunft führt nicht dem sicheren Nahrungselend zu.

Dagegen ist jede Bevölkerungsvermehrung unzulässig, die im Verhältniß des vermehrten Arbeits- und Kapitalaufwandes stattfindet, während die Ergiebigkeit der beschränkten Produktionsmittel verhältnismäßig abnimmt; denn die Bevölkerung wird dann auf geringeren Lebensgenuß herabgedrückt werden.

§ 10. **Der eine Mensch im wirtschaftlichen Dienste des Andern.** — Auch die Persönlichkeit des einen Menschen wird für die wirtschaftliche Persönlichkeit des andern Sache, — Vernunftigen, ferne die herrschende Persönlichkeit die dienende durch eine rechtliche Forderung für ihren Zweck firirt hat. Jeder Jurist und Notar wird die Forderung einer nützlichen Handlung in's Vermögen einrechnen.

Der Körper einer Person wird sogar im buchstäblichsten Sinne wirtschaftliche Sache für den Kannibalen, der seinen Feind verschluckt, oder für jene in den Mythen großer Städte erscheinenden sagenhaften Zahnärzte, welche mit Gewalt Zähne dem Einen ausbrechen, um sie dem Andern einzufügen.

Es liegt aber ein Widerspruch darin, daß die menschliche Persönlichkeit ihr Wesen — sich selbst Zweck zu sein und von Andern nur frei um des eigenen oder eines gemeinamen Interesses willen über sich verfügen zu lassen — ganz oder theilweise aufhebe. Der Adel der Persönlichkeit ist so stark, daß selbst der unpersönlich gewordene Körper, die Leiche, nicht als wirtschaftliches Mittel verwendet wird, daß jene Schulwäse- und Patentdüngersfabrikanen, welche die Weinfaulen von Waterloo und Sebastopol ausnützten, der allgemeine Mensch trau; daß anständige Personen ansgefällene Haare und dergl. nie verkaufen werden.

Nicht als Körper und Stoff, sondern als Inbegriff reicher vernünftiger Kräfte wird die menschliche Persönlichkeit wirtschaftlicher Gegenstand für die Zwecke einer andern, nämlich mit bestimmten Kraftäußerungen — Leistungen. Als freier Dienst kann und soll das Arbeitsver-

mögen des Einen Gütervermögen des Andern werden, und wirklich genießt Jeder täglich direct oder indirect (stirnt an Sachgütern) die Dienste einer Menge von Nebenmenschen, welche er gar nicht kennt, welche vielleicht seine Gegenwärtigen sind, indem sie Thee in China bauen, Welle in Australien züchten.

Die Innerlichkeit der Persönlichkeit, Denken, Fühlen, Lieben, kann zwar nicht an sich, aber in den daraus hervorgehenden Leistungen Mittel des wirtschaftlichen Zweckes eines Andern werden. Dem Wesen der Persönlichkeit entspricht es nur nicht, sich lediglich als Mittel für fremde Zwecke gebrauchen zu lassen, Anderen anders als frei und für gemeinsame Interessen zu dienen; sie soll nicht unfreie Sache werden, nicht unfreie Dienste leisten. Durch freie Leistung aber wird eine jede Persönlichkeit taufendfältig Hilfsmittel einer anderen wirtschaftlichen Persönlichkeit. Die ganze Aufgabe des Handels ist nichts als Leistungsvermittlung unter den Menschen.

Die Freiheit der Leistung ist, wie dem Naturgesetz, so auch dem wirtschaftlichen Vortheil entsprechend. Dies zeigt sich auch bei allen Formen des persönlichen Leistungszwanges. Selbst in der Sklaverei läßt sich die Person nicht ganz zur Sade herabdrücken; wohl wird der Sklave mit der Peitsche gezwungen, für den ökonomischen Zweck eines Andern seine Muskeln anzustrengen, aber die geistig sittliche Kraft seiner Persönlichkeit kann ihm nicht abgezwungen werden, ja sie bleibt sogar erfahrungsmäßig aus und wächst in der Thatfache der verhältnismäßigen Unfruchtbarkeit und Ungeschicklichkeit der Sklavenarbeit die Unnatur der Herabdrückung der Person zur unfreien, selbstlosen Sade. Reisende erzählen uns, daß südstaatliche Plantagenbesitzer Maschinen für ihre Sklaven viel massiver bauen lassen müssen, als es für die gelegere und gesicherte freie Arbeit geschieht.

Zu wirtschaftlichen Objecten können auch werden: eingewohnte in äußeren Handlungen sich darstellende Wechselbeziehungen zwischen einem bestimmten Kreis von Personen, als Kunstschaff, Firm a, Gesellschaft u. s. w., aber auch diese „Verhältnisse“ sind als Sachen solche, in welchen die Freiheit der scheinbar unterworfenen Personen durch die unbestimmbaren Wechsel und Launen, welchen Kunstschaff oder Firmancredit zu unterliegen pflegt, wieder hervortritt.

Die freie Leistung verleiht eine unveräußerliche Bestimmung der Persönlichkeit nicht. Sie kann gut oder schlecht geleistet werden, sie wird aber in der Regel um so besser geleistet werden, je mehr sich der Leistende in der, einem Andern schuldigen Handlung selbst als Zweck, d. h. als freie Persönlichkeit, weiß, dabei interessiert ist.

Auf diesen Verhältniß, daß den Leistungen immer mehr der unfreie Charakter genommen und das freie Interesse eingebunden wird, beruhen unermessliche Fortschritte in der wirtschaftlichen Gestaltung der Menschheit, die Vortheile der Stillearbeit, des Tauschensystems u. s. w. Wir werden darauf mehrfach zurückzuweisen haben.

§ 11. Das sogenannte persönliche Kapital. Leistungen Anderer durch Forderung stirnt, fallen (§ 15, 18) ins Vermögen der Bezugsberechtigten, in das Kapitalvermögen, wofür viele Leistungen nicht dem unmittelbaren Genuß dienen, wie etwa die Leistung des Künstlers, sondern zu Production und Erwerb verwendet werden, wie z. B. dem Pachtträgerunternehmer die genieteten Leistungen des Pachtträgers. Ein mit Bestellungen überhäufte Fabrikant weiß den Werth längerer Arbeitscontracte, der Verleger den ihm gesicherten Dienst des Autors (Kapitalwerth von Verlagsverträgen) zu schätzen. Der Lohn im Allgemeinen ist nur der Preis ins Sachkapital übergewandener Leistungen.

Allein man hat als persönliches und immaterielles Kapital umgekehrt auch andere Dinge bezeichnet (vergl. 1. Aufl. d. B. S. 19).

a) Das immaterielle Nationalkapital. Friede, Recht, Nationallehre, Nationalität sind als Erfolge der Staatsthätigkeit persönliche (jedoch gemeinsame) Güter aller Volksgenossen, aber man kann sie doch nur sehr uneigentlich „immaterielles Volkskapital“, überhaupt ökonomische Güter nennen.

Dies schließt nicht aus, daß für sie die äußersten ökonomischen Opfer gebracht werden dürfen. Sind sie doch persönliche Zwecke des ganzen Volkes von so hoher Bedeutung, als die Zwecke des Privatlebens, wofür man Güter verbraucht. Nur muß auch hier das Gesetz der Wirtschaftlichkeit gelten; ihre Bedeutung rechtfertigt nicht Staatsverschwendung und endlose Staatsschulden ohne Noth.

Dagegen kann man den einzeln öffentlichen Anstalten, sofern sie nicht dem allgemeinen Genuß, sondern dem allgemeinen Güterzeugen dienen sollen, Kapitalcharakter beilegen, nicht bloß den Straßen, auch theilweise den Anstalt und Polizeianstalten; denn diese dienen der Erzeugung öffentlicher Leistungen (vgl. § 202—204).

b) Fähigkeitenkapital. Ganz unzulässig erscheint es ferner, die Summe der Fähigkeiten des einzelnen Privatmannes oder Volkes sein eigenes Kapital zu nennen. Noch nicht entäußerte Kräfte gehören nicht dem Gütervermögen an, wozu das Kapital gehört, sondern dem Arbeitsvermögen, welches, sofern es nicht rechtlich im Gütervermögen eines Andern ist, und thatsächlich dahin übergeht, nicht ohne Vermittlung der Wissenschaft mit dem Gütervermögen (Vermögen im hergebrachten nationalökonomischen Sinn) verwechselt werden darf.

Nur muß man die wirtschaftliche Bedeutung der menschlichen Persönlichkeit nicht überhaupt übersehen. Letztere ist Ausgangspunkt aller ökonomischen Werthe. Von uns ist dies aber oben (§ 7) bereits eingehend beachtet und wird (§ 174, 232) weiter beachtet werden.

Die persönlichen Produktivkräfte werden thatsächlich Kapital als bestimmte productive Leistung an Andere (vergl. § 10). Als solche werden sie auch bezahlt, erhalten sie Tauschwerth. Mit dem wirklichen Erfolge der Leistungen erfolgt meist ihre Einverleibung ins Sachkapital; z. B. die Leistung des Druckers, welche

zu bedrucktem Papier wird und das Umlaufkapital des Verlegers in eine höhere Form überführt.

§ 12. **Vier Elementarbegriffe der Nationalökonomie.** Wir haben den Grundbegriff der Wirtschaft in § 1 und § 7, lit. c—e erörtert, Privat- und Gemeinwirtschaft in § 5 unterschieden. Bevor wir zur Lehre von der gesellschaftlichen Güterverordnungsüberlegen, erörtern wir einige weitere, wichtige Grundbegriffe der Nationalökonomie, nämlich **Bedürfnis, Gut, Werth und Vermögen**, die beiden letzteren nur vorläufig.

Das Bedürfnis entsteht, indem die wirtschaftliche Persönlichkeit (§ 7) nach der Außenwelt als einem Mittel ihrer sinnlich-stittlichen Lebenszwecke wirklich verlangt. Das Gut dagegen ist die wirtschaftliche Sache (§ 8), sofern sie nun als Bedürfnisbefriedigungsmittel wirklich hergestellt ist und verwendet wird.

Der ökonomische Werth ist die Bedeutung, welche der Mensch wirtschaftlich Weise einem ökonomischen Gut beilegt.

Vermögen ist die Summe der einer bestimmten Person zugehörigen ökonomischen (werthhabenden) Güter.

Die deutsche Sprache zeigt auch hier, indem sie diese vier Begriffe scheidet, ihren bekannten Reichtum. Zu bemerken ist freilich, daß oft Bedürfnisse und Befriedigungsmittel, Gut und Werth von einem dages Sprachgebrauch gleichbedeutend angewendet werden.

Verhältniß der vier Grundbegriffe: Bedürfnis und Gut entsprechen der Elementarunterscheidung in § 7—8, jedoch so, daß hier die wirtschaftlichen Grundelemente schon in Beziehung zu einander gedacht sind. Träger des Bedürfnisses ist zwar die wirtschaftende Persönlichkeit, aber diese hat im Bedürfnis schon ein Verlangen nach einem bestimmten Gegenstande der Außenwelt. Umgekehrt ist das Gut selbst zwar eine äußere Sache oder äußere Handlung (Leistung), jedoch eine dem Menschen nützwerthe Sache oder Leistung. Beide Begriffe: Bedürfnis und Gut sind daher nicht mehr rein die beiden ökonomischen Elemente der §§ 7—8, sondern sie sind es, jedes schon zum andern in Beziehung gesetzt.

Werth und Vermögen bringen sodann die wirkliche Einheit der wirtschaftenden Subjekte und der bewirtschafteten Objekte zur Erscheinung. Und zwar der Werth von der Seite des Subjektes her, sofern derselbe die Bedeutung der Güter für die wirtschaftliche Verrechnung der Menschen ist, und das Gut nach seiner Stellung im Bewußtsein des Wirtschafters bezeichnet; das Vermögen dagegen stellt die Einheit des persönlichen und des sachlichen Elementes der Wirtschaft von der Seite der Sache dar, indem die einer Person zugehörigen werthhabenden Sachen als ein durch die vermögende Person zusammengehaltene Güterganzes angesehen und als solches Vermögen genannt werden.

§ 13. I. **Das Bedürfnis.** Im Bedürfnis äußert sich der Zusammenhang des Menschen als eines endlichen Wesens mit allem andern

endlichen Dasein, mit den leblosen und den belebten Mitwesen, mit den Mitmenschen, wie mit den tieferen Wesen.

Die Wechselbeziehung mit der Außenwelt ist auch beim Menschen nicht durchaus eine freie. Eine Reihe von unerlässlichen Ergänzungen aus der Außenwelt, Luft, Licht u. s. w. will der Mensch ohne Bewußtsein.

Weit mehr aber als jedes Thier bestimmt er und befriedigt er hieneben frei und in eigener bewußter Thätigkeit viele Bedürfnisse, und gemäß seiner Vernunftbeziehung entfaltet er die Bedürfnisbefriedigung wirtschaftlich als eine Einheit, in einem zusammenhängenden und fortlaufenden Plan.

Letzteres ist schon in § 7, lit. c—e erörtert. Die Vielseitigkeit aber der Bedürfnisse bedarf kaum einer näheren Bezeichnung. Kein lebendes Wesen bedarf mehr, als der Mensch. Er ist beim Vortreten der Welt das hilfloseste aller Geschöpfe; denn da er geistbegabtes, selbstbewusstes und sich selbst bestimmendes Wesen ist, soll seine Existenz sein eigenes Werk und das Werk der Liebe seiner Mitmenschen (der Familie, der Eltern u. s. w.) sein (§ 7). Dagegen ist das Thier von Natur weit besser ausgerüstet für seine Lebensbefriedigung; wie viel mehr Wärme giebt das Fell des Thieres als die Bekleidung des menschlichen Körpers, wie viel geschützter bauen die Spinne, die Schnecke, der Vogel ihr Haus als der Wilde im Urwald! Aber die Thiere entwickeln sich auch nicht zum Behagen der Civilisation, sie entwickeln sich überhaupt nicht frei, weil sie keine vernünftigen Wesen sind.

A) Wechsel der Bedürfnisse.

Da der vernünftige Lebenszweck, die Cultur oder Gesittung, ein unendlich mannigfaltiger, aber für jedes Individuum, jedes Alter und Geschlecht, jedes Volk, jede Zeit sich allmählich vollziehender ist, so müssen die Bedürfnisse unendlich mannigfaltig und bei verschiedenen Gesittungsgraden und Arten äußerst verschieden und der Zeit nach wechselvoll sein.

In der That sind sie es. „Raum ist der Mensch gegen Wind und Wetter geschützt, so will er eine Wohnung haben; Raum hat er sich bescheidet, so will er sich schmücken; Raum hat er die Ansprüche des Körpers befriedigt, so erheben Studium, Wissenschaft, Kunst, seinen Reigungen ein Feld ohne Grenzen“ (Bastiat, Harmonies). Vor drei Jahrhunderten hatte der König von England ein Paar seidene Strümpfe und ließ dasselbe seinem Minister zur Andenkung des französischen Gesandten, während dergleichen heute für eine Arbeiterbraut kein kleinerer Luxus sind. Noch im Jahre 1577 war bittere Klage in England, daß man Ramine einfuhrte, irdene statt hölzerner Schüsseln zu gebrauchen anfang, während jetzt auch in wenig vermögenden Haushaltungen ein guter Feuerzug und irdenes Geschirz allgemein sind. Heute ist man in den unteren Mittelständen mit silbernem Besteck; als eine kousantainepler Dogenfrau statt der Finger goldener Zweigade sich bediente, bestrafte sie die Volkstimme

mit dem Gerichte, sie sei zur Dase ihrer Unnatur bei lebendigem Leibe stehend geworden!

Diese Ausdehnung der Bedürfnisse folgt mit Nothwendigkeit aus dem Wesen der frei und selbstthätig nach Entwicklung innerhalb der Außenwelt strebenden Persönlichkeit. Ueber das Wachsen der Bedürfnisse klagen daher die Vokredner der „guten alten Zeit“ in der Regel nicht mit Recht. Der Bestimmung des Menschen zu immer höherer Selbstentwicklung würde es widersprechen, wenn die Bedürfnisse bestimmte feste Größen wären, nicht wechseln, ohne diesen Wechsel wäre auch die Volkswirtschaft ein träger Schlandrian. Nur die uneigentlich sogenannten Bedürfnisse des Thieres können begrenzt sein und sind begrenzt, weil das Thier keine zu freier Entwicklung bestimmte Persönlichkeit hat.

Der Freiheit der persönlichen Entwicklung widerstrebt alle Grenze, außer der freien und augenblicklichen der Zufriedenheit und Genügsamkeit, nicht nur nach der Quantität des Befriedigungsmittels, sondern auch nach Art und Gestalt desselben. Daher die überall hervortretende Erscheinung, daß die fortgesetzte gleichartige Befriedigung Nichtbefriedigung erzeugt, daher das fortgesetzte Streben nach Wechsel der Bedürfnisse, in welchem der Fortschritt der Gesittung sich vollzieht, daher das mit fortschreitender Culturentwicklung naturgemäß immer schnellere Kreisen der flatterhaften Mode, auf deren Bewegung und Berechnung die größten Erfolge namentlich des Kaufmanns beruhen. Man sagt uns in der Jugend, die Moden werden aus einem großen in Paris befindlichen unerlöschlichen Faß herausgenommen. In Wahrheit liegt dieses Faß ohne Boden in uns selbst, in der uns mit unserer Bestimmung zu freier Selbstentwicklung gegebenen, praktisch nur durch die wirtschaftliche Befriedigungskraft begrenzten Unerlöschlichkeit des Bedürfnis. Diese ist eine Nothwendigkeit, solange wir nicht eine bloß thierisch-körperliche, sondern eine frei sich entwickelnde geistig-sinnliche Persönlichkeit und Bestimmung haben.

B) Arten des Bedürfnisses.

1) Nothwendige und freie Bedürfnisse. Es ist ein Unterschied zu machen: die Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse hat nach der Quantität des Bedarfs nach unten und oben eine Grenze. Der physische Mensch braucht eine gewisse Quantität von Produkten zur Befriedigung; mit weniger wird er vernichtet, über ein gewisses Maß hinaus kann er wiederum nicht aufsteigen, ohne vernichtet zu werden. Man kann diese Bedürfnisse nothwendige, oder natürliche nennen. Auch bei ihnen ist aber die Grenze nicht wie eine Mauer, sondern wie ein elastisches Band. Die geistige Bildung hat übrigens auch einen Nothbedarf. Wederlei nothwendige Bedürfnisse zeigen eine innere Ordnung und ein wechselndes Gleichgewicht, welches auf der Ordnung des ganzen menschlichen Lebensprocesses beruht.

Dem nothwendigen Bedürfnis gegenüber steht das freie Bedürfnis

niss, indem der Mensch in den äußeren Mitteln nicht bloß die nothwendige geradlinige Zweckmäßigkeit, sondern auch den Widerschein seines geistigen Lebensinhaltes haben, in der Schönheit und Symmetrie der Formen, im Wechsel der Farben, im Glanze einen äußeren Ausdruck seiner inneren Stimmungen: der Freude, der Trauer, des Humors u. s. w. sinnlich leben, im Sinnengenuß auch sein geistiges Wesen genießen und durch denselben entwickeln will (Symbole, Reliquien, Souvenirs u. s. w.). Hierdurch fordert er von den Gütern geistigen Gehalt, er hängt dem bloß Nützlichen Schönheit, Stimmung, geistigen Gehalt an. Die Kunst tritt ins Gewerbe.

Nur muß die innere Bildung der Persönlichkeit dieser äußeren Ausstattung entsprechen; denn sonst wird das Geisteswesen sinnlich, die Gesittung zum geiststehenden Lurus (s. § 106). An sich aber ist es ganz gut, daß das Mittel den Schein des unendlichen Geistes, dem es dient, sinnlich widerlege. Fr. Visser (Aesthetik Bd. I. § 23) drückt dies in seiner fernhaften Weise so aus: „Es liegt sogar nothwendig im Wesen des Geistes, daß er das, was er um der bloß äußeren Zweckmäßigkeit willen begehrt und schafft, in die Sphäre seiner reinen Selbstständigkeit heraufzieht, um die Nothwendigkeit, mit der er befaßt ist, zu verzessen, und auch hierin das Verwischen seiner Unendlichkeit sich zu geben.“

Es verbinden sich natürliches und freies Bedürfnis: schöne Zeichnungen, Farben, Formeneinrichtungen, Glanz u. s. w. an den Bekleidungsstücken, schöne Ausstattung in den Speisen u. s. w.; Humor, Wis, Ernst, Trauer in Form und Farbe!

Gerade dieses freie Bedürfnis in nothwendigen Bedürfnis ist es, was als persönliches Element ewigen Wechsel unterworfen ist. Bei den natürlichen Bedürfnissen giebt auch die beständig gleichartige Verzehrer noch Befriedigung, bei den freien nur der Wechsel Genuß; eine Dame höherer Stände wird im Herbst halbwollene, im Winter wollene Stoffe immer mit Befriedigung tragen, aber nach Zeichnung, Farbe, Schnitt u. s. w. wird sie immer verschiedene Stoffe wünschen.

Das natürliche Bedürfnis, sich auf einen Stock zu stützen, ist nur bei Wenigen vorhanden und kann mit einem im Gehäß geschnittenen Stab, der oben eine Handhabe hat, ersetzbar werden; bald wird er ein freies Bedürfnis für Viele, die Formung des Griffes erfolgt in tausendfachen Formen, ein eigener Industriezweig, die Stockfabrikation, entsteht. Der Tabak ist ein natürliches Bedürfnis; die Hilfsmittel seines Genußes geben in der Pfeifen- und Dosenfabrikation Anlaß zur Ergreifung immer neuer freier Bedürfnisse, welche mit und in den natürlichen auftreten und vergehen.

In dem freien Bedürfnis und seiner fortschreitenden Verneuerung liegt die geistige Bestimmung der Wirtschaft äußerlich angedeutet, und hierin liegt oft der Hebel des Fortschrittes für die Einzel- und für die Gesamtwirtschaft. Diese Bemerkung hat sehr praktische Folgerungen: seine hauptsächlichsten Erfolge feiert der Kaufmann und der Gewerbsmann

hier. Sehr Viele, welche es von niedriger Stufe aus zu etwas gebracht haben, verdanken ihre Erhebung dem Umstande, daß sie ein freies Bedürfnis von besonderem Mitz zu schaffen, einem natürlichen Bedürfnis neue Seiten des Genusses zu geben wußten. Der Marktstolz, die Zeitungsannoncen, der Witz in derselben, die Ausstattung des Kaufladens, das Wechseln in der Schauauslage, die schöne Etiquette der Warenversendung und so vieles Andere, womit man eine Kundenschaft zu gewinnen und zu erhalten sucht, sind sämtlich darauf angelegt, durch Erregung neuer freier Bedürfnisse im Gebiet der Befriedigung natürlichen Bedürfnisse einen Erfolg zu erringen. Umgekehrt verkommen diejenigen Gewerbs- und Kaufleute, welche nicht mit neuen Stoffen, mit neuer und wechselnder Zubereitungsart, mit wechselnden Formen den Wechsel im freien Bedürfnis zu berücksichtigen wissen.

Mit dem Unterschied von notwendigen und freien Bedürfnissen fällt ein anderer, nämlich der von unentbehrlichen und entbehrlichen fast zusammen.

Die Güter, welche entbehrlichen Bedürfnissen entsprechen, — und dies ist eine zweite praktische Anwendung der gemachten Unterscheidung — bewegen sich in ihren Preisen gleichmäßiger, weil mit dem Stande der Preise die Nachfrage verhältnismäßig zu- und abnimmt; die Preise der Güter für die Bedürfnisse der Nahrung fallen außerordentlich, wenn die Ernte überreich, und steigen ebenso, wenn das Deficit der Ernte auch nicht sehr groß ist; denn eine ziemlich gleiche Nachfrage steht bald dem Ueberfluß bald dem Mangel gegenüber; Beispiele dieser für die Kornpreise ungemein wichtigen Bemerkung haben die Statistiker oft gegeben, so zwar daß eine halbe Ernte theurer abgesetzt wurde als eine $\frac{1}{3}$ Ernte ($\frac{1}{3}$ über Durchschnitt). Ueberreiche Ernten können für den landwirtschaftlichen Produzenten eine Calamität werden (embarras des richesses, wie die Franzosen sagen).

2) Weitere Unterscheidungen. So vielseitig die Lebensfunktionen der sinnlichen und der geistigen Persönlichkeit sind, so vielseitig bedarf sie auch äußerer Mittel, so vielseitig sind daher auch ihre Bedürfnisse. Der Mensch hat daher persönliche, familiäre, gesellschaftliche, Staats-, Kirchen-, Schul-, Wissenschaftsbedürfnisse, das Bedürfnis nach Bädern, nach politischen Abweiden, u. s. w. Er lebt nicht vom Brod allein.

Alle diese verschiedenen Arten fügen sich der schon angeführten Hauptunterscheidung zwischen materiellen und geistlichen frei geistigen B. an, welche letztere entweder von den natürlichen ganz gesondert sein können (Kunstbedürfnisse, das Bedürfnis der Naturschauung heiliger Bilder, Bedürfnis der Belehrung u. s. w.), oder im Gebiete der materiellen Bedürfnisse und in diesen selbst erscheinen.

Das Bedürfnis hat sehr viele Nuancen, wie die Persönlichkeit unzählige Stufen und Seiten der Entwicklung hat. Einige dieser Grade, Qualitäten, Richtungen, haben besondere Benennungen: Bequemlichkeit, Delicatsessen, Glanz, Pracht, Erheiterung, Bildung, Komfort, Eleganz

u. s. w. Bedürfnisse. Diese Einteilungen sind weder erschöpfend, noch wesentlich, sie bezeichnen nur dem Nothdurft und natürlichen Bedürfnisse gegenüber einzelne der nothwendig unbegrenzten Anzahl und Gattungen der freien Bedürfnisse. Auf den Unterschied vom natürlichen und freien kommt wesentlich auch der von angeborenen und ausgebildeten, von wirklichen und eingebildeten (jedes Bedürfnis über die äußerste Nothdurft hinaus ist eingebildet) zurück.

3) Individuelle — gemeinsame Bedürfnisse. Bedürfnisse werden entweder von Jedem besonders empfunden oder sind sie Mehreren oder Vielen gemeinsam.

Die letzteren werden theils durch privatwirtschaftliche Veranstaltung befriedigt, z. B. durch ein Privattheater, theils gemeinwirtschaftlich, z. B. das Sicherheitsbedürfnis durch Justiz, Gensdarmrie, Militär, das Cultus- und Erziehungsbedürfnis durch öffentlichen Gottesdienst, Schule, Familie.

C) Gesellschaftliche Bildung der Bedürfnisse, Mode.

Nicht jedes Individuum gestaltet seine Bedürfnisse eigenartig.

Seinen gesellschaftlichen Charakter beweist der Mensch in der Wirtschaft auch dadurch, daß er seine Bedürfnisse gleichartig mit den Mitmenschen bildet, welche mit ihm auf gleicher Stufe der Bildung und Entwicklung stehen. Die meisten Bedürfnisse sind — Mode. Die Mode ist der gesellschaftlich gemeinsame Typus der Bedürfnisgestaltung, so zwar, daß mittelst der Mode die Bedürfnisse mehr und mehr nicht von den Bedürfnissen gebildet, sondern von der Speculation der Fabrikanten von Modartikeln beherrscht werden. Dies hat eine sehr gute Seite, weil nur so die geregelte wirtschaftlichere Massenproduction vieler Artikel, also wohlfeiler Preis möglich wird. Ohne Mode könnte nur vereinzelt auf Bestellung fabricirt werden, was es sich um wechselnde „freie“ Bedürfnisse handelt.

Die Mode zieht immer weitere Kreise in ihren Bereich, weil das wirtschaftliche Leben immer mehr ein gesellschaftlich gleichartiges wird, die abgeschlossenen Kreise in den allgemeinen Verhältnissproceß der Civilisation (Bürgerlichkeit) sich auflösen. Die Mannigfaltigkeit und Festigkeit der Moden und Trachten verschwindet.

Innerhalb ist nicht bloß, sondern bleibt bei Einzelnen, Völkern und Ständen noch sehr viel Eigentümliches übrig. Der Kaufmann wird daher nur dann Erfolg haben, wenn er die eigenthümlichen Bedürfnisse seines Absatzgebietes erschöpft und die geeigneten Befriedigungsmittel zuführt. Man kann nicht Schiffschiffe nach Rio Janeiro verhandeln, wie es vor der Handelskrise von 1825 geschah, nicht Weiröcke zu den Kaffern. So groß fehlt der Handel freilich selten, aber er verliert unendlich oft durch leichtere Mißachtung der Bedürfnisgegensätzlichkeiten.

Auch sonst zeigt sich der Mensch in seinen Bedürfnissen als ein gesellschaftliches Wesen, insofern er nämlich nicht um isolirter Befriedigung willen Güter verbraucht, sondern um in den Augen Anderer zu glänzen.

„Nicht unsere Augen, sondern die Augen Anderer sind es oft, die uns zu Grunde richten“ (Franklin). Diese sociale Seite der Bedürfnisse führt oft zu Verschwendung in sinnlosen Euren; vielfach wird sie als „Ehrenfrage“ auch sehr nützlich für das gemeinwirtschaftliche Leben durch Ehrendienst, Stiftungen, Gründung von Sammlungen und Anlagen, in der Vereinständigkeit und Selbstverwaltung jeder Art, sie ist befalls in § 187 geradezu unter den Motiven der Gemeinwirtschaftlichkeit genannt.

§ 14. II. **Güter im wirtschaftlichen Sinn.** — Gut im allgemeinen Sinne ist Alles, was dem Menschen dient. Es glebt hienach auch innere, sogenannte persönliche Güter, Schönheit, Verstand, Gesundheit. Innere Güter, persönliche Eigenschaften zählen jedoch nicht zu den ökonomischen Gütern (vgl. ob. § 11).

Indessen auch nicht alle äußeren Güter sind wirtschaftliche (§ 3) Güter. Luft, Wasser, Licht u. s. w., kurz Alles, was und solange es der Mensch ohne eigenes Zutun aus den Händen der Natur empfängt (freies Gut, § 9, Z. 1), wird mit Recht nicht zu den ökonomischen Gütern gezählt; denn jene regen keine wirtschaftliche Thätigkeit an. Althum ist kein ökonomischer Act; denn es verlangt keine bewusste opferparende Thätigkeit.

Nur diejenigen Sachen, welche zu ihrer Erlangung persönliche wirtschaftliche Opfer kosten, kann man als ökonomische, wirtschaftliche Güter ansehen. Nur sie werden im Tausch werth geachtet (Tauschwerth) und vergelten, es wird mit ihnen im Gebrauch häuslicher (ökonomisch) verfahren (wirtschaftlicher Gebrauchswerth, Werth beim Gebrauch). Weil sie persönliche Opfer kosten oder doch, — wollte man sie neu schaffen oder wollten Andere verglichen erwerben — kosten würden, sind sie werth. Nur ein äußeres Gut, welches Werth hat, ist ökonomisches Gut.

Ein Gut kann freilich wirtschaftlichen Werth haben, auch wenn es thatsächlich nie in den Tausch kommen kann oder darf. Solcher Güter giebt es viele, namentlich im Gebiete des öffentlichen Vermögens (z. B. Festungen). Auch Robinsons Einsie hätte als Einsiedler wirtschaftliche Güter gehabt. Allein da bisher die Nationalökonomie die untauschbaren öffentlichen Güter von Werth regelmäßig bei Seite läßt und da die Nationalökonomie nicht mit einem Robinsonvermögen, sondern mit Verkehrszielen sich beschäftigt, so ist es wenigstens praktisch zutreffend: ökonomische Güter diejenigen Privatgüter zu nennen, welche im Tausch durch ein werthvolles Gegengut vergelten werden, — einen Preis oder wie vergewacht Wapen gesagt wird, „Tauschwerth“ finden. In diesem Sinne kann man Tauschwerthe, i. g. „anerkannt“ brauchbare Güter mit ökonomischen Gütern gleichbedeutend nehmen.

Um aber Werth zu haben, muß das ökonomische Gut wirklich fähig sein, einem menschlichen Bedürfnis zu dienen. Ein ins Meer versunkener Edelstein ist kein Gut mehr; denn alle Beziehung auf wirkliche Bedürfnisse, auf den Nutzen einer menschlichen Person ist unmöglich gemacht, wenn

gleich der Stein die ihm durch menschliche Arbeit angeschliffenen Eigenschaften Jahrtausende bewahren kann, bevor ihn wie in Tausend und Eine Nacht ein Fisch verschlingt, der gefangen ihn dem menschlichen Bedürfnis wieder giebt und wieder zum Gute macht. Amulette hören auf Güter zu sein, wenn mit fortwährender Aufklärung die abergläubischen Bedürfnisse verschwinden; wenn sie freilich eine neue Beziehung auf ein anderes Bedürfnis erhalten, so werden sie wieder Güter. Ein Araber gab einmal eine von einer Karawane erbeutete Kiste mit Perlen, welche er für Reis hielt, seiner Frau zum Kochen, und als sie nicht reich werden wollten, warf er sie weg, er kannte das Luxusbedürfnis für dieses Gut nicht, die Perlen waren für ihn kein Gut; der beraubte Kaufmann, welcher es kannte und Abnehmer wußte, würde durch Wiederauflesen die Perlen auch schon wieder zu Gütern gemacht haben.

§ 15. **Sachgüter, Leistungsgüter, „Verhältnisse“ als Güter. Forderungen und Schulden.** Die ökonomischen Güter sind

1) äußere Sachen, Sachgüter z. B. Korn, Eisen,

2) werthgeschätzte Handlungen Anderer (sogenannte Dienstleistungen, z. B. die Dienste eines Beamten, des Gefindes u. s. w.). Freilich sind sie nie bloß Mittel, wie die Sachgüter.

Einige (z. B. Rau in seiner äußeren Anschauungsweise) haben dagegen den Diensten den Charakter eines ökonomischen Gutes abgesprochen, da nur an Sachen fixirte Werthe im Vermögen sein können. Allein die Dienste Anderer sind Güter, welche uns selbst persönliche Opfer ersparen, und daher werth, tauschwerth, und durch rechtliche Forderungen vermögensfähig.

Ja es dienen die Leistungen der Nebenmenschen in viel umfassenderer Weise, als die Sachen. Es find weniger die Sachen werth, als die an den Sachen aufgesammelten Leistungen Anderer; der Schuh stellt die Leistungen des Wehzhüters, Gerbers, Schuhmachers dar, Leistungen, welche nun dem Consumenten dargeboten werden und diesem tauschwerth sind, weil sie ihm ein größeres Maß eigener persönlicher Opfer für die Fußbekleidung ersparen. Die Leistungen sind wirtschaftlich gleich werth, ob sie wie gewöhnliche Industriearbeit zuerst körperlich fixirt oder, wie Gesangs-vorträge, unmittelbar genossen werden*).

*) Auch Leistungen an sich, zum Genuß des Leistenden selbst, sofern sie wirklich erfolgen und ein persönliches Opfer darstellen, könnte man, ohne mit den §§ 11 und 14 in Widerspruch zu geraten, wirtschaftliche Güter nennen. Nur diesen sie, da sie nicht in den gesellschaftlichen Verkehr eintreten, für den Nationalökonom keinen Interesse. In dem einzigen Falle, in welchem die Frage praktisches Interesse zu haben scheint, nämlich bei der Controverse, ob der Unternehmer für seine Arbeit sich Lohn ansetzen dürfte, ist dies thatsächlich nicht der Fall; denn diese Arbeit wird von den Abnehmern des Produktes vergelten, sie ist Leistung an Andere (vergl. § 160). — Handlungen als Vermögensobject juristisch anerkannt bei Savigny Esst. I, 404, vergl. I, 376—78.

Man hat

3) sogenannte „Verhältnisse“, (Kundschaft, Firma, Patent u. s. w.), weil sie Tauschwerth finden, auch zu den ökonomischen Gütern gezählt. Sie sind, ferne die Vergeltung finden, kapitalisirte Renten (s. § 3, und unten § 200 A, C), von unbestimmter Größe.

Nicht als schon bestehende Erzeugungsgüter (Kapitalien), noch als dergleichen Genußgüter, sondern als Hoffnungen eines außerordentlichen Einkommens (Rente) finden sie Tauschwerth. Sie ähneln den Forderungswerten des Kredits und sind jedenfalls eine eigenthümliche Art von ökonomischen Gütern, wenn man sie zu diesen zählen will.

Die letztere Bemerkung führt uns hinsichtlich der „Verhältnisse“ wohl auf die richtige Fährte.

Man muß jedoch Sachgüter als Leistungsgüter nicht bloß in ihrem fertigen, sondern auch in ihrem zeitlichen Werden auffassen*).

Die Sachgüter sind entweder schon fertige Genußgüter, wie Wohnhäuser, Speisen u. s. w., oder zwar schon begonnen, aber noch nicht fertig (Kapitalien), wie Tuche, Werthpöler, Eisen und Stahl u. s. w. Auch die letzteren erst in die Halme schießenden Früchte menschlichen Erwerbsfleißes oder die Kapitalien (§ 3, A, I) sind schon Güter; ja sie können, da sie äußere Träger des gesellschaftlich getheilten Produktionsprocesses sind, nationalökonomisch höchst bedeutsam in Betracht, und sind als Quellen künftigen Einkommens: z. B. Häuser, Grundstücke, voraustauschwerth.

Die menschliche Gesellschaft wird aber nicht bloß durch eine Einheit des Jagen existenten, in halt- und ganz reifen Gütern bestehenden Vermögens befriedigt, ihre Wirtschaft ist auch eine Einheit in der Zeit. Unsere Verfahren haben Arbeits- und Gütervermögen angekauft, dessen Früchte erst uns zu gute kommen, und ein Ueberfluß jetzt vorhandener Güter kann, z. B. für Zwecke einstiger Alters- Wittwen- und Kinderversorgung gegen Güter, die erst entstehen werden, vertauscht werden wollen. Letztere Güter, als für die Zukunft gesichert, haben schon Werth. Der Letztere, welcher (s. § 187) die zeitliche, wie die räumliche Einheit und Ordnung des gesellschaftlichen Güterlebens wahrt, fördert ihren Tausch durch Rechtschluß für Forderungen (Kredit), Patente, Firmen u. s. w., welche als Quellen künftigen Einkommens zu künftiger Bedürfnisbefriedigung jetzt schon geschützt sind und bezahlt werden. Forderungen künftiger Güter sind daher auch schon Güter, ebenso mehr oder weniger gesicherte Quellen künftigen Einkommens: Patente, Firmen, Verlagsrechte, Kundschaften. Ein Theil dieser voraustauschwerthen Güter wird feilgeboten auf dem ebenbürtigen neuen Warenmarkt entwickelten Kreditmarkt (§ 138),

*) Siehe meine Ausführungen D. W. J. Schr. 1864, 2. Heft, woselbst Macleods Kredittheorie in ihrem bedeutenden Kern anerkannt, aber auch theilweise begrenzt, theilweise weiter geführt ist.

ihnen entsprechen künftige Vermögensminderungen der Schuldner. Forderungen und Schulden repräsentiren einen Gütertausch, in welchem Leistung und Gegenleistung zeitlich auseinanderliegen. Auch sie sind nationalökonomisch äußerst wichtig, da sie die Wirtschaft der auf einander folgenden Betriebsperioden und Generationen in Millionen Jäden zu einem geschichtlichen Ganzen verbinden. Das sich aufwiegende Gegenüber von Forderungen und Schulden, jetzigen Leistungen und künftigen Gegenleistungen hebt sich nicht zu einer gleichgültigen Null für den Nationalökonom auf, so wenig als etwa der Waarentausch gleichgültig ist, weil zwei existente Werthe sich da gegenüberstellen.

Hierbei verhalten sich die verschiedenen Arten von Gütern verschieden: Leistungen sind einmalig, aber in ihrer Aufeinanderfolge sehr vielfältig. Sie werden durch Dienstmiethe, meist gegen Zeitleben, gesichert, und sind auf diese Weise voraus werthvolle Vermögensbestandtheile, z. B. im Staatsdienst die Verfügung über den Beamten, oder für den mit Bestellungen überkauften Fabrikanten das Engagement.

Sachgüter setzen sich theils, z. B. unlaufende Kapitalien, nur durch fortgesetzte Formverwandlung dem Werthe nach in die Zukunft fort, ihre künftige Vergeltung kann nur durch Geldforderungen gesichert werden (Kredit § 134); theils sind es stehende Güter, wie Grundstücke, Häuser, welche eine stehende Quelle künftigen Einkommens sind; das letztere wird nach laufendem Zinsfuß kapitalisirt und so voraustauschwerth. Ähnlich verhält es sich mit Kundenverhältnissen und dauernd geschützten Rechten.

So werden nicht bloß existente, sondern auch künftige Güter ein wichtiges Element des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems, insbesondere als Gegenstand privatwirtschaftlichen Tausches.

§ 16. **Wirtthschaftseintheilung der Güter.** Die Wirtschaftslehre pflegt die Güter einzutheilen. Folgendes sind einige der hauptsächlichsten dieser Eintheilungen:

1) **Entbehrliche und unentbehrliche Güter.** Die Grenze zwischen beiden ist durchaus fließend; dasselbe Gut kann für die eine Persönlichkeit, die eine Culturstufe, das eine Volk entbehrlich, für die anderen unentbehrlich sein. Alles hängt dabei von der Entwicklung des Bedürfnisses ab, welches, als das Streben der Persönlichkeit nach Entwicklung ihres unendlich insaltrreichen Lebenszweckes durch die Welt ängster Mittel, selbst unendlich verschieden und wechselnd ist und unbestimmbar frei sich bewegt. Entbehrlichkeit und Unentbehrlichkeit eines Gutes ist daher nach Personen, Stimmungen, Bildungs- und Culturverhältnissen, nach Rücksichten der gesellschaftlichen Stellung außerordentlich wechselnd. Die Eubacigare ist für den Kaufmannslehrling, welcher sie auf öffentlichen Plätzen schmaucht, sehr entbehrlich, dem beschiedenen Kaufmann, welcher dem Kaufzimmer einer eleganten Gesellschaft sich nicht entziehen kann, fast notwendig.

Entbehrliche Güter schwanken nicht so stark im Werth, als die absolut unentbehrlichen (s. § 14). Dies der praktische Hauptgrund dieser wissenschaftlichen Untertheilung.

2) Vertretbare Güter und nicht vertretbare. Vertretbar ist z. B. Holz durch Kiefer, Welle durch Baumwolle, Colonialgüter durch Rübensüder, Silber durch Gold und durch Forderungen im Gelddienst u. s. w. Diese Brauchbarkeitsvertretung hat auf die Gestaltung des Wertes und der Preise der vertretbaren Güter, welche nun keine absolute geforderte Wertbestimmung mehr haben, den allergrößten Einfluß.

3) Güter, welche zusammen einen und denselben Zweck dienen (commercielle Güter), Zucker und Kaffee, Schienen und Ackerland u. s. w. Auch diese commerciellen Güter finden ihren Werth nicht selbständig für sich bestimmt.

4) Güter von einfacher oder von mehrfacher Brauchbarkeit (für eines oder für mehrere Bedürfnisse). Es werden immer mehr natürliche Dinge zu einfachen Gütern, und immer mehr einfache zu mehrfachen Gütern. Rauhshud, bis vor wenigen Jahrzehnten kaum gekannt, hat heute schon hundertfache Brauchbarkeit; ähnlich der Gushlath, welcher insbesondere in Folge der neuen Erfindungen, z. B. Krupp's und Bessemer's, bald vielseitigste Verwendung fand.

5) Besondere und allgemeine Güter, je nachdem sie bei einer einzelnen Person oder bei vielen einem Bedürfnis entsprechen. Die ersteren können nicht wohl auf Vorrath erzeugt werden; die letzteren werden z. Th. gemeinschaftlich (von Staat, Gemeinde u. s. w.) erzeugt.

6) Affectionsgüter, deren Nützlichkeit in persönlichen Beziehungen beruht, welche das Gefühl daran knüpfen.

7) Man unterscheidet endlich solche Güter, welche gegen Entgelt abgetreten werden können, Tauschgüter, und solche, welche keinen Entgelt finden, freie Güter (s. § 9). Auch der Unterschied von freien und Tauschwerthen (ökonomischen) Gütern ist kein feiner, sondern ein durchaus stichender. Das Eis im Griesee z. B. ist ein freies Gut für den Gaste, wirth zu Buffalo, wird aber des Sommers Gegenstand eines ausgedehnten Handels, ein geschätztes „ökonomisches“ Gut. Der reiche Tourist, welcher in der Erquickung nach einem Tropfen leucht, wirft einem Lazarus, der ihm die Feldflache mit Wasser darreicht, ein blaues Goldstück hin. In hundert und tausend Fällen geht das freie Gut in Tauschwerthgut über. Auch die freien Güter haben häufig eine verdeckte Tauschwerthgegenschaft, sobald sie einen Aufwand an Gütern (Sachgütern und Leistungen) voraussetzen, die Tauschwerth hatten. Mand'es freie Gut wird nicht ganz kostenlos erzeugt, aber die Kosten an Arbeits- und Kapitalaufwand verschwinden meistens in andern Ausgaben (für Wasser z. B. im Lohne der Wäde, in den Kosten der öffentlichen Drummeneanlage).

Der Unterschied von Tauschgütern und freien Gütern ist nicht mehr eine Unterscheidung ökonomischer Güter; denn die freien Güter zählen gar nicht zu den wirtschaftlichen Gütern (s. § 9). Dagegen giebt es ökonomische Güter, welche nicht getauscht werden, sei es a) weil sie vom Erzeuger auch verzehrt werden, sei es b) weil sie als öffentliche Güter thatsächlich oder gesetzlich dem Verkehr entzogen sind (res extra commercium).

Mit dem Fortschreiten der menschlichen Wirtschaft zu einer National- oder Gesellschaftswirtschaft werden immer mehrere der unter a) bezeichneten Güter zu Tauschgütern; die uranfängliche und grobentheils auch noch mittelalterliche Abgeschlossenheit des Kreislaufes von Erzeugung und Verzehrung hört auf, die meisten privatwirtschaftlich erzeugten Güter werden gesellschaftliche Tauschgüter, indem sich gleichzeitig der Tausch gegen Geld (sog. Geldwirtschaft), statt in natura (Naturalwirtschaft) immer mehr verbreitet. Die Tauschgüter sind es, die die Nationalökonomie interessieren.

Dagegen wächst auch der Bestand der keines Tausches fähigen öffentlichen Güter mit der Civilisation. Willkürden stecken in öffentlichen Gemeingütern, Straßen, Gebäuden, Canälen, Kunstanstalten, Kirchen u. s. w., und von den Willkürden, welche von den Staaten jährlich verausgabt werden, wird ein sehr erheblicher Theil in Gütern angelegt, welche dem Verkehr entzogen sind und so die Grundlage einer in gewissem Umfang längst vorhandenen Staatsgütergemeinschaft bilden. Die letztere ist ja ökonomisch begründet, wo der Staat eine Aufgabe gleich gut oder besser mit geringeren Opfern für die Gemeinschaft der Bürger löst, als diese es selbst zu thun vermöchten (s. § 180).

8) Ueber den Unterschied von Sachgütern, Leistungen und Verhältnissen s. § 15.

Die vorstehenden Unterscheidungen schließen einander nicht aus. Z. B.: die Leistung des Sängers ist entbehrlich, sie ist Affectionsgut, vielleicht für Einen, vielfaches Gut für die Masse der Zuhörer, sie hat Tauschwerth ohne Sachgut zu sein.

§ 17. III. Der Werth *) — die Bedeutung eines ökonomischen Gutes in der wirtschaftlichen Berechnung des Menschen. Alle wirtschaftliche Berechnung geht auf mindele Opfer bei vollster Befriedigung (§ 1. 3. d). Der Werth bestimmt daher das ökonomische Thun und Lassen in Beziehung auf den Gutsgegenstand (s. § 7, lit. b).

A) Der ökonomische Werth an sich. a) Elemente desselben. Der wirtschaftliche Werth hat dem gegebenen Begriffe gemäß seinen Grund theils in dem Bedürfnisse, dessen Nichtbefriedigung Entbehrung ist, theils in den Opfern, welche die Erlangung des äußeren Befriedigungsmittels im System der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung kostet.

Diese beiden Factoren setzen einander voraus; nur weil Entbehrung ein negatives Opfer ist, bringt man der Befriedigung des Bedürfnisses das positive Opfer, welches die Anschaffung des äußeren Befriedigungsmittels durch directe oder indirekte Arbeit (im Wege der Production oder des Tauschverkehrs) kostet.

Für Bedürfnisse, deren Nichtbefriedigung kein Opfer ist, bringt man nicht das positive Opfer der Arbeit und des Kapitalaufwandes, und Ver-

*) Vgl. m. Monogr.: „Die ethische Seite der Lehre vom Werth“ (acad. Progr. v. 1862) und Litb. Ztschr. 1865, Literatur-Anz. —

friedigungsmitteln, welche man ohne Arbeitsopfer haben kann, legt man weder beim Tausch noch beim Gebrauche ökonomischen Werth bei, d. h. man begnügt sie nicht mit tauschwerthen Gütern, noch schätzt man sie durch eigene Arbeit aus einer mühevollen Quelle, noch geht man mit ihnen sparjam im Gebrauche zu Werth.

In dieser Doppelseitigkeit auch des ökonomischen Werthes zeigt sich wieder recht deutlich das zweiseitige, auf zwei in Wechselwirkung begriffene Elemente gestützte Wesen der Wirtschaft. Wir haben diese beiden Elemente in § 7 und 8 kennen gelernt: als wirtschaftliche Person und als wirtschaftliche Sache, als Bedürfnis und als äußeres Befriedigungsmittel des letzteren oder als Gut. Nichtbefriedigung der Person ist das negative, Anschaffung der Sache das positive Opfer.

Das letztere wird um der Aufhebung der Entbehrung willen gebracht. Jedoch nur insofern, als es nach der persönlichen Empfindung des Menschen den Grad der Entbehrung nicht übersteigt; die Weissen zahlen wohl für eine Elle Tuch die persönliche Unannehmlichkeit von drei Arbeitstagen in einer Geldsumme, deren Erwerb sie drei Tage Arbeit gekostet hatte, aber nur Wenige wollen und könnten das Opfer von 10 und 20 Tagen Arbeit dafür bringen. Umgekehrt wird bei niedriger gewordenen Anschaffungsopfern manche bisher ertragene Entbehrung nicht mehr ertragen werden wollen; das in ihr liegende Opfer war nur bisher geringer, als das bisher größere positive Opfer wirtschaftlicher Anschaffung des Befriedigungsmittels. Daher nimmt bei steigenden Preisen die Nachfrage ab, bei sinkenden Preisen zu, indem sich die beiden Elemente des Werthes auch auf dem Markte, im gesellschaftlichen Güterleben, als Nachfrage und Angebot geltend machen (vergl. § 87).

Dem ökonomischen Werthe ist die Bestimmung durch das Maß der nach Außen abzugebenden positiven Arbeits- und Vermögensopfer eigen. Nicht ökonomische Werthe, z. B. der religiöse Werth Gottes für das gläubige Herz, der Werth der Freundschaft haben zwar ebenfalls empfundene Bedürfnisse zur Voraussetzung, nicht aber äußere, wenigstens nicht empfundene äußere Gegenopfer.

b) Der Werth eine Beziehung aller Güter im menschlichen Bewußtsein. Der Werth ist, obwohl sachlich durch die vom Gute geforderten Anschaffungsopfer wesentlich bedingt, doch vorwiegend subjektiver Natur. Er existirt im wirtschaftlichen Zweckbewußtsein, in der Schätzung und Berechnung, wenn gleich diese Schätzung seine willkürliche, sondern eine theils durch das Opfer der Entbehrung, theils durch das Opfer der Anschaffung bestimmte Größe ist. Korn hat Werth nicht in Folge der Raume, sondern weil seine Entbehrung ein Opfer ist, und seine Anschaffung Opfer kostet; aber der Werth stellt sich doch nur im Bewußtsein Derjenigen fest, welche Korn produciren, tauschen und consumiren, indem sie das Opfer der Entbehrung und der Anschaffung für sich und für Andere in Rechnung nehmen.

Im Werthe werden daher alle Güter vergleichbar; denn

sie werden von derselben in Allen gleichartigen Kraft, dem wirtschaftlichen Bewußtsein, auf einen gleichartigen Gesichtspunkt, auf das Maß der Opfer ihrer Entbehrung und ihrer wirtschaftlichen Anschaffung gebracht. Dieser persönliche (subjective) Maßstab des Werthes, welchen der Mensch an die verschiedenartigsten Güterformen, Welle und Baumwolle, Schätze und Spiegel, Orangen und Klabarber, Grinolinien und Robbenselle anlegt, ist immer derselbe, man fragt: entsprechen die Güter einem empfundenen Bedürfnis, dessen Nichtbefriedigung ein Opfer ist, und kosten sie positive Opfer an Arbeit oder an andern Gütern, und wie groß sind diese Opfer?

Daher können die verschiedenartigen Güter in Folge der Werthschätzung gegeneinander ausgetauscht werden; denn die im Tausch einander aufwiegenden Massen verschiedener Güter (die Tauschäquivalente) sind nun im Werthe vergleichbar. Und zwar haben die Gütermassen im Tausche nothwendig das umgekehrte Verhältniß des Werthes der Güter; da Gold höher als Silber gewertet wird, empfängt man dem Gewichte nach mehr Silber für Gold.

Der Werth faßt dem Gute, indem er die Stellung des letzteren im menschlichen Wirtschaftsbewußtsein ausdrückt, gleichsam als eine persönliche Bestimmung an. Er ist nicht Brauchbarkeit an sich, sondern Brauchbarkeit, welche als ein Äquivalent wirtschaftlicher Opfer in's wirtschaftliche Bewußtsein trat und daher im gesellschaftlichen System menschlicher Wirtschaft zum Eintausch anderer Güter benutzt werden kann, sofern auch diesen wirtschaftliche von Allen nach gleichartigem Maßstabe geschätzte Opfer entsprechen.

Ist werden die Güter selbst Werthe genannt. Da nämlich, wo es sich eben um die wirtschaftlichen Opfer handelt, welche sie darstellen, welche in anderer Form stehend sich im Tausch verfügbar sind, welche endlich in der Production als Kosten geopfert werden; denn im Werthe berühren sich alle Güter, er soll derselbe bleiben, wenn durch Tausch andere Güterformen in das Vermögen ein- oder durch Production halbfertige Kapitalgüter in ganzfertige Genussgüter aufgehen.

Eben deshalb wird auch das Vermögen als eine persönliche Einheit verschiedener Güter auf die gemeinsame ökonomische Bedeutung zurückgeführt und als Werthsumme berechnet.

c) Der Werth im gesellschaftlichen System der bürgerlichen Privatwirtschaften. Beide unter a) genannte Elemente des Werthes machen sich zwar zunächst bei jedem Einzelnen geltend. Allein immer mehr wirkt bei der Werthbestimmung der Güter die ganze Gesellschaft mit.

Die gesellschaftliche Bestimmung der Bedürfnisse, welche gesellschaftlich als Nachfrage auftreten, ist schon in § 13 anlässlich der Rede bemerkt.

Die gesellschaftliche Bestimmung der Arbeit und des Kapitals, welche ein Gut kosten darf und wonach es wirtschaftlich gewerth geschätzt wird,

wird bei Betrachtung der Concurrenz in § 20 sofort genau hervortreten.

Zunmer mehr Güter kommen nämlich (§ 15, 7) in den Tausch; der Werth im Tausch oder Tauschwerth richtet sich daher nach den wirtschaftlichen Opfern derjenigen Concurrenten, welche alle kaufkräftige Nachfrage zu den niedrigsten Kosten befriedigen können. Der Tauschwerth richtet sich so nach einem gesellschaftlichen Kostenpreis. Beispiel: Eine Stadt consumirt jährlich 1000 Ochsen, um die Deckung dieses Bedarfes concurrirt die Landwirtschaft der verschiedenen Gegenden. Diejenigen Gegenden aber, welche zusammen 1000 Ochsen um den geringsten Kostenpreis auf den Viehmarkt der Stadt zu liefern vermögen, bleiben Sieger. Der Marktpreis von Fleisch bestimmt sich daher nicht individuell willkürlich, etwa nach der Laune eines Landwirthes in der Nähe der Stadt, sondern nach den niedrigsten Kosten, welche innerhalb eines großen Landwirtschaftsgebietes, in Concurrenz vielleicht mehrerer Länder, möglich sind. Dies verstehen wir unter dem Einfluß der Gesellschaft auf die Werthbestimmung.

Der Tauschwerth bringt den maßgebenden gesellschaftlichen Einfluß auf die Werthbestimmung zum Ausdruck, so daß der Werth oft geradezu mit Tauschwerth, Kaufkraft, Preis gleichbedeutend genommen wird (s. u. E.).

d) Der Gebrauchswert. Dem so eben erwähnten Tauschwerth gegenüber spricht die Nationalökonomie viel vom Gebrauchswert. Der Sprachgebrauch ist jedoch bei Anwendung dieses Wortes keineswegs bestimmt und sicher.

Bald wird in unserer Literatur die sachliche Brauchbarkeit eines Gutes oder der „Grad der Brauchbarkeit“, bald der Grad des Verlangens nach dem Gute (Bedürfnisgrad), bald die nützliche Wirkung, welche der Mensch aus dem Gute schöpft oder schöpfen kann, unter dem Worte Gebrauchswert verstanden.

Z. B. in der Frage, ob das Vermögen nach dem Tauschwerth oder nach dem Gebrauchswert zu schätzen sei, wird der letztere Begriff mit dem durch das Gut zu stiftenden Nutzen (Nutzwirkung) vermischt. Hierbei wird sichtlich in den Gebrauchswert eine Anschauung hineingetragen, welche über rein wirtschaftliche Gesichtspunkte hinausragt; gebrauchswertig in diesem weiteren Sinne sind auch freie Güter, da ihr Gebrauch dem Menschen Wohl und Nutzen bringt, Lust und Sonnenlicht sind es wie wirtschaftlich erzeugter Wasserdampf oder Gaslicht. Dem ökonomischen Gütervermögen ist der Gebrauchswert dann nicht eigen, und eine Sündenspeise, die arm ist an ökonomischen Gütern, kann in solchem freiem Gebrauchswert viel reicher sein, als ein Ziegenhalm in nördlichen Wäldern, welcher mit größter wirtschaftlicher Anstrengung kümmerliche Nahrung hat.

Es ist nun zwar ganz natürlich, daß bei dem persönlichen Gebrauch der Güter, weil darin das Wirtschaften sein Ziel findet, der Gesichtspunkt der allgemeinen persönlichen Entwicklung hineinspielt (s. näher § 173), und daß hierbei das freie neben dem ökonomischen Vermögen in Betracht

kommt; denn jene Entwicklung ist der Zweck der freien wie der wirtschaftlichen Güter. Allein ein ökonomischer Begriff ist dieser Gebrauchswert im Sinne der Brauchbarkeit oder des gestifteten Nutzens nicht mehr, und ein Maßstab wirtschaftlicher Vermögensschätzung kann er nicht sein, da auch freie nichtökonomische Güter solchen Gebrauchswert haben.

Soll daher der Gebrauchswert einen bestimmten nationalökonomischen Sinn haben, soll er ein scharfer ökonomischer Grundbegriff sein, so kann er nur die Bedeutung eines Gutes beim Gebrauch mit Rücksicht auf die Opfer, die es kostet, darstellen, und die Gebrauchswertschätzung muß ihre praktische Wirkung durch Wirtschaftlichkeit in der Consumption, durch Sparsamkeit im Gebrauche zeigen (§ 168). Im ökonomischen Sinne des Wortes ist daher Wasser nicht bloß ohne Tausch, sondern auch ohne Gebrauchswert und wird ohne Sparsamkeit verwendet. Kern ist in der Theuerung ökonomisch gebrauchswertiger, als nach reichen Ernten u. s. w. Diese Auffassung des Gebrauchswertes als des wirtschaftlichen Wertes beim Gebrauch ist in diesem § bei B, c und in § 54 festgehalten.

e) Der Werth in der Zeit. Wirtschaftlich bedeutsam und daher wertvoll ist auch ein Gut, welches erst entstehen wird, sobald man über die Kräfte verfügt, die es unter Ersparung von ökonomischen Opfern für den einstigen Empfänger leisten. Werth hat daher eine Kreditforderung, ein Grundstück um der künftigen Erträge willen, eine Firma oder Patent wegen der einfließenden Gewinne und Renten, der Sklave als später auszunutzendes Arbeitsvermögen einer zur dienenden Sache gewordenen Person. Alle Wirtschaft, daher auch die Werthschätzung, erstreckt sich in der Zeit (§ 1 und 16).

B) Die Höhe des Wertes eines brauchbaren Gutes

bestimmt sich

1) nach einem innern persönlichen Moment (A, a), nämlich nach dem Grade des Bedürfnisses, um dessen willen ein Gut für den Menschen Bedeutung hat. Dieses Moment hat der wirtschaftliche Werth mit allen andern Arten von Werth gemein; selbst der Werth der Freundschaft ist von dem Grad des Freundschaftsbedürfnisses abhängig. Nichtbefriedigung eines empfundenen Bedürfnisses ist ein Opfer, welches man durch wirtschaftliche Opfer gerne abkauft. Die Höhe des wirtschaftlichen Wertes ist nämlich

2) von einem äußern sachlichen Moment bestimmt, sofern der Beweggrund der Wirtschaftlichkeit bei Schätzung eines Gutes sich geltend macht und dem Gute großen oder geringen Werth beilegt, je nachdem es viele oder wenige Arbeitsopfer gekostet hat oder kosten würde.

Ein Gut, das den höchsten Grad des Bedürfnisses befriedigt, sehr begehrt ist, kann ökonomisch ohne Werth sein, weil es ohne Opfer für Jedermann erreichbar ist, z. B. Luft. Jener Schlossergeselle dagegen, welcher durch einen Unfall in einem feuerfesten Gefäßstrank sich luftdicht ein-

schloß und zu ersticken drohte, würde um einige Kubiffuß Luft Alles gegeben haben; das freie Lustmeer war ihm verschlossen.

Der ächt ökonomische Werthbestimmungsgrund §. 2 beherrscht, wo der innere perfüßliche vorhanden ist, den Gedanken des Wirtschafters überall:

a) bei der Erzeugung, indem man von zwei gleich nützlichen und begehrten Gütern dasjenige erzeugen wird, welches nach den gegebenen Verhältnissen am wenigsten Opfer kostet. In der bürgerlichen Gesellschaft wird man sich durch Tausch die niedrigeren Produktionskosten Anderer aneignen.

b) Beim Tausche (Tauschwerthschätzung) — hierbei wird man nämlich von zwei ausgetreten gleich nützlichen Gütern, wovon das eine *ac*, das zweite *2ac* an Arbeit und Kapital gekostet hat, das *2ac* dem *1ac* im Werthe gleich setzen und hiernach den Preis bestimmen (Begrenzung des Preises durch die anderweitigen höchsten Anschaffungskosten s. unten § 87).

c) kein Gebrauch wird man, je kostbarer die Güter sind, desto sparsamer mit ihnen umgehen: Sparherde bei Holztheuerung, Maschinen-einführung bei hohen Arbeitslöhnen, Wohnungsbeschränkungen im Mittelpunkte der Stadt.

C) Verschiedene Fälle der Wirksamkeit des Kostenpunktes.

Das zweite ökonomische Moment (B, 2) der Werthgröße wird sich als das ächt wirtschaftliche wirklich Geltung verschaffen, wo es nur kann, indem es die Werthgröße, insbesondere beim Tausch den Tauschwerth, auf das Maß der möglichst geringen wirtschaftlichen Opfer, d. h. auf die in der menschlichen Gesellschaft bei Deckung des Gesamtbedarfes erzielbaren niedrigsten Produktionskosten zurückdrängt. Die Werthschätzung beim Tausch, welche der Preisbildung vorausgeht, wird daher auf Seite des Verkäufers die Erzeugungs- bez. Anschaffungskosten, auf Seite des Käufers den Betrag anderweitiger Anschaffungskosten wirtschaftlicher Weise zur Grenze haben. (Das Streben vom Streben der Preise nach dem Niveau der Produktionskosten.)

Allein nicht überall kann dieses Gesetz durchdringen, sondern nur da, wo mit gleichen oder mit erhöhten Opfern das Gut überhaupt vermehrbar ist. In dies nicht der Fall, so setzt nur der noch zahlungsfähige Grad des Bedürfnisses des Käufers (Hermanns „Gebrauchswerth“) den Tauschwerthe eine oberste Grenze (vergl. A.). Hier herrscht dann einseitig das erste innere Moment des Werthes, das äußere ächt ökonomische tritt zurück.

Wo Güter derselben Art verschiedene Kosten haben, wird für die ökonomische Werthschätzung der Kostenbetrag derselben Quantität maßgebend sein, welche zwar höhere Kosten hatte, aber um die vorhandene kaufkräftige Nachfrage zu decken, noch erzeugt werden mußte (höchste nothwendige Kosten). Wenn ein Buchbinder 1500 Ballen Papier bedarf und drei Papierhändler (A, B, C) je 500 Ballen nach aufsteigenden Produktionskosten anbieten, so wird der Papierkäufer sich entscheiden

müssen, dem A und dem B mindestens die Kosten des C als Preis zu bieten (Streben des Preises nach den nothwendigen höchsten Produktionskosten).

D) Der Werth bestimmt sich für alle Gütergattungen, insbesondere für die drei hauptsächlichsten: Leistungen, Kapitalien und Genußgüter nach den vorstehenden Gesetzen. Man schätzt (Gesichtspunkt B, 2) Kapitalien um der wirtschaftlichen Opfer willen, welche in ihnen bereits gebracht sind —, die Nutzung geliehener Kapitalien deshalb, weil sie des eigenen Ansamelns von Kapitalien zur Einkommenszielung überhebt, — die Leistung eines Andern mit Rücksicht auf die Opfer, welche dem Leistungsempfänger erpart werden.

Der Leistende selbst schätzt die von ihm zu machende Leistung nach der persönlichen Lust, die ihm die Arbeit bereitet. Mancher verzichtet lieber auf größeres Einkommen zum Genuß, um weniger arbeiten zu müssen; effiziente Leistungen werden ökonomisch höher geschätzt. Die Werthschätzung des in der eigenen oder in fremder Arbeit liegenden Opfers ist je nach individueller Stimmung, Genossenschaft, Willensbildung örtlich, ständlich, geschichtlich, national sehr verschieden, da die Empfindung des in der Arbeit liegenden Opfers hiernach eine sehr verschiedene ist.

Die Genußvergeltung derselben Arbeitsquantität wächst nach Maßgabe der fortschreitenden Ergiebigkeit der Produktivfactoren (§ 21), da nun dieselbe Arbeit mehr Güter erzeugt (§ 56), und da die Benachtheiligung der Lohnarbeit durch übergroße Zinsen, Gewinne, Steuern, Raub u. i. w. allmählig abzunehmen ein natürliches Bestreben hat. Werth und Frucht der Arbeitsleistung sind deshalb nicht zu verwechseln.

E) Nach einem weit verbreiteten Sprachgebrauch, welcher kaum mehr zu beseitigen sein wird, ist der Tauschwerth nicht der der Preisbildung vorausgehende Werth beim Tausch, sondern der Preis, das vergeltende Gut (Sachpreis), beziehungsweise der bezahlte Geldpreis.

§ 18. IV. Vermögen. — 1) Begriff des Vermögens. Vermögen ist der Inbegriff der einer Person zugehörigen ökonomischen Güter. Es ist hiernach die Einheit der Güter einer Person, und löst sich, da die Güter im Werth (§ 16, A, b) einen gemeinsamen Vergleichungspunkt und im Geldpreis einen Generalnennern des Werthes besitzen, bezüglich der im Vermögen enthaltenen Tauschgüter auch als Geldpreiseinheit (Werthsumme) ausdrücken.

Nun sind mit steigender Entwicklung des gesellschaftlichen Systems menschlicher Wirtschaft immer mehr Güter Tauschgüter. Die meisten Privatvermögen werden daher trotz des beharrlichen Bescheßes der einzelnen Vermögensstücke, eines Bescheßes, welcher die innige Verbindung aller Privatvermögen zu einem lebendigen gesellschaftlichen Vermögenssystem zur Anschauung bringt, — auch als geldgemessene Wertheinheiten ausgedrückt; man sagt: A hat ein Vermögen von 20000, B von 30000 Talern u. i. w.

Uebrigens bewegt sich diese Summe nicht als Einheit, sondern durch

den Werth- und Preiswechsel der einzelnen Vermögensbestandtheile, sei es daß diese selbst bleiben, sei es daß sie gegen eingehende andere Güter aus dem Vermögen ausgehen.

2) Gütervermögen und Arbeitsvermögen. Das Vermögen im nationalökonomischen Sprachgebrauch ist Gütervermögen. Von ihm zu unterscheiden, aber ihm als erstes wirtschaftliches Grundvermögen an Bedeutung voraussetzend, ist das in der menschlichen Bevölkerung angehäufte Arbeitsvermögen.

Wir haben hierauf schon in § 7 hingewiesen. In § 173 ff. wird gezeigt werden, wie das Gütervermögen durch Konsumtion fortlaufend zu Arbeitsvermögen wird, während das Arbeitsvermögen durch Leistungen immer wieder in Gütervermögen übergeht.

Darauf beruht es, daß Leistungen und Sachgüter tauschbar sind (Lehn); aber nur die Leistungen, nicht die ganze Persönlichkeit, sind tauschbar und tauschwerth (vergl. § 10). „Tauschwerthe“ gehen in „produktive Kräfte“ über (Liszt), und diese in Güterwerthe, woraus freilich nicht die Listische Rechtfertigung des Schutzzolls (§ 55) geschöpft werden darf.

Die Einheit und Ordnung der Zwecke, welche nach § 1 und § 7 zum Begriff der Wirtschaft wesentlich gehört, stellt sich im Güter- wie im Arbeitsvermögen als eine persönliche Einheit und Ordnung dar.

Ein Vermögen an ökonomischen Gütern, wie an wirtschaftlichen Fähigkeiten muß da sein, um die Erzeugung der Befriedigungsmittel und die wirkliche Befriedigung in der Konsumtion in wirtschaftlicher Weise vornehmen zu können. Ohne die persönliche Einheit des Kapitalvermögens, welches eine nachhaltige planmäßige Ordnung der werdenden Genußgüter darstellt, wäre eine planmäßige und nachhaltige Wirtschaftlichkeit in der Produktion nicht möglich. Genuß ohne ein ausgebildetes der ganzen Lebensrichtung der Person entsprechendes Arbeitsvermögen — die Einheit der wirtschaftlichen Arbeitsfähigkeiten einer bestimmten Person; der Arbeitseffekt kann nicht erst, wenn er gebraucht wird, erzeugt werden. Im Güter- und im Arbeitsvermögen tritt hienach das sachliche und das persönliche Element aller Wirtschaft als eine wirtschaftliche individuelle Einheit, als wirtschaftliche Gesamtkraft eines bestimmten Einzelnen auf, dazu bestimmt, der Gesamtheit der privat- und gemeinwirtschaftlichen Aufgaben dieser Person — innerhalb der freien Gegensätzlichkeit des privat- und innerhalb der Gemeinhaftigkeit des gemeinwirtschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft — nachzukommen. Güter- und Arbeitsvermögen bleiben nämlich nicht in sich abgeschlossene isolierte Gänge: dasselbe Gütervermögen und dasselbe Arbeitsvermögen fließt durch Eigenunternehmung sowie durch Kredit und Dienstmiethen in verschiedenen privat- und durch das Familien- Gemeindegemeins- Unterthauen- Verhältniß in verschiedenen gemeinwirtschaftlichen Combinationen (vergl. § 7, lit. a und 178 ff.). Hiedurch mengen sich die einzelnen Güter- und Arbeitsvermögen zu einem durch Millionen Fäden

verschlungenen System wechselseitiger Entwicklung, oder wenn man will Abhängigkeit; „das Kapital“ ist von „der Arbeit“ in der menschlichen Gesellschaft abhängig, wie die Arbeit vom Kapital, freilich (s. §. 7) in verschiedener Weise.

3) Begriff des Volkvermögens.

Vermögliche Personen sind auch (Staat, Stiftungen, Gemeinden u.) Anstalten*) (moralische, juristische Personen), nicht bloß leibhafte Personen (physische Personen). Das Volkvermögen ist die (nach §. 2, Schluß) innig zusammenhängende Summe der Vermögen aller physischen und moralischen Persönlichkeiten im Volk.

4) Der ökonomische Reichtum eines Volkes ist eine Fülle von ökonomischem Vermögensbesitz, der freie Reichtum eine Fülle freier Güter. Die Volkseinkunft hängt nicht bloß von dem ersten ab. Ein Stamm auf einer fälligen Insel kann mit geringerem ökonomischen Vermögen durch größeren freien Reichtum besser daran sein, als ein ökonomisch reicher Stamm im Norden (vergl. § 17 A, d).

5) Zwei Arten von Vermögensbestandtheilen. Das Vermögen (Gütervermögen) besteht theils aus fertigen Genußgütern (Genußvermögen), theils aus im Werden begriffenen Gütern (Kapital). Zum Genußvermögen gehören z. B. Eßwaaren, fertige Kleider, Wohnhäuser, Kurussperre, — zum Kapitalvermögen: Rohstoffe, Farbstoffe, Fabrikgebäude, Maschinen.

6) Lebendes — umlaufendes Vermögen. Sowohl beim Genußvermögen, als beim Kapitalvermögen lassen sich zwei Bestandtheile gleichartig unterscheiden:

a) stehendes Vermögen,

aa) theils stehendes Kapitalvermögen, welches nicht auf einmal in den zu Genußgütern herauszuführenden Produkten aufgeht, sondern erst in einer Reihe von Nutzungen und Betriebsperioden erschöpft wird, z. B. Fabrikgebäude, Werkzeuge, Maschinen, Apparate, Feuerungseinrichtungen, Straßen, Fuhrwerke, Schiffe u. s. w. (stehendes, festes Kapital);

bb) theils stehendes Genußvermögen, welches wie Wohnhäuser, Lustgärten, Kleider, Prunkgeräthe, Hausmobiliar u. s. w. nicht auf einmal in dem Konsum untergeht.

Dieses stehende Genußvermögen wird von Andern nach Hermanns Vorgang als „Nutzkapital“ zum Kapital gerechnet.

b) umlaufendes Vermögen,

aa) theils umlaufendes Kapitalvermögen, welches (s. schon § 3, D) seinem Werthe nach ganz in die inneren höheren Produktformen übergeht, um in vollem Laufe der Vollenbung zum fertigen Genußgut und dem Konsum entgegen zu eilen (Rohstoffe, Brennmaterial, Farbstoffe, Halbfabrikate, Waaren). Das umlaufende Kapital ist Produkt von bereits combinirten Arbeitseffekten, schon stattgehabten Zuflüssen anderer Um-

*) Wir wählen dieses Wort der Verständlichkeit wegen.

laufskapitalen und von schon gezogenen Nutzungen stehender Kapitalien; es soll beim Laufe durch die verschiedenen Stufen der arbeitsteilungsgemäßen Produktion in passender Reihenfolge und daher in wirtschaftlicher Weise weitere Arbeitseffekte, weitere Zustüsse von Umlaufkapital und weitere Nutzungen von stehenden Kapitalien an sich nehmen. Z. B. Eigenerze wandern auf die Eisenhütte, nehmen hier die Arbeitseffekte, Brennmaterial als Umlaufkapital und die Nutzungen des stehenden Hohenkapitals an sich, um Hebeisen zu werden. Das Hoheisen ist ein flüssiges Kapital der Stahlhütte, der Stahl flüssiges Kapital des Messerschmieds u. s. w. Endlich sind regelrecht alle erforderlichen Arbeitseffekte, anderweitige Zustüsse flüssigen Kapitals (Brennstoffe, Schmelzpatz etc.), Nutzungen von vielerlei stehendem Kapital so aufgenommen, daß das Produkt fertig und, nachdem auch noch die Arbeit und die Kapitalnutzungen des Kaufmanns hinzuge treten sind, ein Messer als reines Gebrauchsgut in der Hand des Konsumenten ist.

bb) Auch das Genußvermögen hat Bestandtheile, welche voll auf ihrem Ziele zu liegen, auf einmal ihren Werth in dem Consum untergehen sehen, z. B. Nahrungsmittel, persönliche Dienstleistungen, künstlerische Produktionen u. s. w. (Unmittelbarer Verzehrungsvorrath, stock for immediate consumption nach A. Smith genannt.)

Alle unter J. 6 charakterisirten, parallel sich abspaltenden Vermögensbestandtheile sind jederzeit im Volkvermögen vertreten. Die Betrachtung (§ 124 C) ihrer Proportion ist wichtig.

7) Das Unternehmervermögen. Für den Zweck der arbeitsteilungsgemäßen, acht gesellschaftlichen, acht volkswirtschaftlichen Hervorbringung sind Vermögen nöthig, welche

a) durch Lohn Anweisungen auf schon fertige Genußgüter für diejenigen Arbeitseffekte zu bieten vermögen, welche an die erst werdenden, an die in der Produktion begriffenen Unternehmer weiter anwachsen, — welche ferner

b) die stehenden Kapitalien als Grundstock und Vorrath der an die umlaufenden Kapitalien anwachsenden Nutzungen bei sich in der geeigneten Auswahl und Größe angehäuft haben, — welche endlich

c) die umlaufenden Kapitalien der vorherigen Unternehmungskette erzeugen, noch bevor die aus dem Zusammenwachsen so vieler elementaren Arbeitseffekte und Kapitalnutzungen hervorgehenden Genußgüter an den Consumenten abgesetzt werden können.

Diese Vermögen sind die **Unternehmervermögen**, und werden oft im engeren Sinn **das Kapital** (im Gegensatz „der Arbeit“) genannt.

Beispiel: Wenn nicht

ad a) der Kaufmann seinem Arbeiter im Lohn schon eine Anweisung auf seinen Unterhalt (Genußgüter) gäbe, — wenn er nicht

ad b) schon Speicher, Schiffe, Straßen, Häfen u. s. w. zur Umlaufvernußung (stehendes Handelskapital) hätte, — wenn er nicht

ad c) den Fabrikanten ihre Lohn- und Kapitalauslagen vorschießen könnte für den Waarenvorrath, den er als commercielles Umlaufkapital übernimmt,

so könnte eine arbeitsteilungsgemäße Güterproduktion und =Circulation, es könnte der höchste Grad der Wirtschaftlichkeit: nämlich die Oekonomie des gesellschaftlichen Systems menschlicher Wirtschaft, nicht erzielt werden.

Damit ist schon die Stellung des Unternehmers (Kapitalisten) zum Arbeiter bezeichnet.

Sie ist im Ganzen für Alle, auch die Arbeiter höchst wohlthätig, weil erst mittelst des Vorhandenseins von Unternehmervermögen die höchste, nämlich die gesellschaftliche Wirtschaftlichkeit, — die Arbeitsteilung — durchgeführt werden kann.

Die Concurrenz der Unternehmer muß allerdings dafür sorgen, daß der lohnlose Vorantwurf der Arbeitseffekte durch „das“ Kapital keine Monopolgewinne bringe.

So viel ist aber schon hier klar, daß ohne Dazwischenkunft „des Kapitals“ überhaupt eine gerechte Abrechnung zwischen den tausenderlei Beiträgen von Arbeit, welche in einem fertigen Genußgut fließen, gar nicht möglich wäre. Wie sollte der Kaffeepflanzer erst aus dem Erlös des Leipziger Kaffeeverkaufs, wie der Arbeiter, welcher vor 100 Jahren an einem Fabrikgebäude, einem Kanal arbeitete, aus dem Erlös der Waaren, die 100 Jahre lang dort erzeugt und hier transportirt werden, für seine Arbeitseffekte belohnt werden, welche letztere nun erst in fertige Genußgüter sich umlegen?

Von hier aus sind die viel zu allgemein gezielten Anklagen der Socialisten (Lassalle) auf den Kapitalprofit als solchen zu beurtheilen. Die vernünftigen Abrechnungen „nach dem Arbeitsertrage“ wären wohl an sich viel ungerechter und willkürlicher, überdies aber mit der ungeheuerlichen, auf die Arbeiter zurückzufallenden wirtschaftlichen Kraftvergeudung für Abrechnungszwecke verbunden, — ja sie sind einfach unausführbar.

Jene Anklagen allein gegen den Kapitalprofit und die ihn besitzenden Unternehmer sind übrigens auch deshalb verfehlt, weil mittelst des Kapitalprofits die Arbeiter nicht bloß von Unternehmern, sondern auch von solchen Arbeitern „ausgebeutet“ werden, welche vom Unternehmer Waaren deshalb wohlfeiler erhalten, weil derselbe die Arbeitserträge anderer Arbeiter zu niedrig voraus angekauft hat*).

* Vgl. meine Abhdlg. „Zur Kritik und Arbeiter-Nationalökonomie“, D. V.J. Schr. 1864.

III

Der gesellschaftliche Organismus menschlicher
Wirtschaft.

§ 19. Die wirtschaftlichen Ordnungskräfte der menschlichen Gesellschaft. Schon die § 1, 3. 4 und § 18, 3. 2 haben darauf hingewiesen, daß die menschliche Wirtschaft eine großartige gesellschaftliche Gemeinschaft ist.

Alles Wirtschaften geschieht freiwillig für und durch Individuen. Allein jedes einzelne Individuum tritt hierbei mit anderen in die mannigfaltigste Verbindung.

Zwei Formen dieser Verbindung lassen sich unterscheiden.

Die Verbindung ist theils ein freier Verkehr, eine nach freiem Willen der Einzelnen im Tausch stattfindende Gegenseitigkeit der Befriedigungen (privatwirtschaftliches System, Tauschverkehrssystem), zum anderen Theile und in verschiedenen Formen ist sie Wirtschaft für Mehrere oder Viele gemeinsam (gemeinwirtschaftliches System).

Die wirtschaftliche Persönlichkeit des Einzelnen tritt so in der menschlichen Gesellschaft gleichsam in mehrere Sphären auseinander, in eine solche, welche sich am Tauschverkehr beteiligt, in eine solche, welche in die Familie, die Vereine, die Gemeinde, den Staat, die Kirche u. s. w. hineinragt. Jede Seite soll einen gewissen Theil des Arbeits- und Gütervermögens jeder Person für einen gewissen Theil der eigenen und fremden Bedürfnisse je auf wirtschaftliche Weise verwerten, so daß alle die Einheit des persönlichen Gesamtlebens ausmachenden individuellen und gemeinsamen Bedürfnisse in höchster Vollständigkeit und höchster Wirtschaftlichkeit wirtschaftlich befriedigt werden.

Aber wie stellt sich in beiden Gebieten die harmonische Gesamtbebewegung so vieler Einzelkräfte her?

Soll das Wirtschaftsleben in Gesellschaft keine wilde Anarchie werden, nicht in einem Chaos untergehen, soll es vielmehr die eben dem Begriffe der Wirtschaft eigene Planmäßigkeit der Kräfteverparung erzielen, so müssen in der bürgerlichen Gesellschaft ordnende Kräfte wirtschaftlicher Harmonie walten.

Dies ist in der That der Fall. Zunächst ist in jeden einzelnen activen Theilnehmer am wirtschaftlichen Verkehr der bürgerlichen Gesellschaft der viel angelegte, aber ächt wirtschaftliche Trieb verlegt, im freien Tauschverkehr Aller untereinander mit möglichst geringen eigenen Opfern an Arbeit, Kapital und Genußvermögen möglichst viel wirtschaftlichen

Werth von Anderen zu erlangen (der sogenannte privatwirtschaftliche Egoismus). Bei der gesellschaftlichen Gestaltung des Wirtschaftslebens führt dieses Eigeninteresse zur Concurrenz, soferne im Schaarenweisen Gegenüber der einander tausenden Leistungen und Sachgüter immer Diejenigen einander aufsuchen, welche, indem sie einander am wenigsten zu geben brauchen, doch immer noch wechselseitig mehr oder wenigstens soviel von einander empfangen, als Jeder von seinem Standpunkte aus für das Tauschgut zu opfern hatte, womit er kauft. Die freie, privatwirtschaftliche Tauschconcurrenz, beziehungsweise das sie bewegende Eigeninteresse, ist daher, wie der folgende Paragraph des Näheren zeigen wird, eine mächtige wirtschaftliche Schwerkraft für die menschliche Gesellschaft.

Aber sie ist nicht die einzige wirtschaftliche Ordnungskraft der letzteren. Sie kann überhaupt, und sie kann gut, nur wirken, soweit die wirtschaftlichen Interessen den Einzelnen betreffen und soweit dieser Einzelne fähig ist, jene Interessen aus selbst durch eigene ökonomische Thätigkeit im Tauschkampf zu vertreten. Die Masse aller ökonomischen Eingelagsenen ist dieser Art, aber nicht alle sind es, und nicht für Jeden in jeder Lebenszeit und bei jeder Conjunction.

Das Eigeninteresse, welches in der Concurrenz sich als ein gesellschaftlich ordnendes Princip der Wirtschaftlichkeit geltend macht, wird überhaupt nicht und nicht wirtschaftlich den Säugling oder die Greise versorgen, wie man an Ehe- und Familienlosen erblickt; dasselbe wird nicht die Bedürfnisse des nachhaltigen Volksbestandes (Staat), der Religion und Wissenschaft aufs wirtschaftlichste befriedigen.

Für diese und andere Bedürfnisse walten andere Kräfte, welche sammt ihren Organen nur nicht schon hier, sondern im zweiten Hauptabschnitt (§ 178 ff. über das gemeinwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft) nachzuweisen sind und schon im fünften Theil der ersten Auflage dieses Buches nachgewiesen waren. Die sämtlichen Individuen, welche im privatwirtschaftlichen Tausch der Arbeitsleistungen, Kapitalnutzungen und fertigen Genußgüter scheinbar isolirt den rauhen Kampf der Concurrenz kämpfen, gehören als Glieder (organisch) — und zwar theils als Schützlinge, theils als Schützer Anderer — den verschiedenen geselligen Verbindungen von der Familie bis zum Staate an; erst mit der wechselseitigen Schachhaltung, Begrenzung und Entwicklung des privatwirtschaftlichen Concurrenzsystems und des gemeinwirtschaftlichen Systems ist die volle Harmonie des wirtschaftlichen Lebens der Gesellschaft möglich. Ohne das Eingreifen des Familienlebens, des Rechtes im Staate u. s. w., wäre die Concurrenz allein nicht fähig, eine harmonische Oekonomie der Gesellschaft für alle Bedürfnisse Aller zu jeder Zeit herzustellen, die Schwächeren würden sterben, die nachhaltigen Interessen vernachlässigt, die Einheit aller Interessen in der Gesellschaft wäre ohne Organ.

Mit dem privatwirtschaftlichen System der Concurrenz im gewöhnlichen Sinne des Wortes „concurriren“ also selbst wieder jene geselligen

Organismen (nicht bloß der Staat), in ihrem Zusammenwirken (Concurrenz im weiteren Sinn) erfüllt sich die ganze Oekonomie der bürgerlichen Gesellschaft.

Die letzteren Bemerkungen sollen nur Andeutungen sein, um vor der Auffassung der gewöhnlichen Concurrenz als der absoluten und ausschließlichen wirtschaftlichen Schwerkraft der bürgerlichen Gesellschaft zu warnen, da in der That viele Nationalökonomien nur die Tauschconcurrenz als die das gesellschaftliche Wirtschaftssystem zusammenhaltende Kraft bezeichnen haben. In § 178 ff. werden diese vorläufigen Andeutungen klarer werden.

Zunächst aber haben wir nur das auf Tausch und Concurrenz beruhende privatwirtschaftliche System der bürgerlichen Gesellschaft ins Auge zu fassen, und zwar in 5 Hauptabschnitten: 1) und 2) von der privatwirtschaftlichen Erzeugung und Circulation der Güter, 3) von der Unternehmerconcurrenz in Production und Circulation, 4) von der Gütervertheilung und 5) vom Güterverbrauch.

Im Güterverbrauch wirkt allerdings seiner Natur nach nicht mehr die Concurrenz als wirtschaftliche Kraft, sondern das sporende Eigeninteresse für sich, und fast noch mehr die Familie als Haushalt, dessen Mittelpunkt die Frau ist. Die Haushaltslehre schlägt uns daher unten die Brücke, um vom privat zum gemeinwirtschaftlichen System überzugehen.

A) Das privatwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft.

§ 20. Bedeutung der Concurrenz als der privatwirtschaftlichen Ordnerin der bürgerlichen Gesellschaft. — Die Concurrenz bringt auch für die **privatwirtschaftliche** Wertherzeugung die gesellschaftliche Wirtschaftlichkeit (§ 1, 3, 4) zur Herrschaft. Sie gehalten das private Wirtschaften zu einer freien Gegenseitigkeit Aller im Geben und Empfangen, jedoch unter Nöthigung Aller zur höchsten Wirtschaftlichkeit.

Sobald Concurrenz besteht, kann jede Güterart nicht von Jedem zu beliebigen Kosten für sich und für Andere erzeugt werden. Vielmehr wird Jeder genöthigt, seine Arbeitskraft und sein Produktionsvermögen (Kapital) der Hervorbringung derjenigen Güterart zuzuwenden, welche er wirtschaftlicher als Andere, zugleich für sich und zugleich für die Andern, erzeugen kann. Die Concurrenz nöthigt Jeden, die wirtschaftlichste Verwerthung seiner productiven Kräfte aufzusuchen, in dem gesellschaftlichen System der Hervorbringung den nach seinen Verhältnissen wirtschaftlichsten, productivsten Platz einzunehmen. So erzeugt Jeder wirtschaftlicher für Alle, d. h. das Gleiche wirkt von Allen für Alle mit geringeren

Opfern, oder mit denselben Opfern wird mehr von Allen für Alle erzeugt.

Die Concurrenz ist also im privatwirtschaftlichen System der menschlichen Gesellschaft das Organ der höchsten, der gesellschaftlichen Wirtschaftlichkeit, sie erzielt diejenige Classification der Arbeitskräfte und der Kapitalien, welche jeweils mit gleichen Opfern den höchsten Erfolg an Güterwerthen erzielt. (In der Gemeinwirtschaft wird annähernd ein Gleiches durch Concurrenz der Staatsgewalten in der constitutionellen Budgetwirtschaft erzielt.)

Wollte Jeder Alles, was er bedarf, selbst erzeugen: Korn, Wein, Tuch, Leder, Bücher, — er würde jedes Stück viel effervoller hervorbringen, als wenn der Eine für sich und vier Andere Korn, und diese letzteren je für sich und für die vier Andern der Eine Wein, der Andere Tuch, der dritte Leder, der vierte Bücher — erzeugt. Die Concurrenz aber ist es, welche Jeden auf den wirtschaftlichsten Posten ruft und gebieterisch dahin kommandirt, wenn er aus Verluften die Erfahrung gewonnen hat, daß es unmöglich ist, gegen den Stachel der Concurrenz zu leiden, gegen die gesellschaftlich mögliche größte Wirtschaftlichkeit der Privatproduction zu sündigen.

Die Concurrenz bringt so die niedrigsten Produktionskosten, welche in der ganzen Gesellschaft für jede Güterart und jeden Güterbedarf möglich sind, in zwingender Weise aller Privatwillkühr gegenüber zur Geltung; nicht willkürlich bestimmte individuelle, sondern die in der Gesellschaft möglichen geringsten wirtschaftlichen Opfer, die wohlfeilste Hervorbringung Aller für Alle, werden die herrschenden. Keiner ist mehr von sich allein abhängig, sondern Alle von Allen, oder wenn man es so heißen will, von der „Conjuncture“, der gesellschaftlichen Vertheilung der Privatwirtschaften.

Man hat zwar die Concurrenz ein Fatum, eine Lotterie genannt. Jedenfalls ist diese Lotterie eine große Wohlthat, ein ökonomisches Suchtmittel. Nichts ist verheerender, als wenn die Socialisten den Zwang für Alle zum wirtschaftlichsten Producenten anlagert, wenn sie diesen Zwang als das „kalte unvermeidliche Fatum der Welt der Bourgeoisie“ verurtheilt, wenn sie darüber gejamert haben, daß nicht die „individuellen“, sondern die „gesellschaftlichen“ Kosten, der gesellschaftliche Tauschwerth, entscheiden.

Dieser Zwang mag im Einzelnen hart sein, wo er gerade nöthigt, einen ökonomischen Posten im gesellschaftlichen System der Wirtschaft aufzusuchen, und einen alten unökonomischen zu verlassen. Daß dieser Zwang Jedem unvermeidlich auferlegt ist, ist ein Glück, im Ergebnis für Alle ist er die höchste Wohlthat; denn auf allen Punkten erzwingt er den höchsten Grad der Wirtschaftlichkeit durch Nöthigung zu einem gesellschaftlichen Producenten, bei welchem Jeder sein Pfund auf die am meisten ökonomische Weise anlegt. Die Concurrenz zwingt Jeden von der Unwirtschaftlichkeit ab, attrahirt ihn dagegen zum Punkte wirtschaftlichster Kraftverwerthung. Sie ist keine antisociale Macht.

Die Regelmäßigkeit der Versorgung der Gesellschaft, die Ausschließung von Monopolen und Wucherkräften, — sind nur einzelne Seiten und Folgen der in diesem Paragraphen erwähnten Bedeutung der Concurrenz für die Wirtschaftlichkeit der menschlichen Gesellschaft.

1. Theil: Von der privatwirtschaftlichen Wertherzeugung in der bürgerlichen Gesellschaft.

I. Kapitel: Eingang.

§ 21. Die Production. Die drei Factoren der Production. Nicht alle ökonomischen Werthe entstehen absichtlich, wirtschaftlich (durch Production). Z. B. ein Diamantfund kann ganz zufällig einen Werth von Tausenden ins Volkswärden bringen. Indessen, je bevölkerter ein Land wird, desto mehr wird die Entstehung der ökonomischen Güter durch Production die weitaus überwiegende. Wir betrachten das hier nur sie als Werthentstehungsart.

Die Erzeugung ökonomischer Güter ist für den Anfang menschlicher Gesellschaft mehr eine isolirte; jeder verzehrt, was er erzeugt, oder schließt sich der wirtschaftlichen Kreislauf von Gütererzeugung und Gütervergehung unter den Mitgliedern von Familien ab. Theilweise bleibt nun die eben berührte Erzeugungsweise stets übrig, namentlich unter dem Volk. Sie beschäftigt und nicht. Im Allgemeinen wird zunehmenden Laufes die Production ein großes gesellschaftliches System gegen seitigen Erzeugens Aller für Alle, und als solches Gegenstand der Rationalökonomie.

Die Erzeugung beruht auf dem Zusammenwirken dreier Factoren: der Natur, der Arbeit und des Kapitals. Jeder dieser drei sogenannten „Factoren der Production“ spielt freilich seine eigene Rolle.

Die zwei letzteren Factoren, den einzelnen Arbeits- und Gütervermögen angebörig, werden zusammengeleitet theils durch gemeinwirtschaftliche Organisationen, theils durch die private Anstrengung der Unternehmer in freier Concurrenz unter einander.

Die Concurrenz als wirtschaftliche Grundkraft des privatökonomischen Systems der Gesellschaft haben wir schon besprochen. Die Lehre vom Unternehmer und den Unternehmensformen stellen wir besser bis zum dritten Abschnitt zurück, und beginnen mit den Elementarbetrachtungen über Production.

§ 22. Die drei Factoren der Production, insbesondere Arbeit und Kapital als die menschlichen Grundvermögen der Production. Die drei oben erwähnten sogenannten „Factoren“ der Production wirken nicht gleichmäßig zur Gütererzeugung mit.

1) Die Arbeit ist die leitende bestimmende Macht, aber sie leitet auch nur Naturkräfte und Naturkräfte und schafft nicht (s. § 24)

die gebrauchswerten Sachgüter. (Schon um deswillen ist die Arbeit des Landwirthes auch materiell, stofflich nicht productiver, als diejenige des Kaufmanns vgl. oben § 3 und unten § 28).

2) Mitwirkende freie Naturgüter. Die Natur wirkt in ihrer Weise, selbstständig nach ihren Gesetzen, welche von der Arbeit nur in nützliche Richtung geleitet, nicht aber abgeändert werden können, aber sie wirkt dienend zur Production mit.

Bei Erzeugung von Leistungen für Andere ist die geistige Natur des Leistenden wirksam, sein Talent, Geschmak, Charakter, aber allerdings ebenfalls bestimmt, theilweise geleitet von dem Leistung Empfangenden, Letzteren dienend.

Die Natur wirkt bei der Production mit theils als freies Gut, wie die Luft im Segel, im Fabrikamin, wie das Wasser einer Wasserkraft, wie das Sonnenlicht in der Photographie, wie der Erdmagnetismus im Compaß, wie der Mineralienvorrath im Bergwerk, das Wild für den Jäger u. s. w. Sie wirkt aber auch im

3) Kapital. Dessen wirtschaftlicher Dienst (s. § 3 u. 18) ruht in der ersparrenden Disposition der ökonomischen Gütertheile und der productiven Kräfte, sowohl der Arbeits- als der Naturkraft. Obwohl nun Maschinen, Werthhäuser, Schiffe, Rohstoffe ökonomische Producte von Arbeit sind, so dienen sie dem Zweck wirtschaftlicher Erzeugung meistens mittelst der Natureigenschaften, wenn gleich diese im Kapital nicht frei, sondern erst in Folge wirtschaftlicher Unterwerfung zu Gebot stehen.

4) Besser wäre es daher vielleicht: Arbeit, freie Hilfsstoffe der Production und Kapital als Kunststoffe — die drei Factoren der Production zu nennen.

5) Gesellschaftliche Aenderungen im Verhältnis der drei Productivfactoren. Die Verthung der drei Factoren wird in sehr verschiedenartigem Mischungsverhältnis angetroffen. Beispiel: Der Nomade benötigt das Gras als freies Gut, die heutige Viehzucht als Kapital, da es ökonomisches Product des künstlichen Futterbaues ist.

Im Allgemeinen nimmt man wahr, daß zuerst der Naturfactor in der Production vorsteht, so daß die That der Mensch mehr oder weniger nur beschränkende Thätigkeit ist (wilde Jagd, wilde Fischerei, wilde Holzwirtschaft, wilde Weide). Später wird immer mehr Arbeit und Kapital angewendet (z. B. künstliche Fischzucht, Holzwirtschaft, Stallfütterung). Man nennt diese fortschreitende Umwendung im Verhältnis der drei Productivfactoren auch Uebergang von extensiver zu intensiver Wirtschaft.

Waltet hier der Zufall, oder ein Gesetz?

Die Antwort ist, daß auch da der Grundfak der Wirtschaftlichkeit den Ausschlag giebt.

Daßjenige Mischungsverhältnis der drei Factoren verschafft sich Leistung, wodurch mit geringsten Opfern das gegebene Bedürfnis befriedigt

wird. Im Anfange der Cultur, wo zwar der Boden in Fülle vorhanden, dagegen die Arbeits- und Kapitalkraft nach Masse und Ausbildung noch sehr gering ist, — ist es wirtschaftlicher, extensiv zu wirtschaften, d. h. den mäßig vorhandenen Naturfactor vorzugsweise für die Versorgung wahlen zu lassen. Erst allmählich mit steigender Bevölkerung schlagen diese Voraussetzungen in ihr Gegenteil um; es wird mehr Arbeit und Kapital anwendbar. Nun ist der intensivere Betrieb der wirtschaftlicher, weil nun im Verhältnis zu den Naturbedingungen der Production viele und eine wirksamere Kapital- und Arbeitskraft verfügbar ist. Ein Anseher, welcher Guano anwenden sollte, wenn er erstmals den Rand der Savannen beackert, verkennt ökonomisch ebenso nothwendig, als der Gärtner, welcher in der Nähe der Stadt gutes Land zu wilder Weide umlegen wollte.

Da der freie Naturfactor seine Würdigung in Z. 2—4 gefunden hat, so heißen nur Arbeit und Kapital eine noch eingehendere Erörterung als Productivfactoren.

6) Diese eingehende Behandlung werden sie in den folgenden Kapiteln finden, welchen nur noch wenige allgemeine Bemerkungen voranzusenden sind.

a) Die beiden Elemente aller Wirtschaft, Mensch und Sache, treten in der gesellschaftlichen Production in Gestalt der productiven persönlichen Kraft der Bevölkerung d. h. als Arbeitsvermögen und als productives und in Production begriffenes Gütervermögen d. h. als Kapital auf. Beide stellen die beiden großen Fonds productiver Kräfte, welche der Mensch beiträgt, dar.

b) Beide gehen auseinander hervor, das Arbeitsvermögen mittelbar aus dem Kapitalvermögen, indem dieses durch weitere Arbeit Genußvermögen wird und das letztere durch Konsumtion (§ 173) in persönliche Kräfte sich umsetzt. Das Kapitalvermögen aber geht unmittelbar aus Einer der Seiten der persönlichen Vollkraft, nämlich aus dem Arbeitsvermögen hervor und ist deßhalb oft „vorgethane oder angehäufte Arbeit“ (travail accumulé, accumulated labour) genannt worden. Dieß ist die lebendige Wechselwirkung der beiden productiven Grundvermögen, ihr Kreislauf.

c) Beide müssen als ein Fonds, als Vorrath da sein, wenn sie in wirtschaftlicher Weise sollen verwendet werden können (vgl. § 8). Uebrigens ist der Vorrath nicht mit Kapital zu verwechseln; denn auch die Arbeitskraft des Volkes ist im Vorrath als ein durch Unterhalt und Erziehung ausgebildetes, vielfältiges, in seinen einzelnen Seiten zusammengehöriges Ganzes (§ 7) da; ja auch das Genußvermögen muß, wegen der Wirtschaftlichkeit im Consum, als Vorrath da sein. Der Vorrath ist also ein allgemeiner wirtschaftlicher Begriff als das Kapital.

d) Die Verhältnisse der Anwendung beider productiven Grundvermögen sind verschieden. Das Arbeitsvermögen Anderer kann nicht unwei-

verbraucht, sondern nur in freier Leistung gebraucht werden, weil es persönliches Vermögen ist (§. § 10), — Freiheit der Arbeit.

Das Arbeitsvermögen kann nicht auf einmal, sondern nur in einer zeitlichen Reihenfolge von Nützungen gebraucht werden; bei Kapital ist das Gegenteil der Fall.

Das Arbeitsvermögen muß in zeitlich ununterbrochener Reihenfolge benutzt werden, wenn nicht jede Pause baarer Verlußt sein soll. Nicht in gleichem Verhältnis tritt dieß beim Kapital- und Genußvermögen zu. Im gesellschaftlichen System drängt sich daher das in den Arbeitern repräsentierte Arbeitsvermögen viel intensiver als Angebot auf den Markt.

Das Arbeitsvermögen muß in unaufhörlicher Reihenfolge unterhalten werden, wenn nicht der Grundhof sammt den Nützungen verloren gehen soll. Auch dieß macht das Angebot der Arbeiter im privatwirtschaftlichen Verkehr dringlicher und ist für die Erklärung der Lohnverhältnisse von großer Bedeutung. Freilich liegt hierin auch ein vortheilhafter Zwang zur wirtschaftlichen Thätigkeit, da das Arbeitsvermögen als eine Kraft der Bevölkerung sonst wohl gar nicht fortlaufend angewendet würde; ist doch das Arbeitsvermögen nicht eine rein dienende Sache, wie das Kapital, sondern eine von Leidenschaften leicht fähbare, freie sittliche Kraft.

Das Arbeitsvermögen ist die primäre Productivkraft, aus welcher im Kapital die Anlässe der Genußgüter und weiterhin die letzteren selbst, und zwar in längeren Zeitwischenräumen, erst hervorgehen. Daraus folgt auch die eigenthümliche Stellung des Arbeitsvermögens bei der tauschwirtschaftlichen Verwerthung; seine einzelnen Ausströmungen, Leistungen genannt, müssen zumeist als Güterkeime gegen Kapital-, hauptsächlich aber Genußgüter (§ 18, Z. 7) veräußert werden. Die Käufer von Arbeit, welche im Lohn Anweisung auf Unterhaltsmittel geben, sind Zwischenhändler zwischen Leistungen als Güterkeimen und fertigen Genußgütern. Ein solcher Tausch ist aber nöthig, weil eben im gesellschaftlichen Productionssystem der Gang der Production ein räumlich und zeitlich vielfacher, das Unterhaltsbedürfnis des Arbeitsvermögens dagegen ein unmittelbares und fortlaufendes ist. Sobald wegen ungewisser Zukunft (Krieg u.) das zeitliche Zueinanderkaufen von Arbeitseffekten und fertigen Genußgütern gehindert wird, werden die Arbeiter, deren Leistungen auf künftige Anreizung nicht mehr gelohnt sind, außer Fährte getroffen.

e) Mit der Dichtigkeit der Bevölkerung und der Bildung nimmt das Arbeits- und das Kapitalvermögen der bürgerlichen Gesellschaft der Größe und dem Grade nach zu:

Der Größe nach, sofern viele Arbeitskräfte verbunden mehr leisten, als gleich viele isolirt, und sofern mit zunehmender Gesellschaftlichkeit, Regelmäßigkeit und Vielfältigkeit der Versorgung immer mehr Genußgüter jeder Zeit im Stadium der Auszeitigung schweben und so durch den weit gestreckten Stufengang gesellschaftlicher Erzeugung ausgestreut sein müssen,

dem Grade nach, sofern das Arbeitsvermögen gebildet wird (Nahrung erzeugt Wärme — Carex), das Kapital technisch vollkommener angelegt, endlich an Arbeit und Kapital bei gleichem Erfolg viel erspart werden kann. Nicht bloß das bewegliche, sondern auch das unbewegliche Kapital (Kulturböden etc.) erlangt mit zunehmender Bevölkerung (Gesellschaftlichkeit) steigende wirtschaftliche Vollkommenheit, was sich eben im Uebergang zu immer intensiverer Bodenwirtschaft ausdrückt.

Freilich hat die Gradsteigerung eine Grenze (vgl. § 9).

f) Das Arbeitsvermögen und hiermit (f. b) das Kapitalvermögen ist auch bei den heutigen gebildeten Nationen noch einer sehr großen Steigerung fähig.

Betrachten wir nach dieser allgemeinen Vorerörterung die beiden productiven Grundvermögen im Einzelnen.

a) Das Arbeitsvermögen.

II. Kapitel: Die Arbeitskraft.

§ 23. **Begriff und sittliche Bildung der Arbeit.** Die Arbeit ist diejenige persönliche Betätigung, welche die dem Menschen nützliche Sache herstellt. Der Weg zur Befriedigung des Bedürfnisses mittelst eines Gutes führt durch Arbeit hindurch.

Die Arbeit ist allgemeines Vermögen und allgemeine Bestimmung der Menschen.

Das Verhältnis des Arbeitsvermögens zum Güter-, insbesondere Kapitalvermögen ist bereits bezeichnet (§ 18, 3. 2 u. § 22).

Die Bestimmung zur Arbeit macht sich geltend, indem Alle einerseits mit Bedürfnissen, andererseits mit der Fähigkeit der Bedürfnisbefriedigung in die Welt hineingestellt sind. Als sittliches, d. h. zur vernünftigen Selbstentfaltung bestimmtes Wesen hat der Mensch einen großen Theil seiner Wechselwirkungen mit der ihn umgebenden Außenwelt (§§ 8, 13) frei und selbstthätig zu vollziehen, seine Verbindung mit der Natur ist nicht bloß unwillkürlich, wie z. B. die des Minerals mit Wasser und Luft, auch nicht so, wie Pflanze und Thier sich aus ihrer Umgebung entfalten. Die bewußte selbstthätige Gestaltung der Außenwelt zum Mittel seiner Entwicklung ist seine Aufgabe und die Thätigkeit, mittelst welcher er diese Aufgabe löst, ist die Arbeit. Das Pflegen ist Arbeit, nicht aber das Atmen.

Schön hat R. Stein (System der Staatswissenschaft, Bd. I, S. 138) das allgemeine Wesen der Arbeit aufgefaßt, indem er sagt: „Die Arbeit ist die Betätigung der freien Selbstbestimmung in der Natur und damit die lebendige Verwirklichung der persönlichen Freiheit. Sie ist dadurch der Quell aller Entwicklung der Menschheit; denn sie ist ewig dieselbe, wie das persönliche Wesen des Menschen, aber ewig zugleich eine neue, wie das Bedürfnis und der Stoff. Sie ist unendlich reich und mannig-

faltig, weil sie das ganze Dasein der Natur durch die ganze innere Kraft der Persönlichkeit ergreifen lehrt. Sie ist das nützliche Werden der (praktischen) Freiheit des Menschen, sie ist darum absolut notwendig und in diesem Sinn ist die Menschheit zur Arbeit geschaffen. Und daher kommt es, daß auch die besten Menschen und die besten Zustände ohne Arbeit untergehen.“ Durch Arbeit entwickelt sich die Persönlichkeit und wird sich ihrer Herrschaft über die Welt äußerer Dinge bewußt, die Arbeit selbst schafft schon höhere Befriedigung.

Freilich ist dies nicht überall der Fall. Aber es soll der Fall sein: diejenige Arbeit, welche der höheren, persönlichen Entwicklung schädlich ist (Kinderarbeit, gewisse Fabrikarbeit, unnützliche Leistungen), muß aufgehoben und ersetzt werden. Dazu gelangt wohl die Menschheit nur allmählig, doch hat sie z. B. im neueren Maschinenwesen große Fortschritte zu diesem Ziel bereits befristet.

Unzweifelhaft ist, daß die Arbeit, da sie der Persönlichkeit Entwicklung zu bringen hat, auch Selbstbewußtsein, Stolz erzeugen darf. „Arbeit ist des Bürgers Hiede, Segen ist der Wähe Preis.“ Dagegen hat von jeher „Müßiggang als aller Laster Anfang“ gegolten; Faulheit und Vagancelei führen mit dem stönewischen den körperlich-sittlichen Untergang, Nichtbefriedigung, Mißlaune, Widerwärtigkeit, damit zugleich gesellige Mißachtung herbei.

Wo der Plan und die bewußte Beherrschung fehlt, ist nicht eigentliche Arbeit; bloße Beschäftigung der Naturgaben wird nicht als eigentliche Arbeit angesehen.

Die Arbeit ist der Segen des Menschen geworden, nicht bloß weil sie den Reichtum schafft, sondern fast noch mehr weil sie den geistigen Fortschritt, und mehr noch, weil sie die Sittlichkeit erzeugt und erhält. Sie ist die eigentliche tägliche Schule der Tugend, da sie immer wieder die Ueberwindung der nächsten sinnlichen Triebe in sich schließt. Jede gesellschaftliche Einrichtung, welche die Gewöhnung der Arbeit untergräbt, wirkt corumpirend. Der Reichtum, welcher der Arbeit überhebt und der Tugend die Hingabe an die Sinnlichkeit gestattet, verdirbt die Gesellschaft. Die großen, aus den unteren Klassen emporgetragenen Geschäftsmänner und Techniker europäischen Namens verdanken ihren Erfolg und ihre Leistungen für die Menschheit noch mehr ihrer sittlichen Kraft und heroischen Selbstbeherrschung, als den Gaben des Geistes, und fast jedes Heruntersteigen aus höheren Ständen entspringt moralischen Schwächen.

Doch soll die Arbeit eine verhältnismäßige sein. „Ueberarbeiten“, das Aufgeben der Person in äußerer Zweckthätigkeit, ist ebenso, wie das Nichtstun, ein innerer Widerspruch. Es bestraft sich mit dem Ruin des Lebens, und ist, da es die Nachhaltigkeit der Kraft aufhebt, auch privats- und volkswirtschaftlich nicht vorteilhaft.

§ 24. **Die Art der Wirkung der Arbeitskraft** (vergl. ob. § 21). Die Aeußerung der Arbeitskraft ist eine Bewegung der Person, welche am oder im Arbeitsgegenstande eine Bewegung und zwar eine solche er-

zeugen soll, die in ihren näheren oder ferneren Folgen einen Gegenstand zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse fähig macht.

Wie die Bewegung der Person die Bewegung des Stoffes bewirkt, ist eines jener allwissenden Wunder, die der Mensch nicht begreift, und von welchen der Dichter sagt: der Wunder größtes sei, daß wir die wahren, echten Wunder nicht sehen. Man begreift nur an den Folgen der Raum- und Gestaltenveränderung, daß eine Bewegungsmitteltheilung erfolgt ist.

Bei aller Einwirkung der Arbeit auf den Stoff hört die Naturkraft des Stoffes nicht auf zu wirken. Die menschliche Arbeitskraft, selbst getragen von der leiblichen und geistigen Kraft, erzeugt nur die nützliche Lage, Richtung und Bewegung der mitwirkenden Naturkräfte und Materialien. „Arbeit bringt bloß Nützlichkeiten am Gegenstand, keine Gegenstände hervor“ (Vassiat). Man könnte keinen Faden spinnen, wenn nicht die Schöpfungskraft in der Faser wirkte; man könnte in der Landwirtschaft keine Pflanze hervorbringen, wenn nicht durch den Boden — diese Maschine zur wirksamen Zusammenleitung von Licht, Wärme, Feuchtigkeit, Electricität auf die Lebenskraft des Pflanzenteils — die Naturkräfte in eine bestimmte nützliche Richtung auf einander gebracht würden; man könnte keinen Baum fällen ohne die Schwerkraft, kein Feuer entzünden ohne das Ausdehnungsbestreben der Körper beim Zutritt des erwärmenden Funkens, u. s. w. „Bewegung und Widerstand gegen natürliche Bewegung sind die einzigen Dinge, worauf die Muskeln des Menschen eingerichtet sind. Aber eben dies reicht hin, um ihm alle die Gewalt zu geben, die das Menschengeschlecht über die Natur erlangt hat“ (3. St. Will).

Der erzeugte Werth ist also zusammengesetztes Product sowohl der persönlichen Arbeitsbewegung als der von ihr in Lage und Richtung bestimmten Naturkraft. Die Frage, ob Natur oder Arbeitskraft mehr leiste, stellt deshalb J. Stuart Mill der Frage gleich, „welche Hälfte einer Schere kein Schneiden mehr zu thun habe oder welcher von den Factoren 5 und 6 mehr zu dem Producte Dreißig beitrage.“ Inzwischen ist die Proportion des Anteils an der Productwirkung doch eine verschiedene, wenn sie sich gleich mathematisch nicht berechnen läßt. Die Beeren, welche wild gepflückt werden, sind denn doch in viel geringerem Maasse Product der Arbeit, als künstlich gegogenes Obst. (Erstenside — intensive Wirtschaft, f. § 22).

§ 23. **Verhältnis der Arbeit zum Stoff.** Die Arbeit prägt den äußeren Mitteln der Erzeugung, seien es freie, seien es Kapitalgüter, indem sie diese zu ihrem Gegenstand nimmt, die Stoffeigenschaft auf. Stoff im wirtschaftlichen Sinn ist jede Sache als Gegenstand der Einwirkung der menschlichen Arbeit.

Wohlt zu unterscheiden von dieser wirtschaftlichen Bedeutung des Wortes Stoff ist Stoff als Materie, als Bezeichnung der tast- und greifbaren Körperseigenschaft beharrender Naturdinge. Welcher Sinn im einzelnen Fall gemeint ist, kann nicht zweifelhaft sein.

Auch die Leistung, z. B. des Bädergehilfen ist in weiterem Sinne Stoff, sofern sie durch die Direction des Meisters bestimmt ist.

Alles natürliche Sein, Materie und Kraft, kann Stoff werden. Eine Stoffkunde müßte also das Gebiet aller Wissenschaften von der äußeren und von der menschlichen Natur in seinem gegenständlichen Verhältnisse zur bestimmenden Arbeitskraft durchschreiten; denn Alles daraus kann Stoff werden, was überhaupt durch den menschlichen Arbeitswillen bestimmbar ist. Die Stoffkunde gehört jedoch der Erfahrung des Einzelnen, der Handelsgeographie, den angewandten Naturwissenschaften u. s. w. an.

Wir begnügen uns mit der Bemerkung, daß die Stoffkunde hauptsächlich auf der Erfahrung beruht; — daß die Stoffwelt keine feste wie die Naturwelt ist, sondern mit Umfang und Art des menschlichen Arbeitens wechseln muß. Die Bestimmung des Menschengeschlechtes ist es allerdings, das ganze äußere irdische Dasein allmählich seinem Dasein zu unterwerfen, zur Welt persönlicher Mittel zu vergeistigen (s. oben § 8), und so wird die Natur mit allen ihren Gegenständen und Kräften allmählich zur Stoffwelt, zum Herrschaftsgebiete des Menschen. Die Naturforschung ist der Pionier dieser Entwicklung, indem sie mit der Kenntniß der natürlichen Gegenstände und ihrer Kräfte das Bedürfnis und nützlich die Arbeit auf sie lenkt.

Besonders wichtig ist es, die Arbeitsgegenstände in ihrem thätigkeitslichen Verhalten, ihrer Nützlichkeit für — ihrer Widerspenstigkeit gegen die auf sie einwirkende Arbeitskraft aufzufassen. Man muß von jedem Gegenstande wissen: welches Maß, welche Art der Arbeitskraft — welche Art, welchen Umfang der Arbeitskraftsmittel erfordert er, um die ihm durch die Arbeit aberlangte Nützlichkeit für den Menschen wirklich abzugeben und dauernd zu erhalten? Das ist ein ungeheuer weites Gebiet des Wissens, welches man ganz richtig mit dem Namen der wirtschaftlichen Statistik (Lehre der Kraftverhältnisse von Stoff und Arbeit) bezeichnet hat. Jedes Gewerbe, jeder Betrieb hat seine Statistik, z. B. nach der Ausbildung der Arbeitskraft und ihrer technischen Hilfsmittel wechseln die Verhältniszahlen dieser Statistik; z. B. der Transportcentner per Meile auf der Eisenbahn ist ökonomisch vielleicht nur $\frac{1}{1000}$ des Transportcentners auf der Achsel eines Lastträgers.

Die allgemeineren Verhältnisse erfahren wir bezüglich der äußerlich natürlichen Stoffwelt hauptsächlich von der Technologie, der angewandten Mechanik und Chemie, neuerdings namentlich auch von der Agrarökonomie für den fundamentalsten, den landwirtschaftlichen Arbeitszweig. (Vergl.)

Hier sei nur noch erwähnt, daß auch die menschlichen Leistungen der Verwendung durch die Arbeitsleistung ihre bestimmte, durch Klima, Zeit, Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Individualität, Stamm- und Volkseigenschaft gegebene Statistik entgegenstellen. Bei Dingung der Arbeiter nimmt der Hauswirth, Landwirth, Gewerbetreibende, diese aus der Erfahrung geschöpfte Statistik der dienenden Arbeitskräfte täglich wahr.

Dieser Vorgang verliert dadurch nicht an Bedeutung, daß er nur zu wenigen allgemeinen Bemerkungen Anlaß bietet. Von Bedeutung ist in dieser Beziehung namentlich die wirtschaftliche Freiheit oder Unfreiheit, Freiwilligkeit oder Unfreiwilligkeit des Dienstes (s. § 27).

Nur einige Bemerkungen in Anwendung des eben Gesagten mögen hier Platz finden.

Der Vorteil, welchen die Unternehmer aus den Arbeitskräften beziehen, ist nach der Leistungsfähigkeit der letzteren, nicht nach dem nominalen Lohnbetrag zu messen. Niedrige Löhne sind daher nicht an und für sich ein Vorzug der Nationalindustrie; es kommt auf den Charakter und die Leistungsfähigkeit des im Arbeiterstande stehenden nationalen Arbeitsvermögens an.

England mit seinen hohen Löhnen und starken Steuern behauptet den seit lange errungenen ersten industriellen Rang; ein englischer Tagelöhner erster Qualität (die sogenannten navies) verdient drei bis fünf Mal so viel als ein Ire, und wird doch vorgezogen.

Hieran schließt sich die Bedeutung der Nationalität für die Statistik der dienenden Arbeit: Die englische Fabrikarbeit charakterisirt ein deutscher Volkswirth so: „Eine englische Fabrik ist wie der englische Staat, jeder Einzelne voll Selbstvertrauen und Selbstthätigkeit im Gebiete seiner nächsten Arbeitsaufgabe, aber auch voll Vertrauen auf alle Mitarbeitenden.“ Englische Arbeiter, die vom Kontinent zurückkehren, klagen über den Mangel an „Zueinandergehen“ (N. St. Mill). Freilich haben die Engländer wieder nur im gewöhnlichen Arbeitsgange ihre ungeheure Energie. Nach Aussagen Sachverständiger vor englischen Parlamentsausschüssen übertrefft der deutsche den englischen Arbeiter an freier Ueberkraft und Vielfältigkeit; der allgemeinere bildende Volksunterricht, den der Deutsche bisher vor dem Engländer voraus hat, mag eine Hauptursache sein. Für praktische wirtschaftliche Volksbildung geschieht übrigens neuerdings in England sehr viel, insbesondere für den artistischen Unterricht, wofür sich eine große Gesellschaft mit dem Mittelpunkt im Kensingtonmuseum gebildet hat.

§ 26. Die persönliche Arbeitskraft. Die Arbeitsfähigkeiten sind theils körperliche: Muskelkraft, Ausbildung des Sinnes, theils geistige und sittliche.

Die geistig-sittliche Arbeitskraft ist die bei weitem wichtigere, und wird es mit dem Emporsteigen der Kultur immer mehr. Sie bringt — Plan, Ordnung, Berechnung, Geschmack, überhaupt alles dasjenige, worauf der Haupterfolg der Arbeit beruht. Auch der unbedeutendste Arbeiter hat sie und unterscheidet sich eben durch sie vom Thier, das, selbst das gelehrigste, wegen Mangels vernünftiger Zweckbeziehung nie selbst arbeitet, sondern nur als Arbeitsmittel des Menschen in Bewegung ist.

Die Arbeitskraft äußert sich in der Arbeit immer auf mehreren, in der Wirklichkeit zerfallenden Stufen: sie nimmt zuerst Kenntniß von dem Stoffe, beurtheilt ihn; sodann setzt sie durch Plan und Berechnung den

wohlgeordneten Zweck der Arbeit, bestimmt sich zu der letzteren; endlich setzt sie die leibliche Arbeitskraft zur Ausföhrung des Arbeitswillens, nach dem Stufen gange des vorher entworfenen Planes, an dem Stoffe in Bewegung. Bei jedem wirklichen körperlichen Arbeitsakte lehren alle Stufen immer wieder, in der Aufmerksamkeit zc. — Die geübte Arbeitskraft heißt man Fertigkeit, die nach Art und Maß ihres Erfolges sichere Geschicklichkeit, die den möglichst großen Gewinn mit dem kleinsten Aufwande erreichende Arbeitskraft Betriebsamkeit, die Arbeitslust als Eigenschaft Fleisch. Der Sprachgebrauch für die einzelnen Analitäten und Erfolgsbeziehungen der Arbeit ist äußerst mannigfaltig.

§ 27. Die Bedingungen der Produktivität der Arbeit. Die Arbeitskraft ist um so leistungsfähiger und deßhalb um so vortheilhafter, je höher die sittlich-geistige Ausbildung der arbeitenden Person steht und je mehr diese durch die Arbeit ihren eigenen Zweck verwirklicht sieht (vergl. § 10).

Auf diesem Wege beruht eine ganze Masse beachtenswerther Erscheinungen: je freier die Institutionen eines Volkes sind, je selbstständiger sich jedes Individuum von Jugend auf bewegen lernt, je mehr die Volkserziehung allgemeine Sittlichkeit und Bildung verbreitet, desto besser sind die Ergebnisse der Nationalarbeit.

Völker, deren religiöser Glaube das freie Streben der Persönlichkeit niederhält, haben nach vielfältiger Erfahrung schlechte Arbeiter. Die Türken mit ihrem Nationalismus und ihrer Sinnlichkeit sind fast unbrauchbar an denselben Gesandten, wo einst Griechen und Pöncier zahlreiche hienienstliche Städte hatten.

In Despotieen sind erfahrungsmäßig gute Arbeiter selten, sie bleiben daher auch volkswirtschaftlich auf niedriger Kulturstufe stehen. Wollen solche Staaten eine höhere volkswirtschaftliche Entwicklung, sei es auch nur aus Finanzgründen, so müssen sie ihren Bürgern freien Spielraum der persönlichen Entwicklung, möglichst allgemeine Bildung, die bürgerliche Freiheit mit ihren Gütern, Sicherheit gegen Eigenthumsverletzung und Genetirverbüdung gewähren, um die Nationalarbeit tüchtig und ergiebig zu machen. Despotieen gehen erfahrungsgemäß durch Finanznoth unter.

Aus dem obersten Sage dieses Paragraphen ist namentlich noch die Erfahrungsthatfache zu erklären, daß die Arbeitslust desto größer ist, je mehr der Lohnerfolg dem Arbeiter selbst in die Hand gegeben ist und je mehr der Arbeiter durch Gesühle der Dankbarkeit, der Liebe, der Anhänglichkeit, sein Interesse und dasjenige des Arbeitgeberers als Eines betrachtet.

Deßhalb ist die Sklavenarbeit thatfächlich am schlechtesten, weil der Eifer fehlt, welcher aus Interesse, Liebe und Bildung kommt. Wilde Völkern auf den unethischen Plangängen, welche ihre Sklaven nicht in harter Zucht hielten, sahen alsbald den Arbeitsvertrag auf die Kälte zurückgehen. Die von England mit 20 Mill. £. St. erkaufte Freilassung der Neger

richtete die englischen Kolonien halb zu Grunde; denn es fehlte die nöthige sittliche und geistige Bildung. Ohne eine gleichzeitige innere Befreiung durch religiöse, sittliche und intellektuelle Bildung ist die Slavenemancipation, wie der revolutionäre Befreiungsakt im staatlichen Verfassungsleben, fruchtlos. Erhebungen der Völker und Stände müssen geistig-sittliche Selbsterhebungen zu tüchtigerer Arbeitskraft sein.

Die Sklavenarbeit ist zu umgebilldet, um auf sie eine gewerbliche Industrie zu gründen, zu wenig intensivist, um mit Bauernfleiß einem Boden seine Kraft bewahren zu können; das Kapital des Sklavenhalters geht im Sklavenwerb, statt in Meliorationen auf, so daß Plantagenwirtschaft in der Regel devastirender Raubbau ist. Die Sklavenarbeit leistet Besseres nur unter Controle und unter der Zugtritte, so daß die landbauende Sklavenarbeit auf solche Pflanzen gerichtet werden muß, welche Arbeit in Compagnie zulassen (Plantagenwirtschaft auf Zucker, Reis, Tabak, Baumwolle). Eine ihrer schlimmsten Wirkungen ist, daß sie die Arbeit bei den Freien zur Unreue macht (die faulenzenden Volsbürger des Alterthums, mittelalterliche Mitter, modernes Plantagenleben).

Der Fröhner arbeitet schlechter als der Tagelöhner, dieser schlechter als der stückweise bezahlte Arbeiter. (Zum Stücklohn gehört z. B. auch das Meilengeld der Konduttore, z. Th. das Prämium der Kapitäne.) Das Bewußtsein, das Maß seines Lobens in seiner Anstrengung zu besitzen, giebt dem englisch-amerikanischen Arbeiter jene Energie, wegen deren man ihn mit der vorwärts stürmenden Lokomotive verglichen hat. Nun bringt allerdings der Stücklohn leicht eine einseitige Richtung des Interesses der Arbeiter; die Menge der Ergebnisse nimmt dabei immer zu, aber die Dualität leidet leicht Noth zum Schaden der Arbeitgeber. Geistige Arbeit kann daher großentheils keine Stückarbeit sein.

Dies hat dazu geführt, sonst das Arbeits- und Unternehmungsinteresse etwa dadurch zu verknüpfen, daß man den Arbeitern oder den gemeinsamen Arbeiterhilfsinstitutionen neben festem Gehalt (Tagelohn) einen Gewinnanteil (Tantième) einräumt (sog. Commissionsystem). Besonders erfolgreich ist dieses System, wo man dem Arbeiter viel anvertrauen muß, und bei denjenigen Arbeitern — Faktoren, kaufmännischen und technischen Direktoren, Kapitänen, Verkäufern, Ratzgabeln (übersetischen Geschäftsführern), Geschäftsfreunden —, welche die Leitung und Ordnung und überhaupt große Interessen der gesamten Unternehmung in Händen halten.

Die höchste Steigerung der Arbeitsergiebigkeit findet da statt, wo der ganze Gewinn dem Arbeiter zuzust. (Arbeit der Unternehmer selbst.) Der modernen Produktivassoziationen der Arbeiter, welche unter dem hier angeregten Gesichtspunkt Interesse haben, wird unten (§ 113) nähere Erwähnung geschehen.

Das Interesse der Arbeiter ist nicht der einzige Sporn zu tüchtiger Arbeit, noch kann ihm überall eine selbstständige Geltung eingeräumt werden. Der Stücklohn und die Akkordarbeit sind mehr oder weniger nur

da möglich, wo ein bestimmtes Arbeitsquantum in gleichmäßige Theile (Stücke) sich zerlegen läßt, bei der Beamtenarbeit daher kaum für Keypisten anwendbar. Auch das Tantièmesystem hat eine beschränkte Anwendung.

Die Arbeitslust muß daher überall auch angeregt und genährt werden durch Anknüpfung persönlicher Bande, welche entstehen, wenn der Arbeitsherr die in seinem Dienste Arbeitenden durch menschenwürdige Behandlung, durch Sorge für das sittliche und geistige Wohl zu gewinnen weiß; dies gilt namentlich von dem Gesinde. Die Erfahrung lehrt, daß die Gefühle der Dankbarkeit und der Liebe bei den arbeitenden Klassen zur wahren Hingebung werden können, und daß dadurch die Pflicht der Menschenliebe mit dem wahren Interesse durchaus im Einklange steht. Leider widerstrebt dieser „Patronage“, welche übrigens nicht auf Zwang beruhen soll, oft ein verführter Unabhängigkeitsfinn der Arbeiter selbst da, wo die Patronage der Arbeitgeber überwiegend nützlich wäre.

Alles also was die allgemeine sittliche und geistige Bildung hebt, das Interesse an der Arbeit oder die wechselseitige Hingebung im Dienstverhältniß steigert, giebt in der Ertragsfähigkeit der Arbeit hundertfache Früchte. Sorge für die Erziehung und Bildung des Volkes, seines Schmuckes, seiner Genüsse, die Theilnahme der höheren Klassen an dem Nothe, den Leiden und Freuden der niedrigeren, die Gewöhnung der letzteren an selbstständiges Handeln in Folge freier Institutionen auf dem Gebiete des je zunächst verändernden Vereinswesens, Verbesserung des Mißbrauchs der Kinderarbeit, welcher ein Raubbau auf Kosten der Arbeitskraft der nachkommenden Geschlechter ist, — diese und ähnliche Maßregeln bringen dauernden Segen und lehren sich kundenmäßig.

Allein nicht bloss eine tüchtige Patronage über die „arbeitenden Klassen“ Seitens der Arbeitgeber wird der Produktivität der Nationalarbeit förderlich sein. Die Arbeit des privatwirtschaftlichen Tauschlebens muß von einer tüchtigen Erfassung des gemeinwirtschaftlichen Lebens in Staat und Familie u. s. w. ergänzt werden. Eine Nation, welche in ihrer Zerküftung es zu seiner activen und kräftigen Handelspolitik bringt, oder in ihrem Familienleben verfallen ist, wird auch in der Fruchtbarkeit und Tüchtigkeit der Nationalarbeit nachbleiben. Wo ein unproduktiver Mißstand großer Militärstaaten die productiven Staatsanstalten verunreinigt, muß die Nationalarbeit im Ertrage zurückbleiben. Die Weiterführung dieser Betrachtungen wird im zweiten Haupttheil erfolgen (§ 176 ff.).

§ 28. Der nationalökonomische Streit über die Produktivität verschiedener Arbeitsstellungen. Der Begriff der Produktivität der Arbeit ist eine eigene Geschichte, in welcher viele Mißverständnisse hervorgetreten sind.

Die erste volkswirtschaftliche Schule, der Mercantilismus (§ 4) hält für productiv jede Arbeit, welche, sei es durch Mineproduction oder im Wege des auswärtigen Handels, einer „günstigen Handelsbilanz“, — irgendwie zur Vermehrung der Edelmetallmasse im Lande

beitrage. Ihr großer Irrthum, bestehend in Ueberschätzung des Geldes, ist schon in § 4 zurückgewiesen. Daß eine Nationalarbeit, welche durch Ueberanhäufung von Geld den Werth des letzteren künstlich drückt und Gewerbe und Handel mit außerordentlichen Opfern betreibt, nicht nur nicht aussehnlich, sondern eben selbst nicht produktiv sei, bedarf vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit in der Produktion eines weiteren Nachweises nicht.

Ganz im Gegentheil erklärte die Schule der Physiokraten nur die, die materiellen Güter vernehmenden Erzeugungsarten (Ackerbau u. s. w.) für produktiv, nicht auch Industrie, Handel, liberale Berufe.

Sozialisten und Kommunisten mit ihrer Vorliebe für die vernünftige Handarbeit erklären nur diese, sei sie industriell oder ackerbauend, für produktiv. Alle Andern sind Drogen, welche von dem Ertrage der Arbeit der Handarbeiter zehren.

Adam Smith emanzipierte sich von der physiokratischen Lehre in so weit, als er allen Arbeiten, deren Effekte an der Materie sich dauernd fixiren, also auch den Gewerben und dem Handel Produktivität zuerkannte; den sog. persönlichen Dienstleistungen, von der Thätigkeit des Königs bis zu derjenigen des Haarträdlers, sprach er Produktivität ab. Ueber ihn hinaus ging in Frankreich J. B. Say, welcher mit Recht auch den Dienstleistungen wirtschaftliche Produktivität zuerkannte; seine Lehre ist in Deutschland von Hermann (staatsw. Untersuchungen, München 1832) aufgenommen worden. Andere, z. B. Rau, folgten nicht nur nicht Say, sondern gingen wieder hinter Smith zurück, indem sie nicht blos den Dienstleistungen, sondern auch dem Handel direkte Produktivität absprachen, da ja auch der Handel keine sichtbaren Spuren an den Sachgütern hinterlasse (Dienstleistungen zählt Rau überhaupt nicht zu den ökonomischen Gütern (s. § 15).

Man könnte zuerst fragen, wozu überhaupt diese aufgeschwollene Streitliteratur über die Produktivität verschiedener Zweige der Nationalarbeit?!

Indeß hat dieser Streit einen ernsten praktischen Hintergrund; denn er deutet bei den Mercantilisten, welche in den Schutzzölnern sich fortgesetzt haben, die Wölfe eines verwerflichen Handelssystems, — bei den Physiokraten eine für ihre Zeit wohl heilsame, später aber dem gemeinen Vortheil gegen den Nutzen oberer Berufe schmeichelnde Ueberschätzung des Bauernstandes; bei Smith stellt sich mit der ökonomischen Produktivität der Dienstleistungen die ursprüngliche Berechnung eines Gütereinkommens der Beamten, Künstler u. s. w. in Frage, eine Aufsechtung, welche ebenfalls gemeinen Aufschauungen der Masse schmeichelt. Vollends bei den Sozialisten stützt sich auf die Lehre von der Produktivität der Arbeit jene bekannte Ueberschätzung der Hüfte und die Anlage der Bourgeoisie als eines geilen Drogenvolkes, welches auf Kosten der Arbeiter wuchert.

Also nichts Geringeres, als die wechselseitige volkswirtschaftliche

Taration der verschiedenen Klassen und Berufsarten hängt von der richtigen Auffassung der Frage über die Produktivität der Arbeit ab.

Sie beantwortet sich in Folgendem:

Man hat zwischen technischer und ökonomischer Produktivität zu unterscheiden (Hermann).

Wer irgend ein werthgeschätztes Ding, Sache oder eine Handlung, für einen Andern zweckdienlich hervorbringt, ist produktiv im technischen Sinne. Schätzbar in diesem Sinne kann die Arbeit des Friseurs sein, wie diejenige des Landwirthes.

Man kann jedoch mit der vollendeten Technik verarmen; gar oft geht gerade die Kunst betteln. Wirtschaftlich muß deshalb die technische Hervorbringung geleitet sein. Man darf für Produkte nicht mehr Opfer bringen, als sie ersparen. Jede Arbeit, deren Produkt nicht mindestens die Kosten deckt, beziehungsweise nicht zu den mindest möglichen Kosten hervorgebracht wird, ist **wirtschaftlich unproduktiv**.

Die Thatsache, ob eine Arbeit wirtschaftlich produktiv sei, wäre nun sehr schwierig zu beurtheilen, wenn nicht das menschliche Hervorbringungssystem ein **gesellschaftliches** wäre, nicht ein **durch den Tauschwerth regulirtes** Verkehrswesen mit sich bräde. Nun aber dies der Fall ist, vermag jeder Arbeiter, diene er dem Landwirth oder dem König, beurtheilen, ob er im Preise seiner Produkte (Leistungen) mindestens die Kosten (Unterhalts, Bildungsfehlen) ersetzt erhalte; — es kann jeder Consument die wirtschaftliche Produktivität der Arbeit beurtheilen, indem er diejenige, welche ihm das Bedürfnis gegen die geringsten Opfer deckt, für die wirtschaftlichste (produktivste) hält; endlich erreicht sich jede technische Produktion als wirtschaftlich unproduktiv, und zugleich als unhaltbar, wenn sie im Erlös nicht einmal Deckung der Kosten, geschweige des üblichen Lohnes und Gewinnes, mehr findet (vergl. § 20).

Offenbar kann nun aber jede Arbeit, die des Landwirthes ebenso wie die des Kaufmanns, wirtschaftlich produktiv und unproduktiv sein, alle Arbeiten können je nach den Umständen das Eine und das Andere werden. Das Spiel der Konkurrenz, — im öffentlichen Haushalt eine gute Budgetwirtschaft — sorgt aber, daß die in der menschlichen Gesellschaft überhaupt mögliche höchste Wirtschaftlichkeit in allen technischen Hervorbringungen sich geltend mache (s. § 20).

Für die Regel sind also wirtschaftlich produktiv und zwar unmittelbar produktiv alle Arbeiter, weil und insofern sie ohne Zwang volle Vergeltung ihrer Arbeit erhalten. Alle thätigen Stände und Klassen arbeiten für einander und sind einander wirtschaftlich nützlich; stehen sie doch nur in einem großen System des Austausches ihrer Arbeiten und ihrer Kapitalvermögensleistungen, dieser beiden Elementargüter, welche zu den hundertfachen Produkten bestimmter einzelner Genußgüter vermachen.

Mittelbar produktiv sind diejenigen **Nichtarbeiter**, welche ihr Vermögen nicht, paßt: darlehensweise an Andere zu produktivem Unterrieb überlassen, statt dieses Vermögen zu verzehren. Nichtarbeiter sind aber

unproduktiv, wenn sie, wie übermäßig bezahlte öffentliche Functionäre, Kinder, untätige Frauen, Greise, Arme, Bettler, Diebe, ohne jede Gegenleistung an Arbeit und überlassenen Vermögensnutzungen ihren Bedarf aus dem Einkommen Anderer decken.

Hingegen gewöhnliche Arbeiter, Kaufleute, Künstler, Beamte vertauschen nur das Ergebnis ihrer Arbeit gegen das Ergebnis der Arbeit und der Vermögensnutzung Anderer, und zwar für die Regel unter der Herrschaft der Wirtschaftlichkeit im gesellschaftlichen Erzeugungssystem. Sie sind also ökonomisch, wie technisch an und für sich nicht weniger produktiv, als Landwirthe und Industrieller. Keine Arbeit hat der Art nach vor der andern andere ökonomische Verdienste und Würdigkeit voraus.

Ob die Arbeiten sich an einem materiellen Stoffe (vergl. § 15) fixiren oder nicht, ist ökonomisch völlig gleichgültig. Sie werden nicht an Sachen fixirt, damit sie an den Sachen seien, sondern damit die Sache ihren Nutzen an den endlich hervortretenden Verzehrer übertrage.

Insondere wird die Arbeit des Handels mittelst der Waare an die Verzehrer gebracht; der letztere würde ohne die Arbeit und Kapitalanwendung des Kaufmanns einem Tantalus gleich die Güter, obwohl technisch fertig, nicht vollends zum Genusm erschaffen können.

Ebenannte persönliche Dienstleistungen aber, mit oder ohne gleichzeitige Vermögensnutzungen erfolgend (Schauspiel, Lehrvortrag etc.) erreichen ihr Ziel direct ohne oder jedenfalls ohne längere Fixirung an einem Körper. Eine Verkörperung überhaupt haben zwar auch sie zumeist: die Leistung der Sängerin in der tönenden Schallwelle, die Leistung des Lehrers an der Summe von Worten und demonstrirenden Bewegungen, die des Schauspielers an den durch die Körperbewegung hervorgebrachten Lichtreflexen, die Leistung eines Dichters an dem Manuscript; überall wird sich eine Verkörperung nachweisen lassen. Das Eigenthümliche an den Leistungen der genannten Gattung ist lediglich dies: daß der Verbrauch der Erzeugnisse durch die Hörer, Zuschauer, Patienten u. s. w. zeitlich mit der Erzeugung, die nicht dauernd körperlich fixirt wird, fast zusammenfällt, daß ferner das Erzeugniß der Leistung nicht gerade wägbare und handgreifliche, aber doch irgendwie sinnfällig äußerlich begrenzt, und daher im weiteren Sinne körperlich ist, daß das Körperliche an dem Erzeugniß (das im Ton zu einer augenblicklichen Schwingung gezwungene Luftquantum z. B.) zurücktritt gegen die geistige Besetzung in ihm, wie die Leinwand hinter dem Bild im Oelgemälde, welches Jedermann ein Erzeugniß heißt, obwohl darin die Leinwand kaum eine bedeutendere Rolle spielt, als die Luft in der lieblich antönenden Schallwelle.

Allein ökonomisch ist dies Alles gleichgültig; es handelt sich da nur um möglichst wirtschaftliche Befriedigung der Bedürfnisse durch wechselseitigen Dienst. Verläßt man diesen Gesichtspunkt und setzt mit Raw die Materialität des Productes voran, so fällt man ganz aus der Rolle des Rationalökonomien und hat keine Antwort auf Dr. List's Einwurf: „Weil,

wer Schweine erzieht, soll produktiv arbeiten, wer Menschen erzieht, unproduktiv!“

Der Dienstknechte selbst kann, was die Dauerhaftigkeit des von ihm producirten Werthes betrifft, lehteren in dauerbare Güter umsetzen. Wie mancher Sängers hat sich ein großes Vermögen erworben!

§ 29. Einige Gründe von Mißverständnissen über Produktivität der Arbeit. Man hat bei dem Streite des § 28 die Begriffe produktiv und reproduktiv vermischt. Ad. Smith und neuerdings J. St. Mill parallelisiren bei den verglichenen Arbeitsgattungen auf unzulässige Weise die Produktion und die reproduktive Wirkung, also zwei nicht gleichartige und daher nicht vergleichbare Glieder, wenn sie zwischen unmittelbar und mittelbar produktiver Arbeit unterscheiden. Ueberhaupt nicht produktiv wären Dienstleistungen dann, wenn sie keinem Bedürfnis entgegenkämen; eine trillernde Jenny Lind ohne Publikum, ein vor leeren Bühnen stehender Professor sind unproduktiv, aber unproduktiv ist auch der Perlensammler, der im J. 1860 nur Perlen verfertigt, oder der amerikanische Farmer, der mehr Schmalz producirt, als er verzehren und absetzen kann, oder der Jäger, der Wild erlegt und liegen läßt. Reproductiv aber sind auch geschätzte Dienste, z. B. die Leistung des Arztes, welcher die ganze Arbeitskraft rettet; Leistungen („Produktionen“) zur Erweiterung, welche z. B. die geistige Spannkraft zur Arbeit erhöhen, sind reproduktiv, leicht viel reproduktiver als eine Flasche Wein, der den Muskeln Ausdauer giebt. Wahr ist, daß mit dem Genuße gewisser Dienstleistungen eine Verschwendung getrieben werden kann, welche die volle Reproduktionswirkung aufhebt; das Gleiche aber ist mit dem Weine der Fall, den der Süfter im Uebermaße und sich zum Verderben genießt. Der Winger würde also ebenso unproduktiv in diesem Sinne sein als der Arzt. Umgekehrt wird, der Selbat so produktiv sein, als der Flurschäfer; denn er hält viel schlimmere Krähen vom Lande ab, als dieser! (Möcher).

Anderer vermengen mit dem Gegensatz produktiv und unproduktiv die Unterscheidung der Erzeugung für nothwendige und derjenigen für Luxusbedürfnisse; sie heißen die erstere produktiv, die letztere unproduktiv.

Auch dieses führt nur zur Verwirrung und Unklarheit. Die Bedürfnisse und daher auch die entsprechenden Erzeugnisse bilden für jeden Einzelnen, für jede Familie, für jedes Volk eine, nach den persönlichen geistig-leiblichen Voraussetzungen bestimmte, und mit diesen Voraussetzungen geschichtlich wechselnde organische Ordnung freier und notwendiger Bedürfnisse (vergl. § 15); Befriedigung bloß der notwendigen oder fast bloß der freien Bedürfnisse löst den Menschen gleichgültig auf, das Eine stürzt ihn durch thierische Verwilderung, das Andere durch raffinirten Luxus von der Höhe der Menschenbestimmung herab. Die Befriedigung der freien Bedürfnisse ist daher auch nothwendig, die wirtschaftliche Erzeugung für dieselben produktiv. Ob aber in der Einzelwirtschaft oder

unproduktiv, wenn sie, wie übermäßig bezahlte öffentliche Functionäre, Kinder, unhäbige Frauen, Greise, Arme, Bettler, Diebe, ohne jede Gegenleistung an Arbeit und überlassenen Vermögensnutzungen ihren Bedarf aus dem Einkommen Anderer decken.

Hingegen gewöhnliche Arbeiter, Kaufleute, Künstler, Beamte vertauschen nur das Ergebnis ihrer Arbeit gegen das Ergebnis der Arbeit und der Vermögensnutzung Anderer, und zwar für die Regel unter der Herrschaft der Wirtschaftlichkeit im gesellschaftlichen Erzeugungssystem. Sie sind also ökonomisch, wie technisch an und für sich nicht weniger produktiv, als Landwirthe und Industrieller. Keine Arbeit hat der Art nach vor der andern besondere ökonomische Verdienste und Würdigkeit voraus.

Ob die Arbeiten sich an einem materiellen Stoffe (vergl. § 15) fixiren oder nicht, ist ökonomisch völlig gleichgültig. Sie werden nicht an Sachen fixirt, damit sie an den Sachen seien, sondern damit die Sache ihren Nutzen an den endlich hervortretenden Verzehrer übertrage.

Insondere wird die Arbeit des Handwerks mittels der Waare an die Verzehrer gebracht; der letztere würde ohne die Arbeit und Kapitalanwendung des Kaufmanns einem Tantalus gleich die Güter, obwohl technisch fertig, nicht vollends zum Genuß erhalten können.

Sogenannte persönliche Dienstleistungen aber, mit oder ohne gleichzeitige Vermögensnutzungen erfolgend (Schauspiel, Lehrvortrag etc.) erreichen ihr Ziel direct ohne oder jedenfalls ohne längere Fixirung an einem Körper. Eine Verkörperung überhaupt haben zwar auch sie zumest: die Leistung der Sängerin in der tönenden Schallwelt, die Leistung des Lehrers an der Summe von Worten und demonstrierenden Bewegungen, die des Schauspielers an den durch die Körperbewegung hervorgerufenen Lichtreflexen, die Leistung eines Dichters an dem Manuscript; überall wird sich eine Verkörperung nachweisen lassen. Das Eigenthümliche an den Leistungen der genannten Gattung ist lediglich dies: daß der Verbrauch der Erzeugnisse durch die Hörer, Zuschauer, Patienten u. s. w. zeitlich mit der Erzeugung, die nicht dauernd körperlich fixirt wird, fast zusammenfällt, daß ferner das Ergebnis der Leistung nicht gerade meßbar und handgreiflich, aber doch irgendwie sinnfällig äußerlich begrenzt, und daher im weiteren Sinne körperlich ist, daß das Körperliche an dem Erzeugniß (das im Ton zu einer augenblicklichen Schwingung gezeugene Luftquantum z. B.) zurücktritt gegen die geistige Beseelung in ihm, wie die Leinwand hinter dem Bild im Gemälde, welches Jedermann ein Erzeugniß heißt, obwohl darin die Leinwand kaum eine bedeutendere Rolle spielt, als die Luft in der lieblich antönenden Schallwelt.

Allein ökonomisch ist dies Alles gleichgültig; es handelt sich da nur um möglichst wirtschaftliche Befriedigung der Bedürfnisse durch wechselseitigen Dienst. Verläßt man diesen Gesichtspunkt und setzt mit Man die Materialität des Productes voran, so fällt man ganz aus der Rolle des Nationalökonomien und hat keine Antwort auf Fr. List's Einwurf: „Also,

wer Schwoine erzieht, soll produktiv arbeiten, wer Menschen erzieht, unproduktiv!“

Der Dienstleistende selbst kann, was die Dauerhaftigkeit des von ihm producirten Werthes betrifft, lehteren in dauerbare Güter umsetzen. Wie mancher Sönger hat sich ein großes Vermögen erworben!

§ 29. Einige Gründe von Mißverständnissen über Produktivität der Arbeit. Man hat bei dem Streite des § 28 die Begriffe produktiv und reproduktiv vermischt. Ad. Smith und neuerdings J. St. Mill parallelisten bei den verglichenen Arbeitsgattungen auf unzulässige Weise die Produktion und die reproduktive Wirkung, also zwei nicht gleichartige und daher nicht vergleichbare Glieder, wenn sie zwischen „unmittelbar und mittelbar“ produktiver Arbeit unterscheiden. Ueberhaupt nicht produktiv wären Dienstleistungen dann, wenn sie keinem Bedürfnis entgegenkämen; eine trillernde Jenny Lind ohne Publikum, ein vor leeren Büulen lesender Professor sind unproduktiv, aber unproduktiv ist auch der Perückenmacher, der im J. 1860 nur Nococo verfertigt, oder der amerikanische Farmer, der mehr Schmalz producirt, als er verzehren und absetzen kann, oder der Jäger, der Wild erlegt und liegen läßt. Reproduktiv aber sind auch geschäftliche Dienste, z. B. die Leistung des Arztes, welcher die ganze Arbeitskraft rettet; Leistungen („Produktionen“) zur Erweiterung, welche z. B. die geistige Spannkraft zur Arbeit erhöhen, sind reproduktiv, leicht viel reproduktiver als eine flüssige Wein, der den Muskeln Ausdauer giebt. Wahr ist, daß mit dem Genuße gewisser Dienstleistungen eine Verschwendung getrieben werden kann, welche die volle Reproduktionswirkung aufhebt; das Gleiche aber ist mit dem Weine der Fall, den der Säufer im Uebermaße und sich zum Verderben genießt. Der Winger würde also ebenso unproduktiv in diesem Sinne sein als der Arzt. Umgekehrt wird „der Soldat so produktiv sein, als der Flurschäfer; denn er hält viel schlimmere Kröhen vom Lande ab, als dieser“ (Möcher).

Anderer vermengen mit dem Gegensatz produktiv und unproduktiv die Unterscheidung der Erzeugung für notwendige und derjenigen für Luxusbedürfnisse; sie heißen die erstere produktiv, die letztere unproduktiv.

Auch dieses führt nur zur Verwirrung und Unklarheit. Die Bedürfnisse und daher auch die entsprechenden Erzeugungen bilden für jeden Einzelnen, für jede Familie, für jedes Volk eine, nach den persönlichen geistig-leiblichen Voraussetzungen bestimmte, und mit diesen Voraussetzungen geschichtlich wechselnde organische Ordnung freier und notwendiger Bedürfnisse (vergl. § 15); Befriedigung bloß der notwendigen oder fast bloß der freien Bedürfnisse löst den Menschen gleichsehr auf, das Eine stürzt ihn durch thierische Verwilderung, das Andere durch raffinierten Luxus von der Höhe der Menschheitsbestimmung herab. Die Befriedigung der freien Bedürfnisse ist daher auch notwendig, die wirtschaftliche Erzeugung für dieselben produktiv. Ob aber in der Einzelwirtschaft oder

in der gesammten Volkswirtschaft die Harmonie der Bedürfnisarten gestattet sei, ist eine Frage der einzelnen Umstände.

Wiel Verwirrung mußte in die an sich so einfache Frage auch noch dadurch geworfen werden, daß man ohne Unterscheidung der einzelnen wirtlichen Leistungen allgemein ihren produktiven oder unproduktiven Charakter bestimmt hat. Der einzelne Geistliche und Gelehrte ist produktiv so lange seine Erzeugung (die Lehre in Wort, Schrift, Zeichen u. s. w.) einem Bedürfnis irgend einer Einzelwirtschaft entgegengemittelt. Zu viele Geistliche und Gelehrte mögen zusammen unproduktiv sein. Wirtschaftlich mußte Spanien früher niedrig stehen; es hatte (Möcher, I. Bd. S. 108) unter Philipp II. 988 Nonnenklöster, 32000 Bettelmönche; bis 1624 verdreifachte sich die Zahl der Klöster. Um 1787 gab es 188,000 Geistliche, 280,000 Bediente, 48000 Gellente, nur 900,000 Bauern. Spanien verarmte, sobald ihm die Welt Herrschaft entging. „Denn sobald die Sonne in seinen Reichen unterging“, konnte es nicht mehr Adel, Beamtenchaft und Klerus für die ganze Welt stellen; seine Ständemischung bot keine produktive Proportion mehr, es verarmte. Auf der andern Seite mußten gelehrte Leistungen höchst produktiv, die handwerkenden Gewerbe weniger produktiv sein in den Vereinigten Staaten, wo 1840 ungefähr 7% der Bevölkerung Ackerbau, 74% Bergbau und Industrie, 8% Handel und Schifffahrt und nur 1,5% höhere persönliche Dienstleistungen betrieben. Und doch vermochte dieser kleine geistige Sauerteig, das eine Prozent, die 99 anderen zu einer tiefenhaltigen Energie und einer allgemeinen, praktischen Bildung zu bringen, was also sehr produktiv. Freilich sehr praktisch produktiv; Heine hat die amerikanische Union das Land der Gleichheitsregel geschenkt.

III. Kapitel. Die äußeren Mittel der Arbeit.

§ 30. **Arbeitsmittel im Allgemeinen.** Wir gehen in diesem und den nächstfolgenden Paragraphen zur Erörterung der Mittel der Arbeit, der Maschine und der Maschine über.

Die Maschine ist allerdings eines der wichtigsten Kapitalien. Sofern sie aber lediglich in ihrer die Arbeit unterstützenden Wirkung erscheint, ist sie Arbeitsmittel und kann in der Lehre von der Arbeit betrachtet werden. Dies sei zur scharfen Festhaltung der Begriffe vorausgeschickt.

Der Mensch hat vor den Tieren den Vorzug, daß seine Glieder (Hände, Füße u. s. w.) die Möglichkeit gewähren, der von der Muskelkraft ausübenden Arbeitsbewegung die mannigfaltigste Richtung zu geben. Vom Wunderwerk der Hand sagt Möcher: „Wissen konnte sagen: „Die Hand und die Vernunft machen den Menschen zum Menschen.“ Das in seelischer Hinsicht menschenähnliche Thier, der Elefant, hat auch das handähnliche Glied, wie denn die Römer seinen Rüssel manus, Hand und die Zügel das Thier selbst handbegebt nennen.“ Wirklich reichen die Gliedmaßen aus, um die allererstenbedürfnisse der Natur durch Körperwerkzeuge zu befertigen.

Noch würden die körperlichen Mittel zur Aeußerung der Arbeitsbewegung allein nur eine spärliche und mühselige Kultur zulassen. Eben die unendliche Mannigfaltigkeit von Verrichtungen, wozu unsere Gliedmaßen gebraucht werden können, hängt damit zusammen, daß sie zu den meisten Zwecken allein unzureichend sind.“ (Möcher.) Mithat verleiht daher der Mensch gleichsam seine Gliedmaßen und sucht die einzelnen Richtungen, deren sie fähig sind, zu detaillieren, um seine ganze persönliche Bewegungskraft auf dieselben zu konzentrieren. Dies geschieht durch die Werkzeuge. Werkzeuge sind die Mittel, die persönliche Arbeitskraft des Menschen möglichst auf einzelne Arbeitsrichtungen zu konzentrieren und zu übertragen. Statt der mehr oder weniger stumpfen Bahne bedient sich der Mensch des Messers, des spitzen Feils, welche die Bewegungskraft auf eine beliebige kleine, aber desto geeignetere Stelle des zu erlegenden Thieres wirken lassen; statt der schwerfällig in die Schüssel tauchenden hohlen Hand verlängert er im Stiele des Löffels die Fingergelenke und schmiebt am äußersten Geblende eine hohle Hand vor, im Hammerkopf eine gehärtete Faust; durch den Hebel konzentriert er die ganze Muskelkraft an den geeignetsten Angriffspunkt, durch die Sehne des Bogens auf die Druckfläche des Feils. So sind die Werkzeuge die Mittel, die leiblichen Arbeitsorgane für bestimmte Richtungen erstens zu spezialisieren und zweitens für diese Richtungen die ganze persönliche Arbeitskraft zu konzentrieren, Mittel der Richtungsveränderung und Richtungskonzentration der persönlichen Arbeitskraft.

1) Das Werkzeug im engeren Sinne. Zum Begriff des Werkzeugs im engeren Sinn, d. h. der Maschine gegenüber, gehört es, daß dabei die Arbeitsbewegung auf den Stoff noch mehr oder weniger unmittelbar durch die persönliche Arbeitsbewegung bestimmt bleibe. Als Wesen der Werkzeugarbeit erscheint wenigstens nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch, daß die Qualität der durch das Werkzeug vermittelten Bewegung und ihrer Folgen wesentlich von der persönlichen Qualität des Arbeiters bedingt sei. Eine Doppeldruckerpresse ist daher wohl eine Maschine zu nennen, auch wenn sie von der Muskelkraft des gemeinen Tagelöhners getrieben wird; denn die Arbeitskraft des letzteren nähert sich hier der rohen Naturkraft, die nicht durch ihre Intelligenz, sondern durch die unterschiedslose Masse der hervorgerufenen Bewegung wirkt.

2) Die Maschine (der Apparat) — entsteht, indem die durch das Arbeitsmittel hervorgerufene Bewegung nur noch indirekt die Folge der leiblichen Arbeitsäußerung des Menschen ist. Sie ist das Mittel, die äußeren Naturkräfte zur Hervorbringung der Bewegung unter Leitung des Menschen zu veranlassen.

Zuerst zwingt der Mensch in der Regel das Thier, ihm seine Muskelkraft zu leihen (Gespinn, Göpel, Triebrad u. s. w.), und zwar ganz natürlich deshalb, weil er zuerst nicht an Einem und demselben Ort, sondern an verschiedenen Orten ein Kraftsurrogat braucht und das Thier mit seiner Bewegungskraft von Ort zu Ort das geeignetste ist.

Bald benutzt er im Segel, der Windmühle, dem Mäslrad, der Turbine die Druckkraft des Windes und des fallenden Wassers und die von ihr erzeugten Naturbewegungen, dann Dampf, Elektrizität und das Licht durch Dampfmaschine, Lokomotive, Telegraph, photographischen Apparat.

Je höher die Entwidlung steigt, desto mehr wird auf Regelmäßigkeit, auf Anwenbarkeit zu jeder Zeit, an jedem Orte, in beliebigem Umfang gesehen, zumal im Großbetrieb; daher gewinnt die Dampfmaschine der Wasserkraft, die Lokomotive dem Flußschiff, das Dampfschiff dem Segelschiff immer mehr Boden ab.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Mensch noch weitere, mächtigere natürliche Bewegungskräfte durch Maschinen für Bewegung und durch Apparate für chemische Scheidungen und Verbindungen gewinnen. Dem arbeitenden Menschen bleibt dann nur noch übrig, die natürlichen Bewegungskräfte in Bewegung zu setzen und zum Stillstand zu bringen, den Arbeitsstoff ihnen aufzusüßten, überhaupt die Bewegung zu gliedern, dann zu leiten und zu beaufsichtigen, statt sie unmittelbar und unausgeseht zu erzeugen (Heizung und Wasserversorgung der Dampfmaschine, Ziehen der Stellschale, Rrüden des Telegraphentastens u. s. w.).

Die Benützung der Naturkraft für die menschliche Arbeitsbewegung, und ebenso die Geschichte der Maschinen, zerfällt in zwei verschiedene Teile:

a) Erschaffung der Naturkräfte zur Erzeugung der Bewegungsmasse in den Motoren oder Kraftmaschinen und b) Anwendung der von den Motoren erzeugten Masse von Bewegung zu dem Zwecke, sie in verschiedenen Richtungen dem Gegenstande der eigentlichen Arbeitswirkung mitzutheilen. „Die Entdeckungen gehen selten in beiden Gebieten zugleich vorwärts“ (Stein). Watt hatte länger schon die Dampfmaschine erfunden, bevor in den mit ihr in Verbindung gesetzten Spinnspinnstühlen die unendliche Naturkraft den haarfeinen Baumwollfaden ersafte und aus 5 Centnern Baumwolle, zu Nr. 600 verspinnen, einen Faden für die ganze Erdschpannweite von 10000 Stunden zu gleichen vermochte und bevor das Webereschiffchen vom Dampf hin- und hergezerrt wurde. Versiedt und Ampere hatten längst den elektrischen Strom ins anwendliche Drahtgewinde gespannt, bevor Steinheil, Morse und Andere ihn ein verständliches Schreiben und Läuten lehrten. Der Mensch, nachdem er an die Stelle seiner Muskelkraft die Naturkraft gesetzt hat, muß, wie er seine leiblichen Arbeitsorgane in den Werkzeugen spezialisiert, auch der natürlich mechanischen Bewegungsquelle, dem Motor Werkzeuge in die Hand geben, er muß Maschinenentwerfer erfinden.

§ 31. **Anwendungsgebiet der Maschine.** Indem mit der Maschine die der Masse nach fast unbegrenzte, der Qualität und Richtung nach aber sehr gleichartige Naturkraft an Stelle der — umgekehrt — der Masse nach begrenzten, nach Qualität und Richtung aber sehr ungleichartigen persönlichen Arbeitskraft tritt, ergibt sich für die Maschine ein eigenthümliches Anwendungsgebiet gegenüber dem handlichen Werkzeug (Handwerkzeug.)

Die Maschine ist hauptsächlich anwendbar bei Arbeiten, welche eine große Masse gleichartiger und in gleichartige Theile zu spaltender Bewegung erfordern. Daher ist Maschinen- und Großbetrieb gleichbedeutend und die Maschine nur bei der Unternehmung in's Große gebraucht. Daher geschieht ihre Einführung in die Landwirtschaft, bei deren Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit in der Richtung der Arbeitsbewegung, langsamer, und auch nur da, wo bei Reifensaat, Dreschen, Getreide reinigen u. s. w. gleichartige und gleichmäßig theilbare massenhafte Bewegung erfordert wird. In der kleinen Landwirtschaft wird die Maschine höchstens als Assoziations- oder Gemeindefakt gebraucht. Die Mählen waren früher häufig Gemeindefakt. Die Maschine fand dagegen eine um so folgenreichere Anwendung in den Massenindustriezweigen (Verarbeitung der Thiere- und Pflanzenfaser: Spinnerel, Weberei, Papiererzeugung, Transport u. s. w.). Ungemein schwierig ist wiederum die Anwendung der Maschine in denjenigen Industriezweigen, wo die Arbeit ihre Richtung oft zu ändern hat (die bis jetzt nicht vollkommene überwundene Schwierigkeit einer Letternsetzmaschine, die neue schwedische Logarithmen- Rechen- und Segnmaschine). Hier behält die menschliche Hand das Uebergewicht, obwohl auch da Operation um Operation der eifern gegliederten, unübersehbar komplizierten Maschinenhand zu übergeben gesucht wird. Uebrigens sind auch hier die Fortschritte unverkennbar. Noch vor 16 Jahren hielt man Maschinenindustrie für unmöglich; heute arbeiten schon Tausende von Maschinenstüchtlern.

„Egalität“ (Gleichmäßigkeit), Wohlfeilheit der Erzeugnisse sind Eigenschaften der Maschinenproduktion.

Eigenartigkeit, aber auch Ungleichheit und Kostspieligkeit eigen den von Menschenhand gebildeten Erzeugnissen; denn die Maschine liefert gleichmäßige und unerschöpflich viele, die Menschenhand dagegen solche Bewegung, welche der Masse nach begrenzt, der Qualität nach aber mannigfaltig ist. Maschine und Handwerkzeug haben daher je ihr eigenthümliches Gebiet: jene dient der wohlfeilen Massen-, dieses der mannigfaltigen Einzelerzeugung, jene hauptsächlich der Fabrik, dieses hauptsächlich dem Kleingewerbe.

Indessen ist die Maschine keineswegs auf das Gebiet unschöner Dreinärproduktion eingeschränkt. Denn sie könnte die Masse der Bevölkerung weder Tapeten, noch Sophas, weder Uhren, noch schöne Meubles und Zimmergeräthschaften, weder schöne und wechselvolle Kleidungsstücke, noch Stickerel- und Spitzenartikel gebrauchen. Denjenigen, welche den Maschinen eine Vertiefung der Arbeiter nachfragen, kann dieß nicht entgehen genug vor Augen gehalten werden. Dieser feinere Genuß wiegt die abspannende Eintönigkeit der Arbeit einzelner bei der Maschinenarbeit firtirter Massen sicherlich weit auf.

§ 32. **Kulturwirkung der Maschine.** Auf den bisher erwürten Grundverhältnissen des Werkzeugs und der Maschine beruht denn auch der unermeßlich folgenreiche Einfluß, welchen die Ausbildung der äußeren

der Regierung geben, als die Interessen derjenigen, die dem Gewinn ihrer Mitsüßer und der Nachwelt geopfert werden" (Mill). In solchem Falle muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die Handarbeit von der mechanischen zu der mehr artistischen Production, wozin die Maschine nicht oder nur langsam nachschließen kann, von der gleichartigen zur ungleichartigen Arbeit (Werkzeugfabrikerei statt Kornbau) hinführen zu lassen. So haben sich manche Handwerke vor der Maschinenconcurrentz auf das Gebiet aus schließlich der Hervorbringung gemusterter, faconirter Artikel gerettet.

Die Maschine befreit zwar immer Viele von fleischlicher mechanischer Arbeit, zwingt aber dafür manche Einzelne zu desto geistlicherer Thätigkeit. Das Treiben eines Maschinenrades durch Menschenhand, das ewig gleiche Zubieten der Stofftheile an die Maschine gehören in diese Reihe. Man muß hoffen, daß diese Verrichtungen mehr und mehr von Maschinen selbst übernommen werden, und gewiß wird dies im fortschreitenden Maße geschehen. Inzwischen bleibt nur der Trost, daß bei der früheren Handarbeit verhältnißmäßig weit Mehrere zu nicht minder mechanischer Verrichtung gezwungen waren und daß auch die mechanischen Maschinenarbeiter vermöge der Productivität der Maschinen und der Wohlfeilheit der Maschinen-erzeugnisse in weit größerem Maße Verbrauch und Genuß auszuzeichnen und ihr irdisches Dasein zu verbessern wußten (vergl. hiezu unten § 39).

Der Streit, welcher noch im Anfang dieses Jahrhunderts über die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Maschinen zwischen einer sehlgreisenden Philanthropie und der Nationalökonomie gestritten wurde, ist denn auch verstimmt, seine Erörterung fast unpraktisch.

Zwar setzt die Maschine, indem sie als stehendes Kapital an Stelle bisheriger Handarbeiter tritt, die letzteren vorübergehend außer Brod.

Allein mit den vermehrten Producten der Maschinenarbeit kauft bald der Producent vermehrte Waaren anderer nun mehr Arbeit suchender Industriezweige und giebt Allen, auch der Arbeiterwelt, seine Erzeugnisse wohlfeiler. Er benötigt die erhöhten Gewinne zu dauernder Vermehrung des Kapitals und dadurch des Geschäftes, so daß erfahrungsmäßig sogar in denselben Individuen die Zahl der Arbeiter bei besseren Löhnen wächst; selbst in der Weberei und Spinnerei, woselbst das Maschinenwesen in neuerer Zeit seine Haupttrumphe gefeiert hat, hat die Zahl der Arbeiter absolut zugenommen.

Die Einführung der Maschinen geht sodann nur langsam vor sich, da das alte Werkzeug- und bisherige Maschinenkapital nicht plötzlich weg- geworfen wird; in den Baumwollspinnereien z. B. sind ältere und neuere Maschinen längere Zeit noch nebeneinander geblieben und der Fortschritt von den geringeren zu den besseren war ein langsamer.

§ 34. Die Maschine bei hohen Löhnen eingeführt. Je höher die Handarbeitelöhne werden, desto vortheilhafter ist die Einführung von Maschinen, desto eher verbreiten sie sich. Bei höheren Löhnen haben England und die Vereinigten Staaten früher die Mechanik umfassend zu Hülfen gerufen, also die Arbeit durch eine Art fixen Kapitals ersetzt, als

Deutschland. Es ist dies nur eine Anwendung des in § 22 bemerkten Gesetzes. Für die Arbeiter aber ist es wohlthätig, daß die Maschinen- einföhrung bei günstigen Lohnconjuncturen am dringlichsten wird; denn nun tritt die Maschine in der Zeit auf, in welcher ihre Concurrentz am wenigsten empfindlich ist.

IV. Kapitel. Die gesellschaftliche Ordnung der privatwirthschaftlichen Arbeit, Arbeitstheilung und Arbeitsvereinigung.

§ 35. Ordnung der Arbeit. Die Arbeit zur Hervorbringung eines für den Verbrauch fähigen Erzeugnisses ist in der Regel keine gleich- artige einfache, sondern verzweigt sich — in Folge der verschieden- artigen Nützlichkeiten, die ein Gut erhalten soll, der verschiedenen Stoffe, aus denen das Erzeugniß zusammengesetzt ist, in Folge endlich der ver- schiedenen durch verschiedene Kräfte erfolgenden und aufeinander- folgenden Formverwandlungen des Stoffes — in verschiedene Arbeits- bewegungen; die Arbeit theilt sich.

Allein in dieser Stufenfolge der Arbeitstheile muß Plan und Zweck, Einheit, Vereinigung, Ordnung sein. Man würde besser von der Arbeits- ordnung als von der Arbeitstheilung sprechen; allein letzterer Ausdruck ist seit Adam Smith's classischer Erörterung der Arbeitstheilung (I. B. 1 Kap.) eingebürgert.

Je entwickelter die Theilung der Arbeit ist, desto wichtiger ist es, daß das größte Maß von Einheit und Erfahrung die Einheit der Arbeit aufrechterhalte, desto mannigfaltiger und feiner gebildet sind die Formen der Vereinigung. Die feinste Theilung, könnte man in scheinbarem Widersprach sagen, ist die feinste Vereinigung. Die Ordnung einer Fabrik ge- genüber dem halb zufälligen Betrieb der Handwerksstätte!

§ 36. Vortheile der Arbeitstheilung. Ihre großen wirthschaftlichen Erfolge erringt die Arbeitstheilung, beziehungsweise Vereinigung dadurch, daß die größte Kraft die kleinsten Arbeitskräfte in der geschicktesten Weise erfährt und daß zugleich jede einzelne Funktion aufs Planmäßigste zum Gesamtergebniß mitwirkt.

Das einfache Geheimniß der Arbeitstheilung liegt darin, daß auch bei der Arbeit das gesteckte Ziel um so sicherer erreicht wird, je ent- scheidener und geschickter der Stoß geführt wird, je kleiner die einzeln zu über- windende Widerstandskraft ist, je schärfer das Ziel ins Auge gefaßt wird.

Die größte Arbeitskraft auf die kleinsten Arbeitsmassen verwendet heißt nun aber auch: die geeignetste Arbeitskraft je für die besondere gleichartig wiederkehrende Arbeitsaufgabe verwenden; nur vermöge der Theilung der Arbeitsaufgaben kann dies erfolgen.

Einwiderum ist aber die Arbeitstheilung die notwendige Folge der immer vorhandenen, verschiedenartigen Vertheilung der geist- lichen und körperlichen Anlagen und ihrer Ausbildung. Auch die ge- gebene Vertheilung der Arbeitsfähigkeiten bewirkt die Theilung der Arbeit.

Die wirkliche Theilung der Arbeit gestattet folgende Vortheile:

1) Die wirkliche Verwerthung der besonderen größten und kleinsten Arbeitsfähigkeiten. Das Letztere wird gewöhnlich als der erste unter den sogen. Vortheilen der Arbeitstheilung aufgeführt.

2) Die dauernde Hingabe an eine und dieselbe Arbeitsgattung schärft Sinn und Geist, erzeugt besondere Geschicklichkeit. Die Mästelri bequemen sich allmählich der besonderen Arbeit an, die Sinne: Auge, Gehör (z. B. beim jagenden Wilden, beim Nomaden, der an der Fußkapsle Freund und Feind erkennt), die Schätzungsgabe (der beobachtende Afrikaner lernt bis auf das Zehntel einer Sekunde die Zeit schätzen) schärfen sich bis zum Wunderbaren. Ein Rammfäher sagt jetzt täglich 70 größere Rämme bei 40–50 Jähnen auf den Quadratzoll, ein Bläser erbläst 8–900 Glasflaschen, der Arbeiter in der Nadelfabrik setzt 14000 Köpfe auf. „Uebung macht den Meister“ (Virtuosität). (Daher nur bei höherer Arbeitstheilung die „Kohärenz“ des § 99 aus der Virtuosität möglich.)

3) Weist die aus schließliche Hingebung der vollen Arbeitskraft an eine beschränkte besondere Aufgabe den Menschen besonders genau in die inneren Verhältnisse der mit der menschlichen Arbeitsbewegung zusammenwirkenden Naturkräfte ein. Dies, zusammen mit dem unausgesetzten Bestreben immer mehr Arbeitsenergie durch Verwendung der Naturkräfte besorgen zu lassen, führt zur Entdeckung neuester wirksamster Erzeugungsarten und zur Ausbildung des Maschinenwesens; ein Knabe, welcher an einer Maschine nichts als Oeffnung und Schließung der Ventile zu besorgen hatte, soll, nach Beobachtung des Maschinengangs und um sich freie Zeit zu erhaschen, die Erfindung der Ventilsteuern, ein Anderer, der eine vom Wind ausgelöschte Gaslaterne immer wieder anzünden mußte, die Erfindung der Selbstwiederenzündung des Gases durch den überhängenden glühenden Spiraldraht gemacht haben. So ist die Arbeitstheilung, wie die Noth, die Mutter von Erfindungen (vergl. § 8).

4) Aus der genauen Beobachtung des Erzeugungsverfahrens und der dabei wirkenden Kräfte folgt der vierte Vortheil, daß die Arbeitskräfte die geeigneten äußeren Umstände der Erzeugung aufsuchen. Die Arbeitstheilung vermittelt daher die persönlichen Arbeitskräfte ausß Ruzbarke mit den gegebenen äußeren Verhältnissen. Und bald zeigt sich, daß, wie jene vielfach verschieden, so auch diese es sind. Die Arbeitstheilung bewirkt, daß der Organismus der menschlichen Arbeitskräfte auf die wirksamste Weise mit der gegebenen Ordnung der äußeren Wirtschaftsvoraussetzungen in Berührung tritt. Künstliche Hemmnisse: bürliche und nationale Schutzzölle, Beschränkung der freien Anziehung zwischen Arbeitskraft und Arbeitsgebiet durch Zunft- und Ueberhebungsgeetze, pflegen jene Wirkung der natürlichen Arbeitstheilung freilich sehr zu stören.

5) Gilt die Verwendung der wirksamsten Kraft in einer und derselben Richtung Zeit- und Mäßeverluste ab, welche bei häufig veränderter Rich-

tung der Arbeitsbewegung unvermeidlich sind. Es braucht immer einige Zeit, bis man in eine neue Arbeit wieder „recht hineinkommt.“ Geist und Hand brauchen Zeit und Mäße, um aus einer gegebenen Bewegung und aus der dazwischenliegenden Ruhe herauszukommen. Doch erfrischt auch wieder die Abwechslung und belebt, meßhalb dieser fünfte Vortheil nicht zu den unbedingten gehört.

6) Eine Kraft ist oft hinreichend, in ihrer Richtung weit mehr zu vollziehen, als ihr wirklich aufgegeben ist; durch Uebertragung eines größeren Quantum des desselben Arbeitsgegenstandes aus fremden Arbeitsgebieten kann sie vollauf beschäftigt werden, und zwar ohne verhältnismäßige Vermehrung von Mäße, Kosten, Vorbildung, Vorrichtungen u. s. w. (Heerdehut, Lehramt, Polizei, Rechtschöpfung u. s. w.). Daher Kostenersparniß, Erspatniß an menschlicher Arbeitskraft und an Kapital. Durch fortwauernde Verwendung wird viel Kapital vor dem Mißgelingen bewahrt. Das Werkzeug- und Maschinencapital der Fabrik ist zwar auf das einzelne Etasbissement größer und mehr specialisiert, aber es wird viel intensiver benutzt, als die Werkzeuge der Handwerksstätte (intensivere Kapitalnutzung).

Das große Resultat der Arbeitstheilung faßt sich zusammen in Wohlfeilheit, Mannigfaltigkeit und „Egalität“ der Erzeugnisse (vgl. § 81).

Die Folgen der Arbeitstheilung dürfen aus einzelnen Beispielen noch deutlicher werden: Zehn Arbeiter bringen täglich bei getheilter Arbeit, indem z. B. ein einziger 15000 Nadelköpfe im Tage aufsetzt, 50,000 Nadeln fertig; würde jeder von ihnen ganze Nadeln eine um die andere machen, so kämen kaum 300 Stück aus ihrer Hand (Beispiel M. Smiths).

Acht Lütticher Ziegelstreicher bringen 48000 Ziegel des Tages fertig. Dreißig Arbeiter fertigen in 70 verschiedenen Functionen 16000 Spielblätter; eines um das andere würden sie nicht viel über 200 erzeugen. Vier Berchtesgadener Knaben fertigen 2000 kleine runde Schachteln in der Woche.

Ein Mann schneidet Tausende löthischer Pfeifen per Tag.

Aber nicht bloß im Gebiete der Gewerksindustrie feiert die Arbeitstheilung ihre Erfolge, in der Viehzucht und Landwirthschaft zeigen sie sich ebenfalls. Roscher (II, 477) sagt: „In England ist es durch specielle Paarung gelungen, Thiere hervorzu bringen, welche nach dem Grundsz der Arbeits- und Gebrauchstheilung die gerade verlangten Körperteile in wahrhaft monströser Vollkommenheit darbieten: elefantartige Karrenzüge, Renner von 3500 Fuß Geschwindigkeit in der Minute, Schlachtöchsen von einer Rieselmasse, daß englische Pächter Abblüthen deutscher Viehtracen für Karrierefahr halten.“

§ 87. Anwendung der Arbeitstheilung. Die Arbeitstheilung hat bestimmte, das Maß ihrer Anwendung bedingende Voraussetzungen, und diese berechne der Praktiker in jedem einzelnen Falle mit Sorgfalt!

Die Arbeitstheilung setzt voraus, daß die gleichartigen Arbeitskräfte

in Masse und zeitlich und räumlich möglichst ununterbrochen vorliegen, sie verlangt daher großen Markt, großen Abzug. Sie konnte daher bei localem Abfluß der Märkte in früherer Zeit wirtschaftlicher Weise bei Weitem nicht so durchgebildet werden, als es jetzt der Fall ist.

Sie ist aus demselben Grund in dem Kunstfleiß mehr als in der Landwirtschaft anwendbar (viele Unterbrechungen durch Jahreszeit, Witterung, Verschleidenartigkeit der neben einander hergehenden Erzeugungen!).

Ohne jene Voraussetzungen ist Arbeitsteilung unvorteilhaft, weil dann die besondere Arbeitsfähigkeit, die besondere Arbeitsvorrichtung, die besonderen Arbeitsmittel nicht gehörig beschäftigt sind. Mit anderen Worten, es tritt dann Kraftverschwendung, also Unwirtschaftlichkeit ein.

In den Städten und Bevölkerungsmittelpunkten mit ihren großen Mengen gleichartiger Bedürfnisse ist die Arbeitsteilung am entwickeltesten. Hier erzielt der Detailhandel, welcher auf dem Lande als Krämerei alles Mögliche umfaßt (im innern Peru ist der Krämer auch noch Pfarrer), seine größten Erfolge, wenn er sich möglichst verzweigt, die ganze Stärke in der Teilung, in der vollen Befriedigung eines beschränkten Bedürfnisses sucht; in London gibt es eigene Läden für Kinderbettlücken (childbedlinen-warehouses).

In der Stadt kommt namentlich auch die Arbeit, welche die persönlichen erwerbsmäßigen Dienstleistungen erzeugt, zu besonderer Verzweigung; Zahnärzte, Augenärzte, Civils, Criminals, Handels-, Wechseladvokaten sondern sich aus. Das Erzeugnis der arbeitsteiligen Waarenausfertigung läßt sich durch Transport weithin tragen, der durch persönliche Dienstleistungen Handelnde aber muß den Massenabzug räumlich eng bei einander haben. Deshalb verzweigen sich nur in der Stadt die persönlichen Dienstleistungen; auf dem Lande ist Weinbaugebiet, Quacksalberei, Winkeladvocatur, kurz das Gegenstück der Arbeitsteilung im Gebiet der Dienstleistungen. Es sollte keines Hinweises bedürfen, wird aber von Geschäftseuten nur zu oft zu ihrem großen Schaden vergessen, daß auch im Gebiete der persönlichen Dienstleistungen die Arbeitsteilung die besten Resultate giebt. Der Kaufmann gehe mit einem Wechselprozeß zum besten Wechseladvokaten!

Die Arbeitsteilung entwickelt sich Obigem zufolge in geradem Verhältnis zur Ausdehnung der Märkte durch Verbesserung, Vervollständigung und Freilassung des Transportes. So lange Familie gegen Familie, Ort gegen Ort, Land gegen Land durch Waarenzüge, Wegabgaben, Schutzstrahlen, Verurtheile, Kriege sich abschließen, so lange mächtige Transportmittel nicht vorhanden sind, so lange kann von keiner weitgehenden Arbeitsteilung die Rede sein. Die Neuzeit im Besonderen hat durch rasch fortschreitende Verringerung jener Schranken, durch Verbindung aller Rassen und Völker der Erde zur gegenseitigen wirtschaftlichen Verursachung eine staunenswerte Entwicklung der Arbeitsteilung und die goldenen Früchte davon erzielt.

Noch liegt eine endlose Entwicklung auf demselben Wege vor uns,

und der Handel ist es hauptsächlich, welcher weghabend, Schiffe bauend, Eisenstrahlen verlangend, Schutzzölle vernierend, Verkehrsstrahlen gerend, den Krieg verdammend, jenen unermesslichen Fortschritt vermittelt, er ist es, welcher selbst in tausendfacher Arbeitsteilung und Geschäftsverzweigung das Band des Verkehrs, die Fäden der Einheit um die weit auseinander gegliederten Theile der produzierenden Arbeit schlingt.

§ 38. **Gesellschaftliches zur Arbeitsteilung.** Die Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung ist zwar in der Mannigfaltigkeit der Anlagen von Einzelnen wie von Völkern und Ländern, (sog. territoriale, internationale Arbeitsteilung) und in der Mannigfaltigkeit des Verhaltens der Stoffe als eine großartige gegenseitige Berufsfähigkeit der Menschheit vorzeichnet. Sie vernichtet sich aber nur langsam mit dem Verkehr und ist noch lange nicht vollendet, da ganze Rassen und Erdtheile erst im Stadium der ersten Verflechtung begriffen sind.

Indessen beginnt sie schon in der Familie der Urwaldwälder und bleibt in der Familie der hochgebildeten Völker.

Sie schreitet fort im Zeitalter der Entwicklung des Handwerks neben der Bedenkeibergschaft, in der Zeit, in welcher das Hausgewerbe aus dem Lande in die freie Stadt hineinwächst.

Sie geht schwindelnd in die Höhe, sobald in Folge großartiger Entdeckungen im Maschinenwesen die unendliche Naturkraft das Arbeitsatom erschaffen lernt und durch große Transportverbesserungen die Entfernungen verschwinden, die Märkte in einander überfließen.

In den Heldengedichten der Griechen finden wir Königinnen spinnend und lochend, die Königsstöchter Nauplia in Homers Odyssee waschend. Im frühen Mittelalter schmiedet der Mensch und treibt das Gespinn aus. Die Uhrmacherei wurde noch vor hundert Jahren ohne vielseitige Arbeitsteilung betrieben, heute haben die einzelnen Stifte, Nadeln, Gläser, Ketten, Anker, Zifferblätter u. s. w. ihre besonderen Fabriten.

Der eigentliche Ausbruch der Entwicklung gewerblicher Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung ist das Fabrikwesen. Schon die einzelne Fabrik ist ein Wunder von ebenso minutiöser Theilung als wiedergulammenfassender Vereinigung der Arbeit. Noch großartiger ist das Fabrikwesen in seiner territorialen und weltgeographischen Gliederung. Die verwandten einander in die Hände arbeitenden Betriebszweige lagern sich stragen, quartieren, bezugs-, preisweise nebeneinander mit oft unsichtbarer Ordnung und mannigfachen Gemeinstituten; in England sind die Leinenfabriten in und um Leeds, Baumwollfabriten um Manchester und Glasgow, Messerwaaren um Sheffield, in der Schweiz Uhrenfabriten durch den Jura, die Seidenfabriten sind um Basel, Zürich, Lyon, Eberfeld, Grefeld gelagert: eine unendliche Theilung und ebenso großartige unsichtbar sich selbst erfindende Zusammenfassung der Arbeit.

Die Thatsache dieser selbstthätigen Vereinigungen giebt dem praktischen Unternehmer den Rath, den Ort der Unternehmung nicht abzu-

lich von dem Hauptplatze der ähnlichen Gewerbe zu trennen. Dies entspricht sich schon deshalb, weil viel leichter eingetübte oder bald einzutübende Arbeiter zu gewinnen, brauchbare Arbeitsgewohnheiten und Uebertieferungen vorhanden sind; mit Einem Worte: weil getheilte aber zusammengehörige Functionen in der Nähe einander viel leichter in die Hände arbeiten können. Auch in dieser Beziehung zeigt sich das schon bezeichnete Wesen der Arbeitsvereinigung als notwendiger Reflex der Spaltung und Theilung.

§ 39. Die sog. Schattenseiten der Arbeitsteilung. Gegengewichte. Die Arbeitsteilung entwickelt auch Schattenseiten.

Zwar ist es eine ganz unhaltbare Anekdote, daß die Arbeitsteilung desto mehr Nachtheile bringe, je weiter sie sich entwickle, daß sie den Menschen aus dem Glück des gleichen Naturzustandes in Ungleichheit und ins Verderben führe. „Dies ist nur insofern wahr, als ohne Arbeitsteilung Alle gleich reich und arm sein müßten“ (Nescher). Selbst körperlich ist der Aufwuchs der Arbeitsteilung dem Wilden überlegen, die amerikanische Nothhaut ist (angeblich wie 3: 5) schwächer als der weiße Farmer.

Auf der andern Seite läßt sich aber nicht leugnen,

1) daß der Grad der Arbeitsteilung in unserem kunstsüchtigen Zeitalter da und dort eine gewisse menschenunwürdige Einseitigkeit der körperlichen und geistigen Ausbildung für einen Theil der Bevölkerung herbeiführt (vergl. oben § 33).

Wenn ein Schlossergeselle in Birmingham nach zehnjährigem Arbeiten noch keinen Schlüssel machen kann, weil er nur Härte gefeilt hat, wenn es wirklich vorkam, daß ein Silberschmelzarbeiter vierzig Jahre lang nichts als das Hervortreten des sogen. Silberflusses im Schmelzprozeß zu beobachten die Aufgabe hatte, wenn eine bestimmte Arbeitsfunction jahrelang dieselbe unnatürliche Stellung des Körpers oder einzelner Körperteile bedingt: so tritt die Gefahr geistiger und körperlicher Verkümmern ein.

Fretlich war diese im Zeitalter der Haus- und Handwerksarbeit noch umfangreicher vorhanden, nur weniger concentrirt und bemerkt. Gleichwohl genügt es gewiß nicht, mit dem Troste sich zufriedeu zu geben, daß die großen Vortheile der Arbeitsteilung die sittlich-personlichen Nachtheile weit aufwiegen. Ist dies gleich richtig, so bleibt doch immer die Pflicht, auch diese Nachtheile zu beseitigen.

Das Heilmittel liegt in der Industrie selbst, indem sie überall da, wo der Mensch gegen seine Bestimmung zum „lebenden Werkzeug“ wird, Maschinen anzuwenden strebt, und in der Regel ist der Fall der Anwendung (§ 31) der Maschine vorhanden.

Eine vernünftige Gesetzgebung, welche die unwürdigsten derartigen Beschäftigungen verbietet oder beschränkt, wird den Erfindungsgeist befähigen. England, welches in den letzten dreißig Jahren vielleicht mehr neue bureaukratische Verwaltungsinstitutionen eingeführt hat als der Kontinent, hat Fabrikinspektoren (factory-inspectors) angestellt, welche bezüg-

lich des Mißbrauchs der Kinderarbeit, der Lüftung der Arbeitslokale, der Maschinengefahr u. s. w. eine überwachende und berichterstattende Thätigkeit ausüben.

Noch mehr und ganz umfassend kann aber den Schäden der einseitigen Arbeitsrichtung, körperlich und geistig, entgegengewirkt werden, wenn auf regelmäßige Ruhestunden und Ruhetage, auf Beförderung geistlicher Uebungen, Darbietung geistiger Nahrung und Bildung, edler Genüsse, feinerer Vergnügungen, Entwicklung einer freien Selbstverwaltung der Arbeiterangelegenheiten durch die Arbeiter, Veredelung des Familienlebens, Gestaltung geistlich freier Bewegung im öffentlichen Leben eingewirkt wird. Nicht nur eine edle, frischere Sonntagsfeier, sondern auch Erleichterungen, wie das Zumindesten, das Vereinigensein der arbeitenden Klassen, Gesangsübungen, Arbeitermuseen (mechanic institutions in England), haben als Gegengewicht gegen die körperliche und geistige Einseitigkeit der Arbeitsteilung einen ungemessenen Werth.

Auf diesen Wegen schwingt sich die in ein enges Gelas gebannte Persönlichkeit wieder zu den allgemeinen Interessen und höheren Ideen empor. Kirche und Schule können auf diesem Felde unendlich Vieles zur Verstillung des industriellen Lebens beitragen. Es scheint, daß, je mehr der Mensch durch die Arbeitsteilung zum verschwindend kleinen Rädchen im wirtschaftlichen Uhrwerk der Menschheit wird, er desto mehr und allgemeiner theilnehmen müsse an den Angelegenheiten der Menschheit und des bürgerlichen Gemeinwesens; der Theilung der Arbeiten entspricht eine viel umfassendere wechselseitige Einheit humaner Interessen, ein höherer Grad des Gesellschaftslebens. Niemals in der Geschichte wird ein so weit verbreitetes Interesse an allgemeinen Angelegenheiten jeder Art, politischen und wirtschaftlichen, praktischen und wissenschaftlichen, heimischen und überseeischen, vorhanden gewesen sein wie heute (das sog. oft so widerwärtige Politisiren). Wunderbar mächtige und wunderbar einfache Mittel tragen diese Theilnahme aus dem scheinbar engverlorenen Schneckenhaus des Privatlebens in die fernsten Regionen des Gesamtlebens und von da jurid. (Wichtigkeit guter Volkszeitungen und gegebener Volksliteratur).

Die Theilnahme und freie Bewegung im öffentlichen Leben, in zahllosen Vereinen, in Meetings u. s. w. geben dem englischen Volke, dem arbeitsthätigsten der Welt, ein Gegengewicht gegen die moralischen Nachtheile der Arbeitsteilung, welches nicht hoch genug gewerthet werden kann.

Die als Folge der Arbeitsteilung bemerkte Einseitigkeit des Arbeiters ist für die bekannten sozialistischen Weltverbesserer Frankreichs ein hauptsächlichster Angriffspunkt gegen die heutige Ordnung der Volkswirtschaft gewesen. Fourier, der Philosoph jener Eekte, will alles Land in Arbeitsquadrate mit je einer Arbeiterfamilie (Phalansterium) darauf eingetheilt wissen; je 2000 Menschen arbeiten darin. Wie ihre Triebe, wechseln ihre Arbeiten; höchstens zwei Stunden soll Jemand bei denselben

Arbeit bleiben. Aus diesem Schmetterlingswechsel der Triebe (série papillonnée des passions) entfalte dann eine ganz neue Arbeitstheilung, welche weit mehr leiste als die jetzige. Wenn dann die Menschen sich verändert haben, werde auch die Natur ganz andere Triebe bekommen, aus dem Gärtner werde Limonade werden, und darin werden „Antinatalistische“ als Schiffsmotoren und Delphine als Briefboten schwimmen; dann wird die ganze Welt besser sein. Fourier, in Vielem ein nicht zu unterschätzender Denker, glaubte so fest an sein System und dessen Bedeutung, daß er, sein Leben lang ein Handlungsdiener, zehn Jahre hindurch jeden Morgen hoffnungsvoll an einen bestimmten Ort ging, welchen er in seinen Schriften zur freiwilligen einer Million für das erste Balaustierium bezeichnet hatte. Wenn es mit dem Glauben an die größere Nützlichkeit der Schmetterlingsserie gegenüber der heutigen Arbeitstheilung sich thun ließe, dann wäre es wohl leicht, die Welt zu verbessern.

2) Die sittlichen Uebel der fabriktädtischen Arbeiterconcentration für das Familieneben sind unlösbar. Allein durch die endlich eifrig erstrebte Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, und durch andere Reformen läßt sich diesem Uebel beugen. Hat man doch in Frankreich (Juryieux) eine Art von Fabrikstädten für Fabrikarbeiterinnen errichtet. Ueberhaupt aber untergräbt nicht alle Industrie das häusliche Leben. Der handwerksmäßige Betrieb ist noch immer weit der vorherrschende, wie neuestens wieder die allgemeine zollvereinsländische Industriestatistik erwiesen hat. Die Hausindustrie ordnet sich für fagonirte Waare dem System der Großunternehmung ein, wie die Messerschmiede, Meubleschreiner, Jacquardweber, Stickerinnen zeigen, die auf dem Lande zerstreut für größere Firmen arbeiten.

Die größten Uebelstände kommen, wie neueste englische Enquêtes, z. B. für die Zohnwaarenindustrie ausgewiesen haben, weniger bei den großen als bei den kleinen Etablissemments vor.

3) Auch die angeblich präferirte Lage der Arbeiter in Folge der Arbeitstheilung — wird übertrieben geschildert. Die neueren Arbeiter zeigen denn doch nicht wie der Vogel am Zweige. Die Arbeitstheilung führt zu Anhäufung von vielem fixen Kapital (Gebäude, Maschinen etc.), die Arbeitgeber sind hiedurch interessirt, diesem Kapital fortlaufende Verwendung, also den Arbeitern fortlaufende Beschäftigung zu suchen. Und die Arbeiter selbst, indem sie aus der Zerstreuung heraus treten, finden sich nun erst zu genossenschaftlicher Selbsthilfe zusammen, indem sie als Stand und Klasse ihre Interessen kennen und erfassen lernen.

§ 40. **Verhältniß der Arbeitstheilung zum Kapital.** Das gesellschaftliche Princip der Arbeitstheilung wird weiter erschellt durch Darlegung seines Verhältnisses zum Kapital.

Die Arbeitstheilung würde ihren vollen wirtschaftlichen Effect gar nicht erzielen, wenn nicht das umlaufende Kapital (s. oben § 18) vorhanden wäre. Dieses breitet sich durch das ganze gesellschaftliche

Erzeugungssystem hindurch als ein Stamm verwendender Güterwerthe aus, welcher in tausendfacher Verstärkung die sich regelmäßig nachschleibenden Anknüpfungspunkte zur Aufnahme weiterer Arbeitseffecte und weiterer Nutzungen stehenden Kapitals darbietet. Soll z. B. in der Hervorbringung baumwollener Kleiderstoffe eine ununterbrochene arbeitstheilige Erzeugung stattfinden, so müssen gleichzeitig der Baumwollpflanzer die Pflanzen, der Baumwollimporteur die Baumwollballen, der Spinner die Baumwollvorläufe, der Brennmateriale, der Weber die Baumwollgespinnte (Wristel), der Färber und Drucker die rohen Gewebe, der Gewebefärber die Gewebestücke je als umlaufendes Kapital in den aufeinander folgenden Formen besitzen, damit ununterbrochen je die einzelnen arbeitstheiligen Productionswirkungen auf jeder Stufe in wirtschaftlichster Weise sich ansetzen können.

Auch eine specialisirtere Entwicklung des fixen Kapitals ist die Voransetzung wie die Folge der Arbeitstheilung. Nun muß gleichzeitig der Pflanzter seine Plantage, der Baumwollhändler seine Schiffe, die Eisenbahn ihre Transportmittel, der Spinner und Weber Maschinen, Gebäude und Feuerungen, der Drucker seine Farbdrücke besitzen und speciell ausbilden. Ein einziger Unternehmer wäre nicht im Stande, so das stehende Kapital zu specialisiren und es ebenso vollständig auf jeder Einzelstufe gleichzeitig auszunutzen.

Arbeitstheilung und Kapitalwirtschaft bedingen hiernach einander aufs Innigste im privatwirtschaftlichen Erzeugungssystem der bürgerlichen Gesellschaft. Sie stellen beide productive Grundkräfte, das Arbeits- und das Gütervermögen, in ihrer gesellschaftlichen Auseinanderbreitung und ihrer gesellschaftlichen Wechselwirkung dar.

§ 41. Das gesellschaftliche Princip in der Arbeitstheilung.

Die Lehre von der Arbeitstheilung ist oben (§ 35—39) in der betriebsmäßigen Weise dargestellt worden. Man hat hierbei in der Regel ihre Vortheile im Auge, wie sie sich durch Anwendung in einem wohlgeordneten Fabriketablissemment darstellen. Um so mehr ist es am Platze, auf den viel höheren Standpunkt hinzuweisen, von welchem aus der Nationalökonom die Arbeitstheilung zu betrachten hat. Sie ist nicht Anderes, als die Gliederung der großen menschlichen Familie zu einer räumlich und zeitlich vertheilungen wirtschaftlichen Interessengemeinschaft. Sie ist nur ein anderer Name für den gesellschaftsgesellschaftlichen Charakter der Güterherverbreitung, und sie ist eben deshalb die Darstellung des höchsten Grades der Wirtschaftlichkeit in der Production.

Durch sie tauschen Chinesen und Engländer, Vollarbeiter und Grobschmiede, Schuster und Tischler ihre in die mannigfaltigsten Güterformen gebrachten, ihre mannigfaltig abdividiren und combinirten Arbeitseffecte und Kapitalvermögensnutzungen — in Gestalt von Thee, Rattunen, Tuchen, Eisenwaaren, Schuhen, Meubles — mit einander aus. Die Arbeitseffecte längst vermordeter Vordereben, welche ein Werkhaus, eine Straße, Eisenbahn gebaut haben, werden den Enten zu Theil, indem sie in dem

späteren arbeitsheiligen Erzeugungsprozesse der Reize nach als Nutzungen der genannten fixen Kapitalien aufgehen.

Diese Vereinigung und zwar die wirtschaftlichste Vereinigung der tausendfältigen Elemente heranwachsender Güter besorgen unter dem Lohn besonderer Gewinne (Renten) und unter der Strafe besonderer Einbußen, die concurrenzierenden Unternehmer (vgl. § 20), welche mit ihrem Unternehmungsvermögen wie Händler von Arbeitseffekten und Vermögensnützungen dastehen und gleichsam die Punkte wirtschaftlichster KrySTALLISATION der scheinbar chaotisch in der bürgerlichen Gesellschaft durcheinander stühenden productiven Elementargüter, der Arbeitsleistungen und der Kapitalnutzungen, werden. Insbesondere zwischen räumlich und zeitlich auseinanderliegenden Productiverwürten vermittelt der kaufmännische Unternehmer diesen Dienst.

Die nicht durch Tausch und Concurrenz geregelten Arbeitsvereinigungen, z. B. diejenige des Staates, fallen zunächst nicht hierher (vgl. vielmehr unten § 176 ff.).

§ 42. **Politische und sociale Bedeutung der Arbeitstheilung.** Daß diese Bedeutung eine entscheidende ist, bedarf nach den in § 41 gegebenen Bemerkungen nicht mehr einer näheren Begründung. — Ausgezeichnete Studien, in Deutschland angeregt durch die von Röscher beförderte geschichtliche Richtung und durch die Bemühungen der historischen Rechtsschule, haben diese entscheidende Bedeutung der Arbeitstheilung für das Ständewesen und für den Bau des Staates und der Gemeinden, auch im Einzelnen aufgehehelt. Besonders verweisen wir auf Dieckel, die Volkswirtschaft und ihr Verhältnis zu Gesellschaft und Staat, 1864, sowie auf das berühmte französische Werk von Dunoyer, la liberté du travail. — Die Ordnung der Arbeit wird, indem sie durch die Arbeitstheilung zu ständiger und gleichartiger Beschäftigung vieler Einzelnen führt, die Grundlage der ständischen und wirtschaftlichen Klasseneinordnung der Menschen. Der Standeswechsel hängt in der Regel mit einem Arbeits- oder Kapitalvermögenswechsel und dieser mit einer Veränderung der geistigen Richtung der Persönlichkeit zusammen.

§ 43. **Anhang. Die Arbeit im Handel.** Indem wir die Lehre von der Arbeit schließen, machen wir darauf aufmerksam, daß auf der letzten Stufe productiver Arbeit, im Handel, die Handarbeit neben der specialisierten Gedankenarbeit, überhaupt aber das Arbeits- neben dem Kapitalvermögen zurücktritt. Letzteres ist nothwendig der Fall, weil der Kaufmann die Resultate der bisherigen Productiveffekte d. h. umlaufendes Kapital, sowie die endlich fertig gewordenen Güter aus einer Wirtschaft in die andere zu übertragen den Versuch hat.

Aus diesem Zurücktreten der Arbeit überhaupt, insbesondere jener Handarbeit, welche äußerlich erkennbare Spuren am Product zurückläßt, ist denn auch die schon in § 28 zurückgeworfene Verdächtigung des Handels beim gemeinen Volke leicht zu erklären. Uebrigens sind die so zu erklärenden, wenn gleich völlig ungerechten Vorurtheile alt. Schon Cicero

(vor Christus) sagt: „die Kaufleute lägen nur und nützen nichts.“ Merkur war im Alterthum der Gott der Kaufleute und der Diebe. Von den handeltreibenden Kreisläufern heißt es, sie seien „immer Lügner und faule Bände.“ Der Haß gegen die Juden hängt jedenfalls theilweise mit ungetheilten Vorurtheilen niedriger Gesittungsstufen gegen den Handel zusammen.

b) Lehre vom Kapitalvermögen.

V. Kapitel: Begriff und Nutzen des Kapitals.

§ 44. **Begriff und Uebergang.** Wir haben zuerst die frei mitwirkenden Naturkräfte, dann in längerer Erörterung die Arbeit als Factoren der Production kennen gelernt. Schon die Betrachtung der Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Entfaltung (Arbeitstheilung) hat ergeben, wie unentbehrlich für die Wirtschaftlichkeit in der gesellschaftsmäßigen (nationalwirtschaftlichen) Erzeugung der Güter die Mitwirkung besonderer Theile des Vermögens sei, welche den Stamm der Erzeugung ausmachen.

Kapital ist dasjenige Vermögen, welches **Stamm** der Werthentstehung ist; es ist das Genußvermögen, gleichsam so lange es in die Halm schlägt, so lange es als anwachsende Knospe und reifende Frucht noch im Werden ist.

So haben wir es ziemlich eingehend verläufig schon an zwei Orten (§ 3 und 18) bezeichnen müssen; wir verweisen auf diese Paragraphen eindringlich zurück.

Ebenso haben wir das sogenannte „Nutzkapital“ besprochen, dasselbe jedoch als stehendes Gebrauchsvermögen aufgefaßt und nicht zum Kapital gerechnet.

Werdendes Genußvermögen stellen in der That alle Güter dar, welche man Kapitalien nennt; Rohstoffe sind der Anstoß zu allerlei Genußgütern; ebenso gehen die Dienste oder „Nutzungen“ der stehenden Kapitalien, z. B. die Gebrauchseffekte von Fabrikgebäuden, Maschinen, Speichern, Transportanhalten, von Geld als Tauschmittel — in die werdenden Güter in immer höherer Summierung über, bis Genußgüter fertig sind und endlich in Folge der kaufmännischen Kapitalanwendung genußbereit in die Hand des Consumenten gelangen.

Zur weiteren Erläuterung des Kapitalbegriffes, welcher bei den Nationalökonomien durchs nicht immer klar genug aufgefaßt ist, geben wir noch folgende Bemerkungen:

a) Die Kapitaleigenschaft ist keine natürliche, sie umschließt vielmehr nur den Dienst für die Production, besteht in der productiven Zweckbeziehung. Ein und dasselbe Gut kann bald Kapital sein, ein Haus als Werthstätte, — bald nicht, ein Gebäude als Wohnhaus. Ein Diamant, der dem Glaser zum Glashschneiden dient, ist Kapital des Glasers, nicht aber der Diamant im Diadem einer Königin.

Bugleich geht daraus hervor, daß es fast unmöglich ist, alle ein-

zelen Güter aufzuzählen, welche Kapital waren, sind und noch sein werden. Doch erwähnen wir beispielsweise einer mehr technischen als ökonomischen Unterscheidungen der Kapitalgüter:

Wir können Maschinen und Werkzeuge als Kapital betrachten, sofern wir sie in ihrer Zweckbestimmung für Hervorbringung vermehrter Güter, als Quelle von Nutzen, als vorgegebene Arbeit auffassen. Kapital ist der Grund und Boden, insofern er von Menschenhand für die Erzeugung vorge richtet ist, mit seinen Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen, mit Deichen, Zäunen, Mauern, überhaupt in seiner Kultur durch Menschenhand; der Umstand, daß das, was im Boden wirklich zur Produktion zubereitet ist und was ihn von selbst dient, nicht geändert dargestellt werden kann, daß die äußere Begrenzung des zubereiteten Nutzens mit dem bloßen Naturdasein des Bodens untreunbar zusammenläuft, kann die Kapitaleigenschaft des Ackerbodens nicht beeinträchtigen; auch bewegliche Stoffe sind ja vermöge der Temperatur, des Lichtes, der Schwerkraft unscheidbar in das freie Naturleben verwoben. Kapital sind die Bauwerke, Werkstätten, Vorrathshäuser, Straßen, insofern sie der Production dienen, (letzte also z. B. nicht als Spazierwege). Ferner sind Kapitalien: die Arbeits- und Nutzthiere, die Stoffe im engeren Sinn: Hauptstoffe (Saatkorn, Hanf, Wolle u. s. w.), Hilfsstoffe (Farben, Chemikalien u. dergl.). Geld ist zwar nicht Kapital für die einzelne Hervorbringung, zu der es nicht beiträgt (ein Saet mit Dukaten wäre für Robinson kein Kapital gewesen, da er ihm weder direct noch indirect gedient haben würde), für die volkswirtschaftliche Hervorbringung im Ganzen aber, weil sie arbeitstheilig und daher tauschmäßig geschehen muß, ist Geld ein unentbehrliches Hilfsmittel der Gütererzeugung, auch für den Einzelnen als Mittel der Beschaffung der Erzeugungsbedingungen, und insofern ist Geld Kapital.

Seit L. Smith sagt man: Geld sei stehendes Kapital auf dem Standpunkte der Volkswirtschaft, flüssiges vom Kasienhandpunkt der einzelnen Unternehmung. Besser würde man ökonomisch sagen können, es sei auch für die Privatwirtschaft stehendes Kapital, aber ein solches, dessen aufeinander folgende Nutzungen für die Einzelwirtschaften zumeist in der fortgesetzten Hinausgabe bestehen. In der Kasse des einzelnen Geschäftes bleiben nicht die einzelnen Stüde, wohl aber einander vertretende Stüde als Tauschinstrument stehen; Geld als fungibles (vertretbares) Gut ist auch privatwirtschaftlich stehendes Kapital („unter den einzelnen Stücken einer bestimmten Art des Geldes ist so wenig Unterschied als unter den einzelnen Weizenkörnern in einem Haufen.“ Savigny, Syst. I, 440).

b) Beweglichkeit — ist nicht das wesentliche Merkmal des Kapitalbegriffes, wohl aber ist die Unterscheidung von beweglichen und unbeweglichen Kapitalgegenständen insofern von Bedeutung, als die Productivität der ersten an jedem Orte verwendet werden kann, überall hin sich übertragen, überall sich anhäufen läßt, den damit producirenden Menschen daher nicht an die Scholle bindet. Man denke

an die städtische Concentration der Bevölkerung, die frühere Vertheilung des städtischen Gemeinlebens vom Feudalismus, weil Gewerbe und Handel bewegliches und hieneben in Häusern sehr concentrirtes unbewegliches Kapital haben.

Die Unterscheidung von beweglichem Kapital, mit dem es hauptsächlich der Kaufmann, und unbeweglichen, mit dem es hauptsächlich der Landwirth zu thun hat, ist auch sehr wichtig für den Staatsmann, für welchen der Besitz des ersten als das weltbürgerliche, misere, der Besitz des zweiten als das stetige, klebende, schroff lokale und nationale Vermögensmoment der Bürger in Betracht kommt. Weide sind als Grundlage tüchtiger Staatsentwicklung gleich sehr nothwendig; die Aufgabe des Staatsmannes ist es, sie durch die Staatsverwaltung in das richtige Verhältniß der Stellung zu legen.

c) Leihkapital. Das productiv verwendbare Vermögen oder Kapital wird theils vom Eigenthümer selbst verwendet, theils einem Andern überlassen.

In letzterem Falle heißt es Leihkapital, sei es, daß es zum Verbrauch in Form von Geld und sonstigen vertretbaren Werthen (Darlehen) oder daß es zur Nutzung, unter der Verpflichtung der einstigen Zurückgabe d desselben Nutzgutes, überlassen werde (Pachtgut, Miethgut). Bezüglich des Leihkapitals im Allgemeinen ist folgendes zu bemerken:

Das Volkskapital im Ganzen wird durch die inländischen Leihkapitalien nicht vermehrt. Die letzteren begründen nur eine andere Vertheilung des schon vorhandenen Vermögens. Allein auch diese veränderte Vertheilung hat bedeutende Wirkungen (vergl. § 15, 3).

Nicht alles geliebene Vermögen dient als Kapital. Ein Miethhaus ist nicht Leihkapital, wenn es zum Bewohnen vermietet wird. Das Einkommen an Miethzins ist überhaupt volkswirtschaftlich nicht vermehrtes Einkommen, sondern schließt lediglich eine andere Einkommensvertheilung in sich. Dasselbe kann allerdings dazu dienen, Werthe, die beim Miether verzehrt worden wären, durch den Vermietter zu Kapital anhäufen zu lassen. Es ist aber auch möglich, daß der Vermietter für den Wohnungsgenuß nur andere Genüsse eintauscht.

d) Das Kapital und die Löhne. Schon oben § 18 3. 7 ist mitgetheilt, daß man oft das Unternehmervermögen, namentlich wo es sich um den Gegensatz von Arbeit und Kapital handelt, schlechtthin „das Kapital“ nenne.

Es muß nun genauer betont werden, daß dieses Unternehmerkapital, indem es Löhne und in den Löhnen Aufweisungen auf Unterhaltsmittel ausgiebt, wesentlich einen Bestandtheil des nationalen Genußvermögens darstellt.

Dasselbe vermittelt hienach durch den Lohn den Austausch schon fertiger Genußgüter gegen Arbeitseffekte; denn mit den letzteren vergilt der Arbeiter den Lohn, er erhält für seine Leistungen, welche im Stufengange weiterer Production erst zu Genußgütern ausgezeitigt wer-

den, schon gemessfertige Unterhaltsmittel. Nicht Unterhaltsmittel oder Löhne sind daher Kapitalien, sondern sie sind der Preis für die eben jetzt zu Kapitalgütern sich verdienenden Arbeitsleistungen, für das in das Unter- vermögen des Einen übergehende Arbeitsvermögen des Andern *). Z. B. die Arbeit des Tischlergehilfen wird einem Holze eingebracht, welches viel- leicht erst nach einem Jahr als Maßagengienstrank in Gebrauch kommt, und dreißig Jahre lang dem Gebrauche dient, während der Möbelfabri- kant im Geldbuche des Tischlergehilfen bereits eine Anweisung auf den Nationalvorrath an fertigen Genußgütern, stehenden und verzinslichen, ausgestellt hat, so daß der Geselle sofort schon mit seiner Arbeit seinen Unterhalt trifft und seinen Bedarf an stehendem Gebrauchsvermögen decken kann.

Ohne diese Dienstleistung „des“ Kapitals müßte jeder Arbeiter zunächst seinem täglichen Unterhalt nachgeben und eine ge- regelte gesellschaftliche Produktion in wirtschaftlichster Zeit- und Reihenfolge wäre nicht möglich.

Hiemach zeigt sich am Kapital eine neue Seite im Dienste der höchsten Wirtschaftlichkeit: dasselbe ermöglicht das gesellschaftliche Zusammen- wirken zur Produktion, gestattet die erfolgreichste Einordnung aller Ar- beitsleistungen in die technisch zweckmäßigste und wirtschaftlichste Zeit- folge der Hervorbringungshandlungen (vergl. auch § 46).

§ 45. **Der Nutzen des Kapitals.** Um den Nutzen des Kapitals zu würdigen, bedarf es nur der Darlegung seines Dienstes im gesellschaft- lichen System der Güterhervorbringung.

Hierbei erinnern wir zuerst an die schon in § 3 und 18 durchgeführte Unterscheidung von

stehendem Kapital, welches durch fortgesetzten Gebrauch stufen- weise ansehnlich wird (Gebrauchskapital), und von umlaufendem Kapital (flüssigen, circulirendem K., fonds de roulement, rotirendes K.), welches auf jeder Produktionsstufe in einmaligen Gebrauch seinen productiven Dienst vollzieht (Einkauf in Händen des Messerschmiedes, Kohle in der Locomotivfabrik u. s. w.).

Was nun

I. das umlaufende Kapital

betrifft, so ist der Nutzen desselben schon in § 18 und 40 dargelegt; Wir wollen hierauf nachdrücklich zurück. Es ist dem Saft im Baume zu vergleichen, welcher immer weiter aufsteigend durch Hingnahme immer weiterer Productivelemente zur Frucht wird. Das umlaufende Kapital entsteht aus Arbeit und Vermögensnutzungen, nimmt seinen Lauf durch den arbeitstheiligen Steufgang der Produktion, erfährt auf jeder Stufe weitere Arbeiten, nimmt die ergänzenden Zussätze anderweitiger Umlauf- kapitalien auf (das Gewebe z. B. beim Färber die Farbe), einverteilt

*) Dieses Verhältniß ist in der Nationalökonomie in der Regel nicht klar erläutert. Dozmengschichtlich können wir es hier nicht ausführen.

sich die Nutzungen stehender Kapitale, bis es fertiges Genußvermögen ist. Und immer muß sich in dem Maße neues Umlaufkapital nachschließen, als das vorherige am Ende seines Umlaufes ins Genußvermögen über- geht. Jeder Zeit ist das flüssige Kapital als Bedingung der Arbeits- theilung, als tausendfältiger Anknüpfung der Productivkräfte, durch die ganze Volkswirtschaft gestreut.

Es läuft theils innerhalb derselben Unternehmungen weiter, Baumwolle z. B. in die Spinnerei, von da als Gespinnst in die Web- abtheilung, von da als Rohgewebe in die Färberei und Appretur, wenn Ein Etablissement diese Zwecke zusammennimmt, — theils geht es von einem Etablissement in das andere unter Vermittlung des Kredites und des Geldes.

In seiner Circulation ist das flüssige Kapital Bindemittel der auf- einanderfolgenden getheilten Functionen, also Vertreter der Arbeitsthe- ilung (§ 40); die letztere aber tritt theils innerhalb der Einzelunter- nehmung, theils durch geordnetes taufsmäßiges Zueinandergreifen ver- schiedener Unternehmungen auf.

Das umlaufende Kapital als Lohngeber ist in § 18, 3. 7 und in § 44 d. genügend.

Fast man hiemach den Dienst des umlaufenden Kapitals in Ein Wort zusammen, so besteht er:

in der wirtschaftlichsten räumlichen und zeitlichen Ver- theilung und Wiederausammenordnung sämmtlicher im privatwirtschaftlichen Hervorbringungssystem der Ge- sellschaft anzunehmenden Arbeitsleistungen und Vermögens- nutzungen. Ohne das umlaufende Kapital würde eine unwirtschaft- liche Verwirrung der productiven Kräfte der Gesellschaft eintreten.

II. Das stehende Kapital

ist die Verdichtung früherer Arbeiten und Vermögensnutzungen zu einem Vorrath von successio sich ablösenden Elementen fernerer Güter- erzeugung. Die Arbeit und das Gütervermögen, welche in Fabriken, Maschinen, Schiffe, Wagen u. s. w. gesteckt worden sind, hätten schon früher auch zur Genußgütererzeugung verwendet werden können. Statt dessen sind sie in Gestalt der genannten fixen Kapitalien zu Vorräthen fernerer fortlaufend zu wüthender Productivnutzungen angeschafft worden.

Dies erklärt alle einzelnen Seiten des Nutzens des stehenden Kapitals:

1) als Vorrath für längere Zeit voraus angelegte Güterelemente eticliert das stehende Kapital die ökonomische Zukunft. Die Größe stehenden Kapitals an Gebäuden, Werkzeugen, Vieh, Bodenerbesserungen, Straßen, Häfen u. s. w. ist und gilt daher als ein hauptsächlichster Gradmesser des Wohlstandes einer Nation.

2) Ein hoher Grad der Wirtschaftlichkeit in der Production wird vom stehenden Kapital insofern verwirklicht, als nun manche wirtschaft- liche Thätigkeit mit viel geringeren Opfern ein für alle Mal oder doch für viele aufeinander folgende Fälle verrichtet wird. Dies wäre nicht

der Fall, wenn dieselbe Arbeit für jeden Fall besonders geschehen müßte. Wie viel wirtschaftlicher ist es, für einen Fabrikationsprozeß ein für alle Mal einen soliden Bau, statt oftmals eine Bretterhütte herzustellen, die Naturkraft der Schiere und die Elasticität des Dampfes einmal im Dampfhammer dauernd zu unterwerfen, als jedesmal wieder mühsam den Druck durch andre Mittel und mit viel geringerem Erfolg zu üben.

So ist denn auch schon eine fernere Haupteigenschaft des Kapitals, 3) die wirtschaftliche, dauerhafteste Unterwerfung der Natur erklärt. Batterie und Draht des Telegraphen beähmen dem Menschen für Jahre die Electricität, der Eisenbahnschienen dient noch kommenden Generationen zur Raumüberwindung, das Vieh dient lange Zeit der Verwertung des Grases zu allerlei Güterformen; das Schiff ist für 100 Fahrten gefestigt wohlfeiler, als 100 Nothschiffe für den einzelnen Fall.

4) Das stehende Kapital giebt den Arbeitern eine Gewähr regelmäßiger Beschäftigung, da die Besitzer des ersteren nach gleichmäßiger fortlaufender Ausnutzung ihres fixirten Vermögens trachten müssen.

5) Das stehende Kapital repräsentirt den wirtschaftlichsten Effect durch ökonomische Solidarität der menschlichen Gesellschaft in der Zeit, das umlaufende Kapital repräsentirt mehr die gleichzeitig oder in kleinem Zeitraume sich ankündende Solidarität der räumlich, nach Orten und Ländern vertheilten Productivkräfte.

Ein englischer Nationalökonom sagt:

„Kein Nagel in England, welcher sich nicht direkt oder indirekt auf eine Erparniß vor der normanischen Eroberung zurückführen ließe“ (Mosher). Zu der Tasse Kaffee, die ich Morgens genieße, hat der Porzellanküpper in China, der Neger in Brasilien, die Wildmagd auf dem Land u. s. w. mitgewirkt. Man lese einen Sammelhandel mit Garnirung in die Arbeiten und Stoffe der Erzeugung, der dabei thätig gewesenene Werkzeuge, Maschinen, Gefäße, Nahrung u. s. w. auf!

Jene wirtschaftliche Solidarität der Generationen zeigt sich namentlich in den Anstalten des Staates, welche man als Erbgut den Schulden als der Last der Nachkommen entgegensehen muß.

In den Eisenbahnen hat eine Generation zu stehendem Kapital viele Milliarden angelegt, welche in Gütergeleisen der Zukunft verankert werden.

§ 46. **Betriebs- und Anlagekapital.** Die Summe der in Einem einzelnen Betrieb zusammenwirkenden Umlaufkapitalien heißt **Betriebskapital**.

Die Summe der einem einzelnen Betrieb zugehörigen stehenden (fixen) Kapitalien heißt sein **Anlagekapital**.

Beide müssen in richtigen Verhältnis gemischt sein. Besser ist es, eher zu wenig als zu viel Kapital zu fixiren; denn überflüssige umlaufende Kapitalgüter können viel leichter ohne Verlust verwertet werden, als überflüssige fixe Kapitalien. Dem Kaufmann ist ein zu großer Waarenvorrath keine solche Verlegenheit, als Jahre lang leer bleibende Magazin-gebäude oder unbenutzbare Schiffe.

Wir erläutern dies näher: 1) Die größere Vorsicht beim Anlagekapital empfindet sich aus folgenden Gründen: das umlaufende Kapital kommt schnell wieder herein, wenn es auch ohne Gewinn oder sogar mit Schaden hereinkommt: es kann in einem anderen glücklicher angelegten Umlaufprozeß viel wahrscheinlicher sich wieder ersehn. Erfahrungsmäßige Wahrheit gewisser, auf kurzen Umlaufperioden stehender Unternehmungen (Wäcker, Fleischer). Das Umlaufkapital ist vermöge seines kürzeren Kreislaufes auch viel geringeren Werthschwankungen ausgesetzt, daher es vielfach geringeres Risiko verursacht. Der Häuserwerth hat oft 10–20-jährige Schwankungsperioden; das Getreide, das heute der Müller kauft und in zwei Tagen als Mehl absetzt, ist einem geringeren Werthrisiko unterworfen. Je länger freilich die Umlaufperiode ist, desto mehr wächst das Risiko; der Weltverrath für eine Spinners, eine schwimmende Ladung indischen Zuckers für ein Amsterdamer Haus sind weit mehr ein gefahrvolles Umlaufkapital, als die Turbine der ersten, das Magazin des letzteren ein gefährdetes stehendes Kapital sind.

Das stehende Kapital ist einer vollkommenen Ausnutzung viel weniger versichert. Technische Neuerungen z. B. erschweren die Ausnutzung einer älteren Maschine, politische und kommerzielle Ereignisse die Ausnutzung von Magazinen, Schiffen, Wagen, Platzverhältnissen, thener erzeugten Kundschaften. Im Allgemeinen folgt die wichtige praktische Regel daraus: daß man die Periode vollkommener Ausnutzung desjenigen stehenden Kapitals, dessen Nutzbarkeit schwanke, der Maschinen, Gebäude u. s. w. möglichst beschleunige.

Ein kleines stehendes Kapital kann meist leichter ergänzt, als ein zu großes vermindert werden, wenn das Umlaufkapital dafür nicht zureicht; von dem zu viel beschafften Betriebskapital, das zudem meist beweglicher Natur ist, kann durch Verkauf und Kredit meist leichter abgegeben werden, als vom stehenden. — Beispiele: Die Bijouteriefabrik wird leichter ein zu kleines Geschäftsfaktel um einige Zimmer vergrößern, um bei hinreichender Kundschaft den größeren Geldvorrath (für umlaufendes Kapital) produktiv zu verwerten, als sie ein großes Local, umfassende Maschinen und Werkzeuge verwerthen kann, wenn es ihr an Umlauf fehlt; hat sie zu viel Geld, so leht sie es leicht an eine andere Wirtschaft ab.

Alle diese Bemerkungen bestätigen die obige Ermahnung zur Vorsicht in der Berechnung der stehenden Kapitalanlage. Für die Mißachtung dieser Regel hat der Sprachgebrauch allerlei Ausdrücke: „sich zu tief hineinstecken“, „sich verbauen“, „zu groß anfangen“ u. s. w. Hauptsache ist freilich, das richtige Verhältnis zwischen beiden Kapitalarten zu treffen und so gut als möglich immer zu erhalten.

Ganze Perioden sind von dem Fehler ergriffen, durch gewerbsmäßiges Anzeteln neuer Unternehmungen zu viel stehendes Kapital anlagen zu machen. Dies find die Zeiten des Eisenbahns, Kanals- und Industriefiehwirbels, wo so viel Kapital in stehende Anlagen gebracht wird, daß die Betriebsmittel und der Absatz für den Umlauf ausgehen.

Die größten sogenannten Handels- und Produktionskrisen dieses Jahrhunderts wurzeln wesentlich auch auf der Ausbildung eines Mißverhältnisses zwischen stehendem und Umlaufkapital (§. § 116 ff.).

Wo übrigens viel stehendes Kapital wirklich vorhanden und in vollkommener Nutzung begriffen ist, da dürfen wir sicher sein, sehr hohe wirtschaftliche Kulturzustände zu treffen (§. § 45, II, 1). Seine vollkommene Ausnutzung setzt ein großes, thätiges Umlaufkapital, eine lange, glückliche Vergangenheit voraus; die Maschinen, Schiffe, Kanäle, Bahnen, Verbesserungen Englands! Und umgekehrt, wo dieser Kulturzustand und die rechtliche Gewähr desselben fehlt, da kann auch nicht viel stehendes Produktivkapital sich bilden, noch sich erhalten. Störungen des Kulturzustandes durch Krieg und Verwüstung, durch Revolutionen treffen aber auch die Länder mit viel stehendem und zugleich unbeweglichem Kapital weit empfindlicher. Solche Störungen sind, auch wo die Ehre das Wagnis gebietet, dem nach Ausnutzung strebenden stehenden Kapitalvermögen verhasst; dasselbe huldigt leicht einer feigen Kränkerpolitik, jandzt leicht den rettenden Thaten der Staatskrisen; es bewegt sich schnell vor den Folgen der Gewaltregierungen (das heutige England gegenüber Napoleon III.), und scheut selbst notwendige Kriege.

2) Die Nutzung des Kapitals geschieht durch Vermittlung der Arbeit. Da das umlaufende Kapital größtentheils dem Arbeiterunterhalt durch Lohnzahlung dient (§. § 44 d), so gilt es den Nationalökonomien als vorzugsweiser Ernährer der Arbeiter. Eine Vermehrung des stehenden Kapitals auf Kosten des umlaufenden entzieht Arbeits Gelegenheit, kann nachtheilig für den Arbeiterstand wirken, so die Einführung der Maschinen für den Augenblick (§. oben § 33). Zwar wird mit Recht gesagt: durch die erweiterte Wohlfeilheit der Maschinenherzeugnisse wachse die Nachfrage, dadurch vermehre sich später die Arbeits Gelegenheit bei den Maschinen. Allein letzteres geschieht doch nur mittelbar. Unmittelbar bestimmt nicht die künftige Nachfrage, sondern das Tempo und die jetzige Masse des umlaufenden Kapitals den Umfang der Arbeits Gelegenheit. Allerdings trifft es mit einer gewissen Nothwendigkeit zu, daß nicht auf Kosten des vorhandenen umlaufenden Kapitals, sondern aus dem neuen Ueberschüssen, nicht bei mangelnder, sondern zur Zeit answachsender Arbeits Gelegenheit große Kapitalien in stehende Anlagen festgelegt werden (§ 34).

VI. Kapitel: Bildung des Kapitals.

§ 47. **Bildung durch Sparbarkeit.** Das Kapital bildet sich in der menschlichen Gesellschaft nach dem Gesetz der Wirtschaftlichkeit in Befriedigung sowohl der kommenden als der jetzigen Bedürfnisse, und nach demselben Gesetze schränkt sich diese Bildung ein oder hört auf.

Wir können dies durch folgendes deutlich machen.

1) Esen nur um zukünftige Bedürfnisse leichter oder reichlicher

zu befriedigen, richtet man jetzt das Arbeitsvermögen oder die Nutzung schon vorhandenen Kapitalvermögens nicht auf die Erzielung unmittelbarer Genüsse. Auf letztere muß man allerdings verzichten (Sparbarkeit), wenn man Kapital bilden will, aber man verzichtet nur in Aussicht geringerer Opfer für den größeren Gewinn, welcher dem Sparer oder seinen Angehörigen fortlaufend künftige zu Theil werden wird. Statt zu genießen, vermehrt ein junger Familienvater aus gutem Einkommen lieber sein Geschäftskapital, weil so nicht klos sein jetziger Bedarf, sondern auch der Altersverorgungs- und Kindererzuchtungsbedarf gesichert, also mit gleichen Opfern eine höhere und größere Befriedigung erzielt wird.

Die Sparbarkeit als „Quelle der Kapitalbildung“ ist also nur eine Seite der Wirtschaftlichkeit, sie ist eine gut egoistische Tugend.

2) Wo man dagegen von der Zukunft keine Genüsse will, oder wo der durch jetzige Opfer zu erlaufende künftige Werth nicht erkannt ist, oder geringer als das jetzt zu bringende Opfer, oder gefährdet erscheint, da beschränkt sich die Kapitalbildung von selbst.

Kinder, Soldaten, Gelohe sparen nicht. Gefährte Rechtsicherheit, Aussicht auf Krieg und Unruhe hemmen die Kapitalbildung und vermehren das in Tag hinein Leben.

Die Kapitalbildung muß überhaupt wirtschaftlicher Weise aufhören, wenn einer der beiden folgenden Fälle oder beide zusammen eintreten: Es kann nämlich entweder durch einen wegen der Kapitalbildung erfolgenden zu plötzlichen und allgemeinen Verzicht auf die schon vorhandenen Genußgüter der Werth der letzteren sehr gedrückt werden, oder es können die zur Bildung künftiger Genußgüter bestimmten Kapitalien zu geringen Reinertrag versprechen.

Im ersten Fall wird wirtschaftlich die Genußlust der Gegenwart von selbst steigen, im letzteren die Kapitalisierungslust sinken. Die Arbeiter zur Produktion kommander Werthe, und die der Produktion künftiger Genußgüter dienenden schon vorhandenen Kapitalien wären außerordentlich gelacht; hohe Löhne und theure Produktionsmittel würden auf der einen Seite auftreten. Dagegen wäre der Preis der schon auf dem Markte befindlichen fertigen Genußgüter, auf die man Kapital bildend verzichtet, sehr gedrückt, da diese bei plötzlicher übergroßer Sparbarkeit zu stark auf dem Markte liegen. Die Unternehmungslust zur Befruchtung der neuen Kapitalien müßte daher zurück gehen, die Lust zu sparen müßte ab, die Lust zu genießen müßte zunehmen. Mit andern Worten: die in der Kapitalbildung liegende Erwerbung der Anwartschaft künftiger Werthe durch jetzige wirtschaftliche Opfer und Genußverzichte würde im gegebenen Falle eine unwirtschaftliche Handlung sein.

Beim Ueinantertauschen gegenwärtiger und künftiger Genußwerthe (Kapitalbildung, Kredit) werden also die beiden Waagschalen durch das Gesetz der Wirtschaftlichkeit im Gleichgewicht erhalten

oder, einmal aus diesem herausgefallen (Ueberspeculation, Uebersverzehrung), wieder dahin zurückgeführt.

Das genannte Gesetz veranlaßt ebendeshalb jeder Zeit sowohl zum verhältnißmäßigen Genuß, wie zur verhältnißmäßigen Kapitalbildung.

§ 48. **Gehang bei der Kapitalbildung.** 1) Die letztere erfolgt entweder aus dem Arbeitsvermögen durch Anhäufung vermehrter Arbeitsleistungen zu Kapitalien, was gleich dem Sparen im Consum ebenfalls ein wirtschaftliches Opfer der Gegenwart um der Zukunft willen ist,

oder aus dem Gütervermögen durch den Verzicht, welcher einen zum Genuß verfügbaren Theil des Einkommens hiezu nicht wirklich verwendet.

In letzterem Falle ist wieder ein Doppeltes denkbar: Entweder verwendet der Verzichtende den betreffenden verfügbaren Theil seines Einkommens zum Ankauf von Arbeiten und Vermögensanwendungen, beziehungsweise von umlaufenden Kapitalien, um neue Kapitalgüter anzuhäufen, wozu er den Ankauf der Genußgüter (vielleicht zum Nachtheil guter Preise der letzteren) unterläßt, z. B. wenn er von 6000 fl. Einkommen 3000 in's vermehrte Geschäft steckt. Oder er giebt der „Sparende“ den verfügbaren Einkommenstheil in Geldform gegen Zins an einen Anderen, welcher nun seinerseits die wirkliche Kapitalanwendung damit vornimmt.

Große Anhäufung von Geldverräthen ohne Anwendung ist nicht wirklich, sondern „tote“ Kapitalbildung.

2) Stehende und umlaufende Kapitalien sind in beharrlichem Formenwechsel und gehen fortlaufend in einander über.

Das stehende Kapital entsteht aus umlaufendem: eine Maschine aus Eisen, ein Haus aus Stein, ein Schiff aus Holz, — sowie aus Nutzungen anderer stehender Kapitalien (stehendes Kapital der Maschinenfabrik, des Hünfers und Schiffbaus.) Umgekehrt geht stehendes Kapital in einer Reihe von Nutzungen in umlaufendes Kapital über, um entweder sofort Element von Genußgütern zu werden (Nutzung des Magazinsgebändes eines Spinnarenschäufers), oder um sich in neuen Formen stehendes Kapital zu vertheilen, z. B. die Nutzung des Hobelens, die im Roh-eisen zunächst in umlaufendes Kapital übergeht und dann durch Anwendung des Eisens für den Maschinenbau wieder zu einer Form stehenden Kapitals in Maschinenform sich vertheilt.

§ 49. **Weitere Erläuterungen über Bildung und Erhaltung des Kapitals.** Das Kapital muß dem Werthe nach erhalten, d. h. derjenige Theil, welcher in Genußvermögen übergeführt wurde, muß wieder ersetzt, es muß die Fabrik erhalten, die Maschine reparirt, beziehungsweise durch Abschreibung (Amortisation) ein Fonds für neue Maschinen gesammelt werden. Ohne diese Erhaltung in dem Maße, als das § 47 erwähnte Gesetz es vorschreibt, würde die wirtschaftliche Lage sich verschlimmern.

Die Erhaltung des Kapitals dem Werthe nach ist es nicht, was gewöhnlich „Bildung“ von Kapitalien genannt wird. Man versteht unter letzterer die Kapitalvermehrung, deren Gehang § 48 Z. 1 skizirt ist.

1) **Kapitalvermehrung.** Alles was dazu bestimmt, statt jezt Güter zu genießen oder Arbeit zu unterlassen, für die Zukunft Güter zurückzulegen oder vorzuarbeiten, fördert die Kapitalbildung im Sinne der Kapitalvermehrung.

Hiebei kommen wesentlich folgende Umstände in Betracht: die Rechtssicherheit, die Gewäße dauerhafter Staatsordnung, — die volle Freiheit in der produktiven Verwendung des Uebersparthen, — das Maß des zu hoffenden Gewinnes — der noch nicht durch vorhandene Kapital-sättigung abgestumpfte Reiz zu erwerben, — die höhere sittliche Bildung, welche den Geist der Fürsorge für die Zukunft und die Selbstüberwindung des Sparens nährt, — der Zwang, der in der Kargheit der Natur liegt und auf Zurathehalten des einmal Gewonnenen hindrängt.

Eine ganze Reihe wirtschaftlicher Erfahrungen sind auf das hier Gesagte zurückzuführen: die große Eucht der despotisch regierten Asien, in Edelfeinen und Edelmetallen (Geld) ihr Kapital „todt“ d. h. unproduktiv hinzulegen, eine Eucht, welche seit einem Jahrtausend so viel Edelmetall (gegenwärtig Silber) nach Asien zieht, ist u. A. auf den Mangel an Rechtssicherheit zurückzuführen. Die Freiheit der Verwendung, die Größe des Gewinnes, der Mangel an Kapital im Verhältnis zu dem Umfang der noch nicht ausgenützten Naturkräfte machen, daß kaum ein Land so stark kapitalisirt als die nordamerikanische Union, während England bei der schon vorhandenen großen Sättigung mit Kapital weit mehr Ueberschüsse dem „Komfort“, der Kategorie hauptsächlich der stehenden Gebrauchsgüter, dem Genuß zuwendet.

Ein Geist der Sorge für die Zukunft, welcher den Ansammlungs-trieb nährt, ist nicht oder wenig zu finden auf niedriger Kulturstufe. Die Indianer in Kanada am Laurentstrom leiden oft äußersten Mangel trotz trefflicher Anlage und trefflichem Boden; sie bauen ihn nur, wenn sie den Lohn augenblicklich vor sich sehen. Eine Ernteperiode zu erwarten und selbst zu ernten was sie säen, fällt ihnen nicht bei; sie benutzen die ergiebigen Fruchtbäume als Brennholz, weil ihnen der Sinn für die Zukunft fehlt. Niemand unterzieht sich, ohne zu murren, größerer Anstrengung und Mühseligkeit als der Indianer, und doch ist seine Indolenz sprichwörtlich, sobald er von dem Druce augenblicklicher Noth einen kurzen Aufschub hat“ (Mill).

Die Vorsorge wird namentlich nicht lebendig, wenn die Natur sehr üppig ist und in schnellen Fruchtbarkeitsperioden kreist; selbst der fleißige umständliche Chinese ist hiervon bezaubelt, er giebt seinem Hanse, seinen Werkzeugen, kurz allen Kapitalien geringere Dauerhaftigkeit. Die Uebersiegenheit des gebildeten Europäers, der unter halbgebildete Völker und in üppige Zonen den Sammeltrieb seines Volkes bringt, ist hieraus vollkommen erklärlich. Jeder Kulturfortschritt vermehrt die Kapitalisierungs-

kraft, nicht bloß den Werth des Vermögens. In England hat man 32 (neuestens 70) Mill. Pf. jährlicher Kapitalbildung aus der Erbschaftssteuer, bez. Einkommenssteuer berechnet.

Mit der Kapitalvermehrung nicht zu verwechseln ist der Wechsel im Rechte über die werdenden Kapitalgüter; man hat diesen Wechsel die relative oder privatwirtschaftliche, die andere die absolute volkswirtschaftliche Kapitalbildung genannt. Der Wechsel im rechtlichen Befugnis wird zwar auch auf die absolute Kapitalbildung Einfluß haben, wie die Uebertragung der Lebensgüter zu freiem Eigenthum die Kapitalkraft in der neuen Zeit ungeheuer befördert hat. Die Erwerbung des Vermögens eines Gelehrten durch einen betriebamen Geschäftsmann, der Uebergang des Vermögens eines Rentiers durch Heirathsausstattung ins Geschäftsleben wird das Gleiche bewirken. Aber Vererbung, Anstiftung, Geschenke u. s. w. sind nicht an sich schon unmittelbare Quellen der Kapitalbildung.

2) Formverwandlung und Erhaltung des Kapitals. Wenn die Kapitaleigenschaft eines Gutes in der Produktivmitteleigenschaft besteht, so vollzieht das Gut seinen Kapitalzweck durch die Formverwandlung (auch „reproduktive Konsumtion“ genannt), durch Wiederherverbringung. Das Kapital befindet sich im ewigen Formwechsel. „Der größere Theil des jetzt in England befindlichen Vermögens ist innerhalb des letzten Jahres produziert worden. Ein nur sehr geringer Theil, außer den Häusern, hat bereits vor 10 Jahren existirt. Auch das Ackerland oder Vorkapital ist in steter Reproduktion durch Kultur und Melioration. Das Kapital behauptet sein Dasein von Geschlecht zu Geschlecht, wie die Bevölkerung, nicht durch Erhaltung, sondern durch Reproduktion.“ (Mill.)

Nicht der Form nach, sondern in immer neueren Güterformen dem Werthe nach erhält sich das Kapital. Ist es doch, wie nun wiederholt gezeigt ist, die Bestimmung des Kapitals, früher oder später in Genußgüter aufzugehen, und aus dem durch Gütergenuß unterhaltenen persönlichen Arbeitsvermögen immer wieder neu gebildet zu werden. Selbst die festesten Häuser und Maschinen sind verzehrbar, aber immer bilden sich neue Häuser und Maschinen aus dem alten Kapitalvermögen und aus neuen Umlagerungen des Arbeitsvermögens eines Volkes.

Der ewige Umlageungsprozeß, welchen jedes Kapital durchmachen muß, ist zu großen Trugschlüssen: zur Verneinung schlechten Volkshaushalts, der öffentlichen Verschwendung und gewisser verfeilter Privilegien benutzt worden.

Man hat gesagt, der Luxus der Höfe, die Verschwendung des Staates gebe Arbeit, die Verwendung hoher Steuern für Luxus gebe Beschäftigung. Viele durchschauen diesen Trugschluß zur Vertheidigung der Verschwendung nur deshalb nicht, weil er sich ihnen in der absoluten Nothwendigkeit der Formverwandlung alles Kapitals verbühlt. Der Unterschied zwischen produktiver und verschwenderischer Kapitalbenutzung besteht aber eben darin, daß bei jener Güter geschaffen werden, durch deren

Wiederverwendung vermehrtes Arbeitsvermögen eintritt, während dagegen die Verschwendung das Kapital rein vergeudet, ohne neues zu schaffen; die Verschwendung raubt dem Kapital seine Bestimmung, die Produktivwirkung. Das Tuch für Paradesoldaten ist rein verzichtetes Kapital; es mußte von einem Bürger erzeugt und von allen durch Steuern mitbezahlt werden; die Bürger müssen sich Entbehrungen auferlegen, während sie im anderen Fall einen Nutzungsgenuss gehabt und damit neues Kapital und durch dieses vermehrte Arbeitsgelegenheit erhalten haben würden. Finanzvergeudungen für Luxus oder nutzlose Kriege sind daher eine Quelle der Verarmung und allmählicher Beschäftigungslosigkeit, nicht der Bereicherung und der Blüthe; immer Mehrere müssen darben zum Vortheile weniger Genießenden. Einzelne Kapitalisten gewinnen, weil der allgemeine Zinssfuß in Folge der Kapitalvergeudung steigt, ebenso einzelne Unternehmungen und Orte, mehrere aber verkommen oder bleiben stehen.

Derselbe Trugschluß liegt zu Grunde, wenn die Reichen ihre Einkommensbesteuerung mit dem Bemerken ablehnen, sie müßten ihren Luxus einschränken und der Masse die Arbeitsgelegenheit entziehen. Allein wenn nun die Masse statt der Reichen steuern muß, so entsteht ihr ein Kapital, das sie sonst produktiv verwendet haben würde. Die Reichen aber schränken bei Besteuerung wegen derselben nicht die Kapitalbildung, sondern die Kapitalvermehrung ein, wenn sie nach Maßgabe ihres Einkommens steuern, und legt der Staat den Steuerertrag nutzbar an, so wirkt die Besteuerung gleich der Umwandlung einer Kapitalverrichtung in Kapitalbildung. Die Sache ist außerordentlich einfach, wenn man sich nicht im Girtel der für jedes einzelne Kapitalstück jeden Augenblick vor sich gehenden Formverwandlung fangen läßt.

Die unaufhörliche Formverwandlung erklärt auch das scheinbar leichte Vernarben der Kapitalverrichtungen durch den Krieg. Ein Krieg verzehrt Schwefel, Leder, Pferde, Tuch, Eisen, Lebensmittel ohne Reproduktion, er vernichtet sie als Kapital. Alle anderen Güter aber verwandeln sich gleichzeitig und erzeugen sich neu. Während dieser Umwandlung kann sich die reproduktive Macht des Kapitals in veränderte Bahnen für neue Produktivwerthe, namentlich also für den Wiedererhalt der hauptsächlich vernichteten Kapitalarten ergeben. Der Reproduktion der während des Krieges geschonten Kapitalarten wird die zur Herstellung der vernichteten erforderliche Kraft tropfenweise entzogen; was sonst an Eisen für eine Lokomotive verwendet worden wäre, kommt nun vielleicht in eine Militärtruckschraube, als Nagel in das Schuhzeug des Militärkutschlers, um es konkrät zu fassen. Wie zur Heilung einer Wunde aus dem ganzen Körper Säfte herbeiströmen, um in ihrer Verwundung aus allgemeinen Mitteln den speciellen Ersatz zu leisten, — so bewirkt in der Volkswirtschaft bei speciellen Erschöpfungen der durch die Vorratserschöpfung gesteigerte Werth der erforderlichen Waaren, gleichbedeutend mit der Werthermiedrigung aller anderen Waaren, diese Bewegung der Reproduktion

nach dem bedürftigsten Punkte. Je mannigfaltiger die Kapitalreproduktion ist, desto unersättlicher ist dieser Heißpreß. Wenn einem Kannibalenstamm Kleider, Zelte, Bögen, Helle geraubt werden, so muß er fast Alles entbehren und hintanziehen bis zur Wiederverletzung des Verlorenen; ein großer und schnell sich reproduzierender volkswirtschaftlicher Körper aber braucht auf jedem Punkte nur wenig abzugeben, um selbst große Verluste ohne Schmerzen durch reproduktive Wüchsigkeitsveränderung zu ersetzen. Das verhältnismäßig leichtere Verharren der neueren Kriege, die schnelle Erholung von drückenden Steuern, von verderbenden Handelskrisen ist aus der beschleunigten und mannigfaltigeren Wechselwirkung von Kapital-Genuß- und Arbeitsvermögen im neueren Wirtschaftsleben erklärbar.

VII. Kapitel: Das Kapital und die Fortbildung des Vermögens in die Zukunft.

§ 50. **Kapital und Kredit.** Kapital und Kredit werden als verwandte Begriffe stets zusammengefaßt.

Dies muß seinen tieferen Grund haben und dieser tiefere Grund ihres Zusammenhanges ist klar zu beleuchten, wenn die so wichtige bisher in der Nationalökonomie nicht hinlänglich erhellt Beziehung beider Dinge soll erfaßt werden können.

Den Kredit haben wir schon in §§ 3 und 15 als ein Verhältniß des Tausches in der Zeit, als einen Verkauf von gegenwärtigem Vermögen des Gläubigers gegen künftiges Vermögen Seitens des Schuldners bezeichnet, als einen Handel eigener Art, welcher im Bankwesen zu einem wohl ausgebildeten Geschäft geworden ist. In der Lebensversicherung, im Sparen für das Alter und für die Hinterbliebenen, bei der Bildung stehender Kapitalien, welche der Zukunft nützlich sein werden, wendet man den Kredit an.

Der Kredit als eigenthümliche Art des Tausches ist allerdings von dem moralischen Elemente des Vertrauens getragen, da die Gegenleistung eine erst künftige ist, allein diese moralische Seite ist Begleitin, nicht das ökonomische Wesen des Kredites.

Das ganze Leistungsverhältniß, das im Kredit liegt, kann nun wesentlich nur dann erfüllt werden, wenn die jetzt vom Gläubiger geliehenen Werthe auf die Entstehung künftiger Werthe, sei es aus der Quelle des Arbeitsvermögens, oder aus derjenigen des Gütervermögens angelegt werden.

Dies kann so geschehen, daß die jetzt hingegebenen Werthe für Bildungszwecke, für Erziehung der persönlichen Erwerbsfähigkeit ausgegeben werden (Anleihen für Studentenfürsorge) — oder aber so, daß sie direct als Saatgut künftigen Vermögens, d. h. als Kapital verwendet werden. Kapital ist ja werdendes Genüßvermögen, Einkommensquelle.

Wo das Gekiehene hauptsächlich als Kapital angelegt wird, ist die künftige Gegenleistung an Gütervermögen direct gesichert. Der Kredit

setzt daher seiner Natur nach produktive, vorzugsweise aber Kapitalveranlagung voraus. Beide Begriffe, Kredit und Kapital, haben wir hiemit in ihrer tiefsten Zusammengehörigkeit erkannt.

Alle näheren Sätze über das Verhältniß des Kapitals zum Kredite, über die verschiedenen Arten des Kredites und über die ihnen entsprechenden Bankorganisationsformen, über das Hervorquellen eines Kredites bei fast jedem Uebergang eines umlaufenden Kapitals aus einem Etablissement in das andere (Wechsel, Antweilungen) — ergeben sich hienach von selbst *).

§ 51. **Das Handelskapital insbesondere.** Für den Handel liegt das umlaufende Kapital hauptsächlich in den Waarenvorräthen, das stehende in Comptoir, Speichern und Verkehrsanstalten.

Letztere aber (Straßen, Kanäle, Häfen, Posten, Telegraphen, Eisenbahnen, Gemeinsschiffe) sind größtentheils öffentliches Kapital, so daß auch von dieser Seite dem Handel ein starker Drang zum geordneten Culturstaat nach wirtschaftlichen Gesetzen inneweht.

Der Dienst des stehenden und des umlaufenden Kapitals ist im Handel derselbe wie sonst.

Sein umlaufendes Kapital nimmt die commercielle Arbeit und die letzten Nutzungen des stehenden Lager- und des Transportkapitals an sich, um am Ende die letzte Vollendung, bis zur unmittelbaren zeitlichen und örtlichen Genüßbereitschaft für den Consumenten, zu vollziehen.

Es tritt insbesondere als Vorrath auf, weil die Vorrathshaltung des Handels für die Gesamtheit der Consumenten eine viel wirtschaftlichere ist, als wenn jeder allein sich mit Vorräthen versehen müßte; nicht bloß die äußeren Kosten der Vorrathshaltung aller Einzelnen je für sich wären viel höhere, sondern die Summe zerstreuter Einzelvorräthe wäre größer, und gleichwohl die Versorgung nicht so regelmäßig, es würde eine gleich richtige Ausgleichung von Ort zu Ort und von den fetten in die mageren Jahre nicht stattfinden. Der Waarenvorrath des Handels ist ebendeshalb eine höchst wirtschaftliche, productive Art umlaufenden Kapitals (§ 28).

Productiv, höchst wirtschaftlich ist das umlaufende Kapital des Handels auch um deswillen, weil es die umlaufenden Kapitalien der Boden- und Gewerbe-Producten, sobald sie auf der betreffenden Stufe zur Abgabe gelangt sind, abkürzt und für neue Umläufe fähig macht. In England ist man in dieser Beziehung längst weiter als in Deutschland, indem die Fabrikanten nicht mehr den Vertrieb des Fabrikates in die Ferne selbst besorgen, sondern an Ort und Stelle im Großen an das kaufmännische Kapital (Commissionäre) abgeben.

*) Diese Auffassung ist von mir, unter Aufschluß auf den Engländer Macleod, in viele Einzelheiten schon in der D. V. Z. Schr. 1864 verfolgt worden. Ich halte gegenüber Schriften, welche die dort entwickelten Gedanken ohne Quellenangabe benützt haben, die Reclamation auch an diesem Orte nöthig.

§ 411 ff. Nationalökonomie. 2. Aufl.

Das umlaufende Kapital des Handels überwiegt das stehende Kapital desselben; dem er übernimmt überall die abgesetzt gewordenen Umlaufkapitale der einzelnen Unternehmungen, sei es Korn oder Eisen, Orangen oder assa foetida, Leder oder Tuch, Salmen oder Kloben, Erdböl oder Rüßöl, Wein oder Spiritus. Dazu kommt der schon erwähnte Umstand, daß viel dem Handel dienendes stehendes Kapital nicht Privat- sondern öffentliches Vermögen ist. Und zwar ist letzterer Umstand in der Wirtschaftlichkeit begründet; Straßen, Häfen, Schutz des Handels zu Land und zur See leistet der Staat viel wirtschaftlicher für Alle, als die Einzelnen für sich und als es die Privatspeculanten zu thun vermöchten.

VIII. Kapitel. Production. Schutz und Erhaltung.

§ 52. 1) Begriff. Die Erzeugung ist der Hergang, in welchem durch Zusammenwirken der drei Factoren der Production der Gegenstand entsteht, welcher fähig ist, dem menschlichen Bedürfnis zu dienen. Erzeugniß ist der zu diesem Dienst fertig gemachte Gegenstand, das Gut, in seinem Gewordensein aus Arbeit und Kapital aufgefaßt.

2) Arten der Erzeugnisse. Es giebt sehr viele Arten der Erzeugung und der Erzeugnisse.

Man denke an das ganze Wörterbuch der verschiedenen Pflanzen- und Thierzeugungen, sowie der Handwerke: Schuhmacherei, Schneiderei, Fleischeri etc., u. s. w.

Nimmt man den Stufenang der erzeugenden Arbeit zum Ausgangspunkt, so bezeugen uns die Begriffe: Stoffherzeugung (Bergbau, Viehzucht, Land- und Forstwirtschaft u. s. w.), Stoffzubereitung, auch Stoffveredelung genannt (Fabrikation, Halbfabrikation und Manufaktur), endlich Aufzettelung der zubereiteten Stoffe an das wirklich konsumirte Bedürfnis (Handel). Danken Production von Dienstleistungen.

3) Zu bemerken ist, daß der Stufenang der Production vom nationalwirtschaftlichen und vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus sich verschieden anseht.

Bei jenem Gesichtspunkt erklären wir von der Nothstoffgewinnung an bis zur Darbietung des edlen Kunstproduktes an den Verbrauch nur Production; denn so lange wird eine ökonomische Nützlichkeit um die andere dem Gute anerschaffen, bis es das erste Mal zur Konsumtion kommt, und bis seine Wirkung für die genügende Persönlichkeit beginnt.

Dieser Standpunkt ändert sich für den gemeinen Sprachgebrauch, wenn man die arbeitstheilige Production in ihrem Stufenang durch die verschiedenen Einzelwirtschaften verfolgt. Hierbei erscheint das Product, wie es aus der einen Wirtschaft hervorgeht, als Konsumtionsgegenstand der anderen; der Spinner „konsumirt“ das Erzeugniß des Baumwollpflanzers, der Weber das Erzeugniß des Spinners, der Bäcker das des Webers u. s. w. Nach dem Sprachgebrauch des gemeinen Lebens, dem eben dieser Uebergang, der privatwirtschaftliche Kapitalumlauf, das

sogen. Geldausgeben, Geldverbrauch, am nächsten liegt, spricht man daher von der Konsumtion von Nothstoffen, Halbfabrikaten, wo überall nur von einem privatwirtschaftlichen Uebergang in den Formstufen der Erzeugung die Rede ist.

Diese Verwechselung der Konsumtion, die dem Begriffe nach Werthzerstörung in Folge der Verschönerung der Persönlichkeit aus dem genutzten Gute ist, mit dem Formen- und Verkehrsübergang in der Production liegt um so näher, als das Gut schon auf der ersten Stufe einigem Gebrauch zugeführt werden kann, und auf jeder Stufe auch meist seinen eigenen Namen hat: Eisen, Stange, Band, Stift, Nagel — Garn, Gewebe.

Die richtige Anschauung ist gleichwohl nur die volkswirtschaftliche.

4) Die Erzeugung im Verhältnis zu den widrigen Natureinflüssen. Wir haben bisher die Natur- und Gesellschaftsordnung fast nur als gütige Gesellen des Menschen bei der Production, welcher sie die Stoffe und ihre großen Bewegungskräfte darreichen, betrachtet. Sie treten aber auch als widerpenstige Feinde auf; mit unerkennbaren und unabwehrbaren Störungen stören sie die Natur- und die Gesellschaftsordnung die Arbeit der Menschenhand heim, erschweren sie wenigstens und stellen ihr Erzeugniß wieder in Frage.

Hierbei begegnen wir vor Allem der Thatfache, daß die Unterwerfung der Außenwelt durch die erzeugende Arbeit zum Dienste des menschlichen Bedürfnisses nicht ein für alle Mal andauert, wenn sie ein einziges Mal vollzogen ist. Vielmehr strebt der dem menschlichen Bedürfnis dienstbar gemachte äußere Gegenstand (Kraft oder Materie), sofern er überhaupt nicht zu sofortiger Konsumtion gelangt, mehr oder weniger schnell und gewaltsam wieder in den Naturzustand zurück, er folgt den Gesetzen des Naturzusammenhangs. So wird auch der feinstverleimte Stahl trübe, rostig, unbrauchbar, die auf Hellen und mit Hellen gebaute Rittersburg „verwittert“ in Jahrhunderten zur Ruine, das schändeste Haus „verfällt“, die wirzigsten Speisen „stehen“ in kurzer Zeit „um“, das zäheste Holz wird „weich“, das einladendste Stück Fleisch „stinken“, die an Granit und Marmor gefesselte Schönheit verliert durch den chemischen Verbindungsproceß des Gesteins mit Sauerstoff unter Wasser- und Wärmezutritt ihre Reize, die beschaufrichte Straße „abwärtschät“ und wird unsauber, wie die vor 1 1/2 Jahrtausenden gebaute Römerstraße, die jetzt nur noch dann und wann unter der Erde vom Pflug und Spaten des Landmanns berührt wird. So streben alle als Product dem menschlichen Lebensproceß unterworfenen Naturgegenstände wieder in den Naturzustand zurück; denn „die Elemente hassen das Gebild von Menschenhand“. Sie suchen das Joch des Dienstes für den Menschen gleichsam abzuschütteln, unter allerlei Formen und Erscheinungen, wofür die Sprache zahllose einzelne Bezeichnungen (außer den schon genannten: vergilben, verschimmeln, verdunsten u. s. w.) hat, welche aber alle auf einen und denselben Proceß, die Naturreaktion gegen die dem Naturleben von Menschenhand gegebene thatsächliche Beziehung

auf das menschliche Bedürfnis, zurückzuführen sind. Es ist von großem praktischem Werth, diese Widerfestigkeit der Natur gehörig zu beachten; der einzelne Wirtschaftler pflegt sie auch duzentfältig zu berücksichtigen (vergl. § 8, Ziff. 1).

Schon bei der ersten Erzeugung muß dem Erzeugniß die seinem Zweck entsprechende Widerstandskraft gegen die widrigen Natureinflüsse mit dem geringsten Aufwande gegeben werden. Diese zweckentsprechende Widerstandskraft ist die „Solidität“ des Produkts, ein wirtschaftlicher Begriff, der im Allgemeinen Jedermann bekannt ist. Dem Zweck entsprechend soll die Widerstandskraft sein. Es ist z. B. thöricht, steinerne Häuser hinzustellen, wo flüchtig gezimmerte Holzschuppen allen Dienst, zu dem sie bestimmt sind, erfüllen, — ein Schieferdach dem Nomadenzelte aufzusetzen, einem schnell beschriebenen Schäferschleibei einen ledernen Um Schlag zu geben. Gebrauchszeit und Gebrauchsweise des Erzeugnisses sind dabei genau zu berechnen. Zur Herstellung der Solidität kommt es wesentlich darauf an, für das Produkt die stofflichen Träger so auszuwählen, wie sie je nach der Bestimmung des Erzeugnisses am wenigsten Reiz haben, in den umgebenden Naturzusammenhang sich schnell wieder aufzulösen, und ihnen in der Erzeugung eine Lage, Richtung und Bewegung zu geben, wobei sie möglichst in ihrer dauernden Naturbeschaffenheit benutzt oder den ändernden Natureinflüssen entzogen werden (die natürliche Mauer im Gefüge). Die Beachtung der gewöhnlichen Wahlverwandtschaft mit der Naturumgebung, mit welcher die Entgegenstände mutmaßlich in Berührung kommen, das Anstreichen, Firnissen, Ueberziehen, Verputzen, Cyanisiren, „Conferven“-Fabrication, die Anwendung des Wassertrags zum Wasserbau, des Zinkweiges statt des Bleiweiges zum Anstrich in der Nähe von Abritten und an dunklen Orten, tausenderlei sogenannte Handwerksvorsätze beruhen hierauf.

5) **Erhaltung.** Allein die erste Erzeugung mit allen Vorkehrungen gegen den „verderbenden“ Einfluß der Natur genügt in der Regel nicht, diesen zu überwinden. Es ist dazu förmlich eine fortgesetzte Erzeugung mit Verwendung neuer Stoffe und Arbeiten, oder die vielgestaltige Thätigkeit der Erhaltung notwendig. Eigene Produkte und Productionen dienen diesem Zwecke.

Von dem „Bugen“, „Abwägen“, „Waschen“, „Spülen“ in der wesentlich erhaltenen Haushaltungsfähigkeit bis zum „Ausziehen“ des Unkrautes aus dem Ackerlande, dem „Schmieren“ der Maschinen, „Reinigen“ der Werkzeuge und Gefäße, Nachbessern der Häuser, Verkleiden und Weigen der Wände, Nachpoliren der Möbel, Erneuern der Anstriche u. s. w. zeigt sich eine und dieselbe Thätigkeit des fortgesetzten Erzeugens oder des Erhaltens; der Aufwand der Erhaltung steht im umgekehrten Verhältnis zur Solidität der ersten Erzeugung.

Das, was wir Widerzeugung (Reaktion) der Natur im Produkt gegen die dauernde Unterwerfung durch die erzeugende Arbeit nennen, und was, wenn man Werthgerüstung und Konsumtion gleichbedeutend nimmt, als

„Naturkonsumtion“ bezeichnet werden kann, ist bei verschiedenen Erzeugnissen auch nach Ort, Zeit, Klima u. s. w. sehr verschieden.

Sie nimmt, könnte man sagen, der Zeit nach progressiv zu; der Anfang des Verwelkens, Verfallens, Verfaulens, überhaupt Unbrauchbarwerdens ist sehr langsam, aber sehr schnell der Fortgang. Das Klima bedingt besonders große Unterschiede: In West- und Ostindien schiebt an den Mauern in zwei Tagen $\frac{1}{8}$ Zoll Gipsperle an. Ein Thermenhaufen, der in den Tropen ein Haus überfällt, nöthigt zu dessen Räumung, Bücher schnellen und Doppelte auf, Eisen durchgeseigt und zerbrochen oft in wenigen Tagen, Papiere lassen sich höchstens sechs Tage aufbewahren. Schon hierdurch ist die Industrie mit ihrem Maschinenwesen u. s. w. mehr auf die weniger reizbare Natur der gemäßigten Zonen angewiesen und die Kapitalansammlung und der Genuß der Kunstserzeugnisse in den Tropen beschränkt. Um so unmittelbarer und üppiger bietet dort freilich die Natur selbst das Nothwendigste dar.

6) **Unfälle.** Schaden. Schutz, Versicherung. Nicht bloß die natürliche regelmäßig wirkende Beschaffenheit des dem Erzeugniß zu Grunde liegenden Naturgegenstandes widersteht sich dauernd der Bereitschaft des Erzeugnisses für das menschliche Bedürfnis, sondern das äußere natürliche und gesellschaftliche Gesammleben trifft auch mit unberechenbaren Einzelbewegungen die Erzeugung sowohl und ihre einzelnen Faktoren (Stoff und Arbeit), als das für das menschliche Bedürfnis schon fertig gemachte Erzeugniß, entzieht es seiner Bestimmung als Gut, reißt es in den Naturzustand zurück, macht es unbrauchbar. „Dort im Raume stoßen sich die Säden.“

Diese Bewegungen heißen Unfälle. Die nachtheilige Wirkung des Zufalles wird gewöhnlich als Schaden (entgehender Gewinn und positive Einbuße, vom Standpunkt des Vermögens) bezeichnet.

Der Zufall trifft aus den verschiedensten Regionen des Naturlebens her die Erzeugung und das Erzeugniß: Todesfälle, Mißgeschaden, Hagelschaden, Sturmfluth, Seeschaden (Schiffbruch), Brandschaden, Thierschaden, Viehstauende (1865/1866 furchtbar verheerend in Holland und England) u. s. w. Der Thierschaden wird in England auf etliche Millionen Thaler jährlich geschätzt.

Eine Schadenart, welche für den Kaufmann besonders in Betracht kommt, ist der Seeschaden (Havarie). Die theilweise (besondere, paratitular) Havarie, welche einzelne Frachtobjekte trifft, muß handelsrechtlich von den Eigenthümern getragen werden; die große (allgemeine, extratitular) Havarie, das absichtliche Munitiren, um größerem Schaden zu entgehen, wird von allen an der Fahrt Theilnehmenden nach der sogenannten „Dispass“-Berechnung getragen. (Als kleine — ordinäre, commune Havarie bezeichnet der Meber die Gesammtheit der Schiffsabgaben beim Verlassen und Anfahren der Häfen. Das sind aber Unkosten, nicht Schäden.)

Der Schaden kommt auch aus unberechenbaren äußeren Bewegungen des menschlichen Gesellschaftslebens.

Es giebt Kriegsschaden, Revolutionsschaden, Diebstahlschaden, auch Schaden aus Handels- und Kreditfällen. Letztere Arten treffen allerdings nicht das Erzeugniß als solches, sondern seinen aus der Absatzbewegung sich bestimmenden Werth.

Zahlreiche wirtschaftliche Thätigkeiten und Vorkehrungen, die man zusammen als wirtschaftlichen Schutz bezeichnen kann, werden getroffen, um die Folgen der Unfälle, des Schaden abzuwenden. Hierzu gehören: Magazine, Dämme, Schutzwauern, Planten, Fliehleiter, Lebensanstalten, Ventile, Anstalten zur Schadlosmachung von Thieren, Wach- und Sicherheitseinrichtungen aller Art, — Leistung der Polizei, der Wächter, Hüter. Eben auf diesem Gebiet liegt ein Hauptfeld der Gemeinwirtschaftlichkeit in den Formen der Staatswirtschaft, Gemeinwirtschaft u. s. w.; z. B. Feuerpolizei, Feuerwehren, Flussecretionen s. § 178 ff.

Je mehr der Mensch in der Erkenntniß der Naturgesetze der Dinge vordringt, desto mehr verschwindet, wie das Reich des Wunders, so dasjenige des Zufalles und des Glückes; desto mehr wird er sich schützen lernen.

Immer aber wird den äußeren Zufällen ein weiter Spielraum übrig bleiben. Ein großer Theil derselben ist unabwehrbar. Ihnen gegenüber wird der Mensch darauf geführt, sie für das Vermögen der Einzelwirtschaft und der Einzelunternehmung weniger fühlbar zu machen durch Verteilung auf Viele im Wege der Versicherung und Entschädigung. So wird gegen Todesfall, Krankheit, Altersschwäche u. s. w. den auf die Arbeitskraft eines bestimmten Individuums angewiesenen Familiengliedern, den Gläubigern eines Schuldners und dergleichen Personen durch Lebens- und Rentenversicherung, — dem Einzelunternehmer selbst durch Brand-, Vieh-, Hagel-, See-, Transport-, Hypotheken-, Verloren-, Spiegelglas-, Cautions- u. Versicherung der unabwendbare Schäden vergütet, und da es sich hierbei um Ertaufung künftiger Vermögensverluste durch gegenwärtige Opfer handelt, so greift das Versicherungswesen mächtig in das Gebiet des Kredites ein (§ 50) und findet in bekannter Weise eine bantmäßige Gestaltung.

Das Versicherungswesen selbst hat durch die Beobachtung der Zufälle, für die es entschädigt, dazu geführt, die Gelegenheiten scheinbar zufälliger Ereignisse zu erkennen, und in Folge dessen Vorkehrungen veranlaßt, welche das Gebiet des unabwendbaren Schadens einengen.

2. Theil: Der privatwirtschaftliche Güterumlauf in der bürgerlichen Gesellschaft, seine gesellschaftlichen Erscheinungsformen und Anstalten.

IX. Kapitel: Tausch und Tauschwerth.

§ 53. **Der Güterumlauf.** Die werdenden und die fertigen Güter sind in Folge der gesellschaftlichen Gestaltung menschlicher Wirtschaft meist Tauschgüter. Das Thier, weil es keine bewusste Gesellschaftlichkeit kennt, kennt auch kein Tauschgeschöhen. Das Tauschen, und zwar das geregelte Tauschen in größerer Gesellschaft, in Concurrenz von Käufern und Verkäufern, von Angebot und Nachfrage, — der Markttausch, ist ein Erzeugniß der Gesellschaftlichkeit und bildet sich mit dieser selbst immer umfangreicher und vollkommener aus. Der Markttausch bildet daher ein Hauptobject der Nationalökonomie.

Das Tauschen ist zwar selbst nur ein Hervorbringungsact, ein wesentlicher Bestandtheil des arbeitsthätigen Producirens, indem das Gut nur durch Ueberführung der umlaufenden Kapitalien von einer Productionsstufe in eine andere und endlich aus letzter Fabrikantenhand in Consumentenhand, Genußpreise erlangt.

Allein obwohl nur ein Zweig der Werthproduction, kommt der Güterumlauf doch vom Standpunkt einer Wissenschaft des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems, also vom Standpunkt der Nationalökonomie, mit vollem Recht besonders in Betracht. Der Warentausch und der Kredittausch sind eben das Bindemittel der menschlichen Gesamtwirtschaft in Raum und Zeit.

Das Bewußtsein über den wirtschaftlichen Werth der Güter wird bei Gesellschaftlichkeit des Wirtschaftens ganz besonders angeregt, — der Tauschwerth ist die herrschende Werthform für das privatwirtschaftliche System menschlicher Wirtschaft.

Aus der im Tausch sich feststellenden Werthschätzung des Gutes durch Käufer und Verkäufer geht der Preis, das Tauschäquivalent hervor. Der Preis wird, indem er (s. § 20) die niedrigsten gesellschaftlich möglichen Produktionskosten als Marktpreis vom Markte aus zur Herrschaft bringt, zur Alles beherrschenden Erscheinungsform des wirtschaftlichen Werthes. Als solche verlangt er noch eine genauere Betrachtung, als er in § 17, A, c bereits gefunden hat.

Das Gleiche gilt vom Geld als Tauschinstrument und von der Stellvertretung des Kredites für Geld (Kreditsurrogate des Geldes).

Wenden wir also diesen Verhältnissen, welche den gesellschaftlichen Charakter menschlicher Wirtschaft ganz besonders zur Erscheinung bringen, auch gesonderte nationalökonomische Betrachtungen zu.

§ 54. **Der Tauschwerth.** Zunächst sind die in § 3 und in § 17

über den Werth gemachten Bemerkungen in Erinnerung zu bringen und in Etwas zu ergänzen *).

1) Wesen des Werthes. Die ökonomische Werthlehre hat es nicht mit der Bewegung der Güter in ihrem Werden, Verbrauchwerden und Wiedereinstellen zu thun, nicht mit ihrer Nutzbarkeit, sondern mit der Bedeutung derselben für den Menschen nach Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit (§ 1 und 17). Diese subjective Bedeutung setzt allerdings objective Brauchbarkeit voraus.

Da das Wirtschaften ein bewußtes Handeln der Menschen ist, und zwar nach dem Grundtze der Wirtschaftlichkeit, so haben auch alle Güter eine Bedeutung für das wirtschaftliche Bewußtsein. Die **Wertheigenschaft** ist allen ökonomischen Gütern gemeinsam; im Werth, und da man sich gerade im gesellschaftlichen System des Güterlebens beim Tausch auf den Werth bezieht, im Tauschwerth mittelst seines allgemeinen socialen Maßstabes (Geld), werden alle Güter vergleichbar (§ 17, A, b).

2) An und für sich giebt es indessen so viele Wertharten als es Verhältnisse und Beziehungen des wirtschaftlichen Lebens giebt: Die Bedeutung eines Gutes beim Gebrauch ist sein **Gebrauchswerth** (s. näher § 17 A, d). Der Werth ist Erzeugungswerth, wenn die Bedeutung des Gutes (Kapitals) für den Erzeugungsvorgang, — Verkehrs- oder Tauschwerth, wenn die Bedeutung eines Gutes für den Erwerb anderer Güter im Verkehr in Betracht kommt. Es giebt so viele Wertharten als es verschiedene Verhältnisse und Beziehungen des wirtschaftlichen Zwecklebens giebt. Immer aber ist hierbei das eigentliche wirtschaftliche Zweckmotto (vergl. § 17 B, 2) von nichtwirtschaftlichen Werthmomenten wohl zu trennen.

3) Das Maß, der Grad des Werthes ist an und für sich abhängig von zwei Elementen: a) vom Umfang und dem Grad der Bedürfnisse, welchen das Gut entspricht; das Pulver z. B. hat um so mehr Werth, je umfangreicher (im Krieg) und intensiver (z. B. in einer belagerten Festung) der Bedarf von Kampfpulver ist; b) von dem Maß der wirtschaftlichen Opfer für dasselbe (§ 17 B). Das letztere ist der ächt wirtschaftliche Schwerpunkt des Werthes, worauf dieser stets zurückstrebt, auch wenn er augenblicklich davon abweicht (Gravitation der Marktpreise zum Niveau der Produktionskosten).

4) Die wirtschaftliche Bedeutung und der objective Nutzen, Werth und Brauchbarkeit, sind auseinanderzuhalten. Der Begriff des Werthes hat ein subjectives Moment (3) wie man zu sagen pflegt; er ist die durch Schätzung ins Bewußtsein tretende Brauchbarkeit, die bewußt gewordene Brauchbarkeit, die sich im menschlichen Bewußtsein erwägende und ermessende wirtschaftliche Bedeutung des Gutes. Lust hat für den Menschen den größten Nutzen, höchste Brauchbarkeit; aber da sie als „freies“

*) Vgl. über die Werthlehre mein akadem. Programm von 1862: „Die ethische Seite der nationalökonomischen Lehre vom Werthe.“

Gut keine wirtschaftlichen Opfer erfordert, so regt sie auch keine wirtschaftliche Werthschätzung an; sie findet keinen Werth und das Alphen stellt seinen wirtschaftlichen Consumtionsakt dar. Freilich wird man kein Ding werthschätzen und wirtschaftliche Opfer für dasselbe bringen, wenn es nicht brauchbar ist. Nicht alle brauchbaren Dinge sind werth, aber werthe Dinge müssen brauchbar sein.

Die subjective Beziehung des Gutes auf den Menschen im Werthe, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit, wurde wohl stets dunkel als Wesen des Werthes gefühlt, indem man den Werth als „Grad der Brauchbarkeit“ bezeichnete. Allein das Wesen des Werthes kam hiemit entfernt nicht zu klarer Anschauung, wie es doch bei einem so wichtigen Grundbegriff in erster Linie notwendig ist. Und was sollte denn, wenn schon der Werth der Grad der Brauchbarkeit ist, der Grad des Werthes selbst sein? *)

Insbesondere hat man (vergl. § 17, A, d) den sogenannten **Gebrauchswerth** mit Brauchbarkeit verwechselt. Besser spräche man vom „wirtschaftlichen Werth beim Gebrauch.“ Bezüglich der Auffassung des Gebrauchswerthes vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt wurde schon in der 1. Auflage dieses Buches fast wörtlich bemerkt: „Brauchbar, so sogar unentbehrlich, ist der Eimer Wasser für ein Gewerbe, werth für den Gebrauch ist es wenig, außer wenn es nach Qualität oder Quantität nur in beschränktem Maße verfügbar ist (wirtschaftliche Opfer zu seiner Erhaltung heischt); so das mineralreiche Wasser für die Wälder, das eiskalte, frische Wasser im Sommer, Wasser überhaupt für die Bewohner des dünnen Kaltgebirges. Je beschränkter nach Quantität und Qualität die vorhandene Gütermasse ist, desto werthvoller für den Gebrauch wie für den Tausch ist eine gegebene Quantität davon, desto höher ist deren Gebrauchswerth, und umgekehrt.“

Es ist daher auch ein Trugschluß der vermeintlichen Freunde der Arbeiter, wenn sie sagen: zwischen Gebrauchswerth und Tauschwerth bestehe ein Widerspruch insofern, als die Vermehrung der Nutzwerthe deren Tauschwerth vermindere, es liege darin eine große Ungerechtigkeit gegen die arbeitenden Klassen, deren Arbeit die Nutzwerthe vermehre und doch beharrlich geringeren Tauschwerth finde (Proudhon). Die Socialisten, welche dies sagen, machen einen groben Trugschluß durch das einfache Wandern, daß sie Gebrauchswerth und Gebrauchswerthe nicht auseinander halten; wenn die Gebrauchswerthe (brauchbare Quantitäten und Qualitäten in ihrem Sinn) technisch besser, oder leichter erzeugbar werden, so sinkt der Werth derselben Quantität für die Gebrauchsvollenden, der Gebrauchswerth sinkt, er wird nicht vermehrt, und ganz naturgemäß sinkt auch der Tauschwerth; d. h. der Mensch legt derselben Quantität einer Güterart, sei sie zum unmittelbaren Genuß ihrer Nützlichkeit, oder zum Eintausch anderer Nützlichkeiten bestimmt, um so geringeren Werth

*) Zur Kritik vergl. m. akad. Programm.

(Gebrauch: wie Tauschwerth) bei, je größer die verfügbare Gesamtquantität dem Bedürfnisquantum gegenüber, in Folge geringerer wirtschaftlicher Opfer für dasselbe Quantum und dieselbe Qualität, geworden ist. Vieles wird nun mit steigender Technik die bisherige Qualität der Güter bei gleichen oder sinkenden wirtschaftlichen Opfern erhöht, so daß für sie ökonomisch der Werth, z. Th. bei steigender Brauchbarkeit, sinken muß. Nur die Brauchbarkeit steigt, der wirtschaftliche Gebrauchswert sinkt, mit dem Gebrauchswert der Tauschwerth.

Auf derselben Verwechslung von Brauchbarkeit und Gebrauchswert, mag beruht es, wenn man oft (Man) sagen hört, manche Dinge hätten großen Gebrauchswert und geringen Tauschwerth, so das Wasser. Wasser ist brauchbar im höchsten Grade, aber häufig ohne Werth. Werth für den Gebrauch aber wird es, wirtschaftlichen Gebrauchswert hat eine bestimmte Quantität nur, wofern es nicht in praktisch unbeschränkter Menge zur Verfügung steht, also zu seiner Erlangung wirtschaftliche Opfer erfordert.

5) Der hauptsächlichste Anlaß der Werthmessung ist der Tausch, die wirtschaftliche Bedürfnisergänzung der Menschen. Ehe man im Tausch gewisse Quantitäten verschiedener Güter einander gleich setzt, mißt man ihre Bedeutung vom Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit (möglichster Ersparung von Opfern für die Gütererlangung) ab.

Sobald diese wirtschaftliche Schätzung von beiden Seiten aus nur Einen Punkt der Werthscaala findet, bei welchem beide Theile es je von ihrem Standpunkt aus wirtschaftlich vorteilhaft finden, das eingutauschen, in dessen Erwerb für Jeden größere wirtschaftliche Opfer erspart werden, als im hingegebenen Gute stecken, — so wird die beiderseitige Tauschge-
neigntheit vorhanden sein.

Meist aber ist es — zumal bei dem Zusammentreffen vieler auf dem Markte unter verschiedenen individuellen Werthmetriken — eine längere Strecke der Werthscaala, auf welcher ein wechselseitig vorteilhafter Tausch stattfinden kann. Jeder wird dann innerhalb dieses Spielraumes den ihm günstigsten Werthgrad in Preise durchzuweisen suchen. Wie dieser sich im einzelnen Falle feststellt, ist beim marktnäheren Tausche von dem Stand des Angebotes und der Nachfrage abhängig.

6) Das Klingen der beiden Tauschwerthschätzungen läuft also zwar endlich auf einen Preis aus, der Preis wird äußerlich Gleichungsausdruck der Tauschwerthe. Allein an und für sich sind Tauschwerth und Preis nicht gleichbedeutende Dinge, obgleich sie der gewöhnliche national-ökonomische Sprachgebrauch zusammenwirft (§ 17, E). Der Preisbildung gehen vielerlei individuelle Tauschwerthschätzungen voraus.

Im Preis erhält der Tauschwerth, der an sich bloß im berechnenden Bewußtsein besteht, seine Verkörperung durch das Quantitätsverhältniß der im Tausch einander gleichgestellten Massen verschiedener Güter; man kann sagen, ein Pfund Zucker ist ein halb Pfund Kaffee, ein Haus zwei Morgen Acker werth. Der so im Tauschäquivalent sich verkörpernde

Tauschwerth ist es nun, was die Einen ebenfalls als Tauschwerth, die Andern als Preis bezeichnen. Wir ziehen es vor, das Tauschäquivalent selbst, bestesse es in Geld (Geldpreis), oder in andern Gütern (Sachpreis) — Preis zu nennen.

§ 55. Der Werth als Regulator der Production und Konsumtion. Je mehr der im Preise durchgesetzte Tauschwerth den Umfang der in der Production gebrachten Opfer übersteigt, was eine Folge einer das Angebot übersteigenden Nachfrage zu sein pflegt, desto mehr wenden sich alle wirtschaftlichen Elementarkräfte, Arbeiten und Kapitalanwendungen, unter Leitung concurrirender Unternehmern, der Hervorbringung der betreffenden Güter zu. Dagegen wird um so wirtschaftlicher beim Verbrauch verzehret, je höher der Werth ist (Verbesserung der Heizeinrichtungen bei steigendem Brennmaterialwerth). Die Konsumtion, wie die Production wird daher vom Werthe wirtschaftlich regulirt.

Sittlich betrachtet kann die vom Werth vorgezeichnete Bewegung der wirtschaftlichen Kräfte auch eine verkehrte sein. Die Production, welche in ewig neuem Kreislauf das Vermögen neu zu bilden hat, kann eine falsche nicht der wahren Gestattung nützliche Richtung einschlagen, wenn die Persönlichkeit, vermöge ihrer eigenen Verberbtheit, der Werthbewegung ihrer äußeren Befriedigungsmittel eine falsche Bahn anweist und solchen Gütern Gegenständen, deren Bedeutung für die höchsten Zwecke der Person (Realer Bestimmungswert) eine geringere ist, höheren Werth beilegt, als den wahrhaft nützlichen. Inoffen eben dieß hat nicht der ökonomische Werth, nicht die Volkswirtschaft zu verantworten, sondern die falsche Stimmung der Bedürfnisse, welche die Volkswirtschaft verfinstert. Am wenigsten die Moralisten sollten da Steine gegen die Volkswirtschaft aufheben. Nicht diese hat die Hergen zu bilden. Die wunderbare Wirkung des ökonomischen Werthes ist es, daß in wirtschaftlichster Weise die Welt der äußeren Mittel immer wieder den veränderten Bedürfnissen angepaßt wird, daß der wirtschaftliche Baußyl stets dem wechselnden Geschnack sich anbequemt. Dieser Geschnack kann ein falscher, der Werth kann der letzten ideellen wahren Bedeutung des Gutes für die Gestattung nicht entsprechend sein; die Wirtschaftsentwicklung wird alsdann zugleich mit der Gestattung in Richtung gerathen. So erkennt gerade die Volkswirtschaftslehre das geistig-perfönliche (das moralische, ästhetische, rechtliche, politische) Leben wie als den Zweck, so als den Herrn der menschlichen Wirtschaft an, welche der gegebenen Bedürfnisrichtung unterthan ist. Und der Verwurf des Materialismus kann gegen sie mit Rechten erhoben werden. Der ökonomische Werth hat lediglich die Wirtschaftlichkeit innerhalb der Befriedigung der gegebenen Bedürfnisse zur Geltung zu bringen.

§ 56. Herabminderung des ökonomischen Werthes ein Ziel der Wirtschaftlichkeit. Der Werth eines Gutes in der wirtschaftlichen Berechnung ist um so höher, je größer wirtschaftliche Opfer es erfordert.

Aufgabe der Wirtschaftlichkeit ist es nun eben, diese Opfer möglichst zu mindern. Dieß gelingt denn auch bei sehr vielen Gütern, nicht

bei allen, auf die Dauer. Je höher die Technik der Production, des Transportes und der Consumption steigt, desto mehr wird es möglich, dauernd oder vorübergehend den ökonomischen Werth zu drücken, insbesondere wohlfeiler zu produciren. Dieses läßt, z. B. von Laubersdale, beobachtete Verhältniß hat neuerlings (1859) Carey so ausgedrückt: „der Werth oder das Maß der Macht der Natur über den Menschen nehme fortwährend ab, die Nützlichkeit oder das Maß der Macht der Menschen über die Natur nehme immer mehr zu.“ In meiner schon erwähnten Schrift über den Werth habe ich bemerkt: „Bei vollem Gleichbleiben, ja bei Erhöhung der sachlichen Brauchbarkeit sinkt doch der Werth, und zwar sowohl der Gebrauchswert als der Tauschwert einer Sache, sobald die Beschaffung des Gutes einen geringeren Grad von Schwierigkeit und von Thätigkeit zur Ueberwindung der Schwierigkeit voraussetzt. Zum Beispiel die Erfindungen in Spinnerei und Weberei haben die Brauchbarkeit der Gewebe für die entsprechenden Zwecke erhöht, aber ohne Zweifel nicht bloß den Tauschwert, was am gekünstelten Preise erscheint, sondern auch den Gebrauchswert derselben vermindert; ein bedrucktes Stück Baumwollgewebe von jetzt ist einer Streifenfrau heute auch beim Gebrauche weniger werth, als ein Stück von gleicher Qualität im vorigen Jahrhundert. Der Fortschritt der materiellen Kultur besteht eben darin, den Menschen um stets geringer werdende Anstrengung in den Besitz der äußeren Befriedigungsmittel zu setzen, den Gebrauchs- und Tauschwert eines Gutes von bestimmter Quantität und bestimmter Qualität zu ermäßigen, mit andern Worten von der Nothdurft des Culturanstanges immer mehr zu befreien.“

„Nicht bloß jede Erfindung in Ackerbau und Industrie, sondern auch jeder Fortschritt in Handel und Transport wirkt auf diese Weise. Die Locomotive z. B. vermindert den Ortswerth der Wohnplätze und macht das neuere Großstadtleben erst möglich, indem sie auch die Vorstadtbewohner täglich in's Centrum führt, sie bewahrt alle vor einer unerbittlichen Steigerung der Grundrente aus der städtischen Area oder aus den der Großstadt nächstgelegenen Feldern, indem sie den Ortswerth der städtischen Wohnung und der Felder der Stadtnähe durch Gestattung des Wohnens außerhalb Etters, durch Befuhr der Nahrung aus größter Entfernung herabdrückt.“

„Das Ideal des wirtschaftlichen Fortschrittes wäre hienach die nächste Annäherung der werthhabenden, weil anstrengungsreich zu erreichenden Güter an den Charakter derjenigen Güter, welche nahezu ohne Anstrengung aus der Hand der Natur zu empfangen sind, und welche die Nationalökonomie als freie Güter den ökonomischen Gütern entgegenstellt. Mit anderen Worten das höchste Resultat der Wirtschaft wäre das wiedererfundene Paradies, wo „Milch und Honig in Strömen fließt.“ Dasselbe wäre aber nach der bestehenden Anlage und Bildungsstufe des Menschengeschlechtes ein Unglück, da es alle die sittlichen und geistigen Kräfte wieder latent machen würde, welche in der Reibung eines drange-

vollen Wirtschaftslebens entbunden wurden. Der anstrengungslose Ueberfluß macht übermüthig und schläft, die Folge der Erreichung jenes Ideales möchte ein Lurusleben des ganzen Menschengeschlechtes mit allen Schattenseiten des Lurus sein. Glücklichster Weise ist dafür gesorgt, daß die Völker nicht in den Himmel wachsen, und das Ende der wirtschaftlichen Kultur kein allgemeines Schlaafenleben werde; denn für eine Reihe der nothwendigsten Güter, namentlich Nahrung, wächst auf die Dauer (s. § 9) mit dem Wachsthum der Bevölkerung auch die Schwierigkeit der Erlangung und steigt in Folge dessen der Werth. In dieser Ordnung der Werthbildung liegt die wirksamste Gewähr für dauernde sittliche Bezeugung des Wirtschaftslebens.“

In demselben Maße, als der ökonomische Werth der Güter sich vermindert, wird die wirtschaftliche Lage der Menschen eine leichtere. Aus der Höhe des ökonomischen Werthes der im Vermögen befindlichen Güter darf man deshalb nicht auf den Grad der Befriedigung schließen; an hohem Normwerth z. B. steht dieß Jedermann ohne Weiteres ein.

Hieraus erhellt zugleich die Unanwendbarkeit des Tauschwerthes bei jener das ökonomische Gebiet verlassenden Schätzung des Volkvermögens, bei welcher man nicht mehr das Volkvermögen nach seinem ökonomischen Werth, sondern das Maß seiner Glückswirkung für das Volk im Auge hat. Wegen Vermischung ökonomischer und außerökonomischer Gesichtspunkte, d. h. in Folge der üblichen Vermischung des Begriffes der Brauchbarkeit mit dem Begriffe des ökonomischen Werthes, ist die Lehre von der Schätzung des Volkvermögens noch heute eine der verworrensten Partheien der Nationalökonomie. Bei strenger Festhaltung des wirtschaftlichen Werthbegriffes ist es leicht, diese Verwirrung zu lösen. Die Erledigung dieser mehr gelehrten Aufgabe (vgl. § 17, A, d) kommt aber nicht diesem Buche zu.

§ 57. **Ist ein constantes Werthmaß möglich?** Diese in der Nationalökonomie viel erörterte Frage ist verneinend zu beantworten.

Was ist überhaupt der praktische Sinn dieser Frage?

Der wirkliche Werth ist im einzelnen Falle (s. § 17) stets von zwei Umständen, dem Grad des Bedürfnisses und dem Maße der zu bringenden wirtschaftlichen Opfer, beziehungsweise in der Aufconcurrenz von Angebot und Nachfrage abhängig. Beide werthbildenden Factoren wechseln stets. Also kam der Werth jedes Gutes ein stabiler sein.

Gleichwohl hat man einen constanten Werthmaßstab gesucht, und ihn theils in der zur Herstellung eines Gutes erforderlichen Arbeitsmenge (Ricardo), theils in dem Arbeitsquantum gefunden, welches in anderen Gütern stehend mittelst des Gutes erworben werden kann, um dessen Werth es sich handelt. (A. Smith.)

Man stellen aber die gleich lange dauernden Arbeiten verschiedener Personen zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Wirtschaftszweigen

nicht nur sehr schwer vergleichbare Größen dar, sondern das auf ein Gut zu verwendende Arbeitsquantum wechselt sehr mit der Technik und mit andern Verhältnissen, und der Werth der Arbeit selbst (vgl. § 17, D) wechselt von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit (belebte — saure Zeiten). Die Güter entstehen ferner nicht bloß aus Arbeit derselben Zeit, sondern auch aus Kapitalien als Produkten aneinanderfolgender früherer Arbeitszeiten, und zwar ist der Theil des Kapitals an der Production verschiedener Güter ein sehr verschiedener. Aus allen diesen Gründen ist es unmöglich, im Arbeitsquantum Ricard's oder Smith's ein constantes Werthmaß zu finden, und es ist vollkommen zutreffend, wenn schon Lauderdale bemerkt: „das Suchen nach einem constanten Werth- und Preismaß sei ein Suchen nach dem Stein der Weisen.“ Insbesondere ist dieß auch gegen jene Socialisten einzumenden, welche die Gütervertheilung nach Maßgabe der zur Production beigetragenen Arbeitsquantitäten, unter Befichtigung der Kapitalgewinne, vorschlagen.

Auf kürzere Zeit im Werthe gegen andere Waaren sich ziemlich gleichbleibende Güter sind aus den in § 63 dargelegten Gründen die edlen Metalle. Sie sind die allgemeinen Geldgüter geworden, nicht weil sie ein absolut gleichbleibendes, sondern weil sie ein verhältnißmäßig gleichbleibendes Werthmaß im Verlaufe jener nicht zu langen Zeiträume darstellen, innerhalb deren laufende Tauschgeschäfte sich abwickeln.

In kürzeren Perioden schwankte einft sehr stark (weit weniger jetzt in Folge der neueren Entwicklung eines Welt-Kornhandels) der Werth von Korn. Im Laufe längerer Perioden dagegen ist der Durchschnittswert von Korn ein mehr constant.

Man wollte deshalb durch Fixirung der Einkommenstheilen in Korn dem Einkommen Beziehenden theils eine gleichbleibende Kaufkraft bewahren, theils dachte man daran, in einer ewigen Kornrente zugleich ein mit der allgemeinen Konsumfähigkeit steigendes staubemäßiges Einkommen zu sichern, sofern die Kornpreise auf sehr lange Dauer und mit Zunahme der Bevölkerung eher eine Tendenz zum Steigen haben. Dieß waren weitere praktische Seiten der Frage vom constanten Werthmaß.

Je nach der Proportion, in welcher ein Theil des Einkommens zu Korn angelegt wäre, würde jedoch die Kaufkraft wenigstens nicht von Jahr zu Jahr für alle Artikel des Bedarfs die gleiche sein; nur soweit der Kornbedarf des Verzehrenden reicht, wäre durch Kornrenten eine gleiche Kaufkraft gesichert. Und selbst insoweit haben die Einkommensfixirungen in Korn leicht etwas Gefährliches, da die Verzehrenden von der Noth der Theuerungsjahre künstlich befreit erscheinen. Ferner hat bei der neueren Regelmäßigkeit der Kornpreise das Interesse, durch Naturaleinkommen wenigstens den Nahrungsbedarf sicher zu stellen, wesentlich an Bedeutung verloren. Die praktische Tendenz der Frage des constanten Werthmaßes; constante Kaufkraft durch Kornrenten zu sichern, das Naturaleinkommen neben dem Geldeinkommen theilweise

zu erhalten, schlägt hienach theilweise fehl, theilweise verliert sie an praktischen Interesse.

Definensisch unlosbar ist aber die andere Aufgabe, durch Anlegung von Einkommen in Korn ein mit dem Staubedbedarf wechselndes Einkommen zu sichern, d. h. eine gleichmäßige ökonomische Grundlage der Stauberistenz im Wechsel der Zeiten und Sitten zu verbürgen. Das Steigen und Fallen der Kornpreise und der Preise aller Artikel staubemäßigen Unterhaltes ist örtlich und zeitlich so wenig berechenbar, als der Grad, in welchem Stauberhältnisse eine Aenderung der Kaufkraft eintreten werden, wirtschaftlich vorhersehbar ist. Nicht zu gedenken, daß es darauf ankommt, welcher Bestandtheil des Einkommens Kornrente zu sein und wie viel hiervon auf den Ankauf der einzelnen Güterklassen eines staubemäßigen Gebrauches zu entfallen hätte. Das Problem, ein dem staubemäßigen Bedarf jeder Zeit folgendes „Griggeld“, eine Art Elasticke zur Compensation der Vermögenskraft aufzustellen, ist daher ökonomisch gar nicht lösbar.

Was staubemäßiger Lebensbedarf sei, wird durch die Sitten, durch politische und gesellschaftliche Verhältnisse jederzeit anders normirt.

Viel zweckmäßiger ist es in Bezug auf fixirte Einkommen z. B. Besetzungen der Staatsdiener, daß man auf Grund einer guten Preisstatistik und in Berücksichtigung der wechselnden Lebens- und Stauberhältnisse periodische Neuregulirungen vornehme (Germann).

X. Kapitel: Maß, Gewicht, Geld.

§ 58. **Maß und Gewicht.** Bevor wir zur Lehre vom Geld übergehen, ist es erforderlich, ein anderes wesentliches Hilfsmittel des gesellschaftlichen Güterumlaufes ins Auge zu fassen, nämlich Maß und Gewicht. Der Preis in Geld bezieht sich stets auf ein bestimmtes Quantum und eine bestimmte Qualität eines Gutes, diese sind durch Gewichte und Maße jeder Art vorher zu messen.

Das erste Erforderniß einfacher und zeisparender Messung und Vergleichung der Gütermassen ist die innere Einheit, die möglichste Allgemeinheit (räumliche Einheit) und die zeitliche Einheit oder die Unveränderlichkeit der Maßstäbe.

Es würde zu ungeheurer Verwirrung führen, wenn der Maßstab kein für alle Verkehrenden gleicher und fester wäre; denn Jeder müßte erst den Maßstab des Andern untersuchen und berechnen, und dann auf den seinen reduciren. Daher übernimmt das Organ des Gemeinwesens, die Gemeindebehörde, die Staatsregierung u. s. f. die Herstellung und Erhaltung einheitlicher Maßstäbe; denn diesen Akt kann das Gemeinwesen am wirtschaftlichsten für Alle vollziehen, die Maß- und Gewichtspolizei ist eine Forderung der Wirtschaftlichkeit selbst.

Die Thätigkeit jener Gewährleistung ist die Aufgabe des Predt-, Maß-, Gradir-Amtes. Um dauernd die Einheit aufrecht zu erhalten

und die durch Gebrauch oder vernachlässigte Anfertigung veränderten Maßstäbe stets wieder auf die unveränderliche Grundeinheit zurückzuführen, dient das Hinterlegen von Normalmaßen (Ltr, Muttermaß, étalons), die Maßfixation u. s. w.

Die räumliche Einheit der Maßstäbe kann zunächst nicht in einem weiteren Kreise zur Anwendung gebracht werden, als die beherrschende Gewalt des Gemeinwesens reicht. Dieser Bereich ist anfangs sehr gering; erst allmählich erhebt sich das gemeinsame Berufsleben zur Ordnung größerer Kreise: zuerst ist örtliche, dann noch lange nationale Abgeschlossenheit vorhanden, und nur langsam entwickelt sich endlich, vorzüglich durch den Handel, ein reges internationales Güterleben. Demgemäß giebt es zuerst eine Masse verschiedener Maßstäbe. Ihre Veränderung und Verschmelzung ist der Kosten und der Eingewöhnung wegen schwierig. So schleppt sich denn selbst unsere Zeit noch mit einer Unzahl von Verschiedenheiten in den Maßstäben fort, und legt dem Kaufmann das schwere Kreuz der verwickelten Maß-, Münz- und Gewichtskunde*) auf. Eine rasche Besserung ist in Aussicht, seit auch England in Folge der seit der Londoner Ausstellung von 1862 erhobenen Agitation für das metrische System den Gebrauch des letzteren erlaubt hat und da Deutschland dieselbe Grundlage in Folge der 1865 gepflogenen Beratungen einer besonderen technischen Bundescommission anzunehmen im Begriffe steht.

Die Bewegung in der Richtung der Veralgemeinerung der Maße und Gewichte wird praktisch bestimmt von dem besonderen Bedürfnis des großen Weltverkehrs. Ihm ist vor Allem eine gleichartige Großgewichtseinheit notwendig. Fast das ganze festländische Europa gebraucht jetzt endlich dafür 50 Kilogramm (= 1 Zollcentner) oder 100 Kilogramm (= 2 Zollcentner).

Eine alte Maßeinheit, nämlich eine gleiche Zeiteinteilung (gleichen Kalender), verdient wir der katholischen Kirche, welche ja eben im Mittelalter die Kultureinheit der gesitteten Welt vertreten hat; in Folge der Kirchenspaltung aber wurde durch die griechische Kirche auch die Kalendereinheit der Welt durchbrochen, die griechische Kirche hat einen besonderen, zwölf Tage nachschiebenden Kalender.

Mit fortschreitender Gessittung hat man nicht nur immer mehr nach Einheitslichkeit (Orts-, Landes-, Internationalmaß), sondern auch nach immer größerer Schärfe und nach freigerhöriger Tauglichkeit zur Erhebung der Nutzqualitäten und Quantitäten gestrebt. Einst rechnete man nach einer Spanne, nach einem Schritt u. s. w., jetzt ist man sehr genau geworden, und gebraucht die complicirtesten wissenschaftlichen Maßstäbe: Aräometer, Thermometer, Polarisationsinstrumente, Probirmittel aller Art. Bei der Körnungswaage man früher das Hohlmaß, jetzt immer mehr das Gewicht an, weil dieses die Nutzmasse (den Kern) viel schärfer anzeigt.

*) Die Darstellung der Münz-, Maß- und Gewichtskunde s. *Koschitz's* Taschenbuch für Kaufleute, dritter Abschnitt. Leipzig 1860.

§ 59. **Maßsystem.** Die Einteilung der Maße sollte derart sein, daß die Grundeinheit dem Einfachen oder Mehrfachen der häufigst vorkommenden Taufsmassen möglichst entspricht.

Im meisten Verbreitung hat das metrische Maß- und Gewichtssystem gewonnen. Es beruht auf der von Frankreich angestellten Messung der Erdschamweite, auf dem Längenmaß des Meters, der = $\frac{1}{10,000,000}$ eines Meridians ist. Sicherer wäre vielleicht die Länge eines Pendels von gewisser Schwingungszahl an gewissem Orte gewesen, da ein Pendel, der gleichweit von dem Erdmittelpunkte entfernt bleibt, stets gleich lang sein muß, um innerhalb derselben Zeit dieselbe Zahl von Schwingungen zu machen. Der Meter wird hunderttheilig geteilt und vermehrt. Er wird durch Quadrierung zur Fläche, durch Kubirung zur Hohlmaßeinheit, durch das Gewicht eines Centimeterwürfels (Liters) destillirten Wassers von $+ 4^{\circ}$ R. (größte Dichtigkeit des Wassers) zum Gewichte (Gramm), das wieder mit zehn geteilt und multiplicirt wird (1000 Gramm oder 1 Kilogramm = 2 Holfunden).

Ob bei Maß und Gewicht die 10- oder die 12-Theilung (Decimal- oder Duodecimalsystem) vorzuziehen sei, ist wohl, nachdem wir einmal das arabisches (dekadische) Zahlensystem haben, zu Gunsten des Decimalsystems zu entscheiden; jedoch nicht so unbedingt, daß auch in den Mäßen des kleinsten Verkehrs, welcher die Zahlen 2, 4, 6 = 2×3 , $12 = 2 \times 6 = 3 \times 4$ liebt, das dem Kleinvetehr deßhalb angemessene Duodecimalssystem ganz auszuschließen wäre.

Die nicht materiellen Güter, Leistungen, haben kein anderes festes Maß, als die Zeit ihrer Dauer (Arbeitsstunden), oder die Zahl ihrer materiellen Produkte (Stücke). Stücke und Stunden sind aber ein unvollkommenes Maß, um so unvollkommener, je ungleichmäßiger die auf einander folgenden Leistungen sind.

XI. Kapitel: Die Lehre vom Geld.

§ 60. **Der Begriff und der sociale Charakter des Geldes. Geldwirtschaft.** Ist die Nutzmasse des Tauschgutes mittelst allgemeiner Gütermaße auszumitteln, so hat ein Gleiches in der Preismessung mit der Wertmasse zu geschehen. Es wäre ungeliefer zeitraubend, wenn man nicht bestimmte, vom Staat durch das Münzen ein für alle Mal gemessene und nach dem Münzfuß gleich eingetheilte Quantitätseinheiten einer allgemein werthgeschätzten Güterart gebrauchen und als praktischen Werthgeneralnennen anwenden würde. Dieser allgemein „gelteune“ Werthmaßstab und Werthträger ist das Geld.

Das Geld, in welches fast jeder Vermögensbestandtheil umzusetzen, gegen welches fast jedes Gut aus dem Vermögen Anderer zu haben ist, macht alle Güter, obwohl sie stets im Privatvermögen sind, zu gesellschaftlichen Gütern. Das in die Privatvermögen auseinandergetreute Volksgeld wird ein Magazin, aus welchem durch Geldanweisungen Jeder

seinen Bedarf an werdenden (Kapital-) und an fertigen (Genuss-) Gütern bezieht, nachdem er selbst seine werdenden Güter (Arbeitseffekte, Kapitalgüter) und seine Genussgüter, gegen die Auszubildung von Geld in Form von Lohn, Zins, Erbsis, in die gesellschaftliche Masse eingeliefert hatte. Die Physikeraten haben bereits sehr anschaulich das Geld als derartige „Anweisung“ bezeichnet. Jedes Einzelvermögen muß hiernach theilweise (§ 125) Geldvermögen sein.

Das Geld repräsentirt so in höchstem Grad den gesellschaftlichen Charakter menschlicher Wirtschaft, und nimmt in dem Maße der Ausbildung dieser Gesellschaftlichkeit — wie die Nationalökonomie zu sagen pflegen: mit der Arbeitsteilung und mit der Entwicklung des umlaufenden Kapitals (§ 45) — immer mehr zu, „Geldwirtschaft“ tritt an Stelle der älteren „Naturalwirtschaft“.

Diese sogenannte Naturalwirtschaft ist nur eine noch sehr wenig gesellschaftliche Stufe der menschlichen Wirtschaft, auf welcher die in sich abgeschlossenen kleinen Kreise, Familienglieder, Lehnsherren und Bauern, ihre Leistungen und Sachgüter in natura mit einander tauschen. Handel und Verkehr in Geld sind noch wenig entwickelt. Doch durchkreuzen schon im deutschen Mittelalter mächtige Geldströme zwischen und in den Städten das in Staats- und Privatwirtschaft vorherrschende Naturalsystem. Die sogenannte Geld- und Kreditwirtschaft ist die Wirtschaft des entwickeltesten Verkehrslebens, sie ist das sociale System privatwirtschaftlicher Thätigkeit, also nur ein anderer Ausdruck für den mit der Kulturentfaltung zunehmenden gesellschaftlichen Charakter menschlicher Wirtschaft.

§ 61. **Der geldlose Tauschhandel** — beginnt schon beim ersten Fortschritt zu höherer Kultur unendlich zu werden. Wenn der Besitzer einer Kuh, welcher Eisen braucht, einen Eisenbesitzer auffuchen müßte, der gerade so viel Fleisch braucht, um die Kuh verwenden zu können, — wenn der Besitzer eines Rodes, der Öl braucht, einen seinen Rod bedürftenden Oelbesitzer auffuchen und mit ihm sich ausgleichen müßte, u. i. w. die ganze endlose Reihe der Güter hindurch, so würde dies ungeheure Schwierigkeiten, Zeit- und Arbeitsverlust herbeiführen; die Wertvergleichung der Waaren würde unübersehbar verwickelt, vor Allem höchst unwirtschaftlich sein. Das noch vorkommende Ganganzen im Verlagsbuchhandel, das Trogquiren in Märkten und den schweifigen Pfostenhätten bilden schwache Reste des Tauschhandels. In Vermont (Verein. Staaten) war noch am Ende des 18. Jahrhunderts der Tauschhandel in Geltung, jedoch der Arzt Meibakeme ausbet, um ein Pferd zu kaufen, der Drucker seine Zeitung gegen Korn und Butter (Mischer).

Es kann daher nicht lange dauern, bis das Bestreben entsteht, Maß- einheiten eines in seinem Wesen und Werth gleichartigen, leicht und sicher meßbaren Gutes als den allgemeinen Werthträger und Werthmesser aufzustellen, auf die die Werthsumme aller übrigen Güter zurückzuführen und ihnen durch Gesetzmäßigkeit oder Staatsgesetz die gesetzliche Eigenschaft beizulegen, im Vermögensverkehr alle Forderungen erfüllen zu können. Das

Geld ist dieser allgemeine Renner (Werthmaßstab), auf welchen die vielfachen Werthbrüche zurückgeführt werden, Geld (d. h. das allgemein und schlechtthin „geltende“ Gut) ist durch seinen eigenen allgemein durch Sitte oder Gesetz anerkannten Werth das allgemeine Tauschmittel, welches die Macht giebt, über eine gleichwerthige Masse jeder anderen Güterart zu verfügen.

§ 62. **Verchiedene Geldgüter.** Als allgemeiner Werthträger und Werthmesser sind nun verschiedene Güter benutzt worden. Jedes Volk wählt den Gegenstand, welcher nach seinen jeweiligen Gestaltungsverhältnissen die allgemeine Werthanerkennung bei möglichst leichter Meßbarkeit hat. Demgemäß wird ein Volk, so lange der Landbau bei ihm vorherrscht, viele Forderungen in Naturalien (Getreide, Renten, Leibgedinge, Sterbefallabgaben u. i. w.) bezahlen, d. h. Naturalien dienen als Geld, weshalb man nicht bloß von einem Uebergang von der Natural- zur Geld-, sondern zur Edelmetallgeldwirtschaft sprechen sollte.

Die Jägerstämme benutzen gewöhnlich Thierfelle als Geld; im Land der Hufsenkafkumpagnie das Biberfell. Bei den Lappen ist Geld (raha) gleichbedeutend mit Pelzwert, das alte russische Kung mit Mark. Bei Nomaden und rohen Ackerbauern dient das Vieh als Geld: pecunia im Lateinischen von pecus, Vieh. Bei den Kirgisen dienen Pferde und Schafe als grobes Geld, Wölfs- und Lammfelle gleichsam als Scheidemünze. Im Innern Afrika's Salz, in Äthen Muscheln, die sogen. Kauri's; an anderen Orten Tabak, Zucker, Korallen, Zwiabeln, Eisenstangen.

Mit dem Aufsteigen zu höherer Kultur und zu der damit verbundenen Werthschätzung der Vurzuggegenstände werden immer allgemeiner die edlen Metalle (argent = Geld und = Silber) als Geld gebraucht und mit vollem Recht.

Die meisten Völker beziehen die Edelmetalle als Waare, bloß im Wege des auswärtigen Handels aus zweiter und dritter Hand. Daß gerade diese begehrteste und beweglichste Waare nur auf einzelnen Punkten der Erde von der Natur niedergelegt worden, hat der Entwicklung des Menschengeschlechtes, der Ausbreitung der Sittung und der Verknüpfung durch den Handel unendlich gedient. Die kalifornisch-australischen Goldschätze allein vermochten so schnell den neuen Lebensgeist heraufzubeschwören, welcher jetzt schaffend um die Wasser des „Pazifiks“ Weltumreise schwebt und unsern Urkeim schon eine neue Welt von Völkern erschaffen haben wird.

§ 63. **Voraussetzungen der Geldschätzung.** Um den Gelddienst in vollkommener Weise erfüllen zu können, muß ein Werthgegenstand folgende Haupteigenschaften haben: 1) allgemeinen 2) hohen 3) ertlich und zeitlich möglichst gleichmäßigen Werth, 4) muß er als Maßstab leicht und einfach zubereitet werden können.

In diesen Richtungen leisten die beiden edlen Metalle Gold und Silber allen Anforderungen Genüge.

1) Gold und Silber besitzen allgemeinen Werth, weil sie durch Schönheit und vielseitige Verwendbarkeit zu Vurzugzwecken einem abge-

meinen Bedürfnis entsprechen. Der Lurnusgemüthwerth, zuerst der vorherrschende, tritt aber später gegen den Werth für den Gelddienst zurück.

2) Die Edelmetalle haben hohen Werth, weil sie selten, das Bedürfnis nach ihnen aber allgemein ist; man baut Silbererz bei nur 2% Gehalt ab, Silbenerz erst bei 18%, Gold hebt man gewöhnlich wegen der Rartheit der Goldzerze gar nicht bergmännisch, sondern aus den vom Wasser zubereiteten Ablagerungen, den Goldseifen; das Wasser ist so zu sagen das natürliche Pechwerk des Goldes.

Durch ihren hohen Werth bei kleinem Volumen eignen sich die edlen Metalle für ein Hauptbedürfnis des Tauschverkehrs, für die leichte und wohlfeile Versendung; derselbe Werth in Gold ist unendlich leichter zu transportiren, als ein gleicher in Weizen. Die Edelmetalle haben wegen dieser Verdenbarkeit

3) weithin gleichmäßigen Werth. Zeitlich gleichmäßig ist ihr Werth für eine solche Frist, daß die meisten durch Tausch begründeten Forderungen ohne starken Wechsel im Werthe des Maßstabes abgewandelt werden können. Diese zeitliche Werthgleichmäßigkeit beruht theils auf der Lurnseigenschaft der edlen Metalle, indem die entheflichen Befriedigungsmittel in kürzeren Perioden geringeren Schwankungen unterworfen sind (s. § 90), theils auf ihrem zwiesfältigen Gebrauch zum Gelddienst und zum Lurnsdienst, indem der für den notwendigen Gelddienst erforderliche Ertrag aus den edelmetallenen Lurnsgegenständen geht oder der Ueberfluß in solchen angelegt werden kann; ferner beruht die zeitliche Werthgleichmäßigkeit auf der Dauerhaftigkeit, welche eine solche enorme Schatzanhäufung gestattet hat, daß auch die stärkste jährliche Neuproduktion neben dem schon vorhandenen Gesamtvoorrath so zu sagen ein Tropfen in den Eimer ist (man schätzt freilich nur aufs Ungefähre, wie man die Menschenschaf des Erdballes schätzt, den Gesamtvoorrath von Silber und Gold im gebildeten Europa und in Amerika auf 40,000 bis 50,000 Millionen Franken). Die Abnutzung ist sehr gering, Verluste sind bei Eigentumsficherheit selten.

Endlich kommt ein Steigen und ein Fallen des Werthes der Edelmetalle (wie bei jenigen anderer Güter) sich selbst, insofern im ersten Falle beim allgemeinen Sinken —, im letzten bei allgemeinem Steigen der Geldpreise aller Waaren der Bedarf nach Edelmetallen abnimmt, beziehungsweise zunimmt; hiedurch wird im ersten Falle die Geldwerthsteigerung, im letzten Geldentwerthung aufgehalten.

Nur a) dem Edelmetallwerth selbst reguliren den Metallgelddbedarf eines Landes b) Menge und Größe der durch Geld vermittelten Werthvertrugungen, c) Schnelligkeit des Geldumlaufes, und d) Menge und Umlaufgeschwindigkeit der Vertreter des Geldes. Die wachsende Umlaufgeschwindigkeit und der zunehmende Gebrauch von Kreditstellvertretern des Geldes wirken dem Wachstum des Metallgelddbedarfs entgegen; der Thaler, welcher in einer Woche zehn Hände berührt, wirkt soviel als zehn Thaler, deren jeder nur einmal wöchentlich eine

Kasse verläßt. Die Menge der in Geld bewerkstelligten Werthübertragungen hängt von der Entwicklung des Verkehrs, die Schnelligkeit des Geldumlaufes und die Venigung der Geldsurrogate von der volkswirtschaftlichen Blüthe, von der Freiheit, Schnelligkeit und Sicherheit des Verkehrs und der Kreditverhältnisse ab. Velpotische Völker vergraben ihre Schätze und brauchen daher weit mehr Geld zur Werthaufbewahrung als zum Werthumfug. Bei großen Kreditstörungen (Handelskrisen) hält jeder Geschäftsmann Baargeld an sich. Jede Eisenbahn dagegen vermindert wegen der schnellen Versendung den Geldbedarf. Die starke Entwicklung des Kreditwesens in England hat bewirkt, daß nur noch im kleinen Verkehr mit Geld abgeglichen wird, alle anderen Forderungen werden unter den Bankiers der Familien im Buche und durch Austausch von Anweisungen (Cheques) fast ohne Geldvermittlung ausgeglichen. Nach vorgenommene Schätzungen verlor vor 1848 England seinen weit größeren Werthumsatz mit 50, Frankreich mit 100 Mill. Frd. St. Münze.

4) In hohem Grade besitzen Gold und Silber die Eigenschaft, daß sie rein oder gemischt gleichmäßige Substanz, gleichartiges „Korn“ annehmen und beliebig geformt und getheilt werden können. Dies macht es möglich, daß der Staat in der Münzprägung und der Orehshandel im Verkehr mit ungeprägten Barren mit Leichtigkeit die Gewöhr des rechten Gehaltes und Gewichtes (Gütermaßes) geben und prüfen können, was den Verkehr sehr leicht und sicher macht. Die große Theilbarkeit gestattet trotz des hohen Werthes die Darstellung sehr kleiner Wertheinheiten (Geldblättchen können bis zur Dünne von $\frac{1}{10,000,000}$ Zell ausgeschlagen werden).

Den unedlen Metallen gegenüber haben Gold und Silber, von der Werthbeständigkeit ganz abgesehen, den Vortheil, von den atmosphärischen Einflüssen nicht angegriffen zu werden: nicht zu rosten wie Eisen, nicht zu oxydiren wie Blei. (Dem ebenfalls edlen Platina gericht es, wie an Werthbeständigkeit und zunehmendem Vorrath, so namentlich an Schönheit und Formbarkeit, um als Geld dienen zu können.)

Diese Eigenschaften tragen dazu bei, dasselbe Quantum durch einmaliges Gepräge auf lange Zeit nach Qualität und Quantität zu verbürgen.

Die leichte Formbarkeit macht die durch die Münzung gegebene Bürgschaft auch wohlfeil; die Prägungskosten betragen ungemein wenig, so daß ohne großen Aufwand eine sichere Werthbasis gegeben und nach geschehener Abreibung durch Umprägung wieder geschaffen werden kann. Auch der geringe Verlust durch Abreibung kann durch Beimischung unedler Metalle (die sogen. Legirung) noch vermindert werden.

§ 64. **Maß und Gewicht im Gelde.** Auch der allgemeine Werthsträger oder das Geld kann nur in bestimmtem Maß allgemein in den Tausch kommen. Der volkswirtschaftliche Nutzen des Geldes besteht wesentlich darin, daß seine Quantität und Qualität vom Staat für alle

Tauschhandlungen ein für alle Mal gemessen und in Münzform verdingt werden (Münzpolizei wiederum vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit gefordert). Die Barrenabslung im Großhandel ist eine nur in diesem anwendbare Geldfunktion der edlen Metalle. Für die Zwecke des kleineren Verkehrs müssen die edlen Metalle, d. h. vom Staat in bestimmter Form nach gesetzlichem Gewicht (Schrot) und Feinheitssgrad (Korn) verbletzt, und als gesetzliche Zahlungsmittel gewährt leisten werden (S. § 68).

§ 65. **Der Münzfuß.** Der Münzfuß ist das Stückzahlverhältnis, wonach das Münzergewicht abgemessen ist. Liegt z. B. das Zolllund zu Grunde, wie jetzt im deutsch-österreichischen Münzverein (Vertrag vom 24. Januar 1857), so entspringt der 30 Zhr., 45 Fl., 52 1/2 Fl.-Fuß, je nachdem 30 Stücke (in Norddeutschland), 45 (in Oesterreich), 52 1/2 (in Süddeutschland) aus dem Zolllund Silber geprägt werden. Den früheren deutschen Münzfüßen (14 Zhr., 20 Fl., 24 1/2 Fl.-Fuß) lag die köln. Mark fein zu Grunde (= 433 französ. Grammen).

Im Münzgrundgewicht wird theils reines Metall, theils Prägemetall vorausgesetzt. In 30 Vereinsthalern ist 1 Zolllund feinen (reinen) Silbers enthalten. Der Frank ist = 5 Grammen, wovon 4 1/2 rein, 1/2 Legirung (200 Franks aus dem Kilogramm Prägesilber). Im ersten Fall wiegt die im Münzfuß angezeigte Zahl Münzstücke mehr als das Grundgewicht, weil die Legirung, unreine Beimischung, dazu kommt.

Die frühere Silberlegirung des Goldes hieß weiße, alle Kupferlegirung heißt rothe Legirung. In Deutschland beträgt die Legirung für Kurantgeld (§ 67) seit dem neuen Münzvertrag allgemein 1 auf 9.

Bei Veränderungen des Münzfußes, wie der Maße und Gewichte, ist auf die eingewohnten Preisverhältnisse Rücksicht zu nehmen; beim Uebergang zu einem groberen Münzfuß kann leicht eine die unteren Klassen empfindlich berührende Vertheuerung eintreten, indem gerade im Kleinhandel leicht das schwerere Stück als Preiseinheit an die Stelle des vorher leichteren gleichnamigen tritt.

Wenige Stundarten, nicht vielerlei wie jetzt in Deutschland, sollten geprägt werden. Der deutsch-österreichische Münzvertrag hat den Fehler zu vieler Stundarten (1/2, 1/4, 1/8, 1/16, 1/32, 1/64, 1/128, u. f. f.).

Werttheilheiten, nach welchen gerechnet wird, ohne daß ein Münzstück ihnen entspricht, heißen Rechnungsgehd, Idealgehd (z. B. die Gamb. Markt-Banco).

Die Gleichförmigkeit der Münzfüße bildet sich allmählich und zwar in dem Maße heran, als der Verkehr zwischen den Orten, Provinzen und Ländern inniger wird. Vor noch nicht 400 Jahren hatten wir in Deutschland Hunderte verschiedener Münzsysteme, und jedes veränderte sich immer wieder durch absichtliche Münzverschlechterung und durch Kipperei (absichtliche Verschädigung) und Wippen (Anschneiden der besten Stücke gegen geringere). Da war keine Sicherheit und unendlicher Verlust im Handel; der Zahlmarkt war unmöglich ohne die Wechselstuben. Das

Bankiergeschäft bestand noch wenig im Kreditgeben, fast ganz in der Münzumschlagung; heute findet das Gegentheil statt. Spätere Geschlechter werden eine weit größere Uniformität der Geldsysteme erleben. In Deutschland verfielen schon die Reichstage von 1480—1545 eine gemeinsame Münz- (und 1522 eine gemeinsame Zoll-) Ordnung. Wären diese Institute damals durchgesetzt worden, Deutschland wäre heute vielleicht auch politisch einig.

§ 66. **Münzverwaltungsgrundsätze.** Der erste Grundsatz einer guten Münzordnung ist es, die möglichste Uebereinstimmung zwischen dem münzgesetzlichen und dem wirklichen Metallgehalt den Münzen zu geben und zu erhalten.

Die Nichtübereinstimmung führt dazu, daß die vollwichtigen Stücke gegen die geringhaltigen (unterwichtigen) eingetauscht und dann eingeschmolzen werden, daß allmählich nur die legeren im Gebrauch bleiben, was zu einer fortschreitenden Münzfußverschlechterung und zur Unsicherheit des allgemeinen Wertesystems führt.

Im Mittelalter wurde diese Münzverschlechterung systematisch von Fürsten und Gesellschaften betrieben und eine furchtbare Vertheuerung damit angedeutet.

Jetzt verhält sich alles dieses weit besser. Die Regierungen gestatten ihren Münzwarden bei der Ausprägung nur noch eine solche Abweichung vom gesetzlichen Gewicht und Korn, welche aus technischen Gründen ohne gar zu hohe Prägekosten nicht überwinden werden kann. Diese erlaubte Abweichung (tolerance, Münzspacht, erlaubte Fehlergrenze, remedium) wird nicht mehr zum Gegenstande der Finanzspeculation gemacht. Hierdurch gewinnen die Münzen die dem Verkehr so unentbehrliche Uebereinstimmung des wirklichen und des gesetzlichen Gehaltes.

Um diese Uebereinstimmung zu erhalten, ist es erforderlich, daß die Münzen, wenn sie durch den Umlauf eine gewisse Abreibung erfahren haben, vom Staate zum Nennwerth wieder eingezogen und vollwichtige neue Münzen dafür ausgegeben werden; dem sonst werden die neuen Münzen durch die schon sehr abgeriebenen von Speculanten aufgekauft und das Münzsystem verschlechtert sich.

Die zwei Grundbedingungen dauernder Ordnung des Münzwesens sind daher die vollwerthige gesetzliche Ausprägung und die Wiedereingiehung, sobald eine gewisse, in ihrer Größe nach der Werthgröße der einzelnen Münzsorten abgemessene Gewichtsminde rung erreicht ist.

Wesern Herrscher keine Gewähr gleichartiger Münzverwaltung gegeben werden kann, führt die bloß nominelle Anpassung der Münzsysteme verschiedener Länder nur zum Schaden desjenigen Staates, welcher in seiner Münzverwaltung der gewissenhaftere ist; denn seine mit Opfern getragte und im Werth erhaltene Münze wird gegen die schlechtere gleichnamige Münze des anderen Staates verschwinden. Eine Annäherung z. B. des deutschen Münzsystems an das französische, oder die Herstellung eines Weltmünzsystems wird zuletzt seine größten —, indem sie nicht unwiderwindlichen Schwierigkeiten weniger in der Vereinbarung eines gleichartigen

Münzfußes, als wegen gleichartiger Handhabung der Münzpolizei, bezüglich wegen gewisserhafter Ausprägung und Wiedereinziehung finden.

Der deutsche Münzvertrag von 1857 giebt übrigens das Beispiel einer hierin gesicherten völlerrechtlichen Münzordnung. Ihm ähnelt die schweizerisch-belgisch-französisch-italienische Münzconvention vom 23. Dec. 1865.

Der Privatverkehr selbst sollte sowohl im Kleinverkehr als in der Wechselprägung fremde Münzen ausschließen, für welche jene gewissenhafte Münzpolizei nicht stattfindet, sowohl um sich und den Staat vor Schaden zu bewahren, als auch um dem Handel eines feiner ersten Bedürfnisse, die Reinheit des Wertmessaers, unverletzt zu erhalten. Die Nachlässigkeit in dieser Beziehung hat vielen, namentlich den süddeutschen Staaten, große Verlegenheit gebracht.

Die Prägekosten der Kurantmünze pflegen die Münzämter in Etwas dadurch zu decken, daß sie das Material in vortheilhaften Formen und zu solchen Zeiten einkaufen, wo wegen Münzbedarfes des Verkehrs Barrengold und Barrensilber gegen Münze niedriger steht. Ein regelmäßiger Ertrag der Prägekosten (Schlagholz) ist nur dann möglich, wenn die Münzen auf Verlangen des Handels geprägt werden, nicht, wenn sie ihrer Hauptmasse nach vom Staate in Circulation gebracht werden. Letzteres ist vorwiegend in Deutschland der Fall. Im ersten Falle kann der Staat in Münzform weniger Metall zurückgeben, als ihm in Barrenform zugetragen wurde, und so für die Prägekosten sich bezahlt machen (z. B. Frankreich).

§ 67. **Scheidemünze.** Der nominelle Werth und der wirkliche Metallgehalt ist stets in Nichtübereinstimmung bei der Scheidemünze, welche im Gegenfatz zur Kuranten Münze metallärmer ist als der auf einen Bruchtheil der Hauptkurantmünze lautende Nennwerth anzudeuten scheint. In 30 Silbergrochen z. B., die 1 Thaler gelten, steht nicht $\frac{1}{30}$ Zollpfund feinen Silbers, wie im Thaler oder in drei $\frac{1}{30}$ Thalern oder in sechs $\frac{1}{60}$ Thalern; ähnlich in 10 Sedgen nicht so viel als in einem 1 Guldenstück des 52 $\frac{1}{2}$ fl.-ß. Der Scheidemünzfuß ist leichter, eine Ausnahme vom normalen Kurantmünzfuß; ihr Nennwerth, welcher auf einen Bruchtheil der Hauptkurantmünze, also auf den Kurantfuß gestellt wird, ist im Verhältnis zu dem nach dem leichten Scheidemünzfuß ausgemessenen Metallgehalte zu hoch angelegt. Diese Abnormität ist nur haltbar, wenn nicht mehr Scheidemünze in Umlauf gesetzt wird, als der Kleinverkehr für kleine Zahlsommen bedarf.

Wird mehr ausgegeben, so verdrängt sie das Kurante Geld, welches ins Ausland geht, wo die geringhaltige Scheidemünze des fremden Staates nicht zum Nennwerth Geltung findet. Es entsteht bei fortwauernder Anfüllung des Verkehrs mit Scheidemünze eine im Wechselkurs auf das Ausland sich auswirkende Differenz des Kurs- und des Nennwerthes der Scheidemünze, was mit einer Verschlechterung des Landesmünzfußes gleichbedeutend ist.

Die richtigen Grundsätze bezüglich der Scheidemünze sind demgemäß:

sie soll in nicht größerem Betrage, als der Kleinverkehr Zahlmarkten bedarf, in Umlauf gesetzt werden, — nur in Summen bis zum Betrage des nächsten Kurantgeldstückes gesetzliche Zahlkraft haben, endlich soll sie zur Verhütung zu großer Umlaufsummen bei öffentlichen Kassen gegen großes Geld eingetauscht werden können. Der Privatverkehr wird durch Zurückweisung oder schnelle Zurücksendung fremder Scheidemünze dazu beitragen, daß die Reinheit des Wertmessaers auch von dieser Seite erhalten bleibe.

Die leichtere Ausprägung der Scheidemünze ist gerechtfertigt durch die größeren Kosten, welche der Staat bei der größeren Abreibung der Scheidemünzen erleidet, auch durch die Unmöglichkeit, ohne große Kosten diese kleinsten, viele Legirung erfordernden Stücke genau auszuprägen. Die Scheidemünze ist entweder ganz aus Kupfer, oder aus Silber mit starker Kupferlegirung geprägt. Silberscheidmünze, welche ein größeres Gewicht Kupfer als Silber enthält, heißt Villon.

§ 68. **Die Währung.** Erhebung der Münzen und Münzzeichen zum gesetzlichen Zahlmittel Seitens des Staates macht das Wesen der Währung (Valuta, Standard) aus.

Man spricht von einfacher und doppelter Währung. Die einfache Währung ist diejenige, welche nur den Münzen aus einem der edlen Metalle allgemeine Zahlkraft giebt. Die doppelte diejenige, welche sowohl den Gold- als den Silbermünzen gesetzliche Zahlkraft giebt und daher ein Werthverhältnis zwischen Gold und Silber gesetzlich feststellt (in Frankreich bisher 1 Kilogramm Gold = $15\frac{1}{4}$ R. Silber). Gemischte Währung wird von Einzelnen diejenige genannt, welche den Münzen des einen Metalls die allgemeine Zahlkraft giebt, aber daneben auch den Münzen aus dem anderen Metall durch Annahme bei den Staatskassen zu einem festen oder wechselnden Kassenkurs die Zahlungsmittelleigenschaft thatsächlich erhält.

§ 69. 1) **Die Doppelwährung** —, welche den Gold- und den Silbermünzen zugleich gesetzliche Zahlkraft nach einem festen Werthverhältnis zu einander beilegt, ist verwerflich.

Sie widerspricht dem Grundwesen des Werthes, wonach jedes Gut seinen Werth selbstständig verändert. Es läßt sich zwischen zwei Gütern nicht ein festes Werthverhältnis detektiren. Wenn aber dies nicht möglich ist, so hat man verschiedene Maßstäbe gleichgesetzt, indem man den Gold- und den Silbermünzen nach fester, gesetzlicher Werthproportion zugleich Zahlkraft beilegt.

Die Gold-Silberwährung ist wie ein aus zwei in verschiedenem Grade sich ausdehnenden Stoffen zusammengesetztes Maß, es wirft sich. Allerdings ist das Werthverhältnis von Gold und Silber kein schnell und stark wechselndes; in Europa schwante es lange in der engen Grenze zwischen 1 Gewichtstheil Gold = $15\frac{1}{4}$ bis 16 Gewichtstheile Silber. Allein unveränderlich ist es nicht, und kleine Veränderungen wirken hier sehr stark. Der Umlauf z. B., daß im Marktverkehr das Verhältniß

seit 10 Jahren (1849—59) auf 1:15,30 ist, während das gesetzlich festgestellte Verhältnis 1:15,50 ist, hat bevorrät, daß Frankreich und die Länder mit gleichem Münzfuß (die Schweiz, Italien, Belgien) fast alles Silbergeld verloren und mit Gold überschwennt worden sind; denn im Geldumlauf konnte man mit 1 Pfund Gold 15½ Pfund Silber kaufen, während auf dem Geldmarkt nur 15½ dafür zu haben waren.

Dieser Unterschied der Markte- und der Gesetz-Verhältnisse reichte hin, die ungeheure Gold-einnahme nach und Silber aus Frankreich zu erzeugen und auch der Schweiz und Belgien fast alles Silbergeld zu entziehen, weil sie den französischen Goldfranken ihrem eigenen Silberfranken gleich gelten ließen. Neuestens haben diese Staaten durch eine leichtere Ausprägung (zu $\frac{899}{1000}$ statt zu $\frac{900}{1000}$ fein) die 1 und 2 Frankenstücke, 50 und 20 Cent-Stücke aus Silber zur Scheidemünze gemacht, also die einfache Geldwährung thatsächlich eingeführt.

Eben aus dieser Erfahrung ergibt sich Unnatürlichkeit der Doppelwährung, daß sie thatsächlich immer in eine einfache Währung, und zwar desjenigen der beiden Metalle, welches jeweilig im Werthe unter die gesetzliche Werthproportion sinkt, überzugehen strebt. Der Landesverkehr erleidet daher immer nur Verluste, ohne je an dem Werthwechsel zwischen Gold und Silber zu gewinnen.

Uebrigens findet auch ein lokaler und zeitlicher Wechsel im Werthverhältnis von Gold und Silber statt: wenn z. B. Gold für starke Zahlungen ins Ausland örtlich besonders begehrt ist; bei Ausbruch der Fieberrevolution stieg Gold in Paris plötzlich zu bedeutendem Agio gegen Silber, weil Gold als ein intensiveres Werthaufbewahrungsmittel, zur Vermögensflucht vor der befürchteten socialen Revolution angesehen wurde.

Auch die einzelnen Münz- und Papiergeldsorten schwanken nach dem wechselnden Grad örtlicher Bedürfnisse gegeneinander. Das ist der Geldkurs im engsten Sinne; preussische Thalerscheine in Frankfurt z. B. stehen nicht immer 1 Fl. 45 Kr., sondern schwanken je nach den Zahlungsverhältnissen ein wenig darunter und darüber.

2) Die einfache, beziehungsweise die gemischte Währung — ist somit weit vorzuziehen. Entweder die Silberwährung, welche Goldmünzen nur zu einem genau nach dem Marktpreise zu regulirenden Kassensatz neben sich duldet, so im deutsch-österreichischen Münzvertrag; oder die Goldwährung, wovon die Silbermünze nur noch als Scheidemünze fungirt und behandelt wird, so in England, wo der Schilling in leichterem Scheidemünzfuß ausgeprägt ist.

Ob Goldwährung oder Silberwährung vorzuziehen, hängt von Zeit und Umständen ab. Für Länder mit vorzüglichem Kleinverkehr ist Silbers, für Großhandelsstaaten (Länder mit großen Preissummen und weiten Verkehren) Goldwährung das Natürlichere. Im Allgemeinen sind Goldprägungen viel später aufgetreten als Silberprägungen. In England wurden die ersten Goldmünzen im 13. Jahrhundert geprägt.

Die alten Deutschen weigerten sich, nach Tacitus, Gold an Zahlungen statt anzunehmen.

In besonderen Perioden der Edelmetallproduktion kann der entscheidende Gesichtspunkt die Frage werden: welches der beiden Metalle im Verhältnis zu allen anderen Gütern, als deren Werthmaßstab es dienen soll, die größere Werthgleichmäßigkeit auf längere Zeit hin verspreche? So wird gegenwärtig befürchtet, Gold werde schnell und stark an seinem Werthe einbüßen. Ob dies eintreffen wird, ist nach der unten folgenden Andeutung nicht, wenigstens nicht genau vorauszubestimmen.

Für Deutschland dürfte der Uebergang zur Goldwährung, nachdem fast alle großen Handelsstädte die letztere theils freiwillig, theils — wie die Länder der Frankwährung (§ 69. 3. 1) — unfreiwillig angenommen haben, auf die Dauer unvermeidlich sein.

§ 70. **Der Werth des Geldes.** Ein hoher Werth des Geldes drückt sich dadurch aus, daß die Geldpreise aller anderen Waaren niedrig sind und umgekehrt. Der Satz ist einleuchtend. Wenn ich für einen Thaler zwei Ellen Tuch kaufe, so ist das im Thaler stehende Silber mehr werth, als wenn ich für den Thaler nur Eine Elle bekomme.

Der Werth der Edelmetalle in verschiedenen Zeiten spiegelt sich also darin, ob und wieviel die Metallgeldpreise aller anderen Waaren sich verändert haben. Stiegen sie, so fiel der Werth des Geldes, fielen sie, so ging er in die Höhe. Im Einzelnen aber ist, da die Geldpreisveränderungen weder plötzliche, noch sogleich allgemeine sind, noch bloß von der Veränderung des Geldwerthes herrühren, die Untersuchung über eingetretene Geldwerthveränderungen eine sehr schwierige, und während der Zeit der Veränderung in der Regel sehr bestritten.

§ 71. **Prognose der Geldwerthveränderung.** Wie vollzieht sich im Einzelnen die Geldwerthveränderung? Nehmen wir den einen Fall,

1) den der Geldentwerthung!

Viele meinen, die Geldentwerthung müsse auf einmal in der Erhöhung aller Waarenpreise zur Erscheinung kommen.

Dem ist jedoch nicht so. Die Entwerthung durchdringt nur allmählich in Form erhöhter Kaufkraft die verschiedenen Länder und bringt die verschiedenen Waarengattungen. Der Goldgräber in Australien bringt eine vermehrte Nachfrage für europäische Tücher und Messerwaaren hervor, die Fabrikanten in England gewinnen dadurch, Arbeiter erhalten höhere Löhne und stangen so nach allen Seiten immer weiter und vielfältiger, aber in immer schwächeren Wellenrungen die Wirkungen des ersten Anstoßes fort: im Wege der allmählich sich verbreitenden aktuellen Handelsnachfrage, wozu das vermehrte Geld beizugibt, ändert sich, wie aller Werth, so auch der Geldwerth. Auch im 16. und 17. Jahrhundert schritt die Erhöhung der Geldpreise von Artikel zu Artikel und von Land zu Land fort; zuerst vollzog sie sich in Italien und in den deutschen Handelsstädten, der vorzugsweisen Geldwelt von damals.

Daher wäre es an und für sich keine zureichende Einwendung gegen

den geldentwerthenden Einfluß der australisch-kalifornischen Goldentdeckungen, wenn man sagt, es seien nicht alle Waaren, und nur wenige in gleichem Maße, während der letzten anderthalb Jahrzehnte verkauert worden. Freilich ist nicht nur Streit um wie viel — sondern ob überhaupt eine allgemeine, nicht bloß locale Geldentwerthung seit 1848 stattgefunden habe. Abgesehen von dem Prozeß der unter 3. 1 betrachteten dauernden Geldentwerthung ist von besonderem Interesse der Fall

2) einer lokalen und zeitweiligen Geldwerthsteigerung. Sie zeigt sich insbesondere im Steigen des Disconto, indem die Banken für die von ihnen begehrte Waare Geld den Nutzungspreis (Zins, Disconto) erhöhen, ferner im Steigen der Wechselcourse auf auswärtige Plätze.

Beide Erscheinungen führen sofort auch wieder die Geldwerthausgleichung herbei.

Der gestiegene Disconto nämlich zügelt einerseits die innere Geldnachfrage der Speculation und erzwingt den Verkauf von Speculationslagern zu niedrigeren Preisen, was Verkäufer anzieht, andererseits lockt der höhere Zins Geld aus inländischen und aus ausländischen Kassen herbei.

Ebenso heilt sich das „Uebel“ eines hohen Wechselcurses selbst. Fragen wir jedoch bei dieser Gelegenheit zunächst nach dem Wesen der Wechselzahlung überhaupt!

Die Gläubiger verschiedener Orte weisen Zahlungen am Orte oder kommerziellen Nachbarorte (Wechselplätze) des Schuldners an, so daß zwischen zwei Orten nur die Differenz der wechselseitigen Forderungssummen, seien sie durch Waaren- oder Wertpapierhandel oder Leistungen entstanden, in Geld ausgeglichen zu werden braucht. Zwischen zwei Wechselplätzen sind die Tratten auf jeweiligen Geldsorten, welcher weniger zu zahlen hat. Der laufende Preis der Wechsel (Wechselkurs) steigt dann über den Nennwerthbetrag des Wechsels, jedoch nie um mehr als höchstens um den Wechsbetrag der Transportkosten der Geldzahlung. Mit der Verwoblenheit der Geldsendungen vereinnigt sich daher der Spielraum des Wechselkurses.

Das Technische über den Wechselkurs und die Wechselzahlung gehört in die Handelslehre.

Volkswirtschaftlich ist der Wechselkurs der Barometer der Zahlungsbilanz und des lokalen Geldwerthes zwischen verschiedenen Orten und Nationen. Man sagt: der Wechselkurs oder die Bilanz in London ist ungünstig auf Paris, wenn ein Wechsel auf Paris in London mit Aufgeld (Wechselagio) gekauft werden muß. Das Wechselagio ist eine Folge davon, daß größere Werthe ein- als ausgeführt worden sind: so zwar, daß nicht die Bilanz gegen einen einzigen Platz, sondern die Bilanz gegen das Ausland überhaupt entscheidet; denn Schuldüberschüsse Londons gegen Paris könnten ja — in Folge der Arbitrageoperationen — mit Forderungsüberschüssen gegen Amsterdam in Paris bezahlt werden.

Der ungünstige Wechselkurs sucht sich nun von selbst zu heilen; denn das Wechselagio ist wie eine Strafe, welche der aus Ausland zahlende Importeur an den dem Inland kreditirenden fremden Exporteur bezahlt, es reizt also zur Vermehrung des Exports durch verminderte Waarenpreise und zur Einschränkung des Imports; hiedurch werden die Forderungen aus Ausland wieder stärker, die Schulden an dasselbe geringer, hiedurch also das Agio für Forderungen (Wechsel) ins Ausland herabgedrückt. (Auch durch Verlängerung der internationalen Kredite wird, wenn nur die Zinsverhältnisse dem Kredit günstig sind, das Steigen des Wechselkurses auf einem Punkte niedergehalten, bei welchem man nicht sogleich zu Baarforderungen schreitet.)

Werden die Baarforderungen einmal nöthig, so kann die Baarausfuhr, beziehungsweise die Ungunst des Wechselkurses nicht lange fortdauern; denn die Baarausfuhr steigert den örtlichen Werth des zurückbleibenden Geldes, (d. h. § 70) sie drückt die Preise der Einfuhr- und der heimischen Waaren und Werthpapiere, d. h.: eine starke Baarausfuhr drückt auf die Importluft, steigert aber die fremde Nachfrage nach heimischen Waaren und Werthpapieren oder den Waarenexport. Letzterer muß bald wieder den Import übersteigen, der Kurs muß wieder günstig werden, Baarmittel müssen wieder zufließen so lange, bis der Stand des Geldwerthes zwischen den verschiedenen Plätzen sich wieder ausgeglichen hat.

Nur ganz außerordentliche Fälle, wie sie England während der Napoleonischen Kriege erlebte, als seine Ausfuhr nach dem Festland gesperrt, seine Zahlungswertbindlichkeit für Subsidien und Kriegsbedürfnisse aber sehr groß war, können eine anhaltende Baarausfuhr und Ungunst der Wechselkurse bewirken; so geschah es, daß in jener Zeit die vermögenden der sogenannten unheimlichen erklärten Noten der Bank von England gegen das selten gewordene Goldmetall sich entwerteten, obgleich der Staats- und Bankredit kaum einen Augenblick wankte.

Ein ungünstiger Wechselkurs ist nicht an sich schädlich, wie es die Merkantiltheorie dargestellt hat; Geld ist eine Waare, die, wie jede andere, je nach ihrem internationalen Werthverhältnisse von selbst ab- und zufließt. Die Bedeutung, welche der Wechselkurs für den Verkehr wegen der Wahl der Zahlung und wegen Einwirkung auf Preise, auf Zins- und Ausfuhrschwankungen hat, ist hienach klar.

Der Wechselkurs unterliegt aber auch Schwankungen, welche nur scheinbar sind, weil sie nicht dem Verhältnisse der internationalen Forderungen, sondern den Werthveränderungen im Werthmessen selbst den Ursprung verdanken. Die Wechselforderungen wollen mit reellem Geldwerth bezahlt sein, und Wechsel auf Wien von 100 Fl. (45 Fl.-R.) ist in Frankfurt 116½ Fl. löb. Abz. (Wechselpari zwischen Frankfurt und Wien) nur dann werth, wenn in Wien 100 Fl. vollwichtiges Silbergeld im 45 Fl.-R. dafür zu haben sind. Ist dies aber nicht der Fall, sei es, daß der Nennwerth des Wechsels in abgenutztem Silber- oder in entwerthetem Bankgeld entrichtet wird, so findet der Wechsel in Frankfurt

nicht den Preis des auf Silberfurantzahlung berechneten Wechselpari, sondern einen je nach dem Grade jener Minderung oder Entwerthung sich bestimmenden niedrigeren Kurs. Ein geordnetes Geldwesen ist somit die Voraussetzung der regelmäßigen Bewegung des Wechselkurses. Eine uniforme metallene Weltwährung, deren allseitige Aufrechterhaltung verbürgt wäre, würde durch die einfache Gestaltung der Wechselkursnotierung eine außerordentliche Wohlthat für den Handelsstand sein. (§§ 66 n. 78.)

§ 72. **Wirkungen einer durch Werthveränderung des allgemeinen Vermögenförs herbeigeföhrten allgemeinen Preisrevolution.** Die Wirkung einer Preisrevolution föhrt nur zu Veränderungen in Vertheilung des Volkvermögens.

Entweder steigt der Geldwerth und alle Waarenpreise sinken, dann gewinnen diejenigen, welche früher kontrahierte Forderungen jetzt erst einziehen: Befoldete, Rentner, Zehnberechtigte, der Staatschatz in den firen Geldsätzen der Steuer- und Zolltarife u. s. w., auf Kosten der Schuldner, oder sinkt der Geldwerth und die Waarenpreise steigen, dann verliert dieselbe Klasse zum Vortheil der Schuldner, und der volkswirtschaftliche Vortheil, daß das Kursumbedürfnis an Edelmetallen wohlfeiler befriedigt wird, ist alsbald durch den volkswirtschaftlichen Nachtheil der Entwerthung der bisherigen Schätze und durch die Nothwendigkeit, dem Gelddienst größere Gewichts mengen zu widmen, wieder ausgegoben.

Die Preisrevolution thut in einem wie im andern Fall vielen wohl: erworbenen Interessen weh und begründet eine neue Vermögensvertheilung, wie durch Lotterie.

Auch die in § 71, Z. 2 erwähnten lokalen und momentanen Geldwerthänderungen wirken ähnlich. Der Speculant, welcher bei gestiegenem Disconto zu jedem Preis loschlagen muß, verliert zu Gunsten der Käufer, in deren Hand der Preis vielleicht bald wieder steigt.

Eine dauernde Geldwerthveränderung kann politisch und gesellschaftlich sehr folgenschwer werden. Die Volksklasse, welche bei Entwerthung in Folge verfallener Neuproduktion den ersten Silber- und Goldregen auf fängt, gewinnt besonders stark, weil der Preis der anderen Waaren nicht so gleich steigt. Mosher hat darauf aufmerksam gemacht, daß im 16. Jahrhundert die spanische Monarchie, welche die amerikanischen Schätze einzug, weltbedrohend wurde, daß damals Offiziere, Beamte, Weibe, Geistliche, kurz die aristokratischen Stände sich stärkten; — in Australien und Kalifornien haben Kaufleute, Handwerker und Arbeiter den ersten Goldregen aufgefangen, auch dies wird seine sozial-politischen Folgen für die Welt äußern! Bei Steigerung des Geldwerthes verlieren unter der Hand die unternehmenden Klassen, die Inhaber fixer Geldbesitze und Geldforderungen gewinnen; die Geldwerthsteigerung kann die aristokratischen Stände relativ entwerthen.

Auch in den Wirkungen der Geldwerthveränderungen zeigt sich recht

föhlbar, wie sehr der Einzelne mit seinem ganzen Vermögen vom gesellschaftlichen System abhängt, wovon er ein Glied ist.

Gegen die Geldentwerthung ist der Familienbesitz durch Anlage in Grund und Boden zu schützen; daher werden Adelsfamilien, Dynastien (durch Domänenbesitz), der auf seinen Namen stolze Kaufmann die Familiendauer auf Grundbesitz begründet. Umgekehrt ist die Macht der englischen Krone während der hauptsächlichsten Entwerthungsperiode im Anfang des 17. Jahrhunderts bei der königlichen Finanzklemme auch durch das Geldverweigerungsrecht des Parlaments gebrochen worden. Die „Macht des Beutels siegte über die Macht des Schwerts“ (power of the purse, power of the sword).

§ 73. **Einflüsse auf den Geldwerth.** Auch der Werth des Münzgeldes bestimmt sich durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu jeder Zeit und auf jedem Markte.

1) **Das Angebot** von Metallgeld und ebenso von Kreditfurrogaten des letzteren (Wechsel, Bannote, Bankanweisung oder chek, Staatspapiergeld) geschieht ekendadurch, daß das Geld direct oder indirect (durch Darlehen) als kaufkräftige Nachfrage nach andern Gütern, auf den Markt tritt. Diese kaufkräftige, das Geldangebot vorstellende Güternachfrage bestimmt sich

A) was das Metallgeld betrifft,

a) auf die Dauer nach den Produktionskosten der Edelmetalle, indem jedes Minen besitzende Land die Produktion fortsetzt, so lange die Preise der mit der Minenausbeute anschaffbaren Güter den Kostenbetrag der Edelmetallprodukte dauernd übersteigen. Die Minimalgrenze des Werthes bestimmt sich demnach beim Geld ebenso, wie bei anderen Gütern (§ 88).

Jedoch ist die regulative Kraft der Produktionskosten beim Geldwerth aus mehreren Gründen keine schnell durchschlagende: Das Bergwerkkapital wird nicht eilig fixirt und nicht eilig verlassen; die jährliche Neuproduktion wirkt wenig im Verhältnis zur vorhandenen Gesamtmenge an Edelmetallen, im Verhältnis zu den lokalen und zeitweiligen Schwankungen der Erpanion und Contraction des Geldbedarfes, im Verhältnis zu dem Wechsel großer und kleiner Vorräthe, plötzlicher „Geldklemmen“ und Geldabundungen, im Verhältnis endlich zu dem wechselnden Umfang der Stellvertretung des Metallgeldes durch Kredit. Alles dieß bewirkt, daß der Kostenfuß nicht sehr streng den Marktpreis der Edelmetalle (Geldwerth) bestimmt.

b) vorübergehend und local wirken auf das Angebot von Metallgeld verschiedene Ursachen ein: Flaute der Geschäfte, welche Waargeld aus den Adern des Verkehrs in die Kassen zurücktreten läßt, günstige Handelsbilanzen, umgekehrt plötzlicher Bedarf von Rimeffen für Kornzufuhren, Kreditkrisen, politische Krisen.

Bei der letzten und wohlfeilsten Verwendbarkeit der Edelmetalle ist jedoch die Ausgleichung der lokalen und momentanen Geldwerthänderungen

eine verhältnißmäßig rasche. Bei freiem Verkehr vertheilt sich die vorhandene Edelmetallmasse über die verschiedenen Länder nach Verhältniß ihres Bedarfs; das Geld ist diejenige Waare, welche — wegen ihrer allgemeinen Brauchbarkeit und ihrer Verdenkbarkeit — über den ganzen Erdkreis hin nahezu gleiches Werthniveau erreicht. Der freie Handel gleicht die örtlichen Werthunterschiede des Geldes so genau oder genauer aus, als diejenigen irgend einer anderen Waare; die populäre Furcht vor dem „Hinausgehen des Geldes aus dem Lande“ ist daher ein reines Vorurtheil. Geld kommt auch wieder herein, wenn im Lande der Geldwerth sinkt, und die Geldnachfrage steigt.

Freilich können dauernde Hindernisse der so eben behaupteten Ausgleichung des Geldwerthes zwischen verschiedenen Ländern entgegenstehen. So haben namentlich solche Länder den höchsten Tauschwerth der edlen Metalle, welche dieselben nur gegen Hingabe schwer transportabler Güter (hohe Transportkosten) einzutauschen vermögen, oder solche, welche von Metallergzeugungsländern sehr entfernt sind und nicht direkt mit ihnen verkehren (nach Ostasien gelangt das Silber aus dem Hauptsilberlande Amerika erst nach einem fast vollen Umkreis um die Erde über England), noch auch selbst Wäsen besitzen. Dies sind häufig ungebildete Völker, welche auch geringe Rechtssicherheit haben und durch Theilhaftigkeit (Schatzanhäufung) ihr Vermögen in Geld zu verdrängen und zu verbergen suchen, dabei auch viel verlieren, — was Alles bei ihnen den Tauschwerth der edlen Metalle steigern muß. Alle diese Umstände wirken bezüglich der in halber Kultur stehenden hinterasiatischen Völker seit Jahrhunderten fast ununterbrochen einer Ausgleichung der Edelmetallpreise entgegen, und ihnen muß es zugeschrieben werden, daß sie mehr als tausend Jahren die edlen Metalle aus Europa in das große Völkerungsbecken von Ostasien, bald in größeren, bald in kleineren Strömen, abgelflossen sind (1820—1848 wendete sich der Strom kurze Zeit um), und daß neuerdings, seit Vermehrung des Verkehrs und seit dem Eindringen des australisch-kalifornischen Goldstroms in Europa, das den halbcivilisirten Völkern werthvollere Silber in wirklich ungeheurer Masse nach Ostindien und China ausgeführt worden ist.

Trotz der im Allgemeinen schnellen Lokalausgleichung des Geldwerthes führt doch der häufigere und stärkere Wechsel im lokalen Geldwerth und der rasche Umschlag zwischen Geldabundanz und Geldklemme zu sehr empfindlichen Störungen des normalen Geschäftslebens, und offenbart sich, indem bald eine Uebervertheuerung, bald ein übermäßiges Fallen der Waarenpreise eintritt. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die Paragraphen über Geld- und Handelskrisen (§ 116 u. 117), welche der Leser schon zur Frage der lokalen und momentanen Geldverhältnisschwankungen nachlesen möge!

Die Rolle, welche bei solchen Vorgängen der Diskontofaz und der Wechselkurs spielen, ist in § 71, 3. 2 näher bezeichnet.

B) Betreffend das Angebot der Kreditjurrogate des

Geldes — so ist ein Streben nicht zu verkennen, den Zahlungsdienst immer mehr durch Kreditzahlungsmittel versorgen zu lassen, das Angebot derselben

a) dauernd zu steigern.

Im Allgemeinen liegt in der Stellvertretung des Metallgeldes durch Wechsel, Banknoten, Checks u. s. w. eine Ersparniß, sie entspricht dem Geleze der Wirtschaftlichkeit.

Wenn jedem Gütertausch eine Geldzahlung entspräche, so würde der Verkehr eine sehr große Summe von Metallgeld bedürfen, so viel nämlich, als die Werthsumfassung innerhalb des Zeitraums beträgt, in welchem durchschnittlich das Geld in der Verwendung eines einzigen Tauschaktes sich aufhält; setzte eine Stadt in 8 Tagen 4 Mill. Thlr. um und jedes Geldstück würde innerhalb 8 Tagen nur zwei Mal gebraucht, so bräunte die Stadt 2 Mill. Thaler Münze für ihren Tauschverkehr.

Der erforderliche Geldbedarf läßt sich nun zwar schon durch Beschleunigung des Metallgeldumlaufes einschränken (s. § 63). 5 Thaler mit der Umlaufgeschwindigkeit von 10 in 8 Tagen, leisten so viel als 25 Thaler mit der Umlaufgeschwindigkeit von 2 Tauschakten in 8 Tagen. Alles, was die Umlaufgeschwindigkeit beschleunigt: Rechtssicherheit, Nähe des Zusammenwohnens (die Erfahrung der Banken in England und Amerika weist aus, daß in Landbankdistrikten weit mehr Noten im Verkehr aufgefangen bleiben als in den Städten von gleicher Kopfzahl und von selbst intensiverer Wirtschaft), Geldausfällen, — vermindert die fliegende Circulation und erspart für die Volkswirtschaft den größeren Metallgeldbedarf.

Dieser letztere würde aber bei höchster Umlaufgeschwindigkeit noch immer groß sein, wenn nicht im Wege des Kredits der Umlauf oder die Abgleichung vertranenswürdiger Forderungen ergänzend einträte. Ein Wechsel, z. B. von 70000 Thlrn., der in drei Monaten durch 20 Hände vielleicht von S. Franzisko bis St. Petersburg indiffert wird, gleicht ohne allen Mänsgebrauch 1,400000 Thlr. Werth aus und erspart dabei Hunderte von Thalern an Verwendungskosten. In England laufen stets gegen 120 Mill. Pf. St. Wechsel um. Gienge jeder Wechsel durchschnittlich durch fünf Hände, so wäre ohne Geld je innerhalb der sechs Monate durchschnittlicher Wechselndauer eine Zahlsumme von 7—800 Mill. fl. löb. B. ausgeglichen! Viele Wechsel erhalten aber weit mehr als fünf Gint; ein engl. Bankdirektor, der bekannte S. Lloyd (Vord. Dverjone), laß 1826 einen Wechsel mit 120 Indossamenten!

Die Zahlung durch Kredit geschieht nun in verschiedenen Formen:

1) durch Buchung der Forderungen, und Abgleichung von Soll und Haben in den Büchern, Kontokorrent und Skontiren.

Eine sehr hohe Organisation des Skontirens sind die Zahlungs-

häuser (clearing houses), in welchen die Bankbuchhalter zusammenkommen, ihre und ihrer Kunden Forderungen ausgleichen und nur die Reste in Baarem, neuerdings in Anweisungen auf eine Hauptbank, abgleichen. (Auser in London giebt es in Boston, New-York, Philadelphia solche Clearing-Häuser, neuerdings auch sonst, z. B. den Saldoaal in Wien.)

Es ist hier der Ort, der neuerdings vielgenannten Checs (französisch Chèques) und der Clearing-Häuser des Väteren zu gedenken.

In England, ähnlich in den Vereinigten Staaten, hat sich schon seit längerer Zeit der allgemeine Gebrauch entwickelt, nicht selbst Kasse zu halten, sondern diese als ein besonderes Geschäft den Bankiers zuzuweisen. Dieß geschieht durch die sogenannten Depositen und durch das sich auf sie gründende Contocorrentverhältnis (laufende Rechnung von Soll und Haben mit dem Bankier). Unter Depositen oder comptes courants versteht man nämlich nach jetziger Bankpraxis in den meisten Fällen nicht das Deponiren von Werthen (Geld, Pretiosen, Werthpapieren) auf speciellen Zurückgabe (depositum regulare), auch nicht das Deponiren vertriebarer Werthgegenstände auf Zurückgabe in gleichartiger Werthgegenstände (depositum irregulare), auch nicht bloß das unverzinsliche irregulare Depositum, auch nicht das „Depot“ im Sinne hinterlegter Kaufpfänder, — sondern die Uebertragung und Ueberweisung von Baargeld und von geldwerthen Forderungen an den Bankier, welcher den Einkassierer, wie den Kassenbewahrer macht. Dafür stellt dann die deponirenden Kunden der Bank Zahlungsmandate auf den Bankier als Depositar aus, so daß dieser, wie Einnehmer und Kassenhalter, so auch Generalzahlmeister wird. Diese Zahlungsmandate oder Zahlungsaufweisungen an Banker und Bankiers heißen Checs.

Durch Deposits und Checs begründet sich so ein Verhältnis laufender Rechnung von Hat und Soll, Einnahmen von dem — und Zahlungen für den Bankkunden — ein Contocorrent. Die acht großen Londoner Depositenbanken halten gegen 1400 Mill. Grfs. Depositen, und auf Grundlage der letzteren findet dann auch der umfassendste Gebrauch der Checszahlung statt. Im New-Yorker Clearing-House wurden 1864 für 24,000 Millionen Dollars Checs abgerechnet! Nur wo das Faktum an das Depot- und Contocorrentsystem sich gewöhnt hat, kann die Checszahlung, dergleichen die Demicilirung der Wechsel auf Bankiers zur Auszahlung, umfassend in Gebrauch kommen.

An und für sich liegt nun in der Checszahlung nur insofern eine wirtschaftlichere Gestalt des Zahlungsdienstes, als die tausenderlei Privatkaufen auf ein Minimum sich reduciren, und soferne der Bankier der concentrirten und gleichmäßigen Zahlungsfunktion mittelst einer kleineren Kassenhaltung gewachsen ist, als sie von den isolirten Kassen der Kunden zusammen gehalten werden müßte. An der Auszahlungssumme selbst wird nicht erspart; denn statt der Bankdeponenten zahlt der Bankdepositor den Gläubigern der Bankdeponenten auf die Checs.

Anderß wird dieß, sobald dem Depositar ein Inhaber gegen

über tritt, der nicht Baarzahlung verlangt, sondern vermöge eines zweiten Checs Compensation anbietet. Ein solcher Inhaber kann aber nur wieder ein Bankier sein und dieß ist es, was die Engländer durch das crossing der Checs und durch die Organisation der Clearing-Houses erreichen.

Der crossed check ist ein Zahlungsmandat, welches durch Bezeichnung einer bestimmten Firma oder wenigstens durch den Besatz — & Copie nur von einer Bankfirma zur Zahlung präsentirt werden kann. Darin liegt einmal eine gewisse Garantie der Respektabilität des Zahlungsempfängers. Weit bedeutender ist aber die Folge, daß nun das Zahlungsempfangen und das Zahlungsleisten auf Bankiers sich concentrirt. Dem Bankier X, welcher Checs der Bankkunden A, B, C des Y zur Zahlung präsentirt, kann der zahlungspflichtige Bankier Y Checs der Bankkunden D, E, F präsentiren, deren Honorirung dem Bankier X obliegt. Nun compensiren sie ohne Geldverbrauch ihre beiderseitigen Forderungen.

Eine großartige Organisation der Zahlung durch Compensation (hauptsächlich der Checs) sind nun die Clearing-Häuser. Seit ungefähr 1780 hatte sich in London die Gewohnheit gebildet, daß die Commis der respektabelsten Bankfirmen täglich zur Compensation der wechselseitigen Forderungen in einem Local zusammentreten, um das zeitraubende und lästige vereinzelte Umherrennen Aller zum Insaß zu ersparen. Nur die bei der Compensation übrig bleibenden Saldi, vielleicht nicht 5% sämtlicher abgeglicherer Forderungen, wurden in flingender Münze oder in Noten der Bank von England hinausbezahlt. Neuerdings sind auch die großen Gesellschaftsbanken und 1865 die Bank von England selbst in den Clearing-Verein eingetreten. Zweimal täglich kommen die Commis zusammen, zuerst um die Forderungen zu präsentiren und dann um nach zu Hause gestellter Revisen die Compensationssaldi festzustellen. Dieß aber werden seit 1854 durch Anweisungen auf die Bank von England liquidirt, so daß jetzt jährlich Milliarden Thaler Forderungen ohne eine einzige Münze oder Banknote zur Erhebung kommen.

Auch die Landbankiers haben in London die Compensation organisiert. In Frankreich sucht ein besonderer Gesetz (14. Juni 1865) den Checsgebrauch, durch Befreiung vom Stempel auf 10 Jahre, in Aufnahme zu bringen.

Der Checs circulirt im Gegensatz zur Banknote und zum Wechsel sehr kurze Zeit. Die Gesetzgebung in Frankreich setzt dem Umlauf die äußerste Frist von 5 Tagen bei Gefahr des Verlustes seiner bevorzugten wechselrechtlich ähnlichen Behandlung. Auch kann er nur gegen vorherige Deckung (provision, Activbilanz des Ausstellers im Contocorrent) gültig aufgestellt werden. Auch in England setzt er vorherige Deckung durch Contocorrentaufgaben voraus. Schon wegen der sicheren Benützung des letzteren nimmt er schnell seinen Lauf zum angewiesenen Bankier.

Als Zahlungsmandat unterscheidet sich somit der Checs von der Banknote und dem eigenen Wechsel als einem Zahlungsverprechen, durch

vorherige Deckung des Bezogenen und durch Wegfall der Acceptation Seitens des Bezogenen hebt er sich vom gezogenen Sichtwechsel ab. Der Check stellt nicht selbst die Bildung einer Forderung behufs der Zahlung, sondern die Anweisung schon bestehender fälliger Guthaben zur Zahlung dar.

Zu wie ferne er Ersparnisse am Metallgeldbedarf erzielt, wird nun klar geworden sein. (Näheres s. mein Aufsat, D.-V.-Schr. 1864, drittes Heft und Couillet, les chèques et le clearing house, Paris 1864).

2) Als ein hauptsächlich Metallgeld ersparendes Geldfurrogat ist bereits genannt der Wechsel, das formelle Summenversprechen ohne Abgabe des Schuldgrundes. Der Wechsel dient, um große Geldforderungen auf dem Wege des Kredits zwischen einzelnen Handelsplätzen auszugleichen. Die Voraussetzung seines Gebrauchs ist die Sicherheit der endlichen Einlösung mit Geld. Ohne strenge Kreditgrundlagen wäre der so wohlthätige Zahlungsgebrauch der Wechselforderung nicht denkbar; das Gesetz hat in den Bestimmungen über Giro, Negree, Crefulation u. s. w., diese Forderungsart durch eine auf absolute Kreditfähigkeit berechnete große formelle und materielle Strenge wirklich ausgezeichnet.

Der Wechsel dient namentlich zur geldlosen Zahlungsausgleichung zwischen verschiedenen Orten (s. § 71, 3, 2). Platzwechsel, d. h. Wechsel zwischen Bezogenen desselben Ortes gezogen, werden vom Rechte des code Napoléon gar nicht als Wechsel anerkannt, und sind an vielen Handelsplätzen verrufen als Zeichen ungesunder Kreditverhältnisse. Sie erscheinen vor Handelskrisen besonders häufig im Umlauf; so in Hamburg vor 1763, 1799 und 1857.

3) Ein Kreditzahlungsmittel sind endlich die Banknoten

und 4) das Staatspapiergeld.

Erstere sind, wenn von einem allgemein getannten sicheren Institute nach den (§ 79) entwickelten Grundsätzen auszugeben, ein noch allgemeiner gebräuchtes und wirksames Geldfurrogat, als der Wechsel.

Indem die Zettelbanken den Wechseldienst besonders zu betreiben und diskontirte Wechsel vorrätzig zu halten pflegen, ist die Banknote vielfach nur der Ersatz der weniger umlaufsfähigen Wechselkreditform durch eine umlaufsfähigere geldartige Form.

Wie weit der Stellvertretungsdiens für Metallgeld durch Forderungen in den Mittelpunkt des Geschäftslebens bereits getrieben ist, beweiset eine Mittheilung des Londoner Bankier Lubbock an die Londoner staatliche Gesellschaft im J. 1865. Dieser Geschäftsmann zählte 23 Millionen L. St. in seinem Geschäft umgesetzte Zahlungswerte; hiervon wurden 16,346000 L. durch das Clearinghouse, 5,394000 L. durch directe Zahlungsmittel, 1,137,000 durch Noten der Bank von England, 79000 durch Noten der Provincialbanken, — nur 139,000 L. durch Münze entrichtet! Das New-Yorker Clearinghouse setzte 1864 für 25,000 Millionen Dollars in Cheques fast ohne Metallgeld um!

Aus solchen Thatfachen geht hervor, daß die Stellvertretung des Metallgeldes durch Kredit in einzelnen Verkehrsbereichen — der landliche und der kleine Privatverkehr absorbiert mehr Metallgeld als der großstädtische Bankverkehr — eher schon zu weit getrieben ist. Jeder wirtschaftliche oder sonstige Vorfall, welcher nur in geringem Maß ein außergewöhnliches Metallbedürfnis herbeiführt, bringt dann momentane Geldwerthsteigerungen, sogenannte Geldkrisen hervor, wobei die um ihre Baarvorräthe beraubten Banken den Diskont steigern.

So weit getrieben ist die Diskontomirung des Zahlungsdienstes durch Kredit von sehr fraglichem Werthe; denn die momentane und locale Geldwerthsteigerung mit ihrem Druck auf die Preise und ihrer Störung der Geschäfte ist dann ein größerer wirtschaftlicher Nachtheil, als wenn größere Baarvorräthe (englisch hoards) gehalten werden würden.

Die Benützung des Kredits zum Gelddienst führt ein vermehrtes Geldmetallangebot, sei es aus Anlaß, sei es auf dem inneren Markt, und hiedurch eine Geldentwerthung herbei, soweit sie nicht durch Gegeneinflüsse aufgewogen wird. Mindestens hält der Gebrauch des Kredits zur Zahlung eine Werthsteigerung des Münzgeldes ab.

b) Vorübergehend

schwankt das Angebot an sogenannten Kreditfurrogaten des Geldes stark. Mit der Regelmäßigkeit und der Flauheit der Geschäfte findet auch eine Ausdehnung und Zusammenziehung der an Zahlungsstatt circulirenden Forderungen aller Art statt; denn der Zahlungskredit quillt (vgl. § 50) aus dem Geschäftsleben selbst hervor.

Diese periodische, mit Ausdehnung und Zusammenziehung der Geschäfte Hand in Hand gehende Expansion und Contraction der Kreditcirculation ist ein Regulator der Stätigkeit des Geldwerthes.

Außerdem müßte jede Ausdehnung des Geschäftslebens, welche nach mehr Geld fragt, den Geldwerth steigen, jede Zusammenziehung desselben, welche die Geldnachfrage mindert, ihn zu Fall bringen. Unaufhörliche Krisen aus lokalen und zeitweiligen Geldwerthänderungen wären nicht zu vermeiden. Um desswillen ist die Kreditcirculation ein wahrer Segen, da wesentlich auf ihr die (nach § 63 u. 72) dem Geld so nothwendige Gleichmäßigkeit des Werthes beruht. (Mißbräuche s. unt. § 80).

§ 74. Fortsetzung. II. Die Nachfrage — sei es nach Metall, sei es nach Kreditgeld, ist abhängig vom Umfang der Geschäftslagen, von der Umlaufgeschwindigkeit, von dem Geldwerthe selbst (s. ob. § 63). Auch die Geldnachfrage kann dauernd oder vorübergehend sich ändern.

Letzteres kommt in periodischer Erbe und Fluß vor. Der in Schwung kommende Unternehmungsgelst absorbiert Geld, am meisten auf der Höhe der Kredit- und Handelskrisen selbst; flauere Geschäftszeiten dagegen zeigen große Baarvorräthe bei niedrigem Zinsfuß. Eine Geldkrise bringt ein

weitverbreitetes Fallen der Geldpreise der Waaren, der Schwung der Geschäfte ein länger fortdauerndes Anschwellen jener Geldpreise hervor (vgl. § 116. 117).

Der Stand des Handelszinsfußes, — hoch bei knappem, niedrig bei reichem Vorrath der Banken — regulirt diesen Wechsel fallender und steigender Geldnachfrage, wie denn der ganze unten (§ 116 ff.) geschilderte Proceß einer Handelskrisis unter dem Gesichtspunkt einer partiellen, localen und zeitweiligen Geldwerthsteigerung, mit nachfolgender Geldentwerthung von ebenfalls beschränktem Charakter, aufzufassen ist. Die Geschichte der Handels- und Kreditkrisen ist zugleich die Geschichte dieser beschränkten Geldwerthänderungen. (Ueber dauernde, daher allgemeine Geldwerthänderungen und Preisrevolutionen s. § 71, Z. 1.)

II) Angebot von und Nachfrage nach **Papiergeld** und **Geldsurrogaten** insbesondere. Besondere Factoren des **Papiergeldwerthes**.

a) Unterschied von **Papiergeld** und **Geldsurrogat**. Hinsichtlich des Einflusses auf den allgemeinen Geldwerth verhalten sich eigentliches **Papiergeld** und **Kreditsurrogate** des **Münzgeldes** sehr verschieden.

Geld ist allgemein geltendes Tauschmittel und Preismaaß. **Papiergeld** können daher nicht alle Kreditsurrogatsmittel, sondern nur diejenigen heißen, welche zu allgemeinen gesetzlichen Zahlungsmitteln (**Valuta**) erklärt sind, ohne in **Münzgeld** auf Verlangen des Inhabers eingelöst werden zu müssen; Kreditsurrogatsmittel dagegen — ob vom Staat oder von Corporationen oder von Banken oder von Privaten ausgegeben — sind selbst bei Zwangskurs keine **selbstständige** Währung, sondern bloße **Münzgeldsurrogate**, wenn sie in **Münzgeld** einlösungsgefährlich sind, da sie dann jeden Augenblick nach dem Willen des Inhabers in **Münzgeld** verwandelt werden können, und noch weniger kann von der Eigenschaft des Geldes im strikten Sinn, geschweige von der Eigenschaft einer selbstständigen **Valuta** die Rede sein, wenn denselben nicht einmal Zwangskurs (legal tender) zukommt.

Papiergeld — im Gegensatz zu den **Geldsurrogaten**, wovon einzelne oft auch **Papiergeld** genannt werden — sind daher nur uneinlösbare Staatsnoten oder Banknoten, welche mit Zwangskurs ausgestattet sind. Dagegen einlösliche, oder einlösliche und zwangskurslose, oder uneinlösliche und zwangskurslose Staats-, Corporations-, Bank- und Privatschuldscheine aa porteur sind nur **Surrogate** des **Münzgeldes**, nicht **Geld** im Sinne einer selbstständigen **Papiervaluta**, wenn sie auch sonst hinsichtlich der Deckung und der Person des Ausgebers sich noch so verschieden verhalten, und wenn sie auch in sehr ungleichem Grade die Gefahr an sich tragen, in den Zustand einer wirklichen **Papiervaluta** hinüberzuführen.

b) **Doppelte Papier-Metallvaluta**. Das eigentliche **Papiergeld** konstituirte einen zweiten selbstständigen Werthmesser neben der **Münz-**

valuta, schließt also den Zustand einer **Doppelwährung** in sich. Und in der That brechen, sobald das vom Gesetz fixirte Verhältniß des Gleichwerthes von **Papier-** und **Münzgeld** (1 Thaler Schein = 1 Thlr. Münze, sog. Par) thatsächlich aufhört, alle Folgen der **Doppelwährung** in schroffer Weise herein: die **Metallvaluta** verschwindet, ähnlich dem **Geld** im Falle des § 69, und zwar nicht bloß die **Kurantmünze**, sondern auch die **Scheidemünze**. Die letztere, sobald die **Entwerthung** des **Papiergeldes** unter den leichtesten Münzfuß sinkt, zu welchem die **Scheidemünze** etwa in Nachbarländern in Kurs gesetzt werden kann (österreich. Silbersechser 1849 bis 1866 in Süddeutschland), oder sobald die **Papiervaluta** sogar so tief sinkt, daß die **Entwerthung** nicht bloß den Unterschied des **Kurant-** und des **Scheidemünzfußes**, sondern auch noch den Betrag der **Einschmelzungskosten** ausmacht; denn nun kann man vortheilhaft mittelst entwertheter **Papiervaluta** **Scheidemünze** zum **Einschmelzen**, beziehungsweise **Kupfer** als **Kaufmannswaare**, aus dem **Verkehr** ziehen.

Die **Valuta** kann sogar eine dreifache sein, wenn zweierlei selbstständige **Papiervaluten** (**Staatspapiergeld** und **Bankpapiergeld**) zur **Metallvaluta** des Landes hinzukommen. In noch höherer Complication wiederholen sich dann die einer mehrfachen Währung anhaftenden Störungen.

c) Hinsichtlich der **Einwirkung** auf den allgemeinen **Geldwerth** besteht nun ein großer Unterschied zwischen **Papiergeld** und **Münzgeldsurrogaten**.

a) Die **Geldsurrogate** bewirken aus den schon unter I erwähnten Gründen eine momentane und locale Steigtheit des **Geldwerthes**; denn jeder Zeit nimmt hievon der **Verkehr** so viel auf oder giebt er so viel ab, als es von seinem wirklichen Bedarf verlangt wird.

Ob aber der **Gebrauch** der **Münzgeldsurrogate** dauernd den **Geldwerth** drücke, ist von den Umständen abhängig. An und für sich kann nur der dauernd im Umlauf befindliche Betrag der **Münzgeldsurrogate** als entwerthende Angebotsvermehrung gleich einer entsprechenden Menge **Metallgeld** angesehen werden; wirken nicht geldwerthsetzende Gegenstände, so kann in so weit eine **Geldentwerthung** die Folge sein, gewiß aber im Ganzen nur eine geringe und langsame, da die Vermehrung im Verhältniß zum ganzen **Edelmetallvorrath** der Welt und zu dem schon eingewöhnlichen **Geldsurrogatenbetrag** nur geringfügig sein und langsam erfolgen wird.

ß) Etwas anders verhält es sich mit dem eigentlichen **Papiergeld**.

Dieses ist, da es als uneinlösbares **Geldzeichen** nicht auf die **Metallvaluta** zurückgeführt, und nicht vom **Verkehr** selbst in Schranken gehalten werden kann, im Stande, eine sehr große Menge von **Metallgeld** in kurzer Zeit aus- und als **Angebot** auf die **Märkte** der **Metallwährungsländer** hinzutreiben.

Doch liegt auch hier eine innere Schranke vor:

d) Der Gebrauch uneinlösbaren und gleichwohl mit Zwangskurs beleckten Kreditgeldes ist vom Mißkredit fast untrennlich.

Der Mißkredit drückt aber das Papiergeld unter den Parivorth mit Münzgeld. Die Entwerthung wird also nicht eine allgemeine Geldentwerthung, sondern nur eine Entwerthung des speziellen Papiergeldes. Der gesunkene Geldwerth des letzteren (§ 63) fordert dann eine größere Circulation. Die Emission von Papiergeld in einem Lande, welche 200 Millionen Thaler bisheriger Münzcirculation ins Ausland verdrängt, wirkt auf den allgemeinen Geldwerth nur wie ein vermehrtes Münzgeldangebot von 200 Mill. Thlr., selbst wenn 20,000 Mill. Thlr. in jenem Lande ausgegeben wären; alle weitere Entwerthung trafe nur das Papiergeld.

Es besteht also der große Unterschied: Einlösbares Münzgeldsurrogate folgen in ihrem Werthe dem allgemeinen Geldwerth, weil sie keine selbstständige Valuta, sondern nur Surrogat der Metallvaluta sind; eigentliches Papiergeld aber ist als zweite selbstständige Valuta der Gefahr einer gesonderten rapiden Entwerthung ausgesetzt. Nur vom eigentlichen Papiergeld drohen unmittelbar die Gefahren und Calamitäten, welche in § 78 geschildert sind.

e) Einfluß der Emissionsmenge und des Kredites der Emittenten auf den Papiergeldwerth. Die Entwerthung einer Papiervaluta ist keineswegs bloß Produkt übermäßiger Emission.

Es kann allerdings mehr ermittelt sein, als der Verkehr an Papiergeld bedarf, und dann wird dasselbe wegen Ueberemission sich gegen Metallvaluta entwerthen. Allein es ist falsch, der in England (Ballion report 1810, Ricardo, Lord Overstone, Currency-Theorie, Gedanke der Peel'sakte von 1844) weit verbreiteten und aus der Periode der Baarzahlungseinstellung (Bankrestriction 1797—1821) abgeleiteten Annahme zu folgen, als ob die möglichste Beschränkung der Quantität der Emission das Parí sichere.

Schon beim kleinsten Emissionsbetrag kann der Papiergeldwerth straucheln. Im J. 1866 schwankte der Werth der 15 Mill. Thlr. preuß. Kassenscheine, obwohl der Betrag für ein großes Land äußerst geringfügig ist. Der Kredit des Papiergeldemittenten ist der viel entscheidendere Factor des Papiergeldwerthes. Die Emissionsmenge ist häufig nur als Anlaß des Mißkredites von entwerthender Wirkung.

Daß der Kredit des Emittenten den Papiergeldwerth entscheidend bestimmt, ist ganz natürlich. Papiergeld stellt ja nicht schon existirende Güter dar, deren Werth zuletzt nach ganz bestimmten Produktionskostenverhältnissen sich bestimmt, sondern mehr oder weniger ungewisse Zukunftswerthe, deren jeztige Feststellung von einer sehr elastischen Größe, dem Glauben an die Zahlungsfähigkeit des Emittenten, bestimmt ist. Die ganze Gefahr der reinen Papiervaluta sitzt sich eben darin zusammen, daß zum Werthmesser ein schwankender Zukunftswerth gemacht ist,

während Stetigkeit des Werthes (§ 63) die erste Anforderung an ein zum Gelddienst taugliches Gut ist.

§ 75. Zur Werthgeschichte der Edelmetalle. Der Werth der Edelmetalle (des Geldes) ist in den letzten drei Jahrhunderten, trotz der großen Vermehrung des Werthumsatzes in Folge vermehrter Bevölkerung und trotz des scheinbaren Uebergangs von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, bedeutend gefallen, d. h. die Geldpreise aller anderen Waaren sind erheblich gesunken. Die nicht allgemein angenommenen Ergebnisse der über diese Geldwerthveränderung angestellten Untersuchungen (sicherndes verdienstlich von W. v. Humboldt, Felsberg, Jacob, Peschel, Soetbeer, dem Russen Tengoborski, dem Franzosen Lavoisier, dem Engländer Newmarch in Tooke's Preisgeschichte, Band V und VI, Jevons) sind ungefähr folgende:

Das Mittelalter hatte, nachdem die alte Welt den Werth der edlen Metalle stufenweise hatte sinken sehen, in Folge der großen Schatzverluste in der Völkerveränderung, wegen gänzlichen Aufhörens der Minenproduktion und wegen sehr langsamen Umlaufes, hohen Metallwerth, d. h. niedrige Waarenpreise. Nach der Entdeckung Amerikas (1492) und der reichen Gruben von Potosi und Guanarato (um 1550) flossen reiche Schätze nach Europa, und ihre geldentwerthende Wirkung wurde um so größer, als die wachsende Sicherheit der Kommunikation und der beginnende Gebrauch von Geldsurrogaten (Wechseln) die Steigerung des Geldbedarfes hinstellte. Spanien, Italien, das damalige Geldland, z. Th. Deutschland hatten die erste Preisrevolution (Entwerthung des Geldes um 3—400 Proz.) schon um 1600 vollzogen, in England kam sie erst gegen 1640 zur Ruhe. Seit dieser Zeit bis 1850 scheint der Geldwerth, beziehungsweise der Durchschnitt der Waarenpreise, im Ganzen gleich geblieben zu sein.

Ob seit 1849 der Geldwerth allgemein, nicht bloß local in Folge der ertlichen Preisausgleichungen durch die Eisenbahnen — gesunken ist, und um wie viel, wenn er wirklich schon weiter gesunken ist, darüber gehen die Ansichten weit auseinander.

Der vorhandene Gesamtverrath von Gold und Silber im civilisirten Europa betrug im Jahre 1493 250 Mill. Thaler, 1848 dreitausend Mill. Thaler Gold und 5—6000 Mill. Thlr. Silber nach ungefähren Schätzungen (Peschel, d. W. J. Bd. 1857, 1. Heft, S. 245 u. 258). Wenn die Entwerthung (Depreciation) der Edelmetalle nicht ebenfalls 32fach, sondern drei- bis vierfach gewesen ist, so sind Ursache hiervon: die bedeutend gestiegene Umlaufsummen, welche bei bloßer Vergeltung und Vertheilung viel Edelmetall dauernd vernichtet, — die Abreibung und das Verlorengehen der Münzen, Schatzungspreise zehn bis dreißig Mill. Thlr. jährlich, — namentlich aber auch die große Steigerung der Geldnachfrage in Folge gestiegenen Werthes.

Letztere Steigerung mag man aus der Thatfache erkennen, daß der auswärtige Handelsumsatz von England, Frankreich und Rußland um

1750 zweihundertsechzig Mill., 1864 dagegen der Werth der britischen Ein- und Ausfuhr allein 3100 Mill. Thaler betrug. Sie mag selbst die dem Geldbedarf verminderte Vermehrung der Geldumlaufgeschwindigkeit und der Geldsurrogate auf, welche in dem Zwischenraume eintret.

Auch ist der orientalische Handel mit seiner starken Silberabsatz sehr in Betracht zu nehmen.

Endlich freigt, wie schon erwähnt, die Entwerthung selbst den Bedarf an Zahlungsmitteln (§ 63) und hält sich dadurch selbst wieder auf; denn wenn ich vor 300 Jahren eine Elle Zeug um einen Thaler gekauft hätte, und es wäre jetzt ein Thaler nur $\frac{1}{4}$ Elle werth, so brauchte ich für dasselbe Zahlungsbedürfnis nunmehr vier statt einen Thaler.

§ 76. Das gegenseitige Werthverhältniß von Gold und Silber. Es ist schon bemerkt, daß seit 1850 der Werth von Gold und Silber ungefähr wie 1:15 $\frac{1}{2}$ sich verhält. Im früheren Mittelalter, wie auf allen niedrigeren Gesellschaftsstufen, war Gold nicht so werthvoll, das Verhältniß scheint 1:10—12 gewesen zu sein; in Rom dagegen soll es um 400 n. Chr. kurze Zeit 1:20 gewesen sein. Die neueren Goldentdeckungen haben Gold im Verhältniß zu Silber noch wenig gedrückt. Das Verhältniß schwankte von 1816—1849 zwischen 1:15.⁸⁷ bis 1:16.⁸⁸

Dies könnte um so auffallender erscheinen, da die Jahre seit 1849 der 1848 vorhanden gewesen Goldmasse eine große Vermehrung gebracht haben. Dennoch ist das annäherungsweise Stehenbleiben des alten Verhältnisses aus mehreren Umständen zu erklären. Zu ihrer Hauptrolle, d. h. im Gelddienst vertreten beide Metalle einander fast vollkommen (vgl. § 16), das französische Geldumlaufsystem hat nun durch tatsächlichen Uebergang zur Goldwährung sehr viel von neuen Golde abgezogen, während Silber massenhaft nach dem Oriente abfloß. Dies hielt den Goldwerth. Allerdings müßten endlich Gold und Silber aus ihrem gegenseitigen Vertretbarkeitsverhältniß im Gelddienst sich voneinander lösen, wenn die einseitige Vermehrung der Goldmenge fortschritte. Allein es und wann ein solcher Zeitpunkt eintreten werde, ist nicht vorauszu bestimmen. Auch die Silberproduktion nimmt wieder bedeutend zu, die Goldausbeute kann abnehmen. Erstere hängt von beweglichem Kapital und Arbeit, diese mehr von der Naturfreigabe ab, jene unterliegt also viel mehr der Macht des Menschen und dem Einfluß der höheren Kulturstufen als diese, obwohl die Geldgewinnung auch in Australien und Californien immer mehr eine technisationalle wird.

§ 77. Stellvertretung des Metallgeldes. Als Werthträger und Werthmesser, als Geld, kann nur dienen, was selbst Werth hat.

Eine nur scheinbare Ausnahme machen unentlohnbares Staatspapiergeld und Bankgeld, welches, sofern ihnen der Staat die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels (sogen. legal tender) beilegt, förmlich dem Metallgeld gleichgestellt sind; — ferner die Antwerfung und der Wechsel, welche, ohne gesetzlich ausgesprochene Zahlkraft zu haben, nach

ihrer Technik (Bankiersfundation bei der Anweisung und die sogen. Wechselstrenge beim Wechsel, großartige Liquidation der Bankanweisungen in dem Clearinghouse-System) dennoch geldartige Dienste zu leisten vermögen und die Stelle von Metallgeld vertreten. Nicht der Streifen Papier ist es, was hier überall das „Geldende“, Werthhabende ist, sondern die mehr oder weniger sicheren Vermögensbestände, auf welche jener Streifen Papier eine rechtliche Forderung begründet. Der Kredit, welcher seinen Inhalt stets auf fungiblen Geldwerth stellt (vgl. § 134), wird Surrogat der Münzen im Gelddienst.

Daß gerade Papier zum Kreditgeld gewählt wird, beruht auf seinen äußerlichen technischen Eigenschaften. Bei nördlichen Völkern kam, als sie noch Helle als Geld gebrauchten, der Fall vor, daß sie gestempelte Schnauzen für ganze Helle annahmen, welche dafür in den russischen Magazinen zu haben waren, — Schnauzenassigaten!

Die wirtschaftliche Bedeutung der Krediturrogate des Geldes haben wir (in § 73 u. 74) bereits kennen gelernt. Hier sind nur noch die Voraussetzungen ihres zweckmäßigen Gebrauches zu erörtern.

Die erste Voraussetzung, damit die Geldsurrogate wirklich Gelddienst versehen und einen dem Nennwerth entsprechenden Kurzwert (das Pari) behaupten können, ist die Anweisung auf ein sicheres Vermögen, die ausreichende Fundation, beziehungsweise die Einlösbarkeit (Convertibilität) gegen Baargeld.

Hiedurch lösen sich dann die Kreditwerthe immer wieder in Metallgeldwerthe auf. Jede Art freilich in ihrer besonderen Weise. Der Wechsel durch regelmäßige Fälligkeit unter wechselseitiger Execution, die Bankanweisung durch regelmäßige Abrechnung, die Banknote durch rechtliche Verpflichtung der Baareinlösung und durch tatsächliche Rückkehr an die Bank an Zahlungsfähigkeit, die Staatsnoten, wenn sie fundirt sind, durch Vermittlung zur Steuerzahlung oder durch Einlösung aus etwaigen baaren Einlösungs-fonds des Staates.

Durch Bankrott der Wechselschuldner und Bankiers können zwar Wechsel und Bankanweisungen an Werth einbüßen, eine allgemeine Störung für die Geldcirculation entsteht jedoch hieraus so leicht nicht.

Anderes dagegen ist es, wenn Banknoten oder Staatspapiergeld zwar mit Zwangsmittel versehen sind, aber rechtlich oder tatsächlich der zum Pari mit Metallgeld erforderlichen Fundation, bez. Einlösbarkeit ermangeln.

Sie entwerthen sich in diesem Fall und, wenn sie gleichwohl Zwangsmittel behalten, so schwindet der allgemeine Werthmesser gleichsam ein; es tritt alle üble Folge einer Geldentwerthung, beziehungsweise einer Münzfußverfälschung ein (s. § 71 ff.).

Diese Entwerthung vollzieht sich so: Das Metallgeld wird entweder zu einer im Papiergeldpreis wechselnden Waare mit Aufgeld in Papier (agio), und bleibt im Inlande. Oder es wird ins Ausland verdrängt, wenn im Inland soviel Papiergeld ausgegeben wird, daß das Metallgeld

im Gelddienst des Landes keine Verwendung mehr hat; das Papiergeld kann nämlich nicht ins Ausland verdrängt werden, weil es dort keine gegenseitige Zahlungskraft hat.

Vergeßlich ist es dann, die Agiotage, welche sich im Zusammenhange mit der sogenannten Devisenspekulation offenbart, mit äußeren Mitteln: Geldstrafe, dem Verbote der Zahlung von Aufgeld in Papier auf Münzen und auswärtige Wechsel (Devisen), dem Verbot der Ausfuhr von Kurant- und Scheidemünze zu verfolgen; denn man verfolgt hiemit das Symptom und nicht die Ursache der Krankheit. Der Sitz des Uebels liegt darin, daß der Emittent des Papiergeldes keinen Kredit hat. Die Erzwungung des Pari von Münz- und Papiergeld wäre die brutalste Ungerechtigkeit und das Verbot der Ausfuhr von Münze und des Anschaffens von fremden Devisen mit Wechselagio wäre die Störung der Zahlungen sowie der Vermögensauswanderung ins Ausland, wosin Geldwerth eben in Münz- und Wechselform, nicht in Papiervaluta übertragen werden muß.

§ 78. Volkswirtschaftliche Nachteile eines entwertheten Papiergeldes. Je stärker das entwerthete Papiergeld im Werthe (im Metallgeldpreis) schwankt, desto verderblicher ist seine volkswirtschaftliche Wirkung. Bei den großen Krisen, welche Oesterreich 1848–1850 und wieder im Jahre 1859, Amerika im letzten großen Bürgerkrieg, durchmachen mußte, war es bekanntlich genöthigt, zu dem Mittel zu greifen, uneinlösbares Papiergeld in Menge auszugeben; uneinlösbare Banknoten, welche, wie es in Oesterreich der Fall war, vom Staat zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werden, unterscheiden sich nämlich vom Staatspapiergeld nur durch das äußerliche Moment, daß eine Bank statt des Finanzministeriums die Ausgabe besorgt.

Die Folge war, daß das Bankgeld furchtbaren Werthschwankungen unterlag, und daß ungünstige oder günstige politische Ereignisse oft binnen wenigen Wochen eine Werthschwankung von 10, 20, ja 30–40 Prozent im Papierenen Werthmesser erzeugten.

Ein Kaufmann, welcher im Anfang eines Monats für 60,000 fl. Waare, zahlbar am Ende des Monats, verkauft hatte, konnte bis zu 20,000 fl. durch die inzwischen eingetretene Entwerthung verlieren; im nächsten Monat konnte er vielleicht ebensoviel wieder gewinnen, oder, wenn der Kurs sich besserte und der betreffende Schuldner Käufer geworden war, noch einmal verlieren, da er nun Ende des nächsten Monats in einem um dreißig Prozent werthvolleren Gelde zahlen mußte. Durch die Schwankungen des Kurses entsteht so eine unaussprechliche Unsicherheit der Vermögensvertheilung, das Volkvermögen wird zur Lotterie, an welcher das ganze Land, insbesondere diejenige Klasse, welche am meisten mit Werthumsatz in Geld zu thun hat, theilnehmen muß. Die Folge ist, daß der Unsicherheit wegen der Handel stockt und durch Preiszuflüsse, welche wie starke Versicherungssprämien anzusehen sind, Alles vertheuert wird.

Entwerthetes Zwangspapiergeld ist daher ein verwerfendes Unglück,

um so größer, je stärker die Schwankungen sind, besonders empfindlich für den Handel. Die Einfuhr in das Land der Entwerthung ist noch unsicherer, als die Ausfuhr von da in Länder mit sicherer Werthbasis; jene wird gedrückt, diese verhältnismäßig gehoben. Das Disagio entwertheten Papiergeldes ist daher oft als ein indirekter Schutzzoll angesehen worden. Die Einfuhren werden gerne sofort durch Einkäufe von Waaren des Entwerthungslandes bezahlt gemacht, indem man die empfangenen Wechsel sogleich discountirt, Waaren kauft und damit der Valutaischwankung sich entzieht.

Hierbei muß man das verschiedene Tempo wohl beachten, in welchem die Werthschwankung der Papiervaluta auf die Papiergeldpreise verschiedener Waaren wirkt.

Verhältnismäßig sehr rasch steigt der Papiergeldpreis der Münzen und der fremden Devisen, erkennbar am Agio. Allein das Münz- und Wechselagio ist nicht Maßstab der allgemeinen Bewegung der Papiergeldpreise aller übrigen Waaren. Die allgemeine Kaufkraft des Papiergeldes fällt und steigt langsamer, als diejenige für Münzen und fremde Devisen; die Entwerthung des Papiergeldes setzt sich überhaupt nicht mit einem Schläge, sondern stufenweise, ähnlich wie diejenige des Münzgeldes (§ 71), durch. Auch darauf beruht es, daß ein Zunehmen des Agios zunächst wie ein Schutzzoll, ein Sinken desselben später wie eine Zollermäßigung, auf die inländische Industrie wirkt; in Oesterreich hat sich diese Erfahrung festgestellt (Wagner).

Zugleich erklärt sich aus dem stetigeren Tempo in der Aenderung der allgemeinen Kaufkraft des Papiergeldes gegenüber demjenigen in der speziellen Kaufkraft für Münzen und Devisen, daß Stipulationen in Papiervaluta weniger ein risikantes Spiel darstellen, als diejenigen in Metallvaluta, und daß die ersten, auch wo die letzteren (Oesterreich seit 1856) geleglich zulässig sind, thatsächlich vorgezogen werden.

Aus demselben Umstand erhellt ferner, daß eine Umrechnung von Verbindlichkeiten aus der Zeit einer festen Valuta nach dem im Agio erscheinenden Kurswerth keineswegs der Gerechtigkeit entsprechen würde, wie Juristen auf Savigny's Autorität gestützt so gerne annehmen; man würde vielmehr im Beginne der Entwerthung durch Umrechnung einer heutzugahlenden älteren Schuld nach dem Maße des Agio's dem Gläubiger mehr Kaufkraft in die Hand geben, als er bei Fortdauer der Metallvaluta erhalten haben würde.

Die Finanzen des Staates leiden unter einer schwankenden entwertheten Papiervaluta, weil der reelle Werth des nominell gleichbleibenden Steuertrags ab-, die Ausgabe des Staates aber unter dem Einfluß der allgemeinen Steigerung der Papiergeldpreise zunimmt.

Der Kredit des Staates leidet, weil die Zinsen der Staatsschuld, in Papier bezahlt, einen schwankenden Werth darstellen, und auch bei Zahlung in Metallgeld (Metalliques) der Argwohn einer baldigen Um-

wandlung der Metalliques in Schuldcheine mit Papierverzinsung (Destreich 1848) nicht erstikt werden kann.

Die Zurückkehr von einer entwertheten Valuta auf einen normalen metallenen Werthmesser ist mit neuen Spielgewinnstun und Spielverlusten, nur in der umgekehrten Richtung der Folgen der Entwerthung, verbunden. Haben doch deshalb verschiedene Schriftsteller den Rath gegeben, eine durch längere Zeit hindurch entwerthet gewesene Valuta nicht durch Zurückführung auf das Pari mit Metallgeld, beziehungsweise nicht durch Wiederaufnahme der Baarzahlung, sondern durch gesetzliche Abschätzung (Devalvirung) auf einen Durchschnittsstand der schließlichen Entwerthung, zu besitzeln; so wurden schließlich 100 fl. Wiener Währung auf 40 fl. Conv.-Münze abgeschätzt.

Indessen liegt in solcher „Devalvirung“ doch nur ein nicht zu beschönigender Bankerott. Man sage nicht, daß man durch Devalvirung nur einen thatsächlichen Zustand fanticionire. Die Devalvirung nach dem Agio gebracht schon einen zweifelhaften Maßstab. Forderungen sodaß aus den verschiedensten Zeitpunkten der Entwerthungsperiode in Frage kommt, großartige Geschäfte mit Rücksicht auf die sicher erwartete Wiederherstellung geschlossen worden sein; z. B. die großen Anleihen der Verein. Staaten wurden schließlich wesentlich durch die Erwartung der Valutawiederherstellung untergebracht. Wo daher der Werth des Staatspapiergeldes nicht lange Zeit hindurch auf ein Minimum gesunken war, und die Emittenten die Baarzahlungsaufnahme zu erschwingen vermögen, ist die Devalvirung verwerflich. Auch sind die Störungen, welche mit der rückgängigen Bewegung des Agio verbunden sind, für die Regel weit weniger bedeutend, da die Agioschwankungen in der Wiederherstellungsperiode viel berechenbarer sein werden, als in der Entwerthungsperiode.

Zu messen ist der Grad der Entwerthung am Agio auf Münze und an den Wechselkursen auf solche Plätze, welche ein Metallgeldsystem besitzen; zählte ich in Wien für 100 fl. (52% fl.-st.), zahlbar in Silber den Nennwerth gleich 116% fl. süd. Währung ist, so erkenne ich, daß 116% fl. Papiergeld 100 fl. Silbergeld gleichkommen, d. h. daß es höher um 16% fl. auf 116% fl. entwerthet ist.

§ 79. **Papiergeldsicherung.** Um die Volkswirtschaft vor dem Unglück eines entwertheten Papiergeldes zu bewahren, muß dem letzteren eine Fundation gegeben werden, welche die Erhaltung des Pari zwischen Metall- und Papiergeld mit Sicherheit verbürgt. Die beste Fundation ist nun freilich

1) der Kredit des Staates oder der Bankanstalt, von welchen Papiergeld, beziehungsweise Banknoten ausgegeben sind.

Dieser Kredit beruht auf guter Vermögensführung im Allgemeinen. Es ist möglich, daß eine Staatsfinanzverwaltung hierdurch

solches Vertrauen sich erworben hat, daß ihr Papiergeld, ohne besondere Gewähr für jetzige Unfehlbarkeit in Metallgeld, namentlich ohne einen Pfenning Einlösungsfonds, das Pari besaunt, wenn nur die ausgegebene Summe den für den inneren Verkehr benötigten Zahlungsumfang nicht übersteigt, also selbst dann, wenn nahezu alles Metallgeld vor dem Papiergeld ins Ausland entwichen wäre. (So war es eine Zeit lang in England während der Kriege mit dem ersten Napoleon.)

Auf die Dauer aber würde dies eine Zeit ewigen Friedens, großer Nettlichkeit und Solidität der Finanzverwaltung und eine fast übermenschliche Vorurtheilslosigkeit des ganzen Volkes voraussetzen. Alles dieses wird noch lange nicht dauernd zusammenstreffen; die im Mai 1866 ausläßlich des deutschen Kriegsgewitters gemachten Erfahrungen haben diese Annahme aufs Neue bekräftigt, indem eine wahre Panik wegen mehrerer Papiergeldsorten eintrat. Bei den großen Interessen, welche mit der Erhaltung eines festen Staatmessers zusammenhängen, muß vielmehr auf äußerste Unfälle und auf die bekannte misstrauische Ungemüthlichkeit der Menschen in Geldsachen Bedacht genommen, d. h. dem Papiergeld muß ein sehr sicherer Werthboden gegeben werden durch

2) die jederzeitige Einlösbarkeit des Papiergeldes gegen Metallgeld zum vollen Nennwerth, die sogenannten Convertibilität des Papiergeldes, wodurch eben Staats- und Banknoten lediglich Geldsurrogate werden. Hierfür wird gefordert durch Bereithaltung eines Metallgeldfonds bei der Staatskasse oder Bank, welcher groß genug ist, um die muthmaßlich größte Summe Papiergeld einzulösen (in Metall zu „fondertiren“), welche, vor Herbeischaffung weiterer barer Geldmittel, jemals sich zur Einlösungskasse herbeirufen kann.

Die letztere wird niemals die ganze Summe des ausgegebenen Papiergeldes in Baargeld enthalten; sie hätte sonst aus der Emission von Geldzeichen barren Verlust. Welche Quote aber nöthig sei, um Sicherheit zu geben, läßt sich allgemein nicht feststellen. Zwar ist es eine Uebereinstimmung, daß für Banknoten eine bare Drittelsdeckung genüge, d. h. daß die jederzeitige Einlösbarkeit sicher gestellt sei, wenn ein Baarvorrath, gleich einem Drittel des Nennwerthes der umlaufenden Noten, im Bankgewölbe liege. Allein schon die Erfahrung widerstreitet dem; in America, dem klassischen Lande der Bankrüthe und des Papiergeldmißbrauchs, haben Banken mit $\frac{1}{2}$ Deckung die größten Krisen überstanden, und andere mit $\frac{1}{3}$ Deckung haben die Einlösungszimmer schließen müssen. In der Natur der Sache liegt es, daß diejenige Finanzverwaltung oder Bank am wenigsten Einlösungsmittel bereitzuhalten braucht, deren Zahlungsfähigkeit im Verhältnis zu der ausgegebenen Papiergeldsumme am größten erscheint. Dies drängt folgende maßgebende Bemerkungen auf:

Eine Finanzverwaltung, welche bei gutem Finanzstand und bei großem Kassenvorkehr mit dem Publikum nicht mehr Echeine ausgiebt, als jeher Verkehr für sich allein bedarf, kann sich mit einem kleinen Einlösungsfond begnügen, ja sie braucht vielleicht gar keinen, kann sogar der

Barreinschuldverpflichtung sich entschlagen, indem sie lediglich Ausnahme an Zahlungsfähigkeit bei den öffentlichen Kassen ausdrückt (Kassenscheine, Kassenanweisungen). Es genügt auszusprechen, daß der Staat das Papiergeld an Zahlungsfähigkeit annehme (Steuerfundation) und bei jeder seiner Kassen, soweit die baaren Mittel reichen, sogleich, jedenfalls aber binnen einer aus Kasse zu bestimmenden Barauszahlungsfrist, einlösen werde.

Wenn aber größere Papiergeld- oder Banknotensummen in Umlauf gesetzt werden, so hängt wiederum Alles in erster Linie von dem guten Finanzstand und der Sicherheit des Staates oder von dem soliden Haushalt der Bank ab, namentlich aber auch davon, ob die Mittel des Staates oder der Bank schnell zur Barreinschuldung flüssig gemacht werden können. Es kommt also sehr viel auf die Art des der Papiergeldschuld zur Deckung dienenden Vermögens an.

Und hier scheint nun, im Allgemeinen betrachtet, die Banknote mehr Vertrauen einflößen zu müssen, als der Staatskassenschein (wenigstens bei dem gebildeten Staatszustande des heutigen Deutschlands) darzubieten; denn die Bank wirft die Garantie eines selbstständigen Vermögens in die Waagschale des Notenkredits. Dieses Vermögen besteht theils in dem Stammkapital der Bank, theils in den Forderungen, welche mittelst der emittirten Banknoten erworben sind. Bei Staatsnoten dagegen entspricht der Schuld an Kassenscheinen kein ausgehobenes, parates Vermögen. In gewöhnlichen Zeiten wird nun freilich der Kredit des Staates so fest sein, als der einer Bank. Bei bedeutenden Krisen jedoch kann selbst eine Bank, welcher der Staat stark schuldet, noch immer größeres Vertrauen einflößen, da dem maßlosen Gebrauch der Banknotenpresse immer noch einige Schranken gesetzt bleiben, — zu schweigen von einer Bank, welche nicht in die Finanzen eines in seiner Existenz bedrohten Staates verflochten ist.

Als Aktivbankvermögen sind sichere Wechsel von kurzer Verfallzeit der beste Inhalt im Portefeuille einer Notenbank. Man findet daher auch vielfach die statistische und gesetzliche Bestimmung, daß eine Notenbank die ausgegebenen Noten zu $\frac{1}{4}$ durch Metallgeld, zu $\frac{1}{4}$ durch kurzfristige Wechsel mit zwei bis drei „guten Unterschriften“ deckt. Solche Vorschriften können als mechanisch durchschnittemer Anhaltspunkt den Werth haben, daß sie die Banknotenschuldner beharrlich an gute Vermögensführung mahnen. Letztere aber bleibt die Hauptsache, und ihrer kann sich das Publikum nur durch beharrliche Prüfung der allgemeinen Kreditwürdigkeit des Staates oder der Bank aus den Rechnungsföhrerichten und aus jeder Art sonstiger Erhebungen verschern. Fñhlt es sich in Folge der Prüfung nicht sicher, so trage es den Schein zur Einlösung auf.

Concurrirnde Zettelbanken (Zettel-Bankfreieien) üben gegen einander eine wirksame Controle und sind allem Anscheine nach genöthigt, zusammen mehr Barfonds zu halten, als Eine privilegirte Notenbank; denn sie werden sich wechselseitig durch Einlösungspräsentationen im Zaume halten und können es weniger auf die mit Barverrathshörschöpfungen ver-

bundenen rückstichtlosen Discontohörschöpfungen ankommen lassen, da sie außerdem ihre Kundshaft verlieren.

Die Amerikaner haben die Banknotenemission der Concurrentz innerhalb der maximalen Gesamtsumme von 300 Mill. Doll. Noten-umlauf überlassen. Dagegen sind die dortigen Zettelbanken, — früher unter den Einzelstaatsgesetzen stehend und Staatenbanken genannt, jetzt meist unter dem Bundesgesetz von 1864 stehend und Nationalbanken genannt, — verpflichtet, bei einer öffentlichen Behörde, dem comptroller of the currency, einen ihre Circulation um 10% übersteigenden Betrag in Staatspapieren zu hinterlegen, in welche zu Gunsten etwa unbefriedigter Notengläubiger augenblickliche Execution erfolgen kann.

Weitere Sicherheiten sind diesem neuesten, aus dem Bürgerkrieg datirenden Banksystem gegeben:

a) durch Zwang zur Aufbringung eines bestimmten Stammkapitals, sofern in Städten über 50,000 Einw. jede Bank 200,000 Doll., in Städten unter 50,000 Einw. 150,000 Doll. Stammkapital haben muß, und nur in Städten unter 6000 Einw. auf besondere Ermächtigung des Schatzsecretärs auch weniger (bis zu 50,000 Doll. herab) genügt, —

b) durch Beschränkung des Notenumlaufes auf 90—60% des Stammkapitals (90% bei Banken mit weniger als 500,000 Doll., 80% bei $\frac{1}{2}$ — 1 Mill. Doll., 75% bei 1—3 Mill. Doll., 60% bei wenigstens 3 Mill. Doll. Stammkapital), —

c) durch die Bestimmung, daß ein Viertel nicht bloß der Noten, sondern auch der Depositionsschuld mit Münze und Unionspapiergeld gedeckt sein muß; die Zurückforderung von Depositionen bringt ja die Banken besonders leicht in Verlegenheit.

Diese Bestimmungen des Nationalbankengesetzes, womit der Schatzsecretär Chase die Unterbringung eines möglichst großen Theiles der Bundesschuld beabsichtigte, hat dem neueren amerikanischen Banksystem eine relative Festigkeit gegeben, deren Hauptgrundlage ein großes Stammkapital ist. Der weitere Vortheil gegenüber der früheren bankstetigen Circulation, ist die gleichartige Föhrdrung und Form der Banknoten, zu welchen das Schatzsecretariat gleichartige Blättets liefert. Die Einlösbarkeit der Noten jeder Bank auf jedem Hauptplatze wird erstreckt.

3) Selbst die durch die Bankakte Sir Rob. Peels 1844 (nach der Idee Lord Overstones) verordnete eigenthümliche Fundation der englischen Nationalbank gewährt ihrem mechanischen Gehalte nach keine absolute Sicherheit. Sie gebietet, indem sie die Verwaltung in das Notenausgabedepartement (Issue department) und in das Departement der Kreditgeschäfte (Banking department) spaltet, daß jede vom Bankdepartement, über die durch die Banktschuld des Staates gebunden 14 $\frac{1}{2}$ Mill. £. St. hinaus, dem Verkehr zu übergebende Note volle Metalldeckung im Issue department habe. Würde nun die Bankverwaltung mit den Kreditgeschäften leichtsinnig verfahren, leichtsinnig discontiren,

mit anvertrauten Depositen schlecht wirtschaften, in's Gant gerathen, so wäre sehr leicht die Einlösbarkeit der Noten gefährdet, da der Baarvorrath des Issue department nicht ausschließlich für Noten hafet. Der Kredit der Noten ruht also auch hier auf der Solidität der Gesamtbankführung.

Da gerade die Bestimmung, daß jede über 14 Mill. £. St. hinaus ausgegebene Note mit Metall belegt sein muß, hatte die Bank 1847 und 1857 mißlich gemacht, bei felsenfestem Kredit ihre ungeheuren Baarvorräthe der bedürftigen Geschäftswelt zuzuwenden, so daß das Gesetz gerade in den höchsten Handelsverwirrungen und bei der politischen Krisis Europa's im Mai 1866 in'spandirt werden mußte: ein Beweis, daß man wirtschaftliche Vorsicht nicht durch einen Mechanismus ersetzen kann.

Es zeigte sich hiebei das Verkehle der sogenannten „currency theory“ im Gegensatz zum „banking principle“; die erstere verkennt bei ihrer absoluten Fixirung des metallisch ungedeckten Banknotenbetrages, daß die Kreditfurrogate des Geldes, insbesondere Banknoten gerade durch die Elasticität ihres Umlaufbetrages wohlthätig wirken (vgl. § 72).

4) Wenn die jederzeitige kostenlose Baareinlösbarkeit der Staatsfassencheine oder der Banknoten mit Zwangsfurs gesichert ist — und sie läßt sich nach der Verschiedenheit der Umstände durch verschiedene je den besonderen Umständen angemessene Mittel sichern, — so ist eine über den Bedarf des Verkehrs hinausgehende Vermehrung des Papiergeldes ebensowenig als eine Entwerthung zu befürchten; denn dem Interesse der Bank- oder Finanzverwaltung wirkt das Privatinteresse des Verkehrs entgegen, welcher, vermöge der Einlösbarkeit, einer zur Entwerthung führenden „Papiergeldüberschwemmung“ durch Zurückgabe der Noten an die Einlösungsgesälle zu wehren vermag. Die Erlaubnis befähigt auch diesen Satz (vergl. Beilage I): Die Summe der Banknotencirculation Englands pflegt innerhalb ziemlich enger Grenzen zu schwanken; dieselbe Erfahrung haben andere große Bankinstitute des europäischen Festlands, so lange sie die Baareinlösung hielten, immer aufzuweisen; selbst in den Verein. Staaten, wo das Bankwesen, wie alle wirtschaftlichen Lebensformen, am meisten übertrieben und mißbraucht ward, verfolgt die Steigerung der Banknotencirculation einen durch die Verkehrszunahme bestimmten Gang und ist nicht so excessiv als die Bewegung in anderen Rubriken der Bankführung, z. B. im Wechselkonto und Depositenkredit (Beilage I).

Haben doch die verschiedenen Geldsurrogate: Check, Wechsel, Banknote je ihr besonderes Anwendungs- und Umlaufgebiet; auf seinem eignen Boden läßt sich keines vom anderen willkürlich verdrängen.

5) Die ziemlich feste Summe des Papiergeldes, welche der Verkehr zu verwenden vermag, hängt auch von der Grenze ab, bis zu welcher kleinere Zahlungen mit Papiergeld bewerkstelligt werden (Appointur des Papiergeldes). Wenn „Appoints“ bis zu Einem £hr. oder Einem Fl. herab ausgegeben werden, so findet das Papiergeld ein viel

weiteres Anwendungsgebiet, als wenn die kleinsten Stücke auf zehn oder zwanzig £hr. lauten. Weil nun der Verkehr hinlänglich viel Metall in seinen Adern erhalten soll, um plötzliche Metallgelbedürfnisse, z. B. bei Mißwachs zu starken Zahlungen für Korn ins Ausland, befriedigen zu können, weil auch für äußerste Krisen dem Verkehr die rein metallene Werthvermittlung bereit zu halten ist, weil ferner die kleinen Scheine hauptsächlich in die Hände des kleinen, im Vertrauen wie in der Panik ercentrischen Verkehrs gelangen und daher etwaige Bankrisen besonders gefährlich machen, so ist es gerathen, daß nicht zu niedrige Nennwerthe in Papiergeld ausgegeben werden.

Für die Verhältnisse in Deutschland möchten wir 10 Thaler- oder 20 Fl.-Scheine als die kleinsten Stücke ansehen, wovon nur für das Bedürfnis der kleinen Verwendung und der kleinen Reizegelder eine ganz beschränkte Summe kleinerer Appoints bestehen dürfte.

In England werden nur Fünf £. St.-Noten und darüber ausgegeben; in Schottland nicht unter Ein £. St.

Am 28. Jan. 1864 hatte die französische Nationalbank, welche das Privilegium der Zettelausgabe für ganz Frankreich besitzt, folgende Circulation in Umlauf gesetzt: nur 50,000 Fr. in 5000 Fr.-Noten, 447 Mill. Fr. in 1000 Fr.-Noten, 91 Mill. in 500 Fr.-Noten, 43 Mill. in 200 Fr.-Noten, 218 Mill. Fr. in 100 Fr.-Noten. (J. des Econ. 1864, Mars.) 50 Fr.-Noten dürfen neuerdings von dieser Bank ausgegeben werden.

§ 60. Mißbrauch und rechter Gebrauch der Geldsurrogate. Der Kreditumlauf überhaupt kann ohne gegenseitiges Vertrauen, ohne Anstalten, welche ein solches Vertrauen stützen, den Geldumlauf nicht erzeugen. Das Handelsrecht erzeugt daher solche Institutionen durch seine Bestimmungen über den Wechsel, über die Führung beweiskräftiger Handelsbücher, durch strenge Bankrott-, Liquidations- und Strafgesetze. Die Bedeutung dieser Institutionen erhellet aus der Bedeutung des Kreditumlaufes. Ihre schonungslose Strenge, welche alle Moratorien, Indulte, langwierigen Vergleiche, Rückstills (Resciss) u. s. w. ausschließt, liegt im wohlverstandenen Interesse des Handelsstandes. Die Verfindung eines einzigen gegen den Handelskredit hat die schlimmsten Folgen für den allgemeinen Kreditumlauf, dessen Kette zerfällt, wenn nur ein Ring daraus hinwegfällt. Nicht ohne Grund wird daher ungerechnete Kreditführung wie eine Injämie von dem Standesgeiste des Handels gebrandmarkt.

Im Einzelnen ist übrigens mit Papiergeld und den Banknoten wiederholt großer Mißbrauch getrieben worden und Schäden verbunden gewesen.

In England betrug die Entwerthung während der Zwangsfursperiode (sog. Restriction, Baareinlösungssuspension 1797—1821) bis zu 25%; die unge Währungsgeld hiegt vom Münzpreisfuß 3 £. 17 Sch. 10 1/2 Pence auf 5 £. 4 Sch. Banknotenpreis im Jahr 1814. Doch war

nicht erschütterter Bank- und Staatskredit, sondern außerordentlicher Zahlungsebedarf nach Außen (ungünstige Handelsbilanz) daran schuld.

Unbekannt ist das Unglück, welches der Schotte Lam über Frankreich gebracht hat. Dieser Mann, welcher in seinen Schriften (Considerations sur le numéraire) mehrfach gesunde Ansichten über das Geld entwickelt hat, verfiel in den doppelten Schwindel einer heillosen Actien speculation und einer furchtbar übertriebenen Papiergeldausgabe; Bankrott und tausendfaches Elend waren die Folge, als zuletzt die bis zur Summe von 3500 Millionen Franken ausgegebenen Bankettel völlig wertlos wurden. Die Meinung Lams', der sich in jener Zeit (1716—1720) im Vertrauen des „Regenten“ festgesetzt hatte, gieng dahin, daß in einem wohlgeordneten Gemeinwesen nur der Fürst im Besitz von Gold und Silber zu sein brauche. Ein Edict ergieng, welches den Besitz von mehr als 500 Franken Geld und Silber für ein Staatsverbrechen erklärte und mit Confiscation bedrohte.

Siebzig Jahre später — in der französischen Revolution erlebte Frankreich dasselbe Elend durch das auf die eingezogenen Güter angewiesene (assignirte) Staatspapiergeld (Assignaten), welches bis zu 40 Milliarden, sage 40,000,000,000 Franken soll ausgegeben worden sein. Trotzdem daß Todesstrafe auf die Nichtannahme zum Nennwerth gesetzt war, sank doch der Werth gegen Edelmetall fast auf Null; für 25 Franken Silber waren bald 8000 Franken Papiergeld zu haben. Man gänzte endlich die Cigarre mit Papiergeld an.

Die amerikanische Union sah Gold als $2\frac{1}{2}$ -fache in Papiergeld während des Bürgerkrieges 1862—65 steigen.

Solche und ähnliche Erfahrungen haben zu der Forderung geführt, man müsse den Gebrauch des Papiergeldes (Staats- und Banknoten jeder Art) ganz unterlassen. Diese Ansicht geht viel zu weit.

Papiergeld — schon Plato dachte vor 2000 Jahren daran und die Chinesen hatten es schon vor 1000 Jahren — ist ein Bedürfnis des Verkehrs geworden: wegen der leichten und wohlfeilen Verwendung, wegen der schnellen Zahlung u. s. w. Es kommt lediglich darauf an, seine Einlösbarkeit gegen Metallgeld nach Maßgabe der aufgestellten Grundsätze und dadurch das Pari zu erhalten. Es erparst einem Lande den jedesfalls kostspieligeren Gebrauch der entsprechenden Summe von Metallgeld. Wenn es unter der Verwaltung eines reichthümlichen Staatskassensystems oder noch besser einer den Gesellschaftsverkehr eines Landes regulirenden Bank steht, so dient es dazu, die Summe der Umlaufsmittel immer dem jeweiligen Geldbedarf anzupassen und Werthschwankungen des Metallgeldes (Preisrevolutionen § 73) auszugleichen.

Ueberbings verneht Papiergeld die Gesammtdrehumme und bewirkt dadurch einen entsprechenden Mindewerth des Metallgeldes.

Allein diese Wirkung ist einmalig und kann nicht bedeutend sein bei der nach Milliarden Franken zählenden vorhandenen Edelmetallsumme;

namentlich dann nicht, wenn die Vermehrung nicht auf einmal und nicht in starken Quantitäten erfolgt.

Wollte man diesen Gesichtspunkt gegen den Gebrauch des Papiergeldes entscheiden lassen, so müßte man folgerichtig auch den Gebrauch von Wechseln und Antzeigungen verpöbden, welche jeden Augenblick in viel größeren Summen als Papiergeld und Banknoten gelarbig umlaufen und den Geldwerth vermindern. Und Wechsel würden nach Abschaffung des Staats- und Bankpapiergeldes in um so größeren Gebrauch kommen, ohne für den allgemeinen Verkehr die sichere Geldeigenschaft erlangen zu können, welche ein gut fundirtes Papiergeld besitzt. Neben 36 Millionen £. St. Banknoten circulirten in England und Schottland 100—120 Mill. £. St. Wechsel! Nach Newmarch's Untersuchungen steigt und fällt die Wechselsumme viel excentrischer als die Banknotencirculation (s. die Beilagen).

In verneinender Weise ist auf den Vorwurf zu antworten, daß Papiergeld ewige Preisrevolutionen durch unaussprechliche Schwankungen seiner Circulationsmenge herbeiführe. Erstlich übertreibt man gewöhnlich dieses Schwanken (vergl. die höchsten Circulationsbestände in England, in den Beilagen); zweitens bedenkt man zu wenig, daß durch Anheftung der einlösbaren Papiergeldmasse an den Bedarf der Circulation die Schwankungen vielmehr ausgeglichen werden; drittens wird übersehen, daß dieselben Verwirre auch beim Wechsel und bei der Anweisung, kurz bei allen Formen des Kreditumlaufes gleichfalls zutreffen würden.

§ 81. Das Papiergeld — eine unverzinsliche Schuld. Die Ausgabe von Papiergeld kommt der Aufnahme eines untergeinalichen Anlebens bei dem das Papiergeld annehmenden Publikum gleich; denn bis jetzt kennt man nur Anfänge einer verzinslichen Papiergeldwährung (Amerikanische Union 1863). Der Vortheil davon kommt kein Staatspapiergeld allen Staatsangehörigen zu gute, indem sie die entsprechende Staatsschuld nicht durch Ausgaben zu verzinsen brauchen; bei Bankpapiergeld, so lange ihm keine Zinsklauseln angehängt werden, dem Unternehmer der Bank.

Die Billigkeit erfordert, daß der Staat, wenn er die Banknoten ausgabe als Privilegium ertheilt, sich von der Bank entsprechende Gegenleistungen ausbedinge, was thatsächlich nicht immer der Fall ist.

§ 82. Die Angriffe auf den Gebrauch des Geldes. Augen des Geldgebrauches. Es giebt keine vortheilhafte Einrichtung in der menschlichen Gesellschaft, welche nicht Anflüger fände.

Das Geld ist am meisten von weltverbessernden Philosophen, von Socialisten und Communisten verachtet worden, so sehr, daß sie empfinden, Verbrecher goldene Ketten tragen und die Nachtgehirne aus Gold und Silber machen zu lassen. Durch das Geld sei Geiz, raffinerter Simmengenüß, Vereingelung und Abhängigkeit des Arceiters vom Kapitalisten, Verstärkung der Familienwirtschaft gekommen. Der Sklave habe

es besser, welcher Naturalverpflegung erhalte. Das Geld trage die Schuld, daß die Arbeiter nicht mehr Familienangehörige seien.

Offenbar verneinelt man hier ein neues Mittel zu Lasten und Gebrechen mit dem Laster selbst, was schon vor dem Metallgelde da war. Zu helfen ist nicht durch Anhebung des Geldgebrauchs, sondern durch Vereinfachung des Vermögensgebrauchs. Schon volkswirtschaftlich ist der Nutzen des Geldes ein ungeheurer (vergl. § 60); denn ohne Geld wäre die Arbeitsteilung, die heutige Gesellschaftlichkeit im Wirtschaftsleben mit allen ihren Erfolgen unmöglich. Genauer Rechnungsführung, diese ungemein wichtige mechanische Fiktion der Wertbewegung mittels der Buchhaltung, der Kredit wäre ohne Reduktion alles Werths auf Geld unmöglich. Keine Maschine erspart so viel Arbeit als Geld.

Die bürgerliche Gesellschaft ist in Wahrheit durch das Geld viel freier und in Folge davon sittlicher geworden. Der Arbeiterstand ist nicht mehr an Grund und Boden gefesselt. Das Bürgerthum hätte ohne Einführung der Geldwirtschaft nicht gedeihen können. Nach Einführung des Geldes konnte man über fremde Dienste verfügen, ohne den Nebenmenschen zum Sklaven und Leibeigenen machen zu müssen. Das Geld und das Pulver haben das Feudalstystem gebrochen und sind zwei Haupthebel des neueren Staatslebens geworden.

Nur darf man die Bedeutung des Geldes nicht überschätzen, wie dies im sog. Merkantilsystem geschah, indem es Geld und Reichthum für gleich und die Vermehrung der Geldmenge für gleichbedeutend mit Vermehrung des Volksreichthums ansah (s. § 4.)

XII. Kapitel: Markt und Marktpreis.

§ 83. Der Markt. Das Geld durchläuft als Gegenströmung des Güterumlaufes alle Glieder des gesellschaftlichen Wirtschaftskörpers. Es ist Instrument des Tausches. Gesellschaftlich organisiert sich nun auch die äußere Gelegenheit des Tausches, indem sie zum regelmäßigen Markte wird.

Letzterer verlangt daher von der Nationalökonomie eine besondere Betrachtung.

Für jedes Mitglied der Volksgesellschaft ist der Markt die „Anstalt zur Veranlassung jedes einzelnen Productes in alle beliebigen, zur Herstellung des mannigfaltigsten Bedarfs mittels einseitiger Leistungen“ (Germann).

Die Wohlthat und Wirtschaftlichkeit der gesellschaftlichen Gestaltung des Tausches, d. h. des Marktes, hat ein älterer, jetzt zu wenig beachteter Nationalökonom (Loh) sehr gut mit den Worten ausgedrückt: „Das Gegeneinanderdrängen derer, welche eine Waare anbieten und sie gerne los sein wollen, und derer, welche sie aufsuchen und zu besitzen wünschen, zwingt endlich alle im Tausch auftretenden Individuen, alle andere Ursachen der Schätzung der Güter (Noth, Monopolstellung, Raune, Zufälle) bei

Seite zu setzen und einen gewissen Mittelpunkt zu suchen, in welchem sie sich zur Schließung des Handels vereinigen müssen. Concurrenz von beiden Seiten leitet sie immer hin gegen den Centralpunkt, der zwischen den Endpunkten ihres beiderseitigen Strebens in der Mitte liegt, und welchen beide Theile verdrängend müssen, wollen sie, daß je ein Tausch zu Stande kommt.“

Der Markt ist der Kampfplatz der Concurrenz, auf welchem diese alle ihre Vortheile geltend macht, insbesondere den höchsten und größten: die niedrigsten gesellschaftlich möglichen Produktionskosten für alle Glieder der Volkswirtschaft und für alle Bedürfnisarten zur Geltung zu bringen (vergl. hiezu genau § 20).

Aus dem gesellschaftlichen Charakter des Markttausches erklärt sich auch die fast magische Wirkung der Marktpreise (vgl. § 86).

§ 84. Verschiedene Märkte. 1) Der Zahl nach. Nicht alle beugen sich nur auf einer Wahlstatt zum Kampfplatz. Wie groß auch dem § 83 zufolge der Vortheil marktmäßiger Concentration der Tauschacte ist, so sind es schon Hindernisse des Personens und des Gütertransportes, und ist es die Restreue des Consumtrens der gekauften Güter, — was aus dem gesellschaftlichen Tauschsystem nur Einen oder bloß einige wenige große Centralmärkte zu gestalten verbietet. Das Marktwesen ist deshalb ein System größerer oder kleinerer örtlicher Marktcentren.

Je mehr freilich die Technik des Transportes (Güter- Personen- Nachrichten-Transportes) den Raum überwinden lehrt, desto mehr gewinnen die Märkte, inländische und auswärtige Fühlung aneinander; sie beeinflussen sich wechselseitig, die Preise haben dann nur den Betrag der Kosten des Transportes nach den anderen Märkten zum Spielraum einer local selbständigen Gestaltung. Auf demselben Markte haben ja in einem gegebenen Zeitpunkte Güter von gleicher Qualität gleiche Preise.

Durch diese solidarische wechselseitige Beeinflussung der Märkte wird der Preis immer regelmäßiger, die Versorgung aller immer gleichmäßiger, es werden die niedrigsten volkswirtschaftlich möglichen Produktionskosten für die menschliche Gesamtversorgung bei jeder Güterart immer mehr maßgebend, — der letzte höchste Triumph des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit im privatrechtlichen System menschlicher Wirtschaft.

Die Ausgleiche zwischen verschiedenen localen Märkten ergreift diejenigen Güter zunächst und am meisten, welche die stärksten localen Preisunterschiede der Art zeigen, daß die Unterschiede nicht auf den Transportkosten beruhen.

Dieses gilt von der Ausgleiche der inneren Märkte untereinander, insbesondere aber auch von der Ausgleiche der inneren und der auswärtigen Märkte mittels des Außenhandels. Je verschiedenartiger zwei Marktgebiete in Beziehung auf die drei Productivfactoren (§ 21) — Natur, Arbeits- und Kapitalkraft — sind, desto größer ist die örtliche Preisverschiedenheit, desto vorteilhafter ist die Marktaus-

gleichung zwischen ihnen, desto unübersehlicher ziehen sie den Handel an. Dies ist z. B. zwischen aufstrebenden Colonialländern mit üppigem Naturreichtum einerseits und Ländern alter Kultur mit stark entwickelter Arbeits- und Kapitalkraft andererseits der Fall.

Verschiedene Waaren sind nur für engere Marktgebiete befähigt und auf kurze Zeit marktfähig, sperrige Güter, wie z. B. Brennholz, Steine u. s. w., Güter von geringer Dauer, z. B. Milch, Fleisch. Indessen vermag in ersterer Beziehung die fortschreitende Verwohlfeilerung des Transportes, — in letzterer die fortschreitende Kunst der Umgestaltung in haltbareren Zustand (Spiritusbrennerei, Zuckerraffination, Käseerei, Pödeln, Einmalzen, überhaupt die schon in § 52 berührte Kunst der Waarenconservierung) — Vieles, um die natürlichen Schranken der Marktfähigkeit aufzuheben.

2) Der Art nach. Das Prinzip der Arbeitsaufteilung ergreift auch das Marktwesen. Es giebt Waarenbörsen und Fondsbörsen, Kaffeeauctionen, Ledermärkte, Tuchmärkte, Baumwollbörsen u. s. w. Die Specialität und Regelmäßigkeit der Märkte nimmt zu im großen Verkehr, während die Bedeutung der Jahrmärkte, Messen u. s. w. in den Städten abnimmt. Dagegen folgt der Details- und Kramhandel dem gegenwärtigen Pol, da für ihn die Voraussetzungen der Arbeitsaufteilung (s. § 37) fehlen.

§ 85. **Preis und Arten des Preises.** Die Sprache der Wissenschaft unterscheidet u. A.

1) zwischen Geldpreis und Sachpreis, nennt ersteren wohl auch Nominalpreis und diesen Sachwert.

Der Sachpreis bezeichnet die Kaufkraft in concreten Gütern. Wenn ich um eine Waare a an Geld 100 Thlr. erhalte, so ist hiemit noch nicht entschieden, welche Macht der Bedürfnisbefriedigung ich durch die Waare a besitze; dagegen giebt ihr Sachpreis, sei es in 30 Scheffeln Korn, 40 Ellen Tuch, 50 Centner Eisen u. s. w., eine reelle Vorstellung von dem Konsum, wozu sie befähigt. Insbesondere ist es möglich, daß der Geldwert an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten ein verschiedener ist; in diesem Fall drückt gleich hoher Geldpreis einen sehr verschiedenen Sachpreis aus. Für die Vergleichung örtlich und zeitlich verschiedener Geldpreise kommt daher der Sachpreis neben dem Geldpreis sehr in Betracht.

Der Marktpreis wird oft auch wirklicher, von anderen natürlichen Preis genannt. Doch ist

2) Der Sprachgebrauch häufiger, welcher die Produktionskosten den „natürlichen“, auch „nothwendigen“ Preis, Kostenpreis nennt, welchem bei vermehrten Gütern aus schon dargelegten Gründen (§ 17) der Marktpreis nahekommen ein beharrliches Bestreben habe (Gravitation des Marktpreises zum natürlichen Preis).

3) Wirklicher und „wahrer“ Marktpreis — ist eine ebenfalls vorgekommene Unterscheidung; der letztere würde den Preis darstellen,

welcher dem wirklichen Stand von Angebot und Nachfrage entspricht. Allein der wahre Marktpreis ist nicht selbstständig erkennbar, er kommt nur in den wirklich sich feststellenden Preisen zum Ausdruck; diese können richtig und unrichtig sich feststellen.

4) Freie Preise und Laren. Obgleich tarirte Preise sind nur in den selteneren Fällen zulässig und gerechtfertigt, wo die Concurrenz unter den Ausbietenden unerlässlich zu beschränken, oder thatsächlich ausgeschlossen ist (Gebühren für Amtshandlungen, Zolartaren, tarirte Speisearten in Bahnhofsrestaurationen, Marinumtarif für Eisenbahnen, Posttrügetaren). Früher waren Brod- und Fleischarten, noch früher tarirte Gefindelöhne in Uebung.

Bei Ungünstigkeit des privatwirtschaftlichen Regulators der Concurrenz tritt so in den Laren die gemeinwirtschaftliche Regulierung ergänzend auf.

Laren können in dem Grade mehr entbehrt werden, als eine freie Concurrenz lebendig vorhanden ist. Wenn die freie Concurrenz auf dem Gebiet eines Targewerbes wirklich Platz greifen kann, ist die Abschaffung der Lare als einer Ausnahme geboten. Vor der neueren Verkehrsvermehrung sind viele Laren gefallen. Auch die Fleische, Bier- und Brodtare sollte überall, wo Concurrenz besteht, also namentlich in den größeren Städten und an allen Orten mit wechselläufigen Verbindungsgelegenheiten, abgeschafft werden. Vorübergehende üble Erfahrungen können nichts gegen die Tarauhebung entscheiden, da auch die Concurrenz Zeit braucht, sich auszubilden.

5) Die Preise können nicht nach dem idealen Werth des Zweckes bemessen werden, welchem sie dienen. Der ökonomische Werth des Gutes, welchem Zwecke es diene, richtet sich nach den Opfern, welche für die Anschaffung eines wirklich begeherten Gutes zu bringen sind (s. oben § 54). Wenn Herodes einer Tänzerin sein halbes Königreich versprach, der römische Senat dem Schauspieler Moscius 43000 Thaler zahlte, wenn den Sängern heutzutage Geld ausgetheilt wird, während oft Kunst und Wissenschaft darben, so sind dieß zwar Beweise für bethagenswerthe Sittenzustände und für eine sittlich verfehlte Bedürfnisrichtung, — allein die Verirrung liegt an und für sich so wenig auf ökonomischem Gebiet, als wenn ein Fabrikant 200 Thaler an die Wissen zählt und daneben für 2000 Thaler Gesenbilder verkauft.

§ 86. **Die Bedeutung des Marktpreises.** Unter allen Preiskarten ist der Marktpreis diejenige, welche den Nationalökonom an meisten interessiert. In ihm wird die Preisbildung eine gesellschaftliche, von ihm aus empfängt das privatwirtschaftliche Güterleben der bürgerlichen Gesellschaft einen gleichartigen Pulsschlag. Wir haben dieß schon an anderem Orte*) wie folgt, bezeichnet:

„So lange der Werth nur als verschwommene unmeßbare Schätzung

*) Meine schon angeführte Monographie über den Werth S. 15 u. 16.

im ökonomischen Einzelbewußtsein ein Dasein hat, so lange wird er zwar für das einzelne wirtschaftliche Subjekt nicht ohne Bedeutung sein, er wird auch in dieser unvollkommenen, innerlichen und individuellen Erziehungskreislaufe das normierende und bewegende Prinzip des ökonomischen Tuns und Lassens bilden. Allein jene elektrisch glühende Wirkung, wie sie z. B. die wissenschaftliche Geistes-, die politische Willensbewegung durch die Presse hat, fehlt noch dem die wirtschaftliche Befähigung bestimmenden Werthbewußtsein. Die Schätzung z. B., welche der Eremit über die einfachen Gegenstände seines Hausalters anstellt, bestimmt auch die Richtung seiner Produktion und die Art seiner Konsumtion. Dasselbe ist im Hausalt einer ländlichen Einzelfamilie der Fall. Aber das Werthbewußtsein ist hier noch ein rohes, die nach ihm sich richtende wirtschaftliche Thätigkeit eine schwerfällige, tastende, träge und stumpe.

Ein Gemeinbewußtsein des Werthes und ein Ausdruck für dasselbe wird sich nun bilden, indem das Wirtschaften vieler in Folge der Arbeitsteilung ein gemeinsames, ein gesellschaftliches, wechselseitig sich ergänzendes wird.

Ein äußerer Ausdruck des Werthes erscheint alsdann zuerst in dem Maße der anderen Güter, welche man im Tausche erhält; die Tauschbedeutung oder der Tauschwerth findet seinen äußeren Ausdruck nun eben im Tauschäquivalent oder Preise. Der Tauschwerth hat aber hiemit einen allgemeinen Maßstab noch nicht empfangen; denn er hat so viele Preisausdrücke, als Tauschgüter gegen einander ausgetauscht werden. In der Periode des Tauschhandels kann ein Stück Zeug zum Werthmaß Vieh, Del, Eisen, Gewürz, Glas u. s. w. haben, und kein Gut ist sicher, sein Werthmaß im Tauschäquivalent irgend eines dieser Güter auch nur immer zu finden.

„Den weiteren Fortschritt bringt nun das Aufkommen eines allgemeinen gültigen Tauschgesetzes, des Geldes, in welchem Gebrauchswert und Tauschwerth zusammenfallen, dessen Gebrauchsbedeutung darin liegt, daß es Tauschinstrument ist.

„Aber erst im Geldpreise der Weltmärkte empfängt das individuelle Werthbewußtsein den Maßstab einer communis opinio (essentlichen Meinung) über den Werth. Die Herrschaft dieses Ausdruckes der öffentlichen Meinung über den Güterwerth im Geldpreise der Weltmärkte, wird um so unabweislicher, je mehr die Einzelnen nur einzelne Räder im großen Werkwerk der Arbeitsteilung sind, und im Engros-Preise des Weltmarktes der Werth nicht mehr an dem individuellen Zuspalt von Bedarf und Verdringung sich bestimmt. Das Bindungen der sogenannten Geld- und Marktpreiswirtschaft ist daher, durch Angewöhnung eines einheitlichen, gemeinnützigen, genauen Werthmaßes für die meisten Güterschätzungen, an kulturhistorischer Wirklichkeit der Erfindung der Schreib- und Buchdruckkunst vergleichbar: beide haben sich auch parallel entwickelt. Wenn die öffentliche Presse das Instrument ist, wodurch der Gedanke überhaupt die auf einmal die ganze Gesellschaft entzündende Gewalt ge-

wonnen hat, so ist es der Geldpreis des Marktes, dessen Bewegung steigend und wachsend an tausenden Punkten zumal auf die ökonomische Welt einwirkt, neue Kombinationen anregend, alte aufhebend. Die Preisnotiz über eine Liverpooler, Londoner oder Amsterdamer Auction kann in wenigen Tagen auf dem ganzen europäischen Kontinente Tausende von großen und kleinen Spekulationen, in Millionen von Familien Einschränkungen und Ausdehnungen des Hausalters erzeugt, nach zwei Monaten in den fernsten Colonialländern neue Betriebspläne angeregt haben. Der Geldpreis des Marktes ist eben der jeweilige Ausdruck der geistlichen Werthbildung, die magische Wirkung der Preisnotiz der Weltmärkte der glänzendste sociale Beweis von der Macht des Werthes über das wirtschaftende Volk.“

§ 87. Die Bildung des Preises, insbesondere des jederzeitigen Marktpreises. Preistheorie. Das entscheidende wirtschaftliche Motiv auf Seite keiner Tauschenden — auch der Verkäufer sucht im Geldpreis Kaufkraft für andere Tauschgüter — ist das Streben durch den Erwerb des Tauschgutes sich mehr wirtschaftliche Opfer zu ersparen, als man bei eigener Produktion oder bei anderweitigem Erwerbe darbringen müßte.

Es ist eben die hohe Wirtschaftlichkeit der Gesellschaftlichkeit des ökonomischen Lebens, daß in der Regel beide, jeder von seinem Standpunkt aus, mehr empfangen, als geben.

Beispiel: wenn der Chinese ein Pfund Thee mit 3 Tagen Arbeit, dagegen 1 Elle Zeug nur mit 6 Tagen produciren kann, der Engländer aber umgekehrt, so muß für $2 \times$ Thee und $2 \times$ Zeug (2×3) + (2×6) = 18 Tage Arbeit aufgewendet werden, wenn sie nicht, jeuer beide Pfunde Thee, dieser beide Ellen Zeug produciren und dann nicht jeder die Hälfte seines Productes gegen die Hälfte des Productes des Andern austauscht. Gekündigt dagegen das Letztere, so wendet der Engländer 2×3 Tage für 2 Ellen Zeug, der Chinese 2×3 Tage für 2 Pfd. Thee an, dieselben Güter kosten 12, statt 18 Tage Arbeit. Die Wirtschaftlichkeit erzielt — Handelskosten nicht gerednet — durch Tausch eine Ersparnis des Dritttheils wirtschaftlicher Opfer.

Durch die Herrschaft der Weltmarktpreise werden nun wirklich die in der Welt möglichen niedrigsten Hervorbringungsopfer maßgebend für die Gesamtversorgung mit jeder Güterart (vgl. § 80).

Das an die Spitze dieses § gestellte leitende Motiv der Preisbildung kommt nun jederzeit nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage zur Entscheidung. Von diesem Verhältnis ist der wirkliche Marktpreis bedingt. Wir haben deshalb zuerst einige allgemeine Bemerkungen über Angebot und Nachfrage vorauszusetzen.

Das Angebot stellt die gesellschaftliche commoifirte Summe von der einen Seite gebrachter, die kaufkräftige Nachfrage — und nur die kaufkräftige Nachfrage fällt in die Maßstabe der Preisbildung —

stellt die Summe der von der anderen Seite gebrachten wirtschaftlichen Opfer dar. Jedes Angebot ist direct oder indirect auch Nachfrage und umgekehrt; dieß ist insoweit der Fall, als der Kaufpreis in Geld nur eine Anweisung auf die anderweitig angekauften Werthe ist, welche ihrerseits das Ergebnis wirtschaftlicher Aufopferungen sind.

Wettrigens stehen nicht bloß die Zubehörer fertiger Güter auf dem Markte sich gegenüber, sondern Genußgüter, Kapitalien, leihweise Kapitalnutzungen und Arbeitsleistungen werden — jede Werthgattung gegen jede andere, angeboten, gefragt und gekauft. Angebot und Nachfrage geben von den Inhabern aller dieser Werthgattungen und Werthquellen aus. Normaler Weise (vgl. 18, 3, 7, § 22, 3, 5 und 6, und § 130) ist nämlich der Prozeß der Entfaltung des Kapitals aus Arbeit und Kapital, des Genußvermögens aus weiterer Arbeit und Kapital, des Arbeitsvermögens aus der Konsumtion des Genußvermögens ein ununterbrochener Kreislauf. Bei der gesellschaftlichen Gliederung der einzelnen Stadien dieses Kreislaufes fragen daher jeder Zeit die Arbeiter mit ihrer Werthquelle, Arbeit nach Genußgütern, die Unternehmer mit Genußgütern und Kapitalien nach Arbeit, anderen Kapitalien und Genußgütern. Auf verkaufsfähiges Angebot und kaufsfähige Nachfrage oder auf den Markt wirken daher jederzeit alle Stufen des gesellschaftlichen Güterlebens, alle Elemente der kreislaufenden Kette von Produktion und Konsumtion zumal ein. Man muß dieses wohl im Auge behalten, um nie zu vergessen, daß die jederzeitige Conjunction von Angebot und Nachfrage — sei es für Waaren, Leistungen oder Geldkapitalien — kein heringeworfener Zufall ist, sondern eine zeitweilige und lokale Stellung in der fortlaufenden Wechselwirkung der konsumtionsfähigen Bedürfnisse, der Produktivkräfte und der Befriedigungsmittel darstellt, also das Produkt regelmäßig wirkender Kräfte ist. Die Regulirung dieses Processes und seiner Conjunctionen findet an anderen Stellen (s. B. § 48, § 93 ff., § 139 ff., § 149 ff., § 162 f.) vielfältige Erläuterung.

Der einzelne Tausch würde nun im Gegenüber von Angebot und Nachfrage normaler Weise zu Stande kommen, ins solange jeder vom Andern Güter erwerben kann, welche vom Erwerber anderweitig nur mit größeren wirtschaftlichen Opfern erworben werden könnten, als diejenigen Opfer sind, welche er in dem als Preis weggegebenen Gute selbst niedergelegt hat.

Dieß hat oft einen weiten Spielraum. In dem oben angegebenen Falle wird der Chinese noch gewinnen, wenn er die Elle Zeug um $1\frac{1}{2}$ Thee —, der Engländer, wenn er das Pfund Thee um anderthalb Ellen Zeug kauft. Erst von da, wo den Chinesen die Elle Zeug mehr als zwei Pfd. Thee, den Engländer das Pfd. Thee mehr als zwei Ellen Zeug kosten würde, würde der Tausch unwirtschaftlich, und beide Theile könnten auf die Dauer nicht für einander produciren.

In solchen Spielräumen schwankt das Züngeln der Waage bei der Preisbildung.

Dies ist aber nur der einfachste Fall. Im wirklichen Leben entwickelt sich das Spiel von Angebot und Nachfrage viel härter. Man muß sich daran gewöhnen, Angebot und Nachfrage nicht als feste und absolute Größen anzusehen. Vielerlei Quantitäten sind elastisch; von jeder angebotenen Güterquantität sind Reservevorräthe da, und die nachfragenden Bedürfnisse haben große Dehnbarkeit. Was namentlich die letzteren betrifft, so können manche ganz ohne Befriedigung gelassen werden, und selbst die sogenannten unentbehrlichen (s. B. Nahrungsbedürfnisse) haben einen Befriedigungsspielraum, innerhals dessen Ausdehnungen und Zusammenziehungen jeder Zeit möglich sind.

Die Bedürfnisse bilden unter sich auch eine Ordnung (s. § 15), in der das eine vor dem andern den Vorrang hat je nach den örtlichen und zeitlichen Umständen, nach Stand, Erziehung, individueller Entwicklung. Wenn nun eine bestimmte Güterquantität angeboten wird, so tritt ihr eine bestimmte Bedürfnisquantität gegenüber und fragt einer Gütermasse nach, die kleiner, gleich oder größer als die angebotene sein wird. Alsobald geht nun ein vielfältiges Messen und Ordnen der Bedürfnisse vor sich, es wird verglichen und geschätzt, ob es wirtschaftlich sei, das eine gegebene Bedürfnis dem andern unterzuordnen, für die einzutauschende Güterquantität so oder so viel, diese oder jene Gattung von Güterbesitz im Tausche hinzugehen. Von Seite der Anbietenden und der Nachfragenden wird eine Gleichung und Ordnung der Bedürfnisse vorgenommen und dies unter Rücksicht auf beide Faktoren des Werthes, die Bedürfnisempfindung und die äußeren Opfer (§ 17), so lange fortgesetzt, bis die Schätzung der mit einander zu vertauschenden Gütermengen in Einem Punkte zusammentrifft. Bei jedem Tausche schwankt das Züngeln der Schätzung unentschieden hin und wieder, bevor beide Schalen im wirklichen Marktpreis stille stehen. Viele Wertungen und schätzungsweise Tauschvertheilungen fliegen durch die Köpfe der Tauschenden, bevor Marktpreise sich fixiren.

Es ist aber ein Zeichen der Bildung, wenn bei der wirklichen Preisbildung das eigentliche „Markten“, „Zeilchen“, „Ver- und Zurückschlagen“ (Gefälligkeitspreise, Meßsaluta) nicht stattfindet.

Dieses scheinbare Chaos der auf die Werthschätzungsoperation einwirkenden Motive ordnet sich im einzelnen Fall mehr oder weniger bestimmt nach gewissen Gesichtspunkten, welche von den Nationalökonomien in sog. Preistheorien classificirt worden sind. Eine der berühmtesten und verbreitetsten Preistheorien ist die von Hermann. Er sagt: Entscheidend wirken:

- A) Für den Käufer: a) der Gebrauchswert der Waare (im Sinne von Brauchbarkeit und Bedürfnis § 17, B, d), b) die eigene Zahlungsfähigkeit, c) die anderweitigen Anschaffungskosten (sei es bei Erwerb von Andern oder bei eigener Production).
- B) Für den Verkäufer: a) die eigenen Herstellungskosten, b) die anderweitigen Verkaufspreise, c) der Sachwert des Preisgutes (Selbstwert).

Illustriren wir diese Theorie an einem Beispiel: NN., etwa ein Armeelieferant, will 10,000 Centner Korn kaufen von MM.

Für NN. entscheidet nun zuerst a) der Grad des Bedürfnisses („Gebrauchswert“). Dieser Gebrauchswert kann das höchste wirtschaftliche Opfer aufwiegen; vielleicht steht der Kopf, oder wenigstens eine große Caution auf Eficacirung der Leistung. Allein b) die Zahlungsfähigkeit kann ausagen; denn sie läßt sich auch durch Todesangst nicht improbitiren, endlich c) hört in Geldsachen, d. h. im Wirtschaftsleben nach Hansemann die Gemüthlichkeit auf. Der Armeelieferant zahlt doch nur 20,000 Thlr., wenn er anderweitig das Getreide so haben kann, selbst wenn er im Nothfall für 60000 Thlr. zahlungsfähig wäre. So viel, was den Armeelieferanten NN. betrifft.

Der Kornverkäufer MM. dagegen geht, a) wenn immer möglich, nicht unter die Geldsumme herunter, welche ihn das Korn selbst geliefert hat (Produktionskosten, Anschaffungskosten) oder nach Carex jetzt kosten würde (Reproduktionskosten). Hat er selbst um 25000 Thlr. die 10000 Ctn. Korn producirt oder erworben, so läßt er sich nur im äußersten Nothfall unter diese Summe herabdrücken, und giebt lieber für die Zukunft das Verkaufsangebot auf, wenn er im Geld nicht auf die Kosten kommt. Indessen hält er b) auf mehr als 25,000 Thlr., sofern und um wie viel anderweitig für den Centner Korn der Preis den Betrag von 2 1/2 Thlrn. übersteigt. Ebenso geht er, wosfern er auf günstigere spätere Preise nicht hoffen kann, im Preise auch unter 2 1/2 Thlr. herunter, wosfern andere concurrirnde Verkäufer unter diesem Preise loschlagen (anderweitige Verkaufspreise). Endlich c) giebt er nicht zu 25000 Thlrn. das Getreide ab, wosfern etwa in Folge einer durch Aufheben der Baareinlösung und durch Krieg entstandene Entwerthung des Papiergeldes (Kursverluste überhaupt), — 2 Thlr. Papiergeld nur 1 Thlr. Metallgeld werth sind; in diesem Falle sind die effectiven Erzeugungskosten des Verkäufers 50000 Thlr. Papiergeld, nicht 25000 Thlr.

An diesem Beispiele dürften die oben A, a—c und B, a—c ausgesetzten Preisbestimmungsgründe erklärt sein.

Das Motiv B, c wird unter normalen Verhältnisseverhältnissen für die Regel praktisch wenig in die Waagschale fallen.

Anderer Momente der Werthbestimmung können ebenfalls wegfallen: z. B. A, c, sei es, daß das Gut ein unbeschränkt und frei ausgebotenes ist, in welchem Fall gar kein Preis bezahlt wird (freie Güter), oder aber, daß es sonst um feinen oder nur um einen hohen Preis zu haben ist, in welchem Fall ein nur durch die Höhe des Gebrauchswertes (Bedürfnisses) und der Zahlungsfähigkeit begrenzter Seltenheitspreis (Monopolpreis, Nothpreis) bezahlt wird (Preise der Diamanten, Altschmied, Meisterröcke, Virtuosenhonorare, Preis patentirter und zollgeschützter Artikel, Wucherzinsen in Noth).

Oder mag etwa das Motiv A, a plötzlich wegfallen, wenn einmal

das Preisverlangen des Verkäufers eine gewisse Höhe erlangt hat; so bei Luxusartikeln, in welchem Falle der Käufer vom Markte zurücktritt. Oder läßt sich das Angebot (B, a) nicht mindern, so entstehen Spottpreise, Schleuderpreise.

Oder mag B, b fehlen, indem keine Konkurrenz von Käufern da ist, in welchem Falle sehr zufällige Preise sich festzustellen pflegen.

Wir verfolgen dieß nicht weiter, haben aber Eines noch hervorzuheben: durch die Preismomente A, c und B, b ist die Gesellschaftlichkeit der Preisbildung vertreten, sie repräsentiren die Konkurrenz unter Käufern und Verkäufern.

§ 88. Der Schwerpunkt der Marktpreise auf die Dauer. Im § 87 ist die Bildung des Marktpreises nur insosfern erklärt, als es sich um die jeweilig gegebenen Verhältnisse von Angebot und Nachfrage handelt. Beide sind nun, wie schon in § 87 erwiesen ist, nicht ein Ergebnis des Zufalles, sondern in ihrem jederzeitigen Bestande die Wirkung der die Gesellschaft bewegenden Gesetze der Wirtschaftlichkeit.

Wirtschaftlicher Weise wird die Nachfrage zunehmen, wenn bei abnehmenden Preisen die dem Opfer des bisher höheren Preises bisher vorgezogene Entbehrung nun ein schwereres persönliches Opfer ist, als es der geforderte nun niedrigere Preis darstellt, wenn ferner das Gut nun anderweitig um geringere Vergeltung zu haben ist. Wir verfolgen diesen Fall in diesem Buche nicht näher, da er eine andere, als die bisher übliche Durchbestimmung des Begriffes des Gebrauchswertes voraussetzen würde. Verschiedene Konsequenzen dieser Auffassung aber sind ohne weiteres klar, z. B. der Satz von dem umgekehrten Größenverhältnis des Preises und der Nachfrage, sofern letztere um so größer wird, je niedriger, und um so kleiner, je höher der Preis ist.

Das Angebot wird wirtschaftlicher Weise vermehrt werden, so lange die Marktpreise den Stand der Produktionskosten (unter Aufschlüsselung des üblichen Unternehmergewinnes) noch übersteigen. Dieß ist der von der Nationalökonomie hervorgehobene wichtige Satz, daß auf die Dauer der Marktpreis nach dem Niveau der Produktionskosten herabsiebt.

Es sind hiebei zunächst drei Fälle zu unterscheiden:

1) Das Angebot ist nicht vermehrbar, so kann der Marktpreis durch die Produktionskosten insosfern bestimmt sein, als auch das beschränkte Angebot bei einem Zurückbleiben des Marktpreises hinter den Kosten ausbleiben wird. Ist jedoch in diesem Falle eine Nachfrage über den Kostenpunkt hinaus vorhanden, so wird die Höhe des Marktpreises lediglich durch die Konkurrenz kaufslustiger und kaufsträjtiger Nachfrager bestimmt; man sieht dieß bei Verknappung eines Majas oder Kurioses, an den Nothpreisen der Nahrungsmittel in Hungerjahren oder in belagerten Festungen. Die Kaufslust aber ist in solchem Falle bei Gemüthsgütern bestimmt durch den Grad der Entbehrung, wosfern das fragliche Bedürfnis nicht befriedigt wird, — bei Kapitalgütern durch die

Höhe des zu erwartenden Ertrages (z. B. bei Kernerkauf, Kauf von Privilegien).

2) Das Angebot ist zu gleichmäßigen Kosten beliebig vermehrbar, so nähert sich durch die Konkurrenz der Producenten der Marktpreis diesem gleichmäßigen Kostenpreise; denn so lange ist es wirtschaftlich, die Produktion zu vermehren.

3) Das Angebot ist zwar vermehrbar, aber jede Vermehrung ist nur zu steigend höheren Kosten erzielbar, — so richtet sich der Marktpreis auf die Dauer nach den Kosten desjenigen Theils der noch begehrten Gütermenge, welcher am kostspieligsten producirt wurde, aber zur Deckung des Gesamtbedarfes noch producirt werden mußte; denn inselange muß man das kostspieligste Produkt noch vergelten, während die Producenten der minder kostspieligen Bruchtheile der begehrten Gesamtmenge für gleiche Qualität auf gleiche hohe Preise zu halten die Macht und das Interesse haben.

Ein weiterer Fall kann ins Auge gefaßt werden:

4) Das Angebot ist vermehrbar zu niedrigeren Kosten, z. B. bei Produktion ins Große, so werden diejenigen niedrigsten Kosten maßgebend, für welche noch die erforderliche Ausdehnung der Nachfrage zu gewärtigen ist und dauernd eintritt.

Dies tritt jedoch sicher nur durch Konkurrenz unter den Verkäufern, diese Vertreterin der gesellschaftlichen Wirtschaftlichkeit, ein. Ein gegen Konkurrenz geschützter Patenthaber dagegen kann es von sich aus wirtschaftlicher finden, zuerst das Angebot weniger auszuweiten und dafür bei höheren Kosten auf höhere Preise zu halten.

Sobald der unter 3, 4 erwähnte Fall durchgedrungen ist, treten die Gesetze 2 und 3 wieder ein.

Wir verfolgen indessen auch die letzteren (Gesetze der Produktionskosten) zunächst nicht weiter; denn neben ihnen wirkt als ein nicht minder wirtschaftliches Streben, das scheinbar entgegengesetzt ist, das Streben nach außerordentlichen Gewinnen, nach der Rente. Das Renten Gesetz aber ist besonders zu betrachten.

Den Marktpreis der Kreditwerthe oder den Kurs können wir hier noch nicht erörtern.

§ 89. Einige besondere Formeln der Preislehre. Aus dem Bis-herigen gehen ohne Weiteres nachstehende Folgerungen hervor:

1) Gleichartige Güter von gleicher Qualität stehen auf demselben Markte und zu derselben Zeit einander im Preise gleich. Ähnartige bieten nach dem Verhältnis der für ihren Markt maßgebenden Produktionskosten an.

2) Gleichartige Güter von ungleicher Qualität, sowie ungleichartige Güter streben ihren Preis nach dem Maße der Produktionskosten zu regeln. —

3) Die Nachfrage sinkt mit dem Steigen der Preise,

zuerst langsam, dann plötzlich, wenn es sich um unentbehrliche Güter handelt (Nahrungsmittel), zuerst schnell, dann langsam, wo es sich um sehr entbehrliche Güter handelt (z. B. Ledererei). Durch die Abnahme der Nachfrage mäht sich daher das Steigen der Preise, durch die Zunahme der Nachfrage das Sinken der Preise von selbst (§ 91).

4) Der wirtschaftliche Gewinn aus den Marktpreisen wird in der Regel beiderseitig, kann aber sehr ungleichmäßig sein (§ 87).

5) Gewisse Güter, welche im Gebrauch einander, sei es vertreten, sei es voraussetzen, sehen ihre Preise in wechselseitiger Abhängigkeit von einander sich bestimmen (§ 16. 90. II.).

§ 90. **Nothwendigkeit des Preiswechsels.** Der Preis, einmal festgestellt, bleibt nie stehen. Alsbald gehen von Seiten beider Faktoren der Preisbildung, von Seite der wirtschaftlich bedürfnisquantität (Nachfrage) und von Seite der dargebotenen Gütermenge (Angebot) entsprechender Vertriebsmittel, schnelle und bedeutende Wandlungen vor.

Der Kreis der Tauschen erweitert sich schon in Folge des von einer einmaligen Tauschwerthebestimmung gegebenen Anstoßes. Da wird z. B. A., der etwa viel Wehl besitzt, inne, daß B für 4 Centner Wehl eine Quantität Kleider (beziehungsweise die Kaufkraft dazu in Geld) eingetauscht hat, welche für die gegebene Bedürfnisordnung des A weit mehr Werth haben, als 4 Centner Wehl seines großen Vorraths. Er tritt sofort auf den Markt und bietet mehr Wehl an; ein ähnlicher oder entgegengesetzter Fall tritt auf Seite der Tuchbesitzer ein. Die beiden Faktoren des Preises, Bedürfnis- und Gütermenge in ihrer Gegenüberstellung, ändern sich also. Und eine einzige Veränderung wirkt durch die vielgliedrige Werthordnung fort, wie dergleichen Veränderungen jeden Augenblick von Millionen Punkten ausgehen.

Es ist ein beständiger Preiswechsel nothwendig.

Diese Nothwendigkeit erkefft einerseits schon daraus, daß die Persönlichkeit nach ihrer freien unaufhörlichen Entwicklung auch stets die Bedürfnisse, also die Nachfrage, nach Art, Zahl und Maß ändert, andererseits daraus, daß die äußeren Mittel der Vertriebsung, wie wir sahen, in ewigem reproductivem Fluge sind, und daß unter der zeitlichen, räumlichen, persönlichen Verschiedenheit der Wirkung der Produktivfaktoren Quantität und Qualität der Güter stündlich sich ändern muß.

Wir verweisen in beiden Hinsichten auf den Wechsel der Bevölkerung, auf den jahreszeitlichen Wechsel der Bedürfnisarten, auf die Abhängigkeit der Verbrauchsquanten von der unerschaubaren Lasse des Wetters, auf den Wechsel von Gewohnheiten, Liebhabereien, auf die Standesitte, die Vermögensvertheilung, auf die Veränderung der Ernteerträge und auf die revolutionäre Wirkung einer Veränderung der Preise der nothwendigen Lebensbedürfnisse für die ganze Werthordnung der Volkswirtschaft; ferner ist die Kaufkraft auch für entbehrliche Bedürfnisse bedingt.

Wir verweisen auf den Quantitätswechsel von Befriedigungsmitteln und Bedürfnissen durch Aenderung der handelspolitischen Systeme, der Staatsabgaben u. s. w., auf die Veränderung der Productivseffekte durch Erfindungen, auf den Qualitätswechsel durch Fortwirken der Naturkräfte im Erzeugnisse (Verbesserung des Weines durch Lagerung, Verschlechterung der Häuser durch Verwittern) u. s. w.

Auf der Berechnung und Benützung des Preiswechsels beruht der Erfolg der Spekulation. Die hauptsächlichsten Ursachen des Preiswechsels liegen theils in der Genaißt des Speculanten (des Kaufmanns), theils liegen sie nicht darin. Es ist von großem praktischen Interesse, auf einzelne Fälle etwas näher einzugehen. Sie lassen sich in den angegebenen zwei Reichen verfolgen, indem entweder die angebotene oder die geforderte Güterquantität wechselt.

I. Angebot. Hierbei ist zu beachten:

1) Das Verhältniß der Erzeugung. Der Speculant, der auf die Werthveränderung einer bestimmten Waare spekulirt, um durch rechtzeitigen Ankauf oder Verkauf zu gewinnen, wird vor Allem davon Kunde einziehen, wie groß die wahrscheinlich zu Markt kommenden Quantitäten sein dürften. Für ihn ist es also wichtig, aus allen Hauptgegenden der Erzeugung der betreffenden Rohstoffe und Fabrikate die Ernteaussichten, Ernteeergebnisse, Ausbeuten, Erzeugnismengen so früh und zweckmäßig wie möglich kennen zu lernen. Hierauf beruht unter Anderem die große Bedeutung der Geschäftsberichte.

2) Agiotage. Der Kaufmann unternimmt es wohl auch selbst, meist zu seinem Schaden, die Angebotsmenge willkürlich zu beschränken oder zu erweitern, um den Preis zu machen. Er vernichtete früher Verhältnisse, wie die holländisch-schindische Compagnie 1652 große Gewürzmassen und Pflanzungen zerstörte, um die angebotene Gewürzmenge zu verkleinern und den Werth zu steigern. Wo aber, wie jetzt in den meisten Artikeln, großer Wettbewerb im Handel und in der Erzeugung obwaltet, wo es sich nicht um Monopolgegenstände und Patente handelt, geht diese Kaufmannspolitik zu eigenem Schaden fehl.

Dagegen kommt Verwandtes auch jetzt wohl noch vor. Es giebt z. B. periodische Zeitschriften im Handel, wo mit Hilfe der durch leichtsinniges Kreditgeben, Wechseln u. s. w. verfügbar gemachten Mittel von vielen Kaufleuten zugleich und ohne Verabredung durch gemeinsame Täuschung große Warenmengen aufs Lager gelegt und den begehrenden Bedürfnissen entzogen werden, wo dann in Folge hiervon der Preis gesteigert wird. Da aber mit der Preissteigerung auch die Bedürfnismenge anders sich edinet und zusammenschrumpt, so gelingt die Spekulation selten, die eingesperrten Güter müssen bald nachher zu sehr niedrigem Preise abgesetzt werden, um einen entsprechend großen Begehr wieder hervorzurufen. Der Kaufmann verliert dann, kann seine Kreditverbindlichkeit nicht einhalten, fällt (fallirt). Kommt diese Art und dieser Aus-

gang willkürlicher kaufmännischer Preisbestimmung massenhaft vor, so führt dies zu verderblichen Handelskrisen.

Ein Fall künstlichen „Treibens“ oder Drückens der Preise (Agiotage) kommt insbesondere an Kreditbörsen vor, woßin der Gewinnwinkel kleine Leute anlockt, um sie nachher am Leim der Großen hängen bleiben zu lassen.

II. Der Factor der Nachfrage. Betrachten wir die Güterquantitäten als feststehend, so äußert sich doch in mannigfaltiger Weise der gesellschaftliche Stand der Bedürfnisse (Nachfrage) nach Maß, Art und Zahl. Den Wechsel der Bedürfnisse haben wir als notwendigen Ausfluß aus dem Wesen der menschlichen Persönlichkeit erkannt (§ 15).

Dieser Wechsel ist nun eine Quelle unübersehbbarer Werthveränderungen. Regelmäßige Werthänderung in Folge des gesellschaftlich gleichartigen (§ 15) Bedürfniswechsels ist schon Folge der Mode. Der Spekulation ist es gegeben, in mancherlei Weise das Kräftigen dieses Werthwechsels zu bestimmen und zu lenken (früher Bezug der Modejournale, neueste Muster, Vorsicht gegen den Einkauf von Lagerbütern u. s. w.).

Man kann für vorhandene Gütermengen große Nachfrage erzeugen.

Der Kaufmann wendet hierfür oft sehr viel Mühe auf. Durch Schaukellung, Ankündigung, Ausbreitung eines „Ausverkaufs“, um aufzuräumen, Reklame u. s. w. erzeugt er eine größere Nachfrage und setzt hierbei seine Preise durch. Einem Artikel, welcher bereits auf das Niveau des notwendigen Werthes (Produktionskosten) gesunken ist, giebt er neue Formen, schöne Ausstattungen und Apparatur, wodurch er freie Bedürfnisse anreizt, vermehrte Nachfrage hervorruft und den Werth steigert. Auch hier ruht für die Spekulation, die mit ihren Gewinnen dem unfruchtbaren Grenzgebiet der Erzeugungskosten zuneigt, ein Feld großer neuer Erfolge, das sie praktisch wohl zu besetzen hat.

Die Bedürfnisse und die Befriedigungen sind keine einfachen.

Gewisse (concrete) Güter setzen einander voraus: Arbeitsleistungen und Kapitalien im Allgemeinen, Zucker und Kaffee, die verschiedenen Häuserbaummaterien untereinander. Der Preis des einen Gutes wirkt hier auf die Nachfrage und den Preis der zugleich in Anwendung kommenden Güter ein. Auch dieser Seite der Preisbewegung hat die Spekulation zu folgen.

Verschiedene Bedürfnisse können durch verschiedenartige Mittel befriedigt werden, oder: wird das eine befriedigt, so kann die Befriedigung des anderen unterbleiben. Dies führt zu dem für die Werthbestimmung wichtigen Verhältniß der Vertretertheil der Befriedigungsmittel, einem Verhältniß, welches auf die Preisbewegung von großem Einfluß ist: Holz und Steinkohlen, Salz und Gaslicht, Silber und Argenton, platirte und massive Waare! Das Bedürfnis der Kleidung z. B. kann mit verschiedenen Mitteln befriedigt werden, mit Seide, Woll-, Baumwoll-

stoffen. Ein Steigen des Werthes der einen Güterart wird darauf hin-
drängen, derselben Bedürfnisgattung andere Befriedigungsmittel darzu-
bieten; statt Wollestoffen z. B. geeignete Baumwollstoffe u. s. w. Ist der
Werth eines Befriedigungsmittels hoch geiegen, so liegt ein Hauptgebiet
kaufmännischer Ersele darin, dieses Verhältnis der Vertretbarkeit der
Befriedigungsmittel anzuwenden und „Surrogate“ in den Handel zu
bringen. Wenn gleich dieses Mittel nicht überall anzuwenden ist und
immer Berechnungsabe verlangt, wenn es auch bei den notwendigen
und allgemeinsten Bedürfnissen schwieriger Anwendung findet, weil hier
die Erfahrung meist schon die geeigneten Befriedigungsmittel ausgesucht
hat, so ist eine, wenn auch nur vorübergehende Benützung dieses Ver-
hältnisses doch fast überall möglich, es ist in vielen Fällen eine Vorthel
bringende Einwirkung auf die Werthbestimmung von da aus zu erzielen.

§ 91. **Widerungen und Schroffheiten im Preiswechsel.** In vielen,
jedoch nicht in allen Fällen wird die Schnelligkeit des Preiswechsels da-
durch gemildert, daß der erhöhte Werth eine vermehrte Menge Befriedi-
gungsmittel auf den Markt setzt und eine Anzahl Käufer, die zur betreffen-
den Werthöhe keine Kaufkraft besitzen, davon vertrieben, und umgekehrt.
Das Tempo des Preiswechsels nähigt sich so von selbst. „Die Kauf-
kraft ist einer Pyramide zu vergleichen, je höher die Erhebung des Werthes
der Spitze zu, desto geringer die Rundschaftebreite“ (I. § 89. Z. 3).

Dies trifft jedoch nur in sehr beschränktem Maße zu bei der Werth-
bewegung der absolut notwendigen Befriedigungsmittel; mit jedem Grad
weiter wird die Quantität des Bedarfs spröder, und der Werth steigt
und fällt progressiv. Hier sind die Preiswechsel um so schroffer, mit je
weniger Schnelligkeit und Leichtigkeit einerseits die Nachherzeugung und
Bermehrung der Angebotsmasse erfolgen und je weniger andererseits die
Bedarfsmasse ausgebeugt oder zusammengeogen oder aufgeschoben wer-
den kann.

Schroff sind daher die Preiswechsel der notwendigen Lebensbe-
dürfnisse, insbesondere der Nahrungsmittel, am meisten, so lange
der Bedarf durch lokale Produktion zu decken ist. Die Bedürfnismasse
ist hier weder einer starken Ausdehnung noch einer starken Zusammen-
ziehung fähig, „die Leute wollen ihr Theil geessen haben“; ander-
seits liegt die Bestimmung der Angebotsmasse in den lokalen Zusäßen
der Witterung. Die Nachherzeugung ist langsam, da von einer Ernte zur
anderen ein Jahr vergeht, die Ausdehnung der fruchttragenden Ackerfläche
kann nicht schnell genug dem Bedürfnis angepaßt werden. Wo gar kein
Nachschub möglich noch zu hoffen ist, wie bei einer Belagerung, steigert
sich der Werth auf unerhörte Höhe und zwingt zum Hungertode
oder zur Uebergabe; bei der Belagerung von Vreslau 1638 galt eine
Maus zuletzt 1 Gl., das Viertel eines Hundes 4 Thaler, ein Viertel
Weizen 80 Thaler (Nelscher).

Endlich ist der Genus ohne Hungertodsterben keiner bedeutenden
Einschränkung, ohne Ueberfüllung keiner großen plötzlichen Ausdehnung

fähig. Sofern nicht die Verarbeitung für sonstige Bedürfnisse oder die
Ausfuhr ab- oder zunimmt, muß deshalb periodenweise bald eine den
Stand der Landwirtschaft minirende Wohlfeilheit, bald eine sich in der Un-
gewissheit künftiger Ernteaussälle überfüllende Theuerung Platz greifen.
Früher, bei geringer Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nebengewerbe
und des Kernhandels, war dieß unpassender der Fall. Man hat so
als noch begründete Erfahrungssache den Satz aufgestellt, daß der
Werth der unentbehrlichen Befriedigungsmittel nicht in bloß arithmetischer,
sondern in geometrischer Progression der Verminderung oder der Vermeh-
rung der Angebotsmasse steige oder falle. (Sogen. Regel des Gory Ring.)

Diese Beobachtung erklärt sich hauptsächlich daraus, daß es fort-
schreitend schwerer wird, die vorhandene Bedarfsmasse entweder noch
weiter einzuschränken oder noch weiter auszuweihen; zwar auch die
segen. unentbehrlichen Bedürfnisse haben Elasticität, aber sie schreitet nach
der Seite der größtmöglichen Weite wie nach der der größtmöglichen
Enge schnell zur Sprödigkeit fort. Ferner daraus, daß die Ungewissheit
über die künftige Angebotsmasse sich steigert, je anskreiter die Werthe
nach der einen oder anderen Seite bereits geworden sind; ein zweites
und drittes Fehl- oder Glücksjahr steigert oder erniedrigt progressiv
die Preise. Theuerung und Wohlfeilheit beginnen schon kürzere Zeit vor
der (bereits bekannten) Ernte, pflegen dagegen im Winter und Frühjahr,
wo der nächste Ertrag noch ganz ungewiß ist, zu kulminiren.

Die schroffen Preiswechsel der unentbehrlichen Befriedigungsmittel
haben, da sie sehr allgemein die Kaufkraft der Meisten für die entbehrli-
chen Befriedigungsmittel bestimmen, den größten Einfluß auf den Werth
aller übrigen Güter: Colonialwaaren und Fabrikzeugnisse sinken leicht
bei hohen Getreidepreisen im Werthe, desgleichen Kreditwerthe, weil sie
in baar Geld umzulegen gesucht werden.

Ganz allgemein brüden hohe Getreidepreise den Preis anderer ent-
behrlicher Güter. Niedriger Werth der notwendigen Nahrungsmittel da-
gegen macht den Ernährungsmarkt fließt. Immer bedingen schroffe Werth-
wechsel auf dem Gebiet der Nahrungsmittel, nach oben oder nach unten,
die rascheste Veränderung aller Werthkonjunkturen, und treiben durch den
in dem starken Werthwechsel liegenden Gewinnreiz zu Speculationen;
außergewöhnlich gute wie außergewöhnlich schlechte Ernten, namentlich
aber die letzteren, führen daher in der Regel zu mehr oder weniger un-
fassenden Handelsverwirrungen (Handelskrisen). Jeder Unternehmer, ins-
besondere der Kaufmann und der Fabrikant jedes Zweiges, wird daher
die Bewegung der Nahrungsmittelpreise, die Ernteauss-
sichten u. s. w. aus unmittelbarem Interesse verfolgen müssen.

Auch das Käufervermögen und der Wohnungsbedarf sind der
Gunsst und Gefahr großer Werthveränderungen, die aber periodenweise
erfolgen, ausgelegt. Der Werth der Häuser hängt von der Zus- oder
Abnahme der Bevölkerung eines Ortes ab. Bei zunehmender Bevölker-

rung werden, da die Baulust nur durch großes Bedürfnis angereizt zu werden pflegt, die vorhandenen Gebäude im Werthe steigen, bei abnehmender aber bilden die Häuser, wegen langsamer Ausnutzung und wegen ihrer Unbeweglichkeit, wie mehr oder weniger alles stehende namentlich das unbewegliche stehende Kapital, eine nahezu unveränderliche Angebotsmasse. Auch Maschinen sind von um so stärkerer Entwertung bedroht, je langsamer ihre Ausnutzung geschieht. Darin liegt die Mahnung, das Maschinenkapital möglichst schnell auszunutzen, nicht gar zu lange „stehen“ zu lassen.

§ 92. Geschichte des Preises einiger der hauptsächlichsten Güterarten. (Geschichte der Preissätze der einzelnen Baaren seit 1789 bis 1857 in Tooke's Geschichte der Preise; Jahrespreisübersichten in den Märzsupplementen des Economist.)

Folgende Erfahrungsthatfachen erklären sich einfach aus den bisher begründeten Sätzen über Werth und Preis:

1) Gleich im Preis bleiben sich die in unbeschränkter Masse leicht anzuzeigenden freien Güter; ihr Preis bleibt verschwindend klein oder Null.

2) Mit steigender Kultur steigt der Preis derjenigen Güter, bei deren Hervorbringung in beschränktem Maß vorhandene natürliche Produktionsmittel den Hauptfaktor bilden, dagegen sinken solche, bei welchen die fortlaufend vermehrbaren und sich steigenden Produktivkräfte (Arbeits- und Kapitalvermögen) die Erzeugung hauptsächlich bestimmen; denn die Naturgaben sind keiner starken Ausdehnung fähig, die Kraft des Menschens und seine Leistungsfähigkeit wird aber verhältnismäßig um so fruchtbarer, je mehr sie sich bildet und übt und je mehr Kapital als Mittel der Erzeugung sich ihr zur Verfügung stellt. Niedere Kulturvölker schätzen also die Fabrikate, hohe die Bodenprodukte höher, daher der große gegenseitige Vortheil des Handels zwischen jungen Kolonien und hochcivilisirten Mutterländern.

Indessen giebt es längere Perioden, in welchen das Steigen der landwirtschaftlichen Technik und die Erweiterung der Zufuhren von Auen auch die Preise der Bodenprodukte niederschlägt. Man darf deshalb (vgl. § 101) auf die hier bemernten preisgeschichtlichen Thatfachen keinen kühnen Schluss und übertriebene Befürchtungen vor Ueberöflern bauen.

3) Wild, Vaghiere, Fische, Holz giebt zuerst die Natur, sie bedürfen bloß der Besitznehmung; in so lange stehen sie niedrig im Preise. Abdann steigen sie immer höher, mitunter bis zu sehr hohen (Delikatessens-) Preisen. In Sibirien zahlte man noch 1770 für einen Ochsen 2 Tblr. Ein Remonteopferd kostete 1859 bis 180 Tblr., in Buenos Ayres sind die Straßenbretter zu Pferde. Das Pfund Lachs wird jetzt gern mit $\frac{1}{2}$ Thaler bezahlt, früher bezug sich das Gekinde in Seenähen aus, nicht mehr als zweimal die Woche Lachs essen zu müssen. Am frühesten zeigt sich die Wertherhöhung bei den transportabelsten Theilen der Urprodukte: Häute, Vögel, Haare, Röhne sind zuerst verhältnismäßig theurer, als Fleisch, Milch, Butter; Fleischpreise steigen erst mit großer Ausdeh-

nung des Verkehrs, gleichbedeutend mit hoher Kultur, dann aber rasch zu steigen. In England galt ums Jahr 1000 eine Kuh nur so viel wie zwei Schafe; Ursache war die größere Transportfähigkeit der Welle gegen über dem Fleische.

4) Getreide- und Mineralien-Preise schwanken viel und stark in kürzeren Perioden, steigen aber im Ganzen nur langsam. Transportveränderungen und Entdeckungen, womit die gebildeten Zeiten am thätigsten und glücklichsten sind, bringen besondere Preisgestaltungen.

Getreide steigt nur in einem längeren Durchschnitt der Jahre. In längerem Durchschnitt giebt aber ein gleiches Quantum Getreide in verschiedenen Zeiterperioden zwar nicht dieselbe Abnahme, aber eine steigende relative Kaufkraft, bei steigender Kultur gestattet es die Befriedigung eines reicheren Bedürfniskumfangs. Getreideeinkommen mag somit im Wechsel der Kultur die sociale Stellung steigern. Es ist daher, in Natur abgetragen oder in Geldpreisen ausbezahlt, vorgeschlagen worden zur Regulirung der Beamteneinkommen. Allein der Vorschlag hat bedeutende Seiten (vgl. § 87). Das hier berührte Verhältnis ist wesentlich aus einer der Gründe, weshalb die Erhaltung der gesellschaftlichen Stellung einer Familie auf Grundbesitz begründet zu werden pflegt, weshalb der Erbadel auf Grundbesitz sich stützt, der reiche Kaufmann das Familienvermögen in Grundbesitz (Häuserrente) anlegt.

5) Gewerbezergugnisse fallen bei fortschreitender Kultur im Werthe, je mehr sie „von Arbeit und Kapital“ (fortschreitend vermehrbaren Produktivfaktoren) abhängen. Baumwollfabrikate, Spinnings u. dergl. sind seit den wunderbaren Verbesserungen in der Spinnerei und Weberei sehr im Werthe gesunken. Ein gestreifter Seidenmantel kostete unter Karl dem Großen 400 Scheffel Roggen! (Weiser). Im Saisenen der amer. Union kostete eine Kuh 2 Doll., aber man bezog Leder aus Europa; man zahlte 4 Bushel Korn für 3 Bushel zu mahlen (Weiser).

6) Der Werth der menschlichen Dienstleistung wird verhältnismäßig geringer mit steigender Kultur, weil sich die Bevölkerung, mit ihrer geistigen Bildung der Ausbeute der einzelnen Leistung steigert und die letztere im Wege des freien Vertrages verfügbar wird (vergl. § 17, C).

Gingegen ist Anfangs eine Fülle von Naturkräften (Grundstücken) vorhanden, die weithin sind. Ihnen gegenüber ist die Arbeitskraft selten und daher zur Verwerthung des (scudalen) Grundbesitzes im Wege zins- und freipflichtiger Hirskeit werthvoll; bei niedrigen Kulturstufen besteht das Vermögen in Sklaven und Leibeigenen, der Luxus in übergroßer Dienerschaft.

Auf diesem Grundverhältnisse beruhen wohl wesentlich die Geschichte der gesellschaftlichen Unfreiheit: Sklaverei u. s. w., die ursprünglich größere Vortheilhaftigkeit der erstenen vor der intensiven Landwirtschaft, das frühere Frohnwesen im Gebiete des Staatshaushalts, und sonstige wichtige Erscheinungen der wirtschaftlichen Kulturgeschichte.

3. Theil: Die regulierende Kraft des Wertes in der privatwirtschaftlichen Gütererzeugung und Gütercirculation der bürgerlichen Gesellschaft, und die Unternehmer als Organe der Werthgesetze.

XIII. Kapitel: Lehre von den Kosten, der Rente und der Einbuße.

§ 93. Die Regulierung der Bewegung des gesellschaftlichen Güterlebens durch Kosten und Gewinn, Verkaufsgefahr und Rente. Wir haben im 1. Theil den Hergang der Güterentscheidung ins Auge gefaßt, und zwar als einen gesellschaftlich (national) gemeinsamen Proceß.

Hiebei haben wir zwar geltend gemacht, daß auch der Dienst der Gütercirculation ein Theil der produktiven Arbeit sei. Indessen wurde ihm ein besonderes Buch gewidmet; denn es tritt gerade in dem Uebergang der Güter von einem Vermögen ins andere, bei Tausch und Kauf, der gesellschaftliche Charakter menschlicher Wirtschaft besonders scharf hervor. Insbesondere macht sich die wirtschaftliche Werthschätzung gerade hiebei geltend als Tauschwerth. Sie findet ihren äußeren Ausdruck als Marktpreis, und das gesellschaftliche System menschlicher Wirtschaft gestaltet hiebei die ächt socialen Wirtschaftsinstitute des Maßes, Geldes und Marktes. Diese Begriffe und Institute hat gerade der Nationalökonom besonders ins Auge zu fassen; Werth, Preis, Geld- und Marktlehre besonders auszubilden, war deshalb unsere zweite Hauptaufgabe im 2. Theile, welcher sonst in den Lehrgebäuden der Nationalökonomie auch als Lehre vom Güterumlaufe bezeichnet wird.

Nun stellt sich die weitere Aufgabe dar, die Gesetze zu entwickeln, welche in dem scheinbaren Chaos des privatwirtschaftlichen Güterschaffens und des Gütertauschens mit wunderbarer Einfachheit den Grundlag der Wirtschaftlichkeit zur Geltung bringen und die unendlich vielen, scheinbar willkürlich waltenden Einzelkräfte in wirtschaftlicher Harmonie vereinigen. Schon auf verschiedenen Punkten, insbesondere in der Lehre von Werth und Preis, welche wir zuerst isolirt betrachten mußten, legen sich diese den gesellschaftlichen Bau des privatwirtschaftlichen Güterlebens zusammenfaltenden Gesetze, das Gesetz des Strebens der Marktpreise nach dem Kostenpunkte und das Gesetz der Rente nahe, und in § 3 sind sie für die Einleitung dieses Buches zwar kurz, aber nachdrücklich schon bezeichnet worden.

Ihre nähere Betrachtung, — sowie die Betrachtung ihrer Organe, nämlich der Unternehmer — bildet als III. Theil den natürlichen Uebergang zur Lehre von der Gütervertheilung (IV. Theil).

Auch hiebei bemerken wir, daß wir vorläufig nur denjenigen Theil des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems ins Auge fassen, welcher

auf dem freien Tauschen beruht. Der andere Theil kommt im zweiten Hauptabschnitte zur Erörterung.

§ 94. Die ununterbrochene Erneuerung der Güterwelt. Das wirtschaftliche Leben der Menschen vollzieht sich als ein unaussprechlicher Kreislauf der Consumtion der Güter, der Reproduktion der Güterkeime (Kapitalien) aus dem Arbeitsvermögen, endlich der Umwandlung der schon zu Kapitalien verdichteten Ausströmungen des Arbeitsvermögens in höhere Formen des Gütervermögens.

Reproduktive Arbeit und Formverwandlung des Kapitals vollziehen den Proceß der Wiedererzeugung der Güter im Maße der Gütervernichtung. Wie der Gletscher durch Nachschiebung kleeit, obwohl er unten abschmilzt, der Strom, obwohl er in's Meer eilt, so erhält sich das Vermögen durch Reproduktion neben der Consumtion.

Die Befriedigung des Bedürfnisses durch das Erzeugniß heißt bekanntlich Verbrauch oder die **Consumtion**. Im Verbrauch findet gleichsam eine Transsubstantiation des Gutes, eine Erhebung desselben in das menschliche Wesen und die Theilnahme am persönlichen Leben statt. Die Consumtion wirkt nämlich, wenn das befriedigte Bedürfnis sinnlich war, auf die körperliche, und von da, weil Geist und Körper in untrennbarer Wechselverbindung stehen, auf die geistige Beschaffenheit der Persönlichkeit ein; war das Bedürfnis ein sinnlich-geistiges, so wirkt die Consumtion — z. B. Anschauung eines Kunstwerks, einer Production — unmittelbar auf die geistige Persönlichkeit und ihre Entwicklung ein, kann aber bald und wird irgend einmal als geistige oder körperliche Produktivkraft auf's wirtschaftlichen Gebiet zurücktreten. Die Consumtion muß auch im wirtschaftlichen Sinne reproduktiv mitwirken, sie muß in indirekter Fortwirkung zur Wiederherverbringung eines solchen Maßes von äußeren Befriedigungsmitteln führen, welches für die Entwicklung der Persönlichkeit mindestens so viel Bedeutung hat, als das verbrauchte hatte; denn die menschliche Persönlichkeit braucht stets und immer von Neuem und in vermehrter Weise neue äußere Mittel ihres sinnlich-geistlichen Zweckes, sie kann diese nie entbehren. Ob die Wirkung eines Kunstgenusses erst nach Wochen als erhöhte Arbeitslust, die Lectüre eines technischen Buches spät als große praktische Erfindung sich ökonomisch fortsetzt, — jede Consumtion soll direct oder indirect solche reproduktive Wirkung haben, daß die Welt der jederzeit für den persönlichen Lebensproceß vorhandenen äußeren Mittel weder der Masse noch der Zweckmäßigkeit nach in Rückgang komme, nicht in Verfall gerathe.

Wie die Persönlichkeit, so ist das Gütervermögen — mittelst des Arbeitsvermögens und des aus dem Arbeitsvermögen ausströmenden Kapitalvermögens — im ewigen Fluß des Werdens, Vergehens und Wiederaufstehens; da ist kein Aufsenkalt, ein Ring läuft in den andern zur endlosen Kette über. Die Reproduktion ist der Proceß, durch welchen die Welt äußerer Mittel in ihrer Zweckmäßigkeit sich stets von Neuem dem sich verändernden persönlichen Leben anpaßt,

nach den Zuständen und Bedürfnissen des letzteren sich gestaltet. Durch die Reproduktion vollzieht sich daher auch der Einfluß des persönlichen Lebens auf die äußere Güterwelt, wie sich die veränderte Seelenstimmung auf das Antlitz reflectirt.

§ 95. **Der Werth als Regulator der Reproduktion.** Dieser Kreislauf von Confumtion und Reproduktion des Vermögens der bürgerlichen Gesellschaft ist von dem allgemeinen Gesetze der Wirtschaftlichkeit beherrscht, nämlich von dem Grundgatz, einen möglichst hohen Werth im möglichst geringe Opfer zu reproduciren.

Die Opfer der Reproduktion sind nun doppelter Art: 1) Opfer der Arbeit, welche mindestens mit dem Werthe des für die betreffende Aeußerung des Arbeitsvermögens consumirten Theiles des Gütervermögens vergelten werden müssen; 2) das Opfer derjenigen vorgehenden Arbeit, d. h. desjenigen Kapitalbetrages, welcher in die Bildung des neuen Gutes aufgeht.

Wirtschaftlicher Weise muß deßhalb die Bewegung der Reproduktion denjenigen Güterarten zustimmen, deren Werth den Werth der Opfer an Arbeit und Kapital am meisten übersteigt, und sie muß da stehen, wo der Werth der neuen Erzeugnisse die Opfer an Arbeit und Kapital nicht mehr deckt.

So ist der Werth wirklich der Regulator der Reproduktion. Je werthvoller ein Gut ist, desto mehr wird sich in der beharrlichen Reproduktion des Volkvermögens der Reproduktion denselben zuwenden; wie im Körper die Bildungskräfte dem bedrohtesten und nothleidenden Punkte, so fördern in der Volkswirtschaft die Produktivkräfte der werthvollsten Güterart zu. Das beharrliche Streben der gesellschaftlichen Güterbildung ist daher

einerseits im Geldwerth des Productes (seinem Marktpreis) den größten Ueberschuß über die Produktionskosten zu erreichen, und

andererseits mit der Erzeugung nicht aufzuhören, so lange die reproductive Verwendung von Arbeiten und Kapitalanlagen mehr Werth ergiebt, als in ihrer Anspornung und Umformung abgeht.

Das nach dem Bisthe des Werthes bestimmte, notwendige und stets vorhandene Streben nach Werthüberschüssen vollzieht sich also in doppelter Richtung in einer absteigenden und in einer aufsteigenden, wie in Ebbe und Fluth. Und beiden Richtungen wohnt als treibende Kraft lediglich die Wirtschaftlichkeit inne.

1) Die absteigende Richtung der Produktivität ist das Vermehren der Angebotsmasse bis zum Nullpunkt des Werthüberschusses, zum Niveau der Produktionskosten: Diese Richtung kann nie aufhören, weil es ein Widerspruch wäre, produktive Kräfte, aus denen ein Gut von höherem Werth hervorgehen kann, nicht so lange der Massenvermehrung des letzteren im Wege der reproductionen umformenden Anwendung zuzuführen, bis die Ausgleichung der Werthe erfolgt ist.

Dieses Gesetz der absteigenden Richtung nennen wir das Gesetz des natürlichen Werthes. Es repräsentirt die eine Seite im Gergang der Produktion, die Seite, vermöge welcher die Reproduktion der werthvollen Gegenstände für den Gebrauch verallgemeinert wird durch Preiserniedrigung, gleichsam die demokratische Richtung der Wertherzeugung.

2) Die andere Seite des Ueberschuffstrebens ist es, die Productionen herauszufinden, welche höhere Ueberschüsse (Renten) geben: das Gesetz des höchsten Ueberschusses, gleichsam die aristokratische Richtung, welche das Besondere herausfindet, auf das Bedürfnis der Wenigeren spekulirt, und durch hohe Ueberschüsse Demjenigen, der die höchsten Werthpunkte, die ergiebigsten Productionen findet, die Mittel besondern Genusses, freier höherer Bedürfnisbefriedigung und der Kapitalbildung gewährt.

Jene Richtung vollzieht sich durch den Preis, die Ensigkeit, die durchschnittliche Wirtschaftsfähigkeit, — diese durch das wirtschaftliche Genie, den Scharfsinn, Glück, mittelst der durch Naturanlage oder Bildung vorhandenen besondern Begabung, durch deren Vorgang allein die Kulturforschritte zum Gemeingut werden können (§ 7); die Mittel dieses Fortschrittes fließen auch zuerst den Begabteren zu in der Erreichung der höchsten Ueberschüsse.

Die Rente ist so die Prämie der im Interesse der ganzen Gesellschaft eingeschlagenen **wirtschaftlichen** Richtung.

Die absteigende und die aufsteigende Richtung ruhen mit Nothwendigkeit einander heroor. Eingelne gehen voran und erreichen die höchste Spitze des Gewinnes, die Masse folgt nach und stumpt sie schnell zum natürlichen Preis herab, und alsdab beginnt dieselbe Produktionsrichtung nach neuen Hebungspunkten des Gewinnes.

Der Prozeß ist dem Gewelle des Meeres vergleichbar: die Masse der Welle sinkt durch sich selbst stets zurück, um nächsten zu neuer Höhe zu treiben. So bedingen sich also thatsächlich beide Richtungen: die eine für die Vervollständigung sorgende, von der breiten Masse der Erzeuger bewerthstellte und den gemeinen Lebensunterhalt versorgende, — die andere zu dem höchsten Erfolg durch Glück und Tüchtigkeit ausgebaut, den Kulturforschritt tragend, die Mittel der höheren Gessittung gebend.

Man hat das Wesen der zweiten Richtung, der Richtung des höchsten Ueberschusses, meist nur bei der Grundrente erkannt, jenem Ueberschuß, der aus dem Preis und der Ausbeutung vorzüglich ergiebig, logen, natürlicher Productivfactoren kommt.

Allerdings ist sie hier am sinnenfälligen und steigsten, sie ist aber und muß überall vorhanden sein. Auf Zufall, Glück, natürlicher Geistesbegabung, „Conjuncturen“, Funden und Erfindungen beruhend, sind in allen Zweigen des Erwerbslebens stets Ueberschüsse vorhanden, welche im Wesen mit dem Grundrentenverhältniß übereinstimmen. Es beruht auf

diesen Ueberschüssen der Wechsel in der Vermögensvertheilung, ja wesentlich der regelmäßigen, dauernden Fortschritt der höheren Civilisation *).

Das Zurücktreiben sowohl des Preises gegen das Niveau der Produktionskosten als die Aufsuchung von Rentel gebenden Preisen durch Spekulation sind Aeusserungen der Wirtschaftlichkeit, Wirkungen der privatwirtschaftlichen Werthberechnung im gesellschaftlichen Tauschsystem. Der Werth offenbart sich hier in beiden Tendenzen als Regulator der ökonomischen Gesamtbewegung, als Ordner der freien Einzelkräfte im privatwirtschaftlichen System der bürgerlichen Gesellschaft; in ihm wird die wirtschaftliche Bedeutung der Güter durch die Schätzung (Werthberechnung) zum Bewußtsein gebracht und der Markt gegeben, die werthvollsten, weil am beschränktesten vorhandenen Gegenstände und Verhältnisse zu vermehren, die mangelhaft vorhandenen Voraussetzungen und Bedingungen des gesammten Güterlebens zu ergänzen und zu verbessern. Auf den Werth als Barometer aller wirtschaftlichen Entwicklung sieht der Erzeuger einer jeden Waare, auf ihn die ihrer Ausbildung zureichende Arbeitskraft des Jünglings, der bei der Verwerthung den künftigen Werth seiner Arbeitsleistung einer Wahrscheinlichkeitsberechnung unterwirft, — auf ihn der Kaufmann, indem er die bedürftigsten Punkte anzeigt und dahin das Streben der Weiterentwicklung der Produktion lenkt.

Die harmonische Beherrschung des privatwirtschaftlichen Systems der bürgerlichen Gesellschaft durch den Werth ist deshalb möglich, weil (s. § 94) das Wirtschaftswesen keine festgeordnete Ordnung von Kräften ist, kein todttes Gleichgewichtssystem, sondern eine lebendige, stets in der Entwicklung begriffene reproduktive Welt, welche jeden Augenblick in millionenfach verschiedener Weise ihren Produktionsorganismus neu kombinieren kann, aus der Tiefe millionenfacher menschlicher Anlagen und aus dem Reiche der äusseren umgebenden Verhältnisse auf gegebenen Anstoss alle jeweilig erforderlichen, zuvor gebundenen Kräfte zu lösen vermag.

Der Werth, welcher in der Schätzung durch die menschliche Berechnung liegt, veranlaßt diesen Anstoss, entsühnd den Finken der reproduktiven That, welche aus den gegebenen Mitteln neue werthvollere schafft, neue Kräfte entbindend und in den Kreislauf des menschlichen Lebens einführend. Der Werth ist die Leitung, wodurch der Punkt des Fortschritts ähndend immer an den Ort getragen wird, wo die Fortentwicklung und Kraftvermehrung die grösste Bedeutung für das Wirtschafts- und das von letzterem bestimmte Kulturleben hat **).

A) Das Gesetz des natürlichen Werthes.

§ 96. Das Gesetz selbst. Es wäre ebenso unwissenschaftlich, wenn man

*) Der Verf. sieht sich veranlaßt ausdrücklich zu bemerken, daß die Aufstellung des gegenwärtigen § und der §§ 99 ff. fast wörtlich schon in § 93 u. 94 der ersten Auflage dieses Buches, abgefaßt 1859, sich befindet.

**) Aus dem Werth geht gesellschaftlich der Preis hervor (§ 85). Hier durften wir daher beide Begriffe als gleichbedeutend anwenden.

nicht für den höheren Werth des Reproduktes geringere Kosten, als wenn man für einen geringeren Reproduktionswerth höhere Kosten aufwenden wollte. Hiedurch kommt man eben zu dem Fundamentalsatz: Der Werth bestimmter Quantitäten einer Güterart strebt für die Dauer auf das Niveau der Produktionskosten zurück, kann aber dauernd nicht unter dieses Niveau herabsinken. Dies ist das Gesetz des natürlichen Werthes. Die Marktpreise gravitiren regelmässig gegen die Produktionskosten als Mittelpunkt" (Wd. Smith).

Uebrigens vollzieht sich diese Bewegung nicht gerade aus und nicht für immer.

Das Züngeln des wirklichen Marktpreises zittert hin und wieder durch den Mittelpunkt der Produktionskosten hindurch, es bleibt darüber und geht darunter. Im einzelnen Fall ist der Marktpreis stets vom Quantitätsverhältnis der sich äussernden Bedürfnismenge (Nachfrage) und der sich anbietenden Befriedigungsmittel (Angebot) abhängig.

Der Preis, sagen wir, schwingt wie eine Saite durch den normalen Stand der Produktionskosten hindurch. Erklären wir das näher:

Wenn es die den Schaden fürchtende Eigenschaft ist, welche den unter die Produktionskosten gesunkenen Tauschwerth durch Einstellung der schadenbringenden Erzeugung wieder hebt, so ist es die im Wettkampf (Konkurrenz) thätige Gewinnlust, welche die Tauschwerthe auf das Niveau des natürlichen Preises herabdrückt. Ersterer Beweggrund, die Schadensfurcht, wirkt ohne Zweifel rascher als die Gewinnlust, ersterer vollzieht sich ja blos in negativer Thätigkeit, welche einfacher ist als die positive der wettkampfenden Unternehmung, und so kommt es, daß erstere Reaktion energischer wirkt als die zweite. Der Preis bleibt daher viel seltener unter, als über den Produktionskosten.

§ 97. Abweichungen vom Gesetze des natürlichen Werthes. Das Gravitiren gegen den Mittelpunkt des natürlichen Werthes ist aber nur dann vorhanden, wenn der Mensch, wie es vernünftig ist, dem Werthregulator wirklich folgt. Dies ist jedoch nicht immer der Fall.

Namentlich wird die freie Konkurrenz, welche den Preis durch Angebotsvermehrung auf den natürlichen Werth zurückführt, durch das Recht, die Sitte, das Herkommen, die natürliche Trägheit, den Schwindel auf das Mannigfaltigste aufgehalten (oder künstlich ausgedehnt) und abgelenkt. So erfolgen denn sogen. Abweichungen vom Gesetze des natürlichen Werthes.

Gene störenden Einflüsse machen sich namentlich im Detailhandel geltend, bei welchem wegen Nachlässigkeit, Deliktasse, Rüdchichten, "Nobeltums" — die Preise nicht auf die Kosten des Ankaufs und der Selbsthaltung zurückgehen wollen, selbst bei starker Befragung des Detailhändels; so die Erfahrung in der Schweiz, wo, nach Befragung vieler Kaufleute, trotz viel niedrigerer Zölle fast theurer detaillirt wird als im unmittelbar anstehenden Südwestdeutschland.

Auch rechtliche Hindernisse hemmen den Einfluß der Konkurrenz

auf den Marktpreis, so daß nicht die in der bürgerlichen Gesellschaft möglichen niedrigsten Kosten den Preis der Versorgung des Gesamtbedarfes beeinflussen. Dabin gehören Privilegien, welche Einzelnen die Bestimmung der Angebotsmaße in die Hände geben (Zunftsung, Patente, Schutz- und Verbotzettel, Handelsmonopole, ausschließende Handelsrechte überhaupt) und die Konkurrenz in der Erzeugung beschränken, oder den Kundenzwang (Die alten Mißlihanrechte, die einseitigen Baurechte der städtischen Zünfte gegen die Landbewohner) auferlegen.

Mit fortschreitender Gessittung wird störendes der Widerstand, welchen die Macht der Sitte, die Privilegienmacht u. s. w. der Tauschwertheinbringung zum Niveau des natürlichen Wertes entgegenzusetzen, immer geringer, die Werthbildung wird immer regelmäßiger, die Werthschwankung schließt sich in immer engere Schranken ein. Der Gessittungsfortschritt steigert die gegenseitige Annäherung; durch die verbesserten Verkehrsanstalten wird die Lust des Wettwerbes befordert. Man lernt von einander den Werth der Gegenstände. Die Werthschätzung wird weniger von zufälligen Annahmen beherrscht, so daß der Sibirier nicht mehr für 10 Rubel europäischer Eisenwerth 5—600 Rubel Pelzwerth (ebenso eben der Pelz dem Sibirier sehr geringe und ein Roth Eisen hohe Produktionskosten verursacht!), der Indianer nicht mehr eine Insel wie Rhode Island um ein Paar Brillen giebt, der Negler im inneren Afrika nicht mehr das Salz mit Gold aufwiegt (Nokher), wenn gleich letztere Tausche dem Werth (und den Produktionskosten) des Salzes, Eisens u. s. w. auf der einen Tauschseite vielleicht entsprechen und nicht ohne Weiteres als „Verzugs- oder Irrthumspreise“ angesehen werden können.

Die rechtlichen Hindernisse der Konkurrenz sind verwerflich und schädlich, weil sie die Herrschaft der niedrigsten in der Gesellschaft möglichen Kosten (§ 20) hintanhaltend; nämlich nicht bloß für die Verbraucher, weil sie die Werthseinerung der Güter bis zum Niveau der geringsten Kosten verhindern, sondern auch, weil sie das Gesetz des natürlichen Wertes gleichsam umkehren, bewirken, daß sich die Produktionskosten zum Marktpreis erheben. Es wird im Schlandrian und mit Verschwendung erzeugt, der Kostenpreis gesteigert, die Reproduktionskraft zum Nachtheil der ganzen Volkswirtschaft, schließlich auch der privilegierten Erzeuger selbst, geschmälert. Wir erinnern an die alte und überall wiederkehrende Erfahrung von der kostspieligen Erzeugung der privilegierten Betriebe.

Die Beschränkungen der Konkurrenz durch Sitte, Gewohnheit, Schlandrian, Privileg, Trägheit der Käufer, können allerdings für den dadurch Bevorzugten, wenn er selbst die Produktionskosten auf ein Minimum niedrigerhalten weiß, als Faktor von Ueberflüssigen (Renten) wirken. Und so führen diese sogen. Ausnahmen vom Gesetz des natürlichen Wertes zum folgenden Kapitel über die Renten, unter denen die Grundrente ihres festen und dauernden Charakters wegen von jeher am sinnfälligsten hervorragt.

Vorher jedoch erheischt der Begriff der Kosten selbst noch eine kurze Erörterung.

§ 98. Die Kosten eines Gutes bestehen,

1) bei Sachgütern:

a) in den Lohnauslagen für das erzeugte Sachgut, b) in den Auslagen, d. h. in dem Aufwand an umlaufendem Kapital, z. B. für verwendete Roh- und Hilfsstoffe, c) in dem Erlös der Abnutzungen des stehenden Kapitals, deren Werth in das Produkt übergegangen ist.

In a—c werden die Kostenbestandtheile nach gewöhnlicher Aufzählung gefunden. Genüß aber würde die Produktion aufhören, wenn der Marktpreis nur sie vergütete. Der Marktpreis der Sachgüter muß weiter vergüten: d) die Arbeit, welche der Unternehmer selbst gleich einem Lohngehilfen leistet, er muß den Lohn eigener Arbeit enthalten; ferner e) nicht bloß den Erlös (b und c) des umlaufenden und des stehenden Kapitals, sondern auch den lands- und zeitlichen Zins desselben und f) den durchschnittlich üblichen Unternehmergewinn (Vergütung der eigentlichen Unternehmerrisiken und Unternehmerrisiken). Die Elemente d—f sind theils positive, theils negative wirtschaftliche Opfer, welche das Sachgut kostet und im Marktpreise vergütet muß, bei deren dauernder Nichtvergütung die Produktion aufhört; nur wenn man sie in die Kosten einrechnet, können die Kosten als natürlicher Schwerpunkt des Marktpreises bezeichnet werden, ohne daß man mit den Erfahrungen des Lebens und den unten (Kap. XIX—XXI) vorgetragenen Lehren über Lohn, Zins und Unternehmergewinn in Widerspruch geräth.

Die gewöhnliche Buchhaltung und Calculation der Privatgeschäfte nimmt freilich die Elemente d und e nicht immer, wenigstens nicht immer vollständig und das Element f (Gewinn) regelmäßig nicht als Kostenbestandtheile in Anschlag. Dieß erklärt sich aber daraus: daß wenigstens in größeren Geschäften die gemeine Arbeit des Geschäftsführers juristisch, landläufiger Kapitalzins und Unternehmerrisiko aber in den den Kosten gegenübergestellten Geschäftsgewinne vergolten gedacht werden.

Ergiebt sich aber in den letzteren die Vergeltung dafür nicht, so wird auf die Dauer das Geschäft nicht fortgesetzt, weil der Gewinn nicht nur keine Rente giebt, sondern nicht einmal alle Opfer vergilt.

In dem Element b (Kapitalauslagen) stehen die Kosten (a—f) und Renten derjenigen Unternehmer, von welchen man in vorgearbeiteter Form die umlaufenden Kapitalien übernahm, z. B. in den Auslagen des Kaufmannes für sein Waarenlager sind Kosten, Gewinne und etwaige Renten des Fabrikanten der Lagerartikel enthalten.

2) Für Leistungen:

Die Kosten der Leistungen, welche im Lohne mindestens vergütet werden müssen, wo der Arbeiter seinen Unterhalt nur aus dem Lohne zieht, sind für die einzelne Leistung zwar in Geldwerth nicht sicher zu beziffern; die einzelne Leistung ist ermöglicht durch den Gesamtaufwand für das allgemeine persönliche Arbeitsvermögen. Das allgemeine

Arbeitsvermögen aber ist (s. ob. § 94 und unten § 173, 174) das Ergebnis eines Opfers an Gütervermögen, welches für Erziehung und Unterhalt gebracht wird, und die periodische Gesamtvergütung aller Leistungen, die an den Unterhaltskosten ein ganz bestimmtes Kostenmaß, wenn gleich ein solches für die Einzelleistung nicht zu beziffern ist.

Freilich läßt sich hiebei, weil Erziehung und Unterhalt nicht lediglich privatwirtschaftlich, sondern in der Familie (§ 174) und gemeinwirtschaftlich stattfindet, nicht Alles privatwirtschaftlich erklären und die Lehre vom Preise der Leistung oder vom Lohn tritt deshalb zu dem zweiten Haupttheil unseres Buches (s. insbes. § 150. 156. 157. 196, Kap. XXX.) in enge Beziehungen.

B) Das Renten-Verhältniß.

§ 99. 1) Begriff. Die Renten sind Ertragsgewinne, nicht übliche Unternehmergewinne (§ 98).

Die Produktionskosten verschiedener gleich großer Quanten derselben Güterart sind häufig verschieden. Der Marktpreis einer jeden derselben aber ist auf die Dauer so hoch als die Kosten derjenigen Quantität, welche mit den unwirksamsten Produktionsfaktoren hervorgebracht werden ist, aber gleichwohl so hervorgebracht werden mußte, wenn die ganze kaufkräftige Nachfrage befriedigt werden wollte.

Den höchsten Ueberschuß bei ungleichartigen Produktionskosten (s. § 88) erzielt Der, welcher unter den günstigsten Verhältnissen producirt, beziehungsweise im Lohn seine Arbeit, im Zins die Nutzung seines Vermögens, im Kredit sein Leihkapital so veräußert. Es ergeben sich Ertragsgewinne, Renten*).

2) Allgemeinheit der Rente. Jene Günstigkeit ruht nun in verschiedenen Verhältnissen: im Glück des Fündes der Abfah- und Bezugsquellen, der Wahl der Einkaufszeit, oder im Unterschied der Wirksamkeit der Produktivkräfte, der Lage und Himmelsgegend und Werts, so im Gebiet der Landwirtschaft und des Häuservermögens (Grundrente, Häuserrente), oder in der persönlichen Geschicklichkeit, beruhe diese auf virtuoser Ausübung oder seltener Naturbegehung (weist untreunbar auf beiden, so die Ueberschüsse ausgezeichnete Künstler und Gelehrten), in der „Konjunktur“, in Fabrikationsgeschäfts-Geheimnissen und Handwerksvortheilen beim Industriellen, Großhändler und Handwerker.

*) Verschiedene Begriffe des Wortes Rente:

Wir haben im Vorstehenden das den höchsten Unternehmergewinn übersteigende Ueberschuß- auch Renten-Verhältniß genannt, nach Vorgang der bisherigen Volkswirtschaftslehre, von welcher der allgemeinerer Gebrauch als „Grundrente“ beschränkt aufgefaßt worden ist. Wir bemerken, daß man diesen Begriff der Rente weder mit dem Begriff von Zins (Nutzungspreis des Leihkapitals) und seinen Arten (sog. Pachrente, Mietrente, Zinsrente) verwechseln darf, noch mit dem Begriff der Jahresziele eines Einkommens ges-

Ueberall und immer sind solche Faktoren differirender Erzeugungskosten, besonders günstiger Lohn- und Zinsbildung, günstiger Bildung des Kurzwertes von Fortörungen vorhanden, entweder dauernd auf demselben Object ruhend, oder nach Gegenstand, Mittel, Person und Zeit wechselnd.

Bisher hat man das Rentenverhältniß fast nur an Grund und Boden betrachtet, wohl hauptsächlich deshalb, weil die Beschränktheit der natürlichen Produktivkräfte, auf der es hier beruht, wie wir schon näher bemerkt haben, an Grund und Boden am konstantesten ist. Aber auch überall sonst kommen besondere Vorzüge der Produktionsmittel vor, und begründen Ueberschüsse verschiedenster Art und verschiedenster Abkunft: Gewinne an „Seltenheitswerthen“, an rechtlichen und sachlichen Monopolvertheilen“, an „Nothpreisen“, und wie man dies sonst bezeichnen mag.

Die Produktionskosten für den Hindu, der durch Glückszufall den großen Rubinur fand, waren verschwindend klein, der Inhaber desselben konnte — weil es eitle Königinnen von Weltreichen giebt und weil die Chemie die Koste noch nicht zum Diamant schmelen, diesen noch nicht massenhaft erzeugen gelernt hat — Millionen als Differenz der Produktions- (Ankaufs-) Kosten und des Marktpreises leicht gewinnen. Aehnlich ist es mit virtuellen Kunstwerken und Leistung; die Soult'schen Erben veräußerten Murillo's Conception 1852 in Paris um 600,000 Fr., Jenny Lind sang zu 5 Guineen bei 5000 Plätzen, Ausbildung und Lebensunterhalt des Murillo und der Lind verursachten kleine Kosten, aber nicht Viele freilich bringen wieder den Einbruch von Murillo's Fingerringen oder Jenny Lind's Trillern hervor. Es findet auch hier, wie beim Bodenerwerb, ein „Naturmonopolvertheil“ und als Folge davon ein Ueberschuß, eine Rente statt.

Man kann daher mit vollem Recht sagen, daß täglich besondere Produktionskostendifferenzen und daher Ueberschüsse, grundrentenähnliche Verhältnisse vorkommen. Es ist dies eben die beharrliche Tendenz nach dem höchsten Ueberschusse, — die eine notwendig immer und überall wirksame Seite der praktischen Richtungsbestimmung der Produktion.

Wenn man das Rentenverhältniß nur an dem Grund und Boden als Folge „der Differenz der natürlichen Produktivkraft“ aufgefaßt hat, so beruht dies theils auf der Unvollständigkeit, womit das allgemeine Gesetz hier dauernd erscheint, theils aber auf der grundbegrifflichen Entgegensetzung von Land, Kapital und Arbeit, als ob der Begriff Kapital dem Begriff des Grund und Bodens entgegengesetzt wäre. Man bemerkte dann nicht, daß auch überall sonst natürliche, zufällige oder künstliche Differenzen in der Produktivkraft bestehen, daß z. B. besondere natürliche Produktivkraft auch im vorzüglichsten beweglichen Stoff vorhanden, daß die Masse der Güter nicht bloß bei Grund und Boden, sondern auch

inlagerten Werthkapitals. Man darf diese verschiedenen Begriffe des Einen Wortes nicht vermischen.

sonst mit gleichen Arbeits- und Kapitalaufwand nicht willkürlich vermehrbar ist. Hätte man nicht in der schon gerügten fehlerhaften Weise Boden und Kapital entgegengesetzt, so hätte man zu allgemeiner Auffassung des Ueberschusses oder Rentenverhältnisses längt gelangen müssen.

2) Volkswirtschaftlicher Charakter der Rente. Man hat das Wesen der Rente damit bezeichnet, daß sie kein Bestandtheil von Produktionskosten sei, nicht hohe Preise mache, sondern aus hohen Preisen folge, daß sie unentgeltlich bezogenes Einkommen darstelle.

Diese Bemerkung erschöpft den Charakter der Rente nicht. Sie ist a) Vergeltung der wirtschaftlichen Appropriation der Außenwelt (der Geltendmachung der niedrigsten Produktionskosten, so in dem besonders hohen Unternehmervergewinn, Unternehmerrente, Gewinnrente). Für den Handel prämiirt sie die Aneignung der Produktionsvorteile fremder Länder und Völker. — Sie ist

b) Vergeltung der wirtschaftlichen Klassifikation der Arbeitskräfte, indem derjenige, welcher seine Arbeitskraft am besten Platz verwerthet oder durch die virtuoseste Arbeitskraft, diese von Natur besitzend und sie anbildend, die Bedürfnisse Anderer mit gleicher Anstrengung besser befriedigt, besonders hohen Lohn (Lohnrente, Arbeitsrente) bezieht; sie ist

c) Vergeltung der wirtschaftlichen Klassifikation der Reiskapitalien, indem sie Denjenigen, welcher Kreditwerthe am richtigsten tarirt, besonders hohes Einkommen durch Zins (Rente im Zins) und am Kurzwert giebt (Leihrente); sie ist weiter

d) Vergeltung besonderer vom Staate geschützter Erfindungsthatigkeit (Rente aus Patenten, Autorrenten); sie ist

e) Vergeltung der Aufzucht der produktivsten fixen Kapitalien, insbes. des Grund- und Bodens, indem der Aneignuer der produktivsten Grundstücke, der besten Lagen ein besonderes Einkommen bezieht, sei es in Kornpreisen, welche den Kostertrag weit übersteigen, sei es in hohem Pacht- und Mietzins.

Bei allen einzelnen Arten von Renten tritt ihr allgemeiner Charakter, Prämie der wirtschaftlichen Versorgung und Voranschätzung der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu sein, gleichmäßig hervor.

Demgemäß quellen Rentenbezüge aus jedem wirtschaftlichen Fortschritt für Diejenigen hervor, welche diesen Fortschritt vollziehen, und Rentenvernichtungen für Diejenigen, welche sich überholen lassen.

Weit entfernt, ein hassenwerthes Privilegium zu sein, hat die Rente in allen ihren Formen die höchst wohlthätige und wirtschaftliche Folge wohlfeilster, regelmäßigster, nach Art, Ort und Zeit des Bedürfnisses vollkommenster Versorgung der menschlichen Gesellschaft. Sie ist eine Rationalbeziehung, gerecht an sich, gerecht in ihrer Ausheilung, da sie den wirtschaftlichen Verdiensten sicher in den

Schoß fällt. Anfechtbar ist nur die künstliche Rentenbildung und ihre dauernde Fixirung z. B. durch Schutzölle, Erwerbsprivilegien, Aemterbegünstigung. Sonst stumpsit sich die Rente (§ 95) durch die Konkurrenz selbst ab, wie die hochgetriebene Welle durch ihr eigenes Gewicht.

Viele Renten sind nicht dauernd, z. B. die Rente im Handelsverdienst aus guter Spekulation. Andere, z. B. die Renten der Virtuosität, dauern zwar leicht auf Lebenszeit, sind aber, wenn sie sich nicht in Sachgütern oder Rechten fixiren (Ermäße, ausgezeichnete literarische Produktionen, Patente), nicht übertragbar. Die übertragbaren Renten sind kapitalisierbar: Unternehmerrente im Preis der Firma, im Kapitalwerth des Patentes, Autorrechte, im Kapitalwerthe vorzüglicher fixer Kapitalien (§ 100 über Grundrente*).

§ 101. Ricardo und Carey. In der wörtlichen Begründung des Grundrentengesetzes griff Ricardo insofern fehl, als er von der Annahme ausging, daß zuerst der fruchtbarste, dann stufenweise immer unfruchtbarer Boden in Betrieb gesetzt werde. Dieß ist insbesondere vom Amerikaner Carey auf Grund amerikanischer Erfahrungen bekämpft worden: bei neuen Ansiedlungen werde regelmäßig der weniger fruchtbare Boden, wenn er nur wohlfeiler zu urbaren sei, zuerst in Betrieb genommen. Auch von Australien ist dies (s. B. durch Hearn, *plutology*, 1864) nachgewiesen worden.

In der That kann darüber kein Zweifel sein, daß auch das Bodencapital sich fortwährend verbessert, daß z. B. fruchtbarer Edlammobden, welcher nur durch Technik und Meliorationskapital der Kultur gewonnen werden kann, daß reichere aber tiefliegende Metalladern u. s. w. erst später in Angriff genommen werden können. Man hat für Hervorhebung dieser Thatfache dem Amerikaner dankbar zu sein; denn auf der wörtlichen Annahme der Ricardoschen Voraussetzung wurde ein Gebäude düsterer Furdut vor steigend schwierigerem Nahrungsstand der Menschen, vor Uebersättigung u. s. w. aufgeführt. Carey dagegen hat auch vom Bodencapital nachgewiesen, daß es, wie andere fixe Kapitalarten, z. B. Maschinen, einer fortwährenden Steigerung der Produktivität fähig sei.

*) Die Grundrentenlehre, wie ich sie hier geben habe, ist in allen Theilen klar entwickelt schon in der ersten Auflage dieses Buches. Besonderen Dank habe ich von Mangelst zu sagen, welcher in seinem Grundriß in gewissenhafter Weise meine Auflosung citirt und ganz übereinstimmend mit mir die Rentenlehre behandelt hat. Auch er erlischt in der Rente ein allgemeines Phänomen und hat deshalb neben die Grundrente eine Arbeits-Lohn- und Zinsrente gestellt. — Nicht eben solcher Behandlung durfte ich mich von anderer Seite erfreuen, indem u. A. unter Verweisung auf Wolfse, Carey u. s. w., die Priorität der hier vertretenen Auflosung demängelt werden wollte. Abgesehen davon, daß ich Wolfse 1859 nicht kannte, glaube ich übrigens, was die Beobachtung der größten Allgemeinheit, namentlich aber was den eigentlichen volkswirtschaftl. Charakter der Rente (§ 99, Z. 3) betrifft, mir die Originalität und Priorität der Aufstellung vindiciren zu dürfen.

Andererseits ist diese Steigerung keine unbegrenzte, ebenso wenig als bei anderen fixen Kapitalgattungen (§ 9), und für einen einzelnen Ort, ein Land, endlich in der fernern Zukunft intensiver Bevölkerung des Erdballs — für die ganze Erde kann auch der spezielle Fall der Ricardo'schen Hypothese eintreten.

Der Allen ist die Thatsache verschiedenartiger Produktionskosten gleichartiger Güter, — ob sie auf ungleicher Fertilität oder ungleicher landwirtschaftlicher Kapitalkraft beruhe — eine feststehende. Die ganze Meinung der Wortbegründung von Ricardo's Grundrententheorie beruht daher die in diesem Buche vertretene Auffassung der Rentenlehre nicht. Es handelt sich nicht um die Unterschiede natürlicher Fertilität, sondern um die der ökonomischen Produktivität. Trockener Sandboden kann aber für den ersten Ansiedler ökonomisch produktiver sein, als fetter Alluvialboden.

Die Bildung des außerordentlichen Ueberschußverhältnisses aus Kosten- differenzen im Allgemeinen bildet den Kern der Lehre.

Der Grund und Boden erhält durch Verwendung von anderweitigem Kapital und von Arbeit selbst Kapitaleigenschaft. Diese besteht darin, daß er gleichsam die Maschine ist, durch welche die in ihm fixierten Naturkräfte für den Pflanzeneinsatz ausgenutzt werden können. Allein nicht alle Grundstücke gestatten die Erzeugung gleicher Qualität und Quantität zu gleichen Kosten. Die Produkte der fruchtbareren und günstiger gelegenen werden nun aber so theuer verkauft, wie die Erzeugnisse desjenigen Grundstückes, welches unter den ungünstigsten Verhältnissen angebaut wird, dessen Anbau aber noch nothwendig ist zur Befriedigung des vorhandenen Bedarfs. Korn, ob von einem fruchtbaren oder unfruchtbaren Acker, Eisen, ob aus reichhaltigem, wohlfeilem, schwefelfreiem Erz erzeugt oder nicht, wird in gleichen Quantitäten und gleicher Qualität auf demselben Markt zur selben Zeit immer denselben Tauschwerth haben, und zwar denjenigen, welchem auf dem Markt noch ein kaufkräftiges Bedürfnis begegnet. So entsteht für die wohlfeiler erzeugenden Grundstücke ein Gewinn, welcher mit den Produktionskosten nicht zusammenfällt, ein Wertsüberschuß, welcher auf der vorzüglicheren Beschaffenheit, Lage, Anlage u. s. w. des einen Grundstückes beruht und welcher dem Mehrbetrag der Produktionskosten der ungünstigsten Anbaulage gleichkommt. Dieser Ueberschuß ist die Grundrente.

Die voranstehenden Gesetze, von Ricardo einläßlich entwickelt und nach ihm Ricardo'sches Gesetz benannt, sind, wie leicht zu sehen ist, nur die besondere Anwendung des allgemeinen Produktions- und Wertgesetzes auf das Grundvermögen. Die Eigenthümlichkeit des letzteren, daß es nicht zu unbeschränkter Produktivkraft gesteigert werden kann, d. h. die quantitative Beschränktheit und qualitative Eigenheit sowie die räumliche Zerstreutheit der verschiedenartigen Bodenutzbarkeit, bewirkt, daß der Werth des Anbaubodens nicht gleichmäßig und allgemein auf ein gewisses Minimum herabgedrückt werden kann, wie es bei allen denjenigen

Produktionsmitteln der Fall ist, welche bei gleichem Aufwand gleichmäßig in beliebiger Menge vermehrt werden können. Dies ist keine Mobilifikation, sondern eine Variation des Produktions- und Wertgesetzes, welche allgemein da eintritt, wo irgend ein Faktor der Erzeugung in verschiedenen Fällen der Zeit, des Raums, der Lage, der Konjunktur u. s. w. verschiedene produktive Kraft besitzt.

Das Wesen der Grundrente erscheint nicht bloß beim Ackerboden, sondern auch bei Bergwerken, Wald, Weide, Wiese, bei Häusern (dem intensivsten bebauten Grunde¹), Bau-, Trockenplätzen, Wasserkräften. Ueberall ist hier beste produktive Qualität in beschränkter Masse vorhanden. Sobald der steigende Werth ihrer Produkte und Nutzungen minder ergiebige Anlagen lohnt, bezieht der Besitzer der besseren Qualität eine Rente, gleich der Differenz seiner Produktionskosten und der Produktionskosten der ungünstigsten aber noch lehrenden Anlage. Es wirkt dabei überall dasselbe Grundgesetz, nur erscheinen die Verschiedenheiten der Produktivität und des natürlichen Vortheils in besonderer Gestalt.

Nur bezüglich der Häuserrente sei erwähnt, daß dieselbe hauptsächlich auf der günstigsten Lage zum Geschäftsbetrieb, zum Verkauf, zum Vergnügen u. s. w. beruht. Ein Haus auf einem Marktplatz kann gerade so wohlfeil gebaut worden sein als ein solches, welches daneben in eine Winkelgasse zurücksteht. Auch letzteres muß allmählich die Wiederbaulosten, die Reparaturkosten, Abgaben und Versicherungsprämie, Verzinsung des Baukapitals einbringen, um ein erträgliches (rentirendes) Besiz zu heißen; das erstere aber wird einen weit darüber hinausreichenden Ertrag, eine nur von der Lage abhängige Rente abwerfen.

§ 102. **Grundrenten- und Kulturhöhe.** Der Umfang, weshalb gerade der Grundrente durch Ricardo spezielle Aufmerksamkeit zu Theil wurde, beruht auch auf praktischen Zeitragen.

England, wo die Grundrentenlehre ihre hauptsächlichste Ausbildung erfahren hat, sieht einen großen Theil seiner Ackerlände in Pacht gegeben; es hatte besonderes praktisches Interesse, den Pachtzins, welcher nächst der Verzinsung des in den Boden gelegten Kapitals von der Grundrente weichenlich bestimmt ist, genauer aufzulösen. Dazu kam die Frage der künstlichen Grundrente mittelst Korn-einfuhrzöllen.

Ferner hat die Grundrente, weil sie aus dem Preise der Allen nothwendigen Lebensmittel sich ergibt, tiefen Zusammenhang mit den Kosten jedes Betriebes, und zwar dauernd, was bei dem Rentenverhältnis im Gebiet des beweglichen Kapitals, des Arbeitsvermögens, der minder nothwendigen Erzeugungen nicht ebenso zutrifft.

Damit war man denjenigen Wesen der Grundrente ganz nahe gekommen, was sie noch zu einer besonders hervorragenden Erscheinung in der Gesamtwirtschaft macht. Die Höhe der Grundrente ist das Ergebnis und ein Maßstab der produktiven Entwicklung der Gesamtwirtschaft. In dem Maße, als diese letztere steigt und fällt, steigt und fällt auch die Grundrente. Der Grund und Boden von bestimmter

Qualität ist ebenso etwas Beschränktes, als die Bodenerzeugnisse, örtliche Lage u. s. w. etwas allgemein Nothwendiges sind; je höher und allgemeiner daher die produktive Entwicklung der Volkswirtschaft wird, desto höher muß Werth und Rente der vortheilhaftesten Grundstücke werden. Wie schnell das oft vor sich geht und wie schnell dann die Grundstücke „in den Werth (kapitalisirte Rente) hineinwachsen“, davon erlebte man bei aufstehenden Kolonialstaaten Crempel. Mancher junge Mann, der im 20. Jahre in Amerika einwanderte und bei 7 Blockhäusern sich niederließ, ist im Alter reicher Grundbesitzer in einer Stadt mit 7 Kirchen geworden. In manchen Gegenden von Lancashire ist der Grundwerth seit 150 Jahren um 1500—3000% gestiegen! In Vienne's Alpes kostet 50 Meilen von der Stadt der Alte Land seinen Schilling, in europäischen Städten giebt mancher Morgen Bauplatz 1000 Th. Rente.

Die verschiedene Höhe der Grundrente gleichartiger Grundstücke in verschiedenen Gegenden und zu verschiedenen Zeiten ist daher Maßstab verschiedener örtlicher und zeitlicher Wirtschaftsentwicklung eines kleineren oder größeren Gemeinweins. Deshalb hat auch die Geschichte der Grundrente Bedeutung für die Beurtheilung der Kulturzustände einer Gegend, eines Landes, eines Zeitalters, der früheren oder gegenwärtigen wirtschaftlichen Struktur eines Landes oder einer Stadt. Das Grundrentengesetz kann sogar dem Geschäftsforscher dienlich werden (vgl. jedoch § 103).

§ 103. **Bewegungen der Grundrente.** Die Grundrente wird in ihrer Einzelbewegung bestimmt durch den Preis der Bodenprodukte und der Bodennutzungen im Verhältnis zu den Produktionskosten. Sinkt jener aufhaltend, so werden die mindest vortheilhaftesten Grundstücke verlassen; steigt er, so werden minder vortheilhafte Grundstücke angebaut oder es werden auf schon angebaute immer mehr Baukosten verwendet, es wird „intensiver“ gewirtschaftet, obwohl die Produktivität fortgesetzter Verwendungen nach § 9 auf die Dauer verhältnismäßig abnimmt.

Stark steigt der Preis z. B. bei Holz, weil die Waldschläge immer mehr abnimmt. Die Waldrente bewegt sich auf die Dauer noch viel erschwerter als die Ackerrente; während in Württemberg von 1600 bis 1800 der Durchschnittspreis eines Scheffels Korn von 2 fl. 3 Kr. auf 4 fl. 21 Kr. stieg, ist der einer Maister Pudenholz im Walde von 45 Kr. auf 6 fl. gestiegen. Auch in fernen Ländern ist wegen der § 91 erwähnten Ursachen die Bewegung der Waldrente eine schwankendere.

Wichtiges ist die Waldrente nur eine relative. Eine Menge Wälder in öffentlichem Besitz würden als Felder weit höhere Erträge geben. Zu ängstliche Erhaltung der Forste kann leicht zu einer Unwirtschaftlichkeit durch Forstpolizei und durch zu großen öffentlichen Forstbesitz werden.

Die Jahresfruchtbarkeit mit ihren Schwankungen und Einflüssen auf den Preis gleicht sich in längerem Durchschnitt aus und hat keinen dauernden empfindlichen Einfluß auf die Grundrente,

namentlich seit in Folge freieren Handels und wohlfeileren Transports die Schwanungsgrenzen auch der Getreidepreise bedeutend enger zusammengegränzt sind.

Verbesserungen der landwirtschaftlichen Technik, wenn sie bloss in einigen Betrieben eintreten, ohne wesentliche Ausdehnung der Gesamterzeugung, kommen nur den Verbesserern durch Verminderung der Produktionskosten zu gute. Wird aber die Verbesserung allgemein und die Produktenmasse bedeutend vermehrt, so fragt es sich, ob die Bevölkerung und die Nachfrage sich entsprechend rasch ausdehnt oder nicht. Im ersteren Falle steigt die Grundrente, da die Produktionskosten gesunken sind, die Preise aber bleiben; im zweiten Falle sinkt die Grundrente, wenn das Sinken der Preise die Minderung der Produktionskosten übersteigt, was bei der Vernehmigungstendenz der Bevölkerung seltener der Fall sein wird.

Sinken die Preise von Wehl u. dergl. in Folge der Verminderung der Mähl- und Transportkosten, so wirkt dies nicht unmittelbar auf die Grundrente ein; ohne Minderung der letzteren ist dann eine Steigerung der Volkszahl möglich. (Aus Getreide wird jetzt fast doppelt so viel Wehl ausgebracht, als vor 300 Jahren.)

Die Grundrente sinkt, wenn durch Einfuhr wohlfeiler erzeugtes ausländisches Getreide dem inneren Verbrauch in ausreichender Menge zukommt, um die Differenz in den Produktions- und Verschaffungskosten des auswärtigen Getreides und desjenigen, welches zuvor im Inlande erzeugt werden mußte. Desgleichen sinkt die Grundrente, wenn durch Aufhören einer vortheilhaften Kornausfuhr die Getreidepreise im Innern sinken; diejenigen Betriebe, deren Kosten durch die neuen Preise nicht mehr gedeckt werden, müssen aufgegeben werden. So erlebte nach Beendigung des dreißigjährigen Krieges, als Deutschland sein Getreide wieder selbst erzeugte, die nördliche Schweiz eine schwere Landbaukrisis mit zahllosen Bankrotten und tiefem Fall der Bodenpreise (Nosker).

§ 104. **Das Rentenverhältniß nach der Lage gegen den Markt.** Der Preis, bez. die Rente mehrerer Grundstücke wird verschieden sein in Folge ihrer verschiedenen Lage zum Markt.

Je schwieriger letzterer zu erreichen ist, d. h. je größer der Transportkostenunterschied, desto ungleicher ist Werth und Rente bei sonst gleicher Produktivität. Die Lage gegen den Markt bedingt daher nach dem Maß der Verschiedenheit der Transportkosten eine verschiedene Höhe der Grundrente, aber auch verschiedene Arten der Kultur, insofern mit der wachsenden Entfernung vom Markte immer mehr die den wohlfeilsten Transport voraussetzenden Güter angebaut werden müssen: Gartengewächse, welche täglichen Verkehr mit der Stadt bedingen, in der Nähe, dann die intensive Kornwirtschaft, die minder intensive, endlich die Viehwirtschaft. So bilden sich konzentrische Wirtschaftskreise um die Stadt. Diese Anwendung des Grundrentengesetzes auf die Lage zum Markte, oder was dasselbe ist, auf die Verschiedenheit der Transport-

Kostenverhältnisse, hat besonders betont der scharfsinnige Nationalökonom v. Thünen im „Zölierten Staat“.

Diese Bildung concentrischer Wirtschaftskreise ist aber in der Entwicklung durchaus nicht absolut; denn die Lagerung der Wirtschaftskreisarten hängt auch von den natürlichen Fruchtbarkeitsverhältnissen ab; München z. B. hat Wald, Erde und Wiese zur nächsten Umgebung. Es dürfte keine Stadt zu finden sein, deren wirtschaftliche Umlagerung nur mit annähernder Genauigkeit ein regelrechtes Zonenstufen wäre.

Die Transportkosten Differenz selbst wird sehr ausgeglichen durch die Verbesserung der Transportmittel, so zwar daß neuerdings ein an einer Eisenbahn gelegener Betrieb 20 Stunden von einer Stadt dieser wirtschaftlich näher liegt, als ein anderer, der nur 4 Stunden davon entfernt ist, aber keine Eisenbahnverbindung und schlechte Wege hat — „die Eisenbahn hat den Raum aufgehoben.“ Am bedeutsamsten wird der Unterschied der Entfernung vom dem Verdichtungscentrum immer nachwirken bei der Erzeugung schwer transportabler Bodenprodukte.

Demgemäß ist namentlich ein großer örtlicher Unterschied in der Waldrente. Deshalb wird aber auch noch im Bauland, nicht bloß auf sogenanntem absolutem Waldboden, Wald stehen gelassen werden müssen. Die Ungleichheit der Grundrente natürlich gleicher Grundstücke in Folge der Transportkostenverschiedenheit ist gar keine Ausnahme vom allgemeinen Rentengesetz, wenn man nur unter Produktivität nicht die natürliche (Boden-)Fruchtbarkeit, sondern das Verhältnis des durch den Produktpreis erzielten Werthüberschusses über die Erzeugungskosten versteht, wie in der That schon vor Carey's Kritik Ricardo's Lehre vielfach aufgefaßt wurde.

Grundstücke von gleicher natürlicher Fruchtbarkeit, aber verschiedener Kostspieligkeit des Bezuges und des Abzuges haben eben in Wahrheit nicht gleiche Produktionskosten und können daher auch nicht gleiche Grundrente haben.

Das in diesem § vertretene Gesetz ist nicht eine Ausnahme, sondern eine Bestätigung des allgemeinen Grundrentengesetzes mit Beziehung auf einen besonders wichtigen Faktor: die Lage zu dem Absatzorte.

§ 105. **Die Grundrente kein Privilegium** (vergl. § 98, Z. 3). Das Wesen der Grundrente, wonach die Differenz der Produktionskosten des wirtschaftlich günstigsten und des ungünstigsten Grundstücks ist, wird ungeduldet ausgedrückt, wenn man sagt: „die Bodenrente bilde keinen Bestandteil der Produktionskosten landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ — sie bildet ihn für den Pächter. Oder wenn man sagt: „sie bilde niemals auch nur im Mindesten einen Bestandteil des Getreidepreises“, was ausdrücken soll, daß die Grundrente nie die Ursache, sondern daß sie die Folge hoher Getreidepreise sei.

Diese und ähnliche Behauptungen dienen dazu, die Grundrente und ihren Ursprung in ein schiefes Licht zu rücken, sie als Folge eines Bodenmonopols, als Ergebnis der reinen Naturkraft darzustellen und, wie die

Communisten gethan, den Bezug einer Grundrente als Diebstahl am Volke darzustellen. Allein die Grundrente ist nicht Produkt der Natur, der Boden producirt nicht, sondern der Mensch benutz die im Boden vorhandenen Naturkräfte, wie er die im Wasser oder Holz vorhandenen Naturkräfte benutz; und auch die Grundrente, wie jede Art der Rente, ist Prämie der wirtschaftlichen Aneignung des Bodens (§ 98). Wenn der Grundbesitzer deshalb ein Monopolist wäre, so wären es ebenso alle Erwerbstreibende, welche Stoffe von verzögerlicher Beschaffenheit ausbeuten als Andere, oder denen die Natur oder ein zufälliger Einbruch und Obdank besondere Vortheile der Produktion gegeben hat. Vorzüge der letzten Art, natürliche Monopole wenn man will, sind auch im gemeinlichen Gebiete und im Gebiete der höheren Dienstleistungen immer vorhanden, nur daß sie nach Beschaffenheit mehr wechseln und nicht räumlich fixirt sind, weshalb sie weniger auffallen. Wir werden sofort des Genaueren sehen, daß für die Entwicklung höherer wirtschaftlicher Kultur dieses Vorkommen zufälliger oder angelegener Vorzüge und daher ungenüßlicher Ueberschüsse ganz unerlässlich ist.

Jeder hascht nach solchen Vortheilen gemäß der Vorschrift des Produktionsgesetzes. Dabei kann der Ankäufer von Grund und Boden, von Häusern, Bergwerken, Banplätzen, Wasserkräften falsch speculiren, wie der Fabrikant. Auch er hält Verlustchancen aus, wenn er oder seine Familie den Grundbesitz länger behält, ja die Verlustchancen für den Grundbesitz sind, namentlich durch Krieg, Unruhen u. s. w., oft viel größer als die des beweglichen Kapitals, welches auswandern und sich schnell verwandeln und wegziehen kann.

Gewöhnlich hat der Grundbesitzer die Grundrente nicht als Bodengeschenk okkupirt, sondern kapitalisirt, gekauft oder geerbt.

Steigt sie ihm während längeren Besizes so zu sagen unter der Hand, so hat er Nichts mehr und Nichts weniger als der Kaufmann, der in derselben Zeit in verschiedenartigen Werthspeculationen durch günstige Konjunktur eine gleiche Rente erwirbt, nur hat jener auf einem und demselben festen Boden erworben, er hat auch die Gefahr auf einer festen Karte gehabt. (Der Häuserbesitz in Städten.)

Die Grundrente hat nach allen diesen Bemerkungen dieselben Rechtsittel wie der Erwerb jedes anderen außerordentlichen Ertrages. Es macht hierbei nichts aus, daß sie dauerhaft und kapitalisierbar ist und in ihrem Bildungsproceß das Eigentümliche hat, stetig zu wachsen und zu fallen, während anderes Renten-Einkommen zwar ebenfalls von der Bewegung des wirtschaftlichen Gesamtlebens, aber viel zufälliger, einseitiger und einzelner, bedingt ist.

Trotz des Steigens der Grundrente zu Gunsten des Grundbesizers, bringt doch die Grundrente auch den Arbeitern Vortheile. Sie bewirkt indirect die Auswahl des wirtschaftlichen Bodentriebs, daher die niedrigsten Kosten der Nahrungsmittel, welche in der bürgerlichen Gesellschaft erzielbar sind.

§ 106. Die Bedeutung der Renten als freier Ueberschüsse für die wirtschaftliche Gestaltung. Wir bemerken zu § 98, daß das Gesetz des Wertes ebenso auf die Kosten der Hervorbringung (Erzeugung, Herbeischaffung, Erhaltung) zurück-, wie, andererseits zu den möglichst großen freien Ueberschüssen hindränge.

In der Grundrente wie in den mannigfachen anderen rentenartigen Ueberschüssen ist hiernach die beherrschende Erzielung freier, für die höheren, „freien“ Gestaltungsbedürfnisse verfügbarer Mittel gesichert. Sie gewähren ferner die Möglichkeit, neue Kapitalvermögen zu bilden, welche allerdings auch aus unästhetischen Gewinnjagen des Großbetriebes hervorgehen.

Die Renten im Grundbesitz (Grundadel!) und im Nichtgrundbesitz verleihen die Kraft, über das Notwendige hinaus zu verzehren, freie Bedürfnisse zu befriedigen, der Verzehrung wie der Erzeugung die Richtung auf das Schöne, Angenehme, Bequeme, Bildende, auf gemeinnützige Zwecke aller Art zu geben. Die wirtschaftliche Gestaltung aber, welche Kunst, Geschmack, Schönheit, Witz, Trauer, Gedanken, Gemüthsstimmungen als geistigen Inhalt in die Welt der bloß zweckmäßigen Befriedigungsmittel legt, um denselben in die geistige Entwicklung der genießenden Person wieder aufgehen zu lassen, ist nicht nur nicht verwirklicht, sondern absolut berechtigt, sie ist die äußere Darstellung des höheren Adels des Wirtschaftszweckes, nicht bloß für den Genießenden, welcher den geistigen Inhalt des Befriedigungsmittels zu seiner höheren Entwicklung dienen läßt, sondern auch für die Produktion, welche den bloß zweckmäßigen Befriedigungsmitteln den höheren Inhalt giebt und in dieser Art der wirtschaftlichen Arbeit ein geistiges Leben lebt und höheres Genüß findet. Die Hingabe an das bloß Zweckmäßige und Äußere entspricht wenig der höheren Würde des Menschen, und mehr und mehr soll dies die Naturkraft durch die Maschine leisten; die Durchgeistigung der Produktion in der Hervorbringung für die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Gestaltung giebt dagegen der Arbeit einen hohen Adel, giebt ihr den ungetrennten geistig-sinnlichen Gehalt, welcher das Wesen des ganzen Menschen ausmacht. In wie hohem Grade drückt z. B. ein mittelalterlicher Dom höchsten religiös-geistigen Gehalt aus!

Träger dieser Gestaltung sind u. A. die Renten.

XIV. Kapitel: Die Unternehmer als Hauptorgane der Gesetz des natürlichen Wertes und der Rente.

§ 107. Die Stellung des Unternehmers in der Volkswirtschaft überhaupt. Schon an mehreren Orten haben wir darauf hingewiesen, daß das gesellschaftliche Gesamtsystem menschlicher Wirtschaft in zwei große Gebiete falle, in die gemeinwirtschaftliche Hälfte (Staat, Corporationen, Associationen, Familie) und in die dem quantitativen Wertbetrag nach bedeutendere, auf freier Konkurrenz und Tausch beruhende privatwirtschaftliche Hälfte.

Der erstere Theil zieht für seine wirtschaftliche Organisation besondere Kräfte: Autorität, religiöses Gefühl, Familienliebe, Ehre aus und Begeisterung zu dem öffentlichen Dienst u. s. w. — heran.

Das privatwirtschaftliche System hat keinen beherrschenden einheitlichen Mittelpunkt, es ist eine Ordnung, wie unter den Himmelskörpern, es ist, wenn man zur Verdeutlichung eine politische Vergleichung heranziehen darf, ein Föderativ- und nicht ein Centralisationsystem. Jede an der freien Volkswirtschaft Theil nehmende Einzelpersönlichkeit regiert sich selbst aber nach einem Allen gemeinsamen Grundgese, nach dem Grundgese: mit möglichst geringen Opfern möglichst viel Güterwerth zu erlangen, so viel als möglich Reinerträge zu gewinnen, und so wenig als möglich Ueberschuß der Kosten über die Erlöse (Verlust) zu erleiden. Der Eigennuz ist das Motiv der Privatwirtschaftlichkeit, dessen das privatwirtschaftliche Universum der Menschheit durchwaltende Macht wir sehen auf verschiedenen Punkten hervorstellen mußten.

Diese Regulierung der einen Hälfte des wirtschaftlichen Gesamtsystems gewinnt in den Unternehmern eine sichere Organisation.

Die Einzelnen verkaufen in fester Weise an sie die Elemente werdender Güter, Arbeitsleistungen und Kapitalanlegungen, noch bevor diese Güterelemente zu fertigen Gewisgütern herangereift sind. Dieß geschieht gegen Lohn und Zins. Wäre dieß nicht möglich, so wäre eine gesellschaftlich arbeitstheilige Gütererzeugung unmöglich. Die Arbeiter und die zur eigenen Kapitalanwendung unfähigen Kapitalisten würden meist nur für den nächsten eigenen Bedarf produciren, beziehungsweise das Kapital aufzehren, wenn sie nicht von Lohn und Zins als von Anweisungen auf die künftigen fertigen Unterhaltsmittel leben könnten, während die von ihnen abgetretenen Arbeitsleistungen und Kapitalanlegungen als Elemente einem vielfachen Erzeugungsprozeß einverleibt werden. Wir müssen, was das Unternehmerkapital betrifft, zu weiterer Klarheit auf § 44 zurückverweisen.

Selbst wenn Arbeiter und Kapitalisten, die ihr Kapital nicht selbst zu lenken vermögen, eintheiligen Unterhalt hätten, wie sollte zwischen allen in der Welt herum zerstreuten Arbeitern und Kapitalisten endlich aus dem Erlöse fertiger Erzeugnisse richtig abgerechnet werden? Da man alles Kapital selbst nur, in einer bis auf die Anfänge der Gestalt zurückreichenden Verkettung der Arbeiten der aufeinanderfolgenden Generation verdankt, da es Erzeugnis von Arbeit, angehäufte Arbeit (*travail accumulé, accumulated labour*) ist, so mag ein vor 200 Jahren dem unmittelbaren Genüßzweck entzogener und zu stehendem Kapital verdichteter Arbeitseffekt noch heute der Güterentstehung dienen.

Der Unternehmer vollzieht auf einfachste die Abrechnung!

Sieht man endlich selbst von der Unmöglichkeit jener Abrechnung ab, nach welchen Grundjagen würden die zerstreuten Arbeiter und Kapitalisten im gesellschaftlichen Produktionssystem Posto fassen, in welchen Richtungen sollten sie die Güterelemente, Arbeitseffekte und Kapitalanlegungen anlegen,

an welchem Kapitalstamm verwendeter Güter sollten sie diese Elemente ansetzen?

Auch diese Frage entscheidet praktisch der Unternehmer. Er ist der Mittelpunkt, an welchen Arbeitseffekte und Kapitalumzungen sich herandrängen. Er zieht die Kapitalisationspunkte der wirtschaftlichen Elementarkräfte. Er zieht sie durch hohen Lohn und Zins an und stoßt sie durch niedrigen Lohn und Zins an andere Unternehmer ab. Er berechnet den Ruß der gesellschaftlichen Bedürfnisse, weil von dieser Berechnung Gewinn und Verlust für ihn abhängen. Er muß in wirtschaftlicher Weise diesen Ruß nehmen, weil ihn dazu die Konkurrenz nöthigt. Er kauft durch Lohn und Zins, welche er mit dem Arbeiter und dem Vermögensdarleiher voraus debattirt und festsetzt und z. Th. vorausbezahlt, die Güterelemente auf späteren Erlas aus dem Erlöse im Voraus an, wozu ihn sein Unternehmervermögen (i. § 18, 44) befähigt.

Außerdem daß hiedurch Arbeiter und Kapitalisten in den Stand gesetzt werden, ihre produktiven Aufzette der Verwertung zu jedweder und auch zur langwierigsten arbeitstheiligen Güterformung ohne Gefährdung eines geregelten Unterhaltes in der Zukunft abzutreten, wird der Unternehmer zugleich der Mittelpunkt der Vertheilung des Nationaleinkommens unter den drei Formen des Unternehmervergewinns, des Lohnes und des Zinses.

In allen drei Formen der Einkommensvertheilung kommen Rentenelemente vor, wie nachgewiesen ist; Rente bezieht der Unternehmer, welcher die mindest kostspielige und zugleich begehrteste Produktion aufsucht; Rente bezieht der Lohnarbeiter, da der qualifizierte Arbeiter bei geringerer Mühe gleichen Lohn erhält, wie der der Durchschnittsleistung; Rente findet der Kapitalist, welcher die beste Kapitalanlage findet. An die Unternehmung selbst fällt hiernach die Einkommensvertheilung überhaupt an.

Wie die Rentenlehre (§ 93) so bildet die Unternehmerlehre die Brücke zur Betrachtung der Einkommensvertheilung (IV. B.). Die Lehre von der Unternehmung ist daher nummehr an der Reihe.

§ 108. **Die geordnete Ausbildung des Unternehmervandes.** Wir haben in § 107 den Unternehmer ersäht, wie er in der heutigen arbeitstheiligen-gesellschaftlichen Gestaltung des privatwirtschaftlichen Güterlebens sich darstellt; denn wir theilen die Nationalökonomie.

Indessen muß beachtet werden, daß im Anfang Jeder sein eigener Unternehmer zu sein pflegt, so lange er auf eigenes Risiko productirt, sei es für den Absatz, sei es für den eigenen Konsum.

Dieser Stufe zunächst steht die so ziemlich mit der Familiengemeinschaft zusammenfallende Form der Handwerker und Bauernunternehmung. In selberlei Gebieten bildet der Familienvater mit seinem Arbeits- und seinem Kapitalvermögen den Mittelpunkt für die Arbeits- und Kapitalkräfte der Familie und nur in wenigen Gehülsen und be-

schränkten Krediten nimmt diese Form schon einen weiteren Zug. Die Unternehmung geschieht noch größtentheils für die Erzeugung des eigenen Verbrauchs, jedenfalls weit mehr für den lokalen Absatz auf Bestellung als für den Weltmarkt auf Spekulation.

Mit der Ausdehnung der Arbeitstheilung und des eigentlich gesellschaftlichen Systems der Wirtschaft, mit der Organisation des Kredites zu höheren Formen, mit der Aufhebung der Zunftschranken, muß die Stellung des Unternehmers eine wesentlich andere werden. Das Bedürfnis solcher Mittelpunkte, die Größe des Umlaufs von Arbeits- und Kapitalkräften, welche sich an den Unternehmer lagern, wächst mit der Unüberschaubarkeit der Wiederholung und Spezialisierung des gesellschaftlichen Produktionsystems. Für jegige Zustände muß daher die in § 107 gegebene Auffassung der Unternehmerstellung stattfinden.

Zur Ergänzung ist indessen noch zweierlei zu bemerken:

1) Die Unternehmer theilen sich selbst in die Produktionsstufen. Um ein Messer fertig zu machen, wirken vom Erzgräber und Eisenhändler bis zum Messerschmied viele Unternehmer zusammen. Jeder spätere ersetzt aus seinem umlaufenden Kapital den Vorgänger alle Kosten und Renten, indem das Vorfabrikat gekauft wird.

2) Die Unternehmerpersönlichkeit ist nicht notwendig eine einfache physische Person, sondern kann eine sehr zusammengesetzte sein, wie wir dies an der Aktiengesellschaft und an der modernen Produktivgenossenschaft der Arbeiter wahrnehmen werden.

Im kleineren Maßstabe ist fast an jedem Arbeiter und Leihkapitalisten ein Stück Unternehmerpersönlichkeit wahrzunehmen.

Die Eigenschaften des Unternehmers sind: freier Blick, Umsicht, Muth, Energie, Wirtschaftlichkeit, Verläßung über größeres Vermögen, theils durch Eigenthum, theils durch Kredit.

Nicht immer war das Unternehmen in der menschlichen Gesellschaft auf den Grundfals der freien Konkurrenz gestellt. Noch heute giebt es Ausnahmen (Patente, Regalien u. s. w.).

Die einzelnen Gewerksarten schlossen sich ab in dem Zunftzwange und verbietheten die Erwerbsfreiheit durch unerreichte oder schwer erreichbare Privilegien, die Handelsfreiheit durch Monopole, Bannrechte, Umschlagrechte, Prohibitionen, Schutzzölle u. s. w.

XV. Kapitel: Verschiedene Formen der Unternehmung.

§ 109. **Die einfache Privatunternehmung.** Eine Privatwirtschaft zieht das Kapital und die Arbeit anderer an gegen Zins und Lohn, hat aber ausschließlich die Betriebseleitung und die Werthgefahr. Dies ist die Privatunternehmung. Sie ist die allgemeinste Form des Unternehmens, hat durch die ausschließliche Verantwortlichkeit des Unternehmers, sowohl was Spartheit als eine zugleich vorsichtige und energische Kapitaldis-

position betrifft, die Chance des größten, sichersten und gleichmäßigsten Unternehmungsgewinns.

Sie hat aber ihre Grenze: zunächst an der gegebenen Größe des Privatvermögens und des Privatredits. Sie reicht nicht aus, wozu ein Unternehmungskapital erforderlich ist, welches weder aus eigenem Vermögen noch durch Privatcredit beschafft werden kann, oder wenn die Gefahr so groß ist, daß das Unternehmen nicht auf ausschließliche Verantwortlichkeit eines Einzigen übernommen werden will, oder wenn Eine Person für die Betriebsleitung nicht ausreicht und dieses letztere Bedürfnis durch Geholte und Befehlsleute nicht in erforderlicher Weise ergänzt werden kann. Es entstehen daher weiter:

§ 110. **Die Kollektivunternehmung, (kaufmännische Societät, Association, offene Gesellschaft.)** Mehrere Einzelwirtschaften verbinden sich sowohl mit ihrem Kapital (und Kredit) ganz oder theilweise, als mit ihrer Arbeitskraft, um Leitung und Risiko gemeinschaftlich zu übernehmen.

Die handelsrechtliche Folge dieser Unternehmungsform ist die solidarische Haftbarkeit für Schäden unter sich und für Verbindlichkeiten gegen Dritte (s. über die offene Handelsgesellschaft deutsches Handelsgesetzbuch Art. 85—149).

Der Gewinn wird entweder nach Verhältniß des eingelegten Vermögens theilt, oder wenn die eine der Persönlichkeiten besonders thätig für die Leitung ist, dieser ein Verabzug eingeräumt. Der natürliche Vortheil dieser Unternehmungsform ist, daß sich die Unternehmerpersönlichkeit vervielfältigt, was notwendig ist, wenn ein Geschäft einestheils „mit eigenen Leuten“, andernteils an verschiedenen Orten oder in verschiedenen Zweigen geführt werden muß, etwa zugleich in Hamburg und durch eine Kommandite in New-York, zugleich im Laden und im Kontoir, zugleich in der Fabrik, im kaufmännischen Bureau und auf der Reise. Diese sammtkastende (kollektive) Form ist daher von früher Zeit her und noch jetzt im Handel häufig. Allein sie hat auch ihre natürlichen Schwächen. Bei der innigsten Verbindung zweier Unternehmer sind sowohl verschiedene Meinungen, was die Schnelligkeit und Energie der Kapitaldisposition hindert, als auch verschiedene Interessen vorhanden, welche die wirkliche Ausbeutung des einen durch den andern (Separation bei der Kasseneinnahme, Verschleuderung von Waaren im Hansbalt u. s. w.) oder den Verdacht einer solchen Ausbeutung, daher Zwist und Störungen in der Geschäftsführung erzeugen. Die Kollektivgesellschaft ist daher selten von langer Dauer. Sie liebt es, diese natürliche Schwäche durch Familiengemeinschaft (Association mit Brüdern, Söhnen, Schwiegersöhnen, Schwägern) zu verheffen.

§ 111. **Die Kommandite, oder stille Gesellschaft.** Eine Privatwirtschaft (der Gerant) übernimmt Leitung und Risiko der Produktion, verpachtet aber ihr Kapital durch Heranziehung fremder Kapitalisten (Kommanditisten), welchen ein Gewinnanteil versprochen wird, und welche

nach Augen mit dem Geranten für die Unternehmungsverbindlichkeit bis zum Betrag ihrer Einlage haften.

Diese Unternehmungsform kann namentlich dazu dienen, einzelnen thätigen Männern, welche einen besonderen Gedanken, besondere Fähigkeit haben, das mangelnde Kapital zu schaffen, um ihnen und ihren stillen Gesellschaftern Gewinn einzubringen. Doch hat sie viele Gefahr für das Kapital des Kommanditisten, welches dem Geranten zu beliebigem Disposition gestellt ist. Der letztere macht damit leicht Separatgeschäfte, verfügt, weil es nicht sein eigen ist, leichtsinig darüber, macht es sich durch betrügerischen Bankrott zu eigen; die Haftbarkeit des Geranten gegen den Kommanditist wird illusorisch gemacht dadurch, daß der erstere sich Vermögen „auf die Seite schafft.“

In besonderem Grade treten diese Gefahren hervor, wenn viele dem Geranten und seinen Vermögensverhältnissen fernstehende Personen mit Kommanditanteilen (Kommanditisten, Kommanditeaktiengesellschaft) dem unverantwortlichen Geranten sich anvertrauen. Selbst wenn diese Gesellschaften einen Ueberwachungsrat, wie das französische Gesetz von 1856 fordert, dem Geranten an die Seite setzen, sind sie doch vor furchtbaren Prellereien nicht geschützt. Die Kommanditegesellschaft setzt genaue Kenntniß der Person und des Geschäftsbetriebes des Geranten voraus, und kann nur dann für beiderlei Theilgeigte eine Quelle sicherer Gewinne werden. Für talentvolle Männer kann sie ein Hebel zur Großunternehmenskraft sein. Bei Eingehung einer Kommanditegesellschaft wird sich daher der Kommanditist von der moralischen Persönlichkeit, von dem Vermögen und Geschäftsbetrieb des Geranten genau zu überzeugen und der fortwährenden Einsichtnahme hienus sich zu versichern suchen. Es ist nicht zufällig, daß die glücklichen stillen Gesellschaften meist zwischen Freunden und Verwandten zu finden sind. Sonst dient die Kommanditegesellschaft häufig zu Uebervertheilungen.

Das deutsche Handelsgesetzbuch unterscheidet zwischen Kommanditegesellschaft (Art. 150—206) und stiller Gesellschaft (Art. 250—270). Die Unterscheidung dieser beiden Abarten der sonst sogenannten Kommanditegesellschaft hat vorwiegend juristische Bedeutung.

§ 112. **Die Aktiengesellschaft, das Anteilunternehmen.** Eine Anzahl von Privatvermögen verbinden sich je mit einer Anzahl gleichgroßer Theile (Aktien), um das Werthrisiko zu tragen, übergeben die Leitung und Veranfassung der genannten „Direktoren“ und „Verwaltungsstätten“. Die Aktionäre tragen ganz die Werthgefahr, der Gewinn theilt sich als Dividende (Superdividende) an die Aktionäre nach Verhältniß ihres Kapitaleinkaufes und in Form der Lantime an die Direktoren und Verwaltungsräthe. Das Kapital- und das Arbeitsvermögen der Unternehmerpersönlichkeit treten also in der Aktiengesellschaft als Aktionäre und als Direktoren, beziehungsweise Verwaltungsräthe, auseinander.

Der Organismus der Aktienunternehmensform ergibt folgende natürliche Schwächen: Der Mangel des vollen eigenen Werthrisi-

isto's für die Direction macht diese weniger umsichtig, weniger thätig, weniger sparsam, weniger betriebfam in der Kapitaldisposition, als es die volle Selbstverantwortlichkeit thun würde. Daneben wird ihre Disposition doch auch wieder beengt durch die Verwaltungsstränge und die Generalversammlungen, welchen sie verantwortlich ist. Diese Mängel sind groß und nagen am Herzen fast jeder Aktienunternehmung. Sie können beseitigt, wenigstens eingeschränkt werden durch die rechte Aufsicht der Generalversammlungen der Aktionäre. Diese ist aber schwer zu einer Wahrheit zu machen; am leichtesten dann, wenn das Unternehmen gleichartig und einfach ist, daher eine leichte Ueber- und Aufsicht zulässt, wenn nicht zu viele und wenn große Antheile das Aktienkapital bilden, und wenn diese Antheile in dauernden („festen“) Händen sind. Bei Anlegung von Aktienunternehmungen und beim Ankauf von Aktien ist hierauf zu achten. Je größer, gemischter und wechselnder die Aktionärkörper sind, desto wesensloser ist die Einwirkung der Generalversammlungen, desto mehr kommt Alles auf die moralische und geschäftliche Tüchtigkeit der Direktion an; ein sittlich und wirtschaftlich gebildeter Direktorenstand ist eine Grundvoraussetzung, ohne welche das Aktienwesen immer und überall zerfallen wird. Auch wenn tüchtige Direktoren und Unterthätigen vorhanden, muß ihr Eigeninteresse mit demjenigen der Unternehmung eins gemacht werden durch den Sporn guten Gehaltes und durch Theiligung am Unternehmungsgewinn (Lantione und Deposition von Aktienheinen).

Die bisher aufgezählten natürlichen Schwächen der Aktienunternehmensform, sämmtlich der Theilung der Verantwortlichkeit entspringen, können nie ganz beseitigt, sondern nur aufgewogen werden durch die natürliche Stärke der Aktienunternehmensform, welche darin besteht, daß sie ein beliebig großes Unternehmungskapital aufzusammeln gestattet. Das große Kapital hat aber auch wieder seine Schwierigkeiten, es ist schwer von Einer Person, vollends einer unverantwortlichen zu leiten, und niemals wird deshalb eine Aktienunternehmung zu einer Universal- oder Allereunternehmensanstalt aufschwollen können, wie es der alte Law und neuere Law's mit den Kredit-Mobilien versucht haben. Daraus ergiebt sich die weitere Folgerung, daß die Aktienunternehmensform für Unternehmungen eines theils mit großem Kapitalbedarf und andererseits mit einfachem Organismus sich eignet. In der Eisenbahn, Kanal-, Schiffsahrt, Spinnerei, Vant-Unternehmung, ebenso bei Bergwerken mit ihrem großen Kapital, einfachem Betrieb und großem Risiko, findet sie daher ihre vorherrschende Anwendung, hat aber bei verwickeltem Unternehmungsgewinn mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie dies auch die Handelskompagnien des 17. und 18. Jahrhunderts und die modernen Kreditmobiliars mit ihrem Allereibetrieb erfahren haben.

Ein natürlicher Vorzug der Aktienunternehmung ist es, daß sie das Vermögensrisiko durch Theilung vermindert. Deshalb bedienen sich die neuen schwer berechenbaren Großunternehmungen der Aktienform (der atlantische Telegraph im J. 1858, der Schiffsverkehrs-Great Eastern im

J. 1859). Sie ist daher eine volkswirtschaftliche Verkaufsform, und insofern ist ihr Gebrauch von großer Bedeutung, wenn auch der erste Versuch nicht mit Dividenden und selbst wenn er mit Schäden endigt. Auf der andern Seite liegt in dieser Theilung der Verantwortlichkeit wieder eine Steigerung der natürlichen Schwächen dieser Unternehmensform. Denn die Theilung des Risiko's ist einer der Gründe, warum der Schwund im Aktienwesen viel leichter sich entwickelt als bei Privatunternehmungen, welche durch das Vollgewicht ausschließlicher Verantwortlichkeit auf realerem Boden erhalten werden.

Um das Verantwortlichkeitsgefühl der Aktionäre zu steigern, hat man versucht, ihnen die Haftbarkeit nicht bloß mit dem eingezahlten Antheil, sondern mit ihrem ganzen Privatvermögen aufzuerlegen. In England namentlich hat man gestritten, ob den Gesellschaften beschränkte (limited) oder unbeschränkte Haftbarkeit (illimited liability) aufzuerlegen sei. Die Bankbrüche von 1857 haben aber gezeigt, daß die gesetzlich angeordnete unbeschränkte Haftbarkeit keine wirksamere Garantie solcher Geschäftsführung ist, da gerade illimitirte Gesellschaften am schmächtigsten Bankrott machten; freiwillige Uebernahme unbeschränkter Haftbarkeit ist natürlich statthaft. In der That können die Aktionäre gar nicht die solide Geschäftsleitung verbürgen, dies könnten nur die Direktoren. Dem Publikum aber, das mit beschränkter Haftbarkeit verkehrt, geschieht kein Unrecht, da ihm die Stammvermögensverhältnisse der Gesellschaft bekannt sind, und es den Gesellschafts- wie den Privatunternehmungen gegenüber die Pflicht hat, deren fortlaufende Kreditwürdigkeit zu prüfen.

In England hat die Companiesacte von 1863 das Princip unbeschränkter Haftbarkeit vollends über Bord geworfen. Von der Staatsgenehmigung der Aktien-Gesellschaft nimmt die neuere Gesetzgebung verschärfte den Staaten mehr und mehr Umgang.

Der größte oder geringere Umfang in der Anwendung der Aktien-Gesellschaft wird von Einigen auch in Beziehung zu den Erbgewohnheiten eines Landes gebracht (vergl. § 192).

Beispiele des Aktienwindels kamen in neuester Zeit 1852–1857 leider Hunderte vor. In Paris bildete sich 1855 eine Kommanditegesellschaft von 20 Mill. à 1 Fr.-Aktien „pour le mariage de l'Amérique et de l'Afrique.“ Natürlich eine reine Betrügerei! Die Pariser Betrugsprozesse von 1858 enthüllten den Fall, daß Aktienwindler die Aktien auf einer Tenue mit Bisen durcheinander setzten, um ihrer unjauberen Waare den Anstrich fiktiver Artikel zu geben. Furchtbarer Aktienwindel herrschte in England vor der Handelskrise von 1825, namentlich in südamerikanischen Minen. Noch größerer 1718–1720 in Frankreich unter Law. In Holland war 1634–1637 fast die ganze Gesellschaft mit der Tulpenpekulation wahnfinnsartig befaßt.

Eine Form der Gesellschaftung kam früher im auswärtigen Handel (Englands) häufig vor: die regulirte (regulated, open) Kompagnie. Sie war Jedermann offen, der Beiträge zahlte, um dem Handel nach

einer Gegenseitigen Schutz und Vorbehalt zu leisten; dieser Handel selbst aber war im Einzelnen Privatunternehmung. Die heutige Ausdehnung der Kriegsmarine und der Staatenbildungen in den Kolonien selbst hat diese Form der polizeilichen Selbsthilfe des Handels, das Surrogat ehemals mangelnden Staatsschutzes, fast durchweg überflüssig gemacht.

§ 113. Die **Produktionsgenossenschaft der Arbeiter**. Diese in der neueren Zeit versuchte Form der Unternehmung verfolgt den Zweck, den Gegensatz von Unternehmern und Arbeitern, Kapitalprofit und Lohn aufzuheben.

Dies wird in der Weise erstrebt, daß die Arbeiter das Kapital selbst einschließen, als Arbeiter gleichsam ihre eigenen Aktionäre und Directoren, als Aktionäre ihre eigenen Arbeiter werden.

Sie bilden das Unternehmungskapital theils aus ihren Ersparnissen, theils indem sie als Gesamtheit Kredit bei anderen Arbeitern oder Banken aufnehmen, theils durch Aufnahme anderer Arbeiter als stiller Theilhaber auf Gewinn und Verlust. Die Vorstände werden aus der Mitte der Arbeiter gewählt.

Der Maßstab gerechter Gewinnvertheilung unter die Arbeiter, theils nach ihren Arbeits- theils nach ihren Kapitalbeiträgen, ist nicht ganz leicht zu finden. Dieß hat einzelne der neuen Genossenschaften alsbald in gefährliche Krisen geworfen. In der Regel wird für die in einer Periode geleisteten Arbeitsbeiträge laufender Löhne- und geschäftsbüchlicher Lohn bezahlt. Der Gewinn ist über die Lohnvorschüsse und über den Erlös der Kapitalaufwendungen hinaus fällt in die Theilung. Es ist nun, gleichen Maßstab für die gewinnberichtigten Kapital- und Lohnsummen vorausgesetzt, ein sehr verschiedenes Ergebnis zu erwarten, je nachdem in kürzeren oder längeren Perioden abgerechnet wird. Betrügt z. B. das Genossenschaftskapital 9000 Thlr., die Lohnsumme per Monat 1000 Thlr., der Monatsgewinn ebenfalls 1000 Thlr., so wird auf die Löhne bei monatlicher Abrechnung $\frac{1}{6}$, in 9 Einmonatsabrechnungen also nur 900 Thlr., dagegen bei Neunmonatsabrechnung $\frac{1}{6}$ des Gewinnes oder 4500 Thlr. entfallen. Vorteilhaft ist es, um Zwiespalt zu verhüten, wenn die Genossen zugleich und in gleichmäßigen Theilen Aktionäre sind, und der sonst benötigte Theil der Geschäftskapitalien im Wege des gewöhnlichen Kredites aufgebracht wird.

In letzter Beziehung leistet das genossenschaftliche Bankwesen, wie es in Deutschland durch Schulze-Delitzsch's Verdienst mehr für Handwerker, in Frankreich mittelst der gegenwärtig sich bildenden banques populaires für Arbeitergenossenschaften selbst sich ausbildet, gewiß sehr gute Dienste.

Für die Ansammlung des Kapitalbesizes durch die Genossen selbst wirken ferner die Ersparnisse günstig, welche von den Arbeitern in den Consumvereinen (sog. *Distributivgenossenschaften*, *distributive store's*) durch wohlfeile Anschaffung der Lebensbedürfnisse im Großen erzielt werden. Die „Pioniere von Rochdale“ (England), eine seit 1844 aufgeblühte Genossen-

schaft, haben wesentlich durch Ersparnisse im Store das Kapital zur Produktivgenossenschaft (*cooperative store*) gebildet.

Handelsrechtlich sollte für die Produktivgenossenschaft, wie sonst, die Beschränkung aufheben, daß Aktien unter einem gewissen Betrag (etwa 100 Th.) nicht eingeschlossen werden dürfen; denn Arbeiter können nur in kleinen Beträgen Kapital vermehren. Hierauf sind denn auch die in Preußen und in Frankreich im Gange befindlichen Bestrebungen auf ein besonderes Gesellschaftsrecht für Genossenschaften gerichtet. (Am besten wäre es wohl, jene Beschränkung für alle Gesellschaften aufzuheben.)

Die Produktivgenossenschaft legt gebildete, sittliche und mäßige Arbeiter voraus. Dem entspricht die Thatfache, daß in England, Frankreich und Deutschland die Elite der Arbeiterwelt der Produktivgenossenschaft zufließt, sowie die Erfahrung, daß diese Genossenschaften in Aufnahme neuer Mitglieder wählerisch, bald sogar so exclusiv sind, daß sie vielfach weitere Arbeiter nur im gewöhnlichen Lohn hinzunehmen wollen.

Die Leitung ist schwierig und verlangt Autorität, womit denn auch, um eine fortlaufende Opposition gegen die Chefs niederzulegen, gerade die bis jetzt glücklicheren Genossenschaften ihre Vorstandschäft ausstattet haben.

Vorzugsweise geeignet scheint die Produktivgenossenschaft da zu sein, wo die Arbeit zerstreut geschieht, also eine Controle schwer wäre; denn hier erregt das Gewinninteresse eines Jeden das, was sonst die Aufsicht des Geschäftsherrn leisten muß.

Endeßwegen hat die Produktivgenossenschaft in der Landwirtschaft Aussicht, wo sie neuerdings ein Engländer (Gurdon) erfolgreich eingeführt hat. Für deutsche Kleinbäuer und Kleinbauern könnte die Genossenschaft da vorthellhaft und anwendbar werden, wo und wann sie mit mehr Kapital wirtschaften müßten, als bisher; unverkennbar geht ja die kleine Landwirtschaft einer ähnlichen Krisis entgegen, wie sie das Handwerk durchgemacht hat.

In Paris blüht wohl wegen des eben erwähnten Vortheils die Maurergenossenschaft, welche für Palastbauten ihrer guten Arbeit wegen gesucht ist. Für Lettersej, Pianofortefabrikation, Spinnerei u. s. w. mögen Genossenschaften eine bedeutende Zukunft haben.

Daß die Produktivgenossenschaft die alle sonstige Unternehmungsformen der Zukunft verschlingende Unternehmungsform werden werde (Kassale), ist nicht zu erwarten. Man denke nur an die zahllosen Fälle von Unternehmungen, wo der Kapitalfaktor den Arbeitsfaktor an Bedeutung weit übertrifft, z. B. an fast alle commerciellen Gewerbe.

Auch das Gebiet, wo die Produktivgenossenschaft anwendbar ist, wird von ihr nur in dem Maße erobert werden, als der Stand der Arbeiter geistig und sittlich sich immer weiter erhebt und die Unternehmereigenschaft in sich selbst immer allgemeiner entwickelt. Die Bourgeoisie hat deshalb eine Erweiterung der Kluft zwischen ihr und den Arbeitern in Folge der Produktivgenossenschaft nicht zu fürchten, sondern eine An-

näherung beider Klassen zu hoffen, ohne die Verdrängung aller Privatunternehmung durch Genossenschaftsunternehmung gewärtigen zu müssen. Die Genossenschaft wird da durchdringen, wo sie wirtschaftlicher die Zwecke der menschlichen Gesellschaft zu bedienen vermag, und schon deshalb, — weiterhin wegen ihrer verständlichen und den Arbeiterhand für volle politische Gleichberechtigung heranziehenden politischen Wirkungen — muß sie von allen Wohlmeinenden, die Welt der Bourgeoisie nicht ausgenommen, freudig begrüßt werden. Daß sie aber überall wirtschaftlicher die ökonomischen Aufgaben der menschlichen Gesellschaft lösen und daher die Universalunternehmungsform bilden werde, ist nicht anzunehmen. Auch die Genossenschaftsproduktion ist nicht ein Baum, der in den Himmel wachsen kann.

§ 114. **Relative Bedeutung der verschiedenen Unternehmungsformen.** Eine Vergleichung der verschiedenen Unternehmungsformen ergibt, daß keine derselben ausschließliche Geltung hat, daß jede unter ihren eigenthümlichen Voraussetzungen berechtigt, daß aber die Privatunternehmung die sicherste ihrem Wesen nach ist und die allgemeinste wohl immer bleiben wird. Da auf der Selbstständigkeit der Unternehmung die höhere gesellschaftliche und politische Selbstständigkeit beruht, so ist der Inhalt des letzten Satzes nur erweislich.

§ 115. **Große und kleine Unternehmung.** 1) In wirtschaftlicher Beziehung. Man hat in neuerer Zeit eine allmähliche Verschlingung der kleinen Unternehmung durch die große Unternehmung gefürchtet. Diese Furcht geht viel zu weit.

Schon die Statistik widerspricht ihr. Die Statistik der Stadt Paris von 1862 hat ergeben, daß unter 101,000 Geschäften 62,000 nur mit eigenen Kräften oder Einem Gehilfen höchstens arbeiteten. Die Statistik der Industrie, der Handwerke und des Handels im Zollverein ergibt nur für ganz wenige Industrien (z. B. Spinnerei, Weberei, Eisen- und Kohlenindustrie) den Massenbetrieb, bei noch weniger den städtisch-concentrierten Massenbetrieb. Der Rest nach sehr weit überwiegend ist noch immer der Kleinbetrieb selbst im gewerblichen Gebiet.

In der Landwirtschaft besitzt Deutschland einen zahlreichen Bauernstand, viele Pächter von ganz guten ökonomischen Verhältnissen, und die Lohnarbeiten sind auf diesem Gebiet nicht städtisch concentrirt.

Die Erklärungsgründe dafür, daß dem Kleinbetrieb ein großer Spielraum dauernd gesichert bleiben wird, sind nicht schwer aufzufinden.

Viele Unternehmungen verlangen weit mehr vereinzelt, zerstreute Arbeit, als großes Kapital: der Detailhandel, die mehr künstlerischen Gewerbe, der Garten- und Gemüsebau, der Weinbau, die Handwerke für die zerstreute ländliche Bevölkerung, Bild- und Reparaturgewerbe mit bloß städtischem Absatzkreis. Ueberall ist hier die Kleinunternehmung auch wirtschaftlich gegeben.

Die Nahrungsgewerbe, Bäcker, Fleischer u. s. w. bleiben Kleingewerbe, weil mit ihnen ein Detailhandel verbunden werden muß, und sie

sind nach der Statistik aller Länder die weitaus zahlreichsten gewerblichen Unternehmungen.

Zwar ohne Schonung gegen gleichartige Unternehmungen sucht jede einzelne Unternehmung so viel als möglich den Gesamtabsatz an sich zu ziehen; ob die anderen verarmen oder nicht, gilt der einzelnen Unternehmung gleich. Selbst durch unlaute Mittel: Betrug, Marktschreierei, Waarenschönung, sucht sie der Konkurrentinnen Herr zu werden. Allein die Uebermacht des Vermögens ist keine so absolute, als trübsinnige Beobachter der modernen Gesellschaft annehmen geneigt sind. Großen Kapital müssen (s. § 120) große persönliche Fähigkeiten entsprechen, seine Anlage ist gefährlicher und schwieriger, weil es große Forderungen voraussetzt, seine Verwaltung und Erhaltung ist mühevoller, der weite Absatz, den es erstreben muß, bringt Verluste und Transportschwierigkeiten mit sich. Die persönlichen Fähigkeiten: Sparsam, Erfindungsgabe, Geschmad, Mäßigkeit, wiegen sehr häufig den Vorzug des großen Kapitals auf und bringen dem weniger kapitalreichen, aber persönlich tüchtigeren Kleinunternehmer verhältnismäßig eben so große Gewinnchancen. Muß doch selbst großer Grundbesitz zu intensiver Verwerthung sich in mittelgroße Pachtgüter zer schlagen (s. § 133).

Auch hier zeigt sich, daß neben dem Kapitalvermögen der andere mächtige Productivfactor, das Arbeitsvermögen sich geltend macht. Dem verheerenden Siegeszug des Sonderinteresses der Großkapitalien (Großvermögen) sind also Schranken gezogen, vorausgesetzt, daß die persönliche Tüchtigkeit eines Volkes zu allgemeiner Entwicklung kommt durch — Bildung.

2) In sittlich-politischer Beziehung. Die sittliche und politische Haltung der kleinen und der großen Industrie ist sehr verschieden. Die häusliche und die gewerbliche Kleinunternehmung erhält die moralische Kraft der Gesellschaft wegen der Mäßigkeit fortlaufender Arbeit am meisten. Die im Wesentlichen mit den Kräften der Familie arbeitende, nur wenige Arbeitsgehilfen heranziehende Unternehmung ist die naturgemäße Unternehmungsform, die beste Combination des Arbeitsverhältnisses; denn sie faßt ergebene und geberame, einander nicht neidische Arbeiter zwanglos unter gerne ertragener Autorität zusammen. Daher der goldene Boden des Handwerkes und eines guten Bauernstandes, mit Vererbung des Geschäftes von einer Generation auf die andere! Glücklicherweise läßt, wie unter 3.1 gezeigt ist, auch das Zeitalter der Fabriken dieser Kleinunternehmung noch breiten Spielraum; gerade die besseren Qualitäten in den großen Industriezweigen der Eisen, Stahl-, Holzverarbeitung werden, wie die Berichte der großen Ausstellungen ergeben, in Frankreich und in England, wenn auch unter Leitung großer Unternehmer, doch hausindustriellmäßig von Einzelmeistern hervorgebracht.

Allein ausschließlich der Arbeit hingegeben, entwickeln die Kleinindustriellen nicht das Talent für die Führung großer öffentlicher Angelegenheiten. Die naturgemäßen Träger der öffentlichen Selbstverwaltung

tung wachsen in der Großunternehmung; nur diese entwickelt eine großartige praktische Auffassung, eine Fähigkeit für die Führung der lokalen und nationalen Selbstregierung, wie in England.

Nur muß jeder Tüchtige freie Hand für die Großunternehmung und für die Stellung im Staat haben. Ein großer privilegierter Grundbesitz, welcher keine homines novi aufkommen läßt, nicht mehr unter der arbeitenden Bevölkerung lebt, oder eine Großindustrie unselbständiger Familien, welche in jeder Generation die Bande mit der Arbeiterbevölkerung wieder auflöst, die Führung des Volkes sich nicht durch Verdienst, Vertrauen und durch Theilnahme an Leiden und Freuden desselben erwirbt, verfallen der gleichen Corruption, welcher regierende Kleriseien und Beamtenkassen verfallen, und verlieren die freie Anerkennung der regierten Klassen. Absenteismus (Gutsabwesenheit), und Privilegierung eines landwirtschaftlichen und industriellen Herrenstandes verhindern die politische Führung der arbeitenden Klassen, sie arbeiten dem Absolutismus und der Bureaucratie, der Ausbildung des Klassengegengesatzes von Kapital und Arbeit in die Hände.

Auch gewinnt im modernen Genossenschaftswesen die kleine Industrie und der Arbeiterstand Mittel, sich unmittelbar auch politisch zu betheiligen.

XVI. Capitel: Störungen im Gange der Unternehmungen. Volkswirtschaftliche Krisen.

§ 116. Die Entstehung von Krisen. Jede Unternehmungsart hat das größte Interesse an der gleichmäßigen Entwicklung jeder anderen. Der Berg- und Landbau setzt die Blüthe der Industrie, die Blüthe der Industrie die des Handels voraus. Der Werth der Produkte und Leistungen einer jeden regulirt sich nach der Stärke des Bedarfes der anderen. Das Wertgesetz strebt auch, wenn nur sein Walten frei ist, die Harmonie der Unternehmungsarten trotz allen Wechsel zu erhalten und Störungen derselben wieder auszugleichen.

Störungen können aber bei jeder Art von Unternehmungen entstehen, welche mit den übrigen nicht mehr im Gleichgewicht steht.

Diese Gleichgewichtsstörungen kommen entweder durch äußere Ereignisse, welche die Unternehmungsordnung durch eine plötzliche starke Veränderung der Werthordnung überraschen: Kriegen, Krieg u. s. w. durchkreuzen auf unvorhergesehene Weise Unternehmungen, welche ihren Betrieb den plötzlichen Werthveränderungen nicht anpassen können. Fernere Störungen, wie die Bildung neuer Märkte in Folge von Zollsystemveränderungen, Auswanderungen, Goldentdeckungen u. s. w., ergeben sich aus mangelnder Berechnung der Konjunkturen. Auch sie ergeben früher oder später werthlose Unternehmungen und Productmengen (sog. Ueberproduction und Ueberproduction).

Amerikanisch jeder Gattung von Unternehmungen können die Stö-

rungen eintreten: in Urproduktion, Landbau, Industrie, Waaren- und Kredithandel; innerhalb einer jeden können wieder partielle oder allgemeine Krisen entstehen. Die Störungen werden gesteigert, wenn man nicht bei Zeiten dem Werthgesetze sich fügen, sondern es mit künstlichen Mitteln beugen will.

Sobald nämlich eine Störung in einem Unternehmungsweize eingetreten ist, so macht sich eine Werthverminderung seiner Produkte geltend. Dies ist eine Mahnung, den in diesem Zweige angelegten Kapitalien eine andere Richtung zu geben durch Verkauf der Produkte und anderweitige Productivbestimmung des Ertrages. Im Anfang der Störung ist die Heilung der Krankheit mit geringen Opfern fast immer möglich. Aber die menschliche Genußsucht, Trägheit oder sanguinische Hoffungslosigkeit bequemt sich nicht gern zu diesem Heilmittel, sie sucht sich gegen den Strom des Naturgesetzes zu stemmen mit Hilfe fremden Kapitals, durch Vermuthung des Kredits zu unnatürlicher Fortsetzung der Erzeugung und zur Aufpfeicherung der Waaren.

Das Leiden fortschreitender Störung ist daher eine in schnellem Steigen des Bankzinsfußes und in der Minderung der Bankbaarvorräthe sich offenbarende Ueberspannung des Geschäftskredits, eine Ueberspannung, welche Kredit auf Kredit, Wechsel auf Wechsel (s. Th. durch Wechselreiterei) häuft, schwindelnde Acceptationskreditgeschäfte bei fortwährenden Klagen über Absatzstockung und Geldklemme erzeugt. Im Jahre 1857 (vor der Handelskrise) trug in Hamburg der Wechselstempel 775,000 Mart, 1858 nur 411,000 Mart. Wenn einmal diese Symptome allgemeiner werden und zusammentreffen, so ist ein gewaltsamer Bruch der dem natürlichen Werthgesetz angethanen Gewalt, eine Handelskrise nicht mehr zu vermeiden.

§ 117. Verlauf der Handelskrisen. Mit aller Anspannung des Kredits können endlich weder die Waaren länger aufgeschoben, noch die unnatürlichen Preise mehr gehalten werden. Es entsteht in Folge des Absatzmangels oder des Verkaufs zu gedrückten Preisen (oft 50% Abschlag!) die Zahlungsunfähigkeit zuerst eines oder mehrerer großen Geschäfte, welchen die Zahlung ausbleibt, — dieß sind zumeist Handelsleute, Bankiers, Banken, daher immer von Handelskrisen die Rede.

Sie sind aber wieder die Schuldner anderer Unternehmungen. Da ihnen die Zahlung ausbleibt, die privaten Kreditmittel an Kredit verloren haben, so müssen diese Unternehmungen den Kredit, insbesondere die Baarzahlungsmittel und die Banknoten guter Bankinstitute zu Hilfe nehmen; ein Rennen nach den Mitteln der Banken unter schneller Steigerung des Zinsfußes (1857, Oct. 1% per Monat in London), ein Anstürmen der Baarvorräthe und eine Steigerung des Notenumlaufes kredithabender Banken erfolgt. In der That bildet dies das Hauptmerkmal ausbrechender Handelskrisen (vergl. die Beilagen), und je besser und solider die Bankorganisation ist, um kreditwürdigen durch Unglück nur

augenblicklich zahlungsunfähigen Unternehmungen auszuweichen, desto wirksamer begegnet sie der verheerenden Weiterverbreitung der Krisis.

Ist die Kreditorganisation schlecht oder die durch Zahlungsausbleiben zahlungsunfähig gewordene Unternehmung nicht mehr kreditwürdig, so verlegt letztere eine Reihe von Unternehmungen, deren Schuldnerin sie ist, in dieselbe Lage, und so pflanzt sich der erste Stoch wie eine Peste durch alle Unternehmungsarten und alle Länder fort. Hunderte werden zahlungsunfähig und bankrott, die Waaren wohlfeil. Das Faule wird vernichtet und unter Förderung des lebensunfähigen bleibt nur das Starke und Gesunde. Die Preise finden wieder ihre natürliche Ordnung, die Kapitalien die natürliche Richtung, die verwohlfeilerten Produktionsmittel erhalten eine nützlichere Verwendung, der Kredit erhebt sich, langsam zwar, aber in vorsichtiger Benutzung, die Baarmittel fließen in die Bankteller zurück, der Geldmarkt wird wieder reich, obwohl zunächst flau.

§ 118. **Regelmäßige Wiederkehr der Krisen. Behandlung derselben.** Obiges sind die Gründe und die Erscheinungen der Handelskrisis.

Die Störungen werden in dem Maße leichter eintreten, je unternehmungslustiger, fester der Geist eines Volkes ist (Amerika und England), je reicher an Umgestaltungen, Entdeckungen, Marktübungen ein Zeitalter ist, je stärker die politischen und sozialen Zustände, Kriege und Revolutionen sind — solche pflügen auch fast regelmäßig auf Krisen zu folgen —, je mehr die Ernteverhältnisse schwanken.

Verhüten lassen sich Handelskrisen nur durch Verbreitung wirtschaftlicher Bildung, durch die Lehren der Erfahrung, die aber immer nur eine Zeitlang verhalten, durch gute Organisation des Kredits, Deffinitivität der als Barometer dienenden Bankandweise und Wechselstempeltragnisse.

Allein äußere Ereignisse können sie herbeiführen, die Bildung wird nie intensiv und allgemein genug werden, die Erfahrung wird von der zweiten Generation schon in den Wind geschlagen. Der alte Wüth, welcher die große Hamburger Handelsverwirrung von 1799 erlitt und beschrieben hat, klagt: „Warum doch die Entel immer wieder in die Gruben ihrer Vorfahren (Krisis von 1763) fallen müssen!“

Im gegenwärtigen Jahrhundert mit seinen gigantischen Erweiterungen des Unternehmungsgelbes, seinen schnellen und starken Verschiebungen der Produktionsweisen und Produktionsmittel in Folge der Entdeckungen und naturwissenschaftlichen Fortschritte, mit seiner Bevölkerung neuer und Erschließung und Mobilisirung alter Kulturgebiete, mit seiner Verknüpfung der Volkswirtschaften zur solidarischen Weltwirtschaft, mit den großen politischen Kämpfen, welche in das volkswirtschaftliche Leben zurückschlagen, mit den damit zusammenhängenden großen Finanzoperationen, welche großen Kapitalmassen plötzlich veränderte Richtung geben, durch starke Heimgahlungen den Unternehmungsgelb tiefer, durch starke Verzehrungen ihm das Brod vertheuernd, mit den Eisenbahnen, Kanals, Schiffsahrts-Anlagen — ist ein stetiges reines Wirken des Produktions- und

Wirthgesetzes kaum denkbar. Die gleichmäßige Entwicklung wird noch lange durch Absprünge vom naturgemäßen Erzeugungsgang, durch sprungweise mit Schwindel und Krisen verbundene Entfaltung gedrängt werden. Die Handelskrisen werden vermuthlich eine periodische Krankheitserscheinung des wirthschaftlichen Lebens bleiben, wobei selbst der vorsichtige und mit den bezeichneten Erscheinungen vertraute Geschäftsmann zu leiden haben wird.

Die Handelskrisen werden auch immer unübersehbare werden, je mehr in Folge der Verästelung die Unternehmungen jeder Art und jeden Landes von einander in Lieferung und Zahlung abhängig werden, je weiter die Kette des Geschäftskredits sich ausdehnt. In der That sind die großen Krisen immer mehr Weltkrisen geworden. Von bloßen Landbau- oder Gewerbekrisen haben sie sich zu gleichzeitiger Ershütterung aller Unternehmungsarten emporgerichtet. Die Krisis von 1857 übertraf in dieser Beziehung die von 1847, die von 1847 diejenige von 1837 und 1826, diese die Hamburger-nordischen Krisen von 1799 und 1763. Die Einzelwirthschaften sind in der Zwischenzeit zu einem volkswirtschaftlichen Ganzen zusammengewachsen.

Im Meer, nicht im Glas Wasser, werden die Gleichgewichtsstörungen zu verheerenden Stürmen.

Sind Krisen einmal da, so werden sie, wie schon bemerkt ist, durch gute Bankorganisation für die Mehrheit gelindert, durch rechtzeitige Vermehrung der Kassenvorräthe und Verschifft im Geschäftskredit gleich beim Eintreten der ersten Symptome, für die Einzelunternehmungen unschädlich gemacht werden können.

Die Einmischung des Staates in Handelskrisen durch gesetzliche Prolongation der Zahlungen würde das Uebel steigern, da jede Zahlungsprolongation für die eine Unternehmung andere insolvent macht. Dagegen kann, wenn und inwiefern die insolventen Unternehmungen kreditwürdig und ohne Schuld insolvent sind, eine Anwendung des Staatskredits zur Herbeischaffung von Ausleihsmitteln in Nothfällen wohl am Platze sein (Garantiefonds). Die Verleihung der so beschafften Mittel muß aber nach dem Gehe der Kreditwürdigkeit, nicht nach Günst erfolgen. Auch die Anwendung eines den Gläubiger sichernden beschleunigten besondern Liquidationsverfahrens kann zur Erhaltung und Wiedererzeugung des Kredits beitragen. Oft stehen die festen Firmen eines Plazes zusammen und bilden zur Erhaltung des Plazkredits außerordentliche Kreditfonds. In dem schlimmsten Jahre 1857 wurde in Hamburg dieses Mittel angewendet.

Ueber die Geschichte der Handelskrisen, siehe Max Wirth (Geschichte der H.-Kr.), Röscher's Ansichten der Volkswirtschaft, ferner meinen Aufsatz in der Deutschen Vierteljahrsschrift, 1858, 1. Heft, welcher über die Krisis von 1857 genaue Aufschlüsse enthält. Außerdem die Aufsätze von Michaels in Pichard's volkswirtschaftlicher Monatschrift, Jahrgang 1858.

§ 119. **Ackerbaukrisen.** Die Störungen des Gleichgewichtes der Unternehmungszweige kommen nicht blos im Handel zum Ausbruch, auch nicht blos in der Industrie. Die Landwirtschaft sieht auch Krisen entstehen. Die Symptome der Krankheit sind hier andere, als diejenigen der Gewerbe- und der Handelskrisen. Nicht der Discontofuss, sondern der Einfluß der Hypothekarschulden, die Schwierigkeit des Hypothekendarlehens überhaupt sind Maßstäbe und Erkennungszeichen der agrarischen Produktionskrisen. Diese können aus Ueberproduktion entstehen, aber auch aus Fehlerten oder aus zu reichen Ernten. Auch die letzteren gestalten, wie schon erwähnt ist, die Preise ganz abnorm.

Der Knoten einer Agrarkrise bildet sich langsamer und löst sich langsamer, als derjenige einer Handelskrise; denn bei dem Vorherrschen des fixen Kapitals in der Landwirtschaft, ähnlich in der Berg- und Hüttenindustrie, kann Ueberproduktion in der einen Richtung weder rasch eintreten, noch rasch abgebrochen werden, auch ist es nicht leicht, sogleich zu erkennen, ob Schwankungen der Zahresfruchtbarkeit oder gewisse einseitige Richtungen in der landwirtschaftlichen Unternehmung augenfällige Missethände veranlassen, mit andern Worten, ob eine künstliche Produktionskrise vorliege oder nur eine vorübergehend ungünstige Lage aus ungleichmäßigen Ernten sich gebildet habe.

Wiel wird zur Vermeidung, wie zu rascher Heilung der Ackerbaukrisen da beigetragen werden, wo die Landwirthe auf Grundlage einer rationellen Bildung rasch den Conjecturen sich anzuweihen und die dem Werthgesetz entsprechende Wahl der Culturen schnell zu ergreifen verstehen. Die deutsche Landwirtschaft wird in den nächsten Menschengaltern hierin viel zu lernen haben.

Daß eine Ackerbaukrise mächtig auf Handel und Industrie zurückwirkt, bedarf kaum einer Andeutung; in den meisten Ländern machen die Landwirthe weit mehr als die Hälfte aller Consumenten aus!

§ 120. **Wirkungen der landwirtschaftlichen Krisen.** Die Störungen in der Harmonie der Unternehmungen haben immer auch Störungen in der Klassenordnung zur Folge. Die Handelskrisen werfen eine Masse von Arbeitern und Unternehmungen wieder zurück, erzeugen leicht Massenarmuth, namentlich dann, wenn den lebenden Unternehmungszweigen nicht schnell eine andere Richtung gegeben werden kann; die Weberkrise der 40er Jahre in Schlesien, Blandern!

Je leichter dagegen der Uebergang ist, je mehr die verschiedenen wirtschaftlichen Kräfte zu- und abfließen können, desto weniger wird die Klassenharmonie dauernd gestört. Es ist eine der günstigsten Seiten der neueren Wirtschaftsentwicklung, daß sich die Weite ihres Gebietes, die Stärke und Verpflegungsfähigkeit ihrer Produktivkräfte, die Verbreitung der technischen Bildung, die Leichtigkeit der Produktionsveränderungen, sehr bedeutend gesteigert haben. Die Wirkung der neueren Handelskrisen auf die Klassenordnung müßte sonst eine furchtbare sein und den socialen und politischen Frieden der bürgerlichen Gesellschaft den größten Erschüt-

terungen aussetzen; indessen ergibt die Beobachtung immerhin, daß die Produktions- und Handelskrisen sehr stark von politischen Umänderungen, von Bewegungen, Revolutionen, Kriegen gefolgt werden. Es ist, als finde zwischen dem ökonomischen und politischen Gebiet eine periodische Anziehung und Abstoßung statt; vergl. darüber Beil. II.

4. Theil: Von der privatwirtschaftlichen Vertheilung der Güter an die Einzelvermögen der bürgerlichen Gesellschaft.

XVII. Kapitel: Näheres über Vermögen und Einkommen.

§ 121. **Uebergang zur Lehre von der Vertheilung des Volkseinkommens. Begriff und Berechnung des Volkseinkommens.** Zu diesem Gegenstande, welcher uns nunmehr beschäftigt wird, hat als Uebergangsbrücke schon die Lehre von den regulativen Gelegenheiten der privatwirtschaftlichen Produktion (s. § 93) und vom Unternehmen (s. § 107) hingeleitet.

Das Ergebnis der periodischen Wirtschaftsthätigkeit der menschlichen Gesellschaft ist nämlich eine Summe von Gütern, welche nach Ertrag des Stammverthes des Kapitalvermögens (§ 49, 3. 2, und § 93 b u. c) übrig bleibt.

Es kann entweder dem Verbrauch für persönliche Zwecke, d. h. dem Unterhalt, der Vermehrung und Höherbildung der Bevölkerung, nach wirtschaftlichem Gesichtspunkt der Erziehung und Erhaltung des Arbeitsvermögens der menschlichen Gesellschaft, oder der Vermehrung des Kapitalvermögens zugewendet werden. Soweit es dem Unterhalt dient, geschieht es entweder einmal durch Verbrauch als Verzehrungsvoctrat, oder dauernd durch Anlegung zu stehendem Genußvermögen (vergl. § 18).

Diese zum Unterhalt oder zur Kapitalvermehrung periodisch verfügbare Werthsumme, welche über den Ertrag der Kapitalverzehrungeu hinaus übrig bleibt, ist schon in § 3 (A, IV) vorläufig betrachtet, und Einkommen (Reineinkommen, Nettoeinkommen) genannt worden.

Das Einkommen einer Nation läßt sich auf eine doppelte Weise bezeichnen:

Es ist erstens gleich der Summe aller Einzelseinkommen, einschließlich des Einkommens der gemeinwirtschaftlichen Personen (des Staates, der Gemeinden, Vereine u. s. w.), welches letztere natürlich, soweit es aus Bruttoerträgen der Privatpersonen fließt, am Einkommen dieser in Abzug zu bringen ist.

Das Volkseinkommen kann aber zweitens, im Ganzen mit annähernder Richtigkeit, der Summe der Reinerträge der Nationalkapitalien gleichgesetzt werden; denn am Bruttoertrag (Rohertrag) ist stets der gemachte Kapitalaufwand (§ 93, b u. c) abzuziehen, um den Reinertrag zu ergeben. Die Gesamtheit der Nationalkapitalien ist dem

Werthe nach zu erhalten, bevor ein Einkommen zu freier persönlicher Verwendung beziffert wird.

Jedoch ist hierbei zu bemerken, daß außer dem Reinertrag von Kapitalien auch solche Güter ins Einkommen fallen, welche gar nicht aus einem Kapitalgut, sondern rein aus dem Arbeitsvermögen herauswachsen, z. B. persönliche Dienstleistungen.

Indessen muß man sich, was die dargestellte Berechnung des Einkommens betrifft, vor Mißverständnissen hüten:

1) Nicht der Substanz nach ist das Nationalkapital zu erhalten, bevor ein Einkommen fix ergibt, sondern nur dem Werthe nach (§ 49). Nachschosse, Vermischte, allmählich selbst die stehenden Kapitalien: Häuser, Maschinen, Straßen verschwinden; sie müssen theils in natura durch Reparatur und gleichartige Erneuerung, theils durch anderartige Erneuerung (aus dem Ergebnis der „Abschreibungen“) erhalten werden.

2) Sodann ist die bloße Erhaltung des alten Stammwerthes nur die Regel.

Ohne Erhaltung des Kapitalwerthes wäre in den nächsten Perioden der Stamm zur Heranziehung eines wiederkehrenden Genußgütereinkommens nicht da und es würde später nicht bloß unvollständiger, sondern (s. § 47) auch unwirtschaftlicher erzeugt werden müssen. Die menschliche Gesellschaft ist aber eine Gemeinschaft auch der Generationen und als Volkswirtschaft muß sie dafür besorgt sein, daß nicht die folgende Generation durch Schwächung der Kapitalkraft in die Lage komme, weniger Einkommen oder dasselbe Einkommen mit größeren Opfern zu erwerben. Daß dieß nicht sei, bewirkt hauptsächlich der Familiensinn (§ 192).

Indessen wird die Erhaltung des Kapitals nicht in der Art strenge Regel sein, daß nicht

entweder und zumal bei jugendlichen Volkszuständen ein erheblicher Theil des Einkommens zur Kapitalvermehrung angewendet wäre, oder aber ein Theil des Kapitals der Erhaltung und Mehrung des produktiven Arbeitsvermögens geopfert werden dürfte. Die volkswirtschaftliche Kapitalerhaltung darf nicht vom Standpunkt der privatwirtschaftlichen Buchführung, der jährlichen Saldirung von Soll und Haben berrührt werden.

Diese Auffassung tritt nicht bloß für Einzelne ein, wenn sie Kapital der persönlichen Ausbildung opfern, sondern auch für ganze Völker im Kampfe für ihre Existenz und für Lebensfragen ihrer ganzen Entwicklung. Auch wirtschaftlich kann diese Aufopferung nicht bloß gerechtfertigt, sondern sogar geboten sein; denn nicht bloß das Kapitalvermögen, sondern auch das Volk als Arbeitsvermögen ist Produktivfaktor und die höchste Wirtschaftlichkeit einer Nation besteht nicht bloß in wirtschaftlicher Versorgung ihrer zeitweiligen, sondern auch ihrer dauernden Interessen.

Dieser wichtige Satz ist selbst von den scharfsinnigsten Wertretern unjener Wissenschaft mißachtet worden.

Ueberhaupt strömt das wirtschaftliche Leben nicht in so ununterbrochen gleichem Flußschlag, daß jedes Jahr mit gleichem Kapitalvermögen abschließen müßte und nicht ein Theil des letztern ab und zu in dem Arbeitsvermögen latent wäre.

3) Endlich ist zu bemerken, daß, wer das stehende Genußvermögen (Wohnhäuser, Kleider u. s. w.) nicht zum Kapital rechnet (s. § 18), auch nicht den periodischen Genuß der Wohnhäuser, Kleider, Pretiesen zum Einkommen zählen kann, wie dieß Hermann vorgeschlagen hat. Aber allerdings sollen, wie die schnell vergehenden Güter regelmäßig aus dem Einkommen wieder in Vorrath kommen müssen, auch die stehenden Genußgüter aus demselben reparirt und erneuert werden.

Für die Besteuerung ist es von erheblicher, ob man den fortlaufenden Gebrauch des stehenden Genußvermögens (Nutzkapitals) zum Einkommen zählt oder nicht.

§ 122. **Ursprüngliches und abgeleitetes Einkommen.** Alle Personen, welche nicht in § 28 als unproduktiv bezeichnet sind, beziehen ihr Einkommen nicht als „abgeleitetes“, sondern als „ursprüngliches“ (Hermann). Zwar ist der Koch, welchen der Arbeiter aus seinem Lohn, der Gläubiger aus seinem Zins Einkommen anschafft, nicht von dem einen oder andern selbst productirt. Allein sie geben dafür einen aus ihnen selbst abgeleiteten, also ursprünglichen Gegenwerth, nämlich die als Element neu werdender Genußgüter dem Lohn- und Zinsgeber überlassenen Arbeitseffekte und Vermögenszuwüngen. Lohn und Zins Einkommen sind also ursprüngliches Einkommen, so gut wie das Einkommen durch Unternehmern gewonnen.

Die mit dem Einkommen erworbenen Güter sind allerdings von den wenigen selbst productirt (unmittelbares ursprüngliches Eink.), die meisten werden durch Tausch erworben (mittelbares urspr. Eink.). Dieß hängt mit dem gesellschaftlichen Charakter der menschlichen Wirtschaft zusammen.

Wollte man das mittelbare ursprüngliche Einkommen „abgeleitetes“ nennen, so würde, je mehr die Arbeitsteilung (Gesellschaftlichkeit des Wirtschaftens) fortschreitet, desto mehr das Einkommen der Meisten abgeleitetes Einkommen heißen müssen. Allein dieses Einkommen wird eben nur durch ursprüngliche Gegenleistungen erworben.

Abgeleitetes Einkommen im wahren Sinne des Wortes läßt sich bloß dasjenige nennen, welches ohne Vergeltung des Empfängers aus dem Einkommen Anderer bezogen wird; Alimende des Haussohnes, die dieser später dem Vater nicht vergilt, gelobene Waare, Liebesgaben aller Art, Almosen, Staatssteuer, welchen keine oder soweit ihnen keine volle Gegenleistung entspricht.

§ 123. **Das Auseinandergehen des Volkseinkommens in Einkommen.** Nur etwa dann, wenn ein Volk nur gemeinsame Bedürfnisse

hätte und sie alle gemeinwirtschaftlich befriedigte, hätte man an der Größe des Volkseinkommens einen genauen Maßstab für die ökonomische Lage des Volkes. Und auch dann nur, wenn jene allgemeine Gütergemeinschaft, wie sie von den Communisten erträumt worden ist, eine gerecht und gleich oder wenigstens gleichmäßig ausfallende wäre.

Allein so ist dem nicht und so kann dem nie sein. Betrachten wir doch in gegenwärtigem erstem Hauptabschnitt die Rationalwirtschaft als privatwirtschaftliches Concurrenzsystern.

Die einem Volke, beziehungsweise der ganzen menschlichen Gesellschaft jährlich zur freier Verwendung sich zur Verfügung stellende Gütersumme, d. h. das Volkseinkommen, vertheilt sich an die Einzelswirtschaften.

Diese Verteilung schafft verschiedene privatwirtschaftliche Einkommensgrade:

1) Dasjenige Maß des Privateinkommens, welches bloß den notwendigen Unterhalt deckt, heißt man Auskommen; das längere Verbleiben des Einkommens auf dem bloßen Auskommen ist schon bedenklich und in der That naturwidrig, da jede Wirtschaft nach Fortentwidelung streben muß.

2) Nicht einmal das Auskommen ist vorhanden, wenn der Bedarf zur Erhaltung des Kapital- und des Arbeitsvermögens vom Einkommen nicht mehr gedeckt wird. Dieser Zustand des Einkommens, welcher mit dem Untergang des Vermögens endet, heißt die Verarmung, Armuth.

3) Ein über das Auskommen hinausgehendes Einkommen dagegen führt zu Wohlstand, welcher in verschiedener Proportion das Einkommen zur Kapitalbildung und als persönliches Genußmittel (freies Einkommen) gebraucht.

4) Wofern das Einkommen einer Wirtschaft im Verhältnis zu demjenigen der meisten anderen groß ist, mehr aus Zins und Gewinn, als aus Lohn fließt, pflegt man den Wohlstand Reichthum zu nennen.

Der Reichthum eines Volkes, d. h. der Gesamtmaßstab seiner Einzelswirtschaften wird von den Volkswirthen ganz richtig nach folgenden Merkmalen geschätzt: Bezügliche Existenz auf der Mittel- und unteren Klassen, Fülle von fließendem Kapital, großer Aufwand für edlere Bedürfnisse, insbesondere für fließendes Genußvermögen, für öffentliche, wissenschaftliche, künstlerische Zwecke, schöne Gebäude und Willen, gute Wege, schöne öffentliche Plätze, edles Vereinswesen u. s. w.

Der Maßstab des Reichthums verändert sich natürlich mit dem Stufengang der wirtschaftlichen Entwicklung. Reichthum ist nicht bloß Vielhaben, sondern auch Mehrhaben als Andere (Reichung).

Das Volkseinkommen vertheilt sich nicht nach Laune und Willkür, wie es sich etwa nach Laune und Willkür sozialistischer Partien vertheilen müßte, sondern es vertheilt sich nach bestimmten Regeln, wie verschiedenartig auch unter verschiedenen Voraus-

setzungen das auf Grund dieser Gesetze sich feststellende Austheilungsergebnis sein mag.

Eben deshalb kann und muß die gesellschaftliche Gütervertheilung einen Hauptgegenstand der nationalökonomischen Wissenschaft bilden.

Bevor wir jedoch in das Einzelne dieser Vertheilungsgesetze eingehen, haben wir die Thatsache selbst, daß alle Güter wieder in die Einzelvermögen hereinfallen, daß jeder Pulschschlag des wirtschaftlichen Gesamtlebens irgend einer Privatwirtschaft angehört, einigermaßen zu verfolgen.

Wir werden hiedurch die Lehre von Vermögen und Kapital (§ 18) in der erforderlichen Weise vervollständigen.

§ 124. **Weltere Fragen der Vermögenslehre.** 1) Das Vermögen im Sinne der Nationalökonomie ist der einer Person zugehörige Besitz an äußeren ökonomischen Gütern. Das Vermögen ist also (s. § 18) national-ökonomisch immer Gütervermögen. Zum Vermögen gehört nicht auch jener Besitz an persönlichen Fähigkeiten, welcher als Ursache der Gütererzeugung und als eine zweite Einkommensquelle Arbeitsvermögen genannt werden kann.

Ein Theil des Gütervermögens ist das Kapital.

Im ersten Buch konnten wir das Kapital nur erst als Zubegriff der Produktionsmittel, der Güterkeime, fassen, weil dort nur von den allgemeinen Beziehungen der Güterbildung, ohne Rücksicht auf die besonderen wirtschaftstenden Personen, die Rede war. Nun ist aber jedes Produktionsmittel im Vermögen einer wirtschaftstenden Persönlichkeit unterworfen, dient einer Person als Einkommensquelle. So ist dem die eigentliche, dem wirklichen privatwirtschaftlichen Leben entsprechende Begriffsbildung des Kapitals: Kapital ist das Erwerbsvermögen einer Persönlichkeit, Kapital ist das Vermögen als Einkommensquelle betrachtet. (Privat-, Gemeinde-, Staats-, Volkskapital.)

Das Vermögen hat jedoch (s. § 18) neben dem Kapitalvermögen mit seiner Untereinteilung in fließendes und unfließendes Kapital einen zweiten Hauptbestandtheil, das Genußvermögen: fließendes (sog. Augapitalien) Gebrauchvermögen und unfließendes Verbrauchvermögen.

Der Unterschied der beiden Kapitalarten ist bereits eingehend durchgesprochen (§ 45 f.). Nicht so derjenige beider Arten von Genußvermögen.

2) Das Verhältnis zwischen Gebrauch- und Verbrauchvermögen ist dem Verhältnis zwischen fließendem und unfließendem Kapital ganz ähnlich.

Beide bedingen einander; z. B. die Speise den Tisch, der Wein den Krug, der fortlaufende Verbrauch von Verschönerungsvorläufen den fortlaufenden Gebrauch von Haus und Kleidung.

Das Gebrauchvermögen repräsentirt wie das fixe Kapital eine gewisse Sicherheit der Zukunft. Es ist daher, wo es nicht von reiner Eitelkeit angehaßt ist, welche Hungert, um nur Schmuck und Seide zu tragen, auch ein besonderer Maßstab des Wohlstandes. Es ist der clas-

stichere Theil des Genußvermögens, in guter Zeit aus großem Einkommen sich anhäufend, in schlechter Zeit bei geringem Einkommen verzichtbar, gleich einem Vorrathsfennig oder einer Zusage wirkend.

Beide Theile des Genußvermögens sind zugleich erforderlich. Nöthig ist der Bedarf an Verbrauchsvermögen zu ununterbrochenem Erwerb. Das Verhältniß beider ist veränderlich. Indessen ist eine Disposition beider, welche die rechte Verhältnißmäßigkeit versteht, unwirthschaftlich zu nennen; wer am Körper darbt, um im Anelemente Luxus zu treiben, ist kein guter Hausvater.

Sowohl das Gebrauchs- als das Verbrauchsvermögen gehen normaler Weise aus dem Einkommen hervor.

3) Verhältniß des Genußvermögens zum Arbeits- und Kapitalvermögen. Das Genußvermögen dient der Bildung und Erhaltung des Arbeitsvermögens, — ein Proceß, welcher in der Lehre von der Consumtion näher darzustellen ist (§ 173. 174). Umgekehrt dient das Arbeitsvermögen der Bildung des Kapitalvermögens. Letzteres ist in seinem jederzeitigen Bestande nur angehäufte Arbeit (*travail accumulé, accumulated labour*, nach einem bezeichnenden Ausdruck der französischen und der englischen Nationalökonomie) und, so weit es schon besteht, dazu bestimmt, weitere Neuerungen des Arbeitsvermögens zur fortschreitenden Heranziehung von Genußgütern aus Kapitalgütern aufzunehmen (s. § 18).

Kapitalvermögen geht daher substantiell stets in Genußvermögen über, dieses wird zu Arbeitsvermögen in der Consumtion transsubstantiiert. Arbeit setzt neues Kapitalvermögen an.

Güter- und Arbeitsvermögen bewegen sich also in unauslöschlichem Kreislauf.

4) Die Proportion des Kapital- und des Genußvermögens ist nicht eine feste. Es findet durch Genußverzicht Kapitalvermehrung und durch Kapitalminderung Vermehrung des Genußvermögens statt; letzteres z. B. wenn Webmaschinen ohne Abnutzungsertrag in Kludungsstücke übergeführt werden.

Absolut gut oder vernünftig vom wirtschaftlichen Standpunkt ist weder die Vermehrung des Kapitalvermögens auf Kosten des Genußvermögens, noch die des letzteren auf Kosten des ersteren. Unwirtschaftlich ist nur die Genußvermehrung, welche nicht das Arbeitsvermögen so stärkt, daß dieses dem Güterleben mindestens eben soviel Dienste leistet, als wenn das Kapital erhalten worden wäre (vergl. schon § 121).

Uebrigens ist volkswirtschaftlich für ein Gleichgewicht beider Vermögensarten im großen Ganzen gesorgt.

Einzelne mögen zu geizig kapitalisiren, andere zu üppig aufzehren, und beide Michtungen sich aufwiegen. Die menschliche Gesellschaft im Ganzen würde in beiden Fällen verlieren: sowohl wenn sie 1) der Kapitalisirung wegen gar zu stark auf genußfertige Güter verzichtet würde, als wenn sie 2) Kapital wegwerfen würde, um bloß zu genießen.

Im ersten Falle würde man die Genußgüter verschleudern müssen, um damit unbestimmte Zukunftsvorteile in Aufzuehung von Schuldnern bei niedrigem Zins und von Arbeitern bei hohem Lohn theuer zu erwerben.

Im zweiten Fall würde man umgekehrt Kapitalien verschleudern, um damit zu hohem Preis fertige Genußgüter zu kaufen.

Das Eine und das Andere wäre in hohem Grade unwirtschaftlich. In jedem Falle ist daher dafür gesorgt, daß jederzeit zahlreiche Interessen da sind, welche im ersten Fall consumiren, in letzterem kapitalisiren würden. Niedriger Zins und hoher Lohn würden dort, hoher Zins und niedriger Lohn hier das Jhrige thun, um schnell das Gleichgewicht in dem unausfälligen Kreislauf von Kapital-, Genuß- und Arbeitsvermögen wiederherzustellen.

Die weittragenden Folgerungen aus dieser höchsten Ueberschau über das Verhältniß von Genuß-, Kapital- und Arbeitsvermögen der menschlichen Gesellschaft liegen nahe. Wir werden sie an anderem Orte hervorstellen.

Dagegen ist das Verhältniß der Erhaltung und des Wachsths, sowie der Größe des Kapitalvermögens noch ins Auge zu fassen.

Die Bewegung des Genußvermögens dagegen, von welchem das Arbeitsvermögen unterhalten wird, hat später in der Lehre von der Consumtion ihre Erledigung zu finden.

Weiter ist kurz zu bezeichnen, wie schon für das Privatvermögen der Staat das Recht als eine höhere Form der Wirtschaftlichkeit auftreten läßt. (Nationalökonomische Bedeutung des schützenden und beschränkenden Privatrechtes.)

Endlich darf auch das gesellschaftliche Moment des Privatvermögens nicht unbeachtet bleiben. Dasselbe tritt darin hervor, daß weitaus der größte Theil des substantiellen Wachsths des Vermögens in Form der Einnahmen und der Ausgaben vor sich geht, daß das Einkommen weit mehr auf Erwerb als auf Eigenproduktion beruht, daß alle Vermögen zum Bestandtheil einen gewissen Geldvorrath haben müssen.

Betrachten wir zunächst das letztere Verhältniß.

§ 125. **Der Geldvorrath im Privatvermögen.** Ein Theil alles Vermögens ruht in einer Form, in welcher über die Verbrauchs- oder Erzeugungsbestimmung noch gar nicht entschieden ist. Dieser Vermögens-theil ist der Geldvorrath, der „abstrakte Geldvorrath“, die Baarschaft (von Einzelnen auch „Werkkapital“ genannt).

Da jede Einzelwirtschaft anderer Vermögen bedarf, so bedarf auch jede des allgemeinen Tauschmittels, einer Baarschaft, für Anschaffung theils von Verbrauchs-, theils von Erzeugungsmitteln; die Baarschaft ist aufgehobenes Erwerbs- oder aufgehobenes Verbrauchsvermögen, eventuelles Kapital- oder eventuelles Genußvermögen. Damit erweist sich aus Entschiedenheit jedes Privatvermögen als Glied eines gesellschaftlichen Vermögensverhältnisses.

Das Geldvermögen wird gewöhnlich als das Kapital schlechthin angesehen. Vom Standpunkt der Einzelwirtschaft, die sich taufend-fällig ihre Produktionsmittel aus anderen Wirtschaften zu holen hat und dieses nur mittelst der Kaufkraft des allgemeinen Werthgegenstandes (Geldes) vermag, ist dies ersichtlich.

Für das Unternehmungsvermögen und für den Haushalt erscheint der Geldvorrath als besonderes Institut in der Kasse, welche die gesellschaftliche Verflochtenheit jeder Einzelunternehmung und jedes Haushaltes ebenfalls zur Anschauung bringt.

Die Kasse der Unternehmung muß diejenige Summe in sich enthalten, welche in der gegebenen Zeit nöthig ist, um Auslagen und Unkosten zu decken, sofern sie nicht durch heimfallende Geschäftskredite gedeckt sind.

Die Ordnung der Kasse ist von hervorragender Wichtigkeit für den geordneten Gang der ganzen Unternehmung. Die Regelung des Kassens-tandes im Anschluß an den Auslagen- und Unkostenbedarf der Unternehmung nennt man auch das **Disponiren**.

Die Kassendisposition wird sehr vermehrt durch die Existenz guter Bankinstitute, mit welchen die Unternehmungskasse in laufendem Verkehr (Corrent) sich befindet. Durch die Depositenbanken und Clearinghäuser (§ 73, a, 1) wird das Kassenvesen für Alle das Geschäft weniger Banken.

§ 126. **Größe des Vermögens.** Wie jedes Gut, so hat auch jedes Vermögen als Inbegriff eines einzelwirtschaftlichen Güterbestandes ein gewisses Werthmaß, eine bestimmte „Größe“. Nach dieser Werthgröße vergleicht man die Vermögen (§ 18, § 1). Und wie man im gewöhnlichen Sprachgebrauch Werth und Maß des Werthes oft verwechselt, so spricht man oft von Vermögen, wo man das Maß des Vermögenswerthes im Auge hat.

Das Vermögen, sofern es als Erwerbsvermögen, nicht als Gebrauchvermögen in Betracht kommt, empfängt den Ausdruck seines Werthes an der Größe des Einkommens. Ein Privatkapital, welches kein Reineinkommen gewährt, ist werthlos und wird alsbald gar nicht mehr als Vermögen gedacht.

Das Kapitalvermögen hat schließlich die Bestimmung, Einkommen zu geben, und kann daher nur an der Größe seiner Einkommenskraft das Maß seines wirtschaftlichen Werthes empfangen. Wenn z. B. eine Verwerthunternehmung immer nur so viel für ihre Produkte erhält, als die selben kosten, oder gar weniger, so ist dieselbe für den Besitzer zweck- und werthlos, sie „vermag“ Nichts mehr für den Besitzer. Wenn dieselbe einen solchen Ertrag giebt, daß sie außer Deckung der Betriebskosten auch noch einen Theil, oder aber einen Theil des Anlagekapitals verzinst, so setzt er sie vielleicht fort, indem er in seinen Wägen den Anlagekapitalwerth um die nicht verzinst Summe „herabwirft“, also einen solchen Werthverlust hinnimmt, nach dessen Abzug das Unternehmungskapital wieder ein übliches Reineinkommen gewährt und Vermögen wird, oder er veräußert sie zu einem Preis, bei welchem der neue Besitzer wieder ein

Reineinkommen hoffen kann. Ist letzteres zu keinem Preis, selbst nicht bei einer starken Abschreibung möglich, so findet das privatwirtschaftliche Kapital selbst verwerthet seinen Werthwächter mehr, es ist kein Vermögen mehr und wird verlassen. Wie in diesem Fall geht es in allen andern, wo fixes Kapital unproduktiv wird. Unlaufendes kann dagegen schnell in neue Bahnen des Reinertrages gelenkt werden.

§ 127. **Kapitalisirung des Vermögens.** Aus dem Vorigen erklärt sich das sog. Kapitalisiren des Einkommens. Sollen Bestandtheile des Kapitalvermögens veräußert werden, so muß man das Vermögen auf einen Geldpreis bringen, was so geschieht, daß das Reineinkommen nach dem laufenden Geldzinsfuß kapitalisirt, zu Geld angeschlagen wird. Die Kapitalisirung (Geldverwerthung, nicht zu verwechseln mit dem Begriff der Kapitalbildung § 49) des Reineinkommens ergibt den Vermögenspreis. Dieses Kapitalisiren hat nur einen Zweck, wofür das Vermögen veräußert werden kann. Es kann aber nur das Güter-, nicht auch das persönliche Vermögen (Arbeitsfähigkeit u. f. w.) veräußert werden; ein Theil des persönlichen Kapitals allerdings, das Geschäftsenomme z. B., verdrängt sich mit den äußeren Anstalten seiner Ausübung in der Firma, es kann veräußert und vom Käufer, wenn er diesem Renomme seiner Persönlichkeit nach gewachsen ist, auch festgehalten werden, — in der That wird der Firmenwerth kapitalisirt.

Das Einkommen vom Kapitalvermögen ist allerdings nicht völlig unabhängig von der Person des Wirtschafters, also von dessen Arbeitsvermögen (einschließlich der Unternehmerfähigkeiten). Wo nun besondere Eigenschaften des Besitzers besonderen Antheil am Reineinkommen haben, welche dem nächsten Besitzer nicht eigen sind, da wird für die Kapitalisirung oder den Preis des betreffenden Kapitalvermögens dasjenige Reineinkommen angenommen, welches mit der durchschnittlichen Fähigkeit aus dem Kapital gezogen werden kann, wenn nicht etwa durch Firmabelassung, unter Führung oder Dank der Gewohnheit des Publikums, fort und fort auf ein in der ersten Inhaberpersönlichkeit wurzelndes Reineinkommen gerechnet wird.

So ergibt sich denn der Satz, daß das Kapitalvermögen nach dem privatwirtschaftlichen Reineinkommen um so fester und allgemeingültiger in Geldpreisen angeschlagen werden kann, je weniger das Reineinkommen daraus auf außerordentlichen persönlichen Eigenschaften beruht.

Nicht bloß das vom Besitzer selbst umgetriebene Kapitalvermögen wird nach dem Einkommen bewertet, sondern auch das Leihkapitalvermögen, welches bei gleicher Sicherheit künftiger Erstattung — seinen Verkaufs-werth (Kurdwerth), sei es über, sei es unter Pari nach der Höhe des Zinses sich reguliren sieht.

§ 128. **Vermögenswechsel.** Ein Wechsel des Einkommens muß folgerichtig auch eine Veränderung des Kapitalvermögens nach sich ziehen. Dieser Vermögenswechsel folgt dem Werth- und Produktionsgefes.

Kapitalvermögen strebt stets nach der höchsten Werthvergrößerung,

d. h. es sucht diejenige Anlage sich zu geben, bei der es die höchsten (Ueberschüsse) Gewinne und Reineinkommen erzielt. Nach diesem Ziel streben aber, gemäß dem Gesetz des § 96, alle Vermögen. Es kann kein Vermögen in derselben Kapitalanlage verharren, sofern es das Bestreben nach dem größten Gewinne beibehält. Es muß vielmehr seinem Kapital immer wieder eine andere Anlage geben, d. h. immer diejenige, bei welcher das größte Reineinkommen und die höchste Vermögensvermehrung zu erwarten ist.

In der That hat jeder aufmerksame Privatwirth das Auge stets auf solche Veränderungen gerichtet, und wenn auch langsam, jede Privatwirtschaft ist doch in steter Veränderung der Ordnung ihrer Erwerbsmittel begriffen. Diese Veränderlichkeit liegt in der oft erwähnten Eigenschaft des Kapitals, in dessen ewigem Selbstverwandlungsflusse, sie eignet in höherem Grade dem Umlaufenden als dem stehenden Kapital, wie denn z. B. ein Kaufmann viel leichter von der Zuders- zur Lederspekulation übergeht, als ein Zudersplanzer zur Viehwirtschaft.

Der ganze Prozeß ist dem Stoffwechsel zu vergleichen, vermöge dessen der Körper stets sich verwandelt.

Die Erhaltung und Vermehrung des Vermögens im Wechsel seiner Substanz ist Gegenstand fortlaufender Berechnungen, der Kalkulation.

Ohne Kalkulation sind sichere Gewinne nicht möglich, wird man sich über die vortheilhafteste Art der Vermögensänderung nicht klar. Scharfe und sichere Kalkulation gilt daher mit Recht als eine der ersten geschäftsmännlichen Fähigkeiten.

Der auf die Reineinkommensvermehrung gerichtete Kalkül kann zweierlei Zielpunkte haben: Vermehrung durch Ersparung in den Verwendungen oder Vermehrung durch neue Richtung der Spekulation.

a) Die Ersparung in der Güterverzeugung erfolgt in der Regel durch gute Aufsicht, Vorzicht gegen Gefahr, Erfindung wohlfeilerer Erzeugungsmethoden. Die Vermögensvergrößerung auf diesem Wege ist nicht sehr beständig, da bald alle konkurrierenden Privatwirtschaften sie sich anzu-eignen pflegen. Aber es werden zum Zweck dieser Art von Vermögensvergrößerung immer neue Ersparungswege eingeschlagen, wobei die Wissenschaft den Wegzeiger macht. Hier ist es, wo der Gewinnbrand die Wissenschaft mit dem „praktischen Leben“ vereint und die Erreichung einer immer größeren Effektivkraft der Gesamtwirtschaft durchsetzt.

b) Die andere Art der Vermehrung des Reineinkommens setzt eine Veränderung der Kapitalanlage voraus. Man sucht durch Vermehrung des Kapitals oder durch geänderte Richtung der Kapitalmittel auf ergiebigere Ziele das Reineinkommen zu vermehren. Diejenige Kapitalanlage wird gewählt, welche den größten Reinertrag giebt.

So wird also in der Privatwirtschaft der Werth das Mittel, die Wirtschaften jenseits auf die gerade bedeutsamsten Punkte hinzulenken. Die beharrliche Aufmerksamkeit auf vortheilhaftesten Vermögenswechsel, einerseits durch Ersparung, andererseits durch Kapitalanlageveränderung, die

Spekulation, ist daher nicht nur nicht schädlich und verdammlieh, sondern nützlich und achtbar. Nur wo die Spekulation durch Betrug und Täuschung den Vermögenswechsel künstlich und gegen die wirklichen Voraussetzungen des Wertes zu gestalten sucht (Agiotage), also unwirksam (unreell) wird, ist sie verwerflich.

Auch alle Mittel und Institutionen, deren sich die Spekulation bedient: die Waaren-, Geld-, Kredit-Börsen, Geschäftsbüros und Kursberichte u. s. w. sind, wenn sie „reell“ bleiben, berechtigt und höchst nützlich, weil sie dazu dienen, aufs Schnellste, Nüchternste und Allgemeinste die Werthe festzustellen und auszusprechen und dadurch den Privatvermögen, beziehungsweise dem ganzen Wirtschaftsleben in jedem Augenblicke die dem Werth und Produktionsgesetz angemessene Richtung zu geben.

Das Vermögen erscheint sonach jederzeit als das Resultat beharrlicher Anstrengung, als ein Maß persönlicher Fähigkeit und Bedeutung, es verlangt eine entsprechende Persönlichkeit für seine Verwaltung und Erhaltung. Nicht umsonst hat es daher unter dieser Voraussetzung vom Anfang der Menschheit an bis heute als ein wichtiger Maßstab des gesellschaftlichen Ansehens und der politischen Geltung gedient. Zuerst ist auf das Grundvermögen der ständische Staat, dann auf das gewerbliche und persönliche Einkommen der konstitutionelle Staat (Census) begründet worden.

Das Vermögen, indem es stets wechselt und sich umbilden muß in Folge der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse, muß stets erhalten oder eigentlich neu erworben werden. Es legt Arbeit auf, ist nicht, wie falsche Freunde der Arbeiter sagen, arbeitslos. Es nöthigt stets zu neuer Thätigkeit und Anstrengung, es kann kein vertheimertes Erbschaftsbleiben, wie dies auch unser Nationalablicher (Stöbe im Kampf) so treffend ausdrückt:

Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Gewirb es, um es zu besitzen.

Das Gesetz des Vermögenswechsels, wodurch das Gütervermögen des Einzelnen immer wieder in Abhängigkeit zu seinem Arbeitsvermögen tritt, setzt auch der endlosen Vermehrung des Privatreichthums eine gewisse Schranke. Das Vermögen ist, je größer es wird, um so schwerer von einer Person zu erhalten, und fremde „Verwalter“ erhalten nicht so gut. Wenn die Art der Anlage (z. B. die kaufmännische) des großen Vermögens schnelle Umbildungen erfordert, so wird die Gefahr der Verluste an Vermögen immer größer. Das große kaufmännische Vermögen der mittelalterlichen Reichthümer, der Fugger, Bardi, Montecaldi besteht nicht mehr. Der schwereren Erhaltung wegen strebt daher das große Vermögen nach der Grundbesitzanlage; im Grundbesitz wird es am leichtesten erhalten.

Das Gütervermögen zeigt auch hier wieder seinen unzerreißlichen Zusammenhang mit dem Arbeitsvermögen, der materielle Inhalt der Wirtschaft seine Abhängigkeit vom persönlichen Träger dieser Wirtschaft!

§ 129. Das Vermögensrecht. Das Recht, vom Staate geübt, ist

überhaupt der Inbegriff der Bedingungen, durch deren Erfüllung die in der Gesellschaft zusammenwirkenden und zusammenstoßenden Einzelpersönlichkeiten zusammenbeziehen und in eine Ordnung barmherziger Gesamtentwicklung sich auflösen. Das Recht ist durch den Staat die Macht, welche die Einzelbestrebungen beschneidet und fördernd in einander „richtet“. Bezüglich der Vermögensverfügung über die ökonomischen Güter muß nun ebenfalls eine solche Ordnung vorhanden sein, und für jede Person den Kreis der Verfügung über ökonomische Güter bestimmen. Das Vermögen als das Gebiet der Güterherrschaft der einzelnen vermöglichen Person wird daher vom Rechte getragen, da es sich hier um Collisionen güterbeherrschender Willen handelt; das Vermögen ist nur durch die gemeinwirtschaftliche staatliche Funktion des Rechtsschutzes denkbar, und zwar nicht bloß das Gütervermögen, sondern auch das Arbeitsvermögen, wenigstens was die einzelnen Ausflüsse des Arbeitsvermögens — die Leistungen betrifft. Im Vermögensrechte (Privatrechte) ragt bereits das gemeinwirtschaftliche staatliche in das privatwirtschaftliche Güterleben herein; im Polizei- Strafrecht ist dasselbe in anderer Weise der Fall.

Ohne Schutz des Vermögens durch das Recht wäre der Kern des wirtschaftlichen Interesses erloschen.

Je mehr deshalb der Mensch von der einfachen Benützung des Naturfaktors (erkenntlicher Wirtschaft) zur Gewinnung der Güter durch intensive Arbeits- und Kapitalwirtschaft übergeht (§ 22), desto mehr muß das Recht des Vermögens sich schärfen. Diese wirtschaftliche Notwendigkeit des Vermögensrechtes wird in der That von jedem Blatte der Rechtsgeschichte bestätigt.

Daraus quillt sowohl das Eigentums- als das Forderungenrecht.

a) Die unbeschränkte rechtliche Herrschaft über eine körperliche Sache ist das Eigentum.

Das Eigentumsrecht hat zum wirtschaftlichen Inhalt seiner unbeschränkten rechtlichen Herrschaft über die Sache die ausschließliche Verfügung über die Sache mittelst eigener oder überlassener Verwertung.

Der Gebrauch des Eigentums hat zwar in der Regel keine rechtliche Beschränkung, aber eine innere durch den allgemeinen Wirtschaftszweck gebundene. Das Eigentum über eine Sache mag noch so sehr begründet sein in der persönlichen Hingabe der Erarbeitung durch den Eigentümer selbst oder durch den Erlasser oder sonstigen Rechtsvorgänger des Eigentümers, so soll doch der Gebrauch des Eigentums kein schrankenloser sein. Die Grenze des Eigentumsgebrauches fällt zusammen mit dem Vorhandensein eines vernünftigen Wirtschaftszweckes (Bedarfes) für den Eigentumsgegenstand. Jeder Eigentumsgebrauch und nur der Eigentumsgebrauch, welcher und soweit er dem vernünftigen Wirtschaftszweck sinnlich-sittlicher Entfaltung eines Menschen wirklich entspricht, ist sittlich, wenn auch das bürgerliche Gesetz selten im Stande ist, diese wirtschaftlich-sittlichen Grenzen des Eigentumsrechtes strenge zu handhaben.

Somit soll die durch das Eigentumsrecht gegebene Verfügung über eine Sache nie eine wirtschaftlich zwecklose, muthwillige Zerstörung, auch nicht ein trüges Unbenutzlassen, sondern die vernünftige beste Verwertung sein. Das bürgerliche Gesetz ist zwar in der Regel unmächtig, hier die ganze Strenge des vernünftigen Wirtschaftszweckes in sich aufzunehmen, es kann nicht die Verschwendung, nicht das muthwillige Verderben durch den Eigentümer verfolgen, außer etwa durch Mundtoterklärung der Verschwender, durch die (meist nutzlose) Bestrafung von Lurus und Wöllerei, durch polizeiliche Verbütung des Raubbaues in Vergewerten u. s. w. Das Gefühl der Sitte im Volke dagegen hat in der Regel einen scharfen Widerwillen gegen zwecklose oder unvernünftige Eigentumsverwendung, gegen Verschwendung und Leppigkeit im Großen und im Kleinen. Oft aber auch wird der Staat durch Verbot solchen Gebrauchs das Organ höherer Wirtschaftlichkeit.

Gewissen wichtigen Instituten des bürgerlichen Rechts liegt übrigens bei Bestimmung der Tragweite des Eigentumsrechtes genau die Auffassung zu Grunde, daß das wirtschaftliche Vorhandensein des wirtschaftlichen Bedürfnisses für das Gut Umfang und Dauer des Eigentumsrechtes daran bestimme.

So beim Eigentumsverlust eines fremden Gutes durch die sogenannte erzkende Verjährung, und beim Erlöschen des Eigentumsrechtes durch Nichtgebrauch. Daß hier dem thatsächlichen Besitzer an Stelle des Eigentümers ein Recht erwächst, daß das Eigentumsrecht durch Nichtgebrauch aufhört, der Verjährung unterliegt, beruht gewiß nicht so sehr auf einem in der Besinnahme (Okkupation) liegenden Rechtsgrund oder auf einer Schuld der Vernachlässigung, als vielmehr auf der Anschauung, daß die materielle Voraussetzung des förmlichen Eigentumsrechtes das wirtschaftliche Vorhandensein zweckmäßigen Bedürfnisses für das im Eigentum befindliche Gut sei.

Noch mehr als gegen Zerstörung oder Nichtgebrauch wird die ausschließliche Eigentumsverfügung nach Maßgabe des wirtschaftlichen Bedürfnisses vom bürgerlichen Recht eingeschränkt, sofern der Eigentumsgegenstand Bedarf auch für Andere, nicht bloß für den Eigentümer ist. Durch Rechtsinstitutionen macht der Staat als ein Organ der Gemeinwirtschaft den theilweise gemeinwirtschaftlichen Charakter des Gutes geltend.

In gewissem Sinne steht nun jedes Vermögen und jeder Vermögenszettel im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Leben der Gesamtheit; unnütze und zweckwidrige Verwertung eines Gutes übert auf zwecklose Weise die Vertheilung des wirtschaftlichen Gesamtlebens und ist daher eine unsittliche Verletzung der Gesamtheit. Letztere tritt aber nur bei bedeutenderen Verletzungen entgegen, z. B. früher den Zerstörungen von Lebensmittelvorräthen behufs wucherischer Preissteigerung.

Gewisse Eigentumsgegenstände sind aber ein fast absolutes Bedürfnis auch für Andere als für den Eigentümer; z. B. ein Acker zur Ueber-

sahrt für den Eigentümer eines nebenliegenden eingeschlossenen Acker, ein tiefer gelegenes Grundstück für die Wasserableitung eines zu drainierenden höheren Feldes u. s. w. Hier muß der Eigentümer des bedürftigen Grundstücks eine entsprechende Beschränkung an fremden Eigentumsrechte des benachbarten Grundstücks durchzuführen, zum Zweck der besten Verwertung seines Eigentums ein „dingliches Recht“ an dem fremden Eigentum, eine „Dienstbarkeit“ (Servitut) des fremden Gutes für das eigene Grundstück zu erwerben suchen.

Diese Regelungen und Beschränkungen der absoluten Eigentumsrechte nach in der Sache liegenden dauernden gemeinschaftlichen Bedarfsverhältnissen durch dingliche Berechtigungen und Belastungen ist gewöhnlich dem freien Privatübereinkommen überlassen. Wo aber das wirtschaftliche Mitbedürfnis ein absolutes oder von einem überwiegenden öffentlichen Interesse ist, da tritt das öffentliche Recht regelnd ein durch Aufstellung sogen. Gesetzeservituten, durch Expropriationen, durch den Zwang zur Güterzusammenlegung, zu Drainierungen, Selbstregulierungen u. s. w. Ueberall ist die wirkliche wirtschaftliche Verwertung des Eigentums gegenstands der tieferen Grund der Fülle oder der Beschränktheit in der Ausübung des Eigentumsrechtes.

So zeigt sich schon an Gütern, welche eine gemischte individuell-gemeinsame wirtschaftliche Bedeutung haben, das rechtliche Eingreifen des Staates als eine Funktion höherer Wirtschaftlichkeit.

Der Schutz des Privateigentums selbst in seiner regelmäßigen Ausschließlichkeit gegen Mitbenützung ist indessen nicht weniger eine Funktion höherer Wirtschaftlichkeit im gemeinsamen Interesse Aller. Ohne Eigentum würde der zweckmäßigste Verkehr der Persönlichkeiten mit ihren geeignetsten Wirtschaftsmitteln, würde die intensivste Ordnung der Bedürfnisbefriedigung gestört werden. Ohne Eigentum ist keine höhere Wirtschaftlichkeit denkbar (sie fehlt z. B. bei kurzer Zeitpacht und bei Besitz auf Widerruf); denn die Person ist dann der erwirkten Mittel ihres Bedarfes nicht sicher, nimmt sich ihrer Erhaltung und verbessernden Veranbarung nicht an, kann die Zukunft nicht bedenken und kein Interesse an der Gesellschafts- und Staatsordnung haben.

Gesellschaftlich betrachtet hat sich denn auch das Privateigentum mit zunehmender Gestalt immer schärfer gestaltet; während die Wilden Diebstahl nicht verachten, mittelalterliche Volksrechte nur den frisch ertappten Dieb strafen, während namentlich Grund und Boden ursprünglich sich nicht im Private, sondern nur im Gemeinde-, Volks- oder Familieneigentum steht, ist er jetzt unter Lebenden und von Todes wegen, selbst durch Testament, unbeschränkt übertragbar, ist der Diebstahl eines der häufigsten Verbrechen.

Aber allerdings ist, wie schon gesagt worden ist, der Gebrauch des Eigentums an die Voraussetzung wirklich vernünftigen Bedarfes gebunden. Ohne diesen tieferen wirtschaftlichen Grund verliert das Eigentum

sein inneres Recht. Das möge der üppige unästhetische Reichtum wohl bedenken, wenn er sich besugelt halten will, dem Proletariat das Recht des Eigentums zu demonstrieren. Sociale Krisen können nicht ausbleiben, wenn Hunderte im zwecklosen Ueberflusse, Tausende im Mangel an Mitteln zu zweckmäßiger Entfaltung sich ruinieren.

b) Forderungen. Der Mensch vollzieht — wie wir oft bemerkt und durch welche Bemerkung dieser Paragraph zum nächsten den Uebergang bildet — seinen Wirtschaftszweck nicht abgeschlossen in seiner eigenen Sphäre, sondern in einer unübersehbaren dienstfertigen Sicherung, wobei die Menschen durch freie Uebereinkunft, Vertrag, — wenigstens entspricht dieses der Würde des Menschen —, einander ihre persönlichen Kräfte und unpersönlichen Wirtschaftsmittel nach vorgenommener Tauschwerthschätzung gegenseitig zuführen (leihen — leisten). Sie sind millionenfältig genötigt, im Wege des Vertrages gegenseitig Ansprüche auf Dienst- und Sachleistungen — nach der Seite des Rechtes Forderungen — zu begründen; die Forderung persönlicher Leistungen entsteht z. B. durch den Dienstvertrag, die Forderung auf die Leistung von Sachen durch Kauf, Mieth, Pacht-Vertrag.

Die beiden, eintheils die privatwirtschaftliche Eigenheit, andertheils die privatwirtschaftliche Gegenseitigkeit repräsentierenden notwendigen Pole des Privatrechtes sind: Eigentum und Forderung (Obligationenrecht). Der Raum gestaltet sich leider nicht, von hier aus im Einzelnen die Verknüpfung des Zivilrechtes mit den wirtschaftlichen Grundbegriffen nachzuweisen.

c) Erbrecht. Der Mensch ist aber nicht ein absolut einzelner weder zeitlich, noch räumlich. Seine Persönlichkeit ist innigst verbunden mit den Eltern, von denen er abstammt, den Kindern, denen er das Leben giebt, dem Ehegatten, mit dem er sich zu einer unteilbaren persönlichen Lebensgemeinschaft zusammenschließt, mit den Bluts- und Schwägerchaftsverwandten. Wenn sein Wirtschaftszweck zugleich mit und für die sie vollzieht, so muß auch die Verfügung über die erzwungenen Mittel diesen zufallen, auf sie sich fortplanzen, sobald die Persönlichkeit, die ihr Quells und Mittelpunkt gewesen, aufhört. Daraus beruht das Erbrecht. Es hat einen um so tieferen Grund, je näher das persönliche freigebliebte (daraus begründet sich das Testamentserbrecht) oder das natürlich gegebene Verhältnis zwischen Erblasser und Erben war. Den sichersten Grund hat es ohne Zweifel bei entferntesten Seitenverwandtschaften, für welche daher die Erbschaftsbesteuerung eine Progression eintreten läßt und in der Regel eine noch größere, wenigstens von einem gewissen höheren Betrage des Erbtheils an, eintreten lassen sollte. Aber selbst das entfernteste Seitenerbrecht hat noch wahreren Grund, als die Güteraussteilung der Kommunisten, bei welcher die Verfügung über die Güter weder von der persönlichen eigenen Erarbeitung, noch von der Ordnung der eigenthümlichen Bedarfsverhältnisse, noch von der persönlichen Lebensgemeinschaft mit dem Arbeiter irgendwie abhängig gemacht ist.

Auch mittelbar ist das Erbrecht volkswirtschaftlich wichtig, z. B. für Verteilung des bürgerlichen Grundbesitzes, für Erhaltung großer Unternehmervermögen im Wege testamentarischer Verfügung. (Sehr gut hierüber ist Le Play, la réforme sociale 1884.)

Das Erbrecht findet jedoch seine volle Rechtfertigung nicht lediglich in privatwirtschaftlichen Verhältnissen, sondern erst im gemeinwirtschaftlichen System der Familie. Dieß aber gehört dem zweiten Hauptabschnitt an (vgl. § 192—194).

XVIII. Kapitel: Die privatwirtschaftliche Verteilung des Volkseinkommens.

§ 130. Zweierlei Verteilungskanäle des Volkseinkommens. Was die Volkseinkommensverteilung betrifft, so beschäftigt sich die Nationalökonomie mit demjenigen Einkommen, welches in § 122 das unmittelbar ursprüngliche Einkommen genannt wurde, und mit dem abgeleiteten Einkommen überhaupt nicht näher, —

a) das abgeleitete reguliert sich zu wenig nach festen Gesetzen, obwohl an Ende selbst im abgeleiteten Einkommen der Diebe, wie neuerdings wieder Guerry's Werk über Criminalstatistik gezeigt hat, eine gewisse Gesetzmäßigkeit obwaltet.

Andere Arten von abgeleiteten Einkommen lassen wohl sehr interessante nationalökonomische Betrachtungen zu, so namentlich das Verhältnis, in welchem die wirtschaftlich unreifen Altersklassen, Greise und Kranke, beide Geschlechter von einander Einkommen ableiten. Ein großer Bestand unproduktiver Zehrer ist volkswirtschaftlich nicht gleichgültiges; er ist ein Krebs, welcher an der ökonomischen Lage der produktiven Klassen zehrt. Ein Volk, welches einen größeren Theil der Geborenen durch das produktive Alter gesund, arbeitswillig und arbeitsfähig hindurchbringt, ist offenbar viel besser daran, als ein anderes, welches fortlaufend den größeren Theil der Geborenen vor der Reife der Produktivität sammt den Erziehungskosten ins Grab sinken sieht. Außerst interessante Beobachtungen in dieser Richtung haben unter den Deutschen neuerdings der geistvolle Engel und der gewissenhafte Wappäus als Statistiker eröffnet. Wir können aber für diese Forschungen hier nur den Platz im System bezeichnen, ohne ins Einzelne folgen zu können. (Aber „abgeleitetes“ Einkommen der Armen und der Frauen vergl. § 156 u. 196.)

b) Das unmittelbar ursprüngliche Einkommen an Eigenprodukten bietet der wirtschaftlichen Gesellschaftswissenschaft nur wenige Beobachtungen dar, obwohl es im Landleben (Hausbrauch der Bauern) noch eine große Rolle spielt und hier, z. B. auf die Gestaltung der Kornpreise durch relativ geringe bäuerliche Ueberschußlieferungen, indirect einen großen Einfluß übt, einfließt einen noch größeren geübt hat.

Die Nationalökonomie ist an dem wie gesellschaftlich erzeugt

ten, so gesellschaftlich sich vertheilenden Einkommen vorzuzugweise interessirt.

Es sind nun zwei Hauptarten von Kanälen, durch welche das letztere an die Einzelvermögen sich vertheilt, nämlich erstens die gemeinwirtschaftliche Art, zweitens die auf Tausch und Konkurrenz beruhende.

1) Auf gemeinwirtschaftliche Weise vertheilt sich viel Einkommen schon in der Familie, — theils in Sachgütern, welche von den Familiengenossen gemeinsam erzeugt und gemeinsam verbraucht werden, theils bei wechselseitiger Bedienung in Dienstleistungsgütern. Welche Summe von Leistungsgütern umschließt die erziehende Thätigkeit der Frau!

Gemeinwirtschaftlich beziehen sodann theils durch freien, theils durch erzwungenen Beitrag viel Einkommen die Vereine, Kirchen, Gemeinden, insbesondere aber der Staat, welcher sein Einkommen theils privatwirtschaftlich aus dem Reinertrag an Domänen und Gewerben bezieht, theils zwangsweise durch Steuern aus dem sonstigen Volkseinkommen. Freilich erhalten die Privaten normaler Weise vom Staat ein Gegeneinkommen an öffentlichen Gütern, welche theils den Reinertrag der privatwirtschaftlichen Produktion erhöhen (z. B. Straßen), theils direkt dem Genuße dienen (öffentliche Kunstsammlungen).

Diesen Abfluß aus dem Gesamteinkommen der Privatvermögen an die öffentlichen und gemeinsamen Wirtschaften verfolgen wir jedoch erst im zweiten Hauptabschnitt. Hier beschäftigt uns zunächst die privatwirtschaftliche Vertheilungsweise des Volkseinkommens.

Als ihr Mittelpunkt sind bereits in § 107 die verchiedenen Formen der Unternehmung dargestellt.

Der Unternehmer selbst bezieht seinen Antheil als Unternehmergewinn, welcher als Ueberschuß der Absatzpreise über sämtliche Kosten einschließlich der Berechnung üblichen Lohnes und Zinses für eigene Arbeit und für das eigene wie fremde Kapital (Festkapital) sich darstellt.

Der Kapitalist, welcher sein Kapital dem Unternehmer überläßt, bezieht durch den mit letzterem bedungenen Zins einen Antheil an dem Einkommen, zu welchem er durch abgetretene Kapitalnuzungen beiträgt, und der Arbeiter bezieht im Lohn, wofür er seine Arbeitseffekte an die Güterbildung einer neuen Betriebsperiode abgetreten hat, sein Einkommen.

Die Lehren von Zins, Lohn und Unternehmergewinn, beschäffigen uns daher zunächst.

Auch hierbei darf man indessen nie aus dem Auge verlieren, daß dieser in Tauschkonkurrenz der Unternehmer, Arbeiter und Kapitalisther sich vollziehende Prozeß der Volkseinkommensvertheilung ein in der Zeit sich erstreckender ist.

Die Güter, welche der Arbeiter mittelst seines Geldlohnes kauft und als sein wahres Einkommen bezieht, sind Erzeugnisse einer vorausgegangenen, ja vielleicht einer lange vorausgegangenen Periode. Es werden die Elemente (Arbeiten und Kapitalnuzungen) neuen Genußvermögens mit schon fertigen Genußgütern bezahlt, auf deren Ansfolgung aus

den Magazinen der Gesellschaft der Geldlohn nur eine Anweisung ist. Diese Genußgüter sind aus früheren Arbeitseffekten und Kapitalien geworden und die für sie gegen Lohn hingebenen neuen Arbeitseffekte setzen neues Ertragskapital an, z. B. wenn der Müllerertrag Unterhalt erhält und dafür im Maß neues umlaufendes Kapital schafft, welches abermals zum Genußgut Werd wird.

Umgekehrt hatten der Unternehmer, welcher mit eigenem Kapital wirtschaftet, sowie der Leihkapitalist, welcher erstere leihweise (Kredit, Pacht, Miete) das seine überläßt, den Anspruch auf Genußgüter, welche sie mit ihrem in Geld verwandelten Vermögen hätten beziehen können. Sie legten aber dieses Vermögen (s. § 48—50) zu Kapital in eigenem oder fremdem Umtrieb an, gestatteten hiemit, daß Arbeiter an ihrer Stelle Genußgüter verzehren konnten und Sachgüter in höhere Güterformen übergingen, und beziehen nun, indem sie am Kapitalstamm künftiges Vermögen heranziehen, Gegenwerte künftiger Vollerndung, welche das Kapital entweder in neuer Kapitalform oder in Form von Genußvermögen erzeugen. Daneben empfangen sie für das Opfer entbehrten Vermögensgenusses und aufgewandeter Unternehmertätigkeit als Gegenwert den Zins und den Unternehmergewinn, den sie, sei es zur Genußverwendung, sei es zu weiterer Kapitalvermehrung anwenden. Den während der Unternehmung gezogenen Unterhalt bestreiten sie mit Genußmitteln, wofür wenigstens dem Unternehmer ein neuer Gegenwert in dem Ertrag seiner laufenden Arbeit später zu gut kommt.

Man muß sich mit dieser Anschauung vertraut machen, um den gesellschaftlichen Proceß der auf Tausch und Konkurrenz beruhenden Verteilung des Volkseinkommens vollständig klar aufzufassen.

XIX. Kapital: a) Das Sachgütervermögen in fremder Verwendung, Kredit und Zins.

aa) Lehre vom Kredit.

§ 131. Das Leihkapital. Die Ankaufung von ökonomischen Werten zu Kapitalvermögen geschieht in der Abicht, theils den Stammwert in die Zukunft zu übertragen, theils periodische Reinerträge aus dem Kapital zu ziehen.

Dies geschieht entweder so, daß Genußvermögen gegen Güter verkauft wird, welche unter Verwahrung ihres Stammwertes der Erzielung von Einkommen dienen können,

oder so, daß Einkommen, welches als Geld weder die Form von Genuß noch von Kapitalvermögen hat, der Erwerbung von Kapitalvermögen dient,

oder so, daß Genußgüter, welche durch anderweitige Anwendung als

Kapitalgüter dienen können, z. B. ein Wohnhaus als Werkhaus, dem letzteren Zwecke zugeführt werden,

oder so, daß Kapitalgüter aufgeschalten werden, schon jetzt in Genußgüterform überzugehen, z. B. Baumaterial, welches für ein Fabrikgebäude, statt für eine Villa verwendet wird (vergl. über Kapital und Kredit s. § 50).

Der Reinertrag erwächst aus zwei Faktoren: aus der Betriebsamkeit, welche das Kapitalvermögen auf die bestimmungsgemäße Heranführung zu neuen Güterformen betreibt (umtreibt) und aus dem Kapitalvermögen selbst, welches umgetrieben wird. Der sog. Kapitalprofit (Reinertrag) ist ein Ergebnis beider Elemente.

Der Kapitaleigner kann nun selbst Unternehmer sein oder er kann einem andern Unternehmer gegen Vergeltung, Zins, die Kapitalbenützung überlassen.

Im ersten Falle lassen sich beiderlei Antheile nicht auseinander halten: derjenige, welcher auf das Kapitalguthum —, und derjenige, welcher auf den Kapitalumtrieb fällt.

Im zweiten Falle aber sind Darleher und Beliehene, Gläubiger und Schuldner Reinertragspartner. Jedem der beiden gebührt mit gleichem Recht ein Antheil, jenem Zins, diesem Gewinn.

Der Maßstab jedoch, nach welchem sich beide darin zu theilen haben, wird durch einen gehoberten Preiskampf zwischen beiden, und zwar in marktmäßiger Konkurrenz der die Kapitalnutzung Leisenden und der damit Beliehenen, entschieden. Das Ergebnis dieses Kampfes wechselt, jedoch ist der Zins als Marktpreis der Kapitalnutzung, wie aller Preis, in gewisse Schwankungsgrenzen eingeschlossen:

1) Der Zins muß dem Gläubiger noch die Entbehrung vergelten, vermöge deren er auf den Genuß verzichtet, beziehungsweise muß er den Gründen, welche auf den eigenen Kapitalumtrieb und ausschließlichen Reinertragsbezug zu verzichten veranlassen, das Uebergewicht erhalten. Im andern Falle wird der Leihkapitalist lieber ein Zehrer oder selbst ein Unternehmer.

2) Der Zins darf nicht so hoch sein, daß der Beliehene nicht mehr die Unternehmerrisiken in üblichem Unternehmergewinn aus dem Reinertrag vergolten erhält. Mit der Ueberschreitung des Reinertrages durch den Zins beginnt für den Schuldner sogar positive Einbuße.

In diesen äußersten Grenzen schwankt der Zins. Wir werden sie später näher betrachten.

§ 132. Arten des Leihkapitals.

1) Einzelne Arten liegenden Kapitals, bei welchen die Erhaltung der Substanz des Gutes in die Zukunft hinein controlirt werden kann, werden auf directe spätere Zurückgabe geliehen: Pachtgüter, Miethshäuser, selbst Maschinen, Stellvieh, Bücher der Leihbibliotheken, geharkte Schiffe u. s. w. Indessen pflegen hier in dem bezahlten Nutzungspreis (Pacht

zins, Mietzins) zugleich Abnutzungen, Renten (s. § 99), Risiko's u. c. mitbezahlt zu werden, so daß der stipulierte Zins selten reiner Zins ist.

2) Dagegen für Erwerbung anderer Arten des Kapitals, welche vom Schuldner substantiell ge- und verbraucht werden müssen, wird dem Beliehenden nur Geldwerth dargeliehen, sei es durch Geldanschlag concreter Kapitalgüter, sei es in Geldsummen, aus welchen der Beliehene die ihm wünschenswerthen Kapitalien selbst erst beschafft. Der Schuldstamm besteht hier in einer Summe fungibler Werthe: Geld, Getreide, Stüde bestimmter Kreditpapiergattungen, wovon gleiche Quantitäten von gleicher Qualität einander vertreten, vertretbar (lateinisch fungibel) sind.

Dieser Fall macht das Wesen des Kredites aus. Der Kredit ist selbst nur eine Art von Tauschhandel: Tausch nämlich von existenten, jedenfalls schon negociabeln fungibeln (Geld-)Werthen gegen gleiche in der Zukunft zurückzuleistende Gegenwerthe, unter Stipulation eines Preises für das Ueberlassen der Nutzung zu periodisch möglichen Reinerträgen.

§ 133. **Pachtgüter.** Unter den Leihkapitalien des § 132, Z. 1 nehmen Immobilien, insbesondere Grund und Boden als Pachtgut, eine Hauptstelle ein.

Großer Grundbesitz zu eigener Bewirthschaftung bietet große Schwierigkeiten, wenn man nicht zu ertensiver Bewirthschaftung (Wald, Weide) zurückgehen will, was den Gesamtreinvertrag schmälert. Wo daher sehr großer Grundbesitz besteht (Staatsdomänen, grundherdlicher, corporations-angehöriger Grundbesitz), da ist das Pachtssystem privat- und volkswirtschaftlich gegeben, und z. B. in England als längere Zeitpacht an Farmer, in Italien als eigenthümliche Halbpacht (metayage, mezzeria, s. § 243) sehr umfassend geübt. Im Mittelalter war das Pachtverhältniß sehr dal fixirt.

Freiwillig wird Grundeigenthum vom Eigenthümer selbst wirtschaftlicher umgetrieben, wenn es nicht zu groß ist, um von der Betriebsamkeit und der Kapitalkraft des Eigenthümers noch wirtschaftlich beherrscht werden zu können (deutsche Rittergüter, bäuerliche Hofgüter, Gartengüter u. f. w.).

Hausmiete — ist als Wohnungsmiete vorherrschend, als solche aber nicht Kauf einer Kapitalnutzung, sondern Kauf der Benützung eines stehenden Genußgutes.

Weiter ist die Naturalleihe fixer Kapitalien entwickelt im Charters der Schiffe (Ceterpartie), in der Wagenmiete der Eisenbahnen, letztere insbesondere beim englischen Eisenbahnütertransport. Allein hier eben ist die Ueberwindung der Nutzung leicht, ja die Nutzung fließt zum Theil

*) Vergl. zu der in diesem Buche vertretenen Kredittheorie meine Abhandlung D. V. S. 1861, 2. Hft. — Gegenüber neuerdings häufigen Plagiaten verweise ich hier ausdrücklich auf die hier genannte Abhandlung.

unter Direction des Kapitaleigenthümers (Schiffspersonal des Rhebers, Zugspersonal der Eisenbahn).

§ 134. **Kreditkapitalien oder fungible Leihkapitalien.** Diese sind vorherrschend.

Schon das fixe Kapital ist wenigstens da, wo eine stärkere Ver-
nützung stattfindet, nicht zum Darleihen geeignet, weil über den Ab-
nutzungsbeitrag viel Streit entstehen würde. Das fixe Kapital ist daher,
abgesehen von der Bodenwirtschaft, vielfach nicht direct, sondern nur mit
Hilfe des umlaufenden Kapitals leihbar. Wer z. B. Maschinen, Fabrik-
gebäude, Schiffe aus fremdem Vermögen haben will, sucht umlaufendes
fungibles Geldvermögen Anderer und schafft hiemit jene fixen Kapital-
güter an, welche ihrerseits dem Gelddarlehen zum Pfande dienen können
(Realkredit). Nun verfügt der Schuldner frei über diese, der Gläu-
biger wird, obgleich durch Pfandrecht auf dauernde Einkommensquellen
gesichert, doch der Controle und der Verrechnung der Abnutzungen ent-
hoben. Ein gemeinsamer Vortheil des Leihers und des Beliehenden wird
es so, nicht in natura und unter Rückersatzung desselben Gutes, sondern
in fungiblen Werth (Geld) — Leistung und Gegenleistung sich gleichzu-
stellen, und soweit aus dem Darlehen unbewegliche fixe Kapitalien von
Dauer erworben werden, diese zum Pfand zu geben.

Noch weit mehr gilt dieß, soferne man Umlaufkapitalien aus
fremdem Vermögen bedarf.

Diese kann man ihrer Bestimmung nach, nicht selbst zurückgeben;
Waaren sind bestimmt, verkauft —, Brennstoffe, verbrannt —, Wolle,
verspunnen —, Holz, bearbeitet zu werden und dann in neuer Form in
drittes Vermögen überzugehen. Hier könnte also an sich nur ein Leihen
in der Art stattfinden, daß nicht die geliehenen Güter selbst, sondern nur
gleichartige Güter in gleicher Quantität ersetzt werden. Aber wie schwie-
rig wäre die Rückersatzung, und wie beschwerlich und unsinnig, wenn
nach denselben Gütern später unter denselben Personen gar keine Nach-
frage mehr ist.

Es ergibt sich also von selbst, daß nur der allen andern Güterwerth
zeitlich und räumlich vertretende Güterwerth, daß nur — Geld der
Inhalt der jetzigen Kapitalleistung und der späteren Gegenleistung des zu
erhaltenden Kapitalwerthes sein kann; denn jetzt und künftig kann es in
jede concrete Güterform sofort umgesetzt werden.

Dies sind die Gründe, weshalb das Kapitalleihen vorzugsweise Geld-
kapitaltausch, **Kredit** wird.

Der Kredit selbst ist nationalökonomisch betrachtet ein in
der Zeit sich erstreckender Tausch fungibler Werthe mit
Vergütung der Zwischenutzungen; das Vertrauen ist nur der mora-
lische Begleiter, welcher da sein muß, weil die Gegenleistung in die Zu-
kunft fällt.

Durch den Kredit fügen sich fremde Kapitalien unter die Leistung
und in den Dienst einer andern Unternehmung, aber sie behalten, wie

alle in die Unternehmung sich einfügenden Vermögenstheile, ihren eigenen Einkommenszweck, d. h. sie werden hingegeben gegen das Versprechen der Wiedererstattung des Kapitalsummes nebst Nutzungspreisen.

Demgemäß vertritt sich der Kredit: erstens als Leistung, diese begründet ein Schuld- und Forderungsverhältnis (Schuldschein, Buchschuld, Obligation, Pfandbrief, Wechsel, Banknote, Anweisung, Prioritätsaktie u. s. w.) mehrerer Privatwirtschaften, und dieser Knoten löst sich wieder durch Niederstattung des Kapitals oder seines Geldwerthes, sowie durch Zahlung der Zinsen. Der Kreditprozeß ist eine unausschließliche Ergänzung und Separation der Einzelwirtschaften zur Herstellung, Veränderung und Auflösung der Kapitalien.

§ 135. Die Dienste des Kredites bestehen

1) in der Stellvertretung des Geldes, welche in den §§ 73, 77 ff. bereits erledigt ist —, also Beförderung des Güterumfuges und Ersparung des kostspieligen Baargelddienstes;

2) in der Ermöglichung der wirtschaftlichsten Verteilung des Vermögensgenusses auf verschiedene Zeiträume mit ungleichem Bedarf und zu Gunsten erwerbsfähiger Personen, Altersstufen, Berufs u. s. w.;

3) in der für jede Zeit und jede Gesellschaftsklasse wirtschaftlichsten Anwendung des Vermögens überhaupt, — insbesondere, indem der Kredit todtliegende Kapitalien befragt, zum Sparen anregt, das Kapital in die betriebsamsten Hände bringt, und auf die richtigen Punkte große Kapitalsummen, ohne langwierige, vorergriffene Ersparung in eigener Wirtschaft, — zu concentriren gestattet.

Freilich können auch in allen diesen Beziehungen correspondierende Mißbräuche stattfinden: zu geringe Baarschätze, leichtsinnige Spekulation auf Kredit, Betrug an leichtgläubigeren Sparern u. s. w.

§ 136. Grenzen des Kredites. Diese sind schon insofern vorhanden, als die Kapitalvermehrung selbst die schon in § 48—50 bezeichneten wirtschaftlichen Schranken hat.

Eine Schranke liegt überall vor, wo aus der jetzigen Leistung nicht die künftige Gegenleistungsfähigkeit erwächst. Zu so weit diese Voraussetzung nicht zutrifft, ist der Kredit schädlich, nicht zu fördern, übrigens auch seiner großen Ausdehnung fähig. Schulden zum persönlichen Verbrauch, woraus nicht erhöhtes Arbeitsvermögen hervorgeht, — sogenannte Kundensschulden, — Leihkaufschulden, soweit sie nicht bloß die Noth aus vorübergehenden Einkommensstörungen überwinden helfen oder eine vortheilhaftere Veräußerung fester Genüßgüter von Nothleidenden vermitteln, — Kredite, welche über den tatsächlichen Umlauf des Kapitals hinaus dauern, sind hiernach insgesammt keine wünschenswerthen Erscheinungen des Kredites.

Überall dagegen, wo aus dem Darlehen direkt durch Kapitalveranlagung oder indirekt durch Steigerung des persönlichen Arbeitsvermögens künftiges Einkommen sicher hervorgeht, oder wo jetzt nur unter Verlust veräußerliche Werthe mittels Kreditdeckung künftiger besser veräußert

werden können, ist der Kredit wirtschaftlich gerechtfertigt (Lombarddarlehen auf Werthpapiere, Darlehen auf eingelagerte Waaren gegen warants).

Die Dauer des Kreditverhältnisses hat seine naturgemäße Schranke am Zeitraum der Reproduktion des geliehenen Kapitalwerthes. Umlaufende Kapitalien müssen daher schneller aus dem Kreditverhältnis wieder eingehen, als stehende. Erstere herrschen im Handel, letztere in der Landwirtschaft vor. Erstere müssen daher in kürzeren, diese können erst in längeren Terminen abgewandelt werden. Der Kaufmann, welcher z. B. zu einer Zuckerspekulation 20000 Thlr. entlehnt, wird sie in der Regel schon binnen 6 Monaten heimzahlen können; der Landwirt, welcher mit derselben Summe drainirt, Maschinen kauft und Ställe baut, wird das so fixirte Kapital erst binnen einer längeren Reihe von Jahren aus erhöhten Reinerträgen wieder flüssig machen können.

Im Handelskredit finden kurze Kredittermine (gegen den Acceptanten 3jährige Verzählung, D. Wechs.D.), es finden hier ebenso häufige Erneuerungen als Liquidationen der Kredite statt. Der Bodenkredit dagegen liebt Annuitätentilgung, längere Kreditfristen, und die ganze Kunst seiner bankmäßigen Organisation in Kreditvereinen und Hypothekenbanken zielt darauf ab, die dargelegenen Kapitalien in Kreditbriefen negotiabel und daher angenehm für den Gläubiger, andererseits aber unkündbar und annuitätenweise tilgbar gegen den Schuldner zu gestalten.

Eine Zeit aber, welche überhaupt nicht viel fremdes Vermögen als Kapital anwendet (Mittelalter), wird dem Kredit keinen großen Umfang geben können und die Zinszahlung hassen, weil hier die meisten Anlehen für die Noth, nicht auf Gewinn gemacht werden (Wucherergesetzgebung s. § 144). Der Kredit überträgt nämlich das Vermögen nicht immer zum Erwerb, sondern auch zur erwerbslosen Verwendung und Verschwendung, also nicht immer mit dem Erfolge der Kapitalverwendung des Geliehenen.

Je sicherer das die zukünftigen Gegenleistungen deckende Kapital- und Arbeitsvermögen sind, desto weiteren Spielraum hat der Kredit. Der Kredit fordert daher das Versicherungswesen und wird von diesem gefördert. Ohne Feuerversicherung kein Haarkredit, ohne Lebensversicherung kein Kredit zur Ausbildung des vermögenslosen Jünglings, ohne Seeversicherung — die Bremer und Hamburger Seassekturanz versicherte 1863 356 Mill. Thaler! — kein Kredit im Seehandel!

§ 137. Die Gewähren des Kredites — sind theils privatwirtschaftliche, theils gemeinwirtschaftliche („Rechtskredit“).

Erstere beruhen wieder theils auf dem Vermögen des Schuldners — Realcredit, theils auf seinem Charakter und Arbeitsvermögen (Erwerbsfähigkeit) — kurz auf seiner ganzen Persönlichkeit, Personalkredit.

In der zweiten Hinsicht greift auch der Staat als Organ des Rechts mit einer Reihe von Institutionen ein, welche den Kredit fördern: Wechselrecht, Hypothekrecht, Kaufpfandrecht, Exekutionskredit. Ohne diese Institutionen wäre eine Entwicklung des Kredites unmöglich, und keine andere

Macht der Gesellschaft vermöchte diesen unentbehrlichen Dienst ebenso leicht und dabei so vollständig, d. h. ebenso wirthschaftlich zu lösen, als es der Staat mit seinen wenigen Rüstern, Pfandbuden und Exekutionsanstalten vermöge.

Ueber beiderlei Gewähren des Kredites bemerken wir noch folgendes Genauere:

a) private Gewähren des Kredites. Der Personalkredit stützt sich entweder auf die Person des Schuldners selbst, oder auf die eines Dritten, welcher für den Schuldner einsteht (Bürgschaft).

Der Realcredit stützt sich entweder auf bewegliches Vermögen (Haupspänder), oder auf unbewegliches (Hypotheken, Unterpfänder). Das Hemmnis einer härteren Entwidlung des beweglichen Realcredites liegt in der Entziehung des verpfändeten Vermögenstheiles aus der Disposition des Schuldners; denn entweder ist der Gläubiger nicht gesichert, wenn er das Pfand nicht zu Händen (in die „Haust“) nimmt, oder, wenn er es thut, so verliert der Schuldner den Pfandgegenstand als einen activen Vermögensstück.

Deßhalb wählt man als Haupspänder Werthe, deren Besitz der Schuldner entbehren kann: Pretiosen, Wertpapiere u. s. w., oder aber sucht man eigene Institutionen auf, um die Realisirbarkeit des Gläubigers mit der wirthschaftlichen Verfügung des Schuldners in der Art zu verschmelzen, daß die als Pfand beschwerten Waaren erst nach Lösung der Schuld vom Schuldner definitiv einem Dritten übergeben werden können.

Eine derartige Realverpfändung beweglicher Sachen, ohne daß das Pfandobjekt in die Haust des Gläubigers gelangt, kommt im Handel mehrfach vor, bei der Verleihe von Scheinen über öffentlich eingelagerte Waaren (Wareneckeln), von Fluzconossements, von Schiffen, die ein Kesthanlehen durch Bodmervertrug in der Fremde machen, wobei sie sich verpfänden, aber weiter folgen.

b) Der Realcredit — ist nicht eine besondere Kreditgewähr außerhalb der privaten Gewähren des Kredites, sondern eine vom Staat als dem allgemeinen Rechtsorgan geleistete Ergänzung der privaten Gewähren des Kredites.

Diese rechtlichen Gewähren offenbaren sich schon in dem Rechtsfuß der gewöhnlichsten Forderung, im Faust- und Hypothekarpfandwesen eines Landes, und in den hierfür bestehenden Vorschriften und Mitteln der Exekution.

Besonders strenge aber wird der Realcredit in der Form des Wechsels (Geschäfts-Zahlungskredit). Je strenger aber der Realcredit ist, desto mehr kann auf die private, insbesondere reale Sicherung der Forderungen verzichtet werden. Dieß ist hinsichtlich aller beweglichen Kreditwerthe wünschenswerth, für welche zwar sichere Gegenwerthe im Vermögen des Schuldners vorhanden sind, aber nur solche, mit welchen eben der Schuldner wirthschaften muß. Dies gilt nun insbesondere von der ungeheuren Masse moderner Umlaufkapitalien in Industrie und

Handel, welche von einem Geschäft dem andern geborgt sind (Zahlungsforderungen, Zahlungskredite). Dieser Wechselkredit mit seiner „strengen“ Erfassung der Person und des Vermögens des Schuldners (Wechselstränge) läßt hiefür dem Schuldner die Vermögensdisposition und giebt doch dem Gläubiger sehr hohe Sicherheit. Der Wechselkreditgebrauch wächst, je mehr die Unternehmungen einander in die Hände arbeiten und die Mittel ihres Erwerbes überliefern, je mehr sich die persönlichen und die Vermögensverhältnisse gegenseitig übersehen lassen. Je höher die Geschäftstheilung steigt, ehe ein Produkt fertig und das fertige Produkt dem Konsumenten überliefert ist, desto mehr Ringe hat jede Kreditkette, zu desto mehr Kreditnoten verknüpfen sich die eingezahlten einer Volkswirtschaft, desto mehr arbeitet jede Unternehmung mit dem Umlaufkapital der andern.

Exekution. Wenn die Kreditverbindlichkeit nicht freiwillig geleistet wird, so schreitet der Staat in Realisirung des Realcredites auf Anrufung mit dem obrigkeitlichen Zwang gegen Person oder Vermögen des Schuldners und seiner Bürgen ein (Personals-, Real-Exekution) und eröffnet, inwiefern das Vermögen unzureichend ist und mehrere Kreditansprüche konkurriren, den Konkurs, Bant, gerichtliche Liquidation. Je zweckmäßiger, gerechter, schneller das gesetzliche Verfahren ist, welches die Staatsverwaltung bei der Exekution und dem Konkurs verfolgt, desto mehr werden die Kapitalbesitzer gegen fremde Unternehmungen ihr Kapital zu leihen. Deshalb ist es ein unabwehrbarer Erfahrungssatz, daß strenge und prompte Schuld- und Bankrottjustiz Hauptgrundlagen des Kredites sind, während geistliche Moratorien und Stundungen ihn untergraben.

Der reine Personalkredit herrscht vor auf niedrigen und versallenen Kulturstufen, wo das Vermögen unsicheren Werth hat. Hier herrscht dann auch eine furchtbare strenge Personalexekution (die Uebergabe der Schuldner auf Leib und Leben bei den alten Römern und Deutschen); denn die Person ist in früher Zeit das werthhabendste Pfand (als Arbeitsflasse, als an die Scholle gebundener Leibeigener). Die Kirchen mildern dies und preigen das Kreditgeben als eine Liebespflicht, tödten aber den Kredit, indem sie durch Verbot des Zinsnehmens und durch Beförderung der Bürgschaften und Stundungen das Interesse am Kreditgeben vernichten. Die von kirchlichem Einfluß bestimmte Kreditgesetzgebung des Mittelalters hielt deshalb den Kredit eher nieder und steigerte den Zinsfuß durch Todliegenmachen des Kapitals und durch Unsicherheit der Schuldrechtssätze. Sie zeigte sich bald als unhalbar.

Blühende Geschäftswelt entwickeln größere Strenge im Pfand- und namentlich im Geschäftskredit (Wechselstränge), die Geschäftsteile gewöhnen sich mehr und mehr, alle Forderungen in die strenge Wechselform zu kleiden, die anfangs dem Wucherlauben verhaft und nur wenigen Ständen erlaubt war. Der Realcredit herrscht in der Volkswirtschaft, der Geschäftskredit in der Handels- und Industriewirtschaft vor.

Industrie- und Handelsgeschäfte streben, begabt mit umlaufendem Kapital, mehr nach Gewinn durch oftmaligen Umsatz. Der Geschäftskredit liebt deshalb die kurzen Fristen der Wechsel, die „kurze Sicht“. Aber auch die kurze Sicht wird zu lang für das Unternehmungskapital, das aus der Kreditübertragung heraus neuer Unternehmung zuströmt. Daher bildet sich die Vereinfachung des Geschäftskredits durch Intervention dritter müssiger Kapitalien, das Discountiren der Wechsel, Befehlen der Forderungen; in England rechnet man, daß $\frac{1}{4}$ aller Wechsel discountirt werden.

§ 138. Die bankmäßige Organisation des Kredits. Der Kredit ist ein Tausch eigenthümlicher Art (§ 50).

Als solcher empfängt er eine handelsmäßige Gestaltung im — Bankwesen.

Das Bankwesen ist, da die Geldwechselerei in demselben zurückgetreten ist, vorwiegend Kredithandel. Wie es Zeitverschwendung wäre, wenn jeder Fabrikant den Verbraucher seiner Waare selbst aussuchen wollte, so wäre es verkehrt, wenn jeder Gläubiger seinen letzten Schuldner und jeder Schuldner seinen ursprünglichen Gläubiger aussuchen müßte und Kündigung und Heimzahlung individuellen Zufälligkeiten überlassen blieben.

Wie im gewöhnlichen Waarentausch treten daher auch im Kredittausch mehr und mehr besondere Handelskapitalien von Einzelnen (Bankiers) oder von Gesellschaften (Banken) auf und vermitteln den Austausch jetziger Leistungen und künftiger Gegenleistungen fungibeln Werthes, sowie die Zahlung der Zwischenutzungspreise (Coupons). Sie sind der Mittelpunkt, zu welchem leihbare Kapitalien hin und von wo sie abfließen, sie bilden ein Centrum, in welchem Angebot und Nachfrage nach Kreditkapitalien sich regelmäßig begegnet, durch dessen Vermittlung Eintritt in das — und Austritt aus dem Kreditverhältnis, also der Rollenwechsel innerhalb der zweiseitigen Natur des letzteren stattfinden kann. Die einzelnen, vielfachigen technischen Operationen, durch welche sich dieser handelsmäßige Kredittausch vollzieht, werden in § 255 ff. kurz bezeichnet werden.

Hier sei nur noch erwähnt, daß die Bankgeschäfte selbst in den Börsen, Effektenbörse, Clearinghäusern ihre eigenthümlichen Marktanstalten entfalten.

bb) Lehre vom Zins.

§ 139. Begriff des Zinses. Fremdbartige Elemente im Zins. **Risiko.** Zins ist der Preis der überlassenen Nutzung fremden Vermögens.

Das durch Leihe überlassene Vermögen kann dem persönlichen Verbrauch zugeführt werden. In diesem Falle hat der Zins keine andere Grenze, als den Glauben des Gläubigers an die Zahlungsfähigkeit und als den Grad des Noth- oder Ueppigkeitsbedürfnisses (Verbrauchswerthes) „des Darlehens“ beim Schuldner.

Die Leihe findet jedoch, der Natur der Sache nach (§ 136), in den

weitaus meisten Fällen zu produktiver Anwendung auf Reinertrag statt. Der Zins ist alsdann lediglich Reinertragsanteil des Gläubigers, welcher das Vermögen als den einen Factor des Reinertrages eingelegt hat, während der Schuldner für seine Betriebsamkeit den Rest anzupreisen hat.

Der Zins kann eben indem er Reinertragsanteil ist, wie der Reinertrag selbst, in Procenten des Leihkapitals ausgedrückt werden.

Das Leihkapital wird theilweise in natura und auf speciellen Wiedererfaz hingegeben. Dies ist jedoch aus besonderen Gründen (§ 133) nur beschränkt der Fall und gilt nur von gewissen fixen Kapitalien, wie Häusern, Grundstücken u. s. w.

Diese fixen Kapitalien können nun solche sein, welche Grundlage eines Renteneinkommens, einer Grundrente, Häuserrente sind. In diesem Fall steigt der Pacht- und Mietzins außerordentlich hoch, indem sich darin die Rente verhält. Ist diese jedoch von Dauer, so wird sie bei Verkaufs- und Erbfällen kapitalisirt und das Rentenelement in Pacht und Mietzins wird zu Zins des Kauf- oder Erbkapitals.

Freilich kann eine Rente auch im Zins von flüssigem Kapitale stehen; z. B. wenn ein kapitalloser Kaufmann eine Coniunctur (§ 99) vorzüglich berechnend für Ausbeutung der letzteren über dem Discountloz des Marktes Geld leihen erhält und den höheren Zins wirklich bezahlt.

Fremdbartige Elemente im Zins jener fixen Kapitalien sind ferner der Ersatz der Abnutzung der Pachtgebäude, der Miethwohnungen, der gecharterten Schiffe, ein Erfaz, welcher zum reinen Nutzungspreis geschlagen im Pachtzins, Hauszins u. s. w. erkeimt. Der Eigenthümer will nämlich außer der Vergeltung der laufenden Zwischenutzung den Werth des hingegebenen Kapitals sich wiedergegeben sehen. Dieß sichert er sich dadurch, daß er volle Wiederbeimstellung des Hingegebenen ausbedingt. Bei fungibeln oder vertreibaren Sachen (die durch andere Stücke derselben Art vollkommen zu ersetzen sind) ist dies ausführbar: so bei Getreinen, Viehstücken, Saatgut u. s. w. — Wo aber das hingegebene Kapitalstück nicht vertretbar ist, kommen naturgemäß folgende Fälle vor: Der Werth wird angeschlagen und die bis zur Heimgabe erfolgende Abnutzung muß dann mit Geld ausgeglichen werden. Ferner: Das hingegebene Kapitalstück kann durch Unterhalt, Anbau, Pflege in vollem Bestand erhalten werden, dann wird die Instandhaltung ausbedungen, so bei Landgütern hinsichtlich der Dünung u. s. w. Oder dieses ist nicht möglich, so muß dem Kapitalnutzungspreis (Üterzins, Geldzins) eine die Wiederansammlung des abgenutzten Werthes ermöglichende Prämie (Redifficationsprämie im Hauszins) angeschlagen werden.

Dazu kommt nun aber — und dieß gilt von Geldleihekapital gerade so, wie vom Pacht- und Mietzinskapital — die Vergütung des Risikos, welche, wenn sie nicht als förmliche Assuranceprämie an Feuer, Hagel, Vieh-, Hypotheken-, Sees u. s. w. Versicherungsgeellschaften abgefordert gezahlt wird, als ein Element in den nominellen Zinsfuß übergeht.

Scheint nämlich das hingegebene Leihkapital nicht zum Wiedererfolg gesichert, selbst nicht mittelst Pfand, Bürgschaft, Caution, ist also Verlustgefahr vorhanden, so wird diese vom Darleiher jahresmäßig abgeschätzt und dem reinen Kapitalzins zugeschlagen. Man muß also Risikoprämie vom reinen Kapitalzins geschieden halten. Diese Risikoprämie ist um so größer, je weniger Bürgschaft für die volle Werthersatzung in Person und Eigenvermögen des Entleihers (Wirthes, Pächters, Schiff-Charterers) liegt, je unsicherer und schwieriger die Zufut eines Landes, je gefährlicher die Unternehmung ist, in welcher das Kreditkapital seine produktive Anlage findet. Am sichersten verhältnismäßig ist die Wiederersatzung des Bodens, daher in der Pachtrente am wenigsten Risikoprämie, was mit ein Grund der durchschnittlichen Gleichmäßigkeit im Zinsfuß guter Hypothekendarlehen ist.

Ein Risiko trägt z. B. auch der Darleiher, welcher beim Schwanken des Werthes des geleglichen Werthmessers (§ 78) Anleihen giebt; er wird also auch mit Rücksicht auf den schwankenden Geldwerth einen Risikozuschlag zum Zins machen. Im Uebrigen beeinflussen Geldwerthänderungen den Zinsfuß nur während der Zeit, in welcher sie stattfinden; eine Geldentwerthung in Folge vermehrter Zahlungsmittel führt zu einer Steigerung aller Geldpreise und hiedurch zu größerer Aufsaugung derselben in dem Verkehr, so daß die vermehrten Geldmassen nicht immer zinsdrückend auf den Geldmarkt zurückkehren, — und das Umgekehrte findet bei einer Geldwerthsteigerung statt.

Bist könnte man einen Theil der Risikoprämie wie einen Unternehmungsgewinn (§ 159 ff.) betrachten, welchen der Leihkapitalist als Tauschunternehmer für die unternehmende Berechnung und die Werthgefahr des im Kredit liegenden Kaufes einer künftigen Geldwerthgegenleistung macht. Nach der Natur des in die Zukunft hineinreichenden Kreditkaufes bezieht er diesen Gewinn zwar rückwärts am Ende jeder Kapitalzinsungsperiode, aber der letztere stellt sich als Gewinn doch erst heraus, wenn mit oder ohne Verluste das Kreditverhältnis abgemindert ist. In jedem Leihkapitalisten, wie in jedem Arbeiter steckt ein Stück Unternehmer, in Zins und Lohn ein Element commerciellen Unternehmungsgewinnes.

Wenn im 13. und 14. Jahrhundert in Deutschland 35 Proc. Zins etwas Gewöhnliches waren und nach Ausweis noch vorhandener Urkunden bis zu 70% bezahlt wurde, so schreibt sich das Meiste wohl eben von der Forderung der Risikoprämie her, welche um so größer sein mußte, je mehr die kapitalhandelnden Juden rechtlos waren und gelegentlich von Pöbel und Kaiser den Butelegen gleich ausgepreist wurden. (Sie hießen des Kaisers „Schatzammerknechte“.) Auch die im Mittelalter der Römer und Griechen vorkommenden Zinse, sowie die Erbsparungsstafache, daß der Zinsfuß mit dem Fortschreiten der Kultur sinkt, schreiben sich nicht bloß von den sofort unten anzuführenden Preissetzen des reinen Zinsfußes, sondern auch von der Notwendigkeit stärkerer Risikoprämien reichthumsreicher, in der „Handelsmoral“ unsicherer Zeiten her.

Im heutigen Pfandleihgeschäft und bei gewissen „Geldwucherern“ sind wenigstens theilweise die hohen Zinsen Risikoprämie.

Was nun im Folgenden vom Zins gesagt wird, gilt nur vom reinen Zins, also vom Rest des bedingenen Zinsfußes nach Abzug der so eben erörterten fremdbartigen Elemente des Zinses.

§ 140. 1. Der laufende Marktpreis der überlassenen Kapitalanzuung ist abhängig, wie aller Marktpreis (§ 87), von dem öftlich und zeitlich gegebenen Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Dies gilt vom Pacht- und Miethzins, wie vom Darlehenszins, obwohl wir den letzteren als den praktisch bedeutsamsten in den folgenden Bemerkungen im Auge haben.

a) Das Angebot wiederum wird bestimmt von der allgemeinen Ergiebigkeit der Nationalproduktion, also namentlich auch von der Kraft der Produktionsmittel und Produktionsmethoden, von dem Sinne, die Zukunft zu sichern, von dem Vertrauen der Kapitalisten, welches wiederum auf gesellschaftlichen Zuständen und auf der Erwartung sicherer und gedeßlicher Wirtschaftsentwicklung beruht, ferner von dem Streben und den Anstalten der Concentrirung und Flüssigmachung des Kapitals (Entwicklung des Kredits, des Bankier- und Bankwesens). Indem alle diese Faktoren eines stärkeren Kapitalangebotes in kultivierten Zeiten bei Freiheit und Lebendigkeit des Verkehrs, öffentlicher Rechtssicherheit und geschärfter Berechnungsgabe viel thätiger sind, als in rohen, so ist der Zins (erscheinend im Zinsfuß der sicheren Darlehen) in den gestillteren Zeiten niedriger.

b) Die Nachfrage ist wesentlich abhängig von dem Umfang der Unternehmungslust und von der Größe der durch die Kapitalverwendung erzielbaren Ueberflüsse. Die Menge der Nachfrage und daher der Kapitalanuzungspreis oder Zinsfuß wird bei sonst gleichen Verhältnissen um so größer sein, je mehr ein Volk freie und gebildete Arbeiter und Unternehmer hat. Freiheit des Erwerbes und Bildung des Mittelstandes erscheinen damit als ein Interesse des Leihkapitalistenlandes.

Der Kapitalbegehr wird ferner um so stärker sein, je sicherere Wirtschaftsentwicklung die öffentlichen Zustände verheßen. Friede und vorwüßiger Fortschritt des Staatswesens liegen daher im Interesse des Leihkapitals, wenigstens seiner Masse; denn nur Wenige sind es, die in den Kriegsanleihen sich bereichern.

Der Kapitalbegehr wird ferner um so größer sein, je größer der wahrscheinliche Gewinn. Daher ist der Zinsfuß in den Verein. Staaten so hoch, wo die Sagne von der Milch noch nicht abgenommen und viel Naturkraft noch in Besitz zu nehmen ist, wo die Produktivität daher die größten Werthüberflüsse erzeugt, während in Ländern von alter und gefättigter Kultur, wo die ergiebigsten Anlagen schon ausgebaut sind und das Kapital nur wenige Ueberflüsseprocente erzielt, der Kapitalanuzungspreis auf ein Minimum herabzusinken strebt. In den Verein. Staaten Nordamerikas ist der Zinsfuß durchschnittlich doppelt so hoch,

als in England, obwohl von da periodenweise sehr viel Kapital auswandert; freilich magt dabei auch die Kisteprämie Muthes aus.

§ 141. **Fortsetzung. Fluctuationen des Geldmarktes.** Das Verhältniß concurrender Geldnachfrage und Geldanbietet macht den jederzeitigen „Stand des Geldmarktes“ aus.

Starkes und schwaches Angebot auf dem Geldmarkt kommt namentlich im Baarvorrath der Banken, bei welchen die Baarmittel der Einzelnen sich concentriren, zur Erscheinung. Dieser Baarvorrath becinflußt daher den Marktpreis der Leistungsleistung, bestimmt den Stand des Geldmarktes in hohem Grade, besonders wenn Kreditgeld an Frauen verliert (§ 73).

Ist eine große Summe an Geld, d. h. am allgemeinen Kaufmittel vorhanden und daher wohlfeil zur Nutzung zu haben, so steigert sich die Lust, den vorhandenen, von der Geldmenge an sich unabhängigen Produktionsmitteln, Kapitalen und Arbeitskräften neue Richtungen zu geben. Das Folgende großer und an sich wohlfeil zu mietheuden Geldmittel vermehrt also zwar die schaffenden Produktivkräfte nicht; aber, da Geld das allgemeine Kaufmittel ist, so veranlaßt es, wenn es wohlfeil zu miethe ist, taufendfältig neue Combinationen und Richtungsveränderungen der vorhandenen Produktivkräfte, es weckt einen beweglichen, neuen Bahnen suchenden Unternehmungsgest, es bringt Märkte, Arbeitskräfte, Maschinenkräfte, Werkzeuge, Eisen, Luch, Leder, Häuser, Getreide in ganz neue Produktivcombinationen. Der Stand des Geldvorrathes, gemessen am Baarvorrath der Banken, bestimmt daher sehr wesentlich den Gang, Schwung der Produktion; große Geldzuflüsse haben immer eine Steigerung des beweglichen Unternehmungsgestis zur Folge gehabt: so neuestens die wachsenden Geldvorräthe.

Ist mehr aber Geld als allgemeines Kaufsmittel zur Uebertragung der Produktivkräfte in neue Gruppen und Richtungen gebraucht wird, desto größer wird die Geldmenge, welche im wirklichen Umlauf bleibt und nicht zu dem am Geldmarkt ausliegenden Vorrath zurückkehrt; der Werthkapital am Geldgins wird daher durch diese Schmälerung der Baarvorräthe höher. Indem dieses eintritt, vermindert sich jene Lust zur Veränderung in der Gruppierung der Produktivkräfte, wozu die Wohlfeilheit des Geldkredits beitrug. Der gestiegene Discontofuß hält sie in ihrer jeweiligen Lage zurück, er nöthigt die einmal gegründeten Unternehmungen, sich auszubilden, an dem einmal gewährten Punkte sich zu erhalten und zu entwickeln, die vorhandenen noch frei verfügbaren Produktivkräfte an sich zu ziehen. Je richtiger und harmonischer die Wahl der Unternehmungen war, desto stetiger ist nun der Gang, desto gleichmäßiger bleiben die in den Verkehr ausgeflossenen Geldmittel im Umlauf, da die einmal angelegten Kapitalien sich reproduciren und hierbei stets von Neuem des Geldgebrauchs bedürfen. Wurde aber unglücklich unternehmen, oder stören große äußere Anlässe (Misgeriten, Krieg, Friedensschlüsse, Finanzoperationen) die stetige Produktivrichtung, so werden nun viele

Produktivwerthe zerstört, verlassen, inaktiv, todt, in Folge dessen werthlos, die Erzeugung stockt, die für die Uebertragung der Erzeugnisse erforderlichen Geldmittel treten aus dem Verkehr in die Vorrathskassen zurück. Der Geldgins sinkt nach jenem starken Emporsteigen, welcher Handelskrisen eigen ist (Oktober 1857 in New-York 12% pr. Monat, 1850 in San Francisco 1 Prozent pr. Tag), ebenso schnell wieder zurück, und nach einiger Zeit beginnt derselbe Kreislauf.

Dieser ganze Wechselwirkungsprozeß zwischen Geld, als dem Kaufmittel aller Produktivmittel, und dem Bewegungstempo und Nutzungspreis der letzteren, läßt sich selbst genau mit dem organischen Lebensprozeß des Baumes vergleichen: Eine starke Saffmasse steigt im schnellenden Frühling in alle Zweige, vertheilt sich, lagert die plastischen Säfte überall hin schnell ab, und bewirkt eine taufendfältig neue Gruppierung der Elemente. Auf das schnelle Sprossen zahlloser neuer Gebilde hin vollzieht sich die langsam plastische Periode, welche ganz gemessen den erst gierig eingesaugenen Saft verwendet und in voller Benutzung erhält. Jüngere Krankheiten oder der äußere „Zufall“ des Jahreswechsels bringen die Krisis: erst sterben wenige, dann immer mehr der jungen Gebilde, die Krisis endigt mit dem Rückfluß des Saftes unter Hinterlassung der zu festem Bestand gelangten Gebilde. Ganz so ist der geldbilderte Prozeß: Erst die starke Anhäufung des allgemeinen Kaufsmittels, dann sein Aufsteigen in den Verkehr durch die von ihm bewirkte Mobilmachung der Produktivmittel und ihre Vertheilung in allen Richtungen, seine Erhaltung im Umlauf durch den Produktionsprozeß und den gestiegenen Verkehr, dann die Störung und Verkümmern des letzteren unter Hinterlassung gleichsam von Jahresringen in einer Anzahl dauernd erklärter Unternehmungen, nach Zerstörung anderer neuer und alter, endlich in Folge dieser Störung und Verkümmern ein plötzliches hartes Zurückfließen der Kaufmittel in die Vorrathskassen, wie dies unmittelbar auf jeder Handelskrisis in der starken Anhäufung der Bankearvorräthe sich zeigt. Erst nach einiger Zeit des Stillstandes, der „Krauszeit“, beginnt der Prozeß von Neuem. Diese Darstellung läßt sich an der Bankearvorrath in Ziffern erfassen (s. Beil. I. und namentlich Beil. IV.).

Hält man diese Rolle des Geldes als des allgemeinen Kaufmittels, als des Instrumentes des Kapitalübertragung fest, so ergibt sich das Verständniß der Einwirkung des Geldes auf die produktive Bewegung und den Nutzungspreis der Geldkapitalien ganz leicht, man wird keine Mühe haben, das Verhältniß von Geld und Kapital durchaus zu begreifen und den so hochwichtigen Beziehungen des Geldmarktes und des Bankwesens zur volkswirtschaftlichen Produktion mit klarem Auge folgen zu können. Geld ist, wie das Blut im animalischen, wie der Saftfluß im vegetabilischen Leben, das Besitzt der Ernährung und der Auscheidung; Wallungen und Krisen unterbrechen von Zeit zu Zeit seine regelmäßige Verhandlung und Veränderungsfähigkeit. Als zeitweiliger Repräsentant aller Produktivkräfte hat es für die gewöhnliche Vorstellung

etwas Gefühnsvolles, wie das Blut, mit dem wir es verglichen und welches nach dem Dichter „ein ganz besonderer Saft ist.“ Sein Verhältnis zur Produktion wird klar, wenn man den Güterumlauf als Folge der gesellschaftlichen Natur der menschlichen Wirtschaft ersieht.

§ 142. II. Die **Richtpunkte des Zinses auf die Dauer.** Nur im gegebenen Augenblicke richtet sich die Höhe des reinen Zinses nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage; in § 140 ist nur die Bildung des laufenden Marktpreises besp.ekt.

Auf die Dauer dagegen hat der Zinsfuß bestimmte Richtpunkte, wie der Preis jedes Gutes.

Freilich bietet die Anwendung der Preistheorie des § 88 hier einige Schwierigkeiten; denn, wenn man den Zins als Preis der Kapitalnutzung durchführt, so macht sowohl die Bestimmung der Produktionskosten des Verkäufers (Leihers), als diejenige des „Gebrauchswertes“ und der Zahlungsfähigkeit des Käufers besondere Schwierigkeiten.

Durch das Darlehen wird nämlich die Zahlungsfähigkeit des Schuldners augenblicklich gesteigert und die spätere Fähigkeit, Zins und Stammwert zu zahlen, ist eine künftige Größe, deren Berechnung beim Kreditaufsch die besondere Schwierigkeit und Aufgabe des Gläubigers ist.

So viel von der Zahlungsfähigkeit des Käufers. Was aber den „Gebrauchswert“ der Kapitalnutzung für den Käufer betrifft, so ist er im Fall der Kapitalverwendung des Darlehens durch die Höhe des zu erwartenden Reinertrages bestimmt. Dieser also ist für die Regel die äußerste Maximalgrenze des Zinses, welche von dem Grad der Erzielbarkeit (Reinerträge) der Kapitalien in der gegebenen Zeit, am gegebenen Ort und im gegebenen Anwendungsgebiet abhängig ist.

Bei Verwendung des Darlehens zum persönlichen Verbrauch kann der Gebrauchswert (Grad der Gebrauchsberechtigung) um so ungemessener sein, als die Zahlungsfähigkeit nicht sofort schon beim Schuldner selbst beschränkt ist, sondern nur in der Person des Gläubigers eine Grenze findet, eine Grenze, welche nicht gegen die Zinshöhe, sondern nur gegen die Darlehensgewährung überhaupt wirkt.

Endlich die Produktionskosten des Verkäufers (Darleihers) anlangend, so sind sie, was den Zins betrifft, eine subjektive Größe als Schätzung der Unternehmung und Ueberwindung, die es kostet, neues Kapital zu bilden, und auf Genuß für den Augenblick zu verzichten, was nur sehr uneigentlich den Produktionskosten des Sachgutverkäufers parallelisiert werden kann. Was den Kapitalwert betrifft, so wird ja genauer Ersatz stipuliert.

Insmerhin wird man praktisch nicht fehl gehen, wenn man sagt:

a) Die Minimalgrenze betr. der Zins kann nicht gegen den Nullpunkt sinken, da sonst der Kapitalstimmungstrieb aufhört oder lieber zu Kapitalverzehrung oder zu schwindelnden riskanten Unternehmungen gegriffen wird, welche die Produktivmittel mißbrauchen und zerstören und so das Kapitalangebot wieder mindern. Je nüchternere übrigens eine Nation,

desto tiefer kann der Zinsfuß dauernd sinken, bei den Holländern lange Zeit auf 2—3%.

Im Allgemeinen aber wird das in Bildung und Darlehung von Kapitalien liegende persönliche Opfer — und solche Opfer sind werthbestimmend (s. § 17) — um so weniger Ueberwindung kosten, je reicher ein Volk schon ist, je größer sein Gesamteinkommen wird, je mehr man die Sicherheit der Zukunft auf Grundlage von Leihkapitalvermögen und die Annehmlichkeit eines Lebens aus Zinsereinkommen schätzen lernt.

Daher hat der Zinsfuß auf die Dauer eine Tendenz zum Sinken, welche durch Kriege, Rechtsunsicherheit, Perioden der Genußsucht, Eröffnung außerordentlich gewinnreicher, — den Spekulationsgeist reizender Geschäftsgebiete (Kapitalauswanderung) nur vorübergehend aufgehalten werden kann.

Zu niedrig gewordener Zinsfuß wird bald wieder auf den natürlichen Satz gehoben; denn er führt zur Kapitalauswanderung, Geschäftvermehrung und zu Schwindel; der erste Keim der meisten Handelskrisen führt auf niedrigen Zinsfuß zurück.

Was den wirtschaftlichen Reinertrag steigert, produktivere Technik, ergiebiger Anlage vieler Kapitalien im Auslande herbeiführt, so daß die unergiebigen Anlagen im Inlande unterbleiben, kann den reinen Zins steigern.

b) Die höchste Grenze, welche der Zinsfuß erreichen kann, ist der Reinertrag des Leihkapitals für den beliebigen Unternehmer; denn die Produktion, beziehungsweise das Entleihen für produktive Zwecke, hört nach dem allgemeinen Gesetze auf, wenn der Preis der Produkte die Produktionskosten nicht mehr deckt.

§ 143. **Ausgleichung des Zinsfußes** — für die verschiedenen Arten der Unternehmung. Nach dem Produktionsgesetz wenden sich alle wirtschaftlichen Kräfte stets der produktivsten Anlage, dem Ort der wahrscheinlich größten Verwerthungschüsse zu.

Zwischen den verschiedenen Produktionszweigen verschiedener Orte und Länder wird daher der reine (von der Risikoprämie abgehende) Zins nach gleichem Niveau streben.

Jedoch geht dieser Ausgleichungsprozeß für den Zinsfuß verschiedener Kreditarten in verschiedenem Tempo vor sich; z. B. sehr langsam beim Pachtzins und Mietzins wegen der Trägheit in Anlage neuer und wegen der langsamen Ausnutzung der einmal fixierten Kapitalien.

Es giebt daher wirkliche und scheinbare Ausnahmen von dem Gesetz der Ausgleichung:

a) Scheinbar ist die Ausnahme der Zinsfußdifferenzen, welche auf den Unterschieden des Risikos und auf der Art der Wiedererstattung des Kapitalstammes beruhen. Der Hauszins muß, weil er die Wiederaufbau- und Ausbesserungsprämie enthalten muß, dauernd höher

sein, als der Zins eines sicheren Geldkapitals; — der Zins von Kapitalien mit unsicherer Nachhypothek höher, als der mit guter erster Hypothek, wegen der Mißvertheilungsehehl.

Eine scheinbare Ausnahme von der Regel der Zinsfußausgleichung zwischen verschiedenen Produktionszweigen ist die Differenz des Zinsfußes zwischen Betrieben mit vorherrschend umlaufendem (Mobiliarkredit) und vorherrschend fixem Kapital (Immobilienkredit). Die Produktivität des fixen Kapitals vollzieht sich langsam und ändert sich langsam; der hypothetische Zinsfuß ist daher ein stetiger, langsam sich ändernder. Im Handel dagegen sind die Umsätze schnell, für die kurzen Perioden kann sich je ein besonderer Zinsfuß (Diskontsatz) feststellen. Die Ergiebigkeit wechselt schnell und stark, bald ist sie sehr groß, bald sehr gering; daher schwankt der Wechseldiskontsatz; während eines Jahrzehnts oftmals zwischen 2 und 12 Prozent. Im Durchschnitt längerer Perioden aber kann der Handels- und der landwirtschaftliche Zinsfuß bei gleicher Vertheilung und gleich vollkommener Banktechnik nicht weit auseinander bleiben, ohne Ausgleichungen herbeizuführen. Eine Rivaengleichheit stellt sich also her, und nur in der Art der Herstellung ist eine Verschiedenheit. Man muß zur Erklärung der Stetigkeit des Zinsfußes im „Immobilien-“ und seiner springenden Bewegung im „Mobiliarkredit“ den Umstand beachten, daß auch solche Kapitalnachfragen, welche Kapital für gemeinwirtschaftliche Zwecke vernichten (Kriegsanleihen) oder es fixiren (Eisenbahn- und Hypothekendarlehen), auf dem Geldkapitalmarkt erscheinen und zum starken Schwanken von Angebot und Nachfrage für das umlaufende Kapital beitragen (vergl. § 134). Auch deshalb ist der Diskontsatz die unruhigere Querschnittsgröße.

b) Wirkliche Ausnahmen beruhen, abgesehen von dem Rentenelement im Pacht- und Mietzins einzelner fixer Kapitalien, auf besonderen Hindernissen des ausgleichenden Ab- und Zuflusses der Kapitalien.

Wir nennen in dieser Beziehung: die durch Gesetze (Wuchergesetze), Standesgewohnheiten, Privilegien herbeigeführte Verhinderung des natürlichen Kapitalienflusses zu den produktiven Anlagen.

Dem ausgleichenden Abfluß der Kapitalien z. B. ins fernere Ausland steht die Unkenntnis der ausländischen Verhältnisse, die heimathliche Gewöhnung, die Unlust zu dauernder oder zeitweiliger Uebersiedelung entgegen.

Die Zinsfußverschiedenheit muß schon ziemlich groß sein, um eine Kapitalauswanderung zu bewirken; sie war es, als vom dreizehnten Jahrhundert an ganz Deutschland und Frankreich von italienischen Geldhändlern (Lombarden) überfluthet wurde; damals war der Zinsfuß in dem handelsreichen Italien schon unter 10% gefallen, in Deutschland kamen noch 20—40 Prozent vor. Auch jetzt noch findet man, daß Geldhändlerskapitalauswanderungen durch Gründung von Commanditen hauptsächlich von den Kapitalreichen, hochkultivierten in die niedrigst kultivierten Länder stattfinden. Wir finden lange Vorgeschichten im Kolonialhandel an die

Kolonialunternehmungen, englische und französische Commanditen in den Kolonien, aber verhältnismäßig wenige in Deutschland, Schweizer in der ganzen Kolonialwelt; nach Deutschland wandern ihre Kapitalien nur unter der Anziehungskraft der künstlichen Gewinne durch den Schutzoll (vielleicht Schweizer Kapitalien in süddeutschen Zollvereinsniederungen). Uebrigens hat der neuere Verkehr die Macht der Trägheit als Ursache territorialer Zinsfußunterschiede wesentlich geschwächt.

Am leichtesten werden ins Ausland Kapitalien an kreditwürdige Staaten, Corporationen, Gesellschaften weggegeben, deren Verhältnisse auch in der Ferne leichter zu beurtheilen sind.

§ 144. **Wuchergesetzgebung.** An den Hindernissen der Zinsausgleichung gehören auch die gesetzlichen Zinsbeschränkungen. Gesetzliches Verbot oder gesetzliche Fixirung (sog. Zinsstaren) des Zinsnehmens tritt bei den meisten Völkern auf niedriger und mittlerer Kulturstufe auf, auch die Gegenwart zeigt noch Reste davon. Im christlichen Mittelalter verbot die katholische Kirche (das kanonische Recht) das Zinsnehmen als ein „Ernten ohne Säen“ (nummus non parit nummum) zuerst ganz, und strafte die Vertheilung desselben als Ketzerei.

Später gestattete sie das verzinsliche Anleihen in verdeckten Formen, so jedoch, daß der Schuldner allein Aufkündigungsrecht hatte. Solche Formen waren: 1) Die *Satzung*, ungenutzliche Ueberlassung eines Grundstücks an den Gelddarleher, mit dem Recht des Schuldners, durch Kapitalwiedererstattung das Grundstück wieder an sich zu bringen. 2) Der *Leutz* und *Silkauf*, Einräumung einer an einem Gute dinglich haftenden Jahresrente bis zur Wiedererstattung des Kaufpreises dieser Rente an den Darleher oder seine Erben.

Mit dem Fortschritt der Kultur drang das Zinsnehmen durch. Während Luther*), Melancthon, Dante in Italien, Schakspeare in England es als Wucher verdammen, dachte der in Genf wirtschaftlich tiefer blickende Calvin anders; in den protestantischen Ländern drang die Vertheilung des Zinsnehmens durch und die katholischen folgten darin thatsächlich. Gang freigegeben wurde aber der Zinsfuß noch nicht. Der Staat führte nun Zinsmaxima ein, er tarirte den Zinsfuß (Zinsstaren, landesüblicher Zins). Auch diese Schranke wurde mehr und mehr niedriger gerissen, zuerst im kaufmännischen Zinsfuß und Wechseldiskont (Grosß-aventurhandel und bei den Schulden der Staaten selbst!), und, da die

*) Zu seinen Tischnotizen sagt Luther ganz im Geiste der alten Kirchenväter: „Austauschen und beim Austausch gewinnen, ist kein Werk der Liebe, sondern Eshen. Jeder Wucherer ist ein Dieb, der den Salgen verdient hat. Ich nenne Wucherer, wer gegen 5—6% ausleiht.“ Calvin in Genf urtheilte dagegen vollkommen klar: Nicht vom Geld selbst, sondern vom Nutzen des mit Geld Gekauften entfiel der Zins. Die schändliche Jurisprudenz des 17. Jahrhunderts, das heillosste Handelsleben vor Augen, führte den Kampf gegen die kanonische Gesetzgebung besonders nachdrücklich und erfolgreich.

Wechselfähigkeit mehr und mehr allgemein wurde, auch sonst. Doch bestehen noch in mehreren europäischen Ländern gesetzliche Zinstaren als Rest der schrittweise abgetriebenen Wucherergesetzgebung, namentlich bei Hypothekendarlehen.

Zur Beurtheilung der Wuchergesetze ist folgendes zu sagen: Sie sind erklärlich in einer Zeit, in welcher das Kapital selten, noch seltener die Kapitalleihe (für Erwerbszwecke des Schuldners) war, und wo bei noch streng kirchlichem Sinn die religiöse Pflicht der Barmherzigkeit lebendig vorhanden ist. Man kann auch sagen: daß die späteren Uebergangsformen zum Zinsnehmen, die Zahlung und der Rentekauf, mittelst einseitigen Kündigungsrechtes des Schuldners, den Fortschritt des Mittelstandes in einer kapital- und kreditarmen Zeit sicherten.

Im Ganzen aber widersprechen die Wuchergesetze, sowohl die früheren kanonischen Zinsverbote als die späteren polizeigesetzlichen Zinstaren, den Gesetzen des Wirtschaftslebens, und haben im Durchschnitt, was das Loos aller widerrechtlichen Gesetze ist, das Gegenteil ihres Zweckes erreicht; — nicht etwa weil es keinen Wucher gäbe, wie man neuerdings falsch behauptet hat, sondern weil der wirkliche Wucher mit den Mitteln der Wuchergesetze nicht zu packen ist.

Das Zinsnehmen ist etwas an sich durchaus Berechtigtes.

Der Darlehenszins enthält stets drei Bestandtheile: Lohn und Kostenvergütung für die Kapitalverwaltung, Risikoprämie und Nutzungspreis (Antheil am Kapitalreinertrag).

Das erstere Moment als das verschwinnend kleine mag hier, wie es im Vorstehenden geschah, außer Acht gelassen werden. Was zweitens den Zins stichende Risikoprämie betrifft, so hat auf sie der Kapitalist offenbar vollen Anspruch; denn man kann ihn nicht zumuthen, das Kapital verloren zu geben. Ein Verbot dieses Zinstheils ist daher ungerrecht und unnatürlich, ebenso ist die Zinstare ungerrecht und undurchführbar, weil das Risiko in jedem einzelnen Falle verschieden ist, und daher sowohl eine gleichmäßige als eine abgestufte Rate nicht anbreicht. Betrachten wir die Wuchergesetze vom dritten Elemente des Zinses aus, vom reinen Preis der Ueberlassung der Kapitalnutzung! Auch in dieser Beziehung ist der Zins gerechtfertigt, als Preis der Entschamkeit, da ja der Kapitalist sein Vermögen angeblich verzeihen — oder als Vergütung, da er selbst dessen Kapitalverwendung vornehmen könnte. Der Preis dieser Entschamkeit oder der Ueberlassung der Produktionsmittel regelt sich aber von selbst nach Angebot und Nachfrage. Er muß schwanken wie alle Preise, er kann keine feste Rate sein.

Zinsverbote und Zinstaren gehen daher wider die Natur der wirtschaftlichen Gesetze. Wenn sie durchgeführt werden und soweit dies geschieht, bewirken sie theils eine Kapitalumsveränderung, also eine Entziehung des Kapitals, theils verhindern sie den Sparrtrieb, d. h. den einzigen Weg einer natürlichen Erniedrigung des Zinsfußes durch Angebotsvermehrung, wie denn zur Zeit der kanonischen Verbote der Kapitalmangel ein dauernd

furchtbarer war. Die Kapitalisten leihen dann lieber gar nicht aus, oder verschloßen, wobei sie zugleich auch noch eine Prämie wegen der Strafgefahr zuzulegen; als Katharina II. den Zinsfuß von 6 auf 5% erniedrigte, konnte man bald für sicherste Forderungen nur noch zu 7% Geld haben.

In Wahrheit können sie aber nicht durchgeführt werden; die Wuchergesetze sind immer umgangen worden, und diese Umgehungen wurden betrüblicher. Der Zinsfuß war zur Zeit des strengen kanonischen Verbotes 20—40% in Deutschland, in einzelnen Fällen bis 70 und 100%. Ungerecht durch die gesetzliche Strafe und den Makel des Zinsgeschäfts, wendet sich der beste Theil des Volkes davon ab, und das Monopol des Kapitalhandels bleibt der gefühllossten Menschengasse, es kommt gerade in Folge der Wuchergesetze in die Hände von Wuchern. Ueberall wo religiöse Zinsverbote stattfanden, trat die Nothwendigkeit hervor, eine Klasse, und zwar eine von fremder Nationalität, mit dem „Wucher“ zu privilegiren; bei den Türken haben die Armenier und Griechen, in Ost-Asien niedrige Kafen, Perser und Armenier den Geldhandel im Besitze; im christlichen Mittelalter bemächtigten sich die Kaufleute der am frühesten gegen das kanonische Recht gleichgültigen italienischen Städte und die Juden, welche durch die fortgesetzten Verfolgungen und Verbanungen ebendies auf die betroglichste und flüchtigste Vermögensform, das Geldkapital, angewiesen waren, ganz und gar des Geldhandels und unterjochten in den Städten den Handwerkerstand durch ausbeutenden Kapitalhandel, bis die Judenverfolgungen eintraten, welche von Geschichtsschreibern, wie Falk, viel mehr auf eine große Kreditkrise als auf religiöse Motive zurückgeführt werden. Nach den Judenverfolgungen kam, von Italien eingeführt, das Leihhaussystem (Monti, Monts de pitié) auf. Andererseits war bei den Juden Kapital, wenn auch theuer, so doch überhaupt zu haben; die Reichsküde schützten sie immer wieder, Augsburg erkannte den jüdischen Geldhandel wiederholt als Bedürfnis an; und als später in Frankreich die „Wucherer“ wegen Ueberfreitung der Zinstare zu Galerienstrafe verurtheilt wurden, pflegten gerade diejenigen, welchen sie geliehen, für sie zu bitten. Ueberall trat das Verbot dieser beschränkenden Maßregeln hervor. Man hat dies auch noch neuerdings bezüglich der großen Bankten erfahren, welche oft Mittel hatten zu leihen und die Geschäftskreise bei Handelskrisen zu retten, aber nur zu einem ihr Risiko bedenden Zinsfuß; weil dieser ihnen verneht war, konnten sie nicht leihen und mußten trotz voller Kasse die Geschäftskreise zu Grunde gehen lassen.

Man hat allerdings die Wuchergesetze schließlich damit vertheidigt, daß man Projektmachern und Verschwendern nicht Voranschuld leisten dürfe. Allein wegen des Mißbrauches der Verschwendung darf man nicht naturwidrig den rechten Gebrauch der anderen Leute beschränken; und hundert andere Wege stehen dem Verschwendern, welcher sich ruiniren will, offen. Gewagte, neue Unternehmungen sind auch ein Bedürfnis, ohne

Experimentiren würde kein Fortschritt gemacht werden. Es ist daher gut, daß das Kapital gegen Risikoprämie sich auch den gewagteren Unternehmungen zügend; man hat seiner Zeit Watt, den Erfinder der Dampfmaschine, Fulton, den des Dampfschiffes, Stephenson, den der Eisenbahn, Projektentwerfer und sogar Narren geschützt. Die schmutzige Ausbeutung Unerfahrener durch Darlehen mag durch strenge Betrugsstrafen geahndet werden, und vorbeugen kann man ihr durch Ausbildung eines geregelten Leihbankwesens, durch gesetzliche Vorschriften, welche eine solche Contractfassungsweise gebieten, daß die Zinsverbindlichkeit klar in die Augen springt, durch Oeffentlichkeit der Schuldzinsfuß.

Für gerichtliche Urednungen muß natürlich ein normaler Zinssatz feststehen; dieser aber berührt den volkswirtschaftlichen Kapitalverkehr nicht.

§ 145. Der Kurs verzinslicher Forderungen. Insbesondere der Wechselkurs. Der Kurs verzinslicher Geldforderungen ändert sich mit dem reinen Zinsfuß und mit der Werthgefahr (Risiko).

Die auf eine feste Verzinsung gestellten, unlösbaren Forderungen (der französische Staat verkauft nur Rente, keinen Schuldanammwerth) werden nämlich bei gleichem Risiko um so niedriger verkauft, je höher der allgemeine Zinsfuß ist; steigt z. B. der Zinsfuß von 4 auf 5%, so ist im Verkauf ein vierprozentiges Papier, das zuvor 100 (pari) Kurs hatte, nur noch 80 werth; denn es trägt nur 4%, wie 80 Zl. eines 5% Papiers. Daher fallen solche Papiere in Krisen, wenn der Zinsfuß steigt; die tiefsten 3% engl. Konsole, sonst zu 96 im Kurs, fielen 1847 in der Handelstheorie bis 80.

Je größer das Risiko, desto geringer der Kurs, und umgekehrt. Der Staatskredit wird hauptsächlich durch Unruhen, Kriege u. s. w. erschüttert, z. B. es fallen daher bei solchen Ereignissen im Maße der Erschütterungen des Staatskredits.

Nähe einer Pariverloosung geringprozentiger Papiere hebt den Unterparikurs.

Verwaltungszwang zur Anlage von öffentlichen und Pupillen-Kapitalen in heimischen Fonds steigert mit der Nachfrage natürlich den Kurs der letzteren.

Nähe neuer Anleihen und Nothverkäufe in politischen und Handelskrisen drücken, nach dem Gesetz des sich verstärkenden Angebotes, den Kurs, auch denjenigen der besten Papiere, da diese nach am vorthellhaftesten zu Nothanaufnahmen von Geld verwendet werden können.

Die Schwankungen des Kurses sind stärker bei Spielpapieren (fonds de speculation), welche als Spielball der Agiotage in Börsenkreisen in der Schwere bleiben (daher auch valeurs flottantes genannt), — geringer bei Papieren fester Anlage, welche dauernd in die Hände der Leihkapitalisten („feste Hände“) übergehen (fonds de placement).

Insbesondere der Wechselkurs. Hierüber sind in Ergänzung des § 71, 2 einige spezielle Bemerkungen zu machen. Wechsel sind

in größter Anzahl eine täglich veräußerte Börsenwaare. Sie sind aus zwei Gründen gesucht: Einmal zur sichern Anlage von Kapitalien auf kurze Zeit, indem man sie gegen Abzug des Discontofusses für die Zeit bis zum Verfalltermin erwirbt und so an ihnen ein zinstragendes Papier von kurzer Verfallszeit gewinnt. Zweitens als Mittel der Zahlung auf auswärtige Plätze.

Mitteltst der Wechsel und ähnlich mittelst fremder Banknoten, Coupons u. s. w. kann man nach auswärts wechseleiler zahlen, als mittelst der Verwendung baaren Geldes. Umgekehrt ist der Verkauf der Wechselforderung im Inland an solche, die nach auswärts zu zahlen haben, vorthellhafter, als die eigene Einfassung auf auswärtigen Plätzen.

Es entsteht daher Nachfrage nach und Angebot von Wechseln sogar über oder unter Pari, der Kurs der Kurs der Wechsel auf verschiedene Plätze wird hiedurch veränderlich.

Allein die Schwankungen sind in ganz bestimmte Schwankungsgrenzen eingeschlossen: Der Wechselkurs kann höchstens um die Kosten der Baarverwendung nach außen das Pari übersteigen und nicht um mehr als die Kosten des Baarbezuges der Wechselzahlung aus dem Auslande unter das Pari herabgehen. Die Schwankungsgrenzen liegen in Baarverwendungs-, beziehungsweise in Baarbezugslostenbeträge (specie point).*)

Ausnahmsweise überpringt der Wechselkurs diese natürlichen Grenzen, hauptsächlich in folgenden Fällen: 1) Wenn eine Panic die augenblickliche Versilberung eines Wechsels selbst um größere Opfer vorthellhaft erscheinen läßt, etwa um einem Anleihen bei höherem inländischen Discontofusse zu entgegen, oder um die Mittel für Veräußerung eines hohen Discontofusses zu gewinnen (Goeschens, theory of foreign exchanges, 5. Aufl. 1864, Kap. 4). — 2) Bei Entwerthung einer Papiervaluta, oder bei einer Münzfußverschlechterung, in welchem Falle die stärkste Abweichung vom Pari der legalen Metallwährung nicht bloß die Kosten der Baarverwendung bez. des Baarbezuges, sondern auch noch den Betrag des Metallgeldagioes (Gold- oder Silberprämie) ausmacht (vgl. § 78); eigentlich ist hier nicht eine Ausnahme vorhanden, sobald man ein mit

*) Aus der Handelslehre sei hier bemerkt: der Wechselkurs wird nach einer an jeder Börse üblichen Wechselwerthsomme notirt, welche die Rechnungseinheit bildet, z. B. in Frankfurt wird auf Berlin die Summe von 60 Thalern = 105 fl. der Notierung zu Grunde gelegt. Die Währung, worin der veränderliche Kurs der festen Wechselwertheinheit notirt wird, heißt die veränderliche Valuta. In Frankfurt ist die veränderliche Valuta der 62½ fl. Z., die feste Valuta ist dort die Valuta des auswärtigen Platzes, z. B. für die Waise Augsburg ebenfalls die 62½ fl. Währung, für Wiener Waisen die 45 fl. Währung (116½ fl. südd. = 100 fl. österr.), für Berliner Wechsel die Thalerwährung. Die Gleichung 60 Thaler = 105 fl. ist das Wechselpari für Frankfurt-Berlin. Haben die beiden Plätze verschiedene Währung, der eine Silber, der andere Gold: oder schwankende Papierwährung, so ist das Pari kein festes, sondern mit dem Schwanken des Goldwerthes oder Papiergeldes gegen Silber veränderlich.

dem Werth der Papieraluta wechselndes, nicht mehr ein festes auf die thätiglich verlassene Metallaluta bezogenes, Wechselpari annimmt. — 3) Zwischen einem Plaz mit Gold und einem solchen mit Silberwährung, wenn der Werth beider Metalle sich gegeneinander verändert. Hier wird der Wechselkurs vom bisherigen Stand des schwankenden Pari auch um den Betrag einer eintretenden Gold- oder Silberprämie, nicht blos um den Betrag der Baarverwendungslosen, ab und zu sich entfernen.

Der jeweilige Stand des Wechselkurses innerhalb der normalen Schwankungsgrenzen

ist nun davon abhängig, ob die Verpflichtungen oder die Forderungen gegen den fremden Plaz überwiegen, wobei die fälligen oder nahezu fälligen Verbindlichkeiten entscheiden. Im ersten Fall steigt der Wechselkurs über, im letzteren unter Pari, da dort die Nachfrage nach —, hier das Angebot von Wechseln als Zahlungsmitteln überwiegen wird. Ersteren Fall nennt man, da er eine Ausfuhr von klingendem Geld befürchten läßt und die Zahlungen nach auswärts kostspieliger macht —, „ungünstigen“ Wechselkurs, obwohl er es nur für einen Theil, die Wechselkaufslustigen, ist.

Die den jeweiligen Stand des Wechselkurses bestimmende Zahlungsbilanz zwischen zwei Plätzen ist nun selbst von folgenden Umständen, bald mehr von dem einen, bald mehr von dem anderen, abhängig:

- a) vom Mehrwerth der Waareneinfuhr oder Waarenausfuhr;
- b) vom Kauf oder Verkauf auswärtiger, beziehungsweise inländischer Kreditwerthe (Staatspapiere, Industrie-Obligationen, Aktien u. f. w.);
- c) vom Verbrauch auf Reisen im Ausland (für russische und englische Kurse nicht ganz unbedeutend);
- d) von der Erhebung von Kommissionsgebühren, Frachten, Coupons, Dividenden. Zwischenhandel treibende Handels- und Seepläze, Länder mit viel Leiskapital, welches im Ausland angelegt ist, haben hiernach ein dauerndes Element „günstiger Wechselkurs“ (England, Holland);
- e) von Kriegsführung im Ausland, Unterhaltung von Flotten in fremden Gewässern, Subsidienzahlungen;

f) von der Gewährung von Blancocredit, d. h. von Krediten ohne Deckung, wodurch der Zahlungsbedarf auf das Blancocredit genöthigte Land während der Dauer der Gewährung geringer wird.

Ist nun je nach dem Zusammen- und Gegeneinanderwirken aller oder mehrerer der obgenannten Faktoren der Wechselkurs ein ungünstiger, so tritt doch bald eine Ausgleichung ein, wiewohl nicht dauernd eine Ausgleichung lokaler Geldvertheilungsunterschieden durch fortgesetzte Baarverwendungen (z. B. aus den Goldländern, aus Europa nach dem Orient) stattzufinden hat.

Auf Umwendung ungünstiger Wechselkurse wirken hauptsächlich zwei Umstände, welche bereits kurz erklärt sind: einmal die veränderte Richtung des Waarenhandels, Vermehrung der Waarenausfuhr, welche bei hohen Kursen begünstigt,

sowie die Verminderung der Einfuhr, welche durch hohe Kurse benachtheiligt ist (zeitweilige Erhöhung des inländischen Geldwerthes gegen Waaren § 71),

zweitens die veränderte Richtung des internationalen Kredithandels durch Erhöhung des inländischen Bankzinsfußes, — zeitweilige Erhöhung des inländischen Geldwerthes gegen Kreditgüter (vgl. § 71).

Die Maßregel der Discontoerhöhung, in § 71 ebenfalls schon kurz erwähnt, bedarf nun eine weitere Beschreibung.

Ihre Wirkung ist eine doppelte: theils unterstützt sie das Abnehmen der Waareneinfuhrschritte und das Zunehmen des Dranges, nach außen abzugeben, — theils zieht sie von außen zur Anlage in inländischen Kreditwerthen Leiskapital herbei, welches die bei hohem Disconto gedrückten Kurse inländischer Kreditpapiere benötigt und direct auch den hohen Stand des Discontofazes mitgenießen will.

Durch letztere Wirkung, den Ankauf inländischer Kreditpapiere durch auswärtiges Leiskapital, wird nun die „ungünstige“ Zahlungsabfuhr ebenso, wie durch veränderte Richtung der Waareneinfuhr und Ausfuhr umgekehrt.

Insbefondere werden Wechselschuldten des Inlandes von längerer Sicht vom auswärtigen Kapital erworben, um den hohen Discontofaz möglichst lange genießen zu können; sie werden bei hohem Discontofaz gesucht. Das Umgekehrte tritt ein bei einem im Inland bedeutend niedrigeren Discontofaz, da nun auswärtige Inhaber inländischer Wechselschulden sie im Wege niedrigen Discontos mit Vortheil früher ins Inland abgeben und zur Förderung des Erlöses sofort den Betrag der Verbindlichkeiten auf ihre Wechselplätze vermerken.

Bedenkt man, daß z. B. zwischen London und den festländischen Börsen jeder Zeit für Millionen Thlr. Wechsel in den Händen der Zettelbanken und der Wechselhändler (bill brokers, Cambisten) veräußert liegen oder von dieser Seite zu erwerben gesucht werden, so begreift man, wie machtvoll der Reiz eines hohen, bez. niedrigen Discontofazes in der Richtung der Kapital- und Zahlungsausgleichung zwischen zwei Plätzen wirken kann.

Nur muß die Differenz des Discontofazes eine bedeutende sein, um zu wirken. Man hat zu bedenken, daß in der Regel kurzfristiges Papier, z. B. höchstens 6 monatliche Sicht, in Frage ist. Eine Zinsfußdifferenz zwischen London und Frankfurt von 2% giebt nun aber bei 3-Monatpapier nur $\frac{1}{4}\%$ Gewinn. Bringt man davon kleinere Spesen, bei Plätzen verschiedener Währung (z. B. London und Hamburg) das Risiko ungünstiger Veränderung der Gold-Silber-Vertheilung während der Zeit der Kapitalausfuhr in Abzug, so begreift man leicht, wie der Discontofaz verschiedener Börsen oft mehrere Procent abweichen kann, ohne Kapitalauswanderungen zu bewirken, weshalb eine geringe Erhöhung des Discontofazes oft unwirksam bleibt und erst ein bestimmter Grad der Erhöhung die Ausgleichung in Bewegung setzt, weshalb endlich bei dieser

Art von Operationen Papier von langer Sicht, welches auf längere Zeit den hohen fremden Discontozug zu genießen gestattet, gesucht ist (Goeschen a. a. D. p. 141).

Der Wechselhandel concentrirt sich auf bestimmten Plätzen (Wechselplätzen); denn nicht an jedem Ort begegnen sich Wechsel für jeden Ort, sondern nur an Hauptorten des Verkehrs- und Warenverkehrs. An diesen lassen sich Guthaben und Verbindlichkeiten durch Verkauf und Erwerb von Wechselforderungen ausgleichen, compensiren. So ist London als Wechselplatz das Clearinghaus der Welt für die aus dem Waarenhandel entspringenden Forderungen und Guthaben. Im fernem Ausland kann man oft nur mit Wechseln auf diesen Platz zahlen.

Eine keinen Platz bevorzugende Centralisation des Wechselhandels für ein bestimmtes Land findet in einer für die Nebenplätze sehr vortheilhaften Weise durch die großen Zettelbanken statt. Indem diese, z. B. die preussische Bank, mit ihren vielen Filialstellen auf allen Plätzen des Landes Wechsel aller anderen Plätze des Landes einsammeln lassen können, so discontiren sie die Wechsel der Nebenplätze ebenso wechselfähig, als wenn alle auf einen Hauptplatz domicilirt wären. Dieser Vortheil einer verzweigten Großbank für das geschäftliche Publikum ist nicht gering anzuschlagen. Der preussische Bank sind hierin ähnlich die französische und die österreichische Nationalbank.

Die Handelslehre hat die irdlichen Gebräuche des Wechselhandels nachzuweisen. Hier sei nur bemerkt, daß der Wechselkursnotiz Wechsel bester Firmen (sog. „erstes Papier,“ engl. acknowledged first class bills) mit kurzer Verfallszeit zu Grunde zu liegen pflegen.

Summengröße und Charakter der zwischen zwei Plätzen hauptsächlich vorkommenden Wechsel sind von der Art der beiderseitigen Geschäftsverhältnisse abhängig. Z. B. Wechsel aus dem Thee, Seide, Colonialwaaren, Baumwollhandel zwischen England und den überseeischen Plätzen zeigen große Beträge und erste Firmen. Zwischen London und dem Continent dagegen schweben auch viele kleine Wechsel aus Kommissionsgebühren und Frachten, aus Waarenbezügen der Kleinhändler, kleinen Exporten u. f. w.

XX. Kapitel: b) Das Arbeitsvermögen in fremder Verwendung. Die Dienstmiete und der Lohn.

aa) Die Dienstmiete.

§ 146. Wesen der Dienstmiete. Unfreie Formen. Durch die Dienstmiete, von den Juristen locatio conductio operarum genannt, wird ebenso fremdes Arbeitsvermögen vom Unternehmer an sich gezogen, wie durch Kredit, Pacht und Miete fremdes Gütervermögen.

Die Dienstmiete, welche von der Nationalökonomie gewöhnlich nur nach der Seite der Preisverteilung im Lohne zur Sprache kommt, läßt

sich hienach als erster Abschnitt der Lehre vom Lohneinkommen besonders betrachten.

Die Heranziehung fremden Arbeitsvermögens geschieht und geschieht in verschiedenen Formen.

Der Dienst auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaften: Dienst der Familienglieder, Militärdienst, öffentliche Frohne, erzwungener Klementendienst (Gefhworene), Vereinständigkeit — liegt uns hier noch ferne, da wir uns zunächst mit dem auf Tausch und Concurrenz beruhenden privatwirtschaftlichen Dienstverhältnis beschäftigen.

Von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist der Unterschied: ob das Dienstverhältnis ein freies oder ein unfreies ist.

Unfreie Formen des Privatdienstes sind namentlich: Sklaverei, Leibeigenschaft, Frohndienst.

Die Sklaverei und alle folgenden Stufen der persönlichen Unfreiheit beruhen auf einem einfachen Grundverhältnis, welches wir schon berührt haben. Im Anfang aller Wirtschaft und im nächsten Fortgang ist die Arbeit ein sehr werthvolles Gut, weil sie Mangels der Bildung noch wenig Produktivkraft hat, also beschränkt und doch zur Benutzung der fast unbeschränkt vorhandenen Vorkräfte unentbehrlich ist. Durch Vertragsleistung ist sie noch nicht in genügendem Maße zu schaffen. Das Vermögen wird also in unfreie fixirtes Arbeitsvermögen Anderer: im Sklaveneigenthum, der Leibeigenschaft, der Dienerschaft, dem Gesinde bestehen. Auch in den heutigen Colonialländern beruht die Sklaverei darauf, daß zwar Boden in Fülle, aber weder freie Arbeit für die so viel Arbeit fordernde Plantage verfügbar, noch viel Maschinenbenutzung da ist. Hier treten die Elemente der europäischen-asiatischen Kulturverhältnisse einfach wieder.

Die Gebundenheit an die Scholle, gleiches adscriptio, hatte hienach eigenthümliche wirtschaftliche Thatsachen zur Voraussetzung.

Die sklavische Unterwerfungsform ist unmächtig, sie weicht aber erst nach Jahrtausenden der besseren Einsicht (§ 27), daß der Sklavendienst selbst den Herren nicht so vortheilhaft ist als der Abschaf an freie Wirtschaften, als das Produiren mit Arbeitern, welche sich selbst zum Interessensmittelpunkt haben. In milderen Uebergängen erhebt sich der Zustand der Unfreiheit zur wirtschaftlichen Freiheit: von der Sklaverei zum Kolonat (Erbpacht), zur Leibeigenschaft, in welcher die eine Persönlichkeit nicht mehr rechtlose Sache, sondern Arbeitsvermögen einer andern Wirtschaft ist, zur Pflichtigkeit und Giebigkeit, in welcher nur noch ein Theil des Erwerbes oder der Erwerbsmittel der herrschenden Privatwirtschaft überlassen werden muß (Frohnden, Spanndienste, Gefälle, Zehnten), endlich — in Nordwesteuropa seit der ersten französischen Revolution — zur vollen persönlichen Freiheit.

Uebrigens darf man sich diese Stufen unfreier Gesellschaftszustände nicht zu schwarz malen. Sie finden ihre Erklärung in ihrer Zeit; das Verhältniß des Herrn zum Sklaven war nicht durchaus ein hartes; der

Vater von Horaz war ein freigelassener Sklave, der Ursprung anderer klassischer Schriftsteller ist der gleiche. Ganz ebenso gingen im deutschen Mittelalter aus den Höriken die besten Räte der Fürsten (sog. Miniserialen) hervor.

Unter wilden Völkern ist der Sklavenzustand besser als der des Vogelfreien; auch wird, je geringer die Bildung, desto weniger die Sklaverei empfunden, und Ueberarbeitung ist, wo bloße Handwirtschaft besteht, nicht so leicht möglich; im Mittelalter ist der Zustand des arbeitssfähigen Erbhöflichen besser, als derjenige des persönlich freien Inhabers einer jederzeit kündbaren Hypothek.

Eine nähere nationalökonomische Würdigung der Sklaverei hat in neuerer Zeit aus Anlaß der Sklavensfrage in den Vereinigten Staaten Nordamerika's stattgefunden. Bemerkenswert sind hiezu u. A. die Schriften von Olmsted (Journeys 1861) und Cairnes (slave power, 1863), sowie die Flugschriften des ehlen V. A. Huber.

Die Sklavensfrage ist jetzt dort gesetzlich im Sinne der Freiheit gelöst, praktisch wird die Erziehung der Sklaven zu einem tüchtigen, der demokratischen Freiheit fähigen und würdigen Theil der Gesamtbevölkerung noch längere Zeit große Anstrengungen erheischen. In den freedmen's-bureau's hat man den Sklaven vorläufig besondere Schutzbehörden seitens der Union gegeben.

Die Lage der amerikanischen Sklaven vor der Emancipation war wohl eine härtere, als diejenige der Sklaven in früheren Zeiten, — die Sklaven der römischen Geldaristokratie vielleicht ausgenommen. Die südstaatliche Pflanzerswirtschaft producierte für den Welthandel, die Sklaven dienten nicht der Production des Hausbrauchs, ein patriarchalisches Verhältniß, wie es ältere Zeiten zwischen Herren und Sklaven vielleicht gekannt haben, hatte hier keinen Boden. Ein Viertel der Sklaven waren nach Huber Hausklaven, $\frac{1}{4}$ Feldklaven (sog. *field-hands*). Erstere allein standen in einem nach äußerem Ansehen patriarchalischen Verhältniß, obwohl die laxe Sitte der männlichen Pflanzerebevölkerung gegen die Weiber dieser Sklaventasse das Familienleben schwer corrumptierte. In Virginien wurde diese Mischung zur förmlichen Sklavenslachtung, und von da wurden jährlich 30,000 „Häupter“ nach dem Süden getrieben. Besonders jammervoll aber stellte sich die Lage der Feldklaven dar. Nach Huber gab man selbst in den besseren Plantagen den Schwangeren kaum ein Paar Tage, den Wöchnerinnen nur 14 Tage Entlassung von den allerhöchsten Arbeiten. Huber beruft sich auch auf den physischen Zustand der Sklaven, welche sich zum Unionkriegsdienst gemeldet. Er sagt hierüber: „von etwa 250,000 Contreband-Sklaven, die sich zum Unionkriegsdienst gemeldet haben, umgibt die Hälfte wegen Schwächlichkeit und Kränklichkeit besonders als durch Ueberrettung, schlechte Nahrung und Prüge untauglich zurückgewiesen werden; von der tauglichen Hälfte trug aber weit mehr als die Hälfte mehr oder weniger zahlreiche alte

Narben von 1—2 Finger Breite und entsprechender Tiefe, welche nur von Reishenstichen herrühren konnten. Dazu kommt eine sehr starke Beimischung der Narben von Hundebissen, von Messertiden oder Schnitten und von Schußwunden in allen Theilen. Diese Verzierungen werden um so zahlreicher, je mehr die Rekruten aus dem Südwesten stammen, wo die Sklaverei sich in noch größerer Unbesorgtheit entwickelt, als z. B. in Kentucky, wo sie noch milde erscheint im Vergleich. Sogar Virginien erscheint in Hellwunde gegen die höllische Nacht der untern Mississippistaaten.“

In Erweiterung der schon in § 27 angestellten nationalökonomischen Betrachtungen über Sklavenarbeit führen wir nach Cairnes und Olmsted noch Folgendes an:

Cairnes bezeichnet als die 3 Grundübel der Sklavenarbeit: daß sie widerwillig, ohne inneren Trieb gethan wird, daß sie keine Virtuosität und technische Bildung erlangt und daß sie aller Versatilität entbehrt (given reluctantly, unskillful, wanting in versatility).

Sie sei 1) ohne inneren Trieb und beschränke sich auf das zwangsweise Nothwendige, nicht bloß weil sie uninteressirt ist, sondern auch weil der Sklave wisse, daß er, ein Marktwert von 250 £. St., vom Pflanze über ein gewisses Maß der Leistung hinaus ebensowenig angestrengt werde, als ein kostbares Pferd. Aus diesem Grunde eigne sich die Sklavenarbeit nur für solche Kulturen, welche ein truppenweises, also leicht zu beaufsichtigendes Beisammensein der Arbeiter auf kleinem Areal mit sich bringen, also hauptsächlich für die Kultur von Zucker, Baumwolle, Tabak und Reis. Eine Acre Baumwolle verlangt nach Olmsted 10 Arbeiter, während 1 Arbeiter 10 Morgen Weizen bauen kann. In der That ist die Grenze der Sklaverei nicht durch das Klima bestimmt, wie jetzt vielfach nachgewiesen ist, sondern durch die Art der Kultur. Wo gestrenzte Arbeit erforderlich ist, findet freie Arbeit unbedingter vortheilhafter, und bemerkenswerth ist es, daß mitten in den Sklavereistaaten die Korngegenden am Fuße der Alleghanies freie Arbeit bemahrt haben.

2) Die Sklavenarbeit sei ungebildet und ungeschickt, weil der gedulte Sklave mehr zu leisten haben würde, ohne mehr zu genießen. Olmsted weist nach, daß der Sklave zur Bedienung von Maschinen ganz unfähig ist, und daran alles was ruiniert werden kann, ruiniert; virginische Pflanze lassen deshalb Maschinen, selbst mit 10% Kosten plumper bauen und an vielen Orten werde das Maulthier statt des Pferdes wesentlich deshalb gehalten, weil es weniger sorgfältige Pflege erheische. Eine Industrie in Sklavensländern ist deshalb nicht möglich; diese sind für Fabrikate ganz und gar von der Einfuhr abhängig, wie dies in den Südstaaten in umfassendster Weise tritt; England und der New-Yorker Handel hatten deshalb so reelle Sympathien mit dem commercieell und industriell von ihnen beherrschten Süden.

3) Mit der Widerwilligkeit und Ungeschicklichkeit der Sklavenarbeit hängt die Unfähigkeit zusammen, zu neuen Betriebsweisen überzugehen.

Cairnes sagt darüber: „Die Ungleichigkeit des Sklaven ist so groß, daß man nur dann Nutzen von ihm hat, wenn man ihn für sein ganzes Leben nur Ein Ding lernen läßt. Wo Sklaven sind, kann daher keine Mannigfaltigkeit der Produktion sein. Wird einmal Tabak gebaut, so bleibt seine Kultur, mögen der Stand des Marktes und die Bodenart sein, wie sie wollen.“

Diese Eigenschaften der Sklavenarbeit bedingen eine wenig sorgfältige Bebauung und schon deshalb eine Erschöpfung des Bodens. Dazu komme, daß der Sklavenwerth (250 L. St. p. R.) fast alles Kapital verschlinge und für Melioration und Erhaltung der Bodenkraft Nichts übrig lasse. Daher nach vielen übereinstimmenden Aussagen der Raubbau, welcher einen beharrlichen Wechsel reichen aber bald erschöpften Bodens bedingt und politisch den Südstaaten den Drang der Ausdehnung des Sklavereigebietes nach Texas, Kansas u. s. w. eingeplant habe.

Ein weiterer Nachtheil der Sklavenarbeit liegt darin, daß die freie Bevölkerung die wirtschaftliche Arbeit verachtet und eine Klasse von Fronleuten mit ritterlichen, unritterlichen und raubritterlichen Vergnügungen wird (vgl. § 27).

Unfrei ist auf indirekte Weise auch die dienende Arbeit künftiger Gewerbegehilfen gewesen, ein indirekter Dienztwang lag ferner im Mangel des Rechtes der Freizügigkeit. Freilich hatten für ihre Zeit die Institutionen des Zunftbannes und der localen Abgeschlossenheit der Arbeitskräfte auch wieder Vortheile.

Der Zunftbann war in einer Zeit, wo die Bildung durch Reisen, Journale, Schule kaum denkbar war, ein Hort technischer Bildung. Der Mangel an Freizügigkeit ist ersichtlich in einer Zeit, da der Mangel leichten und wechsellien Transportes das Erwerbsleben in engem örtlichem Kreislauf abschloß.

Die Volkswirtschaft ist auf Freiheit der Arbeit angelegt. Allein alle Anlage zur Freiheit wird erst durch die Bildung entwickelt — was sowohl in der Wirtschaft als in der Politik, sowohl im Entwicklungsengang der Völker als im Lebensgang jedes Einzelnen gilt. Aber Jeder hat die Bestimmung zur Freiheit, zur selbstständigen Entwicklung, und im Fortschritt der allgemeinen Kultur ringt sich auch die Freiheit der Arbeit durch, theils gewaltsam: in den Sklavenkriegen alter und neuer Zeit, in dem Bauernkrieg, in den Revolutionen der Neuzeit, theils im glücklicheren Wege der Reformemanzipation.

§ 147. **Verschiedene Arten freier Dienstmiethen.** Die freie Dienstmiethen ist häufig ein prekäreres, täglich oder wöchentlich von beiden Seiten kündbares Verhältnis.

Dies wird vielfach durch die Verhältnisse bedingt. Erdarbeit, Bauarbeit z. B. kann nicht zu Jahresdienstverhältnissen führen. Im Allgemeinen ist der neueren Zeit das Streben eigen, in beliebigem Maße jederzeit, bald ausgebeutet bald eingeschränkter, Dienste zu mietzen und zu

entlassen. Es bildet sich im sog. „Arbeitsmarkt“ ein freier marktmäßiger Tausch, dessen Regelmäßigkeit in Angebot und Nachfrage, bei herrschender Freizügigkeit und Beweglichkeit der Bevölkerung, die Nachtheile des prekären Charakters vieler Dienstverhältnisse größtentheils aufhebt.

Unter mittelalterlichen Voraussetzungen wäre dieser prekäre Charakter den arbeitenden Klassen allerdings eher nachtheilig gewesen. Aber heute noch ist es sehr zu wünschen, daß das Dienstverhältnis nicht allzu sehr auf die Welle der fluctuirenden Geschäftsconjunction gesetzt werde; längere Arbeitscontracte hindern den Unternehmer, gar zu extremen Aufträgen anzunehmen und kurz darauf wieder die Geschäfte extrem einzuschränken. Einige Stetigkeit des Dienstverhältnisses ist nicht bloß für die Arbeiter selbst, sondern auch für die Arbeitgeber wünschenswerth; denn ein fester, geschulter und beim gewählten Arbeitsberufe bleibender, anhänglicher Arbeitsstamm ist ein großer Vortheil, da so die Leistungen bessere, also wirtschaftlichere sind.

Viel mag mit der Zeit die jetzt vor sich gehende Zirkung der Arbeiterbevölkerung mittelst guter Wohnhäuser beitragen, obwohl es wünschenswerth ist, daß die Arbeiter dadurch nicht in neuer Weise an die Schelle gebunden werden, sondern für den Lohnkampf in bewusster Organisation (Coalitionen) eine ebenso selbstständige Stellung behaupten, als sie die Arbeitgeber inne haben. Spartaassen, Unterstützungsgesellschaften, Freiheit der friedlichen Lohncoalition werden dies bis zu einem gewissen Grade bewirken.

Eine wichtige Rolle beginnt seit der neueren Lohnsteuerung die Wohnungsreform für die arbeitenden Klassen in der Landwirtschaft zu gewinnen. Heute doch 1865 der englische Finanzminister Gladstone den Plan, Staatsvortheile für den Bau von Arbeiterwohnungen auszuwerfen. Auch deutsche Grundherren werden sich mehr daran gewöhnen müssen, auf ihren Vorwerken Arbeitern eine gute Wohnstätte zu sichern, wenn sie die „ländliche Arbeiterfrage“ zu gemeinlichem Vortheile lösen wollen. Nicht in Allem kann gerade in der Landwirtschaft (s. § 37) die Maschine den menschlichen Arbeiter verdrängen, wenn es auch wünschenswerth ist, daß gerade für den vorübergehenden Arbeitsbedarf, zum Säen, Ernten, Dreschen die Maschine an die Stelle prekärer Dienstverhältnisse trete.

Häusliche Leistungen gestalten sich im Gesindeverhältnis leicht von selbst zu einem weniger wechselvollen Dienstverhältnis. Indessen verliert auch das Gesindeverhältnis an seinem alten patriarchalischen Charakter, eine Bewegung, deren sittliche Folgen namentlich für das weibliche Geschlecht leicht nachtheilig werden können. Doch liegt auch dies in den Verhältnissen, und neuere mechanische Einrichtungen des häuslichen Lebens selbst, welche Gesindearbeit entbehrlicher machen (Waschleitung, Waschküchen und Speiseeinrichtungen), scheinen hier der „Emancipation“ der Dienstboten und von den Dienstboten Vorschub zu leisten.

Weniger precär wird stets der öffentliche Dienst bleiben, welcher indessen nicht an dieser Stelle zu betrachten ist.

Mit der fortgeschrittenen Emancipation der Dienstmiethe zu einem freien Gegenleistungsverhältnis ist es immer notwendiger, daß die bisher unfreien Klassen sich in sich selbst durch genossenschaftliche Organisation fügen und sich die der Freiheit notwendige sittliche und ökonomische Selbstständigkeit verschaffen. Die Zeichen der Zeit auf diesem Gebiete schließen die Hoffnung nicht aus, daß diese Aufgabe unter Teilnahme der Menschenfreunde aller Gesellschaftsklassen, vor Allem durch die Kraft des Arbeiterbundes gelöst, werde gelöst werden.

Zu selbstständigen Privat- und genossenschaftlichen Unternehmungen wird die Dienstmiethe gehalten — in Pächterinstituten, truppenweisem Zusammenvermieten der Arbeitskräfte unter freigewählten Führern (englisches gangmaster-System) u. s. w.

§ 148. **Störungen.** Noch ist einiger Störungen zu gedenken, welche im modernen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auftreten.

Es ist vorgekommen, daß die Unternehmer, getrieben vom Sporn der Konkurrenz und in der Absicht, durch Produktionskostenverminderung den Konkurrenten den Rang abzulassen, den Lohn unter die herkömmlichen Unterhaltungskosten der Arbeiter herabdrücken, entweder direkt durch Lohnerniedrigung, oder indirekt durch Ausbeutung der Arbeiter bei Naturallieferung des Lohnes. Die Ausbeutung der Arbeiter durch den Unternehmer, indem letzterer Wohnung (Cottage), Kleidung, Lebensmittel liefert und dabei den Arbeiter übervertheilt, ist unter dem Namen *Trunk- oder Cottage-System* bekannt (truck = Naturaltausch).

Umgekehrt beuten die Arbeiter durch Verschleuderung von Stoffen der Arbeit den Unternehmer aus. Die besitzgelassenen Arbeiter thun dies am wenigsten, und schon hierin liegt eine Milderung der Unternehmung, nicht durch harte Herabdrückung des Lohnes die Arbeiter moralisch entarten zu lassen; es ist dies auf die Dauer der größte Schaden für die Unternehmer selbst, wie ja auch die Verminderung der Verbrauchskraft der zahlreichsten Klasse den Absatz fñrt. Die Ausbeutung des Rhebers durch Kapitän und Schiffslente hat einen eigenen Namen im „*Baratzen*“.

Die sog. Hausindustrie, Grobherzeugung durch Verteilung des Arbeitsstoffs in die Häuser vieler Arbeiterfamilien, leidet ebenso häufig an Ausbeutung der Arbeitgeber durch Fälschung und schlechte Arbeit, als des Arbeiters durch den Lohntrud und Kreditwucher zahlreicher Zwischenhändler (Herber).

Ferner suchen die Arbeiter durch massenhafte Arbeitseinstellung (strikes), die Arbeitgeber durch massenhafte Ausreißung (lockouts) gegen coalirende Arbeiter, höhere bez. niedrigere Löhne zu erzwingen. Auch diese Versuche strafen sich häufig selbst.

Freilich sind diese so wenig erfreulichen Erscheinungen eine notwendige Folge der ganz freien Gestaltung des Dienstverhältnisses, indem beide

Parteien des Lohnkampfes durch Allianz sich stärken. Zudem sich beide organisiert wissen, bleibt wohl aber auch mancher sonst gemachte Versuch der Ausbeutung des anderen Theiles aus. Es gilt hier, wie so oft in den Erörterungen der Volkswirtschaftslehre, mit dem Franzosen Bastiat auch dasjenige in Rechnung zu nehmen, „was man nicht sieht“, neben demjenigen, „was man sieht“. (Näheres über Lohncoalitionen s. § 154.)

bb) Lehre vom Lohn.

§ 149. **Begriff des Lohnes und Elemente des bedungenen Lohnes. Besondere Lohnerscheinungen.** Der Lohn des Arbeitsvermögens schließt sich der Lohn als eine zweite Hauptart der Verteilung des Volkseinkommens an.

Der Lohn ist Preis der überlassenen Arbeit, indem der Arbeiter die Frucht seiner Arbeit, wie der Leihkapitalist die der Vermögensgenutzung gleichsam schon auf dem Halm an den Unternehmer verkauft.

Er ist theils Naturallohn (Gesinde), theils und in der Regel vorwiegend Geldlohn.

Auch der Lohn ist, sowie er gegeben wird, nicht immer reiner Lohn.

Es versteckt sich in ihm vielfach ein Ersatz von Kapitalverbrauch, wenn etwa der Arbeiter durch die Arbeit Kleider und Geräte verbraucht, — auch eine Prämie der Gefahr für Leben und Gesundheit (Lohn der Dachdecker, Pulvermüller, Feilenhauer u.). Den merkwürdigen Einfluß der verschiedenen Beschäftigungen auf die Lebensdauer der Menschen hat u. A. Galper untersucht. Er fand, daß unter 4000 Männern mehr als 70 Jahr alt geworden sind: von je 100 Geistlichen 42, Landwirthen 40, höheren Beamten 35, Militärs 32, Künstlern 28, Lehrern 27, Aerzten 24.

Auch ein Rentenelement kann im Lohne stecken (§ 99). Der Arbeitspreis wird ein über den Produktionskosten stehender Seltenheitspreis, wo besondere seltene persönliche Befähigung zur Arbeit erforderlich ist: Besetzung vorzüglicher Künstler, Staatsmänner, geschickter Modelleur, artistischer Arbeiter, Techniker, Aerzte, Generale u. s. w.

Die Arbeit, welche gegen Lohn verkauft wird, empfängt ihr Maß nicht lediglich nach dem Zeitquantum der Arbeitsdauer, sondern auch nach ihrer Intensität, Unannehmlichkeit, socialen Werthschätzung u. s. w., was bei dem Geze der Ausgleichung des Lohnes in verschiedenen Geschäftszweigen, gegenüber der Thatsache dauernder Lohnverschiedenheiten, wohl zu betrachten ist.

Auch zeitlich wechelt die in der Arbeit liegende Beschwerde sehr. Geistige Arbeit ist in der Regel viel leichter, ja z. Th. als positiver Genuß empfunden. Die geistigen Berufsstände können daher relativ nicht mehr so hohen Lohn finden, wie früher, gehen z. Th. betteln. Auch hier zeigt das Geze der Volkswirtschaft sich der früheren Mehrgeltung der bürgerlichen Arbeit und der Massen günstig und erklärt den Versall

der Aristokratie mit günstiger Grundlage, unter Ausbreitung der Bildung und der politischen Stellung auf die Massen.

Der Arbeitslohn muß natürlich auch den notwendigen und herkömmlichen Unterhalt für diejenigen Tage und Jahre ersetzen, an welchen nicht gearbeitet wird oder nicht gearbeitet werden kann. In dieser Beziehung werden viele Fest- und Feiertage den Tageslohn steigern.

Die einzelne Dienstleistung, welche kurz dauert, langer Vorbereitung bedarf und bald erschöpft ist, wird theuer bezahlt werden (Opemängergage). Daher kommt auch die verhältnismäßige Lohnhöhe der kurzen Dienstleistungen (der Fremdenführer, Lohnbedienten u. s. w.). Der Preis solcher Arbeit, welche oft unterbrochen wird durch Wetter u. s. w., wird höher sein, namentlich wenn die Zeit der Unterbrechung nicht mit anderer Arbeit ausgefüllt ist. Umgekehrt geringer Lohn für die Arbeit der häuslichen Nebenbeschäftigung.

Der Tagelohn ist oft ein scheinbarer, wenn er zwar auf den vollen Arbeitstag berechnet wird, die Beschäftigung der Arbeiter aber nur einen Theil (kurze Zeit, *short time* in England) des Tages dauert. Diese *short time*-Arbeit bildet sich in der Regel, sobald der Absatz stockt; denn der Fabrikant will möglichst alle Arbeiter sich für bessere Zeiten erhalten, und häufig ist die Einrichtung der Fabrik eine solche, daß nicht ein Theil derselben ruhen kann, sondern ihr ganzer Mechanismus thätig sein muß. Bei Beschränkung der Production bleibt daher nur Verkürzung der täglichen Beschäftigungszeit übrig. So fielen die Löhne der Baumwollarbeiter in Manchester 1863, während der Baumwollkrise, nur um 11—15% für den vollen Tag, allein von 557000 Arbeitern waren im März 1863 nur 158711 voll beschäftigt, 149898 arbeiteten *short time* und zwar beinahe nur die Hälfte der Vollszeit, 246,464 waren ganz außer Arbeit.

§ 150. **Minimalsatz des Lohnes — handelsmäßiger Unterhalt.** Auch der (reine) Lohn hat auf die Dauer ein Streben der Gravitation nach den Produktionskosten; denn auch die Arbeit wendet sich denselben Orten zu, an welchen im Arbeitspreis (Lohn) des Lohnarbeiters der größte Werthüberschuß über die Produktionskosten der Arbeit (Unterhalt u. s. w.) zu gewinnen ist. Vermöge dieses Zustimmens entsteht vermehrtes Angebot und durch dieses nach dem Wertgesetz das Streben, den Ueberschuß bis zum Nullpunkt der Produktionskosten herabzubringen. Der laufende Preis der Arbeit freilich hängt immer vom tatsächlichen Verhältnis des Angebotes und der Nachfrage ab.

Wie gestaltet sich nun die Bewegung des Arbeitspreises nach diesen Grundgesetzen im praktischen Leben?

Wir fragen: Was sind die Produktionskosten der Arbeit, nach denen sich die untere Grenze des Arbeitspreises (Lohnes) richtet? Antw.: Der herkömmliche notwendige Unterhalt der Arbeiter und ihrer Familien (s. § 98). Der Preis der Arbeit eines erwachsenen Arbeiters muß also wenigstens decken: seinen eigenen Lebensunterhalt und den

der durchschnittlichen Kopfsahl der Arbeiterfamilie, insofern nicht Frauen- und Kinderarbeit ihn decken hilft. Die Frau verdient schon wegen der vielen Unterbrechungen durch die Anforderungen des weiblichen Berufes und wegen der großen Ueberfüllung der weiblichen Arbeitsgebiete bedeutend weniger als der Mann. Es ist auch nicht gut, wenn das Weib zu viel außer der Familie arbeitet; denn es führt dies dahin, daß nicht nur die Familie ihre „Hausaltende“ (§ 175) Kraft verliert, die familienvirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung verstimmt wird (196), sondern daß auch der Arbeitslohn für den ganzen Arbeiterstand zu tief sinkt, indem dabei auf das sehr unzuverlässige Element des fliegenden Mitterdienstes der Weiber gerechnet wird.

Was ist nun unter dem notwendigen Bedarf zum Lebensunterhalt zu verstehen?

Nicht bloß das absolut Nothwendige (absolutes, thierisches Existenzminimum), was der Mensch auch im Naturzustand bedarf, sondern dasjenige, was nach Ort und Zeit und nach der Kultur eines Volkes für den mindesten Bedarf menschenwürdigen Daseins gilt, also der **handelsmäßig** notwendige Unterhaltsbedarf. Zu diesem Punkte gravitirt der Marktpreis der Arbeit.

Er bildet wahrhaft die Produktionskosten der Arbeit; denn jedem höheren Grad des Anspruches an die physische, moralische und geistige Kraft der Arbeit entspricht eine höhere Stufe des Unterhaltsbedarfes. Dieser ist schon rein physisch bei starkem Stoffwechsel höher beim Grobschmid als bei der Wähterin. Was aber die sittlich-geistig höher qualifizierte Arbeit betrifft, so kann sie nur da erwartet werden, wo der Lohn die zur Erziehung nöthigen höheren Kosten gewährt und dem gebildeten (skilled) Arbeiter auch ein „gebildetes Leben“ ermöglicht. Der gut unterhaltene Arbeiter ist auch der leistungsfähigere. Die *contremaitres* haben schon höhere Lebensansprüche als die gemeinen Arbeiter (engl. *unskilled labourers*); der höhere Staatsdiener muß durch seine Befoldung ein anständiges Leben führen können.

Man muß überhaupt Arbeitskräfte und Arbeitsleistungen nicht bloß als producirend, sondern auch als Produkt ansehen. In der natürlichen Welt geht keine Kraft verloren, jede Production ist dort Konsumtion, jede Konsumtion Production. Etwas Analoges findet bei der in der Wirtschaft stattfindenden Wechselwirkung natürlicher und persönlicher Kräfte statt, die Konsumtion producirt, die Arbeit consumirt persönliche Kräfte. Es ist ein Aequivalenzverhältnis, wie zwischen Wärme und mechanischer Bewegung in der physischen Welt.

Nur sind gemäß dem Gesetze der Entwicklung in menschlichen Dingen die Aequivalente keine feste Größe. Je leistungsfähiger die Arbeit wird, desto mehr braucht sie um andauern zu können Unterhalt, das Unterhaltungsäquivalent steigt, — der Satz der notwendigen Unterhaltskosten muß desto höher sein, je mehr Leistung von dem Arbeiter verlangt wird. Nach

Geschlecht, Alter, Race, Klima, vor Allen nach Bildung, Sitte und Gewohnheit bestimmt sich die Kraftverzehrer in der Arbeit und die Erzeugung wirtschaftlicher Kräfte im Unterhalt verschieden. Jene englischen Eisenbahn- und Canalarbeiter (navies), welche täglich mehrere Pfund Fleisch essen müssen, um die ihnen abverlangte Leistung zu thun, haben ein ganz anderes Maß des notwendigen Unterhaltes, als italienische Eisenbahnarbeiter. Je mehr namentlich das durch besondere und edlere Consumtionen genährte geistige Element in der Arbeit hervortritt, desto höher rückt der das Lebensminimum dauernd bestimmende notwendige Unterhaltsbedarf hinauf.

Eben weil die menschliche Kraft einen Spielraum der Entwicklung über das sinnliche Gebiet hinaus hat, muß das Unterhaltsäquivalent der ganzen geistig-physischen Arbeitskraft mit dem Stande der Ausbildung der letzteren sich verändern und im Allgemeinen mit der Festigung immer höher gehen. Nur Arbeiterklassen, welche durch die völlige Entgeisterung ihrer Arbeitsaufgabe den Bildungstrieb verlieren, werden gegen das thierische (absolute) Existenzminimum zurückgebrängt werden können.

Der allgemeine Bildungsgang der Arbeit und daher die Bestimmung des der Arbeitskraft entsprechenden Unterhaltsäquivalentes ist aber weit mehr durch Sitte des Standes, als durch individuelle Selbstbestimmung bedingt. Die standesmäßigen Unterhaltskosten werden auf die Dauer für den Minimallohn entschieden.

Freilich ist jener Gang der Ausbildung der Arbeitskräfte, wenn er gleich die kulturgeschichtliche Bewegung einer Klasse ist, zugleich ein Produkt der Kräfte, welche theils aus diesem Stande herans, theils von außen her die höhere Entwicklung anregen und damit den Anspruch, wie den Bezug eines höheren Unterhaltsäquivalentes regeln. Diese Kräfte sind daher vom größten Einfluß auf eine günstige Gestaltung der Löhne.

Wir haben im Vorstehenden den standesmäßig notwendigen Unterhalt, statt des absoluten Existenzminimums, deshalb als den Regulator des dauernden Lebensminimums angesehen, weil die Arbeitskraft ein Produkt des Unterhaltes ist und daher der standesmäßige Grad der Leistungsfähigkeit den Grad des Unterhaltsäquivalentes bestimmt. Umgekehrt natürlich ist die Gestaltung der Unterhaltsgewohnheiten an sich für den Lohn bestimmend, weil sie überseits die Leistungsfähigkeit bestimmen, und diese Seite der Betrachtung ist der Nationalökonomie längst geläufig. Die gewöhnliche Darstellung der Lehre vom Einfluß des standesmäßigen Unterhaltes auf den Lohn läßt sich ungefähr so fassen:

An und für sich ist offenbar das dem Bildungsgrade der Arbeit entsprechende Unterhaltsmaß eine sehr dehnbare und subjective Größe; der Eine rechnet eine gute Cigarre zu seinen Lebensansprüchen, der andere nicht. Der Eine wird eine goldene Uhr haben wollen, wo der Andere mit einer silbernen sich begnügt. Der Eine wird seine Frau in reine Seide kleiden, wo die des Andern weniger Putz begehrt. Gleichwohl ent-

steht eine gewisse Regelmäßigkeit und Fixirung durch die Sitte, deren gesellschaftlicher Macht das einzelne Individuum sich unterwirft, wenn gleich ein ziemlicher Spielraum für individuelle Bedürfnissgestaltung übrig bleibt. Das Ergebnis des durch die Sitte regulirten notwendigen Bedarfses ist der standesmäßige Unterhalt. Indem er den Lohn regulirt, zeigt sich auch in der Lehre von der Güterverteilung die gesellschaftliche Bestimmtheit des Einkommens.

Es hat bis zu einem gewissen Grade der Arbeiterstand es selbst in der Hand, sich seinen Lohn zu bestimmen, indem er zäh an einem gewissen Minimum des Lebensbedarfs durch Sitte festhält. Der englische Arbeiterstand zählt Fleisch, Bier, Zucker, Thee, Kaffee, Brauntwein, Tabak, Seife, Tuchröcke, Lederhübe, Uhren zu absoluten Lebensbedürfnissen, während der Ire mit abgetragenen Hegen, Kartoffeln, gemeinstem Schnaps vorlieb nimmt, während in Frankreich $\frac{1}{2}$ der Bevölkerung von Kasanien, Mais und Kartoffeln leben und fast die Hälfte der Wohnungen des „civilisirten“ Volkes außer der Hitze kaum ein Fenster hat.

Eine Erhöhung der Standesansprüche bezüglich des Lebensunterhaltes kann der gesamte Arbeiterstand in gewissen Fällen durchsetzen. Dann nämlich, wenn die Arbeitszeitgelegenheit und mit ihr der Arbeitspreis plötzlich und stark wächst, in Folge von Auswanderungen, besonders günstigen Handelskonjunkturen, und wenn diese Lohnsteigerung eine Zeit lang anhält. Wenn die Lohnverhältnisse nur langsam sich bessern, oder die Besserung nicht lange anhält, so halten die Arbeiter bei zunehmender Vermehrung die neuen Genüsse nicht als standesmäßige Gewohnheit (standard of life) fest und lassen sich wieder auf ein geringeres Lohnniveau herabdrücken. Jenes hohe Bedürfnismaß in England schreibt sich von den guten Konjunkturen im vorigen und diesem Jahrhundert her; das peltsich, fischlich, und social schwer unterdrückte irische Volk hingegen, entläßt von arbeitsgebenden höheren und mittleren Ständen, während in derselben Periode immer tiefer in seinen Lebensansprüchen. Während das englische Volk von 1731—1821 sich wenig mehr als verdoppelte, wuchs das irische von 2 auf 7 und von da bis 1845 auf nahezu 9 Millionen Seelen mit Hilfe der Beschränkung auf stunde Kartoffelnahrung. Der englische Arbeiter hatte sich höhere Bedürfnisse angewöhnt, bezog aber durchschnittlich 4—5 Mal höheren Lohn als der gleichartige irische Arbeiter, welcher mit Schweinen in einem Raum zusammenlekte.

Ein steigender Durchschnittsbedarf des Arbeiterstandes ist im Allgemeinen nicht nur kein Nachtheil, sondern ein Vortheil. Ein gut ernährter Arbeiter, dessen Lohn doppelt so groß ist als der eines schlecht genährten, leistet leicht das Dreifache. Das kann auch den Arbeitgeber mit dem Steigen der Löhne verstehen. In England wurde nach Arthur Young schon am Ende des vorigen Jahrhunderts ein guter Arbeiter aus Eifer gern vier bis fünf Mal so reichlich gelohnt als ein Irlander von Typocracy, und ein Schotte gern doppelt so reichlich als ein Ire. Von eng-

lischen Nationalökonomien sind die deutschen Volkswirthe verspottet worden bezüglich der Meinung, wegen der wohlfeilsten Arbeit des Continents werde England noch bedeutend in Nachtheil gerathen. Senior nennt es geradezu eine „Ungereimtheit“, wenn man die Höhe des englischen Arbeitslohnes für ein Hinderniß der Wettbewerbsfähigkeit Englands ansehen wollte.

Widerwärtig mag die Folge des hohen Arbeitslohnes insofern scheinen, als er oft Trost und Ueberdauigkeit bewirkt. Einer deutschen Hausfrau möchte es z. B. wunderbarlich zu Muth werden, wenn sie ihre Magd als „Fräulein“ anreden müßte, wie in Nordamerika mit Mrs., oder eine Walschfrau als Lady und Madame. Allein dieß sind einem republikanischen Gemeinwesen von Arbeitern eigene gesellige Formen.

§ 151. **Fluctuationen des Lohnes und des Arbeitsmarktes.** Die Anbequemung des Marktpreises der Arbeit an das Gesetz der Produktionskosten geschieht folgendermaßen:

a) Sinkt der Lohn unter die herkömmlichen notwendigen (standesmäßigen) Unterhaltskosten, so tritt Noth, Elend, Sterblichkeit u. s. w. ein, oder die Arbeiter gehen von Stadt zu Stadt, heirathen weniger (unehe-liche Kinder sinken in dreifacher Anzahl der elichen ins Grab), sie wandern aus über Land und Meer, bis wieder das Arbeitsangebot so weit eingeschränkt ist, daß im Lohn der standesmäßige Lebensunterhalt gedeckt wird.

Ist einmal dieser Prozeß unumgänglich geworden, so ist es besser, daß er rasch geschehe, als langsam. Schneller wird er überwunden, wo Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit gelten. Geschieht er langsam, so gewöhnt sich leicht der ganze Arbeiterstand an ein niedrigeres Bedürfnismaß, versinkt in langwieriges ökonomisches Siechthum und läßt den Lohn gegen das absolute Existenzminimum zurückfallen.

Ein scheinbares Herabsinken unter den notwendigen Unterhaltsbedarf findet statt, wenn Arbeiter mit einem Theil ihres Einkommens auf öffentliche Almosen angewiesen sind. Hierbei tragen die öffentlichen Klassen einen Theil des notwendigen Lohnes, denn dann werden die Almosen ein Element der Lohnbestimmung, es werden im Lohn nicht mehr die Unterhaltskosten ganz, sondern abzüglich der Almosenunterstützung gewährt, und indem Staat und Gemeinde viel verlieren, hat der Arbeiterstand Nichts gewonnen.

b) Steigt der Lohn über den Kosten des standesmäßigen Unterhaltes, so drückt ihn die Bevölkerungsvermehrung herab. Der Fortpflanzungstrieb ist ein so mächtiger, daß, wie Adam Smith sagt, da „wo eine starke Nachfrage nach Menschen ist, auch regelmäßig ein starkes Angebot sich einstellt.“

Die Arbeiterklasse hat, je tiefer herab desto weniger Vorsicht und Selbstbeschränkung im Ueberschuß und so hilft sie sich auch gegen die Niederdrückung des Arbeitslohnes seltener auf dem Wege jener Beschränkung in der Fortpflanzung, welche theilweise bei den mittleren und höheren

Ständen, freilich nicht immer sittlicher Weise, vorkommt. Leicht vermehren sich die Arbeiter schrankenlos und drücken dadurch ihre Lage. Doch wird in einigen Ländern und Zeiten, wo wie in den Vereinigten Staaten, die Mittel alter Civilisation auf einen unermesslich fruchtbaren, unangebauten Boden stoßen, oder wenn gerade ein ungemeiner Handelsaufschwung stattfindet, wie während des letzten Jahrzehnts, der Grad der Bevölkerungsvermehrung hinter der Arbeitsgelegenheit zurück: und der Lohn sich erhöhen.

Die Frage der Volksvermehrung ist übrigens nicht bloß eine Frage der Existenzmöglichkeit und der Volkswirtschaftslehre. Sittliche, sociale, hygienische Verhältnisse ragen mächtig herein.

Wo einmal die Vermehrung über das Existenzminimum hinaus fortschreitet, wird die „Uebersättigung“ nach Malthus (s. § 233) durch Elend, Armuth, Kaster, weniger durch freie Selbstbeschränkung, mit den vorhandenen Existenzmitteln wieder in Einklang gebracht.

Gesetze, welche die Vermehrung beschränken, nügen wenig, demoralisiren und schaden, vermehren die unehelichen Geburten, welche dreifach so viel kosten und in dreifach größeres Elend führen, ja ein Fünftel sind bis ins dritte Glied. Das Herkommen in manchen bäuerlichen Orten, daß nur der Älteste und Erbe heirathet, kann in Industriekreisen nicht bestehen, und ist, wie das sogenannte Zweifinderhsystem in Gegenden mit geschlossenen Hofbesitz, mit vielen Lasten verbunden.

Nur größere Bildung, gute Zucht und Sitte im Hause gegen Elende und Gesellschaftsangehörige, Ermahnung und Belehrung der unteren Klassen durch ihre Arbeitsherrn zur Verzicht in der häuslichen Niederlassung, Freizügigkeit und Rekonisationen, eine die Theilnahme an der wachsenden Ausbreitung des Welthandels verhängende nationale Handelspolitik, vor Allem aber Verbreitung der Bildung, deren Productivkraft den Nahrungsbereich erweitert und das Malthus'sche Gesetz (§ 233) praktisch überwindet, vermögen den Lohn der arbeitenden Klassen über den Produktions- oder Unterhaltskosten zu erhalten und ihren standard of life im Verhältniß zum ganzen Kulturfortschritt allmählich zu steigern.

Unter den Betrag der Unterhaltskosten kann der Lohn fallen durch Sinken des Werthes der Arbeit in Theuerungen, indem derselbe Geldlohn nicht mehr die nöthigen Subsistenzmittel zu kaufen gestattet. Die neuere Regelmäßigkeit der Kornpreise in Folge eines Weltgetreidehandels gehört daher zu den größten Wohlthaten, welche der Arbeiterklasse in der Geschichte zugefallen sind.

Unter dem natürlichen Niveau kann ferner der Lohn bleiben durch Zwang, was namentlich beim Solde des kontribuirten Soldaten der Fall ist. Man berechnet, daß den Soldaten des Festlandes jährlich 600 Mill. Fr. weniger Löhnung gegeben wird, als sie sonst verdienen würden, was schon ein bedeutender Erläuterungsgrund des größeren wirtschaftlichen Wohlstandes der Nichtaushebungskinder ist.

Ferner erfolgt ein Sinken unter das natürliche Lohnniveau durch

öffentliche Beiträge zum Unterhalt (Almosen), oder durch künstliche Reizmittel (Theologienüberfluß in Folge uneniglicher Seminarerziehung). Einen Druck auf den Lohn öffentlicher Diener in den Besoldungen übt es wohl auch, wenn die Befehlten durchschnittlich aus Privatvermögen ein Einkommen ziehen; es kommt dabei auf die Volksschichten an, aus welchen der Staatsdienst sich rekrutiert.

Am Schlusse dieses Paragraphen mag endlich darauf hingewiesen werden, weshalb von der Seite des Lohnes her Handarbeit neben der Maschinenarbeit dauernd nicht Konkurrenz halten kann. Die reine physische Arbeitskraft des Menschen ist, wie berechnet worden ist, wenigstens fünf Mal teurer als die Pferdarbeit, und wenigstens vierzig Mal teurer als die Dampfmaschinenarbeit. Für reine Muskelkraft des Menschen kann also im Lohn wirtschaftlicher Weise nur ein kleiner Bruchteil des Unterhaltes gezahlt werden; Arbeiter, welche in Konkurrenz mit der Dampfmaschine bei rein mechanischer Arbeit verharren, müssen zu Grunde gehen.

§ 152. **Der jeberzeitige Lohn** — wird, wie jeder laufende Marktpreis, bestimmt durch das Massenverhältnis des Arbeitsangebotes und der zahlungsfähigen Arbeitsnachfrage, welche einander gegenüberstehen.

Träger der zahlungsfähigen Nachfrage nach Arbeit ist vor Allem der Stand wohlhabender Unternehmer, das Vorhandensein erwerbsfähigen Kapitals und kreditgebender und verzehrender Klassen. Deshalb ist ein zahlreicher und wohlhabender Fabrikantenstand ein Glück für die Arbeiterbevölkerung eines Landes (vgl. über das Unternehmerkapital § 18, 3, 7 u. § 44, d).

Das eben Bemerkte wird oft auch so ausgedrückt: der Lohn sei bedingt durch den Betrag des umlaufenden Kapitals der Nation. Dieß ist jedoch nur theilweise richtig; denn nur ein Theil des umlaufenden Kapitals wird in Löhnen ausgegeben, welche wir bereits als Geldanweisung auf die Vorräthe der Gesellschaft an Unterhaltsmitteln bezeichnet haben. Ein sehr großer Theil des umlaufenden Kapitals dient zum Kaufe der schon in Form umlaufenden Kapitals verbrieften früheren Arbeiten und zum Erwerb von Nutzungen stehenden Kapitals, so beim Kaufmann, welcher mehr Waaren als bisher speichert und mehr Frachten und Assuranzan bezahlt.

Derjenige Theil des Unternehmervermögens, womit Löhne bezahlt werden, repräsentirt gerade denjenigen Theil des Vorraths, welcher in Genußvermögen (Unterhaltsmittel) umgewandelt wird, und in das Unternehmervermögen treten erst an Stelle der Lohnelder wirkliche neue Kapitalwerthe, die Produkte nämlich der gegen Lohn angetretenen Arbeitseffekte ein. Nur in diesem Sinne darf, wenn es überhaupt statthalt ist, der Arbeiterunterhalt als ein Bestandtheil des umlaufenden Kapitals bezeichnet werden, wie es in der Nationalökonomie herkömmlich ist.

Der MarktpreisdPreis der Arbeit und ihr Sachpreis wird also ein besonders hoher sein, wenn stark kapitalisirt wird; denn neue Kapitalbildungen bringen, indem sie einen Verzicht auf die Verwendung des kapitalisirten Einkommens zu unmittelbarem Genuß in sich schließen, eine Verminderung der Nachfrage nach Genußvermögen mit sich, was die Preise der Genußgüter drückt, also den Sachpreis des Lohnes in etwaigen preisgedrückten Genußgütern erhöht. Gleichzeitig bringt die Anlegung von Einkommen zu vermehrtem Kapital, behufs des Umliebes des letzteren, eine erhöhte Nachfrage nach Arbeit mit sich, was den Lohn steigert.

Bei Kapitalverwendungen oder Kapitalabsetzungen findet das Umgekehrte statt: Kapital, das bisher als solches Arbeitsnachfrage war, wird nun Genußgüternachfrage, der Lohn sinkt mit dem Fallen der Nachfrage nach Arbeit und nach jenen vorrätigen Kapitalgütern, welche behufs vermehrten Genußes losgeschlagen werden; der Preis der Genußgüter aber steigt, und drückt, wenn sie Gegenstände auch des Arbeiterunterhaltes sind, auch noch den Sachpreis des gesunkenen Geldlohnes herab.

Derartige Verdrückungen des Gleichgewichtes zwischen Kapital- und Genußvermögen können in der einen Richtung, wie in der andern Richtung (Kriege, Handelskrisen u. s. w.) stattfinden, jedoch sorgt das Gesetz der Wirtschaftlichkeit selbst dafür, daß dieß nicht zu stark und nicht zu häufig der Fall sei (vgl. § 48—50).

Das eben Bemerkte und weitere besondere Einflüsse auf Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot mögen, wie folgt, veranschaulicht werden.

Nützliche Sterblichkeit, große Auswanderung erhöhen die Löhne plötzlich (nach der schwarzen Pest von 1347 stiegen die Löhne stark); Gelehrten drücken sie doppelt, weil man die lohngebenden Klassen sich einschränken, die lohnbedürftigen aber das Arbeitsangebot verdoppeln, daher der fruchtbarere Druck der früheren Theuerungspreise auf die arbeitenden Massen.

Der Lohn wird um so höher, je mehr Kapital wirklich zur Beschäftigung der Arbeiter verwendet wird. Nicht die Größe, sondern die Art und Schnelligkeit des Umliebes des Nationalkapitals bewirkt hohen Lohnstand. Ein Volk mag noch so viel Kapital haben; wenn das letztere räge wird, nützt es dem Arbeiter nichts. Ein Anderes ist's, wenn es durch Kredit und Unternehmungsgestalt flüßig gemacht wird; die Arbeiterklasse gewinnt daher immer durch schnelle Kreditentwicklung, welche nicht von Rückschlüssen verfehlt ist. In einem jungen Koloniallande strebt das junge Kapital stets nach neuem Nützlichkeit; nicht so regsam ist es in altcivilisirten Ländern, daher dort die viel bessere Stellung des Arbeiters. Carey rechnet, daß der nordamerikanische Arbeiter in 11 Tagen so viel erarbeitet, als ein englischer in 16, ein französischer in 18, ein chinesischer in 40 Tagen.

Verfällt aber ein Land durch Trägheit des Volksgewisses, Unglück,

Krieg, Mißregierung in Verlust an produktiv angelegtem Kapital, so empfindet dies kein Stand härter als der Arbeiterstand, indem für ihn die zahlungsfähige Arbeitsnachfrage sinkt. Daher zählt die Verminderung des allgemeinen Arbeitslohns stets zu den größten Uebeln langer Kriege, obwohl einzelne für die Kriegsgeburtsjahre arbeitende Industrien dadurch belebt werden; zur Zeit des sinkenden römischen Kaiserreiches waren die Arbeiter in föderlicher Lage. Fürchtbare Verachtung der Menschenseelen, unausrottbares Bettelwesen sind Kennzeichen der sinkenden Völker! Zu Ende jedes Krieges vermehren sich Diebstähle, Mordereien, Verbrechen, weil das Beschäftigung gebende Kapital vermindert oder eingeschüchtert und die Gelegenheit ehrlicher Arbeit beschränkt ist. Krieg und Unruhen sind die größte Geißel für den Arbeiterstand.

Die Steigerung der Arbeitsnachfrage durch Uebertritt vieler Arbeiter in den Kriegsdienst wird leicht überboten vom Sinken der Nachfrage in Folge der Geschäftslörungen durch die Kriege. Ueberhaupt wirken meist Einflüsse der einen Richtung Gegeneinflüsse der andern entgegen.

§ 153. **Der Ausgleichung** — des Arbeitspreises in verschiedenen Erwerbszweigen tritt namentlich das Herkommen in seinen verschiedenen Gestalten entgegen.

Der Arbeitsberuf wird durchaus nicht bloß nach dem Gesichtspunkt des wahrscheinlich größten Lohnes gewählt, dieser kann auch nicht genau vorausberechnet werden. Das Herkommen und die Gewohnheit entscheiden über Wahl des Berufes, und halten die Meisten bei dem einmal gewählten Beruf fest, auch wenn er wirklich und mit Vortheil vertauscht werden könnte, wenn weder die Mittel dazu fehlen, noch gesetzliche oder persönliche Hindernisse im Wege stehen. Nicht Alle und die Wenigen nur in Demokratien, haben die Beweglichkeit eines Washington, der nach einander Feldmesser, Offizier, Bauer, General, Abgeordneter, Präsident, Kanalunternehmer und wieder Landwirt war. Schon Adam Smith hat die Berufswahl mit einer Lotterie verglichen: „die, welche Gewinne ziehen, müssen alles das gewinnen, was die verlieren, denen Losen zu Theil werden. In einem Geschäft, wo 20 durchfallen gegen Einen, der rußniss, muß dieser Eine alles das gewinnen, was durch die unglücklichen 20 gewonnen werden wäre.“

Die fortschreitende Bildung wird dazu beitragen, die Kraft der in der Gewohnheit liegenden Trägheit auch hier zu brechen und Wahl und Wechsel des Berufsberufes dem Verstandesgesetz strenger auszuschießen.

Auch rechtliche Hindernisse können der Lohnausgleichung entgegenwirken: Zunftschranken, Mangel der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit.

Daß der Ausgleichung der Löhne von Ort zu Ort und von einem Erwerbszweig zum anderen die Macht der Gewohnheit, die vis inertiae im Menschen, bedeutend entgegenwirkt, zeigt wieder ein neuestes Beispiel einer schweren Lohnkrise. 557,609 Baumwollarbeiter, welche England 1863 besaß, hauptsächlich Spinner (mill hands, Spinnhände),

stiegen in diesem Jahre nur 18233 Auswanderer ab und saßen nur 15725 Personen in andere Industriezweige übergehen. Und doch war die Noth so groß, daß 90% aller Arbeiter dürstige Unterstützung empfangen (Econ. 20 Febr. 1864).

Auch bei formellem Recht des freien Zuges ist doch häufig die örtliche Verteilung der Arbeitskräfte gehemmt. Armenunterstützungspflichtige Gemeinden oder Grundherren haben in England und theilweise in Deutschland solche Arbeiter, welche lästig zu werden drohen, ausgewiesen, Arbeiteransiedlungen auf dem unterstützungspflichtigen Grundbesitz gehindert und selbst Arbeiterwohnungen eingestiftet. In Mecklenburg rächt sich dieses nachträglich durch starke Auswanderung (seit 1840 10% der Bevölkerung nach Deiterß) und durch Mangel an guten Lohnarbeitern. Die englische Gesetzgebung (letztes Gesetz 1865) hat die Arbeiter dadurch sicherzustellen gesucht, daß die Heimathberechtigung schon binnen eines Jahres erloschen wird, daß die Ausweisung (removal) binnen des ersten Jahres nicht mehr durch die Kirchspielbehörde geschehen darf und daß die Last des Armenunterhaltes auf die Bezirksgemeinde (union), statt vorwiegend auf das Kirchspiel gelegt wird.

§ 154. **Lohncoalitionen.** Häufig ist nun der Lohnverabredungen zu gedenken.

Dieselben sind theils Verabredungen der Arbeiter gegen die Lohnherren, theils Verabredungen der Lohnherren auf Erniedrigung des Arbeitslohnes. Da letztere nicht unterdrückt werden können, so wäre es ungerecht, erstere an sich zu verbieten.

Häufig aber sind die Arbeitseinstellungen der Arbeiter beßus Erzwingung höheren Lohnes zu ihrem Nachtheil ausgeschlagen: durch Maschinenarbeit wurde die Handarbeit zu ersezen gesucht, die Arbeiter zehren ihre Ersparnisse und die Mittel ihrer Arbeiterverbindungen auf, müssen aber nachher doch zur Arbeit zurückkehren, und vielleicht ist inproßien die Industriebüthe des Ortes gemindert. In England, wo die Arbeiterverbindungen (die freimaurerlogenartigen trades-unions) oft zu Zehntausenden einen strike organisirt und Monate lang unterhalten haben, gingen mehrmals blühende örtliche Industriezweige dauernd zu Grunde, zum größten Schaden der Arbeiter selbst. So sind verschiedene Zweige der Dubliner Industrie für immer durch die strikes zerstört worden. Die Unternehmer zogen weg und nahmen die Arbeitslegenheit dauernd mit sich fort. Häufig nehmen beide Theile, Arbeitgeber und Arbeiter, Schaden.

Eine Bestrafung der Arbeitseinstellung aber wäre ein Unrecht, so ungerecht, wie wenn man den Kaufmann, der durch Waareneinfuhrung auf Preiserhöhung perführt, deshalb bestrafen wollte. Dagegen sind natürlich alle Gewaltthaten der trades unions, um andere Arbeiter zu dem striko zu zwingen, strafbar. Als durchgreifende Heilmittel können übrigens nur die Einsicht der Arbeiter und die Humanität der Arbeitgeber angefehen werden, als vorübergehendes Palliativ die längere Verpflichtung durch Arbeitsverträge. Zweckmäßige aber freie Rege-

lung der Arbeitsverträge ist das beste Mittel, den Störungen vorbeizugehen.

Man darf die Lohncoalitionen der Arbeiter nicht aus einem beschränkt polizeilichen Standpunkt auffassen.

Die Coalition ist ein Schutz, welchen die Arbeiter als Stand und Klasse für den Lohnkampf organisieren. Der Arbeiter ist isoliert in einer schlimmen Lage bei dem Kampf um die Lohnhöhe; denn die Waare, die er zu bieten hat, ist verloren, wenn sie nicht Tag für Tag Abnehmer findet; er muß seine Arbeit, die ihm Unterhalt giebt, fast um jeden Preis anbringen. Er ist also bei der Lohnspeculation im Allgemeinen in der ungünstigeren Lage. Wenn nun der ganze Stand unter Leitung einsichtiger Führer es unternimmt, günstige Conjunctionen zur Lohnsteigerung zu benützen und ungerechtfertigten Lohnherabsetzungen in Masse entgegenzutreten, so ist diese Organisation der standesmäßigen Selbsthilfe nichts, was ohne eine ungerechte Bedrückung der Arbeiterklasse zum Vortheil des Kapitalbesitzes polizeilich verboten werden dürfte. In England erkennen die liberalen Blätter, z. B. der Economist, offen an. Gewiss verhüten die Arbeiterverbindungen, wie sie jetzt in England organisiert sind, viele ungelitete und ungerechte Masseneinstellungen der Arbeit (strikes) und ersticken ebenso durch die Möglichkeit, strikes einzuleiten, viele Versuche unbegründeten Lohnrückes seitens der Arbeitgeber im Keime. Arbeitercoalitionen sind nicht durchaus Erscheinungen künstlicher Lohnbildung, sondern stellen eine Organisation der Arbeiter zu kräftiger standesmäßiger Vertretung ihrer Interessen dar. Mögen sie im Einzelnen Ansehnlichkeit, im Allgemeinen wäre ihr Verbot eine nicht zu rechtfertigende Unterdrückung des vierten Standes.

Napoleon III. hat denn auch vermöge des demokratischen Zuges in seinem Regierungssystem die Coalitionsfreiheit eingeführt, indem durch Gesetz vom 25. Mai 1864 die Artikel 413—416 des code pénal aufgehoben wurden und fortan bei Verabredungen auf Arbeitseinstellungen nur die Anwendung von Gewalt, Drohungen, Täuschungen strafbar ist. Auf demselben Standpunkt ist die englische und belgische Gesetzgebung angelangt. (Vgl. Bolowski, la législation anglaise sur les coalitions 1861.)

§ 155. **Lohntagen.** Wo Ausnahmen nicht besonders begründet sind, ist es schädlich und verwerflich, die Wirkung des Preisgesetzes bei dem Arbeitspreis mit künstlichen Mitteln zu hemmen.

Vorab gilt dies von den obrigkeitlichen Lohnzügen, abgesehen von den wenigen in § 85 begründeten Ausnahmen. Als die Leibeigenschaft durch die Mäßigkeit der gewerblichen Arbeit zusammenbrach, suchten sich die alten Stände und die Zunftprivilegierten gegen die Erfolge der Arbeiterklassen durch gesetzliche Lohnmaxima zu wehren. Diese sind jetzt fast überall abgeschafft; sie sind jetzt nicht nur ungerecht, sondern auch schädlich, da sie den Ersparungsstrieb mit der Ersparungsmöglichkeit, mit einem Wort

die Vermehrung des Volkskapitals und eines wohlhabenden Bürgerstandes verhindern.

Ebenso unnatürlich und schädlich wäre aber die Erfüllung des neueren Verlangens der Socialisten, des Verlangens nach einem vom Staat garantierten Lohnminimum, nach der Garantie des „Rechtes auf Arbeit.“ Der Staat ist außer Stande, eine gewisse Lohnhöhe zu garantiren; er könnte den festen Lohnsatz höchstens eine Zeit lang gewähren, dadurch, daß er durch Zwangssteuern den Reichen das Volkskapital abpreßte und als Almosen unter die Arbeiter vertheilte. Dies aber würde das Nationalkapital, d. h. die Arbeitsgelegenheit geröthen, und um so gewisser zu steigender Armut führen, als die Arbeiterbevölkerung schrankenlos sich vermehren würde. Der wahre Freund der Arbeiter ist daher Franklin, indem er ihnen zuruft: „Wer Euch sagt, daß Ihr auf andere Art reich werden könnt als durch Fleiß und Sparsamkeit, den fliehet, er vergiftet Euch!“

§ 156. **Der Pauperismus. Heilmittel.** Die Gleichheit ist zwar, wie Tocqueville sagt, die Leidenschaft des öffentlichen Geistes der Neuzeit. Sie ist es nicht bloß in der amerikanischen Demokratie, sondern auch im monarchischen Europa. Merkwürdiger Weise wurde aber lange mehr die rechtliche Möglichkeit der Gleichheit (Liberalismus), die gesetzliche Abkürzung jedes Privilegiums, als die Wirklichkeit der Gleichheit gesucht.

Die ältere Zeit erstrebte in der günstigen Verteilung der Landbesitz, in der Untheilbarkeit der Bauerngüter, in der Gleichheit vor der väterschaftlichen und patriarchalischen Autorität, in der Gleichheit des in Rußland bis auf die neueste Zeit bewahrten Agrarcommunismus der Gemeinden — weit umfassender eine wirkliche Gleichheit der Lage und der Verhältnisse der Weizenpflanze.

Die größte ökonomische Ungleichheit gehört gerade der Neuzeit an. Es ist diejenige, welche durch die Freiheit der Arbeit entstanden ist, es ist jene Kluft, welche die glücklichen, begabten, sparsamen Individuen durch die Freiheit der Arbeit zu kolossalen Reichthümern gelangen läßt und dagegen in der Manufacturindustrie eine Menge nicht glücklicher, nicht begabter, sich nicht beherrschender Individuen nebst ihren Abkommen, in eine Lage geführt hat, welche alle Merkmale des Lebens der Wilden an sich trägt.

Wir brauchen diesen Zustand, den Pauperismus nicht näher zu schildern. Klar ist, daß er da ist und daß er die größte Ungleichheit in sich schließt, daß er möglich war nicht wegen individueller Unfreiheit, sondern theilweise wegen der vollen sonst so wohlthätigen individuellen Freiheit. Alles, was bis dahin eine mehr gleichmäßige und gesicherte Existenz durch bindende Einflüsse verbürgte: Selbstthätigkeit am Heimathort, Zucht, die Fürsorge in der Familie, Einfluß der letzteren gegen leichtsinnigen Eheschluß, Zerstreuung der Gewerbe über viele Orte und die Existenz des Armenstützungsmittels an den verschiedenen Orten, ordentliche Wohnverhältnisse, Zucht zur Nüchternheit durch Einfluß der Familien und der Patrone über die Arbeiter, Gleichmäßigkeit der Conjunctionen in der Er-

zeugung und im Absatz — dieses ist unter der plötzlichen Entwicklung der großen Manufakturindustrie fast verschwunden, und die Folge hiervon war der Pauperismus.

Die Manufakturindustrie zog unter hohen Löhnen viele Arbeiter an, balle sie in großen Evidien zusammen, ohne den Einzelnen vom Herren patronen zu lassen, ohne ihnen geordnete Wohnverhältnisse, danernde Engagements, überhaupt die Bedingungen eines sittlich und physisch erhaltenden Familienlebens darboten zu können. In England zumal wurde der Lohn, wie jede andere Waare, nach der Conjunction ausgemacht, die Frau vom Herde in die Fabrik gezogen, der Manufakturarbeiter jeder Patronage entlassen. England hat denn auch den Pauperismus am gefährlichsten entwickelt.

Diese Arbeiterbevölkerung ist hiedurch vielfach wie in die Lage, so in die Gewohnheiten der Wilden verfallen, was die ziellosen augenblicklichen Sinnengüsse, den Mangel der Sittlichkeit und die Verflüchtigung der Bedürfnisse anbelangt; ein Tagelohn zeigt Orgien, welche dem Gebahren der Wilden vor einem europäischen Braumweinfaß, ihrer Geschlechtsmischung mit europäischen Matrosen gleich kommt. Während einzelne sittlich und geistig hochbegabte Individuen im modernen System formeller Gleichheit und Freiheit rasch emporsteigen, um der Stolz der Praxis der Principien von 1789 zu werden, sinkt eine weit größere Zahl in desto tiefere Ungleichheit hinaus und nährt in sich einen Klassenneid und Klassenhaß, welcher den Zeitaltern mit geleglich häufigerer, thatsächlich aber geringerer Ungleichheit nicht eigen gewesen ist.

Dagegen hilft der Socialismus im Gegensatz zum Liberalismus, mit der Herderung des Rechtes auf Arbeit (§ 155) nicht.

Abhilfe gegen den Pauperismus hat man ebenso unrichtig in einer radikalen Gesellschaftsumwälzung, die man wie den Stein der Weisen sucht, als in der Rückkehr zur Zwangspatronage, zu den Privilegien und Corporationen, zu den gebundenen Dienst- und Naturallohnverhältnissen der älteren Zeit gesucht. Nicht minder unrichtig ist es aber, verzweiflungsvoll den Pauperismus als unheilbare Wunde anzusehen, weil sich jene rettende Improvisation einer neuen Organisation von Arbeit und Lohn nicht finden und bewahren wollte.

Die Wahrheit ist auch hier einfach und sie liegt auch hier in der Mitte. Die Reform ist auch da weder eine völlige Abschüttelung bewährter gesellschaftlicher Principien, noch eine Verkennung des Berechtigten in den neuen Ideen. Und wenn unter dem plötzlichen Einbrechen des modernen Industrialismus, der die größten Wohlthaten wie die größten Wunden der Gesellschaft gebracht hat, die festen Pfeiler des Wohlstandes, der Moralität, der Familie größtentheils zusammengebrochen sind, so muß man nicht daran verzweifeln, daß auch er in ein Bett geleitet werden kann, wo er die höheren Güter der Menschheit nicht weghewimmt, indem er so reiche materielle Gaden herbeiführt. Auch der Pauperismus ist eine

Entwicklungskrankheit, nicht ein organisches notwendiger Fehler des Industrialismus, und er hat nur einen Theil der Gesellschaft ergriffen.

Die höhere Vermittlung der alten Zwangspatronage und der neuen ungebundenen Freiheit ist thatsächlich wie losig theils das freie Patronat der dirigirenden über die arbeitenden Klassen, theils und hauptsächlich das genossenschaftliche Selbstpatronat der letzteren.

Die geschichtliche Erfahrung weist drei Hauptformen zu: an gewisser Bevormundung auf: die patriarchalische Bevormundung junger Haushalte durch greise Familienhäupter, die Romaden- und Agrargemeinschaften, endlich die Vormundschaft eines Meisters oder Grundherrn über Gruppen von Familien (Feudalismus) und über einzelne Familien (Zunftwesen).

Die erste Form ist nie wieder gewählt worden, wo sie einmal verlassen war. Die zweite gehört ebenfalls dem Mittelalter an und wird gegenwärtig in England verlassen. Die dritte Form hat den Zwang gegen sich, welcher das gerechte Entkommen des Talentes, der sittlich maßhaltenden und geistig strebsamen Persönlichkeiten hindert.

Jedoch nur die Erneuerung des Zwangs in der Patronage würde eine unerträgliche Reaktion für unser Zeitalter sein. Die freie Patronage wird schon überall, wo gute Arbeiterverhältnisse sich finden, geübt und ist die einfachste Heilung des Pauperismus, weil sie lumbettelt von denen geübt werden kann, welche an dem Wohlergehen der arbeitenden Klassen ein unmittelbares Interesse, auf diese Klassen einen unmittelbaren Einfluß, für die Zustände derselben das nächste Verständnis haben.

Bei dieser freien Patronage der Unternehmer über die Arbeiter wird es das erste Bestreben sein, das Dienstverhältnis dauernd zu gestalten. Der Unternehmer wird einen schroffen Wechsel ausgezehnt und eingeschränkter Geschäfte meiden, dem Arbeiter die Anschaffung einer eigenen Wohnung, eines angenehmen häuslichen Herdes ermöglichen. Hierbei wird er die Familienmutter nicht in die Fabrik laden, sondern ihr, soweit sie dem Lohnverdienste obliegen kann, zu Hausindustrie versellen. Eine gute Erziehung der Kinder und eine Bewahrung der Mädchen wird bei solcher häuslicher Grundlage der Familie sich von selbst ergeben. Man wird die Arbeiter nicht sowohl in den Bedürfnissen des Magens zu weit feigern; besser — genaue Beobachter täuschen sich darüber nicht — als mit Fleisch übermäßige englische Arbeiter selbst in den lieblichsten cottages der englischen Güter sind doch festländische Arbeiter, welche bei guter Nahrung und Milchmahrung und nicht zu seltener Fleischkost ein eigenes Haus erwerben und größere Unabhängigkeit erlangen können. Etlere Bedürfnisse den Arbeitern in Haus und Familie anzugeben, veredelt nicht nur sie, sondern auch die Patrone.

Zu der Industrie muß der Arbeitskontrakt von längerer Dauer werden, der Patron mit seiner Familie unter den Arbeitern leben. Die Geschäftstradition der Familie sollte nicht mit jedem Haupterbfall ab-

gebrochen werden (§. 193). Einmal an bessere physische und sittliche Zustände gewöhnt werden auch die Arbeiterfamilien ihre Mädchen weniger in leichtsinnige Ehen ohne Besitz oder Aussicht eigenen Hausstandes geben, und was gerechter Weise kein Vererbungsrecht regulieren kann, wird die Sittlichkeit in bessere Ordnung bringen. Auch der Inzision der Unsittlichkeit durch gewisse nie völlig zu führende Nomaden der Arbeit, z. B. die Eisenbahnarbeiter, welche eine furchtbare Propaganda für ein dissolutes Leben der Reize nach über alle Ländertheile bringen, wird von Patronen und von der Sittenpolizei besser gewehrt werden können, wenn die sonstigen Arbeiter ständig und mit edleren Interessen in ihrem Arbeitsgebiete fixiert sind.

Die freie Patronage hat gerade das Gefährliche der Feudalität und der Kunst nicht. Sie hat nicht Zwang, nicht Privilegien, nicht Verbindung der Tüchtigen und Talentvollen, die höchste Stufe zu erreichen. Sie wird gleichwohl nicht plötzlich und allgemein sich verbreiten. Ist aber nur ihr Gedanke richtig, weiß nur die vom Pauperismus mit bedrückte Welt des Kapitals in ihrem höchsten eigenen Interesse sich für den Schutz des geistigen und sittlichen Wohls der Arbeiter, für eine neue sittliche Fixierung der Wilden des Industrialismus zu erwärmen, so muß jenes freie Patronat doch durchdringen, gerade weil es ein einfaches, freies Heilmittel ist, weil es das Gewählte vom alten und das Freiheitliche vom neuen Industrieregime verknüpft.

Nur möge jeder Patronagezweig durch den Staat für einen Fortschritt, welcher nur auf Vertrauen und Hingebung sich gründen kann, vermieden werden. Durch solche Einmischung würde das so tief gewurzelte Mißtrauen vernichtet, der Staat der arbeitenden Klassen verlegt werden. Möge man ihnen Freiheit lassen, wo sie Hilfe auf anderem Wege zu finden hoffen können. Wir preisen deshalb die Einschränkung der Sozialisationsfreiheit durch neue Gesetze. Die Freiheit der sozialen Dekonomie wirkt, wie die religiöse Freiheit, läuternd; sie signalisiert das Wahre an und löst Irrthümer ab, erluchtet Ueberhebungen. Die Arbeiter selbst werden erkennen, daß die Stabilität in der Familie großer und kleiner Unternehmer und die freie Patronage der Lohnarbeiter durch jene stabileren Familien — Wohlthat sind. Das Beste, was der Staat thun kann, besteht darin, die sozialen Phänomene überall umfassen zu lassen, Verdienste von Geschäftsherren in freier Patronage durch Auszeichnungen, namentlich auch bei den internationalen Ausstellungen, zu ehren.

Doch wird nicht bloß die schützende Fürsorge des Arbeitgeberers für den Arbeiter, sondern es muß auch die gesellschaftliche Selbstfürsorge der Arbeiter für einander neue Haltpunkte gewinnen. Nächste der Hebung und Kräftigung eines edleren Familienlebens, dieser ersten und wohlthätigsten Genossenschaft, ist diese gesellschaftliche Selbsthilfe vielleicht die größte Hoffnung für die Zukunft. Die Selbstpatronage ist auch eine freie Vermittlung der alten Gebundenheit und der modernen Isolierung, und die Geschichte als die „Logik der Thatfachen“ arbeitet

mächtig auch diese Form hervor im — Genossenschaftswesen, dem eine politische Berechtigung der Arbeiter entsprechen muß. Wir sind dem Genossenschaftswesen in den verschiedenen Richtungen bereits begegnet, in welche wir das wirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft verflocht haben. Die genossenschaftliche Selbstpatronage ist sogar die höhere Form der ökonomisch sozialen Reform; ihr strebt gerade der selbstbewußtere und fühnere Theil der Arbeiterwelt zu (vgl. S. 113), während derselbe nach dem Ereigniß genauerer Specialforschungen selbst der bestgemeinten Patronage der Arbeitgeber vielfach widerstrebt.

Beide Richtungen, jede in ihrem Theil, werden — die freie Patronage wohl mehr in der Welt der zerstreuten Industrie und der weithinigen Arbeit, diese mehr unter der großstädtisch concentrirten und der männlichen Arbeiterwelt ihr wohlthätiges Werk vollziehen, und in verschiedenem Antheilverhältniß auch im Einzelnen sich die Hände reichen.

Auch die Kirche wendet sich diesem Gebiete zu; die klosterartigen Anstalten für die protestantischen Fabrikarbeiterinnen in Lowell, dem amerikanischen Manchester, und für die katholischen Seidarbeiterinnen zu Jaurieu sind in ihrer Art merkwürdige Zeitercheinungen. Auch sie zeigen in ihrer Weise, daß das allgemeine Wohlgehen auf dem Zusammenwirken aller Kräfte der menschlichen Gesellschaft beruht.

§ 157. **Armenpflege.** Der Staat soll nicht ohne Arbeit Unterhalt geben (§. 155). Etwas ganz Anderes ist es, das Arbeitsvermögen durch außerordentliche Anstrengung zu retten.

Dasselbe kann in doppelter Weise bei starker Arbeitsnachfrage verloren gehen:

1) durch Ruhen der Arbeitsfähigkeit vieler Arbeiter: Dieß ist baarer Verluft der bürgerlichen Gesellschaft. Während inwieweit doch ein Unterhalt der Arbeiter stattfinden muß, geht nicht die übliche Erneuerung des Volkvermögens von ihnen aus, und nachher muß die unterlassene Arbeit zu höheren Löhnen und Opfern nachgeholt werden. Es kann daher volkswirtschaftlich geboten sein, durch außerordentliche öffentliche Arbeiten den Fortgang der Bildung des Nationalkapitals aus dem Nationalarbeitsvermögen zu retten.

2) durch Zerkürzung des nationalen Arbeitsvermögens, indem ein guter Arbeiterstamm technisch und sittlich bei Lohnmuth zurückkommt oder durch Auswanderung selbst dauernd verloren geht. Die wahre Wirtschaftlichkeit rechtfertigt hiebei selbst bei Fabrikanten den Geschäftsbetrieb mit vorübergehendem Schaden, und auch Almosen und öffentliche Beschäftigung haben die Engländer 1862 — 64 während der Krisis der Baumwollindustrie außerordentlich Weise eintreten lassen.

Die höhere Wirtschaftlichkeit, wie sie namentlich gemeinwirtschaftliche Organe zu vertreten haben, muß ihre Blicke über die Interessen des Tages hinweg auf das dauernde Interesse richten, und hier wird gar oft das, was augenblicklich ein Opfer der Reichen und eine Gnade gegen

arme Arbeiter erscheint, durch Rettung des nationalen Arbeitsvermögens ein dauernder wirtschaftlicher Vorteil der Gesamtheit. Natürlich kann auch in solchen Fällen Verschwendung mit öffentlichen Mitteln getrieben werden, aber Staats- und Gemeindevintervention, Wohltätigkeit (charité) sind nicht immer so unwirtschaftlich, als sie oft von solchen National-ökonomien bezeichnet wurden, welche — nur das Kapital- und nicht auch das Arbeitsvermögen, nur die Gegenwart nicht auch die zeitliche Wirtschaftssolidarität der Generationen im Auge — hier oft durch absolute Volkss. Verdrängung der Staatsintervention und der Mithätigkeit das Kind mit dem Bad ausgeschüttet haben.

Die Wohltätigkeitsanstalten sind demgemäß nichts weniger als an sich schon unwirtschaftliche Anstalten.

Sie unterstützen theils arbeitsunfähige Arme. Diese sind ja für die ganze Gesellschaft nur, was Kinder, Greise, Kranke für die einzelne Familie sind. Vergelten können solche Arme die Almosen nicht. Das Gesetz der Wirtschaftlichkeit verlangt nur, daß Almosen wirtschaftlich, ohne Begünstigung fauler Müderei, ohne verschwenderische Verwaltung, wie sie in öffentlichen Wohltätigkeitslokalen nur zu häufig ist, dargebracht werden. Eine der schönsten sittlichen Wirkungen der Kirche ist es, daß sie für die unglückliche Armuth die freiwillige Wohltätigkeit erweckt und befördert, und als die Pflicht eines gestifteten Gemeinwesens gilt es, der unglücklichen Armuth (den Blinden, Kranken, Invaliden u. s. w.) den notwendigen Bedarf zu sichern.

Die Wirtschaftlichkeit in der Pflege arbeitsfähiger Armen ist nach folgenden Grundzügen zu beurtheilen:

Die Armenpflege, freiwillige wie gesetzliche, versteht sich in Unnatur, wenn bei dem Verarmten die Mittel an Arbeit und Kapital ganz oder theilweise vorhanden sind, um sich ein eigenes Einkommen zu schaffen, und dennoch die Wohltätigkeit ein arbeitsloses Einkommen aus fremden Mitteln gewährt. Bei vielen Verarmten ist wenigstens eine theilweise Erwerbsfähigkeit noch wirklich vorhanden. In diesem Fall erdichtet die bloß schenkende Wohltätigkeit den Sinn für Arbeit und Selbstständigkeit, vergütet also den sittlichen Lebensnerv der Armen, ladet dem Gemeinwesen eine dauernde Last auf und erzeugt die „unsittliche faule Armuth“. Daher stellt sich als erste Aufgabe der Armenpflege dar: daß sie der arbeitsfähigen Armuth die Gabe nicht als Geschenk, sondern als Verdienst und Erwerb (im Nothfall unter Anwendung von Arbeitszwang in Arbeitshäusern) reiche und damit die sittliche Kraft zur Arbeit nähre und erhalte. Die Pflege arbeitsfähiger Armen ist eine unabwehrbare Folge von Störungen der natürlichen Wirtschaftsordnung. Sie muß daher so beschaffen sein, um zur Herstellung dieser natürlichen Ordnung wieder hindrängen.

So kommt es denn auch, daß aus der Armenpflege das Streben und die Erkenntniß hervorgeht: vor dem Eintritt der eigentlichen Armuth müsse durch Befolgung der natürlichen wirtschaftlichen Gesetze geholfen und insbesondere zum Bewußtsein gebracht werden, wie es das Interesse

Aller sei, daß möglichst Alle in eigener Wirtschaft je ihr Privatinteresse verfolgen, ohne die Wohlstandsharmonie zu stören. Von der Armenpflege und ihrem Streben, die volkswirtschaftlichen Störungen zu heilen, ist daher ein großer Theil der wirtschaftlichen Erkenntniß der national-ökonomischen Gesetze und eine Reihe von Institutionen ausgegangen, welche sich streng auf wirtschaftliche Grundzüge begründen, um die Harmonie des wirtschaftlichen Gesamtlebens zu bewahren.

Hiermit haben wir in diesem § freilich einen Vorreiss in das Gebiet der Gemeinwirtschaftlichkeit gemacht.

XXI. Kapitel: c) Lehre vom Unternehmergewinn.

§ 158. Das Unternehmervermögen. Der volkswirtschaftliche Dienst des Gütervermögens der Unternehmer, und die centrale Stellung der letzteren als der Krystallisationspunkte für die zerstreuten privatwirtschaftlichen Produktivkräfte sind in den §§ 18 u. 107 bereits zur Darstellung gekommen. Wir brauchen deshalb, indem wir zur Lehre vom Unternehmergewinn übergehen, nicht ähnliche allgemeinere Erörterungen über das Unternehmervermögen vorauszuschieben, wie wir sie über die Vermögensleihe und das Verhältnis der Dienstmiethen den Lehren von Zins und Lohn vorausgeschickt haben.

Das Eigentümliche der Stellung des Unternehmers ist es, daß bei ihm Gütervermögen und Arbeitsvermögen, der sachliche und der persönliche Pol der wirtschaftlichen Persönlichkeit, untrennbar verschmolzen auftreten. Der § 160 soll dies zum Zweck der Charakteristik des Unternehmergewinnes zeigen.

§ 159. Begriff des Unternehmergewinnes (Gewerbeverdienst, Kapitalprofit, profit de l'entrepreneur). Er ist Ueberschuß des Erlöses über alle Ausgaben.

Wirtschaftlich wird der Untersuchungsgewinn erst dann, wenn der Erlös nicht bloß ein angelegener ist, die Anlagen vielmehr vollständig berechnet sind. Geschäftskleute kaufen sich selbst und Gesellschaftsbedirektoren kaufen die Aktionäre erst damit, daß sie Verluste und Kapitalabzügen nicht als Unkosten „abgeschrieben“ oder für noch nicht verkaufte Waare zu hohe Preise in Anschlag bringen. Dies sind Scheingewinne durch falsche Bilanz. Der solide Geschäftsmann wird bei der Gewinnbilanz eher etwas zu viel abgeschrieben und den Werth seiner Vorräthe etwas zu niedrig anschlagen.

Auch dem Unternehmergewinn sind theilweise fremdartige Elemente: Lohn, Rente (Gewinnrente), Risiko beigemischt (vergl. § 98).

§ 160. Wirtschaftlicher Charakter des Unternehmergewinnes. Der Unternehmergewinn ist Vergütung der Opfer der Unternehmertätigkeit.

Er ist gleichwohl nicht Lohn. Und zwar nicht bloß nicht deshalb, weil er nicht aus Preisstipulation unmittelbar hervorgeht, sondern ein

Produkt der Bilanz zwischen den Abzugspreisen, die das Publikum zahlt, und zwischen sämmtlichen Lohn- und Kapitalauslagen des Unternehmers ist.

Er ist auch deshalb nicht Lohn, weil er Produkt sowohl des Kapitalvermögens, als des Arbeitsvermögens des Unternehmers, und zwar beider in untrennbarer Einheit ist. Die Betriebsleitung, die persönliche Seite der Unternehmensaufgabe, ist gar nicht denkbar ohne die Kapitalkraft, welche letztere Vermögensnutzungen und Arbeiten, eigene wie fremde, zu neuen Güterformen combinirt. Die Tragung der Verlus Gefahr ist nur die Konsequenz davon, daß die Unternehmerrthigkeit vom Unternehmungsvermögen (Schlechtsverding) unzertrennlich ist.

Der Unternehmergewinn ist also ein Produkt untrennbarer, aus dem Begriff der Unternehmung selbst folgenden Zusammenwirkens des Arbeits- und des Kapitalvermögens. Die Vergeltung dieses Zusammenwirkens ist der Unternehmergewinn.

Gewinn läßt sich diese Vergeltung nennen, weil sie selbst nicht Folge eines bestimmten einzelnen Preiskampfes, sondern ein Ergebnis mehr oder weniger ungewisser Verhältnisse ist, in deren wirtschaftlicher Beherrschung der vollwirtschaftliche Beruf des Unternehmens eben besteht; der Arbeiter und Leiskapitalist tauscht mit dem Unternehmer, der Unternehmer selbst ist spekulativer Zwischenhändler zwischen Arbeitern und Kapitalisten auf der einen Seite und dem Publikum als späterem Abnehmer auf der anderen Seite.

Soweit das Arbeitsvermögen des Unternehmers selbstständig auftritt, z. B. wenn ein Schneidermeister zugleich, wie ein Geselle, oder soweit ein Fabrikant durch Buchführen oder Correspondenzen einen Commis erlegt, oder sofern ein Theaterunternehmer zugleich mispielt, kann der Unternehmer sich Lohn berechnen. Es geschieht dies zwar nicht immer, aber es darf und sollte geschehen, soweit seine Thätigkeit nicht Leitung der Unternehmung, sondern ein Theil der Arbeit in der Unternehmung ist; indem er seinem eigenen Vermögen den Unterhalt während der Arbeit entnimmt, bezahlt er sich selbst den Arbeitseffect gleichsam voraus, wie den Arbeitern in Dienstmithe. Schon Hermann hat darauf aufmerksam gemacht, daß wenn Kleingewerbe, Krämer u. s. w. sich nicht einen Lohn in ihrem Berufe ansetzen, welcher weit mehr gegenwärtliche Arbeit, als Unternehmerrthigkeit sei, sich gegen große Geschäfte vergleichsweise unzulässig hohe Unternehmergewinne berechnen würden.

Dagegen ist es schwer, das Kapitalvermögen des Unternehmers sich ebenso doppeltzählend zu denken, wie dies bei seinem Arbeitsvermögen thunlich ist; denn das Kapital ist selbst nur durch die Unternehmerrthigkeit belebt.

Der sog. „Kapitalprofit“, wie der Unternehmergewinn oft genannt wird, ist nicht Frucht des Kapitalvermögens allein, sondern dieses und desjenigen Theils der Unternehmerarbeit, welche in der Combination und

Leitung, in der Kapitalbetriebsamkeit besteht, also eben jener untrennbaren thätigen Einheit von Kapital- und von Arbeitsvermögen.

Der Unternehmergewinn ist also nicht reiner Kapitalprofit im eng. Sinne, welchen dieses Wort andeuten könnte, aber er ist auch nicht ohne Mitwirkung des Kapitals denkbar, wird er doch in Kapitalprocenten ausgedrückt. Es giebt auch kein Mittel, den Theil des Unternehmergewinns auszuscheiden, welcher Folge des Kapitalvermögens ist. Man kann höchstens auch für denjenigen Theil des Unternehmerkapitals, welcher eigenes Vermögen ist, von der Vorstellung (Fiction) ausgehen, der Unternehmer als solcher habe ihn von sich selbst als Darleiber entlehnt. Diese Fiction ist um deswillen nicht unpraktisch, weil für Kreditkapital eine Vergütung an den Darleiber entrichtet wird und dem Eigenkapital doch mindestens dasselbe gesichert bleiben sollte. Allein diese Fictien des Kapitalprofits ist einem andern Vorgang, dem Preiskampf um den Zins, entnommen.

Man kann hiernach zwar den üblichen Zins des Eigenkapitals vorabziehen, ehe sich der Unternehmergewinn berechnet (§ 98). Der Zins ist aber, wie er denn auch aus einem Preiskampf zwischen concretem Leihkapital Dritter und den Unternehmern hervorgeht, nicht Ausdruck der Gewinnwirkung des Kapitals, sondern vielmehr eine buchhalterische Manipulation, um zu erkennen, ob das Kapital plus der Unternehmungsleitung mehr als den üblichen Zins eintrage, ob es praktisch sei, das Kapital zu leihen oder selbst zu betreiben; denn der übliche Zins sollte mindestens vom Unternehmergewinn erreicht werden, es sollte noch eine „Supervidende“ zur Vergeltung des persönlichen Elementes in der Kapitalbetriebsamkeit dabei sein.

Ob man nun so oder so (§ 98) die Buchhaltung einrichtet, ist mehr eine Frage der buchhalterischen Praxis, welche in der Regel auch für das Eigenkapital Zins ansetzt.

Wissenschaftlich betrachtet ist der Unternehmergewinn (Kapitalprofit, profit de l'entrepreneur) weder Zins, noch Lohn, noch Mithvergeltung. Er ist Vergeltung jener untheilbaren Combination von Kapital- und Arbeitsvermögen für den in § 107 eingehend geschilderten vollwirtschaftlichen Beruf des Unternehmers. Der Unternehmergewinn ist nach alle dem der Werthüberschuß, welcher dem Unternehmer als dem Combinator der produktiven privatwirtschaftlichen Kräfte zukommt. Das Wesen des Unternehmers ist es eben, durch Zusammenfassung verschiedener Produktivkräfte für bestimmte Produktionszwecke Ueberflüsse zu erzielen. Dafür wendet er sein Kapital und im Wege des Kredits fremdes Kapital, wendet er geistige wie körperliche Arbeitskräfte an, und der Zweck wie der Erfolg der Einsetzung der gesammten wirtschaftlichen Persönlichkeit für den Produktivzweck ist der Unternehmergewinn. Welchen Antheil das Kapital des Unternehmers und welchen seine Person mit ihren Arbeitsfähigkeiten, ihrem Namen u. s. w., gehabt hat, läßt sich nicht genau angeben, so wenig als sich angeben läßt, ob 2 oder 5 mehr zu dem Produkt 10 beiträgt. Genau genommen kann von Lohn und von Zins und von Mith

im Unternehmungsgewinn gar nicht die Rede sein; denn der Unternehmer verthut weder Arbeit noch Gutkapital, und das Risiko stellt sich als Schaden oder als Absetzungsprämie auf das Unkostenkonto.

§ 161. **Zusammengefaßte Unternehmerpersönlichkeit in Beziehung auf den Unternehmungsgewinn.** Die Unternehmerpersönlichkeit als Einheit von Arbeits- und Kapitalvermögen ist aber weder immer Eine, noch eine einfache. Adäquat muß der Gewinn durch besondere Verabredungen getheilt werden, nur kann diese Theilung nicht wie bei der Vereinigung der Leihkapitalien, durch Vorheraus nicht werden. So ist es in der Aktiengesellschaft und in der modernen Produktionsgenossenschaft der Arbeiter.

In letzterer ist die Unternehmerfähigkeit eine Combination aus dem Arbeits- wie dem Kapitalvermögen aller Genossen, oder wird sie als solche fingirt, und der leistungsmessige Arbeitsbeitrag, wie der Kapitalbeitrag werden Grundlage der Gewinnvertheilung, nach vorherigem Abzug laufender Löhne und Zinsen für die Kapitaleinlagen und Arbeitsbeiträge. Freilich ist die Proportion der Vertheilung zur Zeit noch vielfach Gegenstand des Streites innerhalb der Genossenschaften.

In der Aktiengesellschaft theilt sich der Unternehmungsgewinn ebenfalls eigenthümlich. Er wird zur Dividende für die mit ihrem Vermögen das Werthgeschäft der Unternehmung tragenden Aktionäre, zur Tantième für die die Produktion der Unternehmung leitenden Verwaltungsräthe, Direktoren, Geranten, Faktoren u. s. w.

Wieder andere Verhältnisse zeigen sich in Commanditgesellschaften.

§ 162. **Bestimmungsgründe des Unternehmungsgewinnes.** Der Gewinn setzt sich nicht wie Lohn und Zins durch einen direkten Preiskampf bestimmt fest, sondern ist das ungewisse indirekte Ergebnis eines combinirten Preiskampfes mit Arbeitern und Leihkapitalisten, mit andern Unternehmungen, deren Produkte verwerthet werden, und mit dem abnehmenden Publikum. Schon deshalb läßt sich die gewöhnliche Preistheorie nicht unmittelbar auf den Gewinn anwenden. Gleichwohl lassen sich auch für ihn Richtpunkte und Schwankungsgrenzen aufstellen.

Zwar eine Maximalgrenze läßt sich nicht angeben; das Streben nach dem höchsten Gewinn kann im Einzelnen ungläubliche Erfolge erringen, vorübergehend und dauernd sehr hohe Renten (§ 98 f.) erzielen. Daß jedoch die Konkurrenz sofort erniedrigend wirkt, ist schon angegeben.

Niel bestimmter läßt sich der Minimalatz angeben, dessen Nüchternheit zum Ansehen einer Unternehmung hinführt: Der Gewinn muß eine Vergeltung der Opfer enthalten, welche aus der Einsetzung des Arbeits- und Kapitalvermögens für die Direction der elementaren Produktivkräfte der Volkswirtschaft dargebracht werden.

Freilich liegt diese Schätzung nur in dem Bewußtsein des Unternehmers selbst. Ein wogender, ökonomisch und technisch klar denkender Mann, eine eben solche Zeit und Nation werden sich auch bei niedrigerem Gewinnatz für ihre Unternehmerthätigkeit entschädigt finden, als es bei gegentheiligen Voraussetzungen der Fall ist.

Risikante Unternehmungen, z. B. der auswärtige Handel, werden aus denselben Gründen im Durchschnitt höheren Gewinn geben müssen, je lange ein Volk nicht in Geschäften waghaftig geworden ist.

Wo in einer Nation Mäßigkeit, Selbstbeherrschung vorwiegen, wo der Mittelstand social geachtet ist, werden sich ihre Unternehmer mit mäßigeren Gewinnen begnügen.

Je seltener die für einen Unternehmer erforderlichen sachlichen und persönlichen Voraussetzungen sind und je größer andererseits das Bedürfnis der betreffenden Unternehmungsgattung ist, desto höher wird der Unternehmungsgewinn sein. Das Hauptelement der Unternehmungsfähigkeit aber ist Bildung. Je größer die Bildung im Mittel- und Arbeiterstand, desto mehr werden die Unternehmungsgewinne dem allgemeinen Produktionsgefe folgen und nach dem natürlichen Niveau streben, in Concurrenz sich herabdrücken, was um so wünschenswerther ist, als zu hohe Unternehmungsgewinne hohe Preise, eine Erschwerung der Veräußerung, mit sich bringen.

Auf den höheren Wirtschaftsstufen hat daher der Unternehmungsgewinn eine Neigung zum **verhältnismäßigen** Sinken gleich dem Zinsfuß.

Mit der Cultur nehmen Sicherheit (Assuranzwesen!) und Beredsamkeit zu, wächst das Uebergewicht des rationalen über den experimentirenden Betrieb, schwindet das Reich des Zufalles und der Gefahr und die Unlust des Unternehmens zusammen. Je reicher ein Volk schon ist, desto mehr kann es auch wagen.

Auch deshalb hat der Unternehmungsgewinn geschichtlich eine Tendenz zum Fallen.

Hohe **absolute** Gewinne werden, je weiter die Cultur fortschreitet, mehr durch oftmaligen Umsatz mit kleinem Prozentualgewinn als durch seltene Umsätze mit hohem Einzelgewinn erzielt; schon Ad. Smith hat richtig gesagt, daß in armen Ländern der Prozentgewinn groß, in reichen klein sei. (Demokratisches Gewinnprinzip.)

Der Gewinn ist abhängig entweder von Ersparungen in der Auslage oder von Erhöhung des Betriebsertrages in Folge produktiver Kapitaldisposition (§ 128). Die ersteren beruhen auf guter Auf- und Umlicht, welche z. B. ein Unternehmer, der Betrieb und Risiko in sich vereinigt, in höherem Grade übt, als der beamtete Director. Die günstige Kapitaldisposition setzt zweifelslos Vermögen, leichten Kredit, besondere auf Geschäft oder Ausbildung beruhende Beschäftigung voraus. In ersterer Beziehung haben die kleineren Privats, in letzterer die großen Gesellschaftsunternehmungen einen natürlichen Vorzug. Beide Vorzüge vereinigt der kapital- und kreditreiche große Privatunternehmer, welcher mit geschäftstheilsabenden Söhnen und Schwiegererben und Brüdern die Ansprüche interessirten Betriebs erfüllt und in seinem Vermögen und Kredit die ungeschinderte, freieste und energischste, zugleich verant-

wertlichste Kapitaldisposition besitzt. Die Erfahrung beweist auch, daß die großen Privatunternehmer die relativ größten Gewinne erzielen.

§ 163. **Gewinnausgleichung.** Eine solche strebt zwischen den verschiedenen Unternehmungsgebieten vor sich zu gehen.

Die Gelegenheit des höchsten Unternehmungsgewinnes zieht die Unternehmer am stärksten an; dies erniedrigt den Unternehmungsgewinn durch Concurrenz und drückt ihn gegen die Produktionskosten herab, sobald nicht günstigere Unternehmungsgewinnchancen vorhanden sind, die der Unternehmer ergreifen kann.

Allein wie bei Lohn und Zins, so wird dieses Geze auch beim Unternehmungsgewinn mannigfach durchbrochen. Unternehmer lassen sich z. B. nicht aus dem Boden stampfen, da längere Bildung, besondere technische Befähigung, eigentümliche moralische Eigenschaften (Muth, Entschlossenheit, Ehrfurcht, Energie, Ueberficht, Kenommmee u. s. w.) erforderlich sind, die gar nicht oder nur langsam angeeignet werden können.

Mit zunehmender Besitzung muß übrigens die Ausgleichung eine immer raschere werden; denn die Gewinnchancen verschiedener Gebiete lassen sich leichter übersehen, und werden schneller bekannt, von Geschäft zu Geschäft, von Land zu Land. Die zur Ausgleichung des Gewinnniveaus bereit liegenden Leihkapitalien sind größer.

Uebrigens gleicht sich der Gewinn nicht rasch aus, wo es sich um Verlassung schwer zu verwertender fixer Kapitalien handelt; z. B. Bergwerksgesellschaften, Hofbesitzer können nicht rasch ihr Unternehmungsgebiet verlassen, selbst wenn ihre Gewinne klein und die anderswo wohnenden Gewinne groß sind.

XXII. Kapitel: d) Wechselseitiges Verhältniß der Einkommensquellen. Die wirtschaftlichen Klassen.

§ 164. **Das Verhältniß der privatwirtschaftlichen Einkommensquellen zu einander.** Nimmere sind die drei privatwirtschaftlichen Hauptkanäle der Verteilung des Gesellschafts- (Volks-) Einkommens zur Darstellung gebracht, aus ihrem Ertrag deckt Jeder seinen Verbrauch oder mehrer ihr sein Vermögen. Der Lohn entspricht dem isolierten Arbeits, der Zins dem isolierten Kapitalvermögen, der Unternehmungsgewinn der innigen Combination beider.

Man darf sich jedoch nicht vorstellen, als ob der Einzelne entweder nur Lohn oder nur Zins oder nur Gewinn bezöge. Viele bilden ihr Gesamtinkommen aus allen drei Quellen, und diese Dreifachheit hat wieder im Einzelnen den Einfluß, die allgemeinen Geze über Lohn, Zins und Gewinn praktisch theilweise zu neutralisieren. Z. B. eigenes Zinsinkommen drückt den Lohn einer begüterten Staatsdienerklasse, zu schweigen von dem corrupten Nebenbezug „abgeleiteten“ Einkommens (Corruption schlechtbezahlter Beamter).

Im einzelnen Falle scheinen Lohn, Zins und Gewinn gegenwärtige Interessen darzustellen; denn je höher die beiden andern Einkommenssäge stehen, desto geringer scheint der dritte sein zu müssen: hohe Löhne und Zinsen lassen geringen Gewinn zurück, hohe Gewinne und Zinsen nöthigen den Lohn zu drücken; die Gewinne und Löhne können um so höher sein, je niedriger die Zinsen sind.

Darauf ist jedoch zweierlei zu bemerken:

erstens kann dauernd keine der drei Einkommensformen unnatürlich gedrückt werden, sofern jede ihr bereits nachgewiesenes Minimumniveau hat, — ohne Gewalt kann deshalb keine der Volksklassen, welche den drei privatwirtschaftlichen Haupteinkommensformen entsprechen, in dauernd vernichtender Weise ökonomisch niedergedrückt werden;

zweitens ist die Anschließlichkeit, der Druck der dreierlei Einkommensarten gegeneinander, nicht **absolut**, sondern nur **relativ**.

Je höher die Cultur steigt, desto mehr bringt dasselbe Arbeits- und Kapitalopfer an Gütern hervor; der absolute Antheil des einen Standes am nationalen Einkommen kann deshalb wachsen, selbst wenn der Antheil der beiden anderen verhältnismäßig zunimmt.

Indessen nimmt, was den der Geschichte so häufigen, politischen Fortgang von aristokratischem zu demokratischem Gemeinwesen volkswirtschaftlich erklärt, im Verlaufe normaler Entwicklung eines Volkes zu allgemeiner Bildung und zur Ehre aller Arbeit, der relative Antheil des Zins- und Gewinninkommens ab, und der des Lohninkommens zu.

Das Renteninkommen nimmt wohl nur absolut zu, indem sich die mögliche Höhe einzelner Renten steigert. Die Rente kommt aber als Gewinn, Arbeits-, Leihkapitalrente sehr wechselvoll der Erhebung Einzelner in allen Ständen zu höherem Wohlstand zu flatten, was ökonomisch eine flüssige, wechselnde Aristokratie neben und in der Masse der drei Klassen trieb.

Die Zunahme allgemeinen Wohlstandes der Mehrzahl der Menschen, daneben ein ökonomisches Hervortreten weniger Einzelner, welche zum Vortheil Aller eine leitende und aufseuernde Stellung einnehmen, ist sonach allem Anschein nach in der inneren Anlage des gesellschaftlichen Systems menschlicher Wirtschaft begründet. Carey hat neuerdings diesen Nachweis sehr eindringlich angetreten, obwohl die Säge über die geschichtliche Bewegung und Verhältnismäßigkeit der verschiedenen Einkommensquellen wiederum nicht lediglich, wie die übereifrigen Schüler sagen, seine Entdeckung sind.

Allerdings kann jene Harmonie gestört werden durch verfehlte Grundsätze der Gemein- insbesondere der Staatswirtschaft: durch feuerliche Ausbeutung, Unfreiheit der arbeitenden Klassen, künstliche Finkaltung großer gebundener Grundbesitze in extensiver Bewirtschaftung bei geringem Reinertrag, ferner durch Mieberhaltung der Volksbildung. In der eigenen Anlage aber, sei es des privat- sei es des gemeinwirtschaftlichen

System der menschlichen Gesellschaft, sind jene Störungen an und für sich nicht begründet.

Einige weitere Bemerkungen in dieser Hinsicht giebt der folgende §. Zunächst beleuchten wir die vorstehend erwähnten wichtigen Grundgesetze etwas näher.

Das oben behauptete **absolute Wachsthum** aller vier Einkommensarten: Zins, Lohn, Gewinn und Rente und die **relative** (verhältnismäßige) Abnahme von dreien derselben, nämlich von Zins, Gewinn und Rente im Laufe der fortschreitenden Entwicklung der Menschheit ist für die ganze Bewegung der menschlichen Cultur zu wichtig, um nicht noch näher erörtert werden zu müssen. Wir kehren hierzu die interessante Elementaranalyse, welche Carey (Socialwissenschaft Bd. III. Kap. 41 f.) gegeben hat. Er bemerkt:

1) über die Entwicklung des Verhältnisses des Lohnes zu Gewinn und Zins:

„Das Kapital, das Werkzeug, mittelst dessen der Mensch die Macht über die Naturkräfte erwirbt, ist das Resultat der angesammelten geistigen und körperlichen Arbeiten der Vergangenheit. Die Holzfaser, welche Grusos zu seinem Bogen brauchte, war zu jeder Zeit geeignet gewesen, ihm Dienste zu leisten; allein ohne die Ausübung der geistigen Arbeit wäre der Bogen nicht fertiggestellt worden. Einmal angefertigt, hatte der Bogen jedoch einen hohen Werth, da er um den Preis schwerer Arbeit gewonnen wurde; seine Nützlichkeit war aber gleichwohl gering; denn er vermochte nur wenig Arbeit zu verrichten.“

„Freitag besaß kein Canoe. Hätte er nun Grusos's Canoe entleihen wollen, so konnte der Letztere sagen: „In einiger Entfernung von der Küste gibt es eine Menge von Fischen. Ohne die Hilfe meines Rahmes wirst du kaum Nahrung genug für dich gewinnen; mit dem Rahne dagegen kannst du in kurzer Zeit so viele Fische fangen, als wir Beide brauchen. Gib mir also drei Viertel von allen, die du fängst, und der Rest soll dir gehören.“

„So hart diese Bedingungen auch scheinen mögen, hätte Freitag doch das Anerbieten angenommen und von Grusos's Kapital Gewinn gezogen, obwohl er die Nutzung desselben theuer bezahlen mußte. Bald belehrt ihn jedoch einiges Nachdenken, daß, wenn er selbst in den Besitz eines Bootes kommen könne, er den ganzen Ertrag behalten könne, und nun schließt er mit Grusos einen Vertrag über die Nutzung seines Messers und verfertigt mit dessen Hilfe ein Boot. Nun sind Beide Kapitalisten, und ihre Verhältnisse sind sich weit ähnlicher geworden, trotz der Fortschritte, die Grusos inzwischen selbst gemacht haben kann. Anfänglich war sein Reichthum gleich 10, der Reichthum Freitag's gleich 0. Der Letztere hat nun 40, der Erstere aber 10 erreicht. Die Tendenz zur Gleichheit ist also das sichere Resultat jenes Zuwachses des Reichthums, mittelst dessen der Mensch in Stand gesetzt wird, die geistige Kraft an die Stelle der bloß körperlichen zu setzen.“

„Der Bogen und das Canoe setzen Freitag in Stand, Zeit zu ersparen, und er kann nun seine Mühe auf die Anfertigung eines Messers und eines Segels verwenden; und alle diese Gerätschaften zusammen verleihen ihm dann die Kraft, ein Haus zu bauen; und die Arbeitsquantität, die zur Reproduktion und zur Vermehrung des Kapitals erforderlich ist, nimmt mit jedem Stadium des Fortschritts ab. Das erste Messer von Stein war die Frucht einer weit schwereren Arbeit, als er jetzt zur Anfertigung des Messers von Bronze nöthig hat, und doch erweist sich das letztere als ein weit brauchbareres Werkzeug. Die steinerner Art hat nun gar keinen Werth, obwohl man anfangs ihre Dienste gleich drei Vierteln der Dienste des Menschen schätzte, der sie benötigte. Wenn dann die noch wirksameren Kerne von Eisen und Stahl in Gebrauch kommen, fällt hinwieder die Bronze-Art im Werthe. Der Geist erlangt die Herrschaft über den Stoff und die großen Naturkräfte concentriren sich in dem Menschen, der nun die älteren Werkzeuge wegwirft und nur einige Muster davon aufbewahrt als Zeichen der Ungleichheit seiner Verfahren.“

„Indem er sich seinen Produkten gegenüber mißt, schreibt der Mensch jede Vermehrung der Nützlichkeit der Materialien, die ihn umgeben, sich selbst zu. Je größer diese Nützlichkeit ist, desto höher ist sein eigener Werth und desto geringer der Werth der Dinge, die er braucht. Während die Kosten der Reproduktion beständig sinken, steigt er selbst in gleichem Maße, und jede Reduktion des Werthes des vorhandenen Kapitals bedingt eine gleich große Steigerung des Werthes des Menschen.“

„So wenig Arbeit auch mittelst der steinernen Art verrichtet werden konnte, war ihr Werth für den Besitzer gleichwohl sehr groß; und deshalb mußte der Mann, der sie entlieh, einen hohen Preis für ihre Nutzung bezahlen. Da der Letztere mit derselben in einem Tage mehr Holz fällte, als er ohne sie in einem Monat fällen konnte, steigt er seinen Lohn bedeutend erhöht, trotz der ansehnlichen Quote, die sein Nachbar Kapitalist, der Eigentümer der Art, in Anspruch nimmt.“

„Die Art von Bronze, die zunächst erlangt wird, erweist sich weit nützlicher und ihre Verfertigung muß nun, wenn die Nutzung derselben von ihm begehrt wird, im Auge behalten, daß nicht nur die Produktivität der Arbeit beträchtlich zugenommen, sondern zugleich auch die Arbeitsquantität, die man auf die Produktion einer Art verwenden muß, sehr abgenommen hat. Er verlangt deshalb nur zwei Dritttheile von dem Produkte des weit nützlicheren Werkzeugs. Die Verteilung kann nun aufgestellt werden wie folgt:

	Gesamtertrag.	Antheil des Arbeiters.	Antheil des Kapitalisten.
Art von Stein	10	1	8
Art von Bronze	8	2,66	5,33

„Der Arbeitslohn beträgt nun mehr als das Doppelte, weil der Arbeiter eine erhöhte Quote der zugleich vermehrten Quantität erhält. Der Antheil des Kapitalisten hat sich dagegen nicht ganz verdoppelt, da

er eine verminderte Quote derselben vermehrten Quantität erhält. Die Stellung des Arbeiters, die zuerst nur wie 1 zu 3 war, ist jetzt wie 1 zu 2, und seine Kraft, selbst ein Kapitalist zu werden, hat senach bedeutend zugenommen.

„Kommt dann die Art von Eisen, so nehmen die Kosten der Reproduktion ab, während die Proportionen der Arbeit im Vergleich zum Kapital zugenommen haben. Das neue Werkzeug spaltet doppelt so viel Holz, als man mit der Art von Bronze spalten konnte, und doch ist ihr Besizer genüßigt, sich mit der Hälfte des Ertrags zu begnügen. Die neue Vertheilung gestaltet sich nun wie folgt:

	Gesamtertrag.	Arbeiter.	Kapitalist.
Art von Stein	4	1	3
Art von Bronze	8	2.66	5.33
Art von Eisen	16	8	8

„Indem dann die Art von Stahl folgt, wird der Ertrag abermals verdoppelt, unter weiterer Verminderung der Reproduktionskosten; und jetzt muß sich der Kapitalist mit einer geringeren Quote begnügen, und die Vertheilung wird folgende:

	Gesamtertrag.	Arbeiter.	Kapitalist.
Art von Stahl	32	19.20	12.80

„Der Antheil des Arbeiters hat also zugenommen; und da auch der Ertrag bedeutend zugenommen hat, ist die Vermehrung seiner Quantität sehr ansehnlich. Der Antheil des Kapitalisten hat zwar verhältnißmäßig abgenommen; allein da der Ertrag so sehr zugenommen hat, ist diese Herabsetzung der Proportion von einer bedeutenden Vermehrung der Quantität begleitet, und so gewinnen Beide durch die Verbesserungen, welche bemerksellig wurden.

„So lautet das große Gesetz, das die Vertheilung der Arbeitsprodukte beschreibt. Von allen im Buch der Wissenschaft bezeichneten Gesetzen ist es vielleicht das Schönste, da es ein Gesetz ist, vermöge dessen eine vollkommene Harmonie der realen und wahren Interessen der verschiedenen Klassen der Menschheit begründet wird. Noch mehr, es stellt die Thatsache fest, daß — so groß auch die Bedrückungen sein mochten, welche die Vielen von den Wenigen zu erdulden hatten, so beträchtlich die Ansammlungen sein mögen, die durch die Ausübung der Appropriationskraft entstanden sind, so auffällig die bestehenden Standesunterschiede unter den Menschen sein mögen — daß doch zur allgemeinen Begründung einer vollkommenen Gleichheit vor dem Gesetze und zur Beförderung der Gleichheit in der socialen Lage überhaupt nichts weiter nöthig ist, als die Befolgung eines Systems, welches die Kraft der Association und die Entwicklung der Individualität im höchsten Grad zu begründen strebt und damit den Frieden erhält und den Zuwachs des Reichthums und der Bevölkerung im Inn und Ausland fördert.

„Das hier aufgestellte Gesetz ist nun in Bezug auf alle Arten von Kapital gültig. Das Haus, das schon vor langer Zeit gebaut wurde,

kostete weit mehr Arbeit, als man jetzt braucht, um ein weit besseres zu reproduciren; es ist aber so sehr im Werthe gefallen, daß es im Preise oder im Miethsinne nicht mehr die Hälfte gilt wie anfangs, und schließlich als ganz werthlos niedergedrungen wird.

„Ebenso verhält es sich mit dem Gelde. Brutus nahm beinahe fünfzig Procent für die Nutzung desselben, und zur Zeit Heinrich's VIII. war der gesetzliche Zins 10 Procent. Seitdem ist er so sehr gefallen, daß jetzt 4 Procent der festgesetzte britische Zinssfuß ist. Ein Sinken wie dieses liefert den stärksten Beweis dafür, daß die Arbeiten der Gegenwart täglich produktiver werden, daß der Werth aller Lebensbedürfnisse, nach Arbeit bemessen, stets fällt, daß sich der Arbeiter zur Gleichheit mit dem Kapitalisten erhebt und daß der wahre Mensch mehr und mehr ausgebildet wird.

„In Agrikulturstaaten ist der Zins immer hoch, weil dort das Geld nach außen zu gehen strebt. Die Wenigen, welche dieses äußerst mächtige Werkzeug besitzen, erwarten eine beträchtliche Bezahlung für die gewährte Nutzung desselben. Auch der Handelsmann muß einen beträchtlichen Gewinn machen, da er auf den hohen Zins verzichten muß, den ihm das bloße Ausleihen seines Geldes bringen würde, wenn er nicht gar selbst solche Zinsen zu bezahlen hat für die Nutzung des Geldes Anderer. So hoch aber auch die Quoten sind, erhalten sie doch nur geringe Quantitäten, da der Betrag des ausgeliehenen Kapitals im Ganzen unersichtlich und die Quantität der überkauften Lebensbedürfnisse sehr gering ist. Mit dem Zuwachs der Bevölkerung und des Reichthums dagegen sinkt zwar die Quote, der Zins fällt auf fünf oder sechs Procent; allein der Handelsmann sieht sein Geschäft dermaßen vergrößert, daß er jetzt schon bei 10 Procent reich wird, während er kaum zu leben hatte, als er noch 50 Procent erhielt; und sein Nachbar, der das Geschäft in einem noch größeren Maßstabe treibt, kauft gar ein Verwunden an aus Gebühren, die nicht über ein Procent betragen; so erhalten Alle eine fortwährend zunehmende Quantität, obwohl sie eine stets abnehmende Quote von den durch ihre Hände gehenden Gütern nehmen.

„Dasselbe findet bei den Manufakturen statt. Der Weber mit seinem einzigen Weßfuß kann kaum von der Hälfte des Ertrags seiner Arbeit leben. Aber Tausende von Weßfüßen, die zusammengebracht und durch Dampf getrieben werden, sind um so viel produktiver, daß der zehnte oder selbst der zwanzigste Theil dem angelegten Kapital schon einen reichlichen Entgelt abwirft. Je ärmtlicher die Maschinerie ist, desto geringer ist immer der Arbeitsertrag und desto größer muß die Quote sein, die dem Besizer von der geringen Quantität der produzierten Gegenstände zufällt.

„Das Kapital ist das Werkzeug, dessen sich der Mensch bei seinen Bestrebungen, Macht über die Natur zu erlangen, bedient, und folglich hat Alles, was die Tendenz hat, seine Macht über dieses Werkzeug zu vermehren, auch die Tendenz zur Gleichheit und Freiheit und zur Er-

er eine verminderte Quote derselben vermehrten Quantität erhält. Die Stellung des Arbeiters, die zuerst nur wie 1 zu 3 war, ist jetzt wie 1 zu 2, und seine Kraft, selbst ein Kapitalist zu werden, hat sonach bedeutend zugenommen.

„Kommt dann die Art von Eisen, so nehmen die Kosten der Reproduktion abermals ab, während die Proportionen der Arbeit im Vergleich zum Kapital zugenommen haben. Das neue Werkzeug spaltet doppelte so viel Holz, als man mit der Art von Brence spalten konnte, und doch ist ihr Besitzer genötigt, sich mit der Hälfte des Ertrags zu begnügen. Die neue Vertheilung gestaltet sich nun wie folgt:

	Gesamtertrag.	Arbeiter.	Kapitalist.
Art von Stein	4	1	3
Art von Brence	8	2.66	5.33
Art von Eisen	16	8	8

„Indem dann die Art von Stahl folgt, wird der Ertrag abermals verdoppelt, unter weiterer Verminderung der Reproduktionskosten; und jetzt muß sich der Kapitalist mit einer geringeren Quote begnügen, und die Vertheilung wird folgende:

	Gesamtertrag.	Arbeiter.	Kapitalist.
Art von Stahl	32	19.20	12.80

„Der Antheil des Arbeiters hat also zugenommen; und da auch der Ertrag bedeutend zugenommen hat, ist die Vermehrung seiner Quantität sehr ansehnlich. Der Antheil des Kapitalisten hat zwar verhältnismäßig abgenommen; allein da der Ertrag so sehr zugenommen hat, ist diese Herabsetzung der Proportion von einer bedeutenden Vermehrung der Quantität begleitet, und so gewinnen Beide durch die Verbesserungen, welche bevorsteht, werden.

„So lautet das große Gesetz, das die Vertheilung der Arbeitsprodukte vorschreibt. Von allen im Buch der Wissenschaft bezeichneten Gesetzen ist es vielleicht das Schönste, da es ein Gesetz ist, vermöge dessen eine vollkommene Harmonie der realen und wahren Interessen der verschiedenen Klassen der Menschheit begründet wird. Noch mehr, es stellt die Thatfache fest, daß — so groß auch die Bedrückungen sein mochten, welche die Vielen von den Wenigen zu erdulden hatten, so beträchtlich die Ansammlungen sein mögen, die durch die Ausübung der Appropriationskraft entstanden sind, so auffällig die bestehenden Standesunterschiede unter den Menschen sein mögen — daß doch zur allgemeinen Begründung einer vollkommenen Gleichheit vor dem Gesetze und zur Beförderung der Gleichheit in der socialen Lage überhaupt nichts weiter nöthig ist, als die Befolgung eines Systems, welches die Kraft der Association und die Entwicklung der Individualität im höchsten Grad zu begründen strebt und damit den Frieden erhält und den Zuwachs des Reichthums und der Bevölkerung im In- und Ausland fördert.

„Das hier aufgestellte Gesetz ist nun in Bezug auf alle Arten von Kapital gültig. Das Haus, das schon vor langer Zeit gebaut wurde,

kostete weit mehr Arbeit, als man jetzt braucht, um ein weit besseres zu reproduciren; es ist aber so sehr im Werthe gefallen, daß es im Preise oder im Mietzshilte nicht mehr die Hälfte gilt wie anfangs, und schließlich als ganz werthlos niedrigeren wird.

„Ebenso verhält es sich mit dem Gelde. Brutus nahm beinahe fünfzig Procent für die Nutzung desselben, und zur Zeit Heinrich's VIII. war der gesetzliche Zins 10 Procent. Seitdem ist er so sehr gefallen, daß jetzt 4 Procent der festgesetzte britische Zinssatz ist. Ein Sinken wie dieses liefert den stärksten Beweis dafür, daß die Arbeiten der Gegenwart täglich produktiver werden, daß der Werth aller Lebensbedürfnisse, nach Arbeit bemessen, stets fällt, daß sich der Arbeiter zur Gleichheit mit dem Kapitalisten erhebt und daß der wahre Mensch mehr und mehr ausgebildet wird.

„In Agriculturnationen ist der Zins immer hoch, weil dort das Geld nach außen zu gehen strebt. Die Wenigen, welche dieses äußerst mächtige Werkzeug besitzen, erwarten eine beträchtliche Belohnung für die gewährte Nutzung desselben. Auch der Handelsmann muß einen beträchtlichen Gewinn machen, da er auf den hohen Zins verzichten muß, den ihm das bloße Anleihen seines Geldes bringen würde, wenn er nicht gar selbst solche Zinsen zu bezahlen hat für die Nutzung des Geldes Anderer. So hoch aber auch die Quoten sind, erhalten sie doch nur geringe Quantitäten, da der Betrag des ausgeleihen Kapitals im Ganzen unerheblich und die Quantität der überhaupt verkauften Lebensbedürfnisse sehr gering ist. Mit dem Zuwachs der Bevölkerung und des Reichthums dagegen sinkt zwar die Quote, der Zins fällt auf fünf oder sechs Procent; allein der Handelsmann sieht sein Geschäft demnach vergrößert, daß er jetzt schon bei 10 Procent reich wird, während er kaum zu leben hatte, als er noch 50 Procent erhielt; und sein Nachbar, der das Geschäft in einem noch größeren Maßstabe treibt, häuft gar ein Vermögen an aus Gebühren, die nicht über ein Procent betragen; so erhalten Alle eine fortwährend zunehmende Quantität, obwohl sie eine stets abnehmende Quote von den durch ihre Hände gehenden Gütern nehmen.

„Dasselbe findet bei den Manufakturen statt. Der Weber mit seinem einzigen Wehshilf kann kaum von der Hälfte des Ertrags seiner Arbeit leben. Aber Tausende von Wehshilfen, die zusammengebracht und durch Dampf getrieben werden, sind um so viel produktiver, daß der zehnte oder selbst der zwanzigste Theil dem angelegten Kapital schon einen reißlichen Entgelt abwirft. Je ärmlischer die Maschinenie ist, desto geringer ist immer der Arbeitsertrag und desto größer muß die Quote sein, die dem Besizer von der geringen Quantität der productiven Gegenstände zufällt.

„Das Kapital ist das Werkzeug, dessen sich der Mensch bei seinen Bestrebungen, Macht über die Natur zu erlangen, bedient, und folglich hat Alles, was die Tendenz hat, seine Macht über dieses Werkzeug zu vermehren, auch die Tendenz zur Gleichheit und Freiheit und zur Er-

hebung der Arbeit der Gegenwart auf Kosten der Ansammlungen der Vergangenheit. Alles dagegen, was die Macht des Werkzeuges über den Menschen vergrößert, hat die Tendenz, diese Ansammlungen auf seine Kosten zu erheben, die Ungleichheit zu fördern und die Sklaverei wiederherzustellen. Da nun die Macht des Menschen über das Werkzeug mit dem Zuwachs der Association und diese mit dem Zuwachs der Mannigfaltigkeit der Beschäftigungen wächst, so folgt hieraus notwendigerweise, daß der Weg zur Freiheit des Menschen in der Richtung liegt, die zur Entwicklung der verschiedenen Fähigkeiten der Individuen führt, aus welchen die Gesellschaft sich zusammensetzt.⁴

Soweit Carey. Daß die von ihm an Elementarverhältnissen nachgewiesene Steigerung der Technik und des beweglichen Kapitals besonders großartig gerade auf hochentwickelten Kulturstufen fortgeschritten, dafür möge hier nur ein Beispiel angeführt werden: Frankreichs Privatgewerbe besaßen, laut einem neueren Bericht des Handelsministers Rouher,

1840: 56,422 Dampfschiffkräfte = 169206 Zugpferden = der menschlichen Kraft von 1,184862 Handarbeitern.

1859: 513092 Dampfschiffkräfte = 1,559276 Zugpferden = 10,774932 Handarbeitern.

Selbstverständlich können dem Naturgesetze der fortschreitenden Aneignahme der Arbeiter an dem Nationaleinkommen vorübergehend künstliche Hindernisse entgegenstehen, welche den Lauf der natürlichen Entwicklung hemmen: die verschiedenen Formen der Unfreiheit und Ausbeutung der Arbeit, die proletarische kulturlose Volksvermehrung bei Niederhaltung der Volksbildung. Dieser Hemmungen des natürlichen harmonischen Entwicklungsganges ist bereits mehrfach gedacht; gegen sie richten sich die eifrigsten Fortschrittskämpfe der Menschheit.

2) Die Entwicklung des Anttheilverhältnisses der Grundrente und des Lohnes am Nationaleinkommen.

Auch der Anteil der Grundrentner (Rentner überhaupt § 99) am Volkseinkommen steigt nur nach dem absoluten Betrag, fällt dagegen nach dem relativen Anttheilverhältnisse; die natürliche Entwicklung ist also auch hier zu Gunsten der Masse der Bevölkerung.

Freilich wird dieß nur dann auf die Dauer in einem Lande und in der gesammten Völkervirtschaft unseres Planeten nur insoweit vor sich gehen, als die Kapitalkraft von Grund und Boden sich ohne noch größeren Arbeitsaufwand steigern läßt, und insoweit die Bevölkerungszunahme, statt proletarisch zu sein und ins Unendliche zu gehen, eine der Steigerung der Kapitalkraft von Grund und Boden entsprechende Bewegung und Vertheilung einhält. Allerdings glauben wir es unten als höchst wahrscheinlich nachweisen zu können, daß die Einhaltung dieser Bedingungen in der Kraft und in der Bestimmung der Menschen liegt (vgl. § 232–235). Daß aber auch das Gegenteil durch Unversand und Schleichtheit in der menschlichen Gesellschaft vorübergehend eintreten kann, läßt sich nicht läugnen, und dann wird auch das im Folgenden nach Carey geschilderte

Gesetz des relativ abnehmenden Anttheils der Grundrente am Volkseinkommen und des relativ zunehmenden Anttheils des Lohnes nicht gelten. Könnten wir doch schon in § 101 nicht läugnen, daß in einzelnen Fällen und vorübergehend die Ricard'sche Grundrententheorie und die vom Malthusianismus darauf begründeten düsteren Prophezeiungen der Wirklichkeit entsprechen können.

Abgesehen jedoch von diesen Störungen dürfte Carey die normale und harmonische Entwicklung richtig bezeichnen, wenn er (Kap. 42, § 1) ausführt:

„Bis jetzt haben sich bei unserer Fortschritt der großen Naturgesetze, denen der Mensch und der Stoff unterworfen sind, gleich richtig erwiesen, ob sich nun die Untersuchung auf die Erde selbst, oder auf Aerte, Canoe's, Schiffe oder Kleider erstreckt, in welche der Mensch die ihn umgebenden Materialien umwandelt. Sein Gang geht in allen Gemeinwesen, die an Reichthum und Bevölkerung zunehmen, stets vorwärts; er geht von dem Messer von Stein zum Messer von Stahl über, vom Fell, das er vom Rücken des Thieres genommen, zum wollenen Kleide, vom Canoe zum Schiffe, vom Fußpad zur Eisenbahn und von den schlechten Ländereien der Berge und Abhänge zu den fruchtbaren Thalgründen, deren Occupation in frühern Zeiten durch die Feindschaft, von der sie gesättigt, und durch die schweren Stämme, mit denen sie bedeckt waren, verhindert war. Reichthum ist Macht; je mehr der fruchtbarere Boden angebaut werden kann und je mehr Menschen ihren Unterhalt von einer gewissen Fläche ziehen können, desto größer ist die Leichtigkeit der Association und die Tendenz zur Verbindung, um den noch übrigelebenden Widerstand der Natur zu übermächtigen.“

„Hier wie überall ist der erste Schritt der kostspieligste und am wenigsten produktive. Bei jedem folgenden Stadium wird weniger Anstrengung erfordert, während die Arbeitsverträge fortwährend wachsen. Da die Kosten für die Reproduktion der Werkzeuge, die den gebräuchlichsten an Kraft gleich sind, allmählig sinken, sinkt auch der Werth der Werkzeuge, und das zuerst angebaute Land, sowie die ältere Art werden regelmäßig verlassen.“

„Auch die Grundrente fällt und der Grundeigentümer muß sich mit einem geringeren Anteil von dem Produkt als Entschädigung für die Nutzung seines Landes begnügen. Hätte man den Besitzer des ersten kleinen Gutes um die Erlaubnis gebeten, dasselbe zu bewirtschaften, so hätte er geantwortet: „Da du mit diesem Gute für die Arbeit eines Tages so viel Nahrung gewinnst, als du ohne dasselbe nur in einer Woche gewinnen könntest, kannst du mir wohl drei Viertel vom Ertrag des Gutes und der Arbeit abgeben. Dieß wird dir allerdings nur einen kleinen Theil von den producierten Dingen lassen, allein da du an Quantität so viel mehr erhältst, wird dein Lohn um die Hälfte größer sein, als jetzt. Du darfst also zufrieden sein.““

„Nach Abschluß des Vertrags sehen beide Beteiligte ihre Kräfte

vermehrt und es wird ihnen dadurch möglich, Zeit und Geist auf die Herstellung von Maschinen zu verwenden, die zur Verwerthung weiterer Arbeitsersparung notwendig sind. Das kleine Gut hätte Jahre fast ununterbrochener Anstrengung gekostet, und doch vermochte es nicht mehr als 100 Bushel für eine gewisse auf seinen Acker verwendete Arbeitssumme zu liefern. Indem aber nach und nach die geistige Kraft der bloßen körperlichen Zugewinnung weicht, kann dann ein Gut, das 200 Bushel erträgt, mit verringerten Kosten hergestellt werden. So geht es immer weiter und es kann bald ein Gut von 300 Bushel Ertrag für weniger Arbeit erlangt werden, als das erste kostete, das nur 100 Bushel lieferte, und in der Folge kostet wieder ein Gut von 400 Bushel Ertrag weniger Arbeit, als dasjenige von 300 Bushel Ertrag. Mit jedem successiven Stadium der Verbesserung nimmt der Werth des Menschen im Vergleich zum Kapital zu — die gegenwärtige Arbeit gewinnt Macht über die Ansammlungen der Vergangenheit und die Grundrente nimmt an relativer Höhe ab, obwohl sie an Quantität zunimmt. Der erste Grundeigenthümer konnte den Arbeiter zwingen, sich mit dem vierten Theile des Ertrags seiner Mähe zu begnügen; als aber der zweite die Kraft seiner Ansammlungen gegen die der Menschen in seiner Umgebung bemessen wollte, fand er, daß sich die relative Stellung des Menschen und des Stoffs bedeutend geändert hatte. Seine eigenen Kräfte hatten zugenommen, allein die Kräfte seiner Nachbarn ebenfalls. Er konnte ein Gut von 200 Bushel Jahresertrag um weit weniger Arbeit erhalten, als man vorher für ein Gut von 100 Bushel Ertrag gegeben hatte; allein dasselbe war seinen Nachbarn möglich. Anstatt also drei Viertel zu beanspruchen, verlangt er nur drei Fünftel, und erhält so 120 anstatt der 75 seines Vorgängers, während dem Arbeiter 80 bleiben — mehr als die dreifache Quantität, die er zuerst erhalten hatte.

Im dritten Stadium bieten sich uns dieselben Erscheinungen dar, nur in noch größerem Maße. Da man jetzt ein Gut von 300 Bushel Ertrag um weit weniger Arbeit erhalten kann, als man vorher für ein Gut von 200 geben mußte, hat nun der Eigenthümer mit Arbeitern von größerer Kraft zu verhandeln, mit Menschen, die selbst Kapital ansammeln. Er verlangt also jetzt nur die Hälfte des Ertrags und erhält 150, während dem Arbeiter 150 bleiben, wo sein Vorgänger nur 80 erhalten hatte. Der Lohn ist jetzt auf 150 Bushel gestiegen und dadurch wird die weitere Zunahme des Kapitals sehr erleichtert. Mit stets wachsender Kraft sich bewegend, wird der Fortschritt zur Schöpfung immer besserer Maschinen weit rascher, als er vorher gewesen war; und jetzt wird ein Gut, das 400 Bushel zu liefern vermag, für weit weniger Arbeit erlangt, als man vorher zur Produktion eines Gutes von 300 Bushel Ertrag brauchte. Da also die Kosten der Reproduktion gefallen sind, muß sich der Eigenthümer mit 45 Prozent begnügen, und erhält also 180, während dem Arbeiter 220 bleiben.

„Im fünften Stadium fällt die Quote des Kapitalisten auf zwei

Fünftel, da die Kraft des Gemeinwefens, über die Dienste der Natur zu gebieten, so sehr zugenommen hat, daß ein Gut von 600 Bushel für die Hälfte der Arbeit zu erlangen ist, die man für irgend eines der früheren Güter verwenden mußte. Ebenso verhält es sich mit dem nächsten Gute, das 1000 Bushel erträgt. Der Lohn ist in einem entsprechenden Maße gestiegen und der Arbeiter, der seine Kräfte gegen die Arbeit bemüht, für welche das neue Gut ausgetauscht werden könnte, hält sich berechtigt, zwei Drittel zu beanspruchen, so daß also dem Eigenthümer nur ein einziges Drittel bleibt, wo sein erster Vorgänger drei Viertel beansprucht und erhalten hatte.

„Bei allen so betwerthgestellten Verteilungen gewinnt der Kapitalist dadurch, daß er eine beständig zunehmende Quantität erhält, die sich aus einer stets abnehmenden Quote von einem beständig steigenden Ertrag ergibt; allein der Arbeiter gewinnt noch weit mehr, da er eine stets zunehmende Quote von dieser vermehrten Quantität erhält, wie die folgende Tabelle zeigt:

	Gesamtertrag	Antheil des Kapitals	Antheil der Arbeit
Erstes Stadium	100	75	25
Zweites „	200	120	80
Drittes „	300	150	150
Viertes „	400	180	220
Fünftes „	600	240	360
Sechstes „	1000	333	667

„Die Kraft des Kapitals ist also nur wenig über das Vierfache gestiegen, während die Kraft der Arbeit um mehr als das Sechszwanzigfache zugenommen hat. Je rascher die Reduktion des Antheils des Kapitalisten vor sich geht, desto größer ist die Tendenz zur Zunahme des fixen im Verhältnis zum umlaufenden Kapital und zur weiteren Abnahme des Antheils, der als Grundrente beansprucht werden kann. Mit dem Zuwachs der Macht des Menschen über den Stoff ist deshalb eine stete Tendenz zum Sinken der Macht des Menschen über seinen Nebenmenschen, sowie zur Begründung der Gleichheit unter den verschiedenen Theilen des Menschengeschlechts verbunden. Damit der Schwache auf gleiche Höhe mit dem Starken gelange, und damit das Weib seinen Platz an der Seite des Mannes einnehme, das sonst überall sein Gebiet war, bedarf es weiter nichts, als daß dem Reichthum gesteuert werde, zu wachsen, daß man die Association sich entfalten lasse und daß die Individualität mittelst jener Vervielfältigung der Beschäftigungen entwickelt werde, die für die Geschwindigkeit der Circulation und die Kraft zu weiterem Fortschritt unerlässlich ist.“

„Der Leser hat bereits gesehen, daß noch am Anfang des vorigen Jahrhunderts die Bewohner des großen Frankreich während der Hälfte des Jahres kein Brod hatten und sich in Leber leiden, weil sie kein Tuch zu kaufen vermochten. Vor hundert Jahren aßen nur 7.000.000 Seelen Weizenbrod, und jetzt 20.000.000, die Verbesserung der Qualität

der Nahrung war also größer, als die Zunahme an Menschen, die ernährt werden müssen. Die Kraft, die Bedürfnisse, Bequemlichkeiten und Genüsse des Lebens zu erlangen, ist abhängig von der Kraft, die Natur zur Production derselben zu nützig; denn je größer die Affectionskraft ist, desto größer ist auch, wie wir immer sehen, die producirte Quantität. „Vergleichen wir“, sagt Bassy, „die Ziffern in Bezug auf die zehn Departemente, die damals die reichsten und am stärksten bevölkerten waren, mit jenen, welche die zehn ärmsten und wenigst bevölkerten betreffen, so finden wir, daß in den erstern der durchschnittliche Ertrag einer Hectare 15 bis 20, in den letztern aber nur 7½ bis 11 Hectoliter Weizen beträgt, und daß sich bei allen andern Producten ein ähnliches Mißverhältnis ergibt. In Bezug auf die Konsumtion zeigt sich ein ebenso scharfer Unterschied. Die Nahrung ist in den vorangeschrittenen Departementen nicht nur von besserer Qualität, sondern es kommt auch auf jeden Kopf eine größere Quantität, als in der Konsumtion dem Gewicht nach um dreißig Prozent höher, in den schwächer bevölkerten und ärmeren Departementen ist“ *).

Ähnliche Thatsachen wie diese finden wir in jedem voranschreitenden Lande. Die Klassen sind jetzt weit besser genährt und gekleidet, als zur Zeit Peters des Großen, trotz einer Vermehrung der Bevölkerung, die sie schon lange auf die schlechteren Völkereien getrieben haben müßte, wenn Ricardo's Theorie richtig wäre. Ebenso war es und ist es mit den Deutschen, Belgiern, Schweden und Dänen, die jetzt alle unendlich besser genährt sind, als ihre Vorfahren zu der Zeit, wo es noch Land im Ueberflus gab. Wären wir dann auf die erste Besiedelung der gegenwärtigen Vereinigten Staaten, so finden wir in ihrer Geschichte nur Berichte von harten Entbehrungen, die aus der Spärlichkeit der Bevölkerung, die keine Association oder Combination erlaubte, entsprangen. Die mathematischen Sätze widersprechen also direct allen Thatsachen der Weltgeschichte, die dagegen alle in strenger Uebereinstimmung stehen mit dem folgenden Satz:

„Wenn der Reichtum und die Bevölkerung zunehmen, werden die Menschen mehr und mehr in Stand gesetzt, sich mit einander zu associiren und ihre Arbeiten zu combiniren, unter beständig wachsender Tendenz zur Entwicklung ihrer verschiedenen Fähigkeiten und stets zunehmender Kraft, die verschiedenen Naturkräfte zu zwingen, in ihrem Dienste zu arbeiten; und jeder Schritt im Lauf des Fortschritts kennzeichnet sich durch eine Zunahme der Kraft, selbst zu bestimmen, welche Vänderungen sie zum Anbau auszuwählen wollen, unter beständiger Zunahme des Arbeitsertrags und der Leichtigkeit der Production und Accumulation. — Der Mensch wird also der Herr der Natur, während, er nach Ricardo mehr und mehr ihr Sklave wird.“

Die Grundrente als Ertragsgewinn in Bewirthschaftung und Ver-

*) Dictionnaire de l'Economie politique, art. Agriculture.

packung von unbeweglichem Kapital folgt demgemäß normaler Weise denselben Entwicklungsgelegen, wie das außerordentliche Einkommen aus dem Betrieb oder dem Darlehen des beweglichen Kapitals (oben 3. 1).

§ 165. Die wirthschaftlichen Klassen. Aus der Unternehmung, ihren Auslagen und ihrem Gewinn ziehen in Form von Lohn, Zins, Unternehmungsgewinn die Einzelpersonen ihr Einkommen. Die Unternehmung, das Organ des Produzirens für Alle, wird wieder die Quelle des Einkommens der Einzelnen.

Welcher Art die Unternehmung nun sein mag, fast jede größere Unternehmung verknüpft in sich erstens solche Privatwirthschaften, welche vorwiegend Arbeit und wenig Kapital beizutragen und Lohn dafür beziehen, zweitens solche, welche Kapital, beziehungsweise Kredit geben und Zins als Einkommen empfangen, und drittens eine oder mehrere solche, welche neben Verzinsung und Lohnverdienst einen Unternehmungsgewinn erhalten. Bei aller Verschiedenartigkeit der Unternehmungen nach Maßgabe der Vielfältigkeit der Produktionsweige theilt sich die jezige Bevölkerung wirthschaftlich u. A. in folgende drei Klassen: die Lohn- oder Arbeiterklasse, die Zinsrentner- oder Kapitalistenklasse und die Unternehmerklasse. Zwar hat jede Privatwirthschaft sowohl Arbeitsvermögen als Güterkapital, und jede wird auch mehr oder weniger Unternehmerin. Aber der eine oder andere Einkommensbezug herrscht vor, und somit theilen sich alle Persönlichkeiten nach der Art der Theilnahme an der Unternehmung und dem Einkommen aus den Unternehmungen in die genannten drei großen Klassen.

Indem die Angehörigen der verschiedenen Klassen zum Bewußtsein ihres gemeinsamen Wesens gelangen, entsteht nach der gesellschaftlichen Seite Standesbewußtsein und Standesgeist, nach der politischen Seite das Streben nach staatlicher Geltendmachung der Standesinteressen, nach der wirthschaftlichen Seite eine gleichartige wirthschaftliche Sitte oder gleiche, standesgemäße Führung des Haushaltes *).

Indem sich eine wirthschaftliche — Klassenfittte, d. h. ein Normalmaß der Befriedigung und des Genusses feststellt, welches der Einzelne nicht verlassen will, wird nach und nach jenes Festhalten eines bestimmten Bedürfnismaßes gesichert, ohne welches kein Fortschritt in der wirthschaftlichen Gestaltung möglich oder doch baldiges Rücksinken in das Elend die

*) Innerhalb jeder dieser Klassen spielen natürlich mancherlei andere Klassifikationen. Die Art des Betriebes (Verbau, Ackerbau, Manufaktur, Handel u. s. w.) begründet zahllose Stände- und Klassenabtheilungen mit besonderer Sitte, besonderen Aufstellungen, besonderem Gemeinbewußtsein (Annungen). Aber gleichartig in diesen anderen Klassifikationen tritt die dreifache Schichtung: Arbeiter-, Unternehmungs- und Kapitalisten-Klasse hervor. Der wirthschaftlichen Klasseneintheilung tritt also diese Klassifikation am nächsten vor's Auge; wir ziehen daher hier nur sie in Betracht, bemerken jedoch, daß in der Literatur häufig auch die Unternehmer Kapitalistenklasse, „das Kapital“ heißen.

Folge wäre (§ 151). Und indem bei steigendem Einkommen der Mehrzahl einer Klasse jenes Bedürfnismaß sich steigert, treibt es die ganze Klasse an, sich zu erheben. Zugleich verbindet die wirtschaftliche Klassensitte die Vergewandlung besonderer Ueberschüsse in verderblichem Luxus, sie befördert die Ersparung und Kapitalansammlung, d. h. die langsame aber sichere Erhebung der ganzen Klasse und die Möglichkeit des Uebergangs Einzelner in die Mittel- und in die höhere Klasse.

Die Klasse wird von den Familien gewechselt.

Das Unternehmen ist einerseits von gebildeter Arbeitskraft, andererseits von dem Besitz von Kapital und Kredit abhängig. Die erstere vererbt sich nicht auf Alle, die Familie geht theilweise in die reine Leihkapitalistenklasse über, wenigstens in der zweiten und dritten Generation, und verringert hier wieder bei steigender Auslage des Haushaltes und großen Verwendungen die Kapitalisierung und die Unternehmerbefähigung. „Der Vater schnell, der Sohn hält, der Enkel fällt.“

Die Leihkapitalistenklasse ist von dem Preis der Kapitalnutzung, also von der Unternehmer- und Arbeiterklasse abhängig. Theils durch die Erbschaftstheilung bei gesteigerter Bedürfnisgenöthigung sinken immer wieder Mitglieder der Leihkapitalistenklasse in die unteren Stände zurück, und andererseits erhebt die Seitenfolge und die durch Geschlechtsliebe bewirkte Verschwägerung die persönlich hervorragenden Mitglieder der unteren Klassen in die Vermögensverhältnisse der höheren.

Dieselbe Wirkung eines Klassenwechsels von unten nach oben und von oben nach unten hat der schon (§ 128) erwähnte Vermögenswechsel. Die meisten Kräfte vom heutigen Tage hatten strebende Arbeiter zu Urgroßvätern, und der Stammvater der stolzen Aristokratie des Mittelalters hat sich in tausend Zweigen in den Arbeiterstand heruntergekehrt! Die Freiheit des Vermögensverkehrs (commerceum) und des Familienverkehrs (connubium), sowie die Unternehmensfreiheit (im Gegensatz zu Erwerbsprivilegien, Gekundenheit des Besizes, Zunftbann u. s. w.) ist freilich Voraussetzung dieses erschütternden Stoffwechsels in der Ordnung der Klassen.

Jede Klasse trägt die Tendenz des Klassenwechsels ihrem Entwicklungsgeetze nach in sich. Und wenn nicht jede Familie periodisch diesen Wechsel vollzieht, so sind meist persönliche Verhältnisse die Ursache des Verbleibens. Erzeugt aber z. B. eine Arbeiterfamilie keine hervorragenden Persönlichkeiten, so kam sie mit dem ihr „Befehlenden“ in der wirtschaftlichen Sittlichkeit zur Friede, in ihr beides glücklich werden. Es ist keine Stufe in der Klassenordnung, welche nicht „Bewußtsein“, Standesgefühl, Zufriedenheit u. s. w. hätte.

Die normale Klassenbildung, insbesondere die zunehmende Bedeutung der arbeitenden Klassen, der Bürger und der Lohnarbeiter in Folge der (§ 164 ausgeführten) immer demokratisieren

Einkommensvertheilung, sowie der Klassenwechsel der Einzelwirtschaften vollzieht sich von selbst, wenn nicht durch Entartung in Sitten und Verlegen das richtige Verhältniß gestört wird.

Dies kann allerdings eintreten. Gelege haben oftmals den Vermögens- und Familienverkehr zwischen den einzelnen Klassen beschränkt, die Unterschiede zum Kasten- und ausschließlichen Zunftwesen verhärtet. (Das Kastenwesen in Egypten und Ostindien, der Kampf der Plebejer und Patrizier in Rom, des Adels und der Städte, des Stadtpatriziates und der Hünste im Mittelalter Deutschlands.)

Die Verderbnis der natürlichen Klassenordnung ist bedauerlich, soll aber und kann geheilt werden durch Beseitigung ihrer richtig erkannten Ursachen. Das Heilmittel liegt jedoch selbstverständlich nicht in der gewaltsamen Aufhebung aller Klassenunterschiede durch Auflösung des Eigenthums, der Familie und des Erbrechts, wie falsche Freunde des Proletariates wollen, sondern in Herstellung der natürlichen Ordnung und in Beseitigung ihrer unnatürlichen Hemmungen.

Hat doch § 164 gezeigt, daß die Größe des Gewinn- Zins- und Renteneinkommens nicht absolut, sondern nur relativ abnimmt. Der geschichtliche Proceß der wirtschaftlichen, geselligen und politischen Demokratisierung der menschlichen Gesellschaft ergibt daher nicht den völligen Untergang, sondern nur einen verhältnismäßigen Rückgang der Aristokratie des Vermögens innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Uebergewicht der Massen ist mit der Führung durch eine Aristokratie des Vermögens und des besonderen „Verdienstes“ weder wirtschaftlich, noch gesellig und politisch unverträglich.

Nicht Mißbilligung ist Bedürfnis. Mögen alle Klassen sich lebendig mit dem Bewußtsein erfüllen, daß das volle Gedeihen der einen auch das der anderen bedinge, daß dagegen die massenhafte Verarmung (Pauperismus) der einen auch das massenhafte Verkommen der anderen herbeiführe, daß die ungesättigte, gegenseitige Entwicklung nur dann erfolgen könne, wenn das öffentliche Leben nicht auf Vergewaltigung der Stände an einander, sondern auf gemeinsame Reformentwicklung gerichtet ist. Wenn man recht empfindet, daß eine Zerrörung des Klassenunterschiedes das gemeinsame Gedeihen, die natürliche Klassenordnung aber den verhältnismäßigen Fortschritt Aller bedingt, wenn man mit Einem Wert namentlich hier den Satz begreifen wird, „daß alle großen Resultate der Nationalökonomie in Verhältnissen bestehen“, — dann wird das Klassenleben keinen Reiz erregen, vielmehr als Hebel der Gesittung und als Ordnung der Freiheit erscheinen.

Unsere neuere Zeit hat durch Organisation des Kredits, Aufhebung der Erwerbsbeschränkungen, der Besigebundenheit, und durch ähnliche Maßregeln, welche seit Ende des vorigen Jahrhunderts der Inbalt der inneren politischen Kämpfe Westeuropas gewesen sind, einen bedeutenden Schritt zur Herstellung einer gesunden und freien Klassenordnung und deshalb zur Vermehrung bürgerlichen Glückes und allgemeinen Wohls.

findens vollzogen. Zwar hat die individuelle Freiheit den ökonomischen Abstand der Tüchtigen und Glüklichen von den Untüchtigen und Unglücklichen erweitert, und das plötzliche Hereinbrechen großstädtischen Habituslebens in einige, im Ganzen jedoch wenige Hervorbringungsstöße hat die Familien- und Wohnverhältnisse einzelner Theile der arbeitenden Klassen auf eine verheerende Weise zerstört. Allein andererseits ist dem Talent und Verdienst der rasche Lauf zum höchsten Ziel eröffnet, die Individualfreiheit auch der Masse der Mittelmäßigen sucht in tausend Genossenschaften neue Stützpunkte, die Wohnungsreform in Stadt und Land sucht dem Familienleben der vermittelnden Arbeiterklassen neuen festen Halt zu geben; und wie viel Elend hier noch zu überwinden ist, die Masse der Arbeiter beweist schon dadurch, daß sie gemeinsam ihre Interessen ins Auge faßt, daß sie in entschiedener Hebung begriffen ist.

Eben deshalb darf man sich nicht zu sehr mit dem Gespenst gewaltiger zünftiger Klassenkämpfe schrecken lassen. Wir glauben eher an eine Annäherung zu jener Harmonie der Klassenordnung, vermöge welcher jede Klasse im höchsten Grade der Entwicklung der andern dient, bei welcher die Masse der Menschen zwar mannigfaltig, aber durchschnittlich zu gleicher Höhe, ohne völlige Verdrängung hervorragender Existenzen, sich entwickelt. Einzelne größere Störungen mögen wohl kommen durch Krieg, Durst, sittlichen Verfall, Unruhen, Kreditkrise und damit immer wieder Anlässe bringen zur Massenverarmung, die stets in allen drei Klassen parallel läuft. Aber auch viele gesunde Lebenskraft ist da, um dergleichen Hemmnisse durch gesunde religiöse, politische, wissenschaftliche Bildung zu überwinden.

Eines darf nie vergessen werden: die drei Klassen stehen sich auch heute noch nicht compact gegenüber.

Auch heute noch ist die Zahl der kleinen Unternehmungen, in welchen der Unternehmer zugleich Arbeiter und Kapitalist, weitaus die vorwiegende. Die neueste Industriestatistik des Zollvereins zeigt in der Handwerkertabelle (St. 1—7, 9, 12, 13, 15) 941440 Meister mit nur 956312 Gehülfen und Lehrlingen, wozugen jene eigentlichen Großindustriestämme, in welchen der Gegenfaz zwischen Arbeit und Kapital scharf zur Erscheinung kommt, nur ohngefähr 500000 Fabrikarbeiter ausweisen. Die Klassenunterschiede sind nicht solche, welche jedes Individuum nur in das eine oder das andere Lager stellen. Der vermittelnden Uebergänge giebt es noch viele.

5. Theil: Lehre von der privatwirthschaftlichen Consumtion oder Güterzerstörung in der bürgerlichen Gesellschaft.

XXIII. Kapitel: Werthzerstörung überhaupt.

§ 166. **Unabhängige Werthzerstörung.** Wie die Werthentziehung (§ 21), so kann auch die Werthzerstörung ohne Absicht des Eigentümers

geschehen; durch Feuer, Hagel, Havarien (Schiffbruch) u. s. w.

Die unabhängige Werthzerstörung kann sowohl von der Natur ausgehen (sog. Naturconsumtion), als von Menschen: durch Diebstahl, Brandstiftung, Vergeudungen des Dienstpersonals (z. B. in der alten Holzfeuerungs), noch forstiger durch jeden Wechsel der Bedürfnisse, welcher den Werth theilweise zerstört (Lebensüter, Wandertaufstände — sogen. Modeconsumtion).

Die Werthzerstörung sucht der Mensch theils zu verhüten, durch Schutzeinrichtungen; theils sucht er, wo der Schaden unvermeidlich ist, im Wege der Versicherung die Last des Werthverlustes zu vertheilen.

Selbst gegenüber der unabhängigen Werthzerstörung gilt es, die Wirthschaftlichkeit als Verzicht, gute Combination der Schutzanstalten, Benützung der Assekuranz geltend zu machen. Und auch hier zeigt sich im Versicherungswesen und in der gemeinsamen Schutzorganisation, wie sie in Staat, Gemeinden, Vereinen (Feuerwehren) für das Vermögen organisiert ist, der gesellschaftliche Charakter menschlicher Wirthschaft und die aus der Gesellschaft gegebene Steigerung der wirthschaftlichen Kraft.

Was nämlich die schädlichen Einrichtungen betrifft, so sind sie theils wie Dächer, Bligableiter, Verpackung, Fiemie, Verfolgung schädlicher Thiere zc., privatwirthschaftlich angewendete Sachgüter und Dienstleistungen, theils sind sie gemeinwirthschaftliche Anstalten und Leistungen z. B. der Gemeinden und des Staates: Ueberbauten, Anstalten der Feuerpolizei, Fortkehrungen gegen Viehsuchen, Nachtwächter, Polizeidienstleute, Gensdarmen u. s. w. So ragt also auch auf diesem Punkte das gemeinwirthschaftliche in das privatwirthschaftliche System der menschlichen Gesellschaft folglich herein.

Zur Abwendung des Schadens vom Einzelnen durch Vertheilung auf Viele dient das Versicherungswesen, welches theils den Schaden am Gütervermögen, theils den durch Tod, Alter, Krankheit u. s. w. eintretenden Schaden an Arbeitsvermögen (Lebens-, Renten- zc. Versicherung) gut macht; das Versicherungswesen ist nur in einem Theile seiner Anstalten direkte Schadenerlaganstalt, im andern Fall wendet es die im Verlegen des Arbeitsvermögens liegende Einkommenszerstörung ab, indem es künftiges Entkommen und Kapital durch die Lebensversicherung und Rentenversicherung, gegen vorüberige baulmäßig umzutreibende Prämienopfer, für den Fall des Todes zc. sichert oder außerordentlichen Kapitalbedarf (Ausstaltsversicherung) deckt. Obwohl die Consumtion Zerstörung von Gütervermögen ist und nur die Versicherung gegen Zerstörung dieses Vermögens streng genommen hier zu erwägen ist, denken wir doch des Zusammenhanges wegen zugleich der zweiten Art von Versicherung.

§ 167. **Das Versicherungswesen**, welches im vorigen Paragraphen seinen Inhalt findet, Nationalökonomie. 2. Theil. 20

Platz innerhalb des Systems der Nationalökonomie gefunden hat, fordert nähere Erläuterungen.

Voraussetzungen: Schaden, welcher nicht verheilt auftritt, sondern allgemein ist, läßt sich im Wege der Versicherung nicht abwenden, gegen Mißgeiten z. B. giebt es keine Versicherung, gegen die in Folge des neueren Viehhandels allgemein auftretenden Viehseuchen hat sich wenigstens die Privats- oder Kreis-Versicherung unzureichend erwiesen. Für Zeiten allgemeinen Mißertrages haben sich die Hypothekensicherungen erst noch zu bewähren. Außer der Zersplittertheit der Schadensereignisse ist die Möglichkeit der Wahrscheinlichkeitsberechnung des Schadens und die Möglichkeit der Unterscheidung der Gefahrklassen notwendige Voraussetzung soliden Versicherungsbetriebes.

Allgemeine Calamitäten, welche bei ihrem Eintritt mehr oder weniger alle gleichartigen wirtschaftlichen Interessen treffen, können nicht mehr durch Solidarbürgschaft der gleichartig Bedrohten mittelst der Versicherungen, sondern nur durch Dawisenschaft des ganzen Gemeinwesens (Gemeinde, Bezirk, Kreis, Staat) bekämpft und gelindert werden: Kriegsschaden, allgemeiner Mißertrag, weitverbreitete Viehseuchen, allgemeine Arbeitslosigkeit sind derartige Calamitäten, welche in zahlreichen Maßregeln, von den Darlehenshilfskassen bis zu der Thätigkeit der Armenpflege, die Generalaffektur der öffentlichen Verbände an Stelle der Specialaffektur der Privatankalten herausfordern. Auch hier zeigt sich praktisch, wie die Selbsthilfe nicht ausreicht die Staatshilfe verdrängen kann. Eben wieder schlug das preussische Landesöconomiccollegium, zur Bekämpfung der allgemeinen Calamität der Viehseuchen, vor, daß das ganze Land eine Gesamtversicherungs-gesellschaft bilde, nach Provinzen so gegliedert, daß beim Hinausgehen des Schadens über einen gewissen Procentatz des Viehwerthes der Provinzen die übrigen Provinzen eine Rückversicherung leisten.

Der Arten des Versicherungswesens können so viele sein, als es zerstreuten Schaden giebt, bei welchem die Schadensursachen einer Wahrscheinlichkeitsberechnung unterstellt werden können. Neben der Rentens-, Lebens-, Feuer-, See-, Transportversicherung hat man neuerdings sogar eine Versicherung gegen die Ganbverlustrisgefahr von Hypotheken eingerichtet, Hypothekensversicherung, von Engel und von D. Hüner 1858 zugleich angefaßt; dem Wesen nach stimmt mit dieser hypothekensicheren Kreditversicherung das kaufmännische Delcredere-Stehen des Kommissionshändlers überein, welcher zwischen Käufer und Verkäufer wie ein Zahlungsaffekturadeur steht und dafür im Delcredere eine Prämie bezieht. Neuerdings führt man gar eine Cautions- und Garantieversicherung ein, so daß Beamte, Commis u. s. w. gegen Prämienzahlung Cautions durch die Versicherungsgesellschaft sich stellen lassen können. Noch wird die Zahl der Versicherungsarten nicht geschlossen sein.

Die ökonomische Bedeutung des Versicherungswesens für die ebenmäßige ungeflügelte Entwicklung der Privatwirtschaft, braucht nicht genauer

bezeichnet zu werden. Unser Zeitalter hat darin einen ungeheuren Hebel des Wohlstandes vor allen früheren Generationen voraus.

Die Versicherung ist Gegenseitigkeits-Vers., wenn die Versicherten den Schadenersatz nach Maßgabe ihrer versicherten Summen sich verbürgen, Prämien- oder Spekulations-Versicherung, wenn die Versicherung gegen feste Prämien zu einem eigenen Unternehmen (meist Gesellschafts-Unternehmen) gemacht ist. Eine dritte Art der Versicherung ist die „gemischte“ (Misch), d. h. jene Versicherung durch speculative Actiengesellschaften, wobei ein Theil des Gewinnes den Versicherten zurückgekehrt wird.

Die Versicherungsactiengesellschaften lassen in der Regel nur einen kleinen Theil des Gesellschaftsvermögens, etwa 10—20% einbezahlen und stellen den Rest durch Solawechsel sicher. Man will die Last des bankmäßigen Betriebes eines Stammvermögens vermeiden, welches lediglich den Zweck hat, Sicherheit zu leisten.

Man hat Zwangsversicherung, wenn der Staat zur Theilnahme an der Versicherung zwingt, wie dies bei der Immobilienbrandversicherung in sehr vielen Theilen Deutschlands der Fall ist. Im Allgemeinen hat die Zwangsversicherung ihre Bedenken, da sie die Gefährlichkeitsgrade nicht gehörig unterseheidet und den zuverlässigen für den weniger zuverlässigen Versicherer zahlen läßt.

Bei der freiwilligen Versicherung kann im Allgemeinen weder der Gegenseitigkeits-, noch der Spekulationsversicherung ein absoluter Vorzug gegeben werden. Letztere wälzt dem Versicherten das Risiko ganz ab und verwaltet, wie jede speculative Unternehmung, wohlfeiler, sie kann daher, obwohl sie auf Gewinn berechnet ist, ebenso billig versichern als die Gegenseitigkeits-Versicherung. Immer kommt es darauf an, ob die eine oder andere Anstalt bei gleichen Beiträgen gleiche Sicherheit bietet. Dies ist eine Frage der besonderen Umstände.

Zur Beurtheilung der Sicherheit ist insbesondere der Gesichtspunkt in Berechnung zu ziehen, ob auch die von der Anstalt getragene Gesamtschuldung hinlänglich vertheilt sei und nicht gleichsam auf einer Karte, an einem Orte stehe. Alle Versicherungsgesellschaften streben deshalb nach Vertheilung der Gefahr durch weite Ausbreitung, durch Verschöpfung der drückenden Gefahrernehmung und durch Rückversicherung.

Nach Sack (die vollst. Bedeutung des Versicherungswesens, 1866) würde in Deutschland ungefähr 30 Mill. Thlr. Schaden jährlich vergütet. Die deutschen Compagnien sind nach folgenden ungefähren Zahlenverhältnissen theils Gegenseitigkeitsgesellschaften (18 gegen Feuer, 17 auf Lebensversicherung, 19 gegen Hagel, 3 gegen Viehschaden, 1 gegen Spiegelscheibenschaden), theils Actiengesellschaften (23 gegen Feuer, 8 Lebens-, 6 gegen Hagel, 100 gegen Transportschaden, 3 Hypothekensversicherung, 5 Spiegelglas). Außerdem gibt es verschiedene Societäten sehr gemischten und größtentheils localen Charakters.

Einzelne Arten der Versicherung:

Sehr alt ist die Seeverversicherung. Wahrscheinlich eine Erfindung der Italiener im 15. Jahrhundert, dringt sie im 16. u. 17. Jahrhundert bei den seefahrenden Nationen durch. Sie ist, gleich der Versicherung des Flugs- und Eisenbahntransportes, fast nur spekulative Unternehmung von Gesellschaften und Privaten. Die Höhe der Prämie richtet sich nach der Gefahr der durchschifften Gewässer, nach der Gefahr der Jahreszeit und nach der tautlichen Zuverlässigkeit des Schiffes. Der Zustand der Schiffe wird durch die Lloyd einrichtungen der großen Seefährte klassifiziert und die Klasse des Schiffes in den Lloydregistern ist sehr maßgebend für den Prämienfuß. (Der Lloyd ist zugleich Mittelpunkt der Schiffsnachrichten und des Verkehrs zwischen Kapitänen, Schiffsmachern und verfrachtungslustigen Kaufleuten.)

Die Feuerversicherung — ist seit dem 18. Jahrhundert in Aufnahme gekommen. Zuerst wurde freilich dieser Eingriff in das Gebiet der Verfügungen Gottes (ähnlich die Lebensversicherung) von den Kanzeln aus hart angegriffen.

Die Versicherung von Immobilien (Häusern) ist in den meisten deutschen Staaten Zwangsversicherung. Das Feuerversicherungswesen überhaupt ist in Deutschland unter eine strenge staatliche Bevormundung gestellt. Daß diese viel zu weit geht, ist nicht zu läugnen, und eine freiere, sowie gleichmäßigere Behandlung des Versicherungswesens überhaupt sowohl in privatrechtlicher als in verwaltungsrechtlicher Hinsicht ist dringendes Bedürfnis.

Die Lebens- und Rentenversicherung erwuchs aus den Tontinen, welche von Laurentius Tont 1653 in Paris eingeführt wurden und auch in andern Ländern sich verbreiteten.

Die Lebensversicherung sichert ein Kapital für den Todesfall einer bestimmten Person an die Erben, oder für den Tod eines von zwei verbundenen Leben* an den Überlebenden (Lebensversicherungen), oder nur für den Fall der Priorität des Todes des Einen beider verbundenen Leben, oder für den Fall, daß der Tod vor einer bestimmten Zeit erfolgt, an die Erben oder Gläubiger.

Die Lebensversicherung bildet sich technisch immer mannigfaltiger aus. Ihre ökonomischen Vortheile sind:

Die Lebensversicherung gewährt Sicherheit vor Verarmung, eine gesicherte Niederlassung auch der Jungen, Ausbildung der Jugend auf Kredit, Ausstattung der Töchter und nachgeborenen Söhne ohne Zerstückelung des Familiengeschäftsvermögens; sie stärkt den Kredit, weckt das Arbeiten und Sparen für Alter und Ungehörige, macht sorgenfrei, erzieht zur Ordnung behufs geregelter Prämienzahlung.

Für die Lebensversicherung sind die Mortalitätstafeln unentbehrlich, nach welchen die Wahrscheinlichkeit des Todes für jedes Alter

des Versicherten calculirt wird, sie sind die Grundlagen der Prämientarife. Zu den bekanntesten Tafeln gehören: die von Galle, Kerjeborn, Deparcieur, Süßmilch, Price, die Tafel der equitable society, Finlaisons englische government tables, die Tafel der friendly societies, die Tafel der 17 Lebensversicherungscompagnie in London. Leider beobachteten die einzelnen Gesellschaften über ihre Tafeln und Erfahrungen eine dem Gesamtschritt dieses Zweiges des Versicherungswesens nicht günstige Geheimniskerei.

Nabezu alle Lebensversicherungsgesellschaften erheben vom Versicherten Jahr für Jahr denselben Versicherungssatz. Da nun die Todeswahrscheinlichkeit in den früheren Jahren der Versicherung geringer ist, als in den späteren, so zahlt der Versicherte für den Anfang strenge genommen zu viel. Diese Ausgleichung der jährlichen Gefahrunterschiede in den Prämienfüßen ist für den Versicherten zweckmäßig und wohlthätig, für die solide Geschäftsführung der Lebensversicherungsbank aber ergibt sich die Forderung, daß jense in den jungen Jahren gezahlte Mehr (die „Prämienreserve“, „reservirte Prämie“) sorgfältig zur „Deckung“ des späteren minus verwendet werde. Will die Bank nicht bankrott werden, so darf sie nicht die anfänglichen Ueberschüsse als Dividende verausgaben, noch auf Grundlage derselben die Prämienfüße zu sehr erniedrigen, sondern sie muß jene Reservereinnahmen als Deckungskapital reserviren.

Viele Unterstützungsgesellschaften unter den arbeitenden Klassen sind, indem sie für Todesfälle, Alter und Krankheit Unterstützung gaben, wesentlich an Nichtbeachtung des so eben erwähnten Grundfazes untergegangen. Dieß war denn auch ein Grund, weshalb England durch Gesetz von 1865 die Lebens- und Altersrentenversicherung der kleinen Leute von Staatswegen (jedoch ohne Zwang) eingeführt hat. Die englische Post ist Organ dieser Staatslebens- und Rentenversicherung für die kleinen Leute; die Privatanstalten dienen theilhaftig nur den Mittelklassen. Die Organisation von Staatswegen soll, außer der Sicherheit der Deckungsrechnung, auch den Vortheil der Prämienentgegennahme an jedem irgend namhaften Orte, in wöchentlichen Zahlungen und in kleineren Theilbeträgen (bis zu sixpence die Woche) darbieten, und so einen erhöhten Reiz auf die unteren Klassen zur Benützung der Altersrenten- und der Lebensversicherung ausüben.

Die Versicherung kranker Leben kommt in England, im Zusammenhang mit dem dortigen Majoratserbrecht, häufiger vor als in Deutschland.

Die Rentenversicherung ist Zuficherung eines bestimmten Rentenbezuges; der Anspruch auf letzteren wird durch Kapital- oder Prämienanlage erworben. Ersteres ist insbesondere bei der Leibrentenversicherung der Fall, welche ein Kapital in eine Reihe von Renten auf Lebenszeit auflöst; das zweite geschieht vorwiegend in der Alters- (Pensions-) Rentenversicherung.

Die Lebensversicherung ist zum großen Theil Gegenseitigkeitsversicherung.

rung. Die größte, seit 1829 in Wirkksamkeit stehende deutsche Gegenseitigkeitsanstalt ist die L.-V.-Bank in Göttingen.

Schwierig sind die Vieh- und die Hagelversicherung, insbesondere die erstere. Die Schwierigkeiten und die bisherigen üblen Erfahrungen dieser Versicherungszweige haben sogar wiederholt und an vielen Orten das Bestreben erzeugt, dieselben zu Landes- und Provinzialzwangsanstalten zu machen. Die Viehversicherung kämpft mit folgenden Mißverhältnissen: Schwierigkeit der Schätzung der Gefahr, Laufzeit der Mehrzahl der Landwirth in der Theilnahme, Nachlässigkeit in der Behandlung versicherten Viehes, Mangel an guten und zahlreichen Thierärzten, härterer Schaden, sofern versichertes Vieh nicht rechtzeitig zu noch theilweiser Benützung geschlachtet wird, Unerforschlichkeit des Schadens bei Viehseuchen.

Neuerer Entstehung, wie schon erwähnt, ist die Hypothekenversicherung. Sie hat die Probezeit noch nicht hinter sich, ihre Gegner fürchten von ihr, daß sie den Hypothekarkredit über das richtige Maß ausdehnen und sich mit der Garantie gerade der schlechtesten Forderungen, die ihr vorzugsweise zufließen werden, eine kaum zu tragende Last aufladen werde (vergl. Lübb. Zeitschr. 1866, S. 461). Bei umsichtiger Verwaltung jedoch, die ja im Interesse dieser Anstalten selbst liegt, wird die Hypothekenversicherung sehr geeignet sein, den Hypothekarkredit in manchen Fällen zu erleichtern. Sobald das präcise Eingehen von Zinsen und Stammwerth, sei es im Falle von Concursen, sei es ohne diesen Fall, — gesichert ist, wird das Kapital sich gerne auch den Nachhypotheken II. und III. Kl. zu gleichem Zinsfuß zuwenden, die verschiedenen Hypotheken werden von gleicher Bonität durch die nun vom Zinsfuß losgelöste Pfanduraprämie, welche an die Versicherungsanstalt bezahlt wird; die Aufwindung von Hypothekargläubigern wird leichter und mit geringen Opfern verbunden sein, Kündigungen zu einer für den Schuldner sehr ungünstigen Zeit werden weniger vorkommen, an Zwangsverkäufen zu ungünstiger Zeit wird weniger verloren werden; die Tarificationsprüfung ist zuverlässiger. Zweckmäßig ist die Verbindung der Hypothekenversicherung mit dem Hypothekendarlehen selbst, insbesondere mit der Annuitätenentilgung.

XXIV. Kapitel: Wirtschaftliche Werthverföhrung.

§ 168. **Wirtschaftliche Werthverföhrung.** Die absichtliche Werthverföhrung für menschliche Zwecke pflegt man Consumtion zu nennen.

Bei dieser Art von Werthverföhrung hat der Detronomist nicht die Wirkung für menschliche Zwecke ins Auge zu fassen. Der wirthliche Nutzen und Genuß aus dem Güterverbrauch liegt bereits jenseits seines Gebietes, in welches nur die wirtschaftliche Verwendung fällt. Ihn interessiert es lediglich, ob die vollkommene und verhältnismäßige Erfüllung der Gesamtheit der Zwecke, denen die Consumtion zu dienen hat, mit

oder ohne Werthverföhrung und ob die letztere in wirtschaftlichster Weise geschehe: nämlich durch Wahl der geeignetsten Befriedigungsmittel und mindeste Verföhrung der letzteren. Nicht alle absichtliche Werthverföhrung ist auch schon wirtschaftlich, und mancher Gebrauch, z. B. einer erst einzutauhenden Pfeife, eines erst einzutauhenden Eisengeschirrs, ist nicht Consumtion, sondern letzte Stufe der Production.

Das höchste ökonomische Ideal der Consumtion wäre erreicht, wenn die Güterverföhrung bei vollkommener Bedürfnisbefriedigung gleichwohl dem Nullpunkt möglichst nahe käme. Obwohl nun dies nicht möglich und obwohl es für die Bewahrung des sittlichen Gleichgewichts der Menschheit gut ist, daß dieses ökonomische Ideal der Consumtion ebenso wenig erreichbar sei, als das ähnliche Ideal der Production (§ 56), so liegt doch der Detronomie die möglichste Geltendmachung des Grundlages der Wirtschaftlichkeit auch innerhalb der Consumtion ob.

Der Wirtschaftsklehre als solcher muß es an sich gleichgültig sein, welche Bedürfnisse in der Consumtion befriedigt werden, ob sie auf das Nothwendige oder auf das Entbehrliche gerichtet sind, ob sie veredelnden oder entfittlichenden Luxus in sich schließen.

Der wirtschaftliche Gesichtspunkt für die isolirt betrachtete Consumtion, für die Deckung der Nothdurft, wie des Luxus, ist lediglich der: ob man die gegebenen Bedürfnisse und die gegebene Bedürfnisordnung mit dem geringsten Aufwande ökonomischer Opfer vollziehe. Die Bedürfnisse werden von der Wirtschaft vorausgesetzt. Sie selbst und ihre Ordnung können, z. B. im Luxus (§ 171), völlig verkehrt sein. Diese Verkehrung des Luxus ist an sich nicht Sache der ökonomischen Beurtheilung, sondern Sache der Moral; ökonomisch verwerflich ist nur derjenige Luxus, welcher irgend ein Bedürfnis unwirtschaftlich befriedigt. Unwirtschaftlich kann z. B. eine Hausfrau nicht bloß in der Art der Leitung des notwendigen Familienunterhaltes sein, sondern auch bei Befriedigung ihrer Luxusbedürfnisse in Kleidung und Gesellschaft, indem die eine Frau eine gleich luxuriöse Kleidung doch wirtschaftlicher als eine andere unterhält. Unwirtschaftlich ist an sich die Ordnung der Bedürfnisse nicht wegen Zurücklegung der nothwendigen hinter die entbehrlichen Genüsse, sondern dann, wenn die Gesamtbefriedigung nicht so wirtschaftlich geordnet ist, als es sein könnte.

Freilich in einem Punkte berührt sich die sittliche und die ökonomische Beurtheilung der Bedürfnisbefriedigung: die Consumtion dient in dem Unterhalt der Ausbildung des Arbeitsvermögens der menschlichen Gesellschaft und dieses ist von der vernünftigen Bestimmung und Ordnung der Bedürfnisse in der Consumtion abhängig. Erhebt man also den ökonomischen Blick von der beschränkten Sphäre der Wirtschaftlichkeit in der Verzeehrung des Gütervermögens gleichzeitig zum Wechselverhältnis der durch die Art der Güterverzeehrung bedingten höchsten Wirtschaftlichkeit in Ausbildung und Erhaltung des wirtschaftlichen Arbeitsvermögens der

menschlichen Gesellschaft, so tritt allerdings eine volle Harmonie der Gesetze der Sittlichkeit und der Wirtschaftlichkeit für die Güterverzehrung auf; wir bezeichnen dies unten besonders (§§ 173, 174). Auch der Luxus läßt sich nicht als „indifferent“ Consumtion bezeichnen, kein einziger Consumtionsact ist wirtschaftlich oder sittlich indifferent. Die nothwendige, wie die Güterverzehrung kann sowohl unnützlich als unwirtschaftlich sein, und wenn das Eine zutrifft, wird in der Regel auch das Andere der Fall sein; denn dieß ist die große Harmonie des menschlichen Lebens, daß was nach der einen Seite unvernünftig ist, auch regelmäßig einen Bruch aller anderen Gesetze menschlichen Lebens in sich schließt. Geschlechtliches Raffinement z. B. verdirbt den Körper, die Seele, das Güter- und das Arbeitsvermögen.

§ 169. „Schädliche“, „unproduktive“, wirtschaftliche Consumtion. Die Wirtschaftlichkeit in der Consumtion, und dies gilt besonders von der öffentlichen Consumtion, erstreckt sich auch in der Zeit. Es kann eine Verbrauchs-Einschränkung oder Veränderung stattfinden müssen, damit desto wirtschaftlicher die Consumtionskraft der Zukunft gesichert werde. Englands Kriegsausgaben gegen Napoleon können gewiß nicht und durchaus unwirtschaftliche Ausgaben heißen. Verzehrung des Kapitalvermögens, um das Arbeitsvermögen auszubilden, wird oft ein höchst wirtschaftlicher Act sein (§ 49); dies kann von dem scheinbar vergehenden Kriegesmaßregeln eines Volkes gelten. Allerdings soll für die Regel der Consum den Kapitalvermögenswerth mindestens erhalten, in der öffentlichen, wie in der privaten Wirtschaft. Allein, da selbst das Gütervermögen aus zwei Quellen zusammen, dem Kapital- und dem Arbeitsvermögen hervorgeht, so kann doch nicht jede Kapitalverzehrung „wirtschaftlich schädlich“ (Hermann) genannt werden.

„Unproduktiv“ darf jede Verzehrung insofern genannt werden, als nur das Hervorbringen von Gütervermögen „Production“ heißt, die Hervorbringung des Arbeitsvermögens aber in der Consumtion erfolgt.

Unproduktiv kann alsdann nicht im Sinne von unwirtschaftlich verstanden werden; denn auch die Verwendung für persönliche Bedürfnisse, — und nur eine solche ist nicht bloß Güterumformung, sondern wirthschaft Consumtion (§ 52, 3, 3) — soll wirtschaftlich geschehen. Production und Consumtion können beide wirtschaftlich und unwirtschaftlich sein, dem genannten Vortrage nach muß dagegen jede Consumtion unproduktiv, und jede Production unconsuntiv sein, sobald man die Production in dem eben bezeichneten Sinne der unmittelbaren Production von Gütervermögen ansieht.

Verwendung für nughare Kapitalanlagen ist dann nicht Consumtion, sondern Kapitalumformung (§ 52); ebensowenig kann die Entwicklung der persönlichen Kräfte des Consumenten Production heißen, da nur mittelbar aus der gestärkten persönlichen Arbeitskraft ökonomische Güter hervorgehen. Nur wenn die Umsehung unpersönlicher Kräfte in persönliche und persönlicher in unpersönliche gleichermaßen Production heiße,

wäre jener schlaffe Sprachgebrauch gerechtfertigt, welcher z. B. die Auslagen des Staates für Eisenbahnen oder die Auslagen des Einzelnen für seine Bildung productive Consumtion nennt.

Das Verhältniß des Kreislaufes und der Wechselbeziehung zwischen Production und Consumtion bleibt allerdings wichtig. Es ist in § 173 als Begriff der „Reproductivität“ der Consumtion näher erörtert.

Wenn strenge genommen nach dem Wortbegriff keine Consumtion unmittelbar productiv sein kann, so kann sie dagegen, gleich der Production, sowohl höchst wirtschaftlich, als höchst unwirtschaftlich sein (§ 168).

Der Regulator der Wirtschaftlichkeit in der Consumtion ist jedoch ein anderer als in der Production.

Die privatwirtschaftliche Production wird durch die Concurrenz, diese sociale Kraft privater Wirtschaftlichkeit, fast für jedes Product jeder Zeit auf die mindestesten Produktionskosten hingewiesen. Ein Aehnliches für jeden einzelnen Act der Consumtion findet nicht Statt. Die Consumtion ist individuell und familienhaft vereinzel.

Die Consumtionsabhandlungen bilden für den Einzelnen und für den Consumentenkreis der Familie ein ineinanderlaufendes Ganzes.

Als solches sind sie zwar von dem periodischen Einkommen, also von dem Ergebnis der privatwirtschaftlichen Gütervertheilung der gesammten bürgerlichen Gesellschaft abhängig, nach dem Einkommen muß der Verbrauch „eingeheilt“ werden. Allein im Einzelnen wirkt für die Verbrauchsacte kein so unmittelbarer Regulator der Wirtschaftlichkeit, wie er für den einzelnen Produktionsact in der Concurrenz liegt.

Dies ist in verschiedenen Ursachen begründet:

Einmal darin, daß das Bedürfnis ungeheilt ist und daher die Consumtion nicht wie die productive Arbeit ein gesellschaftliches System sein kann; lebend darin, daß die Bedürfnisse weder Tag für Tag, noch Ort um Ort, noch Person um Person gleichmäßig in Art und Umfang sich erneuern. Was insbesondere die zeitlichen und die persönlichen Unterschiede des Bedürfnisses und der Consumtion betrifft, so denke man daran, daß jeder Mensch von der Kindheit bis zum Alter eine in sich selbst und im Verhältniß zum Einkommen äußerst abwechslungsreiche Scala der Consumtionsordnung durchläuft.

Um daher das Consumiren möglichst wirtschaftlich zu machen, müssen andere Kräfte, als die Concurrenz eintreten. Zu diesen zählen der Familiensinn, welcher die dauernde höchste Entwicklung aller Individuen, die der Familie angehören, erstrebt und dafür im Haushaltungssinn hingebender Frauen und denkender Väter einen hohen Grad der Wirtschaftlichkeit nährt, — sittliche Motive, welche die Befriedigung der augenblicklichen sinnlichen Lust auf Kosten der gleichmäßigen und andauernden Gesamtbefriedigung niederhalten, — die Sitte, welche die Consumtion gleichartig, gemäß der wirtschaftlichen Einsicht und Erfahrung Aller ge-

staltet. Nicht umsonst drängen sich der Nationalökonomie bei der Lehre von der Consumtion Erörterungen höherer Ordnung (über Luxus, wirthschaftliche Gesittung, Haushaltung und Frauenbildung) auf (s. die ff. SS.).

Es will uns scheinen, daß auch von den öffentlichen Anstalten der Erziehung und der Volksbildung, von der Belehrung der in die Familien eindringenden Presse — auf dem Felde der Consumtion noch große Fortschritte der Wirthschaftlichkeit anzunehmen sind. Die bedeutenden Ergründungen der Chemie und Physiologie der Ernährung haben eine viel ökonomischere Nahrung bereits herbeigeführt, die rationelle Landwirthschaft findet es leicht heraus, die Vegetabilien in den größten Fleiszwert zu umsetzen. In der Ernährung der Menschen dagegen hat noch viel zu geschehen, um die Fortschritte der Physiologie und der Chemie ökonomisch für die Consumtion zu verwerten. Der Genuß der Masse des Volkes kann noch stark gesteigert werden, wenn die Erziehung es dahin bringt, durch die Masse der weichen Bevölkerung einen höheren Grad der Befriedigung aus ihrem bisherigen Anwohne des Haushaltes zu erzielen. Wie viel Material wird in ländlichen Küchen an schlechte Speisen vergeudet, wie viel Brennmaterial verschwendet, — von den höheren Aufgaben des Haushaltes und der Erziehung zu schweigen! Man denke nur an die Wirthsverluste durch die große Kindersterblichkeit, durch das frühe Hinsinken gewisser Volksklassen, welches nicht bloß absolut unzureichenden Einkommen, sondern auch auf unwirthschaftlicher Einrichtung des Unterhaltes und des Haushaltes beruht. Noch immer geht in der Consumtion viel zu viel Vermögenskraft durch die Reizgüterverhältnisse der Unwirthschaftlichkeit für den menschlichen Zweck verloren.

§ 170. **Gesellschaftliche Gestaltung der Consumtion.** In § 168 ist bezeichnet, was an der Gütererzeugung der ökonomischen Betrachtung anheimfällt, und was nicht.

Der nationalökonomischen Betrachtung werden gesellschaftliche Momente der Wirthschaftlichkeit in der Consumtion besonders nahe liegen. Wirkt doch die Concurrenz nach § 169 hier nicht.

Auch in der Consumtion zeigt sich die höchste Wirthschaftlichkeit als eine gesellschaftlich bedingte, allerdings nicht im Wege der Concurrenz (§ 19), wohl aber durch zwei andere Umstände.

Einmal durch familiensache Gestaltung auch des Privatconsums, sodann dadurch, daß die meisten Bedürfnisse gleichartige sind und gleichartig wechseln (Mode), kann derselbe Nuzzeffekt für die Menschen viel wirthschaftlicher erzielt werden. Die Mode gestattet, daß nun die wohlfeile Massenherzeugung stattfinden kann. Der regelmäßige Fortgang und die Berechenbarkeit gleichartiger Bedürfnisse ist Voraussetzung des wirthschaftlichsten Ganges der gesellschaftlichen Wertherzeugung; ohne dieses wäre die Speculation und die Concurrenz mit allen wirthschaftlich guten Folgen identisch.

Die Gesellschaftlichkeit im Consumiren zeigt sich auch darin, daß, sobald einmal die Arbeitstheilung sich entwickelt hat, die Ordnung und der

Umfang der Consumtion des Einzelnen nicht bloß diesen selbst affectirt, sondern auf die Preise und durch sie auf das Einkommen aller Anderen zurückwirkt. Der etwaige plötzliche Verzicht vieler auf Thee und Kaffee würde eine Handelsrevolution herbeiführen.

Mit Ausübung des gesellschaftlichen Wirthschaftssystems ist auch die Magazinirung von verhältnismäßig weniger Gebrauchsvermögen ermöglicht. Man hat um so weniger nöthig Vermögen als Verbrauchsverrath hingulegen, je entwickelter Arbeitstheilung, Verkehr und Kommunikation sind. In Folge der modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel mehr, braucht der Einzelne nicht mehr auf lange Zeit große Waarenvorräthe aufzuhäufen. Je leichter und sicherer Nachproduktion und Neubezug werden, desto weniger sind beschwerende Magazinirungen nöthig.

Noch weit mehr tritt die gesellschaftliche Wirthschaftlichkeit in der Consumtion darin hervor, daß gewisse gemeinsame Bedürfnisse in gemeinsamer Organisation: des Staates, der Gemeinde, der Kirche, der Genossenschaften eben deshalb befriedigt werden, weil so die Consumtion am wirthschaftlichsten ist.

Allein dieß fällt noch nicht in den Bereich des privatwirthschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft, sondern gehört dem II. Hauptabschnitt an.

§ 171. **Luxusconsumtion.** 1) Begriff. Unter Luxus versteht man bald die Befriedigung aller nicht gerade notwendigen Bedürfnisse, bald die Befriedigung von Bedürfnissen in Verschwendung und gegen die wahren vernünftigen Zwecke menschlichen Lebens.

In dem erstern weiteren Sinn kann der Luxus weder unnützlich, noch unwirthschaftlich erscheinen (s. § 168), er kann als „wirthschaftliche Gesittung“ in beiderlei Beziehung sogar sehr gerechtfertigt sein.

So lange der Genuß der durch Geldmacht, Schönheit u. s. w. vergeistigten Befriedigungsmittel wirthlich zur höheren Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dient, ist der Luxus wirthschaftliche Gesittung, und insofern ist er auch mittelbar „productiv“, wie Alles, was den Menschen veredelt, auch zugleich seine wirthschaftliche Fähigkeit stärkt.

Von demjenigen Punkte an aber, wo der Luxus diese Folge nicht hat, wo er rein äußerlich ist, wo er vielleicht, äußerer Eitelkeit dienend, das unentbehrliche Bedürfnis verzehrt oder gar der raffinierten Unsitte dient, da verwandelt er sich in sein höchstes Zerrbild, in den verwerflichen Luxus. Diese Schwandung des geistigen Inhaltes im Güterleben ist häufiger als die Abwesenheit alles geistigen Inhaltes; kein Wunder daher, daß in einer Zeit, da die wirthschaftliche Gesittung fast in verwerflichen Luxus ausgeartet ist, die größten und besten Menschen entweder genau zwischen berechtigtem Luxus (wirthsch. Gesittung) und schädlichem Luxus unterscheiden, oder die wirthschaftliche Gesittung mit dem Luxus verwerfen und den Rückgang auf den sog. „Naturzustand“ empfehlen; die auf das „Natürliche“ zurückdrängenden Geister des 18. Jahrhunderts haben

sich aber doch volkswirthschaftliche Verdienste um die gesündere Entfaltung der nachkommenden Generationen zu wirthschaftlicher Geseßung erworben.

Eine alte Streiffrage in der Nationalökonomie: ob der Luxus productiv und nützlich sei oder nicht, beantwortet sich nach dem Obigen einfach; nur wenn man, wie gewöhnlich, wirthschaftliche Geseßung und Luxus unter dem Namen Luxus zusammenwirft, läßt sich die Frage nicht beantworten. Wenn man sie aber trennt, so ist unzweifelhaft die erstere fruchtbar an Arbeitsvermögen (§ 173), der Luxus hingegen nicht. Die Vermischung beider ist freilich leicht zu erklären, da im wirthlichen Leben weder die wirthschaftliche Geseßung vollkommen rein, noch der Luxus absolut zweck- und geistlos zu sein pflegt, beide vielmehr in verschiedenen Verhältniß gemischt sind, wie Tugend und Laster im moralischen Gebiete.

2) Wirthschaftliche Geseßung und Luxus sind verschieden gestaltet unter verschiedenen Voraussetzungen.

Für die Speculation ist es eine der allerersten Voraussetzungen des Erfolges, daß sie diese Gestaltung, den besonderen Stand der Genußbedürfnisse des von ihr ins Auge gefaßten Absatzkreises genau kenne. Der afrikanische Exporteur kann mit dem Geschmack der Modes de Paris so wenig Glück machen, als die großstädtische Modistin mit bairischen Frauenpelzmützen; zwischen solchen äußeren Verschiedenheiten liegen aber viele feine Nuancen in der Mitte, die der Fabrikant, Zeichner, Modelleur, Kaufmann genau studiren muß.

Die Gestaltung der wirthschaftlichen Geseßung hängt wesentlich ab und muß abhängen von dem Charakter des freien Einkommens und der freien Ueberschüsse (§ 106), auf welchen sie nach dringlichen und geschäftlichen Verhältnissen vorzugsweise beruht. Aus freien Ueberschüssen hauptsächlich entsteht die Fähigkeit zum Luxusverbrauch.

So lange jeder Ueberschuß auf die Erweiterung notwendiger, bloß zweckmäßiger Wirthschaftsmittel verwendet (capitalisirt) wird, kann die wirthschaftliche Geseßung nur schwache Wurzeln schlagen, obgleich schon der Wilde höheren Genußginst zeigt. (Sie amerikanischen Ureinwohner schmückten sich mit Stidereien von Stadelschneidmadeln und mit Halsbändern von Bärenklauen.)

Nächst dem wird der Genuß in der Massenhaftigkeit der natürlichen Bedürfnissebefriedigung und ihres Wertes beziehungsweise in der Unmöglichkeit gesucht. Wöllerei, Pressen und sinnlicher Genuß ist der Luxus der ungebildeten Völker, namentlich des mittelalterlichen Adels (des ungarischen, russischen, türkischen Adels zum Theil noch heute) und der Ungebildeten jedes Zeitalters. Wilhelm v. Oranien's Hochzeit verschlang nach Roscher 12000 Scheffel Getreide, 13000 Scheffel Hafer, 3600 Eimer Wein, — mittelalterliche Hochzeiten dauerten Wochen lang, wie heutzutage die Kircheinien und Hochzeit der deutschen Bayern; Essen und

Trinken ist die Luxusfreude unfultivierter Völker, wie es noch heute das Blauemontagsvergögnis des Arbeiters ist.

Der beginnende Luxus liebt zuerst den äußerlichen Glanz, grellen Geschmack, schreiende Farben. Heute noch spielen im Export-Handel mit den halbgebildeten Völkern die bunte, glanzvolle Ausstattung der Waaren, grelle, wenn auch schlechte Farben auf geringen Zeugen, funkelnde, aber unächte Steine und Perlen, — im Kramladen des bauerlichen Glanlandes bunte Baumwollenge, unächtes Stützwert, bei reicheren Kunden der ungebildeten Stände schwerer, in die Augen fallender, aber geschmackloser Metallschmuck die Hauptrolle (Bauerngeschmack).

Ein Träger der wirthschaftlichen Geseßung war lange die erzwungene Grundrente, d. h. der sie begehende Grund ad el. Sein Luxus war ebenfalls noch roh und wenig mannigfaltig, wie die Produktionsgattung, welche die Grundrente liefert; bildete der Leibeigene das Hauptelement der adelsherrlichen Grundwirthschaft des Mittelalters (§ 92, 3. 6), so war naturgemäß ein Hauptinhalt ihres Luxus das Halten einer massenhaften Dienerschaft. Das Mittelalter der Völker zeigt dies in der That: der bekannte „eiserne“ Herzog (Alba) zu Madrid hatte nach Moskau in seinem Palast keinen Saal, aber 500 Geseßkammern. In Moskau gab es noch in diesem Jahrhundert Fürsten mit 1000 Bedienten.

Je mehr sich durch das in den Städten erblühende Gewerbeleben auch außerhalb der Grundrente freie, mannigfaltige Ueberschüsse erzeugen, desto mehr dringen wirthschaftliche Geseßung und Luxus zu feinerer edlerer Gestaltung und zu größerer Allgemeinheit durch; denn in der Stadt entzündet sich, durch die vielfältigere Kleidung und in der Luft der auf Vorterrichten des persönlichen Geschickes beruhenden größeren bürgerlichen Freiheit, das geistige Leben in Kunst, Wissenschaft, Religion, es bildet sich viel edler und allgemeiner durch. Dies bestimmt die feinere Durchgeistigung des Güterlebens zur wirthschaftlichen Geseßung, und diese feinere wirthschaftliche Geseßung vermag bürgerlicher zu werden, weil die Natur des freieren und beweglicheren stadtbürgerlichen Lebens fast einem Jeden die Bildung freier Ueberschüsse gestattet. Da ferner das bürgerliche Erwerbsleben fortgesetzte bürgerliche Thätigkeit verlangt und ein aristokratisches Nichtsthum, wie häufig beim Grundrentnerstande, nicht zuläßt, so wirkt sich die wirthschaftliche Geseßung hier nicht auf Festschneidung, Turnier- und Waffensport, sondern auf den Comfort, auf die Veredelung des häuslichen Alltagslebens, und dieser Comfort ist demokratischer, dringt aus dem feinen Patrizierhaus in die Handwerker- und Arbeiterfamilie und macht der Masse ihr Dasein wohlthätiger und beglückender.

Alle diese charakteristischen Eigenschaften führen sich ganz einfach auf Natur und Entstehung der freien Ueberschüsse in der Industrie und später der industriellen Landwirtschaft, im Gegensatz zu demjenigen der feudalen Ackerwirthschaft, zurück; denn der freie Ueberschuß und das reine Einkommen ist es, was den Charakter der wirthschaftlichen Geseßung und des Luxus bestimmt.

Man wird nach diesen Bemerkungen leicht die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen der mittelalterlichen Stadtgesittung und dem Rittertums, zwischen der heutigen städtischen und ländlichen Wirtschaftsgesittung würdigen, und der Geschäftsmann wird für seine Spekulation in dieser wichtigen Beziehung den tieferen Grund und Reiz finden wissen: warum z. B. dort mehr auf Bequemlichkeit, hier mehr auf Pracht gesehen wird, dort der Schmutz, hier der rein sinnliche Genuss geliebt wurde, dort mehr das Bunte, Glänzende, Auffallende im äußeren Auszug, dort mehr die Keuschheit und Frugalität, hier mehr das Stolz und Prunkhafte der Wohnungen, dort das Stille und Keimliche der Straßen, Plätze, Monumente, hier stolzes Pferd und Geschirr, hohe Burgen, weite Hallen, dort mehr das Feine und Delikate, hier mehr die erfindende Massenhaftigkeit des Genusses und der Bewirtung als Inhalt der wirtschaftl. Gesittung, beziehungsweise des Luxus sich darstellen.

Die zweite Stufe bezeichnet unzweifelhaft den höheren wirtschaftlichen Gesittungsgrad, sie ist erfreulich und berechtigt, wenn sie auch den Charakter des Bunten, Farbigen, Originellen ablegt und mehr Grau in Grau wird.

Ehedem suchte die Aristokratie (grundherrliche, kirchliche und stadtpatrische) die höhere Wirtschaftsgesittung nicht allgemeiner aufkommen zu lassen. Es entstanden überall in dieser Periode der Völkergeschichte „Luxusverbote“, gehäufte Kanzelreden^{*)}, patrische Magistratsverordnungen gegen die Verbreitung der feineren wirtschaftlichen Gesittung oder des Luxus unter den Massen. Das Tragen gewisser Kleider durch „gemeine“ Leute wurde im Mittelalter mit Todesstrafe geahndet; Zucker, Kaffee u. s. w. durfte lange nur in den Apotheken als Arzneimittel verkauft werden. Das Tabakschmucken in der Kirche, das heute manche hochwürdige Herren auf der Kanzel unbeirrt treiben, wurde noch 1690 vom Papst mit Kirchenbann belegt (Nöcher). Nach einem türkischen Gesetz von 1610 sollte jedem Raucher seine Pflanze durch die Nase gestochen werden. Nach einer reichsständischen Verordnung sollte jede Handwerkerfrau, die einen Schlepptrug, auf das Rathhaus geführt und ihr der „Schwanz bis ans Knie abgehauen“ werden. Genaue ständliche Kleiderordnungen bestanden. Die von den aristokratischen Ständen ausgegangenen Luxusgesetze sind aber bald beseitigt durch die bürgerliche Kleidung in der Entwicklung der wirtschaftlichen Gesittung, ja es kommt bald so, daß die auf der Grundlage des Bürgerthums ersinkende neuere Staatsgewalt mit Verboten gegen die Nothwendigkeit des alten Luxus bei Hochzeiten, Kirmessen, Läuten, Leichenbegängnissen, gegen Trunkenheit und Schmelzererei u. s. w. vollständig und thatsächlich einschreitet.

Auch die Staatsfinanz macht sich in den Luxussteuern die wirtschaft-

*) Hier: Auskulus, ein berühmter Prediger, predigte auf's Ergößlichste gegen den „Plunderhofenteufel“.

liche Gesittung nutzbar; zuerst sind diese Steuern hoch, bald wird ein höherer Ertrag der Luxussteuern von ihrer Erniedrigung gehofft und damit von der öffentlichen Gewalt auf die „Verbreitung des Luxus“, gewöhnlich mit Glück sogar spekulirt. Immer mehr fallen die sogenannten Luxusgesetze und erweisen sich als unbrauchbar, selbst da, wo wirklicher schädlicher Luxus herrscht.

Die Art der städtischen Gesittung wird sogar vom altarisokratischen Adelsstand angenommen und dessen wirtschaftliche Seite mit der des großen Bürgerthums mehr und mehr gleichartig; aristokratische Salons haben jetzt den Charakter, wie ihn ehemals nur ein Augsburger Rathhaus haben konnte. Dieser Prozeß der Verbürgerlichung („Civilisation“) vollzieht sich heute mehr und mehr. Allerdings ist auch der Grundadel schon sehr industriell geworden.

Mit Abschüttelung der Feudalverhältnisse, mit Freiwerdung des Bauernstandes und mit Verbesserung der häuerlichen Wirtschaft wird auch das Land von der städtischen Civilisation mehr belebt, die alte Art und Erscheinung der wirtschaftlichen Gesittung ändert sich, sie verähnlicht sich, was an sich nicht beklagenswerth ist, wenn nur die wirtschaftliche Gesittung nicht in schädlichen Luxus ausartet.

Es schlägt in Folge vervollkommnender Technik die Verallgemeinerungstendenz der wirtschaftlichen Gesittung immer mehr durch, und dies so sehr, daß, was vor wenigen Menschenaltern noch „Luxusbedürfniß“ Weniger war, bald zu den nothwendigen Bedürfnissen Aller zählt. Karl der Große hatte nach vorhandenen Visitationsberichten auf einem Schlosse nur zwei Bettläger, ein Hand- und ein Leintuch als Inventar; Alfred der Große in England arbeitete die Laternenlichter; zur Zeit der Reformation beschenkten Fürstinnen ihren Gemahl noch mit einem leinenen Hemd, legte sich noch fast Alles nackt ins Bett, Kamme wurden als Luxus angeeignet, Zucker wurde ungenutzt in der Apotheke verkauft, Altritte waren nur in wenigen Höfen, Uneinlichkeit noch allgemein und groß, Seife ein bald hernach hoch bewehrter Luxusartikel, — daneben betradete man den heutigen, nach damaligem Begriff fürstlichen Comfort der gemeinsten Arbeiter! Nach 1754 verzeigte in England der Kopf der Bevölkerung zehn Pfund Zucker, 1854 dreißig Pfund; damals das gemeinste Geschirr und die schmutzeste Wohnung, heute durch Platinum, Galvanoplastik, Lithographie, Photographie u. s. w. eine ziemlich allgemeine ästhetische Gesittung!

Diese große Erweiterung der wirtschaftlichen Gesittung unter der Menge wirkt, da sie hauptsächlich in steigendem Genußvermögen (§ 18) ihre Befriedigung findet, als eine Aufferung für kritische Zeiten, indem in letzteren eine zeitweilige Verbrauchsbeschränkung ohne Vernachlässigung der nothwendigen Bedürfnisse und ohne eine Veräußerung des unentbehrlichen Mobiliars möglich wird: ein Reservoir, welches den Ueberfluß aufnimmt, um in trockenen Zeiten ihn abzugeben.

Der Luxus kann allerdings zwecklos für die persönliche Entwicklung, unnützlich werden.

Ohne Zweifel ist dies heute in nicht geringem Grade, und ist immer einigermaßen der Fall, wie schon bemerkt worden ist. Wird die wirtschaftliche Gestalt absolut zwecklos, dann zeigt sie die Erscheinungen, welche man als das Zeichen sinkender Familien, Stände und Völker ansieht, sie verzehrt unproduktiv die wirtschaftliche Existenz der Individuen, der Familien, Geschlechter und Völker. Der französische Adel des vorigen Jahrhunderts ruinierte sich selbst durch raffinierten Luxus, ebenso die späteren Römer, als die Vornehmen ihre Schatzkammern mit Purpur füllten, auf Gaudebäder Fischteiche, auf Thierne Gärten setzten, als Kaiser Caligula, wie der Geschichtsschreiber Suetonius erzählt, den Luxus der Staatswirtschaft so sehr zur absoluten Zweck- und Geisteslosigkeit trieb, daß er Berge aufbauen ließ, bloß um sie wieder abtragen zu lassen, oder als die Athener ein Gesetz gaben, daß die Schauspielfake niemals für Kriegszweck verwendet werden dürfe, als man über Tisch 11 Mal die Kleider wechselte, als man von Sklaven sich niederlegen und dann sagen ließ, daß man esse, als der Römer Apicius verzweifelt zum Giftbecher greifen konnte, weil er „nur noch“ eine Million übrig hatte!

Uebrigens darf man nie aus einzelnen Erscheinungen zu allgemeine Schlüsse ziehen, man soll gegen den schädlichen Luxus durch sittliche Einflüsse (Schulbildung, religiöse Bildung, Veredelung und Verbreitung ächten Kunstsinns), Pflege eines sittigen Vereinslebens und des Bürger-sinnes — nicht durch gesetzliche Luxus-Getränke- u. Verbote (die liquor-laws in Amerika!) wirken; Religions- und Sittenlehrer, Schriftsteller und Künstler haben die Aufgabe, ihre Nation von dem Luxuswege auf den Weg wahrer wirtschaftlicher Gestaltung zu leiten und darauf zu erhalten. So zeigt sich auch hier, wo von der sittlichen Gestaltung der Bedürfnisbefriedigung die Rede ist, der herrschende Einfluß des geistig-sittlichen Elementes auf die gesunde Richtung der Volkswirtschaft.

§ 172. Eintragung der Consumtion.

Die Consumtion vollzieht sich in verschiedenen Arten, wovon der Anfangs- und der Schlussact, Ergründung des Gutes zur Verzehung und Verlassung desselben (Defection), immer leicht zu bemerken sind.

Dasselbe Gut hat sehr häufig die Eigenschaft, nach einander nicht nur verschiedene Grade derselben Bedürfnisgattung, sondern auch verschiedene Bedürfnisgattungen selbst zu befriedigen. Es löst sich die Consumtion der Gebrauchsgüter in einen vielgestaltigen Hergang auf. Ein gepolstertes Mahagonimöbel z. B. steht zuerst Jahre lang in einem Salon, kann dann wieder Jahre lang von einer Haushaltung in die andere übergeben, und nachdem es auch nicht mehr glänzt, noch lange nützlich gebraucht werden; Resthaare, Holz, Nägel finden, nachdem es zerfallen ist, wieder ihre besondere Verwendung. Der Frack, der vom londoner Gentleman abgetragen ist, dient nach zehn Jahren dem irischen Arbeiter noch als Wertheiß, wenn schon das zerlumpte Hemd durch Schulterblatt

und Ellenbogen blüht. Das Luxus Pferd in seiner Carrière zum Postwagen und zum Karren des Straßenfahrgämers! Zeitungsblätter und vergilbte Alten — erst zur Letztüre, dann zum Verspade! In Frankreich, mit der flatterhaften Mode und der gleichen Begehrtheit, wandelt das Mahagonimöbel vom Salon bis in den fünften Stock der Arbeiterin, der Seidenhut des pariser Ehgers zum Bauer in die Provinz.

Auf diesem Verhältnis beruht der sehr umfangreiche Trübelverkehr, dessen Wesen es ist, den abwärts gehenden Wechsel der Bedürfnisgattungen und Bedürfnisgrade zu vermitteln.

XXV. Kapitel: Zweck der Consumtion.

§ 173. Zweck der Consumtion. Diese Frage ist schon in einem anderen Zusammenhange kurz veräußert worden (§ 94), und sie führt, was am Ziele aller Betrachtungen über das privatwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft naturgemäß ist, über das Ziel der Wirtschaftslehre theilweise hinaus.

Alle Consumtion soll einem und demselben Zweck dienen: der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit nach ihrem untrennbar geistig-sinnlichen Wesen.

Das Stück Brod dient der körperlichen Entwicklung, aber indirekt auch der geistigen, sofern das seelisch-geistliche Leben in untrennbarer Wechselwirkung mit dem körperlichen Leben steht. Die Anschaffung eines Kunstwerks, die Aushörung einer schönen Opernaufführung dient dazu, die Persönlichkeit in einer der geistigen, und indirekt auch der körperlichen Entwicklung dienlichen Weise zu fördern.

Auf dem hier bezeichneten Punkte zeigt sich das ganze wirtschaftliche Streben als Mittel des höheren Zweckes der Menschen- und Menschheitsentwicklung. Hier knüpft das Gebiet der Wirtschaftslehre an dasjenige der moralischen Wissenschaften, an Wesen, Leben und Bestimmung der menschlichen Persönlichkeit an, zeigt diese letztere als den Zeitpunkt des Wirtschaftslebens, wie sie dieselbe zum Ausgangspunkte nahm. Mit diesem Anerkenntnis erhebt sich die Nationalökonomie über alle Vorwürfe der Moralisten. Sie sagt:

„Wir erkennen an: Production und Consumtion sind nicht Selbstzweck für sich, sondern Mittel der Ausbildung der menschlichen Persönlichkeit; je mehr sie diesem höheren Zweck dienen, desto besser; der Volkswirtschaft, und das ist ihr Adressat, stellen wir die Aufgabe, daß sie für die möglichst hohe und harmonische geistig-sinnliche Ausbildung des Organismus von Persönlichkeiten, welcher Volk heißt, die Mittel mit geringsten Opfern der Menschen schaffe und verwende. Wir geben zu, daß nicht jede Production und Consumtion gleich nützlich, ja daß manche schädlich ist. Alles kommt auf die Richtung und Verhältnismäßigkeit der Genüsse an. Der Mensch hat die Freiheit zu schädlichem und zu

nützlichem Gebrauch; er kann durch Vernachlässigung des rechten Maßes und der rechten Ordnung in seinen Gemüthen seine körperliche und seine geistige Persönlichkeit zerstören, statt sie zu entwickeln. Daß er dies nicht thue, dürfte aber vorzüglich die Aufgabe der Belehrung und Erziehung durch moralische Bildungskräfte, durch Kirche und Schule, durch alle Mittel religiöser, sittlicher und intellektueller Volksbildung sein; die Volkswirtschaftslehre schätzt ebendeshalb die Bedeutung dieser Kräfte und Einrichtungen sehr hoch."

Der Grad, in welchem die Consumtion zur persönlichen und speciell wirtschaftlichen Entwidlung des Consumirenden beiträgt, wird gewöhnlich in nicht ökonomischen Sinne des Wortes (§ 169) **Reproduktivität** der Consumtion genannt.

Es versteht sich von selbst, daß die Consumtion gewisser Gegenstände, auch der Luxusgegenstände, nicht an sich und allgemein irreproduktiv (zwecklos) genannt werden kann. Die Reproduktivität bestimmt sich nach der Bedeutung, welche das befriedigte Bedürfnis für die consumierende Persönlichkeit nach ihren besonderen Umständen hat; derselbe Gegenstand kann aber je nach Verschiedenheit der Person, der Zeit, der Umstände sehr reproduktiv und sehr irreproduktiv oder schädlich verzehrt werden.

Genau zu messen und zu verfolgen sind, wie schon bemerkt, die Wirkungen der Consumtion im Einzelnen wohl niemals. Welche Wirkungen, wann, wo, in welchen Richtungen, eine Quantität Fleisch und Brod durch Entwicklung der Persönlichkeit hervorbringen wird, ist ebenso unbestimmbar, als die Nachwirkung der Kunstgenüsse. Durch die Consumtion einmal in die Persönlichkeit übergegangen, läßt sich der Nuzzeffect der Güter in ihren Wirkungen nicht mehr verfolgen.

Wirtschaftliche Reproduktion durch das Arbeitsvermögen. Inwiefern insbesondere spätere Mensurungen des geistigen und körperlichen Arbeitsvermögens Wirkungen der einzelnen Verzehrungeen sind, ist ebenfalls nicht festzustellen; denn vor aller wirtschaftlichen Reproduktion liegt der Uebergang des Gutes in die Persönlichkeit und ihre an sich untheilbare Genuß.

Wie sehr es aber hervorgehoben worden ist, daß die Wirkung der Consumtion, durch das Eine Wesen der Persönlichkeit hindurch, an sich und im Einzelnen unmeßbar sei, so muß doch andererseits betont werden, daß die Consumtion im Ganzen der höheren Cultiventwicklung zuwider ist, welche nicht die Wirkung auf die Persönlichkeit direkt oder indirekt ist, daß der konsumierte äußere Güterbestand mindestens erhalten, wo möglich aber wegen der Entwicklungsbestimmung des Menschen vermehrt oder verbessert, neu erzeugt werde. Diese Neuerzeugung des äußeren Güterbestandes aus dem Arbeitsvermögen als Folge der Consumtion nennen wir die wirtschaftliche Reproduktion oder die Reproduktion im engeren Sinn.

Nur darf eben die Reproduktion nicht als Hauptzweck der Consum-

tion angesehen werden; denn dies wäre, wie schon Aristoteles (Polit. VII, 13) treffend bemerkt, derselbe Fehler, als wenn man die Züher über das schöne Zitherpiel setzen wollte. Der Hauptzweck der Consumtion ist die vollste, harmonische Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit, das wahrhaft menschliche Leben.

Der Begriff der Reproduction wird praktisch: man hat zur Vertheidigung der Schuzzölle zwischen Produktivkräften und Produkten (Tauschwerthen) unterschieden. Dr. List hat den Freihändlern vorgeworfen, sie sehen nur auf die möglichst vielen (wohlfeilsten) Produkte, er dagegen sehe auf die nachhaltigsten Produktivkräfte, die er durch den Schuzzoll wecken und heranziehen wolle. Wir wollen hier der planmäßigen Erörterung der Schuzzollfrage (§ 226) nicht vorgreifen, aber zu bemerken ist sogleich, daß Produkte und Produktivkräfte sich gar nicht trennen lassen, und daß, da beide sich in ewigem Wechsel auf einander herbeibringen, eine Schwächung der verfügbaren Produkte nach Quantität (Wohlfeilheit) in der Regel auch die Produktivkräfte angreifen wird. Das Argument List's spricht daher für die Regel gegen ihn selbst. Ausnahmsweise kann dies anders sein, wenn z. B. der Freihandel Produkte dem Verbrauch zuführt, welche die Reproduktivkraft nicht reizen sondern schwächen; im Allgemeinen kann dies aber auch von der „nationalen“ Industrie her erfolgen. Die Streitfrage ist also von den Schuzzöllnern ungeschickt auf dieses Gebiet gespielt. Schon Hildebrand („die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“) sagt treffend: „Ursache und Wirkung sind in der Nationalökonomie durchaus nicht ganz verschiedene Größen, sondern jede Wirkung wird in dem ökonomischen Prozeß wieder zur Ursache. Die Arbeitskraft des Menschen schafft Nahrungsmittel und die Nahrungsmittel schaffen wieder Arbeitskraft. Die geistigen Kräfte einer Nation erzeugen Wissenschaften und Bildung, diese vermehren die ökonomischen Kräfte, die letzteren schaffen physisches Wohlfühlen und durch dieses werden wieder geistige Kräfte produziert. So besteht im Großen wie im Kleinen der Produktionsprozeß in einer fortwährenden Wechselwirkung produktiver Werthe, durch welche jeder wahre Werth zur produktiven Kraft, und jede Kraft zum Werthe wird. Deshalb wird nicht durch Entgegensetzung, sondern durch Vereinigung der Werthe und Kräfte, dadurch, daß jede Consumtion von Werthen zugleich produktiv ist, und jede Production zugleich gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt, wahrer Nationalreichthum geschaffen. Wo jene Wechselwirkung aufhört und der natürliche Kreislauf des Produktionsprozesses gehemmt wird, wo Werthe unproduktiv und Produktivkräfte werthlos bleiben, wo z. B. die Nahrungsmittel, anstatt die Kräfte des Körpers zu mehren, die Kräfte schwächen, da tritt ökonomische und moralische Verberbnis ein.“

Weiter ergibt sich aus den Betrachtungen dieses Paragraphen, daß Production und Consumtion einander in unaufhörlichem Kreislauf bedingen, da fortlaufend das Gütervermögen der menschlichen Gesellschaft durch Production aus dem Arbeitsvermögen und das

Arbeitsvermögen durch Consumption aus dem Gütervermögen sich entfaltet.

§ 174. **Bildung des Arbeitsvermögens durch die Familienconsumtion.** Die Güterverzehrung geschieht nicht in großen Gemeinschaften. Es giebt Fabriken mit 8000 Arbeitern (Krapp in Essen, Salt in Bradford), aber es giebt gegenüber der Consumtionsgemeinschaft in Venizien der Anstalten und Dienste des Staates und der Gemeinden — nur wenig privatwirthschaftliche Consumtsvereinigungen: Theater, öffentliche Productionen, Convicts, Personentransport. Selbst Restaurants und Cafetiers, selbst die Consumtsvereine (distributive stores) sind in der Hauptsache mehr eigenthümliche Arten des Detailhandels, als Consumtsvereinigungen. Die Gemeinschaft des Consumts in communistischen Glückseligkeitsformen (Fouriers phalanstères) ist bis jetzt und wird — Phantasterei bleiben.

Dagegen ist eine kleinere Gemeinwirthschaft des Consumts allgemein vorhanden, welche fast alle Individuen in kleinen Gruppen umschließend, die Wirthschaftlichkeit gemeinsamen Consumts vertritt.

Dies ist die Familie. Noch vielfach (Handwerk, häusliche Production, Hausindustrie) repräsentirt sie zugleich die intensivste Produktionsgemeinschaft.

Es ist gewiß bezeichnend und natürlich, daß die Familie, aus welcher die Menschen geboren werden, auch zur Bildung und Erziehung derselben mittelst des Familienconsumts vorzugsweise bestimmt ist. Aus ihrem Consumt erneuert sich und erhält sich der eine große Productivfactor, nämlich neben dem Gütervermögen das Arbeitsvermögen. In ihr hauptsächlich setzt sich das Gütervermögen durch Consumption in Arbeitsvermögen um, welches dann wieder Gütervermögen erzeugt.

Ihre wirbten wir daher mit Recht eine unserer Schlüsselbetrachtungen. Diese Betrachtung wird zugleich ein lebendiges Mittel- und Vermittlungsglied zwischen dem privat- und dem gemeinwirthschaftlichen System der menschlichen Gesellschaft werden, und die natürliche Brücke zum zweiten Hauptabschnitte dieses Buches bilden.

§ 175. **Die Dienstleistungsconsumtion, der Unterhalt, der Haushalt und die Erziehung,** welche in der Familie hauptsächlich erfolgen, sind ökonomisch angesehen, eine Consumption für die Erhaltung und Pflege des Arbeitsvermögens.

Die Arbeitskraft ist körperlich oder geistig. Demnach wird der Unterhalt theils auf Erhaltung des Körpers: durch gewöhnliche Nahrung, Kleidung, Wohnung u. i. w., theils auf Pflege der geistigen Arbeitskräfte: durch Befriedigung der freien Bedürfnisse neben den nothwendigen, durch den Genuß höherer wirthschaftlicher Gesittung — gerichtet. Daher wird der Unterhalt um so kostspieliger sein, je höher die Arbeitskraft steht; und da beim Walten der natürlichen Gesetze die Unterhaltskosten (Produktionskosten) den Arbeitspreis bestimmen, so werden die Arbeitsdienste einen nach ihrem geistigen Gehalt abgestuften Durchschnittslohn beziehen (s. § 151a). Die Erfahrung zeigt in der That, daß je gebildeter eine mülhevollste Arbeitsgattung ist, desto höher ihr Lohn wird.

Der Unterhalt consumirt übrigens nicht bloß Sachgüter, sondern auch Dienstleistungen.

Es ist hier und erst hier der Ort, über diese zweite Gattung von Gütern, welche schon in § 15 unterschieden worden ist, einige speciellere Bemerkungen zu machen, welche ihre besondere Stellung im menschlichen Wirthschaftssystem bezeichnen. Es ist nämlich die Eigenthümlichkeit der Dienstleistungen, daß Production und Consumption derselben der Zeit nach fest zusammenfallen, daß Hervorbringer und Verzehrer derselben sich auf das Nächstste persönlich berühren (vgl. § 28, pag. 80). Diese Eigenthümlichkeit mit ihren nicht unbedeutenden Folgen für die Wirthschaft des Menschengeschlechtes konnte aber erst in der Lehre von der Consumption erörtert werden.

Alle produktive Arbeit hat zu ihrem eigentlichen Zielpunkt die Entlohnung des Menschen durch Consumption der Produkte. Allein dieser Zweck ist theils ein durch die Sachgüter vermittelter, theils ein direkt erstrebter; letzteres trifft zu mit den sog. Dienstleistungen.

In der Sachgüterproduction ist unmittelbares Object der produktiven Arbeit das äußere Ding, welches als Sachgut der Consumption zugeführt werden soll und den Produzenten nicht in unmittelbar persönliche Beziehung zum Konsumenten treten läßt. Bei den Dienstleistungen dagegen ist das Object der produktiven Arbeit unmittelbar der Consumt selbst, sei es nach seinen sinnlichen Bedürfnissen (von der Leistung des Barbiers bis zu derjenigen des Freudenmädchens), sei es nach seiner sittlich-intellektuell-sittlichen Seite (Leistung des Lehrers, des Geistlichen, Productionen der Künstler u. i. w.).

Die Sachgüterproduction führt zur Entwicklung der persönlichen Kräfte („inuenen“, „persönlichen Güter“) nur mittelbar, die Leistungen unmittelbar, die produktive Arbeit der ersteren hat direkt unpersönliche Dinge, die Production von Dienstleistungen hat die sinnliche und sittliche Entwicklung von Personen zu ihrem unmittelbaren Objecte. So sinnfällig und für die äußerliche Auffassung überwiegend der unpersönliche Stoff produktiver Arbeit ist, so sehr die Sachgüter über die Leistungsproduktion vorzuziehen scheint, so ist doch das vielfach erhabener Gebiet der Production dasjenige der Leistungen, die unmittelbare Production von Befriedigungen am persönlichen Arbeitsgegenstande, welchem ja allein auch die unpersönlichen Sachgüterprodukte dienen. Die Leistungsproduktion des Arztes, des Seelforgers, des Lehrers, des Künstlers, selbst des Gefindes erzeugt denn auch viel innigere persönliche Beziehungen der Liebe, Achtung, Ehre, des Ruhmes und der — Kritik.

Für die Gestaltung des gesellschaftlichen Systems menschlicher Wirthschaft liegt in der That die Hauptbeurteilung der Unterordnung von Sachgütern und von Leistungsgütern eben darin, daß bei letzteren keine Sache vermittelnd zwischen der Production und der Consumption in der Mitte steht, daß der Producent unmittelbar und fast ohne Zeitunterschied auf den Consumenten persönlich einwirkt.

Alle nationalökonomisch charakteristischen Merkmale der Dienstleistungen aus besonderer Klasse ökonomischer Güter führen im Einzelnen hierauf zurück:

Ihre Erzeugung gestattet nur ein gleichzeitiges Zusammenwirken Mehrerer (musikalische, theatralische Productionen), nicht aber eine Theilung der Arbeit in zeitlicher Euseufolge;

die Produktion der Dienstleistungen erweckt keinen besonderen nachfolgenden Handelsverkehr, sondern höchstens eine vorausgehende Vermittlung des unmittelbaren Verkehrs der Produzenten und der Consumen (Gesundheitsberatung, Engagements u. s. w.) oder eine nachfolgende bloße Zahlungsvermittlung;

der an die Sachgüterproduktion sich in so großem Umfang anschließende Geschäftskredit kommt in der Production von Dienstleistungen kaum vor, da es an dem zeitlichen Fortgang von Unternehmung zu Unternehmung fehlt, an welchen der Kredit als Begleiter der Entfaltung der Werke in die Zukunft hinein (nach § 60 u. 136) so naturgemäß — länger dauernd in der stoffschaffenden, kürzer dauernd in der stoffveredelnden und ortsändernden Sachgüterproduktion — sich anschließt,

die Bildung ständiger und dauernder Beziehungen zwischen den Dienste Leistenden (Produzenten) und den Dienste Empfangenden (Consumenten), da hier die nützliche Arbeit Anderer nicht an Sachen verpackt aufgesammelt werden kann, (Staatsdienst, Schuldienst, Kirchendienst, Gesindedienst);

endlich die Concentration der Dienstleistungen in den natürlichen Mittelpunkten der Consumtion, sowie an Stellen dauerhafter Vereinigung mehrerer Personen, also insbesondere in dem Haushalt und in der Familie. Darum besteht die Production der Frau, der natürlichen Leiterin des Consums, in Dienstleistungen, deshalb empfangen die dauernd verbundenen Familienmitglieder die meisten persönlichen Leistungen von einander, deshalb begründen die Dienstleistungen des Gesindefamiliengemeinschaft, deshalb sind eine Menge der wichtigsten Dienstleistungen sowohl der körperlichen Pflege, als der Erziehung des Geistes und der Bildung des Gemüthes nicht Direct privatwirthschaftlichen Tausches, sondern — in Ernst und in Spiel — Verkehrsgegenstand jener edlen Gütergemeinschaft, welche in der Familie liegt, deshalb fühlt jeder, wie unnatürlich, ökonomisch wie sittlich betradet, die Verlegung der Frau aus der Leistungsprouduction des Haushaltes in die Sachgüterproduction der Fabrik ist.

Erst durch das Merkmal der unmittelbaren geistlichen und persönlichen Verknüpfung der Leistungsproduction und der Leistungsconsumtion, also auch erst in der Lehre von der Consumtion konnte so die Dienstleistung ihre letzte spezifische Würdigung nach unserer Auffassung erlangen: Sie producirt unmittelbar an der Person und wird daher unmittelbar consumirt, ist stets **Ver**, nicht **Verbrauch** (§ 18, 3, 6, b, bb).

Der Unterhalt eines Individuums allein oder mit seiner Familie ergiebt als eine eigene Ordnung den **Haushalt**, — das Gebiet der **Frau**.

Die Hauptaufgabe des Haushaltes ist ökonomisch die Ordnung der Verzehung, die wirthschaftliche Verzehung des stehenden und des umlaufend verzehrten Genußvermögens, die wirthschaftliche Erzeugung und Verzehung gewisser Dienstleistungen, — theilweise die vollendende (z. B. Kochen) und erhaltende (§ 52, 3, 6) Sachgüterproduction.

Die letztere steht im Haushalt nicht mehr unter dem wirthschaftlichen Ägeln der Concurrenz (§ 185). Soweit aber die Frauarbeit Zeit zum Lohnverdienst übrig hat, ist sie am besten Hausindustrie, da ja der Schwerpunkt der Hauptthätigkeit der Frau im Hause liegt, — oder landwirthschaftliche Nebenarbeit, da diese um das Haus geschehen kann.

Wirthschaftliche Hauptaufgabe der Frau im Haushalt bleibt die Pflege der persönlichen Kräfte durch Unterhalt (Erziehung, Geselligkeit u. s. w.).

Die beste Haushälterin ist daher nicht diejenige Frau, welche am wenigsten für die Pflege der persönlichen Familienzustände verwendet, sondern diejenige, welche mit den gegebenen Mitteln der Familie das höchste und angemessenste Maß des persönlichen Fähigkeitenvermögens der Familie erhält.

Aus diesen Sätzen folgt weiter, daß, je höher die im Haushalt zu pflegende Arbeitsbefähigung, desto schwieriger, aber auch geistig edler der Beruf der Haushaltung, beziehungsweise der Hausfrau ist. Die Frau soll sich nicht begnügen mit Kochen, Kleiden, Reinigen, sie hat auch die Aufgabe: die Leitung einer edlen wirthschaftlichen Gesittung und die Pflege höheren sittlichen und geistigen Lebens in der Familie. Der Haushalt erfordert Bildung für die Befriedigung der höheren, und zugleich praktische Einsicht für die Leitung der niedrigeren Bedürfnisbefriedigung und der häuslichen Production.

Daher ebenso die große Wichtigkeit wie die große Schwierigkeit einer richtigen weiblichen Erziehung! Sie soll die Frau befähigen, die niedrigere Bedürfnisbefriedigung zu verstehen, um nicht von dem Hausgeinde, das doch immer ein eigenes Interesse hat, blind abhängig zu sein, und doch soll sie die Frau zur Priesterin der edleren wirthschaftlichen Gesittung machen, aus welcher der Mann die höhere Arbeitskraft, die Kinder die Fähigkeit für die Lösung der Aufgaben einer neuen Generation schöpfen. Am traurigsten ist ohne Zweifel jene jetzt so häufige Frauenbildung, welche die niedrige Bedürfnisbefriedigung einem unverschämten haltenden Gesinde, die höhere den Gouvernanten, Hofmeistern, Gesellschaftsdamen überantwortet, die Herrin des Hauses aber nur Sklavin des Luxus, statt zur Pflegerin eines edlen Familienalters macht. Solche Erziehung „hält“ nicht das „Haus“, sondern muß es zu Falle bringen. Sie erodirt, wenn sie sich verbreitet, die wirthschaftliche Grundkraft, das in der Familie stets neu zu bildende persönliche Vermögen eines Volkes und führt es dem Ruine zu. Dagegen ist die Frau, begabt zugleich mit dem praktischen Verständnis und zugleich mit Sinn für jene edlere Gesittung, in welcher die höhere productive

Arbeitskraft Pflege und Gedeihen erhält, ein Segen, welcher durch die Thätigkeit an äußeren Gütern niemals aufgewogen werden kann; sie ist die Ehre des Hauses („Hauslehre“).

Es stellt sich zwar eine geschlechtliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Weib auch im Haushalt und in der Erziehung dar, aber der Schwerpunkt ruht auf der Frau. Weber ein familienloser Haushalt, noch die häufige Bezüge der Frauen von der Beforgung der haushaltmäßigen Consumtion zur Sachgüterproduktion außer dem Hause ist ein Glück für die Einzelnen oder für ein Volk.

Dah aber den Frauen Erwerbsfreiheit gebührt, versteht sich von selbst.

Die Erhaltung und immer reinere Ausbildung des persönlichen Familienlebens — mehr noch ein Erzeugniß der sittlich-geistigen, als der ökonomischen Einflüsse — ist der Kern der Erhaltung und Ausbildung des nationalen Arbeitsvermögens. Mit dem ersten würde dieses versiegen. Wer dieses erheben will, muß jenes steigern. Es erhellt daraus, wie die Hebung der unteren Klassen bei der Veredelung ihres Haushaltes, insbesondere der **Wohnungsverhältnisse** anfangen muß, was man glücklicherweise immer mehr erkennt. Es erhellt in ihrer vollen Klarheit die gewöhnlich mehr geachtete als verstandene wirthschaftliche Bedeutung des Haushaltes und der ihn tragenden Frauenbildung. Und eine der bewundernswürthesten Anlagen aus göttlicher Hand, welche die fortschreitende Festigung des Menschengeschlechts wolle, ist es, daß sie dem Haushaltsgesinn so starke Nahrung durch die natürlich edlen Eigenschaften des Weibes und durch die Macht der Kinder, Eltern und Oantenische gegeben, daß sie das stärkste sinnliche Begehren und die höchsten feinsten und gemüthlichen Triebe hier so innig verkettert hat, um die erste produktive Grundkraft, das Arbeitsvermögen, zu erhalten und auszubilden.

Nach vorstehender allgemeiner Würdigung der Bedeutung des Haushaltes mögen schließlich die niederst angeführten neueren Bestrebungen der Wohnungsreform unter den arbeitenden Klassen nähere Erwähnung finden. Der Verstand, welchem durch bessere Wohnungen für die arbeitenden Klassen abgeholfen werden soll, ist neuerdings oft constatirt und geschildert worden; noch vor 18 Jahren sprach Blanqui von einer Menschengasse in der civilisirten Gesellschaft, welche schlimmer daran sei, als die Wilden, und uns in Deutschland hat Huber das ganze Wohnungselement vor Augen gestellt.

Bezüglich der verschiedenen Maßregeln der Abhilfe gedenken wir zuerst der Speculation, welche im vorigen Jahrzehnt zu Paris große Wohnkaserne für die kleineren Leute baute. Obwohl *cités ouvrières* genannt, wurden dieselben doch das Wagniß von kleinen Rentiers, von Ehesolten besitzenden Vermögens u. s. w. nicht von Arbeitern; sie waren noch zu teuer und lagen nicht inmitten der Arbeiterviertel.

Einen entschiedenen Fortschritt bezeichnen die Wohnquartiere, welche in Paris selbst, inmitten der Arbeiterviertel, ein Unternehmer

Namens Madré in den letzten Jahren errichtet und beinahe schon vollendet hat. Seine Bauten bieten, wenn fertig, für 5—6000 Personen Raum, und sind, soweit fertig, von Arbeitern bewohnt, welche um 2—300 Fr. jährlich eine gesunde Wohnung von 3 Zimmern, mit wohl berechneten gemeinschaftlichen Zubehörenden (als: Badanstalt, Wascheinrichtung, Brunnen, Gasbeleuchtung u. s. w.) mieten können. Die Wohnungen sind theilweise auch für die Arbeit selbst hergerichtet, sofern die Arbeiter der Hausindustrie sich widmen. Madré schlägt 6—7% aus seinem Kapital heraus. Indessen sind auch seine Wohnhäuser kasernenartig, jedes für 12—16 Familien, und einige verhältnismäßig kleine Häuserklumpen sind auf 5—10,000 S. Arbeiterbevölkerung berechnet. Dies hat social, moralisch, und in einer Hauptstadt, wie Paris, auch politisch einige bedenkliche Seiten. Im Centrum der Städte ist diese Art zu bauen freilich durch die Theuerung der Bauplätze bedingt, und nur ein vollendetes System wossfessilen Eisenbahntransportes innerhalb der Städte und zwischen den Städten und der nächsten Umgebung wird dem Abhilfe bringen. Die Straßeneisenbahnen der amerikanischen Städte, — die Anlage unterirdischer Eisenbahnen — der Bau von Arbeiterwohnungen längs den Eisenbahnen nächst der Stadt, auf nutzlosem Bahnareal und gegen ermäßigte Fahrpreise für die Ansassen dieser Häuser, ein Vorgang, wie er in London jetzt aufzukommen beginnt, — sind Erscheinungen, welche dießfalls eine Verbesserung auch in den größten Städten erwarten lassen.

Leichter ist die Wohnungsreform für die arbeitende Klasse in mittleren und kleineren Städten und in isolirten Fabrikniederlassungen auszuführen. Der Fortschritt ist denn auch hier weiter gediehen, nicht klos in Frankreich, sondern wie bekannt auch in Deutschland, wo seit der höheren Vertheilung guter gekühter Arbeiter die Darbietung von tüchtigen Wohnungen sich den Arbeitgebern unter dem Gesichtspunkt ihres wohlverstandenen eigenen Interesses mehr und mehr empfiehlt. Für Frankreich gibt die *Rev. contemporaine* eine Reihe von Industrieorten an, wo nach dem Vorgang in Wählhausen (Elsas) der Arbeiter um monatlich 12—13 Fr. eine Wohnung von 3 Piecen nebst Küche, Keller und Garten findet, gegen die Verpflanzung, die Kinder in die Schule zu schicken und den Garten wirklich selbst angebauen.

Von da ist der weitere Fortschritt dahin gegangen, die Arbeiter zu Hauseigentümern zu machen. Karl Restner, Chemiefabrikant in Cham, streckt den Arbeitern, ohne Zins aber auf Annuitätentilgung, die nöthigen Summen zum Bau von Wohnungen vor, wofür sie selbst die Hälfte der nöthigen Summe beibringen. Wirksam, weil organisirter wird dasselbe Ziel in Wählhausen verfolgt. In Wählhausen hatte vor 1853 der Arbeiter für sehr schlechte Wohnungen 15—20 Fr. monatlich zu zahlen. Die seit 1853 thätige Baugesellschaft, welche für ihr Kapital nur 4% Vergütung nebst Tilgung will, hat seitdem nahe an 1000 Häuser, zu 2500—3500 Fr. jedes, erbaut. Für die 3 ersten Jahre

sind die Wohnungen grundsteuerfrei; 300,000 Fr. Zufuß, welche der Staat unter der Bedingung einer Verwendung von wenigstens 300,000 Fr. für Arbeiterwohnungen der Gesellschaft gewährte, hat die Gesellschaft nicht für Häuser, sondern für Herstellung von Straßen, Brunnen, Bädern, Anpflanzungen u. s. w. verwendet. Die Arbeitercolle befindet sich nördlich von Mühlhausen, Dornach zu, in gesunder Gegend. Im Mittelpunkt ist ein großer Platz. Hier sind in zwei großen Gebäuden die Waschanstalt, Bäderei, Bibliothek u. s. w. angelegt. Zu der Nähe ist ein Kleinkinderasyl für 2—300 Besucher. Die zweistöckigen Wohnhäuser (unter Küche und Schlafzimmern des Ehepaares, oben 3 Zimmer) stehen theils in Straßenfront, theils in Mitte des zugehörigen Gartens und sind in jeder Beziehung gesund, comfortabel und praktisch eingerichtet. Jedes Haus ist für sich abgeschlossen, jedem der zugehörige Garten umjäumt, wie denn die Gesellschaft strenge auf die Pflege eines intimen geschlossenen Familienlebens abzielt. Mit Rücksicht auf letzteres sind die Häuser nicht so groß gebaut, um zu Strenge zu veranlassen, und wird auch in den Verkaufsverträgen, so weit thunlich und zweckmäßig, der Aufnahme weiterer Zulasen über eine Familie hinaus vorzuziehen gesucht. Das eheliche Leben findet sich auch insofern wenig berücksichtigt, als nur eine Wohnung für 17 eheliche Personen von der Gesellschaft gebaut ist; (wie ganz anders gegen die sonstige Erfahrung, wonach Familien mit Kindern fast nicht unterkommen können!) Der Familienvater ist freier ungenirtes Disponent der Wohnung, sobald er seine erste Mietzinsrate bezahlt hat. Der allmähliche Erwerb zu Eigenthum, durch kleine Erhöhung des monatlichen Mietzinsfußes (auf 18 Fr. für ein Haus zu 2400 Fr., auf 23 Fr. für ein Haus zu 3000 Fr. Kosten) ist sehr erleichtert. Am 15. October 1863 waren schon 550 Häuser verkauft. Im Jahr 1865 waren von 700 fertigen Häusern nahezu 600 verkauft, die übrigen vermietet. In den öffentlichen Bädern und Waschanstalten kostet das warme Bad, Handtuch inbegriffen, 15 Cent. (4—5 Kr. südd.), das Waschen, unter Lieferung von warmem Wasser, für 1 Person auf 2 Stunden 5 Cent., für jede weitere Stunde wieder 5 Cent.; die Wäsche ist frei. Die werden an Einem Tag 200 warme Bäder genommen. Die Gesellschaft ist mit Erfolg bemüht, die Stiefelsohlenvermehrung durchzuführen und eine wechselseitige Anschaffung der Lebensmittel, der Kleidung u. s. w. zu erzielen. Aus diesen Arbeiterhäusern werden die Kinder fleißig zur Schule geschickt und die Frauen bleiben zu Hause. Soweit die Frauen industrielle Arbeiten zu Hause treiben wollen, geht man damit um, in den Häusern Werkställe anzustellen, getrieben von einer durch das Haus durchgehenden Transmissionsfahne.

Auch in Deutschland gelangen verwandte Bestrebungen zu immer weiterer Ausbreitung und zu immer größeren praktischen Erfolgen. Eine besondere Schrift, herausgegeben vom preussischen Centralverein für die arbeitenden Klassen, hat hierüber umfassende Aufschlüsse geliefert.

B) Das gemeinwirthschaftliche System der menschlichen Gesellschaft.

1. Theil: Allgemeine Charakteristik des gemeinwirthschaftlichen Systems.

XXVI. Kapitel: Die Nothwendigkeit von Gemeinwirthschaften.

§ 176. Zusammengehörigkeit des gemeinwirthschaftlichen und des privatwirthschaftlichen Systems. Schon bisher sind bei verschiedenen Lehren Punkte aufgezeigt worden, auf welchen zu dem auf Konkurrenz und Tausch beruhenden Wirtschaftsleben der menschlichen Gesellschaft ein zweites System ergänzend hinzutritt, welches im innigen Zusammenhange mit dem von der Nationalökonomie gewöhnlich allein betrachteten privatwirthschaftlichen System erst das ganze volle Wirtschaftsleben der menschlichen Gesellschaft ansieht.

Auch dieses zweite System ist wenigstens im Grundrisse *) zu entwickeln.

Will man dessen Durchbau einer besonderen Wissenschaft, etwa der „Staatswirthschaftslehre“ oder der „Finanzwissenschaft“ zur besonderen Aufgabe stellen, so ist hiegegen, da Arbeitsteilung auch für die Wissenschaft ihre Geltung hat, an und für sich nichts einzuwenden. Nur ist eben zu bemerken:

1) daß die frühere „Staatswirthschaftslehre“ mehr nur die Volkswirtschaftspflege des Staates begriffen und den Staat weder vollständig noch organisch in das wirthschaftliche Gesamtsystem der menschlichen Gesellschaft hineinzustellen verstanden hat, davon zu schweigen, daß neben dem Staat weitere gemeinwirthschaftliche Organismen vor uns stehen, wie Familie, Association, Vereine und Gemeinden, Kirchen, das internationale Staatsleben (Völkerrecht);

2) daß bisher die Finanzwissenschaft ihren Stoff für sich, losgelöst vom wirthschaftlichen Gesamtsystem der bürgerlichen Gesellschaft, aufnahm und den Zusammenhang des Staates mit der übrigen Volkswirtschaft gerne verloren gehen ließ, was sich insbesondere in der stiefmütterlichen Behandlung der Lehre von den Staatsausgaben zeigte.

*) Weitere genauere Ausführungen aus diesen ganz unangebauten Gebieten der Wissenschaft behalten wir einer andern Stelle vor. Eine nationalökonomische Analyse des Staates hatten wir in der *Leitfaden Staatsw. Zfht.* (Concurrenz der Organe des Staatslebens*, 2. Abthlg. 1863) begonnen.

Es ist deshalb keineswegs überflüssig, hier wenigstens das Verhältnis des Staates und sonstiger Formen gemeinsamer Wirtschaft zum wirtschaftlichen Gesamtsystem der menschlichen Gesellschaft in kurzen Strichen anzudeuten. So neu der Versuch ist, er wird nicht zu gewagt sein und auch Nachschleuten, denen der Staat gerade von der wirtschaftlichen Seite nahegelegt werden kann, praktisches politisches Interesse darbieten.

§ 177. Die Erziehung wirtschaftlicher Gemeinwirtschaften.

Sollte man diese Erziehung erst nachweisen müssen? Spricht man nicht seit lange von Gemeinde-, Staats-, Familienwirtschaft, Budgetwirtschaft, konstitutioneller Finanzwirtschaft? Hat nicht die Kirche ihre „Fabrik“ (Fonds)? Ist nicht der Staat als *fiscus* ein Vermögens-individuum, haben nicht Stiftungen und Vereine eine Wirtschaft? Wenn aber so überall und mit Recht von Wirtschaft die Rede ist, so muß auch in dem allgemeinen Wirtschaftssystem der menschlichen Gesellschaft diesen Erscheinungen ihre besondere Stelle angewiesen, es muß nachgewiesen werden können, daß dieselben nur besondere gemeinwirtschaftliche Glieder des größeren wirtschaftlichen Gesamtsystems der menschlichen Gesellschaft sind.

Beginnen wir jedoch damit, nachzuweisen, daß Staat, Gemeinde, Kirchen, Familie hervorragende Verwirklichungen des Grundgesetzes der Wirtschaftlichkeit selbst sind, wie solcher beherrschend allen Ausführungen auch im ersten Haupttheil dieses Werkes zu Grunde lag.

Mit möglichst geringen Opfern an Arbeits- und an Gütervermögen möglichst vollkommene Befriedigungsmittel menschlicher Bedürfnisse erzeugen und in der Consumption mit möglichst geringem Güteraufwand die vollkommenste, planmäßigste und nachhaltigste Befriedigung hervorbringen — das war für uns im ersten Hauptabschnitt der dem gemeinen Volksebegriff und dem Sprachgebrauch entsprechende Inhalt der Wirtschaftlichkeit (§§ 1, 7).

Wie fragen wir nun, erreicht der Staat nicht viel höhere Befriedigung des Laufs- und des Communicationsbedürfnisses Aller oder Vieler mit geringeren Opfern, indem er Landstraßen anlegt, die Post betreibt, Maß-, Gewichts-, Münz- und Geldpolizei übt, Hüten baut? Versteht er nach innen und außen das Bedürfnis der Sicherheit von Leib und Leben, Eigentum und Forderungen nicht mit geringeren Opfern vollkommener, indem er Civil- und Strafrecht, Gend'armrie, Militär (Münz oder stehendes Heer) und Marine unterhält, — also wenn sich da jeder Einzelne selbst sichern müßte?

Ist nicht der öffentliche Gottesdienst und das priesterliche Lehramt eine viel wirtschaftlichere und vollkommene Befriedigung des gottesdienstlichen und des Unterrichtsbedürfnisses, als sie die einzelnen Kirchengenossen zusammen, jeder in isolirter Weise, sich zu gewähren vermöchten?

Würden gewisse humane Zwecke ersten Ranges überhaupt erreicht werden, wenn nicht Vereine ihnen ihre Thätigkeit widmeten?

Würde das Bedürfnis der Sicherheit gegen Feuersgefahr, gegen Schaben am weiden Vieh, würde das Bedürfnis der Bildung der Kinder, das Bedürfnis des Trunksafters ebenso wirtschaftlich befriedigt werden, wenn nicht die Gemeinde Köchenschulen unterhielte, Feuerpolizei übre, Hirten aufstellte, Gemeindeschulen unterhielte, Brunnenanlagen machte, Vicinalstraßen baute, Feldwege anlegte?

Als eine mächtige wirtschaftliche Kraft haben wir bei Regulierung des standesmäßigen Unterhaltsbedarfes, sowie in der Consumtion und in sonstigen Arbeiterverbindungen die Stände- und Klassenangehörigkeit kennen gelernt, indem von ihr selbst der Erfolg im privatwirtschaftlichen Lebenskampf für die Arbeiter bedingt ist. Auch das Standesleben umschließt als eine mächtig eingreifende Bedingung selbst die privatwirtschaftlichen Verhältnisse, was sich in Coalitionen und Genossenschaften der Arbeiter erweist.

Würde die Erziehung unmündiger Kinder, welche jetzt in der Familie durch die hingebende Leistung der Frauen erfolgt, anderweitig ebenso gut, mit ebenso wenig persönlicher Unlust und Kosten stattfinden können, von anderen Familiendiensten zu schweigen? Die Erfahrung mit Waisenhäusern und Findelanstalten giebt hierauf für jeden Kindigen eine nationalökonomische Antwort, welche keines Commentars bedarf.

Soviel nur zur vorläufigen Bezeichnung der Wirtschaftlichkeit in den Gemeinwirtschaften!

Alle gemeinwirtschaftlichen Organismen erzeugen Güter, Sachgüter und Dienstleistungen, jede derselben besondere Gattungen. Sie bieten diese Güter gleichzeitig einer Mehrzahl dar zum Genuße, theils unentgeltlich (z. B. die von einer kirchlichen Propaganda geleiteten Vorträge und Schiffenverleihungen),

theils entgeltlich; letzteres wieder theils direct, wie sich z. B. der Staat für einzelne Dienstleistungen Sperteln und Gebühren bezahlen läßt, theils indirect z. B. in den Steuern für Staat, Gemeinde, Kirche, oder in dem Unterhalt, welchen eine Hausfrau für ihre häuslichen Leistungen vom Manne erhält. Wie aber bestimmt sich die Vergeltung in freiem Tauschkampf nach wechselndem Marktpreise, sondern, — wo sie direct erfolgt, nach festem Tarife (Sporteltarif, Gehälter, Posttarif u. s. w.), da ja keine Concurrenz walte (§ 85, Z. 4), — wo sie indirect erfolgt, theils durch fixirte Zwangsabgabe (Steuer, Mitgliederbeiträge u. s. w.), theils durch ganz freiwillige Gegenleistungen an Sachgütern und persönlichen Diensten.

Die Leistungen, die Vergeltungsarten und die Motive der Wirtschaftlichkeit gewinnen auf dem gemeinwirtschaftlichen Gebiete eine complicirtere Gestaltung, sie bilden zusammengelegte Erscheinungen, gerade wie die Begriffe und Institute des öffentlichen Rechtes gegenüber denjenigen des Privatrechtes.

In verschiedenartiger Weise sind die verschiedenen Arten der Ge-

meirowirtschaft organisch in das wirtschaftliche Gesamtsystem der menschlichen Gesellschaft hineingefügt, das privatorwirtschaftliche Leben stützend, umgebend, dasselbe ergänzend (vgl. schon S 129. 157) und hinwiederum aus ihm schöpfend.

§ 178. Die national-ökonomische Berechtigung der Gemeinwirtschaft. Das gemeinwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft ist **deßhalb** und **insoweit** national-ökonomisch gerechtfertigt, als seine Funktionen nicht in gleicher Vollkommenheit privatorwirtschaftlicher vom privatorwirtschaftlichen System der freien Konkurrenz befriedigt werden können.

Was z. B. die Gemeinwirtschaft des Staates in der auswärtigen, militärischen, richterlichen und polizeilichen Verwaltungstätigkeit betrifft, so ist dieselbe ökonomisch meist völlig gerechtfertigt. Justiz und Polizei sind meist zugleich höchste Wirtschaftlichkeit, derselbe Dienst könnte ebenso wirtschaftlich durch Privatunternehmung nicht geleistet werden. So ist es geradezu überraschend, wahrzunehmen, daß die nationalökonomische Bestimmung der Grenzen der Staatsfähigkeit mit den unbestrittenen dießfälligen rechtsphilosophischen und politischen Auffassungen vollständig zusammenfällt.

Es gewinnt so auch der in der Staatswissenschaft stets betonte Grundsatz seine tiefere Rechtfertigung: die Strebsamkeit des Einzelinteresses möglichst walten zu lassen. Jede höhere Gemeinform hat diesen Satz gegen die niedrigere zu befehlen: die Familie gegen das Individuum, die Gemeinde, Association, Korporation gegen Individuen und Familie; der Staat gegen alle vorangehenden Stufen. Jede Gemeinform ist um so höher und fruchtbarer, je mehr sie in sich die Selbstständigkeit und bewußte Selbstthätigkeit der Genossen wahr.

An diesen Satz lehnt sich der weitere: daß der Staat keine wirtschaftliche Funktion übernehme, welche entweder von niedrigeren Organen des Gemeinwesens (Korporationen, Gemeinden, Vereinen) oder von Privatunternehmungen für das Ganze wohlfeiler und wirksamer, weil mit unmittelbarer Kenntniß und unmittelbarem Interesse, vollzogen werden (Schädlichkeit des Staatsgewerbetriebes).

Je entschiedener wir diese Sätze anerkennen, desto unbedenklicher hat der Nationalökonom aus der anderen Seite dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist — alles dasjenige nämlich, was der Staat wirtschaftlicher vollzieht, als es ein anderes Glied der bürgerlichen Gesellschaft vermag.

Gesichtlich kann hinsichtlich der ökonomisch richtigen Grenzen der Staatsfähigkeit ein großer Wechsel stattfinden.

Was früher besser polizeilich geleistet wurde, etwa die öffentliche Kornspeicherung, kann später besser von der Privatunternehmung geleistet werden, heutzutage vom freien Kornhandel. Was früher eine Sache der

Familie und Junft war, Altersversorgung, können heute theilweise die spekulative Lebensversicherung und die Sparkasse leisten.

Tritt eine derartige geschichtliche Wendung ein, so hat eine andere Grenzziehung stattzufinden, und diese macht sich dann auch, theils in freiem Wege z. B. durch andere Gestaltung der Familienfürsorge, theils im Wege der Gesetzgebung und constitutionellen Staatswirtschaft geltend.

Im Allgemeinen ist zu bemerken, daß das privatorwirtschaftliche System in steigendem Grade fähig wird, immer mehr Aufgaben wirtschaftlicher zu lösen, als es bisher für dieselbe Aufgabe durch Gemeinwirtschaften gelash. Die väterliche Gewalt, die Familien-, Gemeinde- und Staatsverwaltung, der öffentliche Charakter der Kirchen haben daher eine Tendenz sich abzuschwächen, wogegen die Individualfreiheit social und politisch, weil zugleich wirtschaftlicher, steigende Bedeutung erhält.

Cultur- und Rechtsgeschichte bezeugen dieses Gelee auf tausend Blättern. Weisen wir es an dem Beispiel der vielfachen Auflösung des mittelalterlichen Corporations- ins Associations-Vereins-Genossenschaftswesen und in die individuelle Selbsthilfe etwas näher nach, wobei wir bemerken, daß auch der Staat eine Corporation im weiteren Sinne darstellt.

Durch die Freiheit und Selbstbestimmung, welche sie der Gemeinwirtschaft läßt, zeichnet sich die moderne Association vor der alten Korporation aus. Sie gesellt das Gleichartige ungenötigt, sie führt in das Gebiet der gemeinsamen Anstrengungen das Princip freier Arbeitstheilung mit seinen Folgen ein. Eine und dieselbe Association umschließt Mitglieder aller Stände, Berufsarten, Erwerbszweige, Nationalitäten, eine und dieselbe Individualität nimmt aber auch an allen möglichen Associationen Theil, so daß der Gemeinorganismus zwar mit weniger sichtbaren, aber mit viel umfassenderen und vielfältigeren Fäden verknüpft ist als mittelst der rein korporativen Form, welche das ganze Individuum mit seinem ganzen Leben absorbirt, Stand gegen Stand, Korporation gegen Korporation stellt, ausschließt und bindet war. Wie viel höher stehen die Associationen und selbst die gezielten Korporationen von heute, indem sie freien Zutritt und freien Austritt gestatten, auf Freiwilligkeit, Erwerbsfreiheit, Vereinsfreiheit, Auswanderungsfreiheit basiren, gegenüber dem Staat, der Gemeinde, der Junft und sonstigen Korporationen des Mittelalters und selbst noch des vorigen Jahrhunderts! Wie viel höher der Familienverband mit seiner Sorge zur Bildung für die Selbstständigkeit in der Welt, gegenüber dem Recht des römischen Familienvaters auf Leben und Tod, gegenüber der Abgeschlossenheit der mittelalterlichen Familie! Wie viel wirksamer die neueren Hypothekeninstitute gegenüber den streng korporativen älterthümlichen Kreditvereinen unter Friedrich dem Großen!

Ein blühendes freies Associationswesen, eine große Kraft des Privatunternehmungsgesistes zur Verrichtung bedeutender Gesamtfunktionen setzt aber einen ziemlich hohen Grad wirtschaftlicher Bildung voraus. Es ist daher stets ein gutes Zeichen, wenn Funktionen von Zwangsgemeinschaften,

wie es Gemeinde und Staat sind, übergehen in die Hände der freiwilligen Genossenschaften und des Privatunternehmungsgeistes. Wenn Jänfte durch freies Assoziationswesen, Gemeinde- und Staatschulen durch freie Bildungsunternehmungen, die öffentliche Gegenseitigkeit durch das freie Versicherungswesen, das Staatstransportwesen durch die Privattransportindustrie wirklich und vollständig ersetzt werden, so beweist dies eine hohe Stufe wirtschaftlicher Evidenz und es ist eine sehr erfreuliche Erscheinung.

Nur darf man nicht der Meinung sein, daß an sich schon und unter allen Umständen das Funktionieren der privaten Organe das Bessere sei, daß überhaupt die Aufgabe des Staates eine geringere, oder jemals auf Null gesetzt werden werde. Die Aufgabe des Staates, als des Organes der Einheit aller Interessen eines bestimmten Volkes, wird in dem Maße, als diese Interessen sich verzweigen und die Bedeutung des Gesamtverbandes wächst, eine, wenn auch nicht quantitativ, so doch qualitativ allgemeinere und schwierigere werden. Die Ordnung des Ganzen durch das Recht und die Ausübung des Rechtes durch die Verwaltung stellt vermehrte und erschwerte Aufgaben. Wenn z. B. der Privatunternehmungsgeist den ganzen Eisenbahn- und Telegraphendienst besorgt, so bleibt der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates doch eine große Aufgabe, durch Recht und Verwaltung das Gesamtinteresse dabei aufrecht zu erhalten. Die Sorge des Staates für das Erziehungswesen vereinfacht sich nicht, wenn Korporationen, Privatvereine, Privatunternehmer die Erziehung übernehmen; sie einseitlich und richtig zu leiten und allgemein zu machen, ihr die besten Muster, Methoden, neuen Bedürfnisse zu zeigen, macht den staatlichen Antheil an der Schulpflege intensiver immer schwieriger. Ähnlich verhält es sich mit allen Seiten der staatlichen Aufgabe, namentlich auch mit der Volkswirtschaftspflege; der Umfang der unmittelbaren Einmischung des Staates in das Privatwertsleben (Regie), nicht aber die volkswirtschaftspolitische Tiefe seiner Aufgabe pflegt abzunehmen. Der folgende § zeigt dies noch weiter.

§ 179. **Unveränderlichkeit gemeinwirtschaftlicher Organe.** Wie weit auch der in § 178 geschilderte Proceß fortschreiten möge, so kann doch nicht daran gedacht werden, daß überhaupt gemeinwirtschaftliche Organe je ganz aufhören werden, ökonomisch berechtigt zu sein, und daher wirklich zu existiren.

Die Autorität der Justiz und Polizei z. B., wie sie nur einem Gemeinorgan übertragen werden kann, läßt dauernd eine Reihe der eigenen Funktionen des Staates zugleich als die wirtschaftlichste Befriedigungsweise gewisser Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft erscheinen, eine Reihe der höchsten und namentlich der nachhaltigsten Interessen können nur vom Staate besorgt werden; gewisse Einrichtungen des großen Verkehrs, internationaler Schutz können nicht privatwirtschaftlich befriedigt werden. Man denke an Justiz, Polizei, Straßenwesen, Militärschutz, Kriegsmarine, Diplomatie!

Hienach kann es nicht schwer fallen, über die Grenzen der Regierungsgewalt einen richtigen Standpunkt zu gewinnen.

Wenn die Einen sagen, es sei am besten, Alles dem Spiel der freien Konkurrenz zu überlassen, so ist dies offenbar aller Wirklichkeit widersprechend. Der Staat ist von jeher, je höher die Völker standen, ein um so wirtschaftlicheres Organ der Gesellschaft gewesen. Es ist ein Traum, an eine geordnete Interessensharmonie ohne Regierungsgewalt, an die sog. „gemüthliche Anarchie“ (Proudhon) zu glauben.

Andere, welche die Unmöglichkeit des absoluten Gefenlaffens, des sog. laissez faire, laissez passer, einsehen, ziehen sich mit der Behauptung aus der Verlegenheit: der Staat habe nur gegen Gewalt und Betrug zu schützen. Zur Noth taugt zwar zu dieser Behauptung die weitgehendste Regierungseinschmückung und Staatsüberwindung. Aber bei strenger Auslegung würden sehr wichtige Funktionen des Staates und Rechtes: Feuerpolizei, Wegpolizei, Medicinalpolizei (worin England und Amerika so traurige Erfahrungen wegen mangelnder Staatsfürsorge gemacht haben), es würden die wesentlichsten Bestimmungen des Eigenthums, Forderungen, Handels, Erbrechts, es würden die Anordnungen über Münze, Maß, Gewicht nicht oder nur zum Theil gerechtfertigt sein. Es ist also nur etwas sehr Allgemeines, ohne klare, nationalökonomische Bestimmung des Principes, wenn man die Staatsgewalt auf Schutz gegen Gewalt und Betrug beschränkt.

Wieder Andere sagen: der Staat ist auf die Handhabung von Recht und Gesetz zu beschränken. Aber auch damit ist die Grenze der Regierungsgewalt nicht bestimmt. Der Satz hat seinen guten Sinn, sofern er besagt, die Regierung soll nicht nach Willkür handeln, sondern in den Schranken der gesetz- und verfassungsmäßigen Befugnisse bleiben, oder sofern gesagt werden will, der Absolutismus als die an kein Gesetz gebundene Regierungsgewalt passe für ein höheres Staatsleben nicht. Aber innerhalb des Rechtes und Gesetzes kann die Regierungsgewalt eine sehr weite, die Staatsgewalt sogar eine sehr schädliche, der Wirtschaftlichkeit widersprechende sein. Die Frage ist also auch hienüt nicht beantwortet.

Offenbar läßt sich die Regierungsgewalt inhaltlich im Einzelnen gar nicht bestimmen. Aber es läßt sich sagen: sie ist nationalökonomisch begründet, wo sie Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft am wirtschaftlichsten, — wirtschaftlichster, als jede Art von Privatwirtschaft oder von sonstigen Formen der Gemeinwirtschaft, oder wo sie diese Bedürfnisse überhaupt allein befriedigen kann. Damit ist dann auch schon gefordert, daß der Staat den privatwirtschaftlichen Trieb im Volke nicht erlöse, und daß die Grenzen der Staatsfähigkeit im Verlaufe der Geschichte wechseln.

Der Staat kann unmittelbar und höchst umfassend eintreten müssen, da und dann, wo und wenn für eine notwendige Funktion das entsprechende privatwirtschaftliche Organ sich nicht findet, z. B. Fluß, Weg, Medicinal-, Feuerpolizei, Pflege der höheren Wissenschaft, der Schule.

Der beherrschende bureaukratische Absolutismus der letzten zweihundert Jahre, welcher aus dem verfallenen Lebensweisen die moderne Staatsgewalt erst hervorzubilden hatte, hat früher auch genügt.

Diese Grundzüge sind die richtigen bei jeder Regierungsthätigkeit, und von keinem einzigen Gebiet der Volksthätigkeiten kann die Staatsgemeinschaft grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Im Allgemeinen ist in Deutschland und namentlich in Frankreich eintrieb zum Zwiel, in England bis vor kurzer Zeit ein Hang zum Zwielregieren dagewesen, welcher hier freilich seit einigen Decennien durch sich überlitzende Verwaltungsgeetze verdrängt zu werden scheint. Beide Systeme können in die rechte Mitte übergehen, wenn sie sich ergänzen. Wenn das Zwielregieren des Polizeistaates ein Verkenen der vom Schöpfer erhalten und immer mehr wachsenden privatwirtschaftlichen Kraft ist und zur bürgerlichen Unfreiheit und zum Despotismus führt (Frankreich), so ist das Anknüpfen gegen die Regierungsthätigkeit überhaupt ein Verkenen derjenigen Aufgaben, welche nur von der Gesamtheit nach gesetzlicher Bestimmung und z. Th. nur durch die Arbeits- und Verursachung des Beamtenthums wahrgenommen werden können; denn auch der Regierungs- oder Beamtenberuf ist ein Ausfluß wirtschaftlicher Arbeitstheilung (s. § 209).

Es kommt einerseits auf den Stand und Inhalt der Kultur, andererseits auf die Entwicklung der bürgerlichen Selbstthätigkeit an, um zu bestimmen, was der Staat seiner Verwaltung vorbehalten muß. Ein alter Patriarch und ein moderner konstitutioneller König, ein Präsident der Republik in den Vereinigten Staaten und ein Selbstherrscher aller Neupfen, ein mittelalterlicher Herzog, der nur Recht sprach, und ein Fürst des letzten Jahrhunderts, der den modernen Staatsbegriff entwickelte, haben sehr verschiedene Staatsaufgaben zu vollziehen.

Wir haben bei verschiedenen Erörterungen, deren praktisch wichtigste Anwendung eben diejenige auf den Staat ist, den letzteren zunächst und hauptsächlich im Auge gefaßt.

Zudem der allgemeine Grundzug gilt auch von anderen Formen der Gemeinwirtschaft: z. B. die wirtschaftlichste Erziehung, die wirtschaftlichste Ordnung der Genimtion wird stets in der Familie, die ökonomische Organisation des äußeren Religionslebens und der Volksbildung wird für die Mehrzahl wohl die durch Kirche und Schule bleiben.

XXVII. Kapitel: Berechtigte und verwerfliche Gemeinwirtschaft: Sozialismus und Communismus.

§ 180. Rationalökonomischer Rasthaß für die Beurteilung des Communismus und Sozialismus. — Diese „rothen Gespenster“ finden durch Anwendung des (in den §§ 178, 179) aufgestellten Grundgesetzes leicht und einfach ihre Würdigung und Bannung.

Schon Richter hat den communistischen Forderungen einer allge-

meinen staatlich erzwingenden Gütergemeinschaft, und den socialistischen Forderungen einer staatlichen „Organisation der Arbeit“ entgegengehalten, daß ja bereits eine sehr umfassende Gütergemeinschaft im Staate ver-liege, für dessen Zwecke Millionen von Genetzhältern veranlagt werden. Eine staatliche Organisation der Arbeit ist im öffentlichen Dienst bereits verwirklicht, und im öffentlichen Kredit werden weit aus-einanderliegende Generationen eines Volkes zu einer solidari-schen Wirtschaftsgemeinschaft verbunden.

Man könnte dem beifügen, daß in der Familie, deren Grundlagen der Communismus zertrümmern wollte, der weichtätigste Communismus liegt.

Sogar das privatwirtschaftliche System ist, was der erste Hauptabschnitt dieses Buches nachwies, in weiterem Sinn ein „Socialismus“, sofern Alle für Alle, wenn gleich unter privatem Austausch, produciren, und Jeder vorwiegend die Früchte der Arbeit Anderer genießt. Insofern ist es wahr, daß schon lange „Eigentum eines Jeden Fremdtum“ ist (Rassalle); denn auch die freie Tauschwirtschaft ist ein gesellschaftliches, „social“ System. Die Frage ist nur, ob diese freie Tauschwirtschaft durch den Staat und durch socialistische Batriarden wirtschaftlicher regulirt werden würde, als durch den concurrenden Tauschkampf Aller mit Allen.

Jedenfalls die staatliche Gütergemeinschaft fehlt dem jetzigen gesellschaftlichen System menschlicher Wirtschaft nicht. Und soweit sie schon da ist, ist sie im Wesentlichen nationalökonomisch gerechtfertigt. Alle dies-fälligen Streifragen laufen nach § 178 einfach darauf hinaus: ob eine Aufgabe gleich vollkommen und gleich nachhaltig ökonomischer in Gemeinwirtschaft oder in Privatwirtschaft ihre Befriedigung finde.

§ 181. Fortsetzung. So weit das Letztere zutrifft, ist die Staats-gütergemeinschaft verwerflich, verwerflich ist daher der Communismus, welcher alles menschliche Wirtschaften nur in die staatliche Gemeinwirtschaft auflösen, in der Einen Schablone die mannigfaltigen Formen und Gliederungen (Privatunternehmung, Familie u. s. w.) des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems untergehen lassen will; denn er findet in der Er-fahrungstatsache keine Widerlegung, daß zahllose Bedürfnisse durch privatwirtschaftliche Concurrenz, durch Familie, freie Associationen, Kirche u. s. w. zugleich wirtschaftlicher und vollkommener befriedigt werden.

Weil die wirtschaftliche Freiheit und Selbstsucht eines Jeden in Entwicklung der eigenen Wirtschaft Störungen in der Interessenbar-menie möglich macht, soll nach den Phantastereien des Communismus wider alle Natur, welche den Menschen auch als Einzelnen und Einzelstrebenden geschaffen hat, und welche z. B. schon im Kindertrieb den Eigenthumstriebe als einen der stärksten hervor-treten läßt, alles Wirtschaften der Einzelnen und der Familien aufgehoben und in eine vom Staat geleitete angeblich selbstlose Gütergemeinschaft umgeben werden. Das Privateigentum, das Erbrecht, die Familie, die Ehe, das

Geld (als Hinz- und Herträger des Wertes zwischen den egoistischen Einzelwirtschaften) sollen abgeschafft, die freie Konkurrenz soll in freie Bruderschaft verwandelt werden. In Frankreich haben hauptsächlich Babeau, St. Simon, Fourier, Cabet u. s. w. diese Theorien verbreitet, Verschwörungen und mißlungene Versuche dafür gemacht.

Ihr Irrthum ist klar: die Gütergemeinschaft kann nicht alle Bedürfnisse ebenso wirtschaftlich befriedigen als das private System der Konkurrenz, andere nicht so vollständig, als es die Familie vermag. Der staatlichen Gütergemeinschaft würde sehr vielach der Sporn des Fortschritts fehlen. Ihre Verwaltung wäre unmöglich; denn sie macht Alle faul, wenn, wie es der Communismus will, Alle gleich genießen sollen, ohne je Gleiches leisten zu können und zu wollen. Der Communismus führt daher entweder zu einer Ausbeutung des Starken durch den Schwachen (Broudhon), oder zu allgemeiner Faulheit und Armuth, aus der Ungleichheit freien Wohlstandes zur Gleichheit unreinen Glendes. „Um einer für den Pöbel angenehmen, aber kurzen Uebergangsperiode willen hätte man alle höheren Güter des Lebens, die über das Kartoffelessen, Brautweintrinken und Kindererzeugen hinausgehen, über Bord geworfen“ (Nescher). Mit der Idee der Gütergemeinschaft fallen auch Familie, Ehe und Erbrecht, wie denn vor den Neueren schon Plato die Weibergemeinschaft neben der Gütergemeinschaft vertreten hat. Allein treffend hat ihm schon Aristoteles (in der Politik) bemerkt: Bei der jetzigen Familieneinrichtung habe man mehr an einem Vater, als bei allgemeiner Brüderlichkeit unter Zwölfthausenden an einem Vater.

Oder will die Wirtschaftsgemeinschaft, so meinte es der Socialismus, eine Gütervertheilung nach Proportion des Beitrages an Talent, Arbeit und Kapital (sog. „Organisation der Arbeit“), so er giebt sich — ganz abgesehen von der Unmöglichkeit der Abschätzung durch socialistische Patriarchen —, daß in Folge dieser Vertheilung neue und progressiv wachsende Ungleichheit wieder eintritt und der alte Widerspruch sich von neuem erhebt. „Die Vertheilung müßte von Zeit zu Zeit wiederholt werden; wenn die Vienen Etwas vor sich gebracht, nähmen die Reichen es wieder weg.“ Der Communismus und Socialismus vernichtet sich nationalökonomisch auf jedem Punkte von selbst, er ist absolut unausführbar. Ueber die Kraftverwendung durch eine neue socialistische Vertheilung des Arbeitsreinertrags (statt durch Lohn, Zins und Unternehmergewinn) ist schon in § 18 Z. 7 (gegen Lassalle) das Nöthige bemerkt worden.

Während der Socialismus und Communismus von seinen Anhängern als Ziel der wirtschaftlichen Menschheitsentwicklung ausgegeben wird, bemerkt Nescher mit Recht, daß nur auf niedrigen Kulturstufen Spuren der Gütergemeinschaft vorkommen. Da ist oft der Diebstahl erlaubt, wenn man nur nicht ertappt wird. Im ältesten Sparta war die Mäßigkeit gemeinsam. Das alte Israel hielt die Jubelsjahre mit neuer Gütervertheilung und Schuldenerlassung, was dem neuen Israel ebenfalls wäre. Im

Mittelalter finden wir Gemeineweide, Markgenossenschaft, Almosen, noch heute in Rußland einen organisierten Adergemeindecommunismus. Alles dies ist wirtschaftlich erklärlich; denn je niedriger die allgemeine Kulturstufe, desto weniger hat der Einzelne eine besondere Entwicklung, desto mehr ist Alles durchschmittlich, desto mehr ist eine Gemeinwirtschaft am Plage, leichter übersehbar einerseits und notwendig zur Selbsterhaltung andererseits; noch heute kommen im amerikanischen Urmwald, wenn ein Ansiedler anlangt, die Nachbarn und bauen ihm gemeinsam das Wohnhaus.

Mit steigender Kultur tritt das Gegentheil ein. Die Individuen und ihr Vermögen entwickeln sich besonders, sie wollen Freiheit und auch ihre praktische Folge: Eigentum. Die Servituten und Zehnten werden abgelöst, Gemeineweiden vertheilt u. s. w. Je schärfer sich die einzelnen Persönlichkeiten entwickeln, desto schärfer muß sich der Eigentumbegriff gestalten. Für die Engländer mit ihrer individuellen Selbstthätigkeit gilt liberty and property gleichbedeutend, nur unter den staatlich centralisierten, von oben regierten Franzosen konnte neuerdings der Communismus Wurzel fassen.

Allerdings bedarf auch der entwickelte Mensch der Gemeinschaft, aber er giebt ihr freie Organe, im weiteren Sinne den freien Markt der Sachgüter und Dienstleistungen, im engeren Sinne das Assoziationswesen, den constitutionellen Staat, die frei bewilligten Finanzen. Während in England von 1685 bis 1841 die Bevölkerung sich verdreifachte, stieg der Staatsaufwand um's Vierzigfache. An den engl. gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften (friendly societies) nehmen 3 Mill. Menschen Theil und steuern dazu jährlich 5 Mill. Pfd. St. Auch auf dem Festland haben diese Vereine einen ungeheuren Aufschwung genommen; in Frankreich zählten 1859 die gegenseitigen Arbeitergesellschaften 506000 Mitglieder mit 21 Mill. Fr. Vermögen und sie haben sich neulich durch wechselseitige Uebernahme ihrer Mittelglieder bei Aufenthaltsveränderungen zu einer großen Standesgemeinschaft verbunden, welche die Freizügigkeit der Arbeiter erhöht. Im Staat, in der Armenpflege, geschieht sehr Vieles, so daß die neuere Gesellschaft, welcher man den Vorwurf der „atomistischen Zersplitterung“ macht, thatsächlich eine viel wirksamere, dabei freiere Gemeinschaft entfaltete als die früheren Perioden.

§ 182. Die „socialen“ Theorien als eine Mahnung. Kein Irrthum aber ist ohne einen Funken Wahrheit, auch Communismus und Socialismus haben berechtigte Gedanken angeregt.

Insofern gewisse Aufgaben, namentlich der Bildung und der Erziehung des Volkes, der Erhebung der unteren Klassen aus dem Pauperismus, durch gemeinwirtschaftliche Anstrengung überhaupt und besser gelöst werden können, hat auch der Staat als Organ der nachhaltigen Versorgung großer gesellschaftlicher Interessen wirklich einzutreten. Wo solche Aufgaben von den regierenden Klassen nicht gelöst werden, wo der liberale Staatsbegriff der Beugegierde wirklich, wie Lassalle sagte, eine „Kloß-

Nachwächteridee" wäre, d. h. den Staatszweck auf bloßen Eigenthums- und Personenschutz der Reichen beschränken wollte, da wäre die Gemeinwirtschaft auch so weit nicht vorhanden, als sie wirklich wirtschaftlich gerechtfertigt und zu realisiren ist.

Die ultraliberale Entleerung des Staatsbegriffes ist auch eine Verirrung, und sie ist theoretisch und praktisch möglich; indessen im modernen liberalen Staat doch nicht so weit gebieten, als die Socialisten in ihren Verwerfungsurtheilen und in ihren Anklagen gegen den „liberalen Bourgeoisstaat" behaupten:

theoretisch — sagen wir — ist solche Verirrung möglich, wenn der Staatsbegriff gar zu leer gefaßt und ein reines Geistesabstraktes (extremes laissez faire laissez aller) an Stelle einer lebendigen Staatsauffassung vertheidigt wird,

praktisch wird dieser Irrthum, wenn etwa eine engbergige Aristokratie an der Masse der Bevölkerung die Aufgaben des Gemeinwesens verläßt. Dann ist eben Gemeinwirtschaft nicht einmal so weit verwirklicht als sie auch ökonomisch zu fordern ist. Die socialistischen Theorien sind dann um phantastisch übertreibende Kritik einer fehlerhaften Proportion des staatswirtschaftlichen Systems zum privatwirtschaftlichen System der menschlichen Gesellschaft.

Hieraus wird denn auch das geschichtliche Erscheinen der Theorien des Socialismus und Communismus erklärlich. Wie Mosher sehr gut beobachtet hat, verbreiten sich die Theorien des Socialismus und Communismus immer dann, wenn namentlich in Städten der Gegensatz von Reich und Arm schroff hervortritt, die Arbeitsehehlung so weit gebieten ist, um ihren Zusammenhang dem ungebildeten Auge zu verhallen, wenn wiederholte politische Revolutionen oder ultrademokratische Staatseinrichtungen das allgemeine Rechtsempfinden erschüttert, den Wahn der Menge genährt, ihre Begehrlichkeit gesteigert haben und die Masse an Bildung und Unterhalt verarmt ist. (Zeit der Gracchen in Rom; Bauernkriege und Wiedertäufer zur Zeit der Reformation; neueste Theorien seit der ersten französischen Revolution.) Dann kommt, wie Stahl sagt, folgerichtig die Anschauung auf: „wenn meine Willkür das Princip der Rechtsordnung ist, so kann auch mein Genuß das Princip der Vermögensvertheilung sein", der Grundgedanke der christlichen Liebe: — „was mein ist, das ist dein" — verkehrt sich in den Satz: „was dein ist, das ist mein." Die Masse, von liberalen Parteiführern für ihre Zwecke mit brodelnden Phrasen gelenkt, will die Freiheit praktisch angewendet wissen, und wendet sich um, wie es bei den französischen Socialisten der Fall war, mit dem wüthenden Haß gegen den politischen kahlen formalen Liberalismus (die legistes St. Simons), welcher ihr als die Herrschaftsform einer neuen Aristokratie der Bourgeoisie und der Geldaristokratie nämlich, erscheinen muß.

XXVIII. Kapitel: Oekonomie und Technik der Gemeinwirtschaft. Insbesondere das Verhältnis der Nationalökonomie zu den Staats- und Rechtswissenschaften.

§ 183. Die ökonomische und die technische Seite des gemeinwirtschaftlichen Systems. Indem wir die verschiedenen Formen der Gemeinwirtschaft als Glieder in den wirtschaftlichen Gesellschaftsorganismus einfügen und für die Nationalökonomie als die wirtschaftliche Gesellschaftswissenschaft reclamiren, haben wir uns sowohl gegen Mißgriffe, als gegen Mißverständnisse zu bedenken.

Wie, wenn Familie, Gemeinde, Genossenschaft, Staat, endlich sogar das Völkerrichtsleben im Wirtschaftssystem der menschlichen Gesellschaft, beziehungsweise in der Nationalökonomie aufgehen, so muß ja alles Wissen von diesen Gemeinschaften, insbesondere die Staats- und Rechtswissenschaft Nationalökonomie werden, dann erhält man eine Wissenwissenschaft „über Alles und noch einiges Andere," — dann scheint nur derselbe Fehler wieder begangen, welcher schon einmal von Storch, dem staatswirtschaftlichen Lehrer des Kaisers Nicolaus begangen worden ist, — die Nationalökonomie ist dann nicht mehr blos „Theorie des Reichthums", sondern auch des „inneren" Güterlebens, „Theorie der Civilisation" oder die Gesamtheit aller Culturrwissenschaften!

Diesen anscheinenden Fehlschlüß, diese Verkennung der Oekonomie gerade für ökonomische Wissenschaft, diesen Verstoß gegen zweckmäßige wissenschaftliche Arbeitsteilung, — vermeiden wir nun aber vollständig und b mit allem Bedacht.

Wir unterscheiden Technik und Oekonomie der Gemeinwirtschaften von einander; nur von Seite der letzteren fallen Staat, Familie u. s. w. in die Wissenschaft vom gesellschaftlichen System der menschlichen Wirtschaft, d. h. in die Nationalökonomie (vgl. schon § 5).

Die Nationalökonomie hat hiernach das Privatrecht und das Staatsrecht, den bürgerlichen und den peinlichen Proceß, das Polizeirecht und das Finanzrecht, das innere Staatsrecht und das Völkerrrecht, die Politik der Verfassung und diejenige der inneren Verwaltung (Polizeiwissenschaft) gerade so wenig zu lehren, als sie etwa deßhalb, weil sie Privatproduktion und Privatehandel, kurz das privatwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft beobachtet — lehren müßte, wie man Korn und Hopfen pflanzt, Ochsen mäht, Pferde züchtet, Keller wölbt, Häuser zimmert, Glasch schmilzt, wie man webt und färbt, Soda und Lichter fabricirt, Frachtbriefe schreibt und Hauptbücher führt.

Und dasselbe, was vom Staat, gilt von anderen Formen der Gemeinwirtschaft. Die Familienwirtschaftslehre z. B. innerhalb der Nationalökonomie kann kein Kochbuch, keine Erziehungslehre werden, nicht über das Technische der Haushaltung, nicht über Grundsätze der Kindererziehung sich verbreiten. Genauso wenig kann davon die Rede sein, Pastraltheologie in der Nationalökonomie zu treiben, weil diese auch die

Kirche, oder Gemeinderathungswesen vorzutragen, weil sie auch die Gemein- den als Glieder des wirthschaftlichen Gesellschaftsorganismus anzusehen hat.

§ 184. Die Staats- und Rechtswissenschaften sind dasselbe für das Wissen von der staatlichen Gemeinwirtschaft was die Technologie, landwirthschaftliche Produktionslehre, die Handelswissenschaft für das Wissen vom privatwirthschaftlichen System sind. Wie die privatwirthschaftliche, so verzweigt sich auch die staatswirthschaftliche Technologie in einzelne Fächer, Staats- und Rechtswissenschaften genannt; denn der Jurist muß technisch gebildet werden, um zu wissen, nach welchen Grundsätzen und in welchem Verfahren ein Rechtsfall zu entscheiden ist, wie der Techniker im e. S. auf das Construiren von Maschinen und Häusern, der Bäcker auf das Backen zu schulen ist.

Wenn nun aber die Nationalökonomie die Fächer der privatwirthschaftlichen Technik nicht an sich reißt, obwohl sie das gesellschaftliche System der privatwirthschaftlichen Erzeugung und Vertheilung der Erzeugnisse der Privattechnik anerkanntermaßen zu ihrem eignen Gegenstand zu nehmen hat, — so wird man auch nicht sagen können, daß die Nationalökonomie deshalb zur vollen Staats- und Rechtswissenschaft sich ausbreite, weil sie das System der Gemeinwirtschaften als die zweite große Hälfte ihres Stoffes in die Betrachtung des wirthschaftlichen Gesamtsystems der menschlichen Gesellschaft hineinzieht.

Nicht die Technik der Staatsverwaltung ist Aufgabe einer Staatswirthschaftslehre, sondern in dieser sind zu betrachten: die Gesetze und die Formen, durch welche die Wirthschaftlichkeit auch da sich Geltung verschafft, und durch welche das gemeinwirthschaftliche sich mit dem privatwirthschaftlichen System auf die wissenschaftliche Weise in Verbindung und Harmonie versetzt und zum vollen gesellschaftlichen Gesamtsystem menschlicher Wirthschaft sich erhebt. Dieß wird unten gesehehn.

Das Wirthschaftliche in jeder Form gesellschaftlicher Organisation ist Sache der Nationalökonomie, in welcher sich die private- und die gemeinwirthschaftlichen Leben zwar unterscheiden, aber ohne wechselseitige Verstimmlung nicht in zwei einander fremdartige und unterbundene Wissenschaften zerfallen lassen.

XXIX. Kapitel: Gewähren der Gemeinwirthschaftlichkeit.

§ 185. Die Kräfte der Gemeinwirthschaftlichkeit. Die Wirthschaftlichkeit besteht darin, wirklich gebrauchswürdige Güter möglichst sparsam zu erzeugen und anzuwenden, und zwar in einer den wirthschaftlichen Zustand nachhaltig sichernden Weise.

Im privatwirthschaftlichen System findet nun die Wirthschaftlichkeit volle Geltung durch das Walten des Eigeninteresses und durch den freien Kampf, welchen dieser privatwirthschaftliche Grundtrieb in der Tauschkonkurrenz von Angebot und Nachfrage auf dem Markte organisiert (§ 183). Dieß eben ist das unterscheidende Charaktermerkmal des privat-

wirthschaftlichen gegenüber dem gemeinwirthschaftlichen Organismus der menschlichen Gesellschaft. Nicht begehrte Dinge werden dort nicht nachgefragt, zu kostspielig erzeugte und daher zu theuer ausgebotene Güter werden von der Konkurrenz solcher Verkäufer, welche wirthschaftlicher erzeugt haben und daher wohlfeiler anbieten können, vom Markte verdrängt. Die Herrschaft der Wirthschaftlichkeit durch privatwirthschaftliche Tauschkonkurrenz ist ebenso unmerkbar mächtig als unmerkbar einfach.

Faßt scheint es beklagenswerth, daß das privatwirthschaftliche Grundprincip nicht alle Bedürfnisse des menschlichen Lebens versorgen kann. Daß es wirklich den Aufgaben der Erziehung, der religiösen Bildung, der wissenschaftlichen Forschung, der Ordnung in der gesellschaftlichen Totalbewegung, den nachhaltigen Interessen aller auf einander folgenden Generationen eines Volkes nicht Genüge schaffen kann, ist eine unbestreitbare Erfahrungsthatsache.

Als Umstände, unter welchen die Tauschkonkurrenz nicht durchaus der höchsten Wirthschaftlichkeit dient, also ökonomisch, oder auch natürlich aus geschlossen ist, sind u. A. wesentlich die folgenden hervorzuheben:

1) Ein Sachgut oder eine Leistung dient vielen zugleich und dem Einzelnen in nuernehrbarer Weise: eine Menge von Handlungen und Anstalten der Staats- und der Gemeindepolizei, der inneren und der auswärtigen Verwaltung der Staaten, der Handlungen der Kirche, fällt unter diesen Gesichtspunkt und erklärt die essentially-staatliche Gestaltung derselben. Die Wirthschaftlichkeit der bloß einmaligen Erzeugung für Alle und die Unmöglichkeit der besondern Tauschvergeltung durch die Einzelnen schließen hier ökonomischer Weise die Produktion und die Vertheilung der Sachgüter und Dienstleistungen mittelst des privatwirthschaftlichen Concurrenzschemas aus.

2) Die betreffende Bedürfnisbefriedigung kann nur durch ausschließenden Betrieb ihrer Aufgabe gemäß erreicht werden: so das Recht, welches die gesellschaftliche Gesamtbewegung in einseitige Ordnung zu bringen hat, die Leistung des Rechtes kann nach der Idee des Rechtes nur eine ausschließliche sein. Ähnlich kann die kirchliche Pflege der religiösen Idee innerhalb einer und derselben Kirchengemeinschaft nicht concurrenzmäßig, sondern nur mehr oder weniger hierarchisch stattfinden. Dagegen kann und soll bis zu einem gewissen Grade für die wissenschaftliche Produktion die freieste Concurrenz bestehen. Allein auch sie führt zu essentialen Anstalten, theils weil Eine Anstalt als Bildungsmittel für Viele genügt (Bibliotheken), also ökonomischer ist, — theils weil die Produkte der reinen Wissenschaft Gemeingut werden, zur Nutzung kommender Generationen angehäuft; während auch der Gelehrte leben muß, finden seine Produkte in Widder-Vorlesungs-Honoraren u. s. w. nicht sofort den Aufwand an Arbeit und Verdien den entsprechenden und gleichmäßig fortlaufenden Tauschgehalt. Daher öffentliche Präsentation wissenschaftlicher Anstalten und Arbeitskräfte.

3) Für die Masse der Menschen ist nach Familiengruppen das Essen, Wohnen, Beheizen durch eine Gemeinschaft der häuslichen Production und Verzehrung gemeinſam. Diese Gemeinſamkeit ist nicht bloß nach dem Gebote der Natur nothwendig, sondern auch überwiegend ökonomisch; die gesonderte Befriedigung jedes Individuums für sich in Beziehung auf Speise, Trank, Wohnung durch concurrenrende Unternehmer würde das Gesamtergebnis, wie uns scheint, weit mehr kosten, um nur die nächste sinnliche Befriedigung zu erzeugen, — zu schweigen von der Ausbildung der ganzen persönlichen Kraft, also auch des wirtschaftlichen Arbeitsvermögens einer Nation, wofür Gemeinſchaft von Haus und Herd unerläßliche Vorbedingungen bleiben werden. Die letzte Stufe der Zubereitung der Mittel der leiblichen Befriedigung und ihre Vermittlung an den unmittelbaren Consum ſcheint überhaupt einen Zug zu gemeinwirtschaftlicher Gestaltung zu haben: der häusliche Tisch, das gemeinsame Wohnzimmer, die Wasserleitung, städtische Gasbeleuchtung, — selbst die table d'hôte mit reichlicherem Genuß, oder gleichem Preise für ungleichen Appetit, dürfte anzuführen sein. — Ähnliches im Dientconsum der Erbauung und Erziehung in Schule und Kirche; Selbsterziehung der Kinder, religiöse Erbauung nur in Gemeinſchaft.

4) Eine Reihe von Befriedigungen verlangen die einheitliche und abschließende den ganzen Consumenſtenkreis durchziehende Organisation, gleichartige Verzweigung bei Centralisation des Gesamtdienstes. Dies tritt namentlich hervor bei den Verkehrsanstalten, welche die Aufgabe haben, das Bestreute zu verbinden. Sie verlangen Einfachheit des Dienstes (daher eine gewisse Abwertung ungleichartiger Leistungen im Preise: Tarife, Einportelſätze u. ſ. w.), gleichmäßige Entwicklung und Bedienung der Gemeinſamkeit des Landes, längere Dyer bis zur Erziehung einer rentablen Transportmaße u. ſ. w. (ſ. Näheres § 252 f.). So ist denn die Poſt allgemein, der Telegraph meißt, die Eisenbahn theilweise unmittelbare Staatsanſtalt geworden. Wohl nur durch ihre Centralisation leiſtet die Poſt ihre Dienste für die kleinen Stützſtellen wechſelbar, als z. B. in England die Eisenbahnen, nur so vermag sie durch Verzweigung alle Zuflüsse zu eröffnen, auch wohlſeile Zahlungsanſtalt, in England als Spar- und Lebensversicherung zu dienen. Die Eisenbahn wird wegen der öffentlichen Regulirungen, welchen auch ſämmtliche Privatbahnen bei aller Verschiedenartigkeit der Conſeſſionssysteme unterliegen, überwiegend als eine öffentliche Anſtalt anzuſehen ſein; verlangen doch ſonſtige Anhänger des laissez faire, laissez passer, und zwar ſelbſt Kaufleute, eine härtere, vielleicht eine zu ſtarke Einmischung des Staates in die Eisenbahnſtraßfragen. Bei der alten Art der Communication iſt zwar Concurrenz in den Fahrzeugen und Betriebskräften, der Weg aber (die Landſtraße) iſt auch da nicht ein von der Concurrenz erzeugtes, ſondern ein gemeinwirtschaftliches Inſtitut. Sogar in der Frage: Zettelbankfreiheit oder Zettelbankmonopol? große oder kleine Banken? — dreht ſich eine Hauptſeite der Controverſe darum, ob

nicht für diese Art des Kreditverkehrs die Centralisation das ökonomischere ſei; neuerdings hat dieſe Maße für die preußiſche Bank geltend gemacht.

5) Mit Leiſtungen, welche nicht der directen Vergeltung fähig ſind oder ſpäte und daher ungewiſſe Vergeltung in Ausſicht ſtellen, ſiehet ſich überhaupt kein Angebot von Concurrenten ein: Pflege des Alters, der Kinder durch die Familie, Sultentation der Wiſſenſchaft durch den Staat, kriegeriſche und diplomatiſche Wahrung der künftigen Nationalinteressen durch den Staat, Beſchränkung der Privatwaldwiſchſchaft durch die Forſtpolizei.

Vorſtehende Anführungen ſollten nur als vorläufige Nachweiſungen für den im Eingang dieſes Paragraphen aufgeſtellten, weittragenden Grundſatz dienen, daß für viele Bedürfniſſe der menſchlichen Geſellſchaft die Concurrenz als ſociale Kraft der Wiſchſchaftlichkeit nicht ausreicht.

Da maßen nun andere Grundkräfte der Wiſchſchaftlichkeit: Familienliebe, religiöſe Begeiſterung, Autorität und Machtſammelauffaffung des Staates, Achtung und Sultentation der wiſſenſchaftlichen Forſchung durch Staat und Stiftungen (ſ. Näheres § 187). Solche Kräfte ſammeln den Inſtitutionen, welche ſie ausgeſtaltet, befriedigen je eine beſtimmte Gattung von Bedürfniſſen in ihrer Art mit geringeren Dyeren vollkommener, alſo wiſchſchaftlicher, als es der ſeinem Weſen nach auf die ausſchließenden Interereſſen eines kurzlebenden Individuums gerichtete tauſchwiſchſchaftliche Gezeimnis zu thun vermöchte.

Obenſtehend iſt es aber auch von Grund aus verfehlt, die Gewöhriſchaft höchſter Wiſchſchaftlichkeit für alle Bedürfniſſe, welche durch die menſchliche Geſellſchaft zu befriedigen ſind, nur in der freien Tauſchconcurrenz zu ſuchen, die wiſchſchaftliche Geſellſchaftswiſſenſchaft oder die Nationalökonomie an den Grenzen der Erſcheinung des freien Tauſchwerthes ihr Ende finden zu laſſen, wie dieß behauptet wird.

Gegen Letzteres iſt nämlich einzuwenden:

Freie Tauſchconcurrenz iſt zwar ein äußerſt machtvoller Hebel der Wiſchſchaftlichkeit, aber ſie iſt nicht die einzige wiſchſchaftliche Grundkraft der menſchlichen Geſellſchaft.

§ 186. **Regativer Beweis.** Die freie Concurrenz vermag überhaupt eine Reihe von Aufgaben gar nicht, andere nicht ebenfalls wiſchſchaftlich zu löſen, als es gemeinwiſchſchaftliche Organe im Stande ſind.

Sie vermag keinen Vertheidigungskrieg zu führen, nicht in Juſtiz und Polizei Recht und Ordnung zu handhaben, weil Recht und Ordnung nur durch einen einheitlich durchgreifenden Arm, nicht durch Concurrenz zur Verwirklichung kommen können. Concurrenz vermag nicht Maß- und Gewichtswesen am wiſchſchaftlichen zu ordnen, nicht zugleich aufs wiſchſamſte und Kraft ſparendſte die Interereſſen einer Kirchengemeinſchaft oder die Aufgaben der Kindererziehung und der Krankenpflege zu löſen.

Der Einzelne, welcher auf den Kampfplatz der Tauſchconcurrenz tritt, muß mit mehr oder weniger enger Begrenzung auf den nächſtliegenden Gewinnerfolg ſehen. Er denkt inſteſondere nicht an jene nachhaltigen

Interessen, welche die verschiedenen Generationen der bürgerlichen Gesellschaft zu einem Ganzen in der Zeit, zu Einer Wirtschaft machen, worüber die Geschichte Buch führt. Welcher Einzelne würde auf dem Markt Befriedigungen vorauskaufen, die erst späten Geschlechtern zufallen? Weiß er doch nicht, ob er auch nur Nachkommen unter diesen Generationen zählen wird.

Die Concurrenz kann unmöglich jene gemeinsamen Bedürfnisse befriedigen, in deren Befestigung naturgemäß nicht Willkür, sondern Einheit walten muß, wie in der Vertheidigung des Vaterlandes.

Sie kann nicht jene Bedürfnisse befriedigen, welche, weil sie den Zusammenhalt des ganzen Volkes betreffen, wie Recht und Ordnung, nicht von jedem willkürlich aufgestellt, sondern einheitlich und mit gleich wägender Hand, unter Autorität über Alle, befriedigt sein wollen. Wohin käme es mit Rechtspflege und mit Polizei, wenn sie in Submissen gegeben werden würden?

Wie kämen im Tausch diejenigen Bedürfnisse zur Befriedigung, welche noch kein Tauschäquivalent geben können, und die auch nicht auf Kredit Befriedigung finden können, weil ihre künftige Gegenleistungsfähigkeit höchst problematisch ist. Man denke an den Säugling, der des Familiencommunismus bedarf! Man denke an die Opfer des Staates für die Wissenschaft; diese hat eine weltgeschichtliche Detonomie (§ 7) und ihre epochemachenden Entdeckungen werden erst nach Generationen in privatwirtschaftlichen Tauschwerth umgesetzt werden können. Man denke an Arme und Kranke!

Durch das privatwirtschaftliche Tauschsystem könnten — wir wollen von Vielem, was uns weiter vor Augen steht, nur noch Eines nennen — alle diejenigen Bedürfnisse, und es sind häufig leibliche und geistige Lebensbedürfnisse, keine Befriedigung finden, welche, wenn sie um Bezahlung ohne inneres Interesse erfüllt werden, dem Produzenten der Leistung als höchste Last, als höchst widerwärtig gelten, oder gar durch den bloßen Reiz des Gewinnes geeignete Befriedigungsorgane gar nicht finden können. Dagegen betrachte man die freiwillige Kinder- und Krankenpflege in den Familien, die Hingabe an ein schwieriges religiöses Missionamt, die thätige Theilnahme an Vereinen für humane Zwecke; diese Aufopferung ist, weil das gebrachte persönliche Opfer zugleich innerem freiem Triebe begegnet, nicht bloß viel vollkommener in ihrem Erfolg, sondern auch viel wirtschaftlicher in ihrem Dienst. Diese Dienste erfüllen mit einer sonst nicht durch Geld aufzuwiegenden persönlichen Ueberwindung die bezüglichen Aufgaben fast kostenlos, die Aufopferung wird nicht als Last empfunden.

Die Behauptung des ausschließlichen Zusammenfallens der Wirtschaftlichkeit mit dem System freier Tauschconcurrenz negirt sich auch insofern selbst, als notorisch die Concurrenz bisweilen zu wirtschaftlichen Kraftvergeudungen fähig.

So bekämpft man in den neueren Consumvereinen die Unwirt-

schaftlichkeit des z. Th. überzogen kleinen Detailhandels in Lebensmitteln. Ein neuerer freilich ebenso wunderlicher als origineller Schriftsteller (Carey) klagt den ganzen englischen Zwischenhandel als unwirtschaftliches, am Markt des Weltwoohandels nagendes Schmarozergewächs an.

Eisenbahnen haben sich „fusionirt“, um eine ihnen ruinöse und auch dem Publikum nicht nützliche Concurrenz zu befehligen und um durch Verminderung der Generalkosten den Transportdienst wirtschaftlicher produciren zu können. In dieser Beziehung sind Oalt's neueste Berechnungen über die Kraftvergeudung des jetzigen englischen Eisenbahnconcurrenzsystems und über die größere Wirtschaftlichkeit eines vom Staate direkt oder indirekt centralisirten Nationalbahnsystems gewiß höchst merkwürdig; daß in England letzterer Gedanke überhaupt nur agitiert wird, giebt schon genug zu denken (s. § 255).

Wie wirtschaftlich hat sich da und dort der städtische Betrieb Einer oder die Fusionirung mehrerer Gasanstalten erwiesen!

Leistet die Post, welche als einheitliche Anstalt mit thätiglicher und rechtlicher Ausschließung der Concurrenz thätig ist, z. B. in den neueren Ruralposten, wohl nicht viel wirtschaftlicher ihre Dienste, als die Privatconcurrenz sie leisten würde? Würde die letztere ebenso das ganze Land gleichmäßig in's Auge fassen und ihrem Betriebe jene Ausdehnung geben, durch welche die Post, nach kurzen Opfern für den Uebergang, auch wieder den Bevölkerungsmittelpunkten neue Wohlthaten bringen kann?

Müssen denn nicht lange Zeit wichtige Bedürfnisse ganz unbefriedigt bleiben, weil die Privatunternehmung sich nicht an sie heranwagt? Auch der Verluste und Vermögensvernichtungen ist zu gedenken, welche im privatwirtschaftlichen System erlitten werden, die ökonomisch Leiden und Vernünftigen sind auch zu zählen, welche auf der Wahlstatt der freien Concurrenz liegen bleiben!

Es wird in der That keine weitere Häufung von Belegen dafür bedürfen, daß die auf privatwirtschaftlichem Egoismus beruhende Concurrenz zwar eine hauptfächliche, aber nicht die einzige Triebfeder der Wirtschaftlichkeit in der menschlichen Gesellschaft ist.

§ 187. **Der positive Beweis.** Der Beweis für den so eben wiederholten Satz kann auch positiv geführt werden.

Es lassen sich die Kräfte wirklich bezeichnen, welche in gewissen Fällen — natürlich nicht ohne thätigliche unwirtschaftliche Ausnahmen, die nach dem Vorigen auch im Gebiet der freien Concurrenz vorkommen — Träger einer höheren Wirtschaftlichkeit in gemeinwirtschaftlichen Formen sind.

1) betreffend die Familie. Bereits haben wir die Hausfrau als Vertreterin einer ebenso ökonomischen wie vollkommen gestalteten Erziehung des Arbeitsvermögens und des Familieneinkommens kennen gelernt (§ 175). Fassen wir — von anderen Beobachtungen abzuweichen, welche sich leicht von selbst aufdrängen — weiter nur die für das gesellschaftliche Güterleben höchst wichtige Function der Uebertragung des Vermö-

gens von einer Generation auf die andere durch Erbschaft, von einer Familie in die andere durch Heirathsausstattung und Erbschaft ins Auge, so erweist sich auch da die Familienliebe als höchst wirksames Motiv der Wirtschaftlichkeit, als Organ wirtschaftlichster Erhaltung des Vermögens im Laufe der Zeit. In die Familie, welche den persönlichen Factor aller Wirtschaft im Wechsel der Individuen physisch erhält, wird auch naturgemäß die Tradition des Gütervermögens und die Pflege pflegebedürftiger Personen am wirtschaftlichsten sich anknüpfen. Die sinnlich-stiftliche Familienliebe realisiert einen Grad der Wirtschaftlichkeit für gewisse Bedürfnisbefriedigungen, welcher durch tauschwirtschaftlichen egoistischen, genossenschaftlichen Verbündung, staatswirtschaftliche Gesamtorganisation entfernt nicht ebenbürtig erreichbar wäre.

Ohne Familienliebe würde man kein Erbe und keine Ausstattung ansammeln. Das vergötterte Privatinteresse wäre, soferne es nachhaltige Wirtschaftsinteressen giebt, welche über das Privatinteresse ganz hinausliegen, ganz unwirksam, es würde zur egoistischen Verzehrung, statt zur Vermehrung des Volksvermögens, wie es bei Hagestolzen der Fall ist, hinführen. Mit wie Wenigem erhält dagegen eine Frau und Mutter das Arbeitsvermögen einer Familie, erzieht sie es an Kindern, welche noch nicht —, erhält sie es an Kranken und Alten, welche nicht mehr oder nie mehr als zahlungsfähig auf den Markt der Concurrenz treten könnten, wie thut sie dies häufig selbst da, wo das aus der Concurrenz hervorgehende Einkommen an Lohn, Zins, Gewinn und Rente groß genug wäre, um eine viel unwirtschaftlichere Föhrung des Haushaltes zu gestatten!

Wie wichtig werden die sonstigen verwandtschaftlichen Verhältnisse unter Eltern und Kindern, Geschwistern, verwandigten Familien für privatrechtswirtschaftliche Vorgänge, z. B. als Grundlage des Credit, als Motiv zur Umwandlung, Verwahrung und Veräußerung!

2) Die öffentliche und Vereinspflege der Armen und Kranken wird ebenso in vieler Beziehung eine wirtschaftlichere durch Herbeiziehung religiöser und humaner Motive. Man denke an die barmherzigen Schwelmer beider Confessionen, an die auch ökonomisch so unfriedigenden Ergebnisse einer handwerksmäßig bureaukratischen Armenpflege durch bezahlte Beamte. Ueber den wirtschaftlichen Character der Armenpflege überhaupt (s. die vorgehende Ausführung des § 157).

3) Das Vereinswesen betreffend — so wirken in ihm Motive der Humanität, der Ehre, selbst der Caprice und Eitelkeit höchst ökonomisch, indem man Arbeitskräfte und Volkseinkommensheile (als freiwillige Beiträge) für höchst nützliche Zwecke überhaupt wirklich verwendet, häufig von Sachverständigen, von den im Verein sich zusammenfindenden freien Interessenten irgend eines gesellschaftlichen Bedürfnisses aufs Passendste verwertet werden. Diese Kräfte wären sonst unwirtschaftlich verloren gegangen. Man denke an die Stiftungsfreigebigkeit in Ländern,

welche sich selbst verwalten, an die Millionen, welche von reichen Nordamerikanern für wissenschaftliche Zwecke gestiftet werden sind.

4) Betr. die Kirchen, — so ist gemeinsamer Gottesdienst nicht nur an sich selbst Bedürfnis, sondern die gemeinjamer Unterhaltung der Geistlichen, der Kirchen und des Kultus führt bei geringeren Opfern zu einer vollkommeneren Befriedigung religiöser Bedürfnisse.

Dies ist als ökonomische Rechtfertigung des kirchlichen Lebens zu beachten, wie sehr auch der Klerus durch Mißbrauch der Gewalt über die Seelen oft ein ausführender Stand geworden ist. Dieser letzteren Möglichkeit steht die andere Erfahrung gegenüber, daß begeisterte Gläubigen in höchster Selbstaufopferung, welche ihren religiösen Genuß fast kein Opfer war, Dienste geleistet haben und leisten, welche sich auf dem „Arbeitsmarkt“ überhaupt nicht kaufen lassen würden und doch ein Segen für Jahrhunderte geworden sind.

5) Was von der Kirche, gilt analog von der Schule und von der Wissenschaft. Wie dort die Religiosität, so wird hier das Streben nach Erkenntnis zu höchster Wirtschaftlichkeit für die Bedürfnisbefriedigung der menschlichen Gesellschaft, für die Geschichte der Weltökonomie. Erfinder, welche ihre Entdeckung preisgeben, Afrika-Afrikaner, welche sich dem Weltverkehr einer zehnten Generation nach ihnen opfern, schaffen der Menschheit, deren Wirtschaft in der Zeit wie im Raum eine ist, höchst begehrte Befriedigungen. Aber diese Vertreter einer Weltwirtschaftlichkeit in der Geschichte wie im Erdraum sind nicht vom Privatinteresse bewegt. Dieses würde hier Nichts leisten, die Wahrheit findet man nicht durch concurrenzielle Gewinn speculation, und die ökonomische Vergeltung ihres Dienstes muß eine besondere, in Stiftungen und Staatsbeiträgen öffentlich gedeckt sein.

6) Endlich der Staat! In ihm hat die Wirtschaftlichkeit eine besondere Vertretung schon dadurch, daß eine einzige Macht alle gleichartigen Dienste thut, wie denn z. B. Eine Münzstätte alles Geld münzt, Ein Gesundheitsamt für einen ganzen Bezirk wachet. Die Ausstattung mit der Autorität gestattet der Justiz und der Polizei, mit wenigen Kräften durchgreifend das Lebensbedürfnis der Sicherheit und Ordnung für Alle zu befriedigen, und durch das, was ihre bloße Existenz verbietet, sich vielleicht noch wohlthätiger zu erweisen, als durch das, was sie zur Wiederherstellung der Rechtsordnung gegen wirklich flattergehabte Verlegungen leisten.

Ehre und Pfllichtgefühl, Auszeichnung, collegiale Controle treten beim Staatsdienst zu der Autorität, einheitlichen Macht und ausschließenden Function, womit er besetzt ist, hinzu, um die staatliche Production und Verteilung gewisser Schutgüter und Dienstleistungen für die ganze Gesellschaft wirtschaftlich zu machen, obwohl wegen des besondern Characters derselben die Concurrenz in der Production gar nicht anwendbar wäre.

Die konstitutionelle Finanzwirtschaft bestimmt endlich

im Ausgabebudget die Gemeingüter, welche die Gesellschaft für gebrauchswert anseht, und die Art ihrer Vergeltung in dem Einnahmeetat; sie stellt ein Organ der Wirtschaftlichkeit für ein Gebiet dar, welches für die Wirtschaftlichkeit mittelst Concurrenz seiner Natur nach unerreichbar ist!

Wir gehen auf eine specielle praktische Anwendung des Vorstehenden ein. Durch diese Anwendung ergänzen wir zugleich die Lehre von den Kosten (§ 98) in einen wesentlichen Punkte.

Generalkosten und Specialkosten — einerseits bei Concurrenzwirtschaft, andererseits in gemeinwirtschaftlichen Systemen der bürgerlichen Gesellschaft.

Das Wirken anderweitiger Motive der Wirtschaftlichkeit, wo das Motiv der Concurrenz als wirtschaftlicher Bügel nicht wirken kann, ist sehr notwendig.

Alle Arten der Gemeinwirtschaft, sowie alle Monopole, welche als Ausnahmen in das Gebiet des freiwilligen Tausches hineingestellt sind, fallen nun leicht zwei Gebrechen anheim: 1) der verhältnismäßigen Größe der „Generalkosten“ gegenüber den „Specialkosten“, 2) dem Streben, lieber bei geringerer Geschäftsausdehnung durch hohe Einzelgewinne (hohe Eisenbahntarife), als bei Massenbetrieb durch niedrige Einzelgewinne einen großen Reinertrag zu erzielen, wenigstens auf die Kosten zu kommen.

Beide Schattenseiten, welche an der öffentlichen und an der Monopolwirtschaft leicht hervortreten, hängen aufs Engste zusammen:

Unter Generalkosten versteht man denjenigen Bestandteil der Kosten, welcher für die Produktion mehrerer Sachgüter und Leistungen insgemein sich auf sie verteilen, z. B. Beleuchtung und Heizung aus alle Einzelprodukte einer Fabrik, Computir- und Reisepensen einer Fabrik, die Nutzung eines kaufmännischen Speichers für sämtliche eingelagerte Waaren, Schuldsinsen und Steuern eines Etablissements, Lohn eines Aufsehers.

Unter Specialkosten dagegen versteht man die Kosten, welche auf das einzelne Produkt aufgehen: so und so viel Baumwollwerth, so und so viel Nutzung stehenden Maschinenkapitals im Centner Garn, so und so viel Auslage für Mehlengelder, Schmieröl, Kohle, Wagenabnutzung auf die Meile Wohnung u. s. w.

Es ist nun offenbar, daß, je mehr Einzelprodukte bei gleichem oder nur wenig sich erhöhendem Generalkostenanwande abgesetzt werden können, desto mehr die Kosten der Einzelprodukte sich mindern. Ein Bahnhofsinpector kostet nicht mehr, als 20000 oder 40000 Personen über seinen Bahnhof sich bewegen, ein Fabriksaal für 100 Arbeiter kostet gleich viel zur Beheizung, ob er voll oder nur mit 20 Arbeitern besetzt ist, ein Bahnzug per Meile kaum weniger, wenn er zu $\frac{1}{3}$ seiner Tragfähigkeit, als wenn er voll mit Gütern und Personen belastet ist, der Telegraphendienst

nicht weniger, wenn eine Station 10 Depeschen täglich befördert, als wenn es deren hundert sind.

Ein Hauptprincip der Oekonomie ist es daher, im Kostenpreise des einzelnen Produktes den Betrag der Generalkosten im Verhältnis zu den Specialkosten herabzubringen, was durch eine möglichst umfassende Ausnutzung des überhaupt notwendigen stehenden und umlaufenden Kapitals, sowie der menschlichen Betriebskräfte (Arbeit) erzielt wird. Ein kleiner Einzelgewinn am einzelnen Stück der Massenproduktion gestattet alsdann, das Anlage- und Betriebskapital dieselben Zinsen und Dividenden ernten zu lassen, welche bei beschränktem Umlauf und hohen Generalkosten nur durch hohe Einzelgewinnmarge, d. h. nur durch einen die Selbstkosten bedeutend übersteigenden Absatzpreis, zu erzielen sein würden.

Die privatwirtschaftliche Concurrenz bewirkt nun für die Regel einen Gang der Produktion, welcher den Generalkostenbetrag verhältnismäßig vermindert; denn bei der Concurrenz entscheidet Wohlfeilheit, Wohlfeilheit aber ist Voraussetzung des Massenabsatzes, die Verringerung der Generalkosten wird nur durch Massenabzug ermöglicht. Die Concurrenz bewirkt ebendeshalb Genuß der Masse der Bevölkerung, ist demokratisch.

Allerdings vollzieht sich dieß auch im Gebiete der Concurrenz nur für die Regel: zwei Wasser- oder Gascompagnien für Eine Stadt können gerade als Concurrenzanstalten sich dauernd auf Einen höheren Generalkostenfuß gestellt finden, als es bei einer einzigen Anstalt der Fall wäre. Manche Eisenbahngesellschaften haben eine bei verbleibenden hohen Generalkosten ruinöse Concurrenz schließlich durch „Fusion“ geendigt; fast das ganze französische Bahnnetz ist in den Händen von 6, das englische Netz ist zu drei Vierteln im Eigentum von 13 Compagnien, nachdem es hunderte von Gesellschaften gehabt hatte. Immerhin nöthigt die Concurrenz zur Verringerung der Generalkosten in der Regel.

Dagegen bei dem Monopolbetrieb und bei den Gemeinwirtschaften würde ohne die anderweitigen Corrective der Wirtschaftlichkeit, welche in diesem § signirt sind, — die Vertheuerung aller Sach- und Leistungsgüter durch verhältnismäßig hohe Generalkosten viel mehr die Regel sein.

Ohne ständische Controle wird Beamten- und Soldatendienst als generell besoldeter Bestandtheil der einzelnen Verwaltungsleistungen verschwendet werden. Als Rowland Hill seinen Plan vorlegte, welcher den Pennybriefstift wesentlich durch Verminderung der Generalkosten erstrebte, empfahl sich der Generalpostmeister und mit ihm stimmte der letzte Postbeamte überein, — darüber daß die Post, statt ein selbsterwerbendes Geschäft der Staatseinnahmen zu bleiben, ein fliegender Bazar werde *); die öffentliche Meinung und das Parlament mußten den Einprempfari durchsetzen.

*) »Degraded into a Parcel and Conveyance Delivery Company — a Public General Carrier, a kind of flying bazaar, instead of maintaining an honourable position as a board of revenue« (Galt, railway reform, 1865, p. 57).

Monopolisirte Zettelbanken errichten nicht gerne Filialanstalten, die nicht sogleich rentiren; öffentlicher Einfluß muß Nachdruck geben. Eisenbahnen, in der Hand fiscalisch gestimmter Finanzminister oder in der Hand von Directoren, für welche die Jahresdividende und der Tageskurs der Aktien Keilsperren sind, entschließen sich nicht zu solchen Tarifermäßigungen, deren Saatkorn erst nach Jahren in erhöhter Rentabilität Früchte trägt; wir zeigen dieß siffermäßig an den ererbanten Generalacten heutiger englischer und französischer Bahnen in § 255. Die Leitung der öffentlichen Verkehrsanstalten durch besondere Ministerien, welche nicht von kurzfristigen fiscalischen Interessen beherzigt sind, der Einfluß der öffentlichen Meinung und der Volksvertretung auf die Tarife, — ja nach der Ansicht einer wachsenden Zahl bedeutender Männer die Intervention des Staates mit Rentabilitätsgarantien für die Zeit bis zu Erzielung der Massenverkehrswirkung bedeutend ermäßigter Maximumtarife, — diese und ähnliche Einflüsse müssen als besondere Corrective der Wirtschaftlichkeit auf einem Gebiete auftreten, auf welchem die Concurrenz ganz oder theilweise, rechtlich oder thatsächlich ausgeschlossen ist, also hohe Preise bei hohen Generalacten und geringer Masseleistung leicht sich erhalten. — „Theure“ Verwaltung, hauptsächlich Folge großer Generalacten ist es, was man allen Staatsgeverben und Staatsanstalten nachsagt. — Mit hohen Generalacten wirtschaften erfahrungsmäßig viele Vereine, viele Spitäler, Waisenhäuser u. s. w. — Auch in den Familienhaushalt schleichen sich leicht unverhältnißmäßige Generalacten (viel und faules Gefinde, Verschwendung an Brenn- und Leuchtmaterial u. s. w.) ein. Die freie, nicht von der Concurrenz dichte Wirtschaftlichkeit der Hausfrau, die weibliche Erziehung, ist deßhalb hier ebenensich überaus wichtig (§ 174).

§ 188. Egoismus und Gemeinnutz als Regulatoren der Wirtschaft der menschlichen Gesellschaft. Uebersichtliche Berücksichtigung unter den gemeinwirtschaftlichen Kräften der bürgerlichen Gesellschaft. Mit § 187 dürfte genug gesagt sein, um nachzuweisen, daß nicht bloß das Privatinteresse Regulator der Wirtschaftlichkeit in der menschlichen Gesellschaft ist, sondern daß in den gemeinwirtschaftlichen Organismen, von der Familie bis zum Staate, besondere Kräfte der Wirtschaftlichkeit wirken, welche je dem betreffenden Gliede des wirtschaftlichen Gesamtsystems eigen und angemessen sind.

Der Egoismus des Tauschgewinnes ist also eine, aber nicht die einzige, und er ist nicht die auf dem gemeinwirtschaftlichen Gebiete waltende Grundkraft der Wirtschaftlichkeit.

Neue anderen Kräfte dagegen sind in sich selbst mannigfaltig. Die Familie hat andere Triebfedern wirtschaftlicher Lösung ihrer Aufgaben, als Vereine und Genossenschaften, — diese wieder andere als der Staat, der Staat wieder andere, als die Kirche, die Kirche wieder andere als die Wissenschaft und die Kunst. Das, was wir bisher gemeinwirtschaftliches System nannten, bezeichnet einen

Gegensatz zum privatwirtschaftlichen System, ist aber in sich selbst wieder eine Ordnung der mannigfachen wirtschaftlichen Grundkräfte und Organisationen, wovon jede ein spezifisches Gebiet von Aufgaben verwirklicht. Im Staat erfüllt sich durchaus nicht alles gemeinwirtschaftliche Leben, und die Nationalökonomie vermag für jedes Gebiet des Gemeinlebens eigenthümliche wirtschaftliche Kräfte nachzuweisen. Es mußte deßhalb die Erkenntniß des Richtigen dadurch aufgehoben werden, daß die Nationalökonomie die Gesamtheit jener Kräfte unter dem Namen Gemeinnutz ohne weitere unterscheidende Specialerörterung als zweite wirtschaftliche Grundkraft dem Egoismus gegenüberstellt. Damit lud sie den bösen Schein auf sich, mit den Ergebnissen einer geläuterten Psychologie, der anderen Gesellschaftswissenschaften und den einzelnen Zweigen der sogenannten „praktischen Philosophie“ nicht in Einklang gesetzt werden zu können.

Manche Nationalökonomien setzen ihre Wissenschaft freiwillig in noch höherem Grade den Mißverständnissen aus, indem sie gar nur die erstere Kraft anerkennen wollten und den Egoismus, die Gewinnsucht für das einzige Motiv wirtschaftlicher Gestaltung der menschlichen Gesellschaft erklärten. Auf diesem letzteren Motive allein beruht, dieß glauben wir schon jetzt klar gemacht zu haben, weder der Zusammenhalt des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems in Zeit und Raum überhaupt, noch hängt die wirtschaftliche Befriedigung aller, privater und gemeiner, Bedürfnisse von dem Walten jener Kraft allein ab. Die Befriedigung der Bedürfnisse des Menschengeschlechtes und eines Volkes in seiner geschichtlichen, wie in seiner zeitlichen Einheit wird vielfach in einer eben so vollkommenen, als kraftsparenden Weise, also höchst wirtschaftlich, durch andere Impulse bewirkt.

Ein einzelnes Motiv der Wirtschaftlichkeit aber kann, wenn für die letztere selbst umfassendere Kräfte sich nachweisen lassen, nicht den Anspruch erheben, diejenige Wissenschaft, welche die gesellschaftliche Verwirklichung der Wirtschaftlichkeit schon dem Namen nach zum Gegenstand hat, auf dasjenige Gebiet einzugrenzen, auf welchem jenes einzelne Motiv sich geltend macht. Mit anderen Worten: die Nationalökonomie beginnt und endigt nicht da, wo der Tauschegeismus aufhört und aufhört. Vaterlandsliebe, Mutterliebe, Beamtenehre, Patriotismus sind zwar nicht feil, und „tauschwerth“, gleichwohl fallen die Familie, die Schule, die Gemeinde, das Vereins- und das Staatswesen als gemeinwirtschaftliche Glieder in das allgemeine gesellschaftliche System menschlicher Wirtschaft hinein, und bringen in ihm für die ihnen zugehörigen Aufgaben eine höhere Art der Wirtschaftlichkeit zur Geltung.

§ 189. Privatwirtschaftlichkeit und Gemeinwirtschaftlichkeit in Wechselwirkung. Eine solche Wechselwirkung ist in mehrfacher Hinsicht vorhanden:

1) bedienen sich die Gemeinwirtschaften, und sollen sich, wo es wirtschaftlicher ist, des Privatunternehmungsgeistes und der freien

Konkurrenz bedienen; Staat, Gemeinde, Vereine geben den Bau ihrer Häuser, die Lieferung von Waaren in Accord und Submision, mithin allerlei Arbeit um Lohn.

2) Umgekehrt bedienen sich die Privaten öffentlicher Kapitalien und Dienstleistungen, der Kaufmann z. B. benützt die vom Staat gegebene Münzform, den Sechsen, Kanäle, Straßen, die Kriegsmarine, das Handelsgericht zur Abwicklung von Wechselkredit, den Strafrichter zur Erhaltung seines Vermögens, u. s. w.

3) Das Princip der Konkurrenz macht sich partiell auch im gemeinwirtschaftlichen Gebiete geltend: concurrirende Lehrer, welche mit einem Theil ihres Einkommens auf Honorare angewiesen sind, — in höherem Sinne die Konkurrenz, wie sie durch das Princip der allgemeinen Religionsfreiheit, die allgemeine Zugänglichkeit politischer Ehrenstellen eröffnet ist, und dergl. mehr.

4) Beide Systeme sind in ihrer Ausdehnung von einander direkt abhängig. Die staatliche Gemeinwirtschaft z. B. ist in ihrer größeren oder geringeren Ausdehnung von der Größe des privatwirtschaftlichen Einkommens bedingt, an welchem sich die Steuerkraft des Volkes ermisst. Ebenso hängt die Gestaltung der Familienwirtschaft von dem äußeren, privatwirtschaftlichen Erwerb der Familienmitglieder ab, der Haushalt der Frau vom Einkommen des Mannes. Das freie Vereinswesen blüht nur, wo das privatwirtschaftliche Volkseinkommen reiche Privateinkommen umschließt.

Umgekehrt müssen die Privatwirtschaften desto mehr leisten, je weniger Aufgaben auf gemeinwirtschaftlichen Schultern ruhen (§ 178), und die zwangsweisen Gemeinwirtschaften desto mehr, je weniger noch die freiwilligen leisten. Wo z. B. der Staat und die weltliche Gemeinde den Kirchenunterhalt geben, zahlen die Kirchengenossen wenig Steuer. Wo die Gemeinde keine guten Wegenlagen hat, muß der einzelne rationelle Landwirth selbst dafür sorgen. Wo eine Gemeinde keine Feuerwehr besitzt, muß ein Pöbelschwein unter öffentlicher Pflicht (frühere Zeit) oder gegen Belohnung (Feuerbrigade neuerer großer Städte) stattfinden. Die Stärke des Familienbedürfnisses nimmt ab, wenn man für Nothfälle durch Einlagen in Unterstützungsgesellschaften sich sichern kann; der Werth der Kunst als Versorgungsmittel ist durch das freie Genossenschafts- und Versicherungswesen gesunken.

Die einfachste Ueberwindung, ob Privatunternehmung oder gemeinwirtschaftliche Organisation, und in letzterem Falle, welche von mehreren möglichen Formen der Gemeinwirtschaft den höheren Grad der Wirtschaftlichkeit bei vollständiger Befriedigung des Bedürfnisses nach gegebenen Verhältnissen darstelle, ist für die Regulierung des Haushalts der verschiedenen Wirtschaftsformen am wirtschaftlichen Gesamtsystem der menschlichen Gesellschaft ausschlaggebend, soweit nicht die rein wirtschaftliche Erzeugung niedergehalten wird. Oder vielmehr machen sich beiderlei Kräfte

der Wirtschaftlichkeit, ohne die freie Einwirkung Aller in die Ordnung des wirtschaftlichen Gesamtsystems, im Einzelnen tausendfältig geltend und sichern so der bürgerlichen Gesellschaft den Charakter einer acht wirtschaftlichen Ordnung, auch wo kein bewußter übersichtlicher Plan befolgt wird, — nach dem Spruche des Dichters:

Durch Hunger und durch Liebe
Erhält sich das Getriebe,
Wie einig den Bau der Welt
Philosophie zusammenhält.

Es wäre leicht, die Sätze dieses § in das Detail des praktischen Lebens weiter zu verfolgen. Ihre allgemeine Bedeutung wird einer weiteren Ausführung nicht bedürfen.

Nachdem in den §§ 176—189 für das organische Verhältniß des privatwirtschaftlichen und des gemeinwirtschaftlichen Systeme der bürgerlichen Gesellschaft die entscheidenden Grundanschauungen entwickelt und hierbei für die einzelnen Arten der Gemeinwirtschaft viele maßgebende Gesichtspunkte (s. insbes. § 187) bereits angegeben worden sind, wird es nun nicht schwer sein, für die Zwecke dieses Buches aber auch genügen, eine kurze nationalökonomische Skizze einiger Hauptformen der Gemeinwirtschaft zu entwerfen. Die Detailsausführung wird nach Anführung der leitenden Grundzüge von untergeordneter Bedeutung sein und vom Verfasser an anderer Stelle gegeben werden.

2. Theil: Besondere Arten der Gemeinwirtschaft.

I. Die Familienwirtschaft.

XXX. Kapitel.

§ 190. **Grundlage derselben.** — Innererthe die Familie eine besondere und wesentliche Seite der Wirtschaftlichkeit vertritt, ist schon im Vorherigen mehrfach angedeutet.

Die nicht lediglich wirtschaftliche Bestimmung der Familie ist der Zweck der Fortpflanzung, die Bildung und Erhaltung des persönlichen Lebens.

An diesen Zweck knüpft sich das Verhältniß einer wirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Weib, die Erhaltung und Unterhalt des wirtschaftlichen Arbeitsvermögens durch Erziehung und Unterhalt, die Pflege der Kranken, beziehungsweise der Alten an. Für diese ist die Pflege eine Nachvergeltung früherer Leistungen; denn in der Familie vollzieht sich auch ein Tausch höheren Sinnes von Dienstleistungen und Sachgütern zwischen Eltern und Kindern, zwischen den Altersstufen überhaupt, welche die einzelnen Individuen nach dem natürlichen Geseze des Lebens durchzumachen haben.

Die Familie stellt selbst eine höhere Individualität dar, welcher die Glieder dienen. Sie ist auch wirtschaftlich ein Höheres über den Mitgliedern, die in ihr stattfindenden Leistungen sind nicht wie in einer Aktien-gesellschaft abzurechnen. Sie ist eine Einheit, das Ganze aber ist bei ihr vor den Theilen, wie beim Staat. Die Familie, sagt Le Play, ist die wahre gesellschaftliche Einheit. Sie ist als solche mächtig geblieben trotz theoretischer Anarxie und gesetzgeberischer Fesseln. Die Freiheit des Einzelnen ist der Macht der Familie gegenüber weit mehr Schein als Wirklichkeit."

Eine höchst wichtige Seite der Familienwirtschaft ist die Erhaltung des Vermögens im Wechsel der Generationen.

§ 191. Die wirtschaftliche Einheit der Familie in der Zeit. Die Familienwirtschaft ist schon deshalb unentbehrlich und höchst wohlthätig, weil die in der Familie gruppenweise verbundenen Individuen: Eltern und Kinder, ledige und verwitwete Personen eine Verbindung von Altersstufen und zeitlich ebenfalls wechselnden Civiltandsverhältnissen mit verschiedenen wirtschaftlichen Anlagen und Bedürfnissen darstellen.

Kinder und Greise gehen nur und produciren nicht. Jene bedürfen einer Ausbildung ihres Arbeitsvermögens und ist dieses gebildet, so treten die Eltern aus dem Arbeitsvermögen, verlieren die Erwerbsfähigkeit. Das Gütervermögen aber zu erhalten, liegt nur ein Interesse vor, wenn in seinem Genuß diejenigen eintreten, welche die Erklärer als Fleisch von ihrem Fleisch und als Geist von ihrem Geist betrachten.

Indem nun alle Einzelnen aus einer Familie entspringen, die meisten auch fortlaufend einer solchen, unter Vorhandensein aller oder einzelner Altersstufen angehören, so wird so das nationalökonomisch nicht hoch genug zu würdige Interesse einer fortdauernden Erhaltung und Vermehrung sowohl des Arbeits- als des Gütervermögens der menschlichen Gesellschaft gesichert. Und ein Glück für die letztere, daß die höchsten sinnlichen und gemüthlichen Antriebe diese Form der Gemeinwirtschaft, deren wirtschaftliche Segnungen durch keine freie Concurrenz zu erreichen wären, immer und allgemein neu erzeugen.

Die staatliche Gemeinwirtschaft, welche durch das justitiell und das polizeilich gebote Recht alle nebeneinander und alle nach einander bestehenden Interessen in ihrer Wechselbedingtheit zu erhalten und harmonisch auf einander zu stimmen hat, greift hier mit dem Alimentsrecht, dem Recht der väterlichen Gewalt, dem Eherecht, mit dem Recht über Schule und Erziehung, mit dem Familiennothrecht der Vormundschaft, insbesondere mit dem Erbrecht ein, um der Familienwirtschaft ebenso naturgemäßen Halt zu geben, welchen das Vermögen des Individuums in der Lebensbestrafung oder Wechselhaft erhält.

§ 192. Insbesondere das Verhältnis von Kapital und Kredit in der Familie. Die Erhaltung und Pflege des Arbeitsvermögens in

wirtschaftlicher Weise durch die Familie haben wir wiederholt erwähnt und vorgehend nach einzelnen Hauptseiten schon in § 174. 175 erörtert. Hieran ließe sich noch Manches anknüpfen, was die Wirtschaftlichkeit des Familienlebens illustriren würde, z. B. die Eripansig an Mühe und Kosten dadurch, daß die mehreren Kinder eines Elternpaares mehr oder weniger rasch auf einander folgen, und mehrere Kinder, indem sie sich z. Th. wechselseitig erziehen und von sonst arbeitsfähigen Familiengenosse mit erzogen werden, durch die Familien-erziehung besser und weniger kostspielig erzogen werden. Da insofern die eine nationalökonomische Hauptseite der Familie, die Pflege des Arbeitsvermögens im Wechsel der Generationen und Altersstufen, bereits hinlänglich bezeichnet ist, so ziehen wir von dieser Seite der Betrachtungen ab und fassen hier die Familie nach der Seite des Gütervermögens ins Auge.

Kapital und Kredit knüpfen sich an die Familie nach dem innersten Wesen der letzteren an.

Die Anlegung von Vermögen zu Kapital ist eine Ausdehnung des Vermögens der Zeit (§ 56). Diefelbe entspricht daher, ob darin Erhaltung oder Vermehrung des Vermögens liege, der Erhaltung und Erhebung der Familie im Wechsel der Generationen. Dies ist wirtschaftlich sehr wichtig, wo fixes Kapital, das sich nur im Laufe der Generationen reproducirt, vorwiegt; in ein Bauerngut, welches auf den Sohn vererbt, wird ein alter Vater gerne Meliorationskapital stecken, auch wenn $\frac{1}{10}$ der Früchte der Melioration ihm nicht mehr zufallen.

Die Kapitalbildung knüpft sich daher vorwiegend an den Familiennutzen und an das Familienleben an (§ 49). Theils durch eigenen Umlauf, theils durch Ausleihung des Kapitals also durch Kredit wird das Familienvermögen immer wieder in die Zukunft hineingebildet, es wird Einkommen aus dem Alter und für den Fall der Hinterlassung von Kindern und Wittwen vorbereitet.

Privatwirtschaftliche Kredit-einrichtungen, so die Lebensversicherung, einzelne Theile der Rentenversicherung und die Spartenkassen kommen dem spezifischen Bedürfnis der Familien nach Kapitalbildung und Kredit-nutzung entgegen, indem um das Opfer vorhergezahlter Prämien nun für den bestimmten oder ungewissen Fall der Schwächung der unmittelbaren Erwerbskraft der Familie Renten und Kapitale in die Zukunft hinein erworben werden können, — eine Art des kreditmäßigen Umlaufes gegen künftiges Vermögen, welche in den Versicherungsanstalten eine immer höhere technische Organisation gewinnt.

§ 193. Das Familienerbrecht, das große Privatvermögen und die Aktiengesellschaft. Fast nirgends zeigen sich die Bemerkungen des vorigen Paragraphen so großartig verwirklicht, wie in England, wo die Mittelklassen noch immer die Eitte haben, das ganze Unternehmungsvermögen der Familie testamentarisch einem Auerben zu sichern, diesen bei Zeiten in den Geschäftsbetrieb zu ziehen, mit ihm Ueberschüsse und Lebens-

sicherungseinklagen zu machen, aus welchen kein Tode des Familienvaters die Witwe und die Nachgeborenen abgehoben werden können.

Ein Franzose (Le Play^{*)}) schreibt dieser Sitte —, welche bezüglich des Arbeitsvermögens der Familie die Erfahrung des Alters und den Neuerungssinn der Jugend verknüpft, den alternen Vater im gewöhnlichen Geschäfte bis ans Lebensende zwar erhält, aber auch stützt, welche sodann das Geschäftsvermögen der Familie der periodischen schweren Krisis gleicher Erbtheilung entzieht, — die bekannte Fähigkeit der Engländer zu, ihren Privatkapitalien auch ohne die Aktiengesellschaft eine sehr große Ausdehnung zu geben und an einer Familienunternehmung mehrere Generationen in ununterbrochener Reihe bauen zu lassen. In Frankreich dagegen verkaufe der alternde Vater das Geschäft, ziehe sich auf Renten in die Stadt zurück, weil die Erbtheilung nach seinem Tode das Geschäft doch zertrümmere. Wollte er letzteres nicht, so bleiben die Ehen unfruchtbar über das erste und zweite Kind hinaus, was ebenfalls und in vollem Gegensatz zur kinderreichen englischen Bourgeoisie eine weit verbreitete Erscheinung Frankreichs sei. Mit dem Tode des Familienvaters löse sich hier bei gleicher Erbtheilung häufig das Geschäft auf, Witwe, ledige Töchter, Kinder versieren mit dem Stammhause leicht aus den festen ökonomischen und sittlichen Halt. Und schon bei Lebzeiten des Vaters entbehre dieser, wofern die Kinder Metherbrecht besitzen, eines eindringlichen Zuchtmittels.

Die moderne Kapitalassociation sei vielleicht in nicht unbedeutendem Umfang ein Nothbehelf in Folge mangelhafter Organisation der modernen Familie und des Privateigentums, welches durch Testamentenfreiheit auch da nicht zusammengehalten werden könne, wo es wirtschaftlich durchaus geboten wäre. England und Amerika haben bei gegenseitigem Erbrecht um so viel kräftigere große Privatunternehmungen. (Freilich hat sich allereinstens kaum ein Land so stark ins Aktienwesen gestürzt, wie England.)

Eine spätere Zeit werde vielleicht kaum begreifen, wie man alle Anstrengung für Nulles durch Association gemacht, und der natürlichsten und wohlthätigsten aller Associationen, der Familie, in den Seegen und in den Sitten solche Bedingungen der Continuität und Dauer verlag habe, welche man Associationen von häufig faktischem und stillos zweifelhaftem Charakter unbedenklich zugelassen.

In der That ist für die Regel die Familie auf Grundlage der zartesten Bande von jener unentbehrlichen Interesseneinheit getragen, welche von der stürmlichsten Organisation der Aktiengesellschaften und der Arbeiterproduktionsgesellschaften nie völlig wird erreicht werden können.

§ 194. Das Familienverbrecht in genauer Würdigung. Der vorige § führt auf die wirtschaftlich wichtigsten Gestaltungen des Familienverbrechtes hin.

Bei aller Verschiedenheit des Erbrechtes zwischen verschiedenen Staaten

und innerhalb jedes Einzelstaates selbst lassen sich nach Lepay drei Typen unterscheiden, welchen sich die Gesetze und Gewohnheiten im Einzelnen unterstellen: erstens Zwangszweise Zusammenhaltung des Erbgesetzes, zweitens Zwang gleicher Verteilung, und drittens Freiheit der Verteilung durch die Testamentenfreiheit des Eigentümers.

a) Gebundenheit des Familienbesizes (Grundbesizes) hat sich selbst in Frankreich im Kampfe gegen die gesetzliche Erbtheilung erhalten am Abhang der Pyrenäen, bei den Bauern von Labedan und Béarn. Sie ist beim Großgrundbesitz sehr verbreitet in Schweden und Norwegen, in vielen deutschen Staaten, in Schottland und Italien, selbst bei Bauern in Hannover, Braunschweig, Mecklenburg, auch in einem Theil von Baiern und im Kanton Zürich.

Dieses System, meist Majorat (Auerbrecht des Ältesten), oft Minorat (Auerbrecht des Jüngsten), bald in Erstreckung auf alles Familienvermögen, bald bloß in Anwendung auf Immobilien oder nur auf den angestammten Theil der Immobilien, hatte überall seine Hauptgrundlage in dem Streben, die Familie durch alle Generationen zu erhalten, und war erträglich, ehe eine intensivere Wirtschaft die Wahl gerade des sittlich und wirtschaftlich geeigneten und würdigen unter den Nachkommen verlangte, so lange noch der Wirtschaftsbetrieb, durch Generationen gleichmäßiger, die Freiheit individueller Bebauung nicht beschnitt, solange endlich substantielle Aenderungen am Gut nicht so häufig als Folge der Umgestaltung des localen Grundwerthes und Betriebes notwendig erschienen.

Das System aber widerspricht der Forderung der Freiheit des Eigentums auf jeder höheren Stufe; denn Ein Wille kann doch nicht für alle Generationen der entscheidende sein. Es mußte daher unter den Streichen der Revolution fallen, nachdem es in vielen Theilen Frankreichs (Als de France, Orléanais) ein Verrecht des Adels geworden war und diesem die Mittel scandalösen Lebens gewährt hatte. Wo, wie in der Normandie, in den Provinzen des inneren und des südlichen Frankreich, freie Uebertragung an die Ältesten gemeinsame Sitte des Adels, des Bürgers und des Bauernthums gewesen war, da verlangte man in der französischen Revolution nicht wie zu Paris, Zwangserbtheilung.

b) Der Gebundenheit gerade entgegengesetzt ist die gesetzlich geforderte Erbtheilung.

Die gleiche Erbtheilung ist freilich nirgends rein durchgeführt; denn selbst das französ. Gesetz vom 7. März 1793, in welchem der Content der Testamentenverfügung verbot, ist bald und namentlich im code civil wieder alterirt worden. Unzweifel, wenn man praktisch die Freiheit der testamentarischen Verfügung da gehemmt sieht, wo der Vater bei sechs directen Erben nicht mehr bis zur Hälfte seines Vermögens in freier Verfügung hat, so besteht die Zwangserbtheilung u. A. in Frankreich, Rußland (mit der Absicht der Schwächung des Adels), Spanien, Portugal, mehreren Schweizerischen Kantonen, in der Türkei und den Barbarenstaaten. War sie

*) In la reforme sociale en France, 1864.

bei Elythung eine Maßregel gegen den Kurus reicher Familien, entspringt sie sonst dem weichen Gefühl der Gleichbehandlung aller Kinder, so war sie anderns und zumal in Frankreich, nach den Zielen der Gesetzgebung der ersten Revolution, eine Maßregel gegen die großen Familien der nationalen Geschichte und des alten Regimes mit ihrem Glanz und ihrer Verdorbenheit. Zur Vernichtung der großen katholischen Familien Frankreichs wandte das englische Parlament 1703 das altfächische, gleichtheilende gavelkind-Erbrecht auf die Papisten an und begünstigte den protestantischen werdenden ältesten Sohn eines Papisten durch Genuß des gemeinen Erb-rechtes, mit der ausgesprochenen Hoffnung, in der zweiten Generation alle einflussreichen Papistenfamilien vernichtet zu haben. Beim Wiener Congreß tröstete sich ein englischer Diplomat, als die weitere Einengung der Grenzen Frankreichs nicht gelang, mit dem Wort: „Ihr Erbrecht dient unsern Interessen hinlänglich!“ Der Moniteur vom 9. und 10. März 1793 weist deutlich in den Conventsprotokollen aus, daß man das große alte, mit den revolutionären Ideen und dem neuen Regime nicht befreundete Vermögen auflösen wollte. Napoleon I. rieth in einem Brief vom 5. Juni 1806 seinem Bruder, in Neapel die Feinde seines Regiments durch Anwendung des Erb-rechtes des code civil in kurzer Zeit zu ruiniren, und seine Anhänger durch Ertheilung von Lebensguteigenschaften zu heben. Er selbst aber errichtete durch die Gesetze vom 30. März und 24. August 1806 das Majoratsrecht in der schroffen Gestalt der immerwährenden Substitution für die großen Würdenträger des Kaiserreiches.

Gegen den großen alten Grundbesitz geizt hat leider das Erbrecht des code civil an manchen Orten den kleinen Besitz fast noch mehr desorganisiert, als den großen, wie Cambacères für Frankreich schon in den Märzungen von 1793 richtig voraus sagte. Von Frankreich sagt Le Play in dieser Beziehung ungefähr folgendes:

Widerstand hat allerdings der Ackerbau der Pyrenäenette geleistet, wo bei geringer Beschaffenheit die Naturaltheilung des Grundbesitzes schwierig ist und große Kapitalien zum Ankauf in Ergänzung gerathen: der Güter nicht vorhanden sind.

Mit Noth erhalten sich die Bauerngüter im Süden Frankreichs, am Fuße der Pyrenäen und am mittelländischen Meere hin, indem Vater und Auerbe die gleiche Erbtheilung des Gesezes illudiren, zum Theil unter Händen mit Geschwistern und im Kampfe mit den Schreibern, welche überall im Interesse der Sportulierung für die gleiche Erbtheilung Propaganda machen.

Hier sind die auf Kleinwirtschaft hinweisenden Oliven-, Wein- und ähnliche Kulturen ein Hinderniß der Vernichtung des kleinen Bauernstandes.

Dagegen vollzieht in einem dritten Theile Frankreichs, im Pays de Caux, der Seine-mündung, im Kanalgebiet die gleiche Erbtheilung ihre volle, den Bauernstand vernichtende Wirkung. Der Widerstand, welchen die Abgeordneten der Normandie im Convent gegen die gesetzlich gleiche Erbtheilung erhoben, hat das kommende Uebel richtig vorausgesagt. Der

Bauernhof wird zum Zweck gleicher Theilung des Erbes dem Verkauf ausgesetzt, und die Handels- und Industriekapitalien von Rouen, Louviers, Elbeuf, Yvetot, Havre, Fécamp, Dieppe haben mehr und mehr die Bauern ausgelauft, die einst Frankreichs colonisatorische Bevölkerung bildeten. Wo früher gutbesitzende Bauern waren, sind jetzt Pächter größerer Korngüter.

Einst war vorzüglich die Normandie Frankreichs colonisierende Provinz; sie besiedelte Canada, Louisiana, die Antillen; noch eine neueste Arbeit von Gaudré Boileau, dem französischen Generalkonsul in Newyork, zeigt, daß die Franzosen in Canada eine außerordentliche Fruchtbarkeit haben und an Expansionskraft den Angelsachsen nicht nachstehen. Die normannische Heimath aber ist seit der Auflösung der Stammfamilien im System der gleichen Erbtheilung steriler als fast jede Provinz Frankreichs geworden, trotz der glänzenden Industrie, welche sich dort entwickelt hat. Der Normanne zeichnet sich durch große Sorgfältigkeit für die Zukunft aus; seine Ehe pflegt unter dem neuen Erbrecht nur wenige Kinder zu haben.

Ein viertes System der Grundbesitztheilung hat sich in verschiedenen Gegenden Frankreichs unter der Einwirkung gleicher Erbtheilung ausgebildet, wozu ein den Kleinbesitz zusammenlaufendes Kapital nicht dringt, wo deshalb in natura getheilt und das Hefgut in Parzellen zerstückelt wird. Die Folge ist eine Verschwendung am Häußerkapital, da für die Stücke je besonders gebaut werden muß, eine Verschwendung an Arbeitskraft, indem der Theil des Gutes nicht mehr die Familie beschäftigt. So wird der Bauer zum Tagelöhner und bequemt sich zu ärmlicher Haus-industrie. Diese Naturaltheilung hat vollkommen freies Spiel, wo die Grundbesitzer nicht in Dörfern wohnen, sondern in Dörfern mit zerstückelter Markung zusammen leben. Dieses System ist ziemlich verbreitet, wie in Württemberg, Baden und der Pfalz, so im Elsass und in Lothringen, am meisten in der Champagne und im Plateau de la Brie. Es hindert eine freie, wirtschaftliche Kultur; während Besitzer eines Hofes von 10—20 Hektaren 120—170 Meter zu gehen und zu fahren haben, hat man auf zerstückelten Dorfmarkungen von 800—1200 Hektaren 1000 bis 1300 Meter zu gehen und zu fahren. Die Gemeinderäthe erhalten zur Zubuße der Kleinwirtschaft und als Kämmerergut wenig steuerfähiger Gemeinen Gemeindegewinden und sonstige Gemeinheiten aufrecht, welche sonst beim Hofsystem überall zu viel intensiverer Kultur in individuelles Eigentum übergeführt sind, so namentlich in der Champagne.

Weit entfernt, daß das System gebotener Erbtheilung der Erhaltung gleicher kleiner Grundbesitzerfamilien, der Demokratie, diene, gibt es häufig die Ueberspreize großen Schwankungen, den Güterhandel der Majorität preis. Die unfruchtbarsten, durch Convenienzgeiratsen ihr Vermögen mehrbenden Bauernfamilien werden die reichsten, neben Großbauern bilden sich viele „kleine Leute“, ein ländlicher Pauperismus; An-erben eines Stammgutes, welche zahlreiche Geschwister abspinden haben, würden außer Stand sein, Gemeindegewinnen auszukommen. Auch hier zeigt

sich, daß die gleiche Erbtheilung das kleine Eigenthum noch stärker als das große zu vergrößern vermag.

Weide, das kleine und das große, vermögen wieder befestigt zu werden durch die Testamentsfreiheit, wenn dieser die Sitte zu Hilfe kommt. Tiefgefühlte Interessen drängen dazu, von dieser wirklich Gebrauch zu machen. Eine Zusammenlegung der Güter, wie sie in Deutschland vielfach ausgeführt ist, kann der Widerkräftigung des Bauernbesizes dienen, und die Testamentsfreiheit ihrerseits mag der Erhaltung der Wortheile der Zusammenlegung Vorstuf leisten.

c) In der Mitte nämlich zwischen der erbrechtlichen Gleichheit und dem Privilegium steht die Freiheit zu testiren.

Sie ist eine unbedingte in der englischen und in der amerikanischen Gesetzgebung, bis zur Hälfte des Vermögens vorhanden in verschiedenen Staaten Deutschlands und Italiens. Ihre Verwirklichung muß von der Sitte unterstützt sein und setzt Väter voraus, welche in einem emsigen Leben der Arbeit für das Wohl ihrer ganzen Familie sorgen wollen, indem sie einerseits ein Familienstammvermögen mit dem Familiennamen erhalten, andererseits ihre ganze in der Regel zahlreiche Familie ausstatten wollen. Die richtige Erfüllung dieser Pflicht ist eine ernste, von den zartesten Gefühlen nachgehaltene Sorge, keine angenehme Befugniß der Willkür; sie geschieht gegen den Lebensabend des Familienvaters, wann die Erfahrung am reifsten, die Leidenschaft am gefühlsfesten, die Stimmung am versöhnlichsten, die Autorität der Verfügung am meisten anerkannt ist. Bei dieser Sitte ist das englische Familienleben ein inniges und zartes, die väterliche Gewalt stark geblieben. Keine politische Partei in England greift die Testamentsfreiheit und das Intestaterbrecht mit Scheidung der real (Stammvermögen der Familie) und der personal estates (freies V.) an, und hervorragende Staatsmänner bezeichnen das dort herrschende Familien- und Erbsystem als das zweite Fundament der bürgerlichen Gesellschaft nächst dem Christenthum.

Die Testamentsfreiheit ist ein Princip der Freiheit, so lange sie nicht das Recht der Belegung mit ewigem Fideicommiss ist, sie legt die Vermögensverfügung in die Hand dessen, wacher am Bestand des Vermögens das meiste Verdienst, an seiner Erhaltung das reinste Interesse, für die Auftheilung väterlich gerechten Sinn, für die zweckmäßigste Uebertragung das reifste und je nach den Verhältnissen am besten berechnende Urtheil hat. Sie gilt daher bei den Angelsachsen als die natürlichste Uebung des freien Eigenthumsrechtes; der gewöhnliche Familienfideicommiss aber trägt von alt patriarchalischem, die gleiche Zwangsauftheilung trägt von modern staatlichem Communismus starke Züge an sich.

Wer in der Regelung der Familienangelegenheiten die Hauptsache dem Gesetz und den Vermundschftsbehörden überläßt, wie kann der in Gemeinde, Provinz und Staat, in Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, in der Pflege der Schule und der Kirche ein selbstthätiger, zur Selbstregierung reifer Mann sein?

Das englische und amerikanische Rechtsgefühl verwirft die Pflütheile, weil es die Freiheit und Autorität des Familienvaters geschwächt glaubt; man will dabei die verhasste, jenen freien Völkern unerträgliche Consequenz der regelmässigen Einmischung öffentlicher Functionäre in die intimsten Familienverhältnisse nicht. Weiter, als der Alimentationsanspruch ernährungsunfähiger Kinder, ist für Pflichttheile nicht geduldet, und hierauf räumt das Recht dieser Völker eine Klage gegen die Erbmasse ein.

Der Einwurf der Ungerechtigkeit und Ungleichheit gegen die Testamentsfreiheit ist nicht begründet. Ungleiches (nach Alter, Fähigkeit, Geschlecht, Tugend, Verdienst) gleich behandeln, ist nicht die wahre Gerechtigkeit. Der Vater hat wohl, wie schon Montesquieu gesagt hat, die Pflicht, die Kinder zu ernähren, aber nicht die Erwachsenen als Erben zu hinterlassen, den Taugenichts und den braven Familiensohn zu gleichen Theilen. Die Vaterliebe aber ist das mächtigste Correctiv der Ungerechtigkeit und die Ehrfurcht vor dem Vater die fruchtigste Verschwendung des Geschwisternes. Gewiß wird es stets mehr indolente und unbethätigte Söhne, als übelwollende Väter geben, und will man die Verfügung von Todeswegen zur Abschneidung möglichen Mißbrauchs des Vermögens unfrei machen, so müßte der Staat vor Allem den viel interessirteren Gebrauch des Vermögens zu Lebzeiten einer umfassenden sittenpolizeilichen Vermundtschaft unterwerfen.

Die Testamentsfreiheit kann übrigens und wird häufig gleich theilen; Zusammenhaltung wie Theilung können, müssen nur nicht ihre Folge sein. Tatsächlich wird häufig jedem Kinde dasselbe zufallen, was die den Mittelweg gehenden Erbrechte als Pflichttheil (portio legitima) sichern; denn Vater und Aeltere arbeiten viel emsiger für Ausstattungen.

In England und in den Vereinigten Staaten gilt aus den dargelegten Gründen die unbedingte Testamentsfreiheit als ein Grundrecht der Freiheit, als ein Fundament der Familienautorität, dort läßt man die Erbtheilung nach den Bedürfnissen der Familie durch den hienach verständigsten Familienvater ausüben. Frankreich hat die gleiche Erbtheilung als eine Freiheitsforderung ausgetrebt und erzwingt sie geleglich; freilich eine bedeutende Freiheitsforderung, welche in dem für die Familie verhängnisvollsten Moment das Vermögen in gleiche Theile zu zertheilen gebietet, und auslaufende Functionäre, die in Frankreich einer Arbeiterfamilie von 225 Francs nur 16 Francs übrig ließen (Le May), theilend ins Haus schießt, dafür aber die testierende Fürsorge des Familienvaters ausschließt! Zwangsauftheilung des Familienvermögens ist wie die frühere Zwangserhaltung ewiger Fideicommiss und Stammgüter, eine Verneinung der Freiheit. Engländer und Amerikaner kennen wohl auch hier die Freiheit besser, wenn sie die Theilung und Erhaltung des Familienvermögens, zugleich damit die nachhaltigste Armenpolitik, in die Hand des Familienvaters legen.

Hierbei genießen alle wirtschaftlichen Verhältnisse eine vollkommene Stetigkeit der Entwicklung. Der Familienvater kann sein Landgut oder sein Gewerbe oder seinen Handelsbetrieb, das Erbe seines Vaters, erhalten und vermehren. Er will es mit seinem Namen und wo möglich verbessert der von ihm fortgepflanzten Familie erhalten. Kommen die Tage des Alters, so übergibt der Vater allmählich dem tauglichsten Auerben das Geschäft, nachdem er ihn länger schon als ersten Mitarbeiter in dasselbe gezogen hat. Aus seinen unter Theilnahme des Auerben erworbenen Ererbungen regelt er die Laufbahn seiner andern Kinder. Die einen lassen sich, vom Vater unterstützt, in andern Geschäften, vielleicht durch Heirathen, nieder, andere rekrutiren die Armee, die Marine, den Staats- und Kirchendienst, andere gründen in den Colonien ihr Haus in Arbeit und männlicher Tugend. Die Töchter bleiben bis zur Verheirathung in der Familie. Heirathen sie nicht, so behalten sie eine Familie auch nach dem Tod des Vaters. Dieser Tod zerreißt bei allem Schmerzlichen für das Gefühl der Kinder nicht den ganzen Zusammenhalt und das Vermögen der Familie.

Wir tiegen uns, — Le Plaz folgend, obwohl nicht in Allem mit ihm übereinstimmend — in die Erörterungen dieses § ein, um an einem Beispiel für das ganze Gebiet eingehend zu zeigen, wie der Staat auch durch das Civilrecht aufs Tiefste in das privat- und familienökonomische System der menschlichen Gesellschaft einschneidet.

§ 195. **Die Verheirathung.** In der Familie verknüpfen sich nicht bloß die verschiedenen Altersstufen von Blutsverwandten, sondern Mitglieder mehrerer Blutsverwandtschaften, sofern jede Ehe zwei Familien verschwägert.

Auch hiedurch wird die Familie für das gesellschaftliche System des äußeren Strebens sehr bedeutsam. Eine beharrliche Erneuerung und Vermischung des Arbeitsvermögens, wie des Gütervermögens geht hiedurch von Statten. Nicht bloß durch Tausch strömt die Güterproduktion Aller Allen zu, sondern auch das Arbeits- und das Gütervermögen wird immer neu in ein großes gesellschaftliches Gewebe verschlungen. Dem Betrieb des Gütervermögens der einen Familie wird ein besonders geeignetes Arbeitsvermögen einer andern Familie innig zugeellt; gar viele Familien finden ihr Arbeitsvermögen durch betriebene Schwiegerkinder. Umgekehrt findet jenes Vertrauen, welches die moralische Voraussetzung des Kredites oder der Darlehung von Gütervermögen ist, in den verwandtschaftlichen Banden Grund und Stütze, welche sich durch Verheirathung wie durch Abstammung ergeben.

Endlich findet auch für die Ausstattung zur Ehe in großem Umfang Kapitalbildung statt.

§ 196. **Die Familie im wirtschaftlichen Gesamtsystem.** Auch die Familie steht, obwohl ein gemeinwirtschaftliches Leben in sich selbst führend, wieder als Glied in der gesammten Volkswirtschaft (§ 176. 189).

Das Einkommen an ökonomischen Gütern, womit der Haushalt

stattfindet, ist vorwiegend ein Lohn-, Zins-, Gewinn- und Renteneinkommen, welches aus der privatwirtschaftlichen Vertheilung des Volkseinkommens geschöpft wird.

Dieses Einkommen ist ein Äquivalent für das Arbeitsvermögen, welches durch den Unterhalt und die Pflege der Familie im Stande erhalten wird, um in das privatwirtschaftliche Leben der Gesellschaft hinauszutreten.

Der Familienernährer hat diese Vergeltung zu holen. Er muß „hinaus ins feindliche Leben“, er stellt die direkte Verknüpfung der Familienwirtschaft mit der Volkswirtschaft dar, während die Frau die innere Seite der ersten vertritt.

Scheinbar ist das privatwirtschaftliche Einkommen, sofern es Lohn, Unternehmergewinn, Lohn- und Gewinnrente ist, vorzugsweise Vergeltung der Arbeit und Betriebsamkeit des Familienvaters, Frau und Kinder scheinen von letzterem ein abgeleitetes Einkommen zu beziehen. Dem ist jedoch in der Regel nicht so, wenn an die Sache tiefer ersaßt.

Der Familienernährer vergütet der höhern und dauernden Individualität (§ 190) seiner Familie nur dasjenige, was eine frühere Generation auf ihn verwendend hat, und was fortgesetzt zur Erhaltung seiner persönlichen Kraft verwendet wird, beziehungsweise das, was die Familie zu seiner Ausstattung mit Kapitalvermögen leistete. Er vergütet die so, daß mit seinem Abgang in neuen Personen das Arbeits- und Kapitalvermögen der Familie ungeschwächt dahebt. Die Erziehung und Ausstattung einer neuen Generation ist nur Vergeltung der eigenen Erziehung und Ausstattung. Auch da zeigt die Familie ihre in der Zeit hin sich erstreckende Einigkeit und Solidarität; sie zeigt sich als „Ganges, das über den Theilen ist“ (Aristoteles).

Noch offener tritt dieß am Zins- und Renteneinkommen und an dem Rentenbezug aus dauerhaftesten Rentenquellen (Grundrente, Rentenrente, Firmarente u. s. v.) hervor. Da das Kapital stets ein Vermächtniß früherer Sparsamkeit und Betriebsamkeit ist, so ist nicht berechtigt, als die Prämie für Bildung und Wohl lebendiger produktiver Kapitalien den Nachkommen des Bildners zufließen zu lassen, welche freilich im Erbgang selbst dieselbe Kapitalisten.

Auch die Frau bezieht nicht lediglich abgeleitetes Einkommen (§ 175) vom Manne. Ihr wird nur vergolten, was sie in der Kindererziehung der ganzen bürgerlichen Gesellschaft durch eine hingebungsvolle Wirtschaftlichkeit leistet. Der Gatte, welcher die Frau ernährt, macht insoweit nur den Maßmeister der bürgerlichen Gesellschaft für Dienste, ohne dergleichen er selbst nicht erwerbsfähig da stünde. Sofern die Frau im Haushalt direkt auch den Gatten versorgt, bezieht sie nur Vergeltung einer demselben direkt zugeflossenen Wirtschaftsbätigkeit, einer Thätigkeit, welche die tägliche Erwerbskraft des Mannes erhaltend umschreibt.

Freilich in Luxus vergaltete Weiber, jetzt so zahlreich, beziehen kein ursprüngliches Einkommen und sind markgebende Drohnen im Bienenkorb des gesellschaftlichen Systems menschlicher Wirtschaft.

Die Frau wird also wirtschaftlich thätig nicht erst, indem sie in die Fabrik geht, sondern sie verfaßt oft, wenn sie dies thut, die viel wirtschaftlichere Thätigkeit, wozu sie natürlich berufen ist. Ob und wie weit dies der Fall ist, ist eine Thatfrage; nach obigem Grundsatz aber muß sich das nationalekonomische Urtheil über die industrielle Frauenarbeit bestimmen (vgl. § 175).

§ 197. Verschiedene wirtschaftliche Typen der Familie.

Schließlich bleibe nicht unberührt, daß hier überall nur die wirtschaftliche Seite der Familie ins Auge gefaßt wird. Selbstverständlich wird damit nicht in Abrede gezogen, daß die Familie den Boden bildet, auf welchem auch die ethischen, außerwirtschaftlichen Seiten des persönlichen Lebens und der Bildung in Sitte, Kunst, Religion u. s. w. hervorsprossen. Eben deshalb, weil in der Familie ein so umfassender Theil alles persönlichen Lebens der Einzelnen als eine Einheit Mehrerer sich auslebt, ist sie so bestimmend für das privatrechtliche Erwerbsleben, welches hauptsächlich Familienbedürfnissen dient. Es ist eine sehr tiefe Wahrheit darin, daß Aristoteles die Erwerbskunst der Lehre vom Familienleben (Oekonomie), der Haushaltungslehre, als untergeordneten Theil einverleibt. Die Familie ist, wie die Wiege der wirtschaftlichen Bildung und die Stätte der körperlichen Pflege von der Geburt bis zum Grabe, so die Hüterin der sittlichen und geistigen Kraft, wie die Triebfeder zur Sparsamkeit und Energie, so die Verbindung der liebevollen gegenseitigen Unterstützung und Erhaltung zwischen Gatten, Kindern, Eltern, Verwandten, wie die Grundlage taufendfältigen Vermögenswechsels und Kreditverbandes, so das Band, welches alle Geschlechter eines Volkes untrennbar verwebt, so die Stätte, innerhalb deren Religion, Wissenschaft, Kunst zusammenwirken, um jedem einzelnen Menschen die persönliche Kraftentfaltung nach Maßgabe der allgemeinen Kulturmittel zu geben.

Dieses Zueinanderstehen der ökonomischen und der außerökonomischen Pole des Familienlebens mag schließlich durch folgende Charakteristika dargestellt werden, deren Hauptzüge wir Le Platz entnehmen:

Drei Typen der Familie lassen sich unterscheiden: die patriarchalische Familie, die unsäugliche, und in der Mitte zwischen beiden die Stammfamilie.

Die patriarchalische Familie der Nomaden des Orients und der Sklaven *Niuepas* umschließt alle Familienangehörigen unter der Autorität des Vaters bis zu seinem Tode. Fester religiöser Glaube und die in der Nomaden- und erstensten Ackerwirtschaft liegende Nöthigung Aller zu gemeinsamem Betrieb offen selbst individuelles Eigentum sind Voraussetzungen dieser niedrig stehenden gesellschaftlichen Organisation.

Umgekehrt ist der zweite Typus, die unsäugliche Familie, ein Erguß des modernsten Individualismus; sie eignet den arbeitenden Klassen des Industrialismus, sowie den reichen und gebildeten Klassen unter dem Einfluß eines niedrigeren Erbrechts. Diese Familie bildet

sich durch Heirath, vermehrt sich wie die unerwachsenen, vermindert sich um die sich von der Familie sofort ablösenden erwachsenen Kinder, löst sich auf durch den Tod der Ehegatten und durch die Zerstreuung der unmündigen Waisen und des Vermögens in gleicher Erbtheilung. Jedes Kind hat gleiche Erbportion, genießt die Früchte seiner Arbeit ausschließlich, ist aber auch ausschließlich auf sich und die gleiche Erbportion angewiesen; der Halt des Stammhauses durch Generationen, die Tradition der Familie, die Autorität der väterlichen Gewalt verlieren sich. Das ausgezeichnet begabte, arbeitende, glückliche Individuum kommt rasch empor; das körperlich, geistig und sittlich schwache Familienmitglied, Versuchungen und Gefahren halbes ausgesetzt, durch ihm fern bleibende Vermunde nicht geschützt, sinkt um so schneller. Neben rasch gemachten Carriären bildet sich die halt- und hilflose Masse des Pauperismus und an Stelle der Familienversorgung muß öffentliche Fürsorge eintreten.

Das dritte System der Stammfamilie ist frei von der Unfreiheit des ersten und von der Ueberfreiheit des zweiten Familienotypus, hindert die Bildung neuer Familien nicht, während es den Halt einer Stammfamilie bewahrt; es verknüpft Tradition und Erneuerung, Erfahrung des Alters und rationalen Gestaltungstrieb der Jugend. In der Stammfamilie paaren sich auch für den Geschäftserfolg die reife Erfahrung des Alters und der Erneuerungssinn der associirten Jugend. Der Vater der Stammfamilie bleibt in England im Geschäft bis zum Tode; in Frankreich löst der Vater der unsäuglichen Familie mit heranwachsendem Alter, eben wenn die Unternehmung festgewurzelt ist, das Geschäft auf, die Tradition geht verloren.

Die erste Voraussetzung dieser dritten Familienart ist das Eigenthum an der Familienwohnung. Die alte europäische Sitte forderte diese. Noch jetzt ist sie auf dem Lande Forderung jedes erbschaftlichen Hausvaters, ehe er seine Tochter in die Ehe giebt. Dieser Anspruch ist aufgegeben bei der Familiengründung der arbeitenden Klassen in den Manufakturstädten, was in der Wohnungsnoth der kleinen Leute die Quelle furchtbarsten Elends und schändlichsten Wuchers wird. Man sucht die alte Sitte in der Fabrikindustrie selbst herzustellen durch Gewinnung guter und fechter, die Arbeitserfahrung überliefernder Arbeiterfamilien mittelst Darbietung von Arbeiterwohnungen bei den Fabriken und durch Erbauung der *cités ouvrières*, deren Häuser durch Annuitätenzahlung in Arbeiter-eigenthum übergehen. (Wäthschen!) Der *Soweran*, welcher diese Bestrebungen zu verallgemeinern wißte, würde für die Gesellschaft mehr thun, als der gute König, welcher jedem Unterthan das Huhn im Topf beschenken wollte, und seine Diagnose vor den Folgen von Umlagerungen in der modernen Gesellschaft am meisten bewahren. In ausreichender, gesunder, jede Familie in sich abschließender und die Glieder nach Alter und Geschlecht trennender Wohnung können allein gute Sitte, Ordnung, Reinlichkeit, Freude am Familienleben, Fürsorge für die Zukunft, Interesse am Gedeihen und Frieden der Gesellschaft, welche diese Güter gewährt

leistet, sich erzeugen. Das Gesehe, dessen sittliches Verkommen so weit verbreitete Klagen erzeugt, kann nur so in Lust bleiben und die Angehörigkeit zur Familie empfinden und befrähigen. Eine Familie, lebend wie der Vogel auf dem Zweig, immer wieder ausgetrieben, ohne Lust und Lust für ein frohes Dasein, stets gemischt mit fremden Elementen, kann nur verkommen und proletarisch verhiiren, der Sinnenlust des Augenblicks leben. Und dies ist schon jetzt in viel zu großem Umfang bei den Arbeitern und selbst bei dem Kleinhandwerk der großen Städte der Neuzeit der Fall. Die schlechte Mietwohnung ist eine der wesentlichsten Begleiterinnen des modernen Pauperismus. Selbst bei den dirigierenden Klassen ist das Haus nicht, wie in England, bis tief in die Mittelklassen herab, die Burg der Familie, es hat nicht den bezaubernden Klang, welchen das Wort home für ein englisches Herz hat.

Das Walten der Frau im Hause, wie die Autorität des Mannes in allen äußeren Beziehungen der Familie, ist eine erhaltende Grundkraft der Gesellschaft und des menschlichen Fortschrittes. Das eigentliche Herrschaftsgebiet der Frau ist im Hause. Freie Völker, wie die Engländer und Amerikaner, räumen der Frau die Souveränität hier ein, wo sie unerschütterlich auf der Tugend und den Reizen des Weibes beruht, wo dem Weib durch die natürliche Junction der Platz angewiesen ist. Und jene Völker bieten der Frau auch wirklich vor Allem als Herrschaftsgebiet eine eigene und abgeschlossene Familienwohnung, in welcher dieselbe durch Erziehung der Kinder, im Verkehr mit dem Manne, der vom Geschäft in der Familie sich erholt, ihren tiefen indirekten Einfluß auf das Leben des Gatten übt und über das Gesehe der ganzen Nation mit entscheidet. Die Erhaltung der Juden beruht wesentlich auf der schonenden Behandlung der Frau und der Autorität des Vaters in der Familie. Von emancipierender Gleichstellung, von der Concurrenz mit den Männern im Geschäftsleben hat die Frau nicht wirtliche Gleichheit zu erwarten, sondern ökonomischen und sittlichen Untergang zu fürchten; die Frau bedarf geradezu in der Zeit der Schwangerschaft, Geburt und des Säugens des Unterhaltes durch den stärkeren Mann.

Das englische und amerikanische Erbrecht, welches den Töchtern nicht gleiche Erbtheilung, wohl aber anständige Ausstattung sichert, ist der Achtung der Frau und guten Ehen förderlich. Der Geldputz tritt mehr zurück, und die Neigung hat mehr Geltung. Die Ehe wird fruchtbarer, die Mischung der Stände durch Vermählung eine härtere, das exklusive Zueinanderbeirathen tritt zurück. Der Mann bleibt mehr hingezogen zu einer von ihm in freier Neigung gegründeten Familie. In Frankreich nimmt die entgegengesetzte Sittenrichtung überhand, und den Anstoß hiezu giebt wieder wesentlich die gleiche Erbtheilung. Da muß durch Heirath das erblichlich sich zersplitternde Vermögen sich immer wieder ergänzen, die Heirath wird Spekulation, die Neigungsfreirath Ehezeit, die Fruchtbarkeit über 2—3 Kinder hinaus Thorheit. Alerge und Geistliche constatiren diese die sittlichen und natürlichen Geseze verhöhnende Familien-

politik der reichen Klassen und auch ihre Folgen für die physischen Zustände. Das Weib in seinem natürlichen Kreise während der besten Lebenszeit nicht festgehalten, glänzt nach außen, es vermischt die Grenzen, welche die Erziehung der Hausfrau von der lichterlichen Region des demi monde abschneiden sollten, selbst. Libertinage in der Ehe bei der Frau, Libertinage in der Ehe und vor der Ehe beim Manne zerföhren die Grundlagen der sittlichen Kraft in den zur Herrschaft berufenen Mittelklassen, und sie befrähnen die eheliche Fruchtbarkeit. Das Gesez und die Praxis der Gerichte ist lax, was die Verführung betrifft, die eheliche Tugend wird durch eine niederliche Romanapresse lächerlich gemacht. Während der englische und amerikanische Gesezgeber und Richter den Mann wegen Verführung der Mädchen auf's Empfindlichste am Vermögen treffen, verbietet das französische Civilgesezbuch die Unteruchung der Paternität, und das Opfer der Verführung ist allen Folgen preisgegeben. Gute Familien schließen dann in Frankreich ihre Mädchen klostermäßig ein, um sie vor Verführung zu sichern, eine Auswahl des Ehegatten wird denselben erschwert, und erst in der Conventionehe beginnt die Freiheit, während bei den freien Nationen ein durch Sitte und Gesez geschützter Verkehr der Geschlechter vor der Ehe vorausgeht und eine häusliche Abschießung der frei sich wählenden Ehegatten in der Familie der Heirath nachfolgt. Die natürlichen Verhältnisse setzen sich auf den Kopf gestellt, ein Fehler zieht einen größeren nach sich.

Ähnlich verhält es sich mit der väterlichen Autorität und der Achtung des Alters. In England gilt sie als Grundlage der bürgerlichen Freiheit. In Frankreich ist sie vom Geseze wenig geschützt, durch die Beschränkung der Testamentfreiheit angegriffen; die Weisheit des Alters gilt hier wenig vor dem rastlosen Fortschreiten und dem Neuerungstrieb der Jugend, die Tradition des Vaters wird vor der theoretischen Bildung der Söhne in den Schatten gestellt. Alle freien Völker der Gesellschaft haben mit England die väterliche Autorität und die Achtung des Alters hochgehalten; verfallende Völker hatten emancipirte Jünglinge und misachtete Greise. Und in der That ist der Einfluß des Alters nicht bloß der Grundstein der religiösen Gesinnung, welche in der Familie wächst, der Sittlichkeit, die hier erzogen wird, sondern auch der politischen Freiheit; der Vater, welcher über die Familienangehörigen die mildeste und fräftigste Herrschaft zugleich führen kann, lehrt frei gehen. Die väterliche Gewalt kann ein Volk erkalten, wenn Kirche, Schule und Staat verdorben sind; kein Alerus und keine Bureautraite können aber ein Volk religiös, sittlich, intelligent, dem Staatsbede dienlich machen, wenn die Familienzucht fehlt. Keine andere gesellschaftliche Gewalt sucht so wie die väterliche rückfälliges anzu zu dienen, welche sie beherrscht.

Die Stammfamilie sichert auch die beste Erziehung der Kinder, so, wohl sittlich als geistig. Die unständige Familie mit nebultirendem Erbgrade fest dieselbe in höherem Grade der Vernachlässigung in beiderlei Beziehungen aus. Für die sittliche Erziehung leistet die Schule anerkannter

maßen nicht, was die Familie leistet; nur der Einfluß der Mutter, die Autorität des Vaters, die ernste Zucht beider Eltern vermögen in dem Widerstreit böser und guter Triebe, wie er in allen jugendlichen Herzen entbrennt, den Sieg der Eittlichkeit zu entscheiden. Jeder aufrichtige Lehrer wird dies bestätigen. Auch vom höchst entwickelten öffentlichen Unterricht ist kein Ertrag für die Familienbildung zu erwarten. Jeder aufrichtige Lehrer wird dies bestätigen. Auch vom höchst entwickelten öffentlichen Unterricht ist kein Ertrag für die Familienbildung zu erwarten. Jeder aufrichtige Lehrer wird dies bestätigen. Auch vom höchst entwickelten öffentlichen Unterricht ist kein Ertrag für die Familienbildung zu erwarten.

das Gewerbe des Vaters nicht; die generationenlange Geschäftstradition geht der Rationalwirtschaft verloren. Lehrlingschaft in der Fremde, Verlassenheit der beim Tode des Vaters Unmündigen sind die notwendige Folge davon, daß der Familienerb, statt nach einem Spruchwort „ewig zu rauchen“, mit jeder Generation ausgelöscht wird. Unmündige aber haben von der gleichen Erbsportion weit weniger, als wenn sie bei ungleichem Erbe fortbauendes Unterkommen im Familienhause finden.

Die Stammfamilie bietet auch den Ehesen, deren es mit oder ohne Zwang der Gesetzgebung stets eine Menge geben wird, ein Uebel. Das Verheirathungsverbot, das Ehelibet als gesegnete Anordnung ist verwerflich. Die Stammfamilie aber führt zum freiwilligen Ehelibet, wo es passend ist; denn sie bewahrt auch Ehesen eine Heimsätte und macht sie sich selbst als Mitarbeiter nutzbar. Da beim Eheschluß mehr die Neigung als das Geld obwaltet, bleiben eheunfähige Personen leichter ehelos, als in der unständigen Familie mit gleicher Erbtheilung. Eöhne gehen in die Kirche, das Heer, die Marine, und behalten auch ehelos eine Heimath. Alte Jungfern und alte Junggesellen, schwer zu versorgen beim System der unständigen Familie, bald verlassene Reliquien der letzteren, finden in der Stammfamilie noch Unterkunft und sind ihr oft verehrte Gesellen.

Die fruchtbare Stammfamilie braucht aber die nicht stammhaltenden Sprossen nicht zur Eheseligkeit zu verdammen. Sie colonisirt und ist Grundlage der Expansionsfähigkeit der Staaten, sie ist das Trägerin der Steigerung der inneren Cultur und Bevölkerung des Landes und der Ausbreitung der Herrschaft in Colonien und unbekannten Landstrichen. Auch in dieser Beziehung ist die englisch-amerikanische Stammfamilie Grundlage des Wachstums und der Macht des Staates. Frankreich, mit einer noch im siebenzehnten Jahrhundert allgemeinen Fruchtbarkeit, ist, wenige Landesheile ausgenommen, systematisch steril geworden, hat seine frühere Colonisationsfähigkeit verloren. Das Regime der unständigen Familie hat sich, die Pyrenäen, Gesennen und die Alpengegende ausgenommen, überall eingeiselt. Vor der Revolution war, wie aus Arthur Youngs Reisebeschreibung hervorgeht, die Stammfamilie mit ihrem innigen Zusammenleben in Frankreich weit verbreitet, sie erzeugte die Bewunderung des Engländer.

Die Stammfamilie vermag endlich gute Domestiken zu bewahren, in der unständigen Familie muß das Gefinde eine dem Dienstherrn feindliche Richtung annehmen; denn in der Stammfamilie können treue Domestiken trotz des Wechsels der Herren dauernde Unterkunft hoffen, mit der Familie sich in der alten sprichwörtlichen Treue verbinden. Die unständige Familie bietet ihnen kein Uebel, sie können nicht Familienglieder werden, sie suchen über die kurze Zeit des Dienverhältnisses die Familie auszuweichen, scheuen häufigen Dienstwechsel nicht, unterliegen der Verführung.

Gegenüber dem vorstehenden Gemälde Le Plaz's läßt sich nicht läugnen, daß das ökonomische und sittliche Ideal der sogenannten „Stammfamilie“ sich nicht überall durchführen läßt. Viele, namentlich

lich die liberalen Verufe, gestatten, da sie aus dem individuellen Talente beruhen, keine gleichmäßige Fortpflanzung des Berufs. Viele, namentlich Arbeiter, sind auf beständiger Wanderung begriffen, und daß dem so ist, liegt vielfach in den Verhältnissen der neueren Zeit, welche keine restauratorische Vergewaltigung dulden. Allein andererseits zeigt das Ideal, dessen Züge wir dem Mäusel eines über die Familienauflösung seiner Nation tief betrübten Franzosen entnommen haben, immerhin recht anschaulich, welche gemeinwirtschaftliche Macht guten Familienzuständen in Erhaltung des sittlichen und geistigen Arbeits- und des Gütervermögens der menschlichen Gesellschaft innewohnt; und dies eben sollte geachtet werden. Selbst da, wo die Beweglichkeit des modernen Verkehrs der Verwirklichung des Ideals durch die Familie allein entgegen ist, haben sich in den Genossenschaften, in den Versicherungsanstalten — man denke an die neueste durch die Postanstalten vermittelte Staats-Lebens- und Altersversicherung der kleinen Leute in England, — in den öffentlich beförderten Arbeiterwohnungen u. s. w. andere gemeinwirtschaftliche Almosphären um das isolierte Individualeben mit seinen Gefahren gebildet. Die „Stammfamilie“ selbst aber, wenn sie auf kein Privilegium gegründet wird, wird namentlich in den Mittelklassen die umfassendste Anwendung auf die Dauer befohlen können.

Nochmals sei wiederholt, was im Beginne dieses § gesagt ist, daß wir in vorstehenden Erörterungen absichtlich über das Gebiet der rein national-ökonomischen Charakteristik der Familie hinausgeschritten sind. Wir fanden am Ziel der Betrachtungen über die Familienwirtschaft, am Ziele des wirtschaftlichen beginnt aber das allgemeine persönliche Leben, dessen Mittel alle Wirtschaft ist (vergl. § 173).

II. Die Staatswirtschaft.

XXXI. Kapitel: Allgemeines.

§ 198. **Innere Nothwendigkeit der Staatswirtschaft.** Strenge genommen erschöpft sich das menschliche Staatsleben nicht im einzelnen Staat, sondern in der völlerrechtlichen Einheit aller Staaten. Sie zusammen bilden den Staat der großen Menschenfamilie, um nach innen und nach außen das Recht in des Wortes umfassendster Bedeutung für die ganze Menschheit zu verwirklichen.

Wir sollten deshalb genau genommen dem privaten und dem gemeinwirtschaftlichen System der menschlichen Gesellschaft nicht als dritten Hauptbestandtheil das weltwirtschaftliche System unten (§§ 224 ff.) an die Seite stellen; denn das weltwirtschaftliche System ist nur eine höhere Gemeinschaft des privatwirtschaftlichen Verkehrs und der einzelnen gemeinwirtschaftlichen Organismen der verschiedenen Nationen. Da man indessen die Nationalwirtschaft in der Nationalökonomie von der Weltwirtschaft getrennt hat, so kann die gewöhnliche Einteilung immerhin

zulässig erscheinen; wir sind uns dabei namentlich bewußt, daß das Völlerrechtsleben nur das allgemeinere Staatsleben der Menschen ist.

Recht ist die alles ineinander „richtende“ Function der menschlichen Gesellschaft (Recht von richten, droit im franz. und richtig im engl. von dirigere, dirigiren). Das Recht hat, wie schon Plato bemerkt hat, jedem Theile den ihm zukünftigen Platz anzuweisen, und der Staat als organisirter Rechtsverein der menschlichen Gesellschaft ist, wie es schon Aristoteles treffend bezeichnet hat, die alles andere Volksleben „umschließende“, gleichsam in Rand und Band haltende Macht.

Und wahrlich zu jeder Zeit ist das Leben der bürgerlichen Gesellschaft ein buntes Vielfaches durcheinander und gegeneinander laufender Interessen. Es muß daher dafür gesorgt sein, daß das Chaos immer wieder in eine Ordnung, in eine harmonische Gesamtbewegung aufgelöst werde, wobei Alle, indem Jeder an seiner Stelle waltet, einander wechselseitig tragen und entwickeln. Diese ordnende und wechselseitig bedingende Beziehung aller auf einander, diese harmonische Leitung der Gesamtbewegung des äußeren Gesellschaftslebens der Menschheit, die wirtschaftlichste Ueberwindung des Kraftverlustes aus gesellschaftlicher Reibung vollzieht als ächt sociales Organ der Staat durch Justiz, Polizei, Cultus, Kriegs- und auswärtige Verwaltung.

Nicht bloß zu jeder Zeit bildet das Leben der bürgerlichen Gesellschaft eine Interesseneinheit, sondern auch im gesellschaftlichen Wechsel der Generationen. Auch die harmonische geschichtliche Entfaltung will geachtet sein, und auch diese Interessengemeinschaft in der geschichtlichen Zeitersredung hin will ihr Organ haben. Selbst in dem Wechsel der Generationen muß ein Volk seine harmonische Entfaltung wahren.

Der Staat ist hiernach in noch viel höherem Sinne als die Familie, eine höhere Gesamtpersönlichkeit, welcher sich die Individuen der verschiedenen Generationen nach der rechtlichen Seite hin als Glieder einordnen. Er schöpft seine Macht nicht von den Individuen, sondern diese erhalten als Glieder der in Raum und Zeit Einen höheren Gesamtpersönlichkeit ihre rechtliche Bestimmung und Verpflichtung; denn auch der Staat ist „als Ganzes vor den Theilen“ und verlangt daher, beispielsweise in den Steuern, von den Gliedern Opfer für das Ganze; auch er ist keine Aetiengesellschaft, in welcher Einlagen und Dividenden balancirt werden.

Das Recht nun, welches der gleichzeitigen und der aufeinanderfolgenden Massenbewegung des Culturlebens nach allen Richtungen hin Ordnung und Harmonie sichern, festen Zusammenhalt und Zusammenfluß geben soll, muß zum Organ ein mit Macht ausgestattetes und mit Autorität überallhin durchgreifendes Organ haben; denn ohne dieses ist das Recht nicht zu verwirklichen. Der Begriff der Macht, der Einheit, der Autorität, des Regiments ist daher vom Staate unzertrennlich. Obwohl der Staat auch durch frei wirkende Mittel, wie Belehrung, Belohnung, Auszeichnung Vieles wirkt, so steht

doch hinter ihm in Justiz und Polizei, wie in der Theilnahme an der Ordnung des Völkerebens mittelst der auswärtigen Verwaltung, die militärisch organisirte Macht.

Der Schwerpunkt staatlicher Organisation fällt naturgemäß dahin, wo gesellschaftliches Leben einen größeren Grad von Concentration des Verkehrs und von Solidarität der Interessen erlangt hat; denn da und von da aus gilt es besonders, jene allen Widerstreit aufhebende, Alles in einander richtende Function geltend zu machen, deren Anwalt der Staat ist. Dieser Mittelpunkt ist geschichtlich zuerst die Familie; „graue Feden werden die erste Krone“ in der Patriarchie. Später sind es einzelne Gemeinden und Grundbesitzungen; der mittelalterliche Staat ist ein loses Vielsaches localer Mittelpunkte. Bei der Vermittlung der modernen Nationen auf weitem Landgebiet zu regem geistigem und materiellem Verkehr ist der Staat der Zeitzeit Nationalstaat geworden; denn das Nationalleben ist das innige Verkehrsgeze, welches in Harmonie, von Einem inneren Schwerpunkt bestimmt, sich fortbewegen soll. Die Ordnung der internationalen Verhältnisse dagegen wird von den Einzelstaaten in völkerechtlich ebenbürtigem Zusammenwirken geleist.

So ist denn das geschichtlich und gleichzeitig einheitliche Aufeinanderstimmen aller Theile der Kulturbewegung einer Nation Aufgabe des Staates.*)

§ 199. Die Wirtschaftlichkeit in Lösung der Staatsaufgaben. Die Lösung der Aufgaben des Staates unterliegt nun ebenfalls dem Gebot der Wirtschaftlichkeit. Auch hier soll die möglichst vollkommene Verwirklichung des justitiellen und des politischen, des inneren und des Völker-Rechtes mit geringstem Aufwand an Arbeits- und an Gütervermögen erfolgen. Wer hat nicht schon diese Forderung an den Staat stellen gehört?

Allein die Natur der Staatsaufgaben duldet keine privatwirtschaftliche Lösung in Concurrenz und in freier Tauschvergeltung; denn die Privatunternehmung berücksichtigt eben das nicht, was die staatswirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung heischt: Nachhaltigkeit, Ausschließlichkeit, Einheitlichkeit und Gemeinbarkeit der von der staatlichen Gemeinbewirtschaftung zu befriedigenden Bedürfnisse.

Die Wirtschaft des Staates hat selbst die nachhaltigen Bedürfnisse der Jahrhunderte zu lösen. Welcher Private setzt, wenn er an der Walddevastation eines Gebirgsabhanges gewinnt, nicht das forstpolizeiliche Interesse, welches von der Nützlichkeit auf das Klima, den Holzbedarf und die Thalwirtschaft späterer Zeiten dicke wird, hinter sein kurzlebiges Privatinteresse zurück? Wie soll man dem Empfänger private Vergeltung finden, wenn die empfangende Generation noch gar nicht existirt?

*) Ueber diese Anschauung vom Staate, welche mit den Grundätzen der Krause'schen Rechtsphilosophie übereinstimmt, s. meine acad. Inauguralrede, D. V. Jahrg. Schr. 1861.

Der Staat muß mit Autorität walten, er darf nicht Streit und Unordnung aufkommen lassen oder lange dulden, weil dies eine Verneinung seines Principes, des Rechtes ist. Oder kann man die Justiz auf das Spiel in freier Privatconcurrenz aufstehender Richter bauen, den militärischen Sicherheitsdienst auf Privatunternehmung, Münz-, Maß- und Gewichtspolizei auf die Concurrenz verschiedener Münzfäße und Maßsysteme um möglichst allgemeine Annahme? Wollte die ganz freie Concurrenz in der Strafbarkeit wäre Blutrache, Faustrecht und Behme, eine Anarchie, nicht „gemüthlich“, wie sie Proudhon geträumt hat; sie wäre geradezu die Negation des Staatszweckes und des unentbehrlichen einheitlichen Waltens für denselben.

Der Staat hat meist Aufgaben zu lösen, wodurch er das gleichartige Bedürfnis vieler oder aller zugleich befriedigt. In unmeßbarer Weise kommt das Ergebnis eines allfälligen Krieges, einer guten Diplomatie, der Thätigkeit der Straf- und Civiljustiz mittelbar Allen zu. Wie wollte man die Vergeltung bei Lösung derselben Aufgaben durch concurrenzierende Privatunternehmungen anders einrichten, als sie im Staate jetzt eingerichtet ist? Und welche Kraftvergeudung, wenn jeder Einzelne seinen Schutz im Ausland, seine Sicherheit im Innern, seine Verkehrsanstalten sich immer erst selbst oder durch Privatunternehmer anschaffen müßte!

Die privatwirtschaftliche Lösung der allermeisten jetzigen Staatsaufgaben wäre ein hoher Grad von Unwirtschaftlichkeit.

Die trotz Wegfalls der freien Concurrenz gleichwohl vorhandenen Motive und Vertreter der staatlichen Wirtschaftlichkeit sind in § 187. 3. 6 bereits vorläufig bezeichnet.

XXXII. Kapitel: Nähere nationalökonomische Analyse des Staates.

§ 200. Aehnlichkeiten und Verschiedenheiten der Staatswirtschaft mit und gegenüber dem privatwirtschaftlichen System der bürgerlichen Gesellschaft. Durch eine Vergleichung, welche Schritt für Schritt der im ersten Hauptabschnitt befolgten Erörterung des privatwirtschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft folgt, werden wir im Stande sein, die hauptsächlichsten Eigentümlichkeiten der Staatswirtschaft anzufinden; nur eine kurze Charakteristik der letzteren kann im Rahmen dieses Buches Platz finden.

A. Allgemeine staatswirtschaftliche Grundverhältnisse.

a) Die Elemente der Staatswirtschaft — sind das Volk und das Land, nicht so, daß beide nach der wirtschaftlichen Seite ganz in der Staatswirtschaft aufgingen, sondern so daß die letztere in ihrer das Recht und Ordnungsbedürfnis befriedigenden Thätigkeit das ganze auf Land und Leuten beruhende privat- und sonstige gemeinwirtschaftliche Leben durchdringt und umschließt.

Das active persönliche Element der Staatswirtschaft sind die-

jenigen Glieder des Volkes, welche in den Dienst des Gemeinwesens getreten sind, von demjenigen an, welchen Friederich M. den ersten Diener des Staates genannt hat, bis zum geringsten Subalternbeamten und Wäpfer.

Das Object, mittelst dessen der Staat wirtschaftet, besteht theils aus Naturgütern, z. B. Flüssen, die er schiffbar macht u. s. w., theils aus einem großen Betrag ökonomischer Güter (Bauaterial für Gebäude, Eisen für Munition u. s. w.), welche er im Weg des gewöhnlichen privatwirthschaftlichen Tausches erwirbt.

b) Die Bedürfnisse, — welche durch Staatswirtschaft befriedigt werden, haben einen Berührungspunkt mit allen im gesellschaftlichen Wirtschaftssystem befriedigten Bedürfnissen gemein: der Staat versorgt sie nicht als seine eigenen Bedürfnisse, sondern für Andere, welche dafür das im Staatsdienste angehäufte Güter- und Arbeitsvermögen unterhalten. Recht, Ordnung, Sicherheit werden für die Staatsbürger im Staate erhalten, und zum Entgelt hiefür werden die Personen, aus welchen die active Staatspersönlichkeit zusammengesetzt ist, besoldet und das active Staatsvermögen von der bürgerlichen Gesellschaft unterhalten.

Sonst aber sind die Bedürfnisse, welche der Staat befriedigt, vollständig verschieden von den durch das privatwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft befriedigten Bedürfnissen: sie sind von gemeinsamer, meist nachhaltiger Natur und schließen Concurrenz in der auf ihre Befriedigung gerichteten Thätigkeit aus.

Die Gemeinschaft ist theilweis eine verschiedene Artige: nämlich entweder nur eine Gemeinschaft des befriedigenden Organes, wie denn z. B. das Civilgericht eines Bezirkes in den Einzelprocessen das Rechtsbedürfnis jedes Einzelnen besonders befriedigt, jedoch alle vor sein Forum anfallenden Processfälle an sich zieht, — oder eine Gemeinschaft im befriedigenden Organ u. d. in der Befriedigung zugleich, wie denn z. B. eine Gensdarmereimachtstreife, eine gesundheitspolizeiliche Einrichtung, ein öffentliches Monument, eine dem Publikum geöffnete öffentliche Bildergallerie Allen oder doch Mehreren zugleich Befriedigung schafft. Der erstere Fall zieht in den Sparten, Gebühren eine theilweise Vergeltung Seitens des die spezielle Staatsleistung empfangenden Staatsbürgers nach sich. Im zweiten Fall ist Specialvergeltung unmöglich.

Berner ist die Gemeinschaft entweder eine solche für alle, oder eine solche nur für mehrere Staatsbürger. Ersteres tritt z. B. ein, indem ein glücklicher Krieg oder indem die vom Staat unterhaltene Wissenschaft ein Bedürfnis des ganzen Volkes in seiner jetzigen und in kommenden Generationen befriedigt. Der zweite Fall tritt in mancherlei Abifikationen ein, und führt zu einer Erfüllung öffentlicher Bedürfnisse durch gebildete politische Selbstverwaltung der besonderen Interessenten hin (§ 213. 215).

Dem Gegenstande nach sind die staatlichen Bedürfnisse sehr verschieden; denn die Zwecke des Staates umfassen von der Seite des Rechts jede Art von Culturinteressen der menschlichen Gesellschaft: Kunst, Wissen-

schaft, Religion ebenso, wie die Volkswirtschaft; — Kunst- und Wissenschaftsanstalten, wie Straßen und Gemarken fallen in den Bereich der Staatswirtschaft. Die staatliche Volkswirtschaftspflege ist nur ein Theil der Staatswirtschaft.

c) Die Güter, welche der Staat producirt, find theils Sachgüter, z. B. Straßen, Häfen, theils und in sehr großem Umfange Dienstleistungen; Letztere sind der Hauptinhalt aller staatlichen Güterproduction, was denn auch vom Sprachgebrauch in der vorzugsweisen Bezeichnung der Staatsthätigkeit als Staatsdienstes richtig empfunden wird.

Uebrig nicht auch das Recht, die Ordnung, der Zustand der Sicherheit u. s. w. an sich können als „Verhältnisse“ oder „Immaterialcapitalien“ (Storch, Dietel) zu den Gütern, welche der Staat erzeugt, gezählt werden (vgl. schon § 15). Erst die wirthlichen Leistungen der Justiz, der Polizei, des Militärs, der Staatskassen sind in wirtschaftlichem Sinn staatliche Gemeingüter. Die Gemeingüter sind ganz concrete Sachgüter oder Dienstleistungen, nicht höhere Güterabstracta, wie man sie unter jenen Namen sich vorgestellt hat. Behalte man doch im Auge, daß auch der Staat nach seinem Arbeits- und nach seinem Gütervermögen aus einzelnen Personen (St.-Dienern, Volkvertretern u.) und aus einzelnen Sachgütern besteht und daher in seiner Gemeingütererzeugung immer wieder in die beiden Elementarformen des ökonomischen Gutes, Dienstleistungen und Sachgüter auslaufen muß.

3. B. das Patentrecht des einzelnen Unterthanen geht als äußeres Gut hervor aus den gesetzgeberischen Leistungen und Sachproducten (Gedern), sowie aus den Leistungen der Justiz gegen eventuelle Nachahmung. Daß ein Patentrechtprivilegium als kapitalisirte künftige Rente voraus einen Preis findet, beruht zwar auf der staatlichen Schutzeleistung, diese Voraussetzung des schützenden Anschlusses der Gemeinwirtschaft an die privatwirtschaftliche Patentverwertung kann aber nicht selbst unter dem vagen, nichtssagenden Ausdruck „Verhältnis“ zu einem ökonomischen Einzelgute gestempelt werden. Die wirtschaftliche Leistung des Staates ist nur der bestimmte richterliche oder polizeiliche Act zum Schutze des Patentrechtes, sowie die Ertheilung des letzteren; höchstens das Gesetz, welches als Norm für einzelne Anwendungsfälle voraus in den positiven Rechtsquellen niedergelegt ist, nicht die Befugnis aus irgend einem Gesetz, kann ein gemeinwirtschaftliches Gut oder Kapital als für die Rechtserzeugung angehäufte Erzeugnis, als vorgetragene Arbeit der Rechtsübung genannt werden.

Die vom Staat producirt Gemeingüter sind gleichwohl nicht Tauschgüter. Nur einzelne staatliche Leistungen, welche durch Gebühren vergolten werden, nähern sich dem Charakter des Tauschgutes.

Unentgeltlich sind aber auch die untaschbaren Gemeingüter nicht, sie finden nur ein anderes Vergeltungsverhältnis in der Steuer.

Auch bei andern Gemeinwirtschaften ist ja dem so: der Haushaltungsdienst der Frau wird durch den Mitunterhalt der Frau aus dem

Einkommen des Hausvaters, die Erziehung der Eltern durch Auferziehung einer neuen Generation und durch Unterhalt des Alters vergolten; in Vereinen aller Art wird der gestiftete gemeine Nutzen frei aus den Einkommen vergolten, aus welchen freiwillige Beiträge fließen.

Der Unterhalt von entbehrlichen und unentbehrlichen Gütern kann auch auf die Staatswirtschaft angewendet werden; auch in ihr hört Production und Verbrauch der ersten auf oder wird beschränkt, sobald man mit Herstellung der unentbehrlichen in Noth ist, z. B. in Kriegen wird man keine Kunstgalerien bauen.

Freilich werden oft Gemeinwirtschaften entbehrliche Güter (z. B. nicht nöthig notwendige Straßen, Eisenbahnen, Canäle u. s. w. durch Beschäftigung arbeitsunfähiger Armer) gerade dann bauen, wenn die Privatwirtschaften auf die nöthigsten Ausgaben beschränkt sind und hieraus Arbeitslosigkeit entsteht. Dieses ebenso eigenthümliche als wohlthätige Ergänzungsverhältnis des privat- und des gemeinwirtschaftlichen Systems zu einander ist vorgehend bereits in § 157 zur Darstellung gekommen.

Die staatlichen Gemeingüter stellen — und dies macht eine hauptsächlich aus dem innersten Wesen der Staatsaufgabe (§ 198) entspringende Eigenthümlichkeit derselben aus, — ein die ganze Volksgesellschaft gleichmäßig durchziehendes System dar. Sie sind gleichsam das die privatwirtschaftlichen Vermögen durchdringende haltgebende Knochengestütze und Muskelstern, — ein Bild, das wir nur deshalb gebrauchen, um eben den aus dem Staatszweck sich ergebenden specifischen Charakter der Einheitlichkeit und Ausschließlichkeit auch an den Gemeingütern aufzuzeigen. Justiz, Polizei, Militär, Straßen u. s. w. sind ein einheitliches System von Dienstleistungen und Sachgütern, Land und Volk durchziehend, ebendeshalb nur durch die einheitliche Gemeinwirtschaft des Staates erzeugbar.

d) Das Staatsvermögen. Auch der Staat hat als Träger einer großen Summe ihm zugehöriger ökonomischer Güter Vermögen; denn auch die Gemeingüter, obwohl zum Genuß durch die bürgerliche Gesellschaft bestimmt, stehen als eine Einheit den privatwirtschaftlichen und sonstigen gemeinwirtschaftlichen Gütervermögen gegenüber. Sie müssen, wie alles Vermögen, eine Persönlichkeit zum Träger, Bewahrer und Erneuerer (§ 18. 124 ff.) haben.

Auch der Staat ist reich oder arm, und staatliche und privatwirtschaftliche Reichthum bedingen sich im Allgemeinen, so jedoch, daß mit Entwicklung des letzteren der erstere relativ abnehmen kann (§ 178 und 222).

Als Träger hauptsächlich des tauschfähigen Sachgütervermögens ist der Staat Fiscus.

Das Vermögen des Staates ist aber umfassender. Insbesondere verfügt er über eine große Summe durch Staatsdienerpflicht und durch Untertanennpflicht (z. B. Militärpflicht) fixirter öffentlicher Leistungen. In-

dem der Staat nützliche Handlungen der Beamten und der Bürger seinem Zwecke, welcher ein gemeinnütziger Zweck der bürgerlichen Gesellschaft ist, sich als öffentlich rechtliche Forderung fixirt hat, verfügt er über ein großes Vermögen. Diese Fixirung ist, was z. B. die Heerpflicht betrifft, eine absolute. Eben weil der Staat hauptsächlich Dienstleistungen producirt, wird bei ihm die gesicherte Verfügung über Handlungen Anderer, die feste öffentlich rechtliche Aneignung bedeutender Theile des Arbeitsvermögens der Nation für Befriedigung gemeiner Bedürfnisse, ein um so viel bedeutenderer Vermögenstheil, als es bei dem privatwirtschaftlichen Vermögen die Verfügung über fremde Dienste (§ 15) ist*).

Als eine geschlossene Vermögenspersönlichkeit tritt übrigens, wie wir beiläufig bemerken, nicht blos der Staat im Fiscus auf, sondern auch das Familienvermögen (hereditas jacens, patrimonium), die Kirche (fabrica ecclesiae), die bürgerliche Gemeinde, Vereine als juristische Personen u.

e) Staatskapital. Auch das Vermögen des Staates ist theils Kapitalvermögen, stehendes und umlaufendes, theils Genußvermögen und dieses Ges. und Verbrauchervermögen. Manche staatswirtschaftliche Gemeingüter, z. B. Straßen als Güterfuhr- und als Spazierwege, gehören beiden Vermögensklassen zugleich an.

Verbrauchervermögen sind z. B. Pulvervorräthe, Schreibmaterialien des Strafrichters; sie dienen der Consumtion für persönliche Zwecke des Volkes und der Volkangebörigen. Kanonen, Kriegsschiffe, Gefängnisse, Justizgebäude, Kunst- und wissenschaftliche Anstalten repräsentiren ein ungemein reiches Gebrauchervermögen, mittelst dessen nachhaltiger, intensiver und kostenloser, also viel wirtschaftlicher, eine Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Nation stattfindet. Eben dieser Theil des Staatsvermögens, — theilweise zugleich fixes Kapital zur Production der öffentlichen Dienstleistungen, — soll und wird in der Regel Träger eines sehr gleichzeitigen sehr wirtschaftlichen Gemeinconsums sein.

Das Staatskapital** ist theils ein stehendes, theils ein umlaufendes.

Ein Actenstück z. B., welches in dreifachem Beförderungsträger der kassenweisen Verrichtung einer staatlichen Leistung ist, die Gegenstände des Rangleibverbrauchs überhaupt, in dem staatlichen Staatsfiskal-Rangleibvermögen sich darstellend, der Befehlungsact analog dem Logenconto der Privatunternehmungen, sind Beispiele für das Entstehen des umlaufenden Kapitals in der Staatswirtschaft. Prämien, Ehrenzeichen u. könnten ebenfalls hierher gezogen werden.

Freilich ist der große Unterschied wahrzunehmen, daß in der Staatswirtschaft als einer gegliederten Gemeinwirtschaft das flüssige Kapital

*) Gegen Rau kann hier gelegentlich bemerkt werden, daß seine Meinung über das Unpraktische der Aufzählung der Leistungen unter den ökonomischen Gütern in der Staatswirtschaft sich vollständig widerlegt.

**) Wohl zu unterscheiden von „Staatskapitalien“ im Sinne der Staatsschuldsscheine.

nicht mit jedem Umlaufacte den Herren, sondern nur die Stufe der in sich geschlossenen staatswirtschaftlichen Production wechselt. Dies kommt zwar auch im privatwirtschaftlichen System vor (§ 45), wenn z. B. in einer Maschinenfabrik Rohstoff eingeht und erst als Theil eines fertigen Eisenbahnwagens wieder ausgeht. Doch ist der gegenstehliche Fall im privatwirtschaftlichen System nach der Natur des letzteren häufiger.

Der Staat hat auch ein sehr starkes stehendes Kapitalvermögen, z. B. in den öffentlichen Gebäuden, Arsenalen, dem ständigen Kriegsmaterial, Schiffen, Vertheilungsanstalten, Straßen.

Im Staatskapital ist das stehende vor dem umlaufenden sehr vorwiegend. Dies ganz besonders dann, wenn man die Befoldungs- und Solddauslagen, ähnlich, wie wir die hinsichtlich der Lohnauslagen des Privatunternehmers beobachtet haben (§ 44), nicht als Kapitalgüter im eigentlichen Sinn, sondern als Geldanweisung auf das in den privatwirtschaftlichen Magazinen angehäufte Gemeinvermögen der Nation ansieht, für welche Anweisung sich die Kräfte des im Dienste des Staates stehenden Arbeitsvermögens in staatliche Leistungs- und Sachgüter erst verwandeln.

Durch das Vorwiegen des stehenden Kapitals der Gemeingütererzeugung trägt der Staat, welcher wesentlich auch die geschäftliche Einheit wirtschaftlichster Befriedigung gewisser Gemeinbedürfnisse wahrzunehmen hat, nur diese seine eigentliche Aufgabe aus. Er muß für die Sicherheit, die Ordnung, die Entwicklung und den Verkehr vieler Generationen Güteranhäufungen zu fortlaufender Ablösung von Nutzungen machen, er muß also seiner Aufgabe nach stehendes Kapital anhäufen, und ist vorzugsweise berufen, in dem eigenthümlichen Tausch des Krediten (Entwicklung des Staatskrediten) die Wirtschaftseinheit auch der auf einander folgenden Generationen herzustellen. In der That ist an der besonderen Form des Staatskrediten das in § 50 hervorgehobene Wesen des Krediten am frühesten erkannt worden*).

Das stehende, wie das umlaufende Kapital des Staates zeigt höchst bedeutsame Unterschiede seiner Anwendung. Drei Formen der letzteren treten logisch und thatsächlich hauptsächlich hervor.

§ 202. Erstens: Das **Erwerbskapital** (sog. Staatsactivvermögen) oder das **Staatscapital als Glied des privatwirtschaftlichen Kapitaliensystems**. Der Staat sucht einen und sucht früher den größten Theil seiner Kosten bei Erzeugung der Gemeingüter dadurch zu decken, daß er ein Einkommen (Reineinkommen) ganz so erzielt, wie es die Privatunternehmer erzielen. Dazu bedarf er eines Kapitals und er legt (aus den in § 237 zu erwähnenden Gründen) sein Erwerbskapital hauptsächlich in Forst- und Felddomänen, Hüttenwerken, neuerdings in öffentlichen Vertheilungsanstalten an. In den Reinerträgen dieser boden- und gewerbswirtschaftlichen Unter-

*) Vergl. u. A. Rebenius, der öffentliche Kredit, 2. Aufl. 1828. — Diezel, System der Staatsanleihen.

nehmungen bezieht er ein Einkommen, womit die sog. Staatsbedürfnisse, d. h. die Kosten der vom Staat erzeugten Gemeingüter, größeren oder kleineren Theils gedeckt werden können; denn die Staatsfähigkeit als Gemeingüterproduction erheischt Sachgüter- und Leistungsaufwand.

Insofern es der Staat allein auf den Reinertrag abhebt, ist er als Eigentümer von Domänen und Vertheilungsanstalten lediglich in die Reihe der privatwirtschaftlichen Kapitalbesitzer zu stellen, lediglich als eine besondere Form der Gesellschaftsunternehmung neben Actiengesellschaft, Productivgenossenschaft u. s. w. zu nennen. Er macht sich für seine Leistung an Gemeingütern unmittelbar dadurch bezahlt, daß er einen Theil des privatwirtschaftlichen Erwerbsgebietes selbst in Besitz und Betrieb nimmt.

Indessen vergibt er auch hiebei nicht ganz seiner gemeinwirtschaftlichen Aufgabe.

Indem er z. B. Forste, um die klimatischen Verhältnisse willen und an Gebirgshängen, in sein Vermögen nimmt und als solche darin erhält, oder soferne er einzelne Eisen- und Stahlwerke wegen der Sicherung des Kriegsbedarfes betreibt, oder soferne er Posten, Telegraphen und Eisenbahnen im Interesse fortlaufender gleichmäßiger Eiselsicherung des ganzen Volksverkehrs und ohne vorherrschendes fiscalisches Absehen auf den Reinertrag betreibt, leitet er theilweise eine Gemeingüterproduction. Soweit er die letztere wirtschaftlicher vollzieht, als die Befriedigung der begli-chen Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft sonst stattfinden könnte, so weit — nicht mehr und nicht weniger — ist der active Staats-gewerbebetrieb ökonomisch gerechtfertigt.

§ 203. Zweitens: Das **Kapitalvermögen des Staates als Ergänzung des Privatkapitals**. Einen Theil seines Kapitalvermögens bietet der Staat der privatwirtschaftlichen Production dar, er dient mit diesem Theile dem privatwirtschaftlichen Güterleben zur Ergänzung.

Hierher fallen Straßen als Mittel des privaten Gütertransportes, Post und Staatsbahnen, insofern sie nicht auf den Reinertrag betrieben werden und dem Erwerbsleben dienen, Canäle, Häfen, Entwässerungen, Strombauten u. s. w.

Besonders der Handel bedarf, wie schon in § 51 nachgewiesen ist, dieser Art öffentlicher Kapitalien, welche analog in der öffentlichen Wirtschaft der weltlichen Gemein den eine sehr bedeutende Rolle spielen.

Wirtschaftlich ist auch diese Art von öffentlichen Kapitalien gerechtfertigt, da und insofern dieselben Productivwerthe der Privatwirtschaften sonst nicht ebenso wirtschaftlich befördern würden könnten. Ein Deichsystem, ein großer Handelshafen, eine Landstraße, eine Börse stellen öffentliche Kapitalien dar, welche von der Privatunternehmung entweder gar nicht oder von allen vereinigt oder als Monopol im Gesamtergebnisse nur viel kostspieliger entfallen werden könnten.

Soweit jedoch diese Voraussetzung nicht zutrifft, hat die Privatunternehmung einzutreten. Wirtschaftlich wecheln die Verhältnisse darin fort (§ 179).

Die öffentlichen Kapitalien, welche das privatwirtschaftliche Güterleben unmittelbar fügen, werden vom Staate, beziehungsweise von den Gemeinden, theils und in immer steigendem Grade unentgeltlich (Wegfall der Mauten, Wegzölle, Fiskus u. f. m.), theils gegen vollen oder theilweisen Entgelt dargeboten (Landturmgebühren, Brückengelder u. f. m.). Letzteres ist namentlich dann der Fall, wenn die betreffenden öffentlichen Kapitalien fortlaufenden Aufwand der Unterhaltung erfordern.

§ 204. **Drittens: Kapitalgüter des Staates als Grundlage der Production von Gemeingütern.** Diese öffentlichen Kapitalien sind, z. B. öffentliche Gebäude, Bibliotheken, Armatur, Schuleinrichtungen, das Kapital der eigentlichen Staatswirtschaft, und dienen vorzugsweise der Production der Dienstleistungen: der Polizei, der Justiz, des Heeres, der vom Staat genährten Wissenschaft u. f. w.

Sie sind demgemäß durch alle Dienstweize des Staates zerstreut, und rufen, was ihren Betrieb, Unterhalt, ihre Reparatur und Revidification betrifft, den Haupttheil des laufenden Staatsaufwandes, abgesehen vom Bewohnungsaufwand, hervor.

Das Kapital der eigentlichen Staatswirtschaft können sie genannt werden, weil mit den Kapitalien von der Art der Domänen (§ 202) der Staat selbst nur eine Privatwirtschaft treibt und weil die Kapitalien der in § 203 erwähnten Art nur öffentliches Ergänzungskapital der privatwirtschaftlichen Kapitalien darstellen.

Von den einzelnen Gütern, welche das eigentliche staatswirtschaftliche Kapitalvermögen ausmachen, gilt im Allgemeinen das in § 200, c über staatliche Gemeingüter Gesagte, jedoch mehr von den Kapitalgütern der 2. und 3. Klasse, als von denjenigen der ersten.

§ 205. **Der Werth der staatlichen Gemeingüter. Konstitutionelle Finanzwirtschaft.** Vom Werthe der öffentlichen Güter gilt im Allgemeinen, was im ersten Hauptabschnitt vom ökonomischen Werthe der Güter im Allgemeinen gesagt ist.

Nur empfängt der Werth der Gemeingüter sein Maß überhaupt selten in einem Preise, und soferne dieses der Fall ist, weit überwiegend in tarirten Preisen, Gebühren. Auch dieß hängt mit dem Charakter der Gemeinshaftlichkeit dieser Gütergattung, und soferne die öffentlichen Güter Einzelnen zutheilen, mit der Concurrenz verneinenden Ausschließlichkeit der Leistungen des Staates zusammen.

Die beiden Hauptelemente des ökonomischen Werthes der Tauschgüter, nämlich der im Begehr sich ausdrückende Bedürfnisgrad (der sogenannte „Gebrauchswert“) und das Kostenmaß, zu welchem sie erlangt werden können, sind in der Staatswirtschaft durch andere Regulatoren vertreten, als in der Privatwirtschaft:

Der Begriff öffentlicher Güter wird durch Alles regulirt, was die Erfassung einer Aufgabe durch den Staat bestimmt, —

die Kosten durch Alles, was auf eine möglichst wirtschaftliche Erfüllung des Staatszwecks hinwirft.

In der constitutionellen Finanzwirtschaft kommen mittelst der Verabschiedung des Staatsaufwandes (Ausgabenbudget) und der Staatseinnahmen (Einnahmehudget) der wirtschaftliche Werth und die Kosten der durch den Staat erzeugten Gemeingüter, zwischen Ständen und Regierung, zur Feststellung. Hierin liegt die tiefe Bedeutung der Volksvertretung für die Wirtschaftlichkeit in der Erzeugung und Verwendung der Gemeingüter. Sie ist um so höher anzuschlagen, als für die öffentlichen Güter ihrer Natur nach das durch die Concurrenz realisirte privatwirtschaftliche Werthgesetz nicht in Anwendung kommen kann. Es ist nicht schwer, die constitutionelle Gesetzgebung, welche die Staatszwecke normirt, und die Staatsverabschiedung, welche den Umfang und die Art der Erfüllung der gesetzlichen Staatszwecke periodisch regelt, als die Regulatoren einer höheren Form von Wirtschaftlichkeit, nach Analogie der Vertretung des ökonomischen Werthes durch den privatwirtschaftlichen Gegensatz von Angebot und Nachfrage entsprechendes Verhältnis vor. Die Steuerverwilligung ist der Tausch, bei welchem sich ein Volk durch seine Vertreter des wirtschaftlichen Werthes der staatlichen Gemeingüter und der Wirtschaftlichkeit ihrer Erzeugung ebenso versichert, wie im Privatverkehr beim Tausch der niedrigste Kostenpreis wirklich begehrter Güter zur Herrschaft kommt.

Freilich wirken noch andere Kräfte der Wirtschaftlichkeit: haushälterischer Sinn der Regierung für sich, Controle der Presse, Kritik der öffentlichen Meinung u. f. w. als Kräfte der Wirtschaftlichkeit in der staatsökonomischen Gütererbringung.

Auch ist hinsichtlich der constitutionellen Regulierung des anerkannten Werthes und der Kosten der öffentlichen Güter eines wohl zu beachten: Nicht die äußerste Detailirung der Ausgabezwecke ist die staatswirtschaftlichste Politik der Volksvertretung; denn der Lauf der Verwaltung muß, um sich den wechselnden Verhältnissen in den Ausgaben wirtschaftlich anzupassen, einigen Spielraum belassen *).

Der Werth der staatlichen Gemeingüter hat analog dem privatwirtschaftlichen Gelege des § 56 eine gesetzmäßige Tendenz zum Sinken.

Unter Anderem beruht hierauf die größere Geltung und relativ bessere Belohnung staatlicher Autoritätsorgane und der herrschenden Klassen überhaupt in früheren Zeiten, ihre geringere Werthhaltung in späterer Zeit. Auch die Politik wird später eine bürgerliche Kunst (vgl. § 228).

*) Die ganze Anschauung dieses § ist in meiner schon erwähnten Abhandlung, Abth. 24. 1864 bereits vor mehreren Jahren eingehend von mir betont worden.

XXXIII. Kapitel.

§ 206. Die staatswirtschaftliche Güterproduction — beruht ebenfalls auf den 3 Factoren: Natur, Kapital- und Arbeitsvermögen.

Wie bedeutsam ist z. B. für die Entwicklung des Militär- und Marine-systems eines Staates die natürlich maritime Lage, die natürliche Verteidigungsfähigkeit eines Landes — und könnte man fast sagen — die geistige Natur des Volkes selbst, der Nationalcharakter!

§ 207. Insbesondere vom Kapitalvermögen des Staates. Von diesem und seinen Arten ist im Allgemeinen schon die Rede gewesen (§ 201 ff.). Es sind jedoch einige weitere Erörterungen nöthig, um die lebendige Wirkung des öffentlichen Kapitals in der Güterproduction nachzuweisen.

Das Kapital des Staates ist zwar in derselben Weise wirksam, wie das Kapital des privatwirtschaftlichen Systems (§§ 18 und 45). Es ist der Stamm, an welchem allein die Gemeingüter regelmäßig und ökonomisch herangebildet werden, von welchem deshalb auch regelmäßige Nutzungen in die Privatwirtschaften des Volkes (s. § 203) ausgehen können.

Dagegen zeigt die staatswirtschaftliche Production den Kapitalfactor auch in einer mehrfach eigenthümlichen Rolle. Es tritt z. B., wie schon (§ 201 angedeutet wurde, das umlaufende Kapital (Vertriebskapital) verhältnismäßig zurück. (Ueber stehendes Handelskapital s. § 51.)

Dies ist deshalb der Fall, weil der Staat nicht selbst ein System von Einzelwirtschaften ist, durch welche die Gemeingüter in ihrem Werden umlaufen mußten, um stufenweise der Vollenbung entgegenzuweisen.

Die Güter, welche durch die Staatswirtschaft zu jetzigen sind, sind theils die schon in dem § 203 charakterisirten Kapitalgattungen für die Privatwirtschaften und zwar vorzugsweise stehende, theils sind es öffentliche Gemeingüter. Unter letzteren spielt das in § 201 bezeichnete staatliche Gebrauchsvermögen eine hauptsächliche Rolle; dieses jedoch kauft nicht innerhalb der Staatswirtschaft um. Vorzugsweise producirt der Staat Dienstleistungen, welche wieder vorzugsweise ein stehendes Kapital an Gebäuden u. s. w. voraussetzen.

Die umlaufenden Kapitalien, aus welchen das stehende Staatskapital jeder Art hervorgeht, bestehen in Materialen für öffentliche Bauten, in Kleidungs- und Utarmaterial u. s. w., bereitet der Staat größtentheils nicht selbst vor, sondern er entnimmt sie durch Kauf dem privatwirtschaftlichen Productionssystem und überläßt selbst ihre Verdictung zu stehendem Vermögen vielfach der Privatunternehmung in den Baufubmissionen, Lieferungsaccorden u. s. w.

Woferne man daher nicht die zur Materialaufschaffung, namentlich aber zur Lohn- und Besoldungszahlung und zur Bildung fixer Staatskapitalgüter nöthigen Geldvorräthe Umlaufkapital nennen will, ist die Staatswirtschaft durch ein relatives Zurücktreten des Umlaufkapitals,

und jedenfalls ist sie durch ein geringes Maß concreter Umlaufkapitalien gekennzeichnet.

Uebrigens müssen auch im Staatsvermögen das stehende und das umlaufende Kapital in richtigen Verhältnisse zu einander und jedes wieder in sich selbst nach seinen Arten richtig disponirt sein. Wie verschiedenartig diese Disposition in verschiedenen Staaten ist, würde sich durch eine Vergleichung der Militär- und der Kulturausgaben einerseits in einem deutschen Großstaate, andererseits in deutschen Mittelstaaten sehr interessant nachweisen lassen.

§ 208. Die Erhaltung und die Vermehrung des eigentlichen Kapitalvermögens. Der Staatskredit. Erhaltung und Vermehrung des öffentlichen Kapitals beruht auf denselben Grundverhältnissen, wie diejenige des Privatkapitals. Sie geschieht durch Opfer, welche die Gegenwart für die Zukunft bringt.

Die Mittel der Erhaltung und Vermehrung des Kapitalvermögens des Staates werden — das Staatsactivvermögen bei Seite gelassen, theils zwangsweise durch Steuern, diesen öffentlichen Preis, womit die bürgerliche Gesellschaft die vom Staat producirtten Gemeingüter bezahlt, gedeckt, theils dem Vermögen der Privatwirtschaften freiwillig durch Anwendung des Staatskredits entnommen. Im letzteren Falle dienen die Steuern nur zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld.

Die letztere wird, wenn von ihr unwirtschaftlicher Gebrauch gemacht wird, zunächst weniger empfindlich, und hiedurch liegt für den Mißbrauch der untüdtbaren Staatsschuld noch größere Gefahr vor, als solche im Gebiete des Privatkredits zutrifft.

Uebrigens muß der öffentliche Kredit besonders stark und in besonders langjährigen Schuldformen (Unauflösbarkeit der „Rente“ und der öffentlichen Fonds) zur Anwendung kommen, weil der Staat vorzugsweise stehendes Kapital als Stamm von Nutzungen für Generationen anzuhäufen hat.

Nicht alle Anwendung des Staatskredits ist unwirtschaftlich, sondern nur diejenige, welche die außerordentlichen Verzehrunge in der Gegenwart vergendet, ohne der Erhaltung und Weiterbildung des Volkes, seines Arbeits- und seines Gütervermögens, für die Zukunft zu dienen. Wenn mit gleichen Opfern die im Kreditexcess zu einander stehenden Generationen zusammen eine höhere Gesamtentwicklung des persönlichen Lebens und des Gütervermögens empfangen, als ohne Anwendung des öffentlichen Kredits statgefunden hätte, so ist der Kreditgebrauch höchst wirtschaftlich. Vom öffentlichen Kredit gilt hierin, was vom Kredit überhaupt (§ 136) bemerkt worden ist.

Gegen Gleichgewichtsförderungen in der Bildung des öffentlichen Kapitals wirken ähnlich, wie gegen diejenigen in der privatwirtschaftlichen Kapitalvermehrung, Organe der Staatswirtschaftlichkeit; denn hohe Steuern für Schuldzinsen bei übermäßiger Kapitalüberbildung des Staates und

bei vielen Staatsschulden von niedrigem Kurswerth treiben den constitutionellen Staat frühe, und früher oder später selbst den absolutistischen Staat an, von unwirtschaftlicher Anwendung des öffentlichen Kredites und von unwirtschaftlicher Anhäufung der Staatsvermögensbestandtheile abzusehen.

Diese Anhäufung findet also ganz ähnliche Schranken, wie unrentlicher privatwirtschaftlicher Kapitalzuwachs und Kreditgebrauch (§ 48 bis 50). Nur ist die Beschränkung eine durch öffentliche Organe, insbesondere durch die Volksvertretung vermittelte.

§ 209. Das Arbeitsvermögen in der Staatswirtschaft. Der Staatsdienst. Das öffentliche Arbeitsvermögen ist ein doppeltes, theils ein händiges* und technisch geschultes, theils ein mehr gelegentliches. Jenes stellt sich im Beamtenthum, dieses in der Volksvertretung, Geschworenen, überhaupt in den Organen der Selbstverwaltung, den Parteien dar (vgl. § 175).

I. Das Beamtenthum — erfordert eine technische (§ 184), staats- und rechtswissenschaftliche, diplomatische, militärwissenschaftliche Ausbildung.

Einige besondere Erscheinungen in der Belohnung der technischen Staatsarbeit lassen sich leicht als Ausfluß der eigenen Natur des Staatsdienstes erkennen.

Ausschließlich für den öffentlichen Dienst eines bestimmten Staates geschult, vollzieht das Beamtenthum nur schwer zu seinen Gunsten den in § 153 bemerkten Proceß der Ausgleichung der Löhne; die Natur des Staatsdienstes macht daher in einer der bürocratischen Hälfte des öffentlichen Dienstes abholenden Zeit, sehr peinliche Befehlsgehorsamkeit für den ganzen Stand möglich.

Die Natur fast aller Staatsdienstverrichtungen drängt, weil die einzelnen Leistungen nicht gleichmäßig fortlaufen, zu längeren zeitlichen Arbeitslosigkeiten, zur Jahresbezahlung.

Die Belohnung nach Maßgabe des individuellen Verdienstes wird durch die Natur des Staatsdienstes ausgeschlossen, da dieselbe keine freie Concurrenz der Arbeitskräfte duldet und manches Talent im laßnen Gang der Anciennität räumt.

Was aber in dieser Hinsicht beim Staatsdienste die Concurrenz nicht wirken kann, ist durch andere Institutionen zu ersetzen gesucht worden, z. B. durch die Classification der öffentlichen Dienstprüfungen. Für die Hervorhebung des erst in der Praxis sich bewährenden Talentes und Verdienstes giebt es freilich keine zureichenden Institutionen, und auch die Concurrenz der Talente im parlamentarischen Leben bringt Nullen und Intriguanen auf die obersten Sprossen der Ordnung des staatlichen Arbeitsvermögens oder des Staatsdienstes.

Staatarbeit (vgl. § 27) ist kaum anwendbar, weil kein Proceß, kein Act der Polizei derselbe ist, wie der andere, bald viele bald wenige Geschäfte anfallen, weil ganze Dienstzweige, z. B. das Militär in langer

Friedenszeit, oft nur nach langen Pausen zur Verwendung kommen, obwohl sie immer da sein müssen. Sagt doch schon J. St. Mill: „Es ist traurig zu bedenken, ein wie großer Theil der Kräfte und Fähigkeiten in der Welt selbst bei dem besten Zustande, den bis jetzt ein Gemeinwesen erreicht hat, nur zu gegenseitiger Neutralisation verwendet wird.“

Die Voraussetzungen der Anwendung des Ständekolles fehlen also für den Staatsdienst. Alles drängt vielmehr auf die schon erwähnte Aversallshörschweife, auf stehende Gehalte, sehr Vieles auf Vorräthen in diesen Gehalten nach dem Anciennitätsgrundlag hin.

§ 210. Fortsetzung. Arbeitstheilung im händigen Staatsdienst. Auch der Staatsdienst wird nach den Grundrissen der Arbeitstheilung und Arbeitswiedervereinigung wirtschaftlich gestaltet.

Die gequälten Anstrengungen der Staatswissenschaft, Justiz und Polizei streng zu unterscheiden, sind wesentlich deshalb fehlgeschlagen, weil man sie nicht unter den wirtschaftlichen Gesichtspunkt der Arbeitstheilung gestellt hat*). Es giebt eben so wenig eine für alle Zeiten, Culturstufen und Staaten gleichmäßig geltende Zuständigkeitsabgrenzung der Ministerialressorts, insbesondere der Polizei und der Justiz, und je wieder der einzelnen Dienstzweige beider Hauptgebiete in sich selbst, als es Einen Normalgrad der Arbeitstheilung für alle privatwirtschaftlichen Entwicklungsverhältnisse giebt (vgl. § 38). Nur so viel ist gewiß, daß auch in der Staatswirtschaft die Arbeitstheilung immer weiter fortschreitet. Könnte man ein Staatshandbuch des 16. Jahrhunderts mit einem solchen des neunzehnten vergleichen, — der Fortschritt in der Arbeitstheilung wäre kaum ein geringerer als derjenige, welcher sich im Uebergang vom damaligen Handwerk zum heutigen Fabrikbetrieb offenbart.

§ 211. Fortsetzung. Wirtschaftlichkeit in der staatlichen Arbeitstheilung. Der große Unterschied zwischen der Staatswirtschaftlichen und der privatwirtschaftlichen Arbeitstheilung besteht darin, daß die erste sich nicht in verschiedene einander in die Hände arbeitende selbstständige Unternehmungen verzweigen kann, deren jede die Kraft und das Interesse hätte, die Arbeitskräfte aus Wirtschaftlichkeit ineinanderzufügen, zu kontrolliren, willkürlich zu anzuordnen, wie zu entlassen, und durch genaue verdienstgemäße Abstufung der Löhne zu vergelten.

Wie die Staatsaufgabe eine einheitliche und ausschließliche ist, so muß es auch der Staatsdienst sein. So repräsentirt zwar der Staat so zu sagen — man halte sich nicht an den Nebenbegriff des Wortes! — die größte Fabrik der bürgerlichen Gesellschaft. Er repräsentirt aber die Arbeitstheilung innerhalb Einer Fabrik, nicht diejenige mehrerer concurrender und einander susenweise in die Hände arbeitender Fabriken. Und auch innerhalb der Einen ausschließlichen Institution sind die Glieder sehr geschlossen, die von der Regierung vertretene und geleitete Einheit

*) Vergl. meine akadem. Inauguralrede, D. B.J.G.H. 1861.

der Verwaltungswege und Gesetzgebungsorgane ist vielsach ein loser Grad der Arbeitsvereinigung.

Die Tüchtigkeit des einen Verwaltungszweiges (Departements) bedingt nicht unmittelbar diejenige der anderen, etwa wie gute Webereien auf guten Spinnereien beruhen. Justiz, Polizei, Finanzverwaltung des selben Staates können verschiedene Grade der Leistungsfähigkeit unabhängig von einander darstellen. Auch diese Seite ist, was die Gewähren der Wirtschaftsfähigkeit in der staatswirtschaftlichen Arbeitsteilung betrifft, zu beachten.

Wirklich fehlen Surrogate nicht, welche dem Staatsdienste einen höheren Grad der Wirtschaftsfähigkeit geben mögen.

Das ausgebildete Visitations-Controllen-Condutensystem, welches freilich in der Hand fittlich und geistig geringer Dirigenten selbst eine Quelle heillosen Mißbrauches wird, mag hier nur beiläufig unter den wirtschaftlichen Gesichtspunkt bezogen sein.

Wiel beachtenswerter sind Prämien, Auszeichnungen, außerordentliche Avancements, wenn sie mit Umficht und Gerechtigkeit erteilt werden, worüber der Staatsdienersstand selbst und die Presse wachen. Es sind Surrogate, um in der staatswirtschaftlichen Arbeitsteilung diejenige Wirtschaftsfähigkeit der Arbeit zu erzielen, welche bei den Privatwirtschaften durch freie Lohnspeculation und Concurrenz, beziehungsweise mittelst Patronierung der Arbeiter durch die Arbeitgeber bewirkt wird (§ 27). Zugleich kommt durch sie, sowie durch die Grade der Staatsdienstprüfung theilweise das zur Geltung, was in § 99 an privatwirtschaftlichen Arbeitseinkommen die Lohnrente genannt worden ist.

Weiter bringt es der ständige Charakter des Dienstverhältnisses mit sich, daß der einzelne Arbeiter des Staatsdienstes in seiner Individualität und Leistungsfähigkeit auf die Dauer den das Avancement bestimmenden Einflüssen nicht unbekannt bleiben kann. Auch dies ist ein Sporn, zu leisten und Leistungen zu beschaffen, eine Gewähr der Wirtschaftsfähigkeit in der staatsökonomischen Arbeitsteilung.

Endlich vollzieht der Staatsdienst durch die ihm eigene Ausschließlichkeit und Autorität in Befriedigung von Bedürfnissen, welche meist allgemeiner Natur sind, viele Kräfteparmiß. Er hat so zu sagen ein Monopol in der Erzeugung von Gemeinbedürfnissen, ohne daß er ein Interesse hätte, dasselbe auf Reingewinn auszubenten. Indem der Staatsdiener, ob Richter oder Verwaltungsbeamter, auf einem bestimmten Gebietesfeld, einzeln oder als Collegium alle in seinen Beruf fallenden Leistungen allein befriedigt, mit einer seine Willkür der Einzelnen duldbaren Autorität ausübt, erzieht sich eine große Kräfteparmiß. Recht und Ordnung ohne Autorität gehandhabt, wären nur sehr unwirtschaftlich zu lösende Aufgaben. Welche Kraftvergeubung liegt doch oft, z. B. bei überlegtem örtlichen Detailhandel, speciell in Ausgaben für die privatwirtschaftliche Concurrenz (Schaufstellung, Annoncen u. s. w.), — eine Kraftvergeubung, welche in der Staatswirtschaft von selbst wegfällt.

Bei sehr verschiedenen Ursachen und Beweggründen der Wirtschaftlichkeit steht in letzterer der Staat hinter der Privatwirtschaft nicht so weit zurück, als man gewöhnlich annimmt.

Noch mehr wird dies erhellen, wenn wir

§ 212. II. den öffentlichen Dienst der Selbstverwaltung von der wirtschaftlichen Seite — betrachten.

Die Staatswirtschaft verfährt unentgeltlich oder gegen geringen Entgelt über einen mit der Freiheit und Bildung des Volkes wachsenden Bestandtheil von Ehrendiensten und Leistungen der Selbstverwaltung, über Kräfte, welche sonst vielleicht verloren gehen würden. Diese Kräfte wirken durch die öffentliche Controle, die sie über den besetzten Staatsdienst üben, sehr wirtschaftlich zugleich auf den letzteren ein.

Auch der politisch dilettantische Eingriff von Männern des praktischen Lebens zur öffentlichen Verwaltung wirkt gemeinwirtschaftlich gut. Das private Geschäftsleben erzieht zur Wirtschaftsfähigkeit und realer Wirtschaft; die liberalen Berufe, Staatsmänner, Geistliche, Künstler, Gelehrte können dagegen durch die Corruption und durch die Verbreitung der Corruption gewinnen, viel leichter einen falschen Schein von Größe und Verdienst bewahren. Sichtlich daher der Staat, welcher auch seine Verwaltung nicht lediglich einem kostspieligen Stande, Geistlichen und Bureaufakten übergeben muß, sondern hervorragende Männer der Geschäftswelt, große Landwirthe und Industrielle, und hervorragende Arbeiterpersönlichkeiten daran theilnehmen kann. Das größte Problem, welches nach dieser Seite hin der Gemeinwirtschaftsfähigkeit gestellt ist und für die Weiterentwicklung Europa's vom größten Gewichtes sein wird, ist vielleicht die Frage, ob die stehenden Heere durch ein bürgerliches Militärsystem ersetzt werden können. Das letztere hat auf dem letzten internationalen Kongresse für sociale Wissenschaften zu Bern (1865) glänzende ökonomische Vertheidigung gefunden *).

§ 213. Die Selbstverwaltung — vom Dorfgemeinderath bis zum Parlament concurrirt mit der Bureaufakten. In früherer Form tritt durch die Selbstverwaltung die Concurrenz in die Gemeinwirtschaft ein. Unter den dirigirenden Klassen selbst aber muß Concurrenz bestehen.

Ohne jene Concurrenz, welche durch die Religionsfreiheit ermöglicht ist, verschlechtert sich der Klerus. Ohne Concurrenz constitutioneller Gewalten verkommt der Staat in ruinösen Absolutismus. Ohne die Concurrenz, welche in einem freien Staatsleben die staatsmännische Arena bilden öffnet, versumft Regierung und Verwaltung. Ohne Concurrenz erheben die Indolenz, Routine und Herrschsucht selbst in der Wissenschaft ihr Haupt. Ohne Concurrenz des Auslandes bleibt die nationale Industrie zurück. Ohne internationalen Wettstreit in der Civilisation und Culturpflege, wobei kleinen Staaten eine große Rolle beschieden ist, leidet die

*) Stämpfli, der Schweizerische Bundesrathspräsident, zog dort eine glänzende ökonomische Bilanz für das Militärsystem.

menschliche Gerechtigkeit und ist der Friede bedroht. Die Selbstregierung und die Decentralisation trägt für die wahre Freiheit im staatlichen Leben so gute Früchte, weil sie Concurrenz entwickelt, weil sie, wie schon Montesquieu beobachtet hat, die Gleichheit des Verdienstes zur Geltung bringt.

Gewisse politische Freiheitsrechte zeigen hienüt ihre Bedeutung für die Gesamtoökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Sie sind Rechte der freien Concurrenz im öffentlichen Leben.

Zwei der größten Schäden für die Gemeinwirtschaft sind der Geist der Unduldsamkeit für andere Meinungen und die Herrschaft der Bureaucratie, beides Früchte einer verkerrten Richtung auch in den Sitten und in den Privatinstitutionen.

Die Toleranz, die freie Concurrenz der Meinungen, ist allerdings eine schwere Tugend, namentlich für die herrschenden Klassen und die herrschenden Systeme. Am intolerantesten wird sehr leicht das wirklich oder vermeintlich Gute gegen das wirklich oder vermeintlich Schlechte, der wirklich oder vermeintliche Fortschritt gegen den wirklich oder vermeintlichen Rückschritt. Immer aber erzeugt die Intoleranz dieselben Uebel: schroffen Wechsel zwischen extremen, gleich intoleranten Meinungen, die Revolution in Folge der Unterdrückung, die Herrschaft des einen ausschließlichen Standpunktes im Gegensatz zur vorausgegangenen Einseitigkeit, systematische Experimente an Stelle langsamer aber unaufhörlicher und bleibender Reformen. Ohne freie Discussion aller Meinungen ist keine Festsetzung des Fortschrittes in der allgemeinen Ueberzeugung, ist keine Errungenschaft möglich, welche dauernd Anerkennung fände; jede Schule, jede Klasse macht sich einseitig geltend.

Gegenwärtig z. B. strebt man vielfach in der „Socialdemokratie“ den vierten Stand einseitig zur Herrschaft zu bringen. Wie falsch, weil ausschließend, ist auch dies! Wohl kann der vierte Stand eine vermehrte Theilnahme an der Wahlbildung der Repräsentativorgane mittelst des allgemeinen Stimmrechtes erzielen und hiedurch die herrschenden Klassen und alle politischen Factoren nachdrücklicher auf die Verbesserung seines Looses hinweisen; nie wird er durch das allgemeine Stimmrecht wirklich herrschen. Politisch, wie social, wird er nur einen seinen Interessen mehr zugewendete Rücksicht der Gesetzgeber sich sichern, wie sie in der That in keiserlicher Bezeichnung kein wahres Interesse ist; patronirt bleibt er durch Könige, Beamte, Advokaten, Unternehmer, Geistliche u. s. w. bei den Wahlen selbst. Grundfalsch ist es daher, die allgemeine Mitwirkung der unteren Klassen bei Bildung eines einzigen der Factoren des modernen Staates schon ein fertiges System der Demokratie zu nennen.

Andererseits darf man auch das allgemeine Stimmrecht nicht als Herrschaftsform des Proletariates unbenutzt verwerfen. Es eröffnet den unteren Klassen verhältnismäßigen Antheil, um in der staatlichen Gemeinwirtschaft auch ihre berechtigten Interessen zur Geltung zu bringen (vergl. § 182).

Die freie Discussion, die Concurrenz aller Ueberzeugungen im All-

gemeinen corrigirt ihre eigene Gefahr, ruft alle Interessen auf, sich zu vertreten, führt zum Compromiß reformatorischer Gesetzgebung zwischen entgegengesetzten Einseitigkeiten, welchen je ihr Korn Wahrheit ausgehüllet wird. Der Nutzen der Freiheit der Presse, der Vereinsbildung u. s. w. empfängt hienüt auch seine ökonomische Beleuchtung.

§ 214. **Centralisation.** Die freie Concurrenz aller Ueberzeugungen, dieser Freihandel der Meinungen, wird in einem centralisirten Gemeinwesen bei der menschlichen Schwäche in der Toleranz nicht zu einer von allen Parteien gegen einander geübten Tugend werden können. Wo der Besitz der Herrschaft alle entgegenstehenden Meinungen zu unterdrücken gestattet, wird der Reiz zur Unterdrückung auch in Wirklichkeit meist siegen. Nur, wo das politische Leben selbstständig in vielen Aedern des nationalen Körpers pulst, wo eine Concurrenz politischer Machtvertheilung stattfindet, kann sich das einheitliche Medium der Toleranz über wirren Parteikämpfe bilden. Die politische Toleranz der Engländer und der Amerikaner hängt mit ihrer Selbstregierung in Gemeinde, Verein, County, Grafschaft, Einzelstaat, mit ihrer Unterordnung des Beamten elements zusammen. Sonst wird man die freie Discussion nur in dem Maße sich aneignen und ertragen lernen, als man von der Centralisation zur Decentralisation, von der Bureaucratie zur Selbstverwaltung den Weg findet.

Die centralisirende Bureaucratie begann im vierzehnten Jahrhundert, als Reiz vom Baume des römischen Absolutismus, auf den französischen und deutschen Staatskörper gepflanzt zu werden. Unter dem schönen Vorwand: den Feudalismus und Localpatriotismus zu heugen, drang sie immer weiter. Sully weißagte schon von ihr den Untergang des französischen Staates. Colbert spannte sie höher und die Revolution vollendete sie, statt den Abgrund der von ihr ausgehenden Desorganisation aller Freiheit zu schließen, — zur irdischen Vorlesung, welche für den Einzelnen und für die Corporationen Alles regulirt, Alle Einem Terrorismus von oben kommende Weisheitspolizei unterwirft und keine freie Façon, sich selbst glücklich zu machen, neben sich dulden will. Die einzig stabile Macht in allem Wechsel der Regierungen, die Vertreterin der Tradition, wo die Beständigkeit auch in der Organisation der Familie und der Arbeit ausgeübt hat, sehen die Bureaus ihre Macht immer mehr wachsen und suchen sie, wie jede nicht ponderirte Gewalt, zu vermehren. Sie leiden nicht unter den Revolutionen; denn jede improvisirte Gewalt braucht gerade die altgeübte Verwaltungsmaschine, öffnet neuen Carriern die Schranke. Die Bureaucratie debüt und verräth als Regimes. Je verwickelter ihr Apparat, desto mehr weiß sie die verantwortlichen Minister von sich abhängig zu machen und die wirkliche Gewalt ohne Verantwortlichkeit auszuüben, oder die Ministeriellen für sich zu monopolisiren. Diese Unverantwortlichkeit des öffentlichen Dienstes im Einzelnen ist es gerade, was Engländer und Holländer vermeiden, indem sie die unvermeidlichen händigen Beamten zwar mit Selbstständigkeit, aber auch mit

voller gerichtlicher Verantwortlichkeit ausstatten und indem sie die Amts-gewalten arbeitsteilig auseinander halten, statt sie in einzelnen Stellen zu häufen. Dem Bureaukraten fehlen, je tiefer hinab, desto mehr die Antriebe, welche im gewöhnlichen Leben so wohlthätig wirken, das Privatinteresse an der Leistung, das Interesse der Beiterparnis und die Rücksicht auf den Kunden. Den letzteren bildet dem Bureau gegenüber das Publikum, dieses aber wird von Subalternbeamten hochmüthig behandelt und — er trägt die Unbill. Als Le May 1855 den Dienst der Pariser Weltausstellung mit ungefähr tausend Angestellten einrichtete, gelang es der angestrengtesten Sorgfalt nicht vollständig, die Beamten dem Publikum dienstfertig zu machen, weil das Publikum die Zeit und Mühe nicht daran rühte, zu klagen. Wohl aber erregt diese Haltung eine allgemeine Lust der Opposition und Revolution im Publikum, ohne daß eine Revolution je die Bureaukratie trafe.

Die ganze Stellung der Bureaukratie wird verlosend. Die Familien übergeben ihr die talentvollsten Söhne um so lieber, je weniger das Familiengeschäft feste Traditionen hat, und nur die geringen Gehalte üben jetzt ein Gegengewicht.

Die Hochschulen müssen der Beamtenschaft dienen, während ihre schönsten Blüthe kommen würde, wenn die Güte der gebildeten und vermöglichen Jugend dort eine höhere Bildung für außeramtliche Thätigkeit holen, wenn dort die höheren Klassen sich geistig regierungsfähig machen würden.

Die Minister können dem Unwesen in der Bureaukratie nicht steuern. Sie selbst sind entweder abhängig von ihr oder aus der Bureaukratie entnommen, während in England die Minister als Vertreter der regierenden Klassen über dem „rothen Bindfaden“ *) stehen und bereit sind, die Bureau auf das nötige Maß zurückzuführen. Gladstone hat durch eines der letzten Budgets 8¼ Millionen Frank's im englischen Civildienst erspart.

Die Engländer machen das ständige Beamtenthum, so weit es unentbehrlich ist, ungeschäftlich: theils durch individuelle gerichtliche Verantwortlichkeit, theils durch mögliche Scheidung der einzelnen Funktionen zu selbstständigen Aemtern an Stelle der festländischen Häufung der Verwaltungsaufgaben bei Einer hiedurch zu mächtig werdenden Stelle, endlich durch Unterordnung unter populäre Controlorgane, von der vestry und dem Board of guardians an bis zum parlamentarischen Ministerium, welches als Ausschuß der Mehrheit der im Parlament vertretenen regierenden Klassen alle ständigen Staatsämter patronirt und sich unterthan erhält.

Die Fähigkeit der Bureaukratie wird zwar durch Prüfungen klassifizirt. Das hierbei noch nicht leuchtende praktische Verdienst kann aber nur schwer emporkommen. Die Medicirät hat im Bureaukratismus große Macht über das Talent, welches sie mit dem Gleichgewicht der Anciennität niederküßt und in der strebsamsten Lebensperiode zur Dunkelheit verurtheilt.

*) Red tape, Bezeichnung der Bureaukratie in England.

Besonders schlimm wirkt das bureaukratische System, indem es die Regierung für Alles verantwortlich macht und das Volk der Initiative und Selbsthilfe entbehrt, jener moralischen Erziehung und Befriedigung beraubt, welche durch die verantwortliche Selbstbestimmung der Familieninteressen und durch die lokale Selbstregierung gewährt werden. Ein lange Zeit bureaukratisch regiertes Volk ist schwer für die Selbstregierung neu zu beleben.

Die reine Bureaukratie wirkt damit unwirtschaftlich, legt ge-meinwirtschaftliche Kräfte unverbraucht in den Schlaf.

§ 215. **Decentralisation.** Die Wirtschaftlichkeit fordert hienach decentralisirende Verteilung der öffentlichen Aufgaben zwischen Gemeinde, Provinz und Staat, Concurrenz in der Gemeinwirtschaft, soweit es die natürliche Ausschließlichkeit der Aufgaben zuläßt.

Die Stadtgemeinden mit einem reichen Inhalt gemeinschaftlicher öffentlicher Interessen haben ohne Weiteres vollen Stoff und zureichende Kräfte der Selbstverwaltung. Da die meisten Angelegenheiten hier den Beutel angehen, bedarf es einer eingehenden staatlichen Ueberwachung nicht; Mißgriffe finden von selbst Hülfe, und Retusche finden besser an Ausschüßen der Dürerschaft oder an Kreisvertretungen statt. Lediglich die Freiheitsinteressen der Niederlassung, der Verechlichung, der Steuergleichheit aller Landesangehörigen in jeder Gemeinde bedürfen gegen locale Selbstverwaltung staatlichen Schutz, wie er in England geregelt ist.

Die meisten Dorfgemeinden sind für sich zu klein. Die meisten ihrer Aufgaben könnten entweder von den Familienvätern und Grundeigentümern wirtschaftlicher für sich gelöst werden, oder vermögen sie von der kleinen Dorfgemeinde für sich allein nicht erfüllt zu werden und sollten Gesamtgemeinden, wie in England der union, übertragen sein. Die Kirchspiel- und Dorfgemeinde entsprach mittelalterlichen Proben der Sicherheit, Polizei und Feudalbesetzung. Heute ist sie zu klein, um ein selbstständiges Leben zu entfalten. Alle Vorfälle der Nothwendigkeit bureaukratischer Bevormundung fallen, wenn, was auch das Wirtschaftlichere ist, die Kraft des Einzelnen übersteigenden Aufgaben der Dorfgemeinde an die Bezirksgemeinde, den Kanton fallen, und die Kantone zusammen mit den Städten, welche nicht einen eigenen Kreis bilden, der Kreisvertretung unterstehen.

Eine substantielle Grundlage des Fortbestandes der Dorfgemeinde ist allerdings der Gemeinbesitz von Feld, Wald und Weide. Dieses Gemeineigentum muß aber mit der Zeit dem Privateigentum weichen, wie in England schon seit 1688 das unablässige Bestreben der Gesetzgebung auf Veräußerung mittelalterlichen Gemeineigentums gegangen und die Steuer an Stelle des Räumereinkommens der Gemeinden getreten ist; absoluter und klimatisch notwendiger Wald- und Weideboden der Gemeinden sollte freilich bewahrt bleiben.

Bis die Gemeinbeiträgungen vor sich gegangen, hindert nichts, der lebensfähigeren Bezirksgemeinde Aufgaben für Straßen, Gesundheits,

Sicherheitspolizei, Armenpflege, Gastregisierwesen zu übertragen, welche selbstständig von kleinen Landgemeinden nicht vollzogen werden können. Die zwei Grundfehler, Gleichbehandlung der kleinsten mit den größten Gemeinden, und die Constatuirung für eine selbstständige Verwaltung unfähiger Kleingemeinden, müssen überwunden werden, wenn in dem Gemeindeleben Selbstregierung möglich werden soll. Auch die Nationalökonomie fordert es.

Nach Herstellung einer lebensfähigen Gemeindeautonomie kann auch eine autonome Departemental- und Provinzialverwaltung für Gefängnisse und Irrenhäuserwesen, für Waisenhäuser, für größere Communicationsanlagen, vollständige Gerichtsverfassung, Steuererhebung, für Unterhaltung einer größeren Anzahl von Universitäten, deren Mangel die Provinzen großer Staaten geistig veredelt, keine unüberwindliche Aufgabe sein.

Dem centralen Staatsorgan bleibt die eigentliche Friedensbewahrung, die Ausgleichung der Interessen über den autonomen Corporationen, der Schutz der Minoritäten in der Gesetzgebung und mittelst weniger Gerichts- und Verwaltungsstellen, das Heer, die Marine und Auswärtiges, und für diese Aufgaben eine Finanzverwaltung, welcher im Rathe der Krone eine so maßgebende Stellung eingeräumt sein müßte, wie dem Schatzord in England *).

Gleibt ist das constitutionelle System concurrirender Staatsgewalten Organ der Staatswirthschaftlichkeit.

XXXIV. Kapitel: Staatswirthschaftliche Concurrenz der constitutionellen Factoren der Staatsgewalt.

§ 216. Die Volksvertretung als Organ der Wirthschaftlichkeit in der Staatsökonomie. Wir haben in § 98 ff. das wunderbar einfache Spiel der Gesetze des natürlichen Werthes und der Rente beobachtet, durch welches mittelst Concurrenz verschiedener Unternehmer die höchste Wirthschaftlichkeit der privatwirthschaftlichen Güterbervorbringung, wie durch eine Kraft der Anziehung und eine Kraft der Abstoßung, zur Geltung gelangt.

Diese Gesetze können in der Staatswirthschaft wenigstens in ihrer einfachen Gestalt nicht wirken; denn ihnen widerspricht der gemeinwirthschaftliche Charakter des Staates, seine Ausartung gegen die einfache Concurrenz in der Lösung derselben Aufgabe durch Viele zugleich. Man kann nicht auf Rentengewinn und nur durch Verlustgefahr eingeschränkt die Privatunternehmer Justiz geben und Polizei üben lassen.

Allein eine Concurrenz höherer Art ist möglich; die §§ 212—215 zeigten dies schon in der Frage von der Selbstverwaltung.

Staatswirthschaftliche Concurrenz liegt aber auch im Zusammen-

*) Im Vorstehenden ist vielfach Le Play's neuestes Werk benutzt. Es sind jedoch zugleich meine eigenen Grundanschauungen, vergl. Tit. B. J. 1864 und verschiedene Abhandlungen der Deutsch. Wirt. Z. S. 1.

wirken der zwei Hauptorgane des Staatslebens zur Feststellung der Staatsbedürfnisse und zu der Art ihrer Befriedigung vor.

Diese Concurrenz der Regierung und der Volksvertretung ist wenigstens im constitutionellen Staat verwirklicht.

Staatsausgaben, welche keinem Volksbedürfnisse entsprechen, verteuern Stände oder Regierung oder beide gemeinwirthschaftlich, und die tief empfundene Last der Steuern, womit die Staatszwecke zu decken sind, nöthigt die zwei concurrirenden Organe des Staatslebens, die im Staat zu befriedigenden Gemeinbedürfnisse in dem richtigen Maße und in der richtigen Ordnung mit mindestem Aufwand an Opfern in den „Staats“ zu bestimmen.

Wir haben diese staatswirthschaftliche Werthbestimmung schon in § 205 erörtert und an anderer Stelle eingehender ausgeführt *).

Nur liegt hier eine Concurrenz nicht des mehrfältigen Ausgebotes gleichartiger Güter am Markte, sondern eine Concurrenz mehrerer Organe zu gemeinsamer Lösung der ausschließlichen, untheilbaren öffentlichen Aufgaben des Staates vor.

Bei dieser Concurrenz in der staatlichen Befriedigung der Gemeinbedürfnisse wirken die zu Parteien organisirten, in der Presse vertretenen Anforderungen an den Staat mächtig auf beide concurrirende Factoren des Staatslebens ein. Letztere Factoren entscheiden unter diesen Einflüssen der öffentlichen Meinung in der Statuirung der Ausgaben über den Umfang und den Werth der vom Staat zu erzeugenden Gemeingüter und über den Preis, welchen die bürgerliche Gesellschaft dafür zahlen will und nach ihrer Zahlungsfähigkeit (Steuerfähigkeit) zahlen kann.

Dies ist nicht spielende Vergleichung mit der privatwirthschaftlichen Preistheorie, sondern der Ausdruck unmittelbar praktischer Gesetze, die in ihrer Art so mächtig sind, wie die privatwirthschaftlichen Preisgesetze; denn es kann, da es hier um gemeinwirthschaftliche Aufgaben sich handelt, nicht in privater Preisstipulation, sondern nur im Kampfe der politischen Parteien, auf dem Markte des Staatslebens, über Werth und Kosten, und daher über die der Gemeingüterproduktion zu gebende Richtung entschieden werden.

Die eminent wirthschaftliche Bedeutung eines freien Staatslebens, welches die wirthschaftliche Classification der Gemeinbedürfnisse und die wirthschaftliche Hervorbringung und Verzehrung der Gemeingüter, sowie die freie Concurrenz der fähigen Kräfte auf der staatswirthschaftlichen Arena sichert, tritt hier in ihr volles Licht.

Nur so werden die begehrtesten politischen Werthe mit den gesellschaftlich möglichen geringsten Kosten, also ganz nach Analogie der privatwirthschaftlichen Ökonomie der menschlichen Gesellschaft, producirt. Die Despotie kann lange öffentliche Güter, welche keinem Begehre entsprechen, z. B. nutzloses Paradenmilitär, bedeutungslose Lustbauten u. dergl., mit großer Kraftvergeudung und Verschleuderung erzeugen, ohne daß sie einem

*) Die Concurrenz der Organe des Staatslebens. Tit. B. J. 1864.

Volksbedürfnis entsprechen, ohne daß sie „anerkannten Werth“ für das Gemeinwesen hätten.

Mißgriffe sind freilich keiner Verfassungsform erspart; ist doch Unwirtschaftlichkeit auch beim entwickeltesten privatwirtschaftlichen Concurrenzsystem — man denke an die Kapitalübergabungen der modernen Speculationsperioden — nicht vermeidlich. Und für gewisse Zeiten, in welchen die eine feste Autorität und straffe Gewalt fordernden Bedürfnisse des Gemeinwesens vorwiegen, kann längere oder kürzere Zeit die absolutistische Regulierung der Gemeinwirtschaft eine volle staatswirtschaftliche Berechtigung gehabt haben.

§ 217. **Gewinne** kann die Staatswirtschaft als solche nicht erzielen wollen; denn sie wirtschaftet ja nicht um ihrer selbst willen, sondern auf Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse der Glieder der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat ist wirtschaftlich, wie rechtsphilosophisch nur die bürgerliche Gesellschaft selbst — in ihrer Organisation zur Befriedigung bestimmter von ihr empfundenen Bedürfnisse, sei es zu Gunsten des privatwirtschaftlichen Güterlebens (§ 203), sei es zu Gunsten anderer Culturinteressen (§ 204). Die Staatsentnahmen sollen daher den Staatskosten gleich kommen.

Hierin liegt ein aus dem Wesen des Staates sich ergebendes weiteres unterscheidendes Merkmal seiner Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft.

In der Wirklichkeit freilich kann die Staatswirtschaft von dieser idealen Auffassung weit abweichen:

theils durch ungleiche Verteilung der vom Staat erzeugten Güter, theils durch eine verschwenderische Hervorbringung, wobei Private besondere Gewinne machen, theils durch ungedehte Verteilung der Kosten der staatlichen Gemeingüter in der Besteuerung; der Mißbrauch des Kredites durch den Staat ist schon erwähnt (§ 208).

Es können nämlich thatsächlich reine Privatinteressen den Charakter öffentlicher Interessen sich anmaßen und weltliche Gemeininteressen von der Befriedigung ausschließen,

wenn z. B. ein Despot für Hosiursus ein Volk belastet und daneben etwa den Volksunterricht vernachlässigt,

oder wenn ein Demagog auf öffentliche Kosten vor einer Wahl den Pöbel direct oder indirect regalist, während die öffentlichen Kassen für legitime Gemeinwirtschaftszwecke leer bleiben,

oder wenn Aristocraten nur wegen der Unterbringung ihrer Angehörigen feste Stellen schaffen und öffentliche Culturspende vernachlässigen, (Gogarth hat die englische Aristokratie unter dem Bilde einer an dem Mutterthwein Staat laugenden Schweinebrut dargestellt), —

oder wenn Staatslieferanten durch Begünstigung von Mächtigen in Heer und Verwaltung über den Marktpreis liefern und über dem privaten wirtschaftlichen Aufkostenbau bauen,

oder wenn Privilegien Einzelnen dem Staate Einnahmen entziehen.

Alle diese staatswirtschaftlichen Verderbnisse steigern sich noch höher, wenn die Last der privatwirtschaftlichen Ausbeutung des Staates auch vollends den in der Gemeinwirtschaft des Staates vernachlässigten Klassen durch ungerechte Besteuerung aufgebürdet wird.

§ 218. **Die Steuern** — sind die Hauptdeckungsmittel des öffentlichen Kostenpreises der im Staate erzeugten Gemeingüter.

Die Steuern, selbst hervorgegangen aus den besteuerten Privateinkommen, gehen zwar als Kosten wieder in Privatvermögen über: als Besoldung (Lohn), Staatsschuldzinsen, als Preise von Materialanschaffungen u. s. w. Allein als Produkte des vom Staat mittelst der Steuern in Verwegung gesetzten Arbeits- und Gütervermögens erscheinen nun die staatlichen Leistungen: und Sachgüter zum Genuß der bürgerlichen Gesellschaft. Die Steuern sind daher nur Kostendeckung der Leistungen des Volkes als Staates an die Einzelwirtschaften des Volkes.

So weit die Steuern auf Productivkapitalien der Privatunternehmungen fallen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Steuer auf Verkäufe, Zölle und verschiedene indirekte Steuern), werden sie zu den privatwirtschaftlichen Produktionskosten, theils als Generalkosten theils als Specialkosten (Zölle u. s. w.), gerechnet. Sie erscheinen als Kosten der in die privatwirtschaftliche Production aufgehenden Staatsleistungen. Es war hier der Ort, die Lehre von den Kosten (§§ 98, 187) bezüglich der Steuern zu ergänzen.

§ 219. **Unmöglichkeit einer Besteuerung nach dem Nutzen der Einzelnen aus dem Staate.** Die erwähnte Kostendeckung der staatlichen Gemeingüter kann, eben weil sie Gemeingüter sind, deren Genuß in ungemessener und dem Einzelnen fast unbewußter Weise sich auf Alle oder auf Viele oder auf Mehrere sich vertheilt — nur eine gemeinsame sein und nicht nach dem unmeßbaren Quantum bestimmt werden, in welchem der Einzelne sie zu genießen hat.

Ist doch gerade das Gemeingut dem Einzelnen nicht als Einzelnem, sondern als dem Gliede einer räumlich und zeitlich sehr umfassenden Gemeinschaft dienlich. In der Steuer hat der Einzelne nicht rein seinen Genuß am Staate zu bezahlen, sondern zu der wirtschaftlichen Herbeiführung der höchsten Gesamtentwicklung einer geschichtlich und räumlich zusammenhängenden großen Gemeinschaft beizutragen. Der Staat ist ja die höhere Persönlichkeit über dem Einzelnen (s. § 198). Kriegssteuern von heute können einer ferneren Generation dienen, und wer sie zahlt, noch im Genuß der Kriegseinkünfte ebenso entfernter Vorfahren stehen.

Wer wollte auch nur berechnen, in welchem Maße der Effect der Arbeit eines tüchtigen Diplomaten Jahr für Jahr und Generation für Generation, den Einzelnen zuleist, und die Bezahlung des Staatsmannes hiernach umlegen? Wie viel weniger ist es möglich, die ganze Summe der im Staate dargebotenen Gemeinbefriedigungen in der Vertheilung auf die Einzelnen zu berechnen und hiernach die Steuerkosten zu vertheilen!

Schon dies wird genügen, darzutun, daß der Steuerfaj theoretisch und practisch nicht auf das Maß des Privatwunschs der Besteueren am Staate gestützt werden kann, und daß der Tausch zwischen dem staatswirtschaftlichen und dem privatwirtschaftlichen Güterleben der menschlichen Gesellschaft, wie er in der Besteuerung liegt, nur eine Zwangsver geltung nach allgemeinen Maßstäben sein kann.

Gemeingüter sind eben nicht für Privatbedürfnisse als solche da, der berechnigte Zweck der ersten kann eben der sein, noch schwache Privatkräfte mittelst staatswirtschaftlicher Aufwendungen aus der Kraft der Reichen zur Entwicklung zu bringen.

Gleichwohl giebt es eine Besteuerung, welche einzelne Klassen einseitig mit den Kosten einer staatswirtschaftlichen Production belastet, die den minder belasteten Klassen einseitig von Nutzen ist. Besteuerungen haben oft nur deshalb stattgefunden, um die im öffentlichen Dienst stehenden Individuen mit ebenso reichlichem als müßlosem Einkommen an privatwirtschaftlichen Tauschgütern auszustatten; denn letztere werden mittelst der Befoldung aus dem Steuerertrage angeschafft. Man denke an entartete geistliche und weltliche Despoten, an unnötigen Aufwand für Hofstaat und Militär, an Vergeudung der einer Bourgeoisie abgenommenen Steuern zur Fütterung eines faulen Pöbels (Brod und Spiele).

Zu übrigen darf man für die Vertheilung der Wohlthaten gemeinwirtschaftlicher Verwendungen nicht einen kurzlebigen Maßstab anlegen. Die Gemeingüter als solche vertheilen sich nicht in jedem Jahre nach Maßgabe der Opfer, welche die Einzelnen bringen. Ist dieß doch selbst bei der privatwirtschaftlichen, geschweige der familienmäßigen Gütervertheilung nicht vollständig der Fall.

Der Begriff jener Gemeingüter, deren Inbegriff der lebendige Staat ist, schließt es aus, dieselben als ein Einkommen anzusehen, welches sich, — wie das privatwirtschaftliche Einkommen der Nation in Lohn, Zins und Unternehmengewinn — in streng geschiedene Privateinkommen auflösen müßte. Mit der Vertheilung der vom Staate dargebotenen Gemeingüter unter das Volk darf ja, wie schon hervorgehoben ist, das Zerfließen der Steuern, als der Kostenbedeutung des gemeinen Nutzens, in verschiedene Staatsausgaben — nicht verwechselt werden.

§ 220. **Schlussbemerkungen über Staatswirtschaft.** Die Begriffe von Tausch und Einkommen, soferne davon für die Staatswirtschaft die Rede sein sollte, sind hiemit (§ 219) schon erledigt. Von der Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Consumtion war in § 170 schon die Rede.

Steuern und öffentlicher Kredit haben ebenfalls ihre Erledigung gefunden. (Näheres über sie nach der üblichen Auffassung der speciellen Finanzwissenschaft siehe im Anhang §§ 266 ff.)

Wir schließen daher — unter dem Vorbehalt, eine kurze Bezeichnung der Hauptlehren der Finanzwissenschaft in einem besondern Anhange

dieses Buches zu geben, die mit § 198 begonnene nationalekonomische Skizzirung des Staates ab.

Der Staat war uns hiebei, nächst der Familie, Typus des gemeinwirtschaftlichen Systems der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt. Wir können deshalb eine Skizze der weiteren Formen der Gemeinwirtschaft um so mehr unterlassen, als von der Gemeinde, der Kirche, dem Vereinswesen wirklich mehrfach im Einzelnen die Rede gewesen ist. Auch der Standesgenossenschaft als einer mächtigen gemeinwirtschaftlichen Kraft der bürgerlichen Gesellschaft ist wiederholt (§§ 150. 154. 165) gedacht worden.

3. Theil: Die Wechselwirkungen des privat- und des gemeinwirtschaftlichen Systems der bürgerlichen Gesellschaft.

XXXV. Kapitel.

§ 221. **Verhältnis beider Systeme und der Grundbegriffe derselben.**

1) Verhältnis beider Systeme. Eine Wechselwirkung beider Systeme ist auf verschiedenen Punkten bereits hervorgehoben worden.

Die Privatwirtschaften werden in ihrer Production wie in ihrer Consumtion von der Staatswirtschaft und von anderen Gemeinwirtschaften umschlossen und getragen. Die Staatswirtschaft z. B. ist von der Uebung des Civil- bis zu derjenigen des Völkerrrechts gleichsam die allgemeine Atmosphäre, in welcher die Privatwirtschaften der aufeinanderfolgenden Geschlechter und der neben einander bestehenden Volksgenossen, sowie alle anderen gemeinwirtschaftlichen Organismen atmen. Wir haben dies schon am Eigentums-, Forderungs-, Erb- und Expropriationsrecht (§ 129), ferner am Familienrecht (§ 194) beispielsweise nachgesehen; dasselbe gilt von den Leistungen der Justiz und der Polizei, der Diplomatie und des Militärs, selbst öffentliches Kapital tritt für die Privatkapitalien als unmittelbares Ergänzungskapital auf (§ 203).

Diese Atmosphäre gemeinwirtschaftlicher Lebenslust, wie sie der Staat unterhält, wird umgekehrt selbst wieder aus dem privatwirtschaftlichen System heraus gespeist. Das letztere errichtet im Unternehmungsaccord gewisse staatliche Anstalten und unterhält sie. Steuern werden zum Ankauf der der Staatswirtschaft nötigen Tauschgüter und Dienstleistungen entrichtet, und als Abnehmer der Producte der Domänen ermöglichen die Bürger ein Staats Einkommen aus dem Staatsdomanial- und Staatsgewerbetaxial. Im Staatskredit gestatten die Privatwirtschaften, für Fälle außerordentlichen Bedarfs ein umfassendes privatwirtschaftliches Vermögen an Kapital- und Genußgütern in öffentliches Kapital- und Genußvermögen überzuführen, um es später mittelst Zinsabzugs und Schuldentilgung in das privatwirtschaftliche Vermögen zurückzuführen.

2) Das allgemeine Verhältniß der gleichartigen Grundbegriffe beider Bereiche.

Aus diesem erhellt, daß die menschliche Wirtschaft ein ebenso mannigfaltig, wie großartig gegliedertes gesellschaftliches System ist, dessen Einzelgehalte und Einzelfunctionen von den einfachsten Formen und elementarsten Processen bis zu den künstlichsten Organen und feinsten Wirkungen aufsteigen, um im Zusammenwirken ein vollendetes Leben zu ergeben, — ähnlich wie der Lebensproceß des thierischen Körpers oder der Pflanze die elementarsten mit den verwickeltesten Processen, einfachste Organe mit den complicirtesten Apparaten verbunden aufweist. Die einen und die andern sind für das organische Gesamtleben gleich unentbehrlich.

Hienit ist es denn auch geboten, als das sich selbst ausbringende Ergebniß der eingehenden Betrachtung beider Bereiche des gesellschaftlichen Wirtschaftssystems noch ausdrücklich zu betonen, oder eigentlich nur resumierend zu wiederholen: daß die privatwirtschaftlichen Grundbegriffe, an den einfachsten Gehalten des ökonomischen Gesellschaftssystems abgenommen, zur Erklärung und Messung aller wirtschaftlichen Vorkommnisse der bürgerlichen Gesellschaft nicht ausreichen:

Es giebt höhere gesellschaftliche Verkehrssysteme, als Marktaufsatz und Handel, — an der Familie, am Staat haben wir es nachgewiesen.

Production und Consumption, zumal die letztere, sind nicht lediglich privatwirtschaftliche Begriffe, sondern stehen in höheren Formen innerhalb des gemeinwirtschaftlichen Gebietes wieder (vgl. §§ 269—270).

Das Kapital und das Arbeitsvermögen treiben in letzterem Gebiete ihre tieferen Wurzeln zu einem zeitlich und räumlich einheitlichen Bestande und gewinnen höhere Formen; z. B. das Arbeitsvermögen in der haushaltenden Thätigkeit, im Staatsdienst. Ueberhaupt zeigen die beiden wirtschaftlichen Grundvermögen, das Sachgütervermögen und das persönliche Leisten, dort complicirtere Gestaltungen:

Das Sachgütervermögen zeigt zwar in den Gemein, wie in den Privatwirtschaften, gleichmäßig zwei Bestimmungen:

erstens den Zweck für die Entstehung anderer Güter (Kapitalbestimmung zur Erzeugung von Sachgütern und Dienstleistungen) und zweitens für die Befriedigung von persönlichen Bedürfnissen (Genußzweck),

allein in Gemeinwirtschaften, wie in Staat und Familie, ist ihre Erzeugung, Erhaltung, Verwendung eine viel höher organisirte, wie man am Familienvermögen, an Straßen, Posten, Festungen, u. s. w. leicht nachweisen kann; —

ebenso haben die Leistungen (Leistungsgüter § 15) zwar in den Gemein- wie in den Privatwirtschaften gleichmäßig ein doppeltes Object:

erstens an Sachen als gewöhnliche Arbeitsleistungen (Sacharbeit)

und zweitens an Personen (als Personenarbeit, sogenannte Dienste § 175), —

allein, wie viel tiefer organisiert ist das Leisten innerhalb der gemeinwirtschaftlichen Sphäre: als wechselseitiger Dienst der Geschlechter und der Generationen in der Familie, als Staats- Kirchen- Schuldienst! Wie eigenthümlich charakterisirt sich die gemeinwirtschaftliche Sphäre gerade durch das entsehbare Vorwiegen der Leistungen an Personen (Dienste) vor den Leistungen in Beziehung auf Sachen, und wiederum durch die persönlichen Dienste für Mehrere, Viele oder Alle, statt nur für Einzelne!

Dem entsprechend kennen die Gemeinwirtschaften Formen der Vergeltung, die viel höher stehen, als die privatwirtschaftliche Vergeltung von laufenden Marktpreisen. Wir haben die innerhalb der Familie und innerhalb des Staates (Steuerweisen) nachgewiesen.

Die Motive der Wirtschaftlichkeit und der Werthbestimmung, wie sie in dem über die Anwendbarkeit der Concurrenz hinausragenden Gebiete der Gemeinwirtschaft walten, sind ebenfalls als höhere wirtschaftliche Ordnungskräfte der bürgerlichen Gesellschaft wiederholt nachgewiesen worden.

Es ergibt sich, daß die privatwirtschaftlichen Begriffe als die elementaren zwar in der wissenschaftlichen Entwicklung vorausgehen, aber keineswegs ausreichen, die complicirteren Gebilde und Functionen der Gemeinwirtschaft zu erklären. Wer dieß mißachtet, begeht in der Wirtschaftswissenschaft denselben Fehler, welcher in der Jurisprudenz so häufig durch eine erzwingende Aßormung alles öffentlichen Rechtslebens nach den elementareren Privatrechtsbegriffen begangen wird. Gemeinwirtschaftliche Production, öffentliches Vermögen, öffentlicher Kredit, öffentlicher Dienst, Steuervergeltung, constitutionelle Staatswirtschaft, öffentliche Consumption lassen sich mit den privatwirtschaftlichen Begriffen der Unternehmung in Concurrenz, des Unternehmungskapitals, des Privatcredits, der Lohnarbeit, des Marktpreises, der Tauschwerthbildung nicht völlig erklären. Es sind zusammengesetzte Begriffe, den privatwirtschaftlichen Elementarverhältnissen zwar analog, aber eine höhere Wiederholung derselben, ebenso wie die Begriffe des öffentlichen Rechtes denen des Privatrechtes zwar analog sind, aber als höhere, zusammengesetzte ihnen auch gegenüberstehen.

§ 222. **Gesellschaftlich wechselt** das Verhältniß beider Systeme.

Relativ dürfte im Anfang der Cultur bei schwachen Privatkräften das staats- und gemeinwirtschaftliche System mehr natürlichen Boden haben, der öffentlichen Reichthum relativ von größerem Belange sein, während nachher allmählig die Festigkeit des Familien- und Corporationsverbandes sich lockert und die Individualfreiheit und Selbstverantwortlichkeit der gemeinwirtschaftlichen Bevormundung jeder Art immer mehr Boden abgewinnt (§ 178 u. 180).

Absolut betrachtet nimmt dagegen auch die Gemeinwirtschaft,

insbesondere die freiere Form der Association (§ 178), immer reichere Formen und Aufgaben an, das Familien-, Gemeinde-, Vereins-, Genossenschafts- und Staatsleben wird immer beziehungsreicher, wenn gleich daneben die freie privatwirthschaftliche Entwicklung verhältnißmäßig noch reicheren Umfang gewinnen mag.

Für die relative Zunahme der Leistungen des privatwirthschaftlichen Systems wirkt ganz entscheidend das Gesetz der Wirthschaftlichkeit selbst. Die geschichtliche Erfahrung geht ausnahmslos dahin, daß die Stärkung des individuellen Eigentums und individuelle Bewirthschaftung des letzteren gleichbedeutend sind mit dem Fortschritt des Reichthums. Gemeinseid, Gemeinwald, Gemeinweide, Besitz zur todtten Hand schwinden zusammen. Gemeinsame Wirthschaft der Stämme, der Gemeinden, der Familien besteht noch in einem großen Theil Rußlands. Sie ist möglich, wo weite Gründe unbebaut sind, Alle in ungefähre gleicher Lage leben, in gleicher Zukunft geüßelt werden müssen, wo die Stufe der sittlichen Bildung die Selbstverantwortlichkeit individueller Wirthschaft noch nicht ermöglicht, wo der Verrieth ziemlich hinfällig, von Allen ungefähre gleich auszuführen, der noch nicht mit Meliorationskapital gefüllte Boden selbst der Neuvertheilung, in den Jubeljahen oder nach dem väterlichen Gutfinden, ohne tiefe Ungerechtigkeit unterzogen werden kann. Allein dies sind Zustände niedriger Gesittung, und selbst Rußlands neuere große Reform vollzieht oder vermehrt den Uebergang zum freien persönlichen Eigentum, welcher in Westeuropa mit der Grundentlastung vollendet worden ist. Eigentum und Freiheit sind, wie schon erwähnt, gleichbedeutende Begriffe in England und in den Vereinigten Staaten.

Das gemeinsame Produiren ist seit dem Mittelalter mehr und mehr zurückgegangen. Je intensiver das Wirthschaften wird, desto mehr muß es mit ausschließlicher Verantwortlichkeit und ausschließlichem Interesse, also individuell geschehen. Je mannigfaltigere Fähigkeiten und Fähigkeitsabstufungen zur Verbenbung kommen, desto weniger kann ins Gemeinsame gearbeitet werden. Die wenigen bestehenden Ausnahmen beständigen die Regel, statt sie zu entkräften; an dem patriarchalischen Nomadentum überall, an dem altrussischen, übrigens durch die neuere Gesetzgebung in Frage gestellten Agrarcommunismus der Gemeinden, an der Gemeinschaftlichkeit im Occupationsgewerbe der Seefischerei, der Erzgruben, der Holzsaumacherei löst sich dies leicht nachweisen. Die oft berufenen fränkischen und französischen und des schweizerischen Jura, welche eine gemeinsame Käseerei treiben, stehen in dieser Gemeinschaft nur, weil zur täglichen Hervorbringung eines Käses die Milch von dreißig Kühen nöthig ist, welche bei kleinem Eigentum Ein Milchwirth nicht besitzt; die Milchproduction selbst ist auch da individuell.

Selbst von den Productiogenossenschaften modernsten Styls ist § 113 nachgewiesen worden, daß sie, zumal bei jezigem Stande egoistischer Wirthschaftsauffassung, nur einer beschränkten Anwendung fähig sind, und

daß sie selbst auf die geistige und moralische Elite der Arbeiterwelt sich beschränken.

Auch die Association geht, wie dies z. B. die Geschichte des Versicherungswesens (Feuerversicherung) zeigt, aus der Zwangsform der Staatsanstalten immer mehr in die freien Formen der Gegenseitigkeit und der rein speculativen Actien-(Versicherungs-)Gesellschaften über.

§ 223. Zusammenhang dieser Bewegung mit der Zunahme der individuellen Freiheit in der bürgerlichen Gesellschaft.

Offenbar hängt diese fortschreitende Verrückung im Verhältnisse des privat- und des gemeinwirthschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft mit dem allgemeinen Fortschritte zur bürgerlichen Freiheit, mit der Stärkung der demokratischen Elemente im Staatsleben, wie sie in der Geschichte fast regelmäßig wahrzunehmen ist, aufs Engste zusammen.

In derselben Richtung wirkt die Veränderung im Verhältnisse der gemeinwirthschaftlichen Organe untereinander.

Erst ist es das Bedürfnis religiöser Freiheit und einer eisen festzuhaltenden Rechtsordnung, was der theokratische oder weltlich-kriegerische Staatsabsolutismus, beziehungsweise die vom Patriarchen zwingend regelte Familien- und Stammeswirthschaft zu beschränken haben. Hiemit steht im gemeinwirthschaftlichen System Werth und Bedeutung der Klassen, welche Schlüsselgewalt und Schwert führen, am höchsten. Mit dem Fortschritte zu bürgerlicher Gesittung, mit leichterem Zutritt Vielen zur Bildung, mit der Einführung des inneren Landfriedens und dem Auftreten längerer Perioden des Weltfriedens tritt die gemeinwirthschaftliche Pflege der Culturinteressen, tritt ein rationelles bürgerliches Zeitalter an Stelle des eiserne in die Staatswirthschaft hinein. Auch diese Entwicklung rückt den Machtsschwerpunkt aus der Höhe der Aristokratie in die Basis des dritten und theilweise schon des sog. vierten Standes hinab, — der Staat wird eine zwischen Regierung und Volksvertretung constitutionell in Gesetzgebung und Budgetabschieden verarbeitete Wirthschaft.

Perioden, welche das Wanken der Autorität und der Gewalt zu einem Bedürfnis machen, z. B. Kriege, treiben die Form und den Inhalt der Staatswirthschaft auf jene früheren Stufen zurück.

Damit erlebte sich zugleich wirthschaftlich die Frage der Staatsform. Die verschiedenen Staatsformen werden in verschiedenen Grade Hochschätzung verdienen, je nachdem sie den Staat als Gemeinwirthschaft wirklich zu organisiren, daß er unter gegebenen Verhältnissen am meisten dem allgemeinen Interesse diene.

Es giebt keine absolut gute und keine absolut schlechte Regierungsform. Monarchie und Republik, Adels- und Volksherrschaft, selbst die staatliche Herrschaft der Gemeinden oder Kirchen können, wenn sie wirthschaftlich die gegebenen Gemeinbedürfnisse befriedigen, gut sein. Die Monarchie hat wie die Republik die größten Reformatoren und die Republik hat wie die Monarchie die größten Despoten erzeugt.

Die Monarchie, die Vertreterin einer geschichtlich nachhaltigen

Staatswirthschaft, hat am meisten die Fähigkeit, ein tüchtiges Beamten-
thum für den Staat zu bilden. Als Familie (Dynastie) dauernd mit dem
Gesamtwohl verwahten, hat sie das Interesse, den stetigen Gesamts-
fortschritt zu erzeugen und die nachhaltige Nationalentwicklung als eine
geschichtliche Gesamtaufgabe zu fördern. Freilich legt auch sie oft kleine
persönliche Interessen und schlechte Leidenschaften über ihr wahres, über
das Gesamtinteresse. Die Republik giebt die abstrakte Möglich-
keit, immer den Tüchtigsten an die Spitze zu stellen. Aber die Erfüllung
dieser Möglichkeit setzt allgemeine Bildung voraus, und ein altes Wort
ist es, daß unter allen Regierungsformen die Republik am meisten die
Tugend der Bürger nötig habe; denn wenn diese nicht vorhanden, so
ist die Republik eine gefährliche Staatsform, da sie leicht den Pöbel an
Stelle der Gebildeten, die Gassenjagd an Stelle der gesetzlichen Freiheit,
das Klassen- und Partei-Interesse an Stelle des allgemeinen Wohls setzt
und die Demagogen und Despoten an Stelle der Weisen zur Herrschaft
gelangen läßt.

Keine Regierung aber kann, bei fortgeschrittener Volksentwicklung,
ihre Aufgabe, der Hört der allgemeinen Interessen zu sein, wirthschaft-
lich erfüllen, ohne durch regelmäßige Berührung mit Vertretern der im
Volk waltenden Kräfte, Interessen und Anschauungen die allgemeinen
Bedürfnisse zu erkennen und immer wieder auf ihre allgemeine Aufgabe
sich hinweisen zu lassen.

Durchaus muß man sich von der (nationalökonomisch widerwärtigen)
Vorstellung fern halten, als ob jemals Alle zugleich regieren könnten
oder sollten, immer verstehen es nach dem Gezehe der Berufs- und Arbeits-
theilung Einer oder Wenige; auch die Demagogie ist nur das Herr-
schaftsmittel für die Herrscherlust der wenigen Volksführer, eine flüssige
Form des Despotismus oder der Aristokratie. Die Staatsformen sind
nur in der Wahl der Mittel, durch welche sie die Regierenden auserwäh-
len, verchieden, und ihr ökonomischer Werth ist in jedem gegebenen ein-
zelnen Falle nach dem Maß zu beurtheilen, in welchem sie dazu beitragen,
die geeigneten Kräfte dem Staate zur höchsten Staatswirthschaftlichkeit
zuguführen.

Das in diesem § Ange deutete dürfte genügen, nicht bloß um die
innige Wechselwirkung, sondern auch um die geschichtliche Veränderung
im Verhältnis der beiden großen Hälften des wirthschaftlichen Gesamts-
systems eines Volkes darzutun.

C) Welthandel und Völkerechtsleben

oder

das welsprivatwirthschaftliche und das welsgemeinwirthschaftliche
System der menschlichen Gesellschaft.

XXXVI. Kapitel: Allgemeines.

§ 224. **Uebergang.** Nicht bloß in jedem einzelnen Volk treten das
privatwirthschaftliche Gebiet und die verschiedenen gemeinwirthschaftlichen
Gliederungen zu einem enge verbundenen Gesamtorganismus zusammen.
Nicht bloß in der Volkswirthschaft, sondern auch in der Weltwirth-
schaft soll die menschliche Gesellschaft Eine in Zeit und Raum eben-
eng verbundene als mannigfaltig gegliederte Menschheitswirthschaft dar-
stellen.

Dieses Ziel ist noch lange nicht erreicht, aber wir steuern demselben
im raschen Laufe zu und eigenenthümliche Wirthschafterschei-
nungen treten hiebei zu Tage, welche jedoch, wenn das Bisherige richtig
aufgefaßt ist, um so eher in wenigen Strichen sich bezeichnen lassen,
als die Weltwirthschaft selbst nur die Gesamtheit der nationalen
privat- und gemeinwirthschaftlichen Organismen darstellt, wie schon in
§ 198 (Eingang) bemerkt ist.

Es handelt sich um drei Hauptgesichtspunkte:

- 1) Das privatwirthschaftliche Gesellschaftssystem erweitert sich zur
privatwirthschaftlichen Weltconcurrent, deren Träger der Welthandel ist.
- 2) Die nationale Staatswirthschaft erweitert sich zu einer
internationalen Staatswirthschaft *) durch concurrenzbefähigende Lösung der
menschlichen Staatsaufgabe im Völkerechte.

Das Völkerecht, getragen von der Gesamtheit und von Gruppen

*) Andere Formen der Gemeinwirthschaft wie Familie, Vereine, Genossen-
schaften, Kirchen verknüpfen ebenfalls Wirthschaften der Individuen verschiedener
Völker in ähnlicher Weise, wie sie verschiedene Genossen eines und desselben Volkes
in Eine Gemeinwirthschaft verflochten. Auch sie bilden mächtige Bänder zwischen
verschiedenen Nationen, wie die z. B. an den Familienbeziehungen zwischen
Deutschland und der amerikanischen Union sich zeigt, und sind durch Einfluß
auf die Auswanderung für die weltwirthschaftliche Vertheilung des Arbeits-
und Kapitalvermögens von steigender Bedeutung; Aehnliches ließe sich von den großen
nationalen Schyanten überspringenden Religionsvereinen nachweisen. Es
genügt jedoch nicht anzudeuten, um die weltwirthschaftliche Bedeutung auch der
außerstaatlichen Gemeinwirthschaftsorgane eines Volkes hervorzuheben. Zu einer
näheren Ausführung ist hier nicht der Ort. Diese Anmerkung soll lediglich an-
zeigen, daß auch hier ein Gebiet ökonomischer Betrachtung des menschlichen
Gesellschaftslebens sich eröffnet und von uns nicht übersehen ist.

einzelner Nationalstaatsgewalten, hat der menschheitlichen Gesamtentwicklung in Zeit und Raum dieselbe Harmonie und Einheit wirtschaftlich zu geben, wie das nationale Recht, welches — als die harmonische alle widerstreitenden Bewegungen in einander „richtende“, sie aufeinander stimmende Ordnung — der geschichtlichen und territorialen Einheit des nationalen Culturlebens ebenso wirtschaftlich als vollkommen zum Siege verhilft.

Statt aller Ausführungen über die besonderen Aufgaben des Weltstaatslebens der Menschheit im Völkerrecht verweisen wir daher auf die über die nationale Staatsaufgabe schon angestellten Erörterungen des § 198; sie gelten analog auch für das Weltstaatswesen, wie solches in der friedlichen und in der kriegerischen Verührung der Staaten, im Recht des Friedens und des Krieges, dieses äußersten Nachmittels zur Geltendmachung des Völkerrechtes, sich erfüllt.

3) Das weltprivatwirtschaftliche und das weltgemeinwirtschaftliche System der menschlichen Gesellschaft wirken fördernd und störend, — das letztere bisher in leidig großem Umfange — auf einander ein.

Die drei in diesem § bezeichneten Verhältnisse mögen nun etwas näher ausgeführt werden.

XXXVII. Kapitel.

I. Die Weltprivatwirtschaft der menschlichen Gesellschaft.

§ 225. **Der Freihandel.** Die Weltprivatwirtschaft stellt sich mehr und mehr unter das privatwirtschaftliche Grundgesetz der freien Concurrenz der Privatunternehmungen.

Die freie Privatconcurrenz in weltwirtschaftlicher Erscheinung ist eben der Freihandel.

Dieser entwickelt für die ganze menschliche Gesellschaft in größerem Maßstabe denselben Segen, wie die nationale Gewerbe- und Handelsfreiheit (§ 21).

Kein Land und kein Volk, und hätten sie die reichste Begabung und die tüchtigste Staatsgewalt, vermag sich selbst zu genügen, sich allein zur höchsten Stufe wirtschaftlicher Vollkommenheit zu erheben. Der Schöpfer hat jedem Land nach Klima und Bodenbeschaffenheit, Vegetation und Thierwelt, ebenso jedem Volk, verschiedene wirtschaftliche Fähigkeit gegeben, wie dies die Handelsgeographie und die Völkertunde lehrt. Die Völker sind bestimmt sich zu ergänzen, die Volkswirtschaften müssen sich zu Gliedern eines höheren Ganzen, zur Ordnung der Weltwirtschaft zusammenordnen. Die einzelnen Privatwirtschaften fallen zwar hauptsächlich, aber keine einzige ganz, nur je in eine Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung eines jeden beruht auf dem weltwirtschaftlichen Verursachen Aller für einander. Jedes Volk und jeder Einzelne soll je nach der besonderen Gabe, die ihm gegeben ist, arbeiten für

die ganze Menschheit. Der auswärtige Handel ist es, welcher diese Ergänzung vollzieht und seine volle Freiheit in diesem Verufe allmählich durchsetzt.

Allein schon hier tritt das weltwirtschaftliche System in einen unwirtschaftlichen Gegenatz zur Weltprivatwirtschaft. Die Staatswirtschaft der einzelnen Staaten vermag den Markt nicht immer zur weltwirtschaftlichen Einheit der Völker zu erheben, folgt der vom Handel getragenen internationalen Concurrenz nicht durch entsprechende völkerrechtliche Sicherung des Welthandels nach, sondern führt durch Hemmung des letzteren zum Nachtheil der Völker, welche in freiem Tausch sich aufs wirtschaftlichste ergänzen könnten. Unwirtschaftlichkeit im weltprivatwirtschaftlichen System der menschlichen Gesellschaft herbei.

Dies geschah lange, und geschieht theilweise noch durch Aus- und Einfuhrverbote und durch Schutzzölle. Die neuere Zeit feiert den unwiderstehlich sich vollziehenden Abbruch dieser Hemmnisse als einen weltökonomischen Sieg. Der Freihandelsieg ist eine Erhebung falscher nationaler Staatswirtschaftlichkeit zu ächter internationaler Staatswirtschaftlichkeit, zu dem rechtlichen Grundgesetz freier, privatwirtschaftlicher Concurrenz für die ganze Welt.

§ 226. **Schutzoll oder Freihandel?** Ueber diese Streitfrage brennt der Meinungskampf schon seit Jahrzehnten. Sie wird schrittweise im Sinne des Freihandels gelöst, in dem Maße nämlich, als die Vielheit von Volkswirtschaften zur Ordnung einer großen Weltwirtschaft sich ausbildet.

Zur Beurtheilung der Streitfrage ist zu bemerken: Der Schutzoll (Eingangszoll, Exportzölle) ist ein ökonomischer Unwirtschaftlichkeit; denn er ist eine Besteuerung der Nation zu dem Zwecke, einen nationalen Produktionszweig aufzuwiegen, welcher die Concurrenz der gleichartigen Unternehmungen des Auslandes nicht ertragen kann.

Ohne Frage verwerflich ist die Aufstellung eines Schutzolles dann, wenn der betreffende Produktionszweig wegen Mangels von gar nie zu gewinnenden natürlichen Voraussetzungen nicht die Aussicht hat, jemals concurrenzfähig zu werden; denn ein solcher Schutzoll heißt: wir produciren fort und fort mit Schäden, wir zahlen die geschätzten Artikel theurer, als wir sie von außen haben können, verteuern also künstlich die allgemeinen Produktionskosten in allen Unternehmungsarten, welche auf den betreffenden Artikel angewiesen sind, machen uns also künstlich auch für solche Artikel concurrenzunfähig, in welchen wir nach unseren natürlichen Kräften den Wettbewerb bestehen könnten; wir verlagen es uns, vom Ausland mit Nutzen dasjenige zu kaufen, was wir nicht so wohlfeil produciren können und was wir daher am besten das Ausland für uns produciren lassen, um ihm wieder dasjenige zu verkaufen, was wir wohlfeiler und mit mehr Gewinn erzeugen. Statt eines wechselseitig vortheilhaften Handels halten wir eine verlustbringende „nationale“ Erzeugung aufrecht. Um Treibhauspflanzen zu ziehen, halten wir die naturwüchsigen Erwerbszweige nieder, um die Schornsteine künstlicher Industralien im

Binnenlande rauchen zu sehen, verzichten wir darauf, die nationale Flagge Welthandel treibend die Meere bedecken zu sehen, verkümmern wir die Rheberei, — Alles dem Widerstrome zu lieb, das Wirtschaftseben, welches der Schöpfer auf eine Ergänzung der Nationen durch einander angelegt hat, national abschließen zu wollen.

Wie nun aber, wenn die natürlichen Bedingungen zu einem Erwerbszweig im Lande vorhanden sind und nur der Mangel an Erfahrung, an geübten Arbeitern, an Kapital dem wettwerbsfähigen Betriebe desselben entgegensteht?

Eine solche Erwerbsgelegenheit, sagt man, darf der Staat nicht brach liegen lassen, wenn er „unabhängig“ bleiben will von anderen Staaten. Der Staat habe nicht bloß die Wirtschaftlichkeit des Augenblickes ins Auge zu fassen, er habe die Volkswirtschaft als eine geschichtliche Einheit anzulegen; bezeichnender Weise sind die bedeutendsten Schutzzolltheoretiker (Kist, Carey) in Zeiten und Ländern mit aufstrebender Industrie aufgetreten, Kist's vielfache Verwandschaft mit dem späteren Carey erklärt sich theils aus seinem amerikanischen Aufenthalt, theils aus den Zuständen des neu gegründeten Zollvereins, welche er im Auge hatte.

Hier ist nun allerdings zu bemerken, daß das Brachliegen eines naturwüchsigen Erwerbszweiges ein Mangel ist. Zwar bringt dessen Nichtanbau bei der heutigen Concurrenz verschiedener Industrievölker noch keine „Abhängigkeit“ von fremden Staaten mit sich, außer bei Abschließung durch übermächtige Feinde, welcher höchst traurige Fall doch nicht der für die Regel maßgebende sein kann; das verkaufende Volk, das seinem Kundenvolk andere Waaren abnimmt, ist auch wieder abhängig von diesem. Die fehlende Entwicklung soll jedoch erfolgen, mittelst der natürlichen, sicheren und nachhaltigen Mittel. Gehört nun zu diesen Mitteln der Schutzzoll?

Wir dürfen dies vielleicht bejaßen, wenn er richtig berechnet und zur rechten Zeit wieder ermäßigt und aufgehoben werden könnte. Die nähere Betrachtung der Möglichkeit dieser Voraussetzung ergibt aber alle seine Mängel und Bedenkslichkeiten.

Diejenigen, welche ihn anlegen, können schon schwer beurtheilen, ob der großgigehende Industriezweig natürliche Wurzeln im Lande hat oder nicht. Dann kommt die große Schwierigkeit hinzu, den Versprung der Arbeits- und Kapitalüberlegenheit, welchen fremde Unternehmungen durch Erfahrung, Arbeiterergöhung und Wohlfeilheit des Zinsfußes haben, richtig zu berechnen und auf den zutreffenden Zellausdruck zu bringen. Diese Berechnung, bei welcher Transportkosten der Rohstoffe und der Fabrikate, Qualität der Arbeit, Lohnverschiedenheit, Kreditverhältnisse zu vergleichen sind, ist niemals auch nur annähernd genau anzustellen. Die Folge ist, daß der Staat und seine Verwaltung im Schutzzollansatz meist zu hoch greift, und diese Ueberschreitung fällt dann entweder in den Saß des geschützten Industriezweiges, welcher damit eine Abgabe vom ganzen Volke eintrifft, oder sie befördert die Indolenz und wirkt daher dem

eigentlichsten Zwecke des Schutzzolls, der Erziehung zum freien Wettwerb entgegen. So schafft der Schutzzoll entweder eine Vorsehrung des Nationalerwerbes, um einer schädlichen Unternehmungsart eine Rente zu geben, oder er befördert Erwerbszweige mit unwirtschaftlichem Betrieb, welche niemals fähig werden, im frischen Kutzung des freien Wettwerbes zu leben. In der That zeigt auch die Erfahrung, daß es außerordentlich schwer fällt, einmal geschaffene Schutzzölle zu ermäßigen und abzuschaffen; die geschützten Unternehmungsarten drängen vielmehr zur Erhöhung, namentlich dann, wenn der Schutzzoll eine Zeitlang ange dauert hat und seine Wirkung die gewesen ist, daß er Unternehmungen ins Leben rief, welche ihn, dem Verkäufer ausländischer Waare gegenüber, als einen Abzug an den Produktionskosten nie entbehren können. Rednet man hinzu, daß die geschützten Klassen auf Gesetzgebung und Staatsgewalt meist einen sehr bedeutenden Einfluß (die Böglinge auf den Erzbeher!) haben, so zwar, daß in Frankreich die Kammern von 1815—1848 jede Schutzzollreform verhinderten, daß selbst Kaiser Napoleon III. noch 1854 seine bessere Ueberzeugung dem Privilegiengestirne der französischen „Industriebarone“ unterwerfen mußte, daß England durch die Zollreformfrage in eine gefährliche politische Krisis geworfen wurde, — bedent man dieses, so wird man leicht ersehen, warum der Schutzzoll ein sehr gefährliches Mittel der wirtschaftlichen Nationalerziehung ist, warum er meist zur Indolenz statt zur Fleißprämie, zur Lethargie statt zur Gewinnwirtschaft, zur Einführung neuer industrieller Privilegien wird, welche die Vorsehrung des Volkes zum Vortheil einer Klasse mit „nationalen“ Pfaffen zu verteidigen wissen, warum der Schutzzoll zur Verlöschung der naturwüchsigen und zur Betretung schwachlicher Zweige der nationalen Kapital- und Arbeitsverengung führt. Seine dauernde Gefahr selbst in dem seltenen Falle, wo er richtig berechnet werden kann, ist so groß, daß dieses Erziehungsmittel um so flüchtiger ganz unangewendet gelassen wird, als andere nationale und weltwirtschaftliche Kräfte viel natürlicher, sicherer und einfacher wirken.

Geht es nämlich dem nationalen Erwerbsgeist an Erfahrung, an Arbeitsgeschicklichkeit, an Kapital, so ist für diese Mängel die Pflage der Bildung durch Anschauung fremden Betriebes, Verbreitung der fremden Technik mittelst Modellen, Musteranstellungen, Befreiung des Auslandes, Herbeiziehung fremder Arbeiter und Unternehmer, durch eine Organisation des Kredits, welche inländisches Kapital flüssig macht und ausländisches herbeizieht, durch sociale und politische Anerkennung der unternehmenden Volkstassen, die einfachere, natürlichere, freiere und sicherere Abhilfe. Rednet man hiezu noch den Umstand, daß zurückgebliebene Völker ihrerseits den Vortheil wohlfeilerer Naturkraft haben, daß der inländische Erwerb an der Differenz der Transportkosten einen natürlichen Schutzzoll besitzt, daß der Kapitalüberfluß in jetziger Zeit gerne unter den Nationen sich ausgleicht, so darf man mit Recht die Ueberzeugung aussprechen, daß ohne Schutzzoll die Zwecke, die er erreichen soll, sicherer und naturgemäßer

gleichsam von selbst sich erfüllen lassen, und mit Nichten ist man ein Verächter aller Staatswirtschaft, noch ein Enthusiast der wohlfeilen Staatsweisheit des reinen Gehelassens, bei der es der Narr dem Doctor abgewinnt, — wenn man den Schutzzoll als politisches Mittel nationaler Industrieentwicklung gegen die Lehre Fr. List's und neuerdings Carey's verwirft. Der Nachweis ist nicht schwer, daß die locale Industrieentwicklung, wie sie Carey in seiner Äggt amerikanishen und daher Ägt antienglischen Tendenz decentralistischer-föderalistischer Wiederherstellung der Volks- und Volkswirtschaft mit Recht wünscht, auch ohne Schutzzoll nach privat- und Staatswirtschaftlichen Gesetzen sich ergeben muß. Ein republikanisches Staatswesen, welches wie die amerikanische Union ein Häufel der civilisirten Welt einnimmt, müßte nach der Consequenz von Carey's Schutzzolltheorie auch in seinem Inneren der „localen Entwicklung“ Schutzzölle geben, und das will selbst Carey für die Union so wenig, als es List für Deutschland wollte.

Der Schutzzoll ist das künstliche Gegengewicht gegen das Neutenverhältniß (§ 99) fremden Industrievorsprungs; wollte der Staat bei den vielen anderen, oft weit empfindlicheren Verhältnissen ähnlicher Art seine ausgleichende Hand einmischen, so würde er erst recht künstliche und ungerechte Zustände schaffen.

Insofern der Schutzzoll bereits besteht, soll er in vorausbestimmten schonenden Uebergängen, welche die lebensfähigen Unternehmungen nicht allzulänglich in die Luft der freien Concurrenz gerathen, auf Grund sorgfältig angestellter Detailforschung Sachverständiger abgeschafft, und zur Abschaffung mögen Zeitpunkte der Prospektivität gewählt werden, in welchen der Abbruch an Schutts am wenigsten empfindlich ist. Neue Schutzzölle mögen vermieden werden. (Von den Schutzzöllen wofol zu unterscheiden sind die Steuer- oder Finanzzölle, welche als Abgabe nach den Grundzügen der Steuerpolitik erhoben werden.)

§ 227. **Auswanderung des Arbeits- und des Kapitalvermögens. Weltkredit.** Die weltprivatwirtschaftliche Einheit kommt nicht bloß in dem Weltwaarenhandel, sondern auch in dem Weltkredithandel und in der Auswanderung des Arbeitsvermögens zur Erscheinung. Die Völker ergänzen sich privatwirtschaftlich nicht bloß mit ihrem fertigen Genuß, sondern auch mit ihrem Kapital- und Arbeitsvermögen.

Der Weltkredit überträgt einmal flüssige Kapitalen, welche die vorzugsweisen Träger des Welthandels sind. Ein noch kapitalarmes Volk überläßt wirtschaftlicher Weise seinen auswärtigen Verkehr dem Handelskapital eines kapitalreicheren Volkes und treibt wirtschaftlicher Weise „Passivhandel.“ Die Exporteure und Importeure anderer Nationen leihen ihm das zu seiner weltwirtschaftlichen Bewegung möthige Kapital. Im Wechselrecht gab der Handelsstand seinem flüssigen Kreditkapital einen Weltzins, lange bevor ein völkerrrechtliches Welt-„Concert“ bestand.

Mein der Weltkredit überträgt Kapital auch in fixirender Weise. Millionen Kapital sind in der letzten Generation in fremde Eisenbahnen,

Canäle, Bergwerke, Hüttenwerke, Schifffahrtsunternehmungen, Gaasanstalten u. s. w. ausgewandert.

Auch das Arbeitsvermögen ergreift in Auswanderung und Colonisation, in der Vertheilung amerikanischer und europäischer Kaufleute und Techniker über den Erdball, den weltwirtschaftlichen Wanderflaß, nicht mehr durch Verbote der Ein- und Auswanderung, durch Nachzugssteuern, Beschränkung der Fremden in der Niederlassung gehemmt. Jeder internationale Handelsvertrag richtet sein Absehen auf wechselseitige Gleichberechtigung der Fremden mit den Unterthanen in jeder Gattung der Erwerbsthätigkeit und der Anwendung des Arbeitsvermögens.

XXXVIII. Kapitel: Der weltstaatswirtschaftliche Verkehr.

§ 228. **Die Weltstaatswirtschaft der menschlichen Gesellschaft.** Auch den privatwirtschaftlichen Weltverkehr muß schützend und ergänzend das staatswirtschaftliche System umschweben. Es geschieht in der friedlichen und in der kriegerischen Action des Völkerrrechts.

Am fremden Staate schafft das Völkerrrecht staatswirtschaftliche Stützen, theils durch die Gesandtschafts- und Consularorgane des heimatischen Staates, theils und aufs Umfassendste durch die Gleichbehandlung der Fremden mit den eigenen Unterthanen. In letzterer Beziehung wird die Staatswirtschaft einer Nation zugleich Staatswirtschaft aller andern. Zahllose Verträge führen dieses Ergebnis immer vollständiger herbei.

Auf freiem Meere giebt der Staat durch Flottenstationen und Convois in viel wirtschaftlicherer Weise einen vollendeten Schutz, als es den Privaten vereinzelt möglich wäre.

Das diplomatische Gleichgewichtssystem soll den Weltfrieden erhalten, diese Lebensluft des weltprivatwirtschaftlichen Verkehrs.

Gesellschaftliche Lebensbedürfnisse der Nation in ihrer Stellung unter den Völkern werden außerdem Falls kriegerisch errungen und erhalten, durch augenblicklich vielleicht drückende, vom Standpunkt der geschichtlichen Volkseinheit aber sehr wirtschaftliche Opfer.

Mehr und mehr vereinigen sich die nationalen Staatsgewalten, um menschheitliche Gesamtbedürfnisse durchzuliegen: sie erzwingen den Verkehr sich abschließender Nationen, lösen die Kasten allgemeiner Schifffahrtsstraßen ab, neutralisieren große Ströme zu freiem gleichberechtigtem Verkehr aller Flaggen, belohnen Dienste, die der Menschheit in ihrer räumlichen und geschichtlichen Einheit erwiesen sind (die internationale Belohnung der Morse'schen Telegraphenerfindung 1858).

Ueberall handelt es sich hier um weltökonomische Interessen, welche nur gemeinwirtschaftlich gesichert werden können, deren völkerrrechtliche Befriedigung aber auch die wirtschaftliche Befriedigungswelt ist. Die privatwirtschaftliche Unternehmung in freier Concurrenz würde hier nicht zureichen, ja sie wäre ohne die weltstaatswirtschaftlichen Einrichtungen

des Völkerrechtes so wenig möglich, als innerhalb einer Nation das privatwirthschaftliche ohne das gemeinwirthschaftliche Leben sich entfalten könnte. Als diese internationale Gemeinwirthschaft nicht da war, mußte sie, z. B. in der Hanse, den Südtidebinden, später in den großen Handelscompagnien, von dem Handel und der Industrie als den Trägern des weltprivatwirthschaftlichen Verkehrs geschaffen werden.

Das im Völkerrecht zum Ausdruck gelangende weltstaatswirthschaftliche System der bürgerlichen Gesellschaft, hat allerdings nicht ein über den nationalen Staaten stehendes selbstständiges Organ; keine Weltmonarchie, keine Weltrepublik, kein Welttribunal, keine Weltpolizei, kein Weltmilitär ist da.

Die weltstaatswirthschaftliche Aufgabe wird von den einzelnen Staaten in Concurrenz (gleichberechtigter Souveränität) gelöst.

Diese Organisation ist auch die wirtschaftlichere. Zahlreiche Interessen des Weltverkehrs berühren nur einzelne Staaten gruppen- oder gar nur nachbarweise. Ferner bewirkt der von aller Staatswirthschaft auf ihrem Gebiete geforderte Grundlag der Ausschließlichkeit auch die Behandlung fremder Unterthanen nach heimischem Rechte, den gleichberechtigten Genuß der staatswirthschaftlichen Nationalanstanlen, befriedigt also den größten Theil internationalen Rechtsbedürfnisses. Endlich wird die Gefahr einer Verge- waltigung der einen Nation gegen andere weit besser durch ein Concurrenz- und Gleichgewichtssystem ferne gehalten, als durch Welt Herrschaft.

Die gesamte Wirthschaft der Menschheit findet so ihre Harmonie, gerade so wie das astronomische Weltsystem, besser in sich selbst, als von einem Punkte außerhalb oder oberhalb derselben.

Auswärtige Ministerien, diplomatische Corps, Consulate erreichen den weltstaatswirthschaftlichen Zweck wohl in viel höherem Grade mit weit geringerem Aufwand, als viel wirtschaftlicher, als es eine selbstständige internationale Staatsverwaltung vermöchte.

§ 229. **Internationaler Staatscredit.** Wie das privatwirthschaftliche Leben einer Nation von dem staatswirthschaftlichen Leben anderer Nationen getragen wird, so findet eine Ergänzung der Staatswirthschaft des einen Volkes durch die Privatwirthschaft anderer Völker statt.

Hiebei kommen hauptsächlich die Anlehen in Betracht, welche ein Staat auf auswärtigen Märkten contrahirt. Deutsches Kapital hat den Krieg, welcher so eben die nordamerikanische Union rettete, mitgeführt. Englisches Privatkapital fließt in die Kassen aller Staaten der Welt, um durch Vermittlung der Steuer- und Finanzwirthschaft der letzteren aus dem späteren Privateinkommen fremder Unterthanen Vergeltung zu empfangen, so daß die Privatwirthschaften zweier Nationen in Abhängigkeit von einander gerathen. Eben wegen dieser letzteren Nachwirkung der öffentlichen Anlehen im Ausland hat auch bisher schon die Nationalökonomie (Neben- u. s. w.) der weltwirtschaftlichen Verflechtung des privatwirthschaftlichen Vermögens der Nationen durch den Staatscredit eine ge-
 be-
 gendere Beachtung geschenkt (vergl. § 276).

XXXIX. Kapitel: Harmonie beider, der Weltprivat- und der Weltstaatswirthschaft.

§ 230. Für uns ergibt sich auf diesem Punkte der Ab- schluß der weltwirtschaftlichen Betrachtungen. Eine Verlethung, vermöge welcher das einfachste deutsche Kleinvermögen, die Staatswirthschaft der anderen Hemisphäre stützend, das dauernde menschliche Gemeininteresse der Freiheit der Arbeit fördert, wobei deutsches Privateinkommen des Jahres 1864 gegen americanisches Einkommen des 20. Jahrhunderts veräußert wird, läßt uns recht concreter die Wirthschaft des Menschengeschlechtes als ein geschichtlich und räumlich verbundenes Ganzes, Privat- und Gemeinwirthschaft als zwei zur vollen Socialökonomie sich ergänzende Gliederungen erkennen, wovon jede erst durch die andere thatsächlich erfüllt und wissenschaftlich ganz verständlich wird.

Freilich bricht sich das Bewußtsein der internationalen Gegenseitigkeit der privat- und der staatswirthschaftlichen Gliederungen der einzelnen Völker erst allmählich Bahn. Langsam steigt z. B. der Freihandel und wie oft war der Krieg, weit entfernt ein internationales Rechtsmittel zu sein, rohe Vergewaltigung! Wie lange hat die Politik fremde Unterthanen privatwirthschaftlich geschädigt, wie oft hinderte man die eigenen Unterthanen, staatswirthschaftlichen Zwecken fremder Staaten zu dienen!

Doch haben in letzter Zeit die Staaten viel von ihrer gegenseitigen Ausschließlichkeit abgelegt, und die Zeit muß kommen, wo der Staat nicht blos über den Kampf der innerhalb der Volkswirthschaft vorhandenen Gegensätze versöhnend siegt, sondern wo auch die Staaten zu einer Staatsgesellschaft, zu einem Weltstaat ohne Weltbespotie, dem alten Traum großer politischer Geister, sich erheben, in welchem das allgemeine Interesse gegenseitiger Förderung der Nationen das höchste Gesetz sein wird. Form und Mittel dieses neuen weltwirtschaftlichen Einheitslebens wird hauptsächlich der Staatsvertrag sein. Und auch hier wird die internationale Staaten- wie die jetzt nationale Staatsfähigkeit nicht beschränkt sein dem Gegenstand nach, nicht auf den Schutz gegen Gewalt und Betrug (das Kriegszweck) sich zurückziehen, sondern jedes Gebiet der Förderung der gemeinsamen Menschheitsinteressen wird angebaut werden. Davon geben wir wollen nicht in die graue Zukunft vergraben, schon die heutigen Staatsverträge über Zölle, Schiffsahrtsgesetzen, Eisenbahn- und Telegraphenwesen, Auswanderung und Freigebigkeit, die von Deutschland ausgegangene Agitation für ein humaneres Seerecht u. s. w. einen Vorbericht.

Die Staaten werden hiebei getrieben werden von der über alles lokal und national Begrenzte wegstrebenden Macht des Geistes. Religion, Wissenschaft, Kunst, und ihre äußeren Mittel (Literatur, Presse, Communication) werden jene weltwirtschaftliche Einheit und Freiheit der Menschheit durcharbeiten.

Auch hier erscheint das höhere geistige Leben nicht nur als dasjenige,

welchem alles Wirtschaftsleben dient, sondern zugleich als dasjenige, aus welchem allein im Größten wie im Kleinsten die höchste Harmonie der Sonderinteressen in dem wirtschaftlichen Gesamtsystem der menschlichen Gesellschaft quillt. Nicht umsonst ehen daher die Völker die großen Religionslehren, welche die sittliche Richtung der Menschen auf Jahrtausende bestimmen, die Dichter und Denker, welche die Kultur veredeln, ihr neue Mittel erfinden, die großen Praktiker, welche sie ausführen, die großen Staatsmänner, die gestaltend den Generationen den Gang der Entwicklung anweisen, die — Sonntagkinder in der aristokratischen Geistesordnung der Welt.

Ist seiner Religion, Wissenschaft, Kunst, Schule, Literatur, Kirche das sittlich-geistige Leben gestalten und den einen sittlichen Zweck alles, auch des ökonomischen, Lebens aufzeigen werden, um so mehr wird überall auch das national Anschließende, Feindselige und Ausbeutende der internationalen Aufschlüsselung und der Solidarität eines freien gegenseitigen Berufslebens aller Menschen weichen. Ist es nicht bezeichnend, daß bereits die größte Scheidewand des Verkehrs, die Sprachverschiedenheit, von immer mehreren durch Erlernung der wenigen Hauptsprachen überwunden wird? Während in Südamerika 10 Millionen Indianer 300 verschiedene Sprachen redeten, kommt man heute mit dem englisch-germanisch-romanischen Sprachschatz durch die Welt. Der Telegraph geht über die Weltmeere, Dampfer verbinden die Weltteile, die Colonisation wirft überschüssige Kulturkräfte an alle Küstensäume. Der Telegraph giebt dem Leben zweier Hemisphären Einheit in der Zeit. Durch den Journalismus lebt jeder Einzelne die Schicksale und Kämpfe der ganzen Welt mit durch. Die Gewissens- und Glaubensfreiheit ist ein solidarisches Interesse Aller geworden, Künste und Wissenschaften dienen der ganzen Welt und haben wunderbare äußere Agentien ihrer schnellen und weiten Verbreitung gewonnen. Die Stände nähern sich innerhalb jedes Volkes und verbürgerlichen („civilisiren“) sich gleichartig. Das sind Elemente, welche auf die Höhe des letzten noch sehr fernen Zieles wenigstens hinweisen, eines Zieles, welches erreicht werden wird, wenn den heutigen äußeren Mitteln der Kultur der höhere sittliche Gehalt, dem Völkerverkehr die geistige Nahrung nicht abhanden kommt, welcher es als Mittel dienen soll.

§ 231. Das Ideal einer Menschheitswirtschaft*). Das Ideal der Wirtschaftsentwicklung der Menschheit — wäre demnach ein Zustand, in welchem jedes Privatinteresse als Gemeininteresse und jede Art von Gemeininteressen als Privatinteresse von Jedermann mit Bewußtsein verfolgt würde, das private und das gemeinwirtschaftliche System zugleich in höchster Privat- und in höchster Gemeinwirtschaftlichkeit einander ergänzen würden.

*) Dieser § ist fast wörtlich der ersten Auflage entnommen und war dort Einleitung des fünften Theiles über Harmonie der Interessen in der Gesellschaft. Wir bemerken dies ausdrücklich mit Beziehung auf gleiche Gedanken neuerer Schriften.

Diesem Zustande nähert man sich wohl von ferne an, wird ihn aber niemals so erreichen, daß Jeder freiwillig das Privat- und das Gemeininteresse ganz als Eins und dasselbe betrachtet und behandelt.

Der Schöpfer, welcher die Anlage der menschlichen Gesellschaft so fein gebildet hat, bediente sich anderer Mittel, um Privat- und Gemeininteresse zu vereinigen. Indem der Mensch als Einzelner geschaffen ist, mußte er sich als solcher auch immer selbst der Nothilfe sein, er wird die Einheit seines Interesses mit demjenigen aller Andern weder immer in seinem Verstande übersehen, noch immer wollen können. Mit Einem Wort: der Schöpfer, der den Menschen als Einzelnen schuf, wollte ihn auch der Vorherrschaft des Privatinteresses überlassen, er wollte aber, daß dieser Trieb nützlich wirke und daß mit Hilfe besonderer gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen in der menschlichen Gesellschaft der Krieg der Einzelinteressen in ihre Harmonie sich auflöse.

In der That ist das Privatinteresse nützlich genug verwendet; es bildet die mächtige Triebfeder, welche, millionenfach in der Gesamtwirtschaft vorhanden und auf jedem besonderen Punkte als Selbstsucht wirkend, jeden Einzelnen durch seinen Nothdurst anspornt und dadurch den allgemeinen Fortschritt erzeugt. Insofern ist das Privatinteresse ein unentbehrlicher Hebel des Fortschrittes, es ist die Kraft, welche in der ungeheuren Masse wirtschaftlicher Bewegungen unzählige beherrschende, ordnende Mittelpunkte hinstellt. Ohne das Privatinteresse gäbe es keine energische Thätigkeit, keinen Fortschritt.

Nun scheint allerdings das Privatinteresse zu einem rohen Krieg Aller gegen Alle werden zu müssen. Allein die erste Ordnung und betrougte Gegenseitigkeit entsteht, indem ebenso die persönlichen Begabungen und Bedürfnisse wie die äußeren Naturmittel der Wirtschaft verschieden vertheilt sind nach persönlicher Anlage, nach Alter, nach Geschlecht, nach Stämmen, Völkern, Ländern. Diese Verschiedenheit mahnt und drängt zur Ergänzung, und diese Ergänzung, ein Gemeininteresse, wird Gegenstand der Privatinteressen.

Dem Privategoismus entgegen wirken sittliche, gemeinwirtschaftliche Triebe. An die Gemeinsamkeit des Blutes und der Familien, an die Geschlechts-, Volks- und Sprachgemeinschaft geknüpft, verkünnen sie das Privatinteresse zur Liebe und Aufopferung, oder sie wirken als Macht der Religion und der Humanität, von Kirche, Schule, Wissenschaft und Literatur gehleitet: eine Macht, welche dem im Kampf der Privatinteressen niedergetretenen Armen Unterstützung bringt, den Verarmten Führer und Berater, dem allgemeinen Fortschritt aufopfernde Diener, dem nachhaltigen Menschheitsinteresse gegenüber dem flüchtigen Tagesgenuss Vertreter ertvockt. Unentbehrlich schafft das klare Einsehen der Verständigern in die Gegenseitigkeit aller Einzelinteressen freiwillige oder gesetzliche Institutionen: Vereine, Gemeinden, Staaten, Staatenvereine, Völkerverträge, in welchen der Verband der wenigen Regierenden durch Recht und Gesetz, durch Verwaltung, durch gemeinsame Unterhaltung gemeinnütziger Insti-

tutionen, mit oder wider Willen der Regierten, die Privatinteressen dem Gemeininteresse eines kleineren oder größeren Ganges unterordnet und sogar stenerpflichtig macht. Wir müßten sehr weitläufig werden, wenn wir auf die Wirkung dieser Institutionen genau eingehen wollten, wir haben am Staat und an der Familie das reiche Gebiet der Betrachtungen, welche hier vorliegen, bereits näher bezeichnet.

Diese gemeinwirtschaftlichen Institutionen, welche zur Harmonie der Interessen einführen, ohne die Schärfe des Privatinteresses und die darin liegende wirtschaftliche Triebkraft aufzuheben, sind zwar alle als Keime in die gesellige Natur des Menschengeschlechtes gelegt, sie entwickeln sich aber nur allmählig, sie entwickeln sich nie zum Erfolge einer vollkommenen wirtschaftlichen Interessenharmonie, sie entwickeln sich dazu nur mehr oder weniger, je nach Umständen, sie erbüßen und verfallen.

Wie in der sittlichen Weltordnung das Böse an der Fersse des Guten hängt, so wird stets im wirtschaftlichen Gesellschaftsleben das Ideal der Wirtschaftlichkeit durch einen Schatten thatächlicher Unwirtschaftlichkeit, bald mehr bald weniger, verdunkelt sein. Gleichwohl kann die Nationalökonomie aus der nun abgeschlossenen Betrachtung des wirtschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft einen ähnlichen Trost entnehmen, wie ihn die Sittenlehre aus der Betrachtung des Guten und des Bösen in der Welt gewinnen wird: Unwirtschaftlichkeit ist um der menschlichen Freiheit willen möglich, theils unabhängig als wirtschaftliches Uebel, theils gewollt und bewußt als das wirtschaftlich Böse, aber sie wird durch die Uebermacht der bürgerliche Gesellschaft durchwaltenden Privat- und gemeinwirtschaftlichen Triebfedern der Wirtschaftlichkeit auch immer wieder und in immer höherem Grade überwunden.

Die Nationalökonomie läßt somit nicht in eine „Philosophie des Elends“ (Brousson) aus, sondern in die Kunstgebung höchster, durch großartige Organisation vertreter Harmonien auch des wirtschaftlichen Gebietes menschlicher Selbstbestimmung.

Dies ist freilich bezweifelt worden in den nationalökonomischen Lehren von der Bevölkerung, — dem letzten Gegenstande, welchem wir uns noch zugewenden haben.

IV. Bevölkerungslehre.

XL. Kapitel.

§ 232. Die Bevölkerung als Ziel und Product der Wirtschaft. Das Maß aller irdischen Dinge ist nach dem Wort eines alten Weltweisen der Mensch. Gewiß gilt dies wenigstens von demjenigen Leben, in welchem, wie in der Wirtschaft, der Mensch bewegender Ausgangs- und resultirender Zielpunkt ist.

Als Ausgangspunkt haben wir den Menschen an die Spitze gestellt (§ 7), als Zielpunkt und Product der Wirtschaft muß er den Schluß der Nationalökonomie bilden. Und zwar kann, nachdem wir die wirtschaftliche Gliederung der menschlichen Gesellschaft bis zum Gipfel der Harmonie des weltprivat- und des weltgemeinwirtschaftlichen Systems verfolgt haben, nicht das Individuum, nicht die Nation, sondern nur die Menschheit, die Bevölkerung überhaupt, in ihrer Bedingtheit durch das wirtschaftliche Gesamtleben Aller, unsere letzten Blicke fesseln.

Die möglichst starke Bevölkerung der Erde unter höchster und wirtschaftlichster Befriedigung ihrer Bedürfnisse muß und kann Ergebnis der weltwirtschaftlichen Einheit der menschlichen Gesellschaft sein, nach dem Schöpfungspruch: „Seid fruchtbar und mehret Euch.“

„In der Wirtschaft erzeugen wir uns täglich selbst,“ hat schon lange ein geistreicher Franzose bemerkt. Der Amerikaner Carey drückt dasselbe in seinem originell gedachten Buche (Grundzüge der Socialwissenschaft, 3 Bde. 1859) so aus: „Immer „größer wird die Tendenz des Stoffes, auf der Stufenleiter der Form emporzuweisen, indem er von den rohen Formen der anorganischen Welt (Minerale, Grundstoffe) durch die Pflanzen- und Thierwelt geht, und im Menschen endet.“ Auch der englische Naturforscher Darwin behauptet, daß das ganze irdische Dasein sich höheren Formen entgegenbilde, während die schwächeren Organismen im Kampf um die Existenz untergehen. Da wäre denn freilich der Mensch das kampffähigste Wesen, und die Wirtschaft wäre der Proceß, wodurch die tieferen Daseinsformen theils in den Dienst, theils in den Körper einer immer größeren Bevölkerung selbst übergehen.

Nicht weniger großartig, wenn gleich nicht in naturwissenschaftlicher Form, hat der deutsche Philosoph Krause den Menschen als „Vereinswesen“ von Geist und Natur, als den Brennpunkt bezeichnet, in welchem die Natur geistig persönlich verkört werde.

Zweck und Erfolg der Wirtschaft ist es nach profanen wie nach biblischen Stellen, eine immer größere Volkszahl in immer höherer Ent-

wicklung dem Leben dieses Planeten als Krone aufzusetzen, den Stoff in immer höhere Daseinsformen stets umfassender überzuführen.

Die menschliche Bevölkerung, wie sie leidet und lebt, ist, als eine Summe physischer und höchster geistig-sittlicher Kräfte, ein in persönliches Leben umgesetzter ökonomischer Güterwerth (§§ 173, 174).

Ihr hat sogar die Statistik zu berechnen begonnen. Nach Engel's Berechnung repräsentirt eine Millien Bevölkerung des Königreichs Sachsen im 20. Lebensjahr 1100 Millionen Thaler Erziehungskosten, während ihr unbewegliches und ihr bewegliches Gütervermögen zusammen nur einen Theil dieses Werthes ausmacht. So enorme Vermögenswerthe sind in der menschlichen Bevölkerung angehäuft!

Man mißverstehe uns wegen dieser Bemerkungen nicht. Sie sind nicht materialistisch; denn das „Vereinsleben“ (Zweinsleben) von Stoff und Geist zur Bevölkerung mittelst der Wirtschaft, die Ueberführung materieller Güter in persönliche Kräfte und sittliche Eigenschaften, die in der Bevölkerung angehäuft sind, ist ja eben die That des göttlichen Funken in uns, ist die Schöpfung der Vernunft, welche nicht allmählig aus dem Kopf des Gottlaassen in die geistige Retorte des menschlichen Gehirns überdestillirt worden ist.

Das Wirtschaften der Menschen ist selbst ein Ausfluß des vernünftigen Geisteslebens, die Nationalökonomie umfaßt ein Stück sittlichen Menschenlebens, — ein Gebiet, wo Vernunft, Berechnung, Plan, Selbstbeherrschung, Erkenntniß, Kunst, Wissenschaft Triumphe feiern.

Den volkswirtschaftlichen Fortschritt soll man nicht beklagen, sondern man soll ihn ausbreiten; nicht bloß in die unbedeckten Theile der Welt, sondern auch unter die „Wilden“ der europäischen Gesellschaft, man soll durch ihn auch die Massen der sog. Culturvölker zu Glück, Bildung und längerer Lebensdauer erheben, damit jene immer umfassendere Veranschaulichung der Materie (Carey), jenes Vereinsleben von Natur und Geist mittelst wachsender Zahl glücklich und lange lebender Menschen wahrhaftig eintrete.

Kein Zweifel ist, daß die Ermüdung eines intensio und extensio unendlich viel höheren Maßes menschlich persönlichen Daseins, als es jetzt erreicht ist, dem Wirtschaften der menschlichen Gesellschaft als Ziel und Aufgabe gestellt ist.

Dieser frohe Glaube hat nicht immer die Nationalökonomie besetzt. Vielmehr hat sich, insbesondere im Anschluß an die Lehren eines edlen und persönlich höchst achtbaren englischen Oekonomisten, — Malthus — eine sehr düstere Anschauung über die letzte Stufe der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung geltend gemacht.

Betrachten wir daher den von den Schülern des Meisters, wie so oft geschieht, extrem entwickelten „Malthusianismus“ näher; denn nicht bloß theoretiſch ist er Gegenstand eines sehr bedeutenden Theils der na-

tionalökonomischen Literatur, sondern auch praktisch hat er den radicalen Angriffen der socialen Weltverbesserer des Socialismus und Communismus zum Ausgangspunkt, und den engstirnigen Rücksichten auf die Gemeindefasse zur Demäntelung der Verärmung der Verclichungs- und Niederlassungsfreiheit dienen müssen.

§ 233. **Theorie der Malthusianer.** Von Natur mußte dem Menschen, wie allen organischen Wesen, eine große Kraft und Lust der Fortpflanzung gegeben werden, damit er den Erdbreis bevölkert erhalten könne trotz der tausendfachen Gefahren, welche, theils in der Natur, theils in den Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft liegend, seine Existenz bedrohen. Je bedrohter eine Gattung von Geschöpfen ist, je niedriger die Organisationsstufe ist, desto stärker ist die natürliche Fruchtbarkeit (Nsectenbrut, Fischlaich u. s. w.).

Der Mensch hat diesen niedrigeren Wesen gegenüber eine relativ geringe, absolut aber immer noch eine sehr große natürliche Fruchtbarkeit.

Nimmt man an, daß ein gesundes Ehepaar während der Zeit der vollen Gebärfähigkeit des Weibes (18.—42. Lebensjahr) sechs Kinder zur Reife brächte und ihre ganze Nachkommenschaft immer ebenso, so würde die Bevölkerung eines Landes in etwa 150 Jahren von einer Million auf siebenundachtzig Millionen steigen können.

Dieser physischen Möglichkeit trete nun, wird gesagt, die wirtschaftliche Unmöglichkeit entgegen, indem die Unterhaltsmittel nicht, mit steigender Volksdichtigkeit immer weniger, in demselben Umfang sich ausdehnen lassen.

Malthus wenigstens, welcher die Bevölkerungstheorie zuerst tiefer ausbildete, hat dies behauptet und das Mißverhältniß der physischen und der wirtschaftlichen Wachstumsfähigkeit der Bevölkerung so ausgedrückt: daß in höher bevölkerten Ländern die Bevölkerungszahl auf die Dauer in geometrischer, die Unterhaltsmittel nur in arithmetischer Progression zu wachsen streben. Die Malthusianer sagen:

Die Bevölkerung habe Neigung, die Schranke der Subsistenzmittel zu mißachten und sich stärker zu vermehren, als sie die Unterhaltsmittel zu steigern vermöge. Der Trieb sei mächtig und die Foknung der Verliebten stets rosig.

Alein das Naturgesetz räche den Bruch, welcher in der „Ueberbevölkerung“ liege. Es entstehen Mangel und Elend, Krankheit und Sterblichkeit, Verbrechen und Laster; Viele werden, was noch der günstigste Fall sei, sich veranlaßt sehen, aus der Heimath, welche sie nicht zu ernähren vermöge, auszuwandern. Bei einzelnen Völkern treibe das Mißverhältniß zu unnatürlichen Gitten: zur Kinderaussetzung (in Aßen sogar von Sokrates nicht angefochten, in China noch heute gezeiglich erlaubt), zur Tödtung der Kranken und Gebrechlichen, im Alterthum und heute noch bei wilden Stämmen zum Sklavenverkauf, wie jetzt in Afrika, — zu Kriegen und Raubluft, wie in Europa zur Zeit der Völkerwanderung und noch jetzt in der ewigen Selbstbefriedung der wilden Stämme, welche meist

wegen irgend einer Nahrungsquelle sich entzündet; die Menschenfresserei der Kannibalen sei ebenfalls eine Erfindung, welche hiezu zum Theil ihre wirtschaftliche Erklärung finde (Missionäre führen deshalb nicht blos die Bibel, sondern auch die Schweinepust bei den Kannibalen ein).

Die hier verzeichneten Prozesse, durch welche das Bevölkerungsgesetz die Uebertretung (Uebersättigung) räche, nennt der Malthusianer die repressiven Gegentendenzen (positive checks).

Es gebe aber auch vorbeugende Gegentendenzen (preventive checks). Sie seien theils laßhafter, theils stiller Natur.

Die Laßhaftigkeit kommt namentlich bei künftigen Völkern vor: Abtreibung der Leibesfrucht, im späteren Griechenland ganz allgemein, häufig noch heute in Gegenden mit bäuerlicher Hofwirtschaft und bei verdnörrtem geldaristokratischem Familiensinn; — Mißachtung der Weiber, den uncivilisirten und den übercivilisirten Völkern eigen; — Vielmännerei, geheime der öffentlichen Dimen, in Tibet und auf den Südseeinseln offen und gesetzlich, oder Vielweiberei (Polygamie), wodurch die von der Natur in der geschlechtlichen Gleichzahl der Geburten*) angedeutete Einehe (Monogamie) verdrängt und die Hauptquelle der Volksvermehrung verstopft werde; — die mit den Lastern verbundenen Geschlechtskrankheiten, welche die menschliche Fruchtbarkeit hemmen; — die Vergiftung auch der Ehen durch das Allgemeinwerden der Laster, unfruchtbare späte Konventionsheirathen neben Vermehrung der unehelichen Schwangerhaften, welche nach bisherigen Beobachtungen dreimal so viel todgeborene und früh sterbende Geschöpfe zur Folge haben als die ehelichen; — Vermehrung der Ehescheidungen (in der späteren römischen Kaiserzeit sah der Kirchenvater Hieronymus eine Frau ihren vierundzwanzigjährigen Mann begraben, der selbst einundzwanzig Frauen nach einander gehabt hatte) bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Kinder und des Familienfinns.

Vorbeugende Gegentendenzen, welche bei raffinirter Befriedigung des Geschlechtstriebes dennoch die Fruchtbarkeit zerören, sind allerdings des Menschen noch viel unwürdiger als die früheren repressiven Gegentendenzen.

Daber müssen die freien sittlichen Gegentendenzen durch die Einzelnen, die Sitte und das Gesetz belet werden:

Die Selbstbeherrschung in der Geschlechtsung und Kindererzeugung nebst thätiger Fürsorge, den erzeugten Kindern durch Bildung und Erbschaft einen gesicherten Unterhalt zu schaffen, soll das Gleichgewicht erhalten. Von einem deutschen Malthusianer sind selbst mechanische Verhinderungsmittel der Fortpflanzung vorgeschlagen worden. Von Anderen ist die Verhinderung der Ehescheidung für Arme, Hinaufdrückung des heirathsfähigen Alters, öffentliche Unterstützung der Auswanderung empfohlen worden.

Das ganze Gemälde stets drohender Uebersättigung erhielt durch das

*) Auf Tausend Mädchen werden überall im civilisirten Europa durchschnittlich 104—106 Knaben geboren; dieses unbedeutende Mißverhältniß, welches um so geringer zu sein scheint, je geringer die Differenz des Alters der Geschlechtsreife ist (sehr klein bei unehelichen Geburten), gleicht sich noch im Kindesalter aus.

Grundrentengesetz nach der schon zurückgewiesenen Ricardo'schen Formelirung (§ 101) ein noch düsterees Colort.

§ 234. **Kritik des Malthusianismus.** Die mathematische Formel der geometrischen und der arithmetischen Progression im Sage des Malthus ist mit Recht angegriffen worden.

Gleichwohl kann der Sinn dieser Formel, daß das physiologische Fortpflanzungsvermögen im Spielraum in Ausdehnung der Ernährungsfähigkeit überschreite, ganz richtig sein, und er ist richtig.

Zwar haben die Antimalthusianer auch dieses bestritten, namentlich diejenigen, welche in jugendlichen Colonialländern eine Vermehrung binnen 25 Jahren um mehr als das Doppelte und zwar bei wachsendem Wohlsstand der wachsenden Bevölkerung erlebt haben. Allein auf die Dauer ist dies nicht möglich.

Genau sind diejenigen Malthusianer nicht im Rechte, welche behaupten, jederzeit bleibe die Möglichkeit der Subsistenz hinter der Möglichkeit und dem wirksamen Triebe der Vermehrung zurück. So verstanden wäre der Satz des Malthus verfehlt; denn mit gesteigertem Arbeits- und Kapitalvermögen geht oft längere Zeit ein „geometrisch progressives Steigen“ auch der Bodenfruchtbarkeit (§ 240), nicht blos der Productivität der gewerblichen Erzeugung (§ 246) vor sich. Der entschiedenste neuere Gegner des Malthusianismus, Carey, hat (§ 164) besonders nachdrücklich und z. Th. originell nachgewiesen, wie mit der Bevölkerung die Afficiationskraft, mit dieser die Wirtschaftlichkeit steige, — ein Satz, der freilich auch der von Carey's überreichten Schülern in den Stand geworfenen alten Nationalökonomie keineswegs unbekannt gewesen ist. Eine Indianerfamilie lebt auf 20,000 Morgen unendlich viel fruchtbarer, als eine deutsche Bauernfamilie auf zwanzig. Wir haben schon angeführt, daß in der Union heute 30,000,000 Menschen wohnen, wo um 1560 kaum 600,000 Indianer kärglich lebten.

Die Grundrente kann steigen, ohne daß der Preis der Grundproducte sich erhöht, sofern die vermehrte landwirtschaftliche Einsicht mit geringerem Aufwand größere Erträge erzielen lernt; die Höhe der Grundrente aber steigt durch Productionskostenverminderung ebenso als durch Erhöhung des Preises der Grundproducte.

Morreau de Jonnés, ein anerkannter französischer Statistiker, hat berechnet, daß eine Arbeiterfamilie, wenn sie ausschließlich von Weizen leben wollte, jährlich 13 1/2 Hektoliter bedürfte; er fragte, wie weit reichte seit Ludwig XIV. der jährliche Durchschnittslohn, und fand: es betrug

	Durchschnittl. Jahreslohn.	Preis von 13 1/2 Hektol. Weizen.	
unter Ludwig XIV. in 72 Jahren	125 Francs	254	Defizit — 119
" Ludwig XV. "	60 "	176	" — 50
" Ludwig XVI. "	16 "	216	" — 55
" Napoleon I. "	10 "	283	Uebersch. + 117
" Ludwig Philipp 1870/71	500 "	256	" + 244

Somit stieg in den 200 Jahren 1643/1940 die Kaufkraft der Arbeitsleistung so, daß während sie ebendam nur halbe Weizenmahlung zuließ, sie jetzt ganze zuließ und noch fast doppelt so viel, als der ganze Lohn 1643 betrug, für andere und weniger notwendige Bedürfnisse freiließ, welche überdies (§. 92, 3. 5.) verhältnismäßig weit wohlfeiler zu befriedigen sind.

Aber ein dauerndes Schritthalten der ökonomischen Subsistenzfähigkeit, beziehungsweise der Carey'schen Associationswirtschaftlichkeit, mit der absoluten Zengungsfähigkeit ist doch nicht denkbar, da endlich auf der ganzen Erde buchstäblich der „Ellenbogenraum“ ausgehen würde.

Ja, schon viel früher können die Malakusanischen Befürchtungen sich verwirklichen. Lange, bevor die höchste Bevölkerung der Erde erreicht ist, können Störungen in dem harmonischen Wachstum der Bevölkerung eintreten.

Zwar sehr beruhigend — und auf lange Zeit den düsteren Hintergrund der Malthus-Ricardo'schen Theorien vercheuchend — muß die Betrachtung wirken, daß auf der Erde noch unendlich viel Raum ist, nicht bloß zu Colonisation neuer, sondern auch zu geometrisch progressiver Steigerung der Productivität „alter“ Länder. Normalerweise sollte in der That die Schranke der Volkszunahme erst da liegen, wo das mit der Zahl und mit der Bildung der Menschen zunehmende Arbeitsvermögen der Menschheit den Erdball so zur Ausbeutung gebracht haben würde, daß es nur um den Preis unverhältnismäßig steigender Anstrengungen weitere Befriedigungsmittel der Natur abzuzeigeln vermöchte. An und für sich können ja, so lange dieser höchste ökonomische Sättigungspunkt des irdischen Lebens nicht erreicht ist, die Unterhaltsmittel vermehrtes Arbeitsvermögen erzeugen, vermehrt und in Intelligenz sich feigerns des Arbeitsvermögens erzeugt immer mehr Kapitalkraft und immer mehr Unterhalt mit immer größerer Leichtigkeit, wenigstens bis zu jenem wahrscheinlich noch sehr weit hinausjüdenden Höhepunkte der Entwicklung, auf welchem man angekommen sein muß, bevor die Natur den wachsenden weitem Ansprüchen der Menschen ihre Hand mit unerbittlicher Kargheit verschließt.

Alein dieser normale Proceß entspricht nicht immer der wirklichen Entwicklung; denn

1) entwickeln die Menschen bei proletarischer Steigerung ihrer Zahl nicht auch jenen höheren Grad des Arbeitsvermögens, welcher dem natürlichen Entwicklungsgezeß entspricht: Volksverdünnung, Volksverhierung, wogegen nicht Eheverbote oder gar mechanisch-physiologische *) Hemmnisse der Volksvermehrung, sondern sittliche und geistige Verebelung die wahren Heilmittel sind;

*) London, »Solution du probleme de la population et de la subsistance« rüth, jeder Mutter durch den Staat die Verpflegung aufzuerlegen, jedes

2) setzt sich nicht alles Gütervermögen durch den Consum in erhöhtes Arbeitsvermögen und nicht alles erhöhte Arbeitsvermögen in erhöhtes und erneuertes Gütervermögen um:

Unsinntiger Lurus, übermäßig genossene Getränke und Narcotika, welche die nationale Arbeitskraft mehr vergiften als erhöhen;

die Ausbeutung der productiven Klassen durch zehrende Stände, welche mit Gewalt oder mittelst Kreditclaverei den arbeitenden Theil ausbeuten, welche consumiren, ohne das Consumirte durch vernünftigen Genuß in erhöhtes Arbeitsvermögen umzuzeigen und ohne ihr Arbeitsvermögen durch Fleiß in neues Gütervermögen zu verwandeln (fruges consumere nati);

die in Hofsahrt und Faulheit versunkenen Weiber bis tief herab in die Mittellassen!

Solche Hemmnisse einer gesunden Volksvermehrung sind nicht durch Lurusverbote, nicht durch die Aefse der alten Väter oder der modernen Nützlichkeitsegeze zu beseitigen; denn nicht die Bedürfnislosigkeit des absoluten Existenzminimums, sondern die Gestaltung einer steigenden Consumption zur höchsten Entwicklung des productiven Arbeitsvermögens und die Zertrümmerung ausdauernden Klassen durch wahre bürgerliche Freiheit, giebt den Spielraum des Lebensunterhaltes für die fortschreitende Bevölkerung.

3) Das Kapitalvermögen wie das sittlich geistige Arbeitsvermögen einer Nation können ebenso durch außerordentliche Ereignisse, elementare und sociale (Krieg, Unruhen, verfinstern und ausdauernden kirchlich politischen Despotismus), wie durch schleichende Krankheiten (Zerrüttung der sittlichen Zucht, Verfall des Familienlebens) zurückgehen. Ohne Volkszunahme ist dann relative Ueberbevölkerung vorhanden, auch wenn die menschliche Productivkraft noch lange nicht den absoluten Höhepunkt erreicht hat.

4) Der dritte Productivfactor, die Natur, ist est noch in reichem Maße vorhanden, kann aber selbst von einer hohen Arbeits- und Kapitalkraft eines Volkes nicht erreicht werden: Schwierigkeiten der Auswanderung, Mangel an Freizügigkeit, üble öffentliche Zustände natürlich reicher Länder.

In der That Störungen im normalen Gang der qualitativen und quantitativen Steigerung der Bevölkerung an Zahl, Alter und persönlicher Entwicklung sind zahlreich möglich, noch lange bevor die einzige absolute Schranke, der von höchster Kapital- und Arbeitskraft nicht mehr aufzuhaltenbe Niedergang der Ergiebigkeit des natürlichen Productivfactors, — erreicht ist.

ihrer Kinder 8 Jahre selbst zu stillen, um dadurch die neue Empfängnis zu verzögern. — Der deutsche Arzt Weinhold ging mit seiner „Insulations-theorie“ noch weiter.

Hienach ist dem Grundgedanken des Malthusianismus in zweierlei Beziehung Wahrheit nicht abzuspochen,

erstens: Eine dauernde Steigerung der ökonomischen Subsistenzfähigkeit im Maße der möglichen Wirkungen des physiologischen Fortpflanzungsvermögens ist undenkbar,

zweitens: noch lange, bevor der absolute Höhepunkt der Bevölkerung der Erde erreicht ist, können zwischen der ökonomischen Subsistenz und der Wirksamkeit des natürlichen Fortpflanzungsvermögens Gleichgewichtsförderung eintreten.

Könnte aber deshalb die Nationalökonomie notwendig in eine „Philosophie des Glendes“ aus? Mit nichten; denn man braucht aus der größeren physiologischen Vermehrungsfähigkeit nicht die Nothwendigkeit ökonomischen Glendes abzuleiten, so sehr die Möglichkeit des letzteren zugeben und nur zu häufig Wirklichkeit geworden ist. Selbst die unlängbare Thatsache, welche neuerdings der Engländer Darwin in ausdrücklichem Anschluß an die Lehre des Malthus betont hat — daß nicht die schwächeren Individuen die Nachwelt erzeugen, ist an sich nicht der Ausdruck einer grausamen, sondern einer gütigen Weltordnung.

Die Bevölkerung ist, wie der einzelne Mensch, in ihrer Entwicklung ein Product zweier Factoren:

eines natürlichen, welcher als die persönliche physiologische Fortpflanzungsfähigkeit auftritt und auf die Schranken der äußeren Natur beruht,

und eines sittlich-persönlichen, welcher einmal negativ den Drang des natürlichen menschlichen Vermehrungsvermögens zu beherrschen und positiv der äußeren Natur durch die Wirtschaft den möglichst großen Spielraum für begünstigende Wirkung des natürlichen Vermehrungsvermögens zu erschließen hat.

Daß das natürliche Fortpflanzungsvermögen stärker wirken könnte, als das ökonomische Vermögen ihm nachzugeben vermag, ist nicht schon eine Disharmonie, sondern begründet nur die Möglichkeit, nicht die Nothwendigkeit einer sich immer wiederholenden und einer letzten andauernden Verarmung.

Vielmehr ist die Stärke des physiologischen Fortpflanzungsvermögens selbst eine Wohlthat, sobald der sittliche freie Factor der Volksermehrung die Wirkungen des natürlichen in den angemessenen Schranken zu erhalten vermag; denn es zeigt sich dann lediglich der Fortbestand und die Vermehrungsfähigkeit der Menschen von der physischen Seite gesichert, und die Bevölkerung selbst in ihrem jezeitigen Bestande erscheint eben wie alles Menschliche, als Ergebnis des Kampfes und Gegeneinanderwirkens sinnlich natürlicher und sittlich freier Kräfte.

A) In physischer Hinsicht hat der Schöpfungsplan dafür gesorgt, daß stets keine genug und beste Nahrung da seien, wenn die ökonomische Entwicklung der Menschheit ihre Zeitigung gefahrte, nicht aber

liegt eine Grausamkeit darin, daß nicht alle wirklich zur Entwidlung gelangen können.

Die zur Entwidlung Gelangenden können auch, wenn sie schwach sind, gehet und gepflegt werden, die Familie, die gemeinwirtschaftlichen Organisationen (§ 157) insbesondere sorgen dafür. Daß der Stamm der kräftigeren Individuen den der schwächeren übermächtig, ist eine Wohlthat.

B) Der sittlich freie Factor, welcher als Ägel des natürlichen im Gange der Bevölkerungsentwicklung zu wirken hat — läßt sich wirklich bis zu der Stärke entwickeln, um das physische Fortpflanzungsvermögen in den angemessenen Schranken zu halten. Die Harmonie der Bevölkerungsbewegung wird hiedurch das Product der menschlichen Gestaltung selbst. Dies ist das kräftige Kern Wahrheit in der Malthusianischen Theorie von den freien sittlichen Gegentendenzen gegen Ueberbevölkerung.

Vielleicht wirkt, wie neuerdings Carey vermuthet und an der geringen Nachkommenschaft der amerikanischen Präsidenten begründet hat, das nervös erregtere Leben einer gestügten und vergeistigten Cultur auch physiologisch der Fortpflanzung entgegen.

Es würde so selbst der physische Factor dem sittlichen sich im Laufe der Weiterentwicklung uneben.

Jedenfalls kann der freie sittliche Factor des thierischen Triebes Herr bleiben.

Merkwürdiger Weise bleibt er es hauptsächlich durch die objective Macht freier Einflüsse der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, nicht so sehr durch die rein subjective Beherrschung des Zeugungstriebes, auch nicht durch eine Veredlung der einzelnen Fortpflanzungsacte, wobei die erotisch romantische Seite des menschlichen Lebens auf das Niveau der rationalen Thierzucht herabsiegt.

Die physisch, geistig und ökonomisch richtige Paarung der Menschen soll zwar einer rationalen Behandlung nicht entzogen sein, allein selbst sie bleibt weit mehr Gegenstand objectiver Einflüsse der Familie, der Sitt, und z. Th. der Gese, als der bewußten subjectiven Beherrschung der Einzelnen.

Das Individuum zeigt sich gerade in der Bevölkerungslehre in sehr ausgeprägter Weise als gesellschaftliches Wesen, theils indem es bei seinem Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung durch Sitt, durch Familie, durch Standesaufnahme und durch die in Gesegebung und Verwaltung herrschende Bevölkerungspolitik beherrscht wird, theils indem es von dem jezeitigen Ergebnis der privatwirtschaftlichen Gesamtbewegung der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt ist (wenig Geldrathen und Einkünfte, aber viele Todesfälle in Jahren hoher Lebensmittelpreise und schmalen Einkommen).

Da die letztere Seite, der Einfluß der tauschwirtschaftlichen Gesamtbewegung, in § 235 bezeichnet ist, treten wir der Betrachtung des gemeinwirtschaftlichen Systems der menschlichen Gesellschaft näher, soferne

es eine dem ökonomischen Spielraum parallel gehende Volkszunahme verleiht und das Gleichgewicht zwischen Volkszahl und Volkswohlstand ohne repressive Salamitäten und ohne präventive Unfruchtlichkeiten zu erhalten pflegt.

Sitte und Familie.

Unter allen günstigen Einflüssen gemeinwirtschaftlicher Art steht hiebei, wie schon betont ist, die Gestaltung des Familienlebens und der Wohnverhältnisse wohl oben an; denn ein normales Familienleben nöthigt zur Vorsicht und vorgerihten Ausstattung, ehe in die Ehe getreten wird, führt zu guter Erziehung, ehe die Strossen auf eigenen Erwerb angewiesen werden, und macht selbst das Elstib, wo die Ehe nicht möglich, erträglich. Fast Alles, was hierüber in § 197 gesagt ist, findet auf die gegenwärtige Frage Anwendung.

Es liegt und zwar glücklicher Weise —, weit weniger in dem subjectiven Belieben der Einzelnen, als in der Macht der allgemeinen Sitte, als in den Familien- und den Standesanschauungen, einen anti-ökonomischen proletarischen Vermehrungsgang der Bevölkerung hintanzuhalten. Die wohlhabenderen Familien, die höher cultivirten Völker zeigen es, daß auch ohne unsittliches Raffenment in Abwendung der Folgen des Gefährdungsganges und ohne den gräßlichen Durchgang durch Seuchen, Hungersterben und durch vermehrte Mortalität vermehrter Geburten, der Nahrungsspielraum und die wirkliche Volkszunahme im Gleichgewicht bleiben, ja daß eher die letztere zeitweilig zurückbleiben kann.

Die Verklärung des Familienlebens durch reine wirtschaftliche Gesittung verbürgt die wohlthätigste Art des Volkswachstums; sie lehrt Selbstbeherrschung bei Schließung der Ehe, verbürgt, so lange sie noch nicht in Lurus übergeht, die größte Productivität der Wirtschaft, das starke Streben, die Kinder mit productiven Eigenschaften auszuklatten, erhöht einen von der unsittlichen „Frauen- und Männer-Emancipation“ ferngehaltenen reinen Familieninn, verschleudert so die lasterhafte Gegenbenennung der Bevölkerungsvermehrung und verbindet das für den Staat so verhängnisvolle Wirken der genannten repressiven Gegenbenennungen und ihres Glendes. Ihre rasche Verbreitung durch alle Stände ist daher die erste Aufgabe aller Derjenigen, welche eine wohlthätige Volksvermehrung anstreben und eine proletarische verhindern wollen. Daher haben auch die Volkswirthe von jeher als das beste Mittel der Hebung der arbeitenden Klassen die Steigerung ihres Bedürfnisses nach wirtschaftlicher Gesittung bezeichnet, zumal dieselbe Nothwendigkeit für die Zeit außerordentlicher Krisen annehmlich.

Diese Bedeutung eines veredelten Familienlebens und der in ihm erblühenden wirtschaftlichen Gesittung, für eine günstige Bewegung der Bevölkerung, für den Staat, für alle Stände wie für die Einzelnen, — ergänzt das schon gezeichnete Bild der wichtigen ökonomischen Aufgabe der Familie. In ihr als der Wiege aller Menschen walten naturgemäß die Gesetze harmonischer Bewegung der Bevölkerung.

Bevölkerungspolitik.

Allein auch andere Formen der Gemeinwirtschaft: Kirche, Schule, Vereine, Staat haben durch Bildung des Volkes, durch Erweckung edlerer Bedürfnisse einen großen Einfluß gegen jene thierisch-proletarische Lebensauffassung, welche in sorgloser Hingabe an den Fortpflanzungstrieb die höchste Lebenslust findet.

Der Staat hat durch Begrenzung der Schranken des Erwerbes wie durch Hebung des Arbeitsvermögens von der Schule und der Wissenschaft aus, mächtige Mittel in der Hand, um vielen verstellten Nahrungsspielraum zu öffnen und in der Hebung des Arbeitsvermögens des Volkes neue reiche Nahrungsquellen zu erschließen.

Dagegen alle jene zahlreichen äußerlichen Maßregeln, von den so erfolglosen als gewaltthätigen und Concubinat fördernden gesetzlichen Heirathsbeschränkungen bis umgekehrt zu den früheren Vagabundsteuern und Colbert'schen Kinderprämien, vermögen eine gesunde Bewegung der Bevölkerung nicht zu verbürgen, wenn der in der wirtschaftlichen Gesittung verbürgte Geist der Vorsicht fehlt.

Auswanderungsbeförderung aus Staatsmitteln kann nur als Radikalkur bei einzelnen verzwieselten pauperistischen Zuständen angewendet werden, so daß die unheilbar arme Bevölkerung auf einmal fortgeschafft wird. In allen anderen Fällen hieße es für die entnationalisierende Ausföhrung nationaler Arbeitskräfte und Kapitalien eine Prämie aus dem Beutel der nationalbleibenden Unterthanen aussetzen, wenn der Staat anders als durch Rücksicht auf der Reise der Auswanderung Vorshub leisten wollte. Die durch die Auswanderung geriffene Lücke wächst nämlich meist mit neuer Bevölkerung zu, so daß doppelte Erziehungskosten getragen werden müssen.

Wohl aber ist die freie Auswanderung der Arbeits- und Kapitalkräfte, — befördert durch den regeren weltprivat- und weltstaatlichen Verkehr, durch wohlfeilern Transport und raschere Communication, durch das hienit vor sich gehende Nahrungskrisen, durch die fernsten Länder, durch die größere Bildung, welche den Schreden der Ferne zerstreut, durch die Milderung der Nationalitäten — ein Hauptabzugsmittel etwaiger Ueberbevölkerung, und wird vielleicht einst ein Hauptergänzungsmittel nach etwaigen Entvölkerungen sein.

Ueberbevölkerung konnte bis jetzt nur local vorhanden sein; ihre Uebelstände steigerten sich aber durch die Schwierigkeit der Menschenübertragung in anderweitig offenen Nahrungsspielraum. Heute ist diese Ausgleichung durch die erwähnten Umstände, welche die freie Auswanderung förderten, schon sehr viel leichter gemacht. Bis einst die ganze Erde unter die Bevölkerungen vertheilt sein wird, mag die internationale Ausgleichung der Bevölkerungsüberschüsse nochmals eine sehr viel leichtere geworden sein.

Auf weltwirtschaftlichem Standpunkt insbesondere verliert also der Malthusianismus seine Schreden, sowohl bezüglich einer einseitigen Ueber-

völkerung auf dem letzten Höhepunkt menschlicher Cultur, als bezüglich der Ueberbevölkerungen, soweit sie geschichtliche Entwicklungskrankheiten sind. Diese lassen sich vermeiden.

§ 235. Die Bevölkerung nicht bloß von dem wirtschaftlichen Leben bedingt. Uebrigens ist die Frage der Volkszunahme und Volksabnahme und der Entvölkerung nicht lediglich, ja nicht einmal hauptsächlich eine ökonomische. Unsere Betrachtungen fesselt im vorigen § haben uns bereits über den ökonomischen Standpunkt hinausgeführt.

Zwar folgt die Volkszahl der Ausdehnung und Zusammenziehung des Nahrungsspielraums nach. Unwidersprechliche statistische Belege sind hiervon vorhanden. Gute Ernten vermehren regelmäßig die Zahl der Eheschließungen und Geburten; die dem Hungerjahr 1817 entsprechenden Militär-Conscriptionssklassen ergaben an vielen Orten einen Mannschaftsausfall von 25 Procent; Irlands Bevölkerung stieg von 1750 (kurz vor Einführung des Kartoffelbaues) bis 1810 von zwei auf sechs Millionen, bis 1846 auf nahezu neun Millionen, um in Folge der Kartoffelseuche wieder auf fast sechs Millionen herabzusinken; dem Revolutionsjahr 1848, in dessen erster Hälfte Viele das goldene Zeitalter angebrochen glaubten, entsprach eine außerordentlich große Geburtenzahl im ersten Halbjahr 1849. Die Sterblichkeit war im Jahr 1817 an vielen Orten doppelt so stark als im Jahre 1820.

Alein wenn das Familienleben ein gesundes ist, eine ächt menschliche Lebensauffassung Kraft und Ueberfluß der Reichen der sittlichen und ökonomischen Erhebung der Armen zuwendet, die Volksgefitung allgemein und edler wird, die Fürsorge für die Zukunft sich ausbreitet, Zerfall der guten Sitten abgewendet, der Gang zu Sinnlichkeit und rein materieller Lebensweise sittlich überwunden wird, die Staatswirtschaft den vollen inneren Nahrungsspielraum erschließt und nach und von außen bei humanem Völkerverhältnisse und bei leichtem Verkehr Bevölkerungsausgleichungen stattfinden können, so wird das Bevölkerungs-Gleichgewicht sich erhalten und der mit den höchsten sinnlichen und gemüthlichen Anreizen umgebene Drang der Volksvermehrung — weit entfernt, die physiologische Zunahmemöglichkeit zu erschöpfen — wird sich nur so weit und in so weit höchst wohlthätig geltend machen, um der Entfaltung menschheitlichen Lebens auf diesem Planeten fortschreitend größeren Umfang zu geben, um einem dauernden Rückgang der Bevölkerung durch die Sinnlichkeit einzelner Generationen und Individuen, oder durch außerordentliche geschichtliche Vernichtungen von Menschen in Krieg und Seuchen, feste Schranken zu setzen, endlich um der Wirtschaftlichkeit im Haushalt unseres Geschlechtes immer höhern Antrieß zur Deckung steigenden Bedarfes zu geben.

So gipfelt auch die Bevölkerungsfrage auf dem letzten höchsten Standpunkt nationalökonomischer Betrachtung in das Gebiet der allgemeinen Gefitung der Menschen hinein. Sie dahin zu verfolgen ist ebenso wenig die Aufgabe der Nationalökonomie, als es am Schluß der ersten Hälfte

dieses Buches (§ 173) unsere Aufgabe sein konnte, den Effect der Consumtion für das persönliche Gesamtleben des Menschen zu verfolgen.

Die wirtschaftliche Gesellschaftswissenschaft hatte hier nur noch den Punkt des Zusammenhanges des privat- und des gemeinwirtschaftlichen Systemes, als ihres Theilobjektes der menschlichen Cultur, mit dem allgemeinen Gehalte der letzteren, mit dem ganzen Zustande der Bevölkerung zu bezeichnen.

Wir können hienach die Darstellung des Gesamtsystems menschlicher Wirtschaft im festen Glauben an die höchste Harmonie der Gesetze, die in der Wirtschaft der menschlichen Gesellschaft walten, im Glauben an die auch aus großen Rückfällen sich immer wieder erhebende, fortschreitende Verwirklichung dieser Harmonie durch die sittliche Freiheit des Menschengeschlechtes, — schließen.

Anhang.

V. Zur Nationalökonomie der einzelnen Haupt- erwerbszweige.

1) Die Urproduktion.

§ 236. **Im Allgemeinen.** Die Erzeugung ist zuerst vorwiegend Urproduktion, Occupation der Naturgaben: Jägerei, Fischei, Weid- und Viehwirtschaft (Nomadenleben), Waldwirtschaft, Landwirtschaft, Bergbau. Vermöge der allmählichen wirtschaftsge- schichtlichen Veränderung im Verhältnis der drei Productiv- factoren vollzieht sich in allen diesen Zweigen der in § 22 erklärte Fortschritt von extensivem zu intensivem Betrieb. Zuerst ist jener, dann wird dieser nach gegebenen Verhältnissen der wirtschaftlicheren. Zuerst bloßes Aelßen und Ergreifen der elementaren Befriedigungsmittel, schreiten diese Erwerbszweige bei steigendem Arbeits- und Kapitalver- mögen zur höchsten Industrie empor: künstliche Baumzucht (gegenüber der russischen Pelschgegewinnung durch Holzverbrennung!), künstliche Fische- zucht, holländische Mähd- und Käsewirtschaft, rationelle Forstwirtschaft, Montanindustrie (höherer Bergbau), rationelle Landwirtschaft.

Auch beim Fortschritt zur höchsten Intensivität des Betriebes bleibt doch die Stoff- oder Urproduktion mehr als jede andere Wertproduktion vom natürlichen Factor der Production beherrscht.

Sie hat am meisten unbewegliches fixes Kapital und hiennach die längstandaurenden Kreditverhältnisse.

Sie widerstrebt der örtlichen Concentration, welche den stoffver- edelnden Industrien und dem Handel eigen ist und erhält so die Arbeiter mit der Natur in Berührung.

Sie widerstrebt ebenso der zeitlichen Concentration und daher auch unruhiger und fortgesetzter Ueberarbeitung, wie sie in Fabriken und in der Dienstleistungsproduktion leicht eintritt. Vertheilte Einseitigkeit der Arbeitsteilung ist hier kaum denkbar.

So geben die Erwerbszweige der Urproduktion nicht bloß die unterste stoffliche Grundlage des wirtschaftlichen Volkslebens, sondern bewahren diesem auch das Gleichgewicht durch Aufrechterhaltung mittlerer, natürlich gesunder, wenn auch bescheidener Erzielen. Sie geben nicht bloß die Gütererzeugnisse, sondern erhalten dem Volkeleben auch jenen

soliden menschlichen Rohstoff, aus welchem die städtische Bevölkerung sich nach Feststellungen der neueren Bevölkerungsstatistik fortwährend ergänzen zu müssen scheint, und aus welchem sich ein Volk gegen Ueberceitilung und Verfall immer wieder aufrichtet, militärisch, politisch und moralisch verjüngt. Dem Nationalökonom, dem Staatsmann und Moralisten gelten die stoffschaffenden Stände sehr viel, sie sind die Festengrundlage der Gesellschaft, der Nothgeber und Ballast des Staatschiffes.

§ 237. **Forstwirtschaft.** Sie ist verhältnismäßig einfach zu be- treiben. Sie erfordert wenig bewegliches Kapital und geringen Arbeits- aufwand, — am meisten für den Schutz und die Verwahrung. Sie legt aber zu ihrem vorteilhaften Betrieb wohlfeile Transportmittel (nament- lich auch Flüsse) voraus.

Sie eignet sich für große Vermögen, denen kein energisches und mit- telbares Arbeitsvermögen entspricht, so daß sie durch Beamte „ver- waltet“ lassen müssen, — für den Staat (Fiskus), Corporationen (Besitz der „toten Hand“), Gemeinden, Stiftungen, Meeßungsküter.

Freilich kann die Commassation großer Forstgründe in diesen „toten Händen“ als künstliche Hinhaltung höherer Cultur fähigen Bodens auf der ersten Stufe des Forstbetriebes volkswirtschaftlich sehr schädlich werden (vergl. § 103).

Namentlich auch der Umstand, daß Holzgewächse erst in einem ziemlich späten Alter (30 Jahre bei Niederwald, 70—120 und 160 Jahre bei Hochwald) geerntet werden können, ist der Grund, weshalb Einzelne und Kleinbegüterte die Forstwirtschaft nicht unternehmen. Der Holzgewachs erfordert als Productivmittel eine große stehende Holzmenge, an welcher er sich erzeugt, er erfordert wie man sagt: ein großes Holzkapital.

Je höher man die Bäume reifen, vom Niederwald in den Mittel- wald und in den Hochwald gelangen läßt, desto größer wird der jährliche Gesamtwachstums auf derselben Bodenfläche, desto weniger Wald- fläche genügt daher, das gegebene Holzbedürfnis zu befriedigen. Hoch- waldbetrieb, wie ihn nur große Vermögen, der Staat hauptsächlich, führen, wird daher „volkswirtschaftlich“ von Vielen für nützlicher erklärt, obwohl dies nur ausdrücken kann, daß der hohe Umtrieb auf derselben Fläche mehr Producte erzeuge; denn auch die frühere Verzebrung des Jung- holzes wirkt in ihren wirtschaftlichen Folgen fort und die daraus ent- standenen und sich fortpflanzenden Kräfte wirken in der Zwischenzeit vielleicht mehr volkswirtschaftlichen Nutzen, als wenn das Holz stehen geblieben wäre.

Doch wird letzteres nur für Kleinwirthre der Fall sein, welchen die vermehrte Arbeit des kurzen Umtriebes weniger theuer zu stehen kommt und welche insgemein aus allen kleineren Vermögen durch Arbeitslosigkeit höhere Procente ziehen; nicht so für die genannten großen Waldbesitzer, welche einfache Verwahrung und möglichst wenig Arbeitswirtschaft vor- theilhafter finden müssen. Für kleine Wirthre kann der kurze, für große

der lange Waldumtrieb vorteilhafter, auch volkswirtschaftlich kann im ersten Fall der kurze Umtrieb der wünschenswertere sein.

Bei steigender Kultur wird der Waldboden beschränkt und auf den sog. absoluten Waldboden, Berge u. s. w. zurückgedrängt. Doch hängt es bei der Allgemeinheit des localen Holzbedürfnisses nur von den Transportpreisen und von dem Verhältnis der Brennmaterialsurrogate ab, ob Waldböden auch auf cerealischen Culturflächen sich erhält.

So lange Ueberfluß an natürlichem Wald da und der Transport schwierig ist, geschieht die Verwertung in transportablerer Güterform: als Poststoffe, Harz, als Mittel der Ergruppierung auf Hüttenwerken, die in die Waldgegenden verlegt werden (vielleicht der ökonomische Ursprung der Staats- und der fürstlichen Hüttenwerke). Bei einsinkendem Wald, besseren Transportmitteln, großem Werkholbedarf steigt die Forstwirtschaft von der Brennholzerzeugung zur intensiveren Wirtschaft vorwiegend auf Nutzholz auf, welches als Langholz und Schnittwaare weit hin abgesetzt wird. Schneidemühlen entstehen zerstreut in den Waldgegenden. Holzverarbeitende Kunstgewerbe: Schnitzerei, Orbspinnmachelei u. s. w. gewinnen ebenfalls Verbreitung zu Ernährung einer wachsenden Bevölkerung.

Ein hinlänglicher Waldbestand ist klimatisch notwendig, da der Wald die Feuchtigkeit ansammelt, den scharfen Temperaturschwiel — allerdings erkältend — mildert, und Ueberflüssen abmildert: der Blätterbestand ist wie ein Schwamm, welcher den Ueberfluß einsaugt, um ihn erst allmählig verdunsten zu lassen. Wald dient als Schutz gegen Lawinen, gegen Stürze durch Windfang. Doch wird diesen allgemeinen Gesichtspunkten oft eine viel zu unbedingte Geltung von den volkswirtschaftlichen Romantikern des Waldes, den Ausredungsgegnern und den Bureaucraten der Staatsforstwirtschaft beigelegt (vergl. § 202).

§ 238. **Der Bergbau** — erfordert große stehende (§ 18) Kapitalanlagen, ist sehr vom Glücke abhängig, die Vergente ist schwer zu berechnen und unsitz; bei früher Erschöpfung der Gruben muß ein großes stehendes Kapital im Stich gelassen werden. Die Reichhaltigkeit der Mineralische ist schwer zu erörtern, um so leichter jedoch, je höher die Geologie fortschreitet; die Wissenschaft dient auch hier als Mutter der wirtschaftlichen Sicherheit.

Der Bergbau hat Vieles mit der Manufacturindustrie, Vieles mit dem Ackerbau gemein, — mit jener eine hohe Technik, mit diesem die Abhängigkeit von zufälliger Ausbeute.

Letztere Zufälligkeit trifft weniger bei Kohle und Eisen, als bei Kupfer, Zinn, Edelmetallen zu. Der Abbau letzterer Mineralien hat zwar besonderen Reiz, wie jeder mit dem Zufall ringende Erwerb, wie Jagd und Fischerei.

Der Bergbau bedarf so eine Organisation, welche Störungen aus dem Wechsel guter und schlechter Ausbeuten zu überwinden vermag; er verlangt entbehrungsfähige, durch Versorgungsstellen solidarisch gesicherte Arbeiter (Knappheitsklassen), — reiche Bergherren, wie in England der

Grundadel oder in Deutschland die Domänenälteste, welche in schlechten Zeiten die Vergabgaben nachlassen, stunden oder in einem Abonnement für längere Zeit fixiren, — Unternehmer, welche ein großes, oft erst während Generationen auszunützendes Kapital an den Bergbau wagen und im Wege der Testamentenfreiheit bei denselben zusammenzuhalten vermögen, oder Unternehmungsgesellschaften, welche eine solidarische erbliche Umgeit mit Zubugverpflichtung und Risikoverteilung darstellen *). Die Aktiengesellschaft leistet in Frankreich auf diesem Gebiete nicht, was in England die Industrie großer beizammen erhältener, die Concurrenz von Aktiengesellschaften in Bergbau und Metallurgie fast ganz, niedrigeren der Familienvermögen leistet.

Gewagt wird mit den Anteilscheinen an Bergwerksunternehmungen viel; Theilnehmung an denselben ist daher für das kleine Vermögen nicht rathlich.

Die große Bedeutung der Bergindustrie für die Volkswirtschaft ist bekannt. „Kohle und Eisen haben England zu dem gemacht, was es ist“ (Franklin).

Auch aus dem Gesichtspunkt der Weltökonomie ist der Bergbau, sammt der ganzen an ihn sich anlehnenden Industrie, eigenthümlich durch allmähliche Erschöpfung des natürlichen Productivfactors. Die Production von Vegetabilien und Thieren fällt sich durch eine rationelle Landwirtschaft an jedem Orte aufrecht erhalten, der Mineralreichtum erschöpft sich ohne Wiederersatz mit jedem Jahre mehr. Für die lebende Generation mag diese Erschöpfung unmerklich sein, für die nationalwirtschaftliche Entwicklung auf Jahrhunderte kann sie zu ungeheuren Umwälzungen führen. Nichts ist in dieser Hinsicht so interessant, als die neueste Literatur der Engländer (Jevons, Armstrong u. A.) über die Gefahr einer baldigen Erschöpfung ihrer Kohlenlager. England ist über die Nachhaltigkeit seines Kohlenreichtums seit einiger Zeit beunruhigt. Jevons rechnet in seinem Buch (Coal question, 1865), daß Großbritannien bis auf 4000' Tiefe noch 80000 Mill. Tonnen Kohle besitzt. Es verbraucht jährlich (1860) zwar nur 80 Mill. Tonnen, allein der Verbrauch nimmt gegenwärtig jährlich um 3 1/2 % zu. Würde diese Zunahme so anwachsen, so wäre schon 1965 der Vorrath erschöpft. Armstrong ging in einer öffentlichen Rundgebung von der Annahme aus, daß die Zunahme im Kohlenverbrauch 1853—1860 2 1/2 % betragen habe und der englische Kohlenreichtum 212 J. ausreichen werde. Wird im Laufe der nächsten 200 J. keine neue epochemachende Erfindung in der Wärmebenützung gemacht — Einige denken an die Verwertung des Mayer'schen Gesetzes vom Wärmeäquivalent der mechanischen Bewegung —

*) Eigenthümlich den alten Berggesellschaften (Gewerkschaften) war die rechtliche Verpflichtung für jeden Inhaber eines Anteils (Cur), im Nothfall besondere Zuschüsse (Zubusse) zu leisten, was der Unsicherheit dieses Erwerbszweiges, zumal bei der früheren Schwierigkeit des Kreditweises, angemessen erscheint.

so würde die Erschöpfung der englischen Kohlenlager mächtige Verpflanzungen in der Weltindustrie in Aussicht stellen.

Freilich kann unter keinen Umständen die völlige Erschöpfung der englischen Kohlenlager in 100 oder 200 Jahren eintreten, weil mit der Annäherung an die Erschöpfung und mit der Vertiefung der Bergwerke der Preis der Kohle zunehmen, die Verbrauchssteigerung abnehmen mußte. Allein Englands Entwicklung wäre wenigstens sehr aufgehalten, die englische Production zur Kostenersparnis verurtheilt; denn auch Versorgung von außen wäre theuer. Mit Reich wird daher jetzt von den Engländern auf den Kohlenreichtum der Verein. Staaten, Oesterreichs und Rußlands geblickt. Den Verein. Staaten scheint auch darin die Zukunft gesichert: sie haben 196000 engl. □ Meilen Kohlenfelder, England nur 5400 (Econ. 6. Jan. 1866).

2) Landwirtschaft.

§ 239. Ihre Elemente. Das besondere Kapital der Landwirtschaft sind der Boden durch die Summe der für die Erzeugung benutzten Pflanzen wirkenden Naturkräfte und das Vieh, welches die Maschine ist, um vegetabilische Substanzen in Fleisch, Fett, Milch, Häute zu verwandeln und in den Excrementen dem Boden wieder die mineralischen und Stickstoff-Bestandtheile zuzuführen, deren er für Hervorbringung fleischbildender Vegetabilien bedarf.

Die Mineralien, die für die Nahrungspflanzen besonders wichtig sind, an denen der Boden aber von Natur nicht reich ist, sind hauptsächlich die phosphorfauren Salze (sehr reichlich im Guano, in Knochen u. f. w.).

Zur Hervorbringung fleischbildender Nahrungspflanzen sind hauptsächlich Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff erforderlich, erstere sind im Wasser und der Atmosphäre reichlich vorhanden; der Kohlenstoff wird durch Blatt und Wurzel in Form der Kohlenäure aus verwesenen Holzbestandtheilen (Humus) und aus der Ausathmung der Thierwelt eingelesen, welche den eingeathmeten Sauerstoff der Luft in der Lunge (dem Feuer- und Wärmeherd des Thieres) in Kohlenäure wandelt und wieder ausathmet, während die Vegetation Kohlenäure einathmet, Kohle speichert, und Sauerstoff ausathmet. Das Thier- und das Pflanzenleben stehen so in einem einfachen aber nur so wunderbaren Wechselverhältniß, jedes dem anderen die Lebensluft bereitend.

Die fleischbildenden Bestandtheile der Nahrungspflanzen bedürfen Stickstoff. Stickstoff ist nun zwar zu 80% in der Luft vorhanden, aber nicht in solcher Gestalt, daß ihn die Pflanze daraus aufnehmen könnte. In der der Pflanze genießbaren Form (als Ammoniak u. f. f.) giebt ihn hauptsächlich die Thierwelt im Urin und Auswurf. Als Dünger wird er der Pflanze zugeführt.

Werth hat für den Landwirth nur die beschränkt vorhandene Pflanzen-

nahrung: die seltenen Mineralsalze und der Stickstoff, obwohl Sauerstoff und Kohlenäure genöthig ebenso nützlich sind. Um jene bewegt sich daher in der Production der Gedanke des Landwirths, während er für die andere Pflanzentest nur gleichsam das Bestreben zu geben und den Tisch zu decken hat (im schwammigen Humus z. B., welcher Wärme und Feuchtigkeit auszieht, in der Lockerung der Ackerkrume, in den Wasserungsanlagen für schlammführende Flüsse).

Ob die Zuführung der Mineralsalze (Phosphor-, Kali- u. Salze) oder der genießbaren Stickstoffverbindungen notwendiger, jene oder diese vortheilhafter seien, darüber ist unter den Landwirthern und Chemikern, hauptsächlich den deutschen, der sog. Streit der „Mineralsalzer“ und der „Sticksticker“ entstanden. (Kiebig, Stickschacht, Wolff u. A.)

§ 240. Die landwirthschaftlichen Systeme *). Die Boden- und Viehwirtschaft ist zuerst „extensiv“; dem Boden wird nicht oder in geringem Grade wieder zugeführt, was ihm genommen ist, er muß durch Verwitterung und Werveln selbst erzeugen, giebt dann aber nur auf ausgedehnter (extensiver) Fläche, was er bei intensiver Verwendung auf engem Raume giebt.

Das Steigen der Bevölkerung, abhängig von der Culturentwicklung in allen anderen Zweigen, führt — für den Boden, welcher nicht absoluter Wäld- und Weideboden, sondern der Ertragssteigerung durch Arbeit und Kapital überhaupt fähig ist, — zu intensiverem Anbau, bis zur höchsten Stufe rationeller Landwirtschaft, bis dahin, wo Menschen die Excremente der Thiere auf der Straße sammeln und, wie in China, der Abtrittinhaber die Vorübergehenden unter Anbietung eines Kaffs (Goldstückes) zur Verrichtung der Nothdurft einladet, wo der Dampfzug die alte Mutter Erde sucht, wo von Maschinen gefät, geschnitten, gedroschen, gekeht wird.

Solche Stufen sind nach der Fruchtwechselwirtschaft schon seit dem 15. Jahrhundert in Belgien, namentlich in Flandern ausgebildet. Koscher (System der Volkswirtschaft) sagt darüber in seinem 2. Bande (welcher die Landwirtschaft in trefflicher Weise vom Standpunkt der Nationalökonomie aufstellt): Wie gründlich man in Flandern der natürlichen Weide abgesetzt hat, bezeugt die Verödung eines Pächters gegen den großen nationalen Landwirthschaftslehrer Scherzer, daß er bei allen Nachbarn für bankrott gelten würde, falls er seine Kühe Sommers auf die

*) Zur Nationalökonomie der Landwirtschaft verdienen Koscher's und Hansen's Schriften vorzügliche Erwähnung.

Weide gehen ließe. Wollgellebte Frauenzimmer sammeln unbedenklich Pferdehäufel zum Verkauf; die menschlichen Excremente, zum Theil vom Ausland bezogen, werden in großen Handlungen aufs feinste sortirt (schon im 17. Jahrh. waren die Belgier wegen ihres „Dreckhandels“, ihres „bonus odor lucri“, ihres guten Geruchs im Gewinn, verhöpht). Das Hausgeflügel reißt sich in die verauften Excremente. Während es ein deutliches Vortennsprichwort nach der Saat ist: „Nun pachte selber“, bejätet der Flämänder sein Getreide jo, daß man kaum ein Unkraut sieht. Die zu üppige Saat walgt er, bestreut sie mit Kalk und Klee, um dem Halm Steifigkeit zu geben, er hält eigene Pflanzschulen, um die von Schnecken tagelangen Stellen mit neuem Getreide zu besetzen“. „In China wird mit abrasirten Haaren gedüngt, werden Rüben frisch geseigt, bloß um den beruhten Kalk als Dünger zu gebrauchen“.

Den höchsten Grad intensiver Wirtschaft bezeichnet der Gartenbau. Man ist hier, sagt Moscher, dem Ideal von Liebig's System: „durch einen Wechsel mit den geeigneten Düngmitteln vom Zwang der Wechselwirtschaft frei zu werden,“ schon längst recht nahe gekommen.

Der Fruchtwechsel ist nämlich nöthig, weil verschiedene Pflanzen verschiedene Mineralien des Bodens in verschiedenem Grade brauchen, eine und dieselbe daher, Jahre lang nach einander gebaut, nicht mehr die erforderliche Quantität Nahrung finden würde. Was langsam durch Verwittern im Laufe des Fruchtwechsels aus dem Boden selbst ersetzt wird, kann durch Dünger schnell wiedergegeben werden. Die Aufgabe der Ackerbauchemie und der Pflanzenphysiologie ist es, die besten und praktischsten Methoden der künstlichen Pflanzenernährung ausfindig zu machen; in Deutschland sind zu diesem Zweck von Staatswegen die „agrikulturchemischen Stationen“ neuerdings errichtet worden.

§ 241. Anwendbarkeit der verschiedenen Systeme. Die intensiveren Ackerbauscheme geben viel höheren Rohertrag, als die extensiven. Plaudern erzeugt per Quadratmeile für 7500, Weizen kaum für 2200, die Steppen Südrusslands wohl nicht für 800 Menschen Nahrungsmittel. Großbritannien hat in den letzten 70 Jahren seine Reisprouction von: für 11 auf: für 19 Mill. Menschen gesteigert; es erzeugt mehr als 70 Büffel pro Acre, wo es im 13. Jahrh. 12 erzeugte. Nach Michel Chevalier sollen vor 26 Jahren je 1000 ackerbaureisende Familien produziert haben:

in England	273 Pferde,	1230 Rinder,	11000 Schafe,	56000 Hektol. Korn.
in Frankreich	65 „	203 „	1043 „	40000 „

Allein die höheren Systeme sind nicht so ohne Weiteres anwendbar. Sie setzen voraus: hohe Bevölkerung, Kapitalreichtum, landwirtschaftliche Technik, die größte großer Märkte und gute Transportmittel. Nun ist aber anfänglich, je dünner die Bevölkerung, die reichlich vorhandene Bodenkraft desto werthloser, während Arbeitskraft und alle anderen Pro-

ductionsmittel noch theurer sind, extensive Wirtschaft ist da am wirtschaftlichsten.

Erst die steigende Cultur lehrt auch in der Landwirtschaft dies Verhältniß um. Sie macht Bodenkraft gesuchter und theurer, Arbeitskraft *) und bewegliches Kapital wohlfeiler und wirkungsreicher, während zugleich die Nahrungspreise trotz zahlreicher und effizienterer Productionsmittel wegen gestiegener Nachfrage entweder steigen oder wenigstens gleichmäßig hoch gehalten werden. Also erst wenn die Bevölkerung dichter wird, Kapital und Technik wachsen, wenn wohlfeile Verkehrsmittel die Verbindung mit höherer Cultur herstellen, wird die intensivere Wirtschaft wirtschaftlich vortheilhaft vor der extensiven, kann sie mit dem Reichthum an natürlicher Bodenkraft concurriren, die dann ihrer Beschränktheit wegen immer theurer und nur durch Kapitalaufwand (Melioration) gelindert wird (vergl. § 22).

Eben deshalb erfolgt der Fortschritt zu der intensiveren Wirtschaft nur zugleich mit der allgemeinen Cultur, nur zugleich mit der Hebung von Gewerbefleiß, Handel, Verkehrsindustrie, welche wieder von Nahrungsmittelüberschüssen der Landwirtschaft abhängig sind.

Schon immer sind die Versuche, mit Siebmellensiefeln durch Colonisation zum intensiven Betrieb fortzuschreiten, verunglückt. Die extensiveren Ackerbauscheme sind lohnender auf niedrigen Kulturstufen, die intensiveren auf höheren. Neuere Staatswirthe sowohl wie die alten haben dies bemerkt. General Washington sagt von America, es sei vortheilhafter viel Land schlecht zu besetzen, als wenig gut. In der ältesten Zeit der Römer galt als landwirtschaftliche Maxime: „Nichts sei so wenig vortheilhaft, als den Acker aufs Beste zu bauen“, während bei Schriftstellern der späteren Zeit, in welcher man die Saat bejätete, drainirte, Vogelwürger gebrauchte, der umgekehrte Satz galt: „Brot gebauet kleiner Boden ist einträglicher als schlecht gebauet weite Flächen“ (siccundior culta exiguitas quam magnitudo neglecta).

Da die größere Bildung und daher die größere Wirksamkeit der Productionsmittel (Kapital) späterer Zeit angehört, so wird die darauf beruhende intensive Wirtschaft immer auch erst später eintreten. Am meisten wird das fruchtbare Land die Multiplikation mit höheren Kulturmitteln lohnen; die Einföhrung der intensiven Landwirtschaft beginnt daher wohl immer zuerst auf den fruchtbaren Geländen und schreitet selbst in den culturlosen Zeiten nicht zu den sehr unfruchtbaren fort, wie man denn auch in Gartenländern noch Naturniese und Heide trifft.

*) In früheren Perioden wird daher ein großer Kindersegen als ein Glück und als eine Ehre betrachtet. So bei den Romabewohnern: Abraham in der Bibel, Bitte des Psalmisten, die Weiber so fruchtbar werden zu lassen wie Weinfässer. Der Name Proletarier (vermögensloser Kinderzeuger) war im alten Rom ein Ehrenname (Mommien, Röm. Geschichte III, 510), während er jetzt den bekannten gegenwärtigen Sinn hat. Dieser Wechsel der Anschauungen beruht vielleicht auf der Umkehrung des relativen Werthes der Arbeitskraft beim Fortschreiten von der extensiven zur intensiven Cultur (vergl. § 22).

Da sich gezeigt hat, daß der intensive Betrieb nur mit dem Fortschritt der allgemeinen Cultur sich ergeben kann, so finden wir jetzt: Je größer auf gleich beschaffenen Flächen verschiedener Länder die Intensivität der Landwirtschaft ist, oder je mehr sie auf ungünstigerem Boden hier so groß wie dort auf günstigerem ist, desto höher steht die Entwicklung des bürgerlichen Wirtschaftslebens. Die Verbreitung der Wirtschaftssysteme ist daher ein Gradmesser der Kulturverbreitung, welchen der Handel nach Art und Umfang seines Waarenablasses um so mehr ins Auge zu fassen hat, als jede Culturelreife eine besonders geartete Verbrauchsstufe mit sich bringt.

Die Dreifelderwirtschaft ist noch heute über einen Theil von Deutschland, Westeuropa, fast ausschließlich über Ungarn und Polen, die cultivirten Provinzen Rußlands und in den höher gelegenen Provinzen Spaniens verbreitet. Die Fruchtwechselwirtschaft finden wir außer in Flandern, dem intensivsten Culturzirkel schon im Mittelalter, jetzt im größeren Theil Englands, in den Ebenen Italiens, wo allein die Bewässerungsanlagen 1000 Mill. Franks gekostet haben mögen, seit dem Mittelalter, ebenso in den spanischen Niederungen, in Deutschland und Frankreich in der Umgegend der meisten großen Städte, in einem großen Theil Chinas; sie bestand auch in Griechenland, Turkestan, Mesopotamien im Alterthum.

Oesterreich und Rußland sind, abgesehen von der Türkei, am weitesten zurück; wenn gleichwohl schon jetzt ihre Volkszahl die sonstigen Großreiche Europas übersteigt, so hat man einen Maßstab, wie mächtig sie wirtschaftlich werden müßten, wenn ihre Cultur denselben Fortschritt von der Dreifelderwirtschaft zur Wechselwirtschaft machen könnte, wie Nordwesteuropa in den letzten 80 Jahren.

§ 242. **Einfluß der Städte.** Wenn die Intensität der Landwirtschaft einerseits von der Entwicklung des Arbeits- und des beweglichen Kapitalvermögens, andererseits von dem hohen Preis der Bodenprodukte bedingt ist, so müssen sich Betriebskreise um die großen Städte bilden, welche mit dem Abstand vom Bevölkerungsmittelpunkt immer erstenswer werden. Doch ist, wie schon bemerkt (§ 104), dieses Gesetz von Ausnahmen sehr durchbrochen, namentlich durch die wirkenden neueren Transportmittel und bezüglich derjenigen Produkte, welche wie die Handelspflanzen, mit Dauerhaftigkeit geringes Volumen verbinden oder umgewandelt (Korn als Branntwein) leicht transportabel sind. Australien liefert jetzt am meisten Wolle auf die englischen Auktionen, Südamerika am meisten Häute. Im südlichen Frankreich ferne von Städten ein ungeheurer intensiver Betrieb auf Parfümeriekräuter, deren Destillat auf ein Minimum zusammengeht.

Eine große Parfümerie in Cannes verbraucht jährlich 140,000 Pfund Drangebülsten, 20,000 Pfund Magienbülsten, 140,000 Pfund Rosenblätter, 32,000 Pfund Zedrinblätter, 20,000 Pfund Veilchen und 8000 Pfund Tuberosen nebst einer großen Menge anderer Pflanzen. Nizza und Cannes sind namentlich das Paradies der Veilchen, es sprießen dort ungefähr 13,000 Pfund Veilchenbülsten; der türkische Balkan das der Rosen.

Nizza erntet jährlich 100,000 Pfund Drangebülsten, Cannes mehr als noch einmal so viel, und zwar von feinerem Geruch. 600 Pfund Drangebülsten aber geben nur 2 Pfund reines Neroli-Öel.

Auch der neuere Handel mit sehr concentrirten Düngeamitteln (Guano, Knochen, Dellschmelzen) durchdringt das Gesetz der mit der Entfernung von der Stadt zonenweise abnehmenden Intensität des Ackerbaues. Freilich sollten vernünftiger Weise nur sehr niedrige Völker, deren Bodenproduktkraft leichter Knochenmaterial, als ihre Industriekraft Waaren des Gewerksleibes erzeugt, Knochen, Poudrette und andere concentrirte Bodenkraft ausführen lassen. Mit Recht eifern Viezig (chemische Prieße) und Carey gegen deutsche Knochenausfuhr nach England, welches aller Welt die Bodenkraft um Stirling abkauft.

Die Gradabstufung der Betriebsintensität gilt nicht bloß bezüglich der Städte, sondern auch bezüglich der Weltcultur; heute ist Nordwesteuropa, im Alterthum war Italien die Gärten und Wechselwirtschaftszone; heute ist die erste Stufe der Wirtschaft in die Steppe nach Sibirien und in die colonialen Hoch- und Binnenländer gewiesen, im Alterthum bestand sie noch in Deutschland und England.

Auch unter den Tropen erscheint das Gesetz. An der Küste der Colonien wird der Zucker, weiterhin Indigo und Kaffee, im Innern Baumwolle und Tabak, die weniger Arbeit, aber am meisten Bodenkraft brauchen, gebaut.

§ 243. **Groß- und Kleinwirtschaft** (vgl. § 115). Man hat viel über die größere Vorzüglichkeit der einen und der anderen gestritten, und dabei nicht erkannt, daß, wie im Gebiete des Gewerksleibes, so auch im Gebiete der Landwirtschaftsleibes jede von beiden ihre eigenthümlichen Vorzüge, aber auch ihre beschränkte Anwendbarkeit hat.

Wo massenhaft Gleiches producirt werden soll und die gedungene Arbeit leicht überwacht, die Verwaltung einfach und sicher geführt werden kann, da ist, analog der Fabrication, Großwirtschaft am Platz. Ueberall sonst, wo das Kapital individuelle Aufmerksamkeit, der Betrieb individuelles Geschick und Interesse voraussetzt, da ist die Kleinwirtschaft vorzuziehen und siegreich gegen die Großwirtschaft.

So geheiht Milch- und Mastwirtschaft, Schafzucht, Forstwirtschaft besser im Großen, Obst-, Weins-, Gemüses-, Seiden-Zucht besser im Kleinen.

Aus dem angegebenen Grunde ist der Untrieb von „Latifundien“ durch den Eigenthümer selbst nicht an sich überwiegend. Verschlagung in Pachtgüter ist nöthig, wenn der übergroße Grundbesitz nicht mit der geringeren weil ertensivieren Forst- und Weidewerthung sich begnügen will.

Andererseits bedarf die gegenwärtige Zeit, in welcher die Communicationen, die dadurch bewirkten Massenverhältnisse des Ablasses und die Einführung des Maschinenwesens auch in der Landwirtschaft auf den Großbetrieb hindrängen, weniger jener künstlichen Schranken gegen die Kleinwirtschaft, wie eine überaristokratische Gesetzgebung sie oft zu ziehen versucht hat.

Die große Landwirtschaft erfordert Kapital, größeres Areal und massenhaften Afsatz, die kleine Wirtschaft, in welcher die Arbeit vorherrscht, wird auf kleinerem Umfang mit mehr Arbeitsaufwand betrieben. So entstehen Groß- und Kleingüter, die Mittle halten die Bauern oder Mittelmäßigern.

Es kann zu große Güter (Latifundien) geben, auf welchen zu wenig Arbeit herrscht und dann viel Lebenskraft ungenutzt bleibt. Es kann aber auch zu kleine geben, auf welchen Arbeitskraft verschwendet wird und welche beim geringsten Unfall die Familie des Eigentümers nicht mehr nähren (Zwergsgüter).

An sich ist weder das Kleingut noch das Großgut volkswirtschaftlich das vortheilhaftere, jedes ist an seinem Orte am besten. Namentlich hat das Kleingut da, wo die Production große Aufmerksamkeit und viel Arbeit erfordert, Vortheile; so gilt in Italien mit seiner ungeheuren Theilung von Zinsgütern das Sprichwort: „der Pflug hat eine Schar von Eifen, der Spaten eine Schneide von Gold.“ In Italien mit seiner Production von Wein, Del, Reis, Seide, welche viel Arbeit und Aufmerksamkeit erfordert, ist die Kleinwirtschaft an sich ganz gerechtfertigt. Weniger glücklich ist es, daß diese Wirtschaft keine frei bauerliche, sondern eine drückende Pachtwirtschaft ist, bei welcher der Halbpächter die Arbeit, der Adel die Grundparzelle hergibt und letzterer bis zur Hälfte des Rohertrages an Rente bezieht. (Theilbau, Metabage in Südrantreich, mezzzeria in Italien.) Man rechtfertigt letzteres System damit, daß die Nothwendigkeit allgemeiner Bewässerungsanlagen eine solche Combination des Großbesizes mit der Kleinwirtschaft bedinge.

Volkswirtschaftlich das Wünschenswerthe ist ohne Zweifel eine solche Mischung von großen, mittleren und kleinen Gütern, daß die mittleren vorherrschen.

Roscher sagt in dieser Beziehung: Im Volksleben überhaupt find durch ein gewisses Gleichgewicht der großen, mittleren und kleinen Vermögen, wobei das mittlere vorherrscht, Entwicklung und Festigkeit, Freiheit und Ordnung am besten berathen. Namentlich wird es ohne alle großen Güter schwer fallen, sich auf die Dauer der Zwergwirtschaft zu halten, indem eine zahlreiche Menschenschaft, wenn sie keine Beschäftigung als Tagelöhner findet, einmache gezwungen ist, kleine Bodenparzellen käuflich oder pachtweise an sich zu bringen. Diese Concurrenz treibt aber den Preis solcher Parzellen dergeftalt in die Höhe, daß eine mittlere Wirtschaft nicht mehr hinfänglich rentabel scheint, während die Theuerung doch lebhaftig auf immer größere Entfahrungen der ländlichen Proletariat begründet ist (I. § 141). Die großen Wirthe find auch am besten geeignet, dem Landbau die Hüfe der Wissenschaft zuzuführen, ja diese letztere durch Experimente selbst zu erweitern. Verebelle Weizen, bessere Maschinen und Geräthe, rationelle Wirtschaftspläne finden sich bei ihnen gewöhnlich zuerft: daher sie gar häufig, ohne dafür bezahlt zu sein, die Rolle von Lehrern ihrer trägen und miftrauigen Umgebung spielen. Ueberdies find

speciell die großen Eigenthümer, wenn sie aufgehört haben, die Knechtung ihrer Nachbarn (in der Weise des spätern Mittelalters durch Frohnen, Lasten, Zehnten, Leibeigenschaft) zu wünschen, die natürlichen Stützpunkte der landwirtschaftlichen, überhaupt ländlichen Interessen gegen städtische Neuerungsstucht und büreaukratischen Hochmuth. Man sieht in der jüngsten französischen Geschichte, wie wenig ein bloßes Bauernthum sich gegen das eine dieser Uebel wehren kann, ohne dem andern zur Deute zu werden! Auch in Bezug auf die unmittelbare und rein materielle Production können die großen und kleinen Wirthe einander vortreflich ergänzen, indem sich jede Classe vorzugsweise auf diejenigen Zweige wirt, für welche sie eben die besten Anlagen hat, also die großen (zum Theil auch die mittleren) auf Viehzucht, namentlich Schaf- und Pferdeucht, ferner auf Forstwirtschaft, Getreide- und Delbau, — die kleinen auf Anbau von Obst, Gemüfen, Handelsgewächsen, auf Geflügelucht etc. So wird die landwirtschaftliche Production am vielseitigsten, die Verteilung des Productes am billigsten, auch die Sicherheit der Volksernährung am größten, weil die großen Wirtschaften förmliche Kornmagazine bilden, und zwar ohne die Schattenseiten der ebrigkeitlichen Magazinirung. Auf den mittleren Gütern beruht der eigentliche Bauernstand, diese Wurzel des ganzen Volkes und namentlich die Hauptquelle seiner militärischen Kraft. Nur wo sie überwiegen, scheint ein freies Gemeinleben mit seinen unschätzbaren Segnungen möglich. Aber auch eine mäßige Anzahl bloßer Parzellen ist wünschenswerth, da nichts den Tagelöhner zufriedener und eben darum zuverlässiger macht, als der Besitz einer Scholle Boden. Letzteres wird immer wichtiger, je mehr mit der Zeit von der Gefährde zur Tagelohn- und Accordarbeit auch im Landbau übergegangen wird (§ 27).

Ein politisches Gut ist namentlich ein breiter Bauernstamm, wie ihn Deutschland besitzt in Folge der früheren Hinterlassenschaft und Erbpachterverhältnisse, welche sich in neuerer Zeit durch Auflösung und Grundentlastung in freien (allobialen) Bauernbesitz aufgelöst haben. England hat an dieser Stelle nur Pächter, Italien ein Mittelband zwischen Pächter und Erbpacht in kleinen Parzellen, von welchen der Bauer den Adel und den Stifungen der großen Städte die Hälfte bis ein Drittel des Rohertrags erstaten muß. Eine rasch fortschreitende, intellectuelle Hebung des Bauernstandes ist freilich unumgänglich, wenn die Krifen, welche der Fabrikbetrieb über das Handwerk gebracht hat, nicht ähnlich über den Bauernstand hereinbrechen sollen.

§ 244. **Agrarische Gesetzgebung.** Bei der großen Wichtigkeit einer richtigen Verteilung und Bestimmung der verschiedenen Grundbesitzgrößen haben sich die Politiker viel mit den Mitteln ihrer Herstellung und Erhaltung beschäftigt.

Aus den agrarischen und politischen Verhältnissen des letzten Jahrhunderts ist es zu erklären, daß man hauptsächlich gegen zu große Zersplitterung des Grundbesizes einestheils geistert, die Freiheit der Thei-

lung andererseits verteidigt und letztere für das absolut Zweckmäßige erklärt hat.

Seit letzten Jahrhundert nämlich war erst die Freiheit der Verfügung über den Grundbesitz an Stelle der lebensrechtlichen Gebundenheit und Untheilbarkeit (Erbgüterrecht) getreten. Hauptsächlich das Interesse des Entzückens an den Aufgaben des pflichtigen Bauerngutes hatte das letztere geschlossen (unveräußerlich, wenigstens untheilbar) erhalten. Mit der Abgabepflichtigkeit fiel eine Hauptfesselle der Zerküftung des Grundbesitzes. Mit Rücksicht auf Steigerung des Ertrages und der Grundsteuer durch die Kleinwirtschaft wurde auch die Gesetzgebung der freien Theilbarkeit und Veräußerung des Grundbesitzes günstiger.

Die Freiheit verlangt jedoch Selbstbeherrschung und Bildung, sonst führt sie zu Mißbrauch.

Solcher Mißbrauch ist auch, doch entfernt nicht in der Mehrzahl der Fälle, wirklich vorgekommen, die Freiheit der Gütertheilung hat zu Zwergwirtschaft, zu Ueberschuldung, zu Gant, zu nameulosem Elend geführt.

Die Änketen des Alten wiesen daher mit strafendem Blick zurück auf die Vorzüge der alten Feudalordnung, empfahlen wieder deren Gebundenheit und zielten auf eine Aenderung des gleichtheilenden Erbrechtes im Sinne der Erstgeburt und der Erstgutsuntheilbarkeit hin. Man eiferte, meist ohne alle statische Vorunternehmung der wirtschlichen Bewegung in der Grundbesitzverteilung, gegen alle und jegliche Theilung der Güter, verpönte unvernünftig, wie das Volksurtheil allen Handel namentlich Kornhandel als Wucher Brandmarkt, den Porzellanverkauf von Grundstücken als Fohmzgererei, stellte ohne Rücksicht auf die nach Marktnähe, Qualität, Aus und Einkauf so unendlich verschiedene Zweckmäßigkeitsgröße der Grundstücke Bestimmnina auf, unter welche die Theilung nicht herabgehen dürfe, empfahl die Auslastung der geschlossenen Güter mit politischen Vorrechten. An dieser Reaction war nur dies richtig, daß eine gebundene Ordnung, welche der wirtschlichen Gebundenheit des Volkes in Beziehung auf Bildung und Cultur entspricht, viel glücklichere Verhältnisse zeugen kann und zu zeugen pflegt, als eine Freiheit, für welche das Volk und die Zeit unreif sind; es ist dies derselbe Gesichtspunkt, von welchem aus man für ihre Zeit dem Lebenswollen, Zehnweisen, dem System der Gemeinweiden, Weideprivilegien, dem heute noch in Rußland vorhandenen Adcommunitismus der Gemeinde, dem Bann der alten Marktgemeinschaften, dem Frohnwesen, selbst der Leibeigenschaft und Sklaverei eine geschichtliche Berechtigung zuschreiben muß.

Im gegebenen Falle aber kann man nicht sagen, daß die Zeit unreif war für freien Verkehr im Grundkapitalvermögen. Es galt und gilt nur, sie für diese Freiheit ganz reif zu machen und reif zu erhalten.

Dies ist nun zwar der Ausgangspunkt der liberalen Vorsechter der unbedingten Theilbarkeit. Sie sind aber oft über das vernünftige Ziel hinausgegangen, haben mit der Freiheit zur Theilung die mögliche

Allgemeinheit wirklicher Theilung bestritten, selbst die Möglichkeit einer nachtheiligen Zwergwirtschaft gelehrt, den Bestand großer Güter gehaft, die Bildung und Erhaltung von Familiengütern durch Testamentenfreiheit, nicht bloß diejenige durch dauernde Fideicommiss und gesetzliche Majorate, geachtet.

Hierin liegt durchweg mehr oder weniger Uebertreibung. Auch mit dem Sag, daß selbst die durch die freie Gütertheilung etwa entstehenden zwergwirtschaftlichen Nachtheile sich selbst wieder aufheben, indem die Zwergwirthe über kurz oder lang in Concurs geraten und ihr Boden wieder den Mittel- und Großgütern anfallt, sind die Einwürfe der Gegner nicht entkräftet, obwohl die Sache selbst richtig ist; denn:

1) dieser Proceß der Ausgleichung ist ein ungeheurer schmerzlicher für die unmittelbar und mittelbar Betroffenen; er dauert oft sehr lang in allmählicher entzückungsvoller Herabdrückung der durchschnittlichen Lebensanprüche. Welche Reihe von Unglück kann in der Mitte liegen, bis ein im Fett schwimmender nochstündiger Bauer Hannovers zur Lebensart des irischen Landproletariats sich herabwürdigt, der mit dem Schwein im Stalle lebt!

2) führt eben jener Proceß der Großgüterbildung durch den Concurs der Zwergwirtschaften sehr leicht zum anderen Extrem: der einseitigen Großgüterbildung, zu der ebenso schädlichen Latifundienwirtschaft. Der Bauernstand muß gesund und stark vorhanden sein, wenn er die Bruchtheile der Zwergwirtschaften soll an sich ziehen können. Im anderen Fall bildet sich die große Massenwirtschaft, welche bei aller gesetzlichen Freiheit den Mittelstand unfrei, zum Häcker weniger Aristokraten macht und die politisch geltende Bürgerchaft eines Staates auf eine Minorität von Grund- (und Industrie-) Aristokraten zurückführt.

Die Geschichte hat hiesür abschreckende Beispiele. Im späteren Sparta und in Rom zur Gracchen- und Kaiserzeit bildete sich diese schädliche Großwirtschaft, auf Sklaverei gestützt, aus, weil die bäuerlichen Kleinwirthe im Kriegsdienst dem Lande entzogen wurden. Die oben besprochene Haltpäderei in Italien hat sich ausgebildet in Folge jener Auflösung der gebundenen Besitzverhältnisse, welche zur mittelalterlichen Blüthezeit des italienischen Gewerbes und Handels stattfand, nachmals aber durch Creditansammlung (Dante's Wöcher vor dem Bucher) das Land in die Halbpachtgeualt des südlichen Großpatriziats brachte. Leider ist die Geschichte gar nicht so arm an Beispielen, daß hochcultivierte Völker nach Abstreifung der im Mittelalter gewöhnlichen agrarischen Gebundenheit den Bauernstand verlieren haben; so ruft Pelaios (5, 8) ein Weib über die: „welche ein Haus an das andere ziehen, und einen Aker zum anderen bringen, bis daß sie allein das Land besitzen.“ (Kaiser.) Ähnliches weist Le May von der Normandie nach (s. oben S. 194). In Mecklenburg, wo nach Deiters seit 200 Jahren von 12000 mit den adeligen Gütern verbunden gewesenen Bauernhufen nur noch 1750 übrig sind, ist viele ländliche Bevölkerung theils ausgewandert, theils in pro-

letarische Lage gekommen. Also die bisherige Geschichte ist reich an Weisungen, daß nach Befreiung von der Gebundenheit des Grundbesitzes die Kapitalübermacht höherer Kulturperioden zu aristokratischer Latifundienwirtschaft hinüberführte. Unsere Zeit ist an der Schwelle dieser Periode, wenn nicht Alles täuscht, angekommen; eben deshalb wird es gut sein, jenen Proceß der Ausgleicung, der durch Proletarisirung hindurchführt, wo immer möglich zu vermeiden.

Vollkommen begründet aber ist die Behauptung der Freunde der freien Theilbarkeit, sofern sie sagen, die directen Staatsmaßregeln: Besitzminima, drückende Acise von Theilungsverträgen, Concession der Regierung zu letzteren, Beschränkungen des gleichen Intestaterbrechtes seien unwirksam oder vergewaltigend wegen der großen Verschiedenheit der Verhältnisse. Sie haben Recht, wenn sie sagen: durch Bildung, freie Einsicht, Hebung der Sitte und des Familienflans, durch Belehrung und Beispiel, durch Erwerbsfreiheit und Freigängigkeit der überschüssigen Landbevölkerung, durch Pflege des Sinnes für Ungeheuerlichkeit des Familienerbes und durch eine im Weg der Sitte hinach frei sich richtende Testamentsgewohnheit, sowie durch eine populäre Einrichtung des bauerlichen Vormundschafswesens (Stille, Landgemeinden), durch Wegregulirungen und Vertoppelungen müsse der rechte Gebrauch der Freiheit im Grundvermögensverkehre verbüßt werden. Dies allein kann der Standpunkt eines Staatslebens sein, welches auf den Grundfals der persönlichen Freiheit der Einzelnen gebaut ist.

Wo noch Gesetze bestehen, welche den „Hofschluß“ durch Theilungsverbote zu erhalten suchen, werden sie wohl nicht radical zu beseitigen sein, wenn sie das Volk erträgt und schätzt. Werden sie von bauerlich sachverständigen Organen mit einsichtsvoller Recursinstanz nach Maßgabe der eigenthümlichen Verhältnisse verschiedener Gegenden geübt, und verlernen sie hiedurch den Hauptmangel universitäre Behandlung ungleichartiger Verhältnisse, mildert man sie dahin, wenigstens jene Theilungen nicht zu verbieten, welche die von dem einen Hofe sich abspaltenden Theile einem andern zuführen und daher das Emporkommen neuer bauerlicher Wirthe ohne Verminderung der Höfe ermöglichen, — so können jene Gesetze vielleicht noch sehr nützlich wirken. Der Hofschluß ist nämlich, sofern er nur die Möglichkeit der Bildung der Bauernhöfe durch tüchtige Neulinge nicht hindert, der Freiheit nicht feindlich, sondern nur dem Untergang des Mittelstandes durch Verwerdung und durch Ankauf des großen Capitals hinderlich. Hätte die deutsche Bureaucratie der letzten Jahrzehnte kräftige und lebensfähige Organe bauerlicher Selbstverwaltung übrig gelassen, so wären selbst örtlich bemessene Parcellenminima nicht verwerflich. Weit mehr wegen gleichartiger Behandlung ungleichartiger Verhältnisse, als wegen absoluter Unrichtigkeit des Grundgedankens sind die Parcellenminima und verwandte agrarpolitische Vorschläge der neueren Zeit verwerflich gewesen.

Noch ist eine besondere Bemerkung über den Einfluß der Vertoppe-

lungsgesetze auf die Grundbesitzvertheilung zu machen. Ein jedes Gut, ob groß, mittel oder klein, wird um so zäher erhalten werden, je mehr es zusammengelegt, nicht in Parcellen zerstückt ist; denn nur so wird, von Garten-, Baum- u. Gütern abgesehen, ein erhaltender Familienflam auf dem Grundbesitz erwachsen können. Fast ebenso deshal, als wegen Erhöhung der Reinerträge (durch Wälder, Zeit- und Fuhrersparrnis), sind die neuerdings in Deutschland, hauptsächlich in Hannover und Sachsen, sich mehrenden und durch Gesetze geförderten sog. Vertoppelungen und Zusammenlegungen der Güterparzellen innerhalb der Gemeindefarmungen sowie die Feldwegregulirungen hoch anzuschlagen. (Vergl. übr. § 121.)

Statistik. Der Staat wird bei der Wichtigkeit richtiger Vertheilung des Grundeigentums vor Allem durch genaue Statistik vom Gange dieser Vertheilung bedarftskunde nehmen, — hinach im Wege der Bildung, Belehrung, des Beispiels (bald der Verklagung, bald der Zusammenlegung von Staatsdomänen), überhaupt im Sinne der eben angegebenen Mittel, selten durch zwingende Agrargesetze, einzuwirken suchen: je nach Erfordernis im Sinne der Größe oder der Mittel- oder der Kleingüterbildung.

Obgleich die Ergebnisse der Agrarstatistik nicht von diesem Buche darzustellen sind, darf gleichwohl der bemerkenswerthen Aufnahme Preussens über die Bewegung gedacht werden, welche die Grundbesitzvertheilung der sechs östlichen Provinzen Preussens und Westphalens in der Periode 1816—1859 einhielt. (Zfhr. des R. pr. Stat. Bureau, vgl. Tab. staatsw. Zfhr. 1865, 448 ff.)

Wir bemerken, daß Preußen seit 1807 den Grundfals freier Verfügbarkeit über das Grundeigentum und unbeschränkter Theilbarkeit in seine Gesetzgebung eingeführt hat. Die statistischen Ergebnisse über die 50jährige Bewegung der „bauerlichen, spannfähigen Wägrungen“, welche unter dieser Gesetzgebung stattfand, sind daher besonders beachtenswerth.

Der Begriff der spannfähigen Wägrung ist nach der Fähigkeit, ein Gespann von zwei Pferden zu halten, bemessen, nicht nach dem Flächeninhalt, dessen spannfähiger Betrag von 15—60 Morgen wechselt.

Seit 1816 hat nun der durchschnittliche Flächeninhalt der spannfähigen Wägrung (97 Morg.) nicht gewechselt. Er gieng wohl in Pommern und namentlich in Posen hinauf, in Sachsen und Westphalen (nicht über 10%) herunter. Die Zahl der spannfähigen Wägrungen hat sich im Ganzen um 6870 (= 1,95%) mit 927,298 Morg., also unbedeutend vermindert, am meisten in Pommern, Schlesien und Brandenburg, (7,38% und 395004 Morg.), am wenigsten in Westphalen, Posen und Preußen; dagegen hat sich trotz der Abnahme der Zahl der Flächeninhalt spannfähiger Höfe gemehrt in Sachsen und Westphalen um 428,706 M.).

Durch Abfindungen, Eigentums- und Dienstregulirungen verlor der spannfähige bauerliche Besitz 1,233,000 M. und gewann durch Separationen (Gemeindeabtheilungen u.) 847,542 M.

Durch den freien Verkehr sind von der Gesamtfläche der spannfähigen bäuerlichen Nutzungen überhaupt 8,231,922 Morgen = 23,91 pCt. in Bewegung gesetzt worden. Davon sind 4,381,319 Morgen = 12,72 pCt. innerhalb des Kreises der spannfähigen Nutzungen verblieben, 2,806,122 M. = 8,15 pCt. haben aber die spannfähigen Wirtschaften an nicht spannfähige Kleinstellen und an nicht bäuerliche Besitzungen abgetreten; 1,043,481 Morgen = 3,03 pCt. haben die ersteren dagegen aus Besitzungen der letztgedachten Art erworben.

Von dem zerfallenen und abgeweihten Besitz der bäuerlichen Nutzungen haben erworben nicht bäuerliche Besitzer 178,000 M., andere spannfähige bäuerliche Nutzungen 1,470,000 M., nichtspannfähige Kleinstellen 731,000 M.

Durch Erbtheilung gingen unter den überhaupt zerfallenen 26,759 b. Nutzungen über nur 2298, am meisten in Sachsen und Westphalen. Von 632,926 Morgen, welche von spannfähig gebliebenen Nutzungen an nicht spannfähige Kleinstellen überhaupt abgeweiht wurden, wurden nur 29,106 M. durch Erbgang abgeweiht.

Durch Consolidation (Verschwinden ganzer bäuerlicher Nutzungen durch Vereinigung mit anderen Besitzungen) verschwanden an Zahl 20,105, an Flächeninhalt 1,802,872 M., am meisten in Preußen (865,538 M.) und Pommern (245,199 M.), am wenigsten in Schlesien, Sachsen und Westphalen. Von jenen 1,802,872 M. kamen 897,779 M. (am meisten in Pommern mit 174,882 M. und Preußen mit 307,905 M.) an nicht bäuerliche, 907,093 M. an andere spannfähige bäuerliche Nutzungen.

Die Flächen, welche die spannfähigen bäuerlichen Nutzungen im Laufe des in Rede stehenden Zeitraumes durch den freien Verkehr eingebüßt haben, sind, mit etwa $\frac{1}{3}$ an bäuerliche Kleinstellen, mit etwa $\frac{1}{3}$ an nicht bäuerliche Besitzungen gekommen.

Was nun

1) die Erfolge des freien Verkehrs zwischen den spannfähigen und den nicht spannfähigen bäuerlichen Nutzungen betrifft, — so haben die Besitzer spannfähiger Nutzungen im freien Verkehr mit nicht spannfähigen bäuerlichen Kleinstellen: abgegeben a) von Höfen, die ungeachtet der Abzweigung spannfähig geblieben sind, durch Erbgang 29,106 M., durch anderweitige Veränderung 603,820 M. b) von gänzlich zerfallenen Höfen 1,099,274 M., Summe der drei Verluste 1,732,200 M.; sie haben erhalten 439,219 M., mithin mehr abgegeben als erhalten 1,922,981 M. (3.75%). Durch Zuwachs im freien Verkehr sind bisherige Kleinstellen spannfähig geworden 7012 an Zahl (18.95%).

2) Erfolge des freien Verkehrs zwischen den spannfähigen bäuerlichen Nutzungen und den nichtbäuerlichen Besitzungen. Der Fläche nach ward von spannfähigen Bauernhöfen im freien Verkehr:

mit Ritttergütern

	veräußert Morgen	erworben Morgen	bleibt Besitz Morgen	Procent
Pommern, excl. Stralsund	180869	34764	146105	4.67
Preußen	387164	90138	247081	2.42
Posen	104521	35162	69359	2.00
Schlesien	130654	61151	69503	1.47
Brandenburg	141584	49622	91962	1.68
Sachsen	72111	25660	46451	1.20
Westphalen	46697	14089	32608	0.89
Summe	1018900	310531	708069	2.04

	veräußert Morgen	erworben Morgen	bleibt dem Fiscus Morgen	Procent
Pommern, excl. Stralsund	2480	20541	18111	0.60
Preußen	15589	123158	107569	1.05
Posen	1308	48146	46838	1.35
Schlesien	497	6059	5562	0.11
Brandenburg	8060	23611	15551	0.27
Sachsen	1697	16654	15157	0.39
Westphalen	2388	9446	7068	0.19
Summe	31944	247815	215851	0.62

Der Fläche nach ward von spannfähigen Bauernhöfen im freien Verkehr mit geistlichen oder milden Instituten und Städten veräußert 28,358 M.
Erworben 46,616 M.
Gewinn überhaupt 22,564 M.
Verlust 4006 M.
Gewinn definitiv 18,558 = 0.05
Bleibt überhaupt im freien Verkehr mit nichtbäuerlichen Besitzern ein Flächenverlust von 468,660 (1.86%) M.
Spannfähige Bauernhöfe sind eingegangen durch Consolidation mit Ritttergütern 9599
Neu entstanden auf den Flächen, welche erworben sind von Ritttergütern 2558
vom Fiscus 1571
zusammen 4129

Die Zahl der spannfähigen Höfe hat sich im freien Verkehr mit den Ritttergütern und dem Fiscus vermindert um 5210 (1.48%)

Ohne genaue Kenntniß der Agrarverhältnisse der genannten Provinzen ist es schwer, vorstehende Zahlen zu ganz zuverlässigen Schläßen zu bringen, und eine solche Kenntniß besitzen wir nicht. Indessen geben dieselben einige allgemeine Thatfachen an die Hand, welche für die oben skizzierte Auffassung der Agrarpolitik sprechen: Die Veränderung in der Grundbesitzvertheilung war im ganzen gering; die Minderung der Anzahl der spannfähigen Nutzungen in Folge einer so ungemein großen in den freien Verkehr eingetretenen Morgenzahl ist verhältnismäßig unbedeutend.

deutend. Die Veränderung durch Erbtheilung erscheint geringfügig. Der Uebergang an spannfähige bäuerliche und kleine nichtspannfähige Nahrungsmittel ist weit bedeutender, als derjenige an Nahrungsmittelbesitzer, Fiskus und Corporationen. Der Verlust an die Rittergüter ist in den industriereichen Provinzen weit weniger beträchtlich, als in Pommern, Preußen, Posen. Der Verkehr in Grundeigentum ist überhaupt sehr groß, der Flächenwechsel theils ohne Aufhebung, theils unter bloßer Vertauschung des spannfähigen Grundcharakters ist sehr stark.

Uns scheint dieß Alles für den Werth und die Gefährlichkeit der Freiheit des Verkehrs in Grundvermögen, insbesondere für Nichtbehinderung jenes Bodenanstausches zu sprechen, welcher ohne Gesehensvermehrung der Landhänden oder der Aemterwirtschaften vor sich geht.

§ 245. **Wahl der Kulturen und der Züchterproduction.** Der Landwirth producirt theils vegetabilische, theils animalische Werthe. Ob er mehr auf erstere oder auf letztere, und auf welche Arten von beiden er den Betrieb einrichten soll, läßt sich nicht absolut, sondern lediglich durch Anwendung des Gesetzes der Wirtschaftlichkeit auf die gegebenen Verhältnisse und Conjunctionen entscheiden. Die Form, in welcher das verfügbare Arbeits- und Kapitalvermögen die beste Verwerthung findet, ist zu wählen. So ist Gemüsebau in der Nähe der Stadt und für den an Arbeitsvermögen verhältnismäßig reichen Kleinbesitzer empfehlenswerth, Körnerbau für mittlere und größere Güter. Der Betrieb auf frische Milch kann in der Nähe der Stadt sich empfehlen, während ebendasselbst nicht auch die Aufzucht von Milchvieh, vielmehr der Bezug von Schmalvieh aus dünnbesiedelten und futterreichen Gegenden sich empfiehlt. Große Städte erzeugen in größerer oder geringer Nähe Zonen der Mastwirtschaft; ferne Alpenweiden drängt zur Käseerei, da Milch nur in dieser Form verwerthbar ist. Große Güter mit Sandböden zum Kartoffelbau und mit starkem Bedarf an Wintern- und Frühjahrsgut-Futterjurrogaten (Schlempe) werden auf Kartoffelbau zur Spiritusfabrikation geneigt.

Viel kommt auf Klima und Lage, — immer mehr auf die wechselnden Conjunctionen des Marktes in vegetabilischen Producten an.

In letzterer Beziehung wird der Landwirth immer mehr zum speculativen Standpunkt des Fabrikanten und des Kaufmanns hingedrängt. Im Jahre 1865 bemerkte ein Redner unter großem Applaus vor einer schottischen Ackerbaugesellschaft: „Ihr seid Fabrikanten, Eure Maschine ist der Boden!“

3) Der Gewerbfleiß.

§ 246. **Begriff und Stufenfolge.** Das Gebiet des Gewerbfleißes ist erfüllt von jenen unzählbaren Arten der Unternehmung, welche durch Verarbeitung und Veredelung der Rohproducte Formwerthe schaffen.

Der Gewerbfleiß ist Hausfleiß — Handwerk — Industrie: Hausfleiß, so lange er für die eigenen Familienbedürfnisse thätig ist (noch jetzt

Kochen, Nähen, Spinnen, Stricken u. s. w. der Hausfrau); Handwerkfleiß, sofern er wesentlich mit individuellen persönlichen Arbeitsmitteln zwar für fremde, aber nicht für allgemeine sondern für individuelle Bedürfnisse arbeitet; Industrie oder Kunstfleiß, sofern er in großem Maßstab, eigenem und fremdem Capital, eigener und fremder Arbeitskraft, mit ausgebildeten mechanischen Arbeitsmitteln, also für die allgemeinen Bedürfnisse, für den weiten Absatz arbeitet. Das Arbeitsmittel des Hausfleißes ist hauptsächlich die Hand, dasjenige des Handwerks das handliche Werkzeug (Handwerkzeug), dasjenige der Industrie die Maschine; Familienstube, Werkstatt und Fabrik vertreten dieselben drei Abstufungen des Gewerbfleißes.

Der Hausfleiß ist der Kindheit, das Handwerk dem Mittelalter, die Industrie der Hochkultur der Völker eigen. Auf der späteren Stufe bleiben jedoch auch die früheren bestehen. Neben der Industrie hat das Handwerk eine immerwährende Stätte, weil es immer individuelle Bedürfnisse und Befähigungen, kleine und flüchtige Ansprüche giebt. Es bleibt daher auf dem Lande fast die ausschließliche Form des Gewerbfleißes. Aber auch in den großen Industriestädten ist das Kleingewerbe in großer Blüte. Allerdings muß es sich vor der Industrie auf das Gebiet der individuellen Bedürfnisse und der individuellen Befähigungen zurückziehen, wo das Kleingewerbe von der Industrie gar nicht verdrängt werden kann. Aber dieses Gebiet wächst mit dem der Großindustrie. Und wie in der Bodenvirtschaft Groß- und Kleinwirtschaft stets gemischt sein sollen und letztere der Zahl nach bedeutend überwiegend bleiben muß, so verhält es sich auch auf dem Gebiete des Gewerbfleißes. Groß- und Kleinwirtschaft haben je ihr eigenthümliches Anwendungsgebiet.

Wenn in einen Erwerbszweig der industriemäßige Betrieb eindringt, so ist der Handwerkerstand durch Denjenigen schlecht beraten, welcher ihm den Kampf mit der Industrie fortzusetzen rath. Man muß ihn entweder auf ein anderes Handwerksgewerbe oder auf Ergreifung eines besondern individuellen Zweiges des alten Gebietes verweisen.

Industrie. Die eigentliche gewerbliche Unternehmungs- und Arbeitstheilung tritt erst in der Industrie ein. Die Industrie giebt jeder Unternehmung die ganze Welt zum Markt und macht Unternehmung und Privatwirtschaft zu einem Allernebelkamben. Die Industrie hat daher am meisten das alte Zukunftswesen gesprengt; denn sie setzt nicht bloß eine Solidarität unter den Gliedern eines Volkes, sondern unter den Völkern selbst voraus.

Ihre Vertheilung beruht auf der Vertheilung der natürlichen und persönlichen Wirtschaftskräfte, der Capitalien und der Abzageconjunctionen, auf künstlichen Mitteln (Schutzöllen u. s. w.). Da indessen die der Industrie zu Grunde liegenden besondern Gütercapitalien meist beweglich sind, und sie viel Arbeit bedarf, so herrscht der bewegliche und persönliche Charakter in der Industrie vor. Ihre Gruppierung ist von der Boden-

fruchtbarkeit wenig abhängig, zieht dagegen dem natürlichen Factor der Wasserkraft, des Brennholzreichthums und aller schwer transportablen Hilfsmittel um so mehr nach, je theurer der Transport ist und je mehr auf den unteren Verarbeitungsstufen der Stoffwerth über den Formwerth der Producte noch überwiegen ist.

Luxusindustrien ziehen dem städtischen Gesehmack nach.

Fabrilitindustrie und Hausindustrie. Die Arbeit der verschiedenen industriellen Unternehmungen ist bald in Fabriklocalen concentrirt (Fabrilitindustrie), bald findet sie in den Häusern der über das Land zerstreuten Arbeiter Statt; in letzterem Falle heißt sie Hausindustrie. Der Verkehr für die Arbeiter, welche Aufträge sowie Arbeitsstoffe zu empfangen, Waaren abzuliefern haben, ist im Falle der Hausindustrie entweder ein direkter mit dem Arbeitsherrn und seinen Commis (reisende Commis zum Besuch der Seidenweber um Lyon «commis de ventes»), bald ein durch Zwischenagenten (Entrepreneurs, „Bercher“) vermittelter. Die erstere Gestaltung ist die günstigere, für die Qualität der Arbeit und für die Lage der Arbeiter die bessere. Die zweite Form führt leicht zu Auswucherung, zu Betrug und zu schlechter Arbeit, zu Hintanziehung der guten Arbeiter, welche den Werth ihres Productes oft lange nicht erkennen; ein Seidenfabrikant von Nancy zeigte bei der Ausstellung von 1856 fünf Stücke mit gleichem Dessin und auf gleichem Stoff, deren Werth wie 2½:22:70:120:200 Fr. sich verhielt.

Hausindustrie ist bei directen und guten Beziehungen zwischen Patron und Arbeitern volkswirtschaftlich, physisch, und sittlich nicht ungünstig: die Wohnung ist wohlfeiler, Nebenarbeiten können vorgenommen und Nebenzeiten verwerthet werden, an den Fabrikgeneralkosten wird erspart, die Erweiterung der Unternehmung kann leichter vor sich gehen, landwirtschaftlicher den Unterhalt vernünftigerer Nebenbetrieb ist möglich, ein sesshafter Arbeiterstand erhält sich, Löhne können niedriger sein, Absatzfluctuationen leichter überwunden werden, Frauen und Mädchen können ohne dieselbe Gefahr für Gesundheit und für gute Sitten ihre Zeit verwerthen; das Leben auf dem Land, statt in der Fabrikluft, hat allerlei Vorzüge, Unterricht, Zucht und Sparlichkeit haben günstigeren Boden.

Theilweise kommen dieselben Vortheile den Fabrikten auf dem Lande gegenüber den städtischen Fabrikten zu. Die Wohnungsreform ist hier bei wohlfeilerem Baugrund leichter mit Einzelwohnungen durchzuführen.

Ob der Betrieb der gewerblichen Großproduction fabrilitmäßig oder hausindustriemäßig stattfindet, ist nicht vom Zufall abhängig.

Je mechanischer der Character der Production ist, je mehr mächtig wirkende Dampf- und Wasserkraftkräfte für Ordinärproduction erforderlich sind, desto mehr wird Fabrilitindustrie —, je mehr es sich um faconirte Waare handelt, desto mehr wird Hausindustrie eintreten. Die Maschine kleinerer Wirkung, z. B. die Leucler'sche Waschmaschine, die Nähmaschine, Stichtmaschine — dient auch der Hausindustrie.

So ist denn die Seidenindustrie überall vorwiegend Hausindustrie, insbesondere in und um Lyon, die Baumwollspinnerei und Weberei dagegen Fabrilitindustrie; soweit aber der Jacquardstich für gemusterte Stoffe geht, ist auch die Baumwollweberei Hausindustrie. Ordinaire Messerschlosserwaaren werden fabrilitmäßig, faconirte hausindustriemäßig erzeugt. Gemeine Tischlerarbeit geht in die Baufabriken auf, die Möbelfabrikeri aber erhält sich auf dem Lande zerstreut. Stickeri, Klepperei (feinste Valenciennes), Handschuhnähen (15000 ländliche Arbeiterinnen im Departement de l'Eure), Strohhutstickerei, Steinfeinschneiden, Holzschmuckerei u. sind nicht zufällig Hausindustriezweige.

§ 247. **Gewerberecht. Gewerbebeförderung.** Auch der Gewerbefleiß hatte im Mittelalter und bis auf die neueste Zeit seine gebundene Ordnung, wie das Gebiet der Bodenvirtschaft.

Diese Ordnung war die Zunftordnung, welche auf dem Gebiete des gewerblichen Vermögensverkehrs die freie Concurrenz beschränkte. Durch Markts- und Bannrechte, durch Verbot oder Hinderung der Einfuhr fremder Waaren schloß man das Absatzgebiet örtlich ab.

Auch hiegegen ist die Freiheit der persönlichen Gegenleistungen (Gewerbefreiheit, Freizügigkeit) durchgedrungen, und von diesem Fortschritt ist daselbst zu sagen, wie von der bodenwirtschaftlichen Befreiung: sie ist nützlich, aber sie muß richtig gebraucht werden; auch ihre Einführung kann nicht schaden, wenn zugleich für Bildung und für Hebung der Geschäftsenergie gesorgt wird. Die Aufrechterhaltung der alten Ausschließung ist ebenso unumgänglich als schädlich. Die Verhältnisse sind hier so mannichfaltig, so weit, so beweglich geworden, daß sie nicht mehr fixirt und gefesselt werden können.

Neue technische Gedanken sind vom Staat häufig auf Nachsuchen durch Erfindungs- (bez. Einführungs-) Patente für einige Zeit mit dem Rechte ausschließlicher Ausübung privilegiert. Die Zeitdauer muß jedoch eine beschränkte sein.

Der Staat untersucht theils Neuheit und Zweckmäßigkeit der Erfindung durch die Patentbehörde (Untersuchungsverfahren), theils registrirt er blos die Erfindung und überläßt den über die Neuheit entstehenden Streit den Parteien zum gerichtlichen Austrag (Registrirungsverfahren).

Ramentlich die Ausdehnung des Erfindungsschutzes auf Muster macht viel Streit und Verärgung (Musterstich). Es wird die Zeit kommen, in welcher man auf Patente und Musterrecht verzichtet, den gebührenden Vortheil in der Priorität freier Ausbeutung finden und in hervorragenden Fällen durch Nationalabstimmungen erlangen wird. Eine internationale Agitation in diesem Sinne hat sich bereits bei Gelegenheit der zweiten Londoner Weltausstellung organisiert. (Eine internationale Belehrung durch die Großmächte hat More für den Telegraphenapparat im Jahre 1858 empfangen.)

In den früheren Zeiten, in welchen der Staat Alles unter seine Vorherrschaft nahm und bei der größeren Einfachheit der Verhältnisse auch

leichter unter seine Aufsicht nehmen konnte, glaubte man die Waaren: Leinwand, Seidenzeuge, Schnudwaaren polizeilich stempeln, beschauen, wägen und garantiren zu müssen. Es bestanden Schau- und Probiranstalten aller Art, wie noch jetzt in einigen Staaten bei der Bijouterie.

Diese Controle ist von Staatswegen entbehrlich geworden. Der Staat kann nur noch so weit gehen, daß er eigene und fremde Gülder oder Gewerkszeuge, welche sich zur Erhaltung ihres Rufes (insbesondere im Exporthandel) freiwillig eine Probe auferlegen, gegen Verwundung und Fälschung des Stempels durch Nichtkontrolirte schützt.

Die Hauptaufgabe des Staates zur Beförderung des Gewerksfleißes ist Verallgemeinerung praktischer Bildung durch gute Reals, Gewerks, Fortbildungsschulen, Beförderung der exacten Wissenschaften, des Zeichnens und Modellirens, Unterstützung der gewerkslichen Bildungsvereine, Modellsammlungen, Ausstellungen, sofern diese Veranstaltungen nicht von den Industriellen selbst getragen werden, was vorzuziehen ist, weil die Bildung aus eigener Anstrengung die nachhaltigere zu sein pflegt. Directe Forderung des gewerkslichen Unternehmungskapitals durch den Staat ist stets mehr als bedenklich; denn sie hat den Charakter eines Zwangsanklehns bei den Mitbürgern, das der Vorsehung im Wege des freien Credits nicht findet.

Zur Ermunterung des Gewerksfleißes und zu seiner internationalen Vernetzung haben epochenmachend die Industriesausstellungen gedient, deren erster Gedanke schon unter Ludwig XVI. in Frankreich gehegt war. Napoleon I. ließ mehrere in Frankreich abhalten; später veranstalteten der Zollverein und Oesterreich mehrere größere; in England, wo erst die Freihandelsagitation 1844 die Idee erfaßte und in Birmingham verwirklichte, kam 1851 die erste Weltausstellung zu Stande. Diese wurde Veranlassung zu einer permanenten Fortsetzung in den Wundern des Sydenhamer Krystallpalastes; 1855, nachdem 1854 München eine große Ausstellung gehabt, veranstaltete Napoleon III. die zweite große Weltausstellung in Paris. 1862 war die dritte in London, 1867 wird die vierte in Paris stattfinden.

4) Verkehr und Verkehrsmittel.

§ 248. Im Allgemeinen. Der gesellschaftliche Charakter des Menschen, welchen er übrigens nicht bloß in seiner wirtschaftlichen Thätigkeit, sondern in seinen vernünftigen Lebensäußerungen überhaupt bewahrt, führt zu den verschiedenen Arten des Verkehrs.

Wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Verkehr.

Nicht aller Verkehr ist wirtschaftlicher Art.

Der wirtschaftliche Verkehr hat zum Zweck die möglichst vollkommene Bedürfnisbefriedigung der gesammten Gesellschaft mit möglichst geringem Aufwand an Sachgütern und Leistungen.

Eine „Unterhaltung“ zweier Personen oder eine gesellige Zusammen-

kunft sind Arten des Verkehrs, zählen aber nicht zum wirtschaftlichen Verkehr.

Der Verkehr ist entweder ein Verkehr im Raum, und zwar in Beziehung auf Sachen und Personen theils ortsändernd, theils ortsverbindend, oder ein Verkehr in der Zeit: die aufeinanderfolgenden Thätigkeiten verknüpfend.

Der Verkehr im Raum, wie in der Zeit ist ebenfalls theils wirtschaftlicher, theils nicht wirtschaftlicher Art.

Je inniger der Verkehr, desto höher steht die National- (Social-) Wirtschaft als solche (§ 1). Selbst ein Glied der gesellschaftlichen Arbeitsheilung ist der Verkehr doch spezifisch das Bindeglied aller übrigen Zweige gesonderter menschlicher Thätigkeit.

Die verschiedenen Arten des Verkehrs bedürfen zu ihrer Realisirung verschiedene Mittel.

Die Mittel a) des räumlichen Verkehrs sind sowohl in Beziehung auf Personen als auf Sachgüter entweder ortsändernd, was den Inbegriff des Transportwesens ergibt (Personentransport — Gütertransport), oder ortsverbindend (Communicationsmittel im e. S.): Telegraph und Post.

Die Ortsverbindung bedarf allerdings auch des Transportes: des Briefes, Druckerzeugnisses, electrischen Stromes, jedoch ist hier der Transport nur Mittel der Communication von Personen ohne eigene Ortsänderung der letzteren.

Als Hilfsmittel der den Standort der Personen und Sachen nicht verändernden, also ortsverbindenden Communicationsmittel erweist sich die Presse in ihren verschiedenen Producten: Journalen, periodischen Zeitschriften und Büchern, welche selbst transportirt werden, um Personen und Sachen verschiedener Orte in wechselseitige Beziehung zu setzen.

b) Die Mittel des Verkehrs zwischen ökonomischen Leistungen verschiedener Zeitschnitte — sind ebenfalls mannigfaltig: die Presse, die Rechnungsstellung mit Hilfe der Buchführung, die Creditzahlungsanstalten, die Schuldendocumente, Hypothekenbücher u. s. w.

I. Die verschiedenen Arten des Verkehrs.

§ 249. Gliederung der Arten des wirtschaftlichen Verkehrs.

1) Die Gegenstände des wirtschaftlichen Verkehrs als solche heißen Leistungen im weitesten Sinne (§ 129, b), juristisch Forderungen.

2) Diese Leistungen sind entweder Leistungen von Sachgütern oder Leistungen werthvoller Handlungen (Leistungen im engeren Sinne des § 15).

Letztere sind theils Sacharbeit, theils Personearbeit (sog. persönliche Dienstleistungen § 175).

3) Die in den wirtschaftlichen Verkehr eintretenden Leistungen werden entweder vergolten oder nicht, was den Unterschied des entgeltlichen und unentgeltlichen Verkehrs ergibt.

4) Der unentgeltliche Verkehr begründet für den einseitig Empfangenden das schon besprochene „abgeleitete Einkommen.“

Die Unentgeltlichkeit ist entweder eine bewußte und freiwillige (z. B. Schenkung, Vermächtniß, unentgeltliche Leihe, Erbschaft) oder eine bewußt unfreiwillige (Verkauf), oder unbewußt unfreiwillige (Diebstahl, Unterschlagung u. s. w.).

Bemerkenswerth ist auch hier Aristoteles durch seinen univervellen Blick, indem er neben dem Tausch als gesellschaftliche Güterverkehrsformen Schenkung, Diebstahl zc. nennt.

Das Gebiet der gemeinwirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung (Familienleben, Geselligkeit und Gastfreundschaft, Vereinsamkeit, das Staatsleben) zeigt stets einen großen Umfang unentgeltlicher Leistungen (z. B. Kriegsdienst, Armenpflege u. s. w.). Diese Erscheinung bildet sogar eines seiner hauptsächlichsten Charaktermerkmale.

Die Zeit der einseitigen Leistung betreffend, so ist Verschiedenes möglich: vorübergehende Ueberlassung der Nutzung (unentgeltliche Nutzung), dauernde Uebertragung des Gutes selbst, letztere entweder sogleich (gewöhnliche Schenkung) oder im Fall des Todes (Erbschaft).

§ 250. Der entgeltliche Verkehr ist

a) den beiderseitigen **Objecten** nach, entweder Verkehr beiderseitig mit Sachgütern (z. B. Waarenverkauf gegen Geld),

oder beiderseitig mit tauschwerthen Handlungen, oder mit Sachgütern von der einen und mit Handlungen von der anderen Seite (Vohnarbeit um Geldlohn, besoldeter Staatsdienst).

Sobald das Geld in Gebrauch kommt, jeden Tausch (permutatio) in Kauf und Verkauf (emptio venditio) auflöst und die beiden Leistungen zur Waare (merx) und zum Preis (pretium) macht, wird der entgeltliche Verkehr, wenigstens der freie tauschwirtschaftliche, beiderseitig zur Leistung in Sachgütern oder zur Leistung in Arbeit und zur Gegenleistung in Sachgütern (Geld, Waarenpreis, Lohn).

b) je nach dem Gebrauch oder Nützlichgebrauch eines allgemeinen Werthmaßstabes und Tauschmittels: **Naturalverkehr** — **Geldverkehr**,

c) je nachdem directe Vergeltung bestimmt einzelner Leistungen durch einander oder indirecte Vergeltung durch allgemeinen wechselseitigen Dienst stattfindet: **Tauschverkehr** (privatwirtschaftlicher Verkehr) — **gemeinwirtschaftlicher Verkehr** (**Gemeinverkehr**).

Dieser Unterschied war uns maßgebend für die Gliederung des wirtschaftlichen Systems der bürgerlichen Gesellschaften in zwei große Hauptgebiete.

a) Leistung und Gegenleistung sind

entweder a) beide **freiwillig**, oder b) beide **erzwungen**, oder c) herrscht für die eine Freiwilligkeit, für die andere Zwang.

a) Beiderseitige Freiwilligkeit ist, soweit sie für die gestellten Zwecke ausreichend ist, die menschenwürdige und in der That auch die geschichtlich zunehmende Verkehrsgestaltung: die Zunahme des freien privatwirtschaftlichen Verkehrs, Abnahme der wirtschaftspolizeilichen Verkehrsregulirungen, leistungreiches Familienleben in der neueren Zeit trotz fortwährender Schwächung der im Jugendalter der Väter gemaltigen Rechte und Pflichten der väterlichen Gewalt, zunehmende Leistungsfähigkeit des freien Vereinswesens!

b) Beiderseitig obligatorischer (zwingender) Charakter kommt vor in vielen Leistungen an und durch Staat, Gemeinde, Rüste, u. s. w., namentlich in früherer Zeit (§ 178);

c) frei von der einen, obligatorisch von der andern Seite waren viele Verkehrsverhältnisse der älteren Culturgeschichte: Herrenthum und Sklaverei, feudale Lehnverhältnisse aller Art, wenn nicht überhaupt die Leistungen dieses Verkehrs zwangsweise unentgeltlich waren.

Einseitiger oder zweiseitiger Zwang findet namentlich in der Wechselwirkung der Staats- und Gemeindeobrigkeit mit den Staats- und Gemeindegürgern statt. Dieß gilt z. B. auch von den Leistungen der Sträflinge, von der Zwangsarbeit arbeitsfähiger Armer.

e) Nach den **Beweggründen** des entgeltlichen Verkehrs schieben sich uns einerseits das privatwirtschaftliche Verkehrssystem mit der Triebfeder des Gewinnstrebens und der Schadensfurcht, andererseits die gemeinwirtschaftlichen Verkehrssysteme (s. insbes. § 187) mit anders gearteten Regulatoren der Wirtschaftlichkeit.

§ 251. **Fortsetzung.** f) Nach der Zeit der Leistung und der Gegenleistung lassen sich folgende Fälle unterscheiden:

a) beide Leistungen erfolgen Zug um Zug in der Gegenwart: **Bargeschäft** (marché au comptant, Kaffgeschäft, Tageskauf, money business, money bargain im privatwirtschaftlichen Tauschverkehr); als **Gefahren**, **Spottzahlung** u. s. w. kommt das **Bargeschäft** im öffentlichen Verkehr vor.

b) Beide Leistungen fallen in die Zukunft: **Zeitgeschäfte** (Lieferungsgeschäft, marché à terme, time bargain).

Zeitgeschäfte kommen sowohl im Waaren, als im Credithandel vor. Sie sind entweder feste Zeitgeschäfte oder bedingte (offene, gegen Prämie reubare) Zeitgeschäfte (Prämiengeschäfte).

Im Staatenverkehr kommen namentlich in der hohen Politik und durch Staatsverträge, gemeinwirtschaftliche Analogien des privatwirtschaftlichen Lieferungsverkehrs vor.

c) Die eine Leistung erfolgt sofort, die Gegenleistung in der Zukunft. Die verschiedenen Arten der **Leihe**: Pacht, Miete, **Kredit** (Darlehen).

Dieser dritte Fall ist neuerdings auf **Macleods** Anregung (Elements of political economy 1858, vergl. auch **Knies** Tüb. Ztschr. 1859 u. 1860) gründlicher betrachtet worden.

§ 252. Fortsetzung. Der Verkehr durch Leihe insbesondere. Kreditverkehr.

g) Verschiedenheiten nach dem Gegenstande. Eine Leihe, vorausbezahlung oder Zahlungsausschub, ist häufig verbunden mit dem Bezug

a) fremder Arbeitsleistungen in ständigen Dienstverhältnissen (gestundeter Lohn, Quartalsbezahlungen u. s. w.), analog dem kurzzeitigen Geschäftskredit.

Doch keineswegs verknüpft sich eine Leihe (Stundung der Lohnzahlung) mit allen Benutzungen fremden Arbeitsvermögens, wie **Reuere** behauptet haben. Der Tagelohn z. B. läßt sich doch kaum anders, denn als Baargeschäft ansehen; das Gesinde erhält für seine täglichen Leistungen einen täglichen Naturallohn neben dem gesunden Monats- oder Quartallohn.

h) Verschiedene Arten der Leihe haben das Gütervermögen zum Object; und zwar theils das Capitalvermögen, theils das Genußvermögen.

Die Capitalvermögensleihe geschieht entweder ohne Uebertragung des Eigentumsrechtes am geliehenen Gute, was nur bei gewissen stehenden und unverbrauchlichen Capitalgütern durch Pacht, Miete u. s. w. vorkommt, —

oder unter Uebertragung des Eigentumsrechtes an vertretbaren (und verbrauchlichen) Gütern, welche dann in einem Äquivalent zu ersetzen sind: Darlehen (Credit), was die Form der Leihe von umlaufenden Capitalien ist.

Die Genußvermögensleihe ist entweder Leihe stehender Genußgüter (Gebrauchsgüter), was nach dem überwiegenden Sprachgebrauch das spezifische Wesen der Miete*) ausmacht (Miete eines Wohnhauses, einer Villa, eines

*) Der Sprachgebrauch ist hinsichtlich der Unterscheidung des Pachtens und der Miete vom Darlehen bestimmt. Nicht so hinsichtlich der Unterscheidung von Pacht und Miete untereinander selbst. Wenn **Knies** in seinen schönen Arbeiten Tüb. Ztschr. 1859 f. und in seinem andern Programm von 1862 als wesentliche Unterscheidungszeichen des Pachtens gegenüber der Miete angiebt, daß es sich beim Pacht stets um eigene „Erwirtschaftung“ der Nutzung unververtretbaren unverbrauchlichen Capitals und um Erhaltung der Substanz des Nutzgutes durch den Empfänger der Nutzung handle, — so können wir dem nicht völlig beistimmen und auch den Sprachgebrauch, sofern er diesen Charaktermerkmalen sich nicht anbequemt, wobei sich versteht, noch durch „denominatio a potiori“ (afad. Prog. S. 68) im Sinne der **Knies'schen** Ansicht erklärt werden. Der Sprachgebrauch wühlt fast durchaus das Wort Pachten, wo es sich um Nutzung fremden stehenden Capitalvermögens handelt (Landwirtschaftlicher Pacht, Pacht fremder Geräthnisse zur Ausbesserung, Jagdpacht, Pacht von Gruben und Steinbrüchen, Pacht von Regalien, von Gastwirthschaften, Brauereien, Brennereien u. s. w.), —

Wagens, eines Reitpferdes, eines Sitzplatzes, Fensters u. s. w.), — oder Leihe von umlaufenden Genußgütern (Verbrauchvermögens § 18).

Auch innerhalb der gemeinwirtschaftlichen Verkehrssysteme erscheinen die so eben unter **f** erwähnten (privatwirtschaftlichen) Formen der Leihe von Capital- und von Genußvermögen, selbstverständlich in höheren Formen wieder.

§ 253. Fortsetzung. h) Nach dem Zwecke der Leistung bestimmt sich nothwendig auch die Zeit der Gegenleistung:

a) Bei Genußvermögen. Bei Leistung von Verzehrungsgütern zum Verbrauch wird regelmäßig Barauf verlangt, höchstens eine kurze Stundung eingeräumt. Ältere Verbrauchsschulden gelten mit Recht als unselbst, insofern aus der Verzehrung nicht ein Gegenwerth zur künftigen Gegenleistung sicher eingeht (vgl. § 136.)

Auch die sofortige Bezahlung oder Vorausbezahlung von Leistungsgenußgütern (Theaterbilletts, Entrees, Naturalunterhalt des Gesundes u. s. w.) ist so zu erklären.

Bei der Leistung von stehendem Genußvermögen zum Gebrauch (Stundung der Wohnmiete, des Leibstichtabonnements u. s. w.) stellt sich höchstens eine Leihe von kurzer Frist, mit regelmäßigen Terminen der Vergeltung des Gebrauchs (Handzinsen), ein.

h) Bei Kapitalvermögen. Bei der Leistung von umlaufendem Kapital, sei es in Form des Geldbarlehens für Anschaffung concreter Umlaufkapitalien, oder in Form der Uebergabe von Waarenvorräthen, ergiebt sich naturgemäß der Kreditverkehr, jedoch mit kurzen Umlaufungsperioden (Geschäftskredit). Es ist dieß in der Lehre vom Kredit (vergl. auch § 256) ausführlich bereits erklärt.

dagegen erscheint fast durchaus das Wort Miete, wo es sich um Gebrauch fremden stehenden Genußvermögens (Wohnungsmiete, Miete von Maschinen, anligen, Reitpferden, Büten u. s. w.) handelt.

Da nun stehendes Genußvermögen meist nicht individuell erhalten wird, kommt allerdings die Verpächterung des Miethers zur unmittelbaren Erhaltung des Genusses weniger umfassen vor, als bei Pacht von stehendem Capitalvermögen; übrigens auch in letzterem Falle ist die Erhaltung durch den Pächter nicht allgemein. Fast nur bei Häusern kommt das Wort Miete auch von solchen Genüssen, die nur dem Erwerb dienen, vor (Bodenmiete, Erwerbsmiete, Marktstandmiete u. s. w.), erklärt sich aber hier wohl allerdings dadurch, daß Gebäude vorzugsweise zum Genuß überlassen werden (Wohnhäuser).

Die „Erwirtschaftung“ der „Nutzung“ durch den Miethner ist bei gemieteten, wie bei gepachteten Capitalgütern nothwendig, z. B. beim gemieteten Verkaufslocal ebenso, wie beim gepachteten Acker. Nur bei Genußgütern ist sie nicht nothwendig, sofern es sich hier nicht um productive Nutzung für werdende, sondern um den persönlichen Gebrauch fertiger Güter handelt. Dieß wird sofort klar, wenn man es unterläßt, die Gebrauchsgüter (stehendes Genußvermögen) unter dem Namen „Umlaufkapital“ zum Kapital zu rechnen (vgl. § 18).

Bei der Leistung von Darlehen zu Anschaffung und Mehrung fixer Kapitalien oder bei directer Leistung von stehendem Kapital (Verkauf und Pacht), ergiebt sich ebenfalls der Kreditverkehr (Hypothekendarlehen), — jedoch was die Gegenleistung des Stamminwerthes betrifft, ein Kredit in langen Fristen, insofern zwar die Leistung die Fähigkeit zur Gegenleistung erzeugt, jedoch nur zur Bezahlung von Nutzungsanteilen. Die Fähigkeit zur Gegenleistung des Stamminwerthes ergiebt sich nur durch eine Stufenfolge von Erträgen, welcher die Annuitätentilgung, Abbezahlung von Hauszinsen, entspricht (vergl. § 134. 256).

γ) Bei Leistung von Arbeitsvermögen an Andere zu Erzeugung von Sachgütern ist Baarzahlung (Lohnlohn), jedenfalls kurze Leihe (Wochentlohn, Monats-, Quartalsbezahlung) das Naturgemäße, da der Effect der Leistung unwiederbringlich abgegeben ist und das Arbeitsvermögen fortlaufend zu unterhalten ist. Für gleichmäßig fortlaufende Dienste ergiebt sich kurze Lohnstundung (Gesindelehn, Bezahlungen).

δ) Dagegen ergiebt sich für die reine Speculation auf zukünftige Conjunctionen das **Kieferungsgeschäft**. Dieses kommt daher sehr stark und mannigfaltig geformt im Kredithandel vor, weil die Kreditwerthe ihrer Natur nach von kommenden Gestaltungen stark mitbedingt sind.

i) Leistung und Gegenleistung können, außer beim Baarverkehr, **dasselbe Sachgut** zum Inhalt haben; denn die Gegenleistung derselben Sache in der Zukunft kann beim Kreditverkehr und bei den Zeitgeschäften ein eigenes Interesse haben; nicht so die in der Gegenwart.

Dieselbe **Arbeit** kann als individuelle Leistung nicht auch Inhalt der Gegenleistung sein.

Dasselbe Sachgut zum Inhalt beider Leistungen zu machen, kann durch verschiedene Interessen begründet sein:

a) Interesse der reinen Aufbewahrung in die Zukunft hinein, sei es zum Vortheil des Leihenden (Deponenten): Depositum, sei es zum Vortheil des Beliehenden (Depositar): Cautio. Uebrigens werden Cautiohen und Depositen mit fortwährender Kreditentwicklung zinsbringend angelegt (vergl. § 73, B, a).

β) Interesse der Erhaltung eines festen zinsbringenden Stamminvermögens: Verpachtung von Domänen und standesherrlichen Gütern, von Corporationsgrundbesitz und Miethhäusern.

κ) Ueber die verschiedenen Interessen bei Bildung von Kreditverhältnissen vergl. § 256.

Anhang: Waarenhandel. Kredithandel. Von den zahlreichen Combinationen des privat- und des gemeinwirtschaftlichen Verkehrs werden unten der Sachgüterhandel (Waarenhandel) und der Kredithandel besonders ins Auge gefasst werden.

Das so eben gegebene Schema entbehrt uns wohl des Vorwurfs, daß wir bei solcher Beschränkung in der Specialdarstellung das Dasein anderer Arten des wirtschaftlichen Verkehrs überhaupt nicht kennen.

Der durch Kauf und Verkauf sich vollziehende gewerbsmäßige Sachgüterverkehr oder Waarenhandel hat einmal praktisch besondere Bedeutung.

Der Kauf und Verkauf von Arbeits- und Dienstleistungen dagegen zeigt nur wenige Erscheinungen eigener privatwirtschaftlicher Handelsorganisation: Pachtgerei, Theaterunternehmen u. s. w., Gesindeverdinganstalten, Arbeiterunterstützungsbureau, alte zünftige Werbergesammlungen, einzelne Acte der „Commissiönäre“. Solche Anlässe eines Leistungshandels treten aber vor dem zerstörten Verkauf der Arbeitsleistung an den Arbeitgeber, beziehungsweise vor dem Verhältniß der Dienstmiethen zurück. Der persönliche Charakter der Leistungsgüter, ihr zeitlich successives Ausströmen aus dem Arbeitsvermögen, hindert jede dem Waarenhandel ähnliche Concentration des „Arbeitsmarktes“. Der Handelsverkehr gestaltet sich als freie individuelle Leihe (Dienstmiethen), nicht als ein Handel Dritter im Arbeitsvermögen. Diese Leihe aber ist in Kap. XX. besprochen. Dieß der Grund, weshalb hier im Anhang ein specielles Kapitel über Handel in Leistungsgütern entbehrt werden kann.

Allerdings gestaltet sich in gemeinnützigen Leistungsgütern eine ausgebildete Verkehrsorganisation. Allein diese Organisation ist vorherrschend eine gemeinwirtschaftliche, durch Schule, Kirche, Gemeinde, Vereine, Staaten vermittelt, indem diese Organe die planmäßige Organisation der öffentlichen Leistung und der Gegenleistungen Seitens des Publikums übernehmen. Dieß jedoch ist schon in der Darstellung des Systems so vielseitig angedeutet, um nicht auch im Anhang dieses Buches bei der Verkehrslehre speciel erörtert werden zu müssen.

Wohl aber verlangt die gewerbsmäßige Vermittlung des Kreditverkehrs, wie sie im Bankwesen zu einer sehr mannigfaltigen Organisation gelangt ist, eine besondere Betrachtung.

So wird es denn gerechtfertigt sein, wenn A) der Waarenhandel, B) der Kredithandel (und C) das Transportwesen)

specielle Erörterungen im Kapitel vom Verkehr finden.

Ehe dieß geschieht, verlangt jedoch das Transport- und Communicationswesen einige allgemeine Bemerkungen.

II. Die Mittel des Verkehrs.

§ 254. **Allgemeines.** Nicht alle, jedoch die meisten Arten des Verkehrs bewegen sich zwischen räumlich und zeitlich getrennten ökonomischen Personen und Sachen. Mit ihnen muß daher eine Annäherung im Raume und eine Verknüpfung in der Zeit verbunden sein. Diesem Bedürfniß der Verbindung entsprechen die Mittel des Verkehrs: Communicationsmittel.

Wir haben bereits Mittel des Verkehrs im Raume und Mittel des Verkehrs in der Erstreckung der Zeit unterschieden.

Die ersteren dienen theils der **Ortsveränderung**, theils der **Ortsvereinigung** der Personen und der Sachen.

Der Bestimmung der Menschen, ihre vernünftigen Lebensaufgaben als eine gesellschaftliche Gesamtheit, gleichsam als Gesamtmensch zu erfüllen, steht wesentlich die Schwierigkeit der Raumüberwindung entgegen.

Die raumüberwindenden Verkehrsmittel sind daher für das wesentlich gesellschaftliche Wirtschafts- und sonstige Culturleben unentbehrlich. Raumveränderung und Raumverbindung durch Transport- und durch Communicationsmittel ist wahrhaft eines der obersten, aus der gesellschaftlichen Natur des Menschen quellenden Lebensbedürfnisse; die wirtschaftlichste Befriedigung dieses Bedürfnisses für jede Art menschlichen Verkehrs und menschlicher Gemeinschaft ist unerlässlich.

Die höchste Entwicklung der Verkehrsmittel ist namentlich eine Hauptgrundlage wahrer Social- (National-) Wirtschaft, ihre wirtschaftlichste Gestaltung ein ökonomisches Hauptproblem, an dessen Lösung keine Epoche der Weltgeschichte so mächtig gearbeitet hat, wie die Gegenwart. Wir fassen daher dieses Problem in § 262 ff. ausführlich ins Auge.

Classification der Verkehrsmittel.

Die Ueberwindung der räumlichen Getrenntheit ist nöthig, theils um Personen mit Personen und Sachen, theils um Sachen mit Personen und Sachen in Verbindung zu bringen.

Die zu verbindenden Personen und Sachen sind wieder entweder von Natur oder in Folge ökonomischer, geselliger und rechtlicher Verhältnisse ortsbeharrlich (unbeweglich) oder ortsveränderlich (beweglich.)

Hienach haben die Transport- und Communicationsmittel folgende Hauptarten des Bedürfnisses der Raumüberwindung zu befriedigen:

1) Verbindung zweier ortsbeharrlicher Personen durch **Nachrichtenverkehr**, sei es in Beziehung auf persönliche, sei es in Beziehung auf gesellschaftlich sachliche Verhältnisse: postalische und telegraphische Correspondenz, welche theils persönlicher, theils gesellschaftlicher Art ist.

Als Verkehrsmittel dieser Art ist wohl der atlantische Telegraph, welcher die Bewohner zweier Hemisphären binnen weniger Stunden über das Weltmeer hinüber in Rapport setzt, das größte Wunder.

Schnelligkeit und Präcision sind die Hauptanforderungen des Nachrichtenverkehrs.

2) Verbindung einer ortsveränderlichen Person durch **Personentransport**,

entweder mit ortsbeharrlichen Personen: Personentransport für Besuche, Geschäftsreisen, großstädtischer Personentransport u. s. w.,

oder mit ortsveränderlichen Personen: Transport für persönliche Zusammenkünfte, Congresses, Feste, Märkte, Börsen u. s. w., — oder Verbindung ortsveränderlicher Personen mit Sachen, theils mit entfernten ortsbeharrlichen (unbeweglichen) Sachen: Auswanderung, Touristentransport, Transport wandernder Arbeitskräfte, theils mit ortsveränderlichen Sachen: Marktpersonenverkehr.

3) Verbindung ortsveränderlicher (beweglicher) Sachen mit Personen und Sachen, — durch **Gütertransport**, sei es zum persönlichen Gebrauch, sei es zu Erwerbszwecken der Empfänger: Postpaketverkehr, gewöhnlicher geschäftlicher Waarentransport u. s. w.

Die Verkehrsvereinigung im Raum erfordert demgemäß für außerwirtschaftliche wie für wirtschaftliche Verkehrsbedürfnisse Mittel des Nachrichten-, des Personen- und des Gütertransports.

Diese Verkehrsmittel bedingen weiter **Hilfsanstalten**, theils für wirtschaftliche Transportanhäufung der Sachen (Lager, Entrepôts u. s. w.), theils für die Anhäufung zusammenkommender Personen (Versammlungslocale, Börsen u. s. w.), theils für die wirtschaftlichste Anhäufung von Nachrichten und Mittheilungen (Presse.)

Das letztgenannte Verkehrs-Hilfsmittel mag sofort eine eingehendere Charakteristik finden.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Presse. Als ein mächtiges, auf die Transportmittel sich stützendes Hilfsmittel des Verkehrs räumlich und zeitlich auseinanderliegender Personen, erweist sich die Presse in allen ihren bereits erwähnten Einzelgestaltungen.

Sie ist eine der denkbar wirtschaftlichsten Veranstaltungen des Lebens der menschlichen Gesellschaft, sie leistet eine unendlich ökonomische Befriedigung der materiellen und geistigen Verkehrsbedürfnisse.

In der gelehrten Büchervliteratur verknüpft sie die wissenschaftliche Arbeit der ganzen Welt, die Theorie und die Praxis aufeinander folgender Generationen, im Journalismus erscheint sie ebenso als ein Hauptorgan der Wirtschaftlichkeit im Zusammenleben der bürgerlichen Gesellschaft.

Suchen wir das Letztere durch einige Ausführungen darzulegen.

Zeitnutze ist der Bürger so sehr von seinen nächstliegenden Interessen in Anspruch genommen, daß er mit dem besten Willen nicht unmittelbar und persönlich an der Verwaltung aller ihn betreffenden gemeinen Interessen Theil nehmen kann, die Theilung der Arbeit ist ein Motiv auch des öffentlichen Lebens geworden und hat diesem die frühere Unmittelbarkeit geraubt. Aber derselbe Proceß hat auch für ein entsprechendes Surrogat gesorgt, für ein eigenes Organ, welches die verschwundene unmittelbare Theilnahme der Einzelnen an allen Arten gemeinsamer Zweckverfolgung vermittelt in zeitgemäßer, umfassender,

Zeit und Geld sparernder Weise wieder herstellt — die Presse. Die Mitglieder wirtschaftlicher Gesellschaften sind über Erdtheile zerstreut, ihre unmittelbare Theilnahme an der Leitung der Unternehmungen ist gar nicht denkbar, durch die Presse aber werden sie in unsichtbarer Verbindung mit der Gesellschaft und den Vereinen erhalten. Gemeinnützige Vereine veröffentlichen ihre Verhandlungen und Beschlüsse, vertheilen Meschenschaftsberichte zc. Ueberall erhebt die Presse als zeitgemäßes, einfachstes und daher wirtschaftlichstes Surrogat des durch Erweiterung aller Lebensverhältnisse mehr und mehr unmöglich gewordenen persönlichen Mitratens; sie ermöglicht vollaus die heutzutage nöthige Oekonomie in der Zuanpruchnahme des Bürgers für die Verwaltung öffentlicher und allgemeiner Interessen. Man muß eben darum sehr vorsichtig sein, ins Blaue hinein über die neuere Schlassheit des öffentlichen Geistes zu klagen, über das immer trägere Zurückbleiben der Bürger im Schmiedehaus ihrer alltäglichen Hanthierung; denn man darf den unsichtbaren, aber nicht immer kräftigen Rapport nicht übersehen, welcher durch die Presse zwischen den einzelnen Bürgern und den sie betreffenden gemeinen Angelegenheiten hergestellt wird. An eine unmittelbare bürgerliche Beratung und Verwaltung auf dem Markt, nach Art der alten Landsgemeinden und Korporationen, kann nur die politische Romantik denken. Jene Unmittelbarkeit hat unser Gemeinleben unrettbar verloren. Die Theilung und das Auseinandergehen der bürgerlichen Verhältnisse hat uns aber die Presse als eigenes Binde- und Communicationsmittel für die politische Arbeit gebracht.

Die Presse ist aber nicht blos das unentbehrliche Organ einer modernen bürgerlichen Selbstverwaltung, welches seiner Natur nach allein befähigt ist, alle Interessenten mit allen gemeinen Interessen in dem nöthigen und klaren und doch weder schwerfälligen noch ermüdenden Rapport zu erhalten, sie ist nicht blos für Gemeinden, Vereine, Erwerbs- und andere Gesellschaften die Willke einer tausendbügeligen Controlle, nicht blos der Ertrag einer theuren und plumpen Viesgreiberei durch eine wohlfeile und in tägliche Dosen vertheilte Bildrunderi, sondern auch eine Arbeitskraft im Dienste der höheren Staatsadministration. Die Presse sagt die entstehenden Bedürfnisse mit einem überallhin reichenden und doch einfachen und wohlfeilen Nervenapparat auf, sofern sie jeden Interessenten zum Mitarbeiter hat und daher freiwillige und berufene Stimmen für und wider in jeder Frage vermittelt. Sie trägt fremde Gedanken, Einrichtungen und Zustände an die heimischen Verhältnisse heran, mißt, discutirt, nobelt die Vorschläge, läßt mittlerweile das Unpraktische fallen, hält das Brauchbare fest und übergibt der Staatsadministration mehr oder minder klar gestaltete Bedürfnisse und einen kritisch beleuchteten Schatz von Mitteln zur Befriedigung.

Die Presse ist die fortlaufende Statistik und Kritik der Volksbedürfnisse und Volkswünsche. Sie vermag viel von jener theuren und doch unsichrigen administrativen Arbeitskraft zu ersparen, welche impotent

zum Regieren im höheren Sinn ins Schreiben und Reglementiren versällt. Die Presse ist eben darum eine Besoldung sparende Macht.

III. Specielle Ausföhrung aus dem Gebiete des Verkehrs und der Verkehrsmittel.

A) Der Waarenhandel.

§ 255. Begriff und Arten des Handels. Eine weitverzweigte Gattung von Unternehmungsarten umschließt der Handel.

Er besorgt den Güterumlauf zwischen der Gesamtheit der Einzelwirtschaften und Unternehmungen als das tausendfältige Band der tausendfältigen Verursachung.

Jede Unternehmung treibt Kauf- und Verkaufsgeschäfte, aber sie wird hierin zum eigentlichen Handel erst, indem sie den Güterumlauf zu ihrem ausschließlichen Erwerbszweige macht.

Der Handel ist gewerkmäßige Vermittlung des Austausches theils von Sachgütern (Waarenhandel), theils von Dienstleistungen.

Das Verdinggeschäft, die Bezorgung von Engagements, Musikvorstellungen und Theaterunternehmungen gehören in das Gebiet des Leistungs- handels. Umsassender ist der Waarenhandel.

Als Handel mit Sachgütern hat er theils zur Aufgabe, die Umlaufscapitalen von einer Produktionsstufe auf die andere fortzubewegen, (z. B. den Umlauf von Stabellen zwischen Hütte und Maschinenfabrik zu besorgen), — theils technisch fertige Genußgüter dem Consumenten zuzuföhren. Beides vollzieht der Waarenhandel wirtschaftlicher für Alle, als wenn die Tauschvermittlung kein besonderes Geschäft wäre. Durch Daywischenkunft seiner Kapitalien, welche Waarenvorräthe werden, macht er das Umlaufscapital der Stoffe und Formproduction immer wieder flüssig. Er macht die Wechselwirkung zwischen Production und Consumption, Genuß und Arbeit stetiger, gleichmäßiger, reicher, erspart durch örtliche und zeitliche Ansgleichung, sowie durch Concentrirung der Waarenvorräthe. Er ist das Bindeglied der Arbeitsstellung in der Sachgüterproduction.

Im Waarenhandel selbst giebt es eine Menge bloßer Vermittlerthätigkeiten zwischen den Käufern und Verkäufern der Waare: Agentur, Commissionen, Speditionen, Makler- oder Senalgeschäfte.

Nach dem Gebiete, der Richtung und dem Umfang, in welchem der Waarenhandel als Tauschvermittler auftritt, ist er: Binnenhandel und Außenhandel, — Ausfuhr-, Einfuhr-, Durchfuhrgeschäft, — Zwischenhandel (durch Freyhäfen und Entrepöts oft von der staatlichen Zollverwaltung gefördert), wenn er den Verkehr dritter Staaten vermittelt; — Großhandel (En gros), wenn auf den großen, Detailhandel, wenn auf den kleinen Absatz berechnet.

Ueber das geschichtliche Verhältniß von Groß- und Kleinhandel gilt ganz Ähnliches, wie das über das Verhältniß von Handwert und In-

dustrie Gesagte. Beide setzen einander voraus, die Großhandelsunternehmungen sind die Haupts, die Kleingeschäfte die Auslaufadern des Güterumlaufes.

Man unterscheidet ferner Activ- und Passivhandel, je nachdem ein Volk seine Aus- und Einfuhr selbst besorgt oder nicht. Ueber Zweckmäßigkeit des Passivhandels s. § 227.

Wir sehen noch hervor, daß auch im Gebiet des Handels und seiner Hilsgewerbe, der Abschließungs- und Localgeist sich geltend machte, obwohl der Handel seiner Natur nach das auf, nicht das ausschließende Element ist: z. B. im Differentialzoll, im Stapel- und Umschlagrecht, wonach einzelne Orte den durchgehenden, ihre Kaufleute, Fußrenten und Schiffer umgehenden Handel (directen Transithandel) hinderten. Die neuere Entwicklung hat hier alle Schranken durchbrochen, die vor 80 Jahren noch in Blüthe standen.

B) Der Handel in Kredit oder das Bankwesen.

§ 256. **Allgemeines.** 1) Begriff des Bankgeschäftes. Der Handel mit Kreditgütern bildet das heutige Bankier- und Bankgeschäft.

2) Entstehungsweisen des Kredites. Der Kredit ist bereits genau charakterisirt worden. Er ist ein Austausch, durch Leistung und Gegenleistung von Geld und vertretbaren Vermögensbestandtheilen, zwischen verschiedenen Zeiten. Jedes Bedürfnis erzeugt Kredit, welches künftige Vermögensmacht durch jetzige Vermögensmacht zu erwerben ein Interesse hat. Dieses Bedürfnis kann in verschiedenartiger Weise vorhanden sein: zur Verfügung über periodisch wiederkehrendes gleichmäßiges Zins-einkommen, — es wird durch die Zinse aus dem Hypothekenzins- und Staatskredit befriedigt, welchem in der That wegen periodisch wiederkehrenden Bedarfes die Leihkapitalien der Stiftungen und Corporationen, der Zinsrentner, der Wittwen und Waisen, der Männer des unentgeltlichen öffentlichen Dienstes zufließen;

zur Verfügung über Mittel für Ausbildung des Einkommens gebenden Arbeitsvermögens (Bildung von Leihkapitalien um der Kinder willen), zur Verfügung über flüssiges Capital bis zu erfolgter Verwendung oder bis zum Abzug desselben in veredelter Form: Zahlungs- und Geschäftskredit, welcher bei dem raschen Umschlag des flüssigen Capitals kurze Fristen nicht und bei der Unversänderlichkeit der betreffenden Vermögenswerthe die Sicherung in der Strenge der Wechselforderung sucht,

zur Verfügung über Vermögen befaßt Anschaffung und Verbesserung fixer Capitalgüter bis zum Bezug der aufeinander folgenden Nutzungen — Immobilienkredit, meist in Hypothekform, von längerer Dauer und im Hypothekbankwesen von eigenhändlicher Tilgung,

zur Verfügung über Vermögen befaßt Deckung jetziger öffentlicher Bedürfnisse, getriggt aus der geleisteten Steuerkraft der Zukunft, gleichsam ein Tausch zweier politischer Generationen, — öffentlicher Kredit,

zur Verfügung über Renten oder Capitalvermögen entweder für einen willkürlich zu bestimmenden, aber nicht foglich bestimmten künftigen Zeitpunkt (Sparbankwesen), oder für einen nicht willkürlich zu bestimmenden aber ganz ungewissen Zeitpunkt, an welchem außerordentlicher Bedarf eintritt, oder Capitalvermögen oder das Einkommen aus dem Arbeitsvermögen zerstört wird (Lebensversicherung, Ausstattungsversicherung, Schadenersicherung jeder Art), oder für einen vorausbestimmten künftigen Zeitpunkt (Altersrentenversicherung), — Versicherungskapitalwesen,

zur Verfügung über successive Renten bis zum Lebensende anstatt über ein verlierbares Capital (Leibrentenversicherung),

zur Verfügung über jetzt entbehrliche Vorräthe in den Zeitpunkten des successiven Bedarfes (Depositenkredit auf Abrechnung).

3) Ursprüngliche — secundäre Kreditverhältnisse. Die unter 2) bestrichene nach den Entstehungsurfachen aufgezählten Kredite lassen sich in ursprüngliche und in secundäre, in reinen und in Zahlungskredit abtheilen.

Die secundären Kredite schließen sich nämlich als Zahlungseinstundungen an Verzehrgeschäfte (Kauf, Miete, Pacht u. s. w.) an, bei welchen irgend ein Interesse zu einer längeren Umwidlungsefrist für die Gegenleistung hinführt. Dagegen repräsentirt z. B. das Gelddarlehen, die Einlage in Lebensversicherungsbanken den reinen Kredit.

Erstere Kredite bilden sich im Anschluß an den Waarenverkauf, was den eigentlichen Kern des commerciellen Kredites ausmacht.

An einmalige Dienste knüpft sich nicht leicht ein Kredit. Etwas dem Kredit Ähnliches bildet sich nur bei längeren Dienstfristen, eine geschäftliche Organisation erweckt die Vorhandlung nicht.

Die Kredite aus dem Waaren- und aus dem Börseverkehr selbst lösen sich in der Regel ebenso schnell, als sie sich knüpfen, und eben wegen dieser raschen Liquidation (regelmäßige Verfalliquidation bei Kreditgeschäften) und wegen ihres Ursprunges aus den laufenden Geschäften sind sie fähig, als Geldsurrogate zu dienen. Dieß ist bereits besprochen.

Daneben entstehen aber Kredite rein selbstständig, indem durch den Kredit von zwei tauschenden Parteien jetzige Geldwertheleistungen und künftige Geldwerthgegenleistungen, unter fortlaufender Nutzungsberegelung in der Zwischenzeit, zum Austausch gebracht werden wollen.

§ 257. **Augen des Kredithandels.** Den Tausch in Kreditgütern (§ 16) macht das Bankwesen gerade so zu seinem Gewerbe, wie der gewöhnliche Handel den Waarentausch zum strebenden Geschäft macht.

Es wäre ebenso unwirtschaftlich, wenn jeder Gläubiger erst seinen Schuldner suchen müßte, wenn zu ungelegener Zeit und ohne Concurrenz auf beiden Seiten vereinzelte Kreditgeschäfte abgeschlossen werden müßten, als wenn der Tauschhaber selbst das Tuch allen Producenten derjenigen Güter anbieten müßte, die er mit dem Tuchloos erwerben will. Der im Kredit liegende Tausch verlangt deshalb in nicht geringerem Grade

die handelsmäßige Ausbildung (Bankwesen) und große Märkte (Börsen), als es für den Waarentausch der Fall ist.

Insondere würde die Kündigung der Kredite, ohne Zwischenkunft eines organisierten Kredithandels, sowohl für den Gläubiger als für den Schuldner, von den größten Uebelständen begleitet sein. Nun aber finden, Dank der Bankorganisation und Dank der Bildung großer Kreditmärkte, selbst unfindbare Forderungen, wie Staatspapiere und manche Pfandbriefe, leicht Absatz auf dem Geldmarkt; durch tägliche und stündliche Absetzbarkeit (Negotabilität) der auf den Inhaber (au porteur), nicht auf einen bestimmten Gläubigernamen ausgegebenen Schuldpapiere aller Gattungen bleibt der Schuldner unbefähigt, selbst wenn die Gläubiger täglich wechseln. Von besonderem Interesse ist dies für den Staat, der als Schuldner auf tägliche Rückzahlungen der Gläubiger sich weder einläßt, noch einlassen kann (vgl. § 208), sowie für Hypothekenschuldner und im Bodenkredit.

Ein Landwirt, welcher durch eine Gelddarlehensnahme von 10,000 Th. sein Gut drainirt, wäre in größter Verlegenheit, wenn sein Gläubiger ihm schon im nächsten Jahre kündigte, und der Gläubiger hätte große Unbequemlichkeit, wenn er sich auf vierzigjährigen Kredit einlassen müßte; letzteres würde der Schuldner verlangen müssen, wenn keine Concurrenz anderer Leihcapitalisten da wäre, da das in der Drainage fixirte Capital vielleicht erst nach 40 Jahren in erhöhten Reinerträgen sich reproducirt haben wird. Nun aber tritt der „Kreditverein“ oder die Hypothekendank in die Mitte zwischen die Gläubiger und Schuldner, giebt für erstere Pfandbriefobligationen aus, die täglich ohne Kündigung verkäuflich sind, belehnt mit dem Ertrag die landwirtschaftlichen Hypothekenschuldner so, daß diesen bei solider Wirtschaftsführung nicht gekündigt werden darf, und sorgt, daß die Tilgung der Schuld, durch jährlichen kleinen Zuschlag zum Jahreszins während 30–40 Jahren (Annuitäten), genau in dem Maße vollzogen werden kann, als das melleirte fixe Capital erhöhte Nutzungen (Reinerträge) abwirft.

Dem Gläubiger und dem Schuldner werden obendrein Unlust und Unkosten erspart; die in Eine Hand gelegte Verwaltung, Taxation, Execution geschieht mit geringeren Kosten und viel größerem Sachverständniß und Erfahrung.

So wird der Hypothekarkredit durch bankmäßige Organisation zugleich gesichert, gesichert und wirtschaftlicher. Diefelben Vorteile, wie dem Hypothekarkredit, bringt die bankmäßige Organisation auch dem Handelskredit in den Diskonten- und Depositionsbanken, überhaupt jede bankmäßige Organisation des Kredites. Die Bank leistet durch handels- und marktmäßige Organisation des Kreditaufschusses, was der gewöhnliche Kaufmann durch dieselbe Organisation für den Waarentausch leistet.

Den Markt des Kredithandels bilden die Börsen im engeren Sinne.

Die Börsen entwickeln für die Kreditwerthe dieselben Vorteile, wie die Waarenmärkte für die Waarenpreise (§ 83. 84). Ihre Geschäfte dienen der richtigen Classification der Kreditwerthe, gleichmäßiger Vertheilung (Placierung von Anleihen), gleichmäßiger Preisgestaltung. Da jedoch die Transportkosten der Wertpapiere von Markt zu Markt sehr gering sind, so werden die Marktpreise der Börse, Kurse genannt, gleichmäßige Welthandelspreise. Die kleinen örtlichen Kursdifferenzen werden von einer besonderen, mit dem Telegraphen arbeitenden Speculation täglich und stündlich ausgeglichen; diese Speculation ist die Arbitrage.

Die Kreditwerthe, ihrer Natur nach in die Ungewissheiten der Zukunft versenkt, bieten der Speculation besonderen Reiz, und Lieferungs-geschäfte (Zeitgeschäfte) gewinnen folgerichtig, neben den baaren „Tagesgeschäften“, eine sehr bedeutende Stellung an der Kreditbörse, — wie oben schon erwähnt ist.

§ 258. Die Bankgeschäftsarten im Einzelnen. Der Handelskredit schließt sich, wie schon bemerkt, zu einem großen Theil secundär an den Waarentausch an.

Wenn die durch den Waarenhandel begründeten Forderungen durch Geld (Münze oder Papiergeld) baar bezahlt werden sollen, so bedarf man dazu der nach örtlichen Verhältnissen notwendigen Summe und Art von Geldstücken. Der Bankier hat diese Stücke gesammelt und verkauft sie mit Gewinn. Dies ist das Geldwechseln.

Dieser Theil des Bankgeschäftes spielt jedoch nur dann eine große Rolle, wenn die gleichartigen Münzgebiete klein und die Zahlungen hauptsächlich in baarer Münze geschehen. Im Mittelalter, in welchem diese Voraussetzungen zutrafen, war das Geldwechseln das Hauptbankgeschäft; auf jedem Markte, an jeder Kirche selbst kleinerer Orte fanden die Wechselstuben.

Gegenwärtig sind das Zahlungs- und Kreditgeschäft, die Ausgleichung der Geschäftskredite und der Handel mit Wertpapieren der Hauptinhalt des Bankgeschäftes, welches hierzu theils sein eigenes, theils und namentlich das im Wege des Kredites herangezogene fremde Werthcapital gebraucht.

a) Zahlungskredit. Zahlung und Kredit sind aufs innigste verschmolzen in allen ihren Formen (§ 50).

So schon beim Wechsel, dessen Accept, Indossament und Discontirung. Der Wechseldisconto ist ein vom Discontirungs- bis zum Zahlungsverfalltermin gewährter Kredit. Das Wechselacceptgeschäft, die gewerksmäßige Herleitung des Finanzkredits zur Verziehung mit Wechseln, also Ausbeutung des Kredites einer Unternehmung durch gewerksmäßige Annahme von Wechseln, ist die höchste, meist schnellste Spitze des Wechselkreditgeschäftes; sein unverhältnismäßiges Ueberhandnehmen pflegt der Vorläufer von Handelskränken und Kreditverwirrungen zu sein. Ebenso ist das Contocorrentgeschäft, Birement, Clearinggeschäft

sowohl Zahlungs- als Kreditgeschäft, Kreditgeschäft in activer und passiver Weise.

Die Zahlungsvereinigung ist es hauptsächlich, wodurch das Bankwesen als Organ der Zahlungen große Wirtschaftlichkeit erzielt. Zwei Haupterscheinungen dieser Ökonomie durch Zahlungsvereinigung haben wir in den localen und nationalen Clearinghäusern und im Wechselhandel jener Wechselplätze erkannt, welche tagtäglich, wie Clearinghäuser des internationalen Handels wirken, indem sie die Zahlungen zwischen verschiedenen Ländern durch Austausch der Wechselforderungen bewerkstelligen helfen.

b) Die Formen, unter welchen der Bankier Credit gewährt, sind: 1) der Wechseldisconto, Voreinslösung noch nicht verfallener Wechsel, wodurch der Forderungsberechtigte vor dem Termin sein Geschäftscapital zu neuer Unternehmung flott zu machen in Stand gesetzt wird (vgl. § 115); 2) das „Haben“ (Credit) des Contocorrents, 3) das Leihen auf Pfandpfand (P Lombard), insbesondere auf Wertpapiere: Staatspapiere, Gesellschaftsactien und Obligationen; 4) das Hypothekengeschäft, das Leihen auf Unterpfand (liegende Habe) des Schulners. Die Hypothekbanken betreiben dieses Geschäft vorzugsweise; die Mittel, woraus sie Darlehen geben, beschaffen sie theils aus ihrem Stammcapital, theils durch Hinausgabe verzinslicher Obligationen (Pfandbriefobligationen); 5) der Ankauf von Forderungen aller Art; indem man z. B. ein Staatspapier Jemanden abkauft, schafft man ihm verfügbares Capital.

c) Das Bankgeschäft (Geld- und Capitalhandel) giebt aber nicht blos aus eigenen Mitteln Credit, sondern **benützt** auch seinerseits den Credit, um fremde Werthcapitalien an sich zu ziehen und sie wieder andern Unternehmungen mit Gewinn zu übertragen. Die Formen, in welchen dies geschieht, sind: 1) das Trassiren ohne Deduction (Blancotredit, Acceptationsredit), 2) das Debet (Geld) im Contocorrentverhältniß, 3) das fest ungemessen entwickelte, der Chequezahlung und dem Clearinghauseystem zu Grunde liegende Annehmen verzinslicher und unverzinslicher Deposita, 4) das Entleihen auf Pfand, 5) die Ausgabe von Actien-scheinen und Obligationen auf den Namen der eigenen oder einer fremden Unternehmung, 6) endlich das Ausgeben auf Sicht baar einzulösender Bankschuldscheine (Banknoten-Zettelausgabe), und der Verkauf von Werthpapieren aller Art.

d) Das Bankwesen vermittelt nicht blos die Leistung, sondern auch die Gegenleistung: Zinszahlung, Heinzahlung, Tilgung: Incasso der Bank übergebener Activa und Honorirung bei der Bank domicilirter Passiva, Compensationen (Clearinggeschäft), Einklösung von Coupons, Erneuerung der Couponsbogen, Annuitätentilgung, Einlösung ausgelöster und conservirter Kreditpapiere.

Das Bankgeschäft gleicht somit einem großen Saug- und Bewässerungsapparat: es zieht durch Trassiren, Contocorrent-Debet, Depositennahme, Actien, Obligationen, Noten-Ausgabe, Effectenverkauf das über-

flüssige Werthcapital aus den Poren der Volkswirtschaft an und ergießt es durch Wechseldisconten, durch das Haben des Contocorrents, durch Lombard- und Hypothekendarlehen, durch Ankauf von Werthpapieren (Effecten) aller Art in die des Werthcapital's bedürftigen Unternehmungen. So belebt das Bankwesen als Kreditvermittlungsgorgan das todt Capital und ernährt den capitalbedürftigen Unternehmungszweig, es ist das erregende und regulirende Organ des Credits. Es tauscht die Werthe auf einander folgender Perioden ineinander, steht mitten im geschäftlichen Fluße des gesellschaftlichen Güterlebens. Seine Entwidlung und seine Geschäftsbewegung ist Entwidlung, Leben und Bewegung des Credits, sein geordnetes Functioniren bedeutet Ordnung des Güter- und Werthumlaufes.

Die Bedeutung des Bankwesens liegt ganz besonders darin, daß es das Volkscapital in seinem gesellschaftlichen Verwandlungsproceß, als Geldcapital sammelt, aufsaugt und wieder zerstreut. Es ist gleichsam die Herzkammer des Blutes im Wirtschaftskörper. Nachdem das Capital der einen Unternehmung seinen bildenden Zweck erfüllt und an der thätigen Wirtschaft theilgenommen, fließt es als überschüssiger Theil in der reinen Werthform, d. h. als Geld der Bank zu, von dieser wird es als Werthcapital neuen Unternehmungen übergeben, in denen es als willkürliche Kaufverfügung nummehr die vorhandenen Productionsmittel in ganz andere Productionsrichtungen überträgt und sie in die Verthierung mit neuen Kräften bringt. Das Bankwesen, beziehungsweise der Credit, vermittelt daher einen großen Theil der volkswirtschaftlichen Capitalverwandlung. Und eben das mehr oder weniger klare Bewußtsein hievon ist es, was für vortheilhafte Geschäftskreisläufe die Bewegung des Bankwesens und seiner einzelnen Functionen als Compoß erscheinen läßt. Sind die Capitalzuflüsse zur Bank (in Geldform) flott, so ist der Credit leicht, und man weiß, daß neues Bildungsmaterial durch die volkswirtschaftliche Herzkammer der Unternehmungswelt zufließen will, daß bei nicht unglücklichen Verhältnissen eine rege bildsame Thätigkeit, ein „Aufschwung“ bevorsteht; sind aber die Bankzuflüsse selbst bei hohem Depositenzinssatz und niedrigen Effectenpreisen gering, so weiß man, daß die Unternehmungen mit ihren Productionsmitteln festigen, mehr fremdes Capital anziehen als abgeben wollen, daß das plastische Material des volkswirtschaftlichen Körpers, angeeignet in dem Vorrathsmagaz der Banken, ein mageres ist, daß der Güterumlauf und die Unternehmungsordnung stockt und daß dieses Stocken in den Schlaganfall der Handelskrise übergehen kann.

Als Zahlungs- und als reines Kreditorgan ist das Bankgeschäft von der werthvollsten Einwirkung, einer der productivsten Functionen im Wirtschaftleben.

Die energichsten Völker: Engländer, Schotten, Amerikaner bedienen sich seiner im ausgedehntesten Maße; der berühmte französische Volkswirth Michel Chevalier fand auf seiner amerikanischen Reise oft mitten im Urwald, wenn kaum ein paar Häuser einer Ansiedelung fertig waren, auch schon einen Bankstift ausgehängt.

§ 259. **Bantgleichgewicht.** Das Bankwesen ist in normaler Thätigkeit, wenn die Functionen der Capitalzuz- und der Capitalabführung sich decken; es deutet auf eine Krisis, wenn letztere die erstere übersteigt, also der Baarvorrath abnimmt; hingegen ist zunächst zwar Flaute, aber auch die Möglichkeit baldiger Belebung der Geschäfte angezeigt, wenn der Baarvorrath zunimmt.

Die Bewegung des Baarvorraths giebt freilich nur den allgemeinen Maßstab an. Sie ist ein Product der einzelnen Bankfunctionen und muß daher vom Geschäftsmann in ihren einzelnen Factoren erwogen werden, wenn weiter gehende Berechnungen darauf gebaut werden sollen. Aus dem Gesagten aber dürfte erhellen, weshalb die Ausweise der großen Bankinstitute als wahre Barometer der Geschäftswelt gelten.

Bei Entwerfung der Statuten, noch mehr bei Führung der verschiedenen Bankinstitute ist gemäß der besonderen Natur jeder Bankart das Gleichgewicht zu berechnen und zu erstreben, die Anlegung der Activen ist der Natur der Passiven anzupassen: Unfindbarkeit der Pfandbriefe entspricht dem Hypothekendarlehen auf lange Zeit, der Wechselkauf dem Zettelmissionsgeschäfte, die Berechnung der Deckungscapitalien der Lebensversicherung, u. s. w.

§ 260. **Regeln der Bankführung.** Das Bankgeschäft als Kreditgeschäft hat als allgemeine Regel die Vorsicht bei Gewährung und Aufnahme von Krediten anzulegen; jede Art und jeder einzelne Fall der Kreditgewährung gebietet je nach den besonderen persönlichen, örtlichen, rechtlichen, zeitlichen Umständen besondere Vorsichtsmaßregeln. Ihre Befolgung erzeugt die Sicherheit und damit den dauernden Kredit der Bankunternehmung. Eine Bankunternehmung kann mit allen oben bezeichneten Kreditformen sich befassen, doch ist das Maß, in welchem sie dieselben vereinigt, durch die Natur der einzelnen Kreditformen bedingt. Die Capitalzuz- und Abflüsse müssen so aufeinander berechnet werden, daß sie einen dem jederzeitigen Bedarf angemessenen Kassenbestand ergeben. Eine Zettelbank z. B., welche jeder Zeit mit einer großen Summe augenblicklich einlösbarer Banknoten befähigt werden kann, oder welche vorherrschend mit schnell kündbaren Depositionscapital wirtschaftet, soll ihr Geschäftscapital nicht fast in langfristigen Effecten und Hypothekensforderungen, noch in schwer veräußerlichen Actien u. s. w. anlegen. Die flüchtige Depositionsford. kann nicht mit langfristigen Immobiliencreditleforderungen bedeckt werden. Kurze Kredite im Debit sollen stets mit kurzen, leicht und sicher veräußerlichen Krediten im Haben der Bankconten bedeckt sein.

§ 261. **Zur Bankgeschichte.** Das Bankgeschäft heißt Bankier-Geschäft, wenn es in der Privat- oder Collectivunternehmensform, Bank, wenn es als Commanditactien- oder Actienunternehmung auftritt.

Je nachdem die eine oder andere Kreditfunction vorherrscht, spricht man von Zettel-, Lombard-, Wechsel-, Contocorrent-, Effecten-, Hypotheken- oder Disconto-, Depositions-, Industrie- und Handels-Banken (Kredits-Mobiliers). Meist betreibt jedes Institut

eine Mehrzahl der Kreditformen, immer muß es wenigstens zweier: einer Capital sammelnden und einer Capital ausleihenden, sich bedienen. Es wäre sonst kein Organ des Kredits oder der Capitalübertragung mehr.

Zur Geschichte des Bankwesens — ist näher auf Hübner's statistische Jahrbücher und sein Buch über Bankwesen zu verweisen. Ueber die engl. Banktheorien (s. m. Abh. über die Handelskrisis von 1857, D. Viertel-J. Schr. 1858 und Wagner, die Peel'sche Bankact). — Ueber die einzelnen Hypothekenbankinstitute, Zeulmann, die landwirthschaftlichen Kreditanstalten 1866. Wir begnügen uns mit Anführung folgender Daten:

Keines Zahlungsorgan sind die ältesten Bankinstitute, die Girobanken: Localbanken, in welchen die Kaufleute Metallsummen hinterlegten, auf welche hin die Bank ihr gegenseitiges Guthaben in den Conto zu- und abschreibt (gitirt). Sie sind Anstalten zur örtlichen Zahlungsvereinfachung und gehören ihrer Entstehung nach der Zeit an, in welcher bei schlechtem Geldwese das reine Zahlungsgeschäft das Kreditgeschäft der Banken noch übersteigt. Sie bezeichnen eine hohe Entwicklungsform des Bankwesens, das neuere Depositen- und Clearinggeschäft stellt eine vollkommene Zahlungsorganisation dar. Rein erhalten hat Hamburg seine Girobank, es sind aber dafelbst im letzten Jahrzehnt Kreditbanken daneben entstanden.

Venedig hatte schon im zwölften Jahrhundert Priocatbanken, eine Depositenbankanstalt seit 1584. Amsterdam errichtete seine Girobank 1609, sie hörte 1820 auf, nachdem 1814 die niederländische Zettelbank begründet war. Hamburg hat, wie schon erwähnt, seine Girobank von 1619 bis heute aufrecht erhalten; ihr Schatz von 7 1/2 Mill. Mark Banco war 1813 vom französischen Marschall Davoust ausgeraubt worden.

Genua wahrscheinlich hatte die erste Zettelbank (Bank des heiligen Georg), Gründung wohl 1407; erst später gab sie Zettel aus. Durch starke Staatsdarlehen schon 1746 sehr erschüttert, verfiel sie vollends im französischen Revolutionenstriege und hörte 1808 ganz auf.

Das machtvolle Bankinstitut der Welt, die Bank of England, wurde 1694 durch Patterfson gestiftet, um der Regierung ein Kriegsdarlehen zu machen; die Bankschuld des Staates hat sich auf die Höhe von 14—15 Mill. Pfd. Sterling gesteigert. Vom 25. Februar 1797 bis 1821 stellte sie die Baarzahlungen ein (Bank-Restriction). Sie hat 1825, 1836, 1839, 1847, 1857 bei Handelskrisen die größten Dienste geleistet. Ihre neueste Verfassung beruht auf der Peel'schen Act des Jahres 1844. Ihre disponiblen Mittel erscheinen hauptsächlich in der Rubrik: Notenreserve, welche durch das Bankdepartement beim Issue Department gegen Baar gekauft und noch nicht ausgegeben ist.

In Frankreich heißt John Law 1716 eine Zettelbank gegründet, welche 1720 mit kurzem Bankrott endigte. Die letzte sehr selbste französische Bank entstand 1800, wurde später bis auf 67000 Actien à 1000 Franken erweitert; 1857 wurde sie abermals um 100 Mill. Fr.

in Rente anzulegendes Stammcapital vergrößert, ihr Einfluß von den Wuchergeizen befreit, und die Appointirungsgröße ihrer Noten auf den Minimalertrag von 50 Fr. herabgesetzt.

In Oesterreich hielt sich die Wiener Stadt-Zettelbank von 1762 bis 1797 gut. Seit 1797, wo sie von der Baareinlösungsverpflichtung entbunden wurde, stieg ihre Notencirculation auf 1060 Mill. Fl. (1811), der Werth ihrer Zettel fiel auf 1300 Fl. Papier = 100 Fl. Silber. 1811 wurden die alten Scheine gegen neue (Wiener Währung: 100 Fl. gegen 500 Fl. alter Banknoten) eingetauscht. 1816 wurde die heutige österreichische Nationalbank gegründet, deren Scheine bis 1848 das Pari behaupteten. 1848—1851, dann 1854—1855, 1859, 1866 (beide Male in dem Momente, als die seit 1848 unterbrochene Baarzahlung aufgenommen werden sollte) erlitt ihr Notencurs wegen politischer Krisen starke Schwankungen (bis zu 50% Entwerthung). Die Bank hat neuerdings ihr Stammcapital stark vergrößert und treibt selbst Hypothekenkredit-Geschäfte. Sie stellte in Folge von Regulirungen zwischen der Bank der Regierung und dem öst. Reichstag nach der Bancatte von 1863 im J. 1867 ihre Baarzählungen wieder aufnehmen, was nach den Ereignissen von 1866 und der abermaligen Verschuldung des Staates an die Bank nunmehr in Frage steht.

Die Preussische Bank besteht seit 1765. Seit 1846 ist sie zur Zettelausgabe befugt, deren Betrag seit einigen Jahren an keine Maximalgrenze mehr gebunden ist. Ihre Geschäfte nehmen fortwährend zu. Dieses wichtige Institut, welches wohl bald seine schon so zahlreichen Filialen in das nichtpreussische Deutschland ausdehnen wird, wird in seiner Entwicklung seit 1851 durch folgende Daten bezeugt, denen die Bemerkung vorausgeschickt ist, daß der Einfluß des Staates von 1,443,000 Rthlr. Ende 1851 auf 1,897,890 Rthlr. Ende 1864 gestiegen ist, und daß bis zum Jahre 1856 10,000 Banfantenleile à 1000 Rthlr., von da 15,000 Stück ausgegeben waren:

Jahr.	Banktheile-Eigenthümer.				Verzinsliche Depositen am Ende des Jahres.				Reserve-fonds am Ende des Jahres.	Gewinn	
	Inländer.		Ausländer.		Prozentige.	2 1/2prozen-tige.		an den Zinsen und Dividenden.		pCt. der Bank-Aktien-Eintheile.	
	Zahl der Eigen-theile.	Zahl der Aktien-theile.	Zahl der Eigen-theile.	Zahl der Aktien-theile.		Rthlr.	Rthlr.				
1851	676	5978	410	4022	11,427,900	6,166,730	6,586,570	425,693	115,597	4 3/4	
1864	1026	8178	674	6822	10,641,680	6,325,910	5,276,690	3,841,480	908,166	10 1/2	

Jahr.	Gesammte-Umsatz, excl. Lombard, Prokura-tionen und der gegenwärtig verrechneten Beiträge.	Die Bank discountirte Wechsel im Laufe des Jahres für	Kaufte Wechsel		Lieh an Pfand	Besam am Ende des Jahres an Eßkum-für	Hatte darab-schließlich Notem im Umlaufe	Besam am Ende des Jahres einen Bar-Vorrath von
			auf das Inland für	auf das Ausland für				
	Rthlr.	Rthlr.	Rthlr.	Rthlr.	Rthlr.	Rthlr.	Rthlr.	Rthlr.
1851	472,544,140	98,388,055	40,687,085	4,564,124	35,675,787	17,511,751	18,861,000	29,763,278
1864	1,970,213,000	216,951,629	905,624,764	10,566,130	71,136,547	14,947,180	116,221,000	58,136,980

Ueber den jetzigen Stand der übrigen deutschen Zettelbanken s. die Beilagen.

Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel- (und Zettel-) Bank existirt seit 1834.

Die Frankfurter Zettelbank beherrscht Südwestdeutschland.

Die Belgische Bank wurde 1835 gegründet und war Zettelbank bis 1850, in welchem Jahre die Appointirung an die neugegründete Nationalbank überging. Seit 1822 hatte in Belgien die société générale pour favoriser l'industrie bestanden. Sie ist seit 1848 ohne Zettelbefugnis, das älteste Exemplar der Industriebanken oder Credits Mobiliers; sie ist mehrmals durch zu große Vorschüsse ins Gebränge gerathen.

Die neueren Handwerkerbanken und banques populaires sind schon in § 113 erwähnt.

Ueber die amerikanischen Zettelbanken vergl. § 79.

C) Industrie und Handel in Transportleistungen.

§ 262. Das Transportwesen im Allgemeinen. Die Kaufvermittlung von Diensten bedarf keiner räumlichen Fortbewegung der Dienste, die räumliche Bewegung liegt im Dienste selbst.

Dagegen schließt sich an die Vermittlung des Sachgütertaushes oder an den Waarenhandel als ein unentbehrliches Hilfsmittel das Transportwesen an. Das Transportwesen ist freilich, wenn es gleich an dieser Stelle nach der Lehre vom Handel erörtert wird, nicht bloß ein Hilfsinstitut des Handels, sondern selbst ein großer Produktionszweig, nämlich Erzeugung und Veräußerung erstverändernder Wirkungen (§ 253).

Diese Production ist von zweierlei Art:

Erstens eine Stufe im arbeitsthätigen Gang der Production von Sachgütern, welche als Genusgüter erst in völlig genussfertigen Zustand, d. h. erst zu Händen des Consumenten, zu Ende producirt sind, und als Umlaufkapitalien nur durch fortgesetzte Ueberführung auf die nächste Stufe arbeitsthätiger Herstellung eine höhere Kapitalform erlangen.

Die Ortsveränderung durch Transport ist so ein Theil und zwar bei Umlaufkapitalien ein periodisch wiederkehrender Theil der Sachgüterproduction, ob nun der Transport Mählsteine, oder ob er den in Briefen, Zeitungen, Kreuzanwendungen sachlich fixirten geistigen Verkehr fortbewege, oder ob er ausgegebene Telegrammadrachsen des einen Ortes als electrisches Fluidum auf Depeschen des anderen Ortes übertrage.

Zweitens aber ist das Transportwesen ein ungeheurer wichtiger Zweig unmittelbar der Consumentenperson geleisteter Dienste, nämlich als Personentransport.

Die Leistung des letzteren ist die Ortsbewegung, durch deren Consumption der Mensch in einer gewissen Beziehung ebenso ein anderer wird, wie durch die Consumption von Sachgütern.

Der Personentransport hat mit den persönlichen Diensten gemein, daß Production und Consumption des Gutes zusammenfällt.

Der Verkauf der Transportleistungen im Allgemeinen ist kein gesonderter, der Gütertransport ist Production und Absatz zugleich, außer soweit untergeordnete Ortsveränderungen innerhalb eines Establishments (Kohlenkarren im Bergwerk) vor sich gehen. Der Personentransport ist sogar Production, Absatz und Consumption zugleich.

Deßhalb scheint das in eigenen Anstalten thätige Transportwesen, obwohl es stets Entfremdung eines Gutes (der Ortsveränderung) ist und insofern als besonderer Handelszweig zählen kann, doch eine Hilfsanstalt der Sachgüterproduction, der Industrie und des Waarenhandels zugleich zu sein; im Personentransport erscheint es zugleich als Hilfsmittel des persönlichen Genusses.

Die Transportanstalten verbinden denn auch Elemente der gewerblichen Production und des kaufmännischen Absatzes in ihrer Verwaltung.

Dieses Allgemeine vorausgesetzt — wenden wir uns einer genaueren nationalökonomischen Betrachtung des Transportwesens zu, dessen Eigentümlichkeiten uns vorläufig schon an mehreren Stellen (z. B. § 187) entgegengetreten sind.

Sachgüter-, Personen- und Nachrichtentransport, diese drei Hauptzweige der gewerbmäßigen Ortsverlegung, werden bei den folgenden Erörterungen vielfach zusammen zu betrachten sein.

§ 263. **Genauere nationalökonomische Charakteristik des Transportwesens.**

I. Die Mittel des Transportes sind dreierlei:

erstens der **Weg** (Straße, Eisenbahn, Telegraphenleitung, Meer, Kanal, Fluß, die Luft für den Ballon, den optischen und akustischen Telegraphen), — zweitens das **Fahrzeug** (Tragmittel der Menschen, Thiere, Wagen, Schiffe, Ballon), — drittens die **fortbewegende Kraft**, theils die physische Muskelkraft von Menschen und Thieren, Wind, Dampf, Electricität, theils die geistige Kraft des Betriebes im Transportwesen (Transportarbeit).

A) Der Weg steht ökonomisch um so höher, je vollkommener er mit geringstem Aufwand an Zugkraft und an Nutzung des Weg- und Fahrzeugskapitals den Transport leistet.

Was erstens die Vollkommenheit der Leistung betrifft, so kommt es nicht blos auf die Bollziehung der Ortsveränderung überhaupt, sondern auch auf die Sicherheit und Geschwindigkeit an (Zeit ist Geld, time is money). In beiden letzteren Beziehungen stehen die Eisenbahn, auf welcher unter 8 Millionen Passagieren nur 1 getödtet wird, sowie der Telegraph als Transportmittel oben an. Die Geschwindigkeit ist nicht für alle Transportobjecte von erster Bedeutung: z. B. nicht

für den Transport roher und wofteiler Massengüter; für diese haben Kanal, Fluß und Meer als Träger des Segeltransportes und gezoogener Schiffe spezifische Bedeutung.

Es kommt aber für den ökonomischen Werth eines Weges zweitens darauf an, mit welchem Aufwand auf demselben der Transport mit der erforderlichen Vollkommenheit geleistet wird.

Hierbei kommen zunächst die Herstellungskosten, dann die Unterhaltungskosten der Wege in Betracht.

Für die Eisenbahnökonomie ist insbesondere auch die Vertheilung der Baukosten von großer Bedeutung. (Mäkers hierüber s. in meinen Abhdlg. Lb. Jähr. 1867.) Perdonnet (L. 885 f.) giebt als ein Durchschnittsverhältniß die Bestandtheile der Baukosten zweispuriger Bahnen folgendermaßen an:

Generalkosten	5%
Grundentwerbungen	9,3%
Erdbarbeiten und Kunstarbeiten	27,1%
Schienerentweg und Zubehörsen (Drehseifen u. f. w.)	36,6%
Bahnhöfe	4,2%
Diverses	3,2%
Rollendes Material (rolling stock, matériel roulant)	14,6%
	100%

Die Eisenbahnökonomie hat deßhalb hauptsächlich auf die Grunderwerbungen (Expropriationsverfahren, Arealbeitrag der durchgezogenen Gegenden), auf die Erd- und Kunstarbeiten (Vorzugsweise auf deren Umgehung durch ökonomisch-technische Ermöglichung stärkerer Rampen und Curven), auf die dauerhafteste Gestaltung des Schienenweges und des Fahrmaterials zu sehen. Der Eisenbahnbetrieb hat möglichst vollständige Ausnützung des vorwiegend stehenden Kapitals durch höchste Frequenz zu erzielen; Erd- und Kunstbauten, der Schienenweg und Grunderwerbungen nehmen 73% der Baukosten weg, ohne nur annähernd im Verhältniß der Frequenz stärker abgemittelt zu werden. Vollst. der Rentabilität durch Massenbetrieb!

Von Bedeutung sind sodann die Abnutzung der Wege und die Kosten der Wegwarte (Wegunterhaltung).

Die Kosten der Unterhaltung sind bei Eisenbahnen trotz Bahnwärtern und Pflege des Bahn-Oberbaues und trotz der Schienenerneuerung im Verhältniß zu den bewegten Transportmengen nicht so bedeutend, als der Chausseeaufwand, der Chausseeaufwand ist verhältnißmäßig weniger bedeutend, als derjenige für die älteren Wege.

Die Ökonomie der Straßen-Herstellung und Unterhaltung hängt wieder wesentlich von den Böden, dem Material und der Stärke der Frequenz ab: Stahlschienen auf Bahnhöfen, Steinpflaster in Städten, Eisenplatten in der Londoner City. Bedeutung des bessersten Fußpflastes für die Ökonomie der Schienengeleise namentlich auf Gebirgsbahnen, Vermeidung der Wegübergänge auf englischen Bahnen wegen theurer

Wärterlöse, Vermeidung kostspieliger Stein- und Eisenbauten auf amerikanischen Bahnen, Breite der Radreifen von Chausseefuhrwerken!

Überallhin offen und als freies Gut kostenlos, auf 120 Freitegrade schnell- und eisfrei, ist das Meer für die Jugendzeit der Völkergesittung ein Weg, dessen Bedeutung nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Weiter aber ist die Ökonomie des Weges danach zu beurtheilen, ob er die wirtschaftlichsten Fahrzeuge sowie Zug- und Betriebskräfte zuläßt.

B) Die Fahrzeuge. Ein wirtschaftlicher Gesichtspunkt ist die Vermeidung des toten Gewichtes (des ertraglosen Gewichtes des todtenden Materials) und der todtenden Zeit (Stillstehens des Wagenparkes, der Schiffe u. s. w.).

Die frühere Rangfahrt der Flußschiffer diente diesen Gesichtspunkten; nach demselben Gesichtspunkt erklärt sich der frühere, jetzt durch niedrige Tarife unbethrillig gemachte Postzwang. Die Sammlung einer Menge von Einzelgütern in der Hand eines Transporteurs macht einen wesentlichen Theil der Ökonomie des Botenwesens, der Briefpost, der Päckereipost, des Städtgütertransportes der Bahnen, der Omnibus, Postwagen- und Personenzugsfurte aus.

Im Eisenbahnwesen ist noch eine große Ökonomie am toten Gewicht und an der todtenden Zeit zu erzielen.

Daher tägliche telegraphisch vermittelte Disposition des Wagenparkes.

Von großer Bedeutung wäre es, wenn es gelänge, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche der Gewinnung großer Gewichtsmassen zur Abfuhr aus großen Städten entgegenstehen; das rohe Zuzugsgewicht überwiegt über die Retourfracht. Die Düngerabfuhr kommt hierbei als ein Frachtobject von größter landwirtschaftlicher Bedeutung in Betracht. Perdonnet in seinem lehrreichen vierbändigen Werte über Eisenbahnen erwähnt als einen Vorgang dieser Art die massenhafte wöchentliche Abfuhr von Pariser Anbauern in die Champagne durch die Ostbahn.

Vielleicht wird für den Verkehr zwischen verkehrsreicheren Orten die Stellung der Güterwagen ökonomischer den Kausseuren und Speditoren überlassen, wie dies in England in weitem Umfange zutrifft; doch sind hierüber erst noch genauere Erhebungen anzustellen. Für den Städtgüterverkehr kleiner Stationen wird der Güterwagen der Eisenbahnverwaltung, wie der Postpäckereiwagen, vielleicht immer das ökonomischere Fahrzeug bleiben.

Daß der Eisenbahnwagenpark noch eine größere Ökonomie zuläßt, ergibt eine Veranschaulichung der deutschen Eisenbahnverwaltungen vom Jahr 1862, wonach durchschnittlich

nur 49 Prozent der Tragkraft im Transport des Güterwagenparkes ausgenutzt wurden; was aber dieß belagen will, läßt sich erweisen, wenn man das im Güterwagenpark stehende Kapital ins Auge faßt: eine Lokomotive 100 Centnern Tragkraft kostet 600—800 Thaler, eine zu 200 Centnern 800—900 Thaler, ein bedeckter vierwädriger Wagen 1000—1200 Thaler, und im Jahr 1859 besaßen die deutschen Eisenbahnen

62,000 Güterwagen, die in Einen Zug gestellt, 46 deutsche Meilen oder die Bahnlinie von Breslau bis Berlin bedecken würden.

Auch die Personenzüge haben bei geringer Frequenz stets viel todttes Gewicht, und die Folge ist, daß auch die Zugfähigkeit der Locomotiven nicht mit der nöthigen Ökonomie verwendet werden kann.

Nach Weber (Schule des Eisenbahnw.) beträgt die Durchschnittsbelastung einer Maschine, welche mit $\frac{1}{2}$ —1 Tpl. Reisofen und mit $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{3}$ Tpl. Schmier- und Reparaturaufwand pro Meile 12—20,000 Centner in der Ebene, $\frac{2}{3}$ — $\frac{3}{4}$ Meilen Geschwindigkeit, ziehen könnte, — nur 3000 Centner und von letzteren kommen wieder

1,5 Proc. des Gewichtes	=	45 Ctr. auf Personen,
22,5 " " "	=	675 " " Güter,
24,0 " " "	=	720 " " Maschine u. Tender,
11,0 " " "	=	330 " " Personenzugwagen,
41,0 " " "	=	1230 " " Güterwagen,

so daß die auf Eisenbahnen geförderte todtte Last an Maschinen und Wagen über dreimal größer ist, als die nutzbringende Ladung derselben. Dazu kommt dann die viele todtte Zeit, das Leerstehen neben dem Vergehen.

Ich vermute, daß eine bedeutende Vermehrung der Güter- und der Personentransportmasse als Folge bedeutend ermäßigter Tarife das todtte Gewicht und die todtte Zeit durch gleichmäßigere und vollere Beladung am meisten mindern würde. Dieser Gesichtspunkt findet sich bei der Tarifrage nicht immer scharf genug betont.

Ob der durch Differentialtarife begünstigte durchgehende Verkehr ein geringeres Todtgewichtverhältniß habe und u. A. deßhalb die Differentialbegünstigung, welche doch im durchgehenden Personentrucke fehlt, rechtfertige, ist uns zweifelhaft geworden, seit wir die Bedenken Marquès (de l'abaissement des tarifs. Paris 1864) gelesen haben.

Eine Erparung an todtter Zeit zu erzielen, dazu dient zwischen den Eisenbahnverbänden die Wagenstrafmieth. Im überhaupt eine wechselseitige Ausbeutung im Wagenpark zu vermeiden, sind zwei Institute geschaffen worden: die Wagenmiete und die Wagenstrafmieth. Die Wagenmiete beträgt durchschnittlich 9 Pfennige für jede fremde Armee, die Wagenstrafmieth $\frac{1}{2}$ oder 1 Thaler für jeden Tag, welchen der Wagen über die vertragmäßig zwischen den Eisenbahnverbänden verabredete Frist ausbleibt. Die Abrechnung sowohl über Wagenmiete, als über Wagenstrafmieth geschieht seit 1. Jan. 1863 in einer besonderen Abtheilung des in Erfurt bestehenden Centralabrechnungsbureau für den mitteldeutschen Eisenbahnverband, und zwar auf Grundlage doppelter Rapportirungen, welche von 10 zu 10 Tagen von den Uebergangsstationen der Eisenbahnverbandslinien über die in Hinz- und Rückwart transsitirenden, empfangenden und rückgehenden Aren erstattet werden.

Die Erparung an todttem Gewicht ist wesentlich auch eine Frage der Technik. Die vermehrte Anwendung des nun wohlfeileren Stahles

im Schiffs-, Eisenbahnen- und Locomotivbau wird in dieser Hinsicht eine immer bedeutendere Oekonomie erzielt; die Specialisirung der Locomotiven für einzelne Transportarten desgleichen.

Der Bessmer Proceß stellt Stahl in Quantitäten von 20 bis 40, ja 100 Ctr. auf einmal her, Massen, für welche früher erst viele Schweissungen und Zeit nöthig waren. Er stellt ihn aus Roheisen zu einem Kettenstahl, welcher den von Schmiedeeisen sehr wenig übersteigt. Das Walzwerk der österreichischen Südbahnengesellschaft in Graz, welches sich auf Schienen mit Köpfen von Bessmer'schem Gußstahl einrichtet, schlägt die Kosten per Centner Schienen mit Gußstahlköpfen nur um 50 Kreuzer ($\frac{1}{2}$ Thlr.) höher an als die Kosten der bisherigen Puddelfestschienen von 4 Mal geringerer Dauerhaftigkeit. Beides zusammen mit der Thatfache, daß Stahl neben geringerem Gewicht die combinirten Vortheile von Guß- und Schmiedeeisen in fast jeder Abflusung darbietet, veranlaßt „alle Sachverständige zu dem übereinstimmenden Urtheile, daß Bessmer's Erfindung der Eisenindustrie eine noch nicht erlebte Umdaßung bereitet und mit Sicherheit binnen wenigen Jahren die Verdrängung des Schmiedeeisens durch den Gußstahl aus einer Menge von Industriezweigen mit Sicherheit vorhersehen läßt“ (Ebel).

Der Locomotivbau hat bedeutende Fortschritte erzielt, um „im Verhältnis zur Adhäsionskraft das Gewicht der Locomotive zu vermindern, oder die erstere im Verhältnis zu diesem zu steigern.

Durch Vermehrung der Heizfläche, des Adhäsionsgewichtes, Vertheilung mehrerer Triebräder hat man die Maschinen leistungsfähiger, den Transport von Personen und namentlich von Waaren wohlfeiler gemacht. Die verschiedenen Maschinen, Expres-, Omnibus-, Güterzugs- u. c. Maschinen, empfanden das allmächtige Gesetz der Functionstheilung und sind in ihrer Anlage für ihren speciellen Zweck immer mehr specialisirt worden. Auf der französischen Nordbahn z. B. war bei Güterzugsmaschinen

das Adhäsionsgewicht, die Heizfläche

1845—50	23 _h	74
1850—55	23 _h —25	86—126
1855—60	33 _h —40 _h	124—197
1860—62	38 _h —52 _h	164—213.

Mit der Vermehrung des Adhäsionsgewichtes auf die Triebachsen hat das Todtgewicht der Locomotiven relativ abgenommen; auf den Oesterreichischen Nordbahn ist seit 1855 das Gewicht der Locomotive von 480 auf 290 Kilogr. bei Personenzugs-, von 382 auf 262 Kilogr. bei Güterzugsmaschinen vermindert worden. (Franz. Ver. der Ausst. II, 322 ff.)

Flußschiffe werden in neuerer Zeit viel lastiger gebaut, was ebenfalls ein Beweis fortschreitender Oekonomie in den Fahrzeugen ist.

C) Die bewegenden Kräfte, theils demüthlos dienende, theils leitende menschliche Betriebskräfte (Transportarbeit).

a) Die äußeren Kräfte der Transportbewegung. Die Oeko-

nomie in der Zugkraft ist nicht bloß von der Beschaffenheit der Zugkraft selbst, sondern auch von der Beschaffenheit der Wege und der Fahrzeuge abhängig.

Engel (Stat. Jßhr. 1864, Nr. 5) giebt folgende Verhältniszahlen für den Verbrauch an mechanischer Zugkraft auf verschiedenen Wegen bei gleicher Leistung: ungebahnter Weg 250, frisch beschotterte Straße 125, gewöhnliche Chaussee 80 (die erste Chaussee in Preußen gleichwohl erst 1780), gepflasterte Straßen im Schritt gefahren 33, dieselben im Trabe 70, Straßen mit Eisenbahnen 23, gut unterhaltene Eisenbahn 5 bei 32 und 10 bei 58 Kilom. Geschwindigkeit, Kanäle mit kleinem Querschnitt bei geringer Geschwindigkeit 1 und bei 4facher Geschwindigkeit 30, — Kanäle mit großem Querschnitt und geringer Geschwindigkeit 1, dagegen bei doppelter Geschwindigkeit 4, bei 4facher Geschwindigkeit 16.

Erklärt sich die Vertheilhaftigkeit des Wassertransportes im Allgemeinen als Folge des Gewichteverlustes durch hydraulischen Auftrieb, so geben obige Zahlen zu erkennen, weshalb die Kanaltransporte für die langsamere Fracht, und weshalb die jetzt vielfach erbreiterten Kanäle für den beschleunigten Transport wirtschaftlicher sind als die schmalen. Durch Erweiterung und Dampfschleppbetrieb sowie durch den Vortheil tiefen Eindringens ins Binnenland unter der Vermeidung der Spesen des Küstenumschlages, suchen sich jetzt die Kanäle für die Massengüter der Concurrenz der Eisenbahnen zu erwehren.

Der Transportwerth der bewegenden mechanischen Kräfte ist für verschiedenartige Transportbedürfnisse ein verschiedenartiger. Es fallen dabei folgende Eigenschaften schwer ins Gewicht:

aa) Vielseitigkeit der Anwenbbarkeit, Unabhängigkeit von Weg und Fahrzeug: am höchsten steht hierin die menschliche Muskelkraft, dann folgt die thierische, endlich die unelastische Kraft: Tragkraft des Oseles, des Alpenführers, des Padsträgers, des Landboten, des Kammeis, des Reitpferdes, Saumthieres. Erstere Kräfte sind dagegen nur kleinen Transportmassen (der Boten Briefen, Packeten u.) gewachsen. Sie spielen daher auch nur für den Anfang der Cultur die Hauptrolle, solange Wege und Siege schlecht sind und wenig zu transportiren ist, behaupten aber ihren Platz dauernd da, wo der Transport zwar in kleinen Mengen, aber abwechselnd in vielerlei Richtungen zu thun ist: Gesehndienst, Boten, thierische Transportkraft in der Stadtfuhr und Landwirtschaft. Die Straßenlocomotive ist der noch nicht völlig gelungene Versuch, die Vielseitigkeit mit der Massenhaftigkeit der Transportkraft zu combiniren; ob der Zweck für die Mehrzahl der Bedürfnisse des kleinen Zweigtransportes durch wohlfeile Schienenbahnen (elastische Localbahnen, Verbindungsgebahnen der Fabriken und Bergwerke) nicht vollständiger zu erreichen sei, als durch Straßenlocomotiven, bleibe hier dahingestellt.

bb) Die Geschwindigkeit: hiedurch, wo durch die Massenhaftigkeit der Transportwirkung, hat die Dampfkraft die erste Stelle im Güter-

und Personentransport, — die Electricität hat sie durch Blütheile im Nachrichtentransport erlangt. Durch Verbrauch von 1 Pfund Coales zieht die Locomotive 2 Tonnem eine englische Meile in 2 Minuten, vier Pferde würden dasselbe Gewicht nur in 6 Minuten transportiren (Calt.) Der Eiltransport, wenn auch kostspieliger zu erzeugen, ist doch von überwiegendem Werth für den Transport der Personen (Erspreßzüge), der Nachrichten, Zeitungen und Briefe (Postambulanzen) und für Werthgüter (Eilgüter, kurze Lieferfristen).

Wie schon erwähnt, werden die Locomotiven schon in ihrem Bau den verschiedenen Graden des Geländeeinflusses wirtschaftlich angepaßt. cc) Verwendbarkeit in allen Richtungen: diese Eigenschaft besitzt der Wind nicht. Für alle Eiltransportbedürfnisse läuft daher das Dampfschiff dem Segelschiff den Rang ab, zumal für kürzere Fahrten mit kleinerem Kohlenbedarf.

Das strömende Flusswasser trägt immer nur in Einer Richtung, nämlich „zu Thal“, „zu Berg“ ist das Flussegelschiff erst in neuerer Zeit, durch Allianz mit der Dampfkraft (den Schleppern, Remorqueuren, und mit dem Kettenweg: Kettenschiffahrt) concurrenzfähiger geworden. Die Meeresströmungen sind durch die constante Verschiedenheit ihrer Richtung sehr werthvoll.

Die Luft ist durch die Veränderlichkeit der Strömungen eine schlechte Transportkraft, als Weg würde sie bei adäquaten Fahrzeugen und Bewegungskräften große Vorzüge haben.

(Der Luftdruck ist als Transportkraft für schnellen und an Masswirkung dem Telegraphen überlegenen Nachrichtentransport, sowie für Pöderreitentransport verwendet in der pneumatischen Briefpost Londons.)

dd) Venksamkeit, was die Verwendung an jedem Orte, zu jeder Zeit, in verschiedenem und abwechselndem Maße, mit größerer oder geringerer Eile betrifft. Eben darin ist die Dampfkraft nicht bloß der menschlichen und thierischen Muskelkraft, welche der Ruhe bedarf und nur kleinen Transportmassen gewachsen ist, sondern auch dem Winde und der Flußströmung unendlich überlegen, ebenso die Electricität durch ihre ununterbrochene Regelmäßigkeit dem Lichte und dem Schall für den Nachrichtentransport.

Der Dampftransport zu Land ist nur durch die Abhängigkeit von kostspieligen Schienentrassen beschränkt. (Bedeutung möglichen Localbahnbauens, Einheit der Schienenweite, des Waggonbaues, Puffersehens.) Beim Sedampftransport ist auch der Weg ein völlig freier und durch Strömungen und Küstenconfiguration nur theilweise erschränkt (vergl. ob. A).

b) Die Transportarbeitsträfte. Mechanische und bewusste Transportkräfte fallen zusammen beim Selbsttransport im Gehen, beim persönlichen Tragen anderer Personen und der Sachgüter. Die Transportarbeitsträfte scheinen dagegen bereits selbstständig bei der Straßenfracht, und zwar in verschiedene Geschäfte verzweigt: Tätigkeit des Fußmannes, des Speditours, wozu bei der Wasserfracht Kanal- und Hafenverwaltung

kommt. In hoher Organisation erscheint sie im Eisenbahn-, Telegraphen- und Postdienst.

Der Dienst strebt bei den größeren Verkehrsanstalten durch Centralisation nach Deconomie, man denke an den Postdienst!

Hierbei soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß man in neuerer Zeit (die schönen Arbeiten von Michaelis) eine größere Deconomie für den Gütertransport gerade umgekehrt auf dem Wege der Scheidung der Transportfunktionen gesucht hat. Die Eisenbahnunternehmung soll hiernach nur noch die Straße und den Zugdienst leisten, die Privatindustrie soll dagegen in Concurrenz und unter möglicher Stellung eines eigenen Wagenparks die Expedition der Güter vornehmen und die Verladungsbefürfnisse des Publikums regeln. Eine Concurrenz, wie unter Frachtschreibern auf der Landstraße, wie unter Schiffen auf Flüssen und Meeren, und damit die Gestaltung eines fluctuirenden Transportmarktes, wird empfohlen. Hiemit löse man zum Vortheile des Publikums die Transportarbeit (von Bedienung des Zuges, Wagnarte und Bahnhofverwaltung abgesehen) und auch das Fahrzeugkapital durch Stellung privater Wagenparks aus dem Kreise des thatsächlich Eisenbahnmonopoles los, und mache den Transport zu einer Waare mit wechselndem und durch Concurrenz gedrücktem Marktpreise. Es wird sich hierfür auf die Absicht der ersten Eisenbahngesetze berufen, welche von den Eisenbahnen erwarteten, sie würden, wie Straßen und Kanäle, von einer concurrenzen Frachtindustrie benützt werden; insbesondere hat man die Uebung in England betont, wo die Bahnen nicht verpflichtet sind, auf eigenen Wagen die Waaren Anderer zu transportiren, und wo große Versender ihre eigenen Wagenparks haben.

Gewiß ist es des eingehendsten Studiums werth, zu untersuchen, ob nicht durch solche Scheidung des Betriebsdienstes eine größere Transportoeconomie zu gewinnen sei. Sehr einleuchtend ist die englische Praxis, gerade für den der Masse nach schwankehenden Transport der Mineralien ($\frac{1}{3}$ des Gesamttransportes) die Stellung der Wagen durch die Kohlenwerte u. s. w. herbeizuführen. Auf der anderen Seite ist schon thatsächlich zu bemerken, daß in England, Belgien und Preußen die ursprüngliche Vorstellung, die Eisenbahnunternehmung als Weg- und Zugdienstvermittlung aufzulösen, eben praktisch sich nicht verwirklichte. Wie der Bericht Mouffette's an die französische Regierung (Eisenbahnenqu. 1863) nachweist, haben englische Bahnen ihre Nichtverpflichtung zur Lieferung der Wagen sogar dazu benützt, den Versendern, für welche die Haltung eigener Wagen unwirtschaftlich ist, beliebige Tarife aufzulegen. So dann beschränkt sich selbst in England nach derselben Quelle die Uebung der Versender, die Wagen selbst zu stellen, auf den Massentransport von Mineralien, hauptsächlich Kohlen. Endlich ist die Güterzufuhr zu und Güterabfuhr von den Bahnhöfen auch dort von den Compagnien mit wenigen Fuhrfirmen (Pächern, Chaplin u. s. w.) regulirt, und die letzteren streben jetzt, gleich wie die sechs großen französischen Bahnen in

Paris, diesen Dienst sogar direct in die Hand zu nehmen und zu centralisiren *).

Jedenfalls nicht für jede Bahnstrecke, nicht für jede Art und jede Masse von Transportgegenständen wird die Eisenbahn ganz zum Seitenstück des Schiffes auf freier See, des Fuhrmannswagens auf breiter Chaussee gemacht werden können. Schon der Güterdienst — ganz zu schweigen vom Personentranspordienst — hat Eigenheiten, welche der Eingrenzung der Bahnadministration auf die Vereinfachung der Fahrstraße und auf den Leconomiedienst widersprechen. Die Einführung der englischen Einrichtung wird nur für bedeutendere Stationen anwendbar sein, welchen in Deutschland schon jetzt die Wagenladung erleichtert, schnellere Versendung gesichert ist und die Kunst des Differentialtarifes von selbst in höherem Maße zufällt.

Den Nachtheilen des factischen Eisenbahnmonopols sind hauptsächlich die Nebenplätze und der Verkehr kurzer Distanzen ausgesetzt. Hier aber wirkt die Zusammenlegung zerstückelter und sporadischer Leistungen in den Einen Expeditionsdienst der Eisenbahnverwaltung sehr häufig ökonomischer, als die concurrirnde Privatthätigkeit der Speditioneure; von letzteren wird hier factisch nicht nur nicht concurrirt, sondern es würde ohne den Bahnverwaltungsdienst überhaupt nicht geleistet werden. Das Maß der Arbeitstheilung ist auch im Bahngüterdienst durch den Umfang des Betriebes bedingt; fehlt dieser Umfang, so kann hier, wie sonst, die Arbeitstheilung zur Kraftvergeubung bei schlechterer Leistung, statt zu Ersparnis bei prompterer Bedienung führen. Die Bahnverwaltungen in Deutschland auf Nebenplätzen würden z. B. überall, wo es nicht schon der Fall ist, die Zu- und Abfuhr der Güter, den sogenannten Güterbeförderer oder Bestelldienst (camionage), gerne lediglich den Verkäufern und den Adressaten überlassen, aber das Publikum würde schlecht hiebei fahren, und bittet um Erhaltung der Wohlthat dieses Dienstes. Die vielen Privaten zusammen müßten mehr Köpfe bezahlen, als wenn auf Nebenplätzen die Bahnhöfverwaltung die ganze Güterbeförderung zusammenfaßt. Einen Frachtführer mit Karrenen bestellt, und ein wenigstens ziemlich fortlaufend beschäftigtes Arbeiterpersonal unterfällt.

Hierin schon unterscheidet sich seiner Natur und seinen Voraussetzungen nach der Güterzug vom Schiffe oder vom Frachtwagen, welcher auf der Chaussee fährt. Schon die angeführten Momente drängen auf eine Zusammenfassung der Functionen, statt auf eine Theilung hin. Aber auch noch in andern Punkten, welche eben die Scheidung des Fahrdienstes und des Befrachtungsdienstes betreffen, ist der Unterschied groß. Rodowicz (D. E. Bahnstg.) hat den Güterzug mit einer fahrenden, oft und an jeder Station zu essenden, während des Transportes vielfach zu manipulirenden Kiste verglichen, bei welcher beßhalb Fahr- und Frachtdienst, Einheit der Behandlung überhaupt nicht gerissen werden darf.

*) Vergl. meine Abhandlungen Lüz. Stg.

Der ganze Dienst bedarf einheitlicher Leitung und Aufsicht, ungescheuer Präcision, vielfach ineinandergreifender Thätigkeiten; er strebt daher dem Pol der Arbeitsvereinigung mehr als demjenigen der Arbeitstheilung zu, wenn gleich beide immer zusammengehören.

Fassen wir daher zu der oben erörterten interessanten Frage Alles zusammen, so kann man dem System der Arbeitstheilung und der Concurrenz innerhalb des Güterdienstes der einzelnen Bahnstation eine relativ hohe Bedeutung, wie sie sich in England bereits bewährt hat, zwar nicht absprechen.

Allein wie hoch man die Wunder schätzt, welche die Concurrenz wirtschaftlich gewirkt hat, so entspringt Qualität, Raskheit und Wohlfeilheit der Leistungen nicht überall nur und hauptsächlich aus der Concurrenz. Für die Post ist dieß unbestritten. Bei allen Leistungen mehr öffentlicher Art — und die Leistungen der Eisenbahn werden stets in hohem Maße diesen Charakter an sich tragen — wirken zugleich andere Einflüsse auf dasselbe Ziel hin, so namentlich die Vermeidung der Kraftzerpflüchterung durch einheitliche Zusammenfassung in allgemeinen Dienst; dieß trat für uns auch am Staate hervor, welcher wirtschaftlich betrachtet selbst eine Produktionsanstalt für gewisse Arten von Dienstleistungen und Sachgütern ist und diese wirtschaftlicher productirt, als es privatwirtschaftlich möglich wäre.

Wo ein öffentlicher oder quasioffentlicher Dienst vollends auf den Erwerb angelegt ist, wie bei der Eisenbahnleistung, da ist es weiter der harte Drang einer möglichst intensiven Verwerthung der großen in jenem Dienst stehenden Anlagen und Betriebscapitalien, was am möglichst wohlfeile und gute Leistungen, noch bevor namentlich aber wenn Concurrenzbahnen entstehen, unaussprechlich hinführt. Ein Moment drängt hiebei das andere. Nur durch viele Vereinigung ist volle Ausnützung möglich. Will man im Personentransport viele Passagiere, so muß man es ihnen bequem und wohlfeil machen. Hat man viele Wagen im Güterdienst, etwa wegen der Möglichkeit außerordentlicher Frequenzen, nöthig, so wird man diesen starken Wagenpark auch für gewöhnlich zur möglichst vollen Ausnützung zu bringen suchen. Dieß kann nur geschehen durch Ermäßigung der Frachtpreise. Im Güterbetrieb der Eisenbahn spielen die Generalkosten: Verjüngung des Anlage- und des Betriebskapitals, der Lohn des Zug- und Bahnhofspersonals, die Abnutzung der Gebäude, Wagen, Schienen, Fuhrkahn, — das Brennmaterial u. v. m. eine so vorherrschende Rolle, wie kaum in einem andern Betriebe. Generalkosten werden aber nur durch Massenvermehrung vermindert, Massenvermehrung wird nur durch Wohlfeilheit erregt. Die Fähigkeit der Eisenbahn, Viel und Gutes zu leisten, ist hienüt wirtschaftlich genöthigt, wirklich Viel und Gutes zu leisten, einigermaßen schon ohne den Stachel der Concurrenz, noch mehr freilich, wenn dieser hinzutritt. Alle öffentliche Deloncomit hat — die Nationalökonomie wird hier noch ein weites Gebiet eigenthümlicher Betrachtungen zu erschließen haben — ihre innere Corrective ebenso, wie

die Privatökonomie sie vorzugsweise in der Concurrenz hat. Soweit die Concurrenz nicht wirkt, muß man andere, in gegebenem Fall öffentliche Kräfte der Wirtschaftlichkeit in Bewegung legen. Wie dieß für den Eisenbahntransport geschehen soll, wird unter IV. und V. noch näher erläutert werden.

Im Uebrigen hat die Herbeiführung wohlfeileren Transportdienstes einen weiten Spielraum auch auf dem Gebiete der Betriebsökonomie im Allgemeinen.

Es kann erspart werden am Personal durch sorgfältigere Scheidung zwischen Güter- und Personendienst und durch Einräumung größerer Selbstständigkeit an die einzelnen Bediensteten. England und Nordamerika haben ein weit geringeres Personal als Deutschland. „In Deutschland, sagt Weber, ist der Zug verhältnismäßig sehr stark mit Personal besetzt, hier haben die Züge meist ihre bestimmten Schaffner oder sonstiges Begleitungs-corps, gleichviel, ob sie stärker oder schwächer sind. Man kann hier auf je zwei bis drei Personenzüge einen Schaffner oder Bremsler, auf 5–8 Güterzüge einen Begleiter rechnen. In England und Frankreich ist die Begleitung der Züge weit schwächer. Personenzüge begleiten hier selten mehr als ein Oberkassirer (chef de train, guard), und 1 oder 2 Schaffner und Bremsler (gards, breaksmen). Die Güterzüge sind nur mit einigen Bremslern besetzt. Die Sicherheit gewinnt beim deutschen System nicht so viel, als die Dekonomie verliert.“ Diese Umwandlung wird auch in Deutschland von jener ökonomisch alles überherrschenden Macht, von dem Werth, das heißt von dem Steigen der Löhne so gewiß zu Stande gebracht werden, als der steigende Lohn in den letzten Jahren zu immer rascherer Einführung der Maschinen in allen Industriezweigen, — in der Spinnerei z. B. zur Reduktion der Arbeiterzahl von 18 auf 8 Arbeiter pro 1000 Spindeln unter Anwendung des Selfactors, — hingedrängt hat.

Erspart kann werden durch eine immer umfassendere Anwendung des Stücklohs. Dieser hat von Anfang keinen kleinen Spielraum im Eisenbahnbetrieb gehabt. Der fixe Gehalt der Locomotivführer, Heizer, Conducure, Bremsler, Wagenmeister ist nicht sehr groß, ihr „Meilengeld“ macht einen beträchtlichen Einkommensanteil aus. Das Meilengeld aber ist Stücklohn; denn je mehr Meilen der Conducure fährt, desto größer sein Lohn. Ohne dieses würde er gewiß häufig Krankheit, bei der Strenge des Dienstes wohl zu entschuldigen, vorziehen. Gegenwärtig fährt, um das Meilengeld zu verdienen, der Mann leicht 70 Stunden per Tag, 400 die Woche, 20,000 im Jahre, zweimal, wenn es in Einer Richtung weiter ginge, um die Erde herum.

Bei dieser Gelegenheit ist es nicht unangemessen, die verschiedenen Klassen des Eisenbahnpersonals einer kurzen Vergleichung zu unterstellen.

Die Bahnverwaltung fordert dreierlei Hauptfunctionen: die kaufmännische Leitung und Gestaltung des Güter- und Personentransports,

die technische Instandhaltung der Fahrbahn und des Transportmaterials, und die juristisch-administrative Aufrechterhaltung der formellen Ordnung des ganzen Betriebes.

Folgerichtig würde die Spitze verständiger Weise ein Triumvirat eines Kaufmanns, Technikers und Administrators sein, unter der Oberleitung oder Generaldirection eines von den Dreien, in Deutschland in der Regel des beamtenmäßigen Administrators, sonst häufig eines Kaufmanns oder Finanziers, in Zukunft vielleicht hauptsächlich eines Technikers. Dieß wäre die naturgemäße Zusammenlegung der Specialdirection.

In der Wirklichkeit macht sich dieses freilich vielfach anders. Bei Staatsbahnen ist die oberste Leitung dem Schwerpunkt nach in ein administrativ-technisches Beamtencollegium verlegt. Bei Privatbahnen spielt das große Collegium der Verwaltungsräte mit guten Lantienen eine Rolle, indem sie eine Reihe an ihrer Gründung Theil habender Einflüsse: Bankiers, Kaufleute, Beamte, Literaten gleichsam als die Gesckalen von ihrer Entscheidung her, nicht gerade zu ihrem besonderen Bedenken dauernd sich aufstellen sehen. In beiden Fällen wird die Verantwortlichkeit der dirigirenden Persönlichkeiten nicht wenig geschwächt.

In Frankreich unterscheidet man jetzt fünf, in England hat man in der Regel sieben Zweige der Verwaltung. Dort: die Leitung des Personenverkehrs, Leitung des Güterverkehrs, Bahnunterhaltung, Besorgung der Zugkraft und der Transportmittel, das Rechnungswesen, — hier: das coaching and police committee für Personentransport und Betriebspolizei, das goods committee für Güterdienst, locomotive committee für Zugkraft, maintenance of way committee für Bahnunterhaltung, finances and stores committee für Buchhaltung und Magazinverwaltung, estate committee für Grundstücke und Gebäude, audit and check office committee für Controllen. Jedes der sieben englischen Departements steht unter einem secretary oder managing director, welcher die alle 8 oder 14 Tage von den versammelten Oberbeamten des Departements gesckten Bescklüsse wie ein constitutioneller Minister ausführt.

Auf die Verzweigung der Bau-, Locomotiv-, Gepckts- und Rechnungs-Direction soll hier nicht eingegangen werden. In der Betriebsverwaltung, welche theils Transport, theils Stationsdienst ist, functioniren unter einer Oberleitung und von den Stationsvorständen fortlaufend controlirt die Zugführer (Versckaffner), Conducure (Schaffner), Bremsler, Badmeister (Gepcktsconducure), die mit Visitation und Delen der Wagen beschickten Wagenwärter nebst Locomotivführern und Heizern. Im Stationsdienst functioniren die Bahnhofsverckände, die Schirrenmeister, welche das Betriebsmaterial auf der Station behandeln, nach Anweisung die Züge zusammenstellen u. s. w., die Stationäre, welche die Billets verkaufen, die Gepcktsverckötoren.

Eine nähere Schilderung des Personentransportdienstes, welchen jedermann kennt, mag hier unterbleiben.

Die Verdenkung der Güter wird in Deutschland meist durch ein

dreifaches Personal besorgt: durch den Güterbesitzer (Güterbesitzer), welcher die Güter auf die Ake bringt und von der Ake dem Adressaten zuführt, Ein- und Ausladung besorgt, durch den Güterabfertigungsbeamten der Aufgabe- und Abgabestation, welcher die Berechnungen mit dem Publikum und mit den Stationen der Abfertigung und des Empfangs besorgt, den Abgang der Güter bestimmt und den Empfang vom Zugpersonal vollzieht, endlich durch Zugmeister und Gepäcksbedienten des Zuges, welche die Befandlung des Gutes, so lange es in Bewegung ist, versehen.

Neben den Abfertigungs- und Empfangsregistern der Güterabfertigungsbeamten ist es hiebei namentlich die Frachtkarte, welche die Ordnung des Transportes und der Abrechnung besorgt.

Die Frachtkarte ist der Geleitsbrief jeder Gütersendung, welche von einer Station zu einer anderen geschieht: So viele Ladungseinheiten auf dem Zuge sich befinden, so viele Frachtkarten sind zu Händen des Zugmeisters oder Gepäcksbedienten gleichsam als Poß, Bescheinigung, Bestimmungserklärung des Gutes. Wer bei dem Aufenthalt des Zuges an einer Station sich vor den Güterwagen stellt, wird schon bemerkt haben, daß eine Reihe von Formularen dem Zugpersonal eins und von diesem ausgehändigt werden über die Güter, die an der Station abgegeben und von der Station aufgegeben werden. Dieß sind Frachtkarten. Die Frachtkarte ist also wohl zu unterscheiden vom Geleitsbrief; denn während dieser ein Document ist, welches der Waare vom Frachtaufgeber an den Adressaten mitgegeben wird, ist die Frachtkarte das dienstliche Begleitpapier, welches von der abfertigenden Stelle dem Zugmeister und von diesem der Empfangsstation —, oder beim Übergang auf andere Linien dem Abfertigungs- und Zugpersonal dieser letzteren übergeben wird, um schließlich mit dem Gut dem Güterabfertigungsbeamten der fremden Empfangsstation übergeben zu werden. Die Karte ist das Papier, welches während der Bewegung des Zuges orientirt und legitimirt, nach Abgabe des Gutes an der Empfangsstation die Grundlage des Eintrages in die Empfangsregister und der Verrechnung bildet.

Ueber die Frachtkarten, welche jede Station mit jeder andern wechselt, wird von jeder ein Empfangs- und Abfertigungsverzeichnis geführt, mit Kartennummern, welche ein ganzes Rechnungsjahr durchlaufen. So wird auf Grundlage der „Kartirung“ das Expeditionsverhältniß jeder Station zu jeder andern evident.

Nun stehen aber nicht alle Stationen mit einander in directem Kartenwechsel. Dieß ist vielmehr nur zwischen allen Stationen einer und derselben Linie der Fall. Stünden alle deutschen Bahnstationen mit einander in dem Verhältniß directer Kartirung, so würde sich, eine einfache Variationsrechnung ergibt es, die Abrechnung höchst complicirt gestalten.

Es ist ein hauptsächlichster Vortheil der deutschen und der internationalen sogenannten „Eisenbahnverbände“, welche die dem Weltverkehrsmitel notwendige Einheit unbeschadet der Mannigfaltigkeit und Selbstständigkeit der einzelnen Linien herzustellen bemüht sind, daß sie eine directe

Kartirung zwischen den Hauptstationen verschiedener Bahnen und hiemit eine einfachere Verlesung und Verrechnung herstellen. Die „Verbandsstationen“ kartiren direct auf einander. Die unbedeutenderen Stationen jeder Linie des Verbandes bedienen sich dann der nächsten Verbandsstation, kartiren an diese, und durch Umkartirung bei der letzteren gelangt dann das Gut an die dem Empfangsort nächste Verbandsstation, welche mit besonderer Karte das Gut an die Empfangsstation leiten kann, wosfern diese nicht selbst eine Verbandsstation ist.

Ein wichtiger Zweig der Verwaltung der Eisenbahnen ist die Frachtabrechnung verschiedener Bahnverbände. — Weber sagt über die Eisenbahnabrechnungsinstitute: alle Bahnen, die ein Gut berührt, erhalten verhältnismäßigen Antheil am Transportpreise, haben aber wiederum für die Benutzung fremder Betriebsmittel auf ihrer Strecke Mietzvergütungen für die zum Transport benutzten Wagen an die vermietende Bahn zu bezahlen. Jede Bahn hat mit der Nachbarbahn daher zu den festgestellten Terminen Rechnung auszutauschen: über den Transport der Güter in den verschiedenen Classen und Kategorien, über Benutzung der Wagen nach der durchlaufenden Strecke jeder Bahn, über Miethe der Wagen, welche über die gesetzmäßige Zeit ausbleiben. Grenzt nun eine Bahn an drei, vier oder mehrere Nachbarbahnen, so giebt dieß monatlich 9, 16 oder mehr Abrechnungen, die controlirt werden müssen und oft den Transport von Millionen Centnern Gut und Millionen Armen umfassen. Die außerordentliche Complication der Geschäfte der Güterverwaltung geht hieraus hervor, die sich noch ungemein vermehrt, wenn die betreffende Eisenbahn eine Zollgrenze paßirt und die Bestimmungen der Douane das freie Gebahren mit den Gütern und Wagen beschränken. Mit ungemeinem Glück hat man nun in England durch Abrechnung eines Centralabrechnungsbüros (railway clearing house) die Aufgabe vereinfacht. Bei dem unermesslichen Verkehr Englands waren die Bahnverwaltungen nahe daran, durch die Abrechnungen Geschäftsankerkette zu machen. Robert Morison sogte den glücklichen Gedanken, die Abrechnungen in Einem Bureau zu concentriren, dem von sämmtlichen Bahnen die Daten geliefert würden. Seine Vorschläge wurden von über 45 Bahnen acceptirt und zur Zeit umfaßt der Geschäftskreis des clearing house über 1200 Meilen Bahn mit über 1000 Stationen. Alle Tage schließt diese Anstalt ihre Rechnungen so, daß jede betheiligte Bahn den Stand ihrer Verhältnisse erfahren kann, während bei der andernwärts üblichen Einrichtung Monate dazu nöthig sind. In Deutschland haben mehrere Eisenbahnverbände ähnliche Anstalten für ihre Zwecke errichtet, deren Centralabrechnungstellen sich in Berlin und Erfurt befinden.

D) Das Verhältniß der drei Elemente des Transportes.

Auch das Transportwesen ist durch das Geseß fortgeschreitender Entfaltung vom extensiven zum intensiven Betrieb behererrscht, und erreicht seinen Höhepunkt dann und in denjenigen seiner Einrichtungen,

wann und in welchen Weg, Fahrzeug und bewegende Transportkraft vom Arbeits- und Kapitalvermögen im Einzelnen vollständig beherrscht und zusammen einaander rationell angepaßt werden können.

Zuerst herrscht der Naturfactor: als Weg der freie Boden, Fluß, See und Meer; als Fahrzeug: Hand, Rücken, Schulter, als bewegende Transportkraft: menschliche und thierische Muskelkraft, Wind.

Die natürlichen Elemente des Transportes verbessern sich durch Arbeit- und Kapitalaufwand, jedoch ohne die Bedeutung des selbstthätigen Naturfactors schon zurückdrängen: als Weg: der gebahnte Pfad, die Chaussee mit Brücken, der corrigirte Fluß, das Meer mit Hafenanlagen, Böden, Leuchtthürmen, fahrbar durch Compaß und astronomische Berechnung, der Canal, — als Fahrzeug: Wagen, Raden, Segelschiff, — als Triebkraft: der Fluß mit Flößereinrichtungen, Leinpfaden, Schleusen u. s. w.

Vortretend künstlich, durch Intelligenz und Capital befehrt, in Weg, Fahrzeug, Trieb- und Betriebskraft auf einander gestimmt, treten die Eisenbahn und der Telegraph hervor. Weg, Fahrzeug, die in der Locomotive geführte Dampfkraft, der Betriebsdienst sind in der Eisenbahn nicht bloß für sich technisch ausgebildet, sondern auch aufs Rationalste einander angepaßt.

Der Fortschritt in der Ausbildung und im harmonischen Zusammenwirken der einzelnen Transportelemente ist ein stufenweiser, von der Zunahme des Verkehrs und der Bevölkerung ebenso bedingt, als jene Zunahme bedingend und erweiternd.

Solcher geringer Verkehr und wenig Bevölkerung aus auf höherer Kulturstufe sich erhalten, Transporte nur gestreut und unregelmäßig vorkommen, erhalten sich (s. V. auf dem Lande) auch die frühesten Formen und Entwicklungsstufen des Güter-Personen- und Nachrichtenverkehrs. In und zwischen den Großstädten der Neuzeit dagegen verlangt der Transport, sowohl was den Weg als was Fahrzeuge und betreibende Kräfte anlangt, den höchsten Grad der Entwicklung für den Güter-Personen- und Nachrichtenverkehr. Die Willkürfäden sind ohne die höchst geistigsten Transportmittel gar nicht denkbar. Diese machen es möglich, einen Theil des Tages im Comptoir, den anderen entfernt davon im gesunden und wohlgeleiteten Wohnhause zuzubringen, und, wie sie centralisiren und den Städten Güter und Personen massig zuführen, decentralisiren sie auch wieder, halten Grundrente und Hausmiete der Städte- wirthschaft auf einem mit der Weiterentwicklung verträglichen Maße zurück, und gestatten der Bevölkerung, aus der Straßen quetschender Enge in die Natur zu entfliehen.

Sehr schön ist der Grad der Transportentwicklung Londons neuerdings von Engel (a. a. D.) skizziert werden, wenn es heißt: „Die belebtesten Straßen von London wurden nicht früher als 1417 gepflastert. Vorher war kein großer Verkehr möglich, war auch nicht vorhanden. Der

Personenverkehr zu Wagen war sogar als ein Eingriff in die Prärogative der Krone und des höchsten Adels unterlag. Der niedere Adel ritt, die Bürger u. i. w. gingen stolz zu Fuß oder auf Stelen, wenn der Straßen-schnitz das damals erlaubte hohe Maß überstieg. Bald nach dem Plakaten der Straßen wurden sie auch auf öffentliche Kosten bei einbrechender Dunkelheit beleuchtet. Dieß geschah in regelmäßiger Weise theils erst in den Jahren 1738—1739. Als sich die Stadt immer weiter ausdehnte, ward das Bedürfnis, die großen Entfernungen ohne körperliche Ermüdung zurücklegen zu können, von Tage zu Tage auch für Diejenigen fühlbarer, die sich keine Fußstapfen ausdauern konnten. Der Weg war da, das Fuß-rück zu gering. Es entstanden die Miethsfuhen. Sie genigten auch für lange; aber das zunehmende Wachstum der Stadt lenkte nothwendig eine größere Menge von Menschen auf äußerlich gemeinſame Wege. Damit war der Anstoß für die Omnibus gegeben, die bekannt nur aus be-stimmten, nicht aber beliebigen Strecken, wie die Miethsfuhen, fahren. Ihre ungeschickten Befehle bewegen sich haufenweise in den engen Straßen. Das eufelische Geräusch der rollenden Wagen aller Art über-täubte jedes Wort selbst innerhalb der Häuser, es rauchte den Berechnern derselben jedwede Ruhe bei Tag und bei Nacht. Man plasierte die Straßen mit breiten Steinen, man daustrte sie, man asphaltete sie und erreichte mit dieser theilweise aus altfahnen Nichtsthen unternehmenen Weg-verbesserung zugleich den Zweck der Behaglichkeit der Circulation. Die Haus-um Gabz, eine wesentliche Verbesserung der Fahrzeuge und der Kraft, nutzte jene Vervollkommenung zum Besten aller derer aus, die sich ihrer bedienten. Als noch mehr Personen den gleichen Weg zu fahren Veranlassung fanden, hatte die Stunde für Errichtung der Pferde-Eisenbahnen geschlagen. Allein die Straßen waren so eng, dieselben nicht bloß mit den Fuhen und Personenwagen, sondern auch mit Wagen für Güter zc. schon so über-füllt, daß lediglich der Raummangel in London die Entfcheidung und Ent-wicklung der an und für sich nur ein Uebergangsgliedum bezeichnenden Pferde-Eisenbahn verhinderte. Zur Erweiterung des Weges, der ober-irdisch den ganzen Verkehr nicht mehr fassen konnte, wurde die unter-irdische Eisenbahn mit Loccomotivbetrieb ins Leben gerufen. Ingenieure, Maschinen- und Wagen-Baukunst vereinigten sich, um in kürzester Zeit eins der größten Wunderwerke der Welt zu schaffen. Doch siehe, auch diese Verbesserung und Erweiterung des Weges, diese unmittelbare der Kraft und der Fahrzeuge zählende sich nicht hinlänglich; und so ist denn gegenwärtig in London das „Thames-Embankment“ (Themergebürgnis), die Hauptfrage des inneren Stadtlebens. Das ist die Regung einer Pa-rallelstraße von Waterloo bis Westminster-Brige auf dem rechten Ufer der Themse, von Westminster bis Blackfriars-Brige auf dem linken Ufer derselben; ein Bauwerk, dem viele Tausende der jetzigen Häuser zum Opfer fallen müssen, und wofür ein directer und indirecter Aufwand von mehr als hundert Millionen Pfund Sterling noch nicht ausreichend erachtet wird. Neben diesem riesenhaften Personen- und Güterverkehr in den

Straßen bewegt sich der fast ebenso überfüllte auf der Themse, bewegt sich ferner auf Hunderten von Dächern der der Gedanken, und bewegt sich in pneumatischen Röhren der von Briefen, Depeschen und kleinen Paketen.

Der Londoner Verkehr scheint also jetzt an den äußersten, von dem natürlichen Verkehrsgeetze gezogenen Grenzen angelangt zu sein. An der Kraft und den Fahrgängen ist nicht viel mehr zu verbessern. Pferde und Wagen sind vortrefflich, und die Locomotion ist eine im Vergleich zu anderen großen Städten ungemein rasche. Eine Vervollkommenung der Wege ist ebenso wenig denkbar, so lange sie so starker Amonung ausgesetzt sind und aus Verkehrsbrüchigkeiten so wenig Zeit gegeben ist, sie gründlich auszubessern. Bleibt bloß die Erweiterung der Wege, und hierfür wird kein Opfer für zu groß gehalten; das Gezeß des Verkehrs sprengt jede Fessel. So wirkt es überall, bis auch dem Erfindungsgeist des Menschen an den Schranken der Natur ein Halt zugerufen wird."

E) Der Charakter der Verkehrsanstalten in verschiedenen Ländern. Es sind zwar wesentlich wirtschaftliche Umstände, welche, zurückführbar auf die unter D entwickelten Gezeße, den Gang und den heutigen Stand der Verkehrsanstalten in den verschiedenen Ländern bestimmt haben. Doch sind nicht bloß wirtschaftliche Umstände hiebei wirksam gewesen, sondern alle Seiten des nationalen Lebens zeigen dabei ihren Einfluß. Dieß ließe sich in charakteristischen Einzelvergleichen von allen Communicationsmitteln nachweisen. Am Hauptvertreter aller modernen Verkehrsanstalten, der Eisenbahn, tritt jene Thatsache am augenfälligsten hervor; Technik und Administration der Eisenbahnen der Engländer, Deutschen, Belgier, Franzosen, Amerikaner spiegeln genau den Charakter dieser Nationen und ihrer Völker ab.

Ueberall freilich ist es eine und dieselbe Aufgabe der Eisenbahn, Menschen und Güter von einem Orte zum andern zu bringen. Ob aber schneller oder langsamer transportirt wird, in welchem Verhältnis die verschiedenen Classen von Personen am Verkehr theilnehmen, ob Massen von Rohprodukten oder edlere Güter transportirt werden, Alles dieß inskuit auf Natur und Form des Verkehrs. Auf die Administration hatte es Einfluß, ob man Privatbahnen oder Staatsbahnen gewählte, ob kaufmännisch oder beamtenmäßig organisiert, kühn vorangeilt oder sicher nachgesehen wurde. Auf die Technik inskuit die Preise der Materialien, das Vorrücken des Holzes, des Eisens, des Steins, die Verhältnisse, die Bildung der Techniker, — der Volkscharakter, ob schüchtern oder langsamer, ob müthiger oder vorwortsüchtigend.

So in England mit wohlfeilem Eisen, schon vorhandenem großem Verkehr, welcher präzise und kaufmännische Behandlung bereits gewöhnt war, mit hohen Preisen für die Leistung des Wartpersonals — von Anfang an ein soliden Bau, Abwesenheit von jeglichem Eurns in den Personenzügen, möglichste Vermeidung der Holzconstruktionen, der Wegübergänge, der Weichen durch Anwendung der Tunneln, der Viaducte, Drehscheiben

und Geleisefarren, eine durchaus kaufmännische Administration, Privatbau. Wenn gleichwohl das Bahngesetz den Aktionären eine durchschnittlich schlechte Rente gibt, so ist hieran die enorme Concurrenz schuld; denn in England kommt auf jede Quadratmeile 1 1/2 englische Meile Bahn, mit Anlagekosten von einer Million Thalern pro deutsche Meile. Weber charakterisirt die äußere Erscheinung des englischen Eisenbahnwesens folgendermaßen: „Niedrige Lage der Bahnlinie im Terrain, so daß Tunneln und Einschnitte häufiger sind, als hohe Brücken und Dämme, Vorrücken der Eisen- und Steinconstruktionen für Brücken, Dächer, Hallen, Treppen; kleine, aber für den Betrieb sehr practisch eingerichtete Stationen mit sehr vielen Drehscheiben, ausgedehnte, aber wenig decorirte Hallen, wenig elegante und verhältnismäßig kleine Räume für Passagiere, die aber sehr zweckmäßig disponirt sind, Selbstthät der Schienen, Wagen und Locomotiven bei Abwesenheit fast aller Eleganz der letzteren, strenge Trennung der Transporte der Personen und der Güter, kleine, aber häufige Personenzüge, einfache Controlen bei geringer Vorforsichtigkeit für den Passagier, verhältnismäßig schwache Personale und ein besonders in den mittleren Schichten ausgezeichnet practisch geschultes Beamtencorps, bei dessen Ausbildung mit vielem Blick der militärischen Schematismus vermieden worden ist, welcher beim niedrigen Eisenbahnpersonal in Deutschland den Geist selbstständigen Handelns ersticht, obgleich letzterer von specifischem Nutzen für den Eisenbahndienst ist und sorgsam gepflegt werden sollte.

Auf den englischen Güterstationen liegen zu beiden Seiten der Güterschuppen, die nicht sehr lang sind, deren aber meist mehrere neben einander stehen, Geleise, in denen sich mehrere kleine Drehscheiben befinden, durch welche Wagen leicht von einem auf das andere gesetzt werden können. Die ganze Fläche neben und zwischen den Güterschuppen und Geleisen ist gepflastert oder kassirt, so daß auch überall, über die Geleise und an die Güterschuppen Straßenwagen anfahren können. In den Güterschuppen selbst befinden sich ganze Reihen von den Wagen und aus denselben geladen, sondern auch ohne Mühe hoch übereinander gestapelt werden können. Innerhalb der Speicher sind die Vorrichtungen zum Wiegen der Waaren fahrbar, häufig sind sogar die Bureaus auf Rädern beweglich, was den großen Vortheil im Gefolge hat, daß man dieselben, bei Abfertigung großer aufgelagerter Gütermassen, in deren Nähe bringen und so die geschäftliche Behandlung der Verladung sehr befördern kann. Zuweilen sind auch die Hebevorrichtungen so eingerichtet, daß man die Waaren beim Heben sogleich wiegt. Einige große englische Güterstationen sind auch mit mechanischen Vorrichtungen zum Vorschleichen der Wagen auf den Geleisen versehen, deren Beschreibung hier zu weit führen würde, die aber sehr erfolgreich dahin wirken, Menschen- und Thierkräfte bei dieser beschwerlichen Arbeit zu sparen und die Verwendung der Locomotiven hiezu ganz überflüssig zu machen. Kommt nun ein Güterzug auf eine Station solcher Construktion, so werden die Wagen derselben, da alle

Punkte der Speicher mittelst der Drehscheiben zugänglich sind, ohne Störung der gerade geschöpfenden Aus- und Einladungen, an die freien Ausladeplätze vertheilt. Die Decken werden von den Wagen genommen und mittelst der Krähnen, Hebevorrichtungen, fahrbaren Waagen ist die Ausladung unglaublich schnell bewirkt. Die Güternationen nach deutschem System dagegen enthalten meist sehr wenige, aber sehr lange Güterschuppen, auf deren einer Seite das Geleise, auf deren anderer Seite die Straße hinführt. In dem ganzen langen Geleise liegen meist keine Drehscheiben, sondern nur einige Weichen verbinden die Geleise. Um diese Weichen zum Transport von Wagen von einem Geleise auf das andere benützen zu können, müssen diese letzteren auf große Strecken von Wagen frei gemacht werden; die ankommenden Wagen werden durch häufiges, aufhaltames und gefährliches Stößen, durch Weichen und auf lange Geleisestrecken mittelst Maschinen, Pferden und Handarbeitern sortirt und in diejenige Ordnung gebracht, in der sie ausgeladen werden können, und so vor den Güterschuppen aufgestellt. Ist ein Wagen erpedit, so kann er nicht aus dem Zuge genommen werden, ohne daß dieser in seiner Gesamtheit verschoben wird. Aus den Eisenbahnwagen kann selten direct in die Straßenwagen verladen werden; denn diese können fast nie neben einander fahren. Die Anwendung von Krähnen und Hebemaschinen verbietet sich fast ganz durch die festen Dächer der meisten deutschen Wagen, so daß auch die schwersten Güter, die in bedeckten Wagen transportirt werden, mit der Hand und mit Kellern ausgeladen werden müssen. Die Verladung sehr schwerer Stücke, Steine, Maschinentheile, Kessel u. s. w. geschieht daher, so viel nur thöulich, in offenen Wagen. Die Expeditionen befinden sich meist, gemauert, an den Enden der sehr langen Schuppen, der Verlethe mit denselben ist zeitraubend und beschwerlich; die Hebevorrichtungen sind meist schwer oder gar nicht transportabel. So kommt es denn, daß auf Güternationen englischen Systems mit ihrer fächerförmigen Disposition auf gleichem Raume und in gleicher Zeit und mit gleichem Personal drei- oder viermal größere Massen erpedit werden können, als auf solchen deutschen Systems. Die Güternationen kleiner deutscher Bahnen, mit drei bis vier Millionen Centnern jährlichen Transports, sind größer als die der gewaltigen, englischen Linien mit Transportmassen von zwanzig bis fünfzig Millionen Centnern. Der Aufwand für Arbeitskraft und Aufstich steigt in gleichem Verhältnisse und eine ökonomische Ausnutzung der Kräfte fehlt in gleichem Verhältnisse. Der massive Bau der englischen Güternationen, geschäftigt durch die Unberechenbarkeit der Entwicklung des Güterverkehrs, vermindert überdies die Anlagekosten. Die englische Bahn befördert auch kostbare Güter möglichst auf den Lowries, d. h. Wagen, die aus einer auf den Rädern ruhenden Plattform, mit wegnehbaren Seitenwänden, bestehen und nur mit wasserdichtem Zeuge oben bedeckt und verschlossen werden. Dieses System hat den Vortheil, daß man das Gut überall mit mechanischen Hebevorrichtungen anfaßen kann. Der Wagen wird nicht lang und groß

gebaut, um das sogenannte todt Gewicht durch relativ volle Befrachtung zu vermindern. Eine Vertheilung zum Ab- und Aufladen an kleine Schuppen ist hiedurch möglich.

Auch das belgische System spiegelt den eigenthümlichen Charakter des Staates, Volkes und Landes ab. Der governmentstüchtige „Wusteraast“ nahm schon 1834 unter der Bezeichnung der Mittelwelt die Ausföhrung eines einheitlichen Reges direct in seine Hand. Allein nach zehn-jähriger Erfahrung wollte der fröhlige Geschäftssinn des Landes eine volle Befriedigung bei der zwar soliden, aber auch dem raschbelegten Strem des Fortschrittes nachstehenden ausschließlichen Staatsregie des modernen Communicationsmittels nicht mehr finden. Im Jahr 1844 gab man das System der Staatsbahnen auf, hat aber jetzt auf 220 Meilen Bahnlänge 19 Verwaltungen, 77 deutsche Meilen Staatsbahn haben 82, — 150 Meilen Privatbahn etwa 82 Mill. Thal. gekostet. Im Technischen hat das belgische Eisenbahnsystem viele Nützlichkeit mit dem englischen; sorgsame Holzersparrniß, Vorherrschern der Eisen- und Steinconstruktionen, Kleinheit der Stationen mit wenig Weichen und vielen Drehscheiben sind augenfällige Charaktermerkmale. Die Eleganz der Wagen und Bahnhöfe ist im Zunehmen.

Auch in Deutschland waren die Bedingungen für die Gestaltung des Eisenbahnsystems eigenthümliche. Das Reg. sagt Weber treffend, wurde nicht, wie in Belgien, von Einer Stelle aus projectirt und ausgeföhrt, sondern in den verschiedenen Staaten nach verschiedenen Principien beggemen. Hier nahm die Regierung den Bau in die Hand, wie in Braunschweig, Hannover, Baden, Württemberg, Bayern, dort überließ man denselben Privatgesellschaften, und erst später kauften und bauten auch hier die Regierungen Bahnen. Die großen Knotenpunkte des Verkehrs lagen weiter auseinander als in England; die Bevölkerung war dünner, das Kapital weniger flüßig, die Industrie weniger verbreitet und weniger concentrirt. Bahnen, um rentabel zu sein, mußten weicher gebaut werden. Man durchtunnelte und überbrückte daher weniger, folgte unter Opfern an der Geschwindigkeit in Krümmungen und Steigungen dem Terrain. Bei noch ziemlich großem Holzreichtum ließ man namentlich Anfangs die Holzconstruktion vorherrschen. Dem optimistischen, mehr reflectirenden und auf gebildete Formen abgesehenen Nationalcharakter entsprach die weite und lurrirische Anlage der Stationen, namentlich der Stationsgebäude, die auf Jahrhundert berechnete (oft verschwenderische) Solidität dieser Gebäude, die größere Eleganz der Wagen, die große, beim Weichensystem unermessliche Ausdehnung der Güterbahnhöfe, dem geringeren Werth der Arbeitskräfte ein großes Personal. Die Regierungen, noch erheblich fürsorglich für das Wohl eines gouvernementalen Volkes, garantirten Zinsen, gestatteten solchen Gesellschaften Emission von Papiergeld und Lotterien, überwachten die Solidität des Baues und des Transport-, namentlich des Personendienstes. In mittleren Staaten baute die Regierung selbst, theils aus Furcht vor einer die Staatsmacht übernehmern

den Kapitalmacht, theils aus patriarchalischer Geistesart, theils wegen guter Finanzlage, theils, um die neue Wohlthat gleichmäßig dem Lande zutreiben zu lassen. Dieser staatliche Dienst läßt an Sicherheit und Zuverlässigkeit meist nichts, aber an taumännischer Auffassung, beweglicher Anknüpfung an die Conjectur, an schnellern Weiterzichen der Reize zum Theil viel zu wünschen übrig. Das Personal ist militärisch geschult. Neuerlich charakterisirte sich daher das deutsche Eisenbahnenwesen durch große Eleganz und Bequemlichkeit der Passagierwagen und Passagierräume, ungemeine Ausdehnung der Stationen, Vorterrassen der Weichensysteme, sorgsame Ausführung des Oberbaues, Sorgfalt und Kleinlichkeit in Erhaltung des beweglichen und unbeweglichen Materials, hohe Lage der Bahnlinie im Terrain, durch centralisirte Verwaltung bei viel Scripturen und Controllen, große Rechtlichkeit und Solidität, mäßige Schnelligkeit, aber große Sicherheit in allen Zweigen des Dienstes. Deutschland besaß im Jahr 1860 bei 682 Meilen Staatsbahn 1428 Meilen Privatbahn.

Frankreich, einheitlich und centralisirt in Allem, ist es trotz Compagniebetriebes auch in seinem Eisenbahnenwesen. Paris ist wie die Spinne in dem Mittelpunkt des Spinnengewebes von Bahnen, welche nach festem Plane, nach administrativen und militärischen, wie nach commerciellen Gesichtspunkten angelegt sind. Dieser französische Geist konnte sich um so leichter ausprägen, als man zuerst zögerlich gewesen war, und erst von 1852 an plötzlich eine ungeheure Expansion in der Eisenbahngründung stattfand. Das System konnte so wie aus einem Korp kommen und ist die Schöpfung des Corps der Staatstechniker. Die Hauptbahnen laufen strahlenförmig von Paris aus; je mehr der Grenze zu, desto mehr sind sie durch zweckmäßig angelegte Aderlinien mit einander verbunden. Im Bau haben die französischen Bahnen viele Aehnlichkeit mit den englischen, in der Administration — jedoch von der Zerstückelung in viele kleine Linien abgesehen — haben sie viele Verwandtschaft mit den deutschen Bahnen. Charakteristisch in Frankreich ist die Ebnung fast sämtlicher Bahnen in 6 große Complexe: Nord-, West-, Ost-, Süd-, Paris-Orleans- und Paris-Rhon-Mittelmeerbahnen; letztere ist 344 deutsche Meilen lang, die Rentabilität ist gut, die Betriebskosten sind niedrig.

In Amerika findet man zum erstenmale die Eisenbahnen als einfache Straßen, als ersten in die Wildnis gebahnten Pfad behandelt. Sie wurden durch Wald und Steppe geworfen, um unwirthliche Gegenden aufzuschließen, die Gründung von Städten zu ermöglichen, statt als Hauptarterien des Verkehrs schon alter Plätze zu dienen. Solidität des Baues, Sicherheit des Betriebes traten in den Hintergrund unter Verhältnissen, wo Alles Ungewißheit und Unsicherheit war; Schnelligkeit und Wohlfeilheit des Baues, Einfachheit des Betriebes waren Hauptbedingungen bei Bahnen, die sich ihren Verkehr selbst schaffen und dabei rentiren sollten. Flache, leichte Schienen wurden auf Gerüste von Lang- und Querschwellen genagelt; dem Holz ist im Ueberfluß da. So entstand

das amerikanische Oberbaußstem; bei diesem ist viel Holz und wenig Eisen erster Grundatz, während man in Europa zu ganz eisernem Oberbau zu schreiten bestrbt ist. Holzbrücken von unerhörten Dimensionen wurden angewandt, das höchste mechanische Talent entwidelte sich im Bolke und lieferte die sachgemähesten Konstruktionen für Bauten und Betriebsmittel, fast allenthalben von neuer Form. Die amerikanische Bahn ist kaum überwach, das Wegübergangsbauwerk erzgt ein Locomotivpfeifen aus Meilenentfernung und eine Tafel: „Schau nach der Locomotive!“ Man hat Kurven und Steigungen nicht gescheut, um kostspielige Bauten zu vermeiden. Die Fahrzeuge sind hiernach eingerichtet. Die Wagen auf beweglichen Gestellen wunden sich leicht durch die Krümmungen. Die Stationen erscheinen fast wie ein Provisorium, das Personal ist gepart, dem selbstständigen Handeln des Beamten ist ein großer Spielraum gegeben. Der Personenwagen ist bequem und zum Schlafen in zwei Abtheilungen eingerichtet, ein Buffet befindet sich auf dem Zuge. Die Anlageloskosten der 7000 deutschen Meilen des amerikanischen Bahnsystems betragen per Meile nur 20,000 Doll.

In Europa könnten freilich nur Rußland, theilweise Oesterreich, die Türkei, Scandinavien so bauen, wie die Amerikaner gebaut haben, und daß sie nicht möglichst so gebaut haben, wird wohl mit Recht ein großer Fehler genannt. Die Localbahnen sollten überall Einiges vom amerikanischen System entlehnen.

§ 264. II. Die Wirtschaftlichkeit der gewerbmäßigen Organisation des Transports. Die Anwendung der Arbeitsteilung, namentlich aber der Arbeitvereinigung, erweist sich auch beim Transportwesen höchst wirtschaftlich. Es darf behauptet werden, daß ohne specielle Transportgewerbe Personen, Güter und Nachrichten 1000 Mal teilschwieriger, 100 Mal schlechter und folgerichtig 100000 Mal unwirtschaftlicher transportirt werden würden, Zahl, Entfernungsgroße, Geschwindigkeit und Bequemlichkeit zusammenzurechnen.

Erst vollkommene Transportanfallen steigern die Concurrenz auf den höchsten Grad, und machen den ungeheuren Vortheil der Concurrenz, die in der Welt möglichen niedrigsten Produktionskosten (§ 20), allgemein geltend. Der Meilencentner (1 Ctn. per Meile) zu 1 Penn. geführt, gibt jedem Gute einen 12mal größeren Markt, als wenn er 1 Sgr., ein 48mal größeres Absatzgebiet, als wenn er 4 Sgr. Fracht zu bezahlen hätte.

Nun erst können sich auch die Personen aus großer Entfernung häufig nähern, die gesellschaftliche Natur des Individuums, der „große Mensch“ Gesellschaft, kann empordrängen. Die schwärzgerasteten Zwischenglieder des Waarenverkehrs werden durch directe Fügung der eigenen Angelegenheiten, vortheilhaft und wohlfeiler, mittelst Reisen ersetzt werden, Löhne und Arbeitskräfte können örtlich sich ausgleichen, Nahrungs- und Arbeitsmittel in engere Schwankungsgrenzen geknüpft werden, Menschen werden wirtschaftlicher zu gemeinsamem Consum materieller und geistiger Genüsse zusammengeführt. Als 1864 zwischen Amerika und England

ein Krieg drohte, weil die Amerikaner die Rebellencommissäre Mason und Sidel als vom Bord eines englischen Schiffes geholt hatten, mußte England Hunderttausende zu Küstungen in Canada ausgeben, bevor Antwort von Washington da war; damals wurde der Plan eines transatlantischen Telegraphen, dessen Defonomie nun tief empfunden war, wieder erforscht, leider aber 1865 nicht glücklich angeführt.

Der Telegraph stürzt alle Transaktionen ab, erspart an Zeit und damit an Geld und Kapital, ermöglicht die raschere Ausgleichung und damit die stetigere Bewegung der Preise, verhilft und vermindert vorzeitige oder verspätete Ausgaben.

Das Wunder der Transportökonomie ist die Eisenbahn. Man läuft Gefahr, langweilig zu werden, wenn man die nationalökonomischen Vortheile der Eisenbahn in Worten beschreiben will. Versuchen wir daher den Nachweis in Zahlen, im Anschluß an Verdonnet's Wert *): 1864 fuhren auf französischen Bahnen 75,000,000 Passagiere, durchschnittlich 40 Kilom., 4mal schneller als auf der alten Dillgence; sie ersparten 225 Millionen Stunden, die Stunde zu $\frac{1}{2}$ Franc angeschlagen 112½ Millionen Fr., dabei fuhren sie per Kilom. zu $\frac{7}{10}$ statt früher zu 12 Centimes, was wieder 135 Mill. Fr., zusammen 247½ Mill. Fr. ergibt. Der Waarenverkehr, gleich 3000 Millionen Tonnen (à 20 Ctn.) je auf 1 Kilometer, war per Kilometer-Tonne wenigstens 4 Centime wohlfeiler, erzielte mindestens 120 Millionen Fr. Ersparnis. Dazu kommt die indirecte Wirkung der Ermäßigung der Kanal- und Flußfracht, welche sich für 1864 mindestens auf 92 Mill. Fr. summierte. Die directe nationale Gesamtkononomie durch die Eisenbahnen betrug 500 Mill. Fr. oder neben der Kapitalverzinsung den Zins von 10 Milliarden Frankts. Schon Robert Stephenson berechnete 1857 die nationale Defonomie, welche die englischen Eisenbahnen erzielten, auf das $\frac{1}{4}$ fache der Verzinsung der englischen Staatsschuld.

Dabei ist zu bemerken, daß nach offiziellen Erhebungen die Frachtfuhr der alten Verkehrswege nicht abnahm, — dieselbe Ercheinung, welche auch im Gebiet der formentenden Industrie mit der Einführung der Maschine verbunden war. Von 1841, als nur 884 Kilometer Eisenbahnen da waren, bis 1863, als das Reg. 12018 Kil. betrug, sank der französische Straßenverkehr doch nur im Verhältnis von 243 auf 237. Der Kanalverkehr nahm nach den Minard'schen Karten in derselben Zeit absolut zu.

Dazu kommt die indirecte Defonomie. Die französische Orleansbahn hat durch Zufuhr der Produkte der größten Düngersabrik Frankreichs, nämlich der Guanoisfabrik, und durch höchst wohlfeile Beschaffung von Mergel die Sologne in fruchtbares Land verwandelt. Die Ostbahn hat auf demselben Weg die Champagne potillenne in eine Vorrathskammer für Paris umzuwandeln begonnen und sich durch Schaffung

*) Traité élémentaire des chemins de fer, 3 éd. Paris 1865, I. Tom. Einleitung.

von Frachten aus Paris auch die Rückfrachten nach Paris vermehrt. Beide Bahnen führten 1864 3,000,000 Centner Düngermaterialien, abgesehen von Gyps und Mergel.

Und weiter die Ausgleichung der Kornpreise, die Werthsteigerung aller schwer transportablen Güter! Mit der Eisenbahnentwicklung hielt der Versandt von Bier und Wein, von Vieh, Fleisch, Fischen, Wildpret gleichen Schritt. In Straßburg kamen 1864 vom 1. April — 1. Oct. 39,000 St. österreich. Hämmer auf die Bahn; aus Baden und der deutschen Schweiz gingen täglich mit Schnellzügen 4 — 5000 Pfd. frisches Fleisch (filets de boeuf) nach Paris; 1863/64 wurden auf den 3 Bahnhöfen Straßburg, Weisenburg und Forbach 24,000 Centner Wildpret aufgegeben, die Aukstern gehen millionenweise ins Binnenland.

Die geistigen Interessen haben nicht weniger gewonnen: man denke an die Congresse, die Reisen, den Nachrichten-, Zeitungs- und Bücherverkehr!

Ohne Transport könnten die Zeitungen keine „öffentlichen“ Blätter sein. Was aber leisten nicht Alles Zeitungen, mit den Posten, Eisenbahnen und Telegraphen im innigen Bunde, indem sie den Meinungs- und Nachrichtenverkehr der Welt vermitteln und die civilisirte Menschheit in Eine große tägliche Gemeinschaft aller edlen und unedlen Leidenschaften und Bestrebungen versetzen, — Telegraphie an der Spitze, Raisonnement in der Mitte, den großen kunken Belangen der Annoncen im Nachstrab. Durch die Presse werden auch für die Privatinteressen Ausbeut von Gütern und Bedürfnis vermittelt, Nachrichten verkaufsfähig, zahllose Briefe und Vorladungen vermieden, Arbeitskräfte ab- und herbeigeworfen. Die Presse ist ein vollendetes Organ der öffentlichen und der Privatökonomie.

§ 265. III. Der öffentliche Charakter der großen Verkehrsanstalten. Die großen Verkehrsanstalten haben einen inneren Trieb, öffentlichen und mehr oder weniger ausschließliche Anstalten zu werden, und fallen daher in höherem oder geringerem Grade, entweder der unmittelbaren Herstellung und dem Betrieb durch Staat und öffentliche Körperschaften, oder doch besondern polizeilichen Regulirungen anheim. Man muß über die Ursachen dieser Ercheinung klar werden, da von ihrer Erklärung die Lösung sehr wichtiger Fragen (IV) abhängt.

Hierbei mögen jene Gründe der hohen Staats- und Polizeiraison: Anlage für den Krieg und Venützung im Krieg, Verhütung der Schädigung von Staatsinteressen durch den Telegraphen, Sicherheit der transportierten Personen, Güter und Nachrichten, des Näheren außer Acht gelassen werden. Es gilt vielmehr, die ökonomischen Gründe des öffentlichen oder halböffentlichen Wesens der großen Verkehrsanstalten darzulegen.

Die großen Verkehrsanstalten entwickeln ein Streben der Einseitigkeit und Allgemeinverbreitung im letzten allgemeinften Grunde deshalb, weil sie bestimmt sind, das Zerstreute zu verbinden, von überall her nach überall hin zu zerlegen, also ebenso centralisirt als allegen-

wärtig und ineinandergreifend zu wirken. Durch umfassende, rechtlich (Briefzwang) oder thatsächlich ausschließende Centralisirung der zerstreuten aber überalligen Transportbedürfnisse wollen und können sie großentheils Vollkommenheit und Wirtschaftlichkeit ihrer Leistung erzielen. Alles rechtliche oder thatsächliche Monopol, jede Vereinigung der Production, welche nicht von der Concurrenz wirtschaftlich gezügelt wird, führt aber zum begründeten Verlangen, die Monopolanstalt im öffentlichen Interesse zu beeinflussen, sei es durch unmittelbare Verwaltung Seitens der Organe des Gemeinwesens, sei es durch öffentliche Regulirung des an Private überlassenen Betriebes.

Diese allgemeine Auffassung läßt sich näher durch folgende **einzelne Gründe** erhellen:

Mindestens der Weg wird, wenn er nicht wie Luft und Meer freies Gut Aller ist, öffentliches Eigenthum; denn die Herstellung kann nicht durch den Einzelnen erfolgen, sie ergreift eine über das einzelne Grundeigenthum hinausliegende Strecke. Selbst freie Naturwege bedürfen öffentliche Hilfsanstalten: Höfen, Fußbauten, Wejen, Leuchttürme, welche am wirtschaftlichsten direct durch den Staat übernommen oder wirtschaftspolizeilich regulirt werden. Alle oder viele benützen die Wege, ohne daß es ökonomisch wäre, die Wege im Eigenthum zu haben, oder von monopolistischen Eigenthümern Benutzungspreise dictiren zu lassen.

Jede größere Wegeverbindung, von der Weinalstraße bis zu der Eisenbahn, dem Kanal und dem Seehafen ist bis zu einem gewissen Grade und aus wirtschaftlichen Gründen ein Monopol. Dieß wird auch der Schienenweg für den Localverkehr bleiben, selbst wenn die Concurrenzlinien sich mehren. Auch hier ist zwar die Vermehrung der Concurrenz kein Uebel sondern vielfach wünschenswerth. Allein im Einzelnen hat sie jetzt schon theilweise die wirtschaftliche Grenze erreicht und hat, z. B. in England und Frankreich seit 10—15 Jahren, in Folge der sogenannten Fusionen in die gegentheilige Richtung umgeschlagen. Die vielerlei Gesellschaften haben sich in wenige Compagnien verschmolzen („fusionist“); in England hat eine Bahngesellschaft eine zweite Bahn erworben, nur um sie veröden zu lassen und ihren Verkehr auf den eigenen Schienen mit Umweg zu transportiren (Selbybahn). Das Landstraßenführerrecht ist weder nach Fahrzeug, noch nach Transportkraft ein Concurrent der Bahn, Kanäle können nicht überall als Concurrenten wirken, und erst führt die Concurrenz unter Bahnen und zwischen Bahnen und Kanälen, nur zum Ruin durch zeitweilige Schleudertarife, oder aber zum Verschwinden aller Concurrenz mittelst der — Fusion. Es ist ein Beweis, daß die Concurrenz auf diesem Gebiete nicht immer wirtschaftlich ist; ist doch zugleich ein großer Theil der Baufosten doppelt ausgelegt, so lange eine Linie den Gesamtverkehr befriedigen könnte. Ihre volle sonstige Wirkung entfällt die Concurrenz auf diesem Gebiete nicht. Daß dieß auch von der Concurrenz im Postbetrieb zu sagen ist, wurde schon (unter I, C, b) nachgewiesen.

Die Verkehrsanstalten verlangen Verzweigung und Einheit zugleich. Die Centralisation und die Nivellirung liegt in ihrem Wesen und erstreckt sich bei Post und Telegraph, beim Personen- und theilweise beim Gütertransport der Eisenbahn nicht bloß auf die Straße, sondern auch auf die Fahrzeuge und die leblosen wie lebenden Bewegungsträger. Die Transportmanipulation von Briefen, Päckereien, Städtgütern, Passagieren verlangt Sammlung der zerstreuten Transportbedürfnisse durch Eine Hand, Nivelllement durch Einfachheit und Uebereinstimmtheit der Transportpreise und der Abrechnung. Eben der Tarif, die einheitlichen Brief- und Telegraphentaren gestalten sich, im Unterschied von sonstigen durch die Concurrenz geregelten Preisen, mehr oder weniger fest als Tarpreise (§ 85, 3. 4).

Die tarifmäßige Ertheilung der Transportpreise der großen Verkehrsanstalten ist gerade ein unmittelbarer Beweis für den öffentlichen, factisch monopolisirenden Grundcharakter der Verkehrsanstalten. Der Differentialtarif bildet hiebei zwar eine Ausnahme, aber auch er nur im Gütertransport — im Personentransport höchstens mit den Retourkarten — und selbst diese Ausnahme wird von der Geschäftswelt vielfach (z. Th. sehr unverschämlich) angefochten. Wer aber wolle Differentialbrieftarife billigen? verlangt man doch die einfache Briefrate für 10 wie für 400 Stunden! Wer würde eine Dacomie darin erkennen, wenn selbst in der größten Stadt mehrere Postcompagnien ihre besonderen Briefträger hätten! Wer wird in der Selbstabfertigung der Güter an Nebenstationen eine Ersparniß finden! Bis zu einem gewissen, wenn auch nicht unverrückbaren Grade, liegen die Centralisation und daher der feste Tarif im innersten Wesen der neueren großen Verkehrsanstalten.

Ebenso das Nivelliren der Tarife! Für die Briefarten, soweit sie noch mehrere Klassen haben, ist die Luftlinie an Stelle der Routen- distanz der Portoberechnung unterstellt worden; Einige schlagen schon dieselbe Grundlage für die Berechnung der Eisenbahnpersonenbillete vor. Selbst der Gütertransport hat verhältnißmäßig wenige Tarifklassen, die belgische Staatsbahn hat auch diese fast nivellirt. Je unbedeutender und zugleich zahlreicher die kleinen Städtgüter sind, desto ökonomischer wird die centralisirte Transportmanipulation, desto größer ist für das Publikum und für die Verkehrsanstalten das Bedürfnis, wenige einfache Sätze zu haben, durch ihre einfache Anlegung und durch Berechnung innerhalb Einer Anstalt oder doch nur zwischen wenigen aneinanderbegrenzenden Anstalten, so einfach und centralisirt wie möglich abzurechnen (vgl. I, C, b).

Hierzu kommt ein Weiteres. Die höchste Verkehrsentwicklung verlangt, wie Rodland Hills' große, finanziell fast zu kühne That am Postwesen gezeigt hat, länger dauernde Opfer des Ueberganges, um große Verkehrsanlagen erst zu erzielen und dem niedrigsten Tarif höheren absoluten Reinertrag, an Stelle höheren relativen Reinertrages, zu entlocken. Bei der Reinertragsberechnung der neuen Transportanlagen ist nie außer Acht zu lassen, daß, wie Smith von der Finanz sagte, „ 2×2 nicht

immer 4 ist"; niedrige Sätze vermehren den Verkehr und seinen Ertrag nicht in gerader, sondern in gesteigerter Proportion, die sog. demokratische Marine des größten Gewinnes durch Massenhaftigkeit des Transportes ist die für den Transportunternehmer und zugleich für die Gesamtheit ersprießlichste. Die Concurrenz aber, selbst monopolisirte Compagnien sehen auf den Jahresgewinn, sie bringen nicht gerne die Opfer des Ueberanges, säen nicht, um erst nach Jahrzehnten zu ernten.

Darum sind auf dem Gebiete des großen Communicationswesens, neben und unbeschadet der beschränkten Wirksamkeit der Concurrenz, andere Hebel der höchsten Wirtschaftlichkeit sowohl für etwaige unmittelbare öffentliche Verwaltung der Verkehrsanstalten, als für den unter öffentlichem Einfluß befindlichen Privatbetrieb in Bewegung zu setzen.

Schon der Einfluß der Volksvertretung, der Presse, der Handels- und Gewerbekammern, — die öffentliche Meinung ergänzt und ersetzt als Kraft der Wirtschaftlichkeit (§ 216) den hier schwachen oder fehlenden ökonomischen Antriebe der Concurrenz.

Sie müssen wirken schon beim Staatsbetrieb, welchem die Briefpost liberal, Bäckereipost und Telegraph größtentheils verfallen sind, da außerdem der bürocratische Geist, vielleicht noch im Bunde mit dem fiscalischen, sich auf das Faulbett des Monopols legen würde.

Sie müssen ebenso wirken, wo die Staatsverwaltung als Wirtschaftsbefehl der Privatbahnen fördernd zur Seite oder einschränkend gegenüber steht.

Von diesem Gesichtspunkt aus sollen im Folgenden die Fragen des Tarifes der Eisenbahnen und der Eisenbahninspargarantie besprochen werden.

Zum Schlusse des gegenwärtigen Abhages mögen aber weitere eigenthümliche Erscheinungen beleuchtet werden, in welchen sich das innere Einigungs-, Uniformirungs- und Vereinigungsbestreben der großen Verkehrsanstalten zeigt:

Der Centralisation der Eisenbahnabrechnung haben wir gedacht, der deutsche Postverein hat für den Briefporto Bezug den Grundsatz des Bezuges durch den Versender annehmen müssen, die Telegraphengebührerhebung richtet sich nach Zonen mit Luftlinienrabais.

Nicht bloß innerhalb eines Staates herrscht Centralisation. Schon reichen weit über die Grenze des Einzelstaates die europäischen Post- und Telegraphen-Vereinsverträge hinaus.

Theils innerhalb der einzelnen Staaten, theils mehrere durchgehend erscheinen die **Bahnzonen** und die **Eisenbahnbünde**.

Beide letztere Erscheinungen ergeben eine genauere Bezeichnung. Der Eisenbahnverband hat sich hauptsächlich in Deutschland ausgebildet, während in Frankreich und auch in England die sogen. Fusion an seiner Stelle auftrat, ohne für die fusionirten Bahnen Verbände auszusprechen.

Der Eisenbahnverband repräsentirt gewissermaßen den Föderas-

ismus, die Fusion den Unitarismus im Eisenbahnwesen. Der Eisenbahnverband unterstellt die einzelnen ihm angehörigen Linien einer durch gemeinsame Reglements und auf periodischen Konferenzen festgestellten Ordnung für den durchgehenden Verkehr, ohne die einzelne Verwaltung dauernd zu binden oder in die innere Autonomie einer Linie über die Anforderungen des durchgehenden Verkehrs hinaus einzugreifen. Die Fusion dagegen sucht möglichst viele Linien in Einen Eigenthum- und centralisirten Verwaltungskomplex völlig zu veräußern.

Verband und Fusion werden von Weber folgendermaßen charakterisirt und historisch erklärt: „Es konnte dem praktischen Sinn der westlichen Nachbarn Deutschlands, den Engländern und Franzosen nicht entgehen, daß eine Eisenbahn unter um so ungünstigeren Verhältnissen betrieben wird, je kürzer sie ist. Die Kosten für Generalverwaltung sind dieselben bei einer kurzen wie bei einer langen Bahn; der Betriebspart einer kurzen Bahn muß außer allem Verhältniß zu ihrer Länge umfänglich und kostspielig sein. Ferner ist eine kleine Bahn machtloser den Concurrenzverhältnissen gegenüber, als lange Linien einer mit Einanders reichungen kleiner Bahnen. Auch ist die Ausnutzung des Betriebmaterials bei letzteren unvorteilhafter. Es beschloßen daher zunächst die Verwaltungen einiger kleinen Bahnen in England, die an die große London-Birmingham-Bahn grenzten, in dieser aufzugehen. Die Directionen traten ab, die Bahnen wurden Eigenthum der großen, es bildete sich daher Eine Gesellschaft: die North Western Railroad Company. Die Vortheile waren groß, und aus der einen London-Birmingham-Bahn von 122 englischen Meilen Länge wurde das jetzige große Netz von 820 englischen Meilen, in welchem täglich 218 Züge expedirt werden. Diesem Beispiel folgte man schnell, und Englands Schienennetz ist jetzt in ungefähr zehn große und ziemlich kleine Verwaltungen zusammengezogen. Ähnliches geschah in Frankreich mit seinen zehn großen Verwaltungen. Die Betriebskosten sind dadurch in England auf ungefähr 47, in Frankreich auf 46 Proc. der Bruttoeinnahme ermäßigt worden.“ Der Locomotiven- und Wagenpark wird verhältnißmäßig größer, je kleiner die Bahn ist.

In Deutschland sind bei den gegebenen Verhältnissen die Fusionen vermieden worden, und die Verbände entstanden, welche sich für Durchgehen der Wagen, Durchadreßirung der Güter, gemeinschaftliche Personenbilletts, direct durchgehende Züge mit gemeinsamen Packmeistern, über Wagenmietze und Abrechnung geeinigt haben. Weber sagt von ihnen, daß zwar außerordentlich viel durch diese Verbände geleistet worden, daß aber dennoch ihre Wirksamkeit, welcher der leidende machtbegabte Mittelpunkt fehle, in keiner Weise die Vortheile erreiche, welche die wirkliche Verschmelzung der Interessen von Bahncomplexen, die Fusion, darbiete.

Wir wollen hier mit diesem Urtheil nicht rechten. Zwischen Verband und Fusion besteht am Ende ein ähnliches Verhältniß, wie zwischen Föderation und Centralisation. Beide haben Vortheile; die eine Richtung

verbürgt eine reichere und freiere Entwicklung im Einzelnen und im Kleinen, hält die Concurrenz offen und beseitigt Riesenmonopole. Die andere erpakt an Generalactien und hat den Vortheil der großartigsten, schnell durchführbaren Combination. Unter deutschen Verhältnissen jedoch, wenigstens da, wo das Gebiet hauptsächlich zerstückelt ist, in Mittel-, West- und Südwestdeutschland, ist gewiß der Eisenbahnverband die den gegebenen Umständen entsprechende Formation, und immerhin ist als ein Beweis seiner Berechtigung die Thatfache hervorzuheben, daß sich keine Form fähig erwiesen hat, in leichter Weise internationale Eisenbahnverbände herzustellen, welche jetzt von Wien bis Paris und Antwerpen reichen.

Unseres Wissens entstand, und zwar 1848, der erste Verband, nämlich der norddeutsche Eisenbahnverband, um den Verkehr zwischen Berlin, Leipzig, Köln einhältlich zu organisiren. Bald (1851) folgte der wichtige mitteldeutsche Verband, welcher, mit den thüringischen Bahnen beginnend, schon nach Jahresfrist die Hauptverkehrslinien Hamburg, Lübeck, Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dresden im nördlichen Verband mit Kassel, Frankfurt, Darmstadt, Heidelberg, Karlsruhe, Basel in directe Verkehrsbeziehungen setzte und 1854 durch den Beitritt der württembergischen Staatsbahnen bis an den Bodensee sich erweiterte. Mit der Ausdehnung der Bahnlinien entstanden weitere, partielle und umfassendere Verbände, wovon mehrere eine und dieselbe Linie in sich faßten, je nach der Kreuzung der natürlichen Handelsrichtungen.

Abgeschlossen ist das Interesse einer Bahnlinie vorwiegend bei dem einen oder dem andern Verbände, und dieses natürliche Spiel wechselnder Abstoßungen und Attraktionen dient durch immer neue Combinationen der Verkehrserschließung, durch Vermehrung der Concurrenz und durch Ausdehnung des directen Verkehrs nicht wenig zum Vortheil des Publikums.

Dieses ganze Gebiet bietet einen proteusartigen Charakter dar, voll von Wechseln und Aenderungen, welchen außer den Bahndirectionen kaum jemand genau und allseitig zu folgen vermag. Außer den genannten Verbänden sind u. A. zu nennen: der norddeutsch-schlesisch-französische, der rheinisch-thüringische, der rheinisch-schlesisch-belgisch-französische, der süddeutsche, der österreichisch-süddeutsch-französische, der österreichisch-süd-deutsch-rheinische Verband.

§ 266. IV. Die Stellung des Staates zu den Eisenbahnen. Zinsgarantie. Tarifpolitik.

Bei der wenigstens theilweisen, thatsächlichen Monopolstellung der Eisenbahnen hat man das Monopol theils durch den Staat selbst ausüben lassen (Staatsbahnen), theils es an Gesellschaften übergeben, welche unter staatlichem Einfluß stehen.

Der Staatsbetrieb ist bis jetzt vorwiegend in kleineren Staaten mit constitutioneller Verfassung eingeführt worden: Belgien (quasi ausschließlich), die vier kleinen deutschen Königreiche, Großherzogthum Baden haben Staatsbahnen. In der Schweiz strebt eine Partei, das Bahnetz aus

Bundesinstitut zu erwerben. Preußen hat theilweise Staatsbahnen. Desterreich hat sie gehabt, aber veräußert. Im Allgemeinen besitzen die größeren Staaten den Staatsbetrieb nicht, obwohl theils bei der Gründung der ersten Bahnen (Frankreich 1838), theils später (englische Eisenbahnacte von 1844), namentlich aber neuerdings erhebliche Agitationen, sei es für den Rückkauf der Bahnen an den Staat, sei es für unmittelbare öffentliche Aufstellung der Güter- und Personenarise sich geltend machen. (In England: Galt, Roebeud, Pinfold, Jowett.) Auch größere Staaten (Desterreich und Frankreich) haben sich durch die Concessionsbedingung des Heimfalls der Bahnen an den Staat nach 90—100 Jahren Staatsbahnen der Zukunft vorbehalten, und die englische Acte von 1844 gestattet von 1865 an, die seit 1844 entstandenen Bahnen im 25fachen Maßstab des durchschnittlichen Jahresertrages der drei jüngsten dem Rückkauf verangehenden Jahre, höchstens mit 10%, abzulösen.

Es läßt sich nicht erweisen, daß die Staatsbahn in Ansehung der Sicherheit des Betriebes *) und niedriger Tariffsätze den Vergleich mit dem Compagniebetrieb zu fuchen hätte. Unfer Erkenntnißmittel haben uns eher der gegenseitigen Unsicherheit geneigt gemacht. Die politische Stärkung der Regierungsgewalt, der geringe Einfluß der Volkvertretung in centralisirten Einheitsstaaten, der größere Umfang eines großstaatlichen Staatsbahnsystems stellen es freilich sehr in Zweifel, ob dasselbe Urtheil für den Staatsbahnbetrieb auch in großen Staaten gerechtfertigt sein wird, ob derselbe nicht schwerwiegende politische Gefahren herbeiführen würde. Die öffentlichen Corrective der staatlichen Wirtschaftlichkeit, welche in kleineren Staaten energischer und sicherer wirken, sind bei der Frage des Rückkaufs in Großstaaten nicht außer Rechnung zu lassen.

Selbstverständlich können wichtige Zukunftsbahnen, welche ökonomisch mit außerordentlichen Schwierigkeiten der Entfaltung zu kämpfen haben (Terrain, erst in Aussicht stehende Anbuhrentwicklung), als Staatsbahnen auch in Großstaaten unbedingt gerechtfertigt sein.

Auch wo — richtig oder unrichtig der Entschluß für Privatbahnen **) ausgefallen ist, haben sich diese als im öffentlichen Interesse herzustellende und zu verwaltemde Infrastrukturen in zwei vielbesprochenen Beziehungen bekundet: nämlich mit der Zinsengarantie bei der Herstellung, — mit der öffentlichen Beeinflussung des Tarifes beim Betriebe.

*) Reispfänger ist der Bau der neueren belgischen Staatsbahnen gegenüber den neueren belgischen Privatbahnen, vgl. Laveleye, histoire des 25 prem. années des chemins de fer belges 1862, p. 220 ff.

**) Ungeachtet ist die Privatbahn für kleine Localzweignbahnen vorzuziehen. Die merkwürdig ökonomischen Localbahnen in Schottland und im Elsaß sind eben nur als Localunternehmungen nach Bau und Betrieb eine ökonomische Möglichkeit. Dieß ist von Lan und namentlich von Bergeron glänzend nachgewiesen in der Enqu. sur l'exploitation etc. 1863. Es gilt eben auch hier, die Localentwicklung mit der Centralisation, die Functionen der Hauptadern des Verkehrs mit denjenigen der Saugadern richtig zu verbinden.

§ 267. A) Insbesondere die Frage der staatlichen Zinsgarantie für Eisenbahngesellschaften. Als Anstalten von öffentlichem Interesse und öffentlichem Charakter haben die Bahnunternehmungen auch in Compagniebänden mancherlei öffentliche Unterstützung schon bei ihrer Begründung gefunden.

Die Formen dieser Unterstützung waren: Uebernahme eines Theils der Action durch den Staat unter Dividendenverzicht bis zu Erreichung eines gewissen Reinertrages, — einfache einmalige Schenkungen (Subventionen), — Herstellung des Unterbaues, etwa auch der Gebäude, unentgeltliche Einräumung des Areals auf Kosten des Staates und der öffentlichen Körperschaften der durchgezogenen Landestheile (Frankreich 1842—1851 nach dem Geleze von 1842, Arealshenkung vielfach auch in Nordamerika), — Zollbefreiung für Eisenbahn-Bau- und Betriebsmaterial, — endlich Zinsengarantie.

Die Zinsengarantie ist die Gewährleistung eines gewissen Minimalertrages des Gesellschaftskapitals in der Weise, daß das Deficit des garantierten Reinertrages durch Zuschüsse aus der Staatskasse gedeckt wird. In Bahnen, welche nach Ablauf der Concessionsfrist an den Staat heimfallen, wird zugleich eine Quote zur Amortisation des Gesellschaftskapitals gewährleistet (vom österreichischen Fiskus $\frac{1}{10}\%$).

Es giebt verschiedene Arten der Zinsgarantie, und diese Verschiedenartigkeit ist von großer practischer Bedeutung.

Entweder wird die Garantie ohne jede, wenigstens directe Gegenleistung gegeben, was wohl selten der Fall ist, oder aber wird die Rückersatzung der Defizitzuschüsse (mit oder ohne Verzugszinsen) aus dem Ergebnis später steigender Reinerträge verlangt.

In diesem zweiten Falle ist die Rückersatzung wieder verschieden stipulirt: 1) wird der ganze oder größte Theil der später über den Garantiefuß oder über einen anderen Reinertragsfuß sich erhöhenden Rente zu der Heimzahlung der Garantiezuschüsse, welche den Charakter eines unverzinslichen oder verzinslichen Anlehens haben, beansprucht (Österreich).

Diese Art der Zinsgarantie wirkt sehr nachtheilig, namentlich wenn noch der Heimfall an den Staat im Hintergrunde steht. Die Compagnieverwaltung verliert alles Interesse, durch Defonomie im Betrieb und durch Schaffung eines Massenverkehres im Wege niedriger Tarife die Rente über den Garantiefuß zu steigern; denn der Staatsvorstoß droht die Früchte besseren Betriebes auf lange zu verschlingen und es wird vorgezogen, unter möglicher Ausbeutung des Staates bei der Stellung der Reinertragsrechnung sich bis zum Heimfallstermin auf das Faubett der Staatszinsgarantie zu legen. Weit besser wäre es auf den Heimfall zu verzichten, welcher Verwahrlosung der Bahn und des Betriebes, je näher dem Heimfallstermin desto mehr, fördert, — die Garantie nur auf eine beschränkte Anzahl von Jahren (20—40 J.) zu erteilen, und entweder bei kleinerem Garantiefuß auf Heimzahlung der Zuschüsse zu verzichten, was vielleicht das Beste wäre, oder die Heimzahlung in ermäßigtem Be-

trage und in geeigneter Form zu beziehen (vergl. die Schriften von Jaques über das österreichische Zinsgarantiensystem, sowie die Artikel von Boinvilliers, Rev. cont. 1862 u. 1865). Eine

2te jedenfalls zweckmäßigere Form der Rückersatzung der Garantiezuschüsse ist nämlich der Bezug eines Theils der Reinertragsüberschüsse durch den Staat nach Erreichung höherer Rentabilität.

Dies System hat sich in Preußen wenigstens finanziell bewährt, sofern der Staat (Jäger, Lehre von der Eisen. S. 61) bis 1863 an die Bahnen bei einem garantierten Capital von 140 Mill. Th. 7,208,989 Th. Zuschüsse leistete, dagegen 9,479,000 Th. bezog.

In Frankreich beträgt die neuere Zinsgarantie 4,65%. Die Rückersatzung ist ebenfalls die indirecte der Theilnahme an später erhöhtem Reinertrag, indem der Staat die Hälfte des Ueberschusses über 8% Rente zu beziehen berechtigt ist. Bei Berechnung der Garantie wird der Ertrag der alten (ancien réseau) und der neuen (nouveau réseau) Linien der Compagnie ineinander gerechnet und hiernach erst der Garantiezuschuß bestimmt. Boinvilliers hauptsächlich, kein Director denke daran, über 8% zu erreichen. Auch so wirkte die Zinsgarantie wie ein Faubett für den Compagniebetrieb *).

Wir möchten die Ansicht für richtig halten, daß der Verzicht auf die Heimzahlung, bei knapperer Bemessung der Garantie nach Höhe und Zeit, vorzuziehen sei. Es wird hiedurch die Gefahr abgeschnitten, daß der Staat aus fiscalischen Rücksichten nur möglichst baldige und hohe Reinerträge, auf Kosten der dem Gesamtverkehr so notwendigen äußersten Tarifermäßigungen, im Auge behält und seinen wirtschaftspolitischen Verursacher dem Compagniebetrieb gegenüber überhaupt nicht mit der nöthigen Energie verfolgt. Der unten empfohlenen Durchsetzung möglichst niedriger Personentarife und Gütermarmitteltarife, — unter Garantie der jüngsten Rente bis nach erneuter Ergiebigkeit der letzteren durch Massenverkehr, — würde die Heimzahlung der Garantiezuschüsse in beiderlei Formen offenbar nicht günstig sein.

Ein Haupt Gesichtspunkt der Eisenbahnpolitik ist im Falle der Zinsgarantie die Defonomie des Bahnbauwes.

Dieser wird leicht verschwenderisch, da der Staat den Zins auch des größten Bauaufwandes garantiert. Der Staat muß daher maßgebenden Einfluß auf die Bauverauschlagungen üben, den Bau überwachen, in der Anlage der Fahrtrahnen und der Hochbauten die mit den gegebenen Verhältnissen nur immer vertretbare Defonomie erstreben (amerikanisches System für Oheuropa, f. ob. I, E.). Sehr nachtheilig wirkt es für den ganzen Staatscredit, wenn fünfendrei bei Berechnung der zu leistenden Garantiezuschüsse an Bau- und Betriebsrechnungen kleinlich von nutzlichen Finanzministern gemädel wird, welche nach dem Fleißig haßchen und Thaler

*) Ueber das Verhältnis des alten und des neuen Reges, über Umfang und Aufbringungsart der Kapitalien beider f. Züb. Ztschr. 1864, S. 619.

hinauswerfen (Oesterreich); mit Recht, wie es scheint, hat Jaques hierauf das englische Sprichwort angewendet: penny wise and pound foolish, was von „kleinen Geistern in großen Reichen,“ dem größten politischen Uebel nach Burke, nur zu oft, zumal in Oesterreich, gelte. Die Folge ist, daß neue Concessionäre die Garantie nicht des wirklichen Aufwandes, sondern einer — natürlich hoch gegriffenen — Pauschalostensumme verlangen (s. Pauschalgarantie).

§ 268. B) **Innsbesonderer die Eisenbahntariffrage.** Vor allem wegen des öffentlichen Charakters der Bahn, sodann für die Unterthütungen und Vorrechte, welche das Gemeinwesen den Compagnien gewährt, ist letzteres befugt, die wirtschaftlichste Verwaltung, d. h. die möglichst vollkommene und umfassende Befriedigung des Transportbedürfnisses auf wohlfeilste Weise, zu verlangen, und das berechtigte Rentabilitätsstreben der Compagnie mit der vollkommensten Befriedigung eines der ersten und allgemeinsten Lebensbedürfnisse, in Einklang zu bringen.

Ob der Passagier pro Meile zu 12 oder zu 3, der Centner Gut zu 4 oder 1 Pfennig geführt werden könnte, ist eine Capitalfrage für das Culturleben, welche eingehender Studien werth wäre.

Alle anderen Gegenleistungen der Compagnie an den Staat verschwinden neben diesem öffentlichen Interesse. Es ist sogar wünschenswerth, daß der Staat durch kein fälschliches Interesse in eine Allianz mit engstegigem und kurzfristigem Monopolbetrieb hineingerathe, daß daher bei Staatsbahnen höchstens der Bau, nie der Betrieb in die Gewalt der Finanzministerien falle, und daß bei Compagniebahnen der Geltendmachung des volkswirtschaftlichen Berufes kein fälschliches Interesse innerhalb der öffentlichen Gewalten entgegenwirke. Ein Verhältnis zwischen Bahn und Staat, wie es Weimüller's für die Paris-Marseille Bahn anführt, hat wahrlich nichts, was von einem Staatswirth gebilligt werden könnte.

Die Bahn Paris-Marseille hat vom Staat 255 Mill. Frks. bezogen, aber sie leistet ihm neben 12 Mill. Abgaben und Controllkosten 16 Mill. unentgeltlichen oder zu wohlfeilen Transporthilfen (Militär), und verginst ihm daher seinen Vorfuß mit 10 1/2%. Das Kriegsministerium allein bezahle 9 Mill. zu wenig an den Bahnen.

Auch bezüglich anderer Leistungen an den Staat z. B. des Posttransportes, sollten den Privatbahnen wenigstens keine positiven Opfer an den Selbstkosten angeschlossen werden, bezüglich der Besteuerung sollte jede besondere Belastung unterbleiben. Die Gefälligkeiten an den Fiskus kommen auch hier das Volk theuer zu stehen.

Ein ganz freier Standpunkt des Staates zur Eisenbahntariffrage ist ein öffentliches Interesse ersten Ranges.

Die mit der nachhaltigen Rentabilität der Staats- und Privatbahnen verträgliche möglichste Herabsetzung der Güter- und Personentarife ist unstrittig die wichtigste und praxischste Frage der Eisenbahnpolitik. Ja es giebt wenige öffentliche Fragen überhaupt, welche das ganze

geistige und materielle Güterleben einer Nation ebenso tief berühren, wie die Tariffrage. Leider fehlt es noch an den genügenden Vorschritten, um sie wissenschaftlich zu einem ganz sicheren Abschluß zu bringen. Das Folgende ist ein Versuch.

Ehe man grundsätzlich der Tariffrage selbst nahe tritt, sind des Verständnisses wegen erst einige Begriffe und thatsächliche Verhältnisse festzustellen.

1) Begriff und wirtschaftliches Wesen des Tarifes. Die Leistung, welche die Eisenbahn (ähnlich die Post, der Telegraph) als ökonomischen Werth ausübt, ist der Transport, die Ortsverlegung. Der Transportpreis oder die Fracht, sowie die nähere Modalität der Transportleistung, stellen sich aber hier nicht, wie dieß bei der Seefracht und bei der Landbotenfracht der Fall ist, in jedem einzelnen Fall nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage unter jedesmaliger besonderer Verabredung des Frachtvertrages fest, es bilden sich vielmehr für den Frachtpreis, namentlich der Stichtgüter stehende Tarife, für die Transportmodalitäten bestimmte Güterreglements. Der Charakter der Eisenbahn als einer öffentlichen Anstalt, welche in fortwährendem, gleichmäßigem, allgemeinem und überalligem Dienst unter den verschiedenartigen Conjunctionen und Localveraussetzungen eine Menge Einzeltransporte zusammenfaßt, macht diese Gestaltung des Preis- und Frachtvertragsverhältnisses unumgänglich.

Überall sonst erscheint unter ähnlichen Voraussetzungen ebenfalls der Tarif und das Reglement, welchem letzteren, nach seinem landesgesetzlich unbestreitbaren Inhalt, jeder Benutzer der Bahn sich unterwirft. Das Spiel der Concurrenz und der Conjunction ist zwar nicht ohne allen, sondern nur ohne täglich wechselnden und gleichmäßigen Einfluß auf die Tarife. Die Befestigung der Tarife würde sowohl die Bahn, als den Frachtaufgeber schädigen, dienen, weil ihm die Bahn bei einzelnen Conjunctionen übermächtig gegenüberstünde, jene, weil das so unzufrieden gestellte und der Kostenüberschüttung beraubte Publikum die Bahn weniger benützen würde.

2) Verschiedene Tarifarten. Insbesondere der Differentialtarif. Man unterscheidet z. B. in Frankreich — die Sache kommt aber überall vor — den Maximaltarif (*tarif maximum*), Generaltarif oder Normaltarif (*tarif général*), Particulartarif (*tarif particulier*), Abonnementstarif (*tarif d'abonnement*) und Differentialtarif (*tarif différentiel*).

Der Maximaltarif ist der Inbegriff der concessionsmäßig oder gesetzlich statthafter Maximalfrachtsätze, welche eine Gesellschaft für den Personen- und Gütertransport ansetzen darf; er ist in den wirklichen „allgemeinen“ oder „Normaltarifen“ (*tarif général*) in der Regel festsetzt, wenigstens im Gütertransport, unterbunden worden.

Der Particulartarif ist der begünstigende niedere Satz für einzelne Frachtaufgeber, in der Regel gegen die Verpflichtung, eine bestimmte Bahnrichtung ausschließlich zu benützen.

Der Abonnements-tarif räumt niedrige Sätze ein gegen die Verpflichtung binnen einer bestimmten Frist eine bestimmte Gütermenge zu verschaffen, z. B. bei Kohlenmassen Sommer in England.

Der Differentialtarif endlich ist der Inbegriff der niedrigeren Sätze, welche für längeren Durchlauf der Güter eingeräumt sind, also z. B. so, daß ein Gut, welches von Paris bis München laufen würde, per Centner und Meile weniger zu bezahlen hat, als wenn es etwa bloß von Paris bis Nancy geht. Für den großen sogenannten durchgehenden, d. h. über verschiedene Bahnen hinweg gehenden Verkehr, spielt der Differentialtarif eine große Rolle. Die Concurrenz verschiedener Bahnen nöthigt zu den Ermäßigungen im durchgehenden Verkehr, während man den sichern inneren Kunden, welcher an die bestimmte Bahn mit seinen kürzeren Versendungen gewiesen ist, zum höheren Normaltarif (Generaltarif) fortbezahlen läßt. Dies führt zu eigenthümlichen Anomalien. Es ist vorgekommen, daß österreichisches Getreide wohlfeiler als bayerisches nach Frankreich geführt wurde, daß die Pariser Effigfabrikation ihren Spirit aus Nantes wohlfeiler transportirte, als die von Orleans, Güter von Wien direct nach Köln mehr zahlten als über Köln, Amsterdam und nach Köln zurück. Jedes Land begünstigt dann eigentlich die transitirenden Güter des andern vor seinen eigenen. Große Plätze sind vor den kleinen bevorzugt, indem sie bei größeren Frachtmassen schneller und wohlfeiler bedient werden, als kleine Plätze. Der Differentialtarif kann hierdurch ein weiterer Hebel der ohnehin in unserer Zeit gelegenen Tendenz der industriellen Centralisation und Großstadtbildung werden.

Die Differentialtarife bestehen überall, in England, wie in Frankreich und Deutschland, sind aber namentlich in letzteren Ländern der Gegenstand vieler Beschwerden. In Frankreich sind nach Ludwig anne (Die Eisenbahnen jetzt und in hundert Jahren, 2 Bände) 1857 und 1860 der Partikular- und der Abonnements-tarif verboten worden, ohne daß freilich, wie vorgekommene Prozesse beweisen, die Sache selbst damit verschwunden sein würde. Die Kaufmannswelt fordert sogar vielfach eine absolute Gleichbehandlung und Nivellement, ein Verbot aller Tarifungleichheiten.

Dieses Verlangen schiebt jedenfalls weit über das richtige Ziel hinaus. Auch der Transport ist ein wirtschaftliches Gut. Die Produktionskosten dieses Gutes, die Auslagen dafür, sind nach Umständen sehr verschiedene; das Spiel von Angebot und Nachfrage für die Transportleistung gestaltet sich sehr mannigfaltig. Der Preis kann also weder örtlich, noch zeitlich ein absolut gleicher sein. Nur wenn bei gleichen Kosten die Transportleistung in kleiner Distanz höher angelegt und zum tributpflichtigen Object größerer Bahnrenten zu Gunsten des Durchgangsverkehrs wird, sind die Klagen gegen den Differentialtarif begründet. In manchen Fällen aber ist die differentielle Begünstigung sogar nur eine scheinbare; z. B. wenn das Gut nach dem Differentialtarif vom Frachtaufgeber selbst auf- und abzuladen ist, oder wenn besondere Abgebühren zu bezahlen sind,

während diese für den Normaltarifverkehr wegfallen. Manche Klage hat dieß übersehen und ist schon deshalb ungerecht gewesen.

Der Transport im durchlaufenden Verkehr macht wie bemerkt, geringere Kosten, als derjenige im unterbrochenen Verkehr: Die Aus- und Einladung ist auf einen längeren Durchlauf verhältnißmäßig weniger kostspielig, ein geringeres Zug- und Ueberwachungspersonal ist erforderlich. Ob die Gefahr leerer Hinz- oder Rertour geringer ist, die Ausnutzung des Wagenparks intensiver ist, ist neulich von einem Sachkenner (Margfloy, de l'abaissement des tarifs 1863) in Zweifel gezogen worden; dieser Schriftsteller, welcher die Verhältnisse ziemlich kennt, klagt über Mangel an jeder präcisen Selbstkosten-calculation bei Entwerfung der Tarife; hierin ist noch viel zu thun, bevor die Differentialtariffrage wirtschaftlich richtig im Einzelnen gelöst werden kann. Die Behandlung an End- und Kneuzpunkten mit ihren größeren Geschäftsmassen und höher vollen beschäftigten Personal ist im durchgehenden Verkehr wohl jedenfalls relativ weniger kostspielig.

Soweit nun die Thatfache geringerer Selbstkosten des unterbrochenen Verkehrs reicht, würde die abstrakte Gleichheit der Tarifsätze per Meile-centner derselben Waarengattung auf derselben Bahn ein ungerechtes, nationalökonomisch nicht gerechtfertigtes Nivellement, eine in der That ungleiche Gleichmacherei sein, wie ja häufig im politischen, socialen und wirtschaftlichen Leben das Nivellement bei ungleichen und mannigfaltigen Voraussetzungen zum Spiel der Ungleichheit führt. Das Nivellement ist freilich bei den Verkehrsanstalten einigermaßen unumgänglich (s. S. 501), allein nur insofern, als die herbeigeführte Vereinfachung wirtschaftlich und nicht ungerecht ist. Vollends auf verschiedenen Bahnen, mit verschiedener Frequenz, verschiedenen Anlagekosten, verschiedenen Heizmaterialpreisen, verschiedenen Steigungsverhältnissen zc. für den Meilenmeter jeder Güterart Einen fixen, nicht bloß minimalen Tarifsatz zu verlangen, käme nahezu dem Verlangen gleich, auf jedem Bauerngut in ganz Deutschland den Scheffel Korn zu demselben Kostenpreise erzeugen zu sollen.

Der Differentialtarif wird gegen Denjenigen, welcher zum Normaltarif Fracht aufgibt, erst von da an eine Ungerechtigkeit, von wo die Differenz des Normal- und des Differentialtarifes die Differenz der Selbstkosten im unterbrochenen und unterbrochenen Verkehr übersteigt, wobei Alles: Differenz der Ladekosten, vollere Ausnutzung der Tragkraft; ziffer, geringeres Zugpersonal, Wahrscheinlichkeit der Rückfracht u. s. w. billig zu erwägen sind.

Daß es aber wirklich ungerechte Differentialtarife zum Nachtheil des internen und nächsten Verkehrs gegeben hat, daß die Bahnverwaltungen geögert haben, die in ihrem internationalen Concurrenzkrieg regulirten niedrigeren Sätze verhältnißmäßig auch dem unterbrochenen Verkehr und den Nebenstationen einzuräumen, ist eine unläugbare Thatfache. Und merkwürdig ist es, daß im Personentransport der Grundsatz verschiede-

dener Tarifierung des längeren Verkehrs fehlt, und soweit er in den Retourarten vorliegt, von der Bahnverwaltung ungerne gewährt wird.

Die Abhilfe gegen diese Differentialtarife wird aber nicht in der Geltendmachung der hohen Maximum-Compagnietarife und der hohen General-Staatsbahntarife auch für den Durchgangsverkehr, sondern in der möglichsten Erniedrigung auch der Maximum- und Normaltarife für den Localverkehr sein. Unterhalb dieser erniedrigten Tarife bleibt dann ein Spielraum für wirtschaftlich begründete, nicht aber oder nur in geringem Maße für wirtschaftlich unbegründete Differentialtarifierung.

Die Frage, wie solche niedrige Normaltarife zu erzielen seien, ist unten zu erörtern.

Noch sei erwähnt, daß die Zusammenfassung auch der Stückgüter und der „kurzen Distanzgüter“ zu Wagenladungen durch das Expeditionsgeschäft sehr vorteilhaft auf die Beseitigung unförmiger Tariffdifferenzen einwirken mag, wenigstens an größeren Plätzen.

Ein weiteres Correctiv muß die Vorschreitung der Publicität durch die in ihren Interessen verlegte Handelswelt sein.

3) Die Frachtklassification der Güter. Man unterscheidet:

a) Gültigkeiten. Sie sind mit den Güternagen des nächsten Personenzuges zu befördern und den Frachtgütern gegenüber regelmäßig in einer halb so kurzen Lieferungsfrist an den Bestimmungsort zu bringen. Der Transportpreis dagegen ist bedeutend höher. b) Das gewöhnliche Frachtgut, welches je nach der Waarengattung in eine von zwei oder drei Unterklassen, sogenannten Normalklassen fällt. Von diesen Normalklassen hat jede folgende niedrigere Frachtsätze. Ein dem Tarif beigegebenes „Waarenverzeichnis“ gibt für jede Güterart die Normalklasse (I. II. III.) an. c) Wagenladungsgüter im Gegensatz zu den Einzel- oder sogenannten Stückgütern, welche unter 1 und 2 vorausgesetzt sind. Die Wagenladungsgüter zerfallen ebenfalls in zwei oder drei Klassen (A, B, C), je nach der Gattung der Güter und mit verschiedenem Tarif. So z. B. zählt auf der bayerischen Staatsbahn eine Meile ganze Ladung 10¹/₂ fl. für A, 6¹/₂ fl. für B, 5 fl. für C (Rechnen). Beladung und Abladung geschieht bei letzteren Gütern regelmäßig nicht durch die Eisenbahnverwaltung selbst, höchstens auf besonderes Verlangen gegen Entrichtung möglicher Vorgebühren. Ueber den Frachtkontract entscheidet die mögliche und zulässige, nicht die wirkliche Beladung, mit andern Worten die „Tragkraftsfähigkeit“, nicht das Maß ihrer Benützung, welches übrigens gegen Ueberladung auf der Brückentrage controlirt werden kann. Die normale Wagenladung ist in Deutschland in der Regel 200 Centner, bei minderlastigen Wagen auch weniger (7¹/₂, 10¹/₂, 12¹/₂ Wagenladung = 80, 100, 180 Centner) mit entsprechend niedrigeren Sätzen.

Für Güter, für welche das Gewicht nach den gegebenen Wägenrichtungen schwer zu erheben ist, sind sogenannte „Normalgewichtssätze“ bestimmt, z. B. im württembergisch-badischen Verkehr für Getränke in

Fässern, einschließend der letzteren ist der württembergische Eimer Gleiches zu 7 Hölcentnern, das Bierfass zu 4¹/₂ Hölzfund per Eismaß, leer zu 1 Hölzfund per Maß, die Flasche Wein zu 4 Hölzfund —, die verschiedenen Hölzer, sperrige Schnittwaaren sind je zu verschiedenen, aber festen Sätzen angenommen.

Immer mehr Güterarten werden in die Wagenladungsgüter eingereiht und die Tarifabgabe immer mehr ermäßigt und benutzbarer gestaltet.

4) Einheiten der Transportleistung.

Eine Armeile ist eine von einer Acre zurückgelegte Meile. Ein Wagen, welcher 10 Meilen mit 10 Acre von Gütern oder Personenwagen fährt, hat 100 Armeilen zurückgelegt. Nach Armeilen wird dem Heizer der Brennmaterialverbrauch bemessen, beziehungsweise prämiirt, nach der Armeile wird auch die wechselseitige Benützung der Wagen berechnet. Jede abgegebene und jede in den Zug aufgenommene Acre wird vom Stationsvorstand dem Condukteur bezeugt. Die Armeilenzahl ist daher stets rechnungsmäßig feststehend.

Zu unterscheiden — um das hier einzufügen — sind von der Armeile: die Centnermeile (Kilometertonne), jede von einem Centner zurückgelegte Meile (Kilometer), so daß ein Zug mit 800 Centner Last in zehn Meilen 8000 Centnermeilen effektiv.

Die Bahnmeile ist Meilenerstreckung der Bahnhinnen.

Die Zugmeile ist eine vom belasteten Zug wirklich durchgeführte Bahnmeile; sie ist als Maßstab des durchschnittlichen Betriebsaufwandes von Bedeutung. Die Wagenmeile ist die von einem Wagen zurückgelegte Meile. Die Lokomotivmeile, die Personenmeile sind eine Lokomotive, eine Person eine Meile gefahren.

Das bedeutendste unter diesen vielen Maßen des Eisenbahnbetriebes ist die Armeile. In neuerer Zeit, wo man besonders stark Wagen mit weniger Acren baut, wird 1 Acre oft auch für 2 oder 1¹/₂ Acren gerechnet, was natürlich von dem Bau des Wagens abhängt.

Eine „eigene“ Armeile ist die mit eigenen Wagen zurückgelegte Armeile, eine „fremde“ Armeile ist die mit Wagen anderer Verwaltungen zurückgelegte Armeile. Das Verhältniß der Benützung fremder und der Herleitung eigener Armeilen gestaltet die Stärke des gehaltenen Wagenparkes zu bemessen.

Einschließend des letzten Umstandes können verschiedene Bahnen sich sehr verschieden verhalten. An der Benützung fremder Acren ist aber nicht bloß eine ungenügende Bestellung des eigenen Wagenparkes, sondern es ist hieran im Wesentlichen eine ganz andere Ursache schuldig.

Wo kleinere Bahnen aneinander stoßen, würde die jedesmalige Umladung an der Uebergangsstation sehr nachtheilig wirken. Das „Durchgeben“ der Wagen ist das Einfachere. Kleinere Bahnen vollends mit vorherrschendem Transitverkehr müssen daher viele fremde Acren kenigen. Die Frankfurt-Banauer Bahn z. B. bezog 1860 71 Procent Armeilen.

Nach den so eben gegebenen Vorbemerkungen kann nunmehr die Eisenbahntarifffrage grundsätzlich erörtert werden. Die Post- und Telegraphentarie werden analog nach den Grundsätzen zu beurtheilen sein, welche für Eisenbahntariffpolitik gelten.

Sowohl die Güter- als die Personentransporttarife sind im Allgemeinen noch sehr hoch.

a) Der Personentarif.

Man befragt die Höhe des Gütertarifs. Die Frage gilt fast in noch höherem Maße vom Personentarif, welcher seit Gründung der Bahnen fast überall nahezu stationär geblieben ist und daher auch keine die Meilen- ausdehnung der Bahnstrecke überflüssigende Zunahme der Personenfrequenz aufkommen ließ. Während Normal- und Differentialtarife für den Güterverkehr unter die Maximuntarife herabzogen, war dies bei den Personentarifen nicht der Fall. Die Folge war z. B. in Frankreich, daß (nach Marqfey) 1852—1861 die kilometrische Einnahme aus dem Personenverkehr nur um 7%, diejenige aus dem Güterverkehr um 142% (trotz der Tarifermäßigungen und Regzausdehnung) stieg. Daß dies ruhig ertragen wird — in Frankreich, in England, in Deutschland *) — ist nur dadurch erklärlich, daß vom Personentarif die Concurrenzverhältnisse nicht so sichtbar und maßgebend bedingt sind, wie vom Gütertarif. Wirtschaftlich sind niedrige Personentarife nichts desto weniger von größter Bedeutung: durch Ersparung von Spesen für Zwischenagenten, regere Auffuchung von Bezugs- und Absatzquellen, Ausgleichung der Löhne, zu schweigen von den Befriedigungen der Vergnügens- und Erholungsreise. Schon früher ist bemerkt worden, wie sehr im Eisenbahnbau derjenige Kapitalaufwand überwiegt, dessen Vergütung zu den General-

*) Daß auch in Deutschland dasselbe gilt, wie nach Marqfey in Frankreich, beweisen folgende aus Werber entnommene Daten. Es wurden auf der Leipziger Dresdener Bahn transportirt

an Personen:	Einnahme:
1839 411,000	85,000 Thaler
1850 532,000	443,000 „
1859 863,000	595,000 „
bezogen an Gütern:	Einnahme:
1839 4 Mill. Centner	7,926 „
1850 23 „	866,000 „
1859 83 „	1,083,000 „

Auf der Berlin-Stettiner Bahn wurden befördert und eingenommen:

Personen:	Einnahme:
1845 262,000	273,000 Thaler
1854 327,000	512,000 „
1859 343,000	407,000 „
Güter:	Einnahme:
1845 882,000 Centner	155,000 Thaler
1854 3,100,000 „	648,000 „
1859 2,361,000 „	434,000 „

kosten zu rechnen und aus dem Ergebnisse sowohl des Personen- als des Gütertransportes zu deduciren. Vergleicht man nun Kosten und Einnahmen einerseits des Güter- andererseits des Personentransportes, so ist es auffallend, wie sehr der Personentransport hohen Gewinn von der Einzelleistung zu geben hat, also den Geist des Monopolbetriebes athmet.

Am auffallendsten ist dies vielleicht bei den österreichischen Bahnen. Nach Willunger's*) lehrreicher statistischer Darstellung betrug 1862 auf der Kaiser Ferdinand's-Nordbahn

	per Passagiermeile	per Centnermeile
die Einnahme	19,00 Kr.	1,70 Kr.
die Betriebsauslage (Regiekosten)	9,00	0,00
der Bruttoüberschuß (Differenz der Betriebskosten u. der Einnahmen)	9,00 (51,00%)	1,00 (60,00%).

Personengewicht wurde also viel theurer geführt und hatte zur Deduction der „Kapitalkosten“ (Verzinsung zu 5%, schwebende Schuld zc.) absolut weit mehr beizutragen (9,00 Kr. per Pass. und Meile, gegen 1,00 per Centner und Meile) als das Gütergewicht.

Dies wird nur um so auffallender dadurch, daß die Betriebskosten per Lastzugmeile größer sind, als per Personenzugmeile, und dadurch, daß die Specialnachweisungen die Ansprüche des Personentransportes keineswegs viel kostspieliger erscheinen lassen, als diejenigen des Gütertransportes. Es gälte wohl nur, die Kosten auf weit mehr Passagiere zu vertheilen, d. h. eine größere Personenfrequenz durch wohlfeilere Tarife, namentlich auch im Verkehr kürzerer Distanzen, herzustellen.

Diesen Verhältnissen begegnet man jedoch nicht bloß in Oesterreich. Perdonnet hebt es geradezu als einen allgemeinen Vorschau der Eisenbahn vor dem Kanal voraus, daß man dem Personentransport die Generalkosten sammt Kapitalverzinsung vorwiegend zuwenden könne. Bei der Köln-Mindenerbahn entfiel 1862 nach Willunger auf die Passagiermeile 0,15 fl. österr. (0,19 auf der Ferdinand's-Nordbahn), auf die Centnermeile 0,01 fl. österr. als Einnahme.

Der Centner Personengewicht macht vielleicht größere absolute Selbstkosten, als der Centner Gütergewicht. Der Passagier verlangt nicht bloß Ortsverlegung, sondern auch Comfort und fordert mehr Raum. Wir verlangen für Güter- und Personengewicht nicht denselben Tarifszug. Daß aber allem Anschein nach der Meilencentner Personengewicht auch verhältnismäßig um das Mehrfache theurer transportirt wird, als der Meilencentner Gütere oder Guano, ist höchst wahrscheinlich und eine merkwürdige Anomalie, welche wegen ihrer kolossalen nationalwirtschaftlichen Wirkungen der unfehlbarsten und eingehendsten Untersuchungen durch die Organe der staatlichen Wohlthatpolitik würdig wäre. Uns stehen

*) Vergl. statistische Zusammenstellung zc. (Über den österr. Bahnbetrieb 1858—1862) Wien 1863.

die thatsächlichen Anhaltspunkte nicht so zu Gebot, um diese Untersuchungen mit Sicherheit führen zu können.

Der Engländer Galt (railway reform 1865), der Vertreter des Rückkaufes der englischen Bahnen an den Staat und bei dieser Gelegenheit Anwalt einer Tarifreform, welche im Personen- und Gütertransport ein Seitenstück des Rowland Hill'schen Pennyportofages sein würde, stellt die Behauptung auf: auf einem wohlbesetzten Zug mache ein Passagier der Bahn 1 Penny Selbstkosten in I. Cl. auf 16, II. Cl. auf 25, III. Cl. auf 40 englische Meilen (Penny = 3 Kreuzer südd.). Die durchschnittlichen Tarife jedoch betragen in England auf eine einzige Meile I. Cl. 2 1/4 Pence, II. Cl. 1 1/2 Pence, III. Cl. 1 Penny.

Ein ähnliches Ergebnis liefern die Untersuchungen Marqoy's für Frankreich. Dieser französische Schriftsteller behauptet, nach den Erfahrungen der französischen Südbahn mache sich ein zu 0,36 besetzter Personenzug für die Specialkosten (das Doppelte der Generalkosten) bezahlt mit 0,0112 Fr. auf den kilometrischen Passagier in I., mit 0,0084 Fr. in II., 0,0056 in III. Cl. des Omnibuszuges. Eine Ermäßigung der Personentariife um 1/3 sei sehr wohl möglich ohne nachtheilige Beeinträchtigung, ja unter nachhaltiger Steigerung der Rente aus dem Personenverkehr.

Auch die Verschiedenheit der Tarife verschiedener Bahnen führt auf die Vermuthung, daß die Personentariife noch viel zu sehr an dem Uebel der monopolistischen Preisgestaltung: verhältnismäßig zu hohen Generalkosten und übermäßiger Steigerung der Maschinpreise über die Selbstkosten leiden (§ 187). Jene Verschiedenheit läßt sich aus Differenzen der Selbstkosten kaum erklären. Nach Galt stellen sich die höchsten, mittleren und niedrigsten Personentariife in England wie folgt:

	I. Cl.	II. Cl.	III. Cl.	per 100 engl. Meil.
	Sch. P.	Sch. P.	Sch. P.	
North South Western	5.0	4.2	2.6	
Great Western	16.8	12.6	7.6	
Cardiffen & Cardigan				
	1 P. 9 Sch. 2 P.	16.8	8.4	

Nach demselben Schriftsteller beträgt der Personentarif (1863 ?) in den verschiedenen europäischen Staaten durchschnittlich (auf 100 engl. Meilen):

	I.	II.	III.	IV. Cl.
	sh. d.	sh. d.	sh. d.	sh. d.
Belgien	6.6	5.6	3.0	—
Italien	10.6	7.11	4.0	—
Frankreich	13.4	10.0	7.0	—
Preußen	13. —	10. —	6.6	4. —
Schweiz	13.6	9.4	6.9	—
Holland	14.0	11.2	7.0	—
Verein. Königr.	18.9	12.6	8.4	—

Derartige Ziffern legen, wenn sie auch nur annähernd genau sind,

die Vermuthung nahe, daß für die Herbeiführung der Massenfrequenz im Wege starker Reduction der Personentariife ein bedeutender Spielraum vorhanden ist und daß die Tariffäge mehr auf Laune und Zufall, als auf wirtschaftlicher Calculation beruhen.

Dasselbe behaupten Galt und Marqoy, nebst ihnen viele Andere, in Beziehung auf

b) die Gütertarife.

Marqoy ist auf Grund specieller Durchrechnungen und nach den Erfahrungen der französischen Südbahn zu dem Ergebniss gelangt, daß die Specialkosten — die Generalkosten betragen nicht die Hälfte der Specialkosten — sich folgendermaßen stellen:

Der Zugkilometer bei gewöhnlichen Maschinen (20 Waggons) kostet	1,000 Fr.
mit Engert'schen Maschinen (32 Wagg.)	2,400 Fr.
Bei der thatsächlichen Belastung (1860) von 4,00 Tonnen per Wagen und gewöhnlicher Maschine macht die Kilometertonne	0,018 Fr.
voller Belastung (10 Tonnen)	0,009 Fr.
Specialselbstkosten.	

Bei 4,00 Tonne Belastung und Engert'scher Maschine 0,017 Fr.
bei 10 Tonnen Belastung " " 0,008 Fr.

Im Durchschnitt aber zahlt gegenwärtig auf französischen Bahnen die Kilometertonne 0,0664 Fr. (6—7 Centimes), nur für Gypssteine 2—3 Cent., während die höchsten Specialkosten 0,018 (1 1/2 Cent.), die Betriebsgeneralkosten nur 46% der Specialkosten machten.

Offenbar beruht die Tarifpolitik noch sehr auf dem Grundlag, die Rente auf hohe Reinertragsquoten bei geringerer, statt auf hohe Reinertragsquanten bei großer Verkehrsmasse zu stützen. Zinsen (27%) und Dividenden (19%) verlangen 46% der Bruttoeinnahmen, die Betriebsgeneralkosten 19%, die Betriebspecialkosten nur 35%. Ähnliches läßt sich von englischem Bahnbetrieb nachweisen (s. Tab. Bzchr. 1864, S. 518).

Gug. Flachet, einer der unterrichteten französischen Sachverständigen, äußerte in der französischen Enquête von 1863 (Enq. sur l'exploitation etc. p. LXV), daß vollbeladene Kohlenzüge per Kilometer tonne zu 1 Centime, ohne Rückfracht zu 2 Cent. (statt jetzt 3 1/2 — 4 C.) transportiert werden könnten, was für die Eisenindustrie der Champagne die Selbstkosten pr. Tonne um 6—10% Fr. ermäßigen würde.

Solche Zahlen, bezüglich des Personen- und des Lastentransportes — gegeben von Schriftstellern, welchen wir wenigstens Tendenzberechnungen zuzutrauen keine Ursache haben, — legen es sehr nahe, daß die Ermäßigung der Güter- und Personentariife um 1/2 oder um 1/3 früher oder später eine Transportmasse an Personen und Gütern erwecken würde, welche, unter Reduction der Generalkosten und der Gewinnquoten per Stück der Leistung, nachhaltig eine anständige und sichere Kapitalrente sichern würde. Eine allgemeine Ermäßigung der Tarife in

diesen Beträge könnte für die Deconomie jedes Volkes und der ganzen Menschheit gar nicht hoch genug angeschlagen werden.

Warum betreten nun die Bahnen diesen Weg nicht von selbst? Warum nicht die Staatsbahnen, weßhalb ersparungsgemäß noch weniger die Privatbahnen? Weßhalb betritt man nicht fäßen den Weg, welchen die Preislariform Hill's im Posttransport eröffnet hat?!

Bei den Staatsbahnen ergibt sich die Erklärung theils aus fiskalischer Aengstlichkeit, theils aus dem Mangel intelligenter ständischer Initiatoren, welche ja leider so häufig neben der parlamentarischen Paradeschwärze keinen Raum für hausbackene praktische Fragen findet. Uebrigens leuchten einige Staatsbahnen durch niedrige Tarife hervor; Belgien hat für den durchgehenden Verkehr einen uniformen Tarif, ohne Unterschied der Güterklassen und Transportmassen, eingeführt und zwar mit 4 Centimes für die Kilometerzone; die Kanalgebühren sind ebendort durch Gesetz vom 1. Juli 1865 bedeutend ermäßigt.

Der Mangel an tüchtiger Tarifpolitik bei den Privatbahnen erklärt sich sehr einfach, solange und da von einem gewissen Punkt an die Concurrenz nicht vorwärts treibt, auch das Gemeinwesen nicht zwingend herantreibt.

Der Compagniebetrieb sieht auf die Jahresdividende und den Actienkurs. Er stellt die Rentabilitätsberechnung nicht auf lange Fristen, sondern auf Jahre, und soferne die Desseultlichkeit der Verkehrsergebnisse den Actienkurs beeinflusst, auf Monate nach Monatsausweisen. Die Directoren können einen anderen Maßstab gar nicht anwenden und daher zu tüchtigen Schritten bei bestem Willen sich nicht erheben. Gewinne werden nicht zur großartigsten Auffassung des Geschäftes verwendet, wie es in der Privatindustrie oft geschieht. Große Tarifreduccionen können aber, wie Rowland Hill's Pennyreform gezeigt hat, auf Jahresgebühren den Stand des Reinertrages zurückwerfen.

Es braucht daher den Compagnieen nicht einmal das bequeme Lager einer unverschnägig eingerichteten Staatszinsgarantie (§ 267) gebietet zu sein, so werden sie doch den Charakter des Monopolbetriebes (§ 187) nicht leicht, jedenfalls nur sehr langsam abstreifen. Die Gesellschaftsunternehmung, welche die Gewinne jährlich vertheilt und nicht zum Unternehmungskapital schlägt, ist noch weniger als die reine Privatunternehmung dazu angethan, langwierigere Opfer auf späte Ernte hin auszusparen.

Von selbst ergibt sich unter solchen Umständen das Streben, Kräfte der Staatswirtschaftlichkeit (§ 210), öffentliche Corrective in Bewegung zu setzen, da auf ein wenigstens theilweises Monopol die privatwirtschaftlichen Regulatoren nicht oder nicht stark genug wirken.

Dass ein Monopol bis zu einem gewissen Grade stets vorhanden ist, wurde schon oben näher nachgewiesen und auch frühe erkannt. Der belgische Minister Rogier betonte es 1834 als Beweggrund für den Staatsbahnbetrieb und ein tüchtiger englischer Eisenbahnschriftsteller Lardner

(railway economy 1850) bemerkt: „Eine Eisenbahn ist eine Art großer Maschine, deren viele Räder ineinandergreifen müssen und deren Bewegung eine bestimmte Harmonie verlangt, so daß sie nicht durch eine Mehrzahl von einander unabhängiger Kräfte im Gang erhalten werden kann.“ Dieses factische Monopol muß deshalb irgendwie im öffentlichen Interesse beschränkt werden.

Verschiedene Wege sind zu diesem Besuche eingeschlagen worden.

Ohne Wirkung war der Concessionsvorbehalt der Regierung, bei Erreichung einer gewissen Rente (nach dem englischen Gesetz von 1844 bei 10%) Tarifermäßigung zu verlangen. Dieser Vorbehalt ist ohne praktische Bedeutung und wirkt bei Annäherung an die betreffende Reinertragshöhe eher erschlassend auf die Betriebsamkeit.

Ohne Wirkung waren die bisherigen Maximumtarife. In Frankreich z. B. beträgt der concessionsmäßige Maximumtarif (nach Marqfoy) per Kilometerzone 0,16 Fr. in I, 0,14 in II, 0,10 in dritter Güterklasse, und erst neuere Concessionen haben eine IV. Klasse für Kosten und Eisen erze aufgestellt mit 0,08 Fr. bis zu 100, 0,05 auf 100–300, 0,04 Fr. auf mehr als 300 Kilometer Transportlänge. Die Bahnen sind von selbst unter diese zu hoch gegriffenen und daher praktisch wirkungslosen Maximumtarife herabgegangen.

Es werden noch weitere Calculationen, als diejenigen Galt's und Marqfoy's erforderlich sein, um über das mögliche Maß der Ermäßigung ein Urtheil zu erlauben. Grundsätzlich scheint uns aber nur der Eine Weg übrig zu bleiben:

Sowohl für Staatsbahnen, als für Privatbahnen durch die eingehenden Untersuchungen die Selbstkostenverhältnisse unter Voraussetzung bedeutend gesiegriger Massenverkehre zu ermitteln, hiernach den Maximumtarif, beziehungsweise den Normaltarif der Staatsbahnen, festzusetzen, — das Deficit des Reinertrages für die Frist, in welcher durch Tarifermäßigungen der Massenverkehr durchgeführt wird, auf die Staatskasse zu übernehmen, — und zwar unmittelbar bei Staatsbahnen, in Form einer nach § 267 einzurichtenden Zinsgarantie bei Privatbahnen, — nützlich des tiefer herabgedrückten Maximumtarifes den Differential-Particular- und Abonnement-Tarif freizulassen, — den Maximumtarif, aber auch nur diesen, der periodischen Revision mit der Volksvertretung zu unterstellen.

So wären für ein Institut von öffentlichem Charakter öffentliche Corrective der Wirtschaftlichkeit ins Leben gerufen, insofern nicht im Bau, und innerhalb des Betriebes der einzelnen Bahn im Gütertransport, die Concurrenz wirken kann.

Längeres Nachdenken und manche Studien haben uns zu diesem Ergebnis in einer der praktisch wichtigsten volkswirtschaftlichen Fragen der Neuzeit hingeführt.

Der Franzose Marqfoy (Buch von 1863), die Engländer Blimfoell

und Fairbairn (Scheffelder Congress 1865) nehmen mit dem Vorschlag der Zinsgarantie für staatlich regulirte Tarife denselben Standpunkt ein.

Der letztere trägt dem öffentlichen Charakter der Eisenbahnen Rechnung, ohne mit Galt das Princip der Staatsbahn für das ausschließlich richtige und ohne den Mißbrauch aller Privatbahnen an den Staat für das unter allen Umständen Gebotene zu betrachten.

Daß übrigens sehr große englische Geschäftsmänner und Bahndirectoren den Staatsbahnbetrieb für etwas nicht Unnatürliches ansehen, hat Galt aus der Enquête von 1844 nachgewiesen. Varenale, der Chef der großen Frachtfirma Midford und Präsident einer großen Bahncompagnie, äußerte damals, daß er den Staatsbetrieb vorgehen würde, wenn man noch zwischen ihm und dem Compagniebetrieb freie Wahl haben würde. Derlei Geschäftsleute leiteten diese Ansicht aus dem öffentlichen Charakter der Eisenbahnen mit vollem Bewußtsein ab, denn er sagt: die Straßen des Landes müssen, wie das Himmelslicht, dem ganzen Volke alle zusammen gehören. (I have always considered, that the roads of the country belonged altogether to the people, just as much as the light of heaven. Galt, p. 57).

§ 269. Freiheit der Differentialtarification unterhalb des Maximumtarifes. Schon in § 268 sind die Umstände entwickelt worden, welche die Zulässigkeit einer Differentialtarification begründen. Es ist ganz verwerflich, wenn die letztere gesetzlich verboten wird.

Noch verwerflicher ist es, wenn selbst die Herabsetzung des Normaltarifes in einzelnen Sätzen unter den Maximumtarif von Staatserslaubniß abhängig gemacht wird. Die französische Nordbahn wollte 1847 den Getreidetarif herabsetzen und hatte 1850 noch nicht die constitutionelle Genehmigung (Marafey)!

Ohne velle Freiheit der Bewegung unterhalb eines möglichst niedrigen Maximumtarifes hört alle Veräuflichung der Conjunctionen, alle Einwirkung des Privatsektionsdienstes auf, welcher in England mit seinem Speculationsgeist und mit seiner Oekonomie in der Expedition und in der Verwendung eigener Wagenwerke den Gütertransport der Bahnen sehr günstig beeinflusst und den Güterdienst wesentlich beschleunigen hilft. Die russische Expedition in englischen Bahnhöfen, welche mit ihrer Mechanik trefflich hierfür eingerichtet sind, hat übrigens nach den Untersuchungen des französischen Technikers Mouffette auf die Kosten nur geringen Einfluß.

Die Freiheit der Differentialtarification ist andererseits nicht zu überflüssigen. Wir schlagen sichtlich den ökonomischen Werth des englischen Gütertransportsystems mit seiner Freiheit der Differentialtarification nicht gering an. Gleichwohl halten wir es für die Oekonomie des Bahutransportes nicht anstrengend und können die öffentliche Regulirung der Maximum, bez. Normaltarife, nach dem Vorschlag des vorigen § und aus den schon entwickelten Gründen, nicht entbehren. Eine bemerkenswerthe

Erfache, deren Bezeichnung uns noch übrig bleibt, ist es, daß der vom Differentialprinzip völlig beseitigte Güterverkehr englischer Bahnen nur an Geschwindigkeit, keineswegs aber an Wohlfeilheit den französischen Privat- und selbständigen Staatsbahnen überlegen ist; und doch scheint die dort freiwillige Beschleunigung der Lieferfrist auf die Kosten wenig zu influiren.

Wir beziehen uns für diese Thatfache auf einen höchst einschläglichen Sachverständigen, Herrn Mouffette, Oberinspector des Eisenbahnwesens im französischen Handelsministerium. Er sagt: Das System der englischen Transporttarife ist in höchstem Maße differentiel. Für kurze und selbst mittlere Strecken sind die Tarife in England höher als in Frankreich, für lange Strecken beinahe gleich *). Aber für letztere ermäßigen sie sich durch Privatverträge, so daß hierfür z. Th. niedrigere Sätze als in Frankreich sich ergaben. Die Parlamentsacte hat eine „billige Summe“ als Lade- u. Gebühr extra zu erheben gestattet, und die Praxis der Verwaltung hat diese Ertragsgebühr im kurzen Verkehr zur Verdoppelung der Frachten benutzt, von den Gerichten hierin begünstigt. Dazu erheben die Bahnen mit kostspieligen Bahnhöfen im Innern der Städte eine Bahnhofsgebühr, in der Regel 1 Schill. 6 Pence, bei mittlerer Distanz weniger, bei großen Distanzen 1 1/2 Pence per Tonne. Einzelne Bahnen operiren mit der Frachtermäßigung auf große Distanz lediglich durch Ermäßigung der Bahnhofsgebühr, während der Frachttarif unverändert ist; so nimmt die große Kohlenbahn Londons, der Great Western, 1 1/2 Schilling Bahnhofsgebühr unter 50, 1/4 Schill. über 100 Meilen. Auch die aufgegebenen Frachtmasse influit stark, nach verschiedenen Abmessungen von 2500 bis 40,000 L. St. Einnahme von denselben Transportfrachten.

Das englische Eisenbahnrecht erstrebte eine Gleichbehandlung aller Eisen-

*) Die z. Th. viel größere Wohlfeilheit der französischen Bahnen bis zu ungefähr 120 Kilom. Distanz ergibt sich aus beiliegender Kohlentarifvergleichung (pr. Tonne), welche Mouffette (Enquete) mittheilt und welche auf gewöhnlichen Preisen beruht:

Entfernung von Paris bis zu den wichtigsten Bahnhöfen in Kilom.	Englische Bahnen				Französische Bahnen				Paris-Pyren.-Rhin-Rodr.			
	Great Western	Great Eastern	Great Northern	u. N. Western	Nord	Paris	Orleans	Est	Wien	Bayern	Italien	Spanien
	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.	Fr. C.
6	2.30	2.50	1.00	1.25	0.60	0.60	0.50	0.60	0.40	0.40	0.40	0.40
13	2.60	2.80	1.10	1.70	0.80	1.30	1.25	1.30	1.00	1.00	1.00	1.00
19	2.80	3.10	1.20	2.20	1.10	1.90	1.15	1.60	1.50	1.30	1.50	1.50
26	3.10	3.40	1.30	2.50	1.40	2.30	1.25	1.80	1.70	1.50	1.70	1.70
32	3.50	3.80	1.50	3.00	1.80	2.84	1.30	2.56	2.50	3.20	2.50	2.50
38	3.75	4.00	1.60	3.30	2.30	2.68	2.30	3.00	3.00	3.80	3.00	3.00
45	4.20	4.40	1.70	3.60	2.50	4.06	2.50	3.58	4.40	4.80	3.00	3.00
50	5.40	5.40	1.80	4.00	4.00	5.25	2.80	4.76	5.00	6.00	5.40	5.40
60	6.00	6.40	2.00	4.50	5.80	6.00	3.00	6.00	6.00	8.70	6.00	6.00
80	8.00	8.00	2.50	5.50	7.00	7.50	3.50	6.80	8.00	8.50	8.00	8.00
100	9.65	11.05	3.00	6.50	8.40	9.64	4.00	8.30	12.00	10.50	8.40	8.40
120	11.75	14.90	3.50	7.50	11.90	12.88	4.50	11.00	12.80	12.50	11.90	11.90

*) Ganze Zuckermenge.

bahnkunden. Auch das Hauptgesetz von 1854, die sog. Cardwells-Akt, befehlt Gleichebehandlung „unter gleichen Umständen.“ Die Gerichte sind aber auch hier in Processen auf Seite der Verwaltungen getreten und gestatten eine sehr freie Auslegung der „Verschiedenheit der Umstände“; so zwar, daß gleich große Kohlenmassen auf gleiche oder kürzere Strecken, wenn sie zum häuslichen Verbrauch bestimmt sind, mehr (oft 4—5 Cent. pr. T.) bezahlen, als bei Ablieferung an Hütten und an Fabriken.

Alle Schriften und alle Erfindungen bei Industriellen haben Mouffette zu dem Ergebnis geführt, daß der niedrigste Kohlentarif, der in England vorkommt, 2 1/2 Cent. (nämlich pr. Kilom. und Tonne) beträgt. Dieser Tarif kommt jedoch nur unter ganz außerordentlichen Umständen vor, z. B. in den 3 Sommermonaten. Will man sich im Herbst, Winter, Frühjahr versorgen, so zahlt man den gewöhnlichen Betrag, der 3 1/2 Cent., ungefähr wie in Frankreich ist. Dieß ist aber der Tarif auch nur für „große Distanzen“ (über 100 engl. Meilen), nicht für „kleine“ (bis 24—36 Meilen) oder für „mittlere“ Entfernungen (36—100 Meil.). Für „kleine“ Distanzen zahlt man nur scheinbar 1 Penny per Meile (6 1/2 C. pr. Kilom.).

Der Kohlentarif wechselt thatsächlich je nach der Distanz von 1 Cent. bis 5 Cent. pr. Kilometer und Tonne. Was die Mineralien betrifft, so ist der Tarif pr. T. und Kilom. 10, 12, 13 Cent. auf mittlere Distanzen (unter 100 Kilom.) und geht für weite Distanzen bis auf 6 Cent. herab; jedoch nur für die außerordentlichen Bezugsmaßen großer Hüttenbesitzer, wie denn zwar unter allmählicher Billigung der öffentlichen Meinung, der Tarif überhaupt ein „Tarif der Umstände“ (tarif circonstanciel, sagt Mouffette) ist, welcher sich nach der Frachconjunctur richtet.

Als Ergebnis aller seiner Vergleichen, und Mouffette ist als oberster Techniker der Staatskontrolle des französischen Eisenbahnwesens gründlicher Kenner auch des letzteren, — spricht er aus, daß die englischen Transportpreise von Kohle, Guß- und Schmiedeeisen höher seien als die französischen: oft bis zum Doppelten. Reines Schmiedeeisen zähle in Frankreich höchstens in kleinen Distanzen 10 Cent., in England bis zu 15; die Schmiedeeisen von Staffordshire und Derbyshire zählen bis London auf die große Distanz von 130 Meilen 10 Cent. pr. Kilometer, ohne Bahngebühren 8 Cent., was in Frankreich höchstens 6 Centimes feste. Roheisen, das in Schottland immer „an Bord gelegt“ verkauft wird, kostet für die Abfuhr in den Häfen manchen Hüttenbesitzer 13 Cent. pr. Kilom. Low Moor zahlt nach Liverpool bei 111 Kilom. Entfernung 13 Cent. pr. T. und R.

Mögen vorstehende Beiträge, zur wissenschaftlichen Lösung einer der größten Fragen der Zeit, milde Beurtheilung finden. Der Verfasser ist sich wohl bewußt, nur einen Versuch der Lösung *) gemacht zu haben.

*) Ist das allgemeine Ergebnis unserer Erörterung richtig, so stände der große

Zwar gieng der Umfang der Erörterungen über den Rahmen eines kurzen Hand- und Lehrbuchs beträchtlich hinaus. Allein da die Compendien über den schwierigen Gegenstand bis jetzt fast schweigen, so hat dem Verfasser ein näheres Eingehen auch in diesem Buche gerechtfertigt geschienen.

§ 270. Allgemeine Charakteristik der Industrie, der Handels- und des Transportgewerbes. Nach den einschlägigen Betrachtungen über Industrie, Waarenhandel, Kredithandel und Transportwesen schließen wir passend mit einer zusammenfassenden Charakteristik von allgemeinerem Standpunkte aus ab.

Allgemeine Charakteristik von Industrie und Handel. Die reine Form- und Veredlungsindustrie, die eigentliche **Manufactur**, ist ihrer Natur nach weniger stabil als Feld-, Wald- und Bergbau. Sie ist weniger an den Boden gefesselt, weniger national und unter dem Sporn der Weltconcurrentz, welchem sie unterliegt, mehr auf egoistischen Gewinn und auf Speculation angelegt, mehr dem Spiel und der Conjunctur des Weltmarktes preisgegeben. Auf der andern Seite besitzt sie ausgezeichnete Charakterzüge; sie entwickelt die Intelligenz, bietet den tüchtigsten Arbeitern ein Entporeisen zu den besten Lebensstellungen, die sie als Unternehmer, Contremaitres, Ingenieurs einnehmen. Die Manufacturindustrie ist noch immer vorwiegend eine nicht genossenschaftliche und wird es bleiben, sie verarmt im Lohnerhältnis größere Arbeitermengen um einzelne Unternehmer.

Verhältnismäßig gut ist die Lage der Arbeiter in den lands- und forstwirtschaftlichen Nebenindustrien, in der Spirit-, Zucker-, Holzindustrie; denn die meisten Arbeiter haben hier gesunde Wohnungen und neben ihrem Gewerbeverdienst ein Einkommen aus kleinen Grundbesitz für den nöthigsten Hausbedarf. Der Patron lebt unter ihnen, der Umfang des Betriebes ist nicht einem raschen Wechsel unterworfen.

Ähnliche günstige Verhältnisse zeigten sich bisher bei den mit Wasser- und Dampf betriebenen Industrien, so bei vielen Eisenwerken, Spinnereien u. s. w. Diese Industrien sind gestreut.

Dagegen wird das Loos des Arbeiters ein schlimmeres, die gute Patronage eine lockere in den mit Dampf betriebenen, fabriksmäßig concentrirten Industrien. Ein kleiner Grundbesitz fehlt hier dem Arbeiter, in England faßt solchen eine überlebensfähige Auffassung der Fabrikanten. Es fehlen vielfach wohlfeile Familienwohnungen. Das Dienstverhältnis artigeren und allgemeineren Bewürdigung besitzen in Deutschland nicht viel im Weg, wenn Preußen das Eisenbahnwesen als Reichs Sache behandelt, worauf ein Artikel der Friedensverträge vom August 1866 mit süddeutschen Staaten hinweist.

ist ein wechselndes, das keine Autorität und keine Neigung aufkommen läßt. Der Unternehmer dehnt seine Speculationen nach der Conjectur bald maßlos aus, bald wirft er durch Einstellung des Betriebes, durch Entlassung oder shorttime-Beschäftigung viele Arbeiter ins Elend.

Indessen ist auch die letztere Praxis keineswegs eine notwendige. Die Erhaltung eines festen und geübten Arbeiterstammes ist, wie schon erwähnt, als erstes Interesse der Industrie anzusehen. Die Fabrikanten beginnen den Arbeitern Wohnungen in Örtchen, ein Karloffeld zu beschaffen, sie in jeder Beziehung zum Sparen anzuhalten, übergroße Ausbeutung der Lustreize, welche nicht nachhaltig eintreten, zu vermeiden, um nicht bald darauf massenhafte Arbeitseinstellungen vornehmen zu müssen. L. Reybaud's Mittheilungen über die Arbeiterverhältnisse in Elbeuf, Sedan u. s. w. bezeugen ein Erwaehen solcher Bestrebungen in Frankreich. Vielversprechend sind die schon beschriebenen Wohnungsreformbestrebungen aller Länder.

Die in England ursprünglich so stark bekämpfte Fabrikpolizeigesetzgebung, welche den Mißbrauch der Weibers- und Kinderarbeit zu hindern bestimmt ist, hat in ihrer weiteren Ausdehnung die Anerkennung der Fabrikanten selbst gefunden. Vor wenigen Jahren waren es bei der Enquete über die Thonwaarenindustrie von Staffordshire die Fabrikanten, welche den Schutz der Kinder im Interesse ihrer Industrie, d. h. der Erhaltung eines guten Arbeiterstammes verlangten; sie erklärten, daß die Beschränkung der Kinderarbeit durch die Folge der Anschaffung besserer Maschinen der Industrie keinen Nachtheil gebracht habe. Auch wurde nachgewiesen, daß kleine Unternehmer ohne wohl eingerichtete Fabriken die schädlichste Kinder- und Frauenbeschäftigung, den gesundheitsgefährlichsten Industriebetrieb überhaupt haben, und daß gewissenlose Eltern an dem Mißbrauch ihrer Kinder zu vertriebenem Verdienste hauptsächlich schuldig seien.

Längere Arbeitscontracte, welche extreme Schwanckungen in der Ausdehnung des Industriebetriebes hindern, den Arbeiter vor Einstellungen, den Arbeitgeber vor Stricks bedauern, werden in England wieder mehr Sitte. Sie sind bei „alle Gebrauch Vorstuckmunderland“, und unlängst bei den Consett Iron Works (Eisenwerken) eingeführt worden, welche fünfzehnhundert Personen beschäftigen.

Auch die Hausindustrie (vgl. S. 246), welche in einigen deutschen Staaten, in der Schweiz, Piemont, Toskana, im mittleren und östlichen Frankreich weit verbreitet ist, und welche Spitzen, Strickerei- und Polamentwaaren, Bildgewebe, Duinacallerie, Messerschmiede, Bijouterie, Tabletterie, Holz-, Möbelwaaren, Kleidungsstücke, Uhren u. s. w. in den großen Handel bringt, ist an sich dem Pauperismus nicht nothwendig verfallen. Sie gestattet landwirthschaftlichen Nebenbetrieb, häusliche Unabhängigkeit, gute Wohnverhältnisse, feste Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Aber freilich wird sie zum Spielem großer wechselstetiger Ausbeutung, wenn der Arbeitgeber häufig wechselt, rein kaufmännisch bald übermäßige Geschäfte macht, bald wieder feiert, wenn ein

schamloses Agentensystem zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sich in die Mitte stellt. Den Arbeitern droht die rücksichtslose Ausbeutung der Conjectur, der Wechsel übermäßiger Expansion und Contraction der Geschäftsaufträge, um so mehr, je mehr die Industrie dem Handel sich nähert; denn je weniger festes Kapital vom Unternehmer auf das Spiel gesetzt ist, desto leichter kann er ein Geschäft schnell ausdehnen und plötzlich wieder verfallen.

Auch bei der Hausindustrie erscheinen als Bedingungen guter Zustände: Nähe und Ständigkeit des Unternehmers und seiner Familie.

Das Gleiche findet in aller Manufakturindustrie statt. Diesem Interesse ersten Ranges widerstreitet aber die Unständigkeit des Unternehmersvermögens, der häufige Wechsel durch Erbgang oder durch Verkauf wegen Alters. Gleiche Erbtheilung unter Ausschluß der Testamentsfreiheit ist ein großes Hinderniß einer guten industriellen Arbeiterpatronage. Merkwürdiger Weise finden sich in Frankreich die besten Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der Provence und Marseille und in Nîmes pelgend mit erhaltenden Erbgewohnheiten.

Ähnliches ergibt sich für den Handel mit Waaren und mit Kredit.

Der Kleinhandel, welcher sich vom Vater auf Sohn vererbt, die Gehülfen in der Familie hält, leistet wie das Handwerk der Sittlichkeit und einem gesicherten Nahrungsstande großen Vortheil. Er arbeitet aber der Corruption in die Hände, wo die bezahlten Gehülfen und Gehülfinnen außerhalb des Hauses des Geschäftsherrn wohnen und allen Verführungen großer Städte preisgegeben sind. Die neuere Unständigkeit des Familienverhältnisses im Kleinhandel und die damit zusammenhängende Mangelhaftigkeit der Wohnräume hat furchtbar zur Verbreitung der Corruption beigetragen.

Nicht minder leidet der Großhandel auf dem Festland, verglichen mit dem englischen, an der Unständigkeit der Familie und des Familienvermögens. Jene großen Handelskapitalien, jener traditionelle Schatz kaufmännischer Beziehungen, wie in England, häufen sich z. B. in Frankreich mit seinem Erbrecht und bei der Gewohnheit des Geschäftsverkaufs im Alter nicht an; und doch ist die Tradition des Geschäftskapitals im Handel ganz besonders nothwendig, bei dem Erforderniß individueller Verantwortlichkeit im Handel surrogirt die Aktiengesellschaft das Handelskapital nur sehr ungewöhnlich. Im Handel geht mit dem Wechsel des Firmeneigentümers fast alle Tradition verloren, welche beim Verkauf von Erzeugnissen und Fabrikaten durch fest gegebene Productions-, Absatz- und Arbeiterverhältnisse sich doch einermassen erhält. Das gleichtheilende Erbrecht drängt im Großhandel auf Unfruchtbarkeit der Ehen und auf Geldvertraten mit ihren sittlich nachtheiligen Folgen hin.

Auch das Kreditgeschäft bedarf, wie der andere Handel, eines ständigen Familiensystems. Die Verbreitung aber des Kreditwesens unter den unteren Klassen geschieht am nachhaltigsten unter dem Einfluß von Ge-

noffenschaftsbanken und dauernden Patronageverhältnissen. Spar- und Unterstützungskassen sind gewiß vortrefflich, aber der zu ihrer Benützung erforderliche Sparfuss unter den arbeitenden und dienenden Klassen wird durch den Einfluß dauernder Arbeits- und Dienstgeber wesentlich gemindert und gemindert werden.

Der Großhandel und das Großbankgeschäft nähren eine großartige Auffassung aller praktischen Verhältnisse.

Dasselbe gilt von der Industrie der großen Verbrauchsanstalten. Die letzteren weisen aber auch günstige Arbeitsverhältnisse auf. Der Dienst verlangt Ordnung und Pünktlichkeit und hat hierdurch etwas Moralisirendes. Er geschieht in täglich erneuter Zerkleinerung. Er ist stätig; 1857 hatten 67% der Angestellten der französischen Bahnen Jahresanstellung (Enqu. 1858, p. XI). Die weibliche Bevölkerung bleibt zu Hause, oder findet, soweit sie verwendet wird, z. B. in Bilettausgabe und Telegraphendienst, eine sittlich unbedenkliche Beschäftigung. Außerdem aber ist der Genossenschaftsgeist, welcher das Personal der Verbrauchsanstalten befeuert, ein günstiges Element. Große Verbände zu Krankheits- und Wittwenunterstützungskassen entstehen fast von selbst, teilweise unter Beteiligung der Actionäre. In Frankreich wird von den Bahnen in die allgemeine vom Staat organisierte Alterspensionskasse für das Personal eben so viel eingelegt, als von den Bediensteten; die Orleansbahn beteiligt ihre Bediensteten sogar mit Zantimen. Was aber diese Organisation der Fürsorge für Krankheit, Alter und Hinterlassene praktisch zu bedeuten hat, wird klar, wenn man die Stärke des Eisenbahnpersonals ins Auge faßt: Die französischen Bahnen hatten 1857 33,000 Angestellte*). Auch die Consumvereinigung für Beschaffung von Kleidern und Nahrungsmitteln läßt sich mit großem, durch die beste Auswahl der Einkaufsorte und durch Selbsttransport verdoppeltem Vortheile durchführen; einige französische Bahnen haben dieselbe (s. Enqu. 1858) großartig verwirklicht.

5) Die liberalen Berufe.

§ 271. **Freie Erwerbsarten.** Indem die Beschäftigung geistiger Fähigkeiten zum Gegenstand des Erwerbes gemacht wird, entsteht der freie Erwerb, dem wir noch einige Worte widmen.

Der freie Erwerb hat so viele Arten, als die menschliche Gesellschaft geistige Fähigkeiten und nützliche Arten ihrer Verwendung verlangt.

Die Befriedigung des Erziehungsbedürfnisses ergibt den freien Erwerb des Lehrers, die des Kunstbedürfnisses den des bildenden und darstellenden Künstlers, die des Gesundheitsbedürfnisses den des Arztes, die Befriedigung des Bedürfnisses der Rechtsordnung den des Advokaten, Polizeimannes und Richters, die Befriedigung der den öffentlichen Korpora-

tionen, dem Staat, der Kirche, der Schule u. s. w. gestellten Verwaltungsaufgaben den freien Erwerb des Beamten überhaupt.

Der Lohn im freien Erwerb hat verschiedene Namen, deren Begriff zum Theil irgendwo den Adel des höheren Berufes ausdrückt: Honorar, Gehalt, Gage, Besoldung, Gehühr.

Der freie Erwerb bleibt entweder selbstständige Privatwirtschaft, oder er fügt sich als höhere Arbeitsart in die Ordnung eines Unternehmens ein (der Fabrikmobilleur, Fabrikbesitzer u. s. w.), oder es wird die Verwerthung geistiger Fähigkeit zum eigentlichen, die Kräfte mehrerer Privatwirtschaften zusammenfassenden Unternehmen: der Arzt mit Gehilfen, der Unternehmer einer Erziehungsanstalt, der Theater- und Concertunternehmer, das Unternehmen des Sydenhamer Krystalpalastes, das Zeitungsunternehmen, der buchhändlerische Verlag, die Muster-, Modell-, Modejournal-Gesellsch.

Nabezu jeder, auch der freieste Erwerb, bedarf eines Kapitals, einer Summe äußerer Hilfsmittel: der Geistliche der Bücher, der Kirche und Kirchengedächtnisse, der Dichter der Bücher und Mittel zur Fixirung seiner Ideen, der Lettern und Pressen zur Verwerthung seiner geistigen Schöpfungen, der Arzt des Instruments zu wirksamer Hülfeleistung, der Concertgeber der musikalischen Instrumente zu seinen Aufführungen u. s. f.

Je mehr der freie Erwerb in einem Volke sich theilt und der einzelne Zweig dem Einzelnen Auskommen bietet, um desto höheren Grad der Kultur zeigt dieß an, insofern nur die befriedigten freien Bedürfnisse gesunde sind.

Die Vorzüge der Arbeitsteilung gelten auch für den freien Erwerb.

§ 272. **Allgemeine Charakteristik der liberalen Berufsarten.** Die Familie in den liberalen Berufsarten kann, soweit der liberale Beruf nicht eben auch mechanische Routine ist, nur unabhängig sein; denn die Fähigkeit zum liberalen Berufe ist individuell. Die liberalen Berufsarten tragen deßhalb viele Elemente sittlichen und ökonomischen Ruins in sich, und werfen viele proletarische Elemente ansehnlicher Art fortwährend unter die bürgerliche Gesellschaft.

Aber die verschiedenen liberalen Berufsarten verhalten sich hierin sehr verschieden.

Der Militärdienst im wirklichen Kriege ist eine Schule der Aucht, der Hingebung an die höheren Interessen des Vaterlands, an die Untergebenen. Er ist ein gesundes Element für die Gesellschaft, er vermag rettende Staatsmänner zu erzeugen. Durchaus verderblich, eine Quelle der Unfähigkeit ist der saule Garnisonsdienst im Frieden. Die militärische Organisation muß wieder gefunden werden, welche im Mittelalter und im Alterthum schon so kräftig sich erwiesen hat: die Verbindung des Zedienstes mit bürgerlicher Reibung während des Friedens, welche die Corruption der Kaserne und der Stadtgarnison weibel, den Krieger im Frieden nützlich macht, seiner Familie, Frau und Töchtern einen festen Halt, ihm selbst ein geordnetes Familienleben sichert, ihn bewacht, pures

*) Vergl. die franz. Eisenbahnqu. 1858, Einl. p. X ff.

Werkzeug, abgerissen von den großen gesellschaftlichen Intereffen, sein zu müssen.

Die Wissenschaft ist gewiß der höchsten Achtung würdig. Sie ist aber auch der höchsten Corruption fähig, zumal in den nicht exacten Disciplinen, die leicht an der Eitelkeit und Habgucht sich für niedrige Zwecke besetzen lassen.

Jene wissenschaftliche Arbeit, welche wirklich der Wahrheit und dem Fortschritt dient, ist das Hauptelement der weltgeschichtlichen Bewegung der menschlichen Wissenschaft. In ihr findet der ökonomische Fortschritt auf Jahrhunderte seine ersten Strahlen voraus. Die Wissenschaft erzeugt eine Atmospäre reiner geistiger Gemeingüter, welche der menschlichen Wirtschaft so unentbehrlich sind, als der Factor der freien Naturgüter.

Der Praxis um Generation vorausseilend verlangt die wissenschaftliche Arbeit öffentliche Sustentation (§ 7, e und § 185).

Die Advocatur und die medicinische Praxis, in alle praktischen Lebensverhältnisse führend und eine wissenschaftliche Bildung voraussetzend, sind von ebenso wohlthätiger Wirkung, wenn sie in höherem Sinn, als von depravirendem Einfluß, wenn sie miethlingsweise und aus reinem Geldinteresse geübt werden. Aerzte und Advokaten sind oft ein Damm gegen Corruption, eben so oft Träger der letzteren gewesen.

Gute Geistliche sind ein Segen der Gesellschaft, depravirte werden in ihrem Ungehen für die Gesellschaft nur von schlechten

Staatsmännern und Beamten erreicht. Der Geistliche und noch mehr der Staatsmann, soll die höchste sittliche und geistige Bildung besitzen; beide, namentlich aber der letztere, sind am meisten der Verführung ausgesetzt, die Gewalt über die Seelen und über die irdischen Interessen der Menschen zu mißbrauchen. Beide, Geistliche und Beamte, auf die möglichst geringe Zahl zu reduciren, die Staatsmannschaft, Clerus und Beamtenhumus nicht als Kastei zu organisiren, sondern auch aus den materiellen Berufsarten alle tüchtigen Kräfte in die öffentliche Verwaltung hineinzu ziehen, ist der einzige Weg, um die auf die Dauer unvermeidliche Corruption eines geschlossenen Priester- und Beamtenhumus zu vermeiden. Die Männer, welche in der Staatsmännischen Laufbahn nicht Geld und Auszeichnungen suchen und beim Verlassen jener Laufbahn zu großen unabhängigen Besitzungen zurückkehren, sind weit weniger großen Verführungen ausgesetzt, als Beamte, welche mit dem Ausritt aus dem Amt Alles verlieren oder verlieren zu haben glauben, und daher Alles auf das Avancement legen. Die Decentralisation, das constitutionelle System, wo es nicht die Arena für bureaukratischen Egoismus ist, zeigt hier eine ungeheure staatslich-sittliche Bedeutung (vgl. § 212 ff.).

6) Verhältniß der verschiedenen Zweige der wirthschaftlichen Volksgesellschaft.

§ 273. **Wechselbedingung. Statistik.** Jedes Volk beginnt je nach den gegebenen Verhältnissen seiner natürlichen Begabung, seines Landes, Klimas, seiner Lage, seiner Geschichte bald mit dem einen, bald mit dem anderen Erwerbszweig oder mit mehreren zugleich; das eine fängt mit Handel an, das andere hört mit Handel auf.

Ein für alle Völker gleichmäßig gültiger Erziehungsgang, wie ihn Friedr. List behauptet hat, mit den angebliehen vier Perioden: Hirtenleben, Ackerbau, Ackerbau-Industrie, Ackerbau-Industrie-Handel, wird von der Natur der Dinge, wie von der geschichtlichen Erfahrung Lügen gestraft. Es muß im Gegentheil gesagt werden und ist bereits gesagt worden, daß jede der hauptsächlichsten Unternehmungsarten sich stufenweise neben den übrigen entwickelt; und daß in keiner derselben über die eine Stufe hinauszugelangen ist, ohne daß die analoge Entwicklung in der anderen vor sich ginge, sei es, daß dieß innerhalb desselben Volkes, sei es, daß es innerhalb mehrerer durch den Handel verknüpfter Völker stattfindet: die commercielle Entwicklung der Hanse hatte die industrielle Blüthe der flandrischen und deutschen Städte zur Voraussetzung, Englands intensiver Handel beruht auf Englands intensiver Industrie, darauf auch Englands intensive Landwirtschaft.

Die Kulturgeschichte und die Statistik haben darzustellen, wie sich das Zahlenverhältniß der Vertheilung der Bevölkerung in die verschiedenen Berufsweige entwickelt und darstellt.

Nach Häusner, vergl. Statistik betrug in Europa 1857—1863 die städtische Bevölkerung 75 Mill. E. oder nur 26,4% der Gesamtbevölkerung, die ländliche Bevölkerung betrug 220 Mill. Landbau trieben 165 Mill., Bergbau 3 Millionen, Industrie 54 Millionen (vorunter, wie an einem früheren Ort gezeigt ist, die Koppzahl der kleinen Industrie, der Nahrungsgewerbe insbes., überwiegt), Handel und Transport 12 1/2 Mill. 4,4% der Gesamtbevölkerung — in England 9,3% der Gesamtbevölkerung).

In ganz Europa verhält sich die industrielle zur agricolen Bevölkerung wie 1:3,88.

Die industrielle Bevölkerung überwiegt die ländliche in Großbritannien (1:0,7), Königreich Sachsen (1:0,7), ist stark in Belgien (1:1,88), Preußen (1:1,88), Frankreich (1:1,74), der Schweiz (1:1,88). Mittlere Verhältnisse zeigen die Niederlande (1:2,77), Württemberg (1:2,88), Bayern (1:3,88), Baden (1:3,88), Italien (1:3,77). In Hannover ist das Verhältniß 1:4, in Spanien 1:5,68, in Oestreich 1:5,6. Dänemark 1:7,8, Mecklenburg 1:9,7, Portugal 1:10,7, Rußland 1:12,8.

Vorstehende Zahlen dürften immerhin jene annähernde Richtigkeit besitzen, die uns für den Zweck der Veranschaulichung in diesem § genügen kann.

Die Geistlichkeit und zwar mit Ausschluß des Ordensklerus, zählt in Europa 482,560 Pers., 108,000 in Rußland, 88,000 in Italien, 56,800 in Frankreich, 53,600 in Oesterreich, 39,600 in Spanien, 35,800 in England, 16,800 in Preußen, 15,000 in Portugal. Volksschulen gab es 293,783.

Im Uebrigen bietet eine genaue Statistik der liberalen Berufsarten Schwierigkeiten. Dieselbe mag hier nicht weiter verfolgt werden.

Dagegen sei noch die eine Bemerkung gemacht, daß die Zweige der Stoffproduction für den Anfang der Entwicklung sehr entschieden überwiegen und den Gewerksleiß als nebenher betriebenen Hausleiß sich unterordnen. Sie bewahren sich, wie aus obigen Zahlen hervorgeht, auch auf hoher Entwicklungsstufe einen großen Procentantheil der Gesamtbevölkerung. Doch kommen Gewerbe, Industrie und Handel relativ zu wachsender Bedeutung, und indem sie zu Trägern der Bewegung und der bürgerlichen Freiheit schon durch ihren wirtschaftlichen Charakter angelegt sind, bedingen sie den geschäftlich beschäftigten, von uns wiederholt erwähnten Entwicklungsprozeß zu immer demokratischerer Gestaltung des Gemeinwesens. So hat das städtische Gewerbe vom Mittelalter an die Freiheit des Bürgertums vertreten, so geht jetzt von dem städtischen Arbeiterstand das bewußte Streben nach ökonomischer Hebung und politischer Geltung auch der Massen des sog. vierten Standes aus.

VL Kurzer Abriss *) der Finanzwissenschaft.

I. Die Staatsausgaben.

§ 274. **Allgemeines.** Die Verwendung äußerer Mittel für den Staatszweck ist der Staatsaufwand; sofern er im Geldverkehre sich ausdrückt, die Staatsausgabe.

Die Ausgaben werden bestimmt durch die Zwecke, die der Staat für das Gemeinwesen zu erfüllen hat (vergl. oben § 218). Uebersehen wir nun die Verteilung der Staatsausgaben nach den verschiedenen Staatszwecken in den Staaten der Welt, so giebt sie nicht eben einen großen Begriff von der Höhe der jetzigen Staatskunst und Civilisation; von 2100 Mill. Thalern jährlicher Staatsseinkünfte in Europa werden 680 für Militär, 600 für die Staatsschuld verwendet, welche zu $\frac{1}{4}$ von Kriegen und Militäraufwand sich herkschreibt! Doch darf man dabei nicht übersehen, was andere Gemeinorgane: Gemeinden, Bezirke, Provinzen, freie Vereine, Innungen, Gesellschaften aller Art, für die humanen und productiven Gemeinzwede neben und unabhängig von dem Staate leisten. Nach dem Ausgabenbudget des Staates allein läßt sich die civilisatorische Fruchtbarkeit des öffentlichen Lebens eines Volkes nicht bemessen.

Der oberste Grundpaz in der Privatwirtschaft des Staates ist derselbe wie in jeder bürgerlichen Privatwirtschaft: mit dem kleinsten Aufwande die größte Wirkung zu erzielen und das Ausgabenverhältnis nach dem Nothwendigkeitsgrade der Bedürfnisse zu ordnen; für die absolut nothwendigen (obligatorischen) Ausgaben müssen die erforderlichen Summen verausgabt werden.

Der Staat wird zur Verwirklichung des Grundpazes der productiven Sparsamkeit am leichtesten gelangen, wenn er das Ausgabenbudget mit einer thätigen Volksvertretung verabschiedet, welche zur Würdigung der Staatsbedürfnisse beiträgt und durch Verbreitung der Einsicht von der Nothwendigkeit der Staatsausgaben unter dem Volk dieses bereitwilliger macht, die Mittel für die Staatsbedürfnisse herzugeben. Das neuere Staatshaushaltsverfahren kann, eine lattsame Erfahrung hat es gelehrt, auf die Dauer nicht in Ordnung erhalten werden ohne Mitwirkung der Volks-

*) Wir bemerken, daß dieser Abriss lediglich den Zweck hat, solche Referate, welche mit der Finanzwissenschaft sich nicht näher beschäftigen, in die elementarsten Grundbegriffe der letzteren summarisch einzuführen. Zu genannter Orientierung sind außer Rau, Mecklenius u. A. die neueren Arbeiten von Umpfenbach, Stein, Hode, Giering, Pfeiffer, Vergius, Regener, Reuschmann zu nennen. — Die Grundzüge unserer Auffassung s. in §§ 200—220.

vertretung. Freilich hat eine solche, wenn sie nicht in richtigem Verhältnis das ganze Volk vertritt, stets die Neigung, die nicht vertretenen Stände des Volkes am härtesten zu belästigen. Dagegen wirkt auch die Öffentlichkeit der Budgetverabschiedung als sittliche Schranke.

II. Die Staatseinnahmen.

§ 275. **Einteilung.** Die zur Deckung der Ausgaben nötigen Einnahmen bezieht der Staat aus verschiedenen Quellen, wobei bis jetzt nicht ein streng rationelles System besteht, sondern überlieferte geschichtliche Verhältnisse mehr oder weniger maßgebend einwirken.

Die Einnahmen, deren Bezug weder der Gerechtigkeit, noch der Sittlichkeit, noch den Zwecken und Gesetzen der Wirtschaft des Volkes widersprechen soll, fließen theils aus dem Ertrag der verbenden Theile des Staatsvermögens — Domäneineinkünfte; theils aus nutzbaren ausschließenden Hoheitsrechten — Regalieneinkommen; theils aus Bezügen, die dem Vermögen der Unterthanen entnommen werden, — Auflagen.

Die Auflagen sind entweder Gebühren, vom Bürger für besondere ihm zu Theil werdende Staatshandlungen entrichtet, oder Steuern, nach allgemeinem Maßstabe als Beitrag der Bürger zum Staatsunterhalt im Allgemeinen erhoben (vergl. § 213).

§ 276. I. **Das Domäneineinkommen** — fließt aus eigenem Vermögen, hauptsächlich Grundstücken (Domänen).

Die Verrückung der Staatsausgaben aus dem Domänenetrag ist natürlich im Anfang unserer deutschen monarchischen Staaten die vorwiegende, da die Landwirtschaft ursprünglich den Haupterwerbszweig bildet. Auch war die Regierung fürstliche Privatadze, der Regierungserhalt war daher zuerst hauptsächlich aus dem Einkommen des Fürsten bestritten, dessen Vermögen vorwiegend Grundvermögen (theils erworbenes Familien-, theils durch die Regierungsgewalt erworbenes Vermögen) ist.

Später jedoch wird das fürstliche Domänengut thatächlich zum Staatskammergut geklopelt, zum dauernden Unterhalt der regierenden Familie und der anderen Staatsausgaben bestimmt, obwohl man einen Theil, die Hofdomänen oder Hausgüter, speciell für den Aufwand des regierenden Fürstenhauses unter Verwaltung und Reinertragsverfügung des jeweiligen Regenten anwies. Meist ist das Kammergut aus fürstlichen Privatgütern, Lebensheimath, Erbschaft, Säkularisation von geistlichen und Einzug von weltlichen Herrschaften zusammengewachsen. In welchem Verhältnis, das ist im einzelnen Falle sehr verschieden.

Die Güter, welche der Fürst wie ein Privatmann besitzt, heißen auch Chateaulleigüter.

Die Domänen haben in den größten europäischen Staaten sehr an Bedeutung für den Gesamthaushalt verloren. Während, nach einer älteren seitdem nicht wesentlich geänderten Verednung — Württemberg, Baiern und Hannover 41,22,33 Percent des gesamten reinen Staats-

einkommens aus Domänen beziehen, zieht dagegen Preußen nur 16, Frankreich nur 3, Oesterreich 1 1/4, Großbritannien nur 1/10 Proc. aus denselben.

Man hat die Domänen veräußert und Staatsschulden damit gedeckt. Man hat ihre völlige Abkaffung empfohlen, weil der Privatfleiß sie nützlicher verwende und ertragsfähiger mache, ihre Verwaltung für den Staat lästig, ihr Ertrag im Verhältnis zum Verkaufswert meist nicht so hoch als die Verzinsung der Staatsschuld sei.

Andererseits hat man streng ihre Erhaltung betont, weil sie das Fundament selbstständiger, nicht bloss auf die Steuern verwiesener fürstlicher Gewalt seien und sie das Volk die Last des Staatsunterhaltes weniger hart empfinden lassen.

Eine allgemeine Antwort auf die erhobene Frage läßt sich kaum geben. Es kommt auf die wahre Wirtschaftlichkeit nach den in § 201 ff. erwähnten Grundprincipien im einzelnen Falle an.

Genüß ist, daß das Staats Einkommen aus Domänen immer mehr zurück- und dasjenige aus Abgaben hervortritt. In demselben Maß scheint der Schwerpunkt der Staatsverfassungen in der Richtung größeren Einflusses der Unterthanen verschoben zu werden. Die Domänenwirtschaft gehört dem Patrimonial-, die Steuerwirtschaft dem konstitutionellen Staate an.

Die Domänen sind theils Feldgüter, entweder in Selbstverwaltung des Staates, welche in der Regel wegen geringen Ertrages nicht zu empfehlen ist, oder in Zeitpacht, oder in Erbpacht gegeben;

theils Waldomänen, welche den Vorzug einer einfachen Selbstverwaltung und der Erhaltung des klimatisch dem Lande und ökonomisch dem Volke nötigen Waldbestandes bieten und daher da, wo sie nicht selbstbaufähig und selbstbauwürdige Flächen einnehmen, ein sehr wünschenswerther Gegenstand des Domänenvermögens sind (vergl. § 237);

theils Gewerksanlagen: Brauereien, Brennereien, Hüttenwerke, Bauen u. s. w. Der Staat betreibt solche in der Regel mit geringem Nutzen und erdrückt daneben durch die Uebermacht seines Kapitals und seiner Vorrechte die konkurrierende Privatindustrie, obwohl diese auf die Dauer wohlfeiler und volkwirtschaftlich nützlicher produciren würde. Letztere Einnahmequelle ist daher für die Regel verwerflich (vergl. jedoch § 201).

Dem Domänaleinkommen schloß sich das früher bedeutende Einkommen aus dinglichen Rechten: Gefällen, Zehnten, aus Weidpacht u. s. w. an; es ist aber in Folge der Grundentlastung durch die Abkassungen, durch Gemeinheitsteilungen u. s. w. in den Hintergrund getreten.

§ 277. II. **Einkommen aus nutzbaren Hoheitsrechten.** Die Regalien, so heißen die nutzbaren Hoheitsrechte, sind Gewerkszweige, welche die Regierung vermöge eines der Konkurrenz der Bürger ausschließenden Vorrecht betreibt.

Das Regal bringt immer einen volkwirtschaftlichen Nachtheil mit sich, da es die bezüglichen Erwerbsquellen nicht so wirtschaftlich ausbeutet,

als es der Privatfleiß thun würde. Schon der Regalschlag gegen die freie Mitbewerbung vertheuert die Ausbeutung und führt zu einem entsetzlichen Kampf mit der Konkurrenz des bürgerlichen Gewerbefleißes.

Das Vernachlässigen einer Zeit, wo ohne Rücksicht auf die sittliche und wirtschaftliche Entwicklung des Volkes nur das fiskalische Interesse der Staatskasse das Finanzwesen beherrschte, werden die Regalien mehr und mehr verschwinden und dem befruchteteren Privatunternehmungsgeist das ganze Erwerbsgebiet räumen.

Die Staatskasse wird aber nur allmählig den Erlös finden. Bis dahin werden zwar Finanzregalien aufrecht erhalten bleiben, aber sie sollen es nur, wo der Erwerb daraus den Charakter einer vernünftigen Steuer trägt, d. h. wo der Wohlhabende im Verhältnis des Reineinkommens getroffen und die Masse des Volkes nicht in ihrem notwendigen Unterhalt beeinträchtigt wird. Auch soll dabei in der Regel das demokratische Steuerprinzip, — durch mehrere Sätze und Massenabzug die größte Einnahme zu erzielen, im Auge behalten werden.

Das Regal ist womöglich auch dann abzuschaffen, wenn sein Staatsbetrieb (Regie) sehr kostspielig ist und die Maßregeln des Regalschlages belästigend und entfittigend (Schmuggel etc.) auf die übrige freie Volkswirtschaft einwirken.

In weitem Umfange war früher der Bergbau auf allerlei mineralische Schätze Regalgegenstand, und auch der der Privatunternehmung freigegebene Bergbau unterlag einer engbegrenzten Vergeltung. In den meisten Zweigen des Bergbaues hat sich aber die Vergeltung und neuentens eine mildere Vergeltung durchgerungen, seit der Privatunternehmungsgestalt stark genug geworden, dieses viel Kapital erfordernde Gebiet zu bebauen.

Regal ist noch heute in den meisten Ländern die Erzeugung von Salz. Die Regalität der Salzherstellung ist unter dem Gesichtspunkt der Steuer und volkswirtschaftlich ansehbar. Der Staatsgewinn aus dem Salz trifft die Bürger nicht nach dem Verhältnis des Reineinkommens, er wirkt wie eine Kopfsteuer, er ist eine unbillige Belastung der unteren Klassen. Die mächtigste große Wohlfeilheit des Salzes für die Ernährung der Menschen und der Hausthiere, für Düngung, für die Chemikalienproduktion ist ein tiefgreifendes Bedürfnis der Volkswirtschaft, welches durch die Regalität dem Interesse des Fiskus geopfert zu werden pflegt.

Das Münzregal, oder das ausschließliche Recht des Staates, Münzen zu schlagen, kam (i. Kap. XIV.) nur noch bei der Scheidemünze bedeutende, im Durchschnitt kaum nennenswerthe Einnahmen einbringen, sobald die Regierung, die hohe Wichtigkeit eines geordneten Geldwesens erkennend, vollständige Stücke prägt und die abgemünzten zum vollen Wert wieder einzieht (i. § 66). Ehemal war der Gewinn durch Münzverschlechterung, gleich einer Steuer auf Geldförderungsbedürftige jeder Art, sehr beliebt.

Eine Beengung in Production und Consumption für die Volkswirtschaft ist auch das Tabakregal. Andererseits ermöglicht es eine sehr

rationelle und sehr ergiebige Besteuerung, und ist daher, wo es schon eingebürgert ist, schwer abzuschaffen; denn jeder nicht regale Tabakbesteuerungsmodus bringt erfahrungsgemäß sehr geringen Ertrag, und andere Steuern, welche den Tabakmonopolertrag ersetzen würden, sind kaum aufzufinden. In Frankreich ertrag das Regal 1858 170 Mill. Fr., in Oesterreich 27 Mill. Fl.; der Ertrag steigt seitdem jährlich.

Entschieden verwerflich vom sittlichen und volkswirtschaftlichen Standpunkt ist das Spielregal, der Gewinn aus öffentlichen Lotterien.

Die Einnahme aus dem Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbetrieb des Staates soll, vorausgesetzt daß nach den gegebenen Verhältnissen der Betrieb dieser Anstalten des allgemeinen Verkehrs für den Staat sich eignet (bei der Post wird dieß wohl immer der Fall sein), den volkswirtschaftlichen Interessen dienen, so daß jene Monopolen, dem Bedürfnis der letzteren entgegenkommend, den Verkehr so einfach, so leicht und so wohlfeil als möglich machen (vergl. § 266 ff.). Jedoch soll in der Regel und auf die Dauer nicht mit Opfern von diesen Staatsanstalten gearbeitet werden, da hierin eine unbegründete Besteuerung der nicht Verkehr treibenden Steuerpflichtigen zu Gunsten der Verkehrtreibenden liegen würde.

§ 278. III. **Die Gebühren** — sind die Auflagen, die von den Unterthanen für einzelne Dienstleistungen der Staatsorgane erhoben werden.

Verschiedene derselben sind verwerflich, weil sie nicht nach Verhältnis des Einkommens treffen und die wohlthätige Wirkung der Regierungsgewalt für Viele erschweren; doch bieten einzelne Gebühren auch wieder Seiten dar, von welchen aus sie zu verteidigen sind. Im Ganzen kann bei dem gemeindlichen Charakter der meisten Leistungen und Anstalten des Staates den Gebühren keine große Ausdehnung gegeben werden (i. § 218 f.).

Wir müssen uns hier mit einer Aufzählung der hauptsächlichsten Gattungen von Gebühren begnügen. Es sind dieß die Stempelgebühren, von den im Verkehr mit den Behörden getrauchten Schriften erhoben (Werth- oder Gradationsstempel nach der Größe der in den Schriften ausgesprochenen Vermögenssummen, die in der Verfanthung stehen, — Klassenstempel, wenn die Schriften nach der Gattung ihres präsumtiven Gegenstandes besteuert sind); man hat den Stempel da und dort auch auf Wechsel, Frachtbriefe u. s. w. ausgedehnt. Die Stempelgebühren ist im Durchschnitt eine schwere Belastung des Verkehrs und hat in vielen Fällen die Wirkung einer ungerecht sich vertheilenden Steuer.

Zu den Gebühren zählen ferner: die Gerichts- und Polizeiposten, Taren bei Theilung von Renten und Ehrenvorzügen, Eintrags- und Registergebühren (Ereignistreit bei Besitzveränderungen, Kaufacten und dergl.), Erbschaftsgebühren, in der Regel zunehmend nach dem Grad der Verwandtschaftsentfernung des Erben vom Erblasser; die Abzugsgebühren (gabella, Nachschuß), für Auswanderung und Vermögensüberfiedlung, ist zwischen den meisten Staaten abgeschafft. Die Weggelder, Hafens, Fluß-, Straßengebühren sind zwar an sich nicht ungerecht, insofern sie nur den

positiven Staatsaufwand für die betreffenden Verkehrsanstalten decken; denn sie bilden einen Theil der Transportkosten. Indessen kommen diese Verkehrsanstalten im Preis der Waaren, im Augen aus regem Verkehr dem ganzen Volke zu gut, und werden daher die bezüglichlichen Abgaben, deren Erhebung überdies lässig ist, am zuträglichsten von der Gesamtheit getragen, d. h. nicht erhoben. Doch wäre es nicht billig, überall ihre pflägliche und völlige Abschaffung zu fordern.

Die Patentsgebühr sollte nie zu hoch sein, da sie den Erfindungsgeist, und zwar den nützlichen und den unnützen ohne Unterschied, besteuert (vergl. § 247).

§ 279. IV. **Die Steuern.** Erst die spätere Zeit kennt die Steuer, die von dem Vermögen der Bürger nach allgemeinem Maßstab erhobene Staatsentnahme, theils weil überhaupt mit dem Staatszweck der Finanzbedarfs sich erweitert, theils weil zur Tilgung der Staatsschuld die weissen Domänen veräußert worden, theils weil eine umfangreichere Besteuerung eine rege Betriebsamkeit und ein lebendiges Staatsbewußtsein voraussetzt. Die Besteuerung erfordert große Einsicht und hohen Gerechtigkeitsinn der Regierung wie des Volks (ber an der Steuernothwendigkeit emporschwebenden Volksrepräsentation).

Einem freien Staate entspricht es, daß alle Bürger und zwar verhältnismäßig besteuert werden; Grundsätze der Allgemeinheit und der Verhältnismäßigkeit der Besteuerung!

Es fragt sich aber, ob die Verhältnismäßigkeit der Besteuerung nach der Proportion des Genußes aus den Staatsanstalten, oder nach Proportion des Vermögenswerthes bemessen werden soll.

Das Verhältniß, in welchem die Unterthanen Vortheil vom Staate haben, ist auch nicht annähernd zu bestimmen, und schon deshalb kann es nicht der Maßstab der Besteuerung werden. Der Staat ist aber überhaupt ein allgemeines Organ der Volkswirthschaft, seine Prämienverschönerungsgesellschaft, in der nach Maßgabe der versicherten Vermögenssummen die Prämien festgesetzt werden (s. § 219). Die Steuer muß also nach Verhältniß des Vermögens erhoben werden (vergl. § 219).

Die Besteuerung soll nicht das Stammkapital eines Volkes angreifen, da sie hierdurch die Productivkraft und damit die Nachschaffigkeit der Steuerfähigkeit schwächt. Sie soll also das Einkommen (Reineinkommen), in welchem (§ 126) der Werth des Volkstapitals seinen Ausdruck findet, ergreifen, darf aber nie das ganze Reineinkommen der Privatwirthschaften verschlingen, ja sie darf nie den Betrag des notwendigen Unterhaltes angreifen, wenn sie nicht proletarisirend wirken soll.

Der oberste Grundsatz der Besteuerung ist also: daß alle Bürger, alle Erwerbszweige nach Verhältniß ihres Reineinkommens besteuert seien.

Die Besteuerung ist eine progressive, wenn nicht von allem Reineinkommen der gleiche, sondern ein mit der Größe des einzelnen Einkommens steigender Procentfuß als Steuer erhoben wird, z. B. von 500

Thaler Einkommen 10 Thlr., von 750 Thlr. 20 Thlr., von 1000 Thlr. 35 Thaler.

Der Grundsatz der progressiven Besteuerung erscheint auf den ersten Blick als das Ideal der Steuererechtigkeit. Eine genauere Prüfung ist zwar hier nicht möglich, doch mag darauf hingewiesen sein, daß er in Wahrheit wie eine Besteuerung der Sparsamkeit und Betriebsamkeit sich darstellt, daß größere Reineinkommen ebenso ganz für notwendige und nützliche Zwecke verwendet werden und verhältnismäßig ebenso knapp sein können für mittlere und höhere Lebensgenössung, wie die niedrigen, und daß die größeren Einkommen Träger jener höheren wirthschaftlichen Gestaltung sind, deren Bedeutung für die ganze volkswirthschaftliche Entwicklung wir dargestellt haben. Eine durchschnittlich günstige Scala der Progression ist auch nicht zu finden; irgend einmal muß die Progression aufhören, sonst verzehrt sie das ganze Einkommen; wo aber soll sie innehalten? An zwei Punkten etwa ließe sich eine Progressivbesteuerung annehmen: nach unten, indem die bloß den notwendigen Unterhalt gewährenden Einkommen nicht oder nicht stark, — und nach oben, indem die für die leicht entfehlende Consumtion verwendenden Einkommenstheile verhältnismäßig höher herangezogen werden. Die letztere Progressivbesteuerung wird aber am geeignetsten durch das Mittel der Aufwandssteuern vollzogen.

Das Steuersystem ist um so vollkommener, je mehr es wirklich das Verhältniß der Reineinkommen trifft, je mehr seine Combinationen diesem Ideal wirklich nahe kommen.

Dieses Ziel ist aber sehr schwer zu erreichen, zumal die Steuern auch an Stellen erhoben werden müssen, von wo aus sie erst durch Ueberwälzung die Gesamtheit nach Verhältniß ihres Einkommens treffen sollen, ohne immer in diesem gerechten Verhältniß wirklich zu treffen. Diese Ueberwälzung der Steuer, z. B. des Zolles auf die Lehrer, der Häusersteuer auf die Miether u. s. w., ist meist schwer zu verfolgen, und doch muß man sie genau kennen, um dem Steuersystem den möglichen Grad der Gerechtigkeit zu verleihen.

§ 280. **Steuerarten.** Man theilt die Steuern ein:

in Schätzungen, welche von den verschiedenen Einkommens- und Vermögensarten erhoben,

und in solche Steuern, welche, von dem Aufwand der Bürger auf ihr Einkommen schließend, an die Verbrauchsgegenstände anschließen werden, Aufwandssteuern (Consumtions-, Verbrauchssteuern).

Die ersteren sind meist „directe“ Steuern, d. h. unmittelbar bei den Belasteten erhoben, die letzteren meist „indirecte“, vorzugsweise von Verbrauchsgegenständen bei solchen erhoben, welche beim Verkauf dieser Gegenstände die Steuer auf das Einkommen Anderer übertragen und so wie Steuereinknehmer des Staates dastehen.

Der Staat kann die Gesamtsomme festsetzen, welche eine Steuer einbringen muß, und dann wird diese Summe über das Land und die Bürgerklassen vertheilt (Repartitionen- oder Vertheilungssteuern), oder der

Steuerfuß wird vorausbestimmt und das wechselnde Gesamterträgniß daraus erwartet (Quotitätssteuer).

§ 281. a) **Schätzungssteuern**, d. h. Einkommens- und Vermögens- (Reinertrags)-Steuern. Diese Steuern, welche alle Einkommen nach Verhältniß zu treffen suchen, sind die besten in der Idee, aber oft sehr unvollkommen und kostspielig in der Ausführung, da die Abschätzung des Reineinkommens meist müßig und schwierig ist, sowohl wegen der verwickelten Natur der Einkommensquellen, als wegen der Abneigung der Bürger, ihre Einkommensverhältnisse feindzulegen, und wegen der Eucht, sich durch falsche Schätzung der Steuerpflicht zu entziehen. Die Feststellung der Einkommensverhältnisse und ihrer Veränderungen geschieht im Kataster, der gewöhnlich sehr kostspielig herzustellen ist. (Der erste gute Grundkataster durch Maria Theresia in der Lombardei.)

Die älteste Schätzung von Bedeutung ist 1) die Grundsteuer. Die Vorarbeiten für ihre gerechte Erhebung gehören zu den schwierigsten und kostspieligsten und stellen dem Finanzwesen eine Aufgabe, welche viel Kenntniß, Umsicht, Gerechtigkeit verlangt und große Ansgaben (für Vermessungen und Ertragstaxation) verursacht.

2) Die Gebäudesteuer, Steuer von dem Reineinkommen aus Häusern. Dieses Reineinkommen ist theils Grundrente oder dem Bauplaze, theils Verzinsung des Baupitals (building rent). Die Ermittlung des Einkommens aus Häusern ist ebenfalls nicht leicht; am leichtesten bei Miethhäusern. Die Ueberwälzung der Gebäudesteuer auf die Miether (als Aufwandsteuer, Bohnst.) ist nicht schnell, nicht immer und nicht überall möglich, da sonst die Miether wohlfeilere Wohnungen aufsuchen und den Miethzins drücken. Von der Wohnsteuer sagt J. S. Mill: „Sie ist eine der gerechtesten Steuern. Keine Art der Ausgaben giebt einen besseren Maßstab für die Vermögensverhältnisse der Individuen ab, und richtet sich im Allgemeinen so sehr nach dem Betrage derselben. Vor der directen Schätzung des allgemeinen Einkommens hat sie den Vortheil, von selbst alle sonst so schwer zu ermittelnden Unterabteilungen zu liefern.“

3) Noch schwerer, als das Reineinkommen aus Grundstücken und Häusern, ist das aus den tausendfältig abgetheilten Gewerben zu finden. Die Steuererschätzung der Gewerbe wird immer mangelhaft, der Ertrag der Gewerbesteuer oft weit unter der Summe bleiben, welche man nach Ausdehnung und Ergiebigkeit der ihr unterworfenen Unternehmungen erwarten könnte. Dazu fügen viele Grundindustrien in den Steuerverwilligenden Kammern. Die französische Patentsteuer, welche von jeder Unternehmung des Gewerbes eines gleichartigen (nur nach der Orts-einwohnerzahl abgetheilt) Satz erhebt, enthält eine ungerechte Begründung des großen Betriebes.

4) Die Zinsrenten- und Werthkapitalsteuer ist im Prinzip eine gerechte, in der Ausführung um so schwieriger, je mehr die zunehmende Unübersichtlichkeit der Kreditverhältnisse dem Zinsbeziehenden die falsche

Vermögensangabe erleichtert, sei es daß Gewinnjucht oder daß die Eche vor der Rundgebung der Vermögensverhältnisse zu dieser falschen Angabe reizt. Schwere Defraudationsstrafen dringen hiegegen nicht durch. Hohe Kapitalsteuerheize treiben leicht Massen von Kapital ins Ausland. (Höchst ungerecht ist es, nur bei der Kapital- und Verußeinkommenssteuer das Progressivprinzip anzuwenden. Zu den allgemeinen Einwendungen gegen die Progressivsteuer gestellt sich hierbei der Einwurf, daß entweder jede oder keine einzelne Einkommensart diesem Grundzue unterliegen soll.)

5) Schätzungen aus dem Echeinkommen (Dienst-, Veruße-, Besoldungseinkommen) können gerecht sein, sollen aber den zur absoluten Erißenz notwendigen Einkommensbetrag (als Kopfsteuer) erhoben werden. Alle in gleichem fixem Gesamtbetrag (als Kopfsteuer) erhoben werden.

6) Neben oder statt dieser Schätzungen aus einzelnen Einkommens-theilen und aus den Reinerträgen einzelner Vermögensheile hat man eine allgemeine Einkommenssteuer, die Besteuerung nach dem Gesamteinkommen jedes Bürgers, vorgeschlagen. Mit Rücksicht auf die Gerechtigkeit erscheint diese sog. allgemeine Einkommenssteuer als die untafelhafteste, aber, wie Mill und mit ihm andere volkswirtschaftliche Autoritäten ausgeführt haben, „ein unüberwindlicher Einwand steht entgegen, nämlich die Unmöglichkeit, das wahre Gesamteinkommen jedes Steuerpflichtigen richtig und immer wieder von Neuem zu ermitteln.“ Ist dies unmöglich, so kann sie die ungleiche Steuer werden, und trifft die öffentlich bekannten oder in der Passien gewissenhaften Einkommen sehr hart. Ob Passien auf Bürgerreid oder Revision der Passien durch Steuerjuris heuchelt helfen würde, mag hier dahinsiehen.

§ 282. b) **Aufwandssteuern** — können nur einzelne Aufwandsgegenstände treffen.

Sie beruhen auf dem nicht unrichtigen Grundgedanken, daß man von dem Aufwand auf das Einkommen schließen kann. Zu der Anwendung führen sie zwar leicht zur Ungleichheit und zum Druck, was aber von den Belasteten durch Verbrauchseinschränkung und von der Steuerverwaltung nach gemachten Erfahrungen verbessert werden kann.

Neben den Schätzungen sind die Aufwandssteuern, — wenn sie nur nicht (mit der thatsächlichen Wirkung einer Kopfsteuer) die absolut unentbehrlichen Aufwandsgegenstände treffen, und wenn sie auch den minderen notwendigen Verbrauch nicht bis zum fortwährenden Abnehmen einschränken, — weder leicht zu entbehren noch an sich verwerflich; denn auch manche Schätzung erreicht das Ideal der Steuererechtigkeit in nicht höherem Maße als die Aufwandssteuer.

Zum Betrag verleiten viele, namentlich die hochgegriffenen Aufwandssteuern. An Gleichmäßigkeit des Ertrages stehen sie den Schätzungen nach; je mehr sie aber nach dem demokratischen Steuerprinzip (große Erträge durch starken Verbrauch ihr Ertrag sein — und desto mehr wird eine wachsende Ergiebigkeit zu hoffen sein.

Zu den Aufwandssteuern gehören außer der Wohnungs-, Fenster-, Hundes-, Bedienten-, Wagens-, Mobiliars-, Spielkarten- und Zeitungsstempel-, Kalendersteuer:

1) die Accise oder Aufschlag, eine von Waaren im inneren Landesverkehr erhobene Steuer (Detrol, wenn von städtischen Gemeinden an der Stadtkarreire erhoben). Zur Accise gehört die hauptsächlich auf die arbeitende Klasse drückende Getreideaccise (Mahlsteuer). Mehr den Mittelstand belastet die Fleischaccise, alle Klassen die Getränkesteuer. Diese Accisen dürfen nicht so hoch sein, um den Verbrauch der nützlichen Nahrungsmittel dauernd zu beschränken. Vom Wein wird die Accise beim Einlegen nach der Weinlese, oder in den Kellern nach dem periodischen Verbrauch erhoben, vom Bier und ähnlich vom Brauntwein nach der Quantität des geschroteten Malzes (Malzsteuer), oder nach der Quantität des eingemaischten Rohstoffes (Malzsteuer), oder nach dem Gehalt der Brautessel (Kessel, bez. Malzengins), oder nach der Masse der gebrannten und gebrannten Vorräthe (Productsteuer).

Die Runkelrübenzuckersteuer wird am sichersten von dem Rohstoff beim Einbringen in die Fabrik erhoben (vgl. die Beilage über den Zollverein). In Frankreich ist das Zuckersproduct besteuert. Die Tabaksteuer ist nur in der Form des Monopols, nicht aber in der der Accise (Productions-, Fabrikations- oder Verkaufssteuer) ergeblich.

2) Grenzölle, die Abgabe von Waaren beim Ueberschreiten der Grenzen.

Die Ölle verfolgen entweder rein den Steuerzweck (Finanzölle, Steuerölle), oder sie verbinden damit den mehr oder weniger vorwiegenden Zweck des Schutzes der nationalen Industrie (Schutzölle).

Ueber die Schutzölle ist bereits (§ 226) gesprochen.

Die Beibehaltung der Steuerölle ist nicht bloss wegen ihres großen Ertrages, sondern auch wegen der Rücksicht auf die inneren Aufschläge, deren Natur sie theilen, nothwendig.

Das Zweckmäßigste ist, Ölle von sehr geringer Ertragsfähigkeit abzusprechen oder sie auf die geringfügige allgemeine Kontrolgebühre zu beschränken. Im Lauf der letzten Generationen haben verschiedene Zolltarife in der That über drei Viertel ihrer Kosten gestrichen. Je ausgebildeter der Verkehr und je stärker der Geist der Concurrenz wird, desto einfacher wird das Zollwesen, und Ausfuhr- und Durchfuhrölle, d. h. Ölle von Waaren, welche gar nicht vom Inlande verbraucht werden, pflegen zu verschwinden.

Auf die Ausfuhr von Waaren, deren Rohstoff bei der Einfuhr verzollt, sowie von Waaren, von welchen innere Accise erhoben wurde, werden häufig Rückölle (drawbacks) und Exportcompensationen bewilligt; es ist aber hierbei große Vorsicht gegen Mißbrauch erforderlich.

Die Ölle sind entweder Werthölle, in Prozenten des deflarirten Werthes der Waaren (unter Vorkaufrecht der an der Richtigkeit der

Deflaration zweifelnden Zollämter), oder Gewichtölle, nach dem Gewicht zu fixen Sätzen erhoben.

Das Zollwesen im Allgemeinen soll so geregelt werden, daß der rechtliche Bürger gegen Willkür geschützt ist. Von dieser Pflicht weichen verschiedene Zollverwaltungen sehr ab.

Zur Erleichterung des Verkehrs und des Speculationshandels dienen namentlich die Freilagen (Freihäfen), welche bis zum Abzug der Waaren unverzollt aufbewahren dürfen, und die Kontrirungen auf Marktplätzen, vermöge welcher sichere Großhändler ausländische Waaren nach genauer Revision und Buchung einzuweisen unverzollt zu sich nehmen, bis die Rückausfuhr oder der Uebergang in den inneren Verbrauch sich entschieden hat.

III. Das Staatsgleichgewicht.

§ 283. **Staatsföaz. Staatsföulden.** Das Gleichgewicht ist vorhanden, wenn die Einnahmen die Ausgaben decken.

Ueberschüsse der Einnahmen werden gegenwärtig selten zur dauernden Ansammlung eines Staatsföazages *) verwendet.

Wohl aber haben die Ausfälle (Deficits) zur Aufhäufung immer größerer Staatsföulden durch die neuere Finanzwirtschaft geführt; denn ihre Deckung durch Verkauf von Staatsvermögensbeständen hat bald ein Ziel und ist auch beim Vorhandensein von Domänialvermögen meist nicht rüthlich. Außer in England sind die Staatsföulden erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur Bedeutung angewachsen. Früher waren es höchstens die Privatfürstenschulden. Ueber das Staatsföuldenwesen und seine Entwicklung aus den Napoleonischen Kriegen gilt als klassisches Hauptwerk: *Rechenius*, der öffentliche Kredit. Neuere in allen Handbüchern der vergleichenden Statistik.

§ 284. **Staatsföulden insbesondere** (vgl. schon § 208). Regel eines soliden Staatsföuldenhaltes sollte es sein, nur außerordentliche Bedürfnisse durch Schuldentafnahme zu decken, und die ausgenommenen Schulden regelmäßig aus den Ueberschüssen der ordentlichen Wirtschaft wieder zu tilgen.

Ausfälle in den Einnahmen und außerordentliche Bedürfnisse entstehen namentlich durch tiefer Störungen in der Staatsordnung, durch Kriege und Aufstände. Von den 60,000 Mill. Französischen Staatsföulden, welche jetzt mindestens auf Europa lasten, find wenigstens drei Viertel den Kriegen zuzuschreiben.

Man unterscheidet schwebende Schulden, gedeckt durch das vorübergehende Mittel der Schatzkassine, Steuervorausbezüge, und consolidirte (durch feste Anleihen gedeckte) Schulden.

*) Preußen hat einen solchen bewährt und in seinem neuesten Krieg gegen Oestreich (1866) eine starke Stütze an demselben gefunden, was der Finanzminister v. d. Heydt (Aug. 1866) sogar mit emphatischem Lob hervorhob.

Die consolidirte Schuld wird in Frankreich ins große Schuldbuch eingeschrieben, und heißt dort eingeschriebene Schuld (*«detto inscrita»*). Die Staatsschuldenscheine heißen Fonds, in Frankreich „Rente“, weil hier nur ein Zinsverprechen, nicht ein Kapital verbrieft wird.

Ueber die Wirkungen des Staatsschuldendaseins in volkswirtschaftlicher Beziehung sind folgende allgemeine Gesichtspunkte festzuhalten.

1) Die Anwendung des Staatskredits unter mäßigen Zinsbedingungen ist, wenn einmal außerordentliche Einnahmen zu beschaffen sind, der empfehlenswerthe Weg der Deckung; denn er zieht aus dem umlaufenden Kapital der Volkswirtschaft die augenblicklich entbehrlichen Kapitalmittel herbei, während außerordentliche Steuern und Zwangsanleihen (in Form directer Erhebung, oder der Steueranticipation oder des Zwangspapiergebietes) die Unterthanen nöthigen, in der Unternehmung begriffene Kapitalien aus ihrer productiven Anlage heranzureißen; letzteres führt die ganze Volkswirtschaft (vgl. auch § 78). Daher ist die Pflöge des Staatskredits nicht blos haatswirtschaftlich, weil er den Regierungen schnell die größten Mittel leiht, sondern privatwirtschaftlich, weil er vor Störung der Einzelwirtschaften durch Zwangsanleihen selbst in außerordentlichen Fällen bewahrt, eine der ersten Aufgaben des Staates.

Die Aufgabe wird gelöst durch redliche Wirtschaft und Schuldentilgung in gewöhnlichen Zeiten, sowie durch das moralische Vertrauen, welches die Staatsordnung dem In- und Auslande einflößt. Dieses Vertrauen stützt sich auch auf das Zahlenwollen und Zahlenkönnen der Unterthanen. Ohne ständige Verabsichtigung und ohne Erweckung der wirtschaftlichen Volkskraft durch Bildung und wirtschaftliche Freiheit erscheinen für den Staatskredit bald Grenzen! Um sich im Wege des Kredites aus Finanzwirren zu erheben, bedarf es daher bürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheit. Der Staatskredit wird — einmal bis an seine Grenze angepannt — einer der zwingendsten Antriebe zu städtiger Entwicklung des Staatslebens; denn auf der anderen Seite liegt der Ruin.

2) Man hat die Entwicklung eines Staates nach dem Maß seiner Schulden gemessen, indem man sagte, daß durch Verbrauch der geschuldeten Kapitalien für den Schutz und die Interessen der Nation ein „immaterielles“ Kapital gebildet sei, welches allen Bürgern zu gut komme.

Nun ist zwar zuzugeben, daß, je höher ein Gemeinwesen steht, desto größer seine Ausgaben für gemeinnützige Zwecke sein müssen. Für die Regel aber sollen, wie ausgeführt worden ist, die gemeinnützigen Unternehmungen nur nach Maßgabe der ordentlichen Mittel vom Staate ins Werk gesetzt werden. Rafft er zu viel außerordentliche Mittel aus den Privatwirtschaften weg, so entzieht er sie dem befruchtenderen Privatunternehmungsgeist.

Allerdings ist äußere und innere Rechtsicherheit eine fundamentale Voraussetzung der Production. Im Nothfall muß Alles an dieses Gut gesetzt werden. Aber je wohlfeiler, je mehr ohne außerordentlichen Auf-

wand es hergestellt und erhalten werden kann, desto besser (vgl. das in § 216 ff. über Staatswirtschaftlichkeit Bemerkte).

Auch der Staatsaufwand für das, was in § 203 öffentlichen Erhaltungskapital genannt wurde, für Eisenbahnen, Kanäle, Straßen u. s. w., soll mit den ordentlichen Einnahmen in einem solchen Verhältnis bleiben, daß langdauernde Staatsschulden daraus nicht entstehen; auch dieser Staatsaufwand kann nicht ins Endlose gesteigert werden, ohne zur Verschleuderung des Volkskapitals für unfruchtbare oder wenig fruchtbare Zwecke zu führen.

3) Stets führt die Anhäufung von Staatsschulden zu einer Mehrbelastung der künftigen Steuerzahler durch Verzinsung und Tilgung, d. h. zu einer Schwämmerung der Eriparnisse kommender Geschlechter. Verschleht sie unwirtschaftlich, so steigert sie durch Verringerung der Kapitalmasse den Zinsfuß, und dadurch drückt sie auf den Unternehmungsgeist und den Arbeitslohn. Die Schuldenanhäufung kommt hier nur den großen Geldkapitalbesitzern zu gut, welche bei hohem Zinsfuß wohlfeil viele Papiere einkaufen und sich bereichern, während die Steuerpflichtigen auf die Dauer die Lasten zu tragen haben. Die Staatsüberschuldung entwickelt einen starken gehrenden Kennerstand und drückt auf die Unternehmungslust und den Mittelstand.

4) Wie weit die Fähigkeit einer Regierung gebe, Schulden im Wege des freien Kredits zu machen, hängt wesentlich vom Vertrauen in die Ehrlichkeit der Regierung, in die Steuerfähigkeit des Volkes und in den Bestand des Staatswesens ab; England würde in einem Kriege mit Napoleon III. wenn einmal die Gefahr einer Invasion beseitigt und die englische Seeherrschaft gesichert wäre, seine jetzigen 20000 Millionen Fr. Schulden leicht verdoppeln können.

Jede Regierung, welche ihren Kredit anspannen will, muß daher einer Bestand versprechenden Staatsverfassung, der Entwicklung der ganzen wirtschaftlichen Kraft des Volkes und einer Vertrauen erweckenden Gewissenhaftigkeit gegen die Gläubiger sich befleißigen. (Die missliche Lage des österreichischen Staatskredits ist eingewurzelter Vernachlässigungen in allen drei Beziehungen zuzuschreiben. Seine Hebung ist sicher, wenn in allen drei Richtungen eine energische Reform und eine feste Zusammenleitung der auseinanderstrebenden Staats Elemente in die Zukunft hinein gelingen. Dazu aber ist ein aufrichtiger Bruch mit allen verrotteten Traditionen erforderlich als er bisher bewährt worden ist.)

5) Wie die schnelle Erhebung der Staatsanleihen durch Steigerung des Zinsfußes und Veränderung der Reproductivrichtungen, so haben oftmals zu plötzliche Heimzahlungen den Anstoß zu volkswirtschaftlichen Krisen gegeben. Dies gilt namentlich von der Finanzoperation der Zinsreduction, „Rentenconversion“, vermöge welcher den Staatsgläubigern die Wahl der Kapital-Heimzahlung oder der Annahme niedrigerer Verzinsung gestellt wird. Diese Maßregel, mag sie auch den Staatsgläubigern volle Gerechtigkeit widerfahren lassen, führt in dem Falle, daß ein großer Theil

der Gläubiger die Heimzahlung ihrer Forderung verlangt, zu starken Kapitalverseuerungen und in Folge davon zu Gleichgewichtstörungen der Volkswirtschaft.

6) Die Tilgung der Staatsschulden geschieht, abgesehen von dem verwirklichten und schließlichen Mittel des offenen oder verdeckten Staatsbankrottes, durch Heimzahlung der Schuldbriefe zum Nennwerth oder durch Börsenankauf behufs der Vermichtung.

Zur Tilgung im Wege des theilweisen Bankrotts gehört die Einlösung und Umwandelung von Schuldbriefen und Zwangspapiergeld zu einem von der Staatsgewalt festgesetzten entwerthen Kurse, — wenn z. B. ein älterer Schuldbrief oder Zwangspapiergeld nur zu 30% des Nennwerthes eingebracht und eingetauscht wird.

7) Neben der dauernden Schuld spielt die schwappende eine bedeutende Rolle.

Widervon ist die schwappende Schuld, welche durch vorübergehende Anlehen — jetzt meist in der Form kurzfristiger Schatzscheine (bons de trésor, exchequer bills) — contractirt wird, nur das erste Stadium einer ständigen Schuld, indem vor Aufnahme fester Anlehen vorübergehend Geld aufgenommen wird, um aus dem Ertragniß der festen Anlehen heimbezahlt zu werden; von Frankreich, Italien, Oesterreich, den Vereinigten Staaten, weiß die neuere Finanzgeschichte viele derartige Beispiele zu erzählen.

Die schwappende Schuld, insbesondere in Form des Schatzkammer-scheines, ist aber auch eine regelmäßige Function zur Ausgleichung eines augenblicklichen und vorübergehenden Mißverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben. Der englische Schatzsecretär z. B. creirt jährlich seine exchequer bills bis zu 12 Mill. £ St. mit höchstens 12monatlicher Verfallszeit. Man realisiert die Scheine durch die großen Banken, gleichwie man den letzteren die Staatsüberschüsse als Depositen übergibt. Die Schatzkammerschuld und Staatsdepositen tragen hiebei für den Staatshaushalt denselben Charakter, wie die kurzfristigen Wechsel und Contocorrente des privaten Geschäftskredits. Schatzscheine sind gleichsam kurzfristige Finanzwechsel. Sie sind insbesondere auch geeignet, um Börsenconjuncturen, welche für die Aufnahme fester Anlehen sehr ungünstig sein würden, zu umgehen, und Anlehen auf günstigere Zeiten zu vertagen.

Schatzkammerscheine sind eine gesuchte Anlage für Umlaufkapitalien, welche kurze Zeit disponibel sind. Vielleicht benötigt man viele Papiere, die oben Finanzwechsel genannt worden sind, bald auch zur Zahlung in den emittirenden Staat, ähnlich den Privatwechseln, um „Geldstrafen“ zu mildern. (Nasse hat neuerdings der preussischen Bank die Haltung englischer exchequer bills für Fälle ungünstiger Wechselcurse auf England empfohlen.)

VII. Beilagen über Geld- und Bankwesen.

§ 285. I. Die Geschäftsbewegung der englischen Nationalbank während der Kriegen. Es ist bemerkt worden, daß eine gut verwaltete Banknotencirculation nicht den Einflüssen auf Entwicklung von Handelskrisen habe, welchen man ihr oft zuschreibt; daß die Circulationsmenge ein so barer Banknoten keine willkürliche sei, sondern vom wechselnden Verkehrsbedarf innerhalb übrigens enger Grenzen bestimmt werde; daß z. B. die Summe der kündbaren Depositen ein viel schmerzenderes und daher bewachenwertheres Element der Bankgeschäftsführung sei. Dies beweisen des Näheren folgende Notizen:

1) Verfolgen wir Notencirculation, Privatsecuritäten (discontirte Wechsel und Darlehen), Baarvorrath und Zinsfuß der engl. Bank während der Kriegen von 1825, 1837, 1839, 1847, 1857, so ergibt sich dies ganz einleuchtend. Es betrug

Höhepunkte der Kriegen.	Datum des Bankstatus.	Notenziff. (5 £. St. Noten u. variab.) Mill. £. St.	Privat- secur. Mill. £. St.	Baarvor- rath. Mill. £. St.	Zinsfuß.
Dezember 1825	August 1824	19,6	6,2	11,7	4 1/2 %
	1825	19,0	7,6	3,6	—
	Februar 1826	24,0	12,3	2,4	—
	August 1826	20,1	7,3	6,7	—
	August 1826	18,7	13,1	5,2	—
1837	Februar 1837	17,9	16,0	3,0	—
	Februar 1838	18,5	8,5	10,5	—
	Februar 1839	17,8	8,5	6,8	—
1839	August 1839	17,5	12,5	2,4	—
	Februar 1840	16,2	9,0	4,3	—
	5. Sept. 1846	20,7	13,8	15,0	3 1/2 %
	20. März 1847	19,9	17,6	11,2	4 1/2 %
	7. Aug. "	19,5	16,3	9,2	5 1/2 %
Frühjahr und Oktobr 1847	30. Oktbr. "	21,7	20,4	8,4	6 1/2 %
	4. Sept. "	19,6	18,0	11,0	5 1/2 %
Novbr. 1857	15. Aug. 1857	20,1	18,2	11,2	10 1/2 %
	11. Dec. "	20,1	26,1	6,5	—
	27. Nov. "	21,5	31,5	6,5	—
	16. Dec. "	20,5	29,2	9,4	—
	24. Dec. "	20,1	26,0	10,7	8 1/2 %
	7. Apr. 1858	20,9	16,6	16,3	8 1/2 %

Hieraus geht ganz unabweislich hervor: a) die Kreditgewährung (Securities) der Bank an's Publikum pflegten sich während Kriegen zu verdoppeln; die Bank war eine Geberin in der Noth; b) dieselben nahmen immer erst dann ab, als der Baarvorrath wieder zunahm und

der Zinsfuß gefallen war, d. h. aus Mangel an Discontomaterial, durch Mangel an Nachfrage nach dem Bankcredit; c) die Notencirculation schwankte auch in Krisen äußerst wenig; ihre Kontraktion konnte also an der Kreditengpässe nicht schuldig sein, selbst wenn die letztere eingetreten wäre.

2) Auch die gesammte Banknotencirculation Englands schwankte wenig, sie betrug im Jahresdurchschnitt:

1835	37,4	Mill. £. St.	1843	34,0	1850	34,7	1856	19. Jan. 38,0
1836	38,3	"	1844	35,3	1852	37,7	1856	20. Dec. 38,2
1839	38,4	"	1845	39,6	1853	40,8	1857	21. Nov. 38,3
1841	35,2	"	1847	37,3	1854	38,9		

Viel stärker schwankten die Depositen: bei der Bank von England zwischen 18^{44/45} von 7 auf 17 Mill. £. St.! Freilich ist auch das Zurückgehen von Depositen nicht Ursache, sondern Folge und Symptom der Krisen, welche hauptsächlich aus starken Kapitalausströmungen, plötzlichen Verrückungen der internationalen Zahlungsbilanz und Diskreditirungen der Kreditfugate entspringen.

Noch stärker zeigte sich die Unbefähigkeit des Depositenbestandes der Banken in New-York vor der großen Handelskrisis von 1857. Die Gesammttheit der Notencirculation der New-Yorker Stadtbanken schwankte vom 5. Jan. 1856 bis 28. Nov. 1857 innerhalb der engen Grenze von 6,28 und 8,98 Mill. Doll., die Summe der Depositenschuld zwischen 106,14 (5. Juli 1856) bis 52,89 Mill. Doll. (17. Okt. 1857, 4 Tage nach dem Kulminationspunkt der Handelskrisis). Aus den Mitteln der Depositen borgten die Banken, und als jene zurückgezogen wurden, mußten sie auch der bedrängten Geschäftswelt kinngeben. Die amerikanischen Landbanken freilich, weniger beaufichtigt, trübten Mißbrauch mit der Banknotenausgabe, eben so großen und größeren allerdings auch in allen anderen Bantrubriten.

3) Nach den einzelnen Nennwerthgattungen der Noten sind die Schwankungen ebenfalls sehr gering. Die Circulation betrug 18^{44/45} bei der Bank von England bei den Noten von 5—10 £. per Stück 8,7 (1848) — 10,7 Mill. (1853), bei Noten von 20—100 £. p. St. 5,0 (1848) — 6,3 Mill. £. St. (1853). Bedeutend war dagegen die Verminderung des Umlaufbetrages der Noten von 200—1000 £. St., nämlich 5,2 (1844) bis 3,2 Mill. £. St. (1857), in Folge der Vermehrung des Skontirens und der Chequeszahlung bei größeren Verkehrssummen.

4) Ueber die Bewegung des englischen Bankfatus während neuer Krisen (1861 und wiederholt 1863—66) s. den Economist, Laveleye, le marché monétaire. Paris 1855. Wolowski Rev. II. Mond. 1866.

§ 286. II. Die **Waarenversicherung**, welche vor Handelskrisen mit der Preissteigerung Hand in Hand geht, und der Waarenabzug nach Handelskrisen in Folge der gesunkenen Preise zeigt sich namentlich in den Lagerungs- verhältnissen der Zollentrepôts. In den französischen Zollentrepôts lagerten

	November 1856	November 1857 (Krisis)
Kaffee	89000	210700 Kilogr.
Wolle	79500	142501 "
Kolonialzucker	77300	156000 "

Nach den Krisen pflegten die Vorräthe sich sehr schnell zu leeren in Folge der niedrigeren Preise. Auch der Aus- und Einfuhrhandel, welcher in der Regel einige Zeit vor Ausbruch der Krisis fielt, pflegt gewöhnlich sehr bald wieder in Schwung zu kommen. Viele Beispiele der Handelsstatistik beweisen dies.

§ 287. III. **Statistik der Kreditbewegung in Frankreich.** Clement Juglar hat im Journal des Economistes den Gang der Aus- und Einfuhr, der von der Bank von Frankreich halbjährlich gewährten Wechselkreditsummen, den mittleren Preis des Getreides, die Bewegung der Geburten, Heirathen und Todesfälle, die einander abblenden politischen und kommerziellen Krisen tabellarisch neben einander gestellt. Wir theilen diese Tabelle mit; es bedarf geringer Aufmerksamkeit, um zu beobachten, wie periodenweise der Wechselkredit sich auflöst, mit den Krisen sich entwickelt und der Gang des Aus- und Einfuhrvertrages, sowie der Bevölkerung hiermit und mit der Höhe der Getreidepreise parallel läuft.

	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum
	Jahr.	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum	Wachsthum
Warenege.	1799	111	—	16,20	—	—	—	—	—
	1800	205	—	20,34	198	862	761	—	—
Krisis v. Amiens.	1801	443	—	22,40	202	875	772	—	—
	1802	510	—	24,32	206	875	881	—	—
Friedensbrich.	1803	503	—	24,55	207	863	897	—	—
Handelskrisis.	1804	690	—	19,19	214	866	893	—	—
Kontrakt.	1805	255	—	19,04	—	—	—	—	—
Ulfst.	1807	333	—	18,88	213	876	808	—	—
	1808	557	—	16,54	220	862	773	—	—
Wagram.	1809	545	—	14,86	267	880	748	—	—
Krisis u. Handelsp.	1810	715	—	19,61	232	879	730	—	—
	1811	391	—	26,13	203	870	766	—	—
Weslau.	1812	427	—	34,34	222	928	769	—	—
Krisis. Leipzig.	1813	640	—	22,51	357	841	774	—	—
Invasion.	1814	84	—	17,37	193	938	872	—	—
	1815	203	—	19,53	246	893	762	—	—
	1816	419	—	28,31	249	906	723	—	—
	1817	547	—	36,16	205	881	750	—	—
Krisis u. Kontribut.	1818	615	—	34,65	213	855	755	—	—
	1819	397	—	18,42	216	922	765	—	—
Span. Krieg.	1823	820	—	17,52	261	893	743	—	—
Handelskrisis.	1826	688	—	15,85	247	920	837	—	—
	1827	556	414	506	18,21	255	909	791	—
Revolut. Handelskrisis.	1830	617	489	452	22,39	270	899	808	—

*) Wegen der Aufhebungen.

Jahr.	Wechsel- kredit- summe.	Werth der		Mittlerer Preis des		Zahl der	
		Aus- sicht. Mill. Fr.	Ein- sicht. Mill. Fr.	Stück- Gelde. Fr.	Stück- Gelde. Fr.	Bank- noten. Mill. Fr.	Bank- noten. Mill. Fr.
Handelskr. i. d. Ver. St.	1831	222	374	555	22,10	215	915 800
	1832	150	505	507	21,85	242	869 983
	1835	445	520	577	15,25	275	919 816
	1836	760	564	629	17,32	274	906 747
	1837	756	569	514	15,53	266	873 853
Krisis.	1838	901	651	659	19,51	273	892 817
	1839	1047	650	677	22,14	267	858 771
	1841	885	804	760	18,54	252	905 794
	1845	1003	856	848	19,75	283	913 711
	1846	1191	920	852	24,05	268	896 820
Krisis. Revolution.	1847	1329	975	891	29,01	249	837 849
	1848	692	656	833	16,65	293	873 836
	1849	256	779	1032	14,15	278	916 973
	1851	359	781	1298	14,48	—	—
	1855	1156	—	—	29,32	—	—
Krisis.	1857	2000	—	—	—	—	—
	1858	2200	—	—	—	—	—

(das Banknotenumlauf betrug 14. Jan. 544,
17. Juni 549 Mill.)

Die ungeheure Steigerung des Wechselkredits in der Zeit vor Krisen und die ungeheure Verminderung des Kreditgebrauchs in den Folgejahren der Krisen fällt hier besonders ins Auge an der Bewegung der Bankdiskontosumme. Clement Juglar stellt dies bezüglich der verschiedenen Perioden des Aufsteigens und des Niederganges in folgender Tabelle zusammen:

	1799	1805	1814	1820	1830	1832	1849
Ausgangskredit:	111	255	255	84	253	253	150
Aufschwung:	510	557	557	574	638	638	760
Stückung:	508	545	545	—	—	—	756
Krisis:	630	715	640	615	688	617	1047
Nach der Krisis:	255	391	84	253	407	150	885

Der Barvorrath der französischen Bank schwankte (vergl. §§ 74, 79, 116 ff.) in den bezeichneten, je durch Krisen cupirten Geschäftspendenden zwischen folgenden Minima und Maxima:

Jahr.	Barvorrath.	Barvorrath.	Barvorrath.
1803	55 Mill. Fr.	1817	218 Mill. Fr.
1807	1 "	1822	34 "
1807	124 "	1824	240 "
1814	5 "	1829	67 "
1814	118 "	1825	281 "
1818	24 "	1836	89 "

Winnen Einem Jahre nach den Krisen strömte das Metall immer wieder der Bank massenhaft zu; so vermehrte sich ihr Barvorrath:

1807 von	1 auf 124
1817 von	5 — 218

1826 von 86 — 281

1836 von 89 — 246

1848 von 53 — 289

1852 sogar auf 508 Mill. Fr., um 1857 (Nov.) wieder auf — 189 Mill. herabzusinken und dann 1858 (Okt.) auf Neue 546 Mill. Fr. zu erreichen!

§ 288. IV. Betrag des Wechselumlaufs in England und Wales, nach den Berechnungen des englischen Statistikers Newmarch, verglichen mit der gleichzeitigen Bewegung des Notenumlaufes der Bank von England, in den Perioden vor den Handelskrisen 1837, 1839 und 1847 und vor der partiellen Krisis von 1854.

Monat u. Jahr.	Betrag des Wechsel- umlaufes.	Betrag des Noten- umlaufes.	Verhältniss des Wechsel- umlaufes.
Juli 1834	50,53	18,3	2 1/2
Oktober 1836	78,06	19,3	4—5
Juli 1837	69,02	18,3	5—4 1/2
Januar 1838	58,11	20,8	5—6
Juli 1838	62,88	21,0	2 3/4
Oktober 1839	82,03	18,0	5 1/2—6 1/2
Juli 1841	73,73	16,05	4 1/2—5
Januar 1843	55,17	18,05	2 3/4—2 1/2
Oktober 1845	74,23	21,01	3 1/2—4
April 1846	77,78	20,54	4—5
April 1847	78,93	20,28	6—8 (Juli)
Januar 1848	52,61	18,51	4—3
Januar 1852	60,57	19,77	2 1/2—2
Oktober 1853	88,14	23,59	3—4 1/2
Januar 1854	89,69	21,83	4 1/2—5 1/2

Schon aus diesem unvollständigen Auszug der Tafel von Newmarch erhellt: 1) daß die Banknotencirculation viel weniger stark steigt und fällt, als die Wechselcirculation, 2) daß, wenn der Notenumlauf (bei höherem Bankzins) fällt, der Wechselumlauf steigt, zum besten Beweis, daß selbst bei dem Verbot der Banknotencirculation die stärksten Kreditausdehnungen (und zwar bis zu 20 und 40%) im Gebiet des Wechselkredits stattfinden würden, Kreditlinien daher durch Banknotenverbote nicht abgelenkt werden könnten (vergl. § 79).

§ 289. V. Deutsche Zettel- und Diskontobanken in der Zeit des deutschen Bürgerkrieges von 1866. (Nach dem Actionär, Nr. 13. Mai, 10. Juni, 12. August 1866.)

Allgemeine Bemerkungen. Bemerkenswerth ist, daß sämtliche deutsche Zettelbanken die harte Probe des Bürgerkrieges bestanden haben (soweit im Augenblick des Druckes August 1866 die Nachrichten reichen).

Aus der Bankabrechnung Einzelner geht freilich hervor, daß dieses Standhalten für mehrere dieser Institute eine dringende Prüfung war;

[illegible]

	Marz	April	Mai	Juni	Juli
Seiner Majestät	1,497,000	1,467,000	1,467,000	1,213,000	1,514,000
Seiner Majestät	2,918,000	2,931,000	2,931,000	1,778,000	1,949,000
Seiner Majestät	10,407,000	10,758,000	10,758,000	9,692,000	10,480,000
Seiner Majestät	1,697,000	1,685,000	1,685,000	1,411,000	1,411,000
Seiner Majestät	1,754,000	1,829,000	1,829,000	1,545,000	1,545,000
Seiner Majestät	5,720,000	5,720,000	5,720,000	5,720,000	5,720,000
Seiner Majestät	8,101,000	9,510,000	10,479,000	8,349,000	6,000,000
Seiner Majestät	3,359,000	3,140,000	3,140,000	2,270,000	2,270,000
Seiner Majestät	2,021,000	1,883,000	1,883,000	1,215,000	937,000
Seiner Majestät	2,963,000	3,105,000	3,105,000	1,747,000	1,892,000
Seiner Majestät	4,075,000	4,075,000	4,075,000	2,659,000	2,659,000
Seiner Majestät	4,110,000	4,048,000	4,048,000	2,659,000	2,659,000
Seiner Majestät	191,000	191,000	191,000	98,000	98,000
Seiner Majestät	2,081,000	2,175,000	2,175,000	1,418,000	1,585,000
Seiner Majestät	1,095,000	1,056,000	996,000	1,092,000	1,139,000
Seiner Majestät	778,000	848,000	778,000	618,000	672,000
Seiner Majestät	965,000	922,000	922,000	414,000	339,000
Seiner Majestät	1,670,000	1,579,000	1,405,000	1,245,000	1,265,000
Seiner Majestät	1,750,000	1,750,000	875,000	—	892,000
Seiner Majestät	7,816,000	7,684,000	7,492,000	7,258,000	7,000,000
Seiner Majestät	2,957,000	2,857,000	2,400,000	2,227,000	2,168,000
Seiner Majestät	3,870,000	3,870,000	3,723,000	3,419,000	3,419,000
Seiner Majestät	76,000	76,000	88,413,000	88,413,000	70,885,000
Seiner Majestät	2,355,000	2,892,000	2,410,000	1,917,000	1,185,000
Seiner Majestät	1,776,000	1,794,000	1,402,000	851,000	787,000
Seiner Majestät	3,172,000	3,454,000	2,454,000	1,710,000	1,467,000
Seiner Majestät	145,493,000	150,606,000	153,464,000	138,261,000	131,167,000

Zugabothofen bei der Stadt- und Kreisbibliothek 1866 (in Thaler).			
	1866	1867	1868
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000	1,257,000	1,064,000
Reichliche Kaffeebohnen	1,344,000		

E) Geld an Effekten (Staatspapieren, Schuldscheinen) bruttoer Zettel- und Diskontobanken 1866.			
	Preiss	Summ	Summ
Preuss. Kassenantheile	91000	70000	69000
Preuss. Kassenantheile	214000	214000	214000
Preuss. Kassenantheile	214000	214000	214000
Preuss. Kassenantheile	1,031000	1,031000	1,022000
Preuss. Kassenantheile	—	84000	89000
Preuss. Kassenantheile	84000	84000	85000
Preuss. Kassenantheile	649000	1,695000	1,695000
Preuss. Kassenantheile	117000	117000	117000
Preuss. Kassenantheile	538000	537000	537000
Preuss. Kassenantheile	142000	483000	481000
Preuss. Kassenantheile	34000	30000	30000
Preuss. Kassenantheile	252000	248000	248000
Preuss. Kassenantheile	415000	382000	385000
Preuss. Kassenantheile	2000	2000	2000
Preuss. Kassenantheile	283000	307000	302000
Preuss. Kassenantheile	8000	8000	8000
Preuss. Kassenantheile	1,572000	1,571000	1,558000
Preuss. Kassenantheile	—	1,796000	1,683000
Preuss. Kassenantheile	1,722000	45000	51000
Preuss. Kassenantheile	52000	15,49000	14,424000
Preuss. Kassenantheile	14,189000	8000	8000
Preuss. Kassenantheile	11000	528000	517000
Preuss. Kassenantheile	519000	1,116000	1,115000
Preuss. Kassenantheile	24,276000	25,131000	24,900000

VIII. Zur Geschichte des Zollwesens, insbesondere des Zollvereins.

1) Freihandel und Schutzzölle in Deutschland.

§ 291. **Zienerzölle und Schutzzölle.** Die Zölle wurden lange bloß unter dem Gesichtspunkt der Steuer aufgefasset. In Deutschland mißlangen unter den politischen Wirren der Reformation die Zollvereinigungsversuche des 16. Jahrhunderts, wie so vieles Andere, was die politische Einheit Deutschlands hätte begründen müssen. Noch bis in dieses Jahrhundert herein verließ Deutschland ein buntgefarbtes System kleiner Zollgebiete mit dem Zweck der Abgabenerhebung.

Dies wurde anders mit der Gründung des Zollvereins. Er gab mehr und mehr der Schutzzöllner Raum, bis neuerdings eine Wendung im freihändlerischen Sinne herrschend wurde. Letztere fand hauptsächlich in Norddeutschland ihre Vertretung; indem sie durchschlägt, können auch Mecklenburg, die Hansestädte, Holstein sich dem Vereine anschließen. Verteidiger der Schutzzollrichtung im Zollverein war Hr. V. si, Verfasser von: „System der politischen Oekonomie“, eine bedeutende Persönlichkeit, deren Leben Hr. Häußer beschrieben hat. Er war vor Allem Agitator; seine Theorie war schon 1791 vom amerikanischen Staatssekretär Hamilton, später von deutschen Theoretikern aufgestellt worden. Ein Gegner seiner Lehre, Hüdebrand, sagt treffend von ihm: „Man hat V. si einen ökonomischen Luther genannt, und man hat ihn andererseits für einen kenntnißlosen Partikularist erklärt. Beide Partikulartheile sind einseitig. Eben die Erstling volkswirtschaftlicher Parteien muß als V. si's Verdienst anerkannt werden. Er war der erste deutsche Nationalökonom, welcher die Wissenschaft zur Sache des Volkes machte; er war der erste industrielle Agitator und Volkpredner, einseitig, ungründlich, überhebend und eigentlich nur einen einzigen Zeitgedanken in tausend Variationen wiederholend, und doch ein Volksführer des deutschen Volkes.“ Einen feiner theoretischen Hauptgründe, die Betonung der productiven Kräfte gegenüber den productiven Gütern („Tauschwerthen“), haben wir schon früher berührt.

2) Geschichte und Verfassung des Zollvereins.

§ 292. **Entstehung und Umfang.** Einem in L. Fort's Universal-Lexicon enthaltenen und vom Verfasser dieses Buches betrübenden Artikel entnehmen wir über diesen Gegenstand Folgendes:

Der deutsche Zollverein verändert zur Zeit fast alle deutsche Staaten, nützlich alle mit Ausnahme Medlenburgs, Pommerns, der Hanse-

städte^{*)}, Oesterreichs und Lichtensteins — zu einem einheitlichen Zollgebiete, mit dem Grundzuge der Zollgleichheit an der Außengrenze des Vereinsgebietes und mit dem Grundzuge der Freiheit des innern Verkehrs der zollvereinigen Staaten untereinander.

Die Entstehung und Weiterentwicklung des Zollvereins gieng folgendermaßen vor sich:

I. Seit dem preussischen Zollgesetz d. J. 1818, welches Handelsverträge mit den andern deutschen Staaten bereits ins Auge faßte, gestaltete sich bei preussischen wie bei andern Staatsmännern die Idee des Zollvereins mehr und mehr aus, sie lag in der Luft, da das Bedürfnis sich dringendes war. Wer der eigentliche Urheber des Gedankens sei, ist bestritten; Thatsache ist, daß sowohl die unter dem Antriebe des 1819 zu Frankfurt a. M. konstituirten Handelsvereins gepflogenen Besprechungen der Wiener Ministerialkonferenzen (1819/20) wegen einer gemeinsamen deutschen Zollordnung, als die 1820 zu Darmstadt gemachten separaten Zollvereinigungsversuche der süddeutschen Staaten ergebnislos geblieben waren. Durch Vertrag vom 14. Febr. 1828 vereinigte sich Hessen-Darmstadt mit Preußen zu einem Zollverein, unter Annahme der preussischen Zollgesetzgebung; bei 161 deutschen Meilen Grenze auf 153 Meilen Flächeninhalt hatte Hessen $\frac{1}{10}$ seiner Zollcinnahmen auf die Veroolung verwenden müssen. Kurhessen trat durch Vertrag vom 25. August 1831 bei, nachdem der 1828 gemachte Versuch eines „mitteldutschen Handelsvereins“ zwischen den mittel- und norddeutschen Klein- und Mittelstaaten erfolglos gewesen war. Einige andere Kleinstaaten und Enclaven sonstiger deutscher Staaten waren dem Verein ebenfalls schon beigetreten.

Schon vorher hatten sich Baiern und Württemberg unter Zugrundelegung des bairischen Tariffs zu einem Zollverein am 18. Januar 1828, einen Monat vor dem preussisch-hessischen Abschluß vereinigt.

^{*)} Eine der glücklichen Wirkungen des deutschen Bürgerkrieges von 1866 wird es sein, daß nun Mecklenburg und die Hansestädte, wie Holstein, dem Zollverein beizutreten haben. Die letzteren haben als Bundesgenossen Preußens jedenfalls aus ihrem eignen „Partikularismus“ bekämpft; eine günstige Anwendung des alten sei vos nos nobis. Ueber Anschluß Schlesiens-Pommerns an den Zollverein ist, noch vor dem Kriege, von Professor Seelig in Kiel ein sehr tüchtiges Buch geschrieben worden. — Ueber das künftige Verhältnis Bayerns, Württembergs, Darmstadts und Badens zum Zollverein bestehen im Augenblick der Drucklegung dieser Zeilen viele Vermuthungen. Eine Trennung vom Norden halten wir für unmöglich, obgleich die Friedensverträge Preußens mit den süddeutschen Staaten den Zollverein nur auf jederzeitige halbjährige Kündigung erneuert haben. Die letztere ist vom siegreichen Hegemonischthum veranlaßt worden: 1) um der Festhaltung des Staatsrechtes des norddeutschen Bundes in Beziehung auf Zollwesen alle Freiheit vorzubehalten, 2) um Zollreziprocität rasch fordern zu können, 3) um gegen die süddeutschen Staaten eine wirksame Drohung stets parat zu haben.

Unter der Triebkraft der volkswirtschaftlichen Nationalinteressen entstand im 1833 der eigentliche Zollverein durch Zollvereinigungsvertrag vom 22. März 1833 zwischen dem preussisch-hessischen und dem bairisch-württembergischen (= hohenzollern'schen) Verein, unter Annahme der Befassung und des geringfügig geänderten Tarifes des preussisch-hessischen Vereins, sowie unter Aufschuß eines gegen den Schlagschandel gerichteten Zollcarrels; ein 1833 von Hannover gemachter Versuch, die Zollvereinigung als allgemeine deutsche Bundesinstitution durchzuführen, scheiterte, wie schon aus der Wiener Ministerialconferenzen, an dem Widerstand Preußens und an dem damaligen Energielosigkeit Oesterreichs.

II. Schon am 30. März 1833 erfolgte auch der Aufschlußvertrag des Königreichs Sachsen, unter wechselseitiger großer Furcht preussischer und sächsischer Concurrenten vor einander. Der Aufschluß Sachsens geschah unter einigen besonderen Modalitäten, welche besondere Erwähnung bedürften, weil sie für Zollvereinsverhältnisse wesentlich geblieben sind.

Was a) den Tarif betrifft, so hatte und wünschte Sachsen niedrigere Zollsätze, als sie der bisherige Verein besaß und wollte; es wurde hiebei von Baiern und Württemberg unterstützt, welche Staaten damals für einige wesentliche Artikel (z. B. Garne) liberalere Tariffsätze verlangten, als Preußen zugab und sie selbst in späteren Perioden (1862—64!) wollten.

Der Tarif des preussisch-hessischen Vereins beruhte im Wesentlichen auf dem preussischen Zollgesetz von 1818 und dieses stützte sich auf folgende Grundsätze: Zulassung aller fremden Erzeugnisse zur Einfuhr mit Ausnahme von Salz und Spielarten; sehr mäßige Durchfuhrzölle; Zollfreiheit der Ausfuhr als Regel (Ausnahme: der inneren Fabrication dienliche Rohstoffe, wie Faden &c.); für die Einfuhr Zölle, theils zum Schutze der inländischen Industrie, theils zur Bekräftigung von Handel und Verbrauch, so namentlich ungefähr 30% des Werthes auf fremde Verzehrungsgegenstände, insbesondere Colonialwaaren, auf Werkzeugzeugnisse bis zu 20%, auf Fabricatwaaren und Manufacte bis zu 10% des Werthes; in letzterer Beziehung ging man auch über 10% (Eisen und Eisenfabrikate), sowie darunter, letzteres nur kleiner Rauminhalt bei hohem Werth der Waare die Schwärzung erleichterte; die Verzollung fand übrigens nach dem Gewicht statt, woraus sich ergeben hat, daß im Zollverein ordinäre Artikel derselben Tarifklasse im Allgemeinen theurer verzollt, beziehungsweise besser geschützt sind, als die feineren, theureren Qualitäten desselben Zollsatzes; fremde Haupt- und Hülfsmaterialien sollten von einem Finanzzoll frei oder nur sehr mäßig belastet werden; abgesehen von der Hauptabgabe sollten fremde Waaren einen Einfuhrzoll von $\frac{1}{2}$ Thaler (den jetzt bestehenden „allgemeinen Eingangssatz“) zahlen; die inneren Zolllinien Preußens wurden nach demselben Gesetz aufgehoben; der neue Tarif sollte alle 3 Jahre revidirt werden. Diese Tarifgrundlage war aus Preußen in den Zollverein im Wesentlichen unverändert übergegangen.

Namhehr handelte es sich um den Beitritt Sachsens mit seinen liberalen Tarifanschauungen. Obige Grundlage wurde auch fortan erhalten, denn abgesehen von mäßigen Herabsetzungen der Zölle auf baumwollene und wollene Zeuge, Läder und Strumpfuwaren, einige Süßfrüchte und Metalle, abgesehen von der nun eingekäumten Zollfreiheit der Waarenquantitäten unter 4 Roth und dem Wegfall der Gefällüberträge unter 6 schäß. Pfennigen, und Aehnlichem blieb es beim Alten.

Dagegen erreichte das Königreich Sachsen b) den Vortheil der Mescontirungen für Leipzig's Handel (auch Frankfurt an d. E. und Naumburg, Frankfurt a. M. eingeräumt). Hiernach können die Kaufleute die ausländischen Meszuwaren, die sie feil halten, vorläufig unversteuert lassen, indem dieselben auf das Meskonto geschrieben werden. Nur was im Innern abgesetzt wird, zahlt bei der Abrechnung den Zoll, nicht aber das unverkauft Wiederausgeführte oder das ins Ausland Verkaufte. Das Privileg der Mescontirungen hat die sächsische Politik auch bei der neuesten Zollvereinsverneuerung (1864/65) zu erhalten verstanden.

c) Sachsen trat mit Preußen auch zu einer Gemeinschaft der inneren Steuern auf Brau malz, Branntwein fabrication, Tabak- und Weinerzeugung zusammen. Ein Gleiches vollzog sich nicht und hat sich bis jetzt (1866) nicht vollzogen zwischen den übrigen größeren Vereinsstaaten und Preußen. Vielmehr sind innerhalb verabredeter Maximalgrenzen die Abgaben von dem Verbrauch gewisser innerer Erzeugnisse noch ungleich. — Derjenige Staat, welcher einen solchen Gegenstand höher besteuert als ein anderer, wurde nach den ersten Verträgen bestraft, bei der Einfuhr aus dem nicht oder niedriger besteuerten Vereinsstaate den Betrag der Besteuerung, als sogenannte Ausgleichungsabgabe zu erheben. (Anders später, s. unten IX.)

Das System ungleicher innerer Verbrauchs- und Fabrications-, und folgerichtig der Uebergangssteuern, welches im Einzelnen zu einer Menge Specialreglements geführt hat, ist noch immer ein Bruch in das Hauptprincip des Zollvereins, nämlich in die innere Verkehrsfreiheit. Die Befestigung ist seit lange verabredet, aber auch neuesten faun angeregt, geschweige erreicht worden; sie würde eine völlige Gleichmachung der indirecten inneren Abgaben voraussetzen, wogegen sowohl die Verschiedenheiten der localen Verbrauchsverhältnisse, als politische Gesichtspunkte antämpfen; ist doch selbst in Einheitsstaaten (Frankreich, Oesterreich) ein volle Uniformität der inneren Besteuerung und Freiheit von Ausgleichungsabgaben nicht erreicht. Für Einen Gegenstand, die Rübenzuckerfabrication, ist eine allgemeine Vereinigung erzielt (s. unten XIV).

III. Weitere Ausdehnung erhielt der Zollverein (11. Mai 1833) durch Aufschluß des thüringischen Handels- und Zollvereins. Diese Gruppe, aus mehreren mitteldeutschen Gebieten bestehend, etwas über eine Million Seelen, hat sich unter der Führung des Großherzogthums Sachsen eine eigene handlungsfähigere und Majori-

tatsbeschlüsse anerkennende Verfassung gegeben, und ist in laufenden Verwaltungssachen durch Einen Generaldirector, auf Zollvereinsconferenzen durch Einen Generalbevollmächtigten vertreten, tritt überhaupt im Zollverein als Einheit auf, obwohl sie 11 staatlich verschiedene Bestandtheile umfaßt.

1835 traten Homburg und Nassau, Baden (begünstigt durch eine nur 1 Stunde breite Grenzbezugszone) 1. Jan. 1836, Frankfurt a. M. 25. Jan. 1836 bei, nachdem dieser freigestellt für die Revenuentheilung die 4/5 fache Berechnung seiner künftigen Bevölkerung (ausschließlich der fremden Garnisonen) zugestanden war. — 1838 traten noch zur Verhinderung des Schleichhandels die Grafschaft Hohnstein-Elsingerode (Hannover) und das Fürstenthum Blankenburg (Braunschweig) in den Zollverein, während sonst Hannover und Braunschweig seit 1. Mai 1834 und beide mit Oldenburg seit 7. Mai 1836, mit Schaumburg-Lippe seit 1837 zum Steuerverein unter sehr liberalen Tarif verbunden waren.

IV. Der Zollverein war nun auf 8110 OMilen angewachsen und die Zolllinie der geeinten Staaten von früher 2283 auf 1073 Meilen geführt worden.

Im Januar 1838 wurde ein neu vereinbartes Zollgesetz, welches auf dem Boden des preussischen Gesetzes von 1818 stand, aber daraus die in Waarenpreisprocenten angelegten Maxima der Zollsätze fortließ, — verknüpft, dergleichen eine neue Zollordnung und ein Zolltarifgesetz.

Auf den Generalconferenzen wurde die Vereinsadministration weiter ausgebildet, Tarifänderungen, welche regelmäßig 3 Wochen vor Vollzug zu verkündigen sind, beraten, Begleitcheinverfahren, Pack- und Hafengewesen geordnet u. s. w. Die beim Erbkäufen einer eigenen Fabrication schutzlosenerlich umgekauften süddeutschen Staaten verlangten und erzielten schon 1838—42 eine Erhöhung mehrerer Zollsätze. Vorthellhaft und die Wiener Münzconvention vorbereitend wirkte die Dresdner Münzconvention vom 30. Juli 1838 und die Herstellung des Zollpunds = 1/4 Kilogramm, als gemeinschaftlichen Zollgewichtes. Schon schloß der Verein Verträge mit Griechenland, der Türkei, den Niederlanden und Hansestädten, beide letztere nicht mit glücklicher Hand, so daß sie 1841 gekündigt wurden.

§ 293. Erneuerungen des Vereins 1841, 1853, 1865.

V. Der ganze Verein, welcher bis zum letzten Decbr. 1842 abgeschlossen war, wurde verhältnißmäßig leicht, unter dem 8. Mai 1841 auf 12 Jahre (kündbar 2 Jahre vor Ablauf von 1853) nach bisherigem Bestand und Zustand erstmals erneuert. Am 19. Oct. 1841 trat Braunschweig, bis auf wenige Enclaven, die es dem Steuerverein beließ, zum Zollverein, obwohl es seine Forderung einer Erhabung der Kaffee- und Zuckerzölle nicht durchsetzen vermochte; im selben Jahre kamen Lippe, Bielefeld, Pyrmont zum Zollverein. Preussisch-schloß sich

definitiv 1847 an. In der neuen Periode (1842—1853) wurden 5 weitere Generalconferenzen (mit jetzt 11 statt bisher 10 Stimmen) gehalten und mehrere wichtige Zollerhöhungen in schutzlosenerlichem Geiste vorgenommen, z. B. 1846 für glatte Wollwaren (auf 50 Thlr.) und 1844 für Rohwolle (auf 1/2 Thlr., übertreibt bis 1853 durch den an Belgien eingeräumten Differentialzoll von 1/2 Thlr.), ferner 1846 für Baumwollgarn von 2 auf 3 Thlr. (1850 weitere Erhöhung durch Braunschweigs Widerspruch verhindert), und für Leinwandgarn von 1/2 auf 2 Thlr. Zu erwähnen sind aus dieser Periode: der wechselseitige Patentschutz im ganzen Verein nach der Uebereinkunft über Erfindungspatente vom 21. Sept. 1842, die allgemeine deutsche Gewerbeausstellung 1844 zu Berlin (eine spätere 1854 zu München), die gemeinsame Besichtigung der Londoner Industrieausstellung von 1851, welche unbedenkbar auf die Umbildung deutscher Industrieverhältnisse eingewirkt hat.

VI. Viel bestritten war die erste Erneuerung 1841, war die zweite 1853. Oesterreich, welches den Zollverein ohne sich selbst und trotz Artikel 19 der Bundesakte hatte entstehen lassen, verlangte seit 1849 den Eintritt, formulirte 1851 seine Forderung näher, wurde von einer Reihe durch die sogenannte Darmstädter Coalition (6. April 1852) verbundener süd- und mitteldeutscher Staaten des Zollvereins in seiner Forderung unterstützt. Die Krisis zog sich unter allgemeiner Beforgnis in die Länge, bis Preußen und Oesterreich direct unterhandelten und durch den sogenannten Februarvertrag (19. Febr. 1853) sich direct verständigten. Dieser Vertrag beseitigte wechselseitig die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote zwischen Oesterreich und dem Zollverein, ließ reiche Naturerzeugnisse frei, gestattete für verschiedene und bedeutende Artikel, Halb- und Ganzfabrikate, Begünstigungssätze (einen differentiaten „Zwischentarif“) zwischen beiden Zollkörpern, verabredete mandathet formelle Verkehrs- und Zollergänzungsrichtungen, gegenseitigen Konsumschutz, die (1857 ausgeführte) Münzreform u. s. w. Die volle Zollvereinigung beider Zollkörper wurde als ein demnächst herzuhebendes Ziel in Art. 25 des Februarvertrages aufgestellt; aber weder eine weitere Zollannäherung, noch eine Zollvereinigung hat später auf den diesfalls 1858 geschlossenen Wiener Conferenzen vereinbart werden können. Vor Allem sind politische Antagonismen zwischen Oesterreich und Preußen hindernd dazwischen getreten. Im Jahre 1853 selbst aber folgte dem Abschluß des Februarvertrages, welcher hinsichtlich der deutsch-oesterreichischen Zollvereinigung nur ein Versprechen enthielt, die Erneuerung des Zollvereins durch Vertrag vom 4. April 1853 auf dem Fuße nach, ohne erhebliche Aenderung in Tarif und Verfassung.

Erfreulich und bedeutend war dagegen die Aenderung, welche den Steuerverein (Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe) in den Zollverein führte. Die Vereinigung des Steuer- und des Zollvereins erfolgte durch die Verträge Preußens mit Hannover vom 7. Sept. 1851, 1. März 1852 mit Oldenburg und vom 4. April 1853 zwischen Hannover und dem Zollverein. Hannover und Oldenburg führen je eine eigene

Stimme, und stipulirten sich, angeblich mit Rücksicht auf die stärkere Consumtion zollpflichtiger Waaren in ihren Gebieten, ein Zollpräcipuum ($\frac{1}{4}$ über den Anteil, welcher pr. Kopf der Vereinsbevölkerung nach der gewöhnlichen Theilung der reinen Zollcinnahme entfällt), auch die zwischen den Vereinsstaaten bestehenden Verabredungen über Salzengroßhandel und Salzpreise wurden für die Steuervereinsstaaten modificirt. Die Zölle auf Kaffee, Thee, Syrup, Tabaksblätter, Wein in Fässern wurden dem Beitritte des Steuervereins zu sich herabgesetzt. Mit Bremen kam am 26. Januar 1856 ein Vertrag wegen Unterdrückung des Schleichhandels, Errichtung eines vereinsländischen Hauptzolles in Bremen, Anschlusses bremischer Gebietstheile an den Zollverein zu Stande. Im Uebrigen mieden die Hansestädte als natürliche Freihandelsstädte einen Zollverein, an dessen Pforten sie als souveräne Freihäfen dastehen. Die inneren Veränderungen in Tarif und Verwaltung waren in der neuen Periode von 1853 an unbedeutend, ausgenommen die Aufhebung der Durchfuhrzölle und die Zuckerrückvergütung (S. XIV).

VII. Die stärkste Krisis hatte der Zollverein im Zusammenhang mit seiner dritten Erneuerung 1862—64 zu bestehen. Auch sie hat er überwunden, indem er zugleich eine tiefgreifende Aenderung des Tarifes nach den sieghaft durchdringenden Grundätzen des Freihandels bewerkstelligte. Der Hergang, welcher durch den politischen Gegensatz von Oesterreich und Preußen, wie durch den Antagonismus zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern charakterisirt ist, läßt sich durch folgende Hauptmomente bezeichnen: Kaiser Napoleon III. hatte 1861 durch Verträge mit England und Belgien diese Staaten zu bedeutenden Tarifänderungen veranlaßt und hiebei in das bisher starr prohibitive Zöllnethum Frankreichs selbst Breche gelegt. Für den Zollverein war es eben so werthvoll, seinerseits der Ermäßigungen des englischen, belgischen und französischen Tarifes theilhaftig zu werden, als es für die Freihandelspolitik Preußens eine geeignete Handhabe zu entschiedener liberaler Reform des vereinsländischen Tarifes war, wenn durch einen Vertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein letzterer seinen Tarif wesentlich ermäßigte und dafür in Frankreich das Recht der meistbegünstigten Nation erlangte. Dieß ergiebt sich aus dem Vertrag zwischen Frankreich und Preußen, welcher am 29. März 1862 aber einen weitgehenden Handelsvertrag paraphirte und solchen am 2. August einseitig für Preußen ratificirte.

Dieser Vertrag fand Widerspruch einmal bei der schutzzöllnerischen Parthei; denn fast seine Schutzzollposition des Tarifes blieb unverändert, die meisten wurden sehr bedeutend ermäßigt, während die eigentlichen (seit lange ca. $\frac{1}{2}$ der Zollcinnahmen abwerfenden) Steuerzölle von Colonialwaaren u. s. w. fast unverändert blieben. Der Vertrag erweckte aber zweitens durch andere Bestimmungen Gegner politischen Charakters und forderte namentlich durch seine Artikel 31 und 32 den Widerstand Oesterreichs um so stärker heraus, als eben um diese Zeit der Antago-

nismus beider Großstaaten wegen der deutschen Hegemoniefrage sich zu einer kaum je dagewesenen Schärfe zuspitzte hatte. Der genannte Artikel 31 machte, indem er Frankreich die Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation zusagte, eine besondere Handelsannäherung und Artikel 32 eine völlige Zollvereinigung des Zollvereins mit ganz Oesterreich, wie solches das Ziel des Februarvertrages gewesen war, durchaus unmöglich. Lange dauerte in Pressen, Versammlungen, diplomatischen Notizen der Kampf über den Tarif und über die Verabredungen des „französischen Handelsvertrages.“ Mittlerweile nahte der äußerste Termin der Erneuerung des Zollvereins auf weitere 12 Jahre heran. Endlich siegte die Politik Preußens um so leichter, als sie in der Forderung der Tarifreform eine Sache begründeten wirtschaftlichen Fortschritts vertrat, worin sie gleich von Anfang durch Sachsen, bald auch durch Hannover unterstützt wurde, obwohl diese politischen Antagonisten Preußens waren; Oesterreich, welches sich auf die süddeutsche Schutzzollpartei stützte, seine Vorschläge vom 10. Juli 1862 auf eine Gemeinschaft der Industriezölle weder detaillirte, noch überhaupt energisch verfolgte, und auf den Standpunkt einer liberalen Tarifpolitik, wovon manche Freunde einer deutschösterreichischen Zollvereinigung (darunter der Verfasser dieses Buches in verschiedenen Abhandlungen) allein Erfolg hoffen, sich nicht emporzuschwingen vermochte, — mußte verlieren. Die Folge war, daß der Widerstand gegen den französischen Handelsvertrag sich mehr und mehr brach; Sachsen nahm nächst dem böhmisches Vereine, Baden u. s. w. den Vertrag an, Hannover folgte und rettete hiebei sein viel angefeindetes Präcipuum in der neuen Gestalt einer Garantie für ein Maximalcinnommen per Kopf aus den Zoll einzunehmen. Endlich nahmen auch die süddeutschen Staaten (12. Oct. 1864) den französischen Vertrag und Tarif an, welche in nachträglichen Verhandlungen mit Frankreich (Schlußprotokoll vom 14. Dec. 1864) nur wenig modificirt wurden. Es wurde sofort auch die Zollvereinserneuerung vollzogen; als Grundlage des bis zum 31. Dec. 1877, wieder um zweijähriger Kündigungsfrist (spätestens 31. Dec. 1875), verlängerten Zollvereins diente der Tarif des französischen Vertrages. Eine Aenderung in der Verfassung des Zollvereins trat auch dieses Mal nicht ein; weder eine Majoritätsregierung noch ein Zollvereinsparlament, beides oft verlangt, wurde festgesetzt. Die einzelnen successiven Erneuerungsverträge der Jahre 1863—1865 zwischen den bisher vollgeeinigten Staaten fanden eine abschließende Formulirung in dem Gesamtsvertrag vom 16. Mai 1865, welcher jenen den Grundvertrag bildet.

Der Tarif, auf Grundlage des französischen Tarifes gründlich umgestaltet und sonst etwas revidirt, wurde publicirt. Mit verschiedenen Staaten wurden Verträge geschlossen oder wollten Verträge demnächst abgeschlossen werden, welche den Zollverein und jene Staaten wechselseitig auf den Fuß der meistbegünstigten Nation setzen, so mit Belgien (22. Mai 1865), England (30. Mai 1865) — mit der Schweiz, Italien; in Frankreich selbst ist der Zollverein als meistbegünstigt der weiteren Tarifermäßigungen theil-

haftig geworden, welche die späteren Verträge Frankreichs mit Belgien, Italien und der Schweiz u. s. w. für Frankreich festgestellt haben. Der neue Tarif des Vereins trat mit 1. Juli 1865, die Verträge mit 1. Jan. 1866 in Leben.

§ 294. VIII. Das Verhältnis zu Oesterreich wurde bei uns zwischen über Schleswig-Holstein eingetretener politischer Allianz Preußens und Oesterreichs in einem neuen, den Februarvertrag angeblich ersetzenden Vertrag (11. April 1865) geordnet. Dieser Vertrag enthält zwar noch (im Eingang und in seinem Artikel 25) den Vorbehalt weiterer Tarifannäherung beider Körper und der Verhandlung über eine allgemeine deutsche Zollvereinigung; dieser Vorbehalt ist aber unpraktisch, da Art. 31 des französischen Vertrages jeden Differentialtarif auch mit Oesterreich ausschließt und Art. 32 desselben Vertrages die Zollvereinigung mit ganz Oesterreich in Frage stellt. Ein besonderer Tarif zwischen Oesterreich und dem Zollverein ist denn auch schon nicht mehr vorhanden; mehrere Sätze im wechselseitigen Verträge sind höher geworden, als sie im Zwißchentauf des Februarvertrages von 1863 waren, einige sind niedriger. Oesterreich aber genießt die Ermäßigungen des neuen Vereinstarifs als meistbegünstigte Nation und hat gegenüber dem Tarif des französischen Vertrages sogar weitere Ermäßigungen vom Zollverein erzielt (in Rohstoffen, Landesproducten, Glaswaaren, Leder, Käse, Matten), Ermäßigungen, welche nun, da der Zollverein durch die neueren Verträge auf jeden Differentialtarif verzichtet hat, auch allen andern Nationen zu gute kommen. Die österreichischen Ausgangszollsätze sind im neuen Vertrag (Aprilvertrag) auf wenige Artikel (Lumpen und andere Abfälle zur Papierfabrikation, gemeine Helle und Häute, Knochen, Klauen, Hörse, Hautabschnitzel) beschränkt, während der Zollverein nach den neueren Verträgen nur von Lumpen und andern Abfällen zur Papierfabrikation noch einen Ausgangszoll erhebt. Oesterreich und der Zollverein sichern sich ferner in dem Verträge wechselseitige Durchfuhrfreiheit, Erleichterungen und Freiheiten im Weß, Markts und Verkehrsverkehr, Erleichterungen in der Zollbehandlung (insbesondere auf Eisenbahnen) zu, haben ein Zollcartell erneuert, behandeln ihre wechselseitigen Unterthanen in den verschiedenen, den Verkehr betr. Gebühren gleich, anerkennen wechselseitig die Gewerbelegitimationskarten der Handelsreisenden und gewöhnlichen Konsularfunk.

§ 295. IX. Der neue Zollvereinsvertrag selbst (16. Mai 1865), bis 31. Dez. 1877 geschloßen, bestätigt alle nicht besonders aufgehobenen Bestimmungen der früheren Zollvereinungsverträge und der zugehörigen Protokolle, erneuert Zollgesetz, Zollordnung, Zollstrafgesetz und das Zollcartell von 1838 (gegen den Schleichhandel), sowie die während der vorigen Periode endlich erzwungene Abschaffung aller Durchfuhrzölle. Zu Beschloßen über Veränderungen in Tarif, Zollgesetzgebung, Zollordnung ist nach wie vor Einstimmigkeit erforderlich. Es besteht innere Verkehrs- und Zollfreiheit, abgesehen von Salz und Spielkarten, die verboten sind, und von bestimmten Objecten innerer Ver-

brauchs- und Fabrikationsbesteuerung, abgesehen ferner von außerordentlichen Maßregeln im Falle von Krieg und Seuchen; hierfür sind besondere Abreden getroffen und erneuert. Die Patentconvention vom 21. Sept. 1842 ist nicht auf 12 Jahre, sondern nur mit dem Recht jederzeitiger an dreimonatliche Frist gebundener Kündigung erneuert; dies ist die Folge des neueren Schwankens der Meinungen über die Zweckmäßigkeit des Patentwesens überhaupt.

Artikel 10 des Vertrages vom 16. Mai 1865 sichert durch eine Reihe von Bestimmungen das Salzmonopol der deutschen Staaten, indem Ein- und Durchfuhr der besonderen Erlaubnis und strenger Controle unterstellt und zwischen der Mehrzahl der Staaten mit Salzhandel in regie die Einhaltung eines möglichst gleichen Salzdektipreises versprochen ist, indem ferner Hannover und Oldenburg ihre Salzsteuer auf 2 Thaler erhöhen und der Salzdektipreiszug nach andern Vereinsstaaten durch eine Reihe besonderer Maßregeln vorzubehalten sich verpflichtet haben.

§ 296. Fortsetzung. Artikel 11, praktisch sehr wichtig für den Binnenverkehr, betrifft den Verkehr in Gegenständen der inneren Verneuerung.

Hienach unterliegen ausländische Erzeugnisse, welche in der Einfuhr mit mehr als 15 Sgr. verzollt sind, keiner weiteren Abgabe von Staaten oder von Corporalitäten; nur bei weiterer Verarbeitung unterliegen sie der auf weitere Verarbeitung gelegten Steuer (so Getreide, Malz, Weß, der Brauntwein, Bier, Mähl und Schlachtsteuer); wo die inneren Steuern von Getränken bei der Einlage letzter erhoben werden, findet die Steuererhebung bereits verzollter ausländischer Getränke für die aus dem Zoll- oder Privatlager heraus erfolgende erste Einlage statt; mit nicht mehr als 15 Sgr. verzollte ausländische Erzeugnisse werden den inländischen und vereinsländischen Erzeugnissen hinsichtlich der inneren Besteuerung gleichgestellt. Von letzteren gilt: auf den Transit durch die Vereinsstaaten darf keine innere Steuer gelegt werden; innere Steuern sollen nur auf Brauntwein, Bier, Cßig, Malz, Wein, Mosh, Eider, Tabak, Mehl und andere Mühlenfabrikate, bezgl. Badwaaren, Fleisch, Fleischwaaren und Fett gelegt werden dürfen, ausnahmsweise in Frankfurt a. M. auch auf Brennmaterialien, Getreide und Fourage; auf Brauntwein, Bier, Wein und Tabak sind Maximalsätze der inneren Besteuerung verordnet; die Besteuerung eines etwa später aufkommenden Getränkes oder Raßungsmittels ist vorbehalten.

Es gilt nun für genannte Artikel der Grundsatz: Das Erzeugnis eines andern Vereinsstaates darf unter keinem Vorwand höher oder in einer lästigeren Weise als das inländische oder als das Erzeugnis der übrigen Vereinsstaaten besteuert werden.

Hienach darf von fraglichen Artikel keine Abgabe erhoben werden, wenn sie nicht auch dieselben inländischen Erzeugnisse trifft; es dürfen keine höheren Sätze und die gleichen Sätze von Steuern, die bei Verkauf und Vergebung erhoben werden, nur in gleicher Weise er-

hoben werden: von der Hervorbringung erhobene Steuern (Fabrikationssteuern) treffen das Produkt des andern Vereinsstaates beim Uebergang über die Grenze (Uebergangssteuern) auf bestimmten Straßen (Uebergangsstraßen).

Auf eine Uebergangssteuer vom Wein ist allgemein verzichtet (weil mit einer Hauptsacheverderb der süddeutschen Weinproduzenten endlich erledigt worden ist); den inneren Verzehrungssteuern, wo solche bestehen, unterliegt natürlich auch der Wein anderer Vereinsstaaten.

Der Verkehr in Tabakblätterproben bis 10 Pfund per Post ist frei. In ausländischen Tabaksklämtern ist der Verkehr gegen Zeugnis erleichtert. Seitens der Staaten des Tabaksteuervereins (Preußen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Thüringischer Verein, Braunschweig, Oldenburg).

Steuern, welche den Kauf und Verkauf, oder die Verzehrung, oder die Hervorbringung und Zubereitung eines Consumtionsgegenstandes treffen, können bei der Ausfuhr des Gegenstandes nach andern Vereinsstaaten erhoben gelassen, beziehungsweise ganz oder theilweise zurückgestellt werden, und zwar, auch wenn nach dem Auslande eine Steuerrückvergütung gewährt wird, nie in höherem Betrage als demjenigen der Steuer (keine Ausfuhrprämie!) — und erst nach wirklich erfolgter Ausfuhr; die Rückhaltung der Steuer von dem zur Essigbereitung verwendeten Brantwein ist nur bei der Ausfuhr des Essigs in das Ausland, nicht auch bei Ausfuhr in die Vereinsstaaten, statthaft.

Die nach diesen Grundätzen entfallenden, die ältere Ausgleichungsabgabe ersetzenden Uebergangssteuern und Rückvergütungen sind einzeln verabredet; Neuerungen sind statthaft, müssen aber wechselseitig mitgetheilt werden. Die Erhebung der Steuern von vereinsländischen Produkten soll zur Erleichterung des Verkehrs möglichst am Bestimmungsort geschehen. — Innere Verzehrungssteuern für Rechnung von Communen und Corporationen dürfen nur gestattet werden an Gegenständen des örtlichen Verbrauches und zwar von Wein nur in Weinländern, von Brantwein und Tabak überhaupt nicht; Normalgrenzen auch der Corporationssteuern sind für einige Hauptgegenstände der Besteuerung verabredet.

Artikel 12 erneuert unter Verweisung auf eine besondere diebstahlige Convention und auf das zugehörige Schlußprotokoll den Rübenzuckersteuerverein (§. unten XIV.).

§ 297. **Fortsetzung.** X. Weitere Bestimmungen des Vertrages betreffen die Ermäßigung der Rheinzölle (improvisiert sammt Zöllen der Nebenflüsse ganz beseitigt durch die Friedensverträge von 1866), wechselseitige gleiche Behandlung der Seeschiffe unter den deutschen Seestaaten, die Haussiegelzölle, Zinszölle, Hafenzölle und ähnliche Gebühren, denen im Allgemeinen eine Normalgrenze in dem Betrage der Unterhaltungskosten zu setzen gesucht ist; die Stapel- und Umschlagsrechte werden aufs Neue für beseitigt erklärt, wegen der Valuta der Zollzahlung (Thalerwährung und süddeutsche Währung)

und wegen der Abrechnung und Auszahlung der Zolleinkünfte sind besondere Bestimmungen getroffen.

XI. In die gemeinsame Theilung fällt lediglich der Ertrag der Eingangszölle und Ausgangsabgaben nach Abzug a) der Kosten für Schatz und Erhebung der Zölle an den Außengrenzen und im Grenzbezirk, b) der Rückerstattungen für unrichtige Erhebung (binnen Jahresfrist zu fordern) und c) der auf gemeinschaftlicher Verabredung beruhenden Steuervergütungen und Ermäßigungen (Maschinen aus Colonialländern, Fabrikate aus fremden Tabaken). Dagegen fallen die sonstigen Kosten der Zollverwaltung (Zolldirection, Binnämter) nicht dem Verein zur Last, und auch für die Grenzstellen zählt der Verein den Zollverwaltung auf seinem Gebiete ganz selbstständig ist, seine Beamten anstellt und für sie haftet und lediglich durch controlirende Commissäre sich beaufsichtigen läßt, die zu den Hauptzollämtern und Zolldirectionen (zu jeder solchen Stelle höchstens Einer) entsendet werden können. Die angegebener Weise berechneten Reineinnahmen werden nach der Kopfzahl, auf Grundlage der dreißährigen Zollvereinsvollsätzungen vertheilt, mit dem schon bezeichneten Präcipuum für Frankfurt a. M. und mit der Garantie einer Nettoeinnahme von 27 1/2 Sgr. per Kopf für Hannover und Oldenburg (an Stelle des bisherigen „Vorweg“ dieser Staaten). Für Frankfurt ist ein neues Verrechnungs-schema verabredet. Zollbegünstigungen für einzelne Unterthanen kann der betr. Staat auf seine „privative Zollkasse“ (zum Abzug an seinem Revenuenantheil) übernehmen, jedoch ohne fernerhin auf Maschinen und Maschinenbestandtheile Zollnachlässe bewilligen zu können. Zollbefreiungen für Seuerwaren, Gesandte, überhaupt „Freipässe“ für einzelne zollbare Gegenstände laufen ebenfalls auf die private Zollkasse des betreffenden, bez. Paß ausstellenden Vereinsstaates.

§ 298. **Fortsetzung.** XII. **Zollgesetz und Zollverfahren.** Indem das Zollgesetz, die Zollordnung und das Zollstrafgesetz von 1838 auch 1865 wieder erneuert worden sind, ist aus ihnen zur Vervollständigung des bisher gegebenen, absichtlich in den geschäftlichen Rahmen gefügten Bildes noch Folgendes zu erwähnen:

Die Vergütung geschieht nach dem Tarif, bez. nach dem amtlich herauszugebenden, die einzelnen Waaren auf den zutreffenden Tarifposten anweisenden alphabetischen Waarenverzeichnisse.

Die Vergütung erfolgt nach Maß, Stückzahl, Gewicht (Gewichtszölle, spezifische Zölle genannt), nach dem Werth (Werthzölle, Valorenzölle) bei Eisenbahnwaggons.

Zollfrei sind alle Gegenstände in der Durchfuhr, ferner — Hadern und alles Tannwerk ausgenommen — in der Ausfuhr, endlich alle im Tarif nicht speciell genannten Gegenstände in der Einfuhr; die Einfuhrzollfreiheit einiger allgemeiner Güterklassen (Produkte von Gütern auf der Grenze, schon gebrauchte Effecten, Kleider und Hausgeräte, im Gebrauch über die Grenzen gehende Wagen, Schiffe und Zugthiere, gebrauchte

Fässer und Säcke, Mustertarten und Muster, Kunststücken für öffentliche Zwecke, Antiken) ist im Eingang des Tarifes besonders bemerkt.

Der Eingangstarif enthält 44 Rubriken mit Unterabtheilungen in alphabetischer Ordnung.

Die Zölle werden theils vom Bruttogewicht erhoben (bei höchstens 1 Tblr. Zoll pr. Ctr. und woson der Tarif eine Tararabgütung nicht ausdrücklich festsetzt), sonst vom Nettogewicht; letzteres wird bestimmt theils durch Annahme der im Tarif beigelegten (tariffmäßigen) Tara, welche für Flüssigkeiten sogar obligat ist, theils durch besondere Ermittlung; Flaschen, Bindfaden, Papier, Pappen fallen nicht in die Tara. Für gemischte Gelpinnstoffe und Gewebe, für gemischte Kolln ungleichartiger Waaren, insbesondere für Kurzwaaren (Mercoerie) sind befuß sachgemäßer Verzollung im Anhang des Tarifes besondere Bestimmungen getroffen. Der Inhaber der Waare, welche für den Zollbetrag haftet, ist zollpflichtig.

Zum Schutz der Zölle an der Außengrenze dient der Grenzbezirk, ein schmaler äußerster Grenzgürtel, dessen äußere Linie die Zolllinie heißt, dessen innere Linie (gegen das verkehrsfreie Binnengebiet) die Binnelinie genannt wird; in Häfen und Flüssen sind die Binnelinie bestimmt. Im Grenzbezirk findet für Zwecke des Zollschutzes durch die uniformirte Zollwache eine strenge Bewachung mit besonderer Controle der Kaufleute, Hausierer, Gewerbetreibenden und Frachtführer, mit Haus- und Waarenlagerrevisionen statt; innerhalb der Binnelinie sind nur Güter, die an die Binnen-Zoll- und Steuerämter verziehen sind, sowie einzelne besondere Waaren (Zucker, Kaffee, Wein, Branntwein u. s. w.), besonderer Transportcontrole (Binnencontrole) im Interesse des Zollschutzes unterworfen.

Das Zollverfahren beginnt mit der „Anmeldung“ des zollpflichtigen beim Grenzamt oder einer „Anmeldestelle“, fest sich fort in der „Declaration“ des Zollpflichtigen und in der „Revision“ Seitens der Zollbehörde; die Revision erfolgt bald ohne Deffnung der Verschlässe („allgemeine“ Revision), bald mit Deffnung derselben („besondere“ Revision). Bei der Revision wird entweder

a) der Zollbetrag sogleich ermittelt und erhoben und das verzollte Gut auf bestimmten Wegen durch den Grenzbezirk gewiesen, um an der Binnelinie in den „freien Verkehr“ überzugehen; oder wird es

b) vorläufig unverzollt in den Packhof (Halle, Freilager, Freisafen) auf höchstens 2 Jahre eingelagert, gegen besondere Gebühren, monatlich ca. $\frac{1}{10}$ Tblr. für den Ctr. trockener, $\frac{1}{10}$ Tblr. p. C. flüssiger Güter. Die Einlagerung ist bei Wein gewöhnlich nicht statthaft, überhaupt nur Kaufleuten, Expedienten und Fabrikanten eingeräumt. Die Behandlung und Verarbeitung der Waaren im Lagerhaus regelt sich nach den „Packhofregulationen“. Manche Einlagerung ist bloße Zollcreditirung (Creditlager). Manche Kaufleuten wird unter speziellen Controlen ein „Privatlager“, sei es zur Creditirung des Zolles (Creditlager, häufiger bei Wein-

Engroßhändlern), sei es für Durchfuhr und Wiederausfuhr (Transitlager) gestattet. Zolllager finden auch bei Binnenzollämtern statt.

Es findet nämlich Verzollung und Einlagern nicht bloß an der Grenze statt, sondern auch

c) bei Binnenzoll- und Steuerämtern, Controlestellen ohne und mit öffentlicher Niederlage, woson nach Leistung von Zollfreiheit durch Pfand oder Bürgschaft und unter der Controle der sogen. Begleitscheine, sowie nach Befinden des Grenzamtes unter Siegel- und Plombenverschluß, die betreffenden Güter geleitet werden.

d) Die zollfreie Durchfuhr in der Einfuhr zollbarer Artikel findet ebenfalls unter Begleitscheincontrole statt.

e) Der Ausgang der ausgangszollfreien Güter findet ohne Anmeldung statt. Die Verzollung pefalscher Güter geschieht am Orte des Empfangsdestamtes. Zollabgabe sind nur ausnahmeweise beibehalten (Messgüter, Weine).

Nach ihren Amtsbefugnissen sind die Zollämter des Vereins entweder Hauptzollämter, welche zur Abfertigung jeder Waare in jedem Zollbetrage befugt sind, oder Nebenzollämter; letztere wieder I. Cl., zur Eingangverzollung bei Tariffätzen bis zu 5 Tblr. und zur Ausgangsverzollung unbeschränkt, bei höheren Tariffätzen bis zu 50 Thaler Zollbetrag besetzt, Nebenzollämter II. Cl., in der Getreideeinfuhr unbeschränkt, für Vieh und für Tariffätze unter 6 Tblr. nur bis zu 10 Tblr. Zollbetrag, bei höher tariffirten Gegenständen nur bis zu 10 Pfund mit höchstens 10 Thalern Zollbetrag, zur Abfertigung besetzt. Waarenquantitäten unter $\frac{1}{10}$ Pfund und Gefäßbeträge unter 6 Schäß. Pfenn. (1 Kreuzer) kleinen unbedeutend.

Wegen der Ausfuhr zur Wiedereinfuhr, insbesondere für Veredlung und für den Marktverkehr, und wegen Einfuhr zur veredelten Wiederausfuhr (Türkischrothfärberei in Elberfeld) bestehen besondere Anordnungen.

Für Gewerbetreibende und Handelsreisende ist das Formular einer gleichartigen Gewerbelegitimationskarte (Schlußprot. 9, Anlage C.) vereinbart.

Die Verfolgung von Zollcontraventionen ist sehr erleichtert durch das Zollcartell von 1833, welches der Zollschwache den Beistand der anderen Behörden und weitreichende Befugnisse sichert, auch die wechselseitige Unterstützung in Verfolgung von Zollvergehen zwischen den Vereinsstaaten herstellt. Die Zollstrafen und das Zollstrafverfahren sind im Zollstrafgesetz genau geordnet; dasselbe unterscheidet Controlestrafen, Gefäßverwahrungsstrafen (Confiscation und Bierfahs der hinterzogenen Abgabe, das Afschafe bei erstem Rückfall, Gefängnis bei weiteren Rückfällen, 15—150 fl. bei nicht zu ermittelndem Defraudationswerthe), und Contobandstrafen wegen Eins-, Aus- und Durchfuhr verbotener Waaren (Confiscation und Strafe im doppelten Werthe der Contobande). Zollstrafen und Confiscate fallen nicht in die Vereinstasse.

XIII. Centralgewalt des Zollvereins. Die Verfassung des Zoll-

§ 300. Zur Zollgeschichte auswärtiger Staaten.

England hat seit 1820, als die Freihandelsagitation (Cobden, Bright die Matadore hießen) begann, sein altes Schutz- und Verbotsystem fast in jeder Staatsperiode weiter in freihändlerischem Sinne, in der Richtung auf wenige aber ergiebige Finanzzölle, umgestaltet. Ein Hauptverdienst hatte früher Huskisson, später Sir Rob. Peel, der als freihändlerischer Neubeförderer 1846 die Kornschutzzölle zum Falle brachte, neuerdings als Finanzminister Sir Rob. Peels Jünger Gladstone. Genauen Aufschluß über die ältere Freihandelsbewegung Englands, die Abschaffung der meisten und Ermäßigung der Hauptzölle, giebt Tooke's Preisgeschichte, deutsch von Mäker. Der neueren englischen wie französischen Handelsverträge ist schon anlässlich der neueren Zollvereingeschichte gedacht.

In den Vereinigten Staaten, deren Bundesrevenue bis 1861 neben dem Ländereinkommen hauptsächlich aus dem Zollertrage floßen, pflegen Schutzzölle und Freihandelsabendenz sich rasch abzulösen; große Erträge pflegen der Freihandelspartei, Finanzausfälle der Schutzzoltpartei Oberwasser zu geben.

Frankreich beharrte bisher in einem veränderten Prohibitions- und Schutzzollsystem. Nachdem Napoleon III. von 1852 an periodisch eine Reform immer noch in stark schutzzöllnerischem Geiste angebahnt, ist er in dem Handelsvertrag mit England von 1861 etwas weiter gegangen; wenn seine Regierung von Dauer ist, gelingt es vielleicht, das alte System ganz zu beseitigen. Die neueren Reformen, an sich sehr bedeutend, haben noch hohe Schutzzollmauern stehen lassen. Das französische Zollwesen ist dargestellt in dem selbst von den Franzosen als trefflich anerkannten Werke eines österreichischen Staatsmannes („Die Finanzverwaltung Frankreichs“ von Dr. Karl Ritter von H. d.).

Ueber die neueren französischen Zollreformen vergl. meine eingehenden Abhandlungen Litb. staatswiss. Ztschr. 1864 u. 1865.

Die Schweiz, Belgien und Italien haben dem durch den englisch-französischen Vertrag von 1861 gegebenen freihändlerischen Anstöße ebenfalls Folge geleistet.

Vollständiges Material zur neueren Zollgeschichte giebt fortlaufend das reichhaltige „preussische Handelsarchiv“, die offizielle Wochenschrift des preussischen Handelsministeriums.

Sach- und Autoren-Register *).

- A.
Abgeleitetes Einkommen, f. Einkommen.
Abnutzung 244.
Abonnementkatalog, f. Tarif.
Abkürzung 106, 220, 285.
Absteuern 214.
Abolitionismus 387.
Acceptationskredit 215.
Accise 540.
Accord, f. Submission.
Adam Smith 8, 4, 16, 23, 77, 89, 100, 125, 189, 272, 276.
Arbeiterbegünstigung 195.
Agio 165—167, 164, 256.
Agiologie 156, 178, 229.
Agrarische Gesetzgebung 448 ff.
Agrarkapital, preussische, 447 ff.
Agriculturnewliche Stationen 438.
Almojen 272, 274.
Alter 25, 234, 270, 357 f.
Amerikanisches Bahnsystem 496 ff.
Amortisation 103.
Angebot und Nachfrage 170 ff. 174 ff. 189 ff. 247.
Anlagekapital, f. liegendes Kapital.
Anleihen im Auslande 414 (vergl. Kredit).
Annoncen 179.
Anschaffungskosten, f. Produktionskosten.
Antheilunternehmen, f. Antheilgesellschaft.
Anthropologie, wirtschaftliche, 23.
Annuitäten 241, 329, 458, 468.
Anpreisung, des Kredits, geldes, 162 f.
Arbeit (vergl. Arbeitsvermögen, Lohn), 70 ff. 263 ff.; — Sacharbeit und Personalarbeit 403; — im Systeme Adam Smith's 19; — Arbeit und freies Kapital 104, 106; — Handarbeit und Maschinenarbeit 84 ff.; — Ordnung der Arbeit 89; — als Factor der Production 66, 70 f. (vgl. Productivität, Arbeitsertrag und Lohn 61; — Verhältnis zum Unternehmungskapital 60 f. 69, 77, 101, 202, 274, 523 f.; — Werth der Arbeit 189, 261; — menschl. Arbeitskraft im Transportwesen 482 ff. 487 ff. 222.
Arbeitseinstellungen 266, 277.
Arbeiter, qualifizierte 76, 94, 202, 263 f. 269.
Verhältnis zur Grundrente 201; Verhältnis zur Maschine 85, 87 ff. 274.
Arbeitsmarkt 264, 272 f. 461.
Arbeitsteilung 89, 92, 389; Schattenseiten der — 94 ff. 165; Vortheile der — 90; in Beziehung auf persönliche Dienste 326, 527.
Arbeitsvereinigung 89 ff. 103, 359, 470, 483 ff. 497 ff.
Arbeitsvermögen, und sein Verhältnis zum Gütervermögen 16, 22, 24, 58, 66, 213, 220, 223, 229, 423, 458 ff. — in fremdem Dienst 200 ff.; — Erhaltung des nationalen Arbeitsvermögens durch öffentliche Arbeiten 283 ff. 305, 322; — im Staate leben 388.
Arbeitszwang 284.
Arbitrage 469.
Arbeitskräftige Richtung der Production 187, — in der Vermögensvertheilung 291 ff. 302.
Aristoteles 86, 323, 340, 367 f. 456.
Armenpflege 359 ff.
Armuth 222.
Asiatische 164.
Association, f. Verein.
Assoziations 206.
Ausgabe 510.
Ausfuhrbeitrag 258 f. 256, 280.
Ausschlag 540.
Au-porteur-Papiere 468.
Aufsicherung 215.
Angaben 225.
Ausgleichungsabgabe 560.
Auslagen 191 f.

*) Die Ziffern bedeuten die Seitenzahlen, — f. bedeutet die folgende Seite, ff. mehrere folgende Seiten.

Ausstellungen 128, 282, 451.
 Auswärtiger Handel 167, vergl. Handel.
 Auswärtige Verwaltung 413 f.
 Auswanderung 37, 272, 283, 407, 422 ff. 429, 463.
 Ausgabenschein 390.
 Avaricement 390.
 Armeile 513.
 A.
 Baargeld 457.
 Baarhaft 225.
 Baarverträge 149, 159 ff. 249, 471 f.
 Baargeld 158.
 Baubeuf 340.
 Bahnhöfe 513.
 Bank, Bankwesen 165, 254, 466—475, 825.
 Bankausweise 216.
 Bankrott, Bankrottsgefe 158, 163.
 Bankgeschichte 472—475.
 Banking - departement 161.
 Banking principle 162.
 Banknoten 148 ff. 159 ff.
 Bankrefraction 141, 152, 163, 473.
 Baraktien 266.
 Barerzeugung 134.
 Bafist 19.
 Baugewerkschaften 329.
 Baumvollindustrie 85, 87.
 Baufchulme 667.
 Bedürfnis 40, 81; Bedürfnis der 41, 45; Arten 42 ff. 81, 202; gesellschaftliche Gestaltung der Bedürfnisse zur Noth 45; gemeinliche 45, insbesondere baufchulme 373.
 Bergbau 434, 584.
 Berührung 188, 276, 350.
 Bergegebundenheit 503.
 Bergegründung, f. Agrar-gefegebung.
 Bergegründung 127, 183, 274, 290, 388.
 Betriebskapital 104 f. (vgl. umlaufendes Kapital).
 Berührung 37, 272 ff. 419—431.
 Berührungspunkt 429.
 Berührungspunkt 100, 242.
 Bildung 25 ff. 75, 95, 109.
 Bilanz, falsche 285.
 Bilanz 259.
 Bilanz 137.
 Bilanzbericht 258.
 Bilanqu 19.
 Bodencredit, f. Hypothek-credit.
 Bodener 242.
 Börsen 168, 229, 468 f.
 Boissvilliers 507.
 Bons de trésor 544.
 Bourgeoisie 211.
 Brauchbarkeit, Verhältnis zum Werth 120 f. 123 f.
 Buchhaltung 166.
 Bürgschaft 242.
 Bullion report 152.
 Bureaufratte 391—395.
 C.
 Cabel 340.
 Cairne 262.
 Calculation 228.
 Cambisten 259.
 Camionage 484.
 Caren 19, 124, 174, 195 ff. 275, 292 ff. 349, 408 ff. 419, 423, 427, 441.
 Caution 246, 460; — s. Versicherung 310.
 Cens 229.
 Censurmeile 513.
 Censur 304—350. — unab-richtliche 305; abschließliche (cognitive) 310 f. schließliche 312; die Censur-ktion nicht rein privatrechtlich 313; der Censur-ktion 311.
 Censurvereine 210, 324, 348, 526.
 Censurverord. 145.
 Contract, längere 205, 277, 280.
 Convertibilität, f. Gültig-keit.
 Cooperative stores, f. Producinggesellschaften.
 Eisenbahnwesen 479.
 459.
 Gesellschaften 265, 277, 285.
 Gelfat 373.
 Gelfert, Gelfertianus 17.
 Gelfellunternehmung 206.
 Gelfellgeschäft 316.
 Gelfertian 167 f. 182.
 Gelfert 317.
 Gelfertianität 206 f.
 Gelfertianität 76, 113.
 Gelfertianität, f. Gelfertianität.
 Gelfertianität 209.
 Gelfertianität 147, 200.
 Gelfertianität 457.
 Gelfertianität 9—11, 63.
 Gelfertianität der Wirtschaftlichen Wirkung der Gelfertianität, 64 f. 166 ff. 169, 205, 344 ff. 347 ff. 391; — conjunctive 397 f. 407, 414; — öffentl. Gelfertianität 65.
 Gelfertianität 65. Wechsel-keitige G. des Arbeits- und Kapital- und Gelfertianität 172, 192, 279.
 Gelfertianität 50, 179.
 Gelfertianität 242.
 Gelfertianität 445.
 Gelfertianität, seine Wirtschaftl. Bedeutung 397 ff. 502 ff. 528.
 Gelfertianität 415.
 Gelfertianität, privatrecht-liche 114 f. 185 f. 304—350. — unab-richtliche 305; abschließliche (cognitive) 310 f. schließliche 312; die Censur-ktion nicht rein privatrechtlich 313; der Censur-ktion 311.
 Gelfertianität 210, 324, 348, 526.
 Gelfertianität 145.
 Gelfertianität, längere 205, 277, 280.
 Gelfertianität, f. Gültig-keit.
 Cooperative stores, f. Producinggesellschaften.
 Corruption 290.
 Cottage 266.
 Crossed check 147.
 Credit mobilier 208, 472, 475.
 Curen 435.
 Currency theory 152, 162.
 D.
 Darwin 28, 419, 426.
 Dauerhaftigkeit 34; — ins-besondere der Edelme-talle 132.
 Dedung 147.
 Dedungskapital 309.
 Deficit 541.
 Demokratische Richtung d. Production 187 ff.; — in der Lohnentwicklung 267, 272, 278, 289, 291; — 302, 304, 317, 405, 530.
 Depositum und Depositen-bank 146 f. 161, 266, 460, 467.
 Depreciation 153.
 Detailhandel, f. Handel.
 Devaluation 155.
 Devisenpeculation 156.
 Devisenpolitik 129.
 Dienstbarkeit 232.*
 Dienste, Dienstleistungen (vgl. Gut) 2, 78, 80, 92, 325, 403; — im Staat 380 f. 388 ff.; — Handel in denselben 465.
 Dienstliche 78 ff. 260 ff.
 Dienstleistungen 388.
 Dienst 96, 379.
 Dienstleistungen, f. Tarif.
 Dienstliches Recht 232.
 Diplomatie 415.
 Directoren 207, 215.
 Disconto 140, 149, 160 f. 244, 252, 253, 259, 460 f.
 Disparde 117.
 Dispositionen 226.
 Distributivgenossenschaft, f. Consumvereine.
 Dividende, Exportschuld 207, 288.
 Domainen 532.
 Doppelwährung, f. Wäh-rung.
 Drawbacks 540.
 Drittschuldung der Bank-noten 159.
 Duvoyer 96.
 Dupont de Nemours 18.
 E.
 Economist 282, 278.
 Edelmetalle 126, 131, 137 f. 144, 153, 154; — Ver-hältniß von Gold und Silber 137 f. 259.
 Effectenbörse 244.
 Effectenbörse, f. Production.
 Edelmetalle 128.
 Edelmetalle (Stückvermeh-ler) Gelfertianität der Wirtschaft 26 ff. 280.
 312 f. 320, 321; — ins-ber. Bedeutung der metallischen Bildung 28 f.; — ethischer und ökonomischer Werth 123.
 Exchange Bills 544.
 Executionrecht, f. Schuld-erfüllungsminimum, abso-lutes—relatives 269 ff.
 Executionen 540.
 Executionen, f. auswärts-licher Charakter.
 Executionen 408.
 Executionen 232.
 Executionen — intensive Wirtschaft 67 f. 72, 183, 196, 230, 432, 437, 439, 480 f.; — Gelfertianität des Fortschritts zur int. W. 67 f. 70.
 Gewinne 126 f.
 F.
 Fabricinspectoren 94, 524.
 Fabricinschuldung 34, 96.
 Fabricinschuldung 98, 452.
 Fabricinschuldung 88, in der Hausindustrie 96, 213, 453.
 Fabricinschuldung 478—480.
 Fall 255.
 Familie, Familie u. Fabricinschuldung 193; 206, 220, 234, 235, 279 ff. 308, 324, 338, 340 f. 357—374, 407, 417, 427, 523 ff.
 Familie, ökonomisches 65.
 Fawcett 505.

Erbschaft 209, 233, 302 f. 359 ff.
 Erbschaft 116.
 Erbschaften 173; Wich-tigkeit für die Briefe aller Baaren 181, 216.
 Erbschaft Papier 260.
 Ertrag (Brutto-Netto-ertrag) 219 ff. 237.
 Erwerbsrecht, 432—530.
 Verhältnis ver-der 82, 114, 529.
 Erzeugung, f. Production.
 Erwerbs 128.
 Erwerbs (Stückvermeh-ler) Gelfertianität der Wirtschaft 26 ff. 280.
 312 f. 320, 321; — ins-ber. Bedeutung der metallischen Bildung 28 f.; — ethischer und ökonomischer Werth 123.
 Exchange Bills 544.
 Executionrecht, f. Schuld-erfüllungsminimum, abso-lutes—relatives 269 ff.
 Executionen 540.
 Executionen, f. auswärts-licher Charakter.
 Executionen 408.
 Executionen 232.
 Executionen — intensive Wirtschaft 67 f. 72, 183, 196, 230, 432, 437, 439, 480 f.; — Gelfertianität des Fortschritts zur int. W. 67 f. 70.
 Gewinne 126 f.
 F.
 Fabricinspectoren 94, 524.
 Fabricinschuldung 34, 96.
 Fabricinschuldung 98, 452.
 Fabricinschuldung 88, in der Hausindustrie 96, 213, 453.
 Fabricinschuldung 478—480.
 Fall 255.
 Familie, Familie u. Fabricinschuldung 193; 206, 220, 234, 235, 279 ff. 308, 324, 338, 340 f. 357—374, 407, 417, 427, 523 ff.
 Familie, ökonomisches 65.
 Fawcett 505.

frühen 173.
Friedensregulierung 282.
Friedenssysteme 437.
Friede Hände 208, 256.
Friedensmänner 188, 261, 281.
Finanzwissenschaft 331.
Fiskus 332.
Fries Kapital, f. liegendes Kapital.
Flüssiges Kapital, f. umlaufendes K.
Formverh. f. Werth.
Freihandel, f. Schutz Zoll.
Freiwillige 567.
Freiwillige Beiträge 350.
Fälligkeit 515.
Falsch 517.
Fonds 68.
Fonds de placement 256.
Fonds de roulement, f. umlaufendes Kapital.
Forderungsmacht 230 ff.
Först, f. Land u. Forstw.
— Umwirthschaftlichkeit darin 198, 200, 347, 433 ff.
Fournier 95, 340.
Frachtabrechnung der Eisenbahnen 459.
Frachtarate 458.
Frauenberuf 326 ff. 368.
Freedmen's bureaux 262.
Freihafen und Freilager 541.
Freihandel 408 ff.
Freiheit 27, 75, 86, 183, 261, 262 ff. 279, 371.
Freiheitsrechte, ihre ökonomische Bedeutung 302 ff.
Freiwilligkeit, — des Leihens zweifels 457.
Freiwilligkeit 264, 272, 276 ff.
Freiwirtschaft, natürliche und ökonomische (Productivität) 196.
Fruchtbeschneidung 437.
Fruitiere 404.
Fundation 158 ff.
Fundate Schuld 541 ff.
Fundus f. vertheilbar.
Füssen 349, 353, 500, 508.

G.

Galt 449, 505 ff. 516.

Gangmaster-system 266.
Garantieversicherung, siehe Schenkungen.
Gebrauch und Verbrauch, in Beziehung auf das Vermögen 59 ff., in Beziehung auf das Kapital 102 ff. 223 ff. 314, 319, 326.
Gefahren 169, 338, 457, 535.
Geld 119, 129 ff. 223, 456; — als Kapital 100, 250; — merkantilitätliche Würdigung d. Geldes 17, 142; — als Anweisung auf das gesellschaftliche Gütermagazin 129 ff.; — für die Werthausbesserung 133; Kreditgeld, f. Kreditverträge und Papiergeld; — Geld als Preis ausdruck des Credits 155, 166, 239.
Geldbedarf 132 ff. 145, 148, 149.
Geldfähigkeit 131 ff. 153.
Geldfriesen 140.
Geldmarkt 248 ff.
Geldkurrate 144 ff. 150.
— 165, 467; freigelegte Umlaufgebiete eines Landes 162.
Geldwechsel 469.
Geldverh. 159, 149; — Bestimmungen darüber 143—153, 173.
Geldverkehrsänderung 139; — Proceß derselb. 139 ff., 142, 151, 153, 156 (bei Papiergeld in zweifacher Weise), 165, 240, 257.
Geldwirtschaft 150, 181, 166.
Geldverh. 85, 395 ff.
Gemeingutsgut 305.
Gemeingüter 35; ohne Kaufverh. 40, 51; gesellschaftlicher Fortschritt zum Privatgütergut 341, 395, 408 ff.
Gemeinschaft 456.
Gemeinschaft in der Production 66, 113,

127, 168, 202; — in d. Production von Dienstleistungen 261 ff. 456; in der Conjunction 306; — in den Verkehrsankäufen 485, 493 ff.
Gemeinwirtschaftliche Organisation, vergl. Gemeinwirtschaft, 2, 201 ff., 62—64, 118, 331 ff.; Kräfte derselben 344 ff., 345.
Generalisten, f. Kosten.
Generalisirung, f. Tarif.
Generalversammlung 208.
Gemeinschaftswesen, vgl. auch Wirtschaft, 95 ff., 214, 266, 280 ff., 404.
Gemeingütervermögen 59, 101; vergl. Gut u. Vermögen.
Gerant 206.
Geschäftsberichte 178, 229.
Geschäftsgemeinschaft 192.
Geschichte 25 (insbes. Verteilung d. indus. Arb.), 234, 270, 302, 368.
Geschmack 316 ff.
Geschwindigkeit im Transport 478, 481 ff.
Geschäftsfähigkeit d. Wirtschaft 3, 22, 23, 29; in der Production 66, 79, 96 ff., 119, 129, 130, 143; im Tausch als Markt 166 ff., 185, 221, 231, 250, 271, 275, 305, 427, 454, 497.
Gesinde 265, 327, 373.
Gestaltung, wirtschaftliche 202, 315—320, 428.
Güterfreiheit 463.
Güterverordnungs = Unternehmungen.
Gütervertheilung 435.
Gerecht 127.
Gerechtigkeit 252, 276.
Güterarten 478.
Geldwone 572.
Geldrecht 275.
Geldgewicht der Production 214, der vertheilten Vermögensarten 220 ff., 223 ff.
Geld, f. Geldmetalle.
Geldprämie 257 ff.

— in Kredit, f. Bankwesen; — Productivität des Handels 7, 78, 80, 98; — stehendes Handelskapital grobentheils öffentlich 113, 164.
Geldablass 17, 77, 140, 255.
Geldscompagnien 208, 414.
Geldschatz 241.
Geldschatzen 144, 148, 149, 162, 178 ff., 181, 214—199, 248.
Geldschatz 77, 178.
Geldverh. 94, 450.
Geld 414.
Geld 437.
Geldbrauch 234.
Geldzahl 326—380.
Geldwirtschaft 96, 266, 281, 327, 329, 330, 452, 524.
Geldverh. 529.
Geldverh. 53.
Geldverh. 117 ff.
Geldverh. 128.
Geldvertheilung 277.
Geldverh. 69, vergl. Gemeinheit.
Geldverh. 19, 78, 79, 127, 166, 173, 221, 286, 312, 414.
Geldverh. 345.
Geldverh. 323.
Geldverh. 101.
Geldverh. 149.
Geldverh. 119, 141.
Geldverh. Erneuerung d. 185.
Geldverh. f. Conjunction.
Güterzusammenlegung 232.
Güterverh. 167, 197.
Güterverh. f. Vertheilung 206, f. Vertheilung (limited) 209.
Güterverh. 268.
Güterverh. 238, 442.
Güterverh. f. Arbeit.
Güterverh. 92 ff., 113, 157, 169, 199, 317, 326, 494, 460, 468 ff., 525; Jäger 507.

Geldverh. f. Vertheilung.
Güterverh. 342.
Güterverh. 85, 212—214, in politischer Beziehung 218 ff., 289, 304, 441 ff., 451.
Güterverh. und Boden als Kapital 70, 100, 142, 199 ff., 199, 436.
Güterverh. 229, vergl. Agrarrechtsgesetz und Agrarstatistik.
Güterverh. vgl. Rente; — als Maßstab der Cultur-entwicklung 197.
Güterverh. 234.
Güterverh. 211.
Güterverh. 46; — Arten 49 ff.; — Genutzgüter und Kapitalgüter 80 ff., 40, 458 ff.; — freie u. ökonomische Güter 5, 35, 46, 50; — innere und äußere 46, 324; — Geldgüter u. Dienstleistungen (vgl. Dienstleistungen) 2, 37 ff., 49; — Leistungsgüter, als Kapitalverh. 39; — ihre Eigenthümlichkeit 80, 325 ff.; — Staatsgüter 377 ff.; — Landgüter 50 ff., 119; — Verhältnisse als Güter 48.
Gütergemeinschaft, f. Sozialismus.
Güterumlauf, f. auch Handel, 119, 141.
Güterverh. Erneuerung d. 185.
Güterverh. f. Conjunction.
Güterzusammenlegung 232.
Güterverh. 167, 197.
Güterverh. f. Vertheilung 206, f. Vertheilung (limited) 209.
Güterverh. 268.
Güterverh. 238, 442.
Güterverh. f. Arbeit.
Güterverh. 92 ff., 113, 157, 169, 199, 317, 326, 494, 460, 468 ff., 525; Jäger 507.

— in Kredit, f. Bankwesen; — Productivität des Handels 7, 78, 80, 98; — stehendes Handelskapital grobentheils öffentlich 113, 164.
Geldablass 17, 77, 140, 255.
Geldscompagnien 208, 414.
Geldschatz 241.
Geldschatzen 144, 148, 149, 162, 178 ff., 181, 214—199, 248.
Geldschatz 77, 178.
Geldverh. 94, 450.
Geld 414.
Geld 437.
Geldbrauch 234.
Geldzahl 326—380.
Geldwirtschaft 96, 266, 281, 327, 329, 330, 452, 524.
Geldverh. 529.
Geldverh. 53.
Geldverh. 117 ff.
Geldverh. 128.
Geldvertheilung 277.
Geldverh. 69, vergl. Gemeinheit.
Geldverh. 19, 78, 79, 127, 166, 173, 221, 286, 312, 414.
Geldverh. 345.
Geldverh. 323.
Geldverh. 101.
Geldverh. 149.
Geldverh. 119, 141.
Geldverh. Erneuerung d. 185.
Geldverh. f. Conjunction.
Güterzusammenlegung 232.
Güterverh. 167, 197.
Güterverh. f. Vertheilung 206, f. Vertheilung (limited) 209.
Güterverh. 268.
Güterverh. 238, 442.
Güterverh. f. Arbeit.
Güterverh. 92 ff., 113, 157, 169, 199, 317, 326, 494, 460, 468 ff., 525; Jäger 507.

H.

Häufelrente 167, 197.
Häufelrente, f. Vertheilung 206, f. Vertheilung (limited) 209.
Häufelrente 268.
Häufelrente 238, 442.
Häufelrente, f. Arbeit.
Häufelrente 92 ff., 113, 157, 169, 199, 317, 326, 494, 460, 468 ff., 525; Jäger 507.

— in Kredit, f. Bankwesen; — Productivität des Handels 7, 78, 80, 98; — stehendes Handelskapital grobentheils öffentlich 113, 164.
Geldablass 17, 77, 140, 255.
Geldscompagnien 208, 414.
Geldschatz 241.
Geldschatzen 144, 148, 149, 162, 178 ff., 181, 214—199, 248.
Geldschatz 77, 178.
Geldverh. 94, 450.
Geld 414.
Geld 437.
Geldbrauch 234.
Geldzahl 326—380.
Geldwirtschaft 96, 266, 281, 327, 329, 330, 452, 524.
Geldverh. 529.
Geldverh. 53.
Geldverh. 117 ff.
Geldverh. 128.
Geldvertheilung 277.
Geldverh. 69, vergl. Gemeinheit.
Geldverh. 19, 78, 79, 127, 166, 173, 221, 286, 312, 414.
Geldverh. 345.
Geldverh. 323.
Geldverh. 101.
Geldverh. 149.
Geldverh. 119, 141.
Geldverh. Erneuerung d. 185.
Geldverh. f. Conjunction.
Güterzusammenlegung 232.
Güterverh. 167, 197.
Güterverh. f. Vertheilung 206, f. Vertheilung (limited) 209.
Güterverh. 268.
Güterverh. 238, 442.
Güterverh. f. Arbeit.
Güterverh. 92 ff., 113, 157, 169, 199, 317, 326, 494, 460, 468 ff., 525; Jäger 507.

I.

Kanalfortschritt 477, 481.
Kapital, Begriff 6 ff. 30, 82, 99, 236 ff. (Reichthum); 356 ff.; — „das“ Kapital 60 ff.; — Vertheilung und Umlaufvermögen 104 ff.; — bewegliches und unbewegliches 100 ff.; — Entstehung, also angelegte Arb. 68; — gemeinwirtschaftliche Bed. 39, 113; — drei Funktionen des Kapitals im Staatsleben 382, 386; Verhältniß zur Arbeitskraft vgl. umlaufendes K. 91; — Nutzen des K. 102 ff.; — umlaufendes und stehendes 6 ff.; drei Untertheilung bei den Physiokraten 18, 59 ff.; ihr Verhältniß zur Arbeitsleistung 96 ff., 103, 108, 227, 239, 241, 252, 290, 386, 458 ff.; — Reichth. 101, 102 ff., 218, 236 ff.; — Leistungskapital (Engage-

37

[illegible]

Gangman-system 266.
Gartenwässerungen, siehe
Schaumfallen.
Getraich und Verbrauchs,
in Beziehung auf das
Vermögen 59 ff., in Be-
ziehung auf das Kapital
102 ff., 229 ff., 314, 319,
326.
Geträhen 166, 338, 45,
535.
Geld 119, 120 ff., 225,
456 ff., als Kapital
120 ff., 250 ff., wirt-
schaftliche Wärdigung b.
Geldes 17, 142; — als
Anweisung auf das ge-
sellschaftliche Güterma-
gazin 129 ff.; — für
die Wertpapiereubung
129 ff., Wechsel, Irre-
funktionsnot und Papier-
geld; — Geld als Preis-
ausdruck des Reichtums
155, 166, 239.
Geldbetrag 132 ff., 145,
162.
Geldbegriff 131 ff. 155.
Geldmarkt 148 ff.
Geldnotlage 144 ff. 150
— 165, 467; freigeschil-
ter Umlaufzeit eines Ge-
duldsgeldes 469.
Geldwert 159, 149; —
Bestimmungssätze
143—155, 178.
Geldwertschwankung 139;
— Prozeß bestr. 139 ff.,
143—155, 178.
Geld (wie Papiergeld in zwei-
facher Weise), 165, 246,
267.
Geldwirtschaft 130, 181.
166.
Gemeinde 85, 895 f.
Gemeingut 395.
Gemeingut 35; ohne
Zaufswert 46, 51; ge-
schädlicher Vortritt ge-
gen Privatgüter 395,
341, 395, 403 f.
Gemeinschaft
Gemeinschaft in der
Produktion 66, 119

[illegible]

1

Grundbesitz, *q.* *Währung*,
 342.
 Größtentheil 55, 212—214,
 in politischer Beziehung
 217 f., 289, 304, 441 f.,
 445.
 Grund und Boden als Ras-
 sialtyp 70, 100, 142,
 193 f., 199, 436.
 Grundbesitz 229, vergl.
 Markargenschaft.
 Grundrente, *q.* *Rente*;
 als Maßstab der Kultur-
 entwicklung 197.
 Guernsey 234.
 Gudun 211; *Bequä* 46.
 — *Arten* 491 f. — Ge-
 müßter und Ackerbau
 giler 80 f., 40, 458 f.
 — freie u. stonemische
 Güter 5, 85, 46, 50-
 52, 100, 101 und 458 f.
 46, 234; *Schäp*;
 u. Dienstleistungen
 2, 27, 49;
 — *Leistungsgüter* 59 f.;
 als Kapitalvermögen
 50, 325 f., 377 f.;
 — *Zanfgüter* 50,
 50, 119; — *Verhält-*
 nisse als Güter 48.
 Gütergemeinschaft, *q.* *So-*
 zialismus.
 Gütermarkt, *q.* *Lauf* *Gan-*
 zel 119, 184.
 Güterwelt, *q.* *Erneuerung*
 der 155.
 Gütererziehung, *q.* *Gom-*
 munion.
 Güterverwaltementsge-
 232.
q.
 Häuferteil 767, 197.
 Heiligkeit, *q.* *Heiligkeit*
 209.
 Heiligkeit 268.
 Heiligkeit 288, 442.
 Heiligkeit, *q.* *Heiligkeit*.
 Heiligkeit 92 f., 118, 157,
 159, 160, 173, 230,
 440, 465 f., 528.
 Heiligkeit, *q.* *Heiligkeit*

Sach- und Autoren-Register.

[illegible]

Jaques 507 f.
 Jevons 433.
 Idealgelt 134.
 Immaterialkapitalien, f.
 Verbschiedl.
 Immaterialkapital 252, f.
 u. als Hypothekfreiheit.
 Inbulte 168.
 Inbultualismus 280 f.
 Inbulture 117, 450
 628 f.
 Inbultureinstellungen, f.
 Ausstellungen.
 Inbulturenseifen, f. Credit
 mobilier.
 Inbulturentheorie 16 f.
 Inbulturentheorie 425.
 Inbulturentheorie 75, 76, 203, 244, 355.
 Inbulturen 99, 246, 255.
 „Jolietter Staat“ 200.
 Issue department 161 f.
 Journalismus, f. Presse.
 Juden, f. Inbulturen.
 K.
 Kalender 128.
 Kanaltransport 477, 481.
 Kapital, Begriff 6 f., 30.
 Kapital 12, 36 f. (Circu-
 lation); 358 f.; — „das“
 Kapital 60 f.; — Be-
 triebis- u. Anlageka-
 pital 104 f.; — beweg-
 liches u. unbewegliches
 104 f.; — „das“ u. „das“
 — angeführte Art. 68
 — gemeindef. Kapital
 des Kap. 39, 113;
 dreierlei Functionen des
 Kapitals im Staats-
 kapital 356; — Be-
 zugsrecht zur Arbeitskraft
 vgl. unlaufsames K. 91.
 — Wugen des K. 102 f.
 — unlaufsames u.
 flebendes 6 f.; — viel-
 unterscheidend u. f.
 des Kapitalismus 18, 59 f.
 ihr Verhältnis zur Ar-
 beitskraftleistung 96 f., 103
 106, 227, 239, 241
 252, 260, 356, 455 f.
 Beschaf. App. 101, 102 f.
 218 f.
 — unlaufsames u.
 flebendeskapital (Eugene)

v. Thünen 19, 199 f.
Touqueville 279.
Tobler Hand 433.
Todes Genz 478.
Toumies 308.
Teele 182, 672.
Torenz 19.
trades unions 277.
Transitlager 569.
Transport, Transporthen 32, 124, 167, 168, 200, 320, 346 f., 434, 465 f., 461 f., 475—524; — Transportabstufung u. Preise 34, 168; — der Getreide 132, 143 f., 182; — als ein Theil der Production 475; — Zusammenfallen der Production, des Absatzes (und der Consumption) im Transport 476.
Tricktricks, f. geistliche, Dampftrick u. f. w. 34, 83 f.
Trübelevorte 321.
Trequiren 130.
Truchsystem 266.
Zulven speculation 209.
Turgot 18.

II.

Uebel, wirtschaftl. 418.
Uebereingangsregeln, im Zollverein 559 f., 565 f.
Uebervölkerung 36 f., 421 ff. vergl. Bevölkerung.
Uebervölkerungsgrad 207.
Uebervölkerung der Steuern 537.
Umformungen, f. Kartenn.
Umlaufendes Kapital, f. Kapital; umlaufendes Gewerbevermögen, f. Gewerbevermögen.
Umschlagsrechte 466.
Unbeschränkt aneignungsfähige Sachen 35.
Unethische Geburten 273, 422.
Unfallsbeiträge, f. Auffindungsbeiträge.
Unterhaltskosten 191 f., 268—272.
Unterhaltsmittel 101.
Unternehmer, Unterneh-

mung 66, 101, 202, 206 ff., 214, 235, 290.
Unternehmergewinn 191, 210, 268—290.
Unternehmungskapital 60, 204 (vergl. Kapital).
Urbauung 432 ff.

B.

Bakula, f. Wohnung und Gebührenden; im Wechselkurs 257.
Barentenverträge 205, 208.
Bezahlungsverträge 569.
Bereine 332, 335 f., 350.
Berechnung, f. Ge.
Berechnungsfähigkeit, natürliche, in Beziehung auf Preis, Absatz und landwirtschaftliche Nebenindustrien 34.
Bericht 38, 48, 227, 879, 542.
Berührung 231.
Verkaufssache 446.
Berichte, Arten 462 ff.
Verkehrsanklagen 454 ff., öffentliche Charakter der — 499 ff.
Verkopplungen 446 f.

Vermögen, im weiteren Sinne: das ganze Volk 23 ff., 37, 185, 219 ff.
Arbeitsvermögen, f. Arbeitsvermögen; im engeren Sinne: Begriff 40, 53, 57; — des Staates 381 f.; — des Mißgütervermögens 69.
Kapitalvermögen 223; — Leistungen im Vermögen 39, 49; — Vermögen 142; — Erklärung des Vermögens 54 f., 37, 197, 222, vergl. Volkvermögen; Wachstum des Arbeits- und Kapitalvermögens 69.
Vermögenswechsel 227—229.
Vermögensfreiheit, ökonomische und stiftliche Vermögensfreiheit 230 ff., 311 ff.

Verkehrsgering 306, 366.
Verkehrsgegenstand 231.
Verkehrsart, f. Transp.
Verrechnung 117 f., 241, 244, 306—310; — Unzulänglichkeit bei allgemeinem Schaden 306; 319, 467.
Verrechnung des Volkvermögens 142, 204, 219—304.
Vertrag 233.
Vertragsarbeit 50, 100, 154, 179, 238.
Vertrag 49, 193 ff.
Vertrag, f. Ge.
Vertragsrecht 407 f., 413 ff.
Vermögens 59; Schadens — 54 f., 103, 125.
Vollverrechnung, f. Constitutionalismus.
Volkswirtschaftslehre, siehe Nationalökonomie.
Vormundschaftsämtern 358, 446.
Vertrag 68, 108, 113, 163, 315.

B.

Warenconferierung 168.
Warenverträge 113.
Währung 137, 138, 142, 150 f., 154.
Warenverkehrsleiter 512.
Warenverkehrsleiter 479.
Wagner 473.
Warenverkehrsleiter: Vermögens 306.
Wappaus 234.
Warrants 241 f.
Waren von nationen 4, 19, f. N. Smith.
Weber 479, 486 f., 508.
Wechsel und Wechselkurs 140, 145, 158, 160, 165, 256—260.
Wechselverkehrsleiter 140.
Wechselpart 141.
Wechselplatz 140, 260.
Wechselstempel 215 f.
Wechselstrenge 155, 163, 242, 467.
Wege und Straßen 476 ff., 451.

Weibliche Erziehung 327 ff.
Weinhandel 425.
Weinhandel 407 ff.
Weltermonarchie 414 ff.
Weltwirtschaftslehre 415 ff.
Weltwirtschaft 14—16, 207, 407 ff.
Welt, Begriffsbereich: mung 6 (oben), 8 (oben), 26, 40, 51. Geistesliche Bewegung u. Welt 123 f., 430; — ökonomische Elemente des Weltges, 35, 51, 55; — Erzeugnisse: werth, Tauschwerth, Gebrauchswerth 56; — ethischer Charakter des Weltges 51, 123; — Normen 450; — Gebrauchswerth 8, 46; wahrer ökonomischer Begriff des Gebrauchswerth 54 f., 119 ff., 173; — Geldeinheit u. Werth 131 ff.; — ökonomische Elemente des Weltges 51, 123; — Ideal des ökonomischen Weltges 124 f., 169; — konstantes Werthmaß 125 f., 183; — Nationaler Werth 180 ff.; — mehr ökonomischer Werth 62; — privater Wirtschaftl. Werthbewusstsein beim Tausch besonders lebhaft 119 f., 122, 185; Produktionskosten, ihr Einfluß auf den 54, 56, 120; — als Regulator der Production u. Consumption 169 ff., 184 ff.; — subjektiver Charakter des Weltges 40, 52, 119 ff.; — Tauschwerth 8, 35, 46, 119 f., 125; — Werthebestimmung d. staatlichen Güter 384 ff.
Wertbeziehung, f. Geldmetalle.

Wertgerichtigkeit 304 ff. (vergl. Consumption).
Wappen 134.
Wirtschaft — Gegenstand derselben 1 f., 20, 22; — ihr geistlicher Charakter 3, als Grund der Wirtschaftswissenschaft 4; — Notwendigkeit derselben 2; — sinnlich-vernünftige Doppelnatur der menschlichen Wirtschaft 2; — wirtschaftliche Persönlichkeit und w. Sache 23; — Verhältnis zur ethischen Bedürfnisbefriedigung und zum Varnwerden überhaupt 2, 27 f., 70.
Wirtschaftlichkeit, f. auch Technik; Begriff 3, 332; ihre Eteigerung durch geistliche Gestaltung zur Volkswirtschaft 3, 79, 102, 123 f., 186 ff., 194, 231, 233, 310 ff., 312; die Concurrenz als Organ der W. 64 ff.; in der Consumption 24; Gemeinwirtschaftlichkeit, f. Gemeinwirtschaftlichkeit; in der Kapitalbildung 107.
Wirtschaftslehre, — ihre ökonomische Cullenation 24, 30, 79, 345, 348, 351, 528.
Wirtschaftslehre, f. Armenwesen.
Wohnungsreform 281, 304, 328—330, 369 ff., 428.
Wohnungsreform 278, 546.
Wohnungsreform 241, 252 ff.
3.
Zahlungsfähigkeit 173, 250.

Zahlungsmittel, gefällige 137.
Zahlungseconomie 146 ff.
Zahlungsvereinigung 470 (vergl. Clearinghäuser und Wechselplätze).
Zeit, als wirtschaftliche Kategorie, vergl. Kredit, 48 f., 56; Solidarität in der Zeit durch das fixe Kapital 104; 233 f., 232, 235 f., 358 f., 457 ff., 474; — bei der Kapitalbildung 107; beim Kredit 112, 457 ff.
Zeittheilung 123.
Zeitgeschäfte 457.
Zeitpunkt 232, 238.
Zeitrechnung 211, 263, 306.
Zettelschein 160 f., 259—260, 470, 473 f., 545—549; — deutsche Zettelscheine 1866 549—555.
Zettelmann 473.
Zins 235, 237 f., 244—260, 290—304.
Zinsfuß, f. Disconto.
Zinsgarantie bei Eisenbahnen 506 ff.
Zinsmarina 253 ff.
Zinsreduction 543.
Zinsstaren 253 ff.
Zölle 540 f.
Zollrechnung 135, f. Zollverein.
Zollverein, seine Geschichte, Verfassung und einzelnen Einrichtungen 566—572.
Zonen, wirtschaftliche 198, 199 f.
Zukunft, f. Zeit.
Zunahme 451, 453.
Zwangsansehen 542.
Zwangskurs 150, 154, 155.
Zweifelsystem 273.
Zweignirtschaft 442 f.

Druckfehlerverzeichnis.

Seite 82 ist zu lesen: 74% der Bevölkerung, Ackerbau, 7% Bergbau. —
 S. 105 Zeile 6 lies Sicherheit statt Raschheit. — S. 127 ist in der Kapitel-
 überschrift das Wort Geld zu streichen. — S. 140 Zeile 17 lies Käufer
 statt Verkäufer. — S. 145, zweiletzte Zeile lies Scontriren. — S. 149 in der
 Ueberschrift des § 74 lies die Nachfrage statt die Nachfrage. — Seite 150
 lies in der Ueberschrift III. Anhang. Angebot u. statt: II. Angebot u. —
 S. 154 vierte Zeile von unten lies welche statt welches. — S. 186, Zeile 23,
 lies die statt der. — S. 194, Z. 5 lies § 150. 3) volkwirtschaftlicher
 Character der Mente. — S. 203, Zeile 10 von unten lies den Arbeiten statt
 der Arbeiten. — S. 214, Z. 6 v. u. lies bei statt die. — S. 243, Z. 11 lies Kredit-
 noten statt Kreditnoten. — S. 280 Zeile 4 von unten lies theilweise statt
 größtentheils. — Seite 328, Zeile 8 lies faß statt fest. — S. 333, Zeile 24
 jeder s. jede. — S. 346 Zeile 7 im Gesamtergebniss statt das Gesamtergebniss.
 — S. 374, Zeile 14 lies entgegen statt entgegen. — S. 376, Zeile 22 lies
 geschichtlichen statt gesellschaftlichen. — S. 376, Zeile 36 lies Meine
 wirtschaft statt Gemeinewirtschaft. — S. 380, Zeile 30 lies § 200, d statt
 d. — S. 384, zweite Zeile von unten lies der Werth statt der Begriff. —
 S. 422, Anmerkung, 1. Zeile lies Hundert statt Tausend. — S. 444, Zeile 9
 von unten lies Markgenossenschaften statt Markgenossenschaften. — S. 562
 u. 572 lies betr. den französischen Handelsvertrag 1860 statt 1861.

MSH 33335

330

Sch I

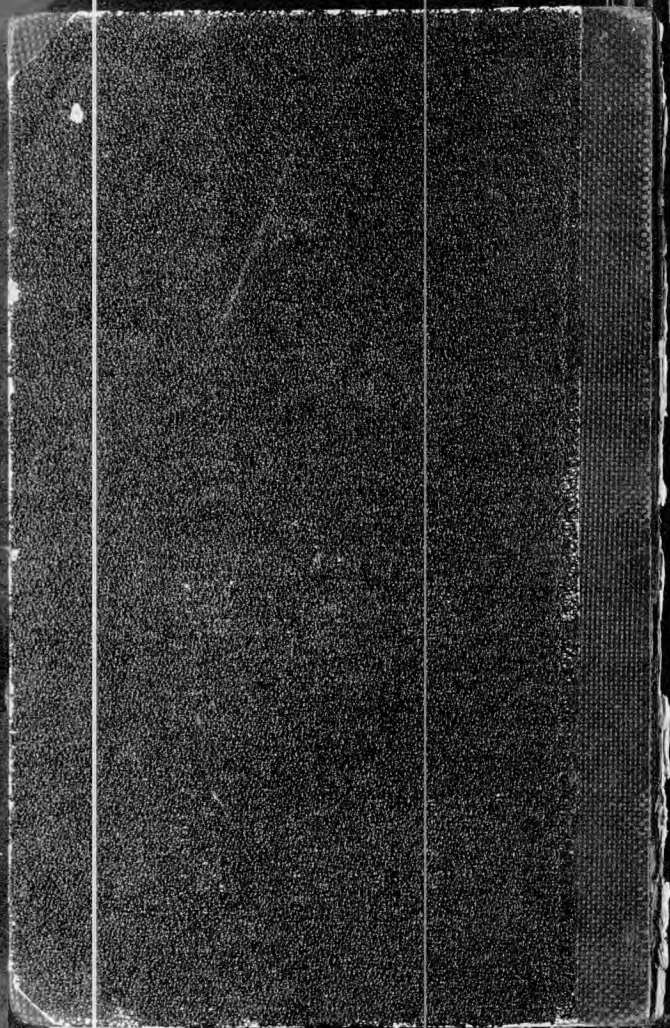
Schäffle

Nationalökonomie.

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES



0048526746



END OF
TITLE



**END OF
REEL**

**PLEASE
REWIND**